This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Ludendorff

Urkunden der Obersten Heeresleitung

Digitized by Google

ERLIN N

In Memory of
STEPHEN SPAULDING
1907 – 1925
CLASS of 1927
UNIVERSITY OF MICHIGAN

Bequest of
Oliver Lyman Spaulding

Digitized by Google

Olin L. Lansdale Jr.

D
531
.L96
1921

Save

Digitized by Google

Digitized by Google

Erich Ludendorff

Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18

Digitized by Google

Digitized by Google

Urkunden

der

Obersten Heeresleitung

über ihre Tätigkeit 1916/18

Herausgegeben von

Erich Ludendorff

Zweite, durchgesehene und ergänzte Auflage

Berlin 1921 / Verlag von E. S. Mittler & Sohn

Digitized by Google

Alle Rechte aus dem Gesetz vom 19. Juni 1901
sowie das Übersetzungsrecht sind vorbehalten.

Copyright 1920 by E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Digitized by Google

Stephen Spaulding Memorial
Bequest of Oliver Lyman
Spaulding
1-19-49
552500

Vorwort.

In meinen „Kriegserinnerungen" habe ich die Ereignisse des Weltkrieges, soweit sie mit des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und meinem Namen verbunden sind, im Zusammenhang geschildert. Ich faßte schon damals den Entschluß, hierzu Urkunden zu veröffentlichen, um das Verständnis für das Denken und Wirken der Obersten Heeresleitung und ihr Arbeitsgebiet und für die Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler zu vertiefen und das, was ich in den Erinnerungen gesagt hatte, aktenmäßig zu belegen.

Was ich hier gebe, sind nur wertvolle Einzelstücke vorhandenen Quellenmaterials. Vieles ist s. Zt. auch in mündlichen Verhandlungen festgelegt, die sich aber stets in gleichen Gedankengängen bewegt haben, wie sie in den schriftlichen Ausführungen zutage treten.

Aus meinem Arbeitsgebiet als Chef der Aufmarsch-Abteilung des Großen Generalstabes habe ich in den Abschnitt I Schreiben aufgenommen, um zu zeigen, wie sorgfältig der Generalstab bemüht war, die Wehrmacht des Deutschen Reiches auszubauen, um den drohenden Krieg militärisch bestehen zu können.

Die Wiedergabe von diplomatischen Schriftstücken, obwohl sie großenteils bereits bekannt sind, bezweckt, dem Deutschen immer wieder zu zeigen, daß ein Verständigungsfrieden nicht zu erlangen war und — wie wenig die Oberste Heeresleitung von der Reichsleitung unterrichtet wurde.

Die Herausgabe des amtlichen Weißbuches „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" Ende Juli 1919 hatte mich veranlaßt, hierzu in drei Heften: „Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung, August/September 1918", „Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot" und „Das Verschieben der Verantwortlichkeit" Stellung zu nehmen und mit der Veröffentlichung von einzelnen Urkunden unverzüglich zu beginnen. Sie sind auch im vorliegenden Werke wieder verwertet worden.

Digitized by Google

Die militärischen Schriften im Abschnitt XXIV bilden das militärische Erbe der Obersten Heeresleitung an das deutsche Volk für die Zeit seiner Wiedergeburt, zugleich einen Markstein in der taktischen Entwicklung aller Zeiten.

Mögen diese Urkunden, wie es meine „Kriegserinnerungen" getan, das deutsche Volk mit neuem nationalen Wollen erfüllen und ihm die Augen für die Wirklichkeit der Dinge öffnen.

Die gesamten hier wiedergegebenen Schreiben werden ein neuer Beweis dafür sein, daß das Vertrauen begründet war, das das deutsche Volk in seiner Mehrzahl dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und mir während des Krieges geschenkt hat.

Berlin, im Mai 1920.

Ludendorff.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
I.	Friedensarbeit für die Verstärkung der deutschen Wehrkraft	1
II.	Hilfsdienstgesetz, Ersatz- und Arbeiterfragen	61
III.	Finanzfragen, Löhne und Kriegsgewinne	135
IV.	Kriegswirtschaft, Beschaffungsfragen	157
V.	Kohle, Transportfragen	177
VI.	Ernährung	193
VII.	Landwirtschaft	197
VIII.	Stickstoff	203
IX.	Trocknung von Nährmitteln	210
X.	Handelsschiffbau	211
XI.	Bevölkerungspolitik und Fürsorge für Kriegsteilnehmer	212
XII.	Leitsätze für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen	271
XIII.	Aus Presse- und Aufklärungsakten	280
XIV.	Zurückhaltung in der Wahlrechtsvorlage	290
XV.	Zur Schaffung des Königreichs Polen	296
XVI.	Über den U-Bootkrieg, das Friedensangebot und die Stellung Wilsons	301
XVII.	Der Sonderfriedensversuch des Hauses Parma-Bourbon	370
XVIII.	Zur Kanzlerkrise und Friedensresolution Juli 1917	395
XIX.	Der Friedensvorschlag des Papstes und der „englische Friedensfühler“ im August und September 1917	419
XX.	Der Waffenstillstandsvertrag mit Rußland vom 15. Dezember 1917	448
XXI.	Verschiedenes aus der ersten Jahreshälfte 1918	452
XXII.	Friedensverhandlungen	499
XXIII.	Kriegsziele der feindlichen Staaten	586
XXIV.	Militärische Schriften	592
	Personen- und Sachverzeichnis	705

Digitized by Google

Digitized by Google

I. Friedensarbeit für die Verstärkung der deutschen Wehrkraft.

Arbeitsgebiet der 2. (Aufmarsch-) Abteilung des Großen Generalstabs vor dem Kriege:

1. Heeresangelegenheiten Deutschlands.
2. Landesverteidigung.
3. Mobilmachung und Aufmarsch.
4. Truppenübungen mit Ausnahme des Kaisermanövers.
5. Übungen mit Nachrichtenformationen, Aufklärungsübungen, artilleristische und ingenieurtechnische Fragen, soweit sie auf den Festungskrieg Bezug haben, in Verbindung mit 4. Abteilung.
6. Ergebnisse des Kaisermanövers in Verbindung mit 6. Abteilung.
7. Verfolg und Bearbeitung aller verkehrstechnischen Angelegenheiten des In- und Auslandes.

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	Nr. 14 711 I 28. 1. 09	Allgem. Kriegsdepartement	Munitions- usw. Nachschub.
2.	Nr. 1323 I 25. 2. 10	Kriegsministerium	Förderung von Kampfmitteln.
3.	Nr. 11 153 I 29. 9. 10	Allgem. Kriegsdepartement	Munitionszüge der Feldartillerie.
4.	Nr. 2501 I 2. 3. 11	Kriegsministerium	Förderung unserer Kampfmittel.
5.	Nr. 12 472 I 24. 11. 10	Allgem. Kriegsdepartement	Selbstladegewehrfrage.
6.	Nr. 1484 I 8. 2. 11	Kriegsministerium	Bedarf an Fußartillerie für den Angriff auf Festungen.
7.	Nr. 13 985 I 10. 11. 11	Kriegsministerium	Artilleriemunition.
8.	Nr. 16 002/11 I 6. 1. 12	Kriegsministerium	Munitionsreserven der Feldartillerie.
9.	Nr. 15 246 I 1. 11. 12	Kriegsministerium	Munitionsausrüstung des Heeres.
10.	Nr. 878 1. 7. 10	Kriegsministerium	Kriegerische Verwendung von Ersatzformationen der Feldtruppen.
11.	Nr. 878 20. 8. 10	Kriegsministerium	Mobile Verwendung von Ersatzformationen.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
12.	Nr. 13 077 11. 11. 10	Kriegsministerium	Mobile Verwendung von Ersatzformationen.
13.	Nr. 2500 I 2. 3. 11	Kriegsministerium	Beschaffung von Luftschiffen.
14.	Nr. 3350 I 9. 3. 12	Gen. Insp. d. Mil. Verkehrswesens	Flugzeugwesen.
15.	Nr. 5367 I 23. 4. 12	Gen. Insp. d. Mil. Verkehrswesens	Kampfausrüstung von Flugzeugen.
16.	Nr. 348/12 April 12	Kriegsministerium	Fliegerorganisation.
17.	Nr. 12 751 I 26. 9. 12	Kriegsministerium	Aufstellung von Fliegerformationen.
18.	Nr. 16 452 I 6. 11. 12	Kriegsministerium	Fliegerorganisation.
19.	Nr. 18 450 I 3. 12. 12	Kriegsministerium	Flieger bei der Artillerie.
20.	2. Abt. 14. 1. 13	Abt. 7 des Kriegsministeriums	Weitere Ausgestaltung des Militär-Flugwesens.
21.	Nr. 8428 I 30. 6. 11	an verschiedene Behörden	Funkentelegraphische Verbindung Deutschlands mit seinen Kolonien.
22.	Nr. 13 108 I 17. 10. 11	Kriegsministerium	Funkentelegraphische Verbindung Nauen — Newyork.
23.	Nr. 579 I 17. 1. 11	an verschiedene Behörden	Denkschrift über den Wert und die Verwendungsgebiete der Photographie.
24.	Dezember 12	Reichskanzler und Kriegsminister	Denkschrift als Grundlage für die Milliardenvorlage.
25.	Juli 13	Ludendorff	Schreiben des Generals v. Moltke über das Entstehen der Heeresvorlage (Nr. 24).

1.

Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 14 711 I. Geheim.

Berlin, den 28. 1. 1909.

Zu Nr. 1221/08 geh. A 4 v. 11. 12. 08.
Munitions- usw. Nachschub.

An Allgemeines Kriegsdepartement.

Auf Grund der diesjährigen Berichte über die Verwaltungsreisen halte ich es für erforderlich, daß der Munitionsnachschub mehr, als bisher geschehen, sichergestellt wird. Andernfalls wird nach den ersten großen Schlachten, die wir zu Beginn der Operationen zu erwarten haben, Munitionsmangel beim Heere eintreten.

Die nach der besonderen Anlage 11 p. M. Pl. vorhandene Munitionsmenge wird, unter Zurechnung der feldmäßigen Schießübungsmunition, zunächst für die Infanterie und Fußartillerie genügen, die außerdem über

Digitized by Google

Festungsbestände verfügen könnte. Bei der Feldartillerie ist Munitionsmangel vorauszusehen. Auch meine Forderung, außer der Schießübungsmunition eine einmalige Kriegsausrüstung als Reserve niederzulegen, wird diesen Mangel nur einschränken, wenn die schnelle Fertigstellung und Anfertigung noch weiterer Feldartillerie-Munition in den Fabriken technisch möglich ist, planmäßig vorgesehen und vom 1. Mobilmachungstage ab mit rastloser Energie betrieben wird.

Auch für die Munition der anderen Waffen wird dies in zweiter Linie als notwendig angesehen werden müssen.

Die Bereitstellungszeit der vorhandenen Munitionsmenge genügt nicht überall. Für alle Waffen müssen mehr Munitionszüge, als ich beantragt habe, und auch früher auf der Eisenbahn verladen bereitgestellt werden, und zwar in der Zeit vom 11. bis 15. Mobilmachungstage für jedes normal zusammengesetzte Armeekorps (einschl. Garde-Reserve-Korps) als erste Rate je ein Munitionszug für Infanterie, Feldartillerie 96/98 und schwere Feldhaubitzen 02, für die Reserve-Korps und Divisionen fünf Feldartillerie-Munitionszüge 96, und für die Mörser-Bataillone der schweren Artillerie des Feldheeres und das 10 cm Kanonen-Bataillon Spandau je ein Munitionszug.

Eine zweite starke Munitionsrate, darunter sämtliche übrigen planmäßig angesehenen Feldartillerie-Munitionszüge, müßte so früh wie möglich, spätestens am 21. Mobilmachungstage auf der Eisenbahn verladen bereitgestellt sein.

Für die Fußartillerie-Munition wird sich diese Forderung unschwer erreichen lassen, für die Bereitstellung der Infanterie- und namentlich der Feldartillerie-Munition werden sich in ihrer Durchführung sehr erhebliche Schwierigkeiten ergeben, die ich voll anerkenne. Das Departement bitte ich aber, die Bereitstellung wenn irgend tunlich, trotzdem herbeiführen zu wollen.

Die erste Munitionsrate wird durch die Kriegsgliederung den Armeen bzw. deren Etappen-Inspektionen planmäßig überwiesen und auf den Etappenhauptorten und Sammelstationen in abgestellten Zügen bereitgestellt. Die Etappen-Inspektionen führen diese Munition den fechtenden Truppen zu. Weitere Munition ist von den Etappen-Inspektionen unmittelbar bei dem Departement anzufordern.

Dies verfügt über die zweite bereits auf der Eisenbahn verladene Rate und über alle übrige fertige und anzufertigende Munition im Inlande, aus der immer neue Munitionszüge beladen bereitzustellen sind. Durch Verschieben dieser Züge, entsprechend dem Gange der Ereignisse, kann das Departement den Anforderungen der Etappen-Inspektionen zuvorkommen.

Digitized by Google

Auch wird hierbei die Oberste Heeresleitung durch Mitteilungen an das Departement vorsorgend eingreifen können.

Zu 2 der Verhandlung.

Die Vereinfachung des Geschäftsganges beim Anfordern von Waffen, Munition, Gerät und Betriebsstoffen aller Art, auch von Benzin, ist erforderlich. Die Truppen haben bezügliche Anforderungen an die Etappen-Inspektionen zu richten, die entsprechend auszurüsten und in einzelnen Fällen schon auf Bezugsquellen anzuweisen sind. Ihren weiteren Bedarf ergänzen die Etappen-Inspektionen, wie schon unter zu 1 ausgeführt, durch Anfordern bei dem Allgemeinen Kriegsdepartement oder gegebenenfalls unmittelbar bei der Inspektion der Verkehrstruppen.

. . . . . .

gez. v. Moltke.

2.

Auszug.
Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 1323 I. Geheim.

Berlin, den 25. 2. 1910.

Zu Nr. 2281/09 g. K. M. v. 12. 1. 1910.
Förderung von Kampfmitteln.

An das Kriegsministerium.

Für die Stellungnahme, die das Kriegsministerium in dem oben angezogenen Schreiben angenommen hat, sage ich meinen Dank. Ich habe den hier niedergelegten Gesichtspunkten keine neuen hinzuzufügen. Auch ich bin der Ansicht, daß uns gar nichts anderes übrig bleibt, als trotz finanzieller Opfer unsere Heereseinrichtungen weiter zu fördern, wenn wir nicht Schaden nehmen wollen.

Im nachstehenden will ich für die bevorstehende Bearbeitung des Etats 1911/12 die Maßnahmen bezeichnen, die mir besonders dringlich erscheinen, soweit sie unter die „einmaligen Ausgaben" fallen.

pp.

Ferner lege ich größten Wert:

3. auf Beschleunigung der Weiterführung der Umbewaffnung mit dem neuesten Gewehr und Karabiner und der Ausrüstung der Infanterie mit Fernsprechgerät, sowie auf beschleunigte Einführung der Feldküchen,

4. auf Vermehrung der Maschinengewehre,

5. Einführung von Scheerenfernrohren für höhere Stäbe,

6. Vereinheitlichung der funkentelegraphischen Ausrüstung des Feldheeres.

gez. v. Moltke.

Digitized by Google

3.

Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 11153 I. Geheim.

Berlin, den 29. 9. 1910.

Zu A. D. v. 8./9. 1910 Nr. 1246/10 geh. A. 4.
Munitionszüge der Feldartillerie.

An das Allgemeine Kriegsdepartement.

Im Hinblick auf die bedeutend größere Schußzahl, die einem französischen Geschütz zur Verfügung steht, werden wir an der weiteren Vermehrung unserer Munitionsbestände rastlos weiter arbeiten müssen, wenn anders wir nicht mit einem Versiegen des Nachschubs, vielleicht gerade in kritischen Zeiten, rechnen wollen.

Wie ich in meinem Schreiben vom 28. 1. 1909 Nr. 14711 I bereits ausführte, muß ferner für den Mobilmachungsfall die Anfertigung weiterer Feldartilleriemunition in den Munitionsfabriken planmäßig vorgesehen, und vom 1. Mobilmachungstage ab mit voller Energie betrieben werden.

J. A.: gez. Stein.

4.

Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 2501 I. Geheim.

Berlin, den 2. 3. 1911.

Förderung unserer Kampfmittel.

An das Kriegsministerium.

Wie im Vorjahre unter dem 25. 2. 1910 Nr. 1323 I geh. bezeichne ich auch in diesem Jahre im nachstehenden für die Bearbeitung des Etats 1912/13 die Maßnahmen, die mir besonders dringlich erscheinen, soweit sie unter die „einmaligen Ausgaben" fallen.

Die Stärkung unserer Artilleriewirkung ist nach wie vor der wichtigste Punkt. Ich halte deshalb für besonders dringend:

1. die Beschaffung schwersten Steilfeuers,
2. Die Vermehrung der Kriegsbestände der Feldartilleriemunition.

Ich setze dabei voraus, daß bei der beabsichtigten Vermehrung der leichten Feldhaubitz-Abteilungen (K. M. v. 30. 11. 1910 Nr. 1481/10 A 1) die E. Munition 05 entsprechend vermehrt wird.

In bezug auf Einstellung der E. Munition für die Kanonen der Feldartillerie nehme ich Bezug auf mein Schreiben vom 29.12.1910 Nr. 15954.

Ich betone zu vorstehendem besonders, daß wir mit den schwersten Steilfeuergeschützen, die wir zur Zeit besitzen, feindliche Festungen nicht niederkämpfen können, und daß unsere Feldartilleriemunition nicht ausreicht, wenn wir, wie es wahrscheinlich, gleich zu Beginn der Operationen

Digitized by Google

mehrere große Schlachten schlagen müssen und die für den Ernstfall vorgesehenen Lieferungen noch nicht fertiggestellt sind. Ich halte diese Zustände für bedenklich und bitte alles einzusetzen, um dem abzuhelfen.

Ferner lege ich Wert auf:

1. beschleunigte Einführung der Feldküchen und
2. der Scheerenfernrohre für höhere Stäbe,
3. auf Vereinfachung der funkentelegraphischen Ausrüstung,
4. auf Beschaffung von Flugzeugen und Waffen zu ihrer Bekämpfung,
5. Bewaffnung der Reserve-Kavallerie mit Karabiner 98,
6. Beschaffung des Schanzzeuges für Reserve-Infanterie-Regimenter.

gez. v. Moltke.

5.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, den 24. 11. 1910.
Nr. 12 472 I. Geheim.

Zu Nr. 690/10 geh. A 2 2. Ang. v. 6. 10. 10.
Selbstladegewehrfrage.

An das Allgemeine Kriegsdepartement.

Von der Denkschrift betreffend die Selbstladegewehrfrage habe ich mit Interesse Kenntnis genommen.

Führt Frankreich ein unserem überlegenes Gewehr ein, so ist allerdings die Aufstellung der noch fehlenden Maschinengewehrkompagnien für uns kein genügender Ausgleich. Frankreich ist uns zur Zeit in bezug auf die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre überlegen, durch die dringend erwünschte Aufstellung jener Kompagnien holen wir Frankreich im allgemeinen erst ein. Nun soll zwar unser Maschinengewehr das bessere sein, dieser Vorteil würde aber nicht die Nachteile eines schlechteren Infanteriegewehrs ausgleichen.

Ich bin deshalb dankbar, daß tatsächlich auch bei uns der Selbstladegewehrfrage hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird und daß Bestrebungen im Gange sind, ein kriegsbrauchbares Selbstladegewehr für unsere Infanterie herauszubilden. Ob wir zu dessen Einführung schreiten, ist eine spätere Frage, wir sind jedenfalls vor Überraschungen gesichert.

Bei einer etwaigen Einführung eines Selbstladegewehrs ist die Vermehrung der Taschenmunition gewiß erwünscht, die Versuche, die Hülsen zu erleichtern, sind durchaus von hohem Wert, aber nach der anderen Seite hin will ich doch betonen, daß es sich im Infanteriegefecht nicht darum handeln kann, mit dem Selbstladegewehr vor allem mehr zu schießen, sondern daß ein sehr wesentlicher Vorteil des Selbstladegewehrs darin bestehen wird, daß der Infanterist durch Verminderung des Rück-

Digitized by Google

stoßes und den teilweisen Fortfall der Ladebewegung [illegible] schnellem Patronenverbrauch, ruhiger und besser [illegible] bisherigen System.

In anderen Fällen, z. B. beim Beginn [illegible] kriege, wird die schnellere Schußabgabe [illegible] Bedeutung für die Einstellung des Selbstladegewehrs [illegible] Munitionsfrage spielt hier keine Rolle.

Das Departement ersuche ich, mich über [illegible] auf dem laufenden zu halten.

6.

Chef des Generalstabes der Armee
Nr. 1484 I. Geheim.

Zu Nr. 1128. 10. g. A 5 a. 17. 11. 10.
1646. 10. g. A 5 a. 12. 12. 10.

Bedarf an Fußartillerie für den Angriff gegen Frankreich.

An das Kriegsministerium.

Wir brauchen im Kriege [illegible] artilleristischen Angriffsmittel [illegible] im Westen zahlreiche Sperrforts [illegible] des Landes in kurzer Zeit [illegible] zeitig mit der erforderlichen [illegible] neben auch für den Feldkrieg [illegible] Begründung. Die Vermehrung [illegible] können nur nach einer Serie [illegible] zösischer Festungen vorbereitet [illegible]

Der General-Inspekteur [illegible] der Fußartillerie aufgestellte [illegible] Quinquennatsplanes [illegible]

I. Für den Feldkrieg [illegible] Grenze und im Innern [illegible] Artillerie bei [illegible] schnellen Landwehr [illegible] schweren Feld- [illegible] Straßburg [illegible] Generalinspekteur [illegible] 23 [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

Digitized by Google

vermehrt werden. Nötig bleibt noch, die Küsten-Mörser durch Ausnutzung des mechanischen Zuges und die s. F. H. Bataillone der Reserve-Fußartillerie in Metz—Straßburg durch bessere Ausstattung mit Kolonnen beweglicher zu machen (vgl. III).

II. 1. Als Mindestbedarf an Belagerungsbatterien zum Angriff gegen zwei Festungen habe ich auf Grund unserer ersten Maßnahmen und der betreffenden Angriffsentwürfe im Anschluß an die Erwägungen der Artillerie-Prüfungskommission festgestellt:

8 Bataillone 10 cm-Kanonen, 3 Bataillone 13 cm-Kanonen, Bataillon zu 4 Batterien, 30 Bataillone 15 cm-Haubitzen à 4 Geschütze, 14 Bataillone 21 cm-Mörser, 8 Batterien β — 30,5 cm — Gerät zu je zwei Geschützen, 4 Batterien γ — 42 cm — Gerät zu je 2 Geschützen.

Die hohen Zahlen mittleren und namentlich schweren Steilfeuers sehe ich in Rücksicht auf die Stärke der französischen Befestigungen und die Schießergebnisse des Sommers 1910 für zwingend nötig an.

In diesen Zahlen sind die unter 1 genannten schweren Küsten-Mörser-Batterien und die Feldhaubitz-Batterien der Reserve-Fußartillerie mit enthalten und kommen auf sie in Anrechnung.

Anders steht es mit der schweren Artillerie des Feldheeres. Wir brauchen diese, wie schon erwähnt, neben der Belagerungsartillerie, zum Feldkrieg und auch zum Kampf gegen die feindlichen Sperrbefestigungen im Innern des Landes, während die Belagerungen bereits begonnen haben. Feldhaubitzen der schweren Artillerie des Feldheeres werden für Belagerungen nur insoweit verfügbar sein, als sie den Korps durch die Kriegsgliederung angehören, die die Belagerungen durchführen sollen. Auch mit der Anrechnung der 21 cm-Mörser-Bataillone der schweren Artillerie des Feldheeres muß mit größter Vorsicht verfahren werden. Werden von der schweren Artillerie des Feldheeres etwa 3 Haubitz-Bataillone und höchstens die Hälfte der Mörser-Batterien für Belagerungen als verfügbar angesehen, so wird noch ein Bedarf von 27 15 cm-Haubitz- und 11 21 cm-Mörser-Bataillonen anderweitig zu decken sein.

2. Wir verwenden unsere Fußartillerie, soweit sie nicht schwere Artillerie des Feldheeres bildet oder schwerste Mörser-Batterien besitzt, zur Verteidigung der Festungen und wollen sie auch bei Belagerungen verwenden. Dies System ist richtig, es muß beibehalten werden. Es liegt aber die außerordentliche Schwierigkeit darin, daß wir nicht wissen, ob die Lage es zuläßt, auch die Fußartillerie aus den östlichen Festungen im Westen einzusetzen.

Abgesehen von der Fußartillerie-Besatzung der Küstenbefestigungen würden wir nach Durchführung des Quinquennatsgesetzes in den Festungen an Fußartillerie etwa 12 aktive Bataillone, 50 Reserve- und 25 Landwehr-

Digitized by Google

bataillone haben. Die Ersatz-Bataillone sind dabei nicht angerechnet, ebensowenig das 2. Bataillon der Fußartillerie-Schießschule. Die Landwehr-Bataillone führe ich mit auf, weil es mir außer Frage steht, daß wir auf sie für Belagerungen zurückgreifen können.

Die Zahlen zeigen, daß wir zahlenmäßig genügend Truppen besitzen, die für Belagerungen geforderten Formationen zu besetzen.

Wünschenswert ist es, daß wir den Bedarf an Belagerungs-Artillerie namentlich an mittlerem und schwerem Steilfeuer aus den Westfestungen oder dem Innern des Landes decken können, für den Fall, daß wir die Ostfestungen in gut verteidigungsfähigem Zustande erhalten müssen. Ich hoffe, daß wir zu einer solchen Verteilung der Truppe und des Geräts kommen, die dies gestattet, und behalte mir vor, darauf zurückzukommen. Ich führe hier nur noch an, daß die Batterien des schwersten Steilfeuers mit Feldtruppen zu besetzen sind, sei es durch das 2. Bataillon der Schießschule, sei es durch Batterien der Kriegsbesatzungen.

3. Die größten Schwierigkeiten wird vornehmlich die Beschaffung des Geräts einschließlich der Munition verursachen. Vorweg steht an Bedeutung, allerdings auch an Umfang der Mittel, die Vermehrung der schweren Steilfeuer-Batterien. Sie ist unaufschiebbar, wollen wir nicht überhaupt darauf verzichten, die feindlichen Festungen im Kampf zu überwinden.

An 21 cm-Mörser-Bataillonen werden wir 4 besitzen. 5 weitere Bataillone können zunächst mit dem bisherigen Stahlmörser der schweren Artillerie des Feldheeres ausgestattet werden, wie auch die A. P. K. vorschlägt. Das Gerät für die noch erforderlichen 2 Bataillone muß neu beschafft werden.

An schweren Feldhaubitzen ist kein Mangel, vor allem dann nicht, wenn wir durch Umbewaffnung der Haubitz-Bataillone der schweren Artillerie des Feldheeres schwere Feldhaubitzen 02 in großer Zahl verfügbar halten. Bis dahin müssen wir uns mit alten Haubitzen abfinden.

An 13 cm-Kanonen reichen wir der Zahl nach mit 2 Bataillonen zu je 4 Geschützen aus, das 3. wird ersetzt durch die 8 15 cm-Kanonen i. S. L. Metz. Die Umformierung der 2 13 cm-Bataillone zu je 4 Batterien in 4 Bataillone zu 2 Batterien kann ich nur befürworten.

10 cm-Kanonen sind in genügender Zahl vorhanden. Ich halte es aber für geboten, bei jedem Bataillon eine Batterie mit Geschützen auszustatten, die gleichzeitig auch zur Bekämpfung von Luftfahrzeugen befähigt sind.

III. Dringend erwünscht ist es, daß wir mit der Aufstellung von Bespannungen und Kolonnen für Reserve-Fußartillerie-Bataillone fortfahren. Besonderer Fürsorge bedarf ferner die Sicherstellung des

Digitized by Google

Munitionsnachschubes. Über die Notwendigkeit, zu diesem Zweck auch der Reserve-Fußartillerie Munitionskolonnen beizugeben, habe ich mich geäußert. Zugleich müssen wir versuchen, der Feldbahn eine größere Leistungsfähigkeit zu geben. Die Vermehrung der Förderbahnzüge erscheint unerläßlich. An dem Grundsatz, für jedes Bataillon 1 Förderbahnzug zu besitzen, wird festzuhalten sein. Wir werden also nicht unter der Zahl von 50 Zügen bleiben dürfen. Hierbei ist die Konstruktion eines Wagens erwünscht, der sich auf Feld- und Förderbahn gleichzeitig verwenden läßt. Ob dies möglich ist, muß aber vorläufig dahingestellt bleiben.

Schließlich werden wir für eine umfangreiche Ausnutzung von Lastkraftwagen sorgen müssen. Sie werden namentlich auch den Nachschub für die auf Straßen transportierten schwersten Steilfeuergeschütze zu übernehmen haben.

IV. Ich bin mir bewußt, daß für die Beschaffung des noch fehlenden Geräts erhebliche Mittel erforderlich sind. Wie zur Zeit die Mittel festgestellt werden, die für die planmäßige Weiterführung der Landesbefestigung gebraucht werden, ebenso ist auch in bezug auf die Beschaffung der Angriffsmittel zu verfahren. Es wird insonderheit die Frage zu prüfen sein, wie unsere Angriffs- und Verteidigungsmaßnahmen in bezug auf die aufzuwendenden Mittel miteinander in Einklang gebracht werden.

gez. v. Moltke.

7.

Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 13 985 I. Geheim.

Berlin, den 10. 11. 1911.

Zu K. M. v. 29. 10. 11. Nr. 1347/11 geh. A 4.
Artillerie-Munition.

An das Kriegsministerium.

Die in dem angezogenen Schreiben mitgeteilten Zahlen zeigen klar, wie wichtig es ist, der Munitionsfrage die ihr gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Ich weise darauf hin, welchen Einfluß der damalige Munitionsbestand auf unsere Kriegführung ausgeübt haben würde, wenn wir vor 5 oder 6 Jahren zum Schwerte hätten greifen müssen. Deshalb habe ich jede Verbesserung, so zuletzt in meinem Schreiben vom 29. 9. 1910 Nr. 11 153 I dankbar begrüßt, dabei aber die Notwendigkeit einer weiteren Vermehrung der Munitionsbestände immer wieder betont. Als ich aus dem Schreiben vom 29. 9. 1911 Nr. 1226/11 geh. A 4 entnahm, daß die Einstellung der E.-(Einheits-)Munition für die Feldartillerie „nur nach Maßgabe des jährlichen Übungsbedarfs erfolgen" könnte, war ich schwer betroffen

Digitized by Google

und gab deshalb meiner Ansicht dahin Ausdruck, daß der Bestand an Feldartillerie-Munition darüber hinaus durch Einstellung besonderer Mittel in den Etat vermehrt werden müsse. Wenn mir jetzt mitgeteilt wird, daß diesem entsprochen wird, so kann ich wiederum nur meinen Dank aussprechen. Indessen zieht das Kriegsministerium nur für die Fußartillerie den Schluß, daß genügende Munitionsmengen zum Nachschub vorhanden seien. Für die Feldartillerie bleibt die Frage offen. Ich muß deshalb zunächst für diese meine geäußerten Bedenken aufrecht halten. Da wir jederzeit wie wir dies jetzt gesehen haben, bereit sein müssen, einen Krieg zu führen, und ich durchaus über das alles klar sehen muß, was die Kriegführung beeinflussen kann, so bitte ich um eine zahlenmäßige Angabe der Munition (einschließlich Zünder), die nach 6 bis 8 Wochen und dann alle 4 Wochen nach Ausspruch der Mobilmachung neu angefertigt sein kann. Ich bitte dabei zu berücksichtigen, daß nach Einführung der E. Munition nur noch diese für die Neuanfertigung in Frage kommt.

Was die Fußartillerie betrifft, so habe ich nicht verkannt, daß die schwere Artillerie des Feldheeres etwas besser steht wie die Feldartillerie, doch nicht so gut, wie ich früher auf Grund meines Schreibens vom 28. 1. 1909, Nr. 14 711/08 I und der darauf ergangenen Antwort des A. D. vom 31. 3. 1909, Nr. 189/09 geh. A 4 Ziffer 6, entgegen der Auffassung des K. M. (vgl. Schlußsatz des Schreibens des K. M. vom 20. 10. 1911, Nr. 1276/11 geh. A 5) annehmen mußte. Durch das Schreiben vom 31. 3. 1909 war meinem Antrage entsprechend eine zweite Munitionsrate für die Haubitzen der schweren Artillerie des Feldheeres bereitgestellt. Daß dies auf Kosten der Belagerungsartillerie geschehen war, konnte ich tatsächlich erst durch das Schreiben des A. D. vom 14. 7. 1911, Nr. 738/11 geh. A 5 ersehen, das zum ersten Male meinem Antrage entsprechend die Züge für die schwere Artillerie und die Belagerungsartillerie trennte. Wird auf die Bestände der Belagerungsartillerie einschl. der Festungsausrüstungen zurückgegriffen, so wird für die schwere Artillerie des Feldheeres Munitionsmangel gewiß nicht eintreten; die Frage bleibt aber offen, wie mit der vorhandenen Munitionsmenge gleichzeitig Belagerungen durchzuführen sind, deren schnelle Beendigung gleichfalls das Ziel einer energischen Kriegführung sein muß. Ich behalte mir vor, auf die Frage des Munitionsverbrauchs und der Munitionsergänzung im Festungskriege in anderem Zusammenhange zurückzukommen. Auch sie bedarf der einheitlichen Klärung. Zunächst kann ich es nur mit Genugtuung begrüßen, daß sich das Kriegsministerium tatsächlich auch in bezug auf die schweren Feldhaubitzen meinem Standpunkte angeschlossen hat und durch die beabsichtigte Bereitstellung eines zweiten Bedarfs für die schwere Artillerie (Ziffer 6 des Schreibens vom 20. 10. 1911, Nr. 1276/11

Digitized by Google

geh. A 5) die Munitionsbestände für die schweren Feldhaubitzen zu verbessern beabsichtigt. Ich bitte hier noch um Auskunft, bis wann voraussichtlich dieser zweite Bedarf beschafft sein wird, und wie sich zahlenmäßig die Anfertigung der schweren Feldhaubitzen-Munition im Mobilmachungsfalle stellen wird.

J. V.: gez. v. Windheim.

8.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, den 6. 1. 1912.
Nr. 16 002/11 I. Geheim.

Zum Schreiben Nr. 1483/11 g. A 4 v. 7. 12. 1911.
Munitionsreserven der Feldartillerie.

An das Kriegsministerium.

Die Absicht des Kriegsministeriums, den weiteren Ausbau der Munitionsreserven der Feldartillerie derart zu fördern, daß für jedes einzelne Geschütz im ganzen 1200 Schuß bereitliegen, kann ich nur dankbar begrüßen.

In Anbetracht der trotz aller Bemühungen doch nur geringen, nach Ausspruch einer Mobilmachung herstellbaren Munitionsmengen, von denen ich jetzt Kenntnis erhalten habe, erscheint mir gleichfalls die Zahl von 1200 Schuß dringend notwendig. Ich bitte, diesen Stand möglichst bald zu erreichen.

Zugleich stelle ich zur Erwägung, die Leistungsfähigkeit der Industrie für Neuanfertigung von Munition im Mobilmachungsfall weiterhin zu entwickeln, um den Anforderungen des Ernstfalles gewachsen zu sein.

Wie aus dem französischen Heeresbudget für 1912 (Bericht des Deputierten Hubert) hervorgeht, arbeitet auch Frankreich an der Erhöhung seiner Munitionsausrüstung für die Feldartillerie.

In vollständiger Übereinstimmung befinde ich mich mit dem Kriegsministerium in bezug auf die Notwendigkeit, die Truppe zum Haushalten mit der Munition zu erziehen und den Munitionsnachschub auf eine sichere Basis zu stellen. Hierzu sind Maßnahmen um so mehr geboten, als Frankreich bei einem Armeekorps rund 72 000 Schuß, wir dagegen

$$\frac{50\,043 + 4286}{42\,894 + 8572}$$ oder*)

Schuß mitführen.

Zunächst müssen die Bestände, die beim Armeekorps selbst mitgeführt werden, durch die Aufstellung zweiter Artl.(F.)-Munitionskolonnen für jede leichte Feldhaubitz-Abteilung vermehrt werden (vgl. auch den Jahresbericht des Inspekteurs der Feldartl. an Seine Majestät). Unter Bezugnahme auf den vorletzten Absatz des Schreibens des A. D. vom 24. 6. 1911 Nr. 645/11

*) Bei 2 l. Feldh.-Abteilungen pro Armeekorps.

Digitized by Google

geh. A 4 bitte ich um Mitteilung, ob mit dieser Vermehrung im Etatsjahr 1912 gerechnet werden kann.

Ferner muß die Zufuhr der Munition aus den Munitionszügen zum Armeekorps durch weitere Aufstellung von Etappenkolonnen erleichtert werden. Ich beziehe mich hierzu auf meine Anträge vom 17.3.1911 Nr. 3267 I und vom 22. 4. 1911 Nr. 3065 I geh., betreffend Aufstellung bespannter Etappen-Munitionskolonnen, und mein Schreiben vom 30. 12. 1911 Nr. 16 267, betreffend Aufstellung von Etappen-Kraftwagenkolonnen durch Einschränkung der in den Etappen-Kraftwagenparks mitzuführenden Reserve an Armee-Lastzügen.

gez. v. Moltke.

9.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, den 1. 11. 1912.
Nr. 15 246 I. Geheim.
Zu Nr. 1645/12 g. A 5 v. 4. 10. 12.
Munitionsausrüstung des Heeres.

An das Kriegsministerium.

Wie aus meinen zahlreichen Schreiben in Munitionsangelegenheiten hervorgeht, habe ich der Munitionsausrüstung des Heeres und der Munitionsergänzung dauernd meine ganze Aufmerksamkeit zugewendet. Schon in meinem Schreiben vom 29. 1. 1909 Nr. 14 711 sprach ich die Forderung nach einer zweiten Rate Munitionszüge zum 21. Mobilmachungstag aus. Erst durch das Schreiben des A. D. vom 14. 7. 1911 Nr. 738 geh. A. 5 gewann ich Klarheit über die wirklich vorhandenen Bestände an Munition bei den schweren Feldhaubitzen. Ich wiederholte daher unter dem 2. 9. 1911 Nr. 9332 I geh. meinen Antrag auf Beschaffung einer zweiten Rate Munitionszüge unter ausdrücklichem Hinweis auf mein Schreiben vom 29. 1. 1909.

Schon in diesem Schreiben hatte ich auf den Zusammenhang zwischen Friedensbeständen und Mobilmachungslieferung hingewiesen. Je geringer diese Leistung nach Zahl und Zeit, desto größer müssen die Friedensbestände sein. Erst durch meine Anfrage vom 12. 10. 1911 Nr. 12 564 bin erhielt ich Klarheit über den Umfang der Mobilmachungslieferung, und zwar für die Feldartillerie durch Schreiben vom 8. 6. 1912 Nr. 1081/12 geh. A 4 und für die Fußartillerie durch oben angezogenes Schreiben vom 4. 10. 1912.

Diese nunmehr erhaltene Übersicht veranlaßt mich, nochmals auf die gesamte Artillerie-Munitionsversorgung, soweit sie das Feldheer betrifft, zurückzukommen und dabei auch die mir in dem Schreiben vom 4. 10. gestellten Fragen zu beantworten. Ich hebe besonders hervor, daß sich meine Anschauungen über die Höhe der bereits im Frieden vorrätig zu haltenden

Digitized by Google

Bestände dauernd um so mehr erweitert haben, je weiterer Einblick in die Munitionsergänzung mir gegeben wurde. Was ich jetzt allein anstrebe, ist die rücksichtslose Klarheit in dieser so außerordentlich wichtigen Frage. Ich stelle deshalb Abschrift dieses Schreibens der Inspektion der Feldartillerie und der Generalinspektion der Fußartillerie zu und bitte, mit diesen Behörden und mit mir über das Nachfolgende in einen Gedankenaustausch einzutreten, der für um so notwendiger angesehen werden kann, als die Frage zur Zeit nur auf theoretischem Wege zu lösen ist.

Neben den Friedensmunitionsbeständen und den Mobilmachungslieferungen muß hierbei als dritter Faktor unsere Gesamtrüstung eingestellt werden. Wäre sie so erheblich, daß wir mit einem gewaltigen Schlage gleich zu Beginn der Operationen unsere Gegner niederwerfen und damit den Krieg schnell beenden können, dann brauchten wir neben der Munitionsausrüstung der Truppen im Felde, die bis auf die der leichten Feldhaubitzen als feststehend anzusehen ist, nur geringe Friedens-Munitionsreserven pro Geschütz und brauchten keinen Wert auf umfangreiche Mobilmachungslieferungen zu legen. Unsere Wehrmacht ist aber noch nicht derart entwickelt, um das große Ziel zu erreichen. Wir müssen uns schon auf einen langwierigen Feldzug mit zahlreichen schweren, lang dauernden Kämpfen gefaßt machen, bis wir einen unserer Gegner niederzwingen; die Kraftanstrengung und der Kräfteverbrauch steigern sich, wenn wir auf verschiedenen Kriegsschauplätzen im Westen und Osten nacheinander siegen müssen und vorher mit Unterlegenheiten gegen eine Überlegenheit zu kämpfen haben. Der Bedarf nach viel Munition für eine große Spanne Zeit wird mit unabweisbarer Sicherheit eintreten. Er wird sich den Stärkeverhältnissen zufolge bei allen Heeresteilen fühlbar machen und sich da, wo wir auf langen Fronten nur schwach auftreten können, noch sehr erheblich steigern.

Die Munitionslage ist zur Zeit folgende:

1. Friedensbestände: Die Feldkanone hat rund 400 Schuß pro Geschütz beim Armeekorps und eine Munitionsreserve von etwa 1½ dieses Bestandes in Preußen.

Die leichte Feldhaubitze hat eine ganz ungenügende Munitionsausrüstung beim Armeekorps. An der Verbesserung wird gearbeitet, auch nach ihrer Durchführung bleibt die Schußzahl pro Armeekorps nur eine äußerst geringe. Das Verhältnis zu den Munitionsreserven ist scheinbar günstiger wie bei der Feldkanone. Tatsächlich wäre dies ein Trugschluß, da die für die leichte Feldhaubitze zur Zeit bereitgestellte Schußzahl gut um 100 geringer sein wird als die Schußzahl der Feldkanone. Im folgenden wird auf die leichte Feldhaubitze nicht mehr zurückgekommen; das für die Feldkanone Gesagte gilt in erhöhtem Maße für sie.

Die schweren Feldhaubitzen, die mit 432 Schuß pro Geschütz beim

Digitized by Google

Armeekorps eine hohe Munitionsausrüstung haben, führen beim Armeekorps 6912 Schuß mit. Als Reserve ist ein Munitionszug von 6000 Schuß, also für $^6/_7$ des Bestandes, vorhanden. Auf die Festungsmunition kann in diesem Zusammenhange nicht zurückgegriffen werden, sie wird für Belagerungen aufgebraucht und bedarf da auch der Ergänzung.

2. Mobilmachungslieferungen und ihr Beginn. Die Mobilmachungslieferungen setzen bei der Feldkanone mit der 7. bis 8. Woche, und zwar in Preußen mit 120 000 Schuß, d. h. etwa 40 Schuß pro Geschütz der Feld- und Reserve-Feldartillerie, ein. Es folgen alle weitere 4 Wochen je 40 bis 50 Schuß pro Geschütz.

Für die schwere Feldhaubitze werden bis zur 8. Woche 35 000 Schuß, dann alle 4 Wochen 26 000 bis 28 000 Schuß geliefert. Es fehlt hier aber die Zeitangabe, wie sie in dem Schreiben vom 8. 6. 1912 für Feldartillerie-Munition aufgenommen ist, wann die 35 000 Schuß tatsächlich in den Artilleriedepots verladungsbereit sind. Diese Munition wird auch für Belagerungen gebraucht.

Die Feldkanone muß demnach mit der im Frieden vorhandenen Munition bis zur 7. bis 8. Woche auskommen.

Die schwere Artillerie des Feldheeres kann auf Mobilmachungslieferung überhaupt nicht rechnen, die Munition fehlt entweder im Feld- oder im Festungskriege.

3. Munitionsverbrauch im Felde. Es ist kein Zweifel möglich, daß die ersten großen Schlachten auf dem wahrscheinlichen Kriegsschauplatz bald nach Beendigung des Aufmarsches geschlagen werden und daß sehr wahrscheinlich während dieser, sich voraussichtlich über Tage hinziehenden Kämpfe, in denen alle Heeresteile früher oder später eingreifen werden, die gesamte bei den Armeekorps usw. befindliche Munition — bei der Feldartillerie mehr — verschossen wird. Bei einer Schlacht, die sich z. B. über einige lange Sommertage hinzieht, ist ein Munitionsverbrauch von 500 Schuß pro Feldkanone und schwere Feldhaubitze möglich, zumal wenn die fehlende Kriegsgewöhnung und Friedensgewohnheiten in Anrechnung gebracht werden.

Nach den ersten großen Kämpfen ist bei der Feldkanone noch Munition für eine zweite Schlacht, vielleicht noch etwas mehr, vorhanden, bei den schweren Feldhaubitzen werden die Bestände vielleicht nicht mehr vollständig ergänzt. Mit diesen Munitionsmengen müssen wir zur Zeit bis zur 7. bis 8. Woche und noch darüber hinaus auskommen, da die Mobilmachungslieferungen nur als eine geringere Ergänzung angesehen werden können. Daß wir damit ausreichen, erscheint mir für vollständig ausgeschlossen, da bald nach der ersten großen Schlacht und weiterhin schwere Kämpfe folgen werden. So, wie die Lage zur Zeit ist, werden unsere Munitionsbestände, wenn wir auch geringeren Munitionsverbrauch

Digitized by Google

in den ersten großen Kämpfen annehmen, am 30. bis 40. Mobilmachungstage, vielleicht im günstigsten Falle etwas später, aufgebraucht sein. An einzelnen Stellen wird früher Munitionsmangel eintreten, an anderer Stelle Munition noch vorhanden sein, ohne daß ein Ausgleich möglich ist.

4. Die beabsichtigten Maßnahmen und ihr Einfluß auf den Munitionsverbrauch im Felde. Schlußfolgerung. Die beabsichtigten Maßnahmen — Beschaffung von Feldartillerie-Munition bis zu 1200 Schuß pro Geschütz und eines zweiten Munitionszuges für die schweren Feldhaubitz-Bataillone — werden naturgemäß die Lage verbessern. Für eine wirklich energische Kriegführung, die noch mit nicht gebrochenen, vielleicht neuen Gegnern über den 40. bis 50. Mobilmachungstag hinaus zu rechnen hat, fehlen aber auch dann die erforderlichen Munitionsmengen, und der Umfang der Mobilmachungslieferungen hilft dem nicht ab. Da mit diesem Umfang anscheinend als mit etwas Feststehendem zu rechnen ist, so bleibt nichts anderes übrig, als die Munitionsbestände im Frieden zu vermehren. Diesem trägt die Forderung nach einem dritten und vierten Bedarf für die schwere Feldhaubitze Rechnung, für die Feldartillerie ist die Erhöhung über 1200 Schuß pro Geschütz geboten.

Ich verkenne nicht die Bemühungen des Kriegsministeriums, die Munitionsausrüstung des Heeres sicherzustellen, ich habe mich schon verschiedentlich dafür bedankt. Auf der anderen Seite muß aber zugegeben werden, sobald dem Grundgedanken meiner Ausführungen beigetreten wird, nach denen unserer Lage zufolge die Friedensbestände und die Mobilmachungslieferungen den Munitionsbedarf nicht decken werden, daß die Vorbereitung für den Krieg, soweit die Munitionsfrage in Betracht kommt, keine vollkommene ist und daß dadurch der Kriegführung ernste Hemmnisse entstehen können. Es muß alles geschehen, daß diese ernste Lage abgekürzt wird. Wenn z. B. der zweite Bedarf für die schwere Feldhaubitze, den ich bereits unter dem 29. 1. 1909 beantragt habe, erst bis zum Jahre 1917 beschafft werden soll, so ist das ein Hinausschieben, das ich in hohem Maße für bedenklich ansehe. Ich beantrage wirklich entscheidende Maßnahmen und die baldige Bereitstellung der erforderlichen Mittel. Die Fabriken werden, wenn sie ihren Betrieb erweitern, den erhöhten Anforderungen Rechnung tragen.

Ich bin fest überzeugt, daß in einem großen europäischen Kriege die letzten gefüllten Protzen einen wesentlichen Einfluß auf dessen Ausgang haben werden. Da wir mit zwei Gegnern rechnen müssen, die zusammen uns erheblich überlegen sind, so müssen wir auch erheblich mehr Munition wie jeder einzelne von ihnen bereitstellen.

gez. v. Moltke.

Digitized by Google

10.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, den 1. 7. 1910.
Nr. 878. Geheim.
Kriegerische Verwendung von Ersatzformationen der Feldtruppen.

An das Kriegsministerium.

Das letzte Kriegsspiel im Großen Generalstabe, dem die Annahme eines Krieges Deutschlands gegen Frankreich, Rußland und England zugrunde lag, und die sich an dasselbe anschließende Große Generalstabs-Reise, in der ein englischer Einfall in Schleswig-Holstein behandelt wurde, haben klar gezeigt, daß wir in Notlagen auf ein alsbaldiges kriegerisches Mitwirken der Ersatzformationen der Feldtruppen nicht verzichten können. Nur diese Ersatztruppen kommen wegen ihrer Zusammensetzung hierfür in Betracht. Wenn auch ihre kriegerische Verwendung als ein Übelstand und als ein Notbehelf angesehen werden muß, und wenn ich auch der Ansicht des Kriegsministeriums durchaus zustimme, daß es die eigentliche Aufgabe der Ersatzformationen ist, die Verluste der Feldtruppen erster Linie zu ersetzen, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß es ein verhängnisvoller Fehler sein würde, wenn man dieser Aufgabe zuliebe sich der Gefahr aussetzen wollte, geschlagen zu werden. Die Zahl unserer Feinde bei einem Koalitionskriege gegen Deutschland ist eine so große, daß es unabweisbare Pflicht für uns werden kann, in bestimmten Fällen von vornherein die gesamte wehrfähige Mannschaft des Reiches ihnen entgegenzustellen. Alles kommt darauf an, daß wir die ersten Schlachten gewinnen; wenn dies gelungen ist, ist es wenig von Belang, wenn auch durch eine kriegerische Verwendung die Ersatztruppen dauernd ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen werden sollten. Diejenigen Ersatztruppen, die zur Abwehr einer feindlichen Landung verwendet werden müssen, würden übrigens nach einem Siege voraussichtlich ihrer Zweckbestimmung wieder zugeführt werden können.

Notlagen, in denen die Oberste Heeresleitung auf Ersatztruppen für den Kampf zurückgreifen muß, können schon früh eintreten. Der Einfall englischer Landungstruppen in Schleswig-Holstein z. B. kann vom 15. Mobilmachungstage ab stattfinden. Müssen wir an unserer West- und an unserer Ostgrenze aufmarschieren, so können wir nicht in Schleswig-Holstein eine Armee zurücklassen, die der englischen gewachsen ist. Wir können ebensowenig aus dem planmäßigen Aufmarsch an der Ost- und Westgrenze eine entsprechend starke Armee herausziehen, um sie dorthin zu werfen. Wir gebrauchen unsere gesamte Macht, um an entscheidender Stelle im Osten oder Westen zu siegen. Von den planmäßig mobil werdenden Formationen darf daher nur soviel in Schleswig-Holstein zurück-

Digitized by Google

gelassen werden, daß ein erster Schutz dort vorhanden ist. Um den Feind, wenn er kommt, hier zu schlagen, gebrauchen wir schon früh Ersatzformationen.

Sind wir uns darüber klar, daß wir in Notlagen und frühzeitig auf Ersatzformationen für den Kampf zurückgreifen müssen, dann wird es zur Pflicht und zu einem unerläßlichen Gebot der Selbsterhaltung, diese Verwendung in Weiterentwicklung der Festsetzungen des Mobilmachungsplanes im Frieden eingehend vorzubereiten.

Der erste Schritt ist bereits damit geschehen, daß unsere Ersatzformationen nur aus ausgebildeten Mannschaften zusammengesetzt werden. Der zweite Schritt ist eingeleitet. Die Ersatzabteilungen der Feldartillerie werden sämtlich zu mobiler Verwendung bereitgestellt und entsprechend ausgerüstet. Für einen Teil der Ersatzbataillone der Feldtruppen sind Fahrzeuge im Frieden bereitgestellt. Die Aushebung weiterer Fahrzeuge ist nach J. I.[1] Deckblatt 125 vorgesehen und bereits beim IX., X., XIII., XIV. Armeekorps durch die besonderen Maßregeln angeordnet. Diese Maßnahme muß auch auf die anderen Waffen und an erster Stelle auf die Ersatzformationen des III., IV., XI., XII., XIX. und einen Teil der Ersatzformationen des Garde- und II. Armeekorps ausgedehnt werden. Vorstehende Ersatztruppen kommen an erster Stelle für die Abwehr einer feindlichen Landung in Betracht.

Es ist daher von größter Wichtigkeit, daß die Ausrüstung der Ersatzformationen nach Möglichkeit verbessert, namentlich ihre Sanitätsausrüstung vervollständigt werde.

Als fernere Maßnahme ergibt sich die Vorbereitung der Bildung gemischter Brigaden (§ 89[2] Mobilmachungsplan). Hierzu muß von jeder Division ein stellvertretendes Brigadekommando nach Stärkenachweisung H. a. I[2] zunächst immobil aufgestellt werden, mit Ausnahme beim XV. und XVI. Armeekorps. Beim Gardekorps, das nur einen Teil seiner Ersatzformationen freimachen kann, würde ein Inspekteur der immobilen Gardeinfanterie aufzustellen sein.

Bei den Armeekorps, deren Ersatzformationen nur oder hauptsächlich in Festungen stehen, z. B. beim I., XVII. und XVIII., könnten diese Brigadestäbe planmäßig den Festungen zugeteilt werden (Deckblatt 204 zu § 89[2] Mobilmachungsplan), woraus diese wesentlichen Nutzen ziehen würden.

Zur Führung des Ersatzgeschäftes bliebe bei jeder Division mindestens ein stellvertretendes Brigadekommando (Deckblatt 5 zu § 4[3] Mobilmachungsplan).

Als letzte Maßnahme ergibt sich die Aufstellung von höheren Kommandeuren zur Verfügung der Obersten Heeresleitung, etwa nach Stärke-

Digitized by Google

nachweisung H. a. I [1], eventuell mit dem Range als Kommandierende Generale. Die Zusammenfassung mehrerer Brigaden zu einem höheren Verbande ist unerläßlich. Ich beantrage zunächst die Aufstellung je eines höheren Kommandeurs beim III., IV., IX., X., oder an Stelle des IV. bzw. X. beim XI. und beim XII. oder XIX. Armeekorps. Ich nehme an, daß die stellvertretenden Kommandierenden Generale ihren Aufgaben erhalten bleiben müssen.

Damit Kosten bei der Aufstellung der Brigadestäbe und der höheren Kommandeure vermieden werden, müssen hierbei Bestände von Ersatzformationen verwendet werden.

Auf die Aufstellung von bespannten Trainformationen muß verzichtet werden. Die Bildung von Feldtrain-Kompagnien aus den Train-Ersatzbataillonen ist erwünscht.

Für eine Verwendung von Ersatzformationen in Schleswig-Holstein genügt in bezug auf die Fuhrwerkbeschaffung für den Train die Bereitstellung von zwei bis drei Magazin-Fuhrparks im Bereich des IX. und eventuell des X. Armeekorps. Im übrigen wird sich das Oberkommando selbst aushelfen müssen.

Ich hoffe, daß sich meine Vorschläge ohne besondere Schwierigkeiten erfüllen lassen. Ich wiederhole, daß ich ihre Durchführung als ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung ansehe. Das Kriegsministerium bitte ich, mir auch hierbei wieder, wie bisher schon in so dankenswerter Weise geschehen, hilfreich die Hand zu reichen und die Vorschläge schon zum 1. 4. 1911 zu verwirklichen.

gez. v. Moltke.

11.

Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 878.

Berlin, den 20. 8. 1910.

Zu M. J. Nr. 914/10 A 1 v. 3. 8. 1910.
Mobile Verwendung von Ersatzformationen.

An das Kriegsministerium.

Unsere politische und geographische Lage muß es uns zur Pflicht machen, alle verfügbaren Kräfte für einen Kampf bereitzustellen, der über Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches entscheiden wird. Wollten wir dieser Lage vollauf Rechnung tragen, so müßten wir vor allen Dingen unsere Wehrkraft derart anspannen und unsere Wehrmacht derart ausbauen, wie es dem vorhandenen Bestand an wehrfähigen Mannschaften und Mannschaften des Beurlaubtenstandes entspricht. Daß die Aufstellung neuer vollständig vorbereiteter Verbände das einzig Richtige wäre, brauche ich nicht zu betonen; es würde das sicherste Mittel sein, einer schweren

Digitized by Google

äußeren Krisis mit Aussicht auf Erfolg begegnen zu können. Ich habe mich aber den Schwierigkeiten unserer finanziellen und innerpolitischen Zustände nicht verschlossen. Ich habe deshalb im Einverständnis mit dem Herrn Kriegsminister davon Abstand genommen, eine erhebliche Vermehrung unserer Friedenspräsenzstärke für das nächste Quinquennat zu fordern und auch jetzt nicht die Formierung neuer Truppen aus den reichlich vorhandenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes erbeten.

Es wird mir daher um so dringender zur Pflicht, die Nutzbarmachung schon vorhandener Formationen anzustreben, zu deren Kriegsbrauchbarkeit keine besonderen finanziellen Mittel, sondern nur eine planmäßige Vorbereitung und Bereitstellung erforderlich sind. Aus diesem Grunde habe ich die Forderung nach einer Vorbereitung der Mobilisierung des Ersatzheeres gestellt, und ich sehe in dieser Forderung ein Gebot der Selbsterhaltung des Staats, von dem uns keine Gründe entbinden können.

In meinem Schreiben vom 1. 7. 1910 habe ich betont, daß ich zunächst in dem Ersatzheer nur eine bereite Reserve sehe, der Teile entnommen werden können, um „in Notlagen" auf Nebenkriegsschauplätzen, gestützt auf Festungen, Flußläufe und sonstige Abschnitte, einem neu auftretenden Gegner die Besitzergreifung des Landes und die Zerstörung unserer Hilfsmittel, die wir für unsere Kriegführung dringend gebrauchen, zu verwehren oder doch wenigstens zu verzögern.

Das Kriegsministerium scheint zu befürchten, daß eine sofortige Verwendung des gesamten mobilen Ersatzheeres gemeinsam mit dem mobilen Feldheer beabsichtigt sei. Das würde schon wegen des Eisenbahnaufmarsches nicht möglich sein. Wird die Verwendung des Ersatzheeres nicht nötig, so wird es seiner Bestimmung: die Verlustausfälle der Feldarmee zu ergänzen, unbeschadet seiner mobilen Bereitstellung zurückgegeben werden können.

Schon das Vorhandensein einer wirklich schlagfertigen Ersatzarmee im Lande nach Versammlung unseres Feldheeres an der Grenze ist einer feindlichen Koalition gegenüber, mit der wir aller Wahrscheinlichkeit nach zu rechnen haben werden, von großer Bedeutung. Ein neuer Gegner, der unser Land schutzlos vor sich sieht, wird leichter zum Angriff geneigt sein, als wenn er in ihm noch eine organisierte Armee weiß. Diese muß in der letzten Not ebenso eingesetzt werden können wie das Feldheer, sei es allein, sei es zusammen mit dem Feldheer oder mit Teilen desselben. Jeder Staat, der mit äußerster Energie um seinen Bestand ringt, muß alle Kräfte und Hilfsmittel einsetzen, wenn er den höchsten Pflichten genügen will.

In meinem Schreiben vom 1. 7. 1910 habe ich die beantragten Vorbereitungen für den Schutz von Schleswig-Holstein in den Vordergrund gestellt, weil sich dort eine Lücke am empfindlichsten geltend macht. Ob

Digitized by Google

eine englische Landung dort oder in Jütland geplant ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit voraussehen. Der Bericht eines Militär-Attachés kann keine Gewähr für die Sicherheit unserer Nordgrenze bieten. Dem Vorschlag, durch Abgaben überzähliger Bataillone verschiedener Armee- und Reservekorps unter Hinzutritt der 3. Reserve-Division ein neues Truppenkorps gegen eine englische Landung verfügbar zu machen, vermag ich nicht zuzustimmen. Abgesehen von der Schwierigkeit der Versammlung vieler kleiner Teile verschiedener Korps, die den Eisenbahnaufmarsch noch mehr erschweren würde, und der vielleicht notwendig werdenden Belassung der 3. Reserve-Division an der russischen Grenze, würde man doch nur Kräfte von einer Stelle fortnehmen, um sie an anderer Stelle zu verwenden, also keinen Kräftezuwachs schaffen. Es ist ferner zu beachten, daß ein Teil unserer Reservekorps bzw. -divisionen nicht die Stärke von 24 bzw. 12 Bataillonen erreicht, und daß die überschießenden Bataillone gerade genügen würden, ihnen diese Stärke zu geben. Ich habe diesen Ausgleich bisher nicht beantragt, weil noch dringendere Forderungen vorlagen.

Ich will ausdrücklich betonen, daß aber nicht nur die Mobilisierung von Ersatzformationen in Betracht kommt, die an erster Stelle zum Schutz von Schleswig-Holstein berufen sind. Die Mobilisierung sämtlicher Ersatzformationen der Feldtruppen muß vorbereitet sein.

Die Aufgabe derselben in bezug auf die Ersatzgestellung und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, wofür aber auch Reserve- und Landwehr-Ersatzformationen zur Verfügung stehen, wird durch die Vorbereitung zu mobiler Verwendung zunächst nicht berührt. Gelingt es, bald nach Beginn der Feindseligkeiten einen großen Erfolg über einen unserer Gegner zu erringen, so wird ihre Verwendung als selbständige fechtende Truppe überhaupt nicht erforderlich werden. Aber einen solchen Erfolg kann man nur erhoffen, niemand kann ihn verbürgen. Ist das gesamte Feldheer zum entscheidenden Schlage gegen einen Gegner angesetzt, vielleicht auch in lang andauernden, unentschiedenen Kämpfen gefesselt, und tritt ein neuer Gegner auf den Plan, dem dann keine Teile der Feldarmee mehr entgegengestellt werden können, dann muß das Ersatzheer eingesetzt werden. Die Sorge, daß seine Kräfte nach Art und Zahl zu einem Erfolge nicht genügen möchten, kann nicht als Grund für Unterlassungen dienen. Jedenfalls wird es besser sein, einen Erfolg dadurch zu erstreben, daß man die vorhandenen Kräfte bereithält, als daß man nichts vorbereitet und dann gezwungen wird, zu Improvisationen zu greifen.

Daß eine gut organisierte Armee mit leistungsfähigen Führern besser ist als eine mäßig zusammengesetzte mit ungenügenden Führern, bedarf keiner Erörterung. Ich erwarte auch von dem Ersatzheer zunächst keine großen Operationen, wohl aber einen kräftigen Widerstand an geeigneten

Digitized by Google

Linien, mag dies nun im Osten die Weichsel oder Netze und Warthe mit dem zugehörigen Festungssystem oder im Norden die Eider und Schlei sein. In der Verteidigung des heimischen Bodens werden auch diese Formationen ihr Bestes hergeben, um so mehr, wenn sie durch hinreichende Vorbereitungen zum Kampf befähigt sind. Die höheren Führer werden gewonnen werden können, ohne die Feldarmee zu schädigen. Es sind genügend höhere inaktive Offiziere vorhanden. Nur an Regimentskommandeuren der Infanterie fehlt es. Diese Stellen brauchen aber auch nicht besetzt zu werden. (Mob. Pl. 89 [2] Deckbl. 68.) Bereits im Jahre 1866 wurden Ersatzbrigaden ohne Regimentsverbände aufgestellt.

Ich bitte nochmals, meinem Antrag gemäß Schreiben vom 1. 7. 1910 nähertreten zu wollen.

gez. v. Moltke.

12.

Chef des Generalstabes der Armee.
Nr. 13 077.

Berlin, den 11. 11. 1910.

Zu M. J. v. Nr. 1282/10 A 1 v. 21. 10.
Mobile Verwendung von Ersatzformationen.

An das Kriegsministerium.

In bezug auf die Bedeutung des Ersatzes für das Feldheer weiß ich mich eins mit den Anschauungen des Kriegsministeriums und meines Herrn Vorgängers. Ich stimme aber mit diesem auch darin überein, daß in einem kommenden Kriege Notlagen eintreten können, zu deren Überwindung es der äußersten Anstrengungen bedarf. Demzufolge hat mein Herr Vorgänger in seinem Schreiben vom 4. 11. 1905 Nr. 11 077 die Organisation der damals überzähligen 200 000 Mann des Beurlaubtenstandes beantragt.

Als die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen waren und es immer dringender wurde, weitere Kräfte zur Verfügung zu haben, schlug ich als Notbehelf unter dem 7. 4. 1906 Nr. 590 geh. vor, aus den ausgebildeten Mannschaften zweier Ersatzbataillone, die damals zur Hälfte noch aus unausgebildeten Ersatzreservisten bestanden, ein verwendungsfähiges Bataillon zu bilden. Hierin erblickte der damalige Herr Kriegsminister „nicht zu unterschätzende Nachteile sowohl für das neugebildete Bataillon, wie für die zurückbleibenden Teile".

Nachdem sich dann ergab, daß aus den 200 000 Mann überplanmäßige Formationen nicht gebildet werden konnten, ordnete das Kriegsministerium auf meinen Antrag nach Anhörung des Generalkommandos zuerst versuchsweise, dann endgültig an, daß die unausgebildeten Mannschaften der Ersatzbataillone durch die überzähligen ausgebildeten ersetzt und die Rekrutendepots erweitert werden sollten. Das Schreiben vom

Digitized by Google

18. 6. 1907 M. J. Nr. 848/07 A 1 begründete diese Maßnahme mit neuerer Forderung, gegebenenfalls Ersatztruppenteile zu kriegerischer Verwendung heranziehen zu können. In dieser Auffassung entstand auch das Deckbl. 68 zum § 89[1] Mobilmachungsplan, das die Bereitstellung von Ersatzbrigaden durch die stellvertretenden Kommandierenden Generale vorsah, sowie mein Schreiben vom 1. 7. 1910 Nr. 8305 I geh., das hierfür planmäßige Friedensvorbereitungen anregte.

Ich bin im vorstehenden auf den früheren Herrn Kriegsminister und dessen Anschauungen zurückgekommen, weil er die Berechtigung meiner Ansichten damals anerkannt hat, denn zu meinem lebhaften Bedauern haben die Darlegungen in dem Schreiben vom 21. 10. 1910 M. J. 1282/10 A 1 meine Bedenken in bezug auf die für die Ersatzbataillone seitens des Kriegsministeriums beabsichtigten Maßnahmen nicht zerstreut.

In bezug auf die Zahl der für Ersatzgestellung vorläufig zurückgehaltenen Bataillone liegen die Verhältnisse günstiger, wie das Kriegsministerium es meint, solange nicht die äußerste Notlage eintritt, in deren Verlauf die zu Kriegsbesatzung bestimmten Ersatzbataillone durch Einschließung, die anderen durch kriegerische Verwendung verhindert sind, Ersatz zu stellen. Dankbar erkenne ich an, daß auch das Kriegsministerium die Berechtigung anerkennt, im Notfall — und um diesen kann es sich auch nur handeln — das gesamte Ersatzheer zu kriegerischer Verwendung heranzuziehen.

Die nach den Vorschlägen des Kriegsministeriums bereitgestellten Bataillone sind in ihrer Zusammensetzung gut. Die zurückbleibenden Stämme sind zwar zur Ersatzgestellung, nicht aber zu der als möglich anerkannten kriegerischen Verwendung befähigt. Das Kriegsministerium hofft, diese Stämme zu neuen kriegstüchtigen Truppenteilen zu entwickeln; ob dies in Rücksicht auf die vorhandenen Offiziere möglich ist, muß dahinstehen. Jedenfalls erfordert es viel Zeit. Ob der Gegner uns diese Zeit läßt, ist mehr wie ungewiß*). Mit diesem ungünstigsten Fall müssen wir aber rechnen. Auch zu Kriegsbesatzungen sind diese Stämme nicht geeignet. Ein Zusammenlegen der Stämme am 15. Mobilmachungstag zu geschlossenen Bataillonen würde ein gewisser, aber nicht überall zu ziehender Gewinn sein.

Auch den verschiedenartigen Verhältnissen in den Korpsbezirken würde Rechnung zu tragen sein. So verwendet das I. Armeekorps seine Ersatzbataillone im Bahnschutz und als Kriegsbesatzungen, das XVII. alle ohne Ausnahme zu Kriegsbesatzungen. Das IX., X., XIV. rechnen vielleicht mit einer frühzeitigen kriegerischen Verwendung aller Ersatzbataillone, das VIII. scheint seine Ersatzbataillone im Aufmarschgebiet verwenden zu

*) Der Mißerfolg der Neuformationen bei Ypern steht in aller Erinnerung. Der Verfasser.

Digitized by Google

wollen. Es ist zweifelhaft, ob diesen Armeekorps mit einer Umformung der einmal aufgestellten Ersatzbataillone gedient ist.

Bei einigen mittleren Armeekorps, namentlich bei denen, die keine Ersatzbataillone an Festungen abgeben, kann vielleicht den beiderseitigen Bedenken dadurch Rechnung getragen werden, daß pro Brigade ein Regiment im Rahmen der allgemeinen Mobilmachung das Bataillon zu mobiler Verwendung nebst einem Stamm für Ersatzzwecke, das andere, dem dieser Stamm am 15. Mobilmachungstage zuzuführen ist, das Ersatzbataillon bildet.

Beim Gardekorps, dessen Ersatzformationen eng zusammenliegen, würde ohne Schwierigkeit mehr im Sinne des Kriegsministeriums gehandelt werden können.

Zur Förderung der Angelegenheit würde ich es dankbar begrüßen, wenn die Maßnahmen, in denen bereits Einigkeit erzielt ist, so wie vereinbart zur Durchführung kämen, und wenn den Generalkommandos für die Aufstellung der Bataillone für das nächste Mobilmachungsjahr der Weg überlassen würde. Ich würde meinerseits nur darum bitten, die Generalkommandos anzuweisen, die Bataillone zu mobiler Verwendung zum 14., wenn nicht anders möglich, zum 15. Mobilmachungstage derart bereitzustellen, daß sie von diesem Zeitpunkt ab im Bedarfsfalle unmittelbar an den Feind geführt werden können, und daß die für Ersatzzwecke bestimmten Formationen vom 15. Mobilmachungstage ab geschlossene Bataillone bilden. Gleichzeitig würden die Generalkommandos, so wie dies auch 1906 geschehen, zur Berichterstattung über diese Frage aufzufordern sein, auf Grund deren dann weitere Entscheidungen getroffen werden könnten. Eine Änderung des Mobilmachungsplans könnte bis dahin aufgeschoben werden.

gez. v. Moltke.

13.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, 2. 3. 1911.
Nr. 2500 I. Geheim.

Beschaffung von Luftschiffen.

An Kriegsministerium.

In meinem Schreiben 401/08 I. vom 13. 1. 08 habe ich die Zahl von 15 Luftschiffen als für die Oberste Heeresleitung erforderlich bezeichnet. Inzwischen hat sich, wie aus den Luftschiffübungen und den Kaisermanövern 1909 und 1910 und auch aus dem Schreiben der J. d. V. IIc Nr. 12 401 vom 28. 12. 1910 hervorgeht, gezeigt, daß die Leistungen der Luftschiffe hinter den Annahmen, die der oben erwähnten Forderung zugrunde gelegt wurden, weit zurückgeblieben sind. Ferner ist erst durch die Schießversuche 1910 bei Rügenwaldermünde Klarheit über die hohe Ge-

Digitized by Google

fährdung der Luftschiffe durch Haubitzen und Ballonabwehrkanonen, auch in erheblich größeren Fahrthöhen wie 1000 m, gewonnen worden. Schließlich haben die Fortschritte in der Entwicklung des Flugwesens zur Einreihung der Flugzeuge in die Mittel für die Erkundung auf dem Luftwege geführt.

Alle diese Umstände haben mich zur Prüfung der Frage veranlaßt, ob bei dieser veränderten Sachlage die Aufrechterhaltung der eingangs erwähnten Forderung von 15 Luftschiffen noch angezeigt erscheint.

Da sich noch nicht mit Sicherheit übersehen läßt, inwieweit die gegenwärtigen Mängel unserer Luftschiffe sich beheben lassen, und in welchem Umfange die Flugzeuge neben den Luftschiffen oder an ihrer Stelle die Erkundungsaufgaben zu übernehmen imstande sein werden, so bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Oberste Heeresleitung sich mit einem Bestand von 9 der Heeresverwaltung gehörenden Schiffen, der im Laufe dieses Jahres voraussichtlich erreicht werden kann, vorläufig begnügen kann, bis eine zuverlässige Grundlage für die Verwendung von Luftschiff und Flugzeug im Felde geschaffen sein wird.

gez. v. Moltke.

14.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, 9. 3. 1912.
Nr. 3350 I. Geheim.
Flugzeugwesen.

An Generalinspektion des Militär-Verkehrswesens.

Um meine Anschauungen über die Verwendung von Flugzeugen zu vervollständigen, bitte ich möglichst bald um folgende Angaben:

1. Mit welchen Schußwaffen werden die Flugzeuge ausgestattet, und stößt die Verwendung dieser Waffen auf irgendwelche Schwierigkeiten?

2. Welche Gewichte sind bisher von unseren Flugzeugen abgeworfen, und wie stellt sich die Treffwahrscheinlichkeit?

Ich bitte durch Abwerfen von Gewichten im Zuge von Chausseen und Wegen die Treffwahrscheinlichkeit aus Flugzeugen gegen diese Ziele aus Kriegshöhen festzustellen.

3. Wie steht es mit der Ausführbarkeit von Nachtfahrten, auch auf die Gefahr hin, daß das Flugzeug beim Landen schwer beschädigt wird?

4. Können sich die Flieger der eigenen Truppe durch Zeigen einer z. B. roten Flagge bei niedrigem Fluge erkennbar machen? Selbstverständlich dürfte dies oder ein ähnliches Zeichen erst in den Aufmarschanweisungen angeordnet werden.

Sind andere Erkennungszeichen ermittelt?

Auf strengste Geheimhaltung der Versuche zu 2 und 4 lege ich besonderen Wert.

Digitized by Google

15.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, 23. 4. 1912.
Nr. 5367 I. Geheim.

Zu G. J. d. M. B. 27. 12. v. (fehlt) April 1912.
Kampfausrüstung von Flugzeugen.

An General-Inspekteur des Militär-Verkehrswesens.

Zu den unter obiger J.-Nr. übersandten Mitteilungen bemerke ich folgendes:

1. Die Ausrüstung unserer Flugzeuge mit der Pistole 08 hat geringen Wert. Ich bitte, Versuche in der Ausrüstung mit wirksameren Fernwaffen anzustellen, und um Mitteilung, welcher Wert der Eulerschen Vorrichtung*) (am ersten Tage der Ala ausgestellt) dort beigemessen wird.

2. Ich lege großen Wert auf baldigste Feststellung, welche Höchstgewichte z. B. aus den Flugzeugen der verschiedenen Typen ohne Gefahr für das Flugzeug abgeworfen werden können. Diese Feststellung bildet die Grundlage für alle weiteren Erwägungen und Maßnahmen der Ausrüstung unserer Flugzeuge mit Abwurfgeschossen. Ich bitte um Mitteilung der Ergebnisse.

3. Liegen Erfahrungen vor, welche Abwurfgeschosse sich für die Flugzeuge zur Zerstörung von Luftschiffen besonders eignen? Andernfalls halte ich baldigste praktische Versuche für dringend geboten.

Ich wäre für eine laufende Orientierung über den Stand dieser und der übrigen in oben angezogener J.-Nr. mitgeteilten Versuche dankbar und bitte, mir Gelegenheit zu geben, auch Offiziere des Generalstabes solchen Versuchen beiwohnen lassen zu können.

gez. v. Moltke.

16.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, —. 4. 1912.
Nr. 348/12. Geheim.

Zum Schreiben vom 6. 4. 12. Nr. 519. 12. Geh. A 7.
Fliegerorganisation.

An Kriegsministerium).**

Gegenüber den Ausführungen des angezogenen Schreibens weise ich auf die planmäßige und großzügige Organisation des Fliegerwesens in Frankreich hin — s. m. Schreiben vom 10. 4. 1912 Nr. 5400, II. Die in dem Schreiben angekündigte Denkschrift wird möglichst bald übermittelt werden. Der gelegentlich zu meiner Kenntnis gekommenen Annahme,

*) Maschinengewehr-Ausrüstung. Der Verfasser.
**) Das Schreiben hat General v. Moltke persönlich umgearbeitet. Der Verfasser.

Digitized by Google

daß Frankreichs Fliegerorganisation lediglich auf dem Papier steht oder stehen bleiben wird, muß ich entgegenhalten, daß hierin eine gefährliche Selbsttäuschung liegt. Selbst wenn bei der Durchführung der Organisation 1912 noch Lücken bleiben, so bleibt doch unseren Maßnahmen gegenüber ein derartiges Plus übrig, daß die Franzosen mit vollem Recht auf ihre außerordentliche Überlegenheit auf diesem Gebiete mit stolzer Genugtuung blicken können. Daß diese Überlegenheit bei einem Kriege für uns mit ebenso vielen Nachteilen verbunden ist, ist ohne weiteres klar. Es ist deshalb in hohem Maße bedenklich, daß dem Flugwesen bei uns nicht die entsprechende Förderung zuteil geworden ist und nach dem angezogenen Schreiben auch nicht zuteil wird.

Nach Feststellung dieser Tatsache enthalte ich mich, auf Einzelheiten einzugehen. Ich will aber hervorheben, daß meiner Ansicht nach die Ausgestaltung der Fliegerwesens ebenso planmäßig betrieben werden muß, wie die Organisation aller anderen Formationen des Heeres. Solange wir mit nicht klaren Zielen arbeiten, werden wir im Ernstfall nicht über das verfügen, womit wir auf dem Papier im Frieden rechnen. Die Schwierigkeiten in der Mobilmachung unserer Fliegerabteilungen seit dem Herbst vorigen Jahres ist ein lehrreiches Beispiel dafür. Außerdem hat die Bearbeitung des Aufmarsches und damit die Vorbereitung für die Verwendung der Streitkräfte vor dem Feinde einen Umfang angenommen, der nur bei klaren Zielen bewältigt werden kann (s. m. Schreiben vom 15. 3. 1912 Nr. 3717 I). Hierfür bin ich verantwortlich. Ich muß deshalb zunächst um möglichst baldige Aufklärung über die endgültigen Maßnahmen für den Herbst dieses Jahres ersuchen.

Nach wie vor halte ich Darmstadt nicht als die geeignete dritte Fliegerstation. Sie gehört an die Grenze.

Ganz besonders bedenklich ist es, daß für die Entwicklung des militärischen Flugwesens in den Jahren 1913 bis 1916 Beschlüsse noch nicht gefaßt sind. Die neue Heeresvorlage legt den Mannschaftsbestand für diese Zeit fest. Daß wir mit dem am 1. 10. 1912 bereitgestellten Mannschaftspersonal in dem Quinquennat auskommen werden, ist ausgeschlossen. Wir können also schon jetzt mit Sicherheit mit neuen Abkommandierungen und Schwächung des Etats rechnen, wo die Heeresvorlage noch nicht einmal beraten wird und wir Menschenmaterial in Überfluß haben. Die Gründe, die das Kriegsministerium für seine Stellungnahme angibt, kann ich nicht als stichhaltig bezeichnen. Wäre mir sicher Klarheit gegeben, so hätte ich gegen diese Unvollständigkeit der Heeresvorlage Einspruch erhoben. Ich stelle ausdrücklich fest, daß sich das Kriegsministerium in bezug auf diesen Punkt der Heeresvorlage nicht in Übereinstimmung mit mir befindet und daß mir keine Möglichkeit gegeben wurde, mich noch vor Abschluß der

Digitized by Google

Heeresvorlage hierüber zu äußern, sowie daß dieses Verfahren nicht den Gepflogenheiten entspricht*).

Mein Ersuchen, jetzt zu erfahren, wie hoch sich die Zahl der kriegsbrauchbaren Flugzeuge zu verschiedenen Terminen im Jahre 1912 „belaufen wird", stellt keine Kontrolle des Kriegsministeriums dar, wie es anscheinend angenommen wird. Da aber nach Ziffer 6 des Schreibens vom 5. 3. 1912 Nr. 329. 12 geh. A 7 der Bestand an Flugzeugen zu den verschiedenen Zeitpunkten nicht feststand, zumal auch mit Abgang von meiner Seite gerechnet wurde, so stellte ich das erwähnte Ersuchen. Die Oberste Heeresleitung muß klar sehen, falls plötzlich mobil wird, was sie beim Feldheer zur Verfügung hat und wie der Ersatz sich gestaltet.

17.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, 26. 9. 1912.
Nr. 12751 I. Geheim.

Aufstellung von Fliegerformationen.

Zu A. D. 1157/12 g. A. 7 vom 19. 8. 12.

An das Kriegsministerium.

In der Anlage übersende ich unter Beziehung auf die Vorschläge der G. J. d. M. V.**) für die Einrichtung von Fliegerstationen im Frieden und Aufstellung von Fliegerabteilungen im Kriegsfalle (G. J. d. M. V. 132. g. I. 12. IIc. vom 3. 8. 1912) eine Zusammenstellung meiner Ansichten und Wünsche über die Grundlage und Durchführung der weiteren Organisation unseres Fliegerwesens. Die Richtlinien, die in der anliegenden Zusammenstellung gegeben sind, werden für die Schaffung und für den weiteren Ausbau dieses neuen und wichtigen Kriegsmittels maßgebend bleiben, auch wenn weitere Fortschritte im Fliegerwesen eintreten.

Ich bin mir wohl bewußt, daß meine Forderungen, die über die Absichten der G. J.**) hinausgehen, außerordentliche Ansprüche an Geldmitteln und Personal stellen. Wir müssen zu einer hohen Anspannung unserer Leistungen schreiten, wenn wir die klare und erhebliche Unterlegenheit beseitigen wollen, die auf diesem Teile unserer Wehrkraft unserem westlichen Nachbar gegenüber besteht. Ich habe es nicht unterlassen, durch dauernde und fortlaufende Nachrichten an das Kriegsministerium auf das Anwachsen der Leistungen Frankreichs auf diesem Gebiete im Laufe der letzten Jahre immer

*) Diese erstaunliche Tatsache hatte ihren Grund in der traurigen innerpolitischen Lage (S. 20 Z. 2 v. o.). Der Verfasser.

**) General-Inspektion des Militär-Verkehrwesens.

Digitized by Google

wieder hinzuweisen und die Dringlichkeit entsprechender Maßnahmen bei uns zu betonen. Nur durch außerordentliche Anstrengungen können wir jetzt einen Vorsprung einholen, der gerade für die Heeresführung von schwerwiegendster Bedeutung ist. Ich zweifle nicht daran, daß die erforderlichen Mittel von dem Reichstage auch außerhalb der bisherigen Forderungen bewilligt werden, so daß die Geldfrage kein Hemmnis für die ungesäumte Durchführung der vorgeschlagenen Organisation bilden wird. Auf die Bedeutung der Personalfrage habe ich namentlich bei den Beratungen über das letzte Quinquennat hingewiesen.

gez. v. Moltke.

Geheim. Zu Nr. 12 751 I.

Die Organisation des Militär-Fliegerwesens.

I. Allgemeine grundlegende Gesichtspunkte.

Das nächste und möglichst bald zu erreichende Ziel in der Organisation unseres Militär-Fliegerwesens ist die mobilmachungsmäßige Ausstattung:

a) Der Armee-Oberkommandos mit mehreren (2 bis 3) beweglichen Feldfliegerabteilungen und einem Fliegerpark.

b) Der Armeekorps (einschl. Reservekorps) mit je einer beweglichen Feldfliegerabteilung.

c) Der Kavalleriekorps mit je einer beweglichen Feldfliegerabteilung.

d) Wichtiger Grenzfestungen mit Festungsfliegerabteilungen.

Ergeben die zur Zeit schwebenden Versuche mit Flugzeugen für Zwecke der Feuerleitung der Artillerie, daß besondere Fliegerabteilungen hierfür erforderlich werden, so kommen zu den aufgeführten Formationen noch hinzu:

e) Artilleriefliegerabteilungen bei den Armeekorps.

Als Mindestmaß der bis zum 1. 4. 1914 aufzustellenden Formationen ist zu fordern:

8	bewegliche Feldfliegerabteilungen	für A. O. Ks.	= 8
26	" "	für A. Ks.	= 26
8	Fliegerparks.	Im ganzen	34

Stämme für 13 Festungsfliegerabteilungen in Köln, Mainz, Diedenhofen, Metz, Straßburg, Germersheim, Neu-Breisach, Breslau, Posen, Thorn, Graudenz, Lötzen, Königsberg.

8 Ersatzabteilungen.

Digitized by Google

II. Stärken der Fliegerformationen:

a) Bewegliche Feldfliegerabteilungen. Ihre Stärke ist, in Erweiterung der Nachweisung der G. J. d. M. V. 1458. M. 12/13 I b. vom 23. 7. 1912, festzusetzen auf: einen Führer, 8 Flugzeuge, 8 Flugzeugführer und 8 Beobachter, sowie das erforderliche Unterpersonal. Die Abteilungen müssen beweglich und so eingerichtet sein, daß ihr schnelles Verladen und Ausladen auf der Bahn und schnelles Vorziehen auf der Straße im Zusammenhang mit den Operationen des Heeres gewährleistet ist. Die zu diesem Zweck jeder Abteilung anzugliedernden Kraftwagen*) für Zelte, Zubehör- und Ersatzteile, Werkstätten, Mannschafts- und unter Umständen auch Flugzeugbeförderung und dergleichen sind so zu bestimmen, daß die Trennung in Halbabteilungen zu je vier Flugzeugen ohne weiteres organisatorisch gesichert ist. Es wird dadurch auch erreicht, daß zunächst Halbabteilungen der Heereskavallerie zugewiesen werden können.

b) Festungsfliegerabteilungen. Die aufzustellenden Abteilungen können verschieden stark gehalten werden. Königsberg, Lötzen, Thorn, Straßburg, Metz, Diedenhofen, Neu-Breisach müssen vom ersten Mobilmachungstage ab über Flugzeuge verfügen. Die übrigen Festungen brauchen erst am 20. Mobilmachungstage Flugzeuge zu erhalten. Ich schlage als Stamm zunächst Halbabteilungen vor, also vier bemannte Flugzeuge, nebst Werkstätten und Materiallager, so daß eine Verstärkung der Stämme im Belagerungsfall möglich ist.

c) Fliegerparks. Sie werden für die A. O. Ks. mobil und sollen dem Nachschub, der Ergänzung und der Wiederherstellung aller dem A. O. K. unterstellten Fliegerformationen dienen; auch etwaige Fliegerabteilungen bei der Heereskavallerie sind in dieser Beziehung auf die Fliegerparks bestimmter A. O. Ks. anzuweisen. Dementsprechend sind die Fliegerparks auszustatten mit Reserveausrüstungen, Ersatzteilen, Werkstätten und allem sonstigen Bedarf, das die Feldfliegerabteilungen gar nicht oder nur in beschränktem Maße mit sich

*) Die französischen Feldflieger-Abteilungen in den großen Manövern 1912 waren als „Escadrilles" zu je 6 Flugzeugen gebildet und mit Kraftwagen, wie folgt, ausgerüstet:

1 Petit Trakteur für jedes Flugzeug, enthaltend kleine Ersatz- und Zubehörteile und einen Zeltüberzug für das Flugzeug, das sie unter Umständen zu schleppen hatten.

1 Gros Camion für je 2 Flugzeuge mit den großen Ersatzteilen, einem zweiten Motor usw.

1 Gros Camion-Usine als Feldwerkstatt für die „Escadrille".

Im ganzen also 10 Kraftwagen bei jeder „Escadrille".

Digitized by Google

führen können, um nicht an Beweglichkeit einzubüßen. Die Flieger-parks sind also vorwiegend als eine starke Materialreserve der Feldfliegerabteilungen anzusehen und müssen so beweglich sein (auf Kraftwagen), daß sie den Armeen stets folgen und im Bedarfsfalle mit Teilen bis zu den Fliegerhäfen vorgeschoben werden können.

III. Errichtung von Fliegerstationen im Frieden.

Die Fliegerstationen im Frieden sind nach der in der Anlage gegebenen Übersicht derart einzurichten, daß bis zum 1. 4. 1914 möglichst jedes A. K. über eine Station verfügt, die für Friedenszwecke (taktische Ausbildung, Verwendung im Truppendienst) dem A. K. unterstellt ist und im Mobilmachungsfall außer der Fliegerabteilung des betreffenden A. Ks. auch die weiteren Formationen für die A. O. Ks. (später auch für die Heereskavallerie und die höheren Artilleriekommandeure) aufzustellen hat. Die Fliegerstationen in Grenzfestungen stellen außerdem auch die Stämme der Festungsfliegerabteilungen auf.

Hieraus ergibt sich, daß die Stärke der Friedensfliegerstationen bei den einzelnen A. Ks. entsprechend dem Umfang der von ihnen aufzustellenden mobilen Formationen verschieden sein wird. Döberitz selbst wird außerdem seinen Charakter als zentrale Versuchsstation behalten.

IV. Material, Personal, Ausbildung, Übungen.

Auf den Fliegerstationen muß jederzeit die volle Zahl der für sämtliche mobilen Formationen erforderlichen Kriegsflugzeuge lagern. Darüber hinaus ist das Vorhandensein eines gewissen Prozentsatzes von Kriegsflugzeugen erwünscht, um bei eintretenden Beschädigungen und Verlusten von Flugzeugen sofort Ersatz an Ort und Stelle bereit zu haben und damit die Mobilmachung sicherzustellen.

Grundsätzlich sollen bei allen Übungsflügen im Frieden nur Kriegsflugzeuge verwendet werden, Übungs- oder Lehrapparate nur für die erste Unterweisung dienen. Wie lange die Lebensdauer der Flugzeuge anzunehmen ist, muß kommenden Erfahrungen überlassen bleiben; bei der natürlichen Abnutzung und dem raschen Vorwärtsschreiten im Motorenbau wird eine häufige Auffrischung der Bestände unumgänglich werden, um stets das leistungsfähigste Material bei unseren mobilen Formationen zu haben. (Die französische Heeresverwaltung hat in ihrem Gesetzentwurf von 1912 nur eine Lebensdauer von einem Jahre vorgesehen.) Hierfür und für den Ersatz des im Felde zu erwartenden großen Abganges an Material ist die Erweiterung und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer für Heereslieferungen in Betracht kommenden Flugzeug- und Flug-

Digitized by Google

zeugmotorenfabriken eine überaus wichtige Frage. Ihre Förderung, nötigenfalls durch staatliche Subvention, muß mit allem Nachdruck betrieben werden.

Neben dem Material muß, zunächst für diejenigen Fliegerformationen, deren Verwendung schon am ersten Mobilmachungstage beabsichtigt ist, auch das Personal in voller Kriegsstärke im Frieden vorhanden sein. Für die später mobil werdenden Formationen wird das dauernde Vorhandensein eines Stammes von etwa der Hälfte der Flugzeugführer genügen, während die übrigen im Mobilmachungsfalle hinzutretenden Flugzeugführer und Beobachter zu vier- bis sechswöchigen Kommandos zu den verschiedenen Jahreszeiten heranzuziehen sind. Inwieweit dieses Verfahren durch die Verwendung von Unteroffizieren (bzw. Mannschaften) als Flugzeugführer eine Abänderung erleidet, wird von den eingeleiteten bezüglichen Versuchen abhängig bleiben. Zu erwägen ist, ob nicht, solange wir nur über eine beschränkte Zahl von Fliegerabteilungen im Mobilmachungsfalle rechnen können, diese bei den Herbstmanövern sämtlich auf Kriegsfuß gesetzt und verwendet werden können; hierdurch werden wir wichtige Erfahrungen für die Mobilmachung dieser Formationen sammeln.

Zivilflieger werden zunächst nur für die Einstellung in Ersatzabteilungen in Frage kommen; die Verwendung einzelner besonders befähigter und geeigneter Zivilflieger in den Feldfliegerabteilungen soll dadurch nicht ausgeschlossen sein.

Die Ausbildung von Offizierflugzeugführern wird, um bald den Bedarf decken zu können, noch mehr als bisher dezentralisiert werden müssen. Ob hierbei die Ausbildung bei Privatfabriken oder bei den größeren Militärfliegerstationen vorzuziehen ist, wird Sache der leitenden Behörde sein; vermutlich wird man vorderhand beide Möglichkeiten ausnützen müssen.

Übungen: Durch die Unterstellung der Fliegerstationen in taktischer Beziehung unter die Generalkommandos wird das unbedingt erforderliche Zusammenarbeiten der Fliegertruppe mit den anderen Waffen und der Truppenführung gewährleistet. Das Vertrautsein mit dem Grenzgebiet wird bei den Grenzfliegerstationen Gegenstand ganz besonderer Ausbildung sein. Zivilflieger, die zur Verwendung bei Feldfliegerabteilungen geeignet und bestimmt sind, werden im Frieden zu gewissen Übungskursen zweckmäßig mit herangezogen werden.

Die Übungen und Versuche, das Flugzeug zum Kampfmittel auszugestalten, wie sie zur Zeit in Döberitz stattfinden, müssen, sobald greifbare Ergebnisse vorliegen, auch bei den übrigen Fliegerstationen, nach Weisung der Versuchsabteilung Döberitz, stattfinden, ebenso Versuche mit der Photographie.

Digitized by Google

V. Zusammenfassung und Leitung des gesamten Fliegerwesens.

Die umfangreiche Ausgestaltung, die das Fliegerwesen nach den vorstehend erörterten Gesichtspunkten erhalten wird, und das mit Sicherheit zu erwartende weitere Anwachsen der Fliegertruppe, ihrer Aufgaben und ihrer Bedeutung, lassen schon heute die Frage entstehen, ob nicht die völlige Selbständigmachung des Fliegerwesens, unter Loslösung von der G. J. d. M. B., ein in Zukunft notwendiger und deshalb schon jetzt einzuleitender Schritt ist.

Eine selbständige „Inspektion des Militärfliegerwesens" an der Spitze, unter ihr „Kommandeure der Fliegertruppe", die eine bestimmte Anzahl von Fliegerstationen in technischer Beziehung leiten und ausbilden, würde eine einfache, den Bedürfnissen und der Entwicklung der neuen Truppe förderliche Gliederung sein.

18.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, 6. 11. 1912.
Nr. 16 452 I. Geheim.

Fliegerorganisation.

Zum Schreiben vom 30. 10. 12. Nr. 1487. 12. Geh. A 7.

An Kriegsministerium.

Die Besprechung vom 24. 10. hat zu meinem Bedauern zu einer vollständigen Klärung der Fragen nicht geführt. Die von mir bzw. meinen Vertretern über das französische Flugwesen gemachten Angaben gründen sich auf die Berichte unseres Militär-Attachés in Paris und die sorgfältigen Arbeiten der 3. Abteilung des Großen Generalstabes. Ich würde dankbar sein, wenn mir die dortigen Annahmen über das französische Flugwesen und das darüber vorhandene, mir nicht bekannte Material mitgeteilt würden, um es der 3. Abteilung zur Bearbeitung zu überweisen und die beiderseitigen Anschauungen in Übereinstimmung zu bringen.

Zunächst werde ich noch dem Kriegsministerium die bereits angekündigte Denkschrift über den gegenwärtigen Stand des französischen Flugwesens zustellen. Aus ihr geht auch dessen beabsichtigte Weiterentwicklung hervor. Am 1. 4. 1914 wird die Schätzung auf 450 Militärflugzeuge und rund 350 Militärflieger nicht zu hoch gegriffen sein. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt für uns einschließlich der bayerischen Formationen rund 324 Flugzeuge für erforderlich gehalten, während das Kriegsministerium, wenn ich für Bayern 3 Abteilungen zu 6 bemannten Flugzeugen mit einrechne, 156 bemannte Flugzeuge bereitzustellen beabsichtigt*).

*) Die Forderung des Generalstabes wurde nicht erfüllt. Unsere Aufklärung an der Marne und am Ourcq 1914 hatte daher mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Verfasser.

Digitized by Google

Nach diesen Zahlen vermag ich die Hoffnung nicht zu teilen, daß wir Frankreich in gegebener Zeit einholen.

Bei der Besprechung wurde als wesentlichste Tatsache gegen die Durchführbarkeit meines Programms angegeben, daß die G. J. d. M. B. die Aufstellung der erforderlichen Zahl von Flugzeugführern und Beobachtern nicht bewirken könne. Ich vermag diese Ansicht nicht zu teilen. Die zur Zeit gewonnene Entwicklung unserer Fliegertruppe bildet eine ganz andere Basis für die Ausbildung, als wir sie vor Jahresfrist hatten. Wenn die Ausbildung unserer Flugzeugführer unter möglichster Ausnutzung unserer Militärfliegerstationen, bei zwei statt einer Fliegerschule (Halberstadt), und trotz aller Bedenken auch fernerhin bei den Flugzeugfabriken unter hinreichender militärischer Aufsicht erfolgt, so kann ich nicht daran zweifeln, daß wir das Gleiche, wie Frankreich, erreichen werden.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die durch den Mangel an Offizieren bei der Infanterie bestehen. Ich behalte mir vor, auf diesen Mangel noch besonders zurückzukommen. Hier kann ich nur die Bitte aussprechen, die Offiziere möglichst auch aus anderen Waffen zu nehmen und die Ausbildung von Unteroffizieren und Mannschaften, trotz aller anfänglichen Mißerfolge, in entscheidender Weise zu fördern. In Bayern sollen günstige Ergebnisse darin vorliegen. Bei den diesjährigen großen französischen Manövern waren fast 25 v. H. der Flugzeugführer in den Escadrilles Unteroffiziere bzw. Mannschaften. Über geringe Leistungen dieser Führer sind anscheinend Klagen nicht laut geworden. Eine Umfrage bei allen Truppenteilen unseres Heeres wird zweifellos geeignete Leute auch unserer Fliegertruppe zuführen.

Ich sehe für die Durchführung meines Programms die Schwierigkeit nicht in Vorstehendem, sondern allein in der Mannschafts- und Geldfrage.

Mein Schreiben vom 8. 11. 1911 war vor den Verhandlungen über das Quinquennat entstanden und behandelte ein eng bemessenes Programm bis zum 1. 10. 1912.

Meine Anträge für das Quinquennat sind in dem Schreiben vom 22. 12. 1911 J. N. 960 geheim, enthalten. Auf dieses Schreiben sind mir trotz des Schlußsatzes des Schreibens vom 19. 1. 1912 Nr. 122. 12 pers. und meiner mehrfachen Bitten bestimmte Angaben über die Organisation der Fliegertruppe über den 1. 10. 1912 bzw. 1. 12. 1912 hinaus erst jetzt gemacht worden.

Ich sehe jetzt aber insofern klar, daß meinen Anträgen für das Quinquennatsgesetz zu meinem lebhaften Bedauern nicht entsprochen ist. Dieses macht naturgemäß jetzt die Lösung der Mannschafts- und Geldfrage erheblich schwieriger. Ich habe aber noch immer keinen Zweifel, daß trotz aller Bedenken in dieser ernsten Zeit alles vom Reichstag zu erhalten sein

Digitized by Google

wird, wenn es gefordert wird, und daß es uns erspart bleibt, die Mannschaftsfrage durch Schwächung anderer Etats zu lösen. Jedenfalls darf das Quinquennat auch hierbei kein Hindernis für unsere militärische Entwicklung sein.

Was nun das Programm des Kriegsministeriums betrifft, so bleibt dasselbe, wie ich schon ausführte, sehr erheblich, an besetzten Flugzeugen um rund 50 v. H., hinter meinen Vorschlägen und damit auch weit hinter Frankreich und Rußland zurück, das wir bei allen unseren Erwägungen mit einstellen müssen.

Der Ausfall der Abteilung bei den A. O. Ks. wird schwer empfunden werden. Es fehlt dem A. O. K. das Organ für eigene taktische Lufterkundung. Damit fällt auch die Zuteilung von Flugzeugen an die Heereskavallerie aus; beides wird die Führer in erheblichen Nachteil gegenüber der feindlichen Führung bringen (siehe mein Programm vom 26. 9. 1912 V a).

Die Beschaffung von Z-Schiffen und diesen gleichwertigen Starrschiffen bietet keinen Ersatz dafür. Wie die Heereskavallerie, so sollen die Z-Schiffe der Obersten Heeresleitung die Grundlage für die weiteren Maßnahmen schaffen und weitgehende Zerstörungsaufträge ausführen. Die Aufgaben der Z-Schiffe sind also ganz andere wie die der Flugzeuge. Unsere Manöver geben darin kein richtiges Bild.

Ich behalte mir vor, auf die Luftschiffe zurückzukommen, wenn die Beantwortung meines Schreibens vom 27. 9. 1912 J. Nr. 14 388 hier eingegangen ist. Ich will hier nur anführen, daß ich unter „tüchtigen Luftkreuzern" nur Z-Schiffe und diesen gleichwertige Starrschiffe verstehe. Ich bitte im Anschluß an meine früheren Schreiben in dieser Frage die als Aufklärungs- und Kampfschiffe minderwertigen P- und M-Schiffe nicht mehr zu beschaffen oder zu bauen.

Die Verminderung der Stärken der Korpsabteilungen um zwei bemannte Flugzeuge ist bedenklich. Die Ausstattung unserer A. Ks. mit Flugzeugen ist auch bei einer Abteilung zu acht schon der französischen unterlegen. Die Artillerie wird für ihre Zwecke Flugzeuge in ganz unzureichender Weise erhalten, während wir mit guter artilleristischer Lufterkundung seitens des Gegners rechnen müssen.

Die Festungskriegsübung Thorn hat die Wichtigkeit der Lufterkundung in Verbindung mit der Photographie klar ergeben. Die Verteidigung wird Luftschiffe schwer halten können; sie oder ihre Hallen werden bald Beute der feindlichen Artillerie oder feindlicher Abwurfbomben. Auch die Fesselballons sind stark durch das Artilleriefeuer gefährdet. Als einziges Mittel der Lufterkundung bleibt dann das Flugzeug übrig. Die Festungsabteilungen sollten auch zu Belagerungen herangezogen und hier den Reservekorps unterstellt werden.

Digitized by Google

Offen wird auch der Materialersatz gelassen. Die Maßnahmen des Kriegsministeriums erscheinen mir nicht hinreichend. Ich habe schwere Bedenken gegen die Zurückstellung der Parks. Das 7. Flugzeug der Abteilung ändert daran nichts; die Ersatzfrage wird auf breitester Grundlage angesetzt werden müssen, um dem starken Materialabgang Rechnung zu tragen. Ausnahmsweise werden die wichtigsten Arbeiter in den für die Heeresverwaltung liefernden Luftschiff-Fabriken vom Waffendienst zurückgestellt werden müssen. Wir werden leistungsfähige Privatfabriken haben müssen.

Ich habe im vorstehenden nochmals eingehend die Gründe niedergelegt, die für die Durchführbarkeit und die Durchführung meines Programms sprechen. Ich halte mein Programm für das Mindeste, was wir für die taktische Lufterkundung den A. O. Ks., Generalkommandos und Kavallerie-Divisionen, der Artillerie, den Festungen und Belagerungsarmeen mitzugeben haben, damit sie dem Feinde gegenüber nicht in Nachteil geraten. Auch werden wir in bezug auf die Sicherstellung des Ersatzes nicht hinter meinem Programm zurückbleiben dürfen.

Ich bleibe daher auf dem Standpunkt stehen, daß mein Programm bis zum 1. 4. 1914 durchgeführt werden muß, und bitte darum.

Da die Absichten des Kriegsministeriums einen Teil meines Programms bilden, so stimme ich deren Durchführung mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die vorstehend als notwendig bezeichnete Erweiterung zu.

gez. v. Moltke.

19.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, 3. 12. 1912.
Nr. 18450 I. Geheim.

Flieger bei der Artillerie.

An Kriegsministerium.

Aus den mir zur Zeit vorliegenden Jahresberichten der Generalinspektion der Fußartillerie (III. 6275/12 vom 8. 11. 1912) und der Inspektion der Feldartillerie (I. 3740/12. geh. vom 26. 10. 1912) geht übereinstimmend die Überzeugung hervor, daß die Feuerleitung der Artillerie in der Zielerkundung und Feuerbeobachtung aus Flugzeugen ein sehr wertvolles und für das Wirkungsschießen gegen völlig verdeckte Ziele durch andere Vorrichtungen nicht zu ersetzendes Hilfsmittel finden wird. Wenn die Generalinspektion der Fußartillerie in Ziffer 3 (Seite 2) ihres Berichts sogar soweit geht, daß sie in dem französischen Vorsprung be-

Digitized by Google

züglich der Verwendung der Flugzeuge für artilleristische Zwecke bis zu einem gewissen Grade einen Ausgleich der zur Zeit noch bestehenden französischen Unterlegenheit an schwerer Artillerie erblickt, so weist dies darauf hin, wie dringend notwendig die ständige Zuteilung von Flugzeugen zu der Artillerie für weitere Versuche und demnächst als organisatorische Ausstattung ist.

Die bezüglichen Versuche des verflossenen Übungsjahres haben, wie die Inspektion der Feldartillerie mit Bedauern hervorhebt, unter der geringen Zahl der hierfür zur Verfügung gestellten Flugzeuge sehr gelitten. Ich kann die in beiden Berichten erwähnten Anträge auf dauernde Zuweisung von Fliegerabteilungen zu Artillerie-Schießplätzen nur aufs lebhafteste unterstützen. Im Laufe des neu begonnenen Übungsjahres müssen wir zu abschließenden Erfahrungen in dieser Frage kommen, damit die organisatorische Ausstattung unserer Artillerie mit besonderen Lufterkundungsmitteln im Anschluß an meinen Fliegerorganisationsvorschlag vom 26. 9. 1912 erfolgen kann.

Es wird dabei nicht zu vermeiden sein, für artilleristische Zwecke rasch montierbare Flugzeuge auf besonderen Fahrzeugen bei der Truppe mitzuführen. Auch hierauf müssen sich die Versuche des laufenden Übungsjahres erstrecken. Was die Verwertung der Flugzeugphotographie für artilleristische Zwecke im Feld- und Festungskriege anbetrifft, so habe ich meine Anschauungen und Wünsche hierfür in meinem Schreiben 16 806 I vom 27. 11. 1912 niedergelegt.

Auf Vorschläge für die Organisation unserer Feldfliegerabteilungen werde ich zurückkommen, sobald die Berichte über das Kaisermanöver durchgearbeitet sind.

gez. v. Moltke.

20.

2. Abteilung
Weitere Ausgestaltung des Militär-Flugwesens bis 1. 4. 17. Geheim.

Berlin, den 14. 1. 1913.

An Abteilung 7 des Kriegsministeriums.

Sobald mein Programm vom 26. 9. 1912 Nr. 12 751 F. geh., d. h. Aufstellung von:

7 Fliegerabteilungen für Armeeoberkommandos, d. h. für jedes Armeeoberkommando eine,
23 Feldfliegerabteilungen für Armeekommandos, d. h. für jedes Generalkommando eine,
zu je 8 bemannten Flugzeugen;

} ohne Bayern.

Digitized by Google

Stämmen für 12 Festungsfliegerabteilungen
(je 4 bemannte Flugzeuge),
7 Fliegerparks,
7 Ersatzabteilungen,
} ohne Bayern

erfüllt ist, womit unter der in meinem früheren Schreiben gegebenen Einschränkung bis zum 1. 4. 1914 gerechnet wird, werden, soweit sich jetzt schon die Entwicklung des Flugwesens übersehen läßt, aufzustellen sein:

a) Für Ausstattung der Armeeoberkommandos mit je einer zweiten Feldfliegerabteilung zu je 8 bemannten Flugzeugen,
7 Abteilungen zu je 8 = 56 Flugzeuge.

b) Für Ausstattung der Reservekorps mit je einer Feldfliegerabteilung zu je 8 bemannten Flugzeugen,
z. Z. 12 Abteilungen zu je 8 = 96 Flugzeuge.

c) Für Ausstattung der Heereskraftwagenkommandos mit je 2 Halbabteilungen zu je 4 bemannten Flugzeugen,
8 Halbabteilungen zu je 4 = 32 Flugzeuge.

d) Für Ausstattung der Divisionen und Reservedivisionen mit je einer besonderen Artilleriefliegerabteilung zu je 6 bemannten Flugzeugen (Beobachter stellt die Truppe selbst),
46 Abteilungen zu je 6 = 276 Flugzeuge,
für Reservedivisionen 25 Abteilungen zu je 6 = 150 Flugzeuge.

e) Für Fliegerparks für jedes Armeesoberkommando, enthaltend 60 % der Flugzeuge,
rund 500 Flugzeuge.

f) Für Ersatzabteilungen, enthaltend 40 % der Flugzeuge,
rund 350 Flugzeuge.

g) Für Festungsfliegerabteilungen für 12 Festungen (Köln, Metz, Mainz, Diedenhofen, Straßburg, Neubreisach, Königsberg, Lötzen, Graudenz, Thorn, Posen und Breslau)
zu je 8 bemannten Flugzeugen,
abzüglich der bei den Stämmen schon vorhandenen 48 Flugzeuge
48 Flugzeuge.

Beobachter der Festungsfliegerabteilungen können teilweise im Ernstfall ausgebildet werden.

Digitized by Google

Im ganzen werden erforderlich:

	bis 1. 4. 14	möglichst bis 1. 4. 16*)
a. Armee-Oberkommandos	56	112
b. Armeekommandos	184	184
Reservekommandos	—	96
c. Heeres-Kraftwagenkommandos	—	32
d. Artillerie-Fliegerabteilungen (einschl. Reserve-Divisionen)	—	426
e. Fliegerparks (60 v. H. des Gesamtflugzeugbestandes)	144	500 (unbenannte)
f. Ersatzabteilungen (40 v. H. des Gesamtflugzeugbestandes)	96	350 (unbenannte)
g. Festungs-Fliegerabteilungen	48	96
Summe . .	528	1796 Flugzeuge

Die Zahlen können natürlich nur ein ganz allgemeiner Anhalt sein. Sie tragen einem etwa erfolgenden weiteren Friedensausbau unseres Heeres keine Rechnung, auch ist Bayern nicht mit aufgenommen, das entsprechende Fliegerformationen aufzustellen hat.

Ob in der Zukunft mehr zu wünschen ist, muß dieser und der Entwicklung der Technik überlassen bleiben.

gez. Ludendorff.

21.

Chef des Generalstabes der Armee. 30. Juni 1911.
Zu 8428 I. Geheim.

Funkentelegraphische Verbindung Deutschlands mit seinen Kolonien.

Die Vorteile, die durch die drahtlose Nachrichtenübermittelung im Überseeverkehr für militärische Interessen erwachsen, sind von besonderer Bedeutung für diejenigen Kolonialmächte, die über eine eigene sichere Kabelverbindung nach und zwischen ihren Besitzungen nicht verfügen. Schon in meinem Beitrag zur Denkschrift von 1908 habe ich darauf hingewiesen, in wie empfindlicher Weise sich unsere Abhängigkeit von den englischen Kabellinien während der Unruhen in Deutsch-Südwestafrika fühlbar gemacht hat; bei europäischen Verwicklungen werden sich diese Nachteile noch erheblich steigern. Zur Beseitigung dieses Zustandes, der, im Frieden schon unbequem, zu Kriegszeiten im höchsten Maße schädlich

*) Was bis zum 1. 4. 15 oder 1. 4. 16 vorhanden sein muß, bedarf noch späterer Bestimmung. Ergeben die Versuche 1913 mit Artilleriefliegern gute Ergebnisse, so werden die Artillerie-Fliegerabteilungen in erster Linie kommen müssen.

Digitized by Google

werden kann, schlug ich vor, in Versuche zu einer unmittelbaren funkentelegraphischen Verbindung zwischen Deutschland und seinen afrikanischen Kolonien einzutreten.

Seitdem ist durch die Legung des deutsch-südamerikanischen Kabels, dessen Weiterlegung von Monrovia zu unseren westafrikanischen Besitzungen bevorsteht, und durch die, bisher allerdings ergebnislos gebliebenen, Reichweitenversuche zwischen Nauen und Kamerun bzw. Schiffsstationen der Wörmann-Linie ein Schritt vorwärts getan.

Es darf aber nicht verkannt werden, daß auch nach Fertigstellung des deutschen Kabels nach Togo, Kamerun und Südwestafrika eine in Kriegszeiten zuverlässig arbeitende Verbindung um so weniger gewonnen ist, als die unvermeidlichen Zwischenstationen dieser Kabellinie (in Teneriffa und Monrovia) auf nichtdeutschem Gebiet gewählt werden mußten. Aber selbst ein unmittelbar vom Mutterland zu den Kolonien führendes Kabel würde keine ausreichende Gewähr für einen gesicherten Kriegsnachrichtenverkehr bieten, da nicht nur das gegenwärtige internationale Kabelkriegsrecht die Frage der Zerschneidung selbst neutraler Kabellinien auch außerhalb der Drei-Meilen-Linie unentschieden läßt, sondern auch die Innehaltung internationaler Abmachungen durch kriegführende Parteien immer sehr zweifelhaft bleiben wird.

Es ist bezeichnend, daß gerade die durch ihre Kabel-Weltverbindungen ein so außerordentliches Übergewicht im Nachrichtenverkehr besitzende Macht, England, mit größtem Eifer daran geht, ein zusammenhängendes Netz funkentelegraphischer Stationen zwischen ihren sämtlichen Kolonialbesitzungen und mit dem Mutterlande zu schaffen. Bereits 1908 wurde ein solcher Entwurf, der unter Mitwirkung Marconis entstanden war, dem englischen Parlament vorgelegt; über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt geworden. Aber im folgenden Jahre erklärte der englische Generalpostmeister öffentlich, daß England in nicht allzu ferner Zeit mit seinen sämtlichen Kolonien funkentelegraphisch verbunden sein werde.

Die bis heute fertiggestellten englischen Stationen lassen denn auch deutlich erkennen, daß eine solche planmäßige Verbindung mitten im Entstehen begriffen ist, und wenn sich in dem Netz z. B. auch noch manche Lücke findet, so wurde auf der Reichskonferenz in London im Juni d. J. noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß, den Wünschen der Vertreter der englischen Dominien entsprechend, die Regierung die Kette staatlicher funkentelegraphischer Stationen, die den handelspolitischen und den militärischen Interessen in gleicher Weise dienen soll, durchführen werde.

Frankreich, das in seiner Eifelturmstation eine Zentrale von großer Reichweite besitzt, hat die funkentelegraphische Verbindung mit seinen nordafrikanischen Kolonien schon längere Zeit hergestellt und ist gegenwärtig

Digitized by Google

in Begriff, durch weitere Stationen seine Kolonialbesitzungen bis zum Kongo und nach Madagaskar hin anzuschließen.

Da solche funkentelegraphischen Verbindungen für militärische Zwecke nur dann Wert besitzen, wenn die einzelnen Stationen sich in geschützter Lage auf eigenem Staatsgebiet befinden, so stellt sich für Deutschland die Möglichkeit einer solchen Verbindung ungleich schwieriger wie für die beiden vorerwähnten Staaten. Denn die Überbrückung der Entfernung zwischen Deutschland und seinen afrikanischen Kolonien setzt Reichweiten von etwa 6000 km voraus.

Nach dem Urteil der maßgebenden Behörden und nach der Überzeugung der leitenden Stellen unserer deutschen funkentelegraphischen Gesellschaften darf, den Bau genügend starker Stationen vorausgesetzt, erwartet werden, daß sich solche Reichweiten erzielen lassen.

Die Entscheidung bleibt demnach voraussichtlich lediglich eine Geldfrage.

Bisher konnten nur verhältnismäßig geringe Mittel für die Durchführung der Vorversuche zur Verfügung gestellt werden, und es ist noch nicht gelungen, die Vorfrage in zuverlässiger Weise zu klären. Sollten auch die schwebenden, durch die Zerstörung der Empfangsstation in Togo bedauerlicherweise stark verzögerten Versuche zu keinem vollkommenen Ergebnis führen, so kann doch von einem Aufgeben des Projekts nicht die Rede sein, sondern nur von einer Fortsetzung auf vollkommenerer Grundlage. Die militärischen Interessen verlangen dies unbedingt. Denn neben den eingangs dargelegten Gründen kommt für sie noch ein weiterer äußerst wichtiger Gesichtspunkt in Betracht.

Deutschland kann z. B. im Falle eines Krieges nur auf die Nachrichtenübermittlung aus unmittelbar angrenzenden neutral bleibenden Staaten rechnen. Bereits die Übermittlung von Nachrichten aus Spanien, Norwegen und Schweden, ebenso aus Nordafrika und Asien ist ohne Inanspruchnahme fremder Kabel nicht möglich. Wie gering die Wahrscheinlichkeit ist, daß letztere für unseren Nachrichtendienst in Kriegszeiten verfügbar bleiben, habe ich schon oben dargelegt. Bleiben wir aber auf den Eingang von Nachrichten lediglich aus angrenzenden neutralen Ländern beschränkt, so liegt hierin die hohe Gefahr, daß unsere Heeresleitung in allen Abschnitten eines Krieges über die Vorgänge bei ihren Gegnern unzulänglich unterrichtet wird. Gerade durch das Anwachsen aller Verkehrsmittel und Verkehrsmöglichkeiten hat ihre Ausnutzung für einen dauernden zuverlässigen Nachrichtendienst für die Operationen der großen Heere der Gegenwart eine entscheidende Bedeutung gewonnen.

Die wichtigsten Punkte für die Erlangung von Nachrichten werden im Falle eines europäischen Krieges die großen Handelszentren der Vereinig-

Digitized by Google

ten Staaten von Nordamerika bilden. Die amerikanische Presse ist in der Lage, sehr erhebliche Summen für die schnellste und beste Erlangung von Nachrichten aufzuwenden. Ein europäischer Kriegsschauplatz wird bei allen an dem Kriege beteiligten Staaten eine große Zahl erfahrener amerikanischer Berichterstatter sehen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die amerikanische Presse durch sie über alle bei den europäischen Gegnern sich vollziehenden Bewegungen und Ereignisse bestens und schnellstens unterrichtet werden wird. Darum muß es eine der wichtigsten Aufgaben unseres militärischen Nachrichtendienstes sein, die nach Amerika zusammenlaufenden Nachrichten auf kürzestem Wege nach Deutschland gelangen zu lassen.

Bei der zu erwartenden Zerstörung der deutschen und Sperrung der fremden Kabel für unseren Nachrichtendienst werden wir alles daran setzen müssen, auf funkentelegraphischem Wege uns diese Nachrichten zu verschaffen.

Gewiß kann es zweifelhaft sein, ob die funkentelegraphischen Verbindungen zu Kriegszeiten ihren Betrieb im gewöhnlichen Umfange werden aufrechterhalten können, Störungen sind auch hier zeitweise wahrscheinlich. Aber nur auf einer sorgfältigen Vorbereitung und einer gründlichen Ausnutzung aller für den Nachrichtendienst überhaupt in Betracht kommenden Mittel beruht die Hoffnung, ausreichende Nachrichten über die Verhältnisse und die Maßnahmen des Gegners im Kriege zu erhalten.

Die Sicherheit des Reiches fordert daher die beschleunigte Schaffung von Funkentelegraphie-Großstationen in Deutschland und gleichzeitig in seinen Kolonien (zunächst den afrikanischen), um in unmittelbarer Verbindung mit Amerika oder auf Umwegen über andere funkentelegraphische Stationen die Ausnutzung der wichtigsten Nachrichtenquellen uns im Kriege zu sichern. Eine unmittelbare funkentelegraphische Verbindung zwischen unseren Besitzungen in Afrika und denen in Ostasien und in der Südsee wird vorläufig nicht erreichbar sein*); wohl aber ist es denkbar, durch eine Zwischenstation (etwa auf niederländisch-indischem Staatsgebiet) ein bedingt brauchbares Bindeglied zu schaffen.

Die Durchführung dieser dringlichen Forderungen macht die Bereitstellung erheblicher Mittel erforderlich.

Wir werden den hohen militärischen Interessen, die mit dieser Frage verknüpft sind, nur dann genügen, wenn für diesen Zweck ein Fonds zur Verfügung gestellt wird, der gestattet:

1. bei Mißlingen der schwebenden Reichweitenversuche ungesäumt an ihre Fortsetzung auf breiterer Grundlage zu schreiten,

*) Diese Anträge werden später erweitert. Der Verfasser.

Digitized by Google

2. unabhängig von den schwebenden Reichweitenversuchen den Bau von Großstationen in unseren afrikanischen Kolonien sofort in Angriff zu nehmen zur Verbindung untereinander und, sobald die Reichweitenversuche unter 1. gelungen sind, mit dem Mutterlande,

3. die Station in Kamerun oder Togo für den funkentelegraphischen Verkehr mit dem südamerikanischen Festlande einzurichten,

4. nach erreichter funkentelegraphischer Verbindung Nauen—Togo (bzw. Kamerun) die Station Nauen anzukaufen oder eine neue Station gleicher Leistungsfähigkeit in Deutschland zu errichten, auch für die funkentelegraphische Verbindung mit Nordamerika,

5. deutschen Privatgesellschaften, die Großstationen auf fremdem Staatsgebiet zu bauen beabsichtigen, eine reichliche Subvention zu gewähren, soweit die geplanten Stationen für unsere nationalen Interessen von Wert sind.

Das Königliche Kriegsministerium hat meinen Forderungen, die ich nun schon im vierten Jahre aufstelle, von Anfang an vollkommen zugestimmt und sie in ausdrücklichster Weise bei jeder Gelegenheit vertreten. Wir würden m. E. eine schwere Verantwortung auf uns nehmen, wenn aus Mangel an Mitteln ihre endliche Durchführung noch weiter hinausgeschoben würde.

gez. v. Moltke.

22.

Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, 17. 10. 1911.
Nr. 13 108 I. Geheim.

An Kriegsministerium.

In der Sitzung des Ausschusses für gemeinsame Arbeiten auf dem Gebiete der Funkentelegraphie vom 13. d. M. ist durch den Vertreter des Reichspostamts mitgeteilt worden, daß die Funkentelegraph-Großstation, die von der Deutschen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie bei Newyork erbaut wird, voraussichtlich schon Ende 1911 betriebsbereit sein wird. Die Station werde, obwohl ursprünglich nur als Gegenstation für die Bordstationen der deutsch-amerikanischen Dampferlinien bestimmt, doch eine solche Reichweite erhalten (ev. nach geringfügiger Verstärkung), daß die Gesellschaft an der Möglichkeit eines unmittelbaren funkentelegraphischen Verkehrs Nauen—Newyork nicht zweifle. Beschlüsse des Reichspostamts über die Inbetriebnahme der funkentelegraphischen Linie Nauen—Newyork seien noch nicht gefaßt, auch läge ein Antrag der Gesellschaft um Gewährung einer entsprechenden Konzession noch nicht vor.

Von meinem Vertreter ist auf diese Erklärung hin in der Sitzung gleich die Forderung gestellt worden, daß alles geschehen müsse, um die

Digitized by Google

Inbetriebnahme dieser funkentelegraphischen Linie zu beschleunigen. Er hat damit durchaus in meinem Sinne gehandelt.

Die Dringlichkeit baldigster Schaffung einer solchen Verbindung brauche ich hier nicht erneut zu begründen; sie ist von mir im Laufe der letzten Jahre immer wieder (zuerst in meinem Schreiben 3210 III B vom 20. 11. 1908, zuletzt in 8428 I vom 30. 6. 1911) eingehend dargelegt worden. Wenn die Erfüllung dieser langjährigen Forderung nunmehr vor der Tür steht, so ist kein Augenblick mehr zu verlieren, um das Werk zu vollenden. Das Vorhandensein der beiden Großstationen allein genügt nicht. Nur ein im Frieden sicher eingespielter, dauernder Betrieb zwischen ihnen kann die Grundlage für die erhofften Vorteile in Kriegszeiten bilden.

Das Königliche Kriegsministerium bitte ich, meine Forderungen zu unterstützen und alle Schritte einzuleiten, um:

1. die Deutsche Gesellschaft für drahtlose Telegraphie zu veranlassen, ihrer funkentelegraphischen Station bei Newyork gleich eine für den Verkehr mit Nauen erforderliche Stärke zu geben, und

2. der Fertigstellung der Großstation die unverzügliche Aufnahme des Betriebes Nauen—Newyork folgen zu lassen.

Im Hinblick auf die Dringlichkeit der Angelegenheit habe ich dem Reichspostamt Abschrift dieses Antrages unmittelbar zugehen lassen.

gez. v. Moltke.

23.

Zu Nr. 579 I. Geheim. Berlin, den 17. 1. 1911.

Denkschrift über den Wert und die Verwendungsgebiete der Photographie.

A. Allgemeines. Als wesentliche Vorteile der Photographie können allgemein genannt werden:

a) Die Photographie legt im Augenblick einen Geländeabschnitt fest, dessen genaue Erkundung und Skizzierung Stunden dauern würde. Kurze Momente günstiger Beleuchtung — wie sie zeitweise überall vorkommen — genügen, um die Photographie auch im feindlichen Feuer auszunutzen.

b) Der photographische Apparat übertrifft an Schärfe und Genauigkeit das mit Fernrohr (Doppelglas oder Scherenfernrohr) bewaffnete Auge und reicht dadurch noch auf Entfernungen, wo dieses versagt.

c) Die Aufnahmen sind, geeignete Apparate vorausgesetzt, winkelrecht und lassen daher eine hinreichend genaue Ausmessung, sei es mit Hilfe der einfachen Photogrammetrie, sei es mittels des Stereokomparators, zu.

d) Es ist möglich, durch Vergleich von Aufnahmen, die zu verschiedenen Zeiten aufgenommen sind, Veränderungen, die in der Zwischenzeit eingetreten sind, einwandfrei festzustellen.

Digitized by Google

Die Herstellung der Bilder (Entwickeln, Fixieren, Kopieren) erfordert allerdings eine gewisse Zeit. Diese Zeit wird sich aber durch geeignete Vorkehrungen (Feldphotographenwagen, Dunkelkammern in Festungswerken) auf ein so geringes Maß herabdrücken lassen, daß die Photographie nicht viel mehr Zeit wie das Entwerfen einer Skizze einfachster Art erfordern wird.

Nachteilig wirkt, daß besondere Maßnahmen für die Ausnutzung der Photographie zu treffen sind. Diese Schwierigkeit wird überwunden werden müssen.

B. Verwendungsgebiete der Photographie. Die hauptsächlichsten Verwendungsgebiete der Photographie liegen im Festungskriege. Sie sind nach dem diesjährigen Versuche folgende:

1. Erkundung feindlicher Stellungen,
2. Berichtigung und Vervollständigung des Planmaterials,
3. Schaffung von Rund- und Orientierungsbildern,
4. Unterstützung der Beobachtung des Artilleriefeuers.

Zu 1. Erkundung feindlicher Stellungen.

Sie geschieht durch terrestrische und durch Ballonfernaufnahmen. Erstere sind an sich wegen des festen Standpunktes, der ruhigen Aufnahme usw., der Ballonaufnahme überlegen. So sind gegen französische Grenzbefestigungen noch auf 15 km gute Resultate erzielt worden. Ein Nachteil liegt darin, daß die Aufnahme an überhöhende Punkte gebunden ist, die sich nur selten im gewünschten Maße finden.

Fesselballonaufnahmen sind bei Köln auf Entfernungen von 6 bis 8 km mit gutem Erfolge gemacht und dadurch die Anlagen des Verteidigers fast völlig genau erkundet worden. Diese Entfernungen sind allerdings noch nicht genügend. Sie waren gewählt, um bei dem unsichtigen Wetter brauchbare Ergebnisse zu bekommen. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß auch bei gutem Wetter ein Arbeiten auf wesentlich größeren Entfernungen nicht möglich gewesen wäre. Hierzu sind bessere Apparate und Objektive mit größerer Brennweite erforderlich. Die Zentrale für Photogrammetrie (Z. f. P.) ist in deren Konstruktion bereits mit Aussicht auf Erfolg eingetreten, die Besserung wird also lediglich von der Bewilligung der nötigen Mittel abhängen. Die für den Fesselballon bestimmten Apparate werden voraussichtlich auch vom Luftschiff aus verwendbar sein.

Daß auch die Photographie vom Flugzeug und vom Drachen auf nahen und weiten Entfernungen gutes in der Erkundung leisten wird, ist nach fremdländischen Versuchen anzunehmen. Auch auf den nächsten Entfernungen wird die Photographie im Festungskriege von Wert sein, um sich über den Zustand des Inneren der Werke, der Flankierungsanlagen

Digitized by Google

usw. ein Bild zu verschaffen. Die Handhabung der Apparate wird hier im besonderen den Pionier- und Artillerie-Offizierpatrouillen obliegen.

Auch hierfür sind geeignete Apparate zu erproben.

Für die schnelle Ausnutzung der aufgenommenen Bilder ist die Konstruktion eines Feldphotographenwagens erforderlich.

Zu 2. Berichtigung und Vervollständigung von Plänen und Zeichnungen.

Bei terrestrischen Aufnahmen werden in der Regel zwei Aufnahmen an den Endpunkten einer Basis gemacht. Die weitere Vermessung geschieht mittels der einfachen Photogrammetrie und der Stereophotogrammetrie. Das erstere Bildmeßverfahren erfordert eine längere Basis, ist aber einfach und mit den gewöhnlichen Zeichengeräten ausführbar. Das stereoskopische Bildmeßverfahren erlaubt die Verwendung sehr kurzer Basen, ist aber ein empfindlicher Meßvorgang, der Präzisionsinstrumente und viel Sachkenntnis erfordert. Ein wesentlicher Vorteil des Verfahrens liegt in der Möglichkeit, auch unbestimmt geformte Objekte, wie Bergformen, Büsche, Bäume, Wegeränder, Feldergrenzen usw. messen zu können.

Beide Verfahren haben somit ihre Eigenart und müssen zunächst nebeneinander bestehen bleiben.

Bei der Ballonphotographie ist bisher nur mit einfachen Aufnahmen gearbeitet. Um sie auszumessen, muß der Ort der Aufnahme jedenfalls annähernd festgelegt sein. Auch ist es nötig, daß einzelne Punkte der Photographie gleichzeitig trigonometrisch festgelegte Punkte sind oder sich auf terrestrischen Meßaufnahmen befinden. Sind diese Bedingungen erfüllt, so ist es möglich, die Ballonbilder auszumessen.

Die auf diese Weise photographisch gemessenen Daten werden unter Benutzung des von den Trigonometern festgelegten Punkt- bzw. Koordinatennetzes in die Pläne eingetragen.

Vorbedingung für richtige Verwertung der Messungen ist ein Planmaterial, welches auf Grund seines Gradnetzes maßhaltig bzw. winkeltreu zusammengesetzt werden kann. Für die Verteidigung unserer Festungen sind diese Voraussetzungen in ausreichender Weise erfüllt. Beim Angriff auf fremde Festungen, wo einwandfreies Planmaterial in der Regel nicht zur Verfügung steht, muß die Photogrammetrie (ebenso wie die Topographie) Hand in Hand mit den Trigonometern arbeiten. Dies ist bei Köln noch nicht ganz der Fall gewesen.

In Zukunft wird sich dies etwa folgendermaßen abspielen können:

1. Der Trigonometer legt möglichst schnell ein Netz von trigonometrischen Punkten mit Bezug auf ein Koordinatensystem fest. Er schafft damit die Grundlage für die Arbeiten des Topographen und Photogrammeters.

Digitized by Google

2. Der Topograph vervollständigt das trigonometrische Netz durch Eintragung weiterer Punkte, die im wesentlichen innerhalb der eigenen Stellung liegen, als z. B. O-Punkte von Batterien, Beobachtungsstellen usw. (soweit sie nicht schon von Trigonometern mitbestimmt sind).

3. Der Photogrammeter entnimmt aus den terrestrischen und Ballon- usw. Photographien die für den Angriff wichtigen Punkte, vornehmlich also die feindlichen Verteidigungsanlagen, und mißt sie in die Pläne ein. Er erledigt also dieselben Arbeiten in bezug auf die feindliche Stellung, die der Topograph in der eigenen ausführt.

Die Einmessung der Ergebnisse der terrestrischen und Ballonphotographie in das artilleristische Planmaterial ist bei den diesjährigen Übungen gelungen. Es sind insbesondere bei Köln fast die gesamten Verteidigungsanlagen mit großer Genauigkeit — im Durchschnitt betragen die Fehler nach der Seite 5 bis 10 m, nach der Länge 20 bis 30 m — und in einer der Kriegslage entsprechenden Zeit in die Batteriepläne eingetragen worden. Die Aufgaben der Angriffsartillerie wären dadurch außerordentlich erleichtert worden. Weitere Übungen werden das Verfahren nachzuprüfen haben.

Die bei den diesjährigen Übungen benutzten Meßapparate, vornehmlich der Phototheodolith und der Stereokomparator, haben sich bewährt. Es ist zu hoffen, daß sich das Meß-Rechnungs- und Konstruktionsverfahren für die Ballonphotographie durch Schemata, Tabellen usw. vereinfachen läßt.

Auch im Stellungskampfe kann die Ausmeßarbeit der Photographien von Wert sein. Wenn auch ein Einmessen in Pläne usw. ausgeschlossen ist, so kann es doch gelingen, die erkundeten Ziele in bezug auf ihre Lage zu deutlich sichtbaren Punkten mit ausreichender Genauigkeit festzustellen.

Zu 3. Rund- und Orientierungsbilder.

Rundbilder von Beobachtungs- und Meßstellen aus bilden eine sehr vervollkommnete Form der bisher üblichen Ansichtsskizzen. Ihre Bildtreue erleichtert die Orientierung im Gelände. Erhalten alle wichtigen Orientierungspunkte (einzelne Bäume, Wegeknicke, Waldecken usw.) dieselbe Nummer, mit der sie auf den Batterie- und Meßplänen bezeichnet sind, so ist es möglich, sichtbare Ziele schnell zu ermitteln und mit ausreichender Genauigkeit festzulegen. Bei verdeckt liegenden Zielen wird meist eine ziemlich enge Begrenzung des Raumes, innerhalb dessen sie liegen müssen, möglich sein.

Durch die Anbringung einer Gradeinteilung nach Höhe und Seite (1/16 °) gestatten die Rundbilder ferner die direkte Entnahme wichtiger artilleristischer Elemente ohne Rechnung.

Digitized by Google

Der Wert der Rundbilder ist bei der Vervollkommnung der Photographie und des Meßverfahrens so erheblich gestiegen, daß die früher gegen eine allgemeine Einführung sprechenden Gründe nicht mehr bestehen.

Wie die Rundbilder auf den Beobachtungsstellen, so gestatten aus dem Ballon aufgenommene Orientierungsbilder bei späteren Aufstiegen eine schnelle Orientierung im Gelände, sofern die Aufstiegstellen nur annähernd übereinstimmen. Dadurch ist es möglich, die Zeit, die der Ballon hoch und dem feindlichen Feuer ausgesetzt bleiben muß, wesentlich einzuschränken.

Zu 4. Unterstützung der Beobachtung des Artilleriefeuers.

Die Übung bei Rügenwaldermünde (A. D. vom 17. 12. 1910, Nr. 1695. 10. geh. A. 6 — Z. Nr. 15 798 —) hat gezeigt, daß es möglich ist, Schrapnellsprengpunkte photogrammetrisch auch auf große Entfernung festzulegen. Bei schneller Bearbeitung der gewonnenen Bilder wird man sie unmittelbar für die Artilleriebeobachtung beim Planschießen nutzbar machen können. Man mißt zu diesem Zweck zunächst im Stereokomparator die Lage der Schüsse im Raum. Ist die Lage des Ziels, sei es durch Friedensmessung oder durch photographische Erkundung (vgl. unter 1 und 2) bekannt, so ist damit auch ein sehr genaues Bestimmen der Lage der Schüsse zum Ziel möglich. So wird dies Verfahren häufig gestatten, die Streugrenzen wesentlich einzuschränken.

Sonstige militärische Verwendbarkeit der Photographie.

Auf die sonstige Verwendbarkeit der Photographie für militärwissenschaftliche und rein technische Zwecke einzugehen, liegt außerhalb des Rahmens dieser Betrachtung.

C. Zusammenfassung und Anträge. Die Photographie und Photogrammetrie bieten dem Angriff und der Verteidigung im Festungs- und Stellungskriege sehr wesentliche Vorteile, die auf anderem Wege nicht zu erreichen sind.

Es ist dringend nötig, ihnen einen Ausbau zuteil werden zu lassen, der ihren Leistungen und ihrer Verwendungsfähigkeit für den Festungs- und Stellungskrieg entspricht. Ihre Ausnutzung für den Feldkrieg ist anzustreben.

Wir sind auf diesen Gebieten namentlich gegen Frankreich zurück, wo sowohl die Photogrammetrie wie die Ballonphotographie seit langem eifrig gepflegt werden. Bereits seit 1900 finden im Lager von Châlons Übungen im Photographieren vom Ballon aus statt, 1903 wurden einheitliche

Digitized by Google

Apparate mit 60 cm Brennweite eingeführt, seit 1905 nimmt eine Luftschifferkompagnie — mit Photographenpersonal — an den Schießkursen der Belagerungs- und Festungsgeschütze teil. Die Ergebnisse sind angeblich ganz hervorragende. Die Kriegsorganisation sah für 1909 sechs Feldluftschiffer- und vier Festungsluftschifferkompagnien vor, die sämtlich mit Photographenpersonal und Gerät ausgestattet sind. Die Neubestellung von 10 Photographenwagen im Jahre 1910 läßt auf deren allgemeine Einführung schließen. Aus der Literatur und durch Agentennachrichten ist bekannt, daß man der Photographie aus Lenkballons, Fliegern und Drachen das größte Interesse entgegenbringt. Dieses Übergewicht Frankreichs bedeutet für uns eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Auch in Rußland bringt man der Photographie großes Interesse entgegen. Neben der Ballonphotographie wird auch die Photographie vom Drachen mit Nachdruck betrieben. An der Petersburger Militär-Ingenieurschule ist die Photogrammetrie Lehrgegenstand.

Anträge: Für den Ausbau des Photographenwesens in dem gebotenen Umfange ist zunächst die erforderliche Grundlage zu schaffen. Sie besteht:

a) in der Herausbildung einheitlichen und brauchbaren Geräts,
b) in der Vermehrung ausgebildeten Personals.

Zu a. Herausbildung des Geräts.

Die Herausbildung des Geräts liegt in der Hand der Zentrale für Photogrammetrie (vgl. Schreiben des A. D. vom 15. 6. 1909 Nr. 380. 09. geh. A. 7 und mein Schreiben vom 4. 10. 1910 Nr. 11 150 I). Ihr ist zu übertragen:

1. der Verkehr mit der Industrie zur Feststellung der einzuführenden Heeresmodelle,
2. Vorschläge zur Ausrüstung mit den verschiedenen Modellen,
3. Überwachung der Abnahme der Geräte.

Der Versuchsfonds ist vorläufig auf 20 000 ℳ zu bemessen. Hiervon würden zunächst zu beschaffen sein:

1. zwei Vertikalkameras für terrestrische Fernaufnahmen,
2. Modelle für Ballonfernphotographie, und zwar Apparate verschiedener Typen,
3. Modelle für Apparate zur Drachen- und Fliegerphotographie,
4. Modelle für Apparate zu Nahaufnahmen durch Offizierpatrouillen,
5. Modell einer Rundbildkamera.

Mit der Herausbildung eines Photographenwagens dürfte die Versuchsabteilung der Verkehrstruppen zu beauftragen sein.

Digitized by Google

Zu b. Vermehrung des ausgebildeten Personals.

a) Einzelne Offiziere müssen dahin ausgebildet werden, daß sie die einheitliche Leitung aller in den Festungen und beim Angriff vorkommenden trigonometrischen, topographischen und photographischen Arbeiten leiten können. Ferner ist die Ausbildung einiger Feuerwerker in der photographischen und stereoskopischen Meßmethode nötig, um für diesen Dienstzweig sowohl in den wichtigen Festungen wie für Belagerungen geschultes Personal zu haben.

Es können zunächst nur vier Offiziere und fünf Feuerwerker zur Zentrale für Photogrammetrie kommandiert werden, da eine größere Zahl bei dem jetzigen beschränkten Personal, Arbeitsraum und Gerät der Zentrale für Photogrammetrie nicht sachgemäß ausgebildet werden könnte.

Erwünscht ist, daß die kommandierten Offiziere die Militärtechnische Akademie besucht haben. Das Kommando muß sich auf mindestens ein Jahr erstrecken. Während desselben wird eine Ausbildung bei den verschiedenen in Betracht kommenden Dienststellen der Landesaufnahme und beim Luftschifferbataillon stattzufinden haben.

Die Feuerwerker, die den Sonderlehrgang der Oberfeuerwerkerschule besucht haben müssen, werden lediglich bei der Zentrale ausgebildet. Dauer voraussichtlich zwei Jahre.

Es ist dazu erwünscht, daß die Kommandos spätestens zum 1. 4. 1911 in Kraft treten.

b) Ferner ist erforderlich, daß seitens der Inspektion der Verkehrstruppen beim Luftschifferbataillon eine Reihe von Offizieren im Photographieren vom Luftschiff, Frei- und Fesselballon und bei der Versuchsabteilung der Verkehrstruppen im Photographieren vom Flugzeug und Drachen ausgebildet werden. Hier würde auch die Ausbildung des Drachens für selbsttätige Photographie zu erfolgen haben.

c) Ganz allgemein ist anzustreben, in der Armee die Vertrautheit mit der Photographie zu steigern, wozu sich bei den Übungen der Festungsluftschiffertrupps, den Festungskriegsübungen der Pioniere usw. Gelegenheit gibt. Solange Dienstapparate nicht vorhanden sind, müssen die im Privatbesitz der Offiziere befindlichen Apparate benutzt werden.

d) Besonders wichtig ist die Heranziehung der Photographie zu den größeren Friedensübungen, um auf kriegsmäßiger Grundlage ruhende Erfahrungen zu sammeln. Für die Teilnahme der Zentrale für Photogrammetrie an diesen Übungen werden Anträge vorgelegt werden.

e) In den Festungen wird mit der photogrammetrischen Vervollständigung des artilleristischen Planmaterials und der Aufnahme von Rundbildern möglichst bald zu beginnen sein.

Digitized by Google

D. Organisation. Endgültige Vorschläge lassen sich erst machen, wenn die Fragen des Geräts, der Stärke und Ausbildung des Personals sowie des Zusammenarbeitens der verschiedenen Stellen geklärt sind. Als Ziel ist anzusehen, eine Organisation zu schaffen, die im Kriegsfall eine ausgiebige Verwendung der Photographie im Festungskriege, Stellungskampfe und möglichst auch im Feldkriege gestattet.

E. Mobilmachung. Mobilmachung der Zentrale. In ihrer derzeitigen Gestalt würde die Zentrale in der Lage sein, bei einer Mobilmachung zur Not zwei Photographentrupps einschließlich Gerät aufstellen zu können. Hierbei wird eine einheitliche Verwendung mit dem bei dem Luftschifferbataillon vorhandenen Personal und Gerät zu erwägen sein.

Vorschläge werden voraussichtlich bis zum 15. 2. 1911 vorgelegt werden können*).

24.

Denkschrift vom Dezember 1912.

I. Teil. Die militärische Lage Deutschlands.

Dem bewaffneten Zusammenstoß zweier der großen Militärmächte Europas wird, bedingt durch die wechselseitigen Verträge, der Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges folgen. In einem solchen verfügt die Triple-Entente über die gesamten Land- und Seestreitkräfte Frankreichs, soweit erstere nicht in Nordafrika gefesselt sind, über die englische Seemacht und das englische Expeditionskorps und über die Kräfte Rußlands in Europa mit Ausnahme einiger Heeresteile, die wahrscheinlich zur Unterdrückung innerer Unruhen zurückgehalten werden müssen.

Diesen Kräften der Triple-Entente gegenüber verfügt der Dreibund über das gesamte deutsche Heer und die deutsche Flotte, sowie, mit nachstehenden Einschränkungen, über die Land- und Seestreitkräfte Österreich-Ungarns, Italiens und wohl auch Rumäniens.

Solange eine endgültige Entspannung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nicht eingetreten ist, wird ersteres gezwungen sein, bei einem Kriege gegen Rußland Truppen an seinen Balkangrenzen zurückzulassen. In derselben Zwangslage wird sich voraussichtlich Rumänien gegenüber Bulgarien befinden, solange nicht zwischen diesen Staaten ein befriedigendes Abkommen getroffen ist.

Die Einwirkung der erstarkenden Balkanstaaten auf die militärische Lage unseres benachbarten Verbündeten im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges kann noch nicht in ihrem vollen Umfange klargelegt werden. Sicher ist, daß Österreich sich mit dem Entstehen neuer Militärmächte auf

*) Trotz Drängens war bis zum Kriegsbeginn 1914 nicht viel geschehen, nur die technischen Vorarbeiten der Zentrale hatten Gutes geleistet. Der Verfasser.

Digitized by Google

dem Balkan abzufinden haben wird. Eine Verstärkung seiner Kraft ist unabweisbar nötig.

Ebenso ist die Wehrmacht Italiens durch den noch nicht gefestigten Erwerb seiner neuen afrikanischen Besitzungen mehr als bisher in einer Richtung in Anspruch genommen, die nicht in der Linie der großen politischen Ziele des Dreibundes liegt. Es sind also bei unseren beiden Bundesgenossen Verhältnisse zu berücksichtigen, die wesentlich bei der Einschätzung des militärischen Gewichtes mitsprechen, das der Dreibund in die Wagschale eines europäischen Krieges werfen kann.

Gewiß bildet der Dreibund zur Zeit einen geeigneten Staatenbund von größter politischer Bedeutung. Will man aber, den Kriegsfall vorausgesetzt, seine militärische Kraft richtig bewerten, so darf man sich nicht damit begnügen, die zahlenmäßig aufgeführten Gesamtsummen seiner Bataillone den Kriegsmitteln der Triple-Entente gegenüber aufzurechnen, sondern man muß feststellen, welches Maß von Kraft im Kriegsfall jeder einzelne Staat des Dreibundes zu gemeinsamem Handeln einsetzen kann und einsetzen wird. Nur dann kommt man zu einer richtigen Beurteilung der zu gemeinsamem Zweck verfügbaren Mittel.

In einem Kriege des Dreibundes gegen die Triple-Entente wird Österreich schon aus Selbsterhaltungstrieb seine ganze Kraft, soweit sie nicht durch die Haltung der oder eines der Balkanstaaten gefesselt ist, gegen Rußland aufbieten. Es wird infolge der durch die albanische Frage bewirkten Annäherung an Italien augenblicklich seine Südwestgrenze unbesetzt lassen können. Das ist für die heutige Lage von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Für Deutschland ist das Einsetzen seiner gesamten Wehrmacht selbstverständlich. Italien hat aber an einem allgemeinen europäischen Kriege, der aus einem Konflikt zwischen Österreich und Rußland entspringt, kein vitales Interesse. Während Deutschland und Österreich um ihre Existenz kämpfen, wird Italien kaum bedroht sein, es wird nicht direkt angegriffen werden. Denn weder Frankreich noch England werden während eines Krieges mit Deutschland in der Lage sein, Expeditionskorps nach Italien zu entsenden. Wenn Italien seine Küsten einigermaßen schützt, wird ihm nichts Ernstliches zustoßen können. Nimmt es also am Kriege teil, so wird es dies tun, nicht weil es wie Deutschland und Österreich einen Lebenskampf führen muß, sondern auf Grund seiner Verträge, und es ist ziemlich sicher zu erwarten, daß mit einem rücksichtslosen und bis zum äußersten gehenden Einsetzen seiner militärischen Kraft nicht gerechnet werden darf. Es wird hinhaltend und vorsichtig operieren und abwarten, wie die Ereignisse jenseits der Alpen verlaufen, um sich ohne wesentliche Verluste zurückziehen zu können, wenn die beiden anderen Verbündeten Rückschläge erleiden sollten.

In dieser Ansicht bestärken mich die Besprechungen, die ich in den letzten

Digitized by Google

Tagen mit einem hierher gesandten Vertreter des italienischen Generalstabes gehabt habe. Unter allerlei Vorwänden wird Italien, wie ich festgestellt habe, seine dritte Armee, deren Transport an den oberen Rhein seit langen Jahren von uns bearbeitet ist, nicht schicken. Damit fallen für Deutschland fünf Armeekorps und zwei Kavallerie-Divisionen gegen Frankreich aus. Diesem und England gegenüber werden wir ohne direkte Hilfe allein dastehen.

Ferner darf bei der Einschätzung der militärischen Machtmittel des Dreibundes über die Augenblickslage hinaus nicht übersehen werden, daß zwar zur Zeit ein Zusammengehen Österreichs und Italiens stattfindet, daß aber aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn die Balkanfrage geregelt sein wird, der latente Gegensatz zwischen den beiden Mächten wieder in den Vordergrund treten und eine österreichische Aktion gegen Rußland schwächen wird. Abgesehen hiervon wird diese Regelung der Balkanfrage, wenn sie für Österreich nicht in der Form eines vollen Sieges — sei es politisch oder militärisch — erfolgt, für den Dreibund einen Verlust an Prestige, für Österreich selbst eine unberechenbare Schwächung zur Folge haben. Die Monarchie wird damit unaufhaltsam der inneren Zersetzung verfallen. Das muß man im Auge behalten.

Der Dreibund ist als Defensivbündnis geschlossen worden. Er trägt alle Schwächen eines solchen in sich. Wird einer der drei verbündeten Staaten angegriffen, so müssen die beiden anderen für ihn eintreten, also, ohne selbst angegriffen zu sein, in einen Krieg ziehen, für den vielleicht in der Nation weder Neigung noch Verständnis vorhanden ist. Nur dann aber, wenn das gesamte Volk von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß mit der Schädigung der Bundesgenossen auch eigene Lebensinteressen gefährdet sind, wird die Opferwilligkeit in ihm aufleben, deren jeder Staat in unserer Zeit, die keine Kabinettskriege mehr will, bedarf, um einen energischen Krieg führen zu können.

Ebenso wie der Dreibund bezeichnet sich die Triple-Entente als ein Defensivbündnis, aber während der Gedanke der Abwehr dem Dreibundabkommen in ausgesprochenster Weise zugrunde liegt, sind in der Triple-Entente starke offensive Tendenzen vorhanden, d. h. positive Ziele, deren Erreichung den in ihr vereinigten Staaten erstrebenswert erscheinen muß: Rußland hat den begreiflichen Wunsch, sich durch Niederwerfung Österreichs als slawische Vormacht in Europa durchzusetzen, durch Vermittlung Serbiens sich den Weg zur Adria zu öffnen. Österreich hat das defensive Interesse, dies zu hindern.

Frankreich hat den Wunsch, die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen und Revanche zu nehmen für die Niederlagen von 1870. Deutschland will dagegen nur seinen Besitzstand wahren.

Digitized by Google

England hat den Wunsch, sich mit Hilfe seiner Verbündeten von dem Alpdruck der deutschen Seemacht zu befreien. Deutschland denkt nicht an eine Vernichtung der englischen Flotte, auch hier will es sich nur verteidigen. Überall also offensive Ziele auf der einen, defensive auf der anderen Seite. Das bedeutet für den Kriegsfall eine größere innere Stärke der Triple-Entente dem Dreibund gegenüber, denn in dem Streben nach bestimmten Zielen, also in der Offensive, liegt ebenso wie auf politischem Gebiete auch in der Kriegführung die stärkere Kampfform.

Man kann das Wesen des Dreibundes, nicht nur in der gegenwärtigen politischen Spannung, sondern voraussichtlich auch auf weiter hinaus kurz so charakterisieren: Der politisch am meisten bedrohte Teil der drei Kontrahenten ist Österreich, der militärisch bedrohteste Deutschland, der politisch und militärisch am wenigsten interessierte Italien. Kommt es zum Kriege, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß seine Hauptlast auf den Schultern des von drei Seiten her durch seine Gegner umklammerten Deutschland liegen wird.

Trotzdem werden wir, wenn es gelingt, den casus belli so zu formulieren*), daß die Nation einmütig und begeistert zu den Waffen greift, unter den augenblicklichen Verhältnissen auch den schweren Aufgaben noch mit Zuversicht entgegensehen können. Die numerische Stärke unseres Heeres, die der Waffenfähigkeit des Landes in bezug auf seine waffentaugliche Mannschaft seit langem nicht mehr entspricht, genügt aber, wie ich später nachweisen werde, nicht, um den Aufgaben der Zukunft gewachsen zu sein.

Wir werden, wenn sich die politische Lage Europas nicht ändert, der zentralen Stellung Deutschlands entsprechend, immer genötigt sein, nach mehreren Seiten Front zu machen, und daher uns nach einer Seite mit schwächeren Kräften defensiv halten müssen, um nach der anderen offensiv werden zu können. Diese Seite kann immer nur Frankreich sein. Hier ist eine rasche Entscheidung zu erhoffen, während ein Offensivkrieg nach Rußland hinein ohne absehbares Ende sein würde. Um aber gegen Frankreich offensiv zu werden, wird es nötig sein, die belgische Neutralität zu verletzen**). Nur bei einem Vorgehen über belgisches Gebiet kann man hoffen,

*) General v. Moltke hatte Sorge, daß Österreich-Ungarn sich zu übereilten Schritten hinreißen ließe, die uns Verwickelung brächten, ohne daß sie unsere Lebensinteressen berühren. Zudem war das Zutrauen des Generals v. Moltke zu unserer diplomatischen Leitung gering. Er zweifelte daran, daß sie im kritischen Augenblick das Richtige finden würde. Der Verfasser.

**) Von der „Verletzung der belgischen Neutralität" wurde im Generalstabe stets in der Verbindung gesprochen, daß wir nicht abwarten wollten, bis im Fall des uns aufgedrungenen Kriegs die Abmachungen Belgiens mit der jetzigen Entente offensichtlich würden. Das vorhandene Material hatte dem General Graf v. Schlieffen genügt, jenen Durchmarsch durch Belgien im Aufmarsch festzulegen. Der Verfasser.

Digitized by Google

das französische Heer in freiem Felde angreifen und schlagen zu können. Wir werden auf diesem Wege das englische Expeditionskorps und — wenn es nicht gelingt, mit Belgien zu einem Vertrage zu kommen — auch die belgischen Truppen vor uns finden. Gleichwohl ist diese Operation aussichtsreicher als ein frontaler Angriff gegen die befestigte französische Ostfront. Ein solcher Angriff würde der Kriegführung den Charakter des Festungskrieges aufzwingen, viel Zeit kosten und dem Heere den Schwung und die Initiative nehmen, deren wir um so mehr bedürfen, je größer die Zahl der Feinde ist, mit denen wir abzurechnen haben.

Würde Italien heute noch wie vor 20 Jahren, als gemeinsame Offensive verabredet wurde, bereit sein, in der damals geplanten energischen Weise an der Kriegführung teilzunehmen, so würde man der vereinigten deutsch-italienischen Operation einen fast sicheren Erfolg zusprechen können. Leider ist dies nicht mehr der Fall. Die Hilfe Italiens wird über die Fesselung verhältnismäßig schwacher französischer Kräfte gegenüber der Alpengrenze nicht hinausgehen. Deutschland ist auf seine eigene Kraft angewiesen, es kann daher nicht stark genug sein.

Ist es so einerseits nötig, die aktive Wehrkraft des Deutschen Reiches wesentlich zu erhöhen, so springt anderseits die Wichtigkeit der Verstärkung unserer Befestigungen an der Ostfront, also dort, wo wir gezwungen sein werden, uns defensiv zu verhalten, in die Augen.

Die Anlage*) trägt vorstehend geschilderter Lage und den Stärkeverhältnissen Rechnung, wie sie nach diesseitiger Beurteilung für den derzeitigen Kriegsfall einzusetzen sein werden. Sie zeigt klar die Schwierigkeiten, mit denen der Dreibund und in erster Linie Deutschland zu rechnen hat. Die Zahlen sprechen für sich selbst.

In der Anlage unter I sind die Kräfte, die Deutschland bei einem Kriege gegen die Triple-Entente im Westen ins Feld stellen kann, in Bataillonen, Schwadronen und Batterien den auf seiten Frankreichs und Englands verfügbaren Kräften gegenübergestellt. Die Tabelle ergibt eine Unterlegenheit Deutschlands um 124 Bataillone; wenn Belgien dem Gegner zugerechnet wird, um 192 Bataillone. Die italienische Armee ist — da sie nicht kommt — fortgelassen; dafür die französische Alpenarmee, die durch Italien gefesselt sein wird, ebenfalls in Abrechnung gebracht**). Wäre die dritte italienische Armee nach Deutschland gebracht, so würden beide Verbündete eine geringe Überlegenheit gehabt haben. Ob aber Italien jetzt 2 oder 12 Armeekorps hinter seiner Alpengrenze versammelt, ist für uns belanglos. Ein Forcieren dieser Grenze ist außerordentlich schwierig. Bis sie geöffnet ist, wird das

*) Ist nicht in meinem Besitz. Sie enthielt eine Aufrechnung unserer Streitkräfte und der unserer voraussichtlichen Gegner. Der Verfasser.

**) Dies trat 1914 nicht ein, unsere Unterlegenheit war erheblich größer. D. Verf.

Digitized by Google

gesamte italienische Heer mit Gewehr bei Fuß im Lande stehen, ohne einen Schuß abgeben zu können. Deutschland muß den Entscheidungskampf allein führen. Während es im Jahre 1870 neben starkem artilleristischen Übergewicht eine infanteristische Überlegenheit von 106 Bataillonen über Frankreich hatte und sich mit gesichertem Rücken nur gegen diesen einen Gegner schlug, muß es den Krieg gegen Frankreich jetzt, allerdings noch mit einer geringen artilleristischen Überlegenheit, aber mit großer Unterlegenheit von Infanterie führen und wird dabei auch im Rücken von Rußland angegriffen sein. Die Überlegenheit unserer artilleristischen Ausrüstung beruht zur Zeit auf der stärkeren Entwicklung des Steilfeuers (Feldhaubitzen) und unserer schweren Artillerie des Feldheeres. Daneben sind wir auch in unserer Ausrüstung an Feldküchen und Zelten und in unserer Infanteriebewaffnung den Franzosen noch voraus. Der Ausgleich hierin ist aber für Frankreich nur eine Geldfrage. Es wird uns auf diesen Gebieten mit der Zeit einholen und kann uns selbst überholen. Nicht überholen kann es uns dagegen in der Zahl der waffenfähigen Mannschaft, die uns zur Verfügung steht, wenn wir sie dem Heere dienstbar machen.

Nach II der Anlage verfügt im Osten Rußland über eine sehr erhebliche numerische Überlegenheit. Die Gegenüberstellung der Kräfte, die Deutschland, Österreich und Rumänien zusammen gegen Rußland ins Feld stellen können, ergibt eine russische Übermacht von 1374 Bataillonen, 319 Schwadronen und 82 Batterien. Augenblicklich ist Rußland mit der Reorganisation seines Heers, mit seiner Ausrüstung und seiner Bewaffnung noch sehr im Rückstand. Zur Zeit würde daher auch ihm gegenüber der Dreibund einen Waffengang trotz seiner numerischen Unterlegenheit nicht zu scheuen brauchen. Wer aber mit der Zukunft rechnet, wird sich vor Augen halten, daß Rußland bei den ungeheuren Summen, die es auf die Verbesserung seines Heeres verwendet, mit jedem Jahre mehr erstarken wird. Ebensowenig wie Deutschland erstreben kann, jemals England als Seemacht zu überholen, kann es das Ziel verfolgen, Rußland als Landmacht zu überbieten. Ebensowenig darf es aber auch unterlassen, alle die Mittel aufzubieten, die ihm noch in größerem Umfang zur Verfügung stehen, um die Machtstellung zu behaupten, die es seinen Nachbarn gegenüber eingenommen hat, solange diese ihre Wehrkraft nicht bis auf die jetzige Höhe gesteigert hatten und weiter steigern werden.

Eine besondere Beachtung erfordern die militärischen Verhältnisse in unseren Grenzprovinzen. Wir haben mit Sicherheit im Osten, vielleicht auch im Westen auf einen Einfall sofort nach erklärter Mobilmachung zu rechnen. Ein solcher wird, wenn er nicht abgewehrt werden kann, unsere Mobilmachung durch Zerstörung von Eisenbahnen und Kunstbauten, die Armierung unserer Festungen und unseren Aufmarsch in empfindlicher Weise

Digitized by Google

stören. Es ist von allergrößter Wichtigkeit, daß hier Verstärkungen unserer Truppen und eine erhöhte Bereitschaft unserer Festungen eintreten.

Die Notwendigkeit einer Steigerung unserer Wehrkraft und einer Verbesserung unserer Landesverteidigung glaube ich in den vorstehenden Erwägungen nachgewiesen zu haben. Mit unabweisbarem Zwang werden sie durch die politische Lage gefordert. Gewiß sind es große personelle und pekuniäre Opfer, die von der Nation bei Erfüllung der hierdurch hervorgerufenen und im Teil II der Denkschrift im einzelnen näher dargelegten Forderungen verlangt werden: Sie werden aber immer noch erheblich hinter denjenigen zurückbleiben, die wir im Falle eines verlorenen Feldzugs zu leisten haben werden.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Nachbarn ebensolche Opfer zur Festigung ihrer Wehrkraft gebracht haben und bringen.

Frankreich stellt weit höhere personelle Anforderungen an seine Bevölkerung als wir. Während der ersten Marokkospannung wendete es gegen 300 Millionen für die Verstärkung seiner Ostfestungen auf.

Rußland verlangte und erhielt von seiner Volksvertretung im laufenden Jahre für Heereszwecke eine Milliarde dreihundertachtzig Millionen Mark.

England hat in den letzten drei Jahren sehr große Mittel für die Durchführung der Haldaneschen Reformen aufgewendet.

Die Schweiz hat eine neue Heeresorganisation unter erheblichen Kosten durchgeführt.

Belgien ist im Begriff, ein neues Wehrgesetz einzuführen, durch das seine Armee auf einen Mobilmachungsstand von 300 000 Mann gebracht werden soll. Es hat für die Neubefestigung Antwerpens ungeheure Mittel aufgebracht.

Österreich ist unter dem Druck der politischen Spannung genötigt gewesen, sehr hohe Kredite für die nur allzu lange versäumte Ausgestaltung seines Heeres anzufordern.

Auch Deutschland wird Opfer bringen müssen. Das Programm, das für die notwendigsten Forderungen im Teil II der Denkschrift aufgestellt ist, muß mit aller Energie bald durchgeführt werden, damit Deutschland auch in der Zukunft, auf die eigene Kraft vertrauend, der politischen Leitung des Landes einen Rückhalt geben kann, der stark genug ist, um allen Möglichkeiten gewachsen zu sein.

II. Teil. A. Heeresverstärkung.

Menschenmaterial steht in hinreichender Menge für eine Heeresverstärkung zur Verfügung.

Bestimmte Angaben über die Zahl der vorhandenen, bisher nicht zur Einstellung gelangenden Tauglichen können wegen Mangel sicheren Ma-

Digitized by Google

terials z. B. allerdings nicht gemacht werden. Es müssen Erhebungen darüber angestellt und unsere Ersatzvorschriften entsprechend abgeändert werden. Schon der Hinweis auf Frankreich müßte genügen, um uns die Notwendigkeit einer größeren Inanspruchnahme unserer Dienstuntauglichen vor Augen zu führen. Frankreich stellt 82 % seiner Wehrpflichtigen in das Heer ein, Deutschland etwa 52 bis 54 %. Spannen wir in gleichem Umfange wie Frankreich unsere Volkskraft an, so kommen wir bei Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ohne weiteres zu einer Erhöhung des Rekrutenkontingents von 150 000 Mann, unserer Friedenspräsenzstärke von 300 000 Mann. Eine vermehrte Heranziehung der jüngeren Jahrgänge ist schon eine soziale Pflicht. Man würde damit die älteren Jahrgänge, in denen zahlreiche Familienväter vorhanden sind, entlasten und ihre Verwendung vor dem Feinde hinausschieben. Es würde vermieden werden, daß ein großer Teil der Landwehrleute, die jetzt Reserveformationen zugeteilt sind, sofort ins Feld ziehen muß, während Tausende von jungen Leuten zu Hause bleiben, weil sie nicht ausgebildet sind.

Die Heeresverstärkung, die gefordert werden muß, wird sich in folgenden vier Richtungen zu bewegen haben, die ich nachstehend kurz erläutere:

1. Etatsverstärkungen;
2. Heeresvermehrung;
3. Verbesserung der Formationen 2. Linie;
4. Ergänzung und Verbesserung der Heeresausrüstung.

Zu 1. Etatsverstärkungen.

Sie müssen bei allen Waffen eintreten und sich auf Mannschaften und Pferde erstrecken, so daß unsere Infanterie, Kavallerie und Artillerie durchweg mindestens auf den hohen Etat gebracht wird. Die Zahl der vorhandenen Tauglichen spielt hierbei eine ausschlaggebende Rolle. Die Grenzkorps, einige Truppen zu besonderer Verwendung und die Kavallerie-Regimenter, die 6 Eskadrons mobil machen, müssen darüber hinaus folgende Stärken erhalten:

Das Bataillon 800 Mann.

Die Eskadron mindestens 150 Reitpferde ohne Remonten.

Die Batterie 6 bespannte Geschütze, 4 bespannte Munitionswagen und 1 Beobachtungswagen.

Die Spezialwaffen sind entsprechend zu verstärken.

Mit diesen Etatserhöhungen würden die aktiven Formationen wenn auch nicht an zahlenmäßiger Überlegenheit, so doch entscheidend an Gehalt und Kraft Frankreich gegenüber gewinnen, das uns hierin nicht mehr folgen kann.

Digitized by Google

Zu 2. Heeresvermehrung.

Um für eine Offensive nach Westen den erforderlichen Kräfteausgleich zu schaffen und gleichzeitig unseren Osten hinreichend zu schützen, müssen mindestens drei Armeekorps neu aufgestellt werden, wobei ein Teil der schon jetzt vorhandenen fünften Brigaden verwertet werden kann. Die Aufstellung der dritten Bataillone ergibt sich als selbstverständlich. Es muß aber ganze Arbeit gemacht werden, und darum sind außerdem noch folgende Einzelheiten zu fordern:

a) Aufstellung von Armeeinspektionen, je eine für vier Armeekorps,
b) Aufstellung mehrerer Kavallerie-Regimenter zur besseren Organisation der Kavallerie,
c) Ergänzung der Fußartillerie und Pioniere,
d) Ergänzung der Verkehrstruppen, namentlich an Telegraphen-Bataillonen und Funker-Kompagnien.
e) Aufstellung einer Inspektion der Lufttruppen unter Loslösung von den Verkehrstruppen. Fortschreitende Erweiterung der Fliegerorganisation. Zuteilung der Fliegerstationen an die Armeekorps und die Festungen. Organisation der Luftschifftruppe für eine Luftflotte von zunächst 20 Luftschiffen größten Systems.
f) Verbesserung unserer Trainformationen.

Zu 3. Verbesserung der Formationen 2. Linie.

Eine Verjüngung und weiterer Ausbau der bestehenden Reserveformationen unter Ausschaltung der Landwehr ist durchaus geboten. Sie wird mit der Erhöhung der Friedenspräsenz ermöglicht werden. Für die Reserveverbände muß eine weitergehende Übungsgelegenheit geschaffen werden. Zur besseren Ausstattung dieser Verbände mit aktiven Führern müssen die Offizierstellen, namentlich die Hauptmannsstellen, vermehrt werden; auch müssen die Reserveverbände eine bessere Ausrüstung mit Maschinengewehren und Feldartillerie erhalten. Ich weise hier ganz besonders auf die neuesten Anstrengungen Frankreichs hin, durch sein neues Kadergesetz die Kriegsbereitschaft und den inneren Wert der Reserveformationen erheblich zu steigern. Aus den zur Verfügung stehenden Landwehren müssen, wie in Frankreich, mit Feldartillerie ausgerüstete Verbände vermehrt aufgestellt werden.

Zu 4. Ergänzung und Verbesserung der Heeresausrüstung.

Es ist erforderlich:

Die Durchführung der Ausrüstung mit Feldküchen bei allen Formationen und Reserveformationen.

Digitized by Google

Die Schaffung einer vermehrten Munitionsreserve.
Die Vermehrung der Angriffsmittel auf feindliche Festungen.
Die Bereitstellung von Abwehrkanonen gegen Luftfahrzeuge.

B. Landesverteidigung.

Unsere Grenzfestungen müssen so ausgestattet werden, daß sie jederzeit verteidigungsfähig sind. Der Armierung darf hier nur wenig überlassen bleiben. Bei den inneren Festungen muß die Armierung soweit vorbereitet sein, daß sie innerhalb kurzer Frist durchgeführt werden kann.

Im Osten müssen Graudenz und Posen stark ausgebaut werden, damit die Landesverteidigung in diesen Festungen für alle Fälle den erforderlichen Rückhalt findet.

gez. v. Moltke.

25.

S. M. Jacht Hohenzollern, Baleholm, Norwegen, 27. 7. 1913.

Schreiben des Generals der Infanterie v. Moltke über das Entstehen der Heeresvorlage.

Lieber Oberst Ludendorff!

Nehmen Sie meinen aufrichtigen Glückwunsch zu Ihrer Dekorierung*), in der Sie die Anerkennung für Ihre Arbeit für die Heeresvorlage sehen wollen. Wenn Sie auch das stolze Bewußtsein haben werden, daß Ihrer Initiative die jetzt zur Tat gewordene Vorlage in allererster Linie zu danken ist, so werden Sie doch Befriedigung darüber empfinden, daß Seine Majestät Ihnen die schöne Auszeichnung verliehen hat. Ich kann Ihnen nur nochmals danken für Ihre Arbeit wie Ihre Unterstützung. Mit dem Wunsch, daß Sie in Ihrer jetzigen Stellung sich wohl und zufrieden fühlen mögen, bin ich mit freundlichem Gruß

ganz der Ihrige.

Moltke.

*) Mit dem Königl. Kronen-Orden 2. Kl.

Digitized by Google

II. Hilfsdienstgesetz, Ersatz- und Arbeiterfragen.

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

(Nur die numerierten Schreiben sind im Wortlaut abgedruckt.)

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	Nr. 33 825 31. 8. 16	Kriegsminister	Über Ersatz und Kriegsmaterial.
2.	II Nr. 34 647 op. 13. 9. 16	Reichskanzler	Sicherung des Heeresersatzes und Steigerung der Kriegsindustrie für Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung. Folgende Maßnahmen nötig: Erhöhung der Lebensaltersgrenze der Wehrpflicht auf 50 Jahre, staatliche Ausbildung der männlichen Jugend von 16 Jahren an. Erweiterung des Kriegsleistungsgesetzes. Ausdehnung auf alle Männer und Frauen. Sofortiges Handeln erforderlich.
3.	Ic Nr. 1 geh. op. 14. 9. 16	Kriegsminister	Ersatz und Neuformationen.
4.	Kt. Nr. 9512 K. J. 30. 9. 16	Chef des Generalstabes	Antwort des Reichskanzlers auf Nr. 2.
	II/Ic Nr. 34 647 op. II. Ang. 5. 10. 16	Kriegsminister	Entgegen der Ansicht des Reichskanzlers verbleibe ich bei der Ansicht gem. Schreiben II 34 647 op. vom 13. 9. 16 (siehe oben). Besonders dringlich sind Aufhebung der Freizügigkeit und allgemeine Erweiterung des Kriegsleistungsgesetzes.
5.	II/Ic Nr. 36 529 op. 7. 10. 16	Reichskanzler	1. Es müssen alle noch brachliegenden Kräfte in weitestgehendem Maße herangezogen werden. 2. Freizügigkeit der Arbeiter muß unterbunden werden.
	II Nr. 37 053 op. 14. 10. 16	Reichskanzler	Einschränkung privater Bauten.
	II Nr. 37 768 op. 23. 10. 16	Reichskanzler	Reichskanzler lehnt ab (Erweiterung des Kriegsleistungsgesetzes. Aufhebung der Freizügigkeit. Schließung der Hochschulen. Arbeiterzwang für Kriegsbeschädigte). Unter diesen Umständen einziger Weg: Erweiterung der Wehrpflicht nach Brauchbarkeit und Dauer. Ausbildung der männlichen Jugend, Ausdehnung des Arbeitszwanges auf die Frauen.
6.	II Gen. Feldm. 30. 10. 16	Generalmajor Groener	Unbedingt erforderlich ein Gesetz, durch das die Wehrpflicht in der von mir öfters dargelegten Weise erweitert wird. Nur unter Mitwirkung des Reichstages möglich.
7.	II Nr. 748 geh. op. 1. 11. 16	Reichskanzler	Von höchster Wichtigkeit, die Volksvertretung zur Mitarbeit heranzuziehen! Daher kein Bundesratsbeschluß, sondern ein durch den Reichstag zu genehmigendes Gesetz.
	II Nr. 773 geh. op. 2. 11. 16	Reichskanzler	Denkschrift für die Erweiterung der Wehrpflicht.
8.	II Nr. 995 geh. op. 15. 11. 16	Reichskanzler	Lösung der Arbeiterfrage von Tag zu Tag dringender. Monate sind mit Erwägungen ausgefüllt, statt handeln. Bitte daher dringend, Durchbringung des Hilfsdienstgesetzes zu beschleunigen.
9.	I. Gen. Qu. M. 23. 11. 16	Präsident des Reichstages	Über Erledigung des Hilfsdienstgesetzes.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
9.	26. 11. 16	Chef des Generalstabes	Antwort des Präsidenten.
10.	Kr. II Nr 290/3 14. 3. 17 II Nr. 2635 geb. op. 27. 3. 17	Gen. Feldmarschall v. Hindenburg Chef des Mil. Kab.	Schriftwechsel mit dem Chef des Militärkabinetts über Arbeiter- und Rüstungsfragen.
11.	II Nr. 64550 op. 10. 9. 17	Reichskanzler Kriegsministerium Kriegsamt	Gegner macht die verzweifeltsten Anstrengungen zur Erringung des Sieges. Folgende Gegenmaßnahmen nötig: Sicherstellung des Ersatzes. Höchste Leistung der Rüstungsindustrie. Überwindung aller Schwierigkeiten in der Heimat. Zur Beseitigung der Übelstände ist nötig: 1. Verbesserung des Hilfsdienstgesetzes. Änderung der Stellung der Reklamierten. Erhöhung der Leistung des einzelnen. Vorbereitungen, um im Frühjahr Ersatz aus der Industrie zu holen. Verlängerung der Wehrpflicht. Tatkräftiges und sofortiges Handeln nötig.
12.	II Nr. 65317 op. 25. 9. 17	Kommandobehörden	Ersatzlage erfordert Einschränkung der Reklamationen auf Ausnahmefälle (einzelne landwirtschaftliche und industrielle Facharbeiter).
13.	II Nr. 67455 op. 15. 10. 17	Kriegsamt	Empfang der Arbeitervertreter. Verhältnis zwischen Arbeitgebern und -nehmern vielfach sehr unerfreulich. Gemeinschaftliche Beratungen erwünscht. Ernährungszulagen und Lohnerhöhung für Angestellte. Ausnutzung der Kräfte tritt nicht überall zutage.
14.	7451.17.g.A.1 8. 12. 17	Kriegsminister	Stellung des Reichsgerichts zu Streiks.
15.	II Nr. 74120 op. 26. 12. 17	Kriegsminister	Transportlage hat erhebliche Arbeitseinschränkungen in Rüstungsindustrie, Kohlenzechen usw. erfordert. Tausende von Arbeitern feiern. Diese Arbeitskräfte müssen dem Heere nutzbar gemacht werden, durch erhöhte Gestellung von Ersatz. Schnellere Herauslösung der kv. Reklamierten.
16.	17. 2. 18 II Nr. 6626 geh. op. 18. 2. 18	Reichskanzler Kriegsminister	Streiks.
17.	II/Ic Nr. 82986 op. 11. 4. 18	Kriegsminister	Antrag auf wesentlich schärfere Auskämmung der Industrie und Einstellung weiblicher Arbeitskräfte. Gefordert wurden monatlich 50000 Mann. Damals als unmöglich erklärt. Jetzt annähernd in dieser Höhe durchgeführt.
	18. 4. 18	—	Antwort des Kriegsministers (Kriegsamts).
	II Nr. 85305 op. 5. 5. 18	Kriegsamt	Beschränkung der Kriegsgerätbeschaffung zur Gewinnung von Ersatz.*)
—	II Nr. 86161 op. 2. 5. 18	Minister für Handel und Gewerbe	Weitere Entlassung von Kohlenarbeitern nicht möglich.*) Es sind Maßnahmen zu treffen, um die Arbeitsleistung des einzelnen wieder zu heben.
—	II Nr. 86258 op. 17. 5. 18	Reichskanzler Kriegsminister Reichswirtschaftsamt	Arbeiteranwerbung im besetzten Gebiet wird mit allen Mitteln betrieben. Außerdem aber erforderlich, Arbeitskräfte aus dem Ausland und den Ländern der Verbündeten für uns nutzbar zu machen. Dazu Steigerung der Werbetätigkeit im Ausland und Einwirkung auf die Bundesgenossen nötig.
18.	II Nr. 878.93 op. 4. 6. 18	Reichskanzler	Stimmung unter den Industriearbeitern.

*) Die Schreiben beziehen sich auch auf spätere Abschnitte. Der Verfasser.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
19.	II Nr. 8771 geh. op. 18. 6. 18	Reichskanzler	Erneuter Antrag, die Dienstpflicht zu erweitern und Arbeitsleistung zu steigern. Staatliche Regelung der Löhne und Unternehmergewinne. Mit Protokoll der Sitzung.
—	II Nr. 89664 op. 21. 6. 18	Oberost. Hgr. Eichhorn A. O. K. 8	Mangel an Arbeitskräften in der Heimat. Anwerbung von Arbeitern, ganz besonders auch von Facharbeitern für die Heimat muß mit allen Mitteln gefördert werden.
—	II Nr. 89674 22. 6. 18	Oberost. Gen. Gouv. Warschau	Jede Agitation von Organen des polnischen Zentralkomitees gegen die Anwerbung von Arbeitskräften für Deutschland muß unterdrückt werden.
—	II Nr. 89766 24. 6. 18	Auswärtiges Amt	Steigerung der Anwerbung ausländischer Arbeiter mit Rücksicht auf Ersatzlage notwendig. Antrag des K. M. mit Ukraine und russischer Regierung Abkommen über Zulassung und Erleichterung der Arbeiteranwerbung zu treffen, wird nachdrücklich unterstützt.
20.	Ic Nr. 10220 op. 8. 9. 18	Kriegsminister	Ersatzregelung. Antwort auf Anfrage des K. M.
21.	März 18	—	Mein Schriftwechsel mit Professor Dr. Kraft-Dresden über den mir nachgesagten Ausspruch: „Der deutsche Arbeiter sei zum Generalstreik zu feige".
		Beschäftigung feindlicher Ausländer.	
22.	Nr. 290/10 16. A. H. (S.) 7. 10. 16	—	Stellungnahme des Kriegsministeriums.
23.	—	—	Ergebnis einer kommissarischen Besprechung in Berlin
24.	P. A. I 1652 22. 2. 17	Chef des Generalstabes	Schreiben des Generalgouverneurs in Belgien.
25.	II Nr. 49000 op. 3. 3. 17	Gen. Gouv. Belgien	Über Abschub von Arbeitern aus Belgien.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Nr. 33825. Gr. H. Qu., den 31. 8. 1916*).

An den Herrn Kriegsminister.

Die Offensiven unserer Gegner zeigen, daß sie mit jedem Mal erhebliche Fortschritte sowohl in der Anlage wie in der Durchführung machen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß künftige Offensiven noch stärkere Proben an unsere Widerstandskraft stellen werden, da unseren Gegnern nicht nur

1. ein fast unerschöpfliches Menschenmaterial, sondern
2. auch die Industrie fast der gesamten übrigen Staaten zur Verfügung steht.

Zu 1: Dem feindlichen Menschenmaterial gegenüber sind unsere Menschenvorräte beschränkt. Dieser schlimmste Übelstand ist nur dadurch einigermaßen auszugleichen, daß mit der Zeit alle kriegsverwendungsfähigen Leute an die Front gehen. Ihre Stellen müssen in der Etappe und in der Heimat durch garnisondienstfähige Leute — deren Zahl möglichst einzuschränken ist — ersetzt werden.

*) Am 29. 8. waren der Generalfeldmarschall und ich in die O. H. L. gekommen. Der Verfasser.

Digitized by Google

Zu 2: Auch bei rücksichtsloser Durchführung der Grundsätze zu 1 werden wir an Zahl unseren Gegnern mehr und mehr unterlegen sein. Um so mehr ist es nötig, daß unsere Industrie diesen Mangel ausgleicht. Die Menschen — ebenso die Pferde — müssen mehr und mehr durch die Maschinen ersetzt werden. Dies wird um so schwieriger, als auch der Feind diesen Grundsatz erkannt hat. Der von mir (d. h. General v. Falkenhayn. Der Verfasser.) schon früher ausgesprochene Gedanke, daß es eine Schraube ohne Ende ist, bei der es nur darauf ankommt, wer die Schraube rechtzeitig am weitesten andrehen kann, trifft heute in noch höherem Grade zu. Für seine Durchführung ist in erster Linie die Arbeiterfrage ausschlaggebend. Es wird nötig sein, die Zahl der Arbeiter durch Kriegsbeschädigte, Kriegsgefangene, Frauen und Minderjährige zu erhöhen. Staatliche Lehrkurse zur Ausbildung dieser Kräfte sind unumgänglich und in größtem Umfange nötig. Wenn es unter diesen Umständen nötig ist, einige tausend hochqualifizierter Facharbeiter aus der Front für längere oder kürzere Zeit herauszuziehen, bin ich bereit, den damit verbundenen Nachteil in den Kauf zu nehmen. Alle anderen Industriezweige müssen gegen die Kriegsindustrie zurücktreten. Gegebenenfalls müssen wir wie in England zu Zwangsmaßregeln schreiten. So befürworte ich schon jetzt, die Sonntagsarbeit einzuführen. Eine entsprechende Belehrung des Volkes über den Ernst der Lage und die für jeden daraus erwachsenden Pflichten dürfte gleichzeitig angezeigt sein und seine Wirkung nicht verfehlen.

Außerdem bleibt anzustreben, mehr und mehr den Arbeiter durch zweckmäßig konstruierte Maschinen zu entlasten und zu höherer Arbeitsleistung zu befähigen.

Die Steigerung der Fertigung muß sich auf alle Zweige der Kriegsindustrie erstrecken. Besonders nötig sind folgende Gegenstände:

1. Munition aller Arten, 2. Geschütze, Feldartillerie, schweres Steil- und mittleres Flachfeuer, 3. Maschinengewehre, 4. Minenwerfer, 5. Flugzeuge, 6. Handwerkszeug und Baustoffe für den Stellungsbau.

Um bestimmte Anhaltspunkte zu geben, bitte ich, bis zum Frühjahr eine Verdoppelung der jetzigen Munitionsfertigung zu erreichen. Die Fertigung der Geschütze muß dagegen beträchtlich höher — rund auf das Dreifache — gesteigert werden, denn in den letzten Monaten hat der Abgang an Gerät bei der Feldartillerie die Neufertigung erheblich (mehrere hundert Rohre), bei der Fußartillerie in geringerem Maße, überschritten. Da bei der hohen Schußzahl der größere Teil der Geschütze durch eigenes Feuer verloren geht, würde mithin bei nur doppelter Steigerung der Fertigung ein Zunehmen an Geschützen in der Front nicht oder nur langsam eintreten.

Digitized by Google

Bei den Minenwerfern wird die Fertigung mindestens zu verdoppeln sein, Maschinengewehre sind zu verdreifachen, betr. Flugzeuge folgen noch im näheren Wünsche. Die bisherigen hervorragenden Leistungen des Kriegsministeriums werden voll gewürdigt. Es ist mir auch bekannt, daß auf allen Gebieten große Steigerungen bereits dauernd im Gange sind. Es ist aber wichtig, daß diese Steigerungen beschleunigt eintreten und die oben angegebenen Zahlen möglichst bald erreicht werden.

Ich schlage vor, daß vor allem und sofort die Hauptvertreter der in Betracht kommenden Industriezweige zu einer Besprechung eingeladen werden, wo ihnen der Ernst der Lage entwickelt und sie aufgefordert werden, umgehend bestimmte Vorschläge für die Steigerung der Fertigung und die dazu nötigen Maßnahmen zu machen. Ich bitte, mir von der Besprechung rechtzeitig Kenntnis zu geben, damit ich einen Vertreter entsenden kann.

Ich muß zum Schluß nochmals darauf hinweisen, daß nur unbedingtes Ausnutzen aller unserer Kräfte und vor allem unserer hochentwickelten Industrie im Dienste des Krieges uns zu einem endlichen Siege verhelfen kann und daß jede unterlassene Ausnutzung einer Möglichkeit die schwerste Belastung bildet.

Ich bitte den Herrn Kriegsminister, mich mit allen dort zu Gebote stehenden Mitteln in der Durchführung meiner Forderungen zu unterstützen. Finanzielle und andere Bedenken können jetzt nicht mehr mitsprechen.

gez. v. Hindenburg.

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 34 647 op.

Gr. H. Qu., den 13. 9. 1916.

An den Herrn Reichskanzler.

Die Fragen, wie

1. der Ersatz für das Feldheer gesichert bleibt und zugleich
2. die Kriegsindustrie — ohne Schädigung der Landwirtschaft — noch gesteigert werden kann, sind, wie in meinem Schreiben vom 31. 8. Nr. 33 825 ausgeführt, überaus dringend und für den Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung.

Es erscheint schon jetzt ausgeschlossen, daß diese Fragen ohne einschneidende gesetzliche Maßregeln erledigt werden können.

Die Frage zu 1. verlangt gebieterisch, daß alle wehrfähigen Männer — Ausnahmen siehe unter zu 2. — eingestellt werden. Dazu sind nötig:

I. Maßnahmen zur Einschränkung der Reklamationen, insbesondere eingehende Nachprüfung in jedem Fall.

Digitized by Google

II. Einstellung aller zur Zeit Untauglichen, die an heilbaren Krankheiten usw., z. B. Herzschwäche, Sportherz, allgemeine Körperschwäche usw. leiden, in besondere Abteilungen, die an geeigneten Orten einer Gesundungskur unterworfen werden. Es kommt vor allem darauf an, die Großstadtjugend den gesundheitsschädigenden Einflüssen zu entziehen. Diese Maßregel hebt gleichzeitig die Volksgesundheit.

III. Erhöhung der Lebensaltersgrenze für die Wehr- bzw. Landsturmpflicht. Ich erachte es für angängig, damit bis auf 50 Jahre heraufzugehen. Wenn auch der Gewinn an Wehrfähigen zwischen 45 und 50 Jahren nicht sehr groß sein wird, so erhalten wir doch eine große Zahl von Garnisondienstfähigen, die zur Ablösung Felddienstfähiger rückwärts der Front dienen können.

IV. Energische staatliche Ausbildung der männlichen Jugend vom 16. Lebensjahre an für den Militärdienst. Die ist nur möglich, wenn dafür eine entsprechende Entlastung in sonstiger Arbeit (in Fabriken, Fortbildungs- und höheren Schulen usw.) eintritt.

Zu 2. Zur Schaffung von Arbeitskräften bleibt das wirksamste und gerechteste Mittel ein Kriegsleistungsgesetz, wie es bereits früher vorgeschlagen ist.

Es ist möglich, daß innerpolitische Rücksichten dagegen sprechen. Der bittere Ernst der Lage zwingt aber dazu, und ich hoffe, daß bei einer sachlich ruhigen Aufklärung das Volk nicht zögern wird, die gewiß nicht gering einzuschätzenden Pflichten zu übernehmen.

Ein Kriegsleistungsgesetz gibt

a) die Möglichkeit, Arbeiter aus fast stillstehenden Industriezweigen (Textilbranche usw.) zu verpflanzen;

b) das Personal der gesamten Nichtkriegsindustrie (Warenhäuser usw.) einzuschränken und anders zu verwenden;

c) die Arbeitskraft jedes einzelnen voll auszunutzen.

Ich bemerke, daß ein Kriegsleistungsgesetz vor allem auch ein Akt der Gerechtigkeit ist. Es ist namentlich in Anbetracht des allgemeinen Wahlrechts schreiend ungerecht, daß ein Teil der Männer (und zwar durchschnittlich die kräftigsten und für den Staat wertvollsten) Leib und Leben vor dem Feinde einsetzt und beruflich auf das schwerste geschädigt wird, während die andern in Sicherheit daheim sitzen und leider vielfach nur für ihren Gewinn arbeiten. Wenn auch bei einem großen Teil des Volkes höchste Opferwilligkeit herrscht, so sind andere Teile noch weit entfernt davon.

Arbeit für das Allgemeinwohl ist jetzt Pflicht für alle und gibt keinen Anspruch auf besondere Rechte, sondern ist höchstens ein Grund für die Existenzberechtigung.

Digitized by Google

Ausdehnung des Kriegsleistungsgesetzes auch auf die abkömmlichen Frauen ist nötig. Es gibt ungezählte Tausende von kinderlosen Kriegerfrauen, die nur dem Staat Geld kosten. Ebenso laufen tausende Frauen und Mädchen herum, die nichts tun oder höchst unnützen Berufen nachgehen. Der Grundsatz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" ist in unserer jetzigen Lage mehr denn je berechtigt, auch den Frauen gegenüber.

Außer- bzw. innerhalb des Kriegsleistungsgesetzes kommt in Betracht:

I. Aufnahme eines Verzeichnisses aller Facharbeiter nach englischem Muster mit genauer Spezifizierung ihres besonderen Ausbildungszweiges. Die Maßregel hat sich auch auf die zum Heeresdienst eingezogenen Männer zu erstrecken.

II. Zwangsweise, staatliche Ausbildung und Verwendung der Kriegsbeschädigten in der Kriegsindustrie und Landwirtschaft. In gleicher Weise würden die aus stilliegenden Industriezweigen freiwerdenden Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie nach Bedarf auszubilden sein.

Diese Maßregel ist in geringem Umfange eingeleitet, sie bedarf zu ihrer erfolgreichen Durchführung des Zwanges. Im übrigen ist bei der technischen Veranlagung unseres Volkes und seinem hohen Bildungsstande in kurzer Zeit Erhebliches zu leisten.

III. Schließung von Universitäten, Seminaren usw., soweit es das unabweisbare Bedürfnis der einzelnen Berufe (Ärzte) zuläßt. Im übrigen sind z. B. Studenten der Chemie und technischen Berufe in Fabriken usw. zu verwenden. Auch dies ist ein Gerechtigkeitsakt, da jetzt nicht wehrfähige Männer und Frauen den im Felde stehenden kämpfenden Studenten usw. den Rang ablaufen und in Zukunft die Stellen wegnehmen. Es kommt schon jetzt im Interesse der Volksvermehrung darauf an, dafür zu sorgen, daß den zurückkehrenden jungen Männern die Gründung einer Familie möglichst erleichtert wird.

Ich zweifle nicht, daß unser Volk, wenn ihm der Ernst der Lage klargemacht wird — und das muß geschehen —, sich willig fügt. Täte es dies nicht, so wäre Deutschland nicht des Sieges wert.

Es ist zudem höchste Zeit, daß unberufenen Schreiern und Hetzern, ebenso der stellenweise herrschenden unwürdigen Gewinn- und Vergnügungssucht endlich das Handwerk gelegt wird, und das kann nur geschehen, wenn die berufenen Stellen energisch aufklärend und, soweit nötig, strafend durchgreifen. Das ganze deutsche Volk darf nur im Dienste des Vaterlandes leben.

Um Erfolg zu erzielen, ist schnelles Handeln nötig. Jeder Tag ist von Wichtigkeit. Die nötigen Maßregeln sind sofort zu ergreifen.

Der Herr Kriegsminister hat Abschrift erhalten.

Digitized by Google

An den Herrn Kriegsminister im Großen Hauptquartier.

Anliegend Abschrift eines Schreibens an den Herrn Reichskanzler ergebenst übersandt.

Hierzu schlage ich folgendes vor:

1. Neben oder unter der Beschaffungsstelle wird ein Arbeitsamt ausgebaut, das in engster Fühlung mit den Gewerkschaften und Arbeitgeber-Verbänden steht und das alle allgemeinen Anordnungen trifft und alle statistischen Ergebnisse sammelt.

2. Das Arbeitsamt ist zuständig für die gesamte Bevölkerung des Deutschen Reiches (einschl. Gefangene), außer der kämpfenden Truppe und deren unmittelbaren Reserven. Dieser Begriff bedarf einer scharfen Festlegung. Jede Beschäftigung von Soldaten in Etappen, Garnisonen usw., sofern es sich nicht um Angehörige der kämpfenden oder für den Kampf bestimmte Formationen handelt, gilt als „Arbeit" im Sinne der Zuständigkeit des Arbeitsamtes.

3. Die ausführenden Organe des Arbeitsamtes sind die Militär-, nötigenfalls die Kommunalbehörden.

4. Es wird ein allgemeines, auch für das Militär gültiges Verbot erlassen, menschliche Arbeitskräfte in Deutschland ohne Zustimmung der Organe des Arbeitsamtes zu beschäftigen.

5. Die etwaige Zustimmung wird grundsätzlich in der Form einer Bescheinigung erteilt, die den Arbeitgeber, den Arbeitsgegenstand und die Zahl der benötigten Arbeitsstunden enthält.

6. Die benötigten Arbeitsstunden werden nach drei Gruppen spezifiziert: Arbeitsstunden

a) von Männern militärdienstpflichtigen Alters,

b) von anderen männlichen Personen,

c) von weiblichen Personen.

7. Alle vom Militär zur Ausführung seiner Aufträge benötigten Arbeitskräfte werden v o r Auftragserteilung festgestellt, und zwar getrennt nach den an der Auftrags-Ausführung beteiligten Firmen. Das gleiche gilt für militärische „Arbeiten" im Sinne von Punkt 2.

8. Für die gesamte Bevölkerung wird Arbeitszwang, etwa in Verbindung mit der Zuteilung von Nahrungsansprüchen, eingeführt. Vom Arbeitszwang entbindet lediglich ein ärztliches Attest oder eine wochenweise von dem Organe des Arbeitsamtes auszustellende Bescheinigung, wonach eine Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden konnte.

9. Lohnfragen und dergleichen werden von der Organisation des Arbeitsamtes vorläufig nicht grundsätzlich berührt, dagegen behält sich das Arbeitsamt Eingriff im Einzelfalle vor.

Digitized by Google

10. Aus den örtlichen Statistiken über Arbeitsstundenbedarf, verfügbare Arbeitsstundenmenge, etwaige Arbeitslosigkeit sammelt das Arbeitsamt eine quantitative Generalstatistik, die etwa von Monat zu Monat die entscheidenden Entschlüsse über Arbeiter-Verpflanzungen und dergleichen abwirft.

11. Die Organe des Arbeitsamtes werden ferner angehalten, so schnell wie möglich eine statistische Übersicht über die Art der Bedürfnisse und des Angebots an geeigneten Arbeitskräften aufzustellen. Danach wird die Organisation in den Stand gesetzt, dem Bedürfnis entsprechend Lehr- und Ausbildungskurse, Verbesserung des Wirkungsgrades der aufgewendeten Arbeitsstunden und dergleichen zu schaffen.

12. Als Übergangsstaffel dienen gegebenenfalls öffentliche Arbeiten, Landarbeiten und dergleichen. Unnötige Verschiebungen der Personalbestände werden streng vermieden.

gez. v. Hindenburg.

3.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. G. H. Qu., den 14. 9. 1916.
Ic Nr. 1 geh. op.

An den Herrn Kriegsminister.

Nach dem Durchhalten der jetzigen schweren Kämpfe wird das nächste Frühjahr eine neue äußerste Kraftanstrengung von uns fordern. Ob es die letzte ist, kann dahingestellt bleiben, der, die uns zunächst bevorsteht, müssen wir gewachsen sein.

Die Frontverlängerung, die durch das Eingreifen Rumäniens in den Krieg eintrat, zwang uns zu einer starken Kräfteverschiebung von West nach Ost. Unsere bis dahin ausreichenden Reserven sanken unter das zulässige Maß. Solche neu zu schaffen, um allen Wechselfällen die Stirn bieten zu können, ist die nächste und wichtigste Aufgabe. Spätestens im Februar 1917 müssen neue kampfkräftige Verbände zur Hand sein. Daß unter diesen unbedingt erforderlichen Neubildungen der laufende Ersatz für spätere Monate zurückgeht, darf uns nicht schrecken. Zu der Zeit, wo die Menschen knapper werden, müssen die Kriegsmaschinen (Maschinengewehre, Kanonen, Minenwerfer) so zahlreich geworden sein, daß wir unsere Linien mit geringerem Menscheneinsatz halten können.

Aus diesen Erwägungen heraus ergibt sich die klare Forderung, alle noch kriegsverwendungsfähigen Männer einschließlich des Jahrgangs 1918, soweit sie nicht in der Kriegsindustrie gebraucht werden, sogleich zu den Fahnen zu rufen und ihre Ausbildung zu beginnen. Es ist eine nicht

Digitized by Google

ernst genug zu nehmende Pflicht, unser letztes verfügbares Menschenmaterial für die bevorstehende Aufgabe mit all dem auszustatten, was eine sorgsame, gründliche Ausbildung geben kann.

Aus der Zahl der hiernach Einzustellenden und der noch in den Ersatztruppen Vorhandenen, unter Abrechnung des nach den Erfahrungssätzen bis etwa zum März 1917 erforderlichen laufenden Ersatzes, wird sich ergeben, wieviel Mannschaften zu Neubildungen verfügbar sind.

Beabsichtigt ist die Bildung von Infanterie-Regimentern aus aus dem Felde zu ziehenden Kriegsgewohnten und Rekruten. Ob diese Regimenter in der Heimat oder hinter der Heeresfront aufzustellen und in welche Verbände sie zusammenzufassen sind, bleibt späterer Erwägung vorbehalten. Nebenher ist die Aufstellung von Feld- und schwerer Artillerie, von Minenwerfer- und Maschinengewehr-Formationen nach Maßgabe des irgend zu erlangenden Gerätes — teils zum Ausbau vorhandener Verbände, teils zur Schaffung von Heeresreserven — mit höchster Energie zu betreiben.

Darin, daß auch nach Ausführung vorstehenden Programms mit allen Mitteln dahin gestrebt werden muß, den letzten Mann, der im Schützengraben eine Waffe führen kann, einzuberufen, um den Ersatz für das Feldheer über das Frühjahr 1917 hinaus sicherzustellen, weiß ich mich eins mit dem Königl. Kriegsministerium. Die Wege zur Erreichung dieses Zieles sind in meinem Schreiben vom 13. 9. 1916 II Nr. 34 647 op. dargelegt.

Um baldige Stellungnahme wird gebeten.

gez. v. Hindenburg.

4.

Der Reichskanzler.
Rk. Nr. 9512 K. J.

Berlin, den 30. 9. 1916.

An den Chef des Generalstabes*).

Euer Exzellenz beehre ich mich in Erwiderung auf das geneigte Schreiben vom 20. (13. Der Verfasser.) d. Mts. — II Nr. 34 647 op. — wiederholt meine Bereitwilligkeit zu erklären, den dortseits wegen der Sicherung des Heeresersatzes und der Steigerung der Kriegsindustrie gegebenen Anregungen, soweit die Verhältnisse es irgend gestatten, Rechnung zu tragen. Ich glaube mich dabei mit Eurer Exzellenz in Übereinstimmung zu wissen, daß zur Vermeidung jeder unnötigen Beunruhigung der Be-

*) Das Schreiben ist abgedruckt, um auch die Ansicht der Reichsleitung über die so ungemein wichtigen Fragen der Kriegführung wiederzugeben. Sie waren andere als die der Obersten Heeresleitung. Diese mußte auf ihren Forderungen stehen bleiben, um die gesamte Kraft der Heimat in den Dienst der Kriegführung zu stellen. Es galt den Kampf um Sein und Nichtsein! Der Verfasser.

Digitized by Google

völkerung gesetzliche und behördliche Maßnahmen einschneidender Art nur insoweit ins Auge zu fassen sein werden, als diese eine sichere Gewähr für den Erfolg bieten. Im einzelnen gestatte ich mir folgendes zu bemerken:

A. Männer.

Bereits jetzt stehen alle männlichen Personen vom vollendeten 17. bis zum 45. Lebensjahre zur Verfügung der Heeresverwaltung. Innerhalb dieser Altersklassen sind von den 19jährigen an alle felddienstfähigen — außer den Reklamierten — in das Heer eingestellt; die übrigen sind — soweit überhaupt diensttauglich — im Garnison- und Militärarbeitsdienste beschäftigt. Es verbleiben also zur Zeit nur noch die Reklamierten, die Jugendlichen bis 19 Jahre, sofern diese nicht, was in verhältnismäßig großem Umfange geschehen ist, schon freiwillig eingetreten oder, wie es in einzelnen Grenzgebieten, namentlich in Elsaß-Lothringen, geschehen sein soll, für den Militärarbeitsdienst herangezogen worden sind, und die Männer, die bei Ausbruch des Krieges das 45. Lebensjahr vollendet hatten; schließlich die dauernd Untauglichen. Was die letzteren angeht, so sind von diesen alle für den Heeres-, Garnison- oder Arbeitsdienst irgendwie brauchbaren Kräfte im Wege fortgesetzt wiederholter Nachmusterungen ausgelesen worden, so daß auch bei noch verschärfter Prüfung schwerlich in nennenswertem Umfang weiteres brauchbares Menschenmaterial aus den dauernd Untauglichen für Heereszwecke wird gewonnen werden können.

Die Reklamationen werden in jedem einzelnen Falle zunächst von den beteiligten Zivilstellen und sodann von den zur Entscheidung zuständigen Kriegsministerien in sorgfältigster und strengster Weise geprüft, und es erfolgen die Beurlaubungen und Zurückstellungen vom Heeresdienste meist nur für bestimmte Perioden, bei deren Beendigung eine immer wieder erneute Untersuchung der Unabkömmlichkeitsgründe stattfindet. Wo es irgend die Verhältnisse zugelassen haben, sind die felddienstfähigen Reklamierten gegen nur garnisondienstfähige Offiziere und Mannschaften ausgetauscht worden, so daß selbst bei noch strengerer Prüfung der Reklamationsbedingungen ein wesentliches Ergebnis kaum zu erwarten ist. Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß fast sämtliche Zivilbehörden, desgleichen die Industrien und die Banken sowie die sonst in Frage kommenden Zivilberufe in diesem gewaltigen Kriege im wesentlichen unmittelbar oder mittelbar für Kriegszwecke tätig sind oder daß sie sonst Funktionen ausüben, die für die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der zurückgebliebenen Bevölkerung nicht entbehrt werden können. Alle diese Berufe arbeiten schon jetzt mit kaum zureichendem Personal, dessen weitere Verminderung ohne schwere Schädigung des Gemeinwohls nicht erfolgen könnte.

Digitized by Google

Was die bei Ausbruch des Krieges über 45 Jahre alten und daher nicht mehr heerespflichtigen Männer angeht, so ist die weit überwiegende Mehrzahl der arbeitsfähigen und kräftigen Männer in Bergwerksbetrieben, in der Eisenindustrie, in Munitionsfabriken oder sonst in der Schwerindustrie, die heutzutage ausnahmslos für Kriegszwecke beschäftigt ist, sowie schließlich in der Landwirtschaft tätig. Soweit es sich um Männer handelt, deren Kräfte infolge ihrer ungünstigen Gesundheitsbeschaffenheit für diese schwere Arbeit nicht geeignet sind, sind diese in anderen Industrie- und Gewerbszweigen (Textilindustrie, pharmazeutische Instrumente, optische Industrie, Handwerk) beschäftigt; ihre Tätigkeit kommt wiederum unmittelbar oder mittelbar der Kriegswirtschaft zugute. Die nicht mehr kriegsdienstpflichtigen Rentner sind in Deutschland eine so seltene Erscheinung, daß der Versuch, aus diesem Kreise Arbeitskräfte in einem auch nur einigermaßen ins Gewicht fallenden Umfang zu gewinnen, im voraus zur Ergebnislosigkeit verurteilt wäre.

Die Annahme, es könnten für die Waffen- und Munitionsfabriken neue männliche Arbeitskräfte in beträchtlichem Umfang im Wege des Zwanges durch die Überführung aus anderen Industriezweigen oder durch die Einführung einer Arbeitspflicht für arbeitsfähige, aber jetzt nicht arbeitende Männer gewonnen werden, erscheint mir deshalb nicht begründet. Die für die Bergwerksindustrie, Feuer- und Schwerindustrie brauchbaren Leute sind schon durch die Höhe der Arbeitslöhne nahezu ausnahmslos dazu bestimmt worden, in die eigentliche Kriegsindustrie überzutreten. Dies gilt ganz besonders für diejenigen Arbeiter, deren Arbeitskraft wegen der durch Materialmangel gebotenen Betriebseinschränkungen gewisser Industriezweige in ihren bisherigen Stellen nicht mehr in vollem Umfang ausgenutzt werden konnte. Es kann der deutschen Industrie und Bevölkerung die Anerkennung nicht versagt werden, daß sie es in geradezu bewunderungswürdiger Weise verstanden haben, sich den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft anzupassen und ihre Betriebe in überraschend kurzer Zeit und mit vollem Erfolg aus freiem Antrieb in den Dienst der Vaterlandsverteidigung zu stellen. Ich besorge, daß durch zwangsweise, in ihrem praktischen Ergebnis von vornherein auf ganz geringfügige Wirkungen beschränkte Eingriffe von außen her diese gesunde Anpassung gestört und der ganze Aufbau unserer Wirtschaft ins Wanken gebracht werden könnte.

Soweit von staatlicher Seite der Übertritt arbeitsfähiger Elemente von der Friedens- in die Kriegsindustrie hat gefördert werden können, ist dies sowohl durch die positiven Maßnahmen der Arbeitsvermittlung wie auch negativ durch die Verhinderung von Kapital- und Arbeitsaufwand für Zwecke, die der Kriegführung nicht zugute kommen, bereits geschehen. Abgesehen von dem durch Rohstoffmangel oder durch die Notwendigkeit einer

Digitized by Google

sparsamen Bewirtschaftung der noch vorhandenen Rohstoffbestände in erster Linie veranlaßten Einschränkungen gewisser Industriezweige, sind Beschränkungen auch auf solchen Gebieten verfügt worden, wo von Materialmangel keine Rede ist. So ist beispielsweise das Neuabteufen von Kalischächten und die Weiterarbeit an bereits zum Teil abgeteuften Schächten durch reichsgesetzliche Vorschrift untersagt; desgleichen ist die Anlage neuer Zementfabriken verboten worden. Die öffentliche Bautätigkeit hat eine starke Einschränkung erfahren, und auch die Ausführung von Privatbauten ist in einer Reihe von Korpsbezirken bereits im wesentlichen untersagt worden. Ich bin aber gern bereit, wegen dieser Frage nochmals mit den Bundesregierungen und den beteiligten Dienststellen zu dem Zwecke ins Benehmen zu treten, um alle nicht für das wirtschaftliche Leben notwendigen gewerblichen Betriebe behufs Gewinnung vermehrter Arbeitskräfte für die eigentliche Kriegsindustrie weiterhin nach Möglichkeit einzuschränken. Einiges wird auf diesem Wege wohl zu erreichen sein.

Dagegen vermag ich mir von einer Heilbehandlung der zur Zeit Untauglichen, die an Herzschwäche, allgemeiner Körperschwäche usw. leiden, einen Erfolg nicht zu versprechen. Für den Heeresdienst wären sie schwerlich brauchbar; das Ergebnis würde schließlich nur sein, daß man diese Untauglichen aus ihren bisherigen Stellungen entfernt, in welchen sie im Interesse unseres Wirtschaftslebens Nutzbringendes haben leisten können.

Auch der Anregung hinsichtlich einer staatlichen Ausbildung der männlichen Jugend vom 16. Lebensjahr ab für den Militärdienst unter entsprechender Entlastung in sonstiger Arbeit stehe ich nicht ohne Zweifel gegenüber. Bei dem heutigen schweren Arbeitsmangel sind die jugendlichen Arbeiter, d. h. die Arbeiter vom 14. Lebensjahr an, vielfach schon, soweit dies in Rücksicht auf die Kräfte dieser Knaben irgend angängig ist, in umfassendem Maße in den Betrieben der Kriegs- und Schwerindustrie beschäftigt. Sie aus diesen Betrieben ganz oder auch nur zum Teil wieder herauszuziehen, würde für die Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie von nachteiligen Folgen sein, denen ein entsprechender Gewinn für die Kriegsausbildung wohl nicht gegenüberstehen würde. Neben der schweren Arbeit in diesen Betrieben aber noch in den Freistunden eine die Körperkräfte wiederum stark anspannende Ausbildung für den Militärdienst treten zu lassen, dürfte die Anforderungen an die körperlichen und geistigen Kräfte dieser jungen Leute überspannen heißen. Ich bin indes gern bereit, wegen dieser Frage mit dem Herrn Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten und dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe in Verbindung zu treten, und behalte mir vor, auf sie zurückzukommen.

Ferner kann meines Erachtens die Schließung von Universitäten, Technischen Hochschulen, Seminaren usw. nicht wohl in Frage kommen.

Digitized by Google

Nicht allein, daß die Maßnahme, derzufolge die inländischen Universitäten und höheren Schulanstalten geschlossen werden sollen, während in den okkupierten Gebieten im Osten und Westen von deutscher Seite Universitäten und höhere Bildungsanstalten neu ins Leben gerufen werden, im In- und Ausland den ungünstigsten, für uns nachteiligsten Eindruck hervorrufen müßte, so würde auch in sachlicher Hinsicht der Erfolg ausbleiben. Alle irgendwie körperlich brauchbaren Studierenden sind bereits zum Heeresdienst eingezogen. Die nicht wehrfähigen Schüler der technischen Hochschulen sind zur Zeit, schon des sehr lohnenden Verdienstes wegen, zum größten Teil in den Betrieben der Kriegsindustrie oder der Nahrungsmittelindustrie beschäftigt. Es würde daher allenfalls nur in Frage kommen können, die Direktoren der Universitäten und technischen Hochschulen durch den Herrn Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten ersuchen zu lassen, auf diejenigen Studierenden, welche sich wegen mangelnder Dienstfähigkeit noch auf den Universitäten befinden und die für eine Verwendung in bestimmten Stellen der Kriegsindustrie geeignet erscheinen, möglichst dahin einzuwirken, daß sie sich um die Erlangung solcher Stellen bemühen.

Hiernach würden hinsichtlich der männlichen Bevölkerung als durchführbar und — wenn auch nur innerhalb bescheidenen Rahmens — erfolgversprechend insbesondere folgende Maßnahmen in Frage kommen können:

1. Eine weitergehende Einschränkung aller nicht unmittelbar oder mittelbar für die Kriegswirtschaft nötigen Bauten;

2. eine möglichst sorgfältige Ausbildung der Kriegsverletzten behufs Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit und ihre demnächstige Abkommandierung in die Kriegsindustrien;

3. die frühere Einberufung der noch nicht eingezogenen Jahrgänge (17- und 18jährige);

4. äußerstenfalls die Herausrückung der Altersgrenze für die Wehrpflicht bis zum 50. Lebensjahr (obwohl dabei nur zwei bis drei Jahrgänge von Männern gewonnen werden würden, deren Kraft und Ausdauer vielfach nicht mehr auf voller Höhe stehen dürfte).

B. Frauen.

Es ist in weitestgehendem Maße gelungen, männliche Arbeit leichterer Art sowohl in staatlichen (Post-, Eisenbahn-, Kanaldienst) als auch in privaten Betrieben durch weibliche Kräfte ersetzen zu lassen. Der Weiterentwicklung nach dieser Richtung hin sind indes durch die physische Beschaffenheit der Frau verhältnismäßig enge Grenzen gezogen. Immerhin ist es gelungen, die Frau aus den Industriezweigen, welche wegen Mate-

Digitized by Google

rialmangels den Betrieb haben einstellen oder einschränken müssen, in großem Umfang in kriegswichtigen Industrien unterzubringen. Man wird, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, behaupten dürfen, daß auch in den Werkstätten der eigentlichen Kriegsindustrie diejenigen Verrichtungen, welche weiblichen Arbeitskräften irgendwie zugemutet werden können, heute bereits in größtem Umfang durch solche versehen werden. Trotzdem ist es nicht möglich gewesen, die Frauen, welche in anderen Industriezweigen beschäftigungslos geworden sind, in der Kriegsindustrie oder verwandten Betrieben auch nur annähernd unterzubringen. Auf 100 offene Stellen kommen nach den letzten Monatsausweisen bei Männern rund 80, bei Frauen dagegen 160 Stellensuchende.

Weibliche Arbeit ist also — im Gegensatz zur männlichen — viel stärker angeboten als gefragt. Das hinsichtlich der Frauen zu lösende Problem lautet daher für jetzt und voraussichtlich noch auf lange Zeit hinaus nicht: Wie kann man mehr weibliche Arbeitskräfte verfügbar machen? sondern umgekehrt: Wie kann man für die Frauen weitere geeignete Arbeit schaffen? Es wird jetzt schon auf die Fabriken soviel wie möglich eingewirkt, und die Fabriken tun auch aus naheliegenden Gründen schon von selbst ihr Möglichstes, um alle für die Frauen geeignete Tätigkeit von diesen wahrnehmen zu lassen. Ich gestatte mir, in der Anlage zwei statistische Aufstellungen beizufügen, aus denen hervorgeht, wie der Anteil der Frauen an der industriellen Arbeit, insbesondere an derjenigen der eigentlichen Kriegsindustrien, im Laufe des Krieges sowohl absolut als prozentual dauernd stark zugenommen hat, während die Zahl der männlichen Arbeiter erheblich zurückgegangen ist. Eine Ausnahme macht hinsichtlich der weiblichen Arbeiter nur die Textil- und Bekleidungsindustrie, wo die Zahlen die Abwanderung der Frau aus diesen Betrieben deutlich erkennen lassen. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für die Frauen würde daher eine verfehlte Maßnahme bedeuten, der zudem auch in wirtschaftlicher, sittlicher und sozialer Hinsicht die allerschwersten Bedenken entgegenstehen. Solange in den einschlagenden Beschäftigungsverhältnissen nicht eine völlige Änderung eintritt, würde ich daher die Beschreitung dieses Weges auf das dringendste widerraten müssen.

Wenn die hiernach zu ergreifenden Maßnahmen auch sehr weitgehende Folgen nicht in Aussicht stellen, so werden sie doch in ihrer Gesamtwirkung nicht unterschätzt werden dürfen. Noch weiter zu gehen, als in obigem vorgeschlagen, insbesondere etwa alle nicht unmittelbar oder mittelbar für Kriegszwecke arbeitenden Betriebe stillzulegen und die dadurch frei werdenden Arbeitskräfte zwangsweise den eigentlichen Kriegsindustrien zuzuführen, müßte für Gegenwart und Zukunft unseres Volkes die aller-

Digitized by Google

Digitized by Google

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II/Ic Nr. 36 529 op.
Zum Schreiben vom 30. 9. Rk. 9512 K. J.

Gr. H. Qu., den 7. 10. 1916.

An den Reichskanzler.

Euer Exzellenz danke ich sehr ergebenst für die Zusicherung, daß den von mir für die Sicherung des Heeresersatzes und die Steigerung der Kriegsindustrie gegebenen Anregungen Rechnung getragen werden soll.

Ich kann heute noch nicht auf die Ausführungen Euer Exzellenz im einzelnen eingehen und muß mich daher zunächst auf folgende Punkte beschränken:

1. Es ist unabwendbar, diejenigen Kräfte, die bislang nicht unmittelbar oder mittelbar der Verteidigung des Landes dienten, nunmehr im weitgehenden Maße hierzu heranzuziehen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß es noch eine Fülle bislang in dieser Richtung nicht ausgenutzter Kräfte gibt.

2. Besonders dringlich sind Maßnahmen, welche die Freizügigkeit*) der in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter unterbinden.

3. Es ist mir bekannt geworden, daß Bestrebungen im Gange sind, das Notgesetz vom 4. 8. 1914 betr. Ausnahmebestimmungen für die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter zu beseitigen. Eine solche Maßnahme kann meines Erachtens gar nicht in Frage kommen.

4. Eine Übersicht der Maßnahmen, die in Frankreich, England und Rußland zur Heranziehung der nicht waffenfähigen Bevölkerung zur Arbeit im Dienste der Landesverteidigung getroffen sind, liegt bei**).

J. A.: gez. Ludendorff.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 37 053 op.
Einschränkung von Bauten.

14. 10. 1916.

An den Reichskanzler.

Im Anschluß an mein Schreiben vom 7. 10. 1916, II/Ic 36 529 op., beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich gleich Euer Exzellenz die weitgehende Einschränkung aller nicht unmittelbar oder mittelbar für die Kriegswirtschaft nötigen Bauten für eine erfolgversprechende Maßregel halte, und zwar vor allem deshalb, weil es auf diesem Wege schnell gelingen kann, erhebliche Arbeitskräfte für Zwecke der Kriegswirtschaft frei zu machen. Euer Exzellenz wäre ich daher für eine schleunige Durchführung der in dieser Richtung getroffenen Entschlüsse besonders dankbar.

J. A.: gez. Ludendorff.

.. Freizügigkeit verhinderte die Kontrolle der Arbeiter, besonders aber den der Reklamierten völlig. Für bestimmte Betriebe auf namentliche Anforde- sgezogene Leute waren oft nach wenigen Tagen aus den Betrieben ver- Der Verfasser.
cht in meinem Besitz. Der Verfasser.

Digitized by Google

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 23. 10. 1916.
II Nr. 37 768 op.

An den Reichskanzler.

Auf Euer Exzellenz Schreiben vom 30. 9. 1916 9512 K. J. habe ich mich beehrt, am 7. 10. unter II/Ic 36 529 op. und am 14. 10. unter 37 053 op. eine vorläufige Antwort zu übersenden.

Im nachstehenden erlaube ich mir eingehender auf Euer Exzellenz Ausführungen einzugehen:

I. Erweiterung der Wehrpflicht für die männliche Bevölkerung. Euer Exzellenz lehnen die Aufhebung der Freizügigkeit, eine Erweiterung des Kriegsleistungsgesetzes, die Schließung von Hochschulen und den Arbeitszwang für Kriegsbeschädigte ab. Es gibt meines Erachtens dann nur noch einen Weg, um, neben dem Bedarf des Heeres an Ersatz, für die männliche Bevölkerung den steigenden Bedarf der heimischen Kriegswirtschaft an Arbeitern auf die Dauer zu decken. Das Mittel sehe ich in einer wesentlichen Erweiterung der Wehrpflicht nach Brauchbarkeit und Dauer. Sie wird sich nach Brauchbarkeit auf alle arbeitsverwendungsfähigen*) Männer, nach Dauer auf die Altersklassen vom 15. bis etwa 60. Lebensjahre zu erstrecken haben. Eine Erweiterung nur bis zum 50. Lebensjahre würde unter solchen Bedingungen keinesfalls mehr genügen. Vielmehr ist nur bei wesentlich größerer Ausdehnung zu erreichen, daß die gesamte in Betracht kommende männliche Bevölkerung tatsächlich in den Dienst des Staates entweder im Heer oder, auf dem Wege der Beurlaubung und Kommandierung, in der Heimat gestellt wird. Es wird dabei natürlich nicht daran zu denken sein, die älteren dieser Jahrgänge unterschiedslos in die Front oder an die Drehbank zu stellen, vielmehr wird es Aufgabe der den Ersatz und die Arbeiterverwendung regelnden Stelle sein, jeden dort zu verwenden, wo er dem Staat am meisten nützt.

Ich kann mich der Ansicht, daß eine derartige Erweiterung der Wehrpflicht für Heer und Kriegswirtschaft keine erheblichen Ergebnisse zeitigen würde, nicht anschließen, man muß nur die Rücksicht auf die Folgen für die spätere Friedenswirtschaft weit hinter die Forderungen der Kriegswirtschaft zurückstellen. Industrie und Gewerbe, welche der Kriegswirtschaft nicht dienen, müssen meines Erachtens in weitestgehendem Maße eingeschränkt und, sobald die Stunde es fordert, sogar stillgelegt werden. Es wird sich auch nach dem Kriege der Übergang zur Friedenswirtschaft nur so allmählich vollziehen, daß aus Einschränkungen und Stillegungen nicht die schweren Folgen, wie sie vielfach angenommen werden, eintreten werden.

*) Darunter verstehe ich alles, was geistig und körperlich zu irgendwelcher Arbeit in der Kriegswirtschaft fähig ist. Der Verfasser.

Digitized by Google

Auch darüber, daß diese Erweiterung der Wehrpflicht bald eintreten muß, bin ich mit mir nicht im Zweifel. Für die Kriegswirtschaft ist sie schon jetzt erforderlich, für das Feldheer wird die Notwendigkeit bald eintreten.

Mit einer solchen Erweiterung fänden gleichzeitig folgende Punkte für den größten Teil der männlichen Bevölkerung ihre Erledigung:

1. Aufhebung der Freizügigkeit;
2. Erweiterung des Kriegsleistungsgesetzes;
3. Heranziehung der Schüler höherer Schulen und der Universitäten (s. II.);
4. zwangsweise Verwendung der Kriegsbeschädigten.

Für den Augenblick ließe sich im übrigen die Freizügigkeit durch die Maßnahmen beschränken, wie sie in der Sitzung am 17. 10. im Reichsamt des Innern vorgeschlagen sind. Ebenso ist schon jetzt die Verwendung der Kriegsbeschädigten für die Kriegswirtschaft durch Maßnahmen des Kriegsministeriums (Beurlaubung zur Arbeit sofort nach der Genesung) erleichtert. Einer ganz besonderen Aufmerksamkeit bedarf hingegen noch die Frage der Anlernung neuer Facharbeiter zwecks Freimachung von felddienstfähigen Facharbeitern aus den kriegswirtschaftlichen Betrieben für das Feldheer, das sie auf die Dauer nicht entbehren kann. Hierfür werden in allererster Linie die Kriegsbeschädigten in Frage kommen, dann aber auch allgemein nicht felddienstfähige Leute.

II. Ausbildung der männlichen Jugend. Sie wird neben der Beschäftigung der Jugend für Zwecke der Kriegswirtschaft hergehen müssen und wird sich bei richtiger Einteilung ohne Störung in die Arbeit einstellen lassen. Die Heranziehung zur Arbeit und zur staatlichen körperlichen Fortbildung wird allerdings ohne schwerwiegende Folgen für die Zukunft nur durchführbar sein, wenn in höherem Maße als bisher Maßnahmen getroffen werden, die auf Erleichterungen bei Ausstellung von Reifezeugnissen und bei Staatsexamen wie bei Beendigung der Studien nach dem Kriege hinzielen. Sonst entstehen in all den Berufen Lücken, die nicht oder nur durch Einschiebung von Frauen zu überbrücken sind; das aber wäre ein Unheil.

III. Frauen. Es ist auch meines Erachtens zutreffend, daß die Frauenarbeit nicht überschätzt werden darf. Fast die ganze geistige Arbeit, die schwere körperliche, sowie alle eigentlich erzeugende Arbeit werden nach wie vor auf den Männern lasten — neben der ganzen Kriegführung. Es wäre gut, wenn diese Tatsache auch öffentlich deutlich zum Ausdruck gebracht würde und der weiblichen Agitation auf Gleichstellung in allen Berufen, und damit natürlich auch in politischer Beziehung, ein Riegel vorgeschoben würde. Ich stimme Euer Exzellenz auch vollkommen zu, daß eine weibliche Dienst-

Digitized by Google

pflicht eine verfehlte Maßnahme ist. Wir brauchen nach dem Kriege die Frau als Gattin und Mutter. Ich kann den dahin durch Gesetz, Vorrechte, materielle Hilfe usw. abzielenden Bestrebungen nur zustimmen. Hier wird trotz der starken Widerstände durchzugreifen sein, um den familienstörenden Einfluß der weiblichen Konkurrenz auszuschalten. Euer Exzellenz wollen daraus ersehen, daß auch ich nicht nur auf den Krieg sehe, sondern mir bewußt bin, daß für eine Fortentwicklung unseres Volkes n a c h dem Kriege gesunde soziale Verhältnisse, d. h. in erster Linie der Schutz der Familie, notwendig sind. Wenn ich trotzdem jetzt und für die Kriegsdauer auch für Ausdehnung des Arbeitszwanges auf alle unbeschäftigten oder in nebensächlichen Berufen tätigen Frauen dringe, so tue ich das, weil meines Erachtens auf vielen Gebieten Frauenarbeit noch in höherem Maße als bisher einsetzen und dadurch Männer für andere A r b e i t e n frei gemacht werden können. Allerdings müssen die Industrie und Landwirtschaft noch mehr dazu angehalten werden, Frauen einzustellen, ferner darf den Frauen die Auswahl der Tätigkeit nicht allein überlassen bleiben, sondern sie muß nach Maßgabe der Fähigkeit, Vorbildung und Lebensstellung geregelt werden.

Im einzelnen betone ich nochmals, daß ich es insbesondere für falsch halte, die höheren Schulen und Universitäten nur noch für Frauen aufrechtzuerhalten, nachdem diesen Anstalten durch die Ausdehnung der Wehrpflicht die Männer fast sämtlich entzogen worden. Es ist wertlos, weil der wissenschaftliche Gewinn gering ist, ferner weil gerade die zu bekämpfende Konkurrenz gegen die Familie großgezogen wird, und schließlich weil es die gröbste Ungerechtigkeit bedeutet, den jungen Mann, der alles für sein Vaterland gibt, hinter die Frau zurückzudrängen. Ein Nachteil der Schließung der der Männer doch beraubten Universitäten ist mir unter diesem Gesichtspunkt nicht ersichtlich. Der Eindruck im Auslande kann uns gleichgültig sein, wenn wir den Endzweck des Krieges erreichen. Der Gleichmäßigkeit halber käme allerdings auch Schließung der Universitäten im besetzten Gebiet in Frage.

Allgemein möchte ich meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß von den gesetzgebenden Körperschaften alles zu erreichen ist, wenn sie auf den ganzen Ernst der Lage und auf die Notwendigkeit des völligen Aufgehens des gesamten Volkes in die Aufgaben, die d e r K r i e g uns stellt, mit Nachdruck hingewiesen werden und ihnen ihre M i t v e r a n t w o r t l i c h k e i t in vollem Umfang und unzweideutig klargemacht wird. Es bedeutet eine nicht zu verantwortende Gefährdung unseres Daseins als Staat und Volk, wenn wir zögern, mit Rücksicht auf augenblickliche Stimmungen im Innern oder Eindrücke im Auslande Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind und zu denen wir meiner festen Überzeugung nach doch einmal, dann aber zu spät, kommen werden. Die — wie mir klar ist — niedergedrückte Stimmung im Innern wird im übrigen durch ganze und ent-

Digitized by Google

schlossene Maßnahmen sich meiner Ansicht nach heben und nicht durch sie weiter sinken. Sie rührt zum weitaus größten Teil daher, daß es uns nicht gelungen ist, Mißstände mancherlei Art im Lande rechtzeitig zu beseitigen. Die Beseitigung wird am leichtesten durch die hier vorgeschlagenen und andere Euer Exzellenz bekanntere Bestrebungen erreicht werden.

Es unterliegt für mich als den berufenen Ratgeber Sr. Majestät in der Kriegführung keinem Zweifel, daß spätestens die ersten Monate des kommenden Jahres einen Kampf bringen werden, der über Sein und Nichtsein des deutschen Volkes entscheiden wird. Wir werden nur dann nicht unterliegen, wenn wir alle — aber auch alle — Kräfte anspannen. Diese Aussicht zwingt, wie ich nochmals betonen möchte, zum sofortigen Handeln; wir haben meiner festen Überzeugung nach nicht mehr die Zeit, uns in langdauernde Erwägungen einzulassen.

Sollte der Reichstag bei der Lösung dieser Aufgaben versagen, so wird sich zeigen, welche Teile sich den Forderungen der Staatserhaltung verschließen. Über die dann zu ergreifenden Maßnahmen brauche ich mich heute noch nicht zu äußern.

Ich erlaube mir, Abschriften für das Reichsamt des Innern und das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten beizufügen, das Kriegsministerium hat unmittelbar Abschrift erhalten.

gez. v. Hindenburg.

Siehe 23 vom 17. 10. 1916.

Telegramm. **6.** 30. 10. 1916.

An Generalmajor Groener, Chef des neugebildeten Kriegsamts.

Ihr Bericht hat mir vorgelegen.

Ich halte es nach wie vor für notwendig, daß ein Gesetz zustande kommt, in welchem ausdrücklich die Wehrpflicht in dem von mir vorgeschlagenen Maße sowohl hinsichtlich der Dauer wie der Verwendung des einzelnen erweitert wird. Wir müssen bei dem Ernst der Lage eine klare Lösung finden; das ist nach meiner Ansicht nur auf dem Boden meines Vorschlages und unter Mitwirkung des Reichstags, der unbedingt die Verantwortung mitzutragen hat, möglich. Sonst wird dem Volke der Umfang und die Bedeutung der ganzen Frage nicht klar. Ich bin der Überzeugung, daß der Reichstag sich der Zustimmung zu einem solchen Gesetz nicht entziehen wird, wenn ihm klargemacht wird, daß wir nur mit Hilfe eines solchen Gesetzes den Krieg gewinnen können.

Die Vorschläge des Ministers für Handel und Gewerbe werden zum Teil bei den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz Berück-

Digitized by Google

sichtigung finden können, hingegen halte ich den Weg, wie ihn der Staatssekretär des Innern vorschlägt, für nicht gangbar; er führt nicht in gerader Linie zum Ziel, und die Vorschläge lassen nach außen hin die ausschlaggebende Bedeutung der Angelegenheit nicht erkennen.

Im einzelnen bemerke ich, daß ich in dem Gesetzentwurf, um die Pflicht des Volkes zu betonen, im ersten Satz folgende Änderung für nötig halte: „. . . . ist zum vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet und kann hierzu während des Krieges auf Anordnung des Kriegsministers herangezogen werden".

Ich bitte, den Herrn Reichskanzler von diesen meinen Ansichten baldigst in Kenntnis zu setzen.

gez. v. Hindenburg.

7.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 1. 11. 1916.
II Nr. 748 geh. op.

An den Reichskanzler.

Das Ergebnis der kommissarischen Beratung am 30. 10. 1916 liegt mir vor.

Euer Exzellenz bitte ich, meinen ganz besonderen Dank für die Bereitwilligkeit, mit der Euer Exzellenz auf die Wünsche der Obersten Heeresleitung eingegangen sind, und für die Tatkraft, die Euer Exzellenz an die schnelle Lösung dieser augenblicklich wichtigsten Aufgabe wenden, entgegenzunehmen; ich darf Euer Exzellenz bitten, den Ausdruck meiner Dankbarkeit auch den Staatssekretären und Ministern, die an dem Werk mitarbeiten, zu übermitteln.

Bei der ausschlaggebenden Bedeutung, die die Angelegenheit für das ganze Vaterland und für den Ausgang des Krieges hat, darf ich aber auch nicht unterlassen, Euer Exzellenz zu bitten, meinem Wunsche, die Erweiterung der Wehr- und Arbeitspflicht auf dem Wege eines durch den Reichstag zu genehmigenden Gesetzes und nicht nur durch Bundesratsbeschluß herbeizuführen, erneut näherzutreten.

Es ist nach meiner Ansicht von höchster Wichtigkeit, daß die Volksvertretung zur Mitarbeit herangezogen wird; sie muß an der Verantwortung mittragen; auch glaube ich, daß die Bevölkerung dann mit größerer Bereitwilligkeit den neuen Aufgaben sich unterziehen wird. Das Ergebnis der kommissarischen Besprechung ist meines Erachtens auch für ein dem Reichstag vorzulegendes Gesetz eine gute Unterlage; nur müßte dann die Verpflichtung zum Hilfsdienst Ausdruck finden.

Wenn die Annahme des Gesetzes durch den Reichstag sich, wie ich hoffe, zu einer imposanten Kundgebung des Willens des deutschen Volkes

Digitized by Google

zum Siege gestaltet, so wird der Eindruck im Auslande nicht ausbleiben und geeignet sein, uns dem Frieden ein gutes Stück näherzubringen.

Im übrigen werde ich mir erlauben, Eurer Exzellenz umgehend eine kurze Denkschrift, die bei der Behandlung der Angelegenheit im Bundesrat und im Reichstag als Unterlage dienen kann, zu übersenden.

gez. v. Hindenburg.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 773 geh. op.

Gr. H. Qu., den 2. 11. 1916.

Denkschrift an den Reichskanzler für die Erweiterung der Wehrpflicht.

Im Laufe des Krieges ist der Einfluß der Maschine immer mehr in den Vordergrund gerückt; die Bedeutung der lebenden Kräfte hat sich dagegen verringert; entscheidend ist nicht mehr allein der höhere Wert der Truppe, der nie hoch genug gestellt werden kann, sondern in steigendem Maße die Überlegenheit an Kanonen, Munition und Maschinengewehren.

Unsern Gegnern stehen die Fabriken und die Arbeiterschaft der gesamten neutralen Welt zur Verfügung; Deutschland und seine Verbündeten sind lediglich auf die eigenen Mittel angewiesen.

Das geistige Übergewicht des deutschen Soldaten, sein größerer Mut und sein höheres Pflicht- und Ehrgefühl können diese Überlegenheit allein um so weniger ausgleichen, als uns die Feinde auch an Zahl der Menschen weit überlegen sind.

Ähnlich liegen die Dinge für die Volksernährung. Auch diese Frage kann von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Krieges werden, und auch auf diesem Gebiete stehen dem Gegner die reicheren Hilfsquellen zur Verfügung.

Wir können daher den Krieg nur gewinnen, wenn wir dem Heere soviel Kriegsgerät zuführen, daß es den feindlichen Armeen gleich stark gegenübersteht, und wenn wir die Ernährung des gesamten Volkes sicherstellen. Das ist bei den reicheren Mitteln, die unsere Feinde haben, nur möglich, wenn alles, was unser Land an Bodenschätzen birgt und was die Industrie und der Acker hergeben können, ausgenutzt wird lediglich für die Förderung des Krieges. Dieses Höchstmaß an Leistungen kann aber nur erreicht werden, wenn das gesamte Volk sich in den Dienst des Vaterlandes stellt. Alle anderen Rücksichten müssen dagegen zurücktreten; sie können in einem Kampf, der um Sein oder Nichtsein des Staates, um die Unabhängigkeit, die Wohlfahrt und die Zukunft unseres Volkes entscheiden wird, keine Rolle spielen. Nach einem siegreichen Kriege wird die heimische Friedenswirtschaft in neuer Blüte erstehen, gleichgültig, ob wir

Digitized by Google

uns jetzt von ihr trennen oder nicht; nach einem verlorenen Feldzug aber wird uns das Festhalten an friedensmäßigen Zuständen nichts genützt haben. Wir würden aus der Geschichte der Völker gestrichen und wirtschaftlich zu völliger Abhängigkeit verurteilt sein. Als berufener Berater Seiner Majestät in der Führung des Krieges bin ich verpflichtet, diesen Erwägungen gegenüber der Regierung Ausdruck zu verleihen und den vollen Ernst der Dinge und die ausschlaggebende Bedeutung dieser Angelegenheit nachdrücklich zu betonen. Schreiten wir nicht zu einer schnellen und ganzen Lösung dieser Frage, so werden der Obersten Heeresleitung die Mittel zum Siege entzogen.

Es ist nicht meines Amtes, zu bestimmen, auf welchem Wege die Aufgabe, alle Kräfte und Mittel in den Dienst der Kriegswirtschaft zu stellen, zu lösen ist. Ich glaube aber nicht, es unterlassen zu dürfen, meinen Ansichten darüber kurz Ausdruck zu geben.

Es ist nach meiner Überzeugung von höchster Wichtigkeit, daß ein Gesetz zustande kommt, in welchem ausdrücklich die Wehrpflicht für die gesamte männliche Bevölkerung hinsichtlich der Dauer auf das 16. bis 60. Lebensjahr und hinsichtlich der Verwendung auf die gesamte Kriegswirtschaft ausgedehnt wird. Wir müssen eine klare Lösung finden und das Ziel auf geradem Wege erreichen, sonst wird dem Volke der Umfang und die Bedeutung der ganzen Frage nicht klar.

Jeder Mann muß seinem Können entsprechend in den Dienst gestellt werden, an der Drehbank, in der Schreibstube oder zu jeder anderen Betätigung, in der er dem Staat am meisten nützt. Dem werden die Ausführungsbestimmungen zu entsprechen haben.

Ein Gesetz ist nötig, weil die Volksvertretung an der Verantwortung mittragen muß und weil bei einer Mitwirkung des Reichstages die Bevölkerung sich der neuen Aufgabe mit größerer Bereitwilligkeit unterziehen wird. Ich bin der Überzeugung, daß die Volksvertretung sich der Zustimmung zu dem Gesetz nicht entziehen wird, daß vielmehr die Annahme des Gesetzes sich zu einer Kundgebung unserer Stärke und unseres Willens von so ungeheurer Wucht gestalten wird, daß der Eindruck auf unsere Feinde groß sein wird und wir dem Frieden ein gutes Stück näher kommen*).

Zum Schluß muß ich aber pflichtgemäß betonen, daß wir zu schneller Entscheidung kommen müssen und daß die Zeit in keiner Weise zu langen Erwägungen angetan ist. Einzel- und Ausführungsbestimmungen können daher erst getroffen werden, wenn die Aufgabe im großen gelöst ist.

gez. v. Hindenburg.

*) Der Eindruck auf den Feind wurde auch tatsächlich erreicht. Für Klarblickende boten die Verhandlungen wenig erfreuliche Rückschlüsse auf den politischen Barometerstand im Innern des Vaterlandes. Der Verfasser.

Digitized by Google

8.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 995 geh. op.

Gr. H. Qu., den 15. 11. 1916.

An den Reichskanzler.

Die Lösung der Arbeiterfrage wird von Tag zu Tag dringender. Die Lieferungen an Heeresgerät drohen herabzugehen statt zu steigen. Ich muß die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges ablehnen, wenn nicht die Heimat die nötige Unterstützung dadurch gewährt, daß die in der Heimat noch vorhandenen Arbeitskräfte voll in den Dienst des Krieges treten. Seit meinen ersten Anregungen sind Monate in der Hauptsache mit Erwägungen ausgefüllt worden, während unsere Gegner in vorbildlicher Weise handeln. Auch die Einrichtung des Kriegsamts kann erst dann voll wirksam werden, wenn das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ihm die unerläßlichen gesetzlichen Handhaben gibt. Eure Exzellenz bitte ich daher dringend, die Durchbringung dieses Gesetzes zu beschleunigen. Für Mitteilung werde ich dankbar sein, für wann Einberufung des Reichstages und Verabschiedung des Gesetzes vorgesehen ist.

gez. v. Hindenburg.

9.

Der Erste Generalquartiermeister.

23. 11. 1916.

An den Präsidenten des Reichstags Dr. Kaempf*).

Eure Exzellenz! In meinem, an Eure Exzellenz gerichteten Schreiben vom 25. 10. hatte ich erwähnt, daß das Kriegsministerium und die Reichsämter vor der Lösung außerordentlich wichtiger Aufgaben ständen, es waren dies die Einrichtung des „Kriegsamts" und die Einstellung der gesamten Bevölkerung in den Dienst der Kriegswirtschaft. Das Kriegsamt ist inzwischen ins Leben gerufen. Der Entwurf des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst hat am 21. 11. die Zustimmung des Bundesrats gefunden; in den nächsten Tagen wird der Reichstag darüber Beschluß fassen, ob die gesamte Volkskraft in den Dienst des Krieges, der über Wohl und Wehe des Vaterlandes entscheiden wird, gestellt werden soll.

Es drängt mich, in diesem Augenblick Eurer Exzellenz die Gedanken mitzuteilen, die uns zu der Forderung, ein solches Gesetz vor den Reichstag zu bringen, geführt haben.

Die innere Überlegenheit der deutschen Truppen ist groß; ihre Ausbildung und Führung sind besser als beim Feind; sie reichen aber nicht aus, der großen und steigenden Macht unserer Feinde Herr zu werden.

*) Nach Vereinbarung mit dem Reichskanzler. Der Verfasser.

Digitized by Google

Wir müssen vielmehr die gesamte Volkskraft in den Dienst der Kriegswirtschaft stellen. Nur dann haben wir Aussicht, dem Feinde gleichzukommen; spannen wir aber unsere Leistungen nicht auf das höchste, so werden wir der toten Überzahl unterliegen.

Die Zeit drängt!

Das nächste Jahr wird die Entscheidung bringen, zu der wir uns und unsere Gegner sich wappnen. Derjenige, der am schnellsten und rücksichtslosesten die Volkskraft in den Dienst des Krieges stellt, wird siegen. Jeder Tag, um den wir das Gesetz hinausschieben, bringt die Gefahr, daß wir zu spät kommen, und kostet mit Sicherheit das Blut deutscher Soldaten, denn für jede Kriegsmaschine, die draußen an der Front fehlt, müssen wir lebende Menschen in die Lücke einschieben.

Ein Scheitern aber des Gesetzes würde die sichere Niederlage bedeuten*).

So liegen die realen Dinge. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Lage in ihrem ganzen Ernst von allen, die an der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft des Reiches mitzutragen haben, klar erkannt wird. Ich hoffe es aber, denn die Schuld wäre ungeheuer, die jeder auf sich lüde, der zögernd oder gar hemmend auf die Maßnahmen, die uns den Sieg ermöglichen und das Leben unserer Soldaten schonen sollen, wirkt.

Es kommt etwas anderes hinzu: Die Nachricht über die bevorstehende Einbringung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst hat bei unseren Gegnern einen tiefen Eindruck gemacht. Wir werden ihn noch stark vergrößern, wenn die Annahme des Gesetzes durch den Reichstag sich zu einer gewaltigen Kundgebung des einmütigen Willens des gesamten Volkes, alles an den Sieg zu setzen, gestaltet. Je schärfer und geschlossener dieser Wille zum Ausdruck kommt, um so näher werden wir dem Frieden kommen. Jeder Widerstand und jede Diskussion über das Gesetz vor der Öffentlichkeit wird hingegen den Eindruck vermindern.

Der Herr Feldmarschall hat von Anfang an mit einer großen Wirkung durch die Annahme des Gesetzes auf In- und Ausland fest gerechnet. In dieser Erwartung liegt der Hauptgrund, weshalb einem durch den Reichstag zu genehmigenden Gesetz der Vorzug von einer Bundesratsverordnung — ein Weg, der gangbar gewesen wäre — gegeben ist.

Wir müßten uns täuschen in unserer Auffassung von der sittlichen und geistigen Höhe des deutschen Volkes, wenn solchen Zielen gegenüber nicht alles andere, im einzelnen vielleicht Entgegenstehende, zurücktreten würde.

gez. Ludendorff.

---

*) Diese Prophezeiung hat sich erfüllt, denn die Fassung, in der das Gesetz verabschiedet wurde, kam einem Scheitern gleich. Der Verfasser.

Digitized by Google

Berlin, 26. 11. 1916.

Eurer Exzellenz

sehr geehrtes Schreiben vom 23. ds. habe ich erhalten und danke Eurer Exzellenz vielmals dafür.

Die Angelegenheit des Gesetzentwurfs betreffend die vaterländische Kriegshilfe nimmt, wie nicht anders erwartet werden konnte, einen Verlauf, der mir keinen Zweifel darüber läßt, daß er noch im Laufe dieser Woche vom Reichstage verabschiedet werden wird.

Die Generaldebatte im Ausschuß hat erwiesen, daß alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, dem großen Gedanken des Gesetzentwurfs zustimmen. Die von den Fraktionen geäußerten Wünsche betreffen in der Hauptsache zwei Punkte: die Mitwirkung des Reichstags auch bei den Ausführungsbestimmungen und die Arbeiterfrage. Nach meiner Beobachtung haben sich die Ansichten des Ausschusses und der Regierung so weit genähert, daß eine Verständigung in den nächsten Tagen erwartet werden kann. Deshalb ist es auch möglich gewesen, die Beratung im Plenum auf Mittwoch festzusetzen. Eine Beschleunigung der Beratung liegt im Sinne der überwiegenden Mehrheit des Hauses.

Ich hoffe daher, daß das Ziel einer eindrucksvollen Erledigung dieser gewaltigen Maßnahme erreicht werden wird.

In dieser Erwartung verbleibe ich mit ausgezeichneter Hochachtung

Eurer Exzellenz sehr ergebener

Dr. Kaempf, Präsident des Reichstags.

10.

Chef des Militärkabinetts.
Kr. II Nr. 290/3.

Berlin W. 66, den 14. 3. 1917.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Eurer Exzellenz beehre ich mich auf Allerhöchsten Befehl anliegende Abschrift gehorsamst zu übersenden.

gez. Frhr. v. Lyncker.

Kriegsministerium.
Nr 568/17 G.K.M.

Berlin W. 66, den 14. 3. 1917.

Vertraulich.

Eurer Exzellenz beehre ich mich zu dem mit Schreiben vom 10. d. Mts. übersandten Telegramm des Chefs des Generalstabes des Feldheeres folgendes ganz ergebenst mitzuteilen.

Die Schwierigkeiten in der Rüstungsindustrie waren bekannt und vorausgesehen. Sie liegen in erster Linie in den Transporterschwernissen, die

Digitized by Google

sich erst bei Eintritt milderen Wetters heben werden. Diese Schwierigkeiten veranlassen auch die Arbeiterbewegungen, weil die Kartoffelzufuhr durch den Frost verhindert wird. Ob bei den bisher nur ganz partiell auftretenden Streiks auch Aufhetzer und fremdes Geld*) mitwirken, ist nicht festgestellt. Von hier sind alle verfügbaren Kräfte gestellt, um die Stockungen auf den Bahnhöfen zu beseitigen. Die stellvertretenden kommandierenden Generale sind angewiesen, Polizeitruppen aus den Mannschaften zu bilden, um die überall zu schwache, örtliche Polizei an bedrohten Punkten zu verstärken. Ebenso sind Agenten tätig, um etwaige Aufhetzer zu ermitteln. Den Reichskanzler habe ich aufgefordert, durch die Gewerkschaftsführer aufklärend auf die Arbeiter einzuwirken. Waffengewalt ist bisher nicht nötig gewesen und wird auch auf Wunsch der stellvertretenden Generalkommandos und der Industriellen vermieden. Ich halte die stellenweise auftretende Bewegung in der Hauptsache für eine Ernährungsfrage.

Ich darf bemerken, daß die Waffenindustrie kaum beeinträchtigt ist, wohl aber die Munitionsfertigung. Die Zuführung der Rohstoffe an die Pulverfabriken in Verbindung mit Kohlenmangel wegen der Verkehrsstockungen war beeinträchtigt. Trotzdem verfügen wir über mehr Munition wie vor Verdun und vor der Sommeschlacht. Die starke Vermehrung der Artillerie und Angriffe auf mehreren Fronten werden aber auch mehr Munition erfordern. Trotz alledem werden wir aushalten und mit allen Kräften an der Überwindung der Schwierigkeiten weiterarbeiten. Ich bitte Euer Exzellenz, an Allerhöchster Stelle dies zum Vortrag bringen zu wollen.

Der Kriegsminister. gez. v. Stein.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 27. 3. 1917.
II Nr. 2635 geh. op.

An den Chef des Militärkabinetts.

Eurer Exzellenz gestatte ich mir, auf den unter dem 23. 3. übersandten Brief des Herrn Kriegsministers ergebenst zur eigenen Kenntnis zu bemerken, daß ich der Stellungnahme des Herrn Kriegsministers in einigen Punkten nicht beitreten kann.

1. Die Schwierigkeiten in der Rüstungsindustrie waren nicht in dem eingetretenen Umfang vorauszusehen; andernfalls hätten sie sich mindestens zum Teil vermeiden lassen. Die Gegenmaßnahmen haben viel zu spät eingesetzt, ihre Wirkung ist zudem durch die Kälte erschwert worden.

2. Die Arbeiterfrage sehe ich nach wie vor als ernst an, obgleich ich weiß, daß der deutsche Arbeiter zunächst noch überwiegend seine Pflicht gegen Monarchie und Vaterland erfüllen wird. Verständige Be-

*) Leider zweifelte die Regierung daran, wir waren davon überzeugt, denn wir kannten die feindliche Propaganda. Der Verfasser.

Digitized by Google

lehrung könnte auch weiterhin, wenn die Ernährung sich noch mehr verschlechtern wird, wirken. Diese Belehrung muß aber Sache unserer „Behörden" sein. Ich halte es für verfehlt, wenn die Belehrung den Gewerkschaften und einer gewissen Presse (vgl. „Vorwärts" vom 18. und 19. 3.) überlassen und sogar übertragen wird. Das hieße: „Den Bock zum Gärtner setzen."

Der Waffengewalt habe ich nicht das Wort geredet, im Gegenteil, ich möchte, daß wir nicht dazu kommen, sie anwenden zu müssen. Die Ernährungsschwierigkeiten sind aber ein guter Nährboden für die Unzufriedenheit der Arbeitermassen und des Volkes; wie schnell diese Unzufriedenheit üble Formen annehmen kann, darüber dürfen wir uns nicht täuschen.

3. Die Waffenindustrie war und ist unzureichend; September 1916 standen wir z. B. mit der Feldgeschützerzeugung so hoch wie im Februar, und das reicht eben nicht aus. Gegen dieses Nichtausreichen muß ich meine Stimme erheben. Die Munitionsherstellung bleibt weit hinter den zugesagten Zahlen und lähmt, wie ich wiederhole, die Kriegführung. Daß wir zur Zeit größere Reserven haben, wie seinerzeit vor Beginn der Somme-Offensive, ist richtig. Diese Reserven sind aber nicht durch gute oder gar gesteigerte Anfertigung, sondern allein durch größte Sparsamkeit bei den Armeen erreicht, denen von mir sehr bestimmte Vorschriften gegeben werden mußten. Es ist aber kein Zweifel, daß dieses Sparen uns Blut gekostet und auch die Schießausbildung der Artillerie gelitten hat*).

Es kommt hinzu, daß der Munitionsbedarf auch für kleinere Unternehmungen immer größer wird, und daß der Bedarf in einer großen Schlacht alles bisher Erwartete in den Schatten stellen wird.

„Aushalten" werden wir, daran habe auch ich nie gezweifelt. Es muß aber mit dem Mindesteinsatz an Menschenleben geschehen, und um dieses Ziel zu erreichen, darum stehe ich nach wie vor auf dem Boden eines sich immer weiter ausbauenden Rüstungsprogramms und einer gesunden Ernährungs- und Arbeiterpolitik, die allein die Verwirklichung dieses Programms ermöglicht.

gez. v. Hindenburg.

11.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 10. 9. 1917.
II Nr. 64 550 op.

An den Reichskanzler.

Auf Grund der im Gr. H. Qu. mit dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Kriegsminister, bzw. mit den vom letzteren entsandten Offizieren

*) Es war für die O. H. L. ein bitteres Amt, die Forderungen der Armee immer wieder beschneiden zu müssen. Das Versagen der Heimat zahlte der Soldat mit Blut und Leben. Der Verfasser.

Digitized by Google

stattgehabten Besprechungen stelle ich als Ergebnis hinsichtlich der Ersatz- und Arbeiterfrage folgendes fest:

Unsere Gegner machen die verzweifeltsten Anstrengungen, den Sieg an sich zu reißen. Es steht ihnen an sich ein zahlenmäßig weit überlegenes Menschenmaterial zur Verfügung, das durch das Eintreten Amerikas noch vermehrt wird, selbst wenn dessen Leistungen nicht überschätzt werden dürfen.

Ähnlich sieht es mit dem Kriegsgerät, insbesondere der Munition, aus. Wir kämpfen auch darin mit der Industrie der ganzen Welt. Die Kraftentfaltung der feindlichen Artillerie ist der unseren überlegen.

Daß der U-Bootkrieg Entlastung bringt, ist zweifellos, aber der Zeitpunkt, zu dem er eine entscheidende Schwächung bei unseren Gegnern hervorruft, läßt sich noch nicht bestimmen. Sicher ist jedenfalls, daß unsere Gegner noch vorher versuchen werden, durch eine militärische Entscheidung den Krieg zu ihren Gunsten zu Ende zu bringen.

Demgegen bleibt es nach wie vor möglich, uns siegreich zu behaupten, wenn

1. der Ersatz des Heeres sichergestellt ist,
2. unsere Rüstungsindustrie das möglichste leistet,
3. der entschlossene Wille, den Krieg bis zur Erreichung eines Friedens, der unsere Zukunft sichert, sich allgemein durchsetzt und trotz der im Winter fraglos auftretenden Schwierigkeiten und Entbehrungen anhält.

Zu 1.: Der Ersatz für das Feldheer ist zur Zeit unzureichend, insbesondere fehlt ausgebildeter Ersatz bei allen Waffen in beängstigendem Maße. Die Ersatzfrage legt schon jetzt erheblich die militärische Operationsfreiheit lahm.

Für das nächste Jahr sieht die Ersatzfrage noch ernster aus, wenn es nicht gelingt, Reklamierte in großer Zahl frei zu machen (vgl. unter 2.).

Gelingt es nicht, den nötigen Ersatz für das Heer zu schaffen, so ist der Ausgang des Krieges in Frage gestellt.

Zu 2.: Auch hinsichtlich der Rüstungsindustrie ist ein zufriedenstellender Stand nicht erreicht. Das an sich nur den notwendigsten Anforderungen entsprechende sogenannte Hindenburg-Programm ist noch jetzt nicht erreicht, obwohl es in seinem Umfange zweimal herab gesetzt (in einzelnen Posten allerdings auch heraufgesetzt) ist. Es fehlt zur Zeit in erheblichem Umfang an dem verschiedensten wichtigsten Kriegsgerät. Jedenfalls darf die Kriegsindustrie nicht weiter eingeschränkt, es muß vielmehr das mit dem Kriegsministerium festgelegte Programm mindestens eingehalten werden. Eine Einschränkung würde nicht nur viel Blut kosten, sondern stellt, ebenso wie Ersatzmangel, den Krieg in Frage. Die Lösung

Digitized by Google

ist um so schwieriger, als gemäß Ziff. II. auf reklamierte Arbeiter zu Ersatzzwecken zurückgegriffen werden muß.

Zu 3.: Stimmung und Siegeswille in der Heimat scheinen sich etwas gebessert zu haben. Es fehlt aber nicht an zersetzenden Einflüssen in Gestalt radikaler Hetzer, der internationalen Presse und eigensinnig oder böswillig ihre Sonderziele verfolgender Politiker. Die Gefahr ist zur Zeit nicht groß, sie wächst aber dauernd und wird beim Eintreten von Schwierigkeiten, z. B. in der Ernährung, sofort großen Umfang gewinnen. Es heißt ihr also in gemeinschaftlicher Arbeit entgegentreten. Für das Heer sind entsprechende Maßnahmen inzwischen getroffen. In der Heimat muß besonders die Stimmung der Arbeiter zur Hebung der Arbeitslust und Leistung gebessert werden.

Zur Beseitigung der unter 1 bis 3 genannten Übelstände ist restlose Erfassung und Ausnutzung aller männlichen Kräfte, sei es als Heeresersatz, sei es für Arbeitszwecke, nötig.

Hierzu können dienen:

I. Verbesserung des Hilfsdienstgesetzes. Dies hat bisher in den wichtigsten Punkten versagt und so viel Lücken gelassen, daß sich in der Praxis mit einigem Geschick jeder von der im § 1 vorgesehenen Arbeitspflicht drücken kann. Anderseits hat es der Hetzer- und Wühlarbeit zweifellos Vorschub geleistet. Es könnte in Frage kommen, das Gesetz aufzuheben und sich lediglich auf das Gesetz über den Belagerungszustand und auf das Kriegsleistungsgesetz zu stützen. Ob eine solche Maßnahme innerpolitisch zweckmäßig ist, hat die Regierung zu entscheiden. Es scheint mir aber sicher, daß schon eine Andeutung, der Bundesrat könne sich gezwungen sehen, das Gesetz aufzuheben, auch die linken Parteien zur Nachgiebigkeit veranlassen wird, da das Gesetz den Arbeitern tatsächlich nur erhebliche Rechte, nicht aber Pflichten, wie es dem § 1 entsprechend sein sollte, gebracht hat. Im übrigen kommen als Punkte, die der Verbesserung bedürfen, in Betracht:

1. Größere Befugnisse der Feststellungsausschüsse (§ 4).
2. Abkürzung der Termine für das Suchen von Arbeit (§ 7).
3. Aufhebung der 14tägigen Frist im § 9.
4. Erlaubnis der Abwanderung nur innerhalb der gleichen Betriebsarten und Möglichkeit, in einzelnen, besonders wichtigen Kriegsbetrieben die Abwanderung überhaupt zu verhindern (§ 9).
5. Bestrafung der Umgehung der Arbeitspflicht durch die Feststellungsausschüsse oder dergl. (kurzes einfaches Verfahren).
6. Bessere Kontrolle über alle Hilfsdienstpflichtigen (Listliche Über-

Digitized by Google

weisung von einer Arbeitsstelle an die andere über Kriegsamtsstelle. Meldepflicht der Arbeitgeber.).

7. Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht bis auf das 15. Jahr.

II. Änderung der Stellung der Reklamierten. Die jetzige Gleichstellung der Reklamierten mit hilfsdienstpflichtigen Arbeitern ist unhaltbar.

Es muß erreicht werden, daß jeder Mann nur für einen bestimmten Betrieb reklamiert gilt und nicht die Arbeitsstätte wechseln darf. Zu einer Überführung zu anderen Arbeitsstätten ist nur die betreffende Kriegsamtsstelle befugt; Reklamierte, die ihre Arbeitspflichten nicht erfüllen, müssen wieder eingezogen werden.

III. Erhöhung der Leistung des einzelnen. Die Leistung der Arbeiter, namentlich der reklamierten, ist stellenweise um 30 bis 40 % gesunken*). An der Ernährung liegt es nicht, es ist vielmehr passiver Widerstand, bei den Reklamierten wohl auch der Wunsch, die Arbeit zu strecken und damit der Wiedereinziehung zu entgehen. Neben den unter I und II angegebenen Maßnahmen ist es nötig, die Arbeiter über ihre Pflichten gegen den Staat und ihre kämpfenden Brüder aufzuklären. Gleichzeitig muß mit aller Strenge gegen die gewissenlosen Hetzer eingeschritten werden.

IV. Vorbereitung, um spätestens im Frühjahr eine möglichst große Zahl kriegsverwendungsfähiger Leute als Heeresersatz aus der Industrie zu holen. Ein wesentliches Mittel hierfür ist rechtzeitige Ankündigung an alle Fabriken, wieviel Leute sie im Frühjahr abzugeben haben. Nur dann können sie Ersatz anlernen. Ein zweites wesentliches Mittel ist trotz aller schwerwiegenden Bedenken das Zusammenlegen von Betrieben. Kleinere Betriebe arbeiten hinsichtlich Ausnutzung der Arbeiter und des Kohlenverbrauchs bekanntlich unrentabel. Sie müssen also zurücktreten.

Endlich müssen kriegsunwichtige Betriebe, soweit noch nicht geschehen, stillgelegt oder auf das Nötigste beschränkt werden. Hierzu gehören auch Kinos, Theater, Restaurants, Musikkapellen, Modegeschäfte, Warenhäuser, Friseure usw.

V. Verlängerung der Wehrpflicht. Sie kann neben der Verbesserung des Hilfsdienstgesetzes nötig werden. Die älteren kriegsverwendungsfähigen und garnisonverwendungsfähigen Leute würden besonders dazu benutzt werden können, um in der Etappe alle jungen kriegs-

*) Es ist mir vielfach gesagt worden, daß die Frauen erheblich weniger nachgelassen hätten, und daß vielfach die Arbeitsleistung der Frau infolgedessen höher stand als die des Mannes! Der Verfasser.

Digitized by Google

verwendungsfähigen Leute frei zu machen. Unter der Voraussetzung, daß das Reklamiertenverhältnis geändert wird, würde sich auch die Heranziehung dieser Jahrgänge zur Arbeit wirksamer gestalten.

Es ist nicht meines Amts, weitere Vorschläge zu machen, was auf Grund der vorstehend niedergelegten Besprechungen in die Praxis umgesetzt werden kann. Das muß ich aber pflichtmäßig betonen: Die Lage muß sich kritisch gestalten, wenn wir nicht tatkräftig und sofort handeln. Handeln wir in diesem Sinne, so wird auch das Heer den Krieg zum guten Ende führen. Für alle an den vorstehend behandelten Fragen verantwortlichen Stellen besteht also eine ungeheure Verantwortung. Insbesondere darf namentlich dem Reichstag, den Gewerkschaften usw. kein Zweifel darüber gelassen werden, daß auch sie durch Zaudern oder Ablehnung die schwerste Schuld auf sich laden.

Daß, nachdem Monate ungenutzt verstrichen, schnelles Handeln geboten ist, bedarf keines Hinweises.

gez. v. Hindenburg.

12.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Telegramm vom 25. 9. 1917.
II Nr. 65 317 op.

An alle Heeresgruppen.

Vgl. II 50 684 op. vom 21. 3. 17.

1. Die Ersatzlage gestattet es nicht mehr, den Reklamationen beim Feldheer im bisherigen Maße nachzukommen. Anträge auf Entlassung in die heimische Kriegswirtschaft von kriegsverwendungsfähigen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften des Feldheeres, die 1876 oder später geboren sind, werden daher nur noch in ganz besonderen Ausnahmefällen, d. h. in solchen Fällen gestellt werden, wo im Falle der Ablehnung Gefahr für die Kriegswirtschaft entsteht und der Betreffende in der Heimat nicht durch andere ersetzbar ist. In der Hauptsache werden sich diese Reklamationen auf Leiter von Betrieben, auf einzelne landwirtschaftliche und industrielle Facharbeiter und auf ähnliche Fälle, in denen der Fortgang des betreffenden kriegswirtschaftlichen Betriebes gewissermaßen auf zwei Augen ruht, beschränken.

Reklamationen aus der Etappe, von garnisonverwendungsfähigen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften und der im Gange befindliche Austausch von Heeresangehörigen, die 1875 und früher geboren sind, werden durch obige Bestimmung nicht berührt.

Digitized by Google

2. Diesen eingeschränkten Reklamationsgesuchen bitte ich dann nachzukommen, wenn dienstliche Interessen nicht gefährdet sind.

3. In Zukunft werden zur Verringerung des Schreibverkehrs alle Reklamationsgesuche unmittelbar beim Truppenteil angebracht werden. Sobald Bedenken gegen die Erfüllung einer Reklamation bestehen, melden die Truppenteile hierüber auf dem Dienstwege an die militärische Stelle, von der das Reklamationsgesuch gestellt ist.

4. Die bislang auf das Stichwort „Kohle" bereits angeforderten Facharbeiter sind ohne Rücksicht auf Vorstehendes auch weiterhin in die Heimat zurückzuführen.

J. A.: gez. Ludendorff.

13.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 15. 10. 1917.
II Nr. 67 455 op.
Zu Stab P. 3 Nr. 16 017 geh. K.

An Kriegsamt.

Nachdem nunmehr die angekündigten Arbeitervertreter sämtlich im Großen Hauptquartier empfangen sind, teile ich über die von mir gewonnenen Eindrücke und über die von den Genannten geäußerten Ansichten und Wünsche folgendes mit.

1. Allgemeine Eindrücke.

Sämtliche Vertreter haben offenbar die gute Absicht, dahin zu wirken, daß ihre Arbeiterschaft ruhig bleibt und ihre Pflicht tut. Sie glauben auch ihrer Leute so weit sicher zu sein, daß größere Streiks und Unruhen nicht zu befürchten sind, sofern nicht unvorgesehene Ereignisse dazwischen treten.

Stellenweise trat ziemliche Erbitterung gegen die Landwirtschaft wegen der hohen Lebensmittelpreise hervor. Das Verständnis für die anderen Kreise der Bevölkerung, die zum Teil doch erheblich mehr leiden wie die Arbeiter, war gering. Ich glaube, daß eine großzügige Aufklärung viel zur Milderung der Gegensätze beitragen würde.

2. Besondere Wünsche.

a) Von den Vertretern der freien und christlichen Gewerkschaften wurde betont, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern (besonders der Großindustrie) und den Gewerkschaften nicht sehr erfreulich ist. So fehlten z. B. an vielen Stellen noch die Arbeiter- bzw. Angestellten-Ausschüsse, und die Arbeitgeber lehnten Verhandlungen über Lohnfragen usw. trotz eigener hoher Gewinne oft kurzerhand ab. Es wurde der Wunsch geäußert,

Digitized by Google

daß Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gemeinschaftlichen Beratungen zusammenkommen.

Ich habe diesen Wunsch auch meinerseits schon früher gegenüber dem Kriegsamt geäußert und möchte ihn auch jetzt nochmals hervorheben. Ob die Anregung bzw. Einladung zu solchen Besprechungen zweckmäßig vom Kriegsamt erfolgt oder vom Reichswirtschaftsamt, lasse ich dahingestellt. Die Angelegenheit scheint mir aber dringlich, auch in Rücksicht auf die Übergangs- und Friedenswirtschaft.

b) Ferner wurde seitens der christlichen Gewerkschaften vorgeschlagen, „gemeinschaftliche Wirtschaftsausschüsse" aus Arbeitgebern und -nehmern bei den stellvertretenden Generalkommandos einzurichten. Auch dieser Vorschlag erscheint mir gangbar. Sie könnten sich auch bei der Regelung der Reklamiertenfragen (Festsetzung der Löhne der Reklamierten bei Lohnstreitigkeiten, Überweisung und Rückziehung Reklamierter) als vorteilhaft erweisen (siehe unter c).

c) Gegen eine straffe Kontrolle der Reklamierten bestanden an sich keine Bedenken, wohl aber herrschte die Furcht, daß diese sozusagen auf Gnade und Ungnade den Unternehmern ausgeliefert würden, namentlich, daß sie hinsichtlich der Löhne benachteiligt würden und, sofern sie unbequem fielen, einfach wieder dem Heere durch die Unternehmer zugeführt würden. Diese Bedenken sind meines Erachtens nicht von der Hand zu weisen. Da anderseits, soweit bekannt, die Unternehmer nicht einverstanden sind, daß z. B. Lohnfragen von den Kriegsamtsstellen entschieden würden, so könnten hier vielleicht die unter b genannten Ausschüsse Gutes wirken.

Daß bei Reklamationen stellenweise Protektionswirtschaft vorkommt, wurde seitens der christlichen Gewerkschaften hervorgehoben. Das wird zutreffen, Abhilfe wird aber meines Erachtens nur schwer zu erreichen sein.

d) Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände brachte zur Sprache, daß die Gehaltsfrage der Angestellten brennend sei. Selbstverständlich streikten diese nicht. Aber sie ständen tatsächlich im Gehalt jetzt vielfach weit unter den Arbeitern. Sie beziehen auch trotz vielfach sehr anstrengender Arbeit keine Ernährungszulage. Die Klagen scheinen mir sehr berechtigt zu sein. Hier könnten vielleicht die Kriegsamtsstellen durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern helfend eingreifen.

e) Nach Angabe der Vertreter der christlichen Gewerkschaften werden in staatlichen Instituten gv. und av. Leute (auch Kriegsbeschädigte) als Arbeiter beschäftigt, erhalten aber nur militärische Löhnung, während daneben Hilfsdienstpflichtige und Arbeiter hohen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Wie weit das zutrifft, weiß ich nicht. Daß große Ungerechtigkeiten zwischen Bezahlung von Wehrpflichtigen und Nichtwehrpflichtigen, nament-

Digitized by Google

lich auch Frauen, bestehen, ist aber sicher, und eine Milderung dieser Gegensätze daher erwünscht.

f) Die Vertreter der freien Gewerkschaften führen Klage darüber, daß ihre Tätigkeit vielfach durch die stellvertretenden Generalkommandos gehindert sei, daß letztere unter dem Einfluß der Industrie ständen und daß die Bestimmungen und Erlasse des Kriegsministeriums bzw. der Generalkommandos über Versammlungen, Streiks usw. aufreizend und schädlich wirkten. Die Stimmung der Arbeiter sei daher nicht günstig. Ich glaube nach Einzelfällen annehmen zu können, daß manche Fehler vorgekommen sind, und daß es wichtig ist, solche zu vermeiden. Der Unterschied zwischen den ruhigen, zuverlässigen und den unbedingt kurz zu haltenden, aufsässigen Elementen (meist Jugendliche, Frauen und einige Hetzer) läßt sich vielleicht schärfer betonen. Eine Kontrolle der Verfügungen der Generalkommandos ist vielleicht angezeigt. Daß hieraus keinesfalls Nachgiebigkeit entstehen darf, ist selbstverständlich. Ich habe den hier anwesenden Arbeitervertretern wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß ich Streiks unter keinen Umständen für berechtigt halte und daß Streikende als Landesverräter zu betrachten seien.

g) Das Hilfsdienstgesetz ist hier nur kurz gestreift worden. Im allgemeinen war Verständnis dafür, daß es nötig sei, die Lücken zu schließen, und daß diese Maßnahme die ordentlichen Arbeiter in keiner Weise treffe, sondern im Gegenteil die Faulenzer aus anderen Kreisen. Daß diese Änderungen des Hilfsdienstgesetzes nötig sind, ist meines Erachtens klar, und ich kann nur bitten, sie umgehend auf dem Verordnungswege durchzusetzen.

h) Von dem Vertreter der nationalen Berufsverbände wurde ausgeführt, daß die frühere Regierung die sozialdemokratischen Gewerkschaften überschätzt und daher zu gut behandelt habe, im Gegensatz zu seinen Verbänden, die politisch kaltgestellt seien.

Ich muß bemerken, daß auch ich schon früher nicht verstanden habe, weshalb man unbedingt zuverlässige Verbände, d. h. die Gelben, vor den Kopf stößt. Auch sie haben meines Erachtens ein unbedingtes Recht, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Schlichtungsausschüssen sowohl wie in Behörden (Kriegsamt, Kriegsernährungsamt, Wirtschaftsamt usw.) mitzureden. Ich bitte dieser, meines Erachtens sehr ernsten Frage näherzutreten. Daß man national und wirtschaftlich denkende Leute einfach ausschaltet, weil sie eben zuverlässig sind und man ihrer sicher ist, scheint mir aus innerpolitischen Gründen nicht zweckmäßig.

i) Von verschiedener Seite wurde geklagt, daß bei vielen Behörden, namentlich militärischen, keine Ökonomie der Kräfte herrsche. Beispielsweise seien manche Behörden mit 4 bis 5 Stunden Dienstzeit fertig. Nach

Digitized by Google

Privatmitteilungen stimmt dies z. B. bei Ersatz-Bataillonen, aber auch an höheren Stellen. Nachprüfung dürfte sich empfehlen.

Dem Herrn Reichskanzler, Reichsamt des Innern, Reichswirtschaftsamt und dem Herrn Kriegsminister habe ich Abschrift gesandt.

J. A.: gez. Ludendorff.

14.*)

Kriegsministerium.
Nr. 7451. 17 g. A. 1.

Berlin W. 66, den 8. 12. 1917.

Geheim!

Das Reichsgericht hat sich im Urteil vom 19. 10. 1917, C. 85 1916 X. 1482. 1917, in der Strafsache gegen die Schriftstellerin Berta Thalheimer wegen versuchten Landesverrats über die Kriegführung schädigende Streiks wie folgt ausgesprochen:

„Daß es sich bei den Druckschriften nur um Stimmungsmache für eine Anschauung gehandelt habe, wie der Verteidiger meinte, ist nach dem Gesagten nicht richtig; es galt der Angeklagten darum, so viel in ihren Kräften stand, beizusteuern zur Beendigung des Krieges durch Arbeitsverweigerung der Arbeitermassen gerade in den mit Herstellung von Kriegsbedarf befaßten Betrieben. Das Nachteilzufügen im Sinne von § 89 St. G. B. erfordert keine öffentliche Aufforderung zu einer bestimmten Arbeitseinstellung, wie die Verteidigung auszuführen suchte. Es genügt jede Handlung, die auch nur mittelbar die deutsche Kriegsmacht schädigen kann.

Es standen nicht bloß sogenannte »Demonstrationsstreiks« in Frage, vielmehr ging die Absicht der Täter auf einen allgemeinen Ausstand zur

*) Das Schreiben stellt sich auf den Standpunkt, daß Streik Landesverrat ist. Es steht damit auf dem gleichen Boden, wie der Erlaß des Eisenbahnministers Oeser vom 9. August 1919 an die Eisenbahnbeamtenschaft: „Diese Propaganda der Streiks... ist, besonders im jetzigen Augenblick, ein Verbrechen am deutschen Volk....

Ich darf keinen Zweifel darüber lassen..., daß die Fortsetzung dieser Pläne und jede Betätigung der Streikorganisation an den schuldigen Beamten mit den gesetzlichen Strafen geahndet werden wird..... Das niedergebrochene, aus tausend Wunden blutende Vaterland bedarf zu seiner Aufrichtung in einem anderen Maße der Treue der Beamtenschaft als vor dem unglücklichen Kriege. Nur wer so denkt, hat den sozialen Geist erfaßt, denn sozial wirken heißt nicht, sich voranstellen, sondern dem großen Ganzen dienen. gez. Oeser."

Die Not des Vaterlandes war im Kriege ebenso groß. Auch wir erstrebten nur, daß jeder dem großen Ganzen dienen sollte.

Damals galt dies als Verstoß gegen den Heiligen Geist der Sozialdemokratie, jetzt sieht sie sich gezwungen, nachdem sie alles zum Zusammenbruch gebracht hat, ebenso zu denken. Der Verfasser.

Digitized by Google

Verhinderung der Fortführung des Krieges. Das ist der Angeklagten nicht verborgen geblieben. Vergeblich beruft sie sich darauf, der Ausstand sei ein gesetzlich gewährleistetes Kampfmittel der Arbeiterschaft, gleichviel in welcher Form er im einzelnen erklärt oder durchgeführt werde. Für die Dauer des Krieges gilt § 89 St. G. B. Er begründet, wie der Senat bereits in früheren Fällen dargelegt hat, für jeden Deutschen die zwingende Verpflichtung, nichts zu unternehmen, was geeignet wäre, einer feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteil zuzufügen. An dieser staatsbürgerlichen Pflicht findet jede Rechtsbetätigung ihre Schranken. Es gibt kein Recht zum Landesverrat. Das hat die Angeklagte auch erkannt, wie aus der Heimlichkeit ihres Treibens hervorgeht."

J. A.: gez. v. Wrisberg.

15.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 26. 12. 1917.
II Nr. 74 120 op.

An den Kriegsminister.

Die schlechte Transportlage hat zu erheblichen Arbeitseinschränkungen in der Rüstungsindustrie, den Kohlenzechen usw. geführt. Infolgedessen feiern zur Zeit viele Tausende von Arbeitern unfreiwillig entweder ganz oder doch mehrere Tage in der Woche. Abgesehen davon, daß diese feiernden Arbeiter infolge der Lohnverringerung für Agitatoren und Hetzer besonders zugänglich sind und somit eine gewisse Gefahr bilden, liegt durch diesen Zustand in der Heimat ein großer Teil der Kräfte brach, während an der Front ein immer stärkerer Mangel an Arbeitskräften herrscht.

Ich habe den Herrn Reichskanzler gebeten, mit allen Mitteln auf Besserung der Transportlage hinzuwirken. Sollte dies nicht gelingen, so müßten wenigstens die freien Arbeitskräfte in der Heimat für das Heer nutzbar gemacht werden, erhöhte Gestellung von Ersatz sowohl für die kämpfenden wie für die Arbeitstruppen. Namentlich dürfte eine schnellere Herauslösung der kv. Reklamierten möglich sein. Ich bitte die Vorbereitungen so zu treffen, daß diese Maßnahmen spätestens am 10. Januar beginnen können, da sich zu diesem Zeitpunkt übersehen lassen wird, ob die Heimatbehörden der Transportkrise Herr werden oder nicht.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

16.*)

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 17. 2. 1918.

An den Reichskanzler.

Euer Exzellenz haben in den Besprechungen vor Seiner Majestät in Homburg auf die Möglichkeit erneuter Streiks hingewiesen. Ich darf mir deshalb erlauben, im nachfolgenden den Einfluß der Streiks auf die Kriegführung kurz zu erörtern.

Er besteht einmal darin, daß eine Anzahl von Truppen und von Ersatzmannschaften im Inlande festgehalten werden, die ich schon jetzt, wahrscheinlich aber auch in der Folge an der Front dringend gebrauche. Ferner wird auch die gesamte Rüstungsindustrie unter Umständen in schwerwiegende Mitleidenschaft gezogen. Zwar hat der letzte Streik in dieser Hinsicht keinen erheblichen Schaden angerichtet. Sein Mißerfolg lag aber, abgesehen von der festen und entschlossenen Haltung der Regierung und der militärischen Gewalt, auch an der unzureichenden Organisation, der kurzen Dauer und der geringen Beteiligung der Arbeiter. Zweifellos wird aber weitergehetzt. Die Bolschewiki-Ideen wirken namentlich auf die jugendlichen Elemente ansteckend (bei den ruhigen und vernünftigen Arbeitern allerdings wohl umgekehrt). Wahrscheinlich sind auch feindliche Agenten und feindliches Geld für den Umsturz tätig. Es ist also die Frage, ob die nächsten Streiks gleich günstig verlaufen. Zudem liegen die Verhältnisse insofern wesentlich anders, als einerseits mit dem Frühjahr der Bedarf an allen Gegenständen der Rüstungsindustrie erheblich steigt, zweitens die Leistungen der Rüstungsindustrie nicht mehr wie bisher durch die Kohle, sondern wahrscheinlich wieder durch die Zahl der Arbeiter beeinflußt werden.

Aus allen diesen militärischen Gründen und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, allen Streiks vorzubeugen, gestatten mir Euer Exzellenz ferner meine Ansicht über die möglichen und nötigen Maßnahmen auszusprechen:

1. Besonders wichtig scheint es mir, daß möglichst bald der Standpunkt, daß Streik während des Krieges Landesverrat ist, klipp und klar ausgesprochen wird, ebenso auch die sich daraus ergebende Folgerung, daß

*) Das Schreiben ist im Anschluß an den Januarstreik entstanden, der allerdings gänzlich verunglückt ist. Die Regierung hatte sich zu diesem Streik anfangs schwankend gestellt. Erst die durch einen Vertreter der Obersten Heeresleitung mündlich überbrachte Erklärung, „daß die Oberste Heeresleitung die gegebenenfalls eintretende Verringerung der Kriegsgerätlieferungen auf sich nähme, weil dieser Schaden geringer sei als die Folgen etwaiger Nachgiebigkeit gegen die Streikforderungen", veranlaßte die Regierung zu ihrer glatt ablehnenden Haltung gegen die Streikenden. Bezeichnend war, daß diese „unerwartete" Stärke der Regierung den Streik sofort zum Abflauen brachte. D. Verfasser.

Digitized by Google

jede Begünstigung des Streiks nach § 139 des Strafgesetzbuches strafbar ist. Auch dies sollte meines Erachtens offen ausgesprochen werden. Auf dieser Grundlage könnten dann die Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer klaren Antwort aufgefordert werden, ob sie den Streik während des Krieges unbedingt verurteilen oder nicht. Sie müssen Farbe bekennen. Verurteilen sie den Streik rückhaltlos, so kann man von ihnen fordern, daß sie mit allen Mitteln gegen den Streik auftreten. Sollte er dann noch ausbrechen, so wäre jedenfalls ihre Machtlosigkeit erwiesen, während sie sich jetzt immer auf ihre Macht und auf ihre Führung berufen. Lehnen sie die grundsätzliche Verurteilung des Streiks ab, so sind sie als Landesverräter anzusehen, und die Festnagelung dieser Tatsache in Presse und Parlament würde meines Erachtens nicht nur ihre Anhängerschaft erheblich verringern, sondern auch die große Mehrheit des Volkes endlich über die staatszersetzenden Ideen der radikalen Sozialdemokratie aufklären. Wieweit Euer Exzellenz diesen Weg für gangbar halten, habe ich Eurer Exzellenz Ermessen zu überlassen.

2. Die von mir empfangenen Vertreter von wirtschaftsfriedlichen Verbänden haben mir berichtet, daß außer den nationalen Arbeitervereinigungen auch viele andere, die an sich den Streik als Kampfmittel anerkennen, z. B. die Hirsch-Dunckerschen Vereine, die christlichen Gewerkschaften und die Polen, sich bisher gegen einen Streik während des Krieges ausgesprochen und danach gehandelt haben. Diese Arbeitervereinigungen zusammen sind aber der Zahl nach den streikbereiten sozialdemokratischen Gewerkschaften ganz erheblich überlegen. Ich möchte es Euer Exzellenz Erwägung anheimstellen, ob es möglich ist, eine Sammlung dieser Vereinigungen herbeizuführen auf der Grundlage der absoluten Verurteilung eines Streiks während des Krieges. Scheint dies untunlich, so könnte meines Erachtens versucht werden, wenigstens die wirtschaftsfriedlichen Arbeitsorganisationen zusammenzufassen und ihnen die gleiche staatliche Anerkennung zu geben wie den freien Gewerkschaften. Ich halte es an sich für eine starke Ungerechtigkeit, daß die freien, d. h. die sozialdemokratischen Vereinigungen in Reichsämtern, Schlichtungsausschüssen usw. vertreten sind, die anderen Arbeiter (wirtschaftsfriedliche und unorganisierte) aber nicht, namentlich da die letzteren wahrscheinlich bei weitem die Zahlen der organisierten sozialdemokratischen Arbeiter überwiegen.

3. Von größter Bedeutung scheint es mir, daß die arbeitswilligen Arbeiter bei Streiks vor dem Terrorismus der Streikenden geschützt werden. Hier muß mit allem Nachdruck vorgegangen werden*). Da es sich

*) Statt dessen wurde später der sogenannte Streikparagraph — der die Arbeitswilligen schützte — aufgehoben! Der Verfasser.

Digitized by Google

dabei jedoch wesentlich um militärische Maßnahmen handelt, so habe ich mich dieserhalb an den Herrn Kriegsminister unmittelbar gewandt.

Euer Exzellenz mögen aus vorstehendem ersehen, daß ich die Bedeutung der Streiks nicht unterschätze und es für sehr wesentlich halte, sie zu verhindern. Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich jedoch hinzufügen, daß ich keinesfalls einem Eingehen auf irgendwelche Wünsche der Streikenden, sei es in politischen oder wirtschaftlichen Forderungen, das Wort reden will. Ich bin nach wie vor fest überzeugt, daß es nur durch Stärke und Festigkeit gelingen kann, auf die Dauer größere Streiks zu verhindern und die eingangs erwähnten, durch Streiks zu befürchtenden Übelstände nach Möglichkeit auszuschließen.

Ich glaube aussprechen zu sollen, daß ich die Folgen eines jeden Nachgebens für viel schwerer ansehe, auch wenn dadurch momentan der Streik beigelegt wird, als der Ausfall in der Rüstungsindustrie und die sonstigen Schäden wirken würden, wenn es bei Verweigerung aller Streikforderungen wirklich zum Ausbruch eines größeren Streiks kommen würde.

gez. v. Hindenburg.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 18. 2. 1918.
II Nr. 6626 geh. op.

An den Kriegsminister.

Eurer Exzellenz danke ich zunächst für die Übersendung der Abschrift des Seiner Majestät dem Kaiser über die Streiks erstatteten Berichts vom 5. 2. 1918 Nr. 930/18 geh. A. 1.

Ich stimme Eurer Exzellenz durchaus darin zu, daß weitere Streiks vorbereitet und stellenweise wohl auch ausbrechen werden. Ich habe mich deshalb trotz aller Bedenken auch bei der vorgestrigen Besprechung mit Euer Exzellenz Vertretern einverstanden erklärt, Truppen und Ersatz in Deutschland zu belassen. Bei zukünftigen Streiks werden wir nicht immer darauf rechnen können, eine Schädigung der Rüstungsindustrie auszuschalten, wie es diesmal gelungen ist. Bei dem in nächster Zeit wahrscheinlich enorm steigenden Bedarf an Munition und Gerät aller Art kann daher ein Streik außerordentlich ungünstig wirken. Schließlich ist ein Streik und die dadurch eintretende Beunruhigung im Innern unter allen Umständen ungünstig für die Stimmung des an der Front kämpfenden Heeres, aufmunternd für den Feind und wirkt nach dieser Richtung kriegsverlängernd. Diese schwerwiegenden militärischen Bedenken haben auch Veranlassung zu dem anliegend*) in Abschrift beigefügten Schreiben an den Herrn Reichskanzler gegeben. Ich darf um vertrauliche Behandlung dieses Schreibens bitten.

*) Schreiben an den Reichskanzler vom 17. Februar 1918. Der Verfasser.

Digitized by Google

Wie notwendig es ist, klare Verhältnisse zu schaffen und Streiks mit allen Mitteln vorzubeugen, wird auch durch die mir soeben zugehende Mitteilung des Kriegsministeriums vom 15. 2. Nr. 1367/18 geh. A. 1 erhärtet.

Nachdem das Reichsgericht im Urteil vom 19. 10. 1917 (vgl. K. M. vom 8. 12. 1917 Nr. 7451/17 geh. A. 1) einwandfrei ausgesprochen hat, daß Streik im Kriege als Landesverrat anzusehen ist, kommt es jetzt darauf an, daraus die praktischen Folgerungen zu ziehen, insbesondere in der Richtung, daß Aufreizung zum Streik und die Mitwisserschaft von bevorstehenden Streiks als Verbrechen anzusehen sind. Danach müßte es möglich sein, allgemein Hetzer und Schürer zum Streik rechtzeitig festzunehmen. Daß hierdurch unter Umständen dem Streik die Spitze abgebrochen wird, dürfte das Beispiel des stellvertretenden Generalkommandos VII. Armeekorps beweisen, das mit der angegebenen Maßnahme außerordentlich viel erreicht hat. Weiter dürfte auch einer Wiedereinziehung streikender Arbeiter, soweit sie zu den Reklamierten gehören, kein Grund mehr entgegenstehen, denn wenn auch früher den Arbeitern zugesichert ist, daß Reklamierte aus politischen oder sozialen Gründen nicht wieder eingezogen werden sollen, so kann sich diese Zusage keinesfalls auf Landesverrat erstrecken.

Auch die in dem Bericht Eurer Exzellenz erwähnte Stellung von Betrieben unter militärische Leitung hat gut gewirkt, wie mir dies u. a. auch durch Admiral v. Mann bestätigt ist. Natürlich ist die Militarisierung kein restlos wirkendes Mittel, sie wirkt aber anscheinend dadurch besonders günstig, daß den Arbeitern wieder der Begriff einer Obrigkeit, die Gewalt über sie hat, beigebracht wird und daß sie den Arbeitswilligen, die immer noch den weitaus größten Teil der Arbeiter ausmachen, weitgehenden Schutz gewährt.

Nicht ganz sicher erscheint es mir, ob die Militärgerichte überall den richtigen Maßstab anlegen und die Tragweite ihrer Urteile übersehen. Sollte ein Bedarf an geeigneten Kriegsgerichtsräten als Verhandlungsführer und Vertreter der Anklage vorliegen, so wäre ich bereit, Euer Exzellenz aus dem Feldheer auszuhelfen.

Daß Euer Exzellenz dem auf die Arbeitswilligen ausgeübten Terrorismus (Streikposten usw.) nachdrücklich entgegengetreten sind, begrüße ich mit besonderer Freude.

Im Zusammenhang mit der Streikfrage möchte ich mich noch kurz zu der Lohnfrage wenden. Nach einem mir zugegangenen Bericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen ist in Dortmund gelegentlich des Streiks von dem Schlichtungsausschuß die Erwartung ausgesprochen, daß für den Monat Februar weitere Lohnsteigerungen seitens der Zechen stattfänden.

Digitized by Google

Ich nehme an, daß der Bericht auch Euer Exzellenz vorgelegt wird, möchte aber doch ausdrücklich darauf hinweisen. Ich sehe in dem Vorgehen dieses Schlichtungsausschusses eine ganz außerordentliche Gefahr. Werden die Löhne an einer Stelle erhöht, so geht voraussichtlich*) der Kampf um Lohnerhöhung auf der ganzen Linie von neuem los. Zu Lohnsteigerungen liegt aber kein Grund vor. Es ist im Gegenteil, wie von mir schon wiederholt betont ist, außerordentlich wichtig, die hohen Löhne, ebenso wie die hohen Unternehmergewinne, allmählich abzubauen. Wie weit es möglich ist, durch mündliche Anweisung an die Chefs der stellvertretenden Generalkommandos die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse entsprechend aufzuklären, darf ich Euer Exzellenz überlassen. Bei der außerordentlichen Bedeutung dieser Angelegenheit wollte ich nur Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf lenken.

J. A. gez. Ludendorff.

17.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II/Ic Nr. 82 986 op.

Gr. H. Qu., den 11. 4. 1918.

An das Kriegsministerium.

Auf Grund der Rücksprache meines Vertreters mit dem Chef des Kriegsamtes stelle ich folgendes fest:

Die Ersatzlage ist augenblicklich ungünstig. Der planmäßig aus der Heimat dem Feldheer zuzuführende Ersatz genügt bei weitem nicht, um die Verluste zu ersetzen. Die Ersatzlage muß daher gebessert werden, wenn das Feldheer die vor ihm liegenden schweren Aufgaben erfüllen soll.

Innerhalb des Feldheeres ist das Erforderliche zur Gewinnung von kriegsverwendungsfähigen Mannschaften für die Frontverwendung bereits veranlaßt worden. Auf ein nennenswertes Ergebnis ist jedoch nicht mehr zu rechnen. Ferner habe ich aus den in Rumänien verbleibenden Truppen und Formationen ein Herausziehen der für die Westfront geeigneten kriegsverwendungsfähigen Mannschaften bis zum Sinken der Feldstärken um rund 25 % angeordnet. Beim Oberost ist eine weitere Verringerung der Stärken mit Rücksicht auf das große zu sichernde Gebiet nicht möglich.

In der Heimat kommt es meines Erachtens darauf an, durch scharfe Maßnahmen

*) Wie es auch geschehen ist. Das Mittel, die Masse durch Lohnerhöhungen an sich zu fesseln, ist nach der Revolution vom 9. November 1918 noch besonders oft angewendet. Trotzdem oder besser gerade dadurch ist die Begehrlichkeit und Faulheit ins Ungemessene gestiegen. Was kümmerte die Hetzer der Ruin unseres Wirtschaftslebens. Sie haben ihren Zweck erreicht: Befriedigung ihres selbstsüchtigen Strebens. D. Verf.

Digitized by Google

1. an allen Stellen einen noch wesentlich weitergehenden Ersatz der männlichen Arbeitskräfte durch weibliche zu erreichen,

2. alle Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft freizumachen, die bei schärfster Anspannung überflüssig sind oder nicht voll ausgenutzt werden. Ich bin überzeugt, daß vielfach noch immer entbehrliche Arbeitskräfte aus zur Zeit nicht zu billigenden Gründen in den einzelnen Industriezweigen festgelegt sind. Eine nochmalige eingehende Prüfung und dauernde Überwachung der Unternehmer scheint mir notwendig.

3. Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Produktion. Der Beginn ist bereits durch die vom Kriegsministerium auf meine Vorschläge hin angeordnete Einschränkung der Kriegsmaterial-Lieferungen gemacht worden.

Wir werden auf diesem letzteren Gebiete aber wohl noch weitergehen müssen. Wir müssen allerdings damit rechnen, daß diese weiteren Einschränkungen der Kriegswirtschaft sich in der Heimat wie im Heer fühlbar machen werden. Das muß ertragen werden, wenn nur das unbedingt Nötige gesichert ist.

Eine solche Maßnahme bedarf sorgsamer Vorbereitungen, damit der Produktionsrückgang allmählich erfolgt und die untere zulässige Grenze nicht unterschreitet.

Als Unterlage für diese Vorbereitungen (außer den zufließenden Genesenen und den bereits aus der Kriegswirtschaft vom 1. 4. bis 30. 6. frei zu machenden 30 000 Mann) sind weitere je 50 000 Mann aus der Kriegswirtschaft auszulösender kriegsverwendungsfähiger Ersatz (vor allem Infanterie und Fußartillerie) zu überweisen.

Bei der Einschränkung der Rüstungsindustrie ist darauf Bedacht zu nehmen, daß folgende Industrien keine Einschränkung erleiden:

I. Rohstoffe: 1. Kohle, 2. Stahl, insbesondere Hartstahl, 3. wichtigste Rohstoffe und Vorprodukte, insbesondere für Pulver, Sprengstoffe, 4. Düngemittel.

II. Fertigfabrikate: 1. U-Boote, 2. Schienen und Geschoßhüllen, 3. Pulver und fertige Munition, 4. Flugzeuge, 5. Lokomotiven und Lastkraftwagen aller Art.

Bezüglich der Kohle muß sogar eine Erhöhung der Produktion und damit Zuweisung von Menschenkraft erfolgen, wenn anders wir nicht im nächsten Winter die gleichen schweren Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens erdulden wollen wie im letzten Winter. Ich unterstütze daher nochmals die dahinzielenden Anträge des Reichskohlenkommissars.

Ich wäre dankbar, wenn zwecks Beschleunigung über die vorstehend erwähnten Punkte baldigst eine Besprechung stattfände, in der zunächst eine grundsätzliche Einigung zwischen den zuständigen obersten Dienststellen über Umfang, Zeitpunkt und Art der Durchführung usw. stattfände. An-

Digitized by Google

schließend dürfte es sich dann meines Erachtens empfehlen, eine Sitzung unter Zuziehung der Kriegsamtsstellen bzw. stellvertretenden Generalkommandos und einzelner Vertreter großer Industriegruppen (Stahlbund, Kohlensyndikat, chem. Interessengemeinschaft) anzuberaumen, in der die Gründe für die Maßnahmen klarzulegen wären. Das dadurch erreichte Verständnis würde der Durchführung zugute kommen.

J. A.: gez. Ludendorff.

Zu II/Ia Nr. 82 986 op. vom 11. 4. Telegramm vom 18. 4. 1918.

An den Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Vorbereitungen zur Gewinnung weiteren Heeresersatzes durch Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Produktion, durch rücksichtsloses Auskämmen der Zurückgestellten aus der Kriegswirtschaft, sowie zum Auskämmen des Besatzungsheeres hier schon im Gange. Auf 25. April ist Besprechung mit allen Beschaffungsstellen festgesetzt. Früherer Termin wegen erforderlicher Gründlichkeit der Unterlagen nicht möglich. Für Rücksprache mit dortigem Vertreter wird 27. April vorgeschlagen. Schon jetzt zu übersehen, daß dortige Forderung ohne völlige Lahmlegung der Kriegswirtschaft schon rein zahlenmäßig undurchführbar, zumal wenn in der dortseits angegebenen Rüstungsindustrie und Bergbau keine Einschränkung eintreten soll. Dabei sind im dortigen Schreiben die Landwirtschaft, Kraftanlagen, Eisenbahnen und Eisenbahnwerkstätten und die Beamten noch nicht berücksichtigt. Anschließend ist Besprechung mit stellvertretenden Generalkommandos und Kriegsamtsstellen vorgesehen. Von Besprechung mit Vertretern der Industriegruppen glaubt Kriegsamt zunächst Abstand nehmen zu sollen. Bemerkt wird, daß vom Kriegsamt auf wesentliche Steigerung der Zuweisung von Kriegsgefangenen und rücksichtslose Heranziehung der Etappe gerechnet wird.

Kriegsamt Nr. S. M. I. 1379/4 K. geh.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 5. 5. 1918.
II Nr. 85 305 op.

An das Kriegsamt.

Nach Vortrag der von mir zu den Besprechungen*) am 28. und 29. 4. entsandten Vertreter erkläre ich mich mit den dort vereinbarten Änderungen

*) Die Besprechungen hatten dank der Energie und des Verständnisses der beiwohnenden Chefs des Ersatz- und Arbeitsdepartements, des Wumba und der Kriegsrohstoffabteilung schnell zu einer Einigung mit dem Vertreter der Obersten Heeresleitung geführt. Die ganze Frage sah also zunächst ziemlich günstig aus. Der Verfasser.

Digitized by Google

zum Leistungsprogramm des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes vom 31. 3. 1918 einverstanden. Demnach würde

1. die Zahl der Geschütze der Feldartillerie auf 700 herunterzusetzen,

2. die der Maschinengewehre 08/15 bis auf weiteres (Oktober) 7000 zu betragen haben und

3. die Fertigung von Pistolen allgemein nach Ermessen des A. D. und Kriegsamts herabzusetzen sein.

Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß der Munitionsbedarf auch bei möglichster Sparsamkeit an der Front sich aller Voraussicht nach eher erhöhen wie vermindern wird. Erst im November dürfte eine Verringerung des Bedarfs eintreten. Da das Vorhandensein ausreichender Munition die Operationen ausschlaggebend beeinflußt, ist die Munitionsherstellung zweifellos die wichtigste Frage der gesamten Rüstungsindustrie. Ich erkenne dankbar die bisher außerordentlichen Leistungen an und bin überzeugt, daß auch für die Zukunft alles nur Mögliche seitens des Kriegsamts in dieser Richtung geschehen wird. Gleichwohl wollte ich nicht verfehlen, auf die außerordentliche Tragweite einer ausreichenden Munitionsbereitstellung auch meinerseits nochmals hinzuweisen.

J. A.: gez. Ludendorff.

18.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 4. 6. 1918.
II Nr. 87 893 op.

An den Reichskanzler.

Euer Exzellenz möchte ich auf einige Punkte der auch dort bekannten „Zusammenstellung der Monatsberichte der stellvertretenden Generalkommandos vom 3. 5. 1918“*) besonders aufmerksam machen.

1. „Die Stimmung unter den Industriearbeitern ist weniger durch die Lebensmittelsorge beherrscht als durch die ins Ungeheure gestiegenen Preise für Bekleidung. Es sind Anzüge und Hemden gegen 1913 um fast 700 v. H. gestiegen. Stiefel um fast 300 v. H.“.

Daß Mangel an diesen Gegenständen herrscht, ist bekannt. Das erklärt und berechtigt aber nicht diese ungeheure Preissteigerung, die über alle Höchstpreisfestsetzungen willkürlich hinweggeht. Daß im übrigen diese Preise für den Mittelstand und die Festbesoldeten völlig unerschwinglich sind, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

2. „Die Löhne sind stellenweise so hoch, daß ein Anreiz zur Arbeit nicht mehr besteht; im Gegenteil, die Arbeitslust sinkt, Genußsucht, Schlemmerei steigen. Die Arbeiter feiern oft tagelang“.

*) Vom Kriegsministerium zugesandt erhalten. Der Verfasser.

Digitized by Google

Nach Angabe zuverlässiger Industrieller sind die Arbeitsleistungen der männlichen Arbeiter zum Teil auf 60 v. H. der normalen gesunken. Das ist mit Rücksicht auf den herrschenden Arbeitermangel ein unerträglicher Zustand. Es liegt zweifellos auch insofern ein System darin, als durch die verminderte Arbeitsleistung mehr Entziehungen von kriegsverwendungsfähigen Arbeitern zum Heeresdienst verhindert werden sollen. Ich glaube, daß diesem staatsgefährlichen Treiben mit schärfsten Mitteln entgegengearbeitet werden muß.

3. „Eine ernste Sorge ist das Nachlassen der Moral, besonders bei den Jugendlichen."

Auch hieran sind die hohen Löhne neben der zu großen persönlichen Freiheit schuld. Ich glaube, daß auch dieser Frage ernsteste Beachtung geschenkt werden muß.

J. A. gez. Ludendorff.

19.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 8771 geh. op.

Gr. H. Qu., den 18. 6. 1918.

An den Reichskanzler.

Euer Exzellenz ist bekannt, daß die Ersatzlage ernst ist. Die Bestände in den heimatlichen Ersatztruppenteilen reichen bei weitem nicht mehr aus, die Lücken im Feldheer zu füllen, trotzdem wir in der Beanspruchung der jüngsten Jahrgänge sehr weit gegangen sind. Um üble Rückwirkungen vorerst zu vermeiden, habe ich mich vor längerer Zeit bereits entschlossen, zugunsten der Infanterie die Stärke der Etappentruppen und technischen Formationen auf ein kaum mehr erträgliches Maß herabzusetzen und im Benehmen mit dem Kriegsministerium zur Gewinnung von Ersatz in der Fertigung einzelner Arten von Kriegsgerät erhebliche Einschränkungen vorzunehmen. Hierin weiterzugehen, ist unmöglich. Es müssen vielmehr andere Wege zur Gewinnung des notwendigen Ersatzes, der mit fortschreitender Kampfhandlung immer dringlicher wird, beschritten werden.

Die Arbeitsleistung des einzelnen Rüstungsarbeiters ist dauernd gesunken. Die Ernährungslage und die wachsende Zahl der Jugendlichen und Frauen vermag diese Erscheinung nur zum Teil zu erklären. Andere Gründe sind von mindestens gleichem Einfluß gewesen. Die Löhne sind so hoch, daß die Not des Lebens nicht mehr zur Arbeit zwingt oder zum Mehrverdienst anreizt. Es kommt den Rüstungsarbeitern beiderlei Geschlechts nicht mehr darauf an, durch eine hohe Tagesleistung den täglichen Lohn zu erhöhen. Die Arbeitsdisziplin verschlechtert sich, und es breitet sich die Unsitte, selbstgewählte Feiertage einzulegen, immer mehr aus. Das Unternehmertum steht diesem Treiben machtlos gegenüber, denn ein Einschreiten durch die einzelnen Werkleitungen würde nur ein Abwandern in andere Betriebe ohne

Digitized by Google

die Möglichkeit, den Ausfall zu decken, zur Folge haben. Auch ist es zweifellos, daß seitens eines großen Teils der Arbeiterführer und ihres Anhangs das — wohlweislich allerdings nicht öffentlich hervortretende — Streben herrscht, die Arbeitskraft des einzelnen zu hemmen, um das Freiwerden von Arbeitskräften für den Dienst im Heere und damit eine Verringerung ihres Einflusses auf die heimischen Massen zu verhindern. Die Arbeiterschaft selbst strebt aus einer Art falscher Kameradschaft heraus in die gleiche Richtung. Das nach außen vaterländische Verhalten der Gewerkschaften darf uns nicht blenden und uns nicht verwehren, hinter ihr Gesicht zu sehen. Noch ein weiterer Grund für die Minderung der Gesamtarbeitsleistung in der Rüstungsindustrie kommt hinzu: einzelne Zweige der Rüstungsindustrie können den Arbeitern nicht die gleich hohen Löhne oder die gleich leichten Arbeitsbedingungen wie andere bieten; sie leiden daher, wie jetzt z. B. die Motorenindustrie, an Arbeitermangel, da die Nachfrage unter den Kriegsverhältnissen stets größer als das Angebot ist.

Es gilt, diese Verhältnisse zu ändern, alle Kräfte in den gemeinsamen Dienst zu stellen, die Arbeitsleistung des einzelnen wieder zu heben und dadurch Kräfte für das Heer freizubekommen.

Unsere Lage auf diesem Gebiet ist nicht unähnlich derjenigen im Herbst 1916, als die militärischen Ereignisse (Sommeschlacht, Brussilow-Offensive, Eintritt Rumäniens in den Krieg) eine Erweiterung des Rüstungsprogramms erforderten und ebenfalls Anforderungen für Ersatz und Neuaufstellungen an die Heimat stellten, die mit gewöhnlichen Mitteln nicht mehr zu erfüllen waren. Damals schlug ich dem derzeitigen Reichskanzler, Herrn v. Bethmann Hollweg, vor, die Wehrpflicht auf alle Männer vom 15. bis zum 60. Lebensjahr auszudehnen und für die Frauen eine Hilfsdienstpflicht einzuführen. Eurer Exzellenz damaliger Amtsvorgänger lehnte zu meinem Bedauern diesen Vorschlag ab. Statt dessen kam das Hilfsdienstgesetz, welches zweifellos die dareingesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat. Trotz aller Bemühungen des Kriegsministeriums und des Kriegsamts, die schwersten Mängel dieses Gesetzes zu bannen, hat es uns weder in den Stand gesetzt, die männlichen Arbeitskräfte restlos zu erfassen, noch die Arbeitsleistung auf das höchstmögliche Maß zu steigern. Ich bin nunmehr gezwungen, auf meinen damaligen Vorschlag der Wehrpflichterweiterung zurückzukommen. Durch den mit dieser Maßnahme verbundenen Zwang werden wir folgendes erreichen:

1. eine wirksame Kontrolle über die Gesamtheit der Arbeitskräfte, d. h. über ihren Verbleib und ihre zweckmäßige Ausnutzung. Durch Einführung der Hilfsdienstpflicht für Frauen würde gleichzeitig eine bessere Kontrolle und Ausnutzung der weiblichen Arbeitskräfte erreicht werden.

Digitized by Google

2. Die Arbeitsleistung wird erhöht, weil bei lässiger Arbeit die Möglichkeit der Bestrafung bzw. Einziehung zu anderem Dienst besteht.

3. Die Abwanderung wird verhindert, weil die Arbeiter durch Befehl an ihre Arbeitsplätze gebunden werden können.

Nur durch diese Maßnahmen werden wir imstande sein, kriegsverwendungsfähige Leute in großem Umfange aus der Kriegswirtschaft herauszuziehen und sie dem Heere, das ihrer dringend bedarf, als Ersatz zuzuführen.

Ich bin mir voll bewußt, daß eine solche Erweiterung der Wehrpflicht und der Hilfsdienstpflicht weitgehende Folgen für unsere gesamte Kriegswirtschaft haben wird. Es ist nicht möglich, die Regelung der Löhne dem Unternehmertum zu überlassen, wenn die Arbeitskräfte an bestimmte Werke gebunden und ihre Arbeitsleistung durch behördliche Eingriffe auf der Höhe gehalten werden. Vielmehr wird es notwendig sein, die Lohnfrage und in logischer Folge auch die Gewinne des Unternehmertums in staatliche Regelung zu nehmen. Letzten Endes würde damit eine gewisse Militarisierung der Rüstungsbetriebe eintreten, die auch deshalb erwünscht ist, weil sich in manchen Betrieben bereits Gedanken an die spätere Friedenswirtschaft breit machen, die der Kriegswirtschaft durchaus unzuträglich sind (Zurückhalten mit Erfindungen, Fertigung kriegsunwichtiger Gegenstände). Daß die vorgeschlagenen Maßnahmen möglich und mit Erfolg durchführbar sind, beweisen meines Erachtens die Beispiele fremder Staaten. Auf Einzelheiten kann ich z. B. verzichten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß durch meine Vorschläge auch die größere Möglichkeit gegeben ist, endlich an ein wirksames Erfassen des Kriegsgewinns heranzugehen, eine Verbilligung der Gegenstände des täglichen Bedarfs herbeizuführen und auf solcher Grundlage auch die Löhne in der Rüstungsindustrie auf ein Maß zu senken, das dem gesunden Verhältnis der Kosten des Lebensunterhaltes zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten entspricht. Sie werden damit auf die Finanzwirtschaft des Reiches von ganz außerordentlichem Einfluß sein.

Ich darf Euer Exzellenz bitten, meine Vorschläge einer ernsten Prüfung zu unterziehen und sie gelegentlich Eurer Exzellenz Anwesenheit in Spa zum Gegenstand einer Besprechung zwischen Eurer Exzellenz, den beteiligten Reichsstellen (Kriegsminister mit Chef des Kriegsamts, Staatssekretären des Innern, des Reichswirtschaftsamts und des Reichsschatzamts) und mir zu machen.

Die Bekanntgabe meines Schreibens an die genannten Stellen möchte ich Eurer Exzellenz überlassen. Ich halte es für gut, daß es bei der weittragenden Bedeutung der darin enthaltenen Vorschläge nicht ohne Eurer Exzellenz Stellungnahme zu ihrer Kenntnis gelangt.

gez. v. Hindenburg.

Digitized by Google

Besprechung

über das Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 18. 6. 1918 — betreffend Ersatzfragen.

Anwesend: Reichskanzler Graf v. Hertling, Exzellenzen v. Payer, Wallraf, Freiherr v. Stein, Graf v. Roedern, v. Stein (Kriegsminister), General Scheüch, Oberst v. Winterfeldt, Oberstleutnant Bauer, Graf Limburg-Stirum, Geheimer Regierungrat von Schlieben.

Reichskanzler. Es handelte sich um sehr wichtige Fragen des Mannschaftsersatzes, der Arbeitsleistung, Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht usw., Fragen sehr wichtiger politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur; verdienten daher außerordentlich ernste Prüfung.

Kriegsminister würde für Vorschlag der O. H. L. eintreten, wenn er sich geringsten Erfolg davon verspräche. Dies nicht der Fall. Voriges Jahr seien 100 000 Mann aus Etappen herausgeholt worden; diese jetzt ausgekämmt. Die Leute bis zu 60 Jahren, welche jetzt wehrpflichtig gemacht werden sollen, seien die einzigen, die jetzt den Betrieb in der Heimat aufrechterhielten, in Industrie, Landwirtschaft und Familien. Diese könne man nicht herausnehmen ohne Zusammenbruch. Wo solle man auch mit diesen Leuten hin; an die Front könne man sie nicht schicken. Man müsse sie dort lassen, wo sie jetzt sind. Ihr Herausnehmen bedeutet, ihre jetzige Tätigkeit auf viele Monate stilllegen. Könne sich keine Vorteile, sondern nur Nachteile von diesen Vorschlägen versprechen. Es würden keine hunderttausend Soldaten damit herauszuholen sein*).

Graf Roedern weist auf geschäftliche Lage hin, die nicht ohne Bedeutung sei, und frägt, ob O. H. L. daran denke, ihre Vorschläge schon jetzt bald in gesetzliche Formen zu gießen. Reichstag gehe jetzt auf drei Monate nach Hause, dies werde dringend gewünscht, auch von O. H. L. Wenn diese Sache käme, müßte sie durch Gesetz gemacht werden. Dies bedürfe eingehender Vorbereitung in den Ressorts. Es müßte deshalb Reichstag 14 Tage bis 3 Wochen später wieder versammelt werden. Rein geschäftlich sei Sache nur so in Aussicht zu nehmen, daß sehr wichtige Frage Ende Juli mit O. H. L. in Spa erörtert und erst in nächsten Monaten so vorbereitet werde, daß sie erst im Herbst an Reichstag komme. In Sache selbst könne er nicht beurteilen, wie weit noch Ersatz herausgeholt werden könne. Beschränke sich daher auf Frage der Kostenersparnis. Diese noch nicht spruchreif, aber auch noch nicht völlig von der Hand zu weisen. Dauere Krieg im Herbst noch lange, so sei zu fragen, ob man auf der jetzigen Art der Kriegsfinanzierung fortschreiten wolle, die auf einer Seite zu völliger Verarmung, auf der andern zur Ansammlung enormer Vermögen bei den verschiedenen Klassen

*) Diese ablehnende Haltung des Kriegsministers hatte zur Folge, daß auch alle anderen Ressorts mit Bedenken kamen. Tatsächliches konnte so nicht erreicht werden. Der Verfasser.

Digitized by Google

führe. Zweifelhaft sei, ob es möglich sein werde, auf dem Wege wie England andere Finanzierung vorzunehmen. Diese Fragen seien so wichtig, daß sie erst noch einige Monate durchgeprüft werden müßten.

v. Payer hat auch Eindruck, daß Erfolg ausbleiben würde, auch wenn man Sache schnell ins Leben treten lassen könnte. Letzteres aber aus den von Graf Roedern vorgetragenen Gründen nicht möglich. Reichstag so in Nervosität, daß man ihn bald auf einige Monate nach Hause schicken müßte. Allein davon zu sprechen, würde große Aufregung im Reichstag verursachen. Ganze innere Politik würde aufgerührt werden. Wahlrechtsfragen und sonstige Gegenleistungen würden verlangt werden, die man nicht geben könnte. Sein Eindruck sei, daß man das, was O. H. L. wünsche, nicht mit neuem großen Plan, sondern durch andere Anwendung der jetzigen Grundsätze auch erreichen könne, z. B. Änderung des Abkehrscheines, der jetzt zu Mißbrauch führe, etwa in der Weise, daß man Leute nicht völlig entlasse, sondern sie zum Betriebe bestimmter industrieller Geschäfte beurlaube. Zweifelhaft sei, ob nicht zuviel zur Unterstützung der Industrie geschehe, was von dieser benutzt würde zur Vorbereitung der Konkurrenz des späteren Friedensbetriebes. Diese Fragen müßten sorgfältig geprüft werden.

Kriegsminister. Leute könnten nicht beurlaubt werden, wegen Widerstand des Reichstages. Löhnungsfrage bei Beurlaubungen auch sehr schwierig, da die Leute als Arbeiter gelöhnt werden müßten. Fragen seien nicht leicht zu lösen.

Scheüch. Gleichmäßige Löhnung der Kriegskommandierten und der Reklamierten unbedingtes Erfordernis. Die von Exzellenz v. Payer berührten Punkte seien bereits eingehend behandelt im Ausschuß fürs Hilfsdienstgesetz, wie auch in Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Verhandlungen hätten bisher nicht zum Ziele geführt, da von beiden Seiten Forderungen gestellt würden, die nicht erfüllt werden könnten. Wechsel in Arbeiterschaft so groß, daß Produktion leide. Leute müßten an Betrieb gebunden werden. Dieser Forderung habe er zugestimmt, wenn eine Garantie gegen die Macht der Arbeitgeber geschaffen würde. Dies sei nicht zu erreichen. Wolle man eine militärische Kontrolle einführen, so seien hiermit die Arbeitnehmer einverstanden, nicht dagegen die Arbeitgeber, die sich militärischen Behörden nicht fügen wollten.

Man müsse sich fragen, wie groß die Zahl der Reklamierten sei. Diese sei jetzt so gering, daß es sich wirklich nicht lohne. — Arbeitgeber waren denn auch die ersten, die erklärten, wir brauchten es nicht. Ihre anfängliche Absicht war, ihre Leute fester an die Hand zu bekommen. Weitere Mittel seien erwogen worden: z. B. Bindung der reklamierten Arbeiter nicht an einzelne Betriebe, sondern an geschlossene Betriebsgruppen, z. B. U-Bootbau, Flugzeugfabrikation; dadurch werde Freizügigkeit sehr eingeschränkt. Weiter sei nicht zu gehen. Die Reklamierten als Kommandierte zu behandeln, ginge

Digitized by Google

nicht. Groener habe wiederholt im Reichstag erklärt, daß Reklamierte unter allen Umständen als freie Arbeiter zu behandeln seien; daran müsse festgehalten werden.

Was sich zahlenmäßig ergeben könnte aus den Vorschlägen der O. H. L., könne nicht angegeben werden. Sei Frage, die zwischen O. H. L. und Kriegsministerium zu erledigen sei. Heute sei Frage zu prüfen: Komme bei Ausdehnung der Wehrpflicht so Nennenswertes heraus, daß politische Bedenken aufgewogen würden? Dies zu verneinen, da Leute schon jetzt im wesentlichen erfaßt würden. Der alte Mann komme ja auch nicht an die Front, sondern mache nur einen jüngeren frei.

Ausdehnung auf Frauen: An diesen hätten wir bisher genug gehabt, wenn wir mehr brauchten, bedürfe es nur eines Winkes, daß wir sie hätten. Schwierigkeiten nur darin, daß Betriebe den kriegsverwendungsfähigen Mann den Frauen vorziehen. Es handle sich deshalb nicht darum, Frauen gesetzlich zu erfassen, sondern Betriebe zu veranlassen, möglichst viele kriegsverwendungsfähige Leute freizumachen durch Einstellung von Frauen.

Oberstleutnant Bauer. Der vorgeschlagene Schritt sei von O. H. L. reiflich überlegt. Letzte Zeit habe übelste Überraschungen gebracht. Italienische Offensive habe glatt versagt. Müsse mit großer Zahl Amerikaner und Italiener an Westfront rechnen. Wieviel Divisionen uns Österreicher dorthin abgeben würden, sei noch ungewiß. Unsere militärischen Erfolge seien überraschend groß, trotzdem stehe Sache jetzt so, daß wenn wir 200 000 Mann mehr hätten, wir die Sicherheit hätten, Feind auf dem Lande niederzuringen. Dies ist jetzt nicht möglich, daher Ende hinausgeschoben.

Rüstungsindustrie leiste gutes, aber auf anderer Seite wachsen amerikanische Zuschüsse dauernd. Die erlittenen Verluste der Feinde würden daher sehr schnell ausgeglichen werden. Wir könnten jedoch dem Kampf in dieser Richtung getrost ins Auge sehen.

Zweite Frage: Menschenersatz. England ziehe ein, was es könne. Frankreich stehe an sich um einen Jahrgang besser als wir. Habe viele Leute aus Industrie herausgezogen und durch Amerikaner ersetzt. Amerika schicke mehr nach, als wir befürchtet hätten. Auch schlügen sich amerikanische Truppen besser, als wir gedacht. Auch dürfe man nicht verkennen, daß sie in voller Körperkraft und wohlgenährt in den Kampf kämen.

Unsere Lage nicht schlecht. Innerpolitisch gefestigt, neue Waffenentscheidung könne auf der Gegenseite zum Zusammenbruch führen. Sei zu hoffen, aber nicht völlig sicher. Vielleicht würde sich Kampf ins neue Jahr hineinerstrecken. Dann seien Feinde uns weiter überlegen; deshalb habe Feldmarschall die Bitte an Reichskanzler gerichtet. O. H. L.

Digitized by Google

wolle rein militärisch, daß ihr Ersatz wieder reichlicher zufließe. Im März und April hätten wir 300 000 Verwundete, davon nur 70 000 wiedererhalten. Infolgedessen seien Divisionen vorne, die nur Stärke eines normalen Regiments hätten. Letzte Offensive weit geringere Verluste, trotzdem manche Division sehr geschwächt. Es müssen also Ersatzverhältnisse verbessert werden. Industrie habe noch 1,7 bis 2 Millionen kriegsverwendungsfähige Leute. Diese arbeiten nicht voll, Arbeitsleistung erheblich zurückgegangen, durchschnittlich ungefähr 30 v. H. Nicht bloß infolge Ernährung, sondern aus all den im Schreiben des Generalfeldmarschalls angeführten Gründen. Jetzt dürfe niemand feiern; wer nicht arbeiten wolle, müsse gezwungen werden; deshalb militärische Kontrolle gewünscht. Leute müßten erscheinen; wer nicht kommt, unterliegt militärischer Bestrafung.

Frauenarbeit: In England und Amerika sei man erheblich weiter gegangen. Durch Ausbildung der Frauen in Fabriken lasse sich noch vieles herausbringen. Gefahren für die Gesundheit dürften nicht überschätzt werden. Bittet, auf diesem Wege weiter zu gehen. Hilfsdienstpflicht solle nur Mittel geben, Frauen restlos zu erfassen. Viele täten heute noch nichts, müßten dazu gezwungen werden. Vielleicht könne man das, was O. H. L. wolle, auf andere Weise erreichen. . Abkehrschein müsse, wie Exzellenz v. Payer ausgeführt, verbessert werden. Ebenso müsse vorzeitiger Einstellung auf Friedensindustrie gesteuert werden. Die O. H. L. habe geglaubt, ihre Forderungen auf Wege der Wehrpflicht zusammenfassen zu sollen. Über Weg ließe sich jedoch verhandeln. Was den Zeitpunkt betreffe, so sei die Sache nicht von heute auf morgen zu machen. Wenn die Finanzlage so schwierig sei, so müsse man sich fragen, ob da nicht Abhilfe geschaffen werden könne. Ob dies möglich sei, habe lediglich das Reichsschatzamt zu entscheiden.

Die Löhne der Reklamierten und der Kommandierten müßten gleichmäßig sein. Einige Ungerechtigkeiten hinsichtlich der Löhnung zwischen den Eingezogenen und den Hilfsdienstpflichtigen seien auch jetzt noch vorhanden.

Ob die politischen Bedenken so erheblich seien, daß man die Sache nicht machen könne, unterliege lediglich der Entscheidung der Reichsleitung. Die militärische Lage sei jedoch so, daß man sehen müßte, soviel Soldaten zu erhalten, als möglich; daß wir die Frauen bekämen und daß die Leute so viel arbeiteten wie nur möglich.

Das Reichsmarineamt habe neuerdings sehr erhebliche Forderungen an Ersatz für U-Boote gestellt; sonst könne man den U-Bootkrieg nicht fortsetzen; dieser brauche sehr viel Ersatz, auch an Arbeitskräften. Wo man diese hernehmen solle, sei ungewiß. Die Aushebung an polnischen Arbeitern arbeite ja erfreulich, aber sei nicht ausreichend. Zu bedenken sei

Digitized by Google

auch, daß wir die russischen Kriegsgefangenen nicht endlos behalten können.

Bitte die Frage bei ihrer enormen Wichtigkeit recht sorgfältig prüfen und nicht kurzer Hand ablehnen zu wollen; über den Weg würde sich reden lassen.

Freiherr v. Stein. Der von O. H. L. vorgeschlagene Weg würde den Erfolg nicht haben. Durch Erhöhung der Wehrpflicht würden wir nicht mehr Leute an die Front bekommen. Die Leute, die herausgenommen werden könnten, sind zum inneren Kriegsdienst unentbehrlich. Wir wissen, was uns Hilfsdienstgesetz politisch gekostet hat. Eine Erweiterung würde politisch ganz unerträglich sein. Es würden uns alle möglichen Sachen abgetrotzt werden, deshalb Gedanke nicht zu erwägen. Wohl aber seien auf anderem Wege Verbesserungen zu erzielen. Z. B. könne verhindert werden, daß Industrie sich jetzt schon auf Frieden einstelle. Dies müsse aber durch militärische Stellen geschehen. Weiter mit der Militarisierung der Betriebe zu gehen, erscheine nicht unbedenklich. Ob volkswirtschaftlich damit mehr erreicht werde, sei sehr zweifelhaft, ebenso, ob es sich mit dem militärischen Personal machen lasse. Daß Reklamierte den Hilfsdienstpflichtigen im Lohne gleichzustellen sind, hat General Groener im Reichstag einmal zugesagt, dies könne nicht zurückgenommen werden. Was die Erhöhung der Arbeitsleistung des einzelnen anlangt, so sei nicht zu bestreiten, daß höhere Löhne, besonders der jungen Leute, ein Krebsschaden sind. Wie dies zu bessern ist, sei ungemein schwierig zu sagen. Ob mit Militarisierung, sei sehr zweifelhaft. Will man alles unter Wehrpflicht stellen, so sei sehr zweifelhaft, ob man die Leute dazu habe. Durch die jetzigen Vorschriften sei schon sehr viel zu machen*).

Wallraf. Vom Standpunkt der inneren Politik sei er erfreut, daß nicht von heute auf morgen Maßnahmen gesetzlicher Natur getroffen werden sollten. Würde Rückschlag der inneren Stimmung bringen, der nicht erträglich wäre. Jetzt Stimmung durch Erfolge des Heeres gut. Verhandlungen im Reichstage würden politischen Kuhhandel entfesseln, wie er noch nicht dagewesen; nicht nur in innerer, sondern auch in äußerer Politik. Es würde gefragt werden: Was verfolgt ihr für Ziele? Wieviel Truppen habt ihr noch im Osten? usw. Zunächst sei die Frage zu prüfen, ob sich nicht verfolgte Ziele auf anderem Wege, z. B. Ausführungsbestimmungen, erreichen lassen. Es müsse ein Weg sein, der nicht verheerenden Einfluß auf die innere Stimmung habe.

Scheüch hält auch ein Zurückgehen in Ansehung der Löhnung zwischen den Reklamierten und den Hilfsdienstpflichtigen für nicht mehr

*) Leider ist nicht alles geschehen. Dies zu erreichen war der Zweck der dauernden Mahnungen der Obersten Heeresleitung. Der Verfasser.

Digitized by Google

möglich. Es ist aber auf diesem Gebiete schon möglichste Abhilfe im Geheimen geschaffen worden. Die von Oberstleutnant Bauer angegebene Zahl der Reklamierten sei zu hoch. Jetzt gesteigert, weil die Marine eine Anzahl Leute für besondere Betriebe herausgenommen habe. Was den Ersatz der Marine betreffe, so verfahre diese in ihren Betrieben mit den kriegsverwendungsfähigen Leuten anders wie in den Heeresbetrieben. Es müsse daher auf sie eingewirkt werden, daß die Marine mehr kriegsverwendungsfähige Leute aus ihren Betrieben herausnehme; O. H. L. müsse da helfen.

Eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter sei durch Beaufsichtigung des einzelnen Mannes nicht zu erzielen; ein anderes Mittel soll schon gute Erfolge erzielt haben, nämlich daß der, der lässig ist, eingezogen werde. Auf diesem Wege sei fortzuschreiten.

Der Vorschlag der O. H. L., jede Frau zu erfassen, würde eine Illusion bleiben, da nur so viel Frauen herangezogen werden könnten, als wir unterbringen können. Es würde dies schlechte Stimmung machen und zu Ungerechtigkeiten führen. Mit dem bisherigen Verfahren seien gute Erfahrungen gemacht, man müsse dabei bleiben.

Was die Höhe der Löhne beträfe, so glaube er nicht, daß es durch Einführung von Höchst- und Mindestlöhnen für das Reich billiger würde, er sei jedoch gern bereit, die Frage zu prüfen.

Bestände die Sicherheit, daß mit 200 000 Mann mehr an Soldaten der Krieg jetzt zum Schluß gebracht werden könne, so könnten diese nötigerweise sofort beschafft werden.

Kriegsminister. Erklärte sich ebenfalls hierzu bereit. In einem solchen Falle müßte eben die ganze Wirtschaft stehengelassen und alle an die Front geschickt werden. Zur Ausbildung seien aber Wochen und Monate erforderlich, die ausgehobenen Leute könnten doch nicht sofort an die Front gehen. Auch sehe er so furchtbar ernst und schwer die Ersatzlage nicht an*); der Nachschub sei bloß nicht von heute auf morgen zu machen**).

v. Payer. Wenn wir mit gesetzlicher Vorlage an Reichstag kämen, die Zwang für den einzelnen brächte, dann bestände die Gefahr, daß der Reichstag auf die Friedensresolution vom vorigen Jahr zurückkomme und ihr eine Form gebe, die nicht in unserem Interesse gelegen sei.

Graf Roedern. Glaubt aus Ausführungen des Oberstleutnant Bauer entnommen zu haben, daß vor Ende Juli die Sache nicht weiter verfolgt***) werden solle.

*) Dieser Optimismus stand im Gegensatz zu der ernsten Auffassung der O. H. L., die sich leider als richtig erwies.

**) Gewiß, darum hatte die O. H. L. dauernd gemahnt.

***) Es stand in wenigen Tagen eine Besprechung in Spa in Aussicht. D. Verfasser.

Digitized by Google

Reichskanzler. Betont, daß ihm der Vorschlag der O. H. L. mit Rücksicht auf die Rückwirkung auf die innere Lage von vornherein bedenklich gewesen sei. Maßgebend sei jedoch das Ziel, über den Weg würde sich reden lassen, wie die Besprechung gezeigt habe. Die Angelegenheit solle also bis zur zweiten Hälfte des Juli vertagt werden.

20.

8. 9. 1918.

Chef des Generalstabes im Gr. H. Qu.

Anschließend an gestrige Besprechung mit Major v. Bockelberg:

1. Es wird zum Abruf bereitgestellt ⅓ des Jahrganges 1900 bis Ende September, rund 50 000 Infanteristen (mindestens 4 Wochen ausgebildet),

⅔ im Oktober, rund 110 000 Infanteristen.

2. Die bis 15. 10. bzw. 15. 11. zugesagten je 10 000 Kriegsverwendungsfähigen des Besatzungsheeres werden nach Möglichkeit erhöht und bis 1. 10. gestellt.

Zu 1. und 2. muß eine empfindliche Schädigung der Landwirtschaft in Kauf genommen werden.

3. Terminmäßiges Herausziehen der Kriegsverwendungsfähigen der Jahrgänge 1894—1900 beginnt sofort.

4. Fortsetzung des bisherigen Herausziehens von 10 000 Kriegsverwendungsfähigen und Garnisonverwendungsfähigen monatlich, wie schon gestern mündlich zugesagt.

5. Erhöhung der in Ziffer 4 genannten Zahlen um weitere 50 000, sobald die O. H. L. in die unbedingt notwendige, dadurch bedingte Herabsetzung der Produktion (auch in Eisenbahn, Kohle usw.) eingewilligt hat.

Einverständniserklärung erbeten. K. M. 10 034/18. A. M.

Ic Nr. 10 220 geh. op. Eilt!

Kriegsministerium, Berlin.

Zu dort. Telegramm Nr. 10 034/18 g. A. M.

Zu Ziffer 1 bis 3 einverstanden.

Zu Ziffer 4. Es war hier angenommen, daß es sich um ein Herausziehen von nur kriegsverwendungsfähigen Leuten unter 35 Jahren, hauptsächlich bereits ausgebildeten, handelt.

Zu Ziffer 5. Das Ergebnis der am 10. 9. und 12. 9. in Berlin stattfindenden Sitzungen wird maßgebend sein.

Für die in Aussicht gestellte Hilfe sage ich meinen Dank. Mein Telegramm vom 8. 9. 1918 Ic Nr. 10 214 geh. op. erledigt sich hierdurch.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

Eilt!

U. R. Ic.

Nach soeben eingegangener telephonischer Mitteilung des Oberst v. Braun wird Einbringung der Ernte ernstlich gefährdet.

A. B.: gez. v. Harbou.

An O II 9. 9. 1918.

(vgl. Ic Nr. 10 220 geh. op.).

Seine Exzellenz hat entschieden, daß trotz der betonten empfindlichen Schädigung der Landwirtschaft der Jahrgang 1900 bis Oktober 1918 eingezogen werden soll.

gez. v. Bockelberg.

21.

25. 2. 1918.

An General Ludendorff.

Eurer Exzellenz mit näherer Auskunft über die durch Exzellenz v. Lindequist mitgeteilte Unterhaltung mit dem sächsischen sozialdemokratischen Abgeordneten Lange aus Leipzig dienen zu können, ist mir angesichts des dabei aufgedeckten Mißbrauchs Ihres Namens eine Genugtuung. Der Hergang war folgender: Vor Beginn der Sitzung des Landeslebensmittelamtes (Min. des Innern) in Dresden stellte ich den in vielen gemeinsamen Beratungen als sonst sehr besonnen, klar und anständig denkend erkannten Vertreter der sozialdemokratischen Partei wegen der unseligen Streiks und der unklaren Stellung der sozialdemokratischen Führer zu denselben zur Rede und gab meinem Bedauern darüber Ausdruck, daß damit die Heimarmee den Kämpfern draußen in den Rücken gefallen sei und zweifellos die Gegner nur ermutigt habe. Das hätte trotz der Ernährungsschwierigkeiten nicht vorkommen dürfen, hätte durch seine Parteigenossen führender Stellung von ihrem Standpunkt aus verhütet werden müssen. Welche Gründe denn da eigentlich vorgelegen haben? Da gab er mir zur Antwort: „Ja, die Äußerung Ludendorffs schlug dem Faß vollends den Boden aus.“ „Welche Äußerung denn? fragte ich.“ „Der deutsche Arbeiter sei zu einem Generalstreik zu feige*).“

Exzellenz kennen meine Antwort: es sei unmöglich, daß der Mann, der des deutschen Arbeiters Mut jeden Tag im Schützengraben sich erproben sehe und verwerte, eine solche Äußerung getan haben könne. Achselzucken und ein etwas verlegenes „so wurde es doch verbreitet!“

*) Wie gezeigt wird, eine unerhörte Verleumdung. Der Verfasser.

Digitized by Google

Bei der erprobt anständigen Gesinnung des Abgeordneten Lange, der sich an den Beratungen im Landeslebensmittelamt mit anerkennenswerter Freimütigkeit wie Sachlichkeit und ruhiger Besonnenheit seit dessen Gründung als von seiner Landtagsfraktion entsandter Vertreter beteiligt, wird eine persönliche Richtigstellung Euer Exzellenz gewiß an gute Stätte kommen und wertvolle Gegenwirkung ausüben.

Ich möchte Euer Exzellenz bitten, bei nächster Gelegenheit den Abgeordneten eventuell in einer Sitzung des Landeslebensmittelamtes auf Ihre Antwort stellen zu dürfen, um des Bekanntwerdens derselben in größerem Kreise sicher zu sein. Die Anschrift des Abgeordneten ist: Landtagsabgeordneter Lange, Leipzig, Querstraße 29 IV. . . .

Darf ich bei dieser Gelegenheit Eurer Exzellenz Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, deren richtige Lösung für die Volksstimmung weiterhin von größter Bedeutung sein wird. Zur Steuerung der drohenden Kleinwohnungsnot ist die Freigabe von Baustoffen seitens der Heeresverwaltung an die richtige Hand von allergrößter Bedeutung. Als stellvertretender Vorsitzender der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen mit all den einschlägigen Fragen ernstlichst befaßt, erfahre ich zu meinem größten Leidwesen, daß auch hier wieder das infame Kriegsjobbertum sich zwischen Heeres- und Bedarfsstellen einschaltet und mit Wuchergewinnen Ziegelsteine, Holz weitergibt. Es frißt da an unserem Volksmark ein Übel, dem mit aller Energie gesteuert werden muß. Kommt zu der enorm schwierigen Frage der Geldbeschaffung (warum wehrt sich das Reichsschatzamt gegen unseren Vorschlag, „10 v. H. der nächsten Kriegsanleihe werden für den Wohnungsbedarf des deutschen Volkes abgezweigt"? — Das gäbe der Anleihe eine Zugkraft!) noch außer den fast unerschwinglichen Arbeitslöhnen die wucherische Verteurung freizugebender Baumaterialien, so sehen wir Wohnungsfürsorger nach noch so glücklichem Kriegsende eine nachträgliche innere Katastrophe aus dem kommenden Wohnungselend voraus. All die bewilligten Milliönchen sind nichts gegenüber dem Milliardenbedarf bei einer Bauverteuerung von mindestens 100, wenn nicht 140 bis 160 v. H. für die nächsten fünf Jahre.

Dies drängende Kapitel der Übergangswirtschaft Eurer Exzellenz zur tatkräftigsten Förderung ans Herz zu legen, erscheint mir Pflicht für einen Wissenden.

Gegen den glorreichen Endsieg des protestantischen deutschen Kaisertums kämpfen zum äußeren Gegner drei innere an: der rote, der schwarze und der goldene Internationalismus — der letztere vielleicht mit den

Digitized by Google

giftigsten Waffen, weil er die deutsche Ehrlichkeit in unverantwortlichen und verantwortlichen Stellen, ihre einst unantastbare Festigkeit, ins Wanken bringt. Das geschäftliche Überwuchern des „Stammes der Unabkömmlichen" über den in der Front stehenden Stamm des soliden deutschen Handels macht unsere Herzen mehr besorgt als die Opfer, die der Krieg von jeder einzelnen deutschen Familie verlangte. Der vornehmste Zug im deutschen Volk ist am schwersten bedroht, der es ermöglichen sollte, daß am deutschen Wesen die Welt genesen könne. Die tiefernste Sorge darum legen wir zu so vielen anderen an das Herz der Männer, zu denen wir als unseren unbestechlichen Führern kerndeutscher Art emporblicken!

In ausgezeichneter, dankbarster Verehrung

Eurer Exzellenz ergebenster

Prof. Dr. Kraft.

3. 3. 1918.

An Prof. Dr. Kraft.

Ich ermächtige Sie gern zu der Erklärung, daß ich eine Äußerung, der deutsche Arbeiter sei zu einem Streik zu feige, selbstverständlich nie getan habe. Es tut mir leid, daß man mir einen solchen Unsinn zutraut. Wohl aber habe ich mich stets dahin ausgesprochen, daß ich die Masse der deutschen Arbeiterschaft für zu vaterländisch gesinnt halte, als daß sie während des Krieges in einen Streik treten würde.

gez. Ludendorff.

Gr. H. Qu., den 4. 3. 1918.

An Oberst v. Winterfeldt.

Sehr geehrter Herr Oberst! Anliegend sende ich Ihnen einen Brief des Professors Dr. Kraft, woraus Sie im ersten Teil einmal ersehen können, wie gegen Exzellenz Ludendorff agitiert wird. Der Brief enthält aber noch einen weiteren wesentlichen Punkt, und das ist die Wohnungs- bzw. Ansiedlungsfrage. Auch ich teile die Ansicht des Professors Kraft, daß es sehr erwünscht wäre, von der nächsten Kriegsanleihe großzügig eine Summe für Siedlungszwecke abzuzweigen. Sollte es nicht möglich sein, daß Herr Damaschke einmal über den Stand der Bodenreform Vortrag hält? Es ist meines Erachtens die größte nationale Bewegung, die wir im Augenblick haben. Wenn sie nicht in die Öffentlichkeit dringt, so liegt es nur daran, daß unsere ganze Presse in gewisser Abhängigkeit von den führenden Großbanken steht, denen allerdings eine Bodenreform einen erheblichen Strich durch die Rechnung machen würde. Die sozialdemokratische Presse hält sich aus der Sache fern, weil durch eine Bodenreform der Sozialdemokratie

Digitized by Google

in des Wortes wahrster Bedeutung der Boden entzogen würde. Im übrigen ist keine Frage, daß, wenn die Sache etwa im Reichstag verhandelt würde, sich wohl alle Parteien zu erheblichen Zugeständnissen bequemen müssen, weil, wie ich schon sagte, die Bewegung im Lande einen ganz ungeheuren Umfang angenommen hat und sich die Herren Abgeordneten wohl kaum mit einer ablehnenden Antwort in ihren Wahlkreisen sehen lassen dürften. Boden- und Terrainspekulationen sowie Wohnungsnot und Mietpreise schreien ja allmählich zum Himmel.

Wie weit die Sache mit der Freigabe von Baustoffen richtig ist, kann ich nicht beurteilen. Es ist geradezu unmöglich, Einblick in die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften zu gewinnen. Ich teile aber das Mißtrauen durchaus. Insbesondere weiß ich nicht, wo eigentlich das Holz bleibt. Es geht wie seinerzeit mit dem Stahl, nur mit dem Unterschied, daß wir auf den Stahl eine Einwirkung hatten und daß es nach langen Kämpfen endlich gelang, allmählich Klarheit und reinliche Zustände zu erhalten.

gez. Bauer, Oberstleutnant.

Gr. H. Qu., den 4. 3. 1918.

An Major Keim.

Sehr geehrter Herr Keim! Anliegend übersende ich Ihnen den bereits durch Fernsprecher angekündigten Brief des Professors Dr. Kraft über die Äußerung des sozialdemokratischen Abgeordneten Lange. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie vielleicht mit Hilfe des Herrn Unterstaatssekretärs Müller den Abgeordneten Lange darüber befragten, wie sich die Sache verhalten hat und woher dieses unsinnige Gerücht über Exzellenz Ludendorff stammt. Ich brauche wohl nicht hinzuzufügen, daß hier bei der O. H. L. kein einziger Mensch so unsinnige Aussprüche tun würde. Wir sind der Ansicht, daß dieselben Arbeiter, die vorne an der Front so glänzend ihre Pflicht tun, doch auch in der Heimat tätig sind und daß sie daher in der Masse unbedingt treu zu ihrem Vaterland in dieser schweren Zeit stehen werden. Daß einzelne Elemente, namentlich Jugendliche und Frauen, durch gewissenlose Hetzer sich verleiten lassen, läßt sich natürlich nicht ändern und ändert auch an dem Gesamturteil gar nichts.

Ich gestatte Ihnen gern, von dieser Äußerung dem Abgeordneten Herrn Lange gegenüber jeden, Ihnen richtig erscheinenden Gebrauch zu machen. Ich finde eine um so größere Niedertracht in den Unterstellungen darin, als Exzellenz Ludendorff gerade für die Arbeiterschaft ein warmes Herz hat und an jeder sozialen und wirtschaftlichen Fürsorge, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Siedlungsfrage, Ernährung sich dauernd und, wie Sie ja selbst wissen, mit Erfolg betätigt hat. gez. Bauer, Oberstleutnant.

Digitized by Google

6. 3. 1918.

An General Ludendorff.

Euer Exzellenz wollen mir eine vielleicht nicht unwichtige Ergänzung zu meiner Antwort auf das Schreiben 15 400/II. vom 19. 2. 1918 gestatten.

In der gestrigen Sitzung des Ernährungsbeirates für das Königreich Sachsen machte ich Herrn Abgeordneten Lange auf die zu erwartende direkte Richtigstellung der Euer Exzellenz unterschobenen Äußerung „Der deutsche Arbeiter sei zu feige zu einem Generalstreik", aufmerksam. Daraufhin erhielt ich folgende nähere Erklärung über die Rolle, die diese Äußerung für den Streikausbruch spielte. Dieselbe sei als angeblich durch Zeugen belegt — nicht ohne Widerspruch — in der gemeinsamen ersten Sitzung vorgebracht worden, bei der sich die Führer der Sozialdemokratie und der unabhängigen Sozialisten Scheidemann*) und Haase neben anderen Parteivertretern aus ganz Deutschland wegen der Streikfrage zusammenfanden. Neben der Lebensmittelfrage habe diese so raffiniert auf das Ehrgefühl des deutschen Arbeiters berechnete Äußerung ausschlaggebende Wirkung gehabt.

Angesichts dieser Enthüllung dürfte eine baldige Mitteilung an Herrn Lange, der zur Zeit bei der Tagung der 2. Sächsischen Kammer im Ständehaus zu Dresden anwesend ist, von besonderem Werte sein. Herr Lange erklärte sich sofort bereit, eine Richtigstellung in loyalster Weise seiner Partei zu unterbreiten.

In ganz besonderer Hochschätzung Euer Exzellenz ergebenster

Prof. Dr. Kraft.

12. 3. 1918.

An Oberstleutnant Bauer.

Hochverehrter Herr Oberstleutnant. Anbei übersende ich für Hochwohlgeboren einen Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Müller über seine Unterredung mit dem Landtagsabgeordneten Lange. Aus taktischen Gründen hatte ich Dr. Müller allein mit ihm verhandeln lassen. — Danach ist die Sache eines der infamen Mittel der Streikerreger gewesen, den Streik zu propagieren. Ich schließe mich in bezug auf die Richtigstellung dem Standpunkt des Dr. Müller an; jedes weiter Eingehen verbreitet diese Infamie. Nach dem Urteil des Abgeordneten Ebert wird Lange seine

*) Am 17. Oktober 1918 führte Herr Scheidemann aus, in Arbeiterkreisen habe ich einen ganz schlechten Ruf. Es kann dies nach dem vorliegenden Fall nicht überraschen. Ihn konnte ich klarstellen, während andere gar nicht zu meiner Kenntnis kamen. Der Verfasser.

Digitized by Google

Zusagen halten. Ebert mußte orientiert werden, um an Lange heranzukommen und um sich über Lange selbst in bezug auf seine Persönlichkeit zu unterrichten. Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Hochwohlgeboren gehorsamster

Keim.

Herrn Major Keim ergebenst:

Nachstehend gestatte ich mir, Ihnen einen Bericht über meine Unterredung mit dem Landtagsabgeordneten Lange aus Leipzig, der heute früh auf Grund meiner Einladung an ihn bei mir erschien, zu erstatten. Herr Lange erklärte:

Die Exzellenz Ludendorff zugeschriebene Äußerung, der deutsche Arbeiter sei zu einem Generalstreik zu feige, klinge wohl in der Form etwas zu schroff. Dem Sinne nach soll Exzellenz Ludendorff erklärt haben, die deutschen Arbeiter hätten nicht den Mut zu streiken. Das Gerücht, daß eine solche Äußerung von Exzellenz Ludendorff gefallen sei, wurde aber in den Tagen vor dem Streik und während des Streikes in Leipzig, Chemnitz und Dresden von Mund zu Mund unter der Arbeiterschaft verbreitet. In der Presse oder in Flugblättern ist die Äußerung nicht kolportiert worden. Herr Lange erklärte jedoch, daß er selbst von Leipziger Arbeitern diese Äußerung gehört habe und daß ihm aus Dresden und Chemnitz mitgeteilt worden sei, auch dort habe die Äußerung in den Streiktagen und in den Tagen vor dem Streik bei den Unterredungen der Arbeiter untereinander eine Rolle gespielt. Dabei sei ein Zusammenhang zwischen den Ernährungsverhältnissen in Sachsen, die bekanntlich nicht die besten sind, in der Weise hergestellt worden, daß gesagt worden sei: Die schlechte Versorgung Sachsens beruht nicht nur in dem Charakter des Landes als Zuschußland, sondern auch darauf, daß die sächsischen Arbeiter in ihrer sprichwörtlichen Gutmütigkeit sich mehr gefallen lassen als die Arbeiter in Bayern und in Preußen. Wie diese Gutmütigkeit auch von sehr berufenen Stellen eingeschätzt würde, das sei dann illustriert worden durch die angebliche Äußerung von Exzellenz Ludendorff.

Woher das Gerücht seinen Ursprung genommen hat, ist Herrn Landtagsabgeordneten Lange nicht bekannt. Auch seine Bemühungen, den Ursprung des Gerüchtes zu erfahren, blieben ergebnislos. Das Gerücht war einfach da und wurde von Mund zu Mund unter den Arbeitern verbreitet. In Berlin scheint, wie ich hinzufügen will, die angebliche Äußerung keine Rolle gespielt zu haben. Jedenfalls war sie dem Abgeordneten Ebert, mit dem ich mich vor einigen Tagen über die Angelegenheit unterhielt, nicht bekannt. Das letztere würde aber der Fall gewesen sein, wenn auch in Berlin das Gerücht eine nennenswerte Rolle gespielt hätte.

Digitized by Google

Dem Landtagsabgeordneten Lange wird allerseits ein sehr gutes Leumundszeugnis ausgestellt. Er ist ein objektiver, auf dem Standpunkt der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei stehender Mann, der keinerlei Sympathien irgenwelcher Art für die Unabhängigen besitzt und den Streik durchaus verurteilt. Ihm ist unbedingt Glauben zu schenken, wenn er erklärt, daß er dem Professor Kraft gegenüber die Mitteilung nur gemacht habe, weil er sie, die Wahrheit der Exzellenz Ludendorff zugeschriebenen Äußerung vorausgesetzt, für bedenklich gehalten habe. Meine Mitteilungen über die Stellungnahme von Exzellenz Ludendorff zu Arbeiterfragen, hat ihn vollkommen davon überzeugt, daß die Äußerung gar nicht gefallen sein kann, und er erklärte, daß er im Kreise seiner sächsischen Parteigenossen vertraulich Kenntnis geben werde von der Unterredung, die er mit mir hatte, und daß er tun werde, was in seinen Kräften stehe, um dem Gerücht entgegenzuwirken. Meiner Ansicht nach könnte man es vorläufig hierbei bewenden lassen. Ich habe den Eindruck, als wenn es sich hier um eine der vielen Kriegslügen handle, die aber doch wohl kaum sehr weit verbreitet ist, sonst müßte sie auch in anderen Gegenden Deutschlands aufgetaucht sein, und dafür liegen ja Anhaltspunkte bisher noch nicht vor. Deshalb rate ich von einer Richtigstellung in der Presse oder in einer sonst öffentlichen Form ab*). Das hieße der Sache eine Bedeutung beimessen, die ihr anscheinend nicht zukommt. Außerdem werden Richtigstellungen in der Presse von einem großen Teil des Publikums als eine Bestätigung aufgefaßt. Im vorliegenden Falle könnte eine öffentliche Richtigstellung leicht zur Folge haben, daß auch in Gegenden mit der angeblichen Äußerung von Exzellenz Ludendorff operiert wird, in welche diese Äußerung bisher noch nicht gedrungen ist. Erwägenswert scheint mir die Frage zu sein, ob man zur persönlichen Information der Pressevertreter in der Berliner Pressekonferenz mitteilen will, daß in Sachsen die Äußerung kolportiert worden sei, daß sie aber selbstverständlich nicht auf Wahrheit beruhe. Ich persönlich halte auch das für überflüssig, stelle aber anheim, ob man diesen Weg gehen will.

Müller.

Der Erste Generalquartiermeister. Gr. H. Qu., den 14. 3. 1918.

Herrn Professor Dr. Kraft.

Sehr geehrter Herr Professor! Für Ihre freundlichen Zeilen vom 6. des Monats danke ich Ihnen ergebenst. Ich habe den Herrn Abgeordneten Lange durch den Unterstaatssekretär Dr. Müller über die Angelegenheit befragen lassen. Nach der mir gewordenen Auskunft ist das in

*) Ich bedauere, daß ich auf diesen Vorschlag eingegangen bin. Der Verfasser.

Digitized by Google

Rede stehende Gerücht anscheinend nur in Sachsen verbreitet worden. Herr Lange hat sich von der Unsinnigkeit des Gerüchts überzeugen lassen und zugesagt, bei seinen Parteigenossen die Sache richtigzustellen, womit ich sie als erledigt ansehe.

Ihnen, sehr verehrter Herr Professor, bin ich jedenfalls dankbar, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, wenigstens in einem Falle unwahren Gerüchten mit Erfolg entgegenzutreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

Ludendorff.

22.

Kriegsministerium.
Nr. 290/10. 16. A. H. (S.).

Berlin W. 66, den 7. 10. 1916.
Leipziger Straße 5.

Im Anschluß an die Sitzung, die auf Anregung Euer Exzellenz am 28. 9. 1916 im Kriegsministerium stattgefunden hat, und in Erwiderung des Telegramms I b, Nr. 30 158 bringt das Kriegsministerium seinen Standpunkt zur Beschäftigung der feindlichen Ausländer aus den besetzten westlichen und östlichen Gebieten wie folgt zum Ausdruck.

Drei Möglichkeiten bestehen für die Heranziehung der Bewohner der besetzten Landesteile, sie kann — nach der Dringlichkeit geordnet — erfolgen zu kriegswirtschaftlichen Arbeiten

1. in Deutschland,
2. im Etappen- und Operationsgebiet,
3. im Gebiet der Generalgouvernements von Belgien und Russisch-Polen.

Über die allgemeinen Grundsätze der Heranziehung herrscht Übereinstimmung der Meinungen darin, daß einer Gewinnung zu freiwilliger Arbeitsübernahme der Vorzug zu geben ist, vor Zwangsmaßregeln. Das Kriegsministerium vertritt auch hier die Auffassung von der größeren Ergiebigkeit aller aus eigenem Interesse des Arbeiters geleisteten Arbeit. Namentlich gilt dies von Tätigkeiten höherer technischer Eigenart, wie sie besonders in den deutschen kriegswirtschaftlichen Betrieben gefordert werden muß. In diesen sprechen außerdem noch Rücksichten auf das Zusammenwirken mit den deutschen Arbeitern und die Gefährdung der Betriebssicherheit durch widerstrebende Elemente mehr zugunsten freier Anwerbung. Will man dieses Prinzip bis zur Grenze des Möglichen aufrechterhalten, so bedürfen aber die gegenwärtigen Mittel seiner Anwendung noch einer erheblichen Vervollkommnung.

Digitized by Google

Zunächst ist es erforderlich, daß die Einrichtungen zur Arbeiteranwerbung in Belgien die seit längerer Zeit mit dem Generalgouvernement vereinbarte Erweiterung erfahren, die, wie aus der u. R. beigefügten Anlage ersichtlich, beim Reichsamt des Innern dringend angeregt, von diesem indes trotz wiederholten Ersuchens noch nicht durchgeführt worden ist.

Jede Werbetätigkeit für außerhalb Belgiens gelegene Betriebe muß aber in ihren Aussichten stark herabgedrückt werden, solange die abwandernden Arbeiter befürchten zu müssen glauben, durch diesen Schritt ihre Lebensbedingungen nicht nur nicht zu verbessern, sondern im Gegenteil zu verschlechtern. Es ist nicht zu erwarten, daß große Scharen belgischer Arbeiter sich mit Freudigkeit zur Arbeitsaufnahme in Deutschland oder im französischen Etappen- bzw. Operationsgebiet melden, solange dieser Schritt ihnen und ihren Familien die bis dahin genossene Unterstützung der Commission for relief entzieht und eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführt. Fast ebensosehr fällt ins Gewicht die Weiterführung entbehrlicher Arbeiten sowie vollends die Weiterzahlung von Unterstützungen, mit deren Hilfe in Belgien Unternehmer und ungewollt auch deutsche Behörden verwendbare Arbeiter von der Abwanderung fernhalten. Daß an keiner Arbeit in den besetzten Gebieten mehr deutsche Kräfte — außer einigen leitenden Personen — beschäftigt werden dürfen, ist selbstverständlich. Inwieweit die Industrien des besetzten belgischen Gebiets mit kriegswirtschaftlichen nützlichen Aufträgen beschäftigt werden können, wird zur Zeit sorgfältig geprüft, jede andere Tätigkeit muß unter allen Umständen aufhören.

Für Russisch-Polen kommt es außer der gleichen Einstellung entbehrlicher Arbeiter nach einhelligem Urteil des Herrn Verwaltungschefs der Deutschen Arbeiterzentrale und des Kriegsministeriums vor allem darauf an, daß die Anwerber den Arbeitern beim Vertragsschluß die feste Zusicherung eines Heimaturlaubs von ein bis zwei Wochen nach Ablauf gewisser Vertragsdauer geben können. Nur dieses Lockmittel ist noch im Stande, größere Zahlen polnischer Arbeiter freiwillig nach Deutschland zu bringen. In der vom Kriegsministerium beabsichtigten Form würde dieses Zugeständnis auch keinen Bedenken vom Standpunkt der Betriebsstetigkeit aus unterliegen, da der Urlaub nur während laufender Verträge erteilt werden, also im Falle eines Überschreitens die Möglichkeit einer Zwangszurückführung bestehen würde. Das Kriegsministerium ist ständig bemüht, den seit einem Jahre von den preußischen Zivilministerien, insbesondere dem Ministerium des Innern, gegen diese Milderung der bestehenden Vorschriften erhobenen Widerspruch zu beseitigen. Ebenso ist

Digitized by Google

es nicht länger zu vermeiden, daß das Ministerium des Innern seinen Widerstand gegen Einwanderung jüdisch-polnischer Arbeiter aufgibt, da nach Aussage der Verwaltung von Russisch-Polen erhebliche Mengen kräftiger und arbeitswilliger jüdisch-polnischer Arbeiter inländischen Betrieben verloren gehen.

Gleiche Erschwerungen für die Hereinholung feindlicher (auch neutraler) Ausländer schaffen die ungemein verwickelten und weitgehenden Vorschriften über das Paßwesen (Unverdächtigkeitszeugnis) und den Grenzverkehr, wie sie besonders vom stellvertretenden Generalstab III b erlassen und im Benehmen mit den stellvertretenden Generalkommandos gehandhabt werden. Für eine Betonung der kriegswirtschaftlichen Erfordernisse dem stellvertretenden Generalstab gegenüber wäre das Kriegsministerium dankbar.

Falls alle diese Maßnahmen getroffen werden, dann wird es gelingen können, aus Belgien und aus Russisch-Polen noch ansehnliche Zahlen von Arbeitskräften für deutsche Kriegsarbeit auf freiwilligem Wege verfügbar zu machen. Wenn nach Erschöpfung dieser Versuche aber noch nennenswerte Mengen von brauchbaren Leuten übrig bleiben, die auf diesem Wege nicht erfaßt werden können, dann bleibt kein anderes Mittel übrig, als die Heranziehung im Wege des Zwanges. Etwaige völkerrechtliche Bedenken dürfen uns nicht hindern, sie müssen der unentrinnbaren Notwendigkeit weichen, jede in deutscher Gewalt befindliche Arbeitskraft der kriegswirtschaftlich produktivsten Verwendung zuzuführen. Zudem sei daran erinnert, daß die völkerrechtlich-wissenschaftliche Auslegung des Begriffes „opérations de la guerre“ bei vielen Schriftstellern erheblich enger ist, als sie vielfach in der Auffassung der Behörden erscheint. Zudem bildet das Vorhandensein vieler Arbeitsloser eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Zur Abwendung derselben können Arbeiter zwangsweise überall dorthin entsendet werden, wo sie gebraucht werden, gleichgültig ob im In- oder Auslande.

Auf eine derartige Zwangsheranziehung belgischer Arbeiter wird besonders für die vom Feldeisenbahnchef geforderten Arbeiten in den besetzten französischen Gebieten nicht zu verzichten sein. Die Heranziehung belgischer Arbeiter für diese Zwecke muß mit allen möglichen Mitteln schon um deswillen betrieben werden, weil nur auf diesem Wege die zahlreichen zur Zeit dort festgehaltenen Kriegsgefangenen für dringende Arbeiten im Inlande, für die sie unbedingt gebraucht werden, freigemacht werden können. Von einer freien Anwerbung für diese Arbeiten im Operationsgebiet wird man sich nach den in der Sitzung vom 28. 9. 1916 gegebenen Darstellungen keine allzugroßen Erwartungen machen dürfen. Die von den Vertretern des General-Gouvernements Belgien in der Sitzung vom 28. 9. 1916 geltend gemachten Befürchtungen hinsichtlich der Zweck-

Digitized by Google

mäßigkeit eines Zwanges in dieser Richtung vermag das Kriegsministerium nicht zu teilen. Das Kriegsministerium nimmt weder an, daß ein derartiger Entschluß die freie Anwerbung für deutsche Betriebe, noch daß er die freiwillige Arbeit in belgischen Betrieben empfindlich schädigen könnte. Das Kriegsministerium hält vielmehr das Gegenteil für wahrscheinlicher. Wenn mit einem zwangsmäßigen Heranziehen zu der unwillkommenen Arbeit im Operations- und Etappengebiet wirklich Ernst gemacht würde, dann dürfte das Interesse der Belgier, jede Gelegenheit zu den mit allgemein angenehmeren Bedingungen, besonders mit höherem Verdienst und geringerer Gefahr verbundenen freiwilligen Arbeiten in belgischen und deutschen Betrieben zu ergreifen und festzuhalten, weit erheblicher wachsen, als es heute ohne dieses Druckmittel der Fall ist. Äußerlich militärischer und innerlich wirtschaftlicher Druck würden sich dabei unterstützen. Sollte dieser mittelbare Zwang zur Arbeitsaufnahme in deutschen Betrieben die Abwanderung von Belgiern dort nicht genügend wirksam befördern, so würde das Kriegsministerium bei voller Würdigung der oben ausgesprochenen Gegengründe auch hier vor unmittelbarem Zugreifen nicht zurückschrecken.

Um eine vollständige Unterrichtung über die Arbeitsverhältnisse der besetzten Gebiete zu erhalten und um die weitere Anwendungsmöglichkeit der vorstehend geschilderten Beschaffungsart stets richtig beurteilen zu können, bedarf das Kriegsministerium des Eindrucks an Ort und Stelle. Euer Exzellenz werden daher ergebenst ersucht, für Anweisung der Generalgouvernements*) und der Etappeninspektionen dahingehend Sorge zu tragen, daß Vertretern des Kriegsministeriums jederzeit die Prüfung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe, sowie der Lage des Arbeitsmarktes in den besetzten Gebieten, zu gewähren sei.

Die Verständigung mit den Herren Generalgouverneuren in Brüssel und Warschau darf Euer Exzellenz ergebenst überlassen werden.

J. A.: gez. v. Wrisberg.

23.

(Siehe auch S. 81.)

Ergebnis

der unter Beteiligung der Reichs- und preußischen Ressorts am 17. Oktober 1916 im Reichsamt des Innern abgehaltenen kommissarischen Besprechung, betreffend Versorgung der Kriegsindustrie mit Arbeitskräften.

I. Heranziehung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten.

a) Arbeiter aus dem Gebiete des Generalgouvernements Warschau. Die durch die behördlichen Arbeitsämter sowie die deutsche Arbeiterzentrale

*) Die Generalgouvernements unterstanden nicht der O. H. L., wir hatten kein Recht, sie mit Anweisungen zu versehen. Der Verfasser.

Digitized by Google

bisher wirksam betriebene Anwerbung von russisch-polnischen Arbeitern ist auch weiterhin nach Möglichkeit zu fördern.

Die vom Verwaltungschef in Warschau angeregte Gewinnung von etwa 30 000 jüdischen Arbeitern ist in Aussicht genommen (Kriegsministerium, Reichsamt des Innern und Ministerium des Innern haben ihr grundsätzliches Einverständnis zu der angeregten Maßnahme erklärt).

b) Arbeiter aus dem Gebiete des Generalgouvernements Belgien. Die Gewinnung von Arbeitern zur freiwilligen Arbeit verdient vor der zwangsweisen Heranziehung zur Arbeit bei weitem den Vorzug. Sie ist daher mit allen Mitteln zu fördern.

Zu diesem Zwecke ist das in Belgien eingerichtete Industriebureau auf das schleunigste wirksam auszugestalten. Durch Heranziehung der deutschen Arbeiterzentrale sind die Erfahrungen dieser Organisation auf dem Gebiete der Arbeiteranwerbung auszunutzen. Durch eine Beteiligung des Kriegsministeriums ist sicherzustellen, daß die belgischen Arbeiter unmittelbar denjenigen Arbeitsstellen zugeführt werden, die Kriegsarbeit leisten.

Mit den Arbeitern, die sich freiwillig melden, ist daher bereits seitens der Industriebureaus ein fester Arbeitsvertrag (Mustervertrag der Arbeitszentrale) abzuschließen. Dabei ist in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen, daß den Arbeitern eine angemessene Entlohnung und gute Verpflegung gewährt wird. Vielleicht wird es sich empfehlen, alle Arbeiter in den Munitionsbetrieben einschließlich der belgischen Arbeiter bezüglich Fleisch und Fett durch die Heeresverwaltung zu verpflegen.

Auch für die zwangsweise zur Arbeit heranzuziehenden belgischen Arbeiter ist durch Vermittlung des Industriebureaus und unter Mitwirkung des Kriegsministeriums die Arbeitsstelle in Deutschland zu bestimmen. In solche Arbeitsstellen werden die zwangsweise zur Arbeit herangezogenen Arbeiter gruppenweise überführt, dort in geeigneter Weise untergebracht und von den Unterkunftsstellen aus zur Arbeit geführt und nach Schluß der Arbeit zurückgeleitet.

Durch geeignete Maßnahmen ist dahin zu wirken, daß die zur Zwangsarbeit herangezogenen Arbeiter sich nachträglich zur Übernahme der freiwilligen Arbeit entschließen.

Eigentliche Konzentrationslager für zwangsweise abgeführte belgische Arbeiter sollen nicht errichtet, auch der Ausdruck „Lager" vermieden werden und statt dessen von „Unterkunftsstätten für Industriearbeiter" gesprochen werden.

II. Heranziehung von Arbeitskräften aus dem Inland.

Für die erzeugende Industrie (Bergbau, Hochöfen, Stahlwerke, Sprengstoffindustrie usw.), namentlich soweit es sich um Arbeiten unter Tage oder um Feuerarbeiten handelt, kommen fast nur Männer in Frage.

Digitized by Google

Dagegen werden in der verarbeitenden Industrie vor allem Arbeiterinnen gebraucht und nur wenige männliche Facharbeiter.

Männliche Arbeiter sind aus dem Inland nur sehr wenig zu bekommen, so daß der Mehrbedarf an ihnen aus den in den besetzten Gebieten vorhandenen Arbeitern und den Kriegsgefangenen gedeckt werden muß. Arbeiterinnen stehen dagegen noch in größerer Menge zur Verfügung. Ihre Heranziehung wird sich allerdings nur ermöglichen lassen, wenn ihnen ein gewisser Schutz und bestimmte Erleichterungen gewährt werden. Es empfiehlt sich daher, für die Arbeiterinnen grundsätzlich die achtstündige Arbeitsschicht beizubehalten und nur in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen. Da die Betriebe aber auch in der Nacht arbeiten müssen, um ihre Maschinen auszunützen, erscheint es anderseits geboten, auch den Arbeiterinnen die Nachtarbeit zu gestatten. Es sollen daher in denselben Werken zwölfstündige Schichten für männliche und achtstündige Schichten für weibliche Arbeiter nebeneinander eingerichtet werden.

Die Einführung eines gesetzlichen Arbeitszwanges sowohl für männliche als auch weibliche Personen erscheint nicht angezeigt. Denn einmal sind die Schwierigkeiten, die bei dem verschiedenen Stande der Bildung und Lebensstellung des einzelnen der praktischen Durchführung entgegenstehen würden, nicht überwindbar. Dann aber steht auch ein der Schärfe des Eingriffs entsprechender Erfolg nicht zu erwarten, da männliche Personen, die irgendwie arbeitsfähig sind, bereits jetzt schon mit wenigen Ausnahmen in Betrieben tätig sind, die unmittelbar oder mittelbar Kriegszwecken dienen, weibliche Arbeitskräfte aber noch in genügender Anzahl angeboten sind.

III. Verhinderung des Abwanderns von Arbeitern aus der Kriegsindustrie.

Um das Abwandern der Arbeiter aus mit Kriegslieferungen beschäftigten Betrieben zu verhindern, empfiehlt sich nicht eine Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 durch Gesetz oder durch Bundesratsverordnung. Ein Gesetz dieser Art würde im Reichstag kaum durchzubringen*), eine Bundesratsverordnung scharfer Kritik seitens des Reichstags ausgesetzt sein. Eher erscheint der Weg gangbar, daß die stellvertretenden Generalkommandos der Korpsbezirke, in denen ein Bedürfnis besteht, auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. Juni 1851 das eigenmächtige Verlassen der Arbeitsstellen verbieten, wie dies für gewerbliche Arbeiter vom stellvertretenden Generalkommando des II. Armeekorps durch Verordnung vom 9. Juni 1915, für landwirtschaftliche Arbeiter durch Verordnungen der stellvertretenden Generalkommandos des I., II., IV., XVII. und XX. Armeekorps sowie der drei bayerischen Armee-

*) Trotz aller anerkannten Schäden! Der Verfasser.

Digitized by Google

korps (sämtlich aus der ersten Hälfte des Jahres 1915) geschehen ist. Die Rechtsprechung (auch des Reichsgerichts) hat den Grundsatz anerkannt, daß, wenn der Militärbefehlshaber selbst ein Verbot als „im Interesse der öffentlichen Sicherheit" erlassen bezeichnet, den Gerichten eine Nachprüfung darüber, inwieweit diese Voraussetzung wirklich gegeben sei, nicht zusteht. Indes erscheint der Erfolg eines solchen Verbots fraglich, wenn es sich, wie das im Bereich des II. Armeekorps für gewerbliche Arbeiter erlassene, nur gegen Kontraktbruch und das Verlassen der Arbeit vor „Ablauf des Vertrages" richtet, da langfristige Verträge mit gewerblichen Arbeitern nicht geschlossen zu werden pflegen. Am meisten dürfte sich die Einrichtung von Ausgleichstellen empfehlen nach dem Muster des „Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins" und der Kriegsausschüsse, die neuerdings nach diesem Vorbilde in den Bezirken des X., XIV., XVIII., XII., XIX. Armeekorps sowie der drei bayerischen Armeekorps für die Metallindustrie und für solche Industriezweige, die Metallarbeiter in erheblicher Zahl beschäftigen, errichtet worden und im Bezirk des IV. Armeekorps in Vorbereitung sind. Der „Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins" hat sich durchaus bewährt. Es wird anzustreben sein, daß solche Ausschüsse in den Bezirken unserer Schwerindustrie (Rheinland, Westfalen und Schlesien), wo sie noch fehlen, eingerichtet werden. Mindestens sollten Schlichtungsstellen, wie sie das stellvertretende Generalkommando des XI. Armeekorps eingerichtet hat, für diese Gebiete geschaffen werden. Im übrigen wird es, um die Arbeiter namentlich in den staatlichen Betrieben zu erhalten, von Bedeutung sein, daß für ihre und ihrer Familie Ernährung in ausreichendem Maße gesorgt wird. Auch in dieser Beziehung kommt die zu I b erwähnte Maßnahme der Versorgung mit Fleisch und Fett durch die Heeresverwaltung in Frage.

Ferner wird auch darauf hinzuwirken sein, daß nicht Privatbetriebe durch übermäßige Lohnangebote die Arbeiter zum Verlassen der Staatsbetriebe verlocken.

Schließlich werden, wie bereits vom Kriegsministerium in Aussicht genommen worden ist, alle Anzeigen durch Zeitungen, durch Plakate oder sonstige schriftliche Mitteilungen zu verbieten sein, die die Anwerbung von Arbeitskräften für die Industrie bezwecken oder in denen Industriearbeiter neue Stellungen suchen.

IV. Gewinnung von Arbeitskräften aus den Betrieben, deren Aufrechterhaltung nicht unbedingt erforderlich ist, für die Kriegsindustrie.

Es wird anzustreben sein, in noch weiterem Umfang als bisher solche Betriebe, die nicht für Kriegszwecke arbeiten, einzuschränken, um die hierdurch frei werdenden Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie nutzbar zu machen.

Digitized by Google

In erster Linie wird die Ausführung von Privatbauten jeglicher Art, soweit sie nicht im öffentlichen Interesse unbedingt geboten ist, zu verbieten sein. Ferner kommen neben dem Baugewerbe für eine weitere Einschränkung auch die sonstigen nicht für Kriegszwecke arbeitenden Industrien, wie z. B. die Edelmetallindustrie, Textilindustrie usw., in Betracht. Dabei wird allerdings nicht daran gedacht werden können, diese Industrien völlig stillzulegen, weil andernfalls der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege aufs höchste gefährdet werden würde.

Was endlich die Abgabe von Arbeitern aus der Landwirtschaft an die Industrie betrifft, so ist eine solche nur in ganz geringem Maße und auch nur für zwei oder höchstens drei Wintermonate möglich.

gez. Lewald.

24.

Der General-Gouverneur in Belgien. Brüssel, den 22. 2. 1917.
P. A. I 1652

An den General d. Inf. Ludendorff.

Euer Exzellenz!*) Der Chef meiner Politischen Abteilung, Freiherr v. der Lancken, erstattete mir Meldung über seine nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler mit Euer Exzellenz gepflogenen Unterredungen. Seinem Berichte entnehme ich mit Genugtuung, daß auch Euer Exzellenz den Wunsch hegen, eine gedeihliche Zusammenarbeit der Ihnen nachgeordneten Stellen mit den mir unterstellten Behörden in allen Angelegenheiten zu fördern, bei denen die Interessen der Heeresleitung und die Notwendigkeiten der mir anvertrauten Verwaltung zugleich zu Worte kommen müssen.

Euer Exzellenz wissen, und Herr v. der Lancken hat mir bestätigt, daß mein oberstes Bestreben von jeher gewesen ist, den Erfordernissen der Kriegführung in weitestgehendem Maße gerecht zu werden. Nach wie vor bin ich entschlossen, die Interessen des Heeres jeder anderen Rücksicht voranzustellen.

Euer Exzellenz ist aber auch nicht unbekannt, daß die Reichspolitik es dringend von mir verlangt, bei der Verwaltung des mir anvertrauten Gebiets Werte zu schaffen, die den Krieg überdauern. Wenn ich bemüht bin, dieses Land in einer Weise zu verwalten, wie sie dem deutschen Ansehen in der Welt förderlich ist, und wenn ich danach strebe, einen Zustand zu schaffen, der es gestattet, Belgien nach dem Kriege als Werkzeug für den

*) Das Schreiben hat mit Arbeiterfragen im besondern nichts zu tun. Es kennzeichnet nur die Stellung des Generalgouverneurs gegenüber der Obersten Heeresleitung. Der Verfasser.

Digitized by Google

Ausbau der deutschen Weltmachtstellung auszunützen, so verfolge ich nur den einen Zweck, die Ergebnisse des Krieges für unser Vaterland fruchtbar zu gestalten.

Diese Aufgabe mit der Befriedigung der Heeresbedürfnisse in Einklang zu bringen, ist mein dauerndes Bestreben. Soll ich für die Erreichung der mir gesteckten Ziele meine ungeteilte Kraft einsetzen können, so muß mir volles Vertrauen entgegengebracht werden bei meinen Bemühungen, den an mich gestellten militärischen Anforderungen zu entsprechen. Es muß mir überlassen bleiben, die Ausführung der von der Heeresleitung als notwendig bezeichneten Maßnahmen den Verhältnissen anzupassen, die nur ich in der Lage bin, richtig einzuschätzen.

Mit Genugtuung habe ich Herrn v. der Lanckens Ausführungen entnommen, daß Euer Exzellenz diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Daß Euer Exzellenz auch gewillt sind, in den in Frage kommenden Etappengebieten dahin zu wirken, daß mir die Verfolgung meiner allgemeinen politischen Pläne, insbesondere meiner von Seiner Majestät gutgeheißenen Vlamen- und Kirchenpolitik, ermöglicht wird, habe ich mit Freude begrüßt. Mit Dank erkannte ich die in Aussicht gestellte Erteilung besonderer, hierauf bezüglicher Anweisungen an die beteiligten Armee-Oberkommandos und Etappen-Inspektionen.

Ich darf hoffen, daß ein ersprießliches Hand-in-Hand-Arbeiten der beiderseitigen Behörden dadurch eingeleitet wird. Ein Weiterschreiten auf diesem Wege wird mir die Erfüllung meiner vielseitigen Aufgaben wesentlich erleichtern.

Euer Exzellenz sehr ergebener

gez. Frhr. v. Bissing, Generaloberst.

25.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 49 000 op.

Gr. H. Qu., den 3. 3. 1917.

An Generaloberst Frhrn. v. Bissing, Generalgouverneur in Belgien.

Euer Exzellenz hatten die Güte, mir einen Abdruck des Halbjahresberichts vom 24. 2. Sekt. II b Nr. 1067/17 zugehen zu lassen. In der Anlage 2 dieses Berichts wird die Überführung belgischer Arbeiter aus dem Gebiet des Generalgouvernements nach Deutschland behandelt.

Lediglich veranlaßt durch die in manchen privaten und offiziellen Kreisen Deutschlands verbreitete und leider an recht vielen Stellen gegen die O. H. L. verwertete Ansicht, daß sie der Urheber des Gedankens des zwangsweisen Abschubes der belgischen Arbeitslosen sei, und daß sie die vermeintliche Schuld an dem angeblich völligen Fehlschlage dieser Maß-

Digitized by Google

nahme habe, möchte ich bei dieser Gelegenheit auf Grund der Ausführungen in der Anlage 2 des Halbjahresberichts folgendes feststellen:

1. Der Abschub der Arbeitslosen war aus Sicherheitsgründen geboten und bewegt sich im Rahmen des Völkerrechts.

2. Nicht die O. H. L., sondern das Kriegsministerium ist der Urheber des Gedankens zwangsweisen Massenabschubs (vgl. S. 6 der Denkschrift).

3. Ein zwangsweiser Abschub im kleineren Maßstabe war bereits durch die Verordnung des Generalgouverneurs vom 15. 5. 1916 vorgesehen (vgl. S. 7 der Denkschrift).

4. Als das neue Rüstungsprogramm vom September 1916 beschlossen wurde, mußte für die Deckung des Arbeiterbedarfs gesorgt werden. Diese war nach Ansicht des Kriegsministeriums und der Industrie (vgl. S. 9 der Denkschrift), die allein ein Urteil über den Stand der Arbeiterfrage in Deutschland haben konnten, nur unter Hinzuziehung der belgischen Arbeiter zu lösen, deren Kräfte größtenteils brach lagen. Der Wochenbedarf an belgischen Arbeitern wurde von Vertretern der Industrie in einer Sitzung in Brüssel am 11. 10. auf 20 000 angegeben (vgl. S. 8/9 der Denkschrift). Die O. H. L. hat diese Sitzung weder veranlaßt noch auf die Festsetzung der Zahl von 20 000 Einfluß ausgeübt.

5. Nachdem die Zahl von 20 000 Arbeitern ohne Zutun der O. H. L. festgesetzt war, hat letztere auf den Abschluß der Vorbereitungen zum Abschub dieser 20 000 Mann im einzelnen nicht drängend eingewirkt. Die Anfrage der O. H. L., wann mit dem Abschub von wöchentlich 20 000 Arbeitern zu rechnen sei, erging erst am 11. 11.; sie konnte auf den Abschluß der Vorbereitungen eine Beschleunigung nicht ausüben, da nach Angabe des Herrn Generalgouverneurs vom 12. 11., Ic 140 geh., diese Vorbereitungen am 12. 11. beendet waren. (Vgl. S. 26/27 der Denkschrift.)

Die O. H. L. hat indes selbstverständlich die Forderung der Industrie nach belgischen Arbeitern, ohne sich aber dabei in Einzelheiten zu bewegen, kräftig unterstützt, da für sie die Erfüllung des Rüstungsprogramms und damit der Ausgang des Krieges durch den Arbeitermangel in Frage gestellt war.

6. Die Denkschrift betont (S. 26), daß in vielen Fällen nicht so sehr die Abschiebungen als solche, sondern die Art der Auswahl (Nichtarbeitslose) verstimmend gewirkt hat und daß diese sogenannten „Mißgriffe" zum Teil auf die von den Belgiern selbst bereiteten Schwierigkeiten zurückzuführen sind.

7. Der Erfolg des zwangsweisen Abschubs war ein sehr bedeutendes Anwachsen der freiwilligen Anmeldungen, das ohne den als Drohung dahinterstehenden Zwang nicht erfolgt wäre (vgl. S. 29 der Denkschrift).

Digitized by Google

Euer Exzellenz brauche ich nicht zu versichern, daß ich mit diesen Feststellungen keine Kritik Euer Exzellenz oder einzelner Behörden des Generalgouvernements beabsichtige, zumal ich ganz Euer Exzellenz Ansicht teile. Ich lege lediglich Wert darauf, einzelne Angaben der Denkschrift gegenüber anders lautenden Meinungen und Gerüchten besonders betonen und äußerstenfalls im Interesse der O. H. L. benutzen zu dürfen.

Ich möchte indes dies nicht tun, ohne Euer Exzellenz hiervon benachrichtigt zu haben und ohne sicher zu sein, daß meine Feststellungen auch von Euer Exzellenz als richtig bestätigt werden. Hierfür wäre ich Euer Exzellenz zu besonderem Dank verpflichtet*).

gez. v. Hindenburg.

*) General v. Bissing erkannte die Feststellungen 1 bis 7 als richtig an.

Digitized by Google

III. Finanzfragen, Löhne und Kriegsgewinne.

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 2452 geh. op. 9. 3. 17	Kriegsminister u. Reichskanzler	Lohnfragen.
2.	II Nr. 57722 op. 15. 6. 17	Reichskanzler	Verminderung der Kriegskosten.
3.	II Nr. 72467 op. 8. 12. 17	Kriegsamt, Minister der öffentl. Arbeit., Reichskanzler	Die Kosten des Krieges unnatürlich gestiegen. Abhilfe nötig durch Herabsetzung der Kriegsgewinne. Drückung der Löhne in der Rüstungsindustrie. Herabsetzung der Preise für Rohstoffe und Lebensmittel.
4.	II Nr. 72467 op. II. Ang. 26. 12. 17	Staatssekretär des Reichsschatzamts	Abbau der Löhne muß unbedingt eingeleitet werden. Dazu nötig: Keine Preissteigerung mehr, Beseitigung des Schleichhandels, Senkung der Preise für Gebrauchsgegenstände. Maßnahmen gegen Fortziehen der Arbeiter durch Gewährung höherer Löhne.
5.	II Nr. 74785 op. 9. 1. 18	Kriegsminister	Schwere Finanzlage wird durchaus nicht verkannt. Gegen Herabsetzung der Offiziergehälter grundsätzliche Bedenken. Vergleich mit Löhnen und Kriegsgewinnen in der Heimat. Hinweis auf die Leistungen des aktiven Offizierkorps.
6.	II Nr. 81479 op. 25. 3. 18	Staatssekretär des Reichsschatzamtes	Vorschlag des Reichsschatzamtes, eine von der O. H. L. einzusetzende Kommission mit der Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung der Kriegsausgaben zu betrauen, wird abgelehnt, da O. H. L. mit der verfassungsrechtlichen Verantwortung vor dem Reichstage nichts zu tun hat. Wege zur Besserung der Finanzwirtschaft bleiben: Einschränkung der Unternehmergewinne, verständige Rohstoffpreiswirtschaft, Verhinderung von Lohnsteigerungen, allmähliches Herabsetzen der Löhne, Verhinderung weiterer Preissteigerung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs.
7.	I. L. Nr. 6214 22. 4. 18 I. L. Nr. 6214 22. 4. 18 II Nr. 8102 geh. op. 11. 5. 18	Chef des Generalstabes und Kriegsminister Kriegsminister	vom Reichsschatzamt, am 22. April 1918, dessen Antwort an Chef des Generalstabes und Kriegsministerium. Zustimmung zur einseitigen Herabsetzung der Gehälter der höheren Offiziere nicht möglich. Steigerung der Kosten für Lebensunterhalt. Einkünfte in den freien Berufen, besonders in Bank, Industrie und Arbeiterkreisen bedeutend gestiegen. Gesundung der Finanzlage nur möglich durch Verbilligung der Gegenstände des täglichen Bedarfs, Verringerung der Kriegsgewinne. Stockung in der Lohnbewegung.
8.	II Nr. 88209 op. 6. 6. 18	Kriegsminister, Reichsschatzamt, Reichswirtschaftsamt	Verteuerung des Lebensunterhaltes besonders für Festbesoldete drückend, daher Heraufsetzung der immobilen Offiziergehälter schon jetzt, nicht erst im Frieden erforderlich. Aufschub bis zum Frieden nicht möglich.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
9.	IId Nr. 1460 28. 6. 18	Kriegsminister	Schreiben des Ministers des Innern.
	II Nr. 9043 geh. op. 2. 7. 18	Minister des Innern	Stellung zu Lohnfragen.
10.	Ic/II Nr. 93 101 op. 26. 7. 18	Kriegsminister	Allgemeine Erhöhung der Löhne für alle bei mobilen Truppenteilen befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften erforderlich. (Teuerung, Vergleich mit Lebensführung in der Heimat.) Desgl. Erhöhung der Offiziers-Witwen- und -Waisen-Pensionen.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 9. 3. 1917.
II Nr. 2452 geh. op.

An den Kriegsminister.

Es ist unverkennbar, daß eine Reihe von unerquicklichen Erscheinungen im Innern allmählich auch auf die Stimmung des Heeres einen unheilvollen Einfluß ausüben muß. Bei der Wichtigkeit, daß in unserem Heer der gute Geist, der bei dem Zurückbleiben unserer Rüstungsindustrie für den militärischen Ausgang des Krieges doppelt entscheidend ist, erhalten bleibt, weise ich pflichtmäßig auf die hauptsächlichsten Übelstände hin, mit der dringenden Bitte, ihnen mit allen Kräften entgegen zu treten.

1. Namentlich müssen die fortgesetzten Lohnsteigerungen außerordentlich verbitternd auf unsere Soldaten einwirken. Es liegt auch eine ungeheure Ironie darin, daß der Soldat, der an der Front Leben und Gesundheit einsetzt, mit wenigen Groschen gelöhnt wird, während der Fabrikarbeiter daheim allmählich Löhne bezieht, die vielfach das Gehalt der höheren Beamten usw. überschreiten. Ein hoch qualifizierter Facharbeiter steht heute oft auf mehr Gehalt, wie ein Stabsoffizier in der Front.

Ebenso schlimm wirkt dieses Mißverhältnis in der Heimat selbst, wo Hilfsdienstpflichtige und Frauen mit militärisch Eingezogenen oder mit Beamten nebeneinander arbeiten, und die ersteren bei geringerer Leistung und Verantwortung oft das Vielfache an Lohn erhalten wie die anderen.

Am schwersten sind dabei die Familien der Militärpersonen getroffen.

Wenn man es für nötig erachtete, aus Sparsamkeitsgründen seinerzeit die Offiziersgehälter zu kürzen, so dürfte ein solches Verfahren jedenfalls den Hilfsdienstpflichtigen usw. gegenüber wohl in erhöhtem Maße geboten sein.

2. Außerordentlich ungünstig wirken ferner die durchweg erfolgreichen Streiks. Ausgehend vom tatsächlichen Nahrungsmangel, springen sie meist auf Lohnerhöhungen über, die von den Fabriken glatt erfüllt werden müssen, weil sonst die Heereslieferungen noch mehr zurückgehen würden. Die Arbeiter wissen dies und nutzen es, von gewissenlosen Hetzern ge-

Digitized by Google

trieben, immer mehr aus. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die unglückliche Fassung des Hilfsdienstgesetzes wesentlich mit schuld ist. Das Gesetz sollte ursprünglich die Pflichten gegen das Vaterland betonen, statt dessen ist es ein Kampfmittel für sogenannte Arbeiterrechte geworden. Daß in einer Zeit, wo der Ausgang des Krieges durch die Leistungen der Rüstungsindustrie wesentlich beeinflußt wird, Streiks in größerem Umfange ausbrechen und bedingungslos ihre Forderungen durchsetzen, ist tief bedauerlich und ein schlechtes Zeichen für das Pflichtgefühl der Streikenden. Und doch sind es dieselben Leute, die noch vor kurzem uneingeschränkt für Kaiser und Reich durchzuhalten bereit waren. Es ist klar, daß sie überwiegend verführt und verhetzt sind.

Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Ihm muß entgegengetreten werden, sonst gehen wir an ihm und durch die inneren Zustände zugrunde.

Um die zu 1 und 2 geschilderten Mißstände zu beseitigen, ist meines Erachtens in erster Linie Belehrung und Aufklärung über die Pflicht nötig. Wir dürfen die „Aufklärung" nicht üblen Elementen überlassen.

Ferner ist gegen die Hetzer mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe des Gesetzes vorzugehen. Das Hilfsdienstgesetz hindert dies bis zu einem gewissen Grade. Anderseits gibt das Gesetz über den Belagerungszustand alle wünschenswerten Handhaben.

Auch in den anderen Ländern, wo das Pflichtgefühl der Arbeiter im allgemeinen nicht schlechter sein wird wie bei uns, ist man allmählich mehr und mehr zu Zwangsmaßregeln mit Rücksicht auf die auffässigen Elemente gekommen.

Wie man in Industriekreisen die Gefahr der fortdauernden Lohnerhöhungen, der Streiks und des Arbeiterwechsels auffaßt, dürfte Euer Exzellenz bekannt sein. Mir liegen Äußerungen von Herren vor, die den Ernst der Lage nachdrücklich betonen.

Auf die soziale und finanzielle Seite näher einzugehen, ist nicht meines Amtes. Es dürfte aber für jedermann klar sein, daß wir Zustände schaffen, die nur unter schwerster Erschütterung des Staates wieder überwunden werden können.

An den Reichskanzler.

Euer Exzellenz beehre ich mich anliegend ein heute an den Herrn Kriegsminister gerichtetes Schreiben ergebenst zu übersenden.

Abschrift eines Schreibens des Generaldirektors der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik liegt ebenfalls bei. Im übrigen nehme ich auf die Euer Exzellenz zugegangenen Schreiben des Herrn Krupp v. Bohlen Bezug.

gez. v. Hindenburg.

Digitized by Google

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 15. 6. 1917.
II Nr. 57 722 op.

An den Reichskanzler.

Der Herr Reichsschatzsekretär hat mir einen Abdruck seines Berichts an Euer Exzellenz, betr. die Finanzlage des Reiches, vom 21. 5. 1917 übergeben.

Ich ersehe daraus vor allem, daß die monatlichen Kriegskosten dauernd gestiegen sind, und zwar in wesentlich höherem Umfange, als es der an sich geringeren Steigerung der Rüstungsindustrie und anderer Dinge entspricht. Der Grund zu dem unheimlichen Wachsen der Kriegskosten liegt nicht unwesentlich in der ungeheuren Zunahme der Arbeiterlöhne, die teils unmittelbar, teils mittelbar (durch Verteuerung aller Arbeitsprodukte) den Staatssäckel mehr und mehr belasten. Die erhöhten Löhne haben ihrerseits auch wieder auf die Preise für alle Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens preissteigernd gewirkt.

Diese Erscheinung ist in hohem Maße bedenklich, aber leider zum größten Teil selbst verschuldet. Wie ich seinerzeit in meinem Schreiben vom 23. 10. 1916 II Nr. 37 768 op. hingewiesen habe, hielt ich es damals für geboten, die allgemeine Wehrpflicht hinsichtlich körperlicher Anforderungen, Altersgrenzen usw. auszudehnen und auch die Arbeit für die Rüstungsindustrie als Erfüllung der Wehrpflicht anzusehen. Wir wären dann imstande gewesen, Arbeitslöhne wie die Lebensmittelpreise zu regulieren, hätten dadurch die Kriegskosten niedriger gehalten und gleichzeitig die schreiende Ungerechtigkeit vermieden, daß der kriegsbrauchbare Mann im Felde für geringes Geld sein Leben aufs Spiel setzt, der daheimgebliebene in Sicherheit Löhne bezieht, die zum Teil höher sind als die eines Regierungsrats oder Stabsoffiziers. Das an Stelle meines ersten Vorschlages entstandene „Hilfsdienstgesetz" fordert in seiner jetzigen Form den Lohnkampf geradezu heraus. Von der in § 1 dieses Gesetzes genannten „Pflicht" ist kaum noch die Rede, die Rechte stehen bei weitem im Vordergrund. Ich brauche nicht zu bemerken, daß weitestgehende Arbeiterfürsorge und soziale Besserung auch mir sehr am Herzen liegen. Ich bedauere lebhaft, daß die Lebensmittelversorgung unserer Arbeiter früher stellenweise stark versagt hat. Das Hilfsdienstgesetz ist aber in seiner jetzigen Form geradezu bedenklich für das finanzielle Durchhalten des Staates, abgesehen von seinen üblen Nebenerscheinungen, als Demoralisierung, namentlich der Jugendlichen und Frauen, Zerstörung des Mittelstandes und völliger Verwirrung des Begriffs von Pflicht und Recht.

Ich halte es, da das finanzielle Durchhalten auf die Gestaltung unserer

Digitized by Google

Wirtschaftslage und besonders auf unsere militärische Lage jetzt und in Zukunft wesentlichen Einfluß hat, für meine Pflicht, auf diese Gefahren hinzuweisen und zu betonen, daß es nötig ist, noch jetzt entgegenzutreten. Es kommt in Frage:

1. Die beste Lösung wäre Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes und Schaffung einer erweiterten „Wehrpflicht" bzw. „Hilfsdienstpflicht für Frauen", wobei die Arbeiterfürsorge usw. sehr wohl mit berücksichtigt werden könnte.

2. Außerdem scheint es mir aber nötig, daß alle Reichsstellen und Behörden prüfen bzw. geprüft werden, ob der bei ihnen vorhandene Beamten- und Beamtinnenapparat nicht das zulässige Maß überschreitet. Es werden sich meines Erachtens namentlich in den neugeschaffenen Kriegsgesellschaften, aber auch in militärischen Dienststellen, erhebliche Kräfte freimachen lassen.

3. Mit oder ohne Änderung des Hilfsdienstgesetzes gemäß 1. wären für die Entlohnung der verbleibenden Beamten und Hilfskräfte (Schreiber und Schreiberinnen usw.) örtliche Höchstpreise festzusetzen und Preistreibereien grundsätzlich auszuschalten. Hierüber wird von Industrie und Handel besonders geklagt.

4. Endlich dürften alle Arbeiter und sonstige auf Vertrag angestellte Personen, soweit sie nicht eine Familie zu ernähren haben, weitestgehend zur Zahlung von Zuschüssen für Invaliden- und Kriegsbeschädigtenfürsorge heranzuziehen sein.

Es ist sicher, daß ein großer Teil der Feldzugsteilnehmer vor Wiederaufnahme der Friedensarbeit eines Erholungsurlaubs oder ärztlicher Behandlung bedarf, um Gesundheitsschädigungen noch rechtzeitig auszugleichen. Ein großer Teil wird mindererwerbsfähig sein. Es ist billig, daß die jetzt zu Hause unangemessene Verdienste einheimsenden und nur für sich sorgenden Personen kräftigst zur Bestreitung dieser Kosten herangezogen werden.

gez. v. Hindenburg.

3.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 8. 12. 1917.
II Nr. 72 467 op.

An den Chef des Kriegsamts, den Minister der öffentlichen Arbeiten, den Reichskanzler, das Reichswirtschaftsamt, den Staatssekretär des Reichsschatzamts.

Schon vor längerer Zeit hat der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts sich dahin ausgesprochen, daß die Finanzlage so überaus ungünstig sei und letzten Endes die Fortführung des Krieges und den Wiederaufbau

Digitized by Google

nach dem Kriege in Frage stellen müsse. Der Grund liegt darin, daß die Kosten des Krieges ganz unnatürlich gestiegen sind. Nunmehr ist das Protokoll der Sitzung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten am 21. 10. über die Rückwirkung der Löhne in der Rüstungsindustrie auf die Löhne der Staatseisenbahnverwaltung und das Schreiben des Chefs des Kriegsamts vom 23. 11. über den Abbau der Preise für Lebensbedürfnisse zu meiner Kenntnis gelangt. Sie bestätigen durchaus die oben erwähnte Auffassung des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamts und die Notwendigkeit einer Abhilfe.

Da die Lösung dieser Frage somit für die Weiterführung des Krieges und die zukünftige militärische Stärke des Reichs von außerordentlicher Bedeutung sind, halte ich es für meine Pflicht, mit einigen Bemerkungen auf die angeschnittenen Fragen einzugehen:

An sich war es erklärlich, daß der Mangel an Rohstoffen, Lebensmitteln und Arbeitskräften im Kriege zu einer allgemeinen Preissteigerung geführt hat. Diese Steigerung wäre so lange erträglich gewesen, als sie sich den allgemeinen Einkommensverhältnissen bei Staat und Einzelpersonen anpaßte, d. h. nicht zu übertriebenen Verdiensten auf der einen Seite, übertriebenen Ausgaben auf der anderen Seite führte, und solange sie uns nicht in eine ungünstige Lage für die Friedenszeit brächte, wenn wir auf dem Weltmarkt wieder in Konkurrenz treten.

Diesen Rahmen haben wir aber überschritten. Die Preissteigerung erstreckt sich auf folgende Gebiete:

a) Kriegsgewinn der Unternehmer. Die Gewinne in der Kriegsindustrie und der sonstigen Kriegslieferanten sind ganz zweifellos zum großen Teil über jedes gerechte Maß hinaus hoch. Sie kosten dem Staat unermeßlich viel Geld. Ich begrüße daher die Bestrebungen zur Einschränkung der Kriegsgewinne, die besonders in letzter Zeit hervorgetreten sind, sowie die Absicht, den Gestehungskosten bis zu den Rohstoffen hinab nachzugehen und auf Grund dieser Feststellungen eine vernünftige Preisfestsetzung eintreten zu lassen. Es ist dabei wohl mit Widerstand seitens der Lieferanten zu rechnen. Volle Klarheit und damit wirkliche Resultate werden sich daher nur erreichen lassen, wenn die Kommissionen zur Prüfung der Preise das Recht erhalten, eidliche Vernehmungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß in England der Einfluß des Staates auf die Festsetzung der Preise bis ins einzelne geht, daß die meisten Kriegsbetriebe unter genauester staatlicher Aufsicht stehen und daß in England z. B. bei Stahl und Eisen im Laufe des Krieges trotz erheblichen Steigens der Löhne eine starke Senkung der Preise eingetreten ist.

b) Rohstoffe. Wir haben aber nicht nur in der Rüstungsindustrie

Digitized by Google

eine ungesunde Preissteigerung erlebt, sondern auch bei manchen Rohstoffen, die staatlich bewirtschaftet werden, und bei manchen Gegenständen des täglichen Bedarfs.

Es ist nicht einzusehen, warum die Preise für Schuhzeug, Bekleidung, ferner z. B. für Sauerstoff und Karbid um ein Mehrfaches, zum Teil auf staatliche Festsetzung hin, gestiegen sind. Leder, Baumwolle, Leinen usw. sind gewiß sehr knapp, darin liegt aber noch keineswegs ein Grund für ihre überaus hohen Preise. Wir dürfen im Kriege dem Gesetz des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage nur eine sehr bedingte Berechtigung zusprechen. Der Staat muß unbedingt dafür sorgen, daß die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu Preisen, die auch von den Minderbemittelten ohne größere Schwierigkeiten bezahlt werden können, in den Handel kommen. Benachteiligung des einzelnen kann dabei nur durch Rationierung verhindert werden.

c) **Lebensmittel.** Verhältnismäßig am wenigsten ungesund sind die Preisverhältnisse auf dem öffentlichen Lebensmittelmarkte. Die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel sind erschwinglich. Außerordentlich wünschenswert ist jedoch eine scharfe Bekämpfung des Schleichhandels. Ob wirklich durchschlagende Erfolge auf diesem Gebiete möglich sind, erscheint mir allerdings fraglich, wenigstens solange, als wir nicht besondere, schnell arbeitende Gerichte mit sofortiger Exekutive einrichten. Auch hierin ist England vorbildlich. Allerdings ist die Unmoral bereits sehr eingerissen. Um so mehr muß eingegriffen werden.

d) **Löhne.** Die Arbeitslöhne sind im Laufe des Krieges stark gestiegen. Das Maß der Steigerung ist jedoch sehr verschieden. An vielen Stellen hält es mit der Verteuerung der Lebensbedürfnisse, wie sie nun einmal eingetreten ist, Schritt, in weiten Kreisen der Arbeiter der Rüstungsindustrie jedoch geht es weit über das durch die Verteuerung gezogene Maß hinaus. Den Beweis für diese meine Ansicht sehe ich in dem Umstand, daß bei Teilen der Rüstungsindustrie-Arbeiter geradezu Verschwendung, Luxus und Arbeitsscheu eingerissen sind. Hier müssen daher für die Lohnsteigerung andere Ursachen vorhanden sein. Sie liegen zum Teil in der Verhetzung der Arbeiter und in der systematischen Erweckung der Begehrlichkeit. Die Zwangslage, in der wir uns befinden, wird dabei planmäßig ausgenutzt. Von dem größten Einfluß aber sind die hohen Kriegsgewinne der Unternehmer gewesen.

Solange diese Verhältnisse andauern, wird es auch zu weiteren Lohnerhöhungen kommen, die dann unmittelbar auch zu erneuten Steigerungen der Kriegsgewinne führen. Es wäre eine Schraube ohne Ende.

Daher ist die Herabsetzung der Kriegsgewinne und der Kosten für die Lebenshaltung so außerordentlich dringlich. Hier muß der erste Schritt

Digitized by Google

getan werden. Inzwischen müssen wir jedenfalls jede weitere ungerechtfertigte Steigerung der Löhne unbedingt verhindern.

Alsdann wird jedoch auch ernsthaft an einen Abbau der zu hohen Löhne in der Kriegsindustrie herangegangen werden müssen. Ich habe schon erwähnt, daß dem Anwachsen dieser Löhne keine entsprechende Steigerung der Einkommen der anderen Arbeiterkreise gegenübersteht. Das ist aber auch für den gesamten Mittelstand und die große Zahl der Festbesoldeten der Fall. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wir haben nur zwei Möglichkeiten: entweder wir belassen die Löhne in der Kriegsindustrie auf der jetzigen Höhe, so müssen wir dafür sorgen, daß die Einkommen der erwähnten Schichten und Stände entsprechend heraufgesetzt werden; eine solche Belastung wäre vom Staate kaum zu tragen. Oder wir bauen die Löhne der Rüstungsindustrie auf erträgliche Grenzen ab, dann werden wir zwar keineswegs ganz auf die Steigerung der Einkommen der Festbesoldeten verzichten können, wohl aber werden wir sie in erträglichen Grenzen halten können.

Außerdem aber fordert auch der uns bevorstehende Kampf um die Wiederaufrichtung unserer Stellung auf dem Weltmarkte gebieterisch eine Herabsetzung der Löhne*). Dieser Kampf wird am schwersten in der ersten Friedenszeit sein. Wann der Krieg zu Ende geht, weiß niemand. Die Maßnahmen, die uns zu gesunden Verhältnissen bei Verdienst, Einkommen und Löhnen führen sollen, dulden daher keinen Aufschub. Daß wir bei Rückkehr in die Friedenswirtschaft die hohen Löhne nicht tragen können, ist selbstverständlich. Ein plötzlicher Abbau erst in diesem Augenblick würde aber zu unübersehbarer Rückwirkung in den Arbeiterkreisen führen und die berechtigte Unzufriedenheit namentlich derer, die an der Front Blut und Leben eingesetzt haben, wachrufen müssen.

J. A.: gez. Ludendorff.

4.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 26. 12. 1917.
II Nr. 72 467 op. II. Ang.

An den Staatssekretär des Reichsschatzamts.

Über die am 19. d. Mts. im Reichsschatzamt stattgehabte Sitzung betr. Löhne, Lebensmittelpreise usw. ist mir von meinem Vertreter Bericht erstattet.

Ich möchte erneut betonen, daß ich alle Mittel, weitere Lohnerhöhungen zu vermeiden und den allmählichen Abbau einzuleiten, im Interesse des Heeres für sehr wichtig erachte. Denn gerade die hohen Löhne der daheim-

*) Damals schien mir noch die Hoffnung berechtigt, der allgemeinen Teuerung zu steuern. Der Verfasser.

Digitized by Google

sitzenden Arbeiter (obwohl diese Löhne sich nur auf eine beschränkte Oberschicht erstrecken), erbittern die Leute an der Front und verderben den Geist der Truppe. Es ist aber auch zu bedenken, daß, wenn die hohen Löhne erst nach dem Friedensschluß verschwinden, dies auf die gesamte Arbeiterschaft eine sehr üble Wirkung haben muß. Die daheim gebliebenen Arbeiter wie die Zurückkehrenden werden das Empfinden haben, daß die Rückkehr der Soldaten zur Lohndrückung benutzt wird. Damit treiben wir unsere Soldaten in das Lager der Linksradikalen. Anderseits ist es natürlich ausgeschlossen, die hohen Löhne etwa in die Friedenswirtschaft hineintragen zu wollen.

Als Mittel, Lohnsteigerungen jedenfalls auszuschließen und den Abbau vorzubereiten, kommen in Betracht:

1. Verhinderung einer Erhöhung der Preise der rationierten Lebensmittel.
2. Beseitigung des Schleichhandels.
3. Senkung der Preise für Gebrauchsgegenstände (Schuhe, Kleider) auf ein vernünftiges Maß.
4. Erfassung der Unternehmergewinne, soweit sie unzulässig hoch sind.
5. Maßnahmen, daß sich die Unternehmer nicht die Arbeiter durch Anbieten immer höherer Löhne wegziehen.

Ich würde es dankbar begrüßen, wenn Euer Exzellenz diese vom militärischen, finanziellen und sozialen Standpunkt aus so überaus wichtige Frage mit den übrigen zuständigen Behörden auch weiterhin energisch verfolgte.

I. A.: gez. Ludendorff.

5.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 74 785 op.

Gr. H. Qu., den 9. 1. 1918.

An den Kriegsminister.

Ich verkenne die vom Staatssekretär des Reichsschatzamts betonte schwere Finanzlage für jetzt und nach dem Kriege nicht und bin durchaus seiner Ansicht, daß das deutsche Volk sparen lernen muß. Ich bin aber grundsätzlich dagegen, daß bei Heeresangehörigen angefangen wird, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Löhne für Rüstungs- usw. Arbeiter sind erheblich, zum Teil ins Sinnlose gestiegen, ebenso zum Teil die Gewinne der Unternehmer und Produzenten. Die zunehmende Verschuldung des Reichs beruht mit hierauf in erheblichem Umfange. Ich kann deshalb nur immer wieder betonen, daß h i e r mit der Abhilfe anzusetzen ist. Da ist es aber angeblich unmöglich, und zwar zumeist aus der Überlegung, daß diese Herren dann weniger leisten würden, d. h. mit anderen Worten Verräter am Vaterlande

Digitized by Google

würden. Das in seiner Gesamtheit schlecht bezahlte Heer mußte aber jahrelang die Härten eine minimalen Löhnung tragen. Es hat selbstverständlich seine Pflicht getan, aber viel berechtigte Unzufriedenheit ist dadurch in die Front getragen. Endlich ist jetzt eine Aufbesserung eingetreten, die dankbar begrüßt ist. Daß diese Aufbesserung aber sofort wieder auf Kosten der besser bezahlten Heeresangehörigen erfolgen soll, ist ein Schritt, zu dem ich, wie gesagt, nicht die Hand reichen kann. Die Maßnahme erscheint mir auch um so weniger berechtigt, als die betreffenden Gehälter im Vergleich zu sonstigen in hoher Stellung befindlichen Männern, namentlich aber mit Rücksicht auf die ungeheure Verantwortung, die sie tragen, nicht zu hoch sind. Anderseits macht die vorgeschlagene Kürzung für das Reich finanziell wenig aus.

2. Ich weiß nicht, wie weit bei Euer Exzellenz Vorschlag parteipolitische Rücksichten mitsprechen, halte aber ein Nachgeben dann erst recht für falsch. Es muß meines Erachtens dem Volk erst noch ganz klar gemacht werden, was es seinen Offizieren und zwar dem aktiven Offizier verdankt. Ich will dabei die Pflichttreue, das Streben, den Willen und den Todesmut der Reserve- usw. Offiziere, der Unteroffiziere und Mannschaften gewiß nicht herabsetzen, sie sind im Gegenteil bewundernswürdig. Aber die Hauptlast des Krieges hat nun doch der aktive Offizier getragen und er ist auch heute noch Führer und Vorbild, ganz abgesehen davon, daß seine Friedensarbeit Volk und Heer zu der Höhe erzogen hat, daß wir jetzt fast der ganzen Welt Widerstand leisten können. Der Kampf unserer inneren und äußeren Feinde gegen den „Militarismus", d. h. den deutschen Offizier, ist nur ein Schlagwort. Wie sie alle wissen, bleibt Deutschland stark, solange der deutsche Offizier bleibt, was er war. Es ist aber durchaus bezeichnend, daß noch niemand sich dazu gefunden hat, das Verdienst des aktiven Offiziers zu betonen, und ich bin auch fest überzeugt, daß spätestens bei Friedensschluß der Kampf gegen den Offizier*) auch in dem Parlament wieder auflebt. Da heißt's meines Erachtens schon jetzt fest bleiben.

3. Eine Härte liegt zweifellos darin, daß Offiziere in gleicher Stellung verschiedenes Gehalt pp. beziehen, indem die nach dem 1. 10. 1916 Beförderten im Gehalt gekürzt sind. Ich habe dieser Kürzung zwar seinerzeit zugestimmt, stehe aber nicht an zu erklären, daß ich inzwischen meine Ansicht geändert habe. Ich halte diese Kürzung für ungerecht und falsch.

4. Euer Exzellenz stimme ich durchaus darin zu, daß das deutsche Volk

*) Dieser Kampf erreichte seinen Höhepunkt in den Revolutionstagen, wo man die Offiziere in schmählichster Weise beschimpfte und entehrte. Später lief man ihnen wieder nach, weil ohne sie Ruhe und Ordnung nicht zu erreichen waren. Und der Offizier vergaß allen Schimpf und tat das, was er für Pflicht hielt. Der Verfasser.

Digitized by Google

sich nach dem Kriege an einfache Lebenshaltung wird gewöhnen müssen. Wenn darin aber schon eine Andeutung liegt, daß die Offiziergehälter verringert werden sollen, so erblicke ich darin eine schwere Gefahr. Zweifellos hat in einzelnen Offizierkorps vor dem Kriege unnützer Luxus geherrscht, aber im ganzen war die Lebenshaltung des Offiziers schon deshalb einfach, weil das Gehalt namentlich für Verheiratete in den unteren Dienstgraden nicht reichte und Privatvermögen überwiegend knapp war. Kürzen wir die Gehälter, so proletarisieren wir das Offizierkorps und hindern die Gründung von Familien. Die Erleichterung der Familiengründung dürfte aber ganz allgemein eine wesentliche Aufgabe der Regierung sein. Dabei ist auch nötig, daß die Offiziere in höheren Stellen die Möglichkeit haben, in bescheidenen Grenzen zu sparen, um ihren Söhnen die Ergreifung eines Berufs und den Töchtern die Möglichkeit zur Ehe zu geben. Daß jetzt ungezählte Töchter höherer Offiziere und Beamten ehelos bleiben, ist mit allen seinen sozialen und moralischen Nebenerscheinungen ein sehr trübes Bild. Es gilt also meines Erachtens von vornherein dafür zu sorgen, daß der Offizier mit seiner Familie die feste Stütze im Staat bleibt. Dazu gehören Gehälter, die bei bescheidenem Leben ausreichen. Ob man gegebenenfalls Junggesellen im Gehalt kürzt und dafür kinderreichen Familien etwa Zuschuß zahlt, dürfte allerdings zu erwägen sein. Die Maßnahmen müßten dann allgemein auch für andere Stände eingeführt werden.

I. A.: gez. Ludendorff.

6.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 81 479 op.

Gr. H. Qu., den 25. 3. 1918.

Zum Schreiben vom 18. 3. 18 I L 4818.

An den Staatssekretär des Reichsschatzamts.

Euer Exzellenz Vorschlag, eine von der Obersten Heeresleitung einzusetzende Kommission mit der Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung der Kriegsausgaben zu betrauen, halte auch*) ich nicht für durchführbar. Die Kommission müßte bei der bundesstaatlichen Verfassung Deutschlands eine so große Zahl von Vertretern der verschiedensten Ministerien und Reichsämter enthalten, daß ein schnelles und ersprießliches Arbeiten schon dadurch ausgeschlossen ist. Abgesehen davon verbietet sich meines Erachtens der Vorsitz durch einen Vertreter der Obersten Heeresleitung schon dadurch, daß die Oberste Heeresleitung als rein ausführendes Organ Seiner Majestät mit der verfassungsrechtlichen Verantwortung vor

*) Das „auch" bezieht sich auf eine Stellungnahme des Kriegsministers.

Digitized by Google

dem Reichstag nichts zu tun hat. Anderseits ist es ganz zweifellos richtig, daß zur Zeit die Oberste Heeresleitung allein die Interessen der gesamten Kriegführung zu Lande und zu Wasser voll übersehen kann und daher auch allein im Stande ist, über Dringlichkeit und Umfang der einzelnen Beschaffungen zu entscheiden. Wenn nun auch zur Zeit alles in erster Linie auf den Krieg eingestellt ist und eingestellt sein muß, so müssen doch die wirtschaftlichen Angelegenheiten (Landwirtschaft usw.) die gebührende Berücksichtigung finden. Auch hierin muß der Obersten Heeresleitung, das heißt letzten Endes Seiner Majestät, eine weitgehende Einwirkung vorbehalten bleiben.

Die Formen, in denen sich dieser Ausgleich bisher vollzogen hat, sind zweifellos nicht verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegt. Schwierigkeiten haben sich aber schon deswegen nicht ergeben, weil einmal die O. H. L. sich dauernd bemüht hat, den Interessen aller einzelnen Stellen nach Möglichkeit nachzukommen und weil anderseits auch die anderen Behörden weitgehendstes Entgegenkommen bewiesen haben. Insbesondere ist mit dem Kriegsministerium über Forderungen, die das Heer betreffen, immer ein enges Zusammenarbeiten vorhanden gewesen, so daß ich eine Änderung dieses Zustandes nicht für erforderlich halte.

Daß es, soweit möglich, nötig ist, unserer Finanzwirtschaft aufzuhelfen, habe ich in wiederholten Schreiben auch an Euer Exzellenz betont. Die Wege sehe ich in erster Linie in Einschränkung der Unternehmergewinne, einer verständigen Rohstoffpreis-Wirtschaft, in der Verhinderung weiterer Lohnsteigerungen, bzw. allmählicher Zurückschraubung zu hoher Löhne und schließlich in der Verhinderung einer weiteren Preissteigerung der Lebensmittel und anderer Gegenstände des täglichen Lebens. Eine Einschränkung des Heeresbedarfs ist selbstverständlich nur in dem Maße möglich, als darunter die Kriegführung nicht leidet. Gleichwohl hat sich im Einverständnis mit dem Kriegsministerium eine Herabsetzung in der Fertigung verschiedener, besonders kostspieliger Gegenstände als möglich erwiesen.

Sollten Euer Exzellenz weitere Besprechungen in dieser Angelegenheit für nötig halten, so bitte ich mich zu benachrichtigen, damit ich einen Vertreter mit Vollmacht entsenden kann.

J. A.: gez. Ludendorff.

7.

Der Reichskanzler (Reichsschatzamt). Berlin W. 66, den 22. 4. 1918.
I. L. 6214.

An den Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Auf das Schreiben vom 25. 3. 1918 — II 81 479 op. — beehre ich mich anliegend eine Abschrift meines in der Frage der Einschränkung der

Digitized by Google

Kriegsausgaben an den Herrn Kriegsminister gerichteten Schreibens zu übersenden. Ich halte die Forderung nach Herabsetzung des Kriegsgeldbedarfs für so dringlich, daß ich von der in meinem Schreiben vom 18. 3. 1918 gegebenen Anregung nicht abzugehen vermag. Wenn dort Bedenken gegen die Übernahme in der Kommission durch einen Vertreter der O. H. L. bestehen, wird sich dies durch eine andere zu erörternde Formgebung der Kommission beseitigen lassen.

Euer Exzellenz sehen in erster Linie den Weg zur Verminderung der Ausgaben in der Einschränkung der Unternehmergewinne, einer verständigen Rohstoffwirtschaft, in der Verhinderung weiterer Lohnsteigerungen bzw. allmählicher Zurückschraubung zu hoher Löhne und schließlich in der Verhinderung einer weiteren Preissteigerung der Lebensmittel und anderer Gegenstände des täglichen Lebens. Das Zutreffende dieser Ansicht wird von mir nicht verkannt, jedoch kann dies allein nicht zum Ziele führen. Notwendig ist nebenher eine Einschränkung der Ausgaben für das Heer, soweit wie sie nicht ein unmittelbares Erfordernis der Kriegsbereitschaft darstellen. Auch dieser Weg muß daher trotz aller Bedenken, die dagegen sprechen mögen, beschritten werden.

Ich gebe zu, daß die Herabsetzung in der Fertigung verschiedener kostspieliger Gegenstände eine Ersparnis herbeigeführt hat. Euer Exzellenz wird es aber ebenso wie mir bekannt sein, daß diesen Ersparnissen auf der anderen Seite infolge von höheren Anforderungen des Kriegsbedarfs Mehrausgaben gegenüberstehen, welche die absolute Ersparnis auf einen Betrag von monatlich 6 bis 9 Millionen M. herabdrücken, der erst zu Beginn des nächsten Jahres sich über diesen Betrag auf 15 bis 20 Millionen M. erheben wird. Es sind das Zahlen, die gegenüber den Gesamtausgaben für das Heer, die sich jetzt schon seit längerer Zeit monatlich auf über 3000 Millionen M. belaufen, als nennenswert und irgendwie ins Gewicht fallend nicht angesehen werden können. Ich möchte daher, wie ich in meinem Schreiben an den Herrn Kriegsminister ausgesprochen habe, nicht den Vorschlag wiederholen, daß die Ausgaben der Heeresverwaltung durch eine Kommission nachgeprüft werden, und werde mir erlauben, sobald die Antwort des Herrn Kriegsministers eingegangen ist, Euer Exzellenz zu bitten, einen Vertreter zur Besprechung dieser Angelegenheit mit mir zu übersenden. Ich will mich dabei auf eine Kommission oder auf mehrere Kommissionen und überhaupt auf die Form nicht festlegen. Kompetenzbedenken und Organisationsschwierigkeiten müssen zurücktreten, wenn es sich um eine für die Kriegführung lebenswichtige Frage handelt.

I. V.: gez. Graf Roedern.

Digitized by Google

Der Reichskanzler (Reichsschatzamt). Berlin, den 22. 4. 1918.
I. L. 6214.
Auf das Schreiben vom 26. 3. 18 — 2076. 3. 18. Z. 2.

An den Kriegsminister.

Euer Exzellenz versprechen sich von dem mir übersandten Erlaß vom 24. 3. 1918 — 296. 18. g. Z. 2 — betreffend Einschränkung der Kriegsausgaben und dem im Anschluß an ihn an die Euer Exzellenz unterstellten Departements und Abteilungen erteilten Befehl zur Prüfung der Frage, welche Weisungen im einzelnen zur Erzielung der Ausgabeneinschränkungen zu geben sind, einen Erfolg für die Verminderung der Kriegsausgaben, den auch ich lebhaft herbei wünsche. Trotz der eindringlichen und ernsten Sprache, die dieser Erlaß spricht, fürchte ich aber, daß er das Schicksal aller vorausgegangenen Verfügungen und Erlasse, die sich in der gleichen Richtung bewegt haben, teilen wird d. h. der Vergessenheit anheimfällt, wenn ihm nicht durch unmittelbare und persönliche Einwirkung der Nachdruck verliehen wird, der allen Verwaltungsstellen den vollen Ernst der Lage vor Augen führt. Diese persönliche unmittelbare Einwirkung erwarte ich von einer Kommission, die in einem gewissen Umfange mit der Machtvollkommenheit ausgestattet sein mag, dort einzugreifen, wo ein Mißstand, eine offensichtlich mit der Notwendigkeit zu sparen nicht erträgliche Auffassung der Kriegsnotwendigkeit zutage tritt. Aber auch dort wird sie in der Lage sein, zur Herabsetzung des Kriegsgeldbedarfs mitzuwirken, wo ein unmittelbarer Eingriff vielleicht an sich nicht zweckmäßig wäre, sondern wo es sich nur darum handelt, das Urteil der verschiedenen Dienststellen zu schärfen, denen Euer Exzellenz Erlaß es anheim gibt, welche Wege zur Erzielung von Ersparnissen einzuschlagen sind.

Die Gefahr, die in einer solchen Kommission zu erblicken wäre, ist, glaube ich, nicht so hoch zu veranschlagen, wie Euer Exzellenz sie fürchten. Es ist ein Mittel, das Euer Exzellenz meines Wissens selbst bei Gelegenheit angewendet haben, als es sich darum handelte, aus den behördlichen und gesellschaftlichen Organisationen Ersatz für die Front auszulesen, das auch der O. H. L. nicht fremd ist und angewandt wurde, um die Einrichtungen hinter der Front einer durchgreifenden Änderung zu unterziehen. War die Anwendung dieses Mittels hier nicht ausgeschlossen, halte ich es trotz Euer Exzellenz Bedenken, die, wie ich nicht verhehlen will, allerdings aus anderen Gründen, auch die O. H. L. geltend gemacht hat, dann nicht für ausgeschlossen, wenn es gilt, die letzten Kräfte des Reichs in finanzieller Beziehung bis zum endlichen Waffensiege zusammenzufassen. Die Heeresverwaltung hat auf verschiedenen Gebieten unter Beiseitelassen aller Kompetenz-Bedenken, wenn es sich um lebenswichtige Fragen der Kriegführung handelte, Organisationen geschaffen, die vortrefflich funktioniert

Digitized by Google

haben. Ich erinnere an den Aufklärungsunterricht, an das Kriegsamt, an die Kontrolle der Vorräte auf dem Lande.

Euer Exzellenz nehmen die alleinige Verantwortung für die Schlagfertigkeit des Heeres für sich in Anspruch. Es dürfte jedoch zuzugeben sein, daß die O. H. L. infolge ihrer Übersicht über die Interessen der gesamten Kriegführung zu Wasser und zu Lande einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Beurteilung von Dringlichkeit und Umfang der Beschaffungen nimmt und auch auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten einwirkt. Wenn sich der Ausgleich dieser beiderseitigen Interessen durch Unterordnung unter das gemeinsame Ziel reibungslos vollzogen hat, hoffe ich, daß auch das Interesse meines Ressorts, das dasselbe Ziel anstrebt, in der gebührenden Weise Berücksichtigung findet.

Ich unterlasse es, hier auf alle Fälle hinzuweisen, die es mir immer wieder vor Augen rücken, daß die finanziellen Interessen trotz aller Vorstellungen nicht in dem Maße gewürdigt werden, wie es selbst mit hohen Anforderungen an die Kriegsbereitschaft verträglich wäre. Ich erinnere nur an die Ausdehnung der Presseämter und der Kriegsamtsstellen mit Kriegswirtschaftsstellen, die Ausgaben für den Propagandadienst, die ständig wiederkehrenden Forderungen für Einrichtungen, die weit in den Frieden hinein, wenn nicht nur in ihm wirksam werden. Ich unterlasse es auch, weil ich in der Beziehung von Euer Exzellenz Erlaß eine Änderung erhoffe, Beispiele anzuführen, aus denen ich ersehen mußte, daß die Anschauung „das Geld spiele im Kriege keine Rolle" trotz häufiger Mahnungen nicht durchweg aufgegeben ist. Alles führt mich zu der Überzeugung, daß mit gewöhnlichen Mitteln nichts erreicht wird, daß es notwendig ist, jedes Bedenken gegen eine Maßnahme zurückzustellen, die eine Wandlung, wenn nicht sicher bringt, so doch erhoffen läßt.

Außerordentliche Verhältnisse gestatten nicht nur, sie fordern außerordentliche Mittel. Deshalb bedaure ich meinerseits ebenfalls, nicht von meinem Vorschlage der mündlichen Erörterung der Frage abgehen zu können. Euer Exzellenz darf ich daher wiederholt ergebenst ersuchen, sich zu einer gemeinsamen Besprechung mit mir und einem Vertreter der O. H. L. bereitfinden zu lassen.

J. V.: gez. Graf Roedern.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 11. 5. 1918.
II Nr. 8102 geh. op.

Zu 1667/4. 18 B. 4a vom 4. 5. 18.

An den Kriegsminister.

Zu meinem Bedauern kann ich auch jetzt noch nicht meine Zustimmung zur Herabsetzung der Einkünfte der höheren Offiziere geben.

Digitized by Google

1. Die Kosten für die Lebenshaltung steigen dauernd; sie werden auch nach dem Kriege sehr hoch bleiben. Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir bei den Friedensgehältern, wie sie vor dem Kriege waren, stehen bleiben. Wir werden sie unbedingt ganz wesentlich erhöhen müssen, wenn wir unseren Offizieren in auch nur sehr bescheidenem Maße ein auskömmliches Dasein sichern wollen. Eine solche Heraufsetzung aber erschweren wir ganz außerordentlich, wenn jetzt die Kriegsbezüge herabgesetzt werden.

2. Die Einkünfte in den freien Berufen, die sich in ihrer gesellschaftlichen Stellung dem Offizierkorps nähern, besonders aber in den Bank- und Industriekreisen, sowie bei allen Arbeitern haben eine dauernde, starke Steigerung erfahren. Es ist sich jeder darüber klar, daß eine Herabsetzung wünschenswert wäre. Es ist aber nicht nur nicht gelungen, eine Verringerung herbeizuführen, sondern es ist, wie mir neuerdings wieder vom Staatssekretär des Kriegswirtschaftsamts bestätigt wird, unter dem Druck der Rüstungsindustrie eine weitere Steigerung sehr wohl möglich. Das ist eine Kette ohne Ende. Bei solcher Sachlage kann nicht einseitig an die Herabsetzung der Offiziergehälter herangegangen werden. Sonst tritt eine Verschiebung in den gesellschaftlichen Schichtungen ein, die wir vor den deutschen Offizieren nicht verantworten können.

3. Weitere Gründe sind in meinem Schreiben II Nr. 74 785 I. u. II. Ang. v. 9. 1. u. 20. 2. enthalten.

Euer Exzellenz schlage ich vor, dem Herrn Reichsschatzsekretär mitzuteilen, daß aus obigen grundsätzlichen Bedenken in eine Herabsetzung der Offiziergehälter nicht gewilligt werden kann. Die vom Staatssekretär des Reichsschatzamts angegebenen Beispiele für Ersparnisse einzelner höherer Offiziere sind ohne nähere Unterlagen wertlos. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um vermögende oder unverheiratete bzw. alleinstehende Offiziere handelt. Außerdem aber haben sich die Verhältnisse dauernd verschlechtert. Wenn in den ersten Zeitabschnitten des Krieges einzelne höhere Offiziere vielleicht Ersparnisse machen konnten, so ist das, auch im Felde, jetzt sicher nicht mehr in nennenswertem Maße der Fall. Einen Einfluß auf die Gesundung der Reichsfinanzen kann außerdem die von Euer Exzellenz vorgeschlagene Maßnahme wegen der Geringfügigkeit der Ersparnisse gar nicht haben. Eine solche Gesundung kann nur eintreten, wenn wir endlich an eine einschneidende Verringerung der Kriegsgewinne, an eine Verbilligung der Gegenstände des täglichen Bedarfs und an eine Stockung in der Lohnbewegung herangehen.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

8.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 6. 6. 1918.
II Nr. 88 209 op.

An den Kriegsminister.

Euer Exzellenz habe ich in meinem Schreiben vom 11. 5. 1918 II Nr. 8102 geh. op. mitgeteilt, daß ich die von Euer Exzellenz erbetene Zustimmung zu einer Herabsetzung der mobilen Gehälter der höheren Offiziere nicht geben könne, weil — außer anderen Gründen — bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Heimat eine Heraufsetzung der Offiziergehälter im Frieden unausbleiblich sein werde, eine solche Heraufsetzung aber erschwert werden würde, durch eine jetzt stattfindende Herabsetzung. Neuerdings ist mir fraglich geworden, ob wir mit einer solchen Heraufsetzung der Gehälter bis zum Friedensschluß werden warten können.

Aus dem zwischen den beteiligten Reichsbehörden und der O. H. L. gepflogenen Schriftwechsel (vgl.)

Reichswirtschaftsamt	I. A. F. 2756 v. 4. 5. 1918.
Kriegsministerium	33. 18. geh. B. 4. v. 12. 2. 1918.
Reichsschatzamt	VI 5146 I v. 6. 12. 1917.
	J. L. 2258 v. 24. 2. 1918.
	J. L. 6214 v. 22. 4. 1918.
Ch. d. Gen. St. d. Feldh.	II Nr. 72 467 op. v. 8. 12. 1917.
	II Nr. 74 785 op. v. 9. 1. 1918.

über eine Verbilligung des täglichen Lebens durch starke Herabsetzung der Kriegsgewinne, Verringerung der Kosten für Gegenstände des täglichen Bedarfs, sowie eine daran anschließende Herabsetzung der Löhne glaube ich entnehmen zu müssen, daß nach Ansicht der Reichsbehörden nicht nur nicht mit einer Verbilligung des Lebens für absehbare Zeit zu rechnen ist, sondern daß sogar ein weiteres Steigen der Löhne nicht zu vermeiden sein wird. Auch nach den Berichten der stellvertretenden Generalkommandos vom 3. 5. haben die Lohnbewegungen keinesfalls abgeschlossen; aus ihnen geht vielmehr hervor, daß seitens der Arbeitervertretungen unablässig in der Richtung einer Erhöhung der Löhne gedrückt wird und daß die Unternehmer leicht geneigt sind, diesem Druck nachzugeben; sie wollen Streiks vermeiden, und die Kosten tragen in Kriegszeiten ja nicht sie, sondern letzten Endes der Staat." Aus den gleichen Berichten geht aber auch hervor, daß die Steigerung der Preise für Kleidung, Schuhe und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs bislang nicht gehemmt worden ist; Wahrnehmungen unmittelbarer Art bestätigen mir, daß die Preise erneut erheblich gestiegen sind.

Digitized by Google

Mit diesen Erscheinungen ist zwangsmäßig eine ganz außerordentliche Verteuerung des Lebens verbunden. Ich bedaure, daß sie nicht hat vermieden werden können, und ich halte es nach wie vor für eine unserer ernstesten Aufgaben, die Kosten für den Lebensunterhalt minderbemittelten Personen — und das sind bei der augenblicklichen Lage vor allem die Festbesoldeten — wieder erschwinglich zu machen. Für das Feldheer hat diese Frage eine ganz besondere Bedeutung; seine Angehörigen haben keinen Anteil an Kriegsgewinnen und Lohnsteigerungen, im Gegenteil haben viele in ihrer wirtschaftlichen Stellung erhebliche Einbuße erlitten; anderseits aber sind sie diejenigen, die für die Allgemeinheit ganz unvergleichlich mehr leisten, als die Daheimgebliebenen. Da ist es unerträglich, daß gerade sie bei Friedensschluß einer wirtschaftlichen Not gegenüberstehen sollen. Eine solche Entwicklung m u ß aus Gründen der Gerechtigkeit verhindert werden. Welche Wege hierzu zu beschreiten sind, will ich hier nicht erörtern. Feststehend scheint mir nur zu sein, daß die von uns bisher angewandten Mittel nicht zum Ziel geführt haben.

Unabhängig aber von diesen Zukunftsaufgaben handelt es sich zunächst einmal darum, den jetzt eingetretenen Zuständen Rechnung zu tragen. Sie sind derart, daß die unbemittelten Offiziere und Unteroffiziere in der Heimat — und mit ihnen wohl die meisten Festbesoldeten — sowie besonders die Offizierwitwen und Waisen von den im Kriege Gefallenen in eine derartige Lage gekommen sind, daß man von einem Notstand sprechen muß. Ich halte daher schon jetzt eine Heraufsetzung der Offiziergehälter (Friedens- bzw. immobile Gehälter), sowie der Offizier- und Witwenpensionen für notwendig. Ein Aufschub bis zur Friedenszeit ist bei den eingetretenen Zuständen nicht möglich. Ich möchte dabei betonen, daß eine solche Erhöhung auch notwendig bleibt, wenn es gelingen sollte, den Lebensunterhalt erheblich zu verbilligen, denn die Unterhaltungskosten werden sich auch dann wohl sicher nicht auf den Grad, wie er vor dem Kriege bestand, senken lassen.

Vom finanzpolitischen Standpunkt werden gegen diesen Vorschlag erhebliche Bedenken geltend gemacht werden. Sie müssen zurücktreten. Es geht nicht an, daß wir aus der allgemeinen Entwertung des Geldes nicht die Folgen für die staatlich Besoldeten ziehen.

Offizierkorps und Beamtenschaft haben in diesem Kriege ihre Pflicht überreich erfüllt. Das Volk schuldet ihnen Dank, und wenn letzterer auch nicht mit Geld aufgewogen werden kann, so ist doch zum mindesten zu verlangen, daß die treuesten Stützen des Staates nicht in bittere Not geraten.

gez. v. Hindenburg.

Digitized by Google

9.

Minister des Innern. Berlin, den 28. 6. 1918.
IId Nr. 1460.

Eigenhändig!

An den Kriegsminister.

Nachrichten, die dem hiesigen Polizeipräsidenten auf vertraulichem Wege zugegangen sind, besagen, daß die beabsichtigte Herabsetzung der Löhne im Rüstungsgewerbe unter den Arbeitern Gewitterstimmung erzeugt habe und daß diese Herabsetzung geeignet sei, die Zurückhaltung, die von der Arbeiterschaft bisher trotz der Verkürzung der Brotmenge, der Lebensmittelteuerung und der Verzögerung der Entscheidung in der Wahlrechtsfrage gezeitigt sei, zu vernichten. Die Verkürzung der Löhne sei ein geeigneter Werbestoff für alle, die im Trüben fischen wollen, und es sei deshalb die Gefahr vorhanden, daß es bei Durchführung einer solchen Kürzung über den Kopf der Partei- und Gewerkschaftsleitungen hinweg zu Unruhen und Ausständen kommen könne, zumal von Österreich aus äußerlich ein Anstoß dazu gegeben werde.

Die Beurteilung der Lage muß ich als zutreffend bezeichnen. Ohne mich über die Berechtigung und Notwendigkeit einer Lohnverkürzung bei der Heeresindustrie an sich auszusprechen, müßte ich die Durchführung einer etwa geplanten Lohnherabsetzung unter den gegenwärtig aufs äußerste gespannten Verhältnissen als eine höchst gefährliche Maßnahme ansehen, die geeignet wäre, die Stimmung der arbeitenden Bevölkerung aufs ungünstigste zu beeinflussen. Um den zu befürchtenden nachteiligen Wirkungen vorzubeugen, erscheint es mir daher dringend geboten, daß von den beteiligten Stellen einer Verwirklichung der etwa in dieser Beziehung bestehenden Absichten in der nächsten Zeit mit allem Nachdruck entgegengewirkt wird.

Einer geneigten Mitteilung über die dortige Stellungnahme darf ich ergebenst entgegensehen.

Dem Herrn Reichskanzler (Reichskanzlei) und dem Herrn Chef des Generalstabes des Feldheeres habe ich Abschrift dieses Schreibens übersandt.

J. A.: Ludendorff.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 2. 7. 1918.
II Nr. 9043 geh. op.

Zum Schreiben vom 28. 6. 18 IId Nr. 1460.

An den Minister des Innern.

Euer Exzellenz darf ich auf das vorangezogene Schreiben ergebenst folgendes erwidern:

Digitized by Google

1. Es ist mir unverständlich, wie die im engsten Kreise, in dem nur Vertreter der Regierung und der O. H. L. zugegen waren, gepflogenen Verhandlungen hinsichtlich einer Lohnherabsetzung haben in die Öffentlichkeit gelangen können. Hier liegt ein grober Vertrauensbruch vor, dem meines Erachtens nachzugehen wäre.

2. Seitens der O. H. L. ist früher ein allmählicher Abbau der Löhne gefordert, weil das Mißverhältnis zwischen den Löhnen in der Heimat und der Löhnung des Soldaten an der Front eine schreiende Ungerechtigkeit ist und starke Verstimmung erzeugt hat. Es wurde aber auf die Stimmung des Heeres, das seine Pflicht und Schuldigkeit tut, weniger Rücksicht genommen wie auf die Stimmungen der Arbeiter bzw. ihrer Vertreter, die einfach mit Nichterfüllung ihrer Pflichten und Unruhen drohen.

Gewiß hätte ich es auch gern gesehen, wenn die finanziellen Lasten — auch die hohen Unternehmergewinne — vermindert und dadurch schwere Sorgen für die Zukunft eingeschränkt wären, aber das ist allein Sache der Reichsregierung und des Reichsschatzamtes. Ob die Regierung aber tatsächlich aus Sorge vor etwaigen Arbeiterunruhen zu irgendwelchen Maßnahmen sich veranlaßt sehen könnte, die mit dem Staatswohl nicht in Einklang stehen, vermag ich nicht zu glauben.

Wie der Unbotmäßige an der Front mit voller Strenge des Gesetzes erfaßt wird, so ist nach meiner Ansicht auch gegen jeden in der Heimat vorzugehen, der seine Pflicht verletzt und damit — ich kann es nicht anders bezeichnen — Landesverrat begeht. Die Mittel dazu haben wir jedenfalls in der Hand, und Zurückweichen würde letzten Endes einer Niederlage der Regierung gleichkommen.

Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß unsere Arbeiterschaft in der Masse viel zu vernünftig und viel zu patriotisch denkt, um durch ihren Eigensinn das Ende des Krieges aufs Spiel zu setzen. Die Regierung ist jedenfalls in der Lage, ihren Willen durchzusetzen. Allerdings müßte durch verständige Aufklärung unser Volk und insbesondere die Arbeiter über den ganzen Ernst der Lage belehrt werden. Ich zweifle nicht, daß dann jeder seine Pflicht tun wird. Eine solche Belehrung braucht durchaus nicht der Schwarzseherei Vorschub zu leisten. Ich glaube, daß die Art und Weise, wie die Staatsmänner der Entente wirken, auch für uns in manchem vorbildlich sein könnte.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

10.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 26. 7. 1918.
Ic/II Nr. 93 101 op.

An den Kriegsminister.

Auf Euer Exzellenz Telegramm beehre ich mich, folgendes zu erwidern: Ich halte eine allgemeine Erhöhung für alle bei mobilen Truppenteilen befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften für sofort erforderlich.

Es ist uns nicht gelungen, der allgemeinen Teuerung zu steuern; sie ist vielmehr noch in dauerndem Steigen begriffen. Die Folge ist, daß der einfache Mann an der Front nicht mehr in der Lage ist, sich Genußmittel usw. auch nur in bescheidenstem Maße zu erstehen. Das drückt auf Stimmung und Leistung und muß verbittern. Ein Vergleich mit der Heimat lehrt den Frontsoldaten, daß seine Standesgenossen in der Heimat, fern von aller Gefahr für Leben und Gesundheit, zum großen Teil Löhne beziehen, die ihnen eine manchmal fast üppige Lebensführung erlauben, und daß die Kriegsgewinne noch immer fast unglaubliche Höhen erreichen, während er selbst sein Leben dauernd für den Dienst der Allgemeinheit einsetzen, große Anstrengungen und Entbehrungen erdulden muß und dabei nicht einmal in der Lage ist, sich die einfachsten Freuden zu gönnen. Dieser Zustand ist unerträglich, wir müssen ihn baldigst ändern. Eine Heraufsetzung der Bezüge um wenige Mark würde die Mißstände keineswegs beseitigen. Ich halte eine Heraufsetzung aller Löhnungen um mindestens 20 M. monatlich für erforderlich. Eine Beschränkung der Löhnungserhöhung auf einen Teil des Feldheeres halte ich für ausgeschlossen und durch die Verhältnisse auch in keiner Weise für gerechtfertigt. Inwieweit beim Besatzungsheer eine Erhöhung eintreten muß, darf ich Euer Exzellenz Urteil überlassen.

Wenn die Löhnungserhöhungen beim Feldheer eine Vermehrung der mobilen Bezüge der unteren Offiziergehälter zur Folge haben müssen, so werde ich das nur begrüßen, denn auch unsere Subalternoffiziere in der Front befinden sich, soweit sie verheiratet sind, schon seit langem nicht mehr in auskömmlicher Lage.

Außerdem darf ich auf folgendes hinweisen:

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hat am 13. 7. bei der Schlußsitzung des Reichstages erklärt, daß für den Herbst die Bewilligung einer wirksamen Teuerungszulage für die Beamten beabsichtigt sei. Ich nehme es als selbstverständlich an, daß diese Erhöhung der Bezüge sich auf die immobilen Offiziere, wie ich sie bereits in meinem Schreiben vom 6. 6. II Nr. 88 209 op. beantragt habe, ausdehnen wird. Ein einseitiges

Digitized by Google

Vorgehen zugunsten der Beamten wäre meines Erachtens unmöglich und von den obersten Stellen des Heeres wohl nicht zu verantworten.

Die in dem obigen Schreiben ferner gemachten Vorschläge auf Erhöhung der Offiziers- sowie Witwen- und Waisenpensionen wiederhole ich bei diesem Anlaß. Ich halte solche Erhöhungen für dringlich und ganz unvermeidlich. Die Gründe habe ich in dem genannten Schreiben dargelegt.

Ich bin mir voll bewußt, daß eine Durchführung dieser Maßnahmen eine weitere starke Belastung der Reichsfinanzen darstellt. Das darf uns aber unter keinen Umständen hindern, die Folgerungen für die Armee aus der allgemeinen Entwertung des Geldes zu ziehen. Es geht nicht an, daß die Armee darbt, wenn in der Heimat ungeheure Gewinne erzielt werden, die Löhne sich verdoppeln und verdreifachen und das Geld geradezu auf der Straße liegt.

gez. v. Hindenburg.

Digitized by Google

IV. Kriegswirtschaft, Beschaffungsfragen.

(Hindenburg-Programm.)

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

(Nur die numerierten Schreiben sind im Wortlaut abgedruckt.)

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 46581 op. 6. 2. 17	K. M., Wumba, K. R. A., Landw. Min., Min. d. öff. Arb.	Steigerung der Waffen- und Munitionsbeschaffung verlangt Änderung bisheriger Richtlinien. Ausnutzung vorhandener Fabrikanlagen, Fertigstellung von Neuanlagen, Zurückstellung aller Bauten, die erst 1918 liefern können, ausgenommen Fabriken für Düngemittel und Ersatzfutter.
2.	II Nr. 46582 op. 16. 2. 17	K. M., K. R. A., Kriegsamt, Min. d. öff. Arb.	Mit Rücksicht auf den Stahlmangel müssen für die Dringlichkeit der Lieferungen zeitlich und sachlich besondere Festsetzungen getroffen werden.
3.	II Nr. 48032 op. 21. 2. 17	G. G. Belgien, G. G. Warschau	Beschleunigte und umfassende Zurückführung der Sparmetalle muß unbedingt gefördert werden.
—	II Nr. 53678 6. 4. 17	G. G. Belgien	Kupfer- und Zinkmangel. Beschleunigung der Sammlung und Rückführung von Altkupfer durchführen. Prüfung erbeten, ob Möglichkeit vorhanden, auf die Zinkvorräte zurückzugreifen.
4.	II Nr. 54873 op. 9. 5. 17	Kriegsamt, K. M., Wumba, K. R. A.	Folgen der Verkehrsstockung, langer Frost und Änderung der Kriegslage läßt Einschränkung des Bautenprogramms nötig erscheinen. Prüfung erbeten.
5.	II Nr. 60050 op. 23. 6. 17	K. M., (Kriegsamt)	Erfüllung des Flugzeugprogramms in voller Höhe nötig. Förderung des Ersatzes von Gummi durch synthetischen Gummi mit allem Nachdruck erforderlich.
—	II Nr. 60765 27. 7. 17	Chef des Admiralstabes	Durchführung des Flugzeugprogramms macht Einstellen des Luftschiffbaues erforderlich. Großer Bedarf an Aluminium. (Herabsetzung der Ersatzbauten von 12 auf 6 jährlich zugegeben.)
6.	II Nr. 67666 op. 27. 10. 17	Kriegsamt, Vizekanzler, R. W. A., Min. d. öff. Arb., Feld-Eisb. Chef, Reichskohlenkomm.	Mangel an Hartstahl. Abhilfe: Steigerung der Produktion, Zurückgreifen auf Kontingent für Eisenbahn zugunsten Geschoßhüllenerzeugnis. Erhöhung der gesamten Stahlproduktion. Belehrung der Firmen. Sicherung der Kohlenlieferung. Hebung der Transportschwierigkeiten. (Einschränkung des Personenverkehrs, Lösung der Entlade- und Abtransportschwierigkeiten.) Zusammenarbeiten aller beteiligten Stellen.
7.	II Nr. 69986 op. 12. 11. 17	Kriegsamt	Einheitlichkeit in der Beschaffung nicht erreicht. Mehrere Beschaffungsstellen bestellen bei derselben Fabrik gleichzeitig Gegenstände als dringlich. Oberaufsicht über alle Beschaffungen beim Kriegsamt nötig. Kriegsamt muß letzten Endes Entscheidung treffen. Abhilfe nötig.
8.	II Nr. 6474 geh. op. 10. 2. 18	Kriegsamt, Reichsmarineamt, Min. d. öff. Arb.	In der Bewertung der Dringlichkeit steht zur Zeit die Stahlerzeugung in erster Linie für das Munitionsprogramm wie für Ausbau der Eisenbahnen. Erhöhte Bedeutung des U-Bootbaus. Angabe der Dringlichkeit der verschiedenen Gegenstände.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
9.	II Nr. 81125 op. 18. 3. 18	Kriegsamt, Kriegsmin.	Lage der Kriegswirtschaft in den letzten Monaten ungünstiger. Abnahme der Produktion durch Transportschwierigkeiten. Abhilfe 1. durch Hebung der Transportschwierigkeiten, 2. durch Sicherstellung der Produktion der besonders wichtigen Gegenstände, 3. durch Einschränkung der Produktion weniger wichtiger Gegenstände.
—	II/Ic Nr. 83354 27. 4. 18	An die Kommandobehörden bis Divisionen	Eingehende Anweisung für sparsamen Verbrauch und richtige Verwaltung sämtlichen Materials aller Art. Verwendung der Beute, sorgsame und geregelte Sammeltätigkeit für alle irgendwie brauchbaren Gegenstände.
—	II Nr. 85305 op. 5. 5. 18	Kriegsamt	Einverständniserklärung mit dem durch Besprechung vom 28. u. 29. 4. festgesetzten Leistungsprogramm des Wumba. Nochmaliger Hinweis auf die außerordentliche Tragweite einer ausreichenden Munitionsbereitstellung (siehe S. 105/106).
—	II Nr. 86895 op. 22. 5. 18	Kriegsamt, Oberost, Hgr. Eichhorn, Feld-Eisb. Chef	Neben Sparsamkeit im Verbrauch Maßnahmen zur Vermehrung der Betriebsstoffmengen von größter Bedeutung. (Steigerung der rumänischen Produktion und der Zuwendung aus Galizien, Erhöhung der Benzolproduktion, Naphthalinverwertung für Sprengstoffe.) Heimische Kriegswirtschaft erleidet schwere Einbuße, wenn Maßnahmen nicht beschleunigt durchgeführt werden.
10.	II Nr. 9189 geh. op. 10. 7. 18	Kommandobehörden bis Divisionen	Orientierung über die für die Kriegführung zur Zeit wichtigsten wirtschaftlichen Fragen. 1. Betriebsstoffe (Bedarf, Bezugsquellen, Hinweis auf sparsamen Verbrauch). 2. Arbeitskräfte (volle und planmäßige Ausnutzung). 3. Ernährungsfrage (Stand der Ernte in der Heimat, volle Ausnutzung der Ernte im besetzten Gebiet).
—	II Nr. 10917 geh. op. 19. 10. 18	Reichskanzler, Reichsschatzamt, Reichswirtschaftsamt, Kriegsmin., K. R. A.	Ausreichende Versorgung von Heer und Marine mit Betriebsstoffen von ausschlaggebender Bedeutung. Hinweis auf Abhängigkeit von den rumänischen Zufuhren. Anspannung der Heimat dringend erforderlich zur Ausbeute aller für Ersatz in Frage kommenden Verfahren.
11.	—	—	Munitionsversorgung.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 6. 2. 1917.
II Nr. 46581 op.

An das Kriegsministerium, Kriegsamt usw.

Die in der Steigerung der Waffen- und Munitionsbeschaffung eingetretenen Stockungen machen es für die nächste Zeit nötig, die bisherigen Richtlinien dafür zu ändern. Ich fasse die für die nächste Zeit, d. h. bis zur Besserung der Verkehrsverhältnisse, geltenden Grundsätze kurz, wie folgt, zusammen.

Digitized by Google

1. In erster Linie gilt es, die vorhandenen Fabrikanlagen auszunutzen. Insbesondere ist der volle Betrieb für alle Fabriken, die Treibmittel, Sprengstoffe und Gaskampfstoffe herstellen, aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit zu erhöhen. Es ist wichtiger, in wenigen Monaten auf die 1½fache Leistung unserer jetzigen Pulver- usw. Fertigung zu kommen, als im Spätjahre das Vollprogramm durchzuführen.

2. Neuanlagen und neue Fabriken, die so weit vorgeschritten sind, daß sie im Frühjahr in Betrieb treten können, sind möglichst ohne Verzögerung fertigzustellen. Dies gilt besonders für Fabriken, die Pulver, Sprengstoffe und Gaskampfstoffe bzw. die Grundstoffe dazu herstellen.

3. Fabriken usw., die erst spät, d. h. im Sommer oder Herbst d. J., liefern können, treten zurück, bis die Besserung der Lage ihre Fertigstellung gestattet.

4. Fabriken, die erst 1918 liefern können, können einstweilen ganz zurückgestellt werden.

5. Unabhängig von Vorstehendem (zu 1 bis 4) bleiben die Fabriken für Düngemittel und Ersatzfutter mit möglichstem Nachdruck herzustellen, auch wenn sie erst für 1918 voll wirksam werden.

6. Im übrigen werde ich auf Einzelheiten hinsichtlich der Pulverfrage und der Stahlverteilung in besonderem Schreiben zurückkommen.

J. A.: Ludendorff.

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 46 582 op.

Gr. H. Qu., den 16. 2. 1917.

An das Kriegsministerium, Kriegsamt usw.

Auf Vortrag des von mir entsandten Vertreters erkläre ich mich für die nächste Zeit mit Rücksicht auf den bestehenden Stahlmangel einverstanden, daß für die Dringlichkeit der Lieferung zeitlich und sachlich besondere Festsetzungen getroffen werden. Hinsichtlich der zeitlichen Festsetzung verweise ich auf mein Schreiben vom 6. 2. 17 II Nr. 46 581 op., das die allgemeinen Grundsätze enthält. Im einzelnen bemerke ich:

1. Der Stahlmangel bringt es mit sich, daß die erstrebte Höchstfertigung allgemein später, als vorgesehen, erreicht wird. Ich bitte jedoch, daß Verzögerungen bei folgenden Gegenständen jetzt und für die Folge nicht eintreten:

1. Lokomotiven,
2. Maschinengewehre,
3. Flugzeuge,

Digitized by Google

4. Hindernisdraht,
5. Einrichtungen für Pulver- und Sprengstoffabriken, soweit sie in nächster Zeit fertig werden, desgl. für Fabriken von Düngemitteln und Ersatzfuttermitteln.

Sachlich halte ich etwa folgende Dringlichkeitsklasse für die nächste Zeit angezeigt:

I. Klasse. (Für sie ist Stahl in der angeforderten Höhe in vollem Umfang bereitzustellen.)

Lokomotiven und Maschinengewehre, entsprechend der augenblicklichen Fertigungsmöglichkeit.

Geschoßhüllen, Minenhüllen und Abwurfbomben, entsprechend den Zahlen des monatlichen Munitionsprogramms der O. H. L. und entsprechender Vorrat bzw. den besonderen Forderungen der O. H. L.

U-Boote gemäß Bauprogramm und Reserveteile für Reparaturen.

Infanterie-Schilde und -Helme nach Fertigungsmöglichkeit.

Hindernisdraht 6000 t pro Woche. Walz- (glatter) Draht 6000 t pro Woche, Ausland zugesagter Betrag.

Eisenbahn-Oberbaumaterial, gemäß vereinbarter Anforderung.

Geschütze nach Maßgabe der terminmäßig möglichen Fertigstellung.

Apparatur und Baustoffe für die neuen Fabriken für Pulver, Sprengstoffe, Gaskampfstoffe, Dünge- und Ersatzfuttermittel.

II. Klasse. (Bei ihr sind Einschränkungen nötig nach Maßgabe des verbleibenden Rohstahlrestes.) Alle Fahrzeuge (einschl. Kraftwagen, Panzerwagen, alle unter I nicht genannten Fabrikanlagen — soweit sie vorläufig nicht ganz fortfallen —, gemäß Klasse III), alle übrigen Heeresbedürfnisse.

III. Klasse (fällt vorläufig ganz weg).

Stahl für Fabriken, die erst im Herbst oder später 1917 zu arbeiten anfangen können.

Handelsschiffbau.

Alle sonstigen Bauten.

Im einzelnen ist noch hinzuzufügen:

a) Abweichungen in einzelnen Fällen können nötig werden, z. B. kann der Bedarf an Hufnägeln, Stollen usw. plötzlich und absolut dringend auftreten.

b) Besonderer Klärung bedürfen die Fertigungen der Marine. Ich bitte darauf hinzuwirken, daß zunächst völlige Klarheit geschaffen wird. Alle nicht dem U-Bootskrieg mittelbar oder unmittelbar dienenden Beschaffungen müssen restlos zurücktreten. Aber auch die ihm nur mittelbar dienenden Beschaffungen müssen unter Umständen ein-

Digitized by Google

geschränkt werden. Wenn dadurch vorübergehend Schiffsbauarbeiter brachliegen, so ist dies meines Erachtens nicht schwerwiegend. Es wird zu prüfen sein, ob diese nicht anderweit beschäftigt werden können, bis sie für Reparaturen usw. an Schiffen gebraucht werden. Im übrigen bleibt die baldige Erhöhung der Eisen- und Stahlproduktion dringend. Die notgedrungen zugestandenen Beschränkungen dürfen nicht dazu führen, daß die jetzige verringerte Produktion etwa für ausreichend erachtet wird. Es ist im Gegenteil keine Frage, daß das Sinken der Produktion Zustände geschaffen hat, die die Operationsfreiheit des Feldheeres erheblich beschränkt und jetzt ihre schädlichen Einflüsse auch auf die Marine und die Heimat auszudehnen droht.

J. A.: Ludendorff.

3.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 21. 2. 1917.
II Nr. 48 032 op.

An 1. General-Gouverneur in Belgien,
2. General-Gouverneur in Warschau.

Das Kriegsamt teilt mir mit, daß der Mangel an Sparmetallen zunimmt, und daß daher restlose Ausnutzung aller Hilfsquellen geboten ist.

Als solche kommen nach Lage der Dinge in erheblichem Umfange die Gebiete des General-Gouvernements in Frage. Es ist mir bekannt, daß Euer Exzellenz die Mobilmachung der Sparmetalle bereits in dankenswerter Weise zugesagt und eingeleitet haben. Trotzdem bitte ich Euer Exzellenz mit Rücksicht auf die große militärische Dringlichkeit der Angelegenheit, die beschleunigte und umfassende Zurückführung der Sparmetalle möglichst zu fördern.

gez. v. Hindenburg.

4.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 9. 5. 1917.
II Nr. 54 873 op.

An Kriegsamt.

Die Folgen der Verkehrsstockungen, der langandauernde Frost und die Veränderung der Kriegslage bedingen Änderungen der im Schreiben vom 6. 2. 1917 II Nr. 46 581 op. niedergelegten Richtlinien. Es muß unbedingt Eisen und Stahl freigemacht werden für Draht, Minen, Rundeisen und Feinbleche. Dies ist nur durch Herabsetzung des für Neubauten angesetzten Eisens möglich, das angeblich noch monatlich 60 bis 70 000 ts beträgt. Hierzu muß die Bautenprüfstelle in Verbindung mit K. R. A.

Digitized by Google

feststellen, welche Neubauten eingestellt werden müssen. Es werden insbesondere die Neubauten nach Ziffer 3 und 4 in Betracht kommen. Auch die Neubauten nach Ziffer 5 müssen nötigenfalls eingeschränkt oder verzögert werden. Vor Auflösung der hierdurch hinfälligen Verträge darf nicht zurückgeschreckt werden.

Ich bitte mir mitzuteilen, auf welche Steigerung der Fertigungsziffern an den hauptsächlichsten Arten von Kriegsgerät ich alsdann mit Sicherheit noch rechnen kann. Größte Ausnutzung der bestehenden bzw. in Kürze fertig werdenden Fabrikanlagen ist selbstverständlich. Die durch Einschränkung der Bauten usw. frei werdenden Arbeiter bitte ich dem Heere zuzuführen. Auf diese Weise werden sich durch Austausch am schnellsten Kohlenarbeiter freimachen lassen. Über Kohlenförderung folgt besonderes Schreiben.

J. A.: gez. Ludendorff.

5.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 23. 6. 1917.
II Nr. 60 050 op.

Kriegsministerium (Kriegsamt).

Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß das Flugzeugprogramm in möglichst großer Höhe erfüllt wird. Die Benzinlage darf bei der Unsicherheit der zukünftigen Produktion m. E. kein Grund zur Verringerung des Programms sein. Ich bitte um Nachricht, ob mit Österreich bereits über Rückkauf des an Österreich überlassenen Anteils der rumänischen Produktion in Verbindung getreten ist. Beim Gummi bitte ich mit allem Nachdruck den Ersatz durch synthetischen Gummi zu fördern. Es wäre auch zu prüfen, ob die Marine ihren Bedarf an Rohgummi noch herabsetzen kann. Betr. Kupfer, Zinn und Aluminium bitte ich nochmals zu prüfen, wo Ersparnisse möglich sind, wie sich die Produktion steigern läßt und welche Maßregeln noch zu treffen sind, um vorhandene Vorräte — namentlich in den besetzten Gebieten — zu erfassen.

Die Unsicherheit des Nickelersatzes durch Chrom wird in Kauf genommen, ebenso der Ausfall von Nickel für Brustpanzer. Ich wiederhole, daß eine ausreichende Vermehrung unserer Flugzeuge im Frühjahr 1918 von mitentscheidender Wichtigkeit ist, und bitte, alle Vorkehrungen so zu treffen, daß der Bau von 2000 Flugzeugen und 2500 Motoren monatlich möglich ist, sobald die Rohstofflage sich durch die angegebenen Maßregeln bessert oder, falls es nötig werden sollte, auch die letzten Reserven dazu einzusetzen.

Baldige Antwort erbeten.

J. A.: Ludendorff.

Digitized by Google

6.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 27. 10. 1917.
II Nr. 67 666 op.

Zum Schreiben vom 13. 10. 1917.
Ea Nr. 124/17 K. R. A. K.

An das Kriegsamt.

Das vorangezogene Schreiben ließ mir noch einige Zweifel, die dem Herrn Chef des Kriegsamts durch den von mir entsandten Vertreter übermittelt worden sind. Die daraufhin dankenswerterweise anberaumte Sitzung im Reichseisenbahnamt am 23. 10. 1917 hat indes nach Meldung meines Vertreters auch noch keine volle Klarheit erbracht. Sicher scheint nur, daß schon seit einiger Zeit ein Mangel an Hartstahl besteht und infolgedessen

a) die Neufertigung von Geschoßhüllen nicht dem Verbrauch entspricht,

b) auch das Eisenbahn-Oberbaumaterial kaum dem dringendsten Bedarf entsprechend geliefert werden kann.

Ich nehme an, daß inzwischen die Schritte zur Beseitigung dieser Übelstände vom Kriegsamt eingeleitet sind; bei der Wichtigkeit der Angelegenheit für das Heer möchte ich jedoch noch folgendes zur Sprache bringen:

1. Die Munitionsfrage beherrscht mehr und mehr ausschlaggebend die Kriegslage. Ob und wann die schweren Kämpfe im Westen in diesem Winter ein Ende finden, ist absolut unsicher. Die Anstrengungen der Engländer und Franzosen lassen auf ihre Fortsetzung bis zur erreichten Entscheidung schließen. Wir müssen also mit Fortsetzung der Angriffe in erheblichem Umfange durch den Winter hindurch rechnen und müssen weiter uns auch darauf einrichten, daß im Frühjahr der Kampf in verschärftem Maße entbrennt. Hieraus ergibt sich, daß wir unsere Reserven an Geschoßhüllen nicht mehr erheblich vermindern dürfen, sondern daß im allgemeinen die Fertigung dem Verbrauch bzw. der Pulver- und Sprengstofflieferung entsprechen muß.

2. Um möglichst schnell erst einmal dem bisherigen Ausfall an Geschoßhüllen entgegenzuwirken, ist es anscheinend nötig, auf das Kontingent an Hartstahl für die Eisenbahn zurückzugreifen. Ich hoffe, daß der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten einer solchen Maßnahme zustimmt, ebenso wird auch der Feldeisenbahnchef seine Forderungen für die nächsten Monate auf das Mindestmaß erniedrigen. Es ist jedoch klar, daß diese Maßregeln nur vorübergehend, d. h. für ein bis zwei Monate, eintreten können, und daß später dafür Ersatz an die Eisenbahn gegeben werden muß.

Digitized by Google

3. Aus 1 und 2 folgt m. E., daß die Produktion an Hartstahl gesteigert werden und daß die für seine Verarbeitung befähigten schweren Walzstraßen voll ausgenutzt werden müssen. Mit bloßer Verschiebung der Verhältnisse in der Produktion von Hart- und Weichstahl würde aber auch noch wenig gewonnen, denn die aus letzterem erzeugten Gegenstände sind fast sämtlich ebenfalls äußerst wichtig. So bleibt als allgemeine Forderung nur die möglichste Erhöhung der Stahlproduktion im ganzen. Hierzu ist es m. E. nötig,

I. die betr. Firmen auf den Ernst der Lage hinzuweisen und ein klares Bild ihrer Leistungsfähigkeit bzw. deren Steigerung zu verlangen. Eine genaue Kontrolle der Erzeugung und Verteilung ist unbedingt im Kriegsinteresse nötig. Sie scheint mir nach wie vor durch eine Zwangssyndizierung am besten gewährleistet. Daß Firmen aus Verärgerung darüber weniger liefern sollten als möglich, erachte ich für ausgeschlossen. Es wäre Landesverrat, den ich unserer Industrie nicht zutraue. Vielleicht führen indes auch andere Maßnahmen, wie Deklarationszwang, zum Ziel, jedenfalls muß es auch den Stahlproduzenten klar sein, um was es zur Zeit geht. Daß schnell gehandelt werden muß, bedarf m. E. keines Beweises mehr.

II. Eine Produktionssteigerung ist nur möglich, wenn die Kohlen- bzw. Kokslieferung gesichert und gesteigert wird. Das ist — neben der Förderungsfrage — reine Transport- und Verteilungssache. Die Transportkrise hat sich aber leider immer mehr verschärft. Um so mehr muß sie gelöst werden. Sie hängt m. E. zur Zeit an drei Punkten, nämlich:

a) Personenverkehr,
b) Entladungsschwierigkeiten,
c) Mangel an Lokomotiven und Güterwagen.

Zunächst ist der starke Personenverkehr sehr störend. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat Abhilfe zugesagt, und ich vertraue, daß es ihm, gegebenenfalls mit den rücksichtslosesten Mitteln, gelingen wird.

Ferner ist es die Entladungsschwierigkeit in den großen Zentren. Die vom Kriegsamt erlassenen Anweisungen reichen an sich m. E. völlig aus. Dagegen fehlt es noch am Zusammenarbeiten der betr. Behörden. Ich glaube, daß es nötig ist, daß jeder Bahnhofsvorstand die Berechtigung erhält, Personal von der nächsten Gemeinde anzufordern, die ihrerseits wieder von dem stellv. Genkdo. auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes ein- für allemal Auftrag hat, diesen Anforderungen zu entsprechen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß neben anderen z. B. in dem Hauspersonal der Großstädte (Dienstmädchen, Köchinnen usw.) für derartige vor-

Digitized by Google

übergehende Notlage Personal reichlich vorhanden ist, das für die zu zahlenden Löhne sich sogar wahrscheinlich gern an dieser Arbeit beteiligt.

Schwieriger noch wie die Entladung ist allerdings anscheinend der Abtransport. Ich möchte empfehlen, daß grundsätzlich von den großen Kommunen Fuhrparkkolonnen organisiert werden und der gesamte Abtransport in die Hände einer Stelle gelegt wird, der sich selbstverständlich sachverständiges ortseingesessenes Personal anzugliedern hat. Vor allem aber müssen die Stellen, denen die Kohlenverteilung bzw. Lebensmittelverteilung obliegt, mit dem Leiter der Fuhrparkkolonnen zusammenarbeiten. Einzelne Städte arbeiten bereits in diesem Sinne. Ich halte es aber allgemein für nötig, daß den Kommunen klar wird, daß sie für Entladung, Abtransport und Verteilung der ihnen gelieferten Kohlen und Lebensmittel voll und allein verantwortlich sind.

Zur Erwägung möchte ich stellen, ob nicht ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Kriegsamt, Kriegsernährungsamt, Reichskohlenkommissar und Ministerium der öffentlichen Arbeiten geeignet wäre, die ganze Transportfrage besser als bisher zu organisieren und dadurch den jetzigen Zustand, bei dem wir notdürftig aus der Hand in den Mund leben, aufzubessern.

Schließlich ist an der Transportkrise natürlich der Wagen- und Lokomotivmangel schuld. Ich gebe zu, daß die Bedürfnisse der O. H. L. hierzu wesentlich beitragen.

Die Lokomotiv- und Wagenfabriken sind mit 250 Lokomotiven bzw. 5000 Wagen hinter dem Soll im Rückstand geblieben. Der Grund hierfür ist hauptsächlich im Materialmangel zu suchen. Der Reparaturstand der Lokomotiven ist ein ungewöhnlich hoher, trotzdem zahlreiche Werkstättenarbeiter aus dem Heere herausgezogen sind.

Die Versorgung der Lokomotivfabriken mit Materialien und die Aufrechterhaltung eines starken Arbeiterbestandes in Lokomotivfabriken und Werkstätten der Eisenbahnen dürfte eine wichtige Aufgabe des Kriegsamtes sein.

Im übrigen ist der Wagenmangel aber auch eine Folge des langsamen Umlaufs, d. h. der verzögerten Entladung und der Transportstockungen, wird sich also mit deren Abstellung noch bessern.

Der Feldeisenbahnchef wird versuchen, soweit es die militärische Lage erlaubt, bei Abstellung der Notstände helfend mitzuwirken.

Ich habe mich so eingehend geäußert, weil es mir scheint, als ob einerseits die Wichtigkeit der einzelnen Zweige der Rüstungsindustrie nicht überall richtig eingeschätzt wird. Neben Pulver und Sprengstoff ist aber insbesondere die Produktion und Verarbeitung von Stahl und Eisen von

Digitized by Google

ausschlaggebender Bedeutung. Andererseits scheinen mir auch noch nicht überall der enge Zusammenhang und die Wechselwirkung, in dem alle Zweige zueinander stehen, erkannt zu sein.

Letzten Endes ist die Grundlage aller Tätigkeit in der Heimat die richtige Versorgung mit Kohlen. Diese ist aber wieder überwiegend Transportfrage. Daneben spielt die Versorgung mit Lebensmitteln die Hauptrolle. Auch sie ist zur Zeit überwiegend Transportfrage. So ergibt sich, daß die Transportfrage jetzt entscheidend ist für die Fortsetzung des Krieges, und daß ihre Bewältigung von allen in Betracht kommenden Stellen in dauerndem gemeinschaftlichen Anteil angestrebt werden muß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Feldeisenbahnchef, Kriegsamt (Wumba u. K. R. A.), Kriegsernährungsamt und Reichskohlenkommissar müssen daher in dauerndem Zusammenhang stehen. Nur dann ist organische und erfolgreiche Arbeit möglich.

J. A.: Ludendorff.

7.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 12. 11. 1917
II Nr. 69 986 op.

An das Kriegsamt.

Auf Grund der in Berlin am 5. 11. stattgehabten Besprechung über das Lastkraftwagenprogramm und des Schreibens des R. M. A. vom 3. 11. 1917 Nr. B. VII U. L. 33 254 möchte ich auf folgenden Mißstand hinweisen. Die seinerzeit von hier angestrebte Einheitlichkeit der Beschaffungen ist bisher nicht erreicht. Infolgedessen bestellen zur Zeit mehrere Beschaffungsstellen — es handelt sich hier namentlich um Wumba, R. M. A., J. Kraft, J. d. Flieg., Ing.-Komitee — bei derselben Fabrik gleichzeitig Gegenstände ihres Ressorts. Kommen nun Verzögerungen, so drängt jede Beschaffungsstelle auf ihre Gegenstände, was notgedrungen zu Reibungen führt. Letzten Endes bleibt dabei die Entscheidung, was sie fertigt oder nicht fertigt, der Fabrik überlassen. Die Fabrik ihrerseits wird trotz aller Dringlichkeitslisten am liebsten das liefern, was ihr am meisten Gewinn abwirft. Außerdem benutzen die Fabriken die Gelegenheit, um, auf die Dringlichkeit einzelner Lieferungsgegenstände pochend, sich mit Arbeitern, Kohle usw. vollzusaugen, was wieder andere wichtige Betriebe schädigt.

Ich glaube daher, daß eine Oberaufsicht über alle Beschaffungen nötig ist. Sie müßte m. E. beim Kriegsamt liegen, das seinerseits Entscheidung in wichtigen Fragen nach Anhörung der O. H. L. treffen müßte. Es dürfte dazu zweckmäßig sein, wenn alle Beschaffungsstellen ihre Aufträge unter Angabe von Gegenstand, Zahl und Lieferfirmen dem Kriegs-

Digitized by Google

amt mitteilten. Auf Grund dieser Listen dürften dann von Zeit zu Zeit Besprechungen angezeigt sein, zu denen die Beschaffungsstellen Vertreter entsenden. Hierbei wären dann die einzelnen Fabriken, die für mehrere Beschaffungsstellen liefern, durchzugehen. Sofern Bedenken bestehen, ob die betr. Fabriken allen Wünschen gerecht werden können, würde ein Ausgleich zu treffen sein, was die Firmen in erster Linie zu liefern haben. Allmählich würde es dadurch möglich sein, die einzelnen Firmen möglichst nur an einzelne Beschaffungsstellen zu binden; vielleicht kann auch zwischen den Beschaffungsstellen ein Ausgleich hinsichtlich der von ihnen bestellten Gegenstände stattfinden.

Es ist jedenfalls kein idealer Zustand, wenn eine Firma Aufträge des Wumba, J. Kraft, J. d. Flieg. und R. M. A. — und zwar alles dringlichster Art — zu leisten hat, ebensowenig ist es zweckmäßig, wenn z. B. ein Gasmotor, je nachdem er zu landwirtschaftlichen Zwecken oder zur Entwässerung von Stellungen dient, vom Wumba bzw. J. K. bei derselben Firma bestellt wird.

Ich bitte, der Sache nachzugehen und sich mit den betreffenden Beschaffungsstellen ins Einvernehmen zu setzen, in der Annahme, daß eine gütliche Einigung, die für alle Teile vorteilhaft ist, nicht schwer sein kann.

J. A.: gez. Unterschrift.

8.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. G. H. Qu., den 10. 2. 1918.
II Nr. 6474 geh. op.

Dringlichkeit der Lieferungen der Rüstungsindustrie.
Diesseit. Schreiben vom 5. 11. 17. II Nr. 68 943 op.

An das Kriegsamt.

In der Bewertung der Dringlichkeit der einzelnen Gegenstände der Rüstungsindustrie erweist sich eine gewisse Verschiebung als unumgänglich nötig. Wie in meinem Telegramm vom 7. 2. 1918 II Nr. 76 874 op. ausgeführt, steht an Wichtigkeit zur Zeit die Stahlerzeugung in erster Linie, da hiervon sowohl das Munitionsprogramm wie der ebenso wichtige Ausbau der Eisenbahnen abhängt.

Im übrigen besitzen nach wie vor das Flugzeug und der Kraftwagen besondere Bedeutung. Ihre Fertigung in möglichst großer Anzahl ist daher nach wie vor besonders wichtig. Außerdem muß aber dem U-Boot und den für den U-Bootkrieg unerläßlich nötigen leichten Seestreitkräften größte Bedeutung beigemessen werden. Die Wirksamkeit und wahrscheinlich entscheidende Bedeutung des U-Bootkrieges gegenüber England und Amerika steht außer Frage. Sie wird um so schneller eintreten, je mehr U-Boote wir haben. Außerdem aber brauchen wir gegenüber den ver-

Digitized by Google

besserten Abwehrmitteln neuzeitliche und vor allen Dingen auch größere Boote. Diesen Forderungen hat die Ablieferung der letzten Monate nicht entsprochen. Es ist daher unerläßlich nötig, daß das U-Boot vor allen Gegenständen der Rüstungsindustrie bevorzugt wird. Demgemäß würde — abgesehen von der allgemein zu steigernden Stahlerzeugung — folgende Dringlichkeitsliste gegeben sein:

U-Boote, als besondere Klasse, demnächst
gleichwertig:
Flugzeuge,
Lastkraftwagen,
Lokomotiven und Eisenbahnschienen,
Geschoßhüllen innerhalb des 12-Millionen-kg-Pulver-Programms.

Die Aufnahme weiterer Gegenstände in die Dringlichkeitsliste kann m. E. zur Zeit unterbleiben. Daß das 12-Millionen-kg-Pulver-Programm aufrechterhalten bleiben muß, und daß die Lieferung von Geschützen, Maschinengewehren, Draht, Wellblech nicht vernachlässigt werden darf, ist selbstverständlich.

Ich bitte, den Kriegsamtsstellen und der Industrie, soweit nötig, von Vorstehendem Kenntnis zu geben.

Reichsmarineamt, Admiralstab, Minister der öffentlichen Arbeiten, Feldeisenbahnchef, Wumba, Kriegsrohstoffabteilung erhalten Abschrift.

J. A.: Ludendorff.

9.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 18. 3. 1918.
II Nr. 81 125 op.

An das Kriegsamt.

Die Lage unserer Kriegswirtschaft ist in den letzten Monaten zunehmend ungünstiger geworden und wird es noch mehr werden, wenn nicht Gegenmaßregeln ergriffen werden. Die Hauptursache dürfte in den immer größer gewordenen Transportschwierigkeiten liegen, die ihrerseits wiederum eine Verminderung der Kohlenzufuhr für die Industrie, Landwirtschaft usw. zur Folge hatten. Daraus ergab sich dann wiederum eine allgemeine Abnahme in der Produktion, die in besonders kriegswichtigen Stoffen, wie Vorprodukten für Pulver, in Stahl und in den aus letzterem gefertigten Halb- und Fertigfabrikaten, besonders schwerwiegend waren. Die Landwirtschaft leidet zudem unter der ungenügenden Zufuhr an künstlichen Düngemitteln (ebenfalls infolge der zu geringen Kohlenzufuhr). Weiter ist zu beachten, daß viele Kraftanlagen, namentlich die großen Elektrizitätszentren, durch dauernde Überlastung anfangen zurückzugehen.

Digitized by Google

Es muß daher unter allen Umständen Abhilfe erfolgen, und zwar

1. durch vorbereitende Maßnahmen, um der Transportschwierigkeiten als des Übels Wurzel für die Zukunft Herr zu werden,
2. durch Sicherstellung der Produktion wenigstens der augenblicklich oder für die Zukunft besonders wichtigen Gegenstände gleichzeitig mit
3. allgemeiner Entspannung auf allen übrigen Gebieten der Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie.

Zu 1. ist es nötig, mehr Lokomotiven zu schaffen. Der Lokomotivmangel ist jedenfalls viel schwerwiegender wie der Wagenmangel. Ferner müssen mehr Schienen geliefert werden, einmal für Instandsetzungen, dann für Anlage von Umgehungsstrecken usw. zur Entlastung der jetzt übermäßig in Anspruch genommenen Strecken und Eisenbahnknotenpunkte. Diese Maßregeln müssen schleunigst einsetzen. Hand in Hand damit muß eine Bevorratung der Eisenbahn mit Betriebskohle (zugleich Reserve für wichtige Teile der Rüstungsindustrie) gehen. Gelingt es durch diese drei Maßregeln der Transportschwierigkeiten einigermaßen Herr zu werden, so wird dadurch wiederum eine bessere Kohlenversorgung für Rüstungsindustrie, Hausbrand, Kokereien, Gas- und Elektrizitätswerke, besonders aber eine erhöhte Stahlerzeugung möglich. Letztere ist besonders wichtig, denn, wie zur Zeit die Dinge liegen, hängt die Rüstungsindustrie zur Zeit im wesentlichen von der Stahlerzeugung ab.

Zu 2.: Trotz der allgemein ungünstigen Lage der gesamten Kriegswirtschaft muß außer den unter 1. genannten Gegenständen noch eine Reihe anderer Dinge bevorzugt behandelt werden. Insbesondere muß die Landwirtschaft ihren künstlichen Dünger für die Frühjahrsbestellung erhalten. Die hierfür nötigen Kohlen, Schwefelsäure usw. müssen zur Verfügung gestellt werden. Ferner ist es nötig, die Hartstahlproduktion schon jetzt nach Möglichkeit hochzuhalten, da von ihr die Munitions- und Schienenfertigung abhängt. Hierzu ist zu bemerken, daß hinsichtlich der Munition insofern eine Änderung eingetreten, als zur Zeit nicht mehr das Pulver, sondern die verfügbaren Mengen von Geschoßhüllen die Munitionsfertigung bestimmend beeinflussen. Diese Lage ist um so bedenklicher, als die Vorräte an leeren Geschoßhüllen dauernd zusammengeschmolzen und jetzt auf einem erheblichen Tiefstand angekommen sind.

Erschwerend tritt hinzu, daß eine Reihe anderer Gegenstände keinesfalls vernachlässigt werden darf. Hierzu gehören vor allem die U-Boote (einschließlich leichter Seestreitkräfte), Flugzeuge und alle Lastkraftwagen (Schlepper, Dampftraktoren usw.).

Digitized by Google

Zu 3.: Die Forderungen zu 1 und 2 würden an sich eine Erhöhung der Leistungen der Industrie bedeuten, während gerade, wie eingangs nachgewiesen, eine Entlastung nötig ist. Um also 1 und 2 zu erfüllen, ist unabweisbar nötig, auf anderen Gebieten der Kriegswirtschaft durchgreifende Entlastung vorzunehmen. Hierfür kommen in Frage: alle Kriegswaffen, wie Geschütze, Minenwerfer, Handwaffen, Helme und Panzer, Fahrzeuge. Unter dem Gesichtspunkte, daß die Ausstattung des Heeres im allgemeinen programmäßig durchgeführt ist, und daß Neuaufstellungen nicht mehr in größerem Umfange zu gewärtigen sind, handelt es sich bei all diesen Gegenständen im wesentlichen darum, den Abgang mit Sicherheit zu ersetzen und für dauernde Kriegsbrauchbarkeit der vorhandenen Bestände Sorge zu tragen.

Diese Einschränkungen werden vielleicht im einzelnen nicht so sehr eine bedeutende Ersparnis an Kohle und Stahl darstellen, aber in der Gesamtheit doch eine erhebliche Entspannung der gesamten Industrie bringen, vor allen Dingen aber auch gestatten, die Fabriken wieder mehr als bisher auf Spezialgegenstände einzustellen. Z. B. wird es ein wesentlicher Vorteil sein, wenn eine Fabrik, die jetzt Lokomotiven und Kanonenrohre liefert, wieder nur auf Lokomotiven gestellt wird.

Vom finanziellen Standpunkt aus wird diese Maßregel zunächst keine Ersparnis an Kosten bringen, weil erhebliche Entschädigungen zu zahlen sein werden. Immerhin ist auf die Dauer mit Ersparnissen zu rechnen. Bei Festsetzung der Zahlen für die einzelnen Einschränkungen bleibt zu beachten, daß es sehr schwer ist, nachträglich einen in einer Fabrik aufgegebenen Gegenstand dort erneut in Fertigung zu nehmen. Infolgedessen erscheint es nötig, die Zahlen so festzusetzen, daß man mit Dauerlieferungen in gleicher Höhe für längere Zeit rechnen kann. Der an sich günstigere und wirksamere Schritt, vorübergehend einzelne Industrien völlig abzustoppen, ist leider nicht anwendbar.

Über den Umfang der Einschränkungen bei den einzelnen Gegenständen hat am 14. 3. 1918 im Gr. H. Qu. eine Besprechung mit Vertretern des K. M., A. D. stattgefunden. Ich halte hiernach die in der Anlage 1 angegebenen Zahlen für angebracht. Natürlich können Rücksichten auf die günstige Ausnutzung einzelner Fabriken, Arbeiterverhältnisse usw. Abweichungen und Verschiebungen bedingen.

Betreffs der Munition liegt die Sache schwieriger. Ich hatte mit einer Erreichung des 12 Millionen-kg-Pulver-Programms zum Frühjahr 1918 gerechnet. Abgesehen davon, daß diese Pulverleistung zur Zeit ebenfalls zu meinem lebhaften Bedauern nicht erreichbar ist, zwingt auch

Digitized by Google

jetzt noch der Stahlmangel bzw. der dadurch bedingte Stand an Geschoßhüllen zu einer Herabsetzung des Programms. Das muß die schwerwiegendsten Folgen haben, und ich bitte daher, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Hartstahlproduktion und die Verarbeitung zu Geschossen auf keinen Fall unter eine dem 10 Millionen-kg-Pulver-Programm entsprechende Menge sinkt (vgl. Anl. 2).

Anzustreben bleibt selbstverständlich, daß möglichst bald, d. h. mit Besserung der Transport- und Kohlenlage, die Munitionslieferung auf die seinerzeit zugesagte, einem Pulverprogramm von 12 Millionen kg entsprechende Höhe steigt.

J. A.: Ludendorff.

Zu Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 81 125 op.

Anlage 1.

Gegenstand	Monatsfertigung	Bemerkungen
Fahrzeuge	—	
Feldgeschütze	1 000	
schwere Artillerie	400	
leichte Minenwerfer	100	
mittlere Minenwerfer	120	
schwere Minenwerfer	60	
Maschinen-Gewehr 08	1 500	
" " 08/15	3 000	
Maschinen-Pistole Berger	50 000 im Jahre 1918	
Gewehre	30 000	
Karabiner	60 000	
Seitengewehre	80 000	
Pistolen 08	wie bisher	alle Behelfspistolen werden bis auf Mauser nicht mehr gefertigt.
Infanterie-Panzer	—	
Helme	200 000	

Zu Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 81 125 op.

Anlage 2.

Munitionszüge.

Infanterie	70
Feld-Kanone 96 n./A. (einschließlich Flak)	100
Feld-Kanone 16	55
leichte Feld-Haubitze	250
schwere Feld-Haubitze	200
10-cm-Kanone	55
Mörser	100
alte und Beutegeschütze etwa	15

Digitized by Google

Schüsse.

Gebirgs- und Versuchsgeschütze	90 000
Flak (ausschließlich Feld-Kanone 96 n./A.)	430 000
2- und 3,7-cm-Flak	360 000
13-cm-Kanone	21 000
schwere 15-cm-Kanone	15 000
15-cm-Kanone 16	45 000
17-cm-Kanone	3 500
24-cm-Kanone	2 700

Außerdem: Munition für Marine und Bundesgenossen entsprechend einer Pulverlieferung von 250 Tonnen.

Anmerkung: Die Erfüllung des Schienenstahlkontingents muß neben der Munitionsfertigung gewahrt bleiben.

10.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 10. 7. 1918.
II Nr. 9189 geh. op.

An alle Heeresgruppen, A. O. K.s usw.

Die wirtschaftlichen Fragen sind von immer mehr wachsendem Einfluß auf die Kriegführung geworden. Ihre Bedeutung ist zum Schaden der Gesamtheit nicht überall und nicht immer voll erkannt worden. Das lag zum Teil daran, daß bei den Stellen des Feldheeres die Unterlagen für eine richtige Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nicht ausreichend vorhanden waren.

Um diesen Mangel zu beseitigen, werde ich in Zukunft kurze Mitteilungen über die brennendsten kriegswirtschaftlichen Fragen herausgeben. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß aus diesen Mitteilungen die notwendigen Folgerungen beim Feldheer gezogen werden. Es ist dabei zu bedenken, daß letzten Endes jede Verschwendung oder unzweckmäßige Verwendung auf wirtschaftlichem Gebiet Schaden für die Kriegführung hervorruft.

Die Mitteilungen sind vertraulich zu behandeln, es ist unter allen Umständen zu vermeiden, daß sie in die Hände des Feindes fallen.

In der Anlage übersende ich die erste dieser Zusammenstellungen.

J. A.: Ludendorff.

Zu Ch. d. Genst. d. Feldh. II Nr. 9189 geh. op. om 10. 7. 18. Anlage.

Zusammenstellung der augenblicklich wichtigsten kriegswirtschaftlichen Fragen.

1. Betriebsstoffe.

Der Bedarf an Betriebsstoffen (Benzin, Benzol, Heizöl, Treiböl) ist groß und in dauerndem Steigen begriffen. Er wird verursacht durch die erhöhten Anforderungen für den U-Bootkrieg, durch die Vermehrung unserer Luftstreitkräfte und

Digitized by Google

die aus Pferdemangel und anderen Einflüssen sich ergebende Vergrößerung der Lastkraftwagenformationen.

Unsere Bezugsquellen für Betriebsstoffe sind beschränkt. Erdölderivate können wir aus Österreich-Ungarn und Rumänien beziehen. Österreich-Ungarn liefert uns bestimmte Mengen, die sich mit Rücksicht auf den österreichisch-ungarischen Eigenverbrauch nicht wesentlich steigern lassen. Die rumänische Erdölproduktion ist im dauernden Steigen begriffen. Jedoch hat die Steigerung unmöglich Schritt halten können mit dem Verbrauch der in Rumänien vorgefundenen fertigen Vorräte. Infolgedessen wird in absehbarer Zeit eine erhebliche Verminderung der rumänischen Zufuhren eintreten. Ein Ersatz des Ausfalles durch Zuführen aus dem Kaukasus ist noch nicht möglich, da die dortigen Ölfelder und Bahnen noch in der Hand Aufständiger sind. Wann wir auf Bezug von dort rechnen können, ist noch nicht zu übersehen.

Es wird weiter versucht, durch technische Neuerungen die Produktion von Betriebsstoff aus der Kohle in der Heimat zu steigern. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß spätestens im Frühjahr 1919 eine sehr ernste Lage in der Betriebsstofffrage eintritt, wenn nicht alle Stellen des Feldheeres auf das sorgsamste jeden überflüssigen Verbrauch verhindern. Ich bitte, diesem Punkt dauernd eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

2. Arbeitskräfte.

Durch die lange Dauer des Krieges sind die Arbeitskräfte in der Heimat spärlich geworden. Frauen und Jugendliche sind zum Ersatz der zum Heere abgehenden Männer längst in weitgehendem Maße herangezogen worden, ohne Rücksicht auf die durch schwere Arbeit bei Frauen eintretenden Schädigungen. Der Krieg erlaubt solche Rücksichten nicht. Es wird aber auf diesem Wege auch noch weiter vorgegangen werden müssen. Die Möglichkeiten sind aber begrenzt, denn schwere oder eingehende Fachkenntnisse erfordernde Arbeiten und Stellungen, die Autorität und Umsicht verlangen, können von Jugendlichen und Frauen nur selten übernommen werden. Es bedarf daher besonderer Maßnahmen, um bei den starken an die Heimat zu stellenden Ersatzanforderungen eine Schädigung der Kriegswirtschaft — und damit eine materielle Schwächung des Heeres — zu verhindern. Hierzu ist bereits ein großer Teil der bei den Kämpfen dieses Jahres gemachten Gefangenen der Heimat als Arbeitskraft zugeführt worden. Die Maßnahme reicht jedoch nicht aus. Der Arbeiterbedarf ist groß geblieben. Es ist daher damit zu rechnen, daß die bei zukünftigen Kämpfen gemachten Gefangenen in ihrer überwiegenden Mehrzahl an die Heimat abgegeben werden müssen.

Um so wichtiger ist eine volle und planmäßige Ausnutzung aller Arbeitskräfte des Feldheeres. Ich habe den Eindruck, daß das bislang nicht überall der Fall war. Es werden Soldaten und Gefangene in Stellungen verwendet, in denen ihre Kraft nicht voll ausgenutzt wird, und ganz allgemein scheint mir mancherorts die Verwendung der Arbeitsformationen und Kriegsgefangenen zu schwerfällig und schematisch zu sein. Ich bitte die Heeresgruppen und A. O. K.s, diese Fragen zu prüfen und durchzusetzen, daß alle Arbeitskräfte voll ausgenutzt werden, wichtige Arbeit schnell durchgeführt und unwichtige vermieden wird.

Auch diese Angelegenheit bedarf der dauernden Aufmerksamkeit. Es ereignet sich sonst leicht, daß Arbeitskräfte aus eingetretener Gewohnheit oder um dem Wunsch nach „Bodenständigkeit" nachzukommen, an Stellen bleiben, wo sie nicht mehr unbedingt erforderlich sind.

3. Ernährungsfrage.

Im Verlauf des Krieges sind die Verpflegungsbestände, über die wir bei Abschluß des alten Erntejahres bei Eintritt in das neue Jahr verfügten, dauernd gesunken. Bei Abschluß des Erntejahres 1917/18 sind wir, um durchzuhalten, sogar gezwungen, durch Frühdrusch einen Vorschuß auf das kommende Jahr zu entnehmen. Es kommt hinzu, daß die Ernteaussichten für 1918/19 in der Heimat sich zwar gebessert haben, daß jedoch in Rumänien eine Mißernte bevorsteht. Die Ukraine ist ein unsicherer Faktor.

Digitized by Google

Bei dieser Lage ist es unbedingt notwendig, im besetzten Gebiet die Ernte vollständig einzubringen und jegliche Vergeudung von Lebens- und besonders von Futtermitteln zu verhindern. Darin liegt — besonders im Verlauf von Angriffshandlungen — eine gewisse Härte gegen die Truppe. Das darf uns aber nicht hindern, die Rücksicht auf die Gesamtheit voranzustellen und gegen jede Verschwendung rücksichtslos einzuschreiten.

11.

Geschrieben im Oktober 1918.

Die Munitionsversorgung im Kriege.

Die Befürchtungen des Generalstabes, daß die Mobilmachungsvorräte an Munition kaum für die ersten Schlachten reichen und daß die Neufertigung zu spät und unzureichend einsetzen würde, haben sich erfüllt. So standen wir bereits im September 1914 vor einer schweren Munitionskatastrophe. Um den Zusammenhang zwischen Bedarf, Fertigung, Reserven, Truppenbeständen und Verbrauch klarzulegen, sei vorweg folgendes bemerkt: Der Bedarf, d. h. die Munitionsmenge, die zur Erfüllung der Gefechtsaufgaben unter Zurechnung eines gewissen Sicherheitskoeffizienten für unvorhergesehene Fälle nötig war, ist fast im ganzen Kriege größer gewesen, als die Fertigung leisten konnte, ausgenommen bei den von langer Hand her vorbereiteten Angriffsschlachten. Der Bedarf konnte also an sich meist nur teilweise gedeckt werden. Er schwankte außerdem je nach Jahreszeit und allgemeiner Kampftätigkeit erheblich, während die Fertigung sich nach der ersten Krisis im Herbst und Winter 1914 verhältnismäßig regelmäßig und in kleinen Sprüngen steigernd vollzog. Dies zwang dazu, daß vor allem die O. H. L. sich Reserven halten mußte, die pufferartig zwischen Bedarf und Fertigung ausglichen; die Reserven konnten nur in ruhigen Monaten, d. h. im Winter, ohne große Nachteile für die Kampftätigkeit angesammelt werden, in der übrigen Zeit mußte man entweder an sich wünschenswerte Unternehmungen ausfallen lassen oder die Truppen bzw. größere Teile des Heeres zur Sparsamkeit anhalten. Der Bedarf wurde also in solchen Zeiten nur zum kleinsten Teil gedeckt. Das hatte naturgemäß schwere Nachteile, insbesondere kostete die dadurch verursachte Herabsetzung der eigenen Gefechtstätigkeit Verluste, die sonst vermieden wären. Der tatsächliche Verbrauch konnte theoretisch je nach dem Verhältnis des Gegners größer oder geringer sein als der angenommene und angemeldete Bedarf. In Wirklichkeit richtete er sich stets nach dem bei der Truppe vorhandenen Bestande, d. h. dem Teil des Bedarfs, der wirklich zur Truppe gelangt war. Den Truppen rechtzeitig einen möglichst großen Teil ihres Bedarfs zuzuführen, war also die Hauptaufgabe, deren Erfüllung von der Transportmöglichkeit, den vorhandenen Reserven und der Neufertigung abhing. In dem natürlichen Bestreben, sich nicht zu verschießen und dann

Digitized by Google

wehrlos dazustehen, scheute sich die Truppe allgemein, ihre Bestände restlos zu verschießen, und dadurch entsteht das eigenartige Bild, daß auch in Zeiten schwerster Munitionsnot immer noch erhebliche Bestände vorhanden waren. Es ist also falsch, nach den Beständen folgern zu wollen, es sei immer noch genügend Munition dagewesen. Es war mehr da, als verbraucht war, aber der Verbrauch stand im Mißverhältnis zum Bedarf, weil Fertigung und Reserven nicht ausreichten, ihn zu decken. Hätten wir mehr Munition gehabt, so wäre der Krieg in manchen Phasen erheblich anders verlaufen, vor allem wären wir 1914 bis 1915 zu entscheidenden Schlägen befähigt gewesen.

Hiernach ist die nachfolgende Tabelle zu beurteilen.

Gesamtübersicht.

Im Jahre	F. K. 96 u. 16		leichte F. H.		schw. F. H.		10-cm-K.		Mörser	
	Bestand bei Kriegsbeginn									
	143¾		79½		266		81,4		99½	
	Lieferung und Verbrauch im weiteren Verlauf des Krieges									
	Lieferung	Verbrauch	Lieferung	Verbrauch	Lieferung	Verbrauch	Lieferung	Verbrauch	Lieferung	Verbrauch
1914	122¾	204½	100	144	39¼	239½	3,25	56,1	20½	108½
1915	833	636½	687¼	543¼	1036¾	782½	119,17	85,05	418	317
1916	1306	1297¼	1183¾	1152¼	1783½	1797¾	235,2	238,1	978½	968½
1917	1764½	1597½	1791¾	1638¾	2374¾	2103	531,7	461,2	1146¾	1072½
1918	2046½	2064	1926½	2070¾	1891¾	2032½	524,2	526,3	1225¾	1188½
Zusammen .	6072¾	5799¾	5689¼	5549	7126	6955¼	1413,52	1366,75	3789½	3655

Die Zahlen sprechen für sich, gleichwohl sei zum besseren Verständnis noch folgendes bemerkt:

1. Der gesamte Mobilmachungsbestand erreichte bei Feldkanonen noch nicht die Höhe einer Monatsfertigung des Jahres 1918, bei leichten Feldhaubitzen etwa ½ Monatsfertigung. Bei den Geschützen der schweren Artillerie ist es, da dort die Festungsausrüstungen dazukommen, etwas besser, z. B. bei schweren Feldhaubitzen rund 1⅔ Monatsfertigung.

2. Ende 1914 betrug der Bestand an Reserven usw. noch bei Feld-Kanonen rund 60 Züge, leichten Feldhaubitzen rund 33 Züge, schweren Feldhaubitzen rund 60 Züge.

Dem gegenüber stand eine Monatsfertigung von rund 44 Zügen für Feldkanonen, 35 Zügen für leichte Feldhaubitzen und 12 Zügen für schwere Feldhaubitzen.

Digitized by Google

Unter diesen Verhältnissen war größte Sparsamkeit geboten, und die Kampftätigkeit mußte aufs äußerste eingeschränkt werden. Dieser Munitionsmangel zwang damals z. B., von einem Angriff auf Verdun Abstand zu nehmen, obwohl er sehr erfolgversprechend war.

3. Der Verbrauch steigt von Beginn des Krieges an bis zum Schluß fortdauernd sehr stark. Er betrug z. B. für Feldkanonen monatlich im Jahre 1914 rund 40 Züge, 1915 rund 53 Züge, 1916 rund 108 Züge, 1917 rund 133 Züge, 1918 rund 200 Züge.

Für leichte Feldhaubitzen im Jahre 1914 12 Züge, 1915 45 Züge, 1916 96 Züge, 1917 135 Züge, 1918 207 Züge.

Im Jahre 1918 tritt zuerst das Hindenburgprogramm voll in die Erscheinung. Trotzdem haben wir auch im Jahre 1918 niemals Überfluß gehabt. Daraus mag man folgern, wie schwer wir oft während der ganzen übrigen Zeit unter Munitionsmangel gelitten haben.

4. Zu beachten bleibt ferner noch, daß wir zu Beginn des Krieges fast gar keine Minenwerfer hatten, während wir gegen Ende hin über viele Tausende von leichten, mittleren und schweren Minenwerfern verfügten. Die sehr erheblichen Munitionsmengen für Minenwerfer müssen also noch hinzugerechnet werden.

Die gesamten Betrachtungen spiegeln wieder, daß der große Krieg im Vergleich zu früheren Kriegen ein „Materialkrieg" war. Das heißt, daß die Kriegsmaschinen, Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze und Minenwerfer eine immer ausschlaggebendere Rolle gewannen. Alle diese Waffen benötigten aber Munition, und deshalb war die Munitionsfrage von so ungeheurer Tragweite. Hätten wir uns rechtzeitig vor dem Kriege darauf eingerichtet, so wäre der Krieg wohl in wenigen Monaten zu unseren Gunsten entschieden gewesen.

Einen Einfluß auf den Munitionsverbrauch hatte selbstverständlich die Verstärkung des Heeres während des Krieges. Wir hatten:

	Inf. Div.	Feldgesch.	Schw. Gesch.
nach beendeter Mobilmachung . . .	92*)	6 780	2 630
im August 1916	193*)	8 614	6 169
im Herbst 1917	227	10 930	6 525

*) Das Wachsen der Divisionszahl nach beendeter Mobilmachung bis August 1916 erklärt sich zum Teil aus der Umwandlung der Divisionen von 12 auf 9 Infanterie-Bataillone unter Neuaufstellung der Artillerie und sonstigen Formationen und die Zusammenfassung von Landwehr und Landsturmformationen in den Divisionsverband. Der sehr erhebliche Rest waren wirkliche Neuformationen auch an Infanterie.

Digitized by Google

V. Kohle, Transportfragen.

Verzeichnis einzelner Schreiben.

(Nur die numerierten Schreiben sind im Wortlaut abgedruckt.)

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
—	II Nr. 47915 20. 2. 17	Reichskanzler	Kohlenmangel bedenklich. Beschleunigte Einsetzung des Kohlenkommissars mit weitgehendsten Vollmachten unbedingt nötig. Volle Selbständigkeit ohne anderweitige Unterstellung erforderlich.
1.	II Nr. 52679 op. 14. 4. 17	Reichskommissar für Kohlenverteilung	Zahlreiche Klagen über Kohlennot laufen von der Kriegsindustrie ein. Ausgiebige Belieferung der Kriegsindustrie unbedingt erforderlich. Mängel beseitigen. Mitteilung vom Veranlaßten erbeten.
	I Nr. 1571. 4. 17 20. 4. 17	Chef d. Gen. St.	Antwort des Kohlenkommissars.
2	II Nr. 54951 op. 10. 5. 17	Kriegsamt	Steigerung der Kohlenproduktion ausschlaggebend für die Rüstungsindustrie und unser wirtschaftliches Durchhalten. Deshalb werden 40 000 Bergarbeiter aus dem Heere zur Verfügung gestellt. Außerdem auch Rationierung nötig. Rechtzeitige Bereitstellung. Heranziehung der tüchtigsten Männer nötig. Das ist zur Zeit nicht der Fall.
	Nr. 7234 5. 17 K. T. 22. 5. 17	Chef d. Gen. St.	Antwort des Kriegsamts.
—	II Nr. 55517 17. 5. 17	Reichskanzler, Min. f. Handel u. Industrie, Reichskohlenkommissar	Über Bewirtschaftung der Kohle herrscht noch keine Einigkeit bei den beteiligten Stellen. Rüstungsindustrie und Landwirtschaft dürfen auf keinen Fall leiden. Bevölkerung muß sparen. (Theater, Kaffees, Sonntagszüge usw.) Aufklärung der Bevölkerung nötig. Bitte um Unterstützung.
3.	II Nr. 58156 op. 20. 6. 17	Truppen	Entlassung von Bergleuten.
4.	II. Nr. 58156 op. 22. 6. 17	Kriegsamt	Abgabe von mehr als 50 000 Mann für Kohlenförderung nicht möglich. Gewinnung von Arbeitern muß erfolgen durch Stillegen überflüssiger Betriebe, Zusammenlegen unrentabler Betriebe.
—	II Nr. 58509 28. 6. 17	Minister des Innern	Bereits im Februar (siehe Nr. 1) ist Reichskanzler auf schwierige Kohlenlage aufmerksam gemacht. 50 000 Bergleute sind herausgezogen. Bitte, auch von dort mit allen Mitteln zu helfen. (Sparsamkeit im Verbrauch erwirken, Steigerung der Förderung, Belehrung des Volkes, Kontrolle des Verbrauchs, Auszeichnung der Arbeiter.)
5.	II Nr. 60569 op. 23. 7. 17	Kriegsminister	Förderungsausfall in Oberschlesien durch Streik 400 000 Tonnen, schädigt Rüstungsindustrie und Kriegswirtschaft erheblich. Streiks müssen verhindert werden. Besteht Eindruck, daß nicht mit voller Entschlossenheit dagegen vorgegangen ist.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
—	II Nr. 63375 28. 8. 17	Reichs-Marine-Amt	In Ruhrort liegt große Anzahl Schleppdampfer für Kohlentransport wegen Mangel an Heizern und Maschinisten still. Bei der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Kohlentransporte bitte ich dem Antrag des Reichskohlenkommissars restlos und umgehend zu entsprechen.
6.	II Nr. 65625 op. 23. 9. 17	Reichskommissar für Kohlenverteilung	Kohlenbewirtschaftung in den besetzten Gebieten.
7.	II Nr. 4599 geh. op. 23. 9. 17	Stellvertreter des Reichskanzlers	Der Lösung der Kohlenfrage wird größter Wert beigelegt. Von O. H. L. alles geschehen (Entlassung von Bergarbeitern, Sparsamkeit der Armee, Förderung im besetzten Gebiet usw.). Besonders zu beachten noch folgendes: Erhaltung und Steigerung der Förderung, Regelung der Transportverhältnisse (Personenverkehr einschränken, schnelles Entladen).
8.	II Nr. 73103 op. 14. 12. 17	Kriegsminister	Anhäufung von Feiertagen Ende Dezember und Anfang Januar. Ausfall von Kohlenproduktion und Transport darf auf keinen Fall eintreten. Durchgreifende Einschränkungen der Feiertage nötig.
9.	II Nr. 73941 op. 7468 E. 24. 12. 17	Reichskanzler	Transportlage täglich bedenklicher. Folgen unabsehbar. Ursache: Unregelmäßige Durchführung des Personenverkehrs, Überlastung der Lokomotiven. Weitere Beschränkung des Personenverkehrs nötig. Äußerste Pflichterfüllung des Personals. Sofortige Abhilfe unbedingt erforderlich.
10.	II Nr. 78787 op. 19. 2. 18	Kriegsminister	Rechtzeitige Förderung der Wintervorräte mit den im Bergbau vorhandenen Arbeitskräften auch für dieses Jahr zweifelhaft. Aushilfe durch das Feldheer in diesem Jahre ausgeschlossen. Gewinnung von Arbeitern durch entsprechendes Aussparen in anderen Betrieben erforderlich.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 14. 4. 1917.
II Nr. 52679 op.

Fernschreiben.

An Reichskommissar für Kohlenverteilung, Kriegs-Rohstoffabteilung. Berlin.

In letzter Zeit laufen wieder zahlreiche dringende Gesuche um Unterstützung betr. Kohlenversorgung von der Kriegsindustrie hier ein. U. a. baten Sprengstoff-Fabrik Haltern i. W., Geschoßfabrik W. Mueller in Teterow (Mecklenburg), Kalkstickstoff-Fabrik Knapsack für die sie beliefernden Kalkbrennereien um Hilfe. Auch Mainkraftwerke in Höchst a. M., die Höchster Farbwerke, Griesheim Electron und auch das Gr. H. Qu. mit Strom versorgen, können trotz Bemühungen der K. A. St. Frankfurt keine Kohlen erhalten.

Digitized by Google

Die Klagen beweisen, daß die Mängel in der Kohlenversorgung der Kriegsindustrie immer noch bestehen. Da jetzt die Wasserstraßen benutzt werden können, bitte ich, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Kriegsindustrie ausgiebig beliefert wird. Dies ist für den Ausgang der jetzigen Kämpfe unbedingt nötig. Ich bitte um Mitteilung, was in dieser Hinsicht geschehen wird.

J. A.: Ludendorff.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung. Berlin, den 20. 4. 1917.
I Nr. 1571. 4. 17.
Telegramm.
Zu II Nr. 52 679 op.

An Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu.

Die sämtlichen drahtlich mitgeteilten Fälle betreffs Kohlenversorgung der Kriegsindustrie befinden sich hier bereits in eingehender Bearbeitung. Die Dynamitfabrik Haltern sowie Kriegsamtskommissar bei den Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerken sind wiederholt vorstellig geworden. Darauf wurde das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat durch Drahtnachrichten vom 11., 12., 13. und 15. April auf die Wichtigkeit des Betriebes hingewiesen und zur ausreichenden Versorgung veranlaßt. Die Geschoßfabrik Mueller in Teterow erhält bei einem Monatsbedarf von 200 t arbeitstäglich drei Wagen. Kohlenversorgung der Mainkraftwerke Höchst ist gesichert, allerdings wird der erste Kahn erst gegen Ende des Monats eintreffen, bis dahin Bahnverladung. Zur Zeit sind 350 t Kohlen unterwegs. Auch weiter wird Versorgung sichergestellt werden. Die Kalkstickstoffabrik beliefernden Westdeutschen Kalkwerke haben auf eine Bestellung von arbeitstäglich 86 t bis 15. April im Tagesdurchschnitt 60 t erhalten und sind damit über den Durchschnitt der Lieferungsmöglichkeit für sämtliche Werke, welche etwa 3/5 des Bedarfs beträgt, beliefert worden. Allgemein lassen sich Störungen in der Kohlenversorgung der Kriegsindustrie gegenwärtig nicht vermeiden, weil bei ausreichender Wagengestellung die Förderung nicht genügt, so daß der Versand Westfalens nur etwa 2/3 der Friedensziffern erreicht.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 10. 5. 1917.
II Nr. 54 951 op.

An das Kriegsamt Berlin.

Euerer Exzellenz danke ich für die Abschrift des Schreibens an den Reichskohlenkommissar vom 4. 5. 17 Nr. 11 366 Stab P. 1., dem ich nur zustimmen kann.

Digitized by Google

Meines Erachtens ist die Steigerung der Kohlenproduktion jetzt und für die folgende Zeit geradezu entscheidend für unsere Rüstungsindustrie und unser wirtschaftliches Durchhalten.

Aus diesen Gründen habe ich auch die geforderten 40 000 Arbeiter aus dem Heere, wenn auch mit schwerem Herzen, zugesagt. Die Steigerung der Produktion ist aber nur in gewissem Maße möglich und es erscheint mir fraglich, ob wir allen Ansprüchen genügen können. Deswegen ist es m. E. gleichzeitig nötig, die Kohlen zu rationieren. Hierbei müssen starke Einschränkungen im Verbrauch an Stellen, wo dies möglich ist, eintreten. Ich erwähne z. B.:

1. Verbot des Heizens von Theatern und Museen.
2. Beschränkung der geheizten Räume in Schulen, Universitäten usw.
3. Verpflichtung aller Hausbesitzer, nur eine bestimmte Anzahl von Zimmern im Winter zu heizen; dies gilt auch für Häuser mit Zentralheizung.
4. Sparen an elektrischem Licht in Läden, Wohnungen, auf den Straßen und in öffentlichen Lokalen.
5. In der Industrie läßt sich wahrscheinlich durch Schließen kleiner, unrentabler Werkstätten sparen, zumal sich auch die dort befindlichen Arbeiter in größeren Anlagen besser verwerten lassen.

Anderseits muß es gelingen, Kohlen für die ärmere Bevölkerung, Dreschmaschinen usw. rechtzeitig bereitzustellen.

Es muß m. E. auch baldigst ein Überschlag aufgestellt werden, was wir an Kohlen gebrauchen und welche Fabriken voll bzw. in geringerem Maße zu beliefern sind. Noch jetzt kommen täglich Klagen, daß wichtige Fabriken zum Stilliegen kommen, weil sie keine Kohle haben. Namentlich sind dies auch Elektrizitätswerke, die viele Anlagen mit Energie zu versehen haben. Daß diese Werke vielfach ihre Energie verschwenden zugunsten von Licht (vgl. zu 4) statt zu Kraft, ist wohl sicher.

Alles in allem ist die Bewirtschaftung der Kohle eine ebenso wichtige und schwierige, aber auch dankenswerte Aufgabe. Es müssen hierzu die tüchtigsten Männer herangezogen werden. Ob dies jetzt schon der Fall ist, erscheint mir nicht sicher. Falls diese Ansicht auch dort vorhanden ist, bitte ich dringend, Abhilfe zu schaffen. Empfehlenswert dürfte es sein, je einen Vertreter des Ruhrkohlengebiets und des Oberschlesischen Kohlengebiets heranzuziehen.

J. A.: Ludendorff.

Digitized by Google

Kriegsministerium, Kriegsamt, Technischer Stab. Berlin, den 22. 5. 1917.
Nr. 7234 5. 17 K. T.

Antwort des Kriegsamts auf das Schreiben
II Nr. 54 951 op. vom 10. 5. 17.

An den Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Die von Euer Exzellenz behandelte Kohlenfrage ist auch der Gegenstand meiner ernstesten Aufmerksamkeit, und ich suche ihre Lösung, die zunächst in das Gebiet des Reichskohlenkommissars fällt, so rasch als möglich zu fördern.

Über die Rationierung gehen die Ansichten der Sachverständigen zunächst noch auseinander, namentlich auch über die Ausdehnung, welche ihr zu geben ist. Während einerseits weitgehendste Kohlenverteilung befürwortet wird, bestehen namentlich in den Kreisen der Zechenverwaltungen und des Kohlenhandels schwere Bedenken dagegen. Wenn auch die von mancher Seite geäußerte Ansicht, daß diese Bedenken von Interessen beeinflußt sind, bis zu einem gewissen Grade zutreffend sein wird, so sind anderseits die sachlichen Gründe, welche von den erfahrensten Stellen, darunter in erster Linie dem Kohlensyndikat und Männern wie Hugo Stinnes und Kommerzienrat Klöckner, geltend gemacht werden, nicht unbeachtet zu lassen; sie heben vor allem die große Schwierigkeit der Bearbeitung dieses sehr komplizierten Gebietes hervor und befürchten durch eine zuweitgehende Rationierung eine Verschärfung der Kohlenverlegenheiten an Stelle einer erwarteten Besserung.

Es hat gestern eine Sitzung des Beirats des Reichskohlenkommissars stattgefunden, in der die Frage der Rationierung eingehend erörtert worden ist; diese Verhandlungen haben zwar eine völlige Klärung noch nicht herbeigeführt, aber doch ergeben, daß gegen eine teilweise Rationierung, die insonderheit den Gemeindebedarf betreffen und in ihrer Ausführung im wesentlichen den Gemeinden überlassen werden würde, und eine gleichzeitige scharfe Überwachung des übrigen industriellen Kohlenverbrauchs kaum schwerwiegende Gründe anzuführen sind; es ist nach dem Verlauf der gestrigen Verhandlungen zu erwarten, daß eine Einigung für Maßnahmen, die den angestellten Zweck erfüllen, erreicht wird. Ich werde darauf hinwirken, daß ein gestern gewählter engerer Ausschuß in kürzester Frist die notwendige endgültige Regelung schafft. Einmütig war man jedenfalls der Ansicht, daß die nächsten Monate vor dem beginnenden stärkeren Herbstverkehr unbedingt dazu benutzt werden müssen, um im Rahmen der Möglichkeit durch Schaffung von Beständen für kriegsnotwendige und für die innere Volkswirtschaft unentbehrliche Zwecke soweit zu sorgen, daß ähnliche Störungen, wie sie der vergangene Winter brachte, tunlichst vermieden werden.

Digitized by Google

Auch das Verbot des Heizens von Theatern usw., Einschränkung der Heizung öffentlicher Gebäude und der Privatwohnungen wurde gestern in die Erörterung gezogen; es wird über die Schritte, die auf diesem Gebiet unter Umständen in einschneidender Weise getan werden müssen, aber erst Beschluß gefaßt werden können, wenn ein Urteil darüber gebildet ist, wie weit die jetzt beabsichtigte Steigerung der Kohlenförderung durchführbar sein wird*). gez.: Groener.

Kriegsersatz- und Arbeitsdepartement. 20. 6. 1917.
Nr. 220/6 17 Azf. 7.
Telegramm. Geheim!

An den Chef des Generalstabes des Feldheeres, Gr. H. Qu.

Betrifft: 1. Ersuchen um weitere Abgabe von Bergarbeitern aus Front und Etappe.
2. Ablehnung der Anforderung von Bergleuten und langsame Zurückführung von Bergleuten in die Heimat.
3. Abweisung von Reklamationen und Beurlaubungen ohne Begründung.

1. Es ist jetzt mit Bestimmtheit zu übersehen, daß die zur Steigerung der Kohlenförderung aus Front und Etappe bewilligten 40 000 gelernten Bergleute zur Erreichung dieses Zweckes nicht ausreichen werden. Es wird deshalb gebeten, trotz der damit verbundenen sehr nachteiligen Wirkung auf die Ersatzgestellung für das Heer, die unter Umständen eine vorzeitige Inanspruchnahme des Jahrganges 1899 für das Feld zur Folge haben wird, bereits jetzt die grundsätzliche Genehmigung zur Zurückholung noch weiterer 30 000 gelernter Bergleute aus Front und Etappe gemäß den Bestimmungen des dort. Fernschreibens II Nr. 53 526 op. zu erteilen. Ersatz ist auf dem vorgeschriebenen Wege anzufordern und erfolgt gleichzeitig mit der Erfüllung anderer Ersatzansprüche im Rahmen der vorgeschriebenen Gefechtsstärken. In diesen 30 000 Mann sollen auch 3000 Facharbeiter zur Erzgewinnung, welche dringend notwendig und auf keine andere Weise zu beschaffen sind, enthalten sein. Zugleich wird gebeten, die Zahl der Divisionen, aus denen Bergleute genommen werden dürfen, zu erweitern, da sonst die zugebilligte Zahl nicht erreicht werden kann.

Die Zurückholung dieser weiteren 30 000 Mann ist so gedacht, daß in jedem Falle an jeder Stelle die Produktionssteigerung und die dafür erforderliche Arbeiterzahl besonders durch Sachverständige festgestellt wird und die Bergleute daraufhin der betr. Stelle in jedem Falle besonders bewilligt werden. Eine allgemeine Bekanntgabe der Maßregel würde

*) Das tatsächliche Ergebnis zeigt sich in dem nächsten Schreiben, Mehranforderung von Arbeitskräften unter Belastung der Front und Etappe. Der Verfasser.

Digitized by Google

daher vollständig unterbleiben können und lediglich dem K. die Verfügung über diese Reserve von der O. H. L. gegeben werden.

Für die Steigerung der Kohlenförderung ist außer den gelernten Bergleuten auch noch eine große Zahl kräftiger ungelernter Arbeiter notwendig. Da die Kriegsgefangenen im Heimatgebiet für die Kriegsindustrie und die Landwirtschaft restlos aufgebraucht sind, ohne das vorhandene Bedürfnis auch nur annähernd zu befriedigen, und alle anderweitig zu beschaffenden Arbeitskräfte bereits für die nächsten Monate in vollem Umfange für die Neubauten und Vergrößerungen der Kriegsindustrie angefordert sind, so wird in Vorschlag gebracht, aus dem Etappengebiet 3000 kräftige Kriegsgefangene, möglichst Russen, welche dort freigemacht werden können, zur Steigerung der Kohlenförderung in die Heimat zu überweisen. Diese Steigerung ist z. B. die wichtigste Frage der gesamten heimischen Kriegswirtschaft.

2. In zahlreichen Fällen sind die nach dem Fernschreiben der O. H. L. II Nr. 53 526 op. aus bestimmten Divisionen und aus den Etappenformationen abzugebenden Bergleute von den Truppenteilen nicht gestellt worden.

So lehnten ab:

General-Gouvernement Belgien für Militär-Stacheldraht-Fabrik Charleroi und für Zwangsverwaltung Lessines Belgien und für Gewehrfabrik Lüttich,

Chef des Feldeisenbahnwesens für 1. Komp. 4. Arm. Batl. M. E. D. 2,

Baudirektion 2 für Straßenbau-Komp. 2 St. Quentin,

Chef des Feldeisenbahnwesens für Hauptk. der Mil. Gen. Dir. der Eisb. Brüssel und für Kleinbahn Betr.-Leitung Bouziers,

Gouvernement Metz für Fuhrpark-Festungsdepot Metz,

Kommandantur 2 Festung Diedenhofen für Festgs. M. G. Form. in Diedenhofen,

Chef des Feldeisenbahnwesens für Stab des Eisenb. H. Batl. 8. M. E. D. 2,

A. O. K. 2 für Wirtschaftskomp. 3,

Kaiserl. Deutsch. Mil. Gouv. Siedlce für 1. Komp. 1. Landst. Batl. Ostrowo 5/21,

in anderen Fällen ließ die Überweisung der angeforderten Bergleute außerordentlich lange auf sich warten.

Es wird gebeten, die mobilen Stellen, welche für die Abgabe gelernter Bergleute freigegeben sind, und die Etappenformationen nochmals auf die für die Steigerung der Kohlenförderung dringende Notwendigkeit dieser Abgabe und deren äußerste Beschleunigung hinzuweisen.

Digitized by Google

3. Von den Truppenteilen der Front werden häufig Gesuche um Entlassungen aus dem Heeresdienst und Zurückstellung sowie Gesuche um Beurlaubung ohne Begründung abgelehnt, obgleich sie von allen Stellen der Heimat (Landrat, Stellv. Gen. Kdo. usw.) befürwortet waren. Es scheint, daß die Notwendigkeit des Urlaubs von den Truppenteilen häufig verkannt wird.

Es wird ebenfalls gebeten, die mobilen Stellen erneut anzuweisen, solche befürworteten Gesuche nicht ohne Begründung abzuweisen, sondern ihnen Folge zu geben, soweit die dienstlichen Interessen und die über Zurückstellung und Beurlaubung getroffenen Bestimmungen dies irgend zulassen.

Kriegsersatz- und Arbeitsdepartement.

3.

II Nr. 58 156 op. Fernschreiben. 20. 6. 1917.

An Oberst, Hgr., General v. Seeckt, A. O. K.s, A. Abt., Generalquartiermeister, Feldeisenbahnchef, Kogenluft, General der Pioniere, Chef der Feldtelegraphie, General von Lauter.

Es sind sämtliche Bergleute, die von den Heimatbehörden unter Stichwort „Kohle" angefordert sind, sofort freizugeben. Eine Ausnahme bilden nur die in Kohlenbergwerken des besetzten Gebiets beschäftigten Bergleute. Vergl. 57 923 op. vom 18. 6. und 53 526 op. vom 28. 4.

J. A.: Ludendorff.

Nr. 58 156 op. Fernschreiben. 20. 6. 1917.

Generalquartiermeister.

Gesuche um Freigabe von Bergleuten sind abgelehnt worden von:

a) Gen. Gouv. Belgien für Mil. Stacheldraht Fabr. Charleroi und für Zwangsverwaltung Lessines Belgien und für Gewehrfabrik Lüttich,
b) Baudirektion 2 für Straßenbau Komp. 2 St. Quentin,
c) Mil. Gouv. Siedlce für 1. Komp. 1. Ldstrm. Batls. Ostrowo 5/21.

Ich bitte die Freigabe zu erwirken.

O. II

4.

II Nr. 58 156 op. Fernschreiben. 22. 6. 1917.
Zu E. D. Nr. 220/6. 17 A. Z. S. 7.

An Kriegsamt.

I. In der Sitzung über Kohlenfragen am 19. 6., an der auch der Chef des Kriegsamts teilnahm, wurden nicht 70 000 gelernte Kohlen-

Digitized by Google

arbeiter, wie E. D. sie für erforderlich hält, sondern 50 000 gelernte Kohlenarbeiter nebst 20 000 Hilfsarbeitern als nötig bezeichnet.

Für das Feldheer und die Etappen kann nur die Abgabe von Facharbeitern in Betracht kommen. Die Hilfsarbeiter müssen auf anderem Wege beschafft werden, und zwar in erster Linie aus Belgien. Ich habe mich bereits am 16. 6. an das Gen. Gouv. gewandt, um eine weitere Steigerung der Anwerbungen zu erreichen; ich habe heute die Bitte wiederholt. Daneben aber müssen diese Arbeiter durch Stillegung überflüssiger Betriebe, die m. E. bislang nur in geringem Maße durchgeführt wurde, sowie durch Zusammenlegung unrentabler Betriebe gewonnen werden.

Mit der Erhöhung der Zahl der aus dem Feldheer und der Etappe herauszuziehenden gelernten Kohlenarbeiter von 40 000 auf 50 000 erkläre ich mich auf Grund der dargelegten Verhältnisse einverstanden. Ebenso können nunmehr alle Formationen des Feldheeres und der Etappe zur Abgabe von Kohlenarbeitern herangezogen werden. Es kann aber nicht damit gerechnet werden, daß alle diese Formationen imstande sind, sämtliche angeforderten Arbeiter abzugeben. Ebenso wird in den Fällen, wo verhältnismäßig viel Arbeiter von der gleichen Formation angefordert werden und die betr. Formation an einer Kampffront steht, das Eintreffen des Ersatzes abgewartet werden müssen.

Ferner stimme ich der Herausziehung von 3000 Erzarbeitern aus dem Heere zu.

Hingegen können Kriegsgefangene nicht abgegeben werden.

Ich erkläre nunmehr, daß das Feldheer mit der Abgabe von Arbeitern an die Heimat an der Höchstgrenze angelangt ist. Es geht m. E. nicht an, daß dem Feldheer immer wieder Facharbeiter entzogen werden, während in der Heimat weder das Hilfsdienstgesetz in aller Schärfe ausgenutzt wird, noch durch rationelle Ausnutzung der vorhandenen Industriearbeiter (Stillegung, Vereinigung von Betrieben) einer Verschwendung von Arbeitskräften ausreichend vorgebeugt wird. Außerdem scheint mir, als ob stellenweise die Arbeitsleistung des einzelnen in der Industrie nicht auf der größtmöglichen Höhe gehalten wird.

II. An die Kommandostellen des Feldheeres, die Etappen und Gen. Gouvernements ist befohlen:

„Es hat sich herausgestellt, daß bei den Einschränkungen, wie sie das Telegr. vom 4. 5. II 53 526 op. anordnet, die nötige Zahl von Kohlenarbeitern nicht zu beschaffen ist. Ferner haben einzelne Truppenteile Gesuche um Zurückstellung von Kohlenarbeitern anscheinend ohne genügende Begründung abgelehnt, oder sie haben die Arbeiter nicht mit der gebotenen Beschleunigung zurückgesandt."

Es wird deshalb befohlen: „Für die Anforderungen von gelernten

Digitized by Google

Kohlenarbeitern sowie für eine gewisse Zahl von Erzarbeitern werden das gesamte Feldheer und alle Etappenformationen freigegeben. Die Arbeiter werden namentlich unmittelbar beim Truppenteil unter dem Stichwort »Kohle« angefordert. Den Anforderungen ist ungesäumt nachzukommen. Die Angeforderten sind zu ihren Bezirkskommandos in Marsch zu setzen. Der Ersatz ist auf dem vorgeschriebenen Wege anzufordern, er erfolgt gleichzeitig mit der Erfüllung anderer Ersatzansprüche im Rahmen der vorgeschriebenen Gefechtsstärke.

Gründe zur Ablehnung von Gesuchen sind nur die Verwendung des Reklamierten bei Minierkomp. oder in Kohlengruben des besetzten Gebiets.

Bei gespannter Lage oder bei Anforderung einer besonders großen Zahl von Arbeitern sind die Truppenkommandeure ermächtigt, der Anforderung erst nachzukommen, wenn die Lage es erlaubt, oder wenn Ersatz eingetroffen ist.

Ich bitte jedoch von dieser Ermächtigung nur in Fällen dringender Notwendigkeit Gebrauch zu machen.

Die ausreichende Versorgung der Heimat mit Kohlenarbeitern ist außerordentlich dringlich und ausschlaggebend für eine dauernde rechtzeitige Versorgung des Feldheeres mit Kriegsgerät und Munition."

III. Betreffs Beurlaubungen ist befohlen:

„Das K. M. hat mir mitgeteilt, daß begründete und von den Landräten, stellv. Gen. Kdos. usw. befürwortete Urlaubsgesuche stellenweise anscheinend ohne weiteres abgelehnt wurden.

Ich bitte die Truppenteile und Formationen darauf hinzuweisen, daß die Gewährung solcher begründeten und befürworteten Urlaube für die heimische Kriegswirtschaft von großer Bedeutung ist und daß ihnen, soweit die dienstlichen Interessen und die Bestimmungen über Urlaub usw. es zulassen, nachgekommen werden muß.

Einer Forderung besonderer schriftlicher Begründung für jede Ablehnung will ich damit aber keineswegs das Wort reden. Ich bitte im Gegenteil auch weiterhin auf Verminderung des Schreibwesens zu dringen.

J. A.: Ludendorff.

5.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 23. 7. 1917.
II Nr. 60 569 op.

K. M.

Nach Mitteilung des Kohlenkommissars beträgt der Förderungsausfall in Ob. Schlesien infolge des Streiks über 400 000 t. Dieser Ausfall schädigt die Rüstungsindustrie und die sonstige Kriegswirtschaft empfind-

Digitized by Google

lich. Wir müssen alles aufbieten, um Streiks in Zukunft zu verhindern. Sie sind m. E. nur z. T. auf die Ernährungslage, im übrigen aber auf Hetzereien, besonders der unabhängigen Sozialdemokratie, zurückzuführen. Aus einem Bericht des Kriegspressеamts entnehme ich z. B., daß der Leipziger Demonstrationsstreik am 16. 7. auf Aufhetzung durch Anhänger der genannten Partei zurückzuführen ist. Solchen Hetzereien muß m. E. mit größter Schärfe entgegengetreten werden. Wir können dem nicht tatenlos zusehen; die Hetzer müssen unschädlich gemacht werden.

Ich habe den Eindruck, als ob nicht überall bei den stellvertretenden Generalkommandos mit der gleichen Entschlossenheit vorgegangen wird, wie sie s. Z. das Oberkommando in den Marken zeigte.

J. A.: Ludendorff.

6.

II Nr. 65 625 op. 23. 9. 1917.

Reichskohlenkommissar, Berlin.

Ich beabsichtige folgendes Telegramm an den General-Gouverneur Belgien zu richten:

In Verfolg von II Nr. 61 762 op. vom 13. 9. 1917 (betr. Kohlenersparnis).

Die schwierige Kohlenlage erfordert unabweislich eine absolut einheitliche Bewirtschaftung aller in Deutschland und den besetzten Gebieten geförderten Kohle. Diese Einheitlichkeit ist bei der bisherigen Regelung der Verhältnisse zwischen Deutschland und General-Gouvernement nicht sichergestellt. Als Beispiel führe ich an, daß im laufenden Monat ohne Wissen des Reichskohlenkommissars 32 000 t aus dem General-Gouvernement nach Deutschland an bestimmte Abnehmer eingeführt wurden.

Euer Exzellenz bitte ich daher, folgendem Verfahren Ihre Zustimmung geben zu wollen:

Der Reichskohlenkommissar wird dauernd über die Produktion und die Verwendung der im General-Gouvernement geförderten Kohle auf dem laufenden erhalten. Der Reichskohlenkommissar wird dem General-Gouvernement seine Wünsche über die Verteilung der belgischen Kohle mitteilen. Diesen Wünschen bitte ich, nach Möglichkeit nachzukommen. Kann seinen Wünschen nicht entsprochen werden, so bitte ich dem Reichskohlenkommissar darüber Mitteilung unter Angabe der Gründe zugehen zu lassen. Der Reichskohlenkommissar wird einen Vertreter ernennen, durch den alle seine Mitteilungen gehen und dem ich auch alle Mitteilungen des General-Gouvernements an den Reichskohlenkommissar zuzuleiten bitte. Zu seiner Orientierung bitte ich, dem Reichskohlenkommissar oder

Digitized by Google

seinem Vertreter restlosen Einblick in alle Bestimmungen und Unterlagen betr. Kohlenförderung und Verwendung zu gewähren.

Ich bemerke, daß ich im Interesse der Gesamtheit selbstverständlich dem Reichskohlenkommissar die gleichen Rechte in den Etappengebieten eingeräumt habe.

Zusatz: Ich bitte um Äußerung.

J. A.: Ludendorff.

7.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 23. 9. 1917.
II Nr. 4599 geh. op.

An den Herrn Stellvertreter des Reichskanzlers.

Auf Euer Exzellenz Schreiben vom 8. d. Mts. IVa 22 163 erwidere ich ergebenst, daß auch ich den größten Wert auf die Lösung der Kohlenfrage lege, da sie zweifellos entscheidend auf den Ausgang des Krieges wirken kann.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist von meiner Seite bereits alles geschehen, was ich pflichtmäßig tun konnte, und zwar insbesondere durch folgende Maßnahmen:

Die verlangten Kohlenarbeiter sind aus dem Heer entlassen,
die Armeen usw. auf Sparsamkeit hingewiesen,
die Kohlenförderung im besetzten Gebiet (ausschl. Gen. Gouv.) ist im Einvernehmen mit dem Reichskohlenkommissar geregelt,
das Rüstungsprogramm ist erheblich eingeschränkt,
endlich habe ich der Einschränkung der Roheisen- bzw. Stahlerzeugung um 10 % für zwei Monate zugestimmt.

Ob eine weitere Einschränkung zulässig ist, läßt sich erst Anfang Oktober übersehen, ist aber mindestens zweifelhaft. Euer Exzellenz Ansicht, daß in der Etappe noch Kräfte (gv. Leute) für den Bergbau freigemacht werden können, wird geprüft. Viele werden es nicht sein.

Nennenswerte Ersparnisse an Kohlen werden auf keinem Gebiet mehr zu machen sein, um so wichtiger sind folgende drei Punkte:

a) Erhaltung und Steigerung der Förderung,
b) Regelung der Transportverhältnisse,
c) Verteilung auf die Empfänger.

Zu a. Zur Zeit findet infolge der in geringem Maße gestiegenen Förderung und des bereits stockenden Abtransports schon ein Stürzen der Kohle auf Halden statt. So erwünscht dies für die Kohle sein mag, so bin ich doch der Ansicht, daß man die Förderung auf alle Weise weiter steigern muß. Nur wenn Vorräte auf Halde liegen, sind wir in der Lage, bei

Digitized by Google

Streiks, Unfällen usw. auszugleichen, vor allem aber auch jede Besserung der Transportlage auszunutzen. Um die Förderung zu steigern, wird vor allem die Arbeitsfähigkeit und Arbeitslust der Arbeiter zu heben sein. Die erstere ist hoffentlich durch die Ernährungslage gesichert, die Arbeitslust wird hoffentlich durch Änderung in der Anwendung des Hilfsdienstgesetzes bzw. der Bestimmungen über die Reklamierten zu bessern sein. Ich nehme an, daß Euer Exzellenz über diese allgemeinen Arbeiterfragen durch das Kriegsministerium unterrichtet sind. Daß etwaigen Arbeitseinstellungen usw. entgegengetreten werden muß, ist selbstverständlich.

Zu b. Die Transportfrage ist zur Zeit bereits schwierig und kann zur Krisis führen, wenn nicht durchgreifende Maßnahmen schleunigst ergriffen werden. Das Hauptmittel wird Einschränkung des Personenverkehrs sein, um die Zugzahl zu verringern und die Züge auf normales Gewicht zu bringen. Nur dann wird sich der Güterzugverkehr glatt abwickeln lassen. Wie diese Einschränkung des Zivilverkehrs erfolgen soll, ist nicht meine Sache. Daß sie sehr störend empfunden wird, ist bei dem geringen Verständnis, das breite Kreise für den Krieg besitzen, sicher. Ich muß aber darauf bestehen, daß die Einschränkungen erfolgen, und bitte Euer Exzellenz, diese meine Bitte n a c h d r ü c k l i c h s t zu unterstützen.

Im übrigen nehme ich auf mein Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom 23. 9. 1917 1238 E Bezug.

Zu c. Besonders dringend ist es, daß allgemein beladene Güterwagen schnellstens entladen werden. Dies gilt auch für die Kohlenwagen. Es wird dazu nötig sei, daß bei den großen Firmen, den Kommunen usw. besondere Organisationen geschaffen werden, ebenso für günstig gelegene Abladeplätze gesorgt wird. Jedenfalls sind diese Fragen, für die ich im einzelnen nicht zuständig bin, ebenso wichtig wie schwierig. Sie müssen aber auch restlos gelöst werden.

Zum Schluß möchte ich nochmals hervorheben, daß ich Euer Exzellenz für eine nachdrücklichste Verfolgung der Kohlenfrage aufrichtig dankbar bin. Daß ich, soweit es mir möglich ist, stets bereit bin, an der Abwicklung der Kohlenfrage in allen ihren einzelnen Seiten mitzuhelfen, glaube ich bewiesen zu haben.

J. A.: gez. L u d e n d o r f f.

8.

II Nr. 73 103 op. 14. 12. 1917.

An den Herrn Kriegsminister.

Die zweite Hälfte Dezember und die ersten Januartage bringen eine außerordentliche Anhäufung von Festtagen.

Ich möchte nicht verfehlen, auf die Notwendigkeit einer durchgreifenden Einschränkung der Feiertage hinzuweisen. Die militärische Lage ist

Digitized by Google

gespannt und kann keinen weiteren Ausfall der sowieso schon immer wieder herabgesetzten Produktion der Rüstungsindustrie vertragen. Insbesondere zwingt die überaus kritische Kohlenlage dazu, Verladung, Versendung und Entladung der Kohlen in vollem Umfange auch an allen Festtagen durchzuführen. Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Ereignisse in Rußland verfrühte Hoffnungen und damit Nachlassen der Anspannung in breiten Kreisen ausgelöst haben. Demgegenüber scheint ein allgemeiner Hinweis und ein Appell an die deutschen Arbeiter dringend nötig, daß es den Anstrengungen unserer Feinde entsprechend jetzt erst recht der vollsten Pflichterfüllung jedes einzelnen bedarf.

Ich bitte, nötigenfalls im Benehmen mit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten die noch nötigen Maßnahmen zu treffen, und wäre für Mitteilung des Veranlaßten dankbar.

Kriegsamt und Minister der öffentlichen Arbeiten haben Abschrift erhalten.

J. A.: Ludendorff.

9.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 24. 12. 1917.
II Nr. 73 941 op./7468 E.

**An Oberst von Winterfeldt,
für den Herrn Reichskanzler.**

Die Transportlage wird von Tag zu Tag bedenklicher. Wenn nicht schleunige wirksame Abhilfe erfolgt, so ist ein erheblicher Rückgang oder Stillstand in der Rüstungsindustrie unausbleiblich, dessen Folgen für die beabsichtigten Operationen und damit für die Entscheidung des Krieges unabsehbar sind. Aber auch die Heimat leidet schwer darunter, namentlich unter der unzureichenden Anfuhr von Hausbrandkohle und Kohlen für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. In einzelnen großen Städten ist die Notlage schon sehr beträchtlich. Euere Exzellenz bitte ich daher, die Eisenbahnverwaltungen aller Bundesstaaten auf die außerordentliche Gefahr und die Notwendigkeit der Beseitigung hinzuweisen. Ich bemerke dazu, daß vom preußischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten und auch von den Eisenbahnverwaltungen der übrigen Bundesstaaten bereits vor einiger Zeit Anordnungen, die auf eine glatte Abwicklung des Verkehrs hinwirken sollten, getroffen sind, z. B. Erhöhung der Fahrpreise, bessere Regelung der Be- und Entladungen usw.

Diese Maßnahmen haben aber eine wirkliche Abhilfe noch nicht gebracht. Es sind daher weitere Schritte nötig. Es kommt besonders darauf an, die Personen-, Eil- und Schnellzüge glatt durchzuführen, um dadurch

Digitized by Google

die erforderliche Regelmäßigkeit in den Güterzugverkehr zu bringen. Dazu ist es nötig, daß diese Züge nur so viele Wagen führen, wie bei den jetzigen Leistungen der Lokomotiven sicher gefahren werden können. Zu hohe Belastung schädigt das Lokomotivmaterial und ruft durch das Versagen der Maschine während der Fahrt große Verspätungen hervor, die ihrerseits wieder den glatten Verkehr hindern.

Diese Maßregel muß Hand in Hand mit einer Einschränkung der Zahl der Reisenden gehen. Diese Einschränkung läßt sich einmal durch Aufklären des Volkes mit Hilfe von Presse und Parlament, außerdem aber auch durch Zwangsmaßnahmen, d. h. in erster Linie durch weiteren Ausfall von Zügen und durch Beschränkung der Ausgabe von Fahrkarten, erreichen.

Außerdem müssen die Züge unbedingt ihre Aufenthaltszeit einhalten, gleichgültig, ob alle Fahrgäste mitkommen, Gepäck verladen ist usw.

Das Personal der Eisenbahnen muß auf die strengste Pflichterfüllung hingewiesen werden. Ich weiß, daß dieses Personal z. T. überanstrengt ist und an sich gutes geleistet hat. Es gibt aber auch für die Heimat kein Nachlassen. Auszeichnungen, Prämien können ebenso wie Strafen hier zweckmäßig und notwendig sein. Seitens der O. H. L. sind bereits weitgehende Maßnahmen zur Entlastung des Verkehrs getroffen. Insbesondere*):

1. ständig sehr niedrig gehaltener Prozentsatz der Beurlaubungen bei Front und Etappe, der es ermöglichte, zahlreiche Militärurlauberzüge von allen Kriegsschauplätzen wegfallen zu lassen;

2. wiederholte Verhängung längerer Urlaubssperren, zum letzten Male für die gesamte Westfront vom 24. 11. bis 4. 12;

3. Befehl, daß das Heimatheer über Weihnachten nur Verheiratete beurlauben darf; außerdem nur in zwei Staffeln;

4. Herabdrückung operativer Anforderungen an die Eisenbahnverwaltungen auf ein Mindestmaß.

Zur weiteren Klärung der Lage ist als mein Vertreter der Feldeisenbahnchef, Oberst v. Oldershausen, z. Z. in Berlin, um mit dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten über weitere Schritte zu verhandeln. Er steht Eurer Exzellenz zum Vortrag gern zur Verfügung.

Jedenfalls möchte ich nochmals wiederholen, daß die Lage bitter ernst ist und Abhilfe, sei es auch durch schärfste Maßnahmen, unbedingt nötig ist. Es steht der Ausgang des Krieges auf dem Spiele.

J. A.: Ludendorff.

*) Ich mußte mich schwersten Herzens dazu entschließen, das kämpfende und leidende Feldheer bitter zu enttäuschen, nur weil die Heimat versagte. Der Festverkehr in der Heimat durfte natürlich nicht gestört werden, weil das die Stimmung beeinträchtigte. Der Verf.

Digitized by Google

10.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 19. 2. 1918.
II Nr. 78 787 op.

An Kriegsminister.

Der eigentliche Grund der winterlichen Kohlennot, damit der Schwierigkeiten der Rüstungsindustrie, liegt darin, daß in den Frühjahrs- und Sommermonaten die Kohlenförderung nicht ausreichte, um Wintervorräte für Betriebe und Hausbrand zu gewinnen. Diese ungenügende Förderung hatte wiederum ihren Grund in einer zu geringen Zahl von Arbeitskräften auf den Gruben während der Frühjahrsmonate. Als schließlich die Bitte an mich zur Aushilfe durch das Feldheer herantrat, war es zu spät.

Nach einer mir zugegangenen Mitteilung des Reichskohlenkommissars besteht auch für 1918 die schwere Sorge, daß es mit den im Kohlenbergbau vorhandenen Arbeitskräften nicht gelingen wird, die Wintervorräte rechtzeitig zu fördern. Ich erblicke hierin eine außerordentliche Gefahr, die wir, wenn irgend möglich, vermeiden müssen. Die Zustände, wie sie jetzt in der Kriegswirtschaft herrschen, sind fast unerträglich. Daß eine Aushilfe durch das Feldheer in diesem Frühjahr ausgeschlossen ist, brauche ich E. E. bei Ihrer Kenntnis von Lage und Absichten nicht zu versichern. Es bliebe somit nur die Möglichkeit, durch entsprechendes Aussparen von Arbeitskräften in anderen Betrieben der Heimat den für den Kohlenbergbau nötigen Zuschuß zu gewinnen. Ob und wie dies zu erreichen ist, muß ich dem Urteil der heimischen Behörden überlassen. Es wird letzten Endes darauf ankommen, festzustellen, ob in einzelnen Zweigen der Kriegswirtschaft zugunsten der alles beherrschenden Kohlenförderung eine Einschränkung eintreten kann.

E. E. darf ich ergebenst um Äußerung hierzu bitten.

gez.: Ludendorff.

Digitized by Google

VI. Ernährung.

Verzeichnis einzelner Schreiben.

(Nur die numerierten Schreiben sind im Wortlaut abgedruckt.)

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
—	II Nr. 40 042 24. 11. 16	Kr.-Ern.-Amt, Kriegsamt, Gen.-Int.	Verringerung des Nachschubs an Butter aus der Heimat an das Heer um 1600 Tonnen zugunsten der Rüstungsindustrie.
—	II Nr. 40 272 25. 11. 16	Präs. d. Kr. Ern.-Amts	Hinweis auf Tätigkeit der Z. E. G. im Ausland. (Kampforganisation, falsche Preispolitik, unnütze Transporte.)
—	II Nr. 46 087 31. 1. 17	Reichskanzler	Zur Kenntnis der Verpflegungslage der Heimat und zum Ausgleich mit der Heeresverwaltung Vorschlag, Gen.-Int. zum Mitglied des Kr. E. A. zu ernennen.
1.	II Nr. 51 102 op. 26. 3. 17	Kriegsminister	Hinweis auf Ernährungsschwierigkeiten. Zusammenarbeiten zwischen Zivil- und Militärbehörden durchaus erforderlich. Einheitliche Erfassung, Verteilung und Verwaltung der Vorräte. Verzicht auf Sicherheitsvorräte.
2.	II Nr. 51 982 op. 6. 4. 17	A. O. K.'s und Kdo.-Behörden	Herabsetzung der Brotration des Feldheeres zugunsten der Heimat.
—	II Nr. 58 726 28. 6. 17	Reichskanzler	Niederschrift der Reichskartoffelstelle betr. Verhandlungen mit G.-G. Warschau erhalten. Es ist nicht gelungen, nennenswerte Mengen aus G.-G. Warschau herauszuholen. Gegen Schuldige vorgehen. Bedauerlich, daß Ressortschwierigkeiten und Rechtsfragen Belieferung Deutschlands verhindert haben.
3.	I. Gen.-Qu.-M. 13. 12. 17	Staatssekretär d. R. Ern.-Amts	Jetziges System der Zwangswirtschaft hat versagt. Allmählicher Abbau erwünscht. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und Bezugsvereinigungen für die Konsumenten benutzen.
—	II Nr. 8733 geh. 17. 6. 18	Chef d. Genst. der Hgr. und Armeen	Ernteaussichten in Heimat schlecht. Jeder nicht unbedingt nötige Verbrauch von Lebens- und Futtermitteln ist zu verhindern. Die Ernte im besetzten Gebiet ist restlos einzubringen und der allgemeinen Wirtschaft nutzbar zu machen.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 51 102 op.

Gr. H. Qu., den 26. 3. 1917.

An Kriegsminister General d. Art. v. Stein.

Die Ernährungslage in der Heimat und die Aussichten für die Zeit bis zur neuen Ernte sind derart, daß von militärischer Seite alles nur irgend Mögliche geschehen muß, um die Lage im Innern zu erleichtern.

Digitized by Google

Es kommt in erster Linie auf die Deckung des Fehlbedarfs an Brotgetreide an. Ernste Schwierigkeiten werden nur dann vermieden werden, wenn wir es erreichen, daß aus den ursprünglich für das Heer vorgesehenen Vorräten 500 000 t Brotgetreide (oder Mehl) den heimischen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Um Klarheit zu gewinnen, ob dieser Forderung entsprochen werden kann, schlage ich vor, daß am 2. 4. zu von Euer Exzellenz zu bestimmender Stunde im Kriegsministerium eine Sitzung zwischen dem General-Intendanten, dem Verwaltungs-Departement, dem Ernährungskommissar für Preußen, dem Kriegsernährungsamt, der Obersten Heeresleitung und dem Chef des Feldeisenbahnwesens stattfindet, in der seitens des B. D. volle Klarheit über sämtliche Bestände der Heeresverwaltung am 31. 1. und über den Heeresbedarf bis 15. 8. gegeben wird. Bei Angabe des Heeresbedarfs werden wir nur die notwendigsten Forderungen zu stellen und von Sicherheitsbeständen grundsätzlich abzusehen haben. Auf Grund dieser Angaben werden Euer Exzellenz und ich uns darüber schlüssig werden müssen, ob mit Rücksicht auf die heimische Wirtschaftslage eine über die bisherigen Vorschläge des General-Intendanten hinausgehende Herabsetzung der Tagessätze eintreten muß.

Ich halte aber bei der nun einmal vorhandenen großen Knappheit noch weitere Maßnahmen für erforderlich.

Es ist nicht mehr angängig, die Verwaltung der heimischen Getreidebestände getrennt nach Vorräten für Militär- und Zivilbehörden in zwei Händen zu lassen. Es sind mehrere Gründe, die mich zu dieser Ansicht geführt haben. Zunächst ist ein voller Überblick, der unbedingt erforderlich ist, nur dann erreichbar, wenn die Erfassung und Verwaltung aller Getreidevorräte von einer Stelle aus erfolgt; aber auch ein Ausgleich in der jeweils zweckmäßigsten Form zwischen den Anforderungen von Heer und Heimat, zwischen den Anforderungen der einzelnen Teile des Reichs und schließlich den einzelnen Getreidearten ist nur bei einheitlicher Verwaltung möglich.

Ein weiterer wesentlicher Grund für eine solche Regelung liegt in der Transportfrage; es ist zweifellos, daß wir jeden überflüssigen Transport vermeiden müssen, wenn wir das Rüstungsprogramm auch nur annähernd erreichen wollen. Ebenso zweifellos ist es aber, daß die jetzige Art der Getreideverwaltung viele Transporte nötig macht, die bei einheitlicher Verwaltung vermieden werden könnten.

Ich schlage Euer Exzellenz daher vor, die Erfassung und Verwaltung aller Getreidevorräte einschl. der Verwaltung der rumänischen Getreideeinfuhren in die Hand der für die Ernährung der Zivilbevölkerung verantwortlichen Behörden zu legen. Auf die Lagerung von Sicherheits-

Digitized by Google

vorräten, die bei der gespannten Lage nur möglich wäre, wenn wir die Zivilbevölkerung hungern ließen, müssen wir, wie oben bereits erwähnt, verzichten. Übrigens hat auch die Lagerung solcher Sicherheitsvorräte viel unnötige Transporte zur Folge gehabt.

Ich bin überzeugt, daß zwar manche Gründe aller Art gegen meinen Vorschlag geltend gemacht werden können, daß aber alle diese Gründe keine Rolle spielen können gegen die Tatsache, daß wir nur bei Erfassung aller Ausgleichsmöglichkeiten und bei größter Sparsamkeit imstande sind, durchzuhalten.

Wir würden es nicht verantworten können, wenn wir nicht alles Erdenkliche zur Erleichterung der Heimat tun würden.

Euer Exzellenz darf ich sehr ergebenst um eine baldige Stellungnahme hierzu bitten.

gez.: v. Hindenburg.

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 6. 4. 1917.
II Nr. 51 982 op.
Zu II Nr. 50 769 op. vom 23. 3. 17.

An sämtliche A. O. K.s.

I. Der empfindliche Mangel an Brotgetreide erfordert zur Sicherstellung der Verpflegung der Bevölkerung in der Heimat folgende Versorgungsänderungen beim Feldheere mit Wirkung vom 15. 4. 1917 an:

1. Der tägliche Weizenmehlzuschuß für Herabsetzung der Fleischportion (bis zu 40 g) ist künftig nur bis höchstens zu 20 g zuständig.
2. Die Brotportion für das Feldheer wird auf 500 g festgesetzt. Die A. O. K.s und sonstigen Kommandobehörden selbständiger Verbände sind befugt, in dringenden Fällen folgende Erhöhungen eintreten zu lassen:
   a) für die im Gebirge in über 1000 m Höhe befindlichen Truppen bis auf 1000 g,
   b) für die im Kampf befindlichen Truppen vorderer Linie bis auf 750 g,
   c) für die nach einem Kampf aus vorderer Linie zurückgezogenen Truppen auf höchstens 10 Tage bis auf 750 g,
   d) für sonstige besonders angestrengte fechtende oder Etappentruppen bis auf 600 g,

Digitized by Google

3. Die Brotportion in den Generalgouvernements Belgien und Warschau wird ebenfalls auf 500 g festgesetzt.
4. Ich bitte, die Truppen über die Notwendigkeit dieser Einschränkungen aufzuklären (vgl. II 50 769 op. vom 23. 3. 1917).

II. Bei Zweifeln über die Auslegung vorstehender Bestimmungen entscheidet der Generalintendant des Feldheeres.

gez. v. Hindenburg.

3.

Der Erste Generalquartiermeister. Gr. H. Qu., den 13. 12. 1917.

An den Staatssekretär des Reichsernährungsamts, Herrn von Waldow, Berlin.

Euer Exzellenz darf ich folgende Anregung ergebenst übersenden. Bei einer Rücksprache, die ich gestern mit den Herren . . . . . hatte, hat sich bei mir der Eindruck verstärkt, daß unser jetziges System der reinen Zwangswirtschaft nicht mehr paßt. Daß es versagt hat, geht meines Erachtens ja auch aus den Ergebnissen der Ernteschätzungen bzw. der auferlegten Zwangslieferungen hervor. Noch mehr beweisen vielleicht die unerhörte Zunahme des Schleichhandels und die allgemeine Demoralisation in unserem Volke, daß das jetzige System auf die Dauer unhaltbar ist.

Euer Exzellenz möchte ich daher zu Erwägung stellen, ob nicht ein allmähliches Abgehen von diesem Wege möglich und nötig ist, und zwar meines Erachtens in der Form, daß man versucht, sich auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften einerseits und Bezugsvereinigungen für die Konsumenten anderseits einzustellen. Daß die Bundesstaaten bzw. das Reich sich ein Aufsichtsrecht und Verfügungsrecht vorbehalten müssen, ist selbstverständlich.

Falls es Euer Exzellenz Zeit erlaubt, möchte ich noch empfehlen, die eingangs genannten Herren selbst zu hören.

Die Ernährungsfrage ist sowohl für die Stimmung und das Durchhalten in der Heimat, wie in noch höherem Grade für den Geist und die Operationsfähigkeit des Heeres entscheidend. Der Ausgang des Krieges kann von der richtigen Erfassung und Verteilung der an sich knappen Lebensmittel abhängen, und aus diesem Grunde halte ich mich für verpflichtet, Euer Exzellenz meine Vorschläge, die auf eine Besserung in dieser Beziehung hinauslaufen, zu übermitteln.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

VII. Landwirtschaft.

Verzeichnis einzelner Schreiben.

(Nur die numerierten Schreiben sind im Wortlaut abgedruckt.)

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 37838 op. 24. 10. 16	Minister für Landw., Dom. u. Forsten	Unterstützung der Landwirtschaft betr. Versorgung mit Stickstoff, Phosphaten, Arbeitern.
2.	II Nr. 47126 op. 11. 2. 17	Minister für Landwirtschaft	Steigerung der Produktion nötig. Schaffung von Ersatzstoffen. Zelluloseaufschließung unbedingt sofort erforderlich.
3.	II Nr. 51185 op. 28. 3. 17	Minister für Landwirtschaft	Zusicherung größtmöglicher Unterstützung (Beurlaubung der Landwirte zur Frühjahrsbestellung, Gestellung von Pferden, Reklamierung von Betriebsleitern und Facharbeitern).
4.	II Nr. 52014 op. 7. 4. 17	Reichskanzler, auch an K. M., Kriegsamt	Notwendigkeit der Zellulose-Aufschließung zum Ersatz für Rüben- und Kartoffelfütterung. Angabe erbeten über Zahl und Leistungsfähigkeit der Fabriken nach System Dexmann. Belehrung der bäuerlichen Bevölkerung.
5.	II Nr. 52604 op. 13. 4. 17	Kriegsausschuß für Ersatzfutter	Durchgreifende Hilfe nur durch großzügige Ausnutzung der Zellulose-Aufschließung zu erreichen. Ich bitte mit allen Kräften für eine Steigerung einzutreten.
6.	II Nr. 53076 op. 21. 4. 17	Reichskanzler	Ressortschwierigkeiten und Mangel an Verständnis verzögern Ersatzfuttermittelfrage bedenklich, daher Unterstellung des Kriegsausschusses für Ersatzfutter unter Kriegsamt nötig.
—	II Nr. 68335 28. 10. 17	Staatssekretär d. Kriegs-Ernährungsamts	Ernte an Futtermitteln gering. Schlagfertigkeit des Heeres in Gefahr. Landwirte müssen über Lage belehrt werden und Hafer und Heu möglichst dem Heere zur Verfügung stellen.
—	II Nr. 70139 14. 11. 17	Staatssekretär d. Kriegs-Ernährungsamts	Ernährungslage der Pferde sehr ernst. Umgehende Beschlagnahme des nötigen Hafers. Sicherstellung von $2^1/_2$ Millionen Tonnen Kartoffeln. Weiterverfolgung der Kartoffeltrocknungsfrage (bisher gut versorgt). Förderung der Strohaufschließung als Ersatzfutter.
—	II Nr. 40177 24. 11. 17	G. G. Belgien u. Gen. Qu.	Mangel an Phosphorsäure in der Landwirtschaft macht größte Steigerung der Förderung im General-Gouvernement und im besetzten Gebiet nötig.
7.	II Nr. 86811 op. 21. 5. 18	Oberost	Erhöhung der Belieferung der deutschen Landwirtschaft mit Phosphaten von größter Bedeutung. Hinweis auf die Bedeutung der Ausnutzung der südrussischen und Rigaer Phosphatlager.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
—	II Nr. 87590 31. 5. 18	Min. d. Landw.	Gewinnung von Laubheu zur Herstellung von Futterkuchen von größter Bedeutung. Steigerung der Sammeltätigkeit durch Aufklärung der Landwirte und Waldbesitzer von größtem Wert.
—	II Nr. 87590 31. 5. 18	Kultusminister	Laubgewinnung dringend erforderlich. Förderung der Sammeltätigkeit mit allen Mitteln erbeten, durch Aufklärung in Volk und Schule und verstärkte Heranziehung der Schulen.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 24. 10. 1916.
II Nr. 37838 op.
Zum Schreiben vom 19. 10. I A. Ie. 11652.

An den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Euer Exzellenz danke ich sehr ergebenst für das Schreiben vom 19. 10.

Aus meinen Ausführungen im Schreiben vom 20. 9. 35420 op. werden Euer Exzellenz ersehen haben, daß ich der Frage der Stickstoffversorgung der Landwirtschaft bereits meine volle Aufmerksamkeit zugewendet habe. Die Angelegenheit ist inzwischen, soweit mir bekannt geworden, durch große Abschlüsse mit den betr. Firmen wesentlich gefördert worden. Über die Wege, auf denen auch die anderen Düngemittel für die Landwirtschaft zu beschaffen sind, schweben noch Erwägungen. Ich hoffe, daß sich namentlich die Förderung von Phosphaten im Lahntal-Gebiet nutzbringend gestalten läßt. Ich werde mir erlauben, in nächster Zeit hierauf zurückzukommen.

Auch wegen Versorgung der kriegswirtschaftlichen Betriebe (d. h. in erster Linie der Kriegsindustrie und der Landwirtschaft) mit Arbeitern bin ich bereits seit längerer Zeit und wiederholt an den Herrn Reichskanzler und das K. M. herangetreten. Gleich Euer Exzellenz bin ich der festen Überzeugung, daß wir diese Frage nur lösen können, wenn die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung, soweit sie sich nicht im Heere befindet, in den Dienst und nur in den Dienst der Kriegswirtschaft, d. h. Rüstungsindustrie und Landwirtschaft, gestellt wird, und wenn wir alle Arbeiten, die dieser Wirtschaft nicht dienen, einstellen. Ich beehre mich, anliegend unter Rückerbittung Abschrift eines hierauf hinzielenden Schreibens an den Herrn Reichskanzler zur vertraulichen Kenntnisnahme zu übersenden. Die in diesem Schreiben vorgeschlagenen Maßnahmen werden nicht sofort in Wirksamkeit treten können. Für die Zwischenzeit hoffe ich erwirken zu können, daß auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes und des Gesetzes über den Belagerungszustand die nötige Anzahl von Arbeitern gewonnen wird.

Was die Heranziehung der Arbeiter aus den besetzten Gebieten anlangt, so scheint diese Frage endlich nach wiederholtem Eingreifen auf dem

Digitized by Google

Wege der zwangsweisen Abschiebung der Arbeitslosen und der Stillegung von Betrieben gelöst zu sein. Größere Schwierigkeiten werden hier hoffentlich nicht mehr entstehen.

Euer Exzellenz mögen aus vorstehendem ersehen, daß ich diesen entscheidenden Fragen meine volle Aufmerksamkeit und Tatkraft zuwende. Ich freue mich, Euer Exzellenz auf dem gleichen Wege zu sehen, und bin bereit, Euer Exzellenz in jeder Weise zu unterstützen, wie ich auch umgekehrt für jede Unterstützung und Anregung auf diesen Gebieten dankbar sein werde.

Abschrift von Schreiben, die ich an den Herrn Reichskanzler und an das K. M. richtete, liegen bei.

gez. v. Hindenburg.

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 11. 2. 1917.
II Nr. 47 126 op.

An den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Euer Exzellenz danke ich sehr ergebenst für das Schreiben vom 31. 1. 1917. Ich kann mich den Ausführungen Euer Exzellenz nur anschließen und muß hoffen, daß die beabsichtigten Maßnahmen zum Ziel führen.

In der Steigerung der Produktion liegt zweifellos unsere Hauptaufgabe für die Zukunft. Ich halte es für ganz fraglos notwendig, daß der Landwirtschaft das genügende Saatgut belassen bleibe; daneben müssen wir mit aller Kraft an die Schaffung von Ersatzstoffen, besonders an die Zelluloseaufschließung, herangehen. Wir haben meines Erachtens bereits kostbare Zeit verloren; jede weitere Verzögerung und jede nur halbe Maßnahme kann nicht verantwortet werden. Ich hoffe, daß an allen Stellen die Bedeutung der Angelegenheit erkannt wird, und niemand seine tatkräftige Mitarbeit versagt.

Es geschieht von meiner Seite alles, um möglichst große Mengen der rumänischen Vorräte nach Deutschland zu bringen; jedoch wirken die Witterung und schlechten Transportverhältnisse sehr störend.

Ich stimme Euer Exzellenz darin vollkommen bei, daß unsere Verbündeten uns das Durchhalten erleichtern könnten.

Zu meinem Bedauern haben wir in der Sitzung vom 19. 1. unter der Leitung des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern uns zu weitgehendster Unterstützung Österreichs mit Brotgetreide und Mais, teils aus deutschen Beständen, teils aus Rumänien, bereitgefunden. Daran läßt sich augenblicklich nichts mehr ändern.

Bulgarien hat vor kurzem die Verpflegung der in Mazedonien stehenden deutschen Truppen teils durch Zuführung des Bedarfs, teils durch die

Digitized by Google

Genehmigung freihändigen Ankaufs im Lande übernommen. Nur Hafer müssen wir noch nachschieben. Daß Bulgarien noch mehr leisten kann, ohne selbst irgendwie in Not zu geraten, ist mir nicht zweifelhaft.

Ich werde versuchen, durch den bulgarischen Militärbevollmächtigten auch für die Ausfuhr nach Deutschland Zugeständnisse zu erreichen. Vielleicht sind auch Euer Exzellenz in der Lage, auf dem Wege über das Auswärtige Amt auf die bulgarische Regierung im gleichen Sinne einzuwirken.

J. A.: gez. Ludendorff.

3.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 28. 3. 1917.
II Nr. 51 185 op.

An das Ministerium der Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Auf das Schreiben vom 24. 3. I A. I. 6980 beehre ich mich, zu erwidern, daß mit Rücksicht auf die Frühjahrsbestellung die Beurlaubung aus dem Feldheer bereits auf das größte zulässige Maß gebracht ist; ferner ist Anordnung getroffen, daß für April vorwiegend Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter zu beurlauben sind; bezüglich der Pferde erwähne ich, daß das Feldheer sich zugunsten der Heimat bereits, soweit wie es die dienstlichen Interessen zuließen, geschwächt hat. Was die Unterstützung der Landwirtschaft durch die heimischen militärischen Behörden anlangt, so geht hier meines Wissens das Kriegsamt nach einem von weither vorbereiteten Plan in umfassender Weise zu Werke.

Zum Schluß beehre ich mich Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich für die Reklamierung landwirtschaftlicher Betriebsleiter und Facharbeiter in voller Würdigung ihrer Bedeutung für die heimische Kriegswirtschaft weitgehende Erleichterungen geschaffen habe, trotzdem gerade jetzt jede Schwächung des Heeres sehr bedenklich ist. Wenn ich mich zu solcher Maßnahme entschlossen habe, so ist der Grund die Erkenntnis unserer außerordentlich schwierigen Ernährungslage im Innern. Ich kann nur hoffen, daß an allen Stellen in der Heimat, mögen sie behördliche oder private sein, der Ernst der Lage erkannt ist, die Folgerungen gezogen werden.

gez. v. Hindenburg.

4.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 7. 4. 1917.
II Nr. 52 014 op.

An den Reichskanzler.

Bedauerlicherweise ist es bisher nicht gelungen, die Zelluloseaufschließung auf so breiter Grundlage durchzuführen, um dadurch die Knapp-

Digitized by Google

heit an Futtermitteln auch nur einigermaßen auszugleichen. Es ist aber keine Frage, daß die Futter- und Lebensmittelknappheit anhalten und schließlich mittelbar die Leistung des Heeres gefährden wird. Die Verwertung der Zellulose als Futtermittel ist und bleibt daher von außerordentlicher Tragweite. Es muß angestrebt werden, Rüben und Kartoffeln für Viehfütterung ganz durch Zellulose zu ersetzen und so die genannten Früchte völlig für menschliche Ernährung freizumachen. Glückt es, darüber hinaus Zellulosemehl auch für menschliche Nahrung geeignet herzustellen, so wäre dies ein besonders wichtiger Fortschritt.

Ich bitte um Mitteilung, wieviel Fabriken nach System Oexmann im Betrieb oder im Bau sind und welche Leistungen sie zur Zeit haben oder im Herbst haben werden. Ebenso bitte ich um Aufklärung, inwieweit das Colsmansche Verfahren sich bewährt hat und wie weit es fortgeschritten ist. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß ein starker Widerstand namentlich der bäuerlichen Bevölkerung gegen die aufgeschlossene Zellulose einsetzen wird, muß meines Erachtens durch Belehrung einerseits und seinerzeit durch die restlose Beschlagnahme der zur Viehfütterung angesetzten Kartoffeln usw. ein Zwang zur Verwendung von Zellulose ausgeübt werden. Für baldige Beantwortung dieser auch für das Heer überaus wichtigen Fragen wäre ich besonders dankbar.

J. A.: gez. Ludendorff.

5.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 13. 4. 1917.
II Nr. 52 604 op.

An den Kriegsausschuß für Ersatzfutter.

Für den übersandten Bericht danke ich bestens. Ich begrüße es mit Freuden, daß der Ausschuß sich so vielseitig und erfolgreich mit dieser wichtigen Frage beschäftigt. Gleichzeitig möchte ich aber bemerken, daß meines Erachtens eine durchgreifende Hilfe nur durch großzügigste Ausnutzung der Zelluloseaufschließung zu erreichen ist. Ich habe in dieser Beziehung auch unter dem 7. 4. 1917 an den Herrn Reichskanzler geschrieben und füge Abschrift dieses Schreibens hier bei. Ich bitte, mit allen Kräften für eine Steigerung der Produktion einzutreten. Daß die Arbeit des Ausschusses für das deutsche Volk von ausschlaggebender Bedeutung werden wird, darüber dürfte wohl jetzt allgemein Übereinstimmung herrschen. Ich nehme daher auch an, daß genügend Geldmittel zur Durchführung der dortigen Absichten zur Verfügung gestellt sind.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

6.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 21. 4. 1917.
II Nr. 53 076 op.

An den Reichskanzler.

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat mir Abschrift seines Schreibens vom 17. 4. I. A. 1. 1126 gesandt. Die Ausführungen zeigen, daß durch Ressortschwierigkeiten und Mangel an Verständnis einzelner Stellen für die wichtige Frage der Ersatzfuttermittelbeschaffung ganz wesentliche Verzögerungen eingetreten sind, die um so bedenklicher sind, als die Frage von äußerster Dringlichkeit und Bedeutung für unsere Ernährungslage ist.

Ich halte, damit nunmehr ganze Arbeit gemacht werden kann, die Vorschläge des Herrn Landwirtschaftsministers für die richtigen und bitte Euer Exzellenz, baldigst zu veranlassen, daß der Kriegsausschuß für Ersatzfutter unter Fortfall der Aufsichtsbefugnisse des K. E. A. dem Kriegsamt unterstellt wird. Zu Erwägungen über eine etwaige andere Organisation haben wir meines Erachtens nicht die Zeit mehr. Daß der Reichsfuttermittelstelle der erstrebte Einfluß auf die Ersatzfuttermittelfrage nicht zugestanden wird, halte ich nach der Lage und den Vorgängen für selbstverständlich.

gez. v. Hindenburg.

7.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 21. 5. 1918.
II Nr. 86 811 op.

U. R. Oberost.

Anliegende Niederschrift der 38. Sitzung über Düngerangelegenheiten zur Kenntnis. Aus ihr (S. 4/5 und 8/9) geht hervor, welch große Bedeutung die Erhöhung der Belieferung der deutschen Landwirtschaft gerade mit Phosphaten hat. Dabei wird der Phosphatbedarf gegenüber dem früheren Friedensbedarf noch wesentlich mit der erhöhten Stickstofflieferung steigen. Erst wenn es uns gelingt, sowohl mehr Stickstoff wie Phosphor an die Landwirtschaft zu geben, werden wir vom Auslande unabhängiger werden.

Ich bitte, den Bericht auch der Heeresgruppe Eichhorn und dem A. O. K. 8 zukommen zu lassen und sie dabei erneut auf die Bedeutung der Ausnutzung der südrussischen und Rigaer Phosphatlager hinzuweisen.

I. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

VIII. Stickstoff.

Verzeichnis einzelner Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 35420 op. 20. 9. 16	Reichskanzler	Stickstoffgewinnung zu gering, Landwirtschaft kann nur mit 24 000 t gegen 200 000 t im Frieden beliefert werden. 6000 t Mehrproduktion monatlich nötig. Besprechung der beteiligten Stellen erbeten.
2.	II Nr. 62693 op. 27. 8. 17	Reichsschatzamt	(Betr. Erweiterung der Ammoniak-Anlagen der Badischen Anilin- und Sodafabrik bei Merseburg.) Baldiges Gelingen eines Abkommens zwischen Reich und Badischer Anilin- und Sodafabrik für Stickstofffrage notwendig. Damit würde das Reich über 50 % der gesamten Stickstofferzeugung verfügen.
3.	II Nr. 72679 op. 10. 12. 17	Reichsschatzamt	Erneuter Hinweis auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Stickstoffwerke Merseburg. Vorbereitungen dazu treffen, wenn auch zur Zeit Bau wegen Arbeiter- und Rohstoffmangel nicht möglich. Für Pulverherstellung und genügende Belieferung der Landwirtschaft ist Erweiterung von Merseburg ausschlaggebend.
4.	II Nr. 81787 op. 14. 4. 18	Reichsschatzamt	Schleunige Entscheidung über die grundsätzlichen Fragen der künftigen Stickstoffbewirtschaftung notwendig. Verfügung über Stickstoff muß in die Hände des Reiches übergehen. Erfordernis des Krieges und künftiger Rüstungen.
5.	II Nr. 84974 op. 17. 5. 18	Reichsschatzamt, Kriegsamt, Landwirtsch.-Ministerium	Ergänzung zum Schreiben II Nr. 81 787 op. v. 14. 4. 18: Hälfte der Stickstofferzeugung, 25 000 t monatlich, wird für militärische Zwecke verwandt. Verbleibender Rest für Landwirtschaft unzureichend. Produktionssteigerung von mindestens 6000 t monatlich erforderlich.
6.	Gen. Qu. II Nr. 86762 op. 22. 5. 18	Staatssekretär des Reichsschatzamtes	Trotz häufigen Schriftwechsels und vieler Beratungen Lösung der Stickstofffrage noch nicht erfolgt. Bitte um schnelle Herbeiführung der Lösung. Erneuter Hinweis auf die Wichtigkeit der Merseburger Werke für Kriegswirtschaft und Landwirtschaft und spätere Finanzlage.
7.	II Nr. 87815 op. 3. 6. 18	Reichsschatzamt	Vergrößerung der Merseburger Anlagen gesichert. Unterbringung des Stickstoffs in der Landwirtschaft nach Friedensschluß wird keine Schwierigkeiten machen. Versorgung der Nachbarländer möglich.

Digitized by Google

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 35 420 op.

Gr. H. Qu., den 20. 9. 1916.

An den Reichskanzler.

Die von mir in meinem Schreiben vom 31. 8. 1916 Nr. 33 825 op. geforderte Erhöhung der Munitionsfertigung wird es mit sich bringen, daß, wenn nicht sofort umfassende Maßnahmen getroffen werden, die Abgabe von Stickstoff für die Landwirtschaft auf ein Mindestmaß für das Jahr 1917 herabsinkt. Die Folgen können, nachdem dem Boden nunmehr zwei Jahre hindurch Stickstoff ohne ausreichenden Ersatz entzogen ist, verheerend sein.

Nachstehende Übersicht gibt einen ungefähren Überblick der Stickstofflage:

Das in Ausführung genommene neue Pulverprogramm, das 14 000 Tonnen Treibpulver monatlich vorsieht, verlangt monatlich 20 000 Tonnen Stickstoff. Erzeugt werden zur Zeit monatlich im Lande 8000 Tonnen in Kokereien, 5000 Tonnen bei Badischer Anilin- und Sodafabrik, 4700 Tonnen in Form von Kalkstickstoff. Vermehrung der Leistung ist bei den Kokereien ausgeschlossen. Eine Neuanlage der Badischen Anilin- und Sodafabrik für 2500 Tonnen monatlich ist im Bau, eine Kalkstickstoffvermehrung auf 6500 Tonnen ist im Gang. Dies gibt eine Summe von 8000 + 7500 + 6500 Tonnen = 22 000 Tonnen. Es bleiben also für die Landwirtschaft in zwölf Monaten nur **24 000** Tonnen, statt im Frieden jährlich verwendeter **200 000** Tonnen verfügbar.

Unbedingtes Erfordernis ist daher, sofort mindestens 6000 Tonnen Monatsproduktion neu in Auftrag zu geben. Auch dann würden erst 50 % des Bedarfs der Landwirtschaft gedeckt werden. Nach Ausführungszeit und Arbeitsbedarf erscheint das Verfahren der Anilinfabrik als das zweckmäßigste.

Ich gestatte mir, Euer Exzellenz Augenmerk auf diese wichtige Frage zu lenken, und schlage ergebenst vor, die beteiligten Stellen, das Ministerium für Landwirtschaft, das K. M. bzw. K. R. A. und das Reichsschatzamt mit weitgehendster Vollmacht zu versehen und auf Beschleunigung hinzuwirken.

Die genannten Stellen haben Abschrift erhalten.

gez. v. Hindenburg.

Digitized by Google

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 27. 8. 1917.
II. Nr. 62 693 op.

Telegramm an das Reichsschatzamt.

Das Reichsschatzamt hat mir Abschrift seines Schreibens vom 11. 8. Nr. IV. 2289, betr. Vergrößerung der Merseburger Stickstoffanlagen, gesandt. Ebenso habe ich Kenntnis vom Schreiben des Reichsstickstoffkommissars vom 11. 8., das die gleiche Angelegenheit berührt.

Mir scheint augenblicklich das Wichtigste in der ganzen Stickstoffrage, daß das Reich b a l d mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu einem Abkommen gelangt. Dann verfügt das Reich über den billigsten Stickstoff und gleichzeitig über mindestens 50 % der gesamten Stickstofferzeugung.

gez. L u d e n d o r f f.

3.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 10. 12. 1917.
II Nr. 72 679 op.

An den Staatssekretär des Reichsschatzamtes.

Auf Grund der am 30. 11. im Kriegsamt stattgehabten Besprechung über die Erweiterung der Stickstoffwerke Merseburg sehe ich mich veranlaßt, meine Stellungnahme erneut festzulegen.

Es ist dabei zu unterscheiden, wie sich die Stickstofflage darstellt:

a) wenn der Krieg noch länger, d. h. in das Jahr 1919 hinein, dauert,

b) wenn er in absehbarer Zeit zu Ende geht.

Zu a) Der Fall, daß der Krieg, mindestens der Wirtschaftskrieg, in das Jahr 1919 hineindauert, ist durchaus möglich. Dann besteht, namentlich wenn die Munitionsherstellung auf die Höhe des 14 000 000 kg-Pulverprogramms gebracht wird, ein dauernder und sehr schwerer Mangel an Stickstoff für die Landwirtschaft, auch wenn die jetzigen Erweiterungsbauten in Merseburg zum Frühjahr fertig werden und wenn Oppau dauernd voll liefern kann. Ein Nachlassen an meiner Forderung von 14 000 000 kg Pulver ist ausgeschlossen. Anderseits ist mit der Wahrscheinlichkeit, daß Oppau im Laufe des Jahres 1918 das Opfer starker Fliegerangriffe wird, und daß dadurch seine Produktion, mindestens zeit- und teilweise, sich mindert, unbedingt zu rechnen. Dann sinkt das für die Landwirtschaft verfügbare Stickstoffquantum unter Umständen auf Null, ja es kann kommen, daß sogar das Pulverprogramm leidet.

Unter diesem Gesichtspunkt ist also die Erweiterung von Merseburg um 70 000 Tonnen Produktion d r i n g e n d.

Digitized by Google

Zu b) Aber auch wenn der Krieg 1918 zu Ende gehen sollte, so ist der Stickstoffhunger zur Zeit für unsere Landwirtschaft so groß, daß sie nicht nur die gesamte Produktion ohne weiteres aufnehmen kann, auch der Zuwachs um weitere 70 000 Tonnen ist im Interesse einer Erhöhung der Erzeugnisse landwirtschaftlicher Produkte sehr erwünscht. Denn wir können mit Sicherheit weder auf die Zufuhr von Chilisalpeter wie von Brotgetreide und Futtermitteln rechnen, so daß das Bestreben, uns allein auf unsere Landwirtschaft zu stützen, unbedingt geboten ist.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist also die Erweiterung von Merseburg mindestens sehr wünschenswert.

Wenn ich trotzdem nicht unbedingt für die Erweiterung eingetreten bin und zur Zeit eintrete, so geschieht das nur, weil die Ersatzlage und die Rohstoffrage derartig sind, daß es sehr fraglich ist, ob sich die nötigen Arbeitskräfte und die nötigen Rohstoffe, insbesondere Baueisen und Stahl, zur Verfügung stellen lassen. Immerhin kann die militärische und politische Entwicklung sich so vollziehen, daß diese Möglichkeit eintritt. Demgemäß halte ich es für nötig, sich auf den Bau insoweit einzurichten, daß jedenfalls die Vorbereitungen getroffen und, soweit es die Verhältnisse gestatten, durchgeführt werden. Lassen sie sich nicht zu Ende führen, so muß das in den Kauf genommen werden.

Ich habe die finanzielle Seite nicht berührt, da diese nicht meines Amtes ist und ich sie nicht übersehe. Ob die Finanzfrage das Projekt ausschlaggebend beeinflußt, muß ich also Euer Exzellenz überlassen.

J. A.: gez. Ludendorff.

4.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 14. 4. 1918.
II Nr. 81 787 op.

An das Reichsschatzamt.

Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat mir Abschrift seines Schreibens vom 23. 3. I A. I e 6750 gesandt.

Ich schließe mich, wie Euer Exzellenz bekannt, seiner Auffassung, daß eine schleunige Entscheidung über die grundsätzlichen Fragen der zukünftigen Stickstoffbewirtschaftung notwendig ist, durchaus an. Ich darf dabei erneut betonen, daß der gegenwärtige Krieg und künftige Rüstungen meines Erachtens eine Regelung erfordern, bei der die Verfügung über den Stickstoff in die Hände des Reiches übergeht.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

5.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 17. 5. 1918.
II Nr. 84 974 op.

An das Reichsschatzamt.

Abschrift an das Kriegsamt, Landwirtschaftsministerium, den Oberst v. Winterfeldt.

Ich halte es für notwendig, mein Schreiben vom 14. 4. 1918 Nr. 81 787 op. durch folgende Ausführungen zu ergänzen.

Die derzeitige Stickstofferzeugung von 25 000 Tonnen Stickstoff im Monat wird zur Hälfte für militärische Zwecke beansprucht. Die andere Hälfte ist für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse unzureichend und bleibt es auch dann, wenn die bis Jahresschluß erreichbare Steigerung der Erzeugung um 5000 Monatstonnen Stickstoff wirklich in vollem Umfange eintritt. Ich halte es für unrichtig, auf einen Ausgang des Krieges in diesem Jahr mit solcher Sicherheit zu zählen, daß man für die Bedürfnisse der Landwirtschaft im Jahre 1919 bereits den nach Kriegsbeendigung freiwerdenden Heeresstickstoff in Rechnung stellt. Ich sehe vielmehr eine dringende Pflicht in der unverzüglichen Ingangsetzung einer Produktionsvermehrung um mindestens 6000 Monatstonnen Stickstoff, indem ich bemerke, daß ich nur dasjenige Verfahren für zur Zeit ausbaufähig halte, das mit Material und namentlich mit Menschen am sparsamsten wirtschaftet.

J. A.: gez. Ludendorff.

6.

Der Erste General-Quartiermeister. Gr. H. Qu., den 22. 5. 1918.
II Nr. 86 762 op.

An den Staatssekretär des Reichsschatzamts v. Roedern.

Sehr verehrte Exzellenz! Seit langer Zeit stehen die Reichsbehörden untereinander und mit der O. H. L. in Schriftwechsel und Beratungen über die Stickstoff-Frage, ohne einer Lösung wesentlich näher gekommen zu sein. Ich schrieb kürzlich noch darüber an die Reichsleitung. Von erneuten dienstlichen Schritten verspreche ich mir wenig. Ich ziehe es vielmehr vor, Sie privatim zu bitten, sich dieser Angelegenheit persönlich besonders anzunehmen und eine schnelle Lösung herbeizuführen.

Die Sache ist militärisch, landwirtschaftlich und daneben wohl auch finanziell von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Wir wissen nicht, wie lange der Krieg dauert. Bislang mußte die Landwirtschaft sich mit einer recht knappen Bedarfsdeckung an Stickstoff begnügen. Darin liegt eine große Gefahr. Der Boden wird von Jahr zu

Digitized by Google

Jahr ärmer. Ist der Krieg bald zu Ende, so wird eine Krisis ohne weiteres durch Fortfall des militärischen Bedarfs überwunden. Für den Fall aber, daß er andauert, kann nur eine weitere Erhöhung der Produktion helfen. Eine solche ist außerdem aber für einen Zukunftskrieg unbedingt nötig. Wir müssen in Zukunft den Bedarf für Heer und Landwirtschaft unbedingt decken können. Ein Stillstand darf also auf keinen Fall eintreten. Verwendung werden wir im Frieden immer für den Stickstoff haben, mag die Produktion noch so hoch sein.

Nun ist eine weitere Produktionserhöhung, wie ich höre, abhängig von Verträgen des Staates mit den Badischen Anilin- und Sodafabriken, und meine Bitte geht dahin, daß Sie, verehrte Exzellenz, Ihren maßgebenden Einfluß für einen schnellen Abschluß geltend machen. Die oben angeführten militärischen und wirtschaftlichen Gründe machen es erforderlich.

Ich denke, daß die in Frage stehenden Verträge aber auch vom finanziellen Standpunkte aus vorteilhaft sind. Wir werden an den Kriegslasten schwer tragen. Es ist kaum wahrscheinlich, daß durch bare Kriegsentschädigungen ein sehr großer Teil unserer Schulden wird gedeckt werden können. Um so mehr müssen wir auf andere Mittel sinnen. Gewiß, wir werden — ähnlich wie in Rumänien — bei den Friedensschlüssen unserer Wirtschaft Gedeihmöglichkeit und Freiheit schaffen. Aber das Geld wird — wie die Kriegsgewinne — in Privathände, Unternehmungen und Banken fließen. Es wird dem Staate durch Steuern erst auf Umwegen zugute kommen. Dabei wird — wie ich fürchte — manches in unbeabsichtigte Kanäle fließen; auch stärken wir, wenn wir uns auf diesen Weg beschränken, wohl zu sehr die Macht der Banken und Kartelle. Ich glaube, wir müssen dem Staat unmittelbarere Einnahmequellen schaffen, und da ist u. a. der Stickstoff, soweit ich das übersehe, wohl ein sehr dankbares Objekt, das wir uns nutzbar machen sollten.

Ich weiß nicht, ob in dieser ganzen Frage der Umstand eine Rolle spielt, daß der Staat an der Kalkstickstoffproduktion bereits interessiert ist und daß, um diese rentabel zu halten, ein Niederhalten des Ammoniakstickstoffs erwünscht ist. Ich würde einen solchen Gedanken nicht für richtig halten. Der Kalkstickstoff verbraucht viel Kohle, viel Menschenkraft; er hat daher gegenüber dem Ammoniakstickstoff schon aus wirtschaftlichen Gründen keine Zukunft. Militärisch aber dürfen wir unter keinen Umständen irgendwelche Menschenkraft und Kohle verschleudern. Das beweist dieser Krieg zur Genüge.

Für einige Zeilen der Antwort wäre ich dankbar. Ich denke, wir müssen zum schnellen Abschluß in dieser Frage kommen.

gez. Ludendorff.

Digitized by Google

7.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 3. 6. 1918.
II Nr. 87 815 op.

An den Staatssekretär des Reichsschatzamts v. Roedern.

Sehr verehrte Exzellenz! Aus Euer Exzellenz Schreiben vom 27. 5. V 982 ersehe ich mit besonderer Freude, daß die Vergrößerung der Merseburger Anlagen nunmehr gesichert ist. Für den Fall, daß der Krieg noch längere Zeit dauert, ist damit eine erhebliche Garantie geboten, daß auch im Falle schwerer Beschädigungen in Oppau der Stickstoff für das Heer sichergestellt ist und gleichzeitig auch die Landwirtschaft wird bedacht werden können.

Euer Exzellenz Bedenken, daß es schwer halten wird, nach Friedensschluß 500 000 Tonnen Stickstoff jährlich in der Landwirtschaft unterzubringen, glaube ich nicht teilen zu sollen, besonders nicht für die nächsten Jahre. Unser Boden ist stickstoffhungrig. Wir werden das Baltikum, wahrscheinlich auch Rußland, Ukraine, Rumänien usw. zu versorgen haben. Außerdem aber glaube ich, daß wir unsere eigene landwirtschaftliche Produktion sehr wohl durch erhöhte Stickstoff-, Kali- und Phosphatzufuhr so steigern können, daß wir auf Einfuhr von Getreide- und Futtermitteln verzichten können. Kali ist vorhanden, Phosphate werden wir aus der Ukraine hoffentlich in erheblichen Mengen bekommen können. Gibt uns die Erweiterung von Merseburg auch die Möglichkeit einer ausreichenden Stickstoffversorgung, so wird sich das angestrebte Ziel erreichen lassen.

Euer Exzellenz Sorgen hinsichtlich des finanziellen Problems teile ich durchaus. Ich bin, wie Euer Exzellenz wissen, wiederholt für Herabminderung der Kriegskosten durch Einschränkung der Unternehmergewinne und Abbau der Löhne eingetreten, obwohl ich mir von vornherein ziemlich klar war, daß aus hier nicht näher zu erörternden Gründen darin nichts Wesentliches erreicht werden würde. Ich habe aber auch nach Möglichkeit *die Kriegskosten durch Einschränkung aller vermeidbaren Kriegskosten zu verringern* gesucht und, wie ich hoffe, mit Erfolg.

Ich bin Euer Exzellenz sehr dankbar, daß Sie zu der beabsichtigten Besprechung über diese Frage auch einen Vertreter der O. H. L. heranziehen wollen, und werde dazu den Oberstleutnant Bauer entsenden. Der letztere wird in der nächsten Zeit einige Tage in Berlin sein. Sollte die Besprechung schon in dieser Zeit möglich sein, so bitte ich um gefl. Nachricht.

Mit verbindlichem Gruß bin ich Ihr ergebener

gez. Ludendorff.

Digitized by Google

IX. Trocknung von Nährmitteln.

Verzeichnis einzelner Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 2727 geh. 7. 4. 17	Reichskanzler	Brotration und Futterration zugunsten der Heimat herabgesetzt. Zur Vorbeugung im kommenden Jahr müssen jetzt umgehend Maßnahmen zur Trocknung von Verpflegungsbeständen getroffen werden.
2.	II Nr. 54223 1. 5. 17	Reichsamt des Innern	Trocknung von Verpflegungsbeständen muß in großem Umfange so vorbereitet werden, daß sie im laufenden Jahr noch voll wirksam wird.
3.	II Nr. 56652 3. 6. 17	Reichskanzler	Erweiterung der Trocknungsanlagen in großem Umfange dringend erwünscht. Die ganze Frage wesentlicher Bestandteil der zukünftigen wirtschaftlichen Mobilmachungsvorarbeiten. Zwei Punkte beachtenswert: Das in Trocknungsanlagen festgelegte Kapital sehr günstige Anlage für den Staat. Rechtzeitige Trocknung verhütet in nassem Jahr Zerstörung erheblicher Nährwerte.
4.	II Nr. 74453 4. 1. 18	Reichswirtschaftsamt	(Bezug: zugesandter Vortrag über Trocknung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.) Anregungen sind äußerst beachtenswert. In die Tat umgesetzt, werden wir von ausländischer Zufuhr unabhängig, besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege und in zukünftigen Kriegen. Prüfung der Vorschläge unbedingt erforderlich.

Digitized by Google

X. Handelsschiffbau.

Verzeichnis einzelner Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 62450 op. 18. 8. 17	Staatssekretär des Reichsmarineamts	Infolge ausschlaggebender Bedeutung einer starken Handelsflotte für die Zeit nach dem Friedensschluß muß Fertigbau von Handelsschiffen der Arbeit an Linienschiffen usw. vorangehen.
2.	II Nr. 62450 op. II. Ang. 3. 10. 17	Kriegsamt	Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Fertigstellung von Handelsschiffsraum bitte ich, wenn irgend möglich, erforderliche Mengen Rohstoffe und Sparmetalle freizugeben.
3.	II Nr. 67113 11. 10. 17	Reichsmarineamt	Nur wenige Werften werden mit Fertigstellung von Handelsschiffen in „Pufferarbeit" beschäftigt. Zur Förderung des außerordentlich wichtigen Handelsschiffsbaus bitte um Prüfung der Möglichkeit, daß alle Werften durch Pufferarbeit wenigstens die Vorbereitung für die Wiederaufnahme des Handelsschiffsbaus treffen (Fertigstellung von Hellingen usw.).
4.	II Nr. 67221 op. 11. 10. 18	Reichskanzler	Um beim Friedensschluß den Anforderungen an Schiffsraum gerecht zu werden, muß Vermehrung unseres Schiffsraumes mit allen Mitteln erstrebt werden. Regelung der Frage geboten in dem Sinne, daß auch nach Friedensschluß Verkauf oder Vermietung von Frachtraum nur mit Genehmigung des Reichskanzlers erlaubt ist.
5.	II Nr. 85916 11. 5. 18	Oberost Nateko Reichsmarineamt, Reichswirtschaftsamt	Bedarf an Handelsschiffen nach dem Krieg in Deutschland groß, seine Sicherstellung entscheidende Vorbedingung für Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens. Ausnutzung der Baumöglichkeit im besetzten Gebiet, der Werften im Baltikum, Finnland und der russischen Meerhäfen.
6.	II Nr. 89495 21. 6. 18	Reichsmarineamt	Ausnutzung der Werften im Baltikum kommt zur Zeit für Neubau von Handelsschiffen nicht in Frage. Jedoch ist Ausnutzung für Kriegszwecke dringend erforderlich.
7.	II Nr. 89525 25. 6. 18	Reichswirtschaftsamt, Unterstaatssekretär Frhr. v. Falkenhausen	(Bezug: Bericht des A. O. Ks 8 über die Werften im Baltikum) Ausnutzung der Werften zur Reparatur von Kriegsfahrzeugen und der für die Kriegführung nötigen Handelsschiffe. Vorbereitung zum Bau von Handelsschiffen für die Friedenszeit.

Digitized by Google

XI. Bevölkerungspolitik und Fürsorge für Kriegsteilnehmer.

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 63331 op. 9. 9. 17	Reichskanzler	Denkschrift über Bevölkerungspolitik.
2.	14. 12. 17	Herr Damaschke	Über Kriegerheimstätten.
3.	Februar 1918	—	Aufruf zur Ludendorff-Spende.
4.	II Nr. 84001 op. 19. 4. 18	Reichskanzler	Wohnungsnot bei der Demobilmachung.
5.	II Nr. 85873 op. 20. 5. 18	Heeresgruppen	Feststellungen über Wohnungsbedarf bei dem Heere.
6.	II Nr. 90431 op. 29. 6. 18	Reichskanzler	Wohnungsfürsorge.
7.	IIc Nr. 31587 17. und 18. 6. 18	Oberbefehlshaber Ost	Siedlung im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost.
8.	II Nr. 81034 op. 15. 3. 18	Redakteur K. Schneider	Kriegsbeschädigtenfürsorge.
9.	II Nr. 85363 op. 6. 5. 18	Abgeordneter Oeser	Bevölkerungspolitik.
10.	II Nr. 87562 op. 4. 6. 18	Kriegsminister	Bereithaltung von Mitteln für Kriegsteilnehmer.
11.	Nr. Nr. 2871 20. 8. 18	Chef des Generalstabes	Antwort des Reichskanzlers auf Nr. 6.
12.	II Nr. 90431 op. 6. 9. 18	Reichskanzler	Kriegerheimstätten.
13.	II Nr. 97645 op. 5. 9. 18	Ludendorff-Spende	Kriegsbeschädigten-Fürsorge.
14.	II Nr. 43617 3. 1. 17	Kultusminister	Fürsorge für die studierende Jugend.

Digitized by Google

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 9. 9. 1917.
II Nr. 63 631 op.

An den Reichskanzler. Abschrift an Kriegsminister.

Euer Exzellenz überreiche ich anliegend eine sehr bemerkenswerte Denkschrift des Chefs des Feldsanitätswesens über „Volk und Wehrkraft"*).

Es besteht wohl kein Zweifel, daß die Durchführung einer starken Bevölkerungspolitik in ethischer, materieller und völkischer Beziehung für Deutschlands Zukunft mitbestimmend sein wird. Ich halte die baldige Festlegung klarer und bestimmter Richtlinien auf diesem Gebiet für nötig. Zurzeit gehen die Vorschläge nicht nur teilweise sehr auseinander, sondern sie sind auch zum Teil weltfremd, unnatürlich, undurchführbar oder in ihren Folgen gefährlich (vgl. z. B. den 1. Teilbericht des 16. Ausschusses für Bevölkerungspolitik). Wertvolle Vorarbeit finde ich dagegen in der „Denkschrift des Ministers des Innern" über die „Ergebnisse der Beratung der Ministerialkommission für die Geburtenrückgangsfrage".

Zur Schaffung dieser Richtlinien halte ich eine Regierungskommission für erwünscht. Sie müßte möglichst bald zusammentreten. Ich bitte, mich daran zu beteiligen. Außerdem halte ich die Teilnahme einiger wirklich im praktischen Leben stehenden Leute für unbedingt nötig. Die Teilnehmerzahl muß meines Erachtens beschränkt sein, sonst werden die Verhandlungen wie meistens end- und erfolglos.

Erst später, wenn ein gewisses Ergebnis vorliegt, wird es sich meines Erachtens empfehlen, den Kreis zu erweitern und namentlich die vielen zur Zeit bereits in der einen oder anderen Richtung arbeitenden Vereine, z. B. Verein für Rassenhygiene, Siedlungspolitik usw., zu gemeinschaftlicher Arbeit zu beteiligen.

Ich habe den Chef des Feldsanitätswesens gebeten, sich mit Euer Exzellenz wegen der weiteren Verfolgung unmittelbar ins Benehmen zu setzen.

J. A.: gez. Ludendorff.

Nach Abgang:

R. dem Chef des Feldsanitätswesens.

Euer Exzellenz danke ich für die übersandte Denkschrift und möchte daran die Bitte knüpfen, auf dem beschrittenen Gebiet mit allem Nachdruck weiter zu wirken. Meine nachdrückliche Unterstützung sage ich gern zu. Ich schlage vor, daß der dortige Bearbeiter mit der O. II Fühlung nimmt.

J. A.: gez. Ludendorff.

*) Sie wurde auf Anregung der Obersten Heeresleitung von Generalstabsarzt der Armee, v. Schjerning, aufgestellt. Der Verfasser.

Digitized by Google

Denkschrift der Obersten Heeresleitung über die deutsche Volks- und Wehrkraft.

Einleitung.

1. Macht und Wohlfahrt eines Staates gründen sich auf die Zahl und die Kraft seiner Bevölkerung.

2. Die Wahrheit dieses Satzes war schon früher für jeden Einsichtigen zu erkennen, doch erst durch den Krieg dringt sie in das Bewußtsein unseres ganzen Volkes.

3. Die Bedeutung der Kraft — sowohl des einzelnen wie der Gesamtheit — leuchtet ohne weiteres ein; der Wert der Zahl wurde von vielen bisher unterschätzt.

4. Der Krieg entscheidet sich — in der Hauptsache — nicht am Tage des Friedensschlusses; Deutschlands Zukunft hängt vielmehr davon ab, in welcher Zeit und in welchem Umfange es seine Verluste, vor allem die an Menschen, wieder ausgeglichen haben wird.

5. Schlimmer noch als durch den Krieg ist die Abnahme unserer Bevölkerung durch den Niedergang unserer Geburtenziffer.

Hieraus droht die größte Gefahr.

6. Im friedlichen Wettbewerb der Arbeit, wie im blutigen Ringen der Wahlstatt wird sich auf die Dauer nur die Nation frei und kraftvoll behaupten, die ihre numerische Größe und ihre körperlich-geistige Stärke so schnell und so hoch wie möglich weiterentwickelt hat.

Hierauf haben Seine Majestät der Kaiser und König schon wiederholt hingewiesen.

7. Aus dieser Erkenntnis heraus haben bereits verschiedene Staatsbehörden und Parlamente, Gemeinden, Vereine und einzelne Männer wichtige Warnungen und Ratschläge erteilt und alsbaldige gesetzgeberische Maßnahmen gefordert, da jede Verzögerung auf diesem Gebiete einen nicht wieder gutzumachenden Schaden bedeutet.

Hier sei nur erinnert an die Beratungen der Preußischen Ministerialkommission für die Geburtenrückgangsfrage*), an die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses am 17. 2. 1917 über Bevölkerungsprobleme**), an die Arbeiten des 16. Ausschusses des Reichstages für Bevölkerungspolitik***), an die Denkschrift der Preußischen Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen über den Einfluß der Kriegsernährung auf die Volksgesundheit, u. a. m.

*) Denkschrift des Ministers des Innern über die Ergebnisse der Beratungen der Min.-Komm. für die Geburtenrückgangsfrage, Berlin, Juni 1917.

**) Bericht über die 60. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 17. 2. 17.

***) Erster Teilbericht des 16. Ausschusses für Bevölkerungspolitik betr. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Heer und in der Gesamtbevölkerung.

Digitized by Google

I. Die Abnahme unserer Volks- und Wehrkraft.

A. Wachstum der Bevölkerung bis zum Kriege.

1. Die großen Kriege früherer Jahrhunderte, besonders der Dreißigjährige und die Napoleonischen, forderten zwar nachhaltige Opfer deutschen Blutes und Gutes; auch entvölkerten die Seuchen namentlich des Mittelalters weite Gebiete und erstreckten ihre Wirkungen bis in die Gegenwart.

Aber alle diese Verluste, sowie die weiteren Einbußen infolge von Krankheiten, Unglücksfällen, Selbstmorden und Auswanderung wurden früher reichlich ersetzt durch die stetig steigende Volkszunahme, und zwar besonders durch den Überschuß der deutschen Geburten.

2. Im Jahre 1913 zählte Deutschland 66,9 Millionen Einwohner; seit 1870/71 hatte es um 26 Millionen zugenommen.

3. Deutschland hatte Einwohner:

	1871		1900		1910	
in Land .	26,2 Mill.	= 63,9 %	25,7 Mill.	= 45,6 %	25,8 Mill.	= 39,7 %
in Stadt .	14,8 „	= 36,1 %	30,6 „	= 54,4 %	39,1 „	= 60,3 %
	41,0 Mill.		56,3 Mill.		64,9 Mill.	

Im Jahre 1895 änderte sich das Verhältnis zum ersten Male zuungunsten des flachen Landes, indem dieses nur noch 49 %, die Stadt aber 51 % der Einwohner stellte.

Zu Beginn des Feldzuges war das Verhältnis auf 36 : 64 gestiegen, also gerade umgekehrt wie 1871.

Ein Viertel aller Einwohner Deutschlands lebte in Großstädten (von über 100 000 Seelen).

4. Die mittlere Lebensdauer in Deutschland stieg für die männliche Bevölkerung von 33 (1867—1870) auf 46,4 Jahre (1906—1910), hauptsächlich als Folge unserer verbesserten Volkswirtschaft und Hygiene*).

5. Die Todesfälle nahmen ab, indem auf je 1000 Lebende starben (ohne Totgeborene):

1871—1880	27,2,	1901—1910	18,7,
1891—1900	22,2,	1913	15,8.

Dank den Fortschritten der Gesundheitspflege und des wirtschaftlichen Aufschwungs starben in den letzten Jahren vor dem Kriege jährlich rund 720 000 Menschen weniger, als nach der noch vor 30 Jahren bestehenden Sterblichkeitsziffer hätte erwartet werden müssen. Die Abnahme der Todesfälle betraf hauptsächlich die Sterblichkeit der Erwachsenen bei meist

*) Hueppe, Deutschlands Volkskraft und Wehrfähigkeit. Bibliothek v. Coler und v. Schjerning, Bd. 39, Berlin 1916.

Digitized by Google

unveränderter, zum Teil sogar gesteigerter Kindersterblichkeit. Diese nahm erst seit der Jahrhundertwende mehr ab als die der Erwachsenen.

Voraussichtlich werden sich auch durch weitere hygienische Maßnahmen — namentlich in der Säuglingspflege und Tuberkulosebekämpfung — noch etwas größere Erfolge bei der Einschränkung der Todesursachen erzielen lassen, doch bilden schließlich die natürlichen Gesetze über Leben und Tod eine gewisse Grenze.

6. Eine fernere, indirekte Ursache der Volksvermehrung war die Abnahme der Auswanderung seit 1893. Deutschlands Arbeiten für die Bedürfnisse des Weltmarktes verschafften je länger je mehr allen Arbeitswilligen hinreichend Gelegenheit zu gutem Verdienst innerhalb der Heimat.

7. Aber die reichste Quelle neuer Kräfte strömte aus der Vermehrung unserer Geburten.

Auf 1000 Einwohner kamen:

Im Jahr	Geburten (einschl. Totgeburten)	Ehen	Todesfälle	Überschuß	Absoluter Überschuß der Geburten über die Todesfälle	Bevölkerung in Tausend
1870	40,1	7,7	29,0	11,1	451 331	40 805
1872	41,1	10,3	30,6	10,5	431 305	41 230
1873	41,3	10,0	29,9	11,4	473 824	41 564
1875	42,3	9,1	29,3	13,0	552 019	42 518
1876	42,6	8,5	28,1	14,5	626 594	43 059
1880	39,1	7,5	27,5	11,6	522 970	45 095
1883	38,0	7,7	27,3	10,7	493 697	46 016
1887	38,3	7,8	25,6	12,7	605 155	47 630
1890	37,0	8,0	25,6	11,4	560 247	49 241
1898	37,3	8,4	21,7	15,6	846 871	54 406
1900	36,8	8,5	23,2	13,6	765 680	56 046
1901	36,9	8,2	21,8	15,1	857 824	56 874
1902	36,3	7,9	20,6	15,6	902 243	57 767
1904	34,1	8,2	19,2	14,9	910 275	61 153
1910	30,7	7,7	27,1	13,6	879 113	64 568
1911	29,5	7,8	18,2	11,3	739 945	65 359
1912	29,1	7,9	16,4	12,7	839 887	66 146
1913	28,3	7,7	15,8	12,5	833 800	66 978
1914	27,6	6,8	—	—	—	—

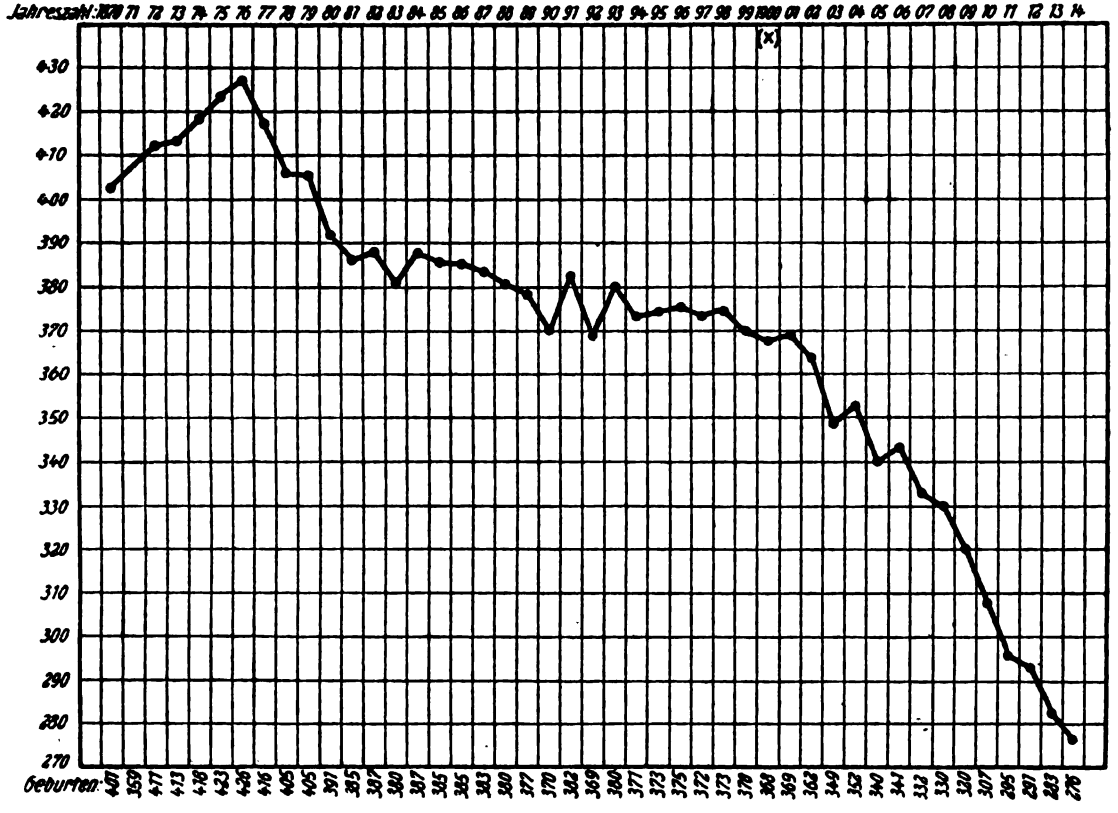
8. Verdanken wir also den Hochstand der Bevölkerungsziffer vorwiegend unserem Geburtenüberschuß, so zeigen uns die Geburtenzahlen

Digitized by Google

anderseits eine bedenklich fortschreitende Verminderung der Ergiebigkeit dieser besten, natürlichsten und willkürlich noch steigerungsfähigen Kraftquelle.

Der Geburtenrückgang hat im Jahre 1876 begonnen und seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine geradezu bedrohliche Beschleunigung

Tafel der Geburtenziffer in Deutschland.



Es entfielen auf je 10000 Einwohner in den Jahren 1870 bis 1914 obenstehend verzeichnete Geburten. Besonders deutlich ist der steile Abfall der Ziffern seit dem Jahre 1900 (×). Höchststand 1876 mit 426, Tiefstand 1914 mit 276.

erlitten. Es wurden unmittelbar vor dem Kriege jährlich bereits 560 000 Kinder weniger geboren, als auch nur nach dem Prozentsatz vom Jahre 1900 hätten geboren werden müssen.

Die deutsche Geburtenziffer sinkt seit 1901 schneller als die Sterblichkeitsziffer.

Digitized by Google

9. Die Ursachen des Geburtenrückganges beruhen nur zum geringsten Teile auf einer Abnahme der physischen Zeugungsfähigkeit und auf Ehescheu, zum weitaus größten Teil hingegen auf willkürlicher Einschränkung der Kinderzahl innerhalb der Ehen. Diese in allen Kulturstaaten festzustellende Erscheinung hat in Deutschland bei den mittleren und höheren Schichten der Großstadtbevölkerung eingesetzt und allmählich auf die übrige Bevölkerung, auch die des Landes, übergegriffen. Die Kinderarmut ist am stärksten bei den Festbesoldeten, viel geringer bei der Industrie-, am geringsten bei der Landbevölkerung. Die Großstädte liefern den geringsten Nachwuchs. (Berlin hatte 1876 noch 47,2 Geburten auf 1000 Einwohner, 1911 nur noch 21,6.)

Hauptgründe sind der Wunsch der Eltern, die Kinder wirtschaftlich mindestens auf gleicher Stufe zu erhalten, welche die Eltern selbst erreicht haben, und das Bestreben der Eltern, durch den Nachwuchs nicht finanziell geschädigt zu werden. Sittliche und kirchliche sowie Wohnungsverhältnisse spielen gleichfalls eine wichtige Rolle.

10. Wenn diesem Unheil nicht schleunigst Einhalt geboten wird, ist Deutschlands Weltgeltung in absehbarer Zeit gefährdet. Denn allein unser östliches Nachbarvolk, Rußland, wird — nach menschlicher Voraussicht — in etwa 50 Jahren seine jetzt 170 Millionen betragende Bevölkerung auf mindestens 240 bis 250 Millionen vermehrt haben.

Daß die Überlegenheit der numerischen Stärke nicht immer den Ausschlag gibt, ist durch den Krieg freilich wieder erwiesen; aber die gewaltige Überzahl der Feinde, die uns auch weiterhin, militärisch wie wirtschaftlich, bedrohen wird, zwingt uns, die Vermehrung unserer Bevölkerung als wichtigstes Ziel der Friedens- wie Kriegsarbeit zu betrachten.

Das Beispiel Frankreichs, dessen absolute Bevölkerungsabnahme seit 1911 in Erscheinung tritt, muß uns dabei zu ernster Lehre dienen. In jenem Jahre nahm es um 35 000 Köpfe ab und in der ersten Hälfte des Jahres 1914 um nicht weniger als 25 000 Köpfe.

11. Auf 1000 Einwohner betrug die Zahl der lebend geborenen Kinder:

1901 . . . 35,7	1906 . . . 33,1	1911 . . . 28,6
1902 . . . 35,1	1907 . . . 32,2	1912 . . . 28,3
1903 . . . 33,9	1908 . . . 32,1	1913 . . . 27,5
1904 . . . 34,1	1909 . . . 31,0	1914 . . . 26,8
1905 . . . 33,0	1910 . . . 28,8	1915 . . . —

Die Zahl der Totgeburten ist unsicher, da viele nicht standesamtlich gemeldet werden.

Im Jahre 1901 hatten wir mit 2 033 313 lebend geborenen Kindern die Geburtenhöchstzahl dieses Jahrhunderts. Von ihnen erlebten nur 1 612 090 das erste Lebensjahr.

Digitized by Google

Deutschlands Säuglingssterblichkeit wird in Europa nur von Österreich und Rußland noch überboten.

Dank der großzügig angelegten „Säuglingsfürsorge" ist zwar eine fortschreitende, erhebliche Verminderung der Säuglingssterblichkeit zu erkennen. — Im Jahre 1901 starben noch 269 vom Tausend; im im Jahre 1913 waren es nur noch 167 vom Tausend — doch bleiben Deutschlands Leistungen auf diesem Gebiete noch weit hinter anderen, sonst weniger kultivierten Staaten Europas zurück.

Besonders schlimm steht es um die unehelichen Kinder. Die unehelichen Geburten Deutschlands haben sich verhältnismäßig gesteigert und betrugen 1914 bereits 9,8 %, also fast ein Zehntel aller Geburten.

In Preußen lieferten die Städte 11,5 v. H. unehelicher Kinder
" " " das Land 6,5 " " "
" " kamen auf 1000 eheliche Geburten 28,3 tote Kinder
" " " " 1000 unehel. " 43,7 " "
" " starben von 1000 Lebendgeborenen 147 eheliche } Stadt-
" " " " 1000 " 261 unehel. } säuglinge
" " " " 1000 " 159 eheliche } Land-
" " " " 1000 " 287 unehel. } säuglinge.

Von 1000 ehelichen Berliner Kindern vollendeten 696 das erste Lebensjahr, von 1000 unehelichen nur 332.

Von 1000 ehelichen Kindern wurden in Berlin 512 19 Jahre alt, also über die Hälfte, von 1000 unehelichen nur 136, also nur ein Achtel.

Wir erleiden mithin einen großen Verlust aller Säuglinge und älteren Kinder, besonders der unehelichen, wobei die vorhergehenden Einbußen durch die sicher zunehmenden künstlichen Fruchtabtreibungen noch gar nicht mitgerechnet sind.

Die Sterblichkeit der älteren Kinder hat allerdings seit 1900 erfreulich abgenommen; jedoch kann und muß hierin noch viel mehr geleistet werden.

Die Ursachen der hohen Kindersterblichkeit liegen weit mehr auf wirtschaftlichem und sittlichem als auf hygienischem Gebiet (s. unten!).

12. Ein Krebsschaden unserer Volkskraft sind die Geschlechtskrankheiten.

Abgesehen von den zahlreichen Todesfällen und Schädigungen der Erwerbskraft, die sie und ihre mannigfaltigen Folgen bei den Befallenen selbst verursachen, werden aus Anlaß der Geschlechtskrankheiten der Eltern jährlich schätzungsweise Hunderttausende von Kindern weniger bzw. nicht lebensfähig geboren. Die Zahl der Kinder, die allein in Preußen infolge ererbter Syphilis jedes Jahr im Säuglingsalter sterben, wird auf 30 000 und mehr angenommen.

Digitized by Google

13. Von den Volksseuchen ist die Tuberkulose noch immer die verbreitetste und verheerendste. Dank ihrer planmäßigen Bekämpfung war sie seit 30 Jahren stetig zurückgedrängt worden. Im Jahre 1913 hatte sie den tiefsten Stand erreicht. Von je 100 000 Lebenden waren im Jahre 1879 nach 325 an Tuberkulose gestorben, 1913 nur noch 137.

Durch die Einflüsse des Krieges ist sie wieder stärker hervorgetreten; bereits 1915 starben 6 % mehr an Tuberkulose als im Jahre 1914, und für 1916/17 werden sich die Zahlen noch viel ungünstiger stellen.

14. Die übrigen Seuchen (namentlich Cholera, Typhus, Ruhr, Diphtherie, Pocken, Fleckfieber) traten in Deutschland nur noch vereinzelt auf, seitdem hauptsächlich durch die deutschen Ärzte — namentlich Robert Koch — ihre Entstehung erforscht und Verhütungsmittel erfunden worden sind. (Öffentliche Hygiene, Trinkwasser und Kanalisation, Absperrung der Erkrankten, Vernichtung der Krankheitskeime, Schutzimpfungen.)

B. Abnahme der Bevölkerung durch den Krieg.

1. Der uns aufgezwungene Krieg hat viele Hunderttausende der kräftigsten und tüchtigsten deutschen Männer und Väter durch Verwundungen und Krankheiten dahingerafft und wird noch weitere Opfer kosten, bis endlich unsere Feinde zu dem ihnen wiederholt angebotenen Frieden bereit sein werden.

2. Infolge Abwesenheit der Väter sind allein in den beiden Jahren vom Juli 1915 bis 1917 mindestens 1½ Millionen Kinder in Deutschland weniger geboren worden als zuvor.

3. Die Kriegsverluste an Geburten werden voraussichtlich die Verluste an Gefallenen übersteigen.

4. Aus den Berichten des Statistischen Landesamtes vom 28. 4. und 19. 12. 1916 geht hervor, daß schon infolge der beträchtlichen Geburtenabnahme vor dem Kriege vom Jahre 1928 ab in Preußen ein scharfer Rückgang der Zahl der gestellungspflichtigen jungen Mannschaften zu erwarten ist, und daß bis 1934 die Zahl der Gestellungspflichtigen von 475 000 bereits auf etwa 424 000, also um rund 11 %, gefallen sein wird.

5. Der gewaltige Verlust an wehr- und zeugungsfähigen Männern und der dadurch bedingte Ausfall an Geburten nach dem Kriege beeinträchtigen nun noch lange Zeit unsere künftige Wehrkraft und damit die einzig sichere Bürgschaft unserer politischen und wirtschaftlichen Zukunft.

6. Die Zahl der Gestellungspflichtigen wird in den nächsten Jahren bereits, wenn auch nur vorübergehend, vermindert sein durch die schon vollzogene vorzeitige Aushebung und den freiwilligen

Digitized by Google

Heereseintritt von Männern unter 20 Jahren. — Vom Jahre 1934 ab werden die Mindergeburten in Erscheinung treten, die durch die Kriegsabwesenheit und Kriegsverluste an Vätern verursacht sind. Mit einem Minus von 3 Millionen Gestellungspflichtigen wird schon aus diesem Grunde zu rechnen sein.

7. Auch die Güte des Heeresersatzes wird durch den Krieg beeinflußt. Schon die Ernährungsschwierigkeiten, unter denen Deutschland zufolge Englands Aushungerungsplänen leidet, werden auf die körperliche Entwicklung des Nachwuchses nicht ohne Einfluß bleiben.

Bisher freilich ist von der „Preußischen Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen" nachgewiesen, daß die im Kriege Neugeborenen körperlich unbeeinflußt zur Welt kommen, und daß auch bei den Säuglingen keinerlei Schädigung, bei Klein- und Schulkindern — wenigstens bis zum Herbst 1916 — meist nur eine mäßige Abmagerung festzustellen war. Doch scheint in den höheren Altersstufen bei schwacher Körperverfassung eine größere Anfälligkeit für Krankheiten, besonders für Tuberkulose, eingetreten zu sein.

Die jetzige Unterernährung wird sich auch nach Friedensschluß nur allmählich wieder ausgleichen lassen.

8. Es ist der Leitung des Feldsanitätswesens und den einheimischen Sanitätsbehörden gelungen, die Heimat vor der Einschleppung und Verbreitung ansteckender Krankheiten fast ganz zu bewahren, während frühere Kriege diese zur unvermeidlichen Folge hatten und in Feindesland auch jetzt die bürgerliche Bevölkerung zum Teil schwer dadurch heimgesucht wurde.

9. In jedem längeren Kriege mehren sich infolge der Trennung der Ehen und der unausbleiblichen Erschütterung sittlicher Grundsätze und Lebensanschauungen die Geschlechtskrankheiten. Die Anzahl der im Felde erfolgten Ansteckungen von Heeresangehörigen bleibt prozentual hinter den in der Heimat festgestellten zurück. Bedenklich ist die große Zahl Verheirateter, die durch die Kriegsverhältnisse geschlechtskrank geworden sind und nun die Gesundheit ihrer Familien bedrohen, auch auf dem flachen Lande, das bisher geschlechtlich noch fast ganz gesund war.

Was an Vorbeugungsmitteln in dienstlicher, sittlicher und ärztlicher Hinsicht irgend möglich war, ist geschehen, auch für die Behandlung der Erkrankten und für Tilgung ihrer Übertragungsfähigkeit sind umfassendste Methoden getroffen worden. Besondere gesetzgeberische Maßregeln für das ganze Reich sind eingeleitet (s. unten!).

10. Die Wirtschaftslage der meisten Familien ist durch die Verteuerung der Lebenshaltung, Daniederliegen und Zusammenbruch vieler Erwerbszweige, Vermehrung der Steuern usw. nachhaltig schwer ge-

Digitized by Google

schädigt. Besonders sind auch die Festbesoldeten der mittleren und weniger begüterten Stände betroffen. Diese Volkskreise bedeuteten bisher einen sehr leistungsfähigen, gesunden Bestandteil des Staates, aus ihnen stiegen auch zahlreiche wertvolle Einzelkräfte empor, die nun zum Teil gehemmt und vermindert werden.

Ungünstige Wirtschaftslage ist bei einem Kulturvolk auch ein Grund für die Verzögerung und Verringerung der Eheschließungen.

11. Mit der Tilgung der Kriegskosten und Ausgleichung der Kriegsschäden werden voraussichtlich mehrere Geschlechter belastet bleiben. Für ihren gesundheitlichen Schutz, Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit können nur begrenzte Mittel aufgebracht werden.

12. Die infolge Kriegsverwundungen und Krankheiten verstorbenen Männer bildeten in körperlicher Hinsicht — großenteils auch hinsichtlich ihrer Geistes- und Charaktereigenschaften — die Blüte der deutschen Manneskraft. Zweifellos hätten sie einen besonders tüchtigen Nachwuchs erzeugen und erziehen können.

C. Deutschlands Wehrkraft bis zum Kriege.

Bis zum Kriege war Deutschlands Wehrkraft noch nicht erheblich gesunken, aber schon am 24. Juli 1909 wies der Generalstabsarzt der Armee durch einen Vortrag im „Wissenschaftlichen Senat bei der Kaiser-Wilhelms-Akademie"*) darauf hin,

1. daß und warum es aller Anstrengungen bedürfe, um sie auf der Höhe zu halten und zu bessern.

2. Die Wehrkraft ist abhängig von der Geburtenziffer und der Säuglingssterblichkeit.

3. Diese übt auch Einfluß auf die Zahl und Beschaffenheit der Tauglichen, indem in Gegenden mit hoher Säuglingssterblichkeit auch die Überlebenden vielfach minderwertig sind; alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sind daher auch im Interesse der Wehrkraft des Volkes lebhaft zu unterstützen.

4. Der Beruf der Militärpflichtigen an sich ist von geringerem Einfluß auf ihre Körperbeschaffenheit und Militärtauglichkeit als Herkunft und Abstammung (Stadt- und Landbevölkerung).

5. Die Zahl der aus der Armee entlassenen Dienstunbrauchbaren und Invaliden (Rentenempfänger) ist zwar gewachsen, läßt aber die Annahme eines schlechter werdenden Ersatzes nicht ohne weiteres zu, da vielfache Umstände, z. B. die Einführung der zweijährigen Dienst-

*) O. v. Schjerning: „Sanitätsstatistische Betrachtungen über Volk und Heer". Bibliothek v. Coler und v. Schjerning, Bd. 38.

Digitized by Google

zeit, strengere Anforderungen im Dienst, größere Milde bei den Invalidisierungen usw. die Zunahme der Entlassungen begründen.

6. Bei den Gestellungspflichtigen steht als Untauglichkeitsgrund die allgemeine Schwächlichkeit obenan (etwa ⅓ aller Untauglichen).

7. Der Einfluß der Schule auf die Militärtauglichkeit zeigt sich in folgendem:

a) Von den höheren Schulen haben die Landwirtschaftsschulen die meisten Tauglichen geliefert, die Gymnasien die wenigsten. Dazwischen stehen Realschulen und Realgymnasien.

b) Je länger der Schulbesuch gedauert hat, desto geringer ist die Zahl der Tauglichen unter den Schülern.

c) Die Tauglichkeit nimmt aber noch stärker ab, je mehr Zeit zwischen dem Verlassen der Schule und der Meldung zum Dienst verflossen ist.

Es ist also namentlich die Zeit nach der Schule, welche sich für die körperliche Entwicklung der jungen Leute als besonders ungünstig erweist.

Es ergibt sich hieraus, daß neben der Vertiefung und Ausgestaltung schulhygienischer Maßnahmen mehr als bisher alle Bestrebungen zur gesundheitlichen Förderung der männlichen Jugend nach dem Verlassen der Schule gefördert werden müssen.

8. Der Gesamtkrankenzugang hat in der preußischen Armee, einschließlich der kgl. Sächsischen und Württembergischen Kontigente, in den letzten 35 Jahren um 35,2 v. H. abgenommen, durchschnittlich jährlich um 1 v. H.

9. Gegenüber den Heeren der übrigen europäischen Staaten ist der Gesundheitszustand des preußischen bzw. deutschen Heeres sehr günstig.

10. Besondere Beobachtung beanspruchen die venerischen Krankheiten in der Armee.

a) Die Abnahme dieser Krankheiten ist am größten in der preußischen und bayerischen Armee.

b) Die großen Städte liefern die meisten venerischen Erkrankungen, auch die weitaus meisten geschlechtskranken Soldaten.

c) Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, deren Ausbreitung in der Zivilbevölkerung und Armee aufs engste zusammenhängen, ist für Volk und Heer eine Lebensaufgabe.

11. Die Todesfälle haben in der Armee in den letzten 35 Jahren um 73,1 v. H. abgenommen, im jährlichen Durchschnitt um 2,1 v. H.

Gegenüber den fremden Armeen weist die deutsche Armee bei weitem die niedrigste Sterbeziffer auf.

Digitized by Google

Die Selbstmordhäufigkeit hat sich im preußischen Heere in den letzten Jahrzehnten erheblich verringert und ist nicht höher als ihre Zahl in der gleichaltrigen männlichen städtischen Zivilbevölkerung.

12. Der Einfluß der Armee auf das Volk wirkt erziehlich in gesundheitlicher und geistiger Beziehung. Der günstige Einfluß der Armee auf die Zivilbevölkerung ist zahlenmäßig an den Sterbetafeln nachzuweisen.

Auch unmittelbar ist der Einfluß fühlbar: in der Hilfe des Sanitätskorps bei ausgebrochenen und drohenden Epidemien, durch Aufdeckung körperlicher Fehler usw. der bei der Aushebung untersuchten Militärpflichtigen und Zuführung der Erkrankten in geeignete Behandlung, durch Aufdeckung gesundheitlicher Schäden und Mängel in bestimmten Gegenden, Berufsgruppen usw.

13. Die Dienstzeit wirkt nachweisbar günstig ein auf die geistige Entwicklung der Mannschaften durch Erziehung zu größerer geistiger Regsamkeit, Klarheit und Entschlossenheit im Denken und Handeln.

Die vorstehenden Leitsätze bilden den Niederschlag eines sehr großen, zuverlässigen und genau durchgearbeiteten Materials von Zahlen und Tatsachen; sie geben eine Übersicht über unsere Wehrkraft vor dem Kriege und führen schon zu Hinweisen auf künftige Aufgaben.

Der Krieg hat sie bestätigt.

D. Deutschlands Wehrkraft im Kriege.

Der Weltkrieg hat an die Größe und Güte der deutschen Wehrkraft unerhörte Anforderungen gestellt; die körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte des Heeres haben eine über jede Voraussicht schwere Belastungsprobe bisher siegreich bestanden.

II. Wiederherstellung und Hebung der deutschen Volks- und Wehrkraft.

A. Volkskraft.

1. Die Grundlage des Staates ist die Familie; sie hängt ab von der Zahl und der Fruchtbarkeit der Ehen. Vornehmlichster Zweck der Ehe ist die Fortpflanzung.

2. Die Zahl der Ehen ist seit 1900 zurückgegangen; sie läßt sich vermehren:

a) Jeder gesunde, zeugungs- und erwerbsfähige Mann hat — von Ausnahmefällen, wie Zölibat, abgesehen — die natürliche Pflicht und — bei dem Überschuß an heiratsfähigen deutschen Frauen — auch die Möglichkeit der Eheschließung.

Digitized by Google

b) Der Hauptgrund für die Verzögerung und Verringerung der Heiraten ist wirtschaftlicher Art. Viele Männer möchten sich durch die Gründung des Haushalts nicht pekuniär verschlechtern; noch mehr sind oder glauben sich durch unsere neuzeitlichen Standes- und Erwerbsverhältnisse an rechtzeitiger Verheiratung verhindert (langwieriger, kostspieliger Bildungsgang, späte Anstellung, „standesmäßige" Lebenshaltung).

Eine wesentliche Erhöhung des Anfangseinkommens ist aus finanziellen und ökonomischen Gründen weder im Beamtentum noch in freien Berufen durchzuführen; nur größere Einfachheit des Lebens und Vorurteilslosigkeit können helfen. Die Gebildeten müssen mit besserem Beispiel vorangehen. Die Aufstiegmöglichkeiten dürfen nicht unnötig weiter erschwert werden. — Erwünscht ist, daß die Festbesoldeten im Staats- und Privatdienst mit frühestens 25, spätestens 35 Jahren bei Gründung eines Hausstandes Zubußen erhalten und daß die Verheirateten bei der Anstellung, bei Umzügen, beim Aufrücken in höhere Gehaltsstufen und bei der Pensionierung sowie bei Steuerabgaben gegenüber den Unverheirateten bevorzugt werden. Diese sind dafür — etwa vom 30. Lebensjahr ab — steuerlich stärker zu belasten. Das durchschnittliche Heiratsalter ist jetzt 27 Jahre. Durch obige Maßnahmen würde zweifellos — besonders für die höher Gebildeten — ein früheres erreicht werden, was aus staatspolitischen, sittlichen und hygienischen Gründen höchst erwünscht ist.

c) Eine Anzahl der Männer vermeidet die Ehe, weil der freie Geschlechtsverkehr ihnen größere Befriedigung bei geringeren materiellen und ethischen Gegenleistungen gewährt. Hiergegen hilft nur bessere sittliche und staatsbürgerliche Einsicht, strengere Beurteilung und Bestrafung des Ehebruchs; schärfere Erfassung der Alimentationspflicht, Verfolgung der kriminellen Fruchtabtreibungen, Unterdrückung des Vertriebes empfängnisverhütender Mittel (siehe unten), Junggesellensteuer.

3. Die Zunahme der Ehescheidungen zeugt von einer grundsätzlichen Verkennung der gegenseitigen Pflichten der Ehegatten und ihrer Pflichten gegenüber der Allgemeinheit. Das öffentliche Gewissen muß durch Kirche, Schule und Presse hiergegen wachgerufen werden.

4. Die Zahl der Ehen stieg von 1870 bis 1883; seitdem nimmt sie ab. Die Fruchtbarkeit hatte schon vorher nachgelassen und sinkt bisher dauernd.

Gründe:

a) körperliche,

b) sittlich-wirtschaftliche.

5. Zu a. Die Unfruchtbarkeit des Mannes ist nur selten

Digitized by Google

angeboren; meist ist sie die Folge von Geschlechtskrankheiten (besonders Tripper).

Die Unfruchtbarkeit der Frau beruht gleichfalls meistens auf geschlechtlicher Ansteckung durch den Mann (vor allem mit chronischem Tripper). Wo sie hingegen in ungünstiger Lage und Entwicklung der weiblichen Geschlechtsorgane begründet ist, kann die neuzeitliche Frauenheilkunde oft Abhilfe schaffen.

Man schätzt 8 bis 10 v. H. aller Ehen infolge gonorrhöischer Ansteckung steril oder minder fruchtbar, bei 40 v. H. der sterilen Ehen wird die Schuld den Männern zugemessen.

6. Syphilitische Erkrankungen der Eltern führen häufig zu vorzeitigem Absterben der Frucht, zu Frühgeburt unreifer Kinder oder zur Geburt lebensschwacher und kranker Kinder, außerdem zu frühem Nachlassen der Zeugungskraft.

Gegen die ungewollte, körperlich bedingte Sterilität muß demnach als Hauptwaffe der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten angewandt werden (siehe unten).

7. Die gewollte Unfruchtbarkeit der Ehe entspringt dem Wunsche nach Befriedigung des Geschlechtstriebes ohne dessen natürliche Folgen: Befruchtung und Kindererzeugung.

Es ist sittlich verwerflich, wenn rein sinnliche Genußsucht und bloße Bequemlichkeit der Gatten die Empfängnis bekämpft und Kinder als störende Belastung der Lebenshaltung zu vermeiden trachtet.

Die sittlichen Anschauungen hierüber müssen in Einklang mit den Erfordernissen der Staatserhaltung gebracht werden. Durch staatsbürgerliche Erziehung muß jeder Deutsche seine Pflichten gegen den Staat als seine persönliche, sittliche Pflicht empfinden lernen.

8. Religiöse und kirchliche Einflüsse spielen bei der Ehefruchtbarkeit gleichfalls mit. Die Fruchtbarkeit der katholischen Ehen ist größer, als die evangelischer, jüdischer und Mischehen*). Das flache Land liefert verhältnismäßig mehr Kinder als die Stadt.

9. Der Vertrieb empfängnisverhütender Mittel breitet sich von der Stadt auf das Land immer weiter aus. Der baldige Erlaß eines Reichsgesetzes gegen den Verkehr mit antikonzeptionellen und abortiven Mitteln, sowie gegen Fruchtabtreibungen ist nötig. Entwürfe sind bereits von der preußischen Ministerialkommission fertiggestellt**). Auch den Ärzten und Medizinstudierenden wird strengere Zurückhaltung

*) Vgl. Faßbender „Des Deutschen Volkes Wille zum Leben", Freiburg 1917, S. 207 ff.

**) S. 181 und 204 ff. der Denkschrift des Ministers des Innern über die Ergebnisse der Beratungen der Min.-Komm. für die Geburtenrückgangsfrage.

Digitized by Google

bei den künstlichen Unterbrechungen der Schwangerschaft zur Pflicht gemacht.

10. Die rein pekuniären Gründe für die Beschränkung der Kinderzahl („Zweikinderſyſtem", „Neo-Malthusianismus") haben sich, was den sogenannten „Nahrungsmittelspielraum" und die Erwerbsmöglichkeiten Deutschlands anbetrifft, nicht als stichhaltig erwiesen. Der wirtschaftliche Aufschwung gab allen eingeborenen Kräften Gelegenheit zu auskömmlichem Leben und überschießendem Verdienst; er beanspruchte sogar noch die Einstellung ausländischer Arbeiter. Nach dem Kriege wird der Mangel an Arbeitskräften noch stärker werden.

Im Gegenteil! Vielfach geht gerade mit dem „sozialen Aufstieg" und der Erzielung höheren Einkommens die Abnahme der Kinderzahl Hand in Hand; also tragen die gesteigerten Lebensansprüche der Eltern — für sich, wie für ihre Nachkommen — und die materialistische Weltanschauung die Hauptschuld an diesem „Kulturübel".

11. Einen gewissen Zwang zum Zweikinderſyſtem üben die Wohnungsverhältnisse aus, besonders der Städte und namentlich der Großstädte. Die vermehrten Erwerbsgelegenheiten in städtischen Betrieben (Industrie), städtische Vergnügungen führten zur Landflucht und zur Bodenpreissteigerung und engen Bebauung des Stadtgebietes. Die Wohnungen werden immer teurer, enger, zugleich unhygienischer; sie fördern die Kinderarmut, die Kindersterblichkeit, die Tuberkulose, Rhachitis und die Unsittlichkeit, den Alkoholismus, die Kriminalität. Daher tut nur schon aus diesem Grunde eine Wohnungsreform not, sie muß sich erstrecken auf:

12. Abwanderung von der Stadt auf das Land durch Entlastung der Städte von weiteren industriellen Anlagen, Schaffung von Arbeiterkleinsiedlungen mit eigener Scholle auf dem Lande.

Erweiterung des Fabrikarbeiterschutzes bis zum 18. Jahre. Innere Kolonisation.

Schaffung von neuem Siedlungsland (Gebietserweiterungen durch den Krieg).

Landverteilung an kleinbäuerliche Kriegsteilnehmer, Bauern, Gärtner, Handwerker, Arbeiter, die landwirtschaftlich bewandert sind, und aus deren Familien der Staat den körperlich besten und zahlreichsten Nachwuchs bezieht.

Übernahme der ländlichen Schul- und Wegelasten auf den Staat oder größere Verbände.

Veränderung in der Verteilung der Ortsarmenlasten.

Digitized by Google

Stärkung der Landwirtschaft.

Ausbau der ländlichen Wohlfahrtspflege im Verwaltungswege.

13. Verbesserung des städtischen Siedlungs- und Wohnungswesens.

Hauptziel: Möglichste Rückkehr zum früheren Flach- und Kleinhausbau mit Hausgarten und Kleintierzucht.

Hilfsmittel: Bewahrung des noch unbebauten Bodens in der Nähe der Städte vor künstlicher Preisauftreibung; halbländliche Siedlung.

14. Hygienischer Ausgleich des nicht mehr rückgängig zu machenden Mietskasernenbaues durch Schaffung von schnell und billig zu errichtenden öffentlichen Spiel- und Turnplätzen, Parkanlagen, Kleingartenkolonien. — Verbesserung der Bauordnung und der hygienisch-technischen Wohnungseinrichtungen, soweit die bestehenden Verhältnisse es noch erlauben. Bekämpfung des Schlafgängertums.

15. Reichswohnungsgesetz, das in Form eines sogenannten Rahmengesetzes die Bundesstaaten zu einer sinngemäßen Regelung des Bebauungsplan- und Bauordnungswesens, der Ansiedlung und Eingemeindung, des Umlege- und Enteignungsverfahrens, der Steuer- und Verkehrsfragen verpflichtet. — Reichswohnungs-Inspektionen.

16. Stärkung des Realkredits durch Mittel aus Landes-Versicherungsanstalten, Lebensversicherungen und Sparkassen, Förderung der gemeinnützigen Baugenossenschaften, die kinderreichen Familien Erleichterungen gewähren; beschleunigte Bereitstellung von Kleinwohnungen, an denen nach dem Kriege voraussichtlich großer Mangel und vermehrte Nachfrage sein wird. (Gründung zahlreicher junger Ehen, Rückstrom verarmter und verwaister Familien aus größeren und teueren Wohnungen in billigere, kleinere Räume.)

Steuerliche Mehrbelastung der Hauswirte, die kinderreiche Familien abweisen.

17. Jeder Familienzuwachs bringt Mehrkosten: einmalige durch Entbindung und Wochenbett, Notwendigkeit besserer Ernährung und Schonung der Mutter, laufende durch die Lebensunterhaltung des Kindes.

18. Um diese pekuniäre Last zu erleichtern, haben sich bereits Vereine zur Versicherung für den Fall der Eltern- bzw. Mutterschaft gebildet. Derartige gemeinnützige Bestrebungen verdienen energische Förderung.

19. Sehr segensreich hat in dieser Hinsicht auch die jetzt den bedürftigen Ehefrauen der Kriegsteilnehmer gewährte Reichswochenbeihilfe gewirkt; ihre Beibehaltung für mittellose Wöchnerinnen ist,

Digitized by Google

wenn auch in veränderter Form, anzustreben. Die Krankenkassen können schon jetzt verpflichtet werden, die Schwangeren und Wöchnerinnen länger als bisher zu unterstützen (12 statt 8 Wochen).

20. In gleichem Sinne wirken die besonderen Kostzuwendungen, welche allen werdenden und stillenden Müttern vom Kriegsernährungsamt zugebilligt sind.

21. Mit jedem weiteren Kinde sollte eine steuerliche Bevorzugung der Familie verbunden sein, die nach der Höhe des Einkommens abzustufen ist. Hierzu treten: Schulgeldnachlässe und die unter Nr. 2 b Seite 20 erwähnten Begünstigungen der Verheirateten. Zur Kostendeckung können nicht nur die Junggesellen, sondern auch die unverheirateten Frauen entsprechend ihrem Einkommen durch Sonderabgabe herangezogen werden; desgleichen ohne Härte die Familien, die ihre Kinder durch Tod verloren haben. Hierbei ist die Hinterlassenschaft der Kinderlosen und Kinderarmen ein einleuchtendes Objekt höherer Besteuerung.

22. Im Jahre 1913 offenbarte sich eine tiefgehende kinderunlustige, ja kinderfeindliche Bewegung in Arbeiterkreisen, die auf der willkürlichen Geburtbeschränkung ein System des Klassenstaates aufzubauen gedachten: Der „Gebärstreik". — Dem muß mit allen Mitteln entgegengewirkt werden. Außer dem schlechten Beispiel der Kinderarmut, das die oberen Kreise geben, wirkt z. B. auch die Zurücksetzung kinderreicher Arbeiterfamilien bei Stellenvergebungen und Vermietungen, ihre Verspottung als „dumm" und „unsittlich" aufreizend. Jede Mutter hat Anspruch auf Hochachtung und Hilfe; je kinderreicher und ärmer sie ist, um so mehr.

23. Besonders für Arbeiterkreise ist die Beibehaltung des im Kriege eingeführten Sparzwanges Jugendlicher segensreich. Die Ersparnisse müßten bei Heirat und Familienzuwachs ausgezahlt werden.

24. Billige Gemeinde- oder Genossenschaftsdarlehen zur Hausstandsgründung sind angesichts der noch lange zu erwartenden Kriegsteuerung, namentlich in Möbeln und Wäsche, dringend erwünscht, da viele junge Arbeiter-Ehen nach dem Kriege sonst nicht oder unter schlechten Kinderaussichten geschlossen werden.

25. Das schwierigste, aber wichtigste Mittel bleibt eine gesündere „Rationalisierung" der Arbeit. Das aufreibende Akkordlohnsystem, die fortschreitende Teilung und Mechanisierung der Arbeit, die Einbeziehung der Frau schafft zwar größere Einkünfte für Arbeitnehmer und -geber, aber es verbraucht schneller die körperlichen und seelischen Kräfte, macht begehrlicher und genußsüchtiger und untergräbt den Familiensinn.

Digitized by Google

26. Die werdende Mutter darf nicht durch schwere Arbeit außerhalb des Hauses, besonders in geschlossenen Räumen, gefährdet werden.

27. Überhaupt ist die zunehmende Beschäftigung von Frauen in Berufszweigen, die — geistig und körperlich — Männerkräfte erfordern, eine große Gefahr für Mutterschaft und Familienleben, Volksernährung und -Erziehung (siehe unter Seite 251).

28. Deutschland verliert jährlich über 6500 Frauen an den Folgen einer Entbindung; über 56 000 Kinder werden totgeboren. Unberechenbar sind die bleibenden Gesundheitsschädigungen und Verminderungen der Gebärfähigkeit, welche die Mütter durch ungünstige Entbindungen erleiden. — Das von der preußischen Ministerialkommission erörterte Hebammengesetz sowie die geplante Vermehrung der Gebäranstalten und Bereitstellung von Krankenbetten für Entbindung können diesen Verlusten und Schäden abhelfen.

29. Im Jahre 1913 betrug die deutsche Säuglingssterblichkeit noch 277 000 Fälle; in Rußland starben auf 1000 Lebendgeborene 290 Säuglinge, in Norwegen 68; Deutschland steht mit 151 an siebentschlechtester, hingegen mit seiner Gesamtsterblichkeit an siebentbester Stelle von 20 Kulturstaaten.

30. Bessere Säuglingsernährung und Säuglingspflege können uns unschwer in absehbarer Zeit wenigstens mit unseren Feinden England und Frankreich auf gleiche Höhe bringen und 100 000 bis 150 000 Säuglinge jährlich mehr am Leben erhalten. — Dies ist zu erreichen durch Rückkehr des Säuglings zur Mutterbrust, Abkehr von der künstlichen Ernährung. Ferner durch:

31. Mutterberatung und Säuglingsbehandlung durch die „Säuglingsfürsorgestellen", die vermehrt und auch auf dem Lande verbreitet werden müssen. — Wo sie fehlen: Aufsicht durch Kreisärzte, Kinderärzte, Hebeammen, Fürsorgeschwester, ehrenamtlich tätige Dame.

Stillprämien für nährende Mütter. Großstädtische Kindermilchküchen. — Ausbildung der weiblichen Jugend in der Kinderpflege und von besonderen staatlich geprüften Säuglingspflegerinnen.

Sanitätspolizeiliche Überwachung des Ammen- und Haltekinderwesens.

32. Fürsorge für die unehelichen Kinder.

Die Zunahme der unehelichen Geburten und die unverhältnismäßig hohe Sterblichkeit der unehelichen Kinder zwingen dazu, sie wirtschaftlich und rechtlich besser zu schützen. Auch stehen sie sittlich schlechter, denn der

Digitized by Google

Fürsorge-Erziehung werden erheblich mehr uneheliche als eheliche Kinder zugeführt. Die Preußische Ministerialkommission und das Preußische Abgeordnetenhaus haben sich am 9. 5. 1916 bzw. am 17. 2. 1917 mit dieser Frage beschäftigt. Angeregt wurde:

a) Eine schärfere Ausnutzung der §§ 1666 und 1707 BGB. (Einfluß des Vormundes auf Pflege und Erziehung des Kindes).

b) Abänderung des § 361, 10 Str. G. B. (Alimentationspflicht des unehelichen Vaters) und Anwendung der Ausführungsbestimmungen über den Unterstützungswohnsitz.

c) Abschaffung der sogenannten exceptio plurium concumbentium (Haftung aller für die Zeugung in Betracht kommenden Männer als Gesamtschuldner für die Unterhaltskosten).

d) Vermehrung, eventuell gesetzliche allgemeine Einführung der Berufs- neben der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft.

e) Bessere Aufsicht über die Haltekinder durch gesetzliche Personalunion von Waisenrat und Berufsvormund.

f) Das Abgeordnetenhaus befürwortete Übertragung der Fürsorge für uneheliche Kinder an größere Verbände nach Art der sogenannten Fürsorgeerziehung bzw. durch Erweiterung der sogenannten außerordentlichen Armenlast.

g) Die Durchführung obiger Maßnahmen verbürgt uns die Erhaltung vieler wertvoller Leben und deren sittliche und soziale Hebung. — Völlige rechtliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern begegnet schweren sittlich-religiösen und staatlichen Bedenken; die eheliche Kindererzeugung und Erziehung muß die unerschütterliche Grundlage des Staates und der Gesellschaft bleiben.

33. Mutter und Kind. Wie die Milch der gesunden Mutter die beste Nahrung für das Kind ist, übertrifft auch die mütterliche Pflege und Erziehung des Kindes im allgemeinen jede andere; sie kann durch Schulung der älteren Mädchen und Jungfrauen als der künftigen Mütter verbessert werden.

34. Die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen und Mütter außerhalb des Hauses birgt große Gefahren für das Familienleben, die Volksernährung und die Kindererziehung in sich. Mutterschutz, Frauenbildung und Kinderschutz sind in ihrer Bedeutung zwar erkannt, aber noch nicht genug gefördert worden (Gewerbehygiene, Haushaltungsunterricht, Kleinkinderpflege).

35. Kinderkrippen und Kinderhorte — am besten auf Pestalozzi-Fröbelschen Grundlagen — bedürfen der Vermehrung und der hygienisch-ärztlichen Beaufsichtigung durch die Säuglingsfürsorgestellen,

Digitized by Google

Schulärzte und Schulzahnärzte. Die pädagogischen Leiter sind auf die hohe Sterblichkeit der deutschen Kleinkinder und auf die Abwehrmittel hinzuweisen (Tuberkulose, Rhachitis, Keuchhusten, Diphtherie).

36. Die Kleinkinder der Großstädte leiden körperlich, geistig und sittlich am meisten unter dem Mangel an freien Spielplätzen. Das bedroht auch den ferneren Nachwuchs. Die Städte müssen mehr Spielplätze schaffen.

37. Schulalter:

Die enge Vereinigung vieler Kinder in geschlossenen Räumen begünstigt die Verbreitung ansteckender Krankheiten (Masern, Scharlach, Diphtherie, Keuchhusten, Tuberkulose). Das lange Sitzen und Lesen führt bei vielen zu Wachstumschäden (Verkrümmungen), Kurzsichtigkeit, Blutarmut, Störungen beim Zahnwechsel und bei der Menstruation, allgemeiner Körperschwäche.

38. Mit wachsendem Erfolge sind der „Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege" und die Schulärzte, unterstützt von den Regierungen, vielen Gemeinden und Lehrern, gegen die hygienischen Mängel im Schulbau und Schulbetrieb aufgetreten. — Alle Schulkinder müssen künftig unbeschadet ihrer sonstigen ärztlichen Versorgung — beim Eintritt schulärztlich und zahnärztlich gemustert und weiterhin regelmäßig untersucht werden (Wachstum, Gewicht, Sehleistung, Gehör, Anlage zu Krankheiten, Zahnschäden). Der Befund ist der Schule und den Eltern mitzuteilen zwecks Herbeiführung ärztlicher Behandlung.

39. Schulärzte und Schulschwestern sind hervorragende Hilfskräfte zur körperlichen Verbesserung unseres Nachwuchses und Durchführung schulhygienischer Maßnahmen, auch auf dem Lande.

40. Die körperlichen Schädigungen durch die Schule treten mit der Dauer des Schulbesuches und mit der Erhöhung wissenschaftlicher Anforderungen immer stärker hervor; für die höheren Schulen der männlichen Jugend ist das unzweifelhaft nachgewiesen*). Bei den höheren Töchterschulen (Lyceen) ist dasselbe zu erwarten: Fehler und Schwächen der blutbildenden und Kreislauforgane, der Atmungsorgane und des Sehvermögens.

41. Gegenmittel: Weitere Verbesserungen der Schulhygiene hinsichtlich Größe, Lüftung, Heizung und Belichtung der Schulzimmer, Schulaborte, Verminderung der wissenschaftlichen und Vermehrung der gymnastischen Stunden (Turnen, Sport, Spiele, Wanderungen), höhere

*) v. Schjerning: Sanitätsstatistische Betrachtungen über Volk und Heer. Berlin 1910. Schwiening, H., u. Nicolai: Über die Körperbeschaffenheit der zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigten Wehrpflichtigen Deutschlands. Veröffentl. aus dem Gebiete des Militärwesens, Heft 40, Berlin 1909.

Digitized by Google

Anforderungen und Bewertung körperlicher Leistungen. Besonders wichtig: verbesserte und täglich angewandte Atmungsgymnastik (Betonung der Ausatmung).

42. Besonders pflegliche, pädagogische und hygienische Behandlung erheischen die Pubertätsjahre. In ihnen entscheidet sich die Entwicklung des Körpers und des Charakters. Der gesteigerte Betätigungsdrang und Gefühlsüberschwung bedarf verständnisvoller Beobachtung durch Eltern und Lehrer, damit er in rechte Bahn geleitet wird: Erweckung der Freude an der persönlichen Mitarbeit beim Aufbau des Körpers und Ausbau des Wissens, Freude an der Natur, an Sport, Spiel und Lied, vaterländische Erhebung, Übung der Kunstfertigkeit, Vertiefung der sittlichen Anschauungen (Ehrfurcht). — Die Knaben gebrauchen körperliche Übung und Wettkämpfe, die Mädchen Schonung und Sammlung, anderseits auch eine gewisse Muskelpflege.

43. Die Schule muß auf diesem Gebiete die Führung übernehmen. Aus dem Bedürfnis der Jugend heraus entstanden: Der „Jungdeutschland-Bund" mit Wandervogel- und Pfadfinder-Bewegung, Jugendherbergen u. a. m., gefördert durch kaiserlichen Erlaß seit der Schulkonferenz des Jahres 1891, gesammelt in den Verbänden des „Reichsausschusses für Leibesübungen" und neuerdings militärisch organisiert in der „Militärischen Vorbereitung der männlichen Jugend" (s. unten).

44. Die ältere Schuljugend ist tiefer als bisher in die vaterländische Geschichte und Bürgerkunde einzuführen. (Politische Geographie, Welthandel, Rohstoffe, Bevölkerungsfragen, Heereswesen.) Der Staat darf ihr kein fremdes, geschweige denn feindliches, nur opferforderndes Gebilde bleiben, sondern muß ihr als ihr eigenes Fleisch und Blut zum lebendigen, lebensbeherrschenden Bewußtsein gebracht werden.

45. Die schulentlassene Jugend, besonders der mittleren und unteren Schulen, lebt in einer bisher vielfach schlechtgenützten Freiheit. Der Wochenverdienst wird an den freien Abenden und Feiertagen großenteils für unedle, ungesunde und vorzeitige Genüsse ausgegeben. Im Kriege sind die Löhne und damit die Lebensansprüche Jugendlicher zu einer unhaltbaren Höhe emporgestiegen. Hieraus drohen Gefahren, denen Staat, Kirche und Gesellschaft aller Stände und Parteien vorbeugen müssen. (Sparzwang, Besteuerung, Pflichtfortbildung, Hebung des Bildungsstrebens durch Vorträge, künstlerische und geistige Darbietungen, Förderung der körperlichen Übungen.) Auch diese Altersstufe erfordert besseren Unterricht über staatsbürgerliche Pflichten und Körperhygiene (s. unten).

46. Ihre schlimmsten Feinde sind Rauchen, Trinken und vorzeitiger außerehelicher Geschlechtsverkehr. Soweit Aufklärung und besseres Beispiel der Gebildeten nichts gegen den zunehmen-

Digitized by Google

den Nikotin- und Alkoholmißbrauch ausrichten, wird eine stärkere Besteuerung (Monopol) des Tabaks und Alkohols dem übertriebenen Verbrauch dieser Genußmittel am ehesten abhelfen. Auch aus finanzpolitischen Gründen wird diese schwerlich mehr zu umgehen sein.

47. Der vorzeitige Nikotinmißbrauch schädigt das Nervensystem, das Herz und die Blutgefäße, die Verdauungsorgane und die Nieren; außerdem verführt er zu leichtsinniger Geldverschwendung. Tabakrauchen Jugendlicher und Tabakverkauf an sie bis zu 17 Jahren zu verbieten, Eltern und Jugend besser zu belehren.

48. Noch weit größere körperliche, sittliche und ökonomische Schäden richtet der Alkoholmißbrauch an.

Deutschland gab im Jahre 1911 aus:

für geistige Getränke	4026	Mill. M.*)
„ Tabak	1086	„ „
„ Heer und Marine	1274	„ „
„ Volksschulen	670	„ „
„ Versicherungswesen	852	„ „
„ Gesamtausgaben des Reichs	2897	„ „
„ Reichsschulden	4944	„ „
im Jahre 1901:		
„ Brot	1700	„ „
„ Fleisch	2250	„ „

$^1/_{16}$ der gesamten Kartoffelernte, $^1/_{13}$ der Roggen- und Gerstenernte wanderte in die deutschen Brauereien und Brennereien, außerdem wurden noch für 320 Mill. M. ausländische Gerste und Kartoffeln zum großen Teil für Alkoholherstellung angekauft.

Darunter leiden Volksernährung und -vermehrung, Volkswirtschaft und -kraft, Gesundheit und Sittlichkeit.

Für den wachsenden Körper ist Alkohol Gift, für den erwachsenen zwar, wenn mäßig genossen, ein zunächst nervenanregendes Genußmittel, jedoch kein Nährmittel und Kraftspender. Regelmäßiger und unmäßiger Verbrauch schädigt den Körper und Charakter. Alkohol und Krankheit, Alkohol und Unfälle, Alkohol und Armut, Alkohol und Verbrechen bilden die innigsten Zusammenhänge.

49. Gegenmittel. Aufklärung und Erziehung durch Staat und Gemeinde, Kirche und Schule, Unterstützung der Mäßigkeits- und Enthaltsamkeitsbewegungen („Deutscher Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke", „Guttemplerorden", „Blaukreuz" usw.) Vermehrung der Trinker-

*) Geh. Reg.-Rat Dr. Lissner: „Die Zukunft der Verbrauchssteuern in Deutschland" in „Finanzwirtschaftliche Zeitfragen", Stuttgart, Ferd. Enke.

Digitized by Google

fürsorgestellen. Verminderung der Schankstellen (von 28 519 Berliner Häusern dienten 15 358 der Gast- und Schankwirtschaft). Veredlung des Gasthauswesens (Gotenburger System). Branntweinmonopol mit Einschränkung der Trinkbranntwein-Erzeugung und progressiver Besteuerung geistiger Getränke nach der Stärke des Alkoholgehalts.

50. Besonders hängt der Alkohol mit dem außerehelichen Geschlechtsverkehr und der Entstehung der Geschlechtskrankheiten zusammen. Weitaus die meisten sittlichen Verfehlungen und geschlechtlichen Ansteckungen von jungen Männern und Mädchen erfolgen unter Alkoholeinflüssen (Aufhebung der sittlichen und intellektuellen Hemmungen, Erregung des Geschlechtstriebes mit nachfolgender Erschlaffung).

51. Die Zunahme der Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen sind auf S. 219, 221, 223 dargetan. Dieses Übel frißt immer weiter um sich, zerstört die Gesundheit ungezählter Tausender — oft noch Jahrzehnte nach der Ansteckung —, bewirkt Fehlgeburten und frühzeitigen Tod von Kindern, macht zahllose Ehen unglücklich und ganz oder teilweise unfruchtbar. Zu seiner Vermeidung und Verminderung sind viele Wege empfohlen.

52. Der sicherste ist geschlechtliche Enthaltsamkeit bis zur Ehe. Nur bei strengster Sittlichkeit werden auch die geschlechtlich aktiv veranlagten jungen Männer von diesem Wege nicht abirren, obwohl sie ihn bis zur vollen Mannesreife (späte Heirat gerade der Gebildeten) gehen müssen. Die von Natur aus geschlechtlich zunächst mehr passive weibliche Jugend läßt sich durch erziehliche Einflüsse und stärkere häusliche Bindung weit eher auf diesem Wege erhalten.

Gleichwohl bleibt bei beiden Geschlechtern — besonders dem männlichen — eine große Anzahl Personen, die trotz aller Lehren und Warnungen den Naturtrieb nicht zügeln; zumeist fallen die Männer der Prostitution anheim und dadurch fast immer den Geschlechtskrankheiten, die sie nun selbst weiterverbreiten.

53. Die Preußische Ministerialkommission und der 16. Reichsausschuß für Bevölkerungspolitik haben als Gegenmittel mehrere Verwaltungsmaßnahmen und Gesetzentwürfe beraten und zum Teil vorbereitet, betreffend:

a) Fernhaltung der Prostitution von öffentlichen Straßen, Wirtschaften und Vergnügungslokalen, Regelung der Wohnfrage, bessere hygienische Überwachung der gewerbsmäßigen Unzucht, Vermeidung der Bordellierung, Erziehungsmaßregeln für jugendliche Prostituierte, Sonderanstalten für unverbesserliche und psychopathische Dirnen.

b) Strengere Bestrafung der Verführung abhängiger, unbescholtener weiblicher Personen und Zuhälter, der Verbreitung unzüchtiger

Digitized by Google

Bilder und Schriften, Beseitigung der Animierkneipen, Absinthverbot, Fernhaltung Jugendlicher (bis 17 Jahre) von Kinos (außer Jugendvorstellungen).

c) Sexual-pädagogische Unterweisung (nicht direkte „sexuelle Aufklärung") in Seminaren und Hochschulen für Geistliche und Lehrer, staatliche Prüfung der Mediziner über Haut- und Geschlechtskrankheiten, sexual-ethische und ärztliche Belehrung des Volkes und der älteren männlichen Schuljugend durch Wort und Schrift, Unterstützung der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten".

d) Gefängnisstrafe für Ausübung des Beischlafes seitens wissentlich ansteckend geschlechtskranker Personen (Verfolgung nur auf Antrag). Hiergegen sind wegen der zu befürchtenden verleumderischen Angebereien schon in der Kommission schwere Bedenken erhoben worden. Verbot kurpfuscherischer und marktschreierischer Behandlung von Geschlechtskrankheiten (Zeitungsannoncen), Fernbehandlung, Bestrafung des öffentlichen Angebots und Ausstellens von Vorbeugungsmitteln; Zwangsbehandlung gewerbsmäßiger kranker Dirnen; ärztliche Untersuchung der Ammen; strafgesetzliche Verfolgung syphilitischer Ansteckung durch Stillen.

e) Vermehrung und Verbesserung der öffentlichen und unentgeltlichen Einrichtungen zur Behandlung von Geschlechtskranken. (Fürsorgestellen der Landesversicherungsanstalten, Beteiligung der Gemeinden, der Krankenkassen und Lebensversicherungsanstalten an der ambulatorischen und Krankenhausbehandlung Geschlechtskranker). Sicherstellung guter Krankenhausbehandlung der Geschlechtskranken, auch in den kleinstädtischen und ländlichen Krankenanstalten.

f) Ärztliche Anzeigepflicht bei Geschlechtskrankheiten. Hiergegen sind schwere Bedenken entstanden, da alsdann größere Verheimlichung und Verschleppung der Krankheiten sowie schlechtere Behandlung (Kurpfuscherei) befürchtet werden müssen.

54. Die Bemühungen des Staates, der Kirche und der Gesellschaft um die körperliche und sittliche Gesundheit und Kraft des Volkes können nicht bei einer bestimmten Altersklasse haltmachen. Volkshygiene und -erziehung müssen von der Geburt bis zum Tode wirken. Arbeit und Mäßigkeit verbürgen am besten die allgemeine und die persönliche Wohlfahrt.

55. Die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sind die Wiederherstellung und Hebung der Volksernährung und der Volkswirtschaft.

Der Krieg hat hierin viel zerstört und viel gelehrt.

Digitized by Google

56. Zweifellos hat Deutschland vorher zu üppig und kostspielig gegessen und getrunken, aber zweifellos hat sich jetzt der durchschnittliche Ernährungs- und Kräftezustand des Volkes je länger, je mehr durch die Absperrung der Zufuhr und die Befriedigung der starken Heeresbedürfnisse verschlechtert. Besonders nachteilig hat der Fettmangel gewirkt, am meisten auf das höhere Lebensalter. Doch auch die anderen Nahrungsmittel sind so knapp und teuer geworden, daß die berechtigten Ansprüche des Körpers bei der Mehrzahl der Bevölkerung nicht immer genügend gedeckt wurden.

57. Bis zum Friedensschluß ist eine wesentliche Vermehrung der Produktion trotz aller erfolgten und etwa noch zu findenden Verbesserungen nicht möglich. Alsdann wird, da auch das Ausland an Nahrungsmangel leidet, noch geraume Zeit vergehen, ehe die Zwangsrationierung abgebaut werden kann. Inzwischen bedürfen die heimische Erzeugung und die ausländische Einfuhr der größtmöglichen Verstärkung sowie der Preisregelung und Verteilung unter Mitwirkung des Staates.

58. Gelingt es, vor allem mehr Fette und Öle zu schaffen, so kann die Fleischkost unbedenklich gegen den früheren Verbrauch zugunsten der Pflanzenkost (Kohlehydrate und Nährsalze) vermindert bleiben.

59. Für Kinder, Kranke und Schwache ist Milch am dringlichsten nötig. Auch das Bedürfnis nach Zucker verlangt besondere Rücksicht.

60. Hingegen muß die Trinkbranntwein- und Biererzeugung weit zurückgestellt werden.

61. Ziel aller Ernährungspolitik bleibt Unabhängigkeit vom Auslande durch Vermehrung und Verbesserung der inländischen Erzeugung, Ausgleich der Kriegs-Nährschäden und Sammlung von neuen Nährmittelvorräten durch vergrößerte Einfuhr.

Volkswirtschaft.

62. Trotz einer Mißernte in Halmfrüchten (1914) und in Kartoffeln (1916) und trotz Beschränkung der Einfuhr hat die deutsche Landwirtschaft im Kriege fast ganz durch eigene Kraft das deutsche Volk, das Heer mit seinem gesteigerten Bedarf und die Kriegsgefangenen versorgt.

63. Der Rindviehbestand betrug am 2. 12. 1912 rund 20 182 000 Stück, am 1. 2. 1917 rund 21 337 000 Stück.

Der Schweinebestand übertrifft (mit 13 Millionen Tieren) immer noch alle anderen Länder (im Verhältnis zur Bevölkerungszahl) und verträgt eine Abschlachtung (von 3 bis 3½ Millionen) ohne Gefährdung der Zuchttiere.

Digitized by Google

64. Für Durchhalten der Erntevorräte bis zur neuen Ernte ist gesorgt. Die Preissteigerung der Lebensmittel ist erheblich, bleibt aber für Brotgetreide und Kartoffeln hinter England zurück.

65. Auf die Notwendigkeit der Erhaltung und Stärkung der einheimischen Landwirtschaft ist schon mehrfach hingewiesen; Schutzzölle, Vermehrung der bäuerlichen und kleinbäuerlichen Bevölkerung und Siedlung, Neuland (Ostseeprovinzen), Rückwanderung, Versorgung mit Dungmitteln, — Luftstickstoff —, Maschinen und elektr. Kraft als Ersatz der verminderten Menschenkraft, ländliche Wohnungs- und Gesundheitsfürsorge.

66. Bergbau und Eisenindustrie, die Grundpfeiler der deutschen Kriegsindustrie, sind bis zum Höchstmaß der Leistungsfähigkeit beschäftigt, desgleichen Waffen- und Munitions-, Automobil-, Flugzeug-, Waggonbau- und Maschinenindustrie sowie die Unternehmungen zur Herstellung von Kriegsgerät. Neue große Fabrikanlagen sind geschaffen, die Erzeugung dauernd gesteigert worden. Die Gewinnergebnisse der Privatbetriebe gestatteten — bei großen Reservestellungen, Abschreibungen und Steuerrücklagen — doch noch erhöhte Dividendenverteilungen.

67. Auch der Kalibau, die Zinkhütten, die chemische und pharmazeutische Industrie haben sich bewährt und vergrößert. Hingegen leiden andere große Gewerbezweige an Arbeiter- und Kohlen-, sowie an Rohstoff- und Absatzmangel und unter sonstigen Kriegseinwirkungen (Hausbesitz, Baugewerbe, Hotelgewerbe, Seeschiffahrt u. a. m.).

68. Die wichtigsten Rohstoffe sind im Lande ausreichend vorhanden, Ersatzstoffe zum großen Teil mindestens in dem Umfange beschafft, in dem sie unentbehrlich sind, manche — z. B. Luftstickstoff statt Chilisalpeter — werden schon jetzt in einer den Friedensbedarf der deutschen Landwirtschaft übersteigenden Menge hergestellt; für Verdoppelung der Produktion ist bereits Fürsorge getroffen.

Die Ergänzung der fehlenden Rohstoffe für den Friedensbedarf (Wolle, Baumwolle, Leder, Metalle, Schwefel, Gummi und sonstige Kolonialprodukte) wird ebenso wie die Umstellung und Wiedereröffnung von Betrieben Zeit und Kräfte kosten.

Auch hierfür ist schnelle Wiedereinfuhr, Sicherstellung durch Handelsverträge, Zuteilung von verfügbar werdenden Arbeitskräften und Schiffsraum nach Maßgabe des stärksten Bedürfnisses vom Staate zu betreiben.

69. Die aus Kriegsnotwendigkeiten heraus neugeborenen Ämter und Hilfsorganisationen (Kriegsamt, Kriegsernährungsamt usw.) müssen noch bis zu beendeter militärischer und wirtschaftlicher Demobilmachung tätig bleiben.

Digitized by Google

70. Das deutsche Verkehrswesen, vorwiegend die Eisenbahnen, weniger die Binnenschiffahrt, hat für Güter- und Personenverkehr im Innern, Truppentransporte und Kriegsmaterialversand innerhalb und außerhalb der Grenzen die stärkste Ausnutzung seines Personals und Materials erlitten. Wie stark die Güterbewegung war, bewiesen die Eisenbahneinnahmen aus dem Güterverkehr 1916, der den des Friedensjahres 1913 noch übertraf.

71. Schweren Schaden hat unsere Handelsflotte erlitten durch Abschnürung vom Weltmeere und Fortfall der im Ausland befindlichen Schiffe. Die Fürsorge für sie verspricht angesichts der erheblich verminderten feindlichen und neutralen Tonnage ganz besonders lohnende Erfolge. Das deutsche Kanalsystem hat sich als ausbaubedürftig erwiesen.

72. An Kriegskrediten sind dem Deutschen Reich bis jetzt 79 Milliarden Mark bewilligt worden; davon wurden in sechs Anleihe-Emissionen rund 60 Milliarden Mark aufgebracht und damit etwa 85 bis 90 % der Kriegsausgaben bis April 1917 durch langfristige Anleihen oder mehrjährige Schatzanweisungen fundiert. Zinsfuß und Ausgabepreis waren bei gleichmäßiger und zielbewußter Beteiligung des Auslandes weit geringer als bei der Kriegsfinanzwirtschaft der feindlichen Staaten, die — außer Japan — in immer größere Abhängigkeit von England, vor allem aber von Amerika geraten sind.

73. Eine gleich günstige Finanzierung ist für die weiteren Kriegsausgaben zu erhoffen; auch wird sich der tief gesunkene Wert des deutschen Geldes durch Wiederherstellung von Ein- und Ausfuhr, Verfügung über Auslandsguthaben und andere Einnahmequellen voraussichtlich in absehbarer Zeit wieder herstellen.

74. Das deutsche Volksvermögen ist vom Reichsschatzamt vorsichtig auf 300 bis 330 Milliarden Mark geschätzt. Das deutsche Staatsvermögen betrug 1913/14 24 Milliarden Mark, die Staatsschuld 21 Milliarden Mark; auf den Kopf der Bevölkerung entfielen

in Deutschland	314,9 M.	Staatsschulden
» Großbritannien und England . . .	313,2 »	»
» den Verein. Staaten von Amerika . .	47,0 »	»

Die steuerliche Gesamtbelastung betrug 1911 in

	Deutschland	England	Frankreich
insgesamt Mill. . .	4079,6 M.	4720,1 M.	3776,4 M.
Mark pro Kopf . .	62,75	106,07	96,09

75. Diese Zahlen und die in den letzten Jahrzehnten nachweisbare beträchtliche Steigerung der Volksziffer, des Volksvermögens und -einkommens (jährlich 43 bis 45 Milliarden M.), der Steuer-

Digitized by Google

kraft, der Sparkasseneinlagen, der Arbeiterlöhne und des Konsums zeigen die finanzielle Stärke und Leistungsfähigkeit Deutschlands.

76. Aber allein die Verzinsung und Tilgung der Kriegskosten, die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung werden so ungeheure Summen beanspruchen, daß mehrere Generationen daran tragen müssen. Ohne starke steuerliche Belastung des Einkommens und Vermögens, Erschließung neuer Steuerquellen (Monopole, Erbschaft, Verkehr) wird es nicht gehen. Gesteigerte Arbeitsleistung, vermehrte Heranziehung seither unproduktiver Hände, verbesserte Technik und vermehrte Verwendung von Maschinenkraft müssen zum Ausgleich der Verluste an Gut und Blut beitragen.

77. Alles das wird indessen nicht ausreichen, unsere wirtschaftliche Gesundung, Kraft und Unabhängigkeit wieder zu erlangen, wenn der Friedensschluß uns nicht den Wert unserer Faustpfänder einbringt in Gestalt von Neuland und Geld, Handelsverträgen und Rohstoffen.

B. Vorschläge zur Wiederherstellung und Mehrung der deutschen Wehrkraft!

1. Nach Friedensschluß wird sich als Gegenwirkung gegen die Lasten und Entbehrungen des Krieges die schon jetzt starke Friedensbewegung in Volk, Presse und Parlament mit größter Wucht geltend machen.

2. So begreiflich und natürlich die allgemeine Sehnsucht nach friedlichem Wiederaufbau des öffentlichen und einzelnen Lebens ist, so müssen Regierung und Volksvertretung sich selbst und das Volk doch schon jetzt mit der Überzeugung durchdringen, daß es einen sicheren, dauerhaften „Weltfrieden" infolge welt- und naturgeschichtlicher Notwendigkeiten nicht gibt; daß auch der beste Friedensvertrag nach diesem Weltkriege zahlreiche Keime für kommende Reibungen und Verwicklungen enthalten muß; daß internationale Friedensströmungen, Abrüstungen und Schiedsgerichte letzten Endes nur durch Waffengewalt durchgesetzt werden.

3. Deutschland hat seine Friedfertigkeit seit 1871 erwiesen; es braucht für Volk und Heer auch künftig dringend einen ungestörten Frieden.

Will es diesen so lange als möglich behalten und nicht alle Opfer umsonst gebracht haben, so muß es trotz aller Ruhebedürftigkeit, Verarmung und Friedensaufgaben vor allem seine Wehrkraft sofort wiederherstellen und vermehren.

4. Deutschland mußte bisher 5000 km Landgrenzen und 2500 km an Nord- und Ostsee schützen. Seine ungünstige politisch-geographische Lage zwang zu einem starken Heer und einer starken Flotte.

Digitized by Google

5. Die Rüstungsausgaben betrugen:

In den Jahren 1905 bis 1914	Heer Mill. M.	Flotte Mill. M.	Heer und Flotte	
			Mill. M.	M. pro Kopf
Deutschland	9 338,9	3 787,5	13 126,4	201,8
Österreich-Ungarn	4 664,6	968,7	5 633,3	110,8
Großbritannien	5 661,3	7 991,9	13 653,2	304,7
Frankreich	7 222,2	3 191,3	10 413,5	258,6
Rußland	10 280,8	2 973,2	13 254,0	87,3
Italien	3 085,9	1 747,1	4 833,0	140,2

Unsere Rüstungsausgaben blieben also verhältnismäßig erheblich hinter den französischen, geschweige den englischen zurück; dabei betrugen die Heeresstärke und Flottenstärke:

Im Jahre 1914	Heerespräsenzstärke	Kriegsschiffe (fertig und im Bau 1914) Deplacement in 1000 Tonnen	
		Insgesamt	Großkampfschiffe
Deutschland	800 000 Mann	1345,4	667,7
Österreich-Ungarn	424 300 "	405,6	183,5
Großbritannien (steh. Heer)	399 000 "	2798,5	1084,3
Frankreich	790 000 "	1077,4	518,6
Rußland	1 426 000 "	757,1	314,9
Italien	305 000 "	604,7	252,4

6. Hätte Deutschland für sein Heer weniger ausgegeben, so würde sich das im jetzigen Kriege bitter gerächt haben. Er hat gezeigt, daß hinsichtlich unserer Kopfstärke, Ausbildung und Ausrüstung vielfach falsche Sparsamkeit getrieben worden ist. Unter den erschwerten Kriegsverhältnissen mußten nun für vermehrtes Personal und Material Unsummen von Geld und Arbeitskräften aufgebracht werden, was durch Vorbereitung im Frieden billiger und besser zu haben gewesen wäre.

7. Die unerfreulichen, erbitterten Kämpfe, die Regierung und Parlament früher regelmäßig um den Heeresetat führten, sind inzwischen von allen Einsichtigen als die Ursachen vieler schwerer Opfer erkannt worden, die bei größerer Voraussicht und Gebefreudigkeit der Volksvertretung vermeidbar waren. Hieraus ergibt sich die Lehre:

Deutschland braucht nicht nur eine schnelle und vollkommene Wiederherstellung, sondern auch eine der Zukunft Rechnung tragende Ver-

Digitized by Google

mehrung und Verbesserung seiner bisherigen Wehrkraft; Volk und Volksvertretung sind hierauf vorzubereiten.

8. Daß wir hinsichtlich des Männeraufgebots, der Erzeugung der Heeresausrüstung und Munition, Schaffung von Reserven zu gewaltigen Mehrleistungen materiell imstande sind, haben der Krieg und das vorstehende Tatsachenmaterial bewiesen.

9. Die finanzielle Möglichkeit hängt von den Friedensverträgen und der weiteren Reichsfinanzwirtschaft und Politik ab.

10. Um hierüber soweit als möglich Klarheit zu gewinnen, sind schon jetzt sachverständige Beratungen und Berechnungen unerläßlich.

11. Dabei sind die oben dargelegten bevölkerungspolitischen Maßnahmen einzubeziehen, da die Wiederherstellung und Vermehrung der Volkskraft auch eine höhere wirtschaftliche und militärische Machtentfaltung gestattet. Die Kosten einer verbesserten Bevölkerungspolitik lassen sich annähernd durch Prüfung der einzelnen Vorschläge ermitteln; wozu im Einzelfalle unsere Finanzkraft vorläufig ganz außerstande sein sollte, muß bis auf weiteres eine Zurückstellung dieser Forderungen hinter die militärischen Notwendigkeiten erfolgen. Denn von deren Erfüllung kann über Nacht die ganze Zukunft Deutschlands abhängen.

12. Die Oberste Heeresleitung ist an diesen Fragen ihrerseits hauptsächlich mit folgenden Punkten beteiligt:

A. Militärpolitisch und handelspolitisch:

a) Künftige Grenzgestaltung und Grenzschutz.

b) Erwerbung von Neuland zur Vergrößerung des Heeresersatzes und Erschließung weiterer Rohstoffquellen für den Heeresbedarf.

c) Zeitweilige Besetzung eroberten Gebietes (Bindung von militärischen Kräften).

d) Etwaige Verhandlungen über internationale Vereinbarungen betr. „Kriegs- und Völkerrecht".

e) Bündnisse mit anderen Mächten; Heeresleistungen dabei; Nachrichtenwesen, Handelsverträge (wegen der besonderen Heeresbedürfnisse).

f) Wiederherstellung und Verbesserung der Verkehrs- und Transportmittel (Eisenbahnen, Schiffe, Straßen, Kanäle).

g) Militärische Demobilmachung in Verbindung mit der wirtschaftlichen.

h) Weitergestaltung der Heeresindustrie (Waffen, Munition und Gerät. Bekleidung, Nährmittel, Flugwesen, Technik, Sanitätswesen, Remontewesen) in Staats- und Privatbetrieben.

Digitized by Google

B. Bevölkerungspolitisch und militärorganisatorisch:

a) Vermehrung der Eheschließungen und Geburten.

b) Schwangerschafts-, Mutterschafts- und Säuglingsschutz (auch der unehelichen).

c) Fürsorge für das Spiel- und Schulalter.

d) Fürsorge für die schulentlassene Jugend (körperlich und erziehlich).

e) Allgemeine Volkshygiene; Förderung der Gesundheits- und Mäßigkeitsbestrebungen durch Arbeit und Leibesübung, Bekämpfung der „Kulturgifte", der Seuchen, der Geschlechtskrankheiten, Wohnungsfürsorge, innere Siedlung, Ausgleich zwischen Stadt und Land, Volksernährung, staatsbürgerliche Erziehung, Weckung und Erhaltung des militärisch-vaterländischen Geistes.

f) Verbesserung des Heeresersatzes durch Förderung der körperlichen Jugendausbildung (Turnen, Sport, Spiel, Wandern in Schule und Vereinen, Wettkämpfe, Spielplätze).

g) Durchführung des „Wehrschulgesetzes", dessen Entwurf zur Zeit im Kriegsministerium bearbeitet wird, betr. Wehrschulpflicht der männlichen Altersklassen von 17 bis 22 Jahren. Die „Wehrschule" wird eine Einrichtung des Reiches, die Durchführung Sache der Heeresverwaltungen. Sie bezweckt 1. Leibesübungen, die unmittelbar auf den Militärdienst vorbereiten, zugleich aber auch eine allgemeine Durchbildung und Kräftigung des Körpers herbeiführen (Wehrturnen); 2. Vorbildung in besonders militärisch einschlägigen Fächern.

h) Änderungen der Heer- und Wehrordnung auf Grund der Kriegserfahrungen. (Dauer der Wehrpflicht, Abstufung der körperlichen Anforderungen nach Feld-, Etappen- und Heimatsverwendung im Militär- bzw. Arbeitsdienst, bessere geistige und berufliche Auslese für Spezialwaffen und militärtechnische Betriebe.)

i) Vermehrung bzw. Vergrößerung der militärischen Bildungsanstalten zur Deckung des großen Verlustes an Offizieren, Sanitätsoffizieren und Unteroffizieren. Ausgedehntere Friedensausbildung der Heeresbeamten (Beamtenstellvertreter) für die Kriegsaufgaben.

k) Physiologische Erforschung und Verbesserung des militärischen Trainings und der neuzeitlichen Kampfmittel (Gase, Luftkampf) unter Mitwirkung des „Kaiser-Wilhelms-Instituts Dahlem", der „Kaiser-Wilhelms-Akademie Berlin" und des „Fürsten-Donnersmarck-Instituts" nebst militärischem „Stadion" in Frohnau-Berlin sowie der Militär-Turnanstalt und des „Reichsausschusses für Leibesübungen".

l) Verbesserte militärärztliche Heilfürsorge für Kriegsbeschädigte (Offiziere und Mannschaften) zwecks Erhaltung wertvoller Heereskräfte und

Digitized by Google

Verminderung des Invalidenfonds, Bau eines Muster-Militär-Kurhauses in Frohnau-Berlin mit Anlehnung an das militärärztliche, wissenschaftlich-praktische „Fürst-Donnersmarck-Institut".

m) Hygienischer Heimatschutz durch Heilbehandlung ansteckender Heeresangehöriger (besonders der Geschlechtskranken) vor der Dienstentlassung (Gesetzentwurf betr. zwangsweise Zurückhaltung noch infektiöser, venerischer Kriegsteilnehmer nach der Demobilmachung liegt vor).

Die unter A (a—h) aufgeführten militär- und finanzpolitischen Fragen fordern von Fall zu Fall eine Verständigung und Verhandlung zwischen den Organen der Obersten Heeres- und der Reichsleitung. Soweit sie Vorarbeiten bedingen, werden die militärischen Dienststellen schon jetzt damit befaßt. Eine entsprechende Anweisung an die heimischen Zivildienststellen ist, falls noch nicht ergangen, dringend geboten.

Die unter B (a—m) verzeichneten bevölkerungspolitischen und militärorganisatorischen Aufgaben der nächsten und weiteren Zukunft haben durch die Verhandlungen, Vorschläge und Gesetzentwürfe der obengenannten Preußischen Ministerialkommission und des 16. Reichstagsausschusses schon wertvolle Förderung erfahren. Zur schleunigen Erfassung der dringendsten Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten, sowie zur einheitlichen Zusammenfassung der behördlichen Maßnahmen ist die Bildung einer beratenden und vorschlagenden Kommission erforderlich, an der zu beteiligen sind:

von der Obersten Heeresleitung*):

Generalstab, Kriegsministerium, Reichsmarineamt, Generalstabsarzt der Armee;

von der Reichsleitung:

Reichskanzler, Reichsamt des Innern (Reichsgesundheitsamt), Reichsschatzamt, Reichsjustizamt.

Ferner empfiehlt sich die Hinzuziehung von Vertretern des Reichstages und nach Bedarf der an den Vorarbeiten beteiligt gewesenen Ministerien und sonstiger Sachverständiger, Mitwirkung der Presse, Volksaufklärung und Werbearbeit der in der Denkschrift genannten gemeinnützigen Verbände und Vereine.

2.

14. 12. 1917.

Sehr geehrter Herr Damaschke!

In den von Ihnen überreichten Schriften**) scheinen mir folgende Punkte besonders bedeutsam:

*) Richtiger militärischer Seite.

**) Herr Damaschke hatte uns im Gr. H. Qu. aufgesucht, einen Vortrag gehalten und seine Schriften zurückgelassen.

Digitized by Google

1. Die Erinnerung an die Zeit nach 1871 — heimkehrende Landwehrmänner fanden sich mit ihren Familien verderblichem Wohnungselend, zum Teil sogar völliger Obdachlosigkeit preisgegeben — eine Erfahrung, die naturgemäß eine Quelle schwerster Enttäuschung und verhängnisvoller Erbitterung werden mußte. Eine solche Erfahrung darf ein Volk nur einmal machen. Diese ernste Lehre müssen wir beachten, wenn wir vor dem Urteil der Geschichte bestehen wollen.

2. Der Hinweis auf die Not kinderreicher Familien, die es schon jetzt vielfach sehr schwer haben, Wohnungen zu erhalten, in denen ein gesundes und sittliches Familienleben möglich ist. Es ist nun zweifellos die entscheidende Frage für unsere ganze Zukunft, daß wir ein gesundes, wachsendes Volk und vor französischen Zuständen bewahrt bleiben. Kein Mittel aber scheint hier so sichere organisatorische Besserung zu verbürgen, wie die Ausbreitung von Heimstätten, die Raum und Luft und Licht für einen zahlreichen gesunden Volksnachwuchs bieten.

3. Die Heimstättenfrage ist nicht die Frage eines einzelnen Berufes oder Standes. Unsere Beamten, Arbeiter, Handwerker und Geschäftsleute, alle, die auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind, haben das gleiche Lebensinteresse daran, daß dieser Ertrag nicht durch künstliche Verteuerung des vaterländischen Bodens ihnen beeinträchtigt werde. Aber auch der Staat und die Unternehmer haben das gleiche Interesse, daß das, was sie zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter ausgeben, ihnen auch wirklich zugute komme. Viel Unzufriedenheit und viele wirtschaftliche Kämpfe, die unser Volk nach diesem Kriege noch schwerer denn je schädigen müßten, werden deshalb durch die Heimstättenbildung verhindert werden.

4. Das Wort des Herrn Oberbürgermeisters von Ulm, der aus erfolgreicher Praxis die Möglichkeit von Kriegerheimstätten bezeugt, wie Sie sie erstreben, d. h. von preiswerten Heimstätten, die dauernd vor jedem Mißbrauch geschützt bleiben und doch die persönliche Freiheit ihrer Bewohner nicht beeinträchtigen.

Und so wünsche ich denn der Arbeit des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten vollen Erfolg als würdigsten Dank für unsere Kameraden, die so viel geleistet und geopfert haben, zugleich aber auch als tiefste Kraftquelle für die Zukunft unseres geliebten deutschen Vaterlandes.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

Hauptausschuß für Kriegerheimstätten. Berlin NW., 14. 12. 1917*).
Lessingstraße 11.

Euer Exzellenz überreicht der ehrerbietigst Unterzeichnete eine kurze Darstellung der Frage der Kriegerheimstätten.

Die Zahl der dem Hauptausschuß für Kriegerheimstätten angeschlossenen Behörden und Organisationen beträgt zur Zeit 3507, die rund 6 Millionen deutsche Familien vertreten.

Der Reichstag hat am 24. 5. 1916 folgende Entschließung angenommen:

„Der Herr Reichskanzler wird ersucht, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer und deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten."

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt und damit die große Frage jedem Parteistreit entzogen.

Gelingt es nun, den Worten die Tat folgen zu lassen, so würde nicht nur unseren Kriegern die schwerste Sorge genommen, sondern auch entscheidend dem sozialen Frieden gedient und die nationale Zukunft unseres Volkes gesichert werden.

In wahrer Verehrung Euer Exzellenz ehrerbietigster

Adolf Damaschke,
Vorsitzender des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten".

3.

Aufruf!

Deutschland kämpft seinen schwersten Kampf; das Ringen drängt zum Ende. Tausende und Abertausende der Kämpfer in Heer und Flotte kehren zurück, die Glieder verstümmelt, die Gesundheit erschüttert. Ihre Kraft dem deutschen Wirtschaftsleben zurückzugewinnen, ihre Zukunft zu sichern, ist Dankespflicht der Heimat. Die Rentenversorgung liegt ausschließlich dem Reiche ob. Soziale Fürsorge muß sie ergänzen. Sie auszuüben, sind die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge zusammengefaßten Organisationen berufen. Das gewaltige soziale Werk auszubauen, ist das Ziel der Ludendorff-Spende! Darum gebt!

*) Schreiben und Rückäußerung auf eine einmalige Anfrage.

Digitized by Google

Macht aus sorgenvollen Opfern des Krieges freudige Mitarbeiter an Deutschlands Zukunft! Ehret die Männer, die für uns kämpften und litten! Nur wenn alle zusammenstehen, wird das hohe Ziel erreicht.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall. Dr. Graf v. Hertling, Reichskanzler. v. Stein, Kriegsminister, General der Artillerie. Dr. Kaempf, Präsident des Reichstags. Der Ehrenvorsitzende: Ludendorff, Erster Generalquartiermeister, General der Infanterie.

Das Ziel der Ludendorff-Spende.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten ist in erster Linie Aufgabe des Reichs und muß es bleiben. Das Reich kann und soll in Erfüllung seiner Pflicht keinesfalls durch eine allgemeine Sammlung entlastet werden. Aber auch durch weitherzige gesetzliche Regelung der Rentenfragen kann nicht in jedem Falle so geholfen werden, wie es unserem vaterländischen und sozialen Empfinden entspricht. Sie trägt notwendig etwas Schematisches an sich und ist in ihrer Starrheit außerstande, dem Bedürfnis und der Dringlichkeit jedes Einzelfalles gerecht zu werden. Es bleiben zahlreiche Fälle übrig, bei denen schnellstens geholfen werden muß, um bittre Not und Verzweiflung abzuwenden. Dies kann nur durch freiwillige Liebestätigkeit geschehen.

Hier setzt die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge ein. Sie will den Kriegsbeschädigten ins Wirtschaftsleben zurückführen, seine Kraft dem deutschen Volksganzen wiedergeben. Ihr umfangreiches Arbeitsgebiet umfaßt Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung, ergänzende Heilbehandlung, Ansiedlung, Wohnungs- und Familienfürsorge sowie Geldunterstützung bei besonderer Hilfsbedürftigkeit.

Auf dem großen Nachbargebiet, der Fürsorge für die Kriegerhinterbliebenen, sind schon seit Kriegsbeginn gewaltige Summen aus freiwilligen Spenden zusammengeflossen; dank dieser kraftvollen Unterstützung aller Volkskreise verfügt die Nationalstiftung schon über mehr als 100 Millionen Mark für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger.

Den Kriegsbeschädigten bringt das deutsche Volk sicherlich gleich warme Anteilnahme entgegen. Es weiß, was es den Getreuen schuldet, die mit ihrem Leibe die deutsche Scholle gegen den Überfall gedeckt, den Krieg weit hinaus in Feindesland getragen und die Heimat vor Verwüstung und Gewalttat geschützt haben. Heilige Pflicht ist es, denen, die für uns geblutet und gelitten haben, in umfassender Weise zu helfen und überall dort einzugreifen, wo staatliche Hilfe nicht ausreicht, niemals ausreichen kann. Dieses vaterländische Gebot zu erfüllen ist das Ziel der Ludendorff-Spende!

Als allgemeine Sammlung im ganzen Reich wendet sie sich an jeden

Digitized by Google

Deutschen. Sie wird zugleich der vielbeklagten Zersplitterung der Sammeltätigkeit auf ihrem Gebiete abhelfen.

Die Ludendorff-Spende wird verwaltet von den im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge vereinigten Organisationen der deutschen Bundesstaaten. Die Spenden fließen grundsätzlich den Landesteilen zu, aus denen sie stammen.

Gewaltige Summen sind erforderlich. Kein Deutscher darf fehlen; jeder steuere bei, soviel in seinen Kräften steht. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Wiedererstarkung und Erhaltung unserer Volkskraft nach den zahllosen Wunden, die der furchtbarste aller Kriege unserem Vaterlande geschlagen.

Berlin W 9, Bellevuestraße 8, im Februar 1918.

Der Hauptarbeitsausschuß: v. Dombois, Wirkl. Geh. Rat, Präs. der Preuß. Staatsbank. Dr. phil. et med. Dr. Ing. Duisberg, Professor, Geheimer Regierungsrat. Geib, Oberbürgermeister, Leiter der Reichsgeschäftsstelle des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Johann Giesberts, M. d. R. u. M. d. A. Dr. v. Goßler, Landrat a. D., M. d. R. u. M. d. A., Chef der Militärverwaltung Kurland. Gustav Hartmann. Henrich, Direktor der Siemens-Schuckertwerke. J. C. Jensen. Frhr. v. Langermann und Erlencamp, Generalleutnant und Departements-Direktor im Kgl. Preuß. Kriegsministerium. Karl Legien, M. d. R. Heinrich Lismann, Bankier, Delegierter des Militär-Inspekteurs der freiw. Krankenpflege. Franz v. Mendelssohn, M. d. H. v. Reichenau, Kaiserl. Gesandter z. D., Wirkl. Geh. Rat. Dr. Ing. Dr. phil. v. Rieppel, Geheimer Baurat, Reichsrat der Krone Bayern. Dr. Schmidt, Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten. Prinz Heinrich zu Schoenaich-Carolath, M. d. R. u. M. d. H. D. Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Präsident des Preuß. Abgeordnetenhauses. Dr. James Simon. Hugo Stinnes. D. Wermuth, Oberbürgermeister, Wirkl. Geh. Rat. v. Winterfeldt, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, M. d. R., Vorsitzender des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte.

I. Eine Reichssammlung an Stelle der bisherigen Zersplitterung.

Wenn in den nächsten Wochen und Monaten laut und eindringlich der Ruf der Ludendorff-Spende an unser Volk ergeht: „Opfert für die Kriegs-

Digitized by Google

beschädigten!" so gilt er keinem neuen Sammelzweck. Das begreifliche Mißbehagen, das in letzter Zeit bei jedem Aufruf für neuartige Wohlfahrtspläne durch die Öffentlichkeit ging, wird daher hier gewiß nicht Platz greifen.

Die Bitte, für Kriegsbeschädigte zu geben, ist schon häufig an das deutsche Volk ergangen. Das Mitleid, das die augenfälligen Verletzungen Kriegsbeschädigter hervorriefen, die Hilflosigkeit Schwerverstümmelter und Siecher, das Streben einzelner Berufsgruppen, sich der kriegsbeschädigten Berufsgenossen besonders anzunehmen, der Wunsch mancher Wohlfahrtsvereine, das neue Fürsorgefeld in ihren Arbeitsbereich einzubeziehen, ließ eine Unsumme kleiner und kleinster Fürsorgeeinrichtungen und der verschiedenartigsten Sammelunternehmungen entstehen.

Für Blinde, die wohl am meisten Teilnahme fanden, wurde reichlich, vielleicht überreichlich gespendet. Um die Heilbehandlung Hirnverletzter und anderer Schwerbeschädigter durch fachärztliche Beratung und Behandlung zu fördern, wurden besondere Sammlungen eingeleitet. Die Beschaffung guter Ersatzglieder und Arbeitsbehelfe wurde die Sorge weiterer Vereine und Einzelpersonen. Wieder andere Organisationen sammelten für Kurbedürftige, oder sie wählten die Wohnungsfürsorge und Ansiedlung Kriegsbeschädigter als ihre Aufgabe. Ein weitverbreiteter, jetzt glücklicherweise überwundener Fürsorgezweck — namentlich zu Beginn des Krieges — ging auf die Errichtung von „Heldenheimen", in denen die Kriegsbeschädigten kaserniert werden sollten. Sondersammlungen einzelner Berufsgruppen (z. B. von Kaufleuten, Akademikern, Künstlern, Sportsleuten) wollten für die berufsangehörigen Kriegsbeschädigten sorgen. Die Not der Familien bedürftiger Kriegsbeschädigter endlich rief spendenheischende Frauenorganisationen auf den Plan.

So manche Bestrebungen und Unternehmungen waren wohlgemeint, beruhten aber auf reinem Wohlfahrtsdilettantismus. Andere zeigten sogar bedenkliche selbstsüchtige Pläne. Vielen lag ein gesunder Gedanke zugrunde, der aber nicht recht fruchtbar werden konnte, solange die grenzenlose Zersplitterung bestand. Die Bundesratsverordnungen vom 22. Juli 1915 und vom 15. Februar 1917, welche die öffentlichen Sammlungen von der staatlichen Genehmigung abhängig machen, konnten, so günstig sie auch gewirkt haben, die Zersplitterung nicht völlig beseitigen, weil es auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge an einer einheitlichen, großen, über das ganze Reich sich erstreckenden Sammlung fehlte.

Ein erheblicher Unwille ergriff weite Kreise der Spender, die gerade von den zweifelhaftesten und überflüssigsten Gründungen am zudringlichsten behelligt wurden, und immer wieder wurde der lebhafte Ruf nach einer allgemeinen Sammlung für Kriegsbeschädigte laut, die der Zersplitterung ein Ende macht und durch Zusammenfassung aller Spenden die

Digitized by Google

Gewähr bietet, daß die Gaben an die Stelle des wirklichen Bedürnisses gelangen.

Hier soll und wird die Ludendorff-Spende helfen. Sie ist im Einvernehmen aller beteiligten Kreise als Reichssammlung für Kriegsbeschädigte entstanden, getragen von dem Vertrauen der Führer und Verbände unseres Wirtschaftslebens und gestützt von den Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisation aller Bundesstaaten unseres deutschen Vaterlandes.

II. Notwendigkeit der Sammlung.

Darüber ist sich alle Welt einig, daß die den Kriegsbeschädigten zur Zeit gewährten Renten zu gering sind, und daß ihre Erhöhung die erste und wichtigste Aufgabe des Reiches ist. Aber man gebe sich keiner Täuschung über die Grenzen dieser Rentenversorgung hin.

Wenn nach Friedensschluß die Zahlen endgültig feststehen, dann wird man erkennen, welche Summen erforderlich sind, um die Militärrente auch nur um ein verhältnismäßig bescheidenes Maß zu erhöhen. Jedenfalls wird die Rente häufig nicht imstande sein, den Kriegsbeschädigten den festen Rückhalt im Erwerbsleben zu geben, dessen sie für ihren erschwerten Daseinskampf bedürfen. Es kommt hinzu, daß jede gesetzliche Regelung notwendig etwas Schematisches an sich trägt und sich nicht dem Bedürfnis und der Dringlichkeit des Einzelfalles anzupassen vermag, wie es eben nur bei freien, an keine gesetzlichen Bestimmungen gebundenen Mitteln möglich ist. Auch die Bewilligung von Ergänzungsrenten aus dem Härteausgleichfonds der Heeresverwaltung kann nicht ausreichend Abhilfe schaffen; dies geht schon aus den hierfür maßgebenden, naturgemäß eng gezogenen Grundsätzen hervor. Endlich muß auch der kranken oder sonstwie beschädigten Kriegsteilnehmer gedacht werden, die den Zusammenhang zwischen dem Heeresdienst und der Beschädigung nicht nachzuweisen vermögen, mithin nach dem Gesetz ohne Rente entlassen werden müssen (Rentenlose).

Schon bald nach Ausbruch des Weltkrieges hat man diese Schwächen und Grenzen der Rentenversorgung erkannt und deshalb nach einer ergänzenden Fürsorge Umschau gehalten. So entstand der gesunde und praktische Gedanke, daß der unauslöschliche Dank, den wir den Kriegsbeschädigten schulden, sich nicht auf Heilbehandlung und Rentenversorgung beschränken darf, sondern eine weitere Fürsorge erfordert, die alle Beschädigten wieder nach Möglichkeit zu tätigen und erwerbstüchtigen Gliedern ihres früheren Berufes zu machen oder sie doch wenigstens wirtschaftlich so weit auf festen Boden zu stellen sucht, daß sie die ihnen verbliebenen Kräfte nutzbringend verwenden können. Ein hohes und für unsere Volkswirtschaft bedeutungsvolles Ziel!

Aber so einleuchtend dieser Gedanke ist, so schwer hält es, ihn überall

Digitized by Google

in die Tat umzusetzen. Nur auf breitester Grundlage kann die Aufgabe gelöst werden. Darum wird von allen berufenen Stellen, namentlich auch unseren wirtschaftlich führenden Kreisen, an der Erreichung des Zieles, die Erwerbstätigkeit und Erwerbsmöglichkeit des Beschädigten zu heben oder wiederherzustellen, mit Hingebung gearbeitet. Alle diese auf dem Gebiete der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge tätigen Kräfte sind zusammengefaßt in den Hauptfürsorgeorganisationen, die in Preußen im Anschluß an die Provinzialverbände, in den Bundesstaaten im Anschlusse an die Landeszentralbehörden unter Anwendung bewährter Grundsätze des Selbstverwaltungsrechtes gebildet wurden und durch enge Fühlung mit den Berufsverbänden und tatkräftige Mitwirkung leitender Männer unserer deutschen Volkswirtschaft in die Lage versetzt sind, frei von bureaukratischer Einseitigkeit jederzeit den wechselnden Bedürfnissen und Wünschen des praktischen Lebens Rechnung zu tragen. Sie haben ein lückenloses Netz örtlicher Fürsorgestellen über ganz Deutschland verbreitet, anderseits die Einheitlichkeit der Arbeit durch die Gründung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge als ihrer gemeinsamen Spitze sichergestellt.

Der Aufgabenkreis der Hauptfürsorgeorganisationen ist außerordentlich vielgestaltig; denn mannigfach sind die Wege zu dem Ziele, den Kriegsbeschädigten auf einen Arbeitsplatz zu stellen, in dem sich seine Beschädigung für ihn selbst, seine Umgebung und seinen Arbeitgeber am wenigsten fühlbar macht, in dem seine Leistungsfähigkeit der des gesunden Arbeiters am nächsten kommt. Da prüft zunächst die Berufsberatung, ob der Kriegsbeschädigte seinem früheren Beruf treu bleiben kann oder ob er sich einer neuen Arbeit zuwenden muß. Wo Berufswechsel notwendig ist, muß dem Kriegsbeschädigten eine theoretische und praktische Ausbildung geboten werden. Ist dann die Fähigkeit, der Berufsarbeit nachzugehen, wiederhergestellt, so wird die Fürsorgestelle, die in enger Fühlung mit allen Arbeitsnachweiseinrichtungen steht, den richtigen Arbeitsplatz ausfindig machen. Um den Kriegsbeschädigten möglichst lange in körperlicher Rüstigkeit zu erhalten, gilt es, ihm und seiner Familie gute Wohnungsverhältnisse zu schaffen. Geeigneten Kriegsbeschädigten kann die Ansiedlung zum eigenen Besitztum verhelfen. Droht der Kriegsbeschädigte rascher als ein Gesunder unter der Last der Berufsarbeit zusammenzubrechen, so sollen ihm Erholungskuren und ergänzende Heilbehandlung zu neuer Kräftigung verhelfen. Wo aber der Krieg die Arbeitsfähigkeit des einzelnen vernichtet, ihn vielleicht zeitlebens aufs Krankenbett geworfen hat, da will ihm die bürgerliche Fürsorge gute Pflege und Schmerzenlinderung verschaffen, seiner Frau die erhöhte Möglichkeit zum Erwerb bieten. Auch den Kindern des Kriegsbeschädigten soll die Ausbildung zuteil werden, die ihnen ihr Vater geboten hätte, wenn der Krieg nicht seine Erwerbsfähigkeit herabgedrückt hätte.

Digitized by Google

Zur Durchführung dieser großen sozialen Aufgaben sind gewaltige Mittel erforderlich. — Sie zu beschaffen, ist die unabweisbare Pflicht der Heimat. — Daß es möglich ist, hat das Vorbild der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen gezeigt, der es dank der tatkräftigen Unterstützung aller Teile der Bevölkerung gelungen ist, bereits mehr als 100 Millionen Mark für ihre Schutzbefohlenen aufzubringen. Für die Kriegsbeschädigten, denen unser Volk doch gewiß mit derselben Anteilnahme begegnet, sind gleich hohe Summen vonnöten.

III. Organisation der Sammlung.

An der Spitze der Sammlung steht als Ehrenvorsitzender General Ludendorff. Er hat dem Plane seit seiner Entstehung das wärmste Interesse entgegengebracht und den allmählichen Aufbau der Organisation tatkräftig gefördert. Mit ihm haben Hindenburg, der Reichskanzler, der Kriegsminister und der Reichstagspräsident den Aufruf unterzeichnet und dadurch die Bedeutung des Sammelunternehmens ins hellste Licht gesetzt.

Die Vorbereitung und Einführung der Sammlung liegt in den Händen des Hauptarbeitsausschusses, die Durchführung selbst bei den bundesstaatlichen und provinziellen Sammelausschüssen, die unter Anlehnung an die von den Hauptfürsorgeorganisationen geleiteten Fürsorgeausschüsse gebildet sind, und insonderheit bei den örtlichen Ausschüssen, die sich regelmäßig als eine Erweiterung der bereits überall bestehenden örtlichen Fürsorgeausschüsse darstellen.

In all diesen Stellen sind auch die wirtschaftlichen Interessenten, insbesondere die Berufsverbände, entsprechend vertreten. Ihnen ist dadurch der erwünschte Einfluß sowohl auf die Sammel- und Werbetätigkeit als auch auf die Verwendung der Gelder eingeräumt.

In einzelnen Bundesstaaten, so z. B. in Bayern, Sachsen, Baden und Mecklenburg-Schwerin, waren schon früher eigene Landessammlungen begründet. Sie werden unter dem Namen „Ludendorff-Spende" im Rahmen der allgemeinen Reichssammlung, aber unter Wahrung ihrer Selbständigkeit fortgesetzt.

Auch im übrigen steht über der Verwendung der Sammelerträgnisse der Grundsatz: Die Gaben kommen regelmäßig dem Gebiete zugute, aus dem sie stammen. Eine Ausnahme bilden einzelne große wirtschaftliche Unternehmungen, deren Spenden allgemeinen deutschen Zwecken dienen und daneben einen Ausgleich für die wirtschaftlich schwächeren Gebiete Deutschlands, die trotz besten Willens nur geringere Sammelerträgnisse erzielen können, schaffen sollen.

Diese Verteilung sucht den Erfahrungen und Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, die sich bei früheren großen Sammlungen ergeben haben. Die

Digitized by Google

Ludendorff-Spende soll in dauernder Fühlung mit den Spender- und Interessenkreisen den Geberwillen, die berechtigten Sonderwünsche der einzelnen Länder und Landesteile mit den allgemeinen deutschen Interessen und der gebotenen Rücksicht auf die leistungsschwächeren Gebiete vereinen.

Möge ihr dies gelingen zum Wohle unseres schwerbedrängten Vaterlandes und seiner getreuen Söhne, die ihm ihre Glieder, ihre Gesundheit geopfert!

4.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 19. 4. 1918.
II Nr. 84 001 op.

Vorsorge zur Behebung der Wohnungsnot bei der Demobilmachung.

An den Reichskanzler.

Es ist mir von Truppenführern mitgeteilt worden, daß Unteroffiziere und Mannschaften des Feldheeres sich vielfach Sorge, nicht nur um ihren späteren Beruf, sondern auch darüber machen, ob sie nach Rückkehr in den Zivilberuf ausreichende Wohnungsgelegenheit finden. Man wird solcher Sorge eine Berechtigung nicht absprechen können, denn es ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß sich durch das Zurückströmen der aus dem Heere Entlassenen bei der Demobilmachung die Wohnungsnot in den großen Städten, die schon im Frieden bestanden hat, noch erheblich steigern wird.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand:

1. Die Bautätigkeit konnte in den Kriegsjahren nur verschwindend gering sein, so daß der normale Zuwachs an Wohnungen ausfällt.

2. Durch das Umstellen der Friedensindustrie in die Kriegsindustrie haben sich die Bevölkerungsdichten dadurch verschoben, daß an vielen Orten Industrien stillgelegt oder im Betrieb eingeschränkt werden mußten, daß anderseits sich Industrien durch ihre Einfügung in die Kriegswirtschaft zu größerer Bedeutung entwickelten, was ein Abwandern von Arbeitern aus dem einen Industriebezirk in den anderen zur Folge hatte.

3. Durch die Kriegstrauungen sind zahlreiche neue Familien entstanden, für die zum großen Teil ein Wohnungsbedarf jedoch erst bei Friedensschluß eintreten wird. Es ist auch damit zu rechnen, daß unmittelbar nach Friedensschluß eine große Anzahl von Ehen geschlossen wird.

4. Es ist bei Friedenschluß, wenn wir nicht besondere Maßnahmen ergreifen, mit einem starken Zustrom der aus dem Heere entlassenen Arbeiter in die großen Städte, weniger auf das Land, zu rechnen.

Digitized by Google

Aus diesen Gründen wird sich in der ersten Friedenszeit hauptsächlich in den größeren Städten ein empfindlicher Wohnungsmangel zeigen, dem in kleineren Städten, und besonders auf dem Lande, vielleicht ein gewisser Überschuß an Wohnungen gegenüberstehen wird.

In diesen Verhältnissen, wie sie sich naturgemäß ergeben werden, liegt wohl zweifellos eine Gefahr, und ich bitte im Interesse der Zukunft der Angehörigen des Feldheeres Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf lenken zu dürfen.

Auch über die Mittel zur Abwehr mögen Euer Exzellenz mir einige Bemerkungen gestatten:

Der Bau kleiner Wohnungen unter Verwendung militärischer Baracken wird keinen großen Erfolg ergeben. Vielleicht wird es sich daher unter diesen Umständen nicht vermeiden lassen, für die erste Zeit nach dem Friedensschluß die Freizügigkeit auf gesetzlichem Wege in dem Sinne einzuschränken, daß nur diejenigen entlassenen Heeresangehörigen in die Städte ziehen dürfen, die den Nachweis erbringen, daß sie dort auch unterkommen können. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß in ähnlicher Weise, wie es für den Ausgleich der Arbeit durch Arbeitsnachweise geschieht, die Schaffung von Wohnungsnachweisen, die in engem Zusammenhang mit den Arbeitsnachweisen arbeiten, zum Ziele führen könnte. Dabei wird es wohl notwendig sein, daß diese Maßnahmen in Einklang gebracht werden mit den allgemeinen Plänen, die auf den Gebieten der Bevölkerungs- und Siedlungspolitik bestehen.

J. A.: gez. Ludendorff.

5.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 20. 5. 1918.
II Nr. 85 873 op.

Die O. H. L. ist gebeten worden, durch Umfrage bei den Truppenteilen ungefähr festzustellen, welche Anzahl von neugegründeten oder neuzugründenden Haushalten unmittelbar nach Kriegsende mit einfachen Massenmöbeln (etwa für eine Küche und ein Schlafwohnzimmer) zu versorgen sein werden.

Zweifellos sind derartige Erhebungen notwendig, um Vorsorge zur Deckung des Bedarfs treffen zu können; sie können aus militärischen Gründen jedoch nicht auf alle Formationen des Heeres ausgedehnt werden.

Ich bitte daher die Heeresgruppen durch Stichproben bei einzelnen Truppenteilen und Formationen in ihrem Bereich die nötigen Feststellungen zu machen und daraus den Bedarf der bei den Heeresgruppen befindlichen Truppenteile zu errechnen.

Digitized by Google

Es muß bei diesen Erhebungen alles vermieden werden, was bei der Truppe den Gedanken an einen etwa bald bevorstehenden Frieden erwecken könnte. Vielleicht eignen sich aus diesem Grunde zur Ausführung der Feststellungen am ehesten die Aufklärungsoffiziere der Armee-Oberkommandos.

J. A.: gez. Ludendorff.

6.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 29. 6. 1918.
II Nr. 90 431 op.

An den Reichskanzler Graf v. Hertling.

Euer Exzellenz darf ich meinen ergebensten Dank sagen für die Förderung und Unterstützung der in meinem Schreiben vom 9. 9. 1917 II Nr. 63 631 op berührten Fragen der Bevölkerungspolitik.

Unter ihnen hat sich die Frage der Wohnungsfürsorge im weiteren Verlaufe des Krieges als besonders wichtig und dringlich entwickelt; sie bildet nicht nur eine Zukunftssorge großer Gruppen der Kriegsteilnehmer, sondern sie ist auch von weittragender Bedeutung für die Nachwirkung des Krieges auf unsere gesamte Volks- und Wehrkraft.

Der große Mangel an Kleinwohnungen, besonders in Industriestädten, die Steigerung aller Löhne und Preise und namentlich der Bau- und Mietspreise, sowie das Fehlen der erforderlichen Baustoffe und Bauarbeiter sind bekannt. Diese Erscheinungen werden während des Krieges nur zum Teil zu beseitigen sein. Erst die Zeit der Demobilmachung wird zu weitgreifenden Maßnahmen:

Wohnungsbau, Kohlenbelieferung für Ziegel- und Kalkbrennereien, Beurlaubung von Facharbeitern, Gestellung von Gefangenen, Überlassung von Baracken und Barackenbaumaterial, besonders Hölzern; weiterhin beschleunigte Entlassung der Bauarbeiter, Abdämmung des Zustromes Arbeits- und Wohnungsloser zu den Großstädten, soweit gesetzlich durchführbar u. a. m., die Möglichkeit geben.

Inzwischen gilt es, in der Heimat die Vorarbeit zu leisten. Sie ist zum Teil eingeleitet.

Am 10. 5. 1918 hat der Reichstag die Regierung um Einbringung eines Gesetzentwurfes gebeten, wonach vom Reich — unter entsprechender Beitragsleistung der Bundesstaaten und Gemeinden — eine Beihilfe von 500 Millionen Mark für Bauzuschüsse von Kleinwohnungen gewährt werden sollen.

Dieser sehr dankenswerte Beschluß sieht indessen noch nicht die dabei unumgänglich nötigen Sicherungen gegen Einflüsse der Bodenspekulation vor. Es gilt, das Emporschnellen der Bodenpreise und den

Digitized by Google

freien Handel mit den Neubauten zu vermeiden. Geschieht das nicht, so würde der Nutzen in Schaden verkehrt werden. Auch die Preise aller anderen Mieten würden dann verteuert und die Vermögenslage der weniger Bemittelten und „Festbesoldeten" damit ganz allgemein unerträglich werden.

Hiergegen können nur eine schnelle gesetzliche Enteignung und Abgeltung des Bodens, sowie eine Bindung der durch die Reichshilfe gegründeten Heimstätten Abhilfe schaffen (Wiederkaufsrecht, Erbbaurecht).

Regierung und Reichstag hatten außerdem bereits vorher durch die Beschlüsse vom 24. 5. 1916 betr. Kriegerheimstätten und vom 3. 7. 1916 betr. Kapitalabfindungsgesetz, sowie neuerdings durch weitere einschlägige Arbeiten die dringenden Wohnungsnöte anerkannt und damit einen weiteren Weg der Abhilfe gewiesen. Auch dieser muß nunmehr weiter verfolgt und ausgebaut werden.

In der Sitzung des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten" vom 8. und 9. 6. d. J. wurden Entwürfe eines Reichsgesetzes über Heimstättenrecht und Kriegerheimstätten beraten. Diese Entwürfe werden von einer über das ganze Heer und Volk verbreiteten nationalen Bewegung befürwortet, an der hervorragende Vertreter aller Parteien, Bekenntnisse und Berufsstände beteiligt sind, namentlich auch Autoritäten und Sachverständige aus Stadt und Land, Behörden und Gemeinden.

Die Gesetzesvorschläge baldigst zur gesetzlichen Geltung zu bringen, ist auch für die Stimmung des Heeres eine unserer dringlichsten Aufgaben.

Ich glaube mich mit Euer Exzellenz darin einig zu wissen, daß die zuständigen Stellen zu schleunigster Bearbeitung dieser Fragen veranlaßt werden müssen, und bitte ich Euer Exzellenz um sehr gefällige Mitteilung des bereits Erreichten und für die Zukunft noch Erreichbaren, damit ich auch im Wege des vaterländischen Unterrichts die Kriegsteilnehmer über ihre berechtigten und begreiflichen Sorgen in dieser Richtung beruhigen kann. Dadurch würden anderseits auch übertriebene Erwartungen noch rechtzeitig in geordnete, ruhige Bahnen eingelenkt werden können.

J. A.: gez. Ludendorff.

7.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 17. 6. 1918.
Gen.-Qu. IIc Nr. 31 587.

Anliegende Verfügung betr. die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen bitte ich allen Stellen, welche irgendeinen Einfluß auf die Handhabung der Bodenpolitik im Osten haben, bekannt zu geben und im „Befehls- und Verordnungsblatt Oberost" zusammen mit der

Digitized by Google

anliegenden Verordnung des Generalquartiermeisters betr. Landabgabe und Siedlung in Kurland zu veröffentlichen.

Falls Verordnungen oder andere Maßnahmen betr. Grundeigentum, Bodenkredit und Genossenschaftswesen notwendig erscheinen, bitte ich vorher das Einvernehmen des Generalquartiermeisters einzuholen, der mich über die östliche Bodenfrage auf dem laufenden halten wird.

I. A.: gez. Ludendorff.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 17. 6. 1918.
Gen.-Qu. IIc Nr. 31 587.

Verfügung betr. die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen.

Die Bedürfnisse des Heeres und des Landes erfordern, daß die landwirtschaftliche Erzeugung in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen schnell entwickelt werde. An der östlichen Militärgrenze treffen Rückwanderer in großen Mengen ein. Um den Untergang der Obdachlosen zu verhüten und ihre Arbeitskraft nutzbar zu machen, sind außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich.

Damit erwachsen den Militärverwaltungen, die bereits erfolgreich an der Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Zustände gearbeitet haben, neue Aufgaben. Das brachliegende Land ist zu erschließen, Heimstätten sind zu schaffen. Den vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieben ist durch Entwicklung des Kredits erhöhte Leistungsfähigkeit zu geben. Gemeinnützige Organisationen, denen die erfahrensten Kräfte aus dem Deutschen Reiche zur Verfügung stehen, sind hierfür geschaffen worden und gehen jetzt an das Werk.

Wenn also die von Rußland jahrhundertelang vernachlässigten Randstaaten in den schützenden Kreis des deutschen Wirtschaftslebens treten, der deutsche Innenmarkt sich ihnen erschließt, deutsche Organisation ihnen Straßen, Eisenbahnen und Kanäle schafft und der deutsche Kredit ihnen den Übergang zu erhöhter Wirtschaftskraft ermöglicht, soll das ganze Volk, soll die Allgemeinheit den Nutzen davon haben. Nicht einer dünnen Schicht von Besitzern darf vorbehalten bleiben, die Vorteile der Neuordnung für sich vorwegzunehmen, indem sie den durch Deutschlands Siege erhöhten Wert des Bodens in spekulativen Verkäufen ausnutzen.

Die zu hohen Preisen verkauften und mit Hypotheken belasteten Güter wären keine geeignete Grundlage für ein gesundes Geschlecht. Den Siedlern wären teuer errichtete Höfe nur eine schwere Last; solange die landwirtschaftlichen Erzeugnisse hohe Preise haben, könnten sie bestehen. Jeder wirtschaftliche Rückschlag aber würde sie zertrümmern. Der Stolz auf den eigenen Boden, die Freude am eigenen Hause wären dahin. Un-

Digitized by Google

zufriedenheit und Staatsverdrossenheit und Groll gegen den Befreier wären die Folge.

Gewiß wird man ein allmähliches Steigen der Bodenpreise nicht verhindern können, aber es ist keineswegs gleichgültig, welchen Bevölkerungskreisen und welchen Bevölkerungsmengen die steigenden Bodenpreise zugute kommen. Volkswohlstand besteht nicht in einer kleinen Zahl von Großkapitalisten, sondern in einer möglichst großen Zahl leistungsfähiger, selbständiger, heimfester und heimfroher Staatsbürger, die dem Staate das liefern, was er in allererster Linie braucht: Menschen, gesund an Leib und Seele. Solch ein Geschlecht von Siedlern läßt sich nur begründen, wenn die Spekulation ferngehalten wird.

Also trägt die Militärverwaltung in den östlichen Randstaaten gerade jetzt, wo der Übergang zu friedlicher Siedlungsarbeit angebahnt werden soll, eine schwere Verantwortung. Mit unbeugsamer Energie ist alles zurückzuweisen, was unter den Einwohnern die Bodenspekulation weckt.

Durch zielbewußte Handhabung der vom Generalquartiermeister und vom Oberbefehlshaber Ost erlassenen Verordnungen sind die gemeinschädlichen Gefahren der Bodenpreissteigerungen zu bannen und einer gesunden Besiedlung des Landes die Wege frei zu halten.

gez. von Hindenburg.

8.

Der Erste Generalquartiermeister.
II Nr. 81 034 op.

Gr. H. Qu., den 15. 3. 1918.

Herrn Redakteur Karl Schneider, Kray-Essen.

Sehr geehrter Herr Schneider! Für die freundliche Zusendung Ihrer Schrift „Das Kriegsbeschädigtenproblem" sage ich Ihnen besten Dank. Ich habe davon mit Interesse Kenntnis genommen und kann Ihren Ansichten im allgemeinen nur beipflichten.

Leider haben Sie durchaus recht, daß die Erkenntnis, welche Dankesschuld die Daheimgebliebenen den Kriegsbeschädigten gegenüber haben, erheblich geschwunden ist und daß auf den Seelenzustand der Kriegsbeschädigten durchweg nicht die gebührende Rücksicht genommen wird.

Ganz besonders stimme ich aber darin Ihnen zu, daß es wichtig ist, parteipolitische Rücksichten aus der Frage der Kriegsbeschädigten-Fürsorge fernzuhalten.

Ich habe Ihre Schrift dem Herrn Kriegsminister zugeleitet und darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Zuwanderung der Kriegsbeschädigten in die rein parteipolitischen Organisationen zu verhindern.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

9.

Der Erste Generalquartiermeister.
II Nr. 85 363 op.

Gr. H. Qu., den 6. 5. 1918.

**Herrn Rudolf Oser, Hochwohlgeboren,
Mitglied des Hauses der Abgeordneten.**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mit großem Interesse habe ich von Ihrer wertvollen, klar und warm geschriebenen Arbeit: „Mehr Kinder, Mehr Erbe" Kenntnis genommen.

Die Frage der Bevölkerungspolitik sehe auch ich als entscheidend für die Zukunft unseres Volkes an und stimme daher im wesentlichen mit Ihren Anschauungen überein.

Seitens der O. H. L. war eine Denkschrift über Wiederherstellung und Hebung der deutschen Volks- und Wehrkraft ausgearbeitet. Sie ist dem Herrn Reichskanzler eingereicht und wird bearbeitet vom Reichsamt des Innern. Auf Wunsch kann Ihnen eine Abschrift der Denkschrift leihweise überlassen werden. — Bei der O. H. L. bearbeitet die einschlägigen Fragen Oberstabsarzt Dr. Hochheimer beim Feldsanitätschef. Ich möchte empfehlen, daß Sie Einsicht in dieses Material nehmen und persönliche Fühlung mit dem genannten Herrn gewinnen.

Was Ihre Bitte betrifft, die O. H. L. möchte Ihre Schrift in der Front empfehlen, so bin ich dazu gern bereit. Aber es ist zweifellos, daß der Front nicht mit langen Ausführungen, noch dazu bei einem vorläufig fremdartigen Stoff gedient ist. Der Frontsoldat liest sie nicht. Es liegt im Interesse Ihrer wertvollen Gedankengänge, daß Sie zunächst einen kurzen Auszug aus der Schrift herstellen, der in dem von Ihnen angeregten Sinne verwendet werden könnte und das Interesse für Ihre ausführlichen Schriften wecken würde.

J. A.: gez. Ludendorff.

10.

II Nr. 87 562 op.
Zu dort. Nr. 434/4. 18 C 3 F. s. nachstehend.

Telegramm vom 4. 6. 1918.

An den Kriegsminister.

Euer Exzellenz danke ich für das Schreiben betr. Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Kriegsteilnehmer. Ich halte indes die von Euer Exzellenz angeregte Lösung als das Mindestmaß dessen, was wir für die Kriegsteilnehmer leisten müssen, und behalte mir daher vor, bei gegebener Zeit darauf zurückzukommen.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

Kriegsministerium. Berlin W. 66, den 25. 5. 1918.
Nr. 434/4. 18 C 3 F.
Zu II Nr. 69 663 op.

Euer Exzellenz hatte ich mit Schreiben vom 19. 1. 1918 Abschrift einer die persönliche Kriegsentschädigung für Kriegsteilnehmer betreffende Mitteilung an die Herren Staatssekretäre des Reichsmarineamts und Reichskolonialamts zugehen lassen. Die genannten Herren Staatssekretäre haben erwidert, daß sie meiner Auffassung in allen Teilen beitreten. Das Ergebnis dieses Schriftwechsels darf ich noch einmal dahin zusammenfassen, daß die Gewährung eines namhaften Betrages an sämtliche Frontsoldaten nicht in Aussicht genommen werden kann, da sie einen den aufzuwendenden Summen entsprechenden Nutzen für die Volkswirtschaft nicht erwarten läßt und deshalb bei der gegenwärtigen Finanzlage selbst dann nicht durchzusetzen wäre, wenn diese durch den Friedensschluß eine wesentliche Kräftigung erfahren sollte. Ich halte aber den Zeitpunkt für gekommen, darauf zu dringen, daß in Anlehnung an die durch das Gesetz vom 22. 6. 1871 getroffenen Bestimmungen Mittel bereitgestellt werden, aus denen Offizieren, Beamten und Mannschaften, die durch ihre Einziehung zur Fahne in ihren Erwerbsverhältnissen besonders schwer geschädigt sind, die Wiederaufnahme ihres bürgerlichen Berufes nach Möglichkeit erleichtert werden kann. Ich bin deshalb mit dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes in Verbindung getreten und darf mir weitere Mitteilungen hierzu vorbehalten.

Der Kriegsminister.
gez. v. Stein.

11.

Der Reichskanzler. Gr. H. Qu., den 20. 8. 1918.
Rk. Nr. 2871.
Auf das Schreiben vom 29. Juni 1918.
II Nr. 90 431 op.

Mit Euer Exzellenz bin ich darüber einig, daß den Fragen der Wohnungsfürsorge nach dem Kriege und der Hebung der Volks- und Wehrkraft eine erhöhte Bedeutung beizumessen ist. Dementsprechend ist von den zuständigen Stellen, denen die Bearbeitung dieser Fragen obliegt, schon eine Anzahl wichtiger Maßnahmen in die Wege geleitet.

Mit Rücksicht darauf, daß die in fast allen Städten und Industrieorten nach dem Kriege zu befürchtende Wohnungsnot infolge der für die Übergangszeit zu erwartenden hohen Baukosten auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage nicht wird beseitigt werden können, ist zur Abbürdung der Mehrbaukosten, die durch die zeitige Überteuerung entstehen, die Gewährung von finanziellen Beihilfen aus öffentlichen Mitteln — und zwar

Digitized by Google

unter Beteiligung von Reich, Bundesstaaten und Gemeinden — die erste Vorbedingung für eine Neubelebung der Bautätigkeit und für einen Anreiz zur Ansiedlung auf eigener Scholle. Die zur Bereitstellung solcher Beihilfen erforderlichen Verhandlungen mit den Bundesregierungen sind vom Reichswirtschaftsamt eingeleitet, und es ist anzunehmen, daß schon im nächsten Reichshaushalt entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Bei der Durchführung der Wohnungsfürsorge und Ansiedlung wird auf Bevorzugung der Kriegsteilnehmer und auf Sicherung gegen unerwünschte Einflüsse der Bodenspekulation Bedacht genommen werden.

Ungeachtet der Abbürdung der verlorenen Mehrbaukosten auf Reich, Staat und Gemeinden wird aber jede Bautätigkeit in der ersten Zeit nach dem Kriege durch einen empfindlichen Mangel an Baustoffen erschwert sein. Die Beschaffung von Baustoffen ist also die zweite Vorbedingung für eine Neubelebung der Bautätigkeit und der Ansiedlung.

Zunächst ist mit einer kaum zu beseitigenden Ziegelnot zu rechnen. Von den rund 18 000 Ziegeleien, die vor dem Kriege in Deutschland arbeiteten, mußten zeitweise 17 600 wegen Kohlenmangels stillgelegt werden. Gegenwärtig beträgt die Zahl der im Betrieb befindlichen Ziegeleien etwa 1200. Eine Vermehrung dieser Zahl ist mit Rücksicht auf den Kohlenmangel nicht möglich. Der Kohlenkommissar hat nach wiederholten Verhandlungen die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er monatlich nicht mehr als höchstens 100 000 t Kohle an die Ziegeleien abgeben könne. Hiermit verbietet sich ohne weiteres die Inbetriebsetzung einer größeren Anzahl von Ziegeleien. Durch die Produktion der jetzt im Betriebe befindlichen Werke läßt sich aber das Bedürfnis an Ziegeln nur zu einem sehr geringen Bruchteil befriedigen. Auch andere Baustoffe werden fehlen, der Mangel wird bei ihnen aber weniger empfindlich hervortreten. Deswegen ist alles daran zu setzen, daß durch Beurlaubung von Zechenarbeitern und Bergleuten und durch Gestellung von Gefangenen eine reichlichere Kohleförderung und damit eine ausgiebige Belieferung der Ziegeleien und Kalkbrennereien mit Kohle ermöglicht wird. Demnächst wäre dann die Wiederinbetriebsetzung eines großen Teiles dieser Industrien durch Zurückstellung von Facharbeitern aus dem Heeresdienst und Zuweisung von Gefangenen in die Wege zu leiten. Von ausschlaggebender Bedeutung dafür, daß mit den Hilfsmaßnahmen überhaupt begonnen werden kann, wird hier gerade die Stellungnahme der Heeresverwaltung sein, die bei einer durch die Kriegsnotwendigkeiten nicht unbedingt erzwungenen, ablehnenden oder auch nur abwartenden Haltung für den drohenden Wohnungsmangel mitverantwortlich sein würde.

Gesetzgeberische Maßnahmen kommen erst in dritter Linie in Frage, da sie bei der allgemeinen Lage des Baumarktes und des Baugewerbes

Digitized by Google

nur fruchtbringend sein können, wenn eine Wiederbelebung der Bautätigkeit durch Bauzuschüsse und Bereitstellung von Baustoffen überhaupt praktisch ausführbar ist. Dessen ungeachtet besteht selbstverständlich bei der Reichsleitung das ernsthafte Bestreben, auch durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen die Wege für eine großzügige Wohnungs- und Bevölkerungspolitik rechtzeitig zu ebnen. Dabei ist jedoch im Auge zu behalten, daß die durch die eifrige Werbetätigkeit der Bodenreformer geweckten Vorstellungen teilweise weit über die Grenze des Möglichen hinausgehen.

Ich weise zunächst darauf hin, daß bereits das sogenannte Kapitalabfindungsgesetz die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten durch einmalige Kapitalabfindung an Stelle der jährlich wiederkehrenden Renten erleichtert, und daß auch die Mittel des Wohnungsfürsorgefonds des Reichswirtschaftsamts nunmehr der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten dienstbar gemacht werden können.

Zu dem tatsächlich Erreichbaren gehört ferner die weitere Ausgestaltung des durch das Bürgerliche Gesetzbuch nur nebensächlich behandelten Erbbaurechts. In dieser Beziehung liegt bereits ein im Reichswirtschaftsamt ausgearbeiteter — im Reichsanzeiger vom 3. 5. 1918 veröffentlichter — Entwurf eines Reichsgesetzes über das Erbbaurecht vor, der im allgemeinen die Billigung der Sachverständigen gefunden hat und demnächst den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden soll. Damit wird die Möglichkeit einer ausgedehnten Ansiedlung auf staatlichem und kommunalem Boden geschaffen, ohne daß der Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet zu werden braucht.

Die von den Bodenreformern veröffentlichten und neuerdings auch im Wohnungsausschuß des Reichstags eingebrachten Vorschläge für ein Reichsheimstättengesetz und für ein Kriegerheimstättengesetz werden von der Reichsleitung schon seit längerer Zeit geprüft. Über die sogenannten Kriegerheimstätten sind durch die Werbetätigkeit der Bodenreformer falsche Vorstellungen in die Reihen der Krieger hineingetragen. Wenn die Krieger die Vorschläge der Bodenreformer mit Begeisterung aufnehmen, so tun sie das in dem Bestreben, ein kleines Besitztum zu erwerben; sie tun es aber nicht in dem Wunsche, ein so stark gebundenes Eigentum zu erhalten, wie es die Bodenreformer durchzusetzen versuchen. Der Inhalt des sogenannten Kriegerheimstättengesetzes wird von den breiten Volksmassen gar nicht verstanden. Belastet man die Kriegerheimstätten mit so weitgehenden Bindungen, wie es die Bodenreformer wollen, so müßte man diese Heimstätten noch über die schon ohnehin erforderlichen Bauzuschüsse hinaus mit besonderen finanziellen Vorteilen auf Reichskosten ausstatten, um sie überhaupt gegenüber dem freien Eigentum erstrebenswert zu gestalten. Zu einer solchen weitergehenden Finanzierung der Kriegerheimstätten fehlt aber die finanzielle Möglichkeit. Die von den Bodenreformern

Digitized by Google

vorgeschlagene Inanspruchnahme der Darlehnskassen zur Finanzierung der Kriegerheimstätten ist nach einem Gutachten des Reichsbankdirektoriums schon aus banktechnischen Gründen nicht durchführbar. Ich glaube deshalb, daß man davon absehen muß, die Krieger, die sich auf eigener Scholle ansiedeln wollen, zu einem besonderen Rechte zu zwingen, weil hierdurch die Lust zur Ansiedlung gemindert wird. Wer freiwillig eine derartige Bindung übernehmen will, mag das tun. Es kann sich deshalb höchstens darum handeln, für Heimstätten durch Gesetz eine besondere Rechtsform und nähere Regelung zu schaffen, die etwa von den gleichen Grundgedanken auszugehen haben würde, wie das jetzt für Braunschweig erlassene Heimstättengesetz. Erwägungen, ob sich die Einbringung eines solchen Gesetzes empfiehlt, sind im Gange, haben aber noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung geführt. Es kommt dabei insbesondere auch in Betracht, ob, wie bisher, die Innensiedlung und das Wohnungswesen der Landesgesetzgebung überlassen bleiben soll oder ob ein Reichsheimstättengesetz in Aussicht zu nehmen sein wird.

Jedenfalls ist aber dringend darauf Bedacht zu nehmen, daß die zu hoch gespannten Erwartungen der Kriegsteilnehmer in geordnete, ruhige Bahnen gelenkt werden und daß der uferlosen Werbetätigkeit der Bodenreformbewegung, die sich ganz besonders und nicht ohne Erfolg bemüht, Beziehungen zu hochgestellten Persönlichkeiten anzuknüpfen und deren Namen in der Öffentlichkeit für ihre Sache zu verwerten, endlich Einhalt geboten wird.

Das Enteignungsrecht schließlich ist Sache der Landesregierungen. Gleichwohl wird die Reichsleitung auch hier in eine Prüfung der Frage eintreten, ob eine Vereinheitlichung des Enteignungsrechts im Interesse einer gesunden Wohnungspolitik zu empfehlen ist.

Schließlich bemerke ich noch ergebenst, daß ich neuestens zur einheitlichen Behandlung wirtschaftlicher Aufgaben des Reiches auf dem Gebiete des Wohnungswesens während der Zeit der Übergangswirtschaft im Reichswirtschaftsamt die Stelle eines Reichskommissars für Wohnwesen eingerichtet und dieses Amt dem auch zum Königlich Preußischen Staatskommissar für das Wohnwesen bestellten Unterstaatssekretär Freiherrn von Coels übertragen habe.

gez. Hertling.

12.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 6. 9. 1918.
II Nr. 90 431 op. II. Ang.
Zum Schreiben vom 20. 8. 18 Rk. Nr. 2871.

Euer Exzellenz danke ich ergebenst für das Schreiben betr. Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, deren Milderung sehr zur Befestigung der Stimmung im Feldheere beitragen würde.

Digitized by Google

Ich begrüße es daher mit besonderer Freude, daß die öffentlichen Mittel, die zur Abbürdung der jetzigen Mehrbaukosten dienen sollen, den Kriegsteilnehmern vornehmlich zugedacht sind.

Mit Euer Exzellenz beklage ich das Daniederliegen der Bautätigkeit während des Krieges und die Hindernisse, die sich der Beschaffung der nötigen Baustoffe, — besonders Ziegel und Kalk — noch immer entgegenstellen.

In erster Linie gebricht es an Kohlen für die Ziegeleien. Ich bleibe dauernd darauf bedacht, die Forderungen an den Kohlenkommissar auf das für die Kriegszwecke zulässige Mindestmaß zu beschränken.

Die Beurlaubung von Zechenarbeitern und Bergleuten läßt sich vorderhand nicht ermöglichen; auch die Gestellung von Gefangenen stößt auf Schwierigkeiten. Vielleicht aber lassen sich noch ausländische Arbeiter für diese Zwecke anwerben.

Von größter Bedeutung sind die von Euer Exzellenz berührten gesetzgeberischen Maßnahmen.

Gerade weil die Bautätigkeit selbst noch auf lange Zeit hinaus danieder liegt, die Wohnungsnot sich also noch erheblich steigern wird, ist es nötig, den in dieser Hinsicht Notleidenden wenigstens die feste Aussicht zu eröffnen, daß ihre berechtigten Wünsche bestimmt erfüllt werden, sobald genügend Baustoffe und Bauarbeiter wieder zur Verfügung stehen werden. Inzwischen müssen die gesetzgeberischen Akte wegen der Bauzuschüsse und des Baugeländes vollzogen werden. Dann werden die von der Wohnungsnot am meisten betroffenen breiten Schichten geduldiger die bedrückende Einengung der Wartezeit ertragen und sich weniger leicht zu Unruhen und Ausschreitungen hinreißen lassen.

Unsere bisherige Gesetzgebung leidet an dem Mangel an Sicherungen gegen die zunehmende Verteuerung des Grund und Bodens, der Mieten und dadurch der ganzen Lebenshaltung.

Bisher sind alle früheren Gehalts- usw. Verbesserungen größtenteils durch ein sofort einsetzendes Emporschnellen der Boden- und Mietspreise verschlungen worden. Es besteht die Gefahr, daß auch die geplanten öffentlichen Zuschüsse zu dem Bau von Kleinwohnungen binnen kurzer Zeit in die Hände der Grundstücksspekulation übergehen.

Diese Befürchtung wird von allen geschäftlich nicht hierin verstrickten Seiten geteilt und ist je länger je mehr Gemeingut gerade auch der an Wohnungsnot leidenden Kriegsteilnehmer geworden. Sie stellt eine der schwersten vaterländischen Sorgen der Männer dar, denen die Erhaltung unserer Volks- und Wehrkraft am Herzen liegt.

Gegen diese Gefahr gibt es nur ein auf die Dauer sicher wirkendes Mittel: die gesetzliche Bindung des öffentlich als Bauland ausgegebenen

Digitized by Google

Bodens und der mit öffentlichen Zuschüssen erbauten Häuser gegen die freie Spekulation. Kurzfristige Sicherungen, wie sie im Kapitalabfindungsgesetz vorgesehen sind, genügen für diesen Zweck nicht; sie verführen den Erwerber dazu, sich erst gar nicht eindringlich um Ausbau und Ausnutzung seines Anwesens zu kümmern, da schon in kurzer Zeit der verführerische Gewinn einer automatischen Wertsteigerung zum Weiterverkauf verlockt.

Die gesetzliche Bindung gegen freien Wiederverkauf ist kein minderes*) Recht, sondern gewährleistet nach dem Urteil unbestreitbarer juristischer und volkswirtschaftlicher Sachverständiger (v. Gierke, Zorn, A. Wagner, E. Meyer u. a. m.) eine gerechte, vernünftige und für die Allgemeinheit lohnendste Verwertung des Grund und Bodens.

Darum haben auch die bodenreformerischen Bestrebungen, zumal sie die Begründung der Kriegerheimstätten besonders betreiben und begünstigen, nicht nur in der Heimat, sondern auch bei den Feldzugsteilnehmern tiefe Wirkungen ausgelöst, denen Reichs- und Heeresleitung Beachtung und Berücksichtigung nicht länger vorenthalten kann.

Bereits ist in Braunschweig ein Heimstättengesetz erlassen, das durchaus mit diesen Bestrebungen im Einklang steht; Bayern und andere Bundesstaaten sind im Begriff, denselben Weg zu gehen. Das Reich wird hiernach nicht zurückbleiben können.

Die Lust der Krieger zur Ansiedlung wird dadurch nicht gemindert werden, daß der Heimstättenausgeber ein besonderes Recht für die unter besonders günstigen Bedingungen gegebene Heimstätte schafft, sofern dabei nur ein ruhiges Wohnen und ersprießliches Schaffen in diesem Heim gewährleistet bleibt.

An das gesunde und begreifliche Verlangen unserer Krieger nach einer eigenen Scholle knüpft jetzt bereits der englische Luft-Propagandadienst an, wenn er Tausende von aufrührerischen Flugblättern auf die Fronttruppen herunterwerfen läßt, in denen der deutsche Staat hingestellt wird, der seinen Söhnen nicht einmal einen „Blumentopf voll Erde" zu eigen gönne.

Nach den Äußerungen der heimischen Presse ist eine überwiegende Mehrheit des Reichstages dem entworfenen Heimstätten- und Kriegerheimstättengesetz durchaus freundlich gesinnt.

Nur die unabhängigen Sozialdemokraten haben sich am 10. 5. 1918 durch den Mund des Reichstagsabgeordneten Wurm aus begreiflichen

*) Es war sehr bezeichnend, daß die an der Bodenspekulation beteiligten Stellen die ihnen sehr unbequeme Beschränkung des Verkaufsrechts auf alle Art zu hintertreiben suchten. Wie sehr sie damit Erfolg hatten, beweist, daß auch der Reichskanzler diesen Standpunkt des „minderen Rechtes" einnahm. Tatsächlich ist eine Bodenreform ohne Sicherung der Siedler gegen den Spekulanten kaum möglich und würde ins Gegenteil umschlagen. Der Verfasser.

Digitized by Google

Gründen gegen die Seßhaftmachung des Arbeiters und Kriegers im eigenen Heim auf eigener Scholle ausgesprochen.

Ich hoffe, daß es Euer Exzellenz gelingen wird, in der nächsten Reichstagssession die Kriegerheimstättengesetzgebung zum gesetzlichen Abschluß zu bringen.

Wenn diese Frage unserer Volks- und Wehrkraft in aussichtsvoller Weise gelöst wird, so läßt sich dadurch eine nachhaltige beruhigende und befestigende Wirkung auf die Stimmung der Kriegsteilnehmer im Felde und ihrer Angehörigen in der Heimat erzielen.

Später werde ich sodann bei der Bekanntmachung der Regierungsmaßnahmen und Reichstagsentschließungen im Heere dafür sorgen, daß dabei vor übertriebenen Erwartungen hinsichtlich des Termins der Fertigstellung der Heimstätten gewarnt wird.

J. A.: gez. Ludendorff.

13.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 97 645 op.

Gr. H. Qu., den 5. 9. 1918.

An die Verwaltung der Ludendorff-Spende z. H. des Herrn Direktors Henrich.

Euer Hochwohlgeboren teile ich unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 14. 8. 1918 II Nr. 95 067 op. noch folgendes ergebenst mit:

Die Fürsorge für die ärztliche Nachbehandlung der Kriegsbeschädigten wird nach diesem Kriege große Mittel und zahlreiche Kräfte beanspruchen.

Der Staat wird diese Aufgabe nach Maßgabe seiner starken Verschuldung nur zum Teil lösen können, selbst denen gegenüber, die gesetzmäßigen Anspruch auf staatliche, kostenlose Nachkuren geltend machen können. — Neben diesen Männern verbleibt noch eine gewaltige Zahl von Feldzugsteilnehmern, die kurbedürftig und unbemittelt sind, aber keinen gesetzlich begründeten und dienstlich anerkannten Rechtstitel auf freie Bade- usw. Kur haben.

Für jene wie für diese reichen die bisher vorhandenen und noch zu erwartenden Kurvorkehrungen entfernt nicht aus, es gilt, neue, große, leistungsfähige zu schaffen.

Es ist geplant, eine neuzeitliche, umfangreiche, mit allen bewährten Kurmitteln ausgestattete Heilanstalt im Waldgelände von Groß-Berlin zu erbauen. Ein schönes, gesundes und geräumiges Gelände bei Frohnau ist hierfür vom verstorbenen Fürsten Donnersmarck Seiner Majestät dem Kaiser geschenkt. Die Pläne für die Kuranstalt sind fertig. 100 Offiziere, 200 Unteroffiziere und Mannschaften sollen dort Unterkunft, Behandlung und Verpflegung für mehrwöchige und mehrmonatige Kuren finden; außerdem bietet die Anstalt Platz für weitere 200 ambulante Besucher,

Digitized by Google

die mittels besonderer Schnellzüge vom Stettiner Bahnhof in kurzer Frist Frohnau erreichen können.

Die jährlichen Leistungen werden betragen: Bei durchschnittlicher sechswöchiger Kur könen etwa 3000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften als Interne, weitere 2000 als Externe im Jahr behandelt werden.

Die Kuranstalt soll mit besten Arzt- und Pflegekräften aus der Armee ausgestattet und betrieben werden. An Kurmitteln sind vorgesehen:

1. Bäder (warme, kalte, heiße, irisch-römische, russische, elektrische, Fango-, Moor-, Sand-, Sauerstoff-, Kohlensäure-).
2. Elektrotheraphie, Diathermie, Röntgen- und Radiumbehandlung, Lichtbestrahlung.
3. Massage und Medikomechanik, Übungstherapie.
4. Chirurgische und orthopädische Behandlung.
5. Klimatisch-diätetische Kuren.

Die Pläne sind fertiggestellt und haben die Zustimmung der Sachverständigen und der Akademie des Bauwesens gefunden.

Die Kosten betragen rund 5 Millionen Mark. Sie zum Reichshaushaltsetat zu bringen, trägt das Reichsschatzamt indessen ernste Bedenken angesichts der finanziellen Lage des Reichs, obschon es die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Kuranstalt grundsätzlich anerkennt.

Da die Not der Kriegsbeschädigten keinen Aufschub dieses Bauvorhabens gestattet, müssen die Mittel zum Bau anderweitig und zwar ganz oder zum größeren Teile bereitgestellt werden. Im Grunde ist es ja auch gleichgültig, aus welcher Quelle Deutschland die Gelder dafür nimmt, wo es sich schließlich doch nur um einen Kreislauf vaterländischen Kapitals und um Erhaltung und Befestigung wertvoller Menschenkräfte handelt.

Die Ludendorff-Spende soll helfend eingreifen, wo die staatlichen Mittel nicht ausreichen.

Hier ist eine dringende und lohnende Aufgabe für ihre Mithilfe.

Ich erlaube mir die Bitte, daß für das geplante Kurhaus die Baukosten dem Staat zur Verfügung gestellt werden, der für den Betrieb und die Unterhaltung dann weiter allein zu sorgen haben würde. So ist beiden Teilen gedient. Die Gelegenheit ist besonders günstig, weil die Beschaffung des Grund und Bodens nichts kostet, die fertigen Pläne und Vorarbeiten die schnelle Erbauung einer Anstalt verbürgen. Für die zahlreichen Kriegsbeschädigten Groß-Berlins, wie für besonders schwierige Krankheitsfälle aus dem ganzen Reiche wird somit einem dringenden Bedürfnis abgeholfen.

Es bleibt zu erwägen, ob die Ludendorff-Spende sich im Hinblick auf ihre große freiwillige Unterstützung des Bauvorhabens einen gewissen Einfluß auf die Belegung der Anstalt mit ihren Schützlingen vorbehalten will. Darüber könnten Verhandlungen mit dem Kriegsministerium,

Digitized by Google

Sanitäts-Departement, das den Bau des Kurhauses bearbeitet, eingeleitet werden.

Dem Vernehmen nach finden demnächst Beratungen über die Verwendung der Stiftungsgelder statt. Ich bitte, hierbei den Vorschlag mit besonderem Wohlwollen zu behandeln.

In den Anlagen folgen noch einige nähere Angaben über den Stand der Angelegenheit. Nötigenfalls bitte ich, weiteres Material bei mir oder bei dem von mir beauftragten Oberstabsarzt im Großen Hauptquartier Dr. Hochheimer anfordern zu wollen. Auf Wunsch steht dieser auch zu mündlicher Berichterstattung zur Verfügung.

Für eine gefällige Mitteilung der Entschließungen würde ich zu Dank verbunden sein.

J. A.: gez. Ludendorff.

14.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 3. 1. 1917.
II Nr. 43 617.

An den Königlichen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, Herrn v. Trott zu Solz, Exzellenz.

Euer Exzellenz gestatte ich mir nachfolgend einen Vorschlag vorzulegen, für dessen wohlwollende Prüfung ich besonders dankbar wäre.

Je länger der Krieg dauert, um so schwieriger wird die Lage für die im Kriegsdienst stehenden Studenten und höheren Schüler. Während sie — und es sind nicht die schlechtesten — Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen, laufen ihnen die daheimgebliebenen den Rang ab und nehmen ihnen in der Zukunft nur zu leicht die Stellen weg. Das entspricht nicht den Leistungen jener Studenten usw., die ein unentbehrlicher Bestandteil unseres Heeres geworden sind und sich zum großen Teil in Offizier- bzw. Offizier-Stellvertreterstellen befinden. Das Vaterland hat allen Grund, sich ihnen erkenntlich zu zeigen.

Es kommt hinzu, daß diese jungen Leute unter dem Druck der Verantwortung und durch die seelischen und körperlichen Anforderungen, die der Krieg stellt, zu Männern erzogen sind. Daß wir aber in allen Berufszweigen an erster Stelle dringend tüchtiger, energischer Männer bedürfen, steht unabweisbar fest. Charakterstärke und eine klare, praktische Lebensauffassung, wie sie der Krieg erzielt, sind jedenfalls an sich viel höher zu bewerten, als eine rein theoretische Bildung. Damit will ich die Notwendigkeit einer gründlichen Schul- und Universitätsbildung keineswegs in Abrede stellen, habe ich doch vorstehend selbst hervorgehoben, welchen Dank wir der geistigen Ausbildung unserer Jugend schulden. Aber die

Digitized by Google

Schul- und Universitätsbildung läßt sich bei entsprechenden Maßnahmen genügend nachholen, der Gewinn aus der Schule des Krieges nicht.

Wir müssen meines Erachtens aus Dankbarkeit und Gerechtigkeit mindestens dafür sorgen, daß die jetzt am Kriege teilnehmenden Studenten und höheren Schüler keine Nachteile für ihren späteren Lebensweg gegenüber den Nichtteilnehmern haben. Viele Wege sind möglich, und die Regelung muß selbstverständlich Euer Exzellenz überlassen bleiben. Gleichwohl möchte ich in nachstehendem einige Vorschläge machen:

1. Höhere Schüler.

a) Grundsätzlich wird allen Schülern mit Oberprimareife das Studium freigegeben, mit der Maßgabe, daß sie während der Studienzeit die Reifeprüfung nachholen. Zur Vorbereitung für diese Nachholung dürften sich vielleicht besondere Kurse an den Universitäten empfehlen.

b) Schüler ohne Oberprimareife sind in besonderen Kursen, die an einzelnen Gymnasien einzurichten wären, zum Abiturientenexamen vorzubereiten. Sie würden jedenfalls nicht wieder wie Schüler zu behandeln sein.

Studenten.

a) Von der Festsetzung einer bestimmten Mindeststudienzeit wird für Kriegsteilnehmer abgesehen werden können. Im übrigen muß natürlich an den vorgeschriebenen Examen festgehalten werden.

b) Nach abgelegter Staats- usw. Prüfung wird Kriegsteilnehmern das Dienstalter so berechnet, als ob sie normal (d. h. ohne Unterbrechung durch den Krieg) ihre Schul- und Universitätszeit absolviert hätten. Sie werden also dadurch wieder vor ihre Kameraden gerückt, die sie durch Nichtteilnahme am Krieg und die dadurch ermöglichte ununterbrochene Studienzeit vorübergehend überholt haben.

Dies Verfahren hat zur Voraussetzung, daß nicht etwa für die nächsten Jahre die von den Universitäten kommenden Bewerber und namentlich Bewerberinnen alle Stellen von unten herauf etatsmäßig besetzen; diese Besetzung muß vielmehr unter entsprechendem Vorbehalt erfolgen.

c) Für Studierende, die nach abgelegter Prüfung Privatberufen nachgehen, ist eine Entschädigung nicht möglich, m. E. aber auch nicht nötig, da diese sich dank ihrer im Kriege erworbenen energischen und kräftigen Lebensauffassung allein durchsetzen werden.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, mich an Euer Exzellenz zu wenden, damit die im Heere stehenden Schüler und Studenten vor Schaden bewahrt werden und ihnen das zuteil wird, was wir ihnen schulden. Auch das Vaterland wird daraus Nutzen ziehen. Ich glaube mich in den Grundgedanken von vornherein mit Euer Exzellenz einig.

gez. von Hindenburg.

Digitized by Google

Der Kultusminister antwortete bereits unter dem 15. 1. 1917. Er stimmte den vorstehenden Darlegungen vorbehaltslos zu und führte die zahlreichen Vorkehrungen auf, die von ihm getroffen waren, um den Schülern der höheren Lehranstalten und Studierenden der Hochschulen, die sich freiwillig in den Dienst des Vaterlandes stellten oder zu den Fahnen einberufen wurden, nach Möglichkeit Schädigungen für ihr späteres Berufsleben zu ersparen. Das Schreiben schloß:

Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß durch die Ausführung dieser Anordnungen die jungen Leute, die im Dienste des Vaterlandes so große Opfer gebracht haben, in ihrem weiteren Berufsleben gegenüber denen, die daheimgeblieben sind, vor Nachteil bewahrt bleiben und sogar, daß sie dann auch vor diesen den ihnen zukommenden Vorsprung wenn nicht gleich, so doch in ihrer späteren Laufbahn bei tüchtigen Leistungen erlangen werden, wie es den Anregungen und Wünschen Euer Exzellenz entspricht.

Digitized by Google

XII. Leitsätze für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., 29. 7. 1917.
Nr. III b 11567/II.

Nur für den Dienstgebrauch!

Im Anschluß an die Verfügung Chef des Generalstabes des Feldheeres Nr. III b 11 450/II geh. vom 17. 7. 1917. Ziffer 4 und 5 übermittle ich im folgenden auf Grund der Besprechung der Aufklärungs-Offiziere der Westfront

Leitsätze für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen.

I. Bedeutung des vaterländischen Unterrichts.

Das deutsche Heer ist durch den Geist, der es beseelt, seinen Feinden überlegen und seinen Verbündeten ein starker Rückhalt.

Zu Beginn des Krieges war die Grundlage dafür Begeisterung und in langer Friedensausbildung anerzogene Manneszucht. Die drei Kriegsjahre haben diese Grundlage verschoben und erweitert. Verständliche Sehnsucht nach Heimat, Familie und Beruf kann die Kampfentschlossenheit lähmen und den Willen, bis zum endgültigen Sieg durchzuhalten, abschleifen.

Die Länge des Krieges brachte auch in zunehmendem Maße für Heimat und Heer Entbehrungen und Opfer. Je mehr diese Lasten auf den Geist des Heeres drücken, um so mehr müssen Überzeugung, Pflichtgefühl und klare Entschlossenheit Grundlage der Kampfkraft des Heeres werden.

Hierfür zu sorgen, ist Aufgabe des vaterländischen Unterrichts unter den Truppen.

II. Organisation.

1. Die Zusammenfassung der bereits bei der Mehrzahl der Armeen geschaffenen Einrichtungen für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen in eine einheitliche Organisation soll jene nicht binden, sondern fördern und gewonnene Erfahrungen verallgemeinern.

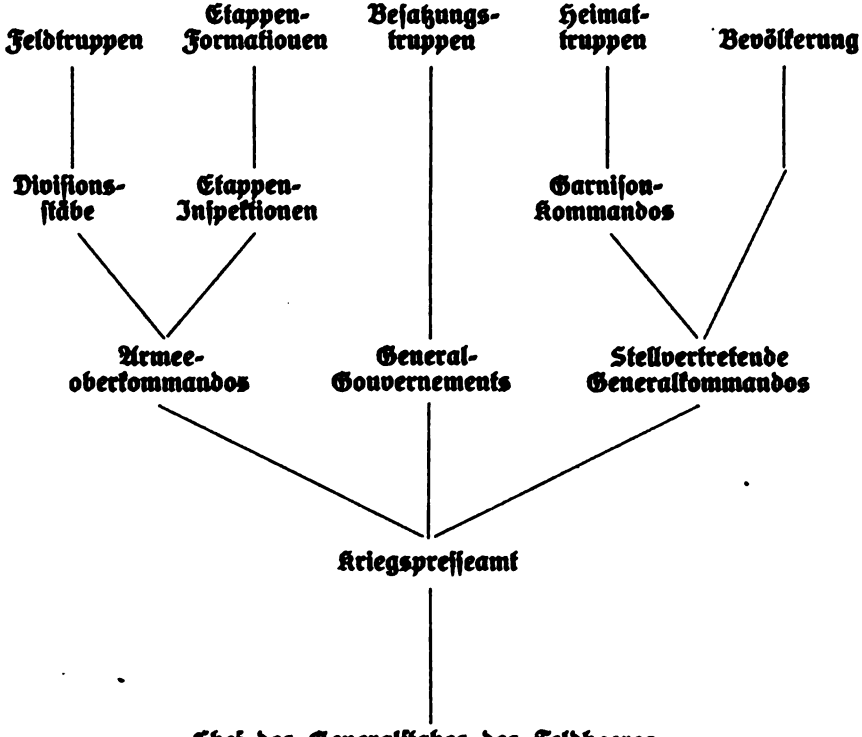
Die Stimmung beim Heer und in der Heimat steht in Wechselwirkung. Deswegen muß der vaterländische Unterricht in der Heimat mit dem beim Heer in Übereinstimmung gebracht werden.

2. Die Armeeoberkommandos, Generalgouvernements und Stellvertretenden Generalkommandos sind dafür verantwortlich, daß der vaterländische Unterricht bei den ihnen unterstellten Truppen erfolgt. Die Art des Unterrichts im einzelnen muß ihnen überlassen bleiben.

3. Die durch die Verfügung des Kriegsministeriums Nr. 3523/6 Mob. A vom 9. 7. 1917 als „Leiter der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen" aufgestellten Offiziere sind die Bearbeiter und Ratgeber für den vaterländischen

Digitized by Google

Unterricht bei den Armeeoberkommandos. Die Geeignetheit ist entscheidend für das Gelingen ihrer Aufgaben. Hierzu ist volle Hingabe an den Dienst, Verständnis, Arbeitskraft, eigenes Überzeugtsein von der Bedeutung der Aufgabe, Takt und Kenntnis politischer und wirtschaftlicher Fragen, vor allem aber Kenntnis der inneren Verfassung der Truppe selbst notwendig. Es empfiehlt sich, den Leiter des vaterländischen Unterrichts dem Generalstab zuzuteilen. Auch die zu Schreibern bestimmten Unteroffiziere usw. müssen zur geistigen Mitarbeit geeignet, nicht nur Schreibkräfte sein.



4. Es empfiehlt sich, bei den Armeeoberkommandos usw. und bei Divisionen und Etappen-Inspektionen eine gleichmäßige, feste Organisation zu schaffen. Bei diesen Stellen ist der Truppenbefehl, die Seelsorge, Intendantur, Verpflegung usw. vereinigt und damit eine Anlehnung an die Befehlsverhältnisse der Division usw. möglich. Einer Zersplitterung und einem Eingreifen in die Befehlsverhältnisse wird dadurch vorgebeugt.

Innerhalb der Divisionen und Etappen-Inspektionen wird sich der vaterländische Unterricht zweckmäßig den verschiedenen Verhältnissen anpassen.

5. Bei der Truppe selbst ist der Träger des vaterländischen Unterrichts der Offizier als berufener Führer der Truppe. Jeder Truppenvorgesetzte muß sich die Förderung des vaterländischen Unterrichts seiner Untergebenen angelegen sein lassen. Ohne nachdrücklichste Förderung sämtlicher Befehlsstellen bleibt die Tätigkeit der Unterrichtsorgane erfolglos.

Unteroffiziere und Mannschaften, die geeignet sind, können von Offizieren zur Mitarbeit herangezogen werden; eine selbständige Tätigkeit dürfen sie nicht ausüben.

6. Die Organisation ergibt demnach obiges Bild.

Digitized by Google

III. Arbeitsweise.

1. Ferngehalten muß werden, was auf die Stimmung der Truppe nachteilig zu wirken geeignet ist, wie Flugblätter vom Feind und aus der Heimat. Über Briefkontrolle und persönliches Verhalten der Offiziere siehe die angefügte Verfügung des Generalquartiermeisters V a 1739 vom 25. 7. 1917. siehe Anl. 1.

2. Der vaterländische Unterricht darf nicht erklärliche Stimmungen eindämmen wollen, die dann unter der Decke verbitternd weiterwirken, sondern soll sie feststellen und zerstreuen. Nicht fortleugnen, was allgemein, sei es mit Recht oder Unrecht, geglaubt wird, dagegen aufklären und das beseitigen, was falsch und schädlich daran ist. Friedenssehnsucht ist selbstverständlich, aber Pflichtgefühl und Siegeswille müssen stärker sein.

Die gegebene Aufklärung muß unbedingt zutreffend und zuverlässig sein. Der Erfolg des Unterrichts wird von dem zunehmenden Vertrauen abhängen.

3. In erster Linie gilt es festzustellen, welche Fragen die Truppe bewegen und der Klärung bedürfen. Heimat und Heer stehen hier in enger Beziehung. Deshalb muß der Unterricht in der Heimat und beim Heer Hand in Hand arbeiten. Die gemachten Feststellungen sind dem Kriegspresseamt bekanntzugeben. Den Stoff zum vaterländischen Unterricht besorgt das Kriegspresseamt und leitet ihn den Bedarfsstellen zu durch

a) die Korrespondenzen des Kriegspresseamts (Deutsche Kriegswochenschau, Deutsche Kriegsnachrichten),

b) Broschüren,

c) Korrespondenz und Mitteilungen aus den besetzten Gebieten des Westens der Feldpressestelle in Charleville,

d) Bilder und Plakate, dem Verständnis der Mannschaften angepaßt,

e) Flugblätter.

Außerdem teilen die Leiter des vaterländischen Unterrichts dem Kriegspresseamt Erfahrungen bei ihrer Tätigkeit mit. Das Kriegspresseamt stellt diese Erfahrungen aus der Truppe zusammen und versendet an alle Stellen „Mitteilungen für den vaterländischen Unterricht (M. v. U.)". Hierdurch werden die Erfahrungen verallgemeinert.

Das Kriegspresseamt leitet außerdem Material zu, welches nach den Feststellungen in der Heimat zum vaterländischen Unterricht bei den Truppen geeignet scheint.

4. Die Armeeoberkommandos entscheiden, was von dem vom Kriegspresseamt überwiesenen Material zum Unterricht unter den Truppen verwendet werden soll. Um einen Überblick über die Bedürfnisse der Truppe zu haben, müssen die Leiter des vaterländischen Unterrichts bei den Armeeoberkommandos in enger Verbindung mit den Divisionsstäben pp. stehen.

5. Zum vaterländischen Unterricht in der Truppe wird das Material verwertet durch

a) Vorträge, Unterhaltungsabende, Feldkinos und Theateraufführungen, zu denen die militärische Stelle beim Auswärtigen Amt durch Vermittlung des Kriegspresseamts das nötige Material zur Verfügung stellt;

b) Feldpredigten;

c) Armeezeitungen, deren Verbreitung und richtige Verteilung zu überwachen ist;

d) Feldbüchereien (möglichst bei jedem Truppenteil eine);

e) Feldbuchhandlungen, deren Überwachung und Beeinflussung Aufgabe der Unterrichtsoffiziere ist.

Die zur Erholung und Aufheiterung dienenden Maßnahmen müssen in erster Linie den fechtenden Truppen und Truppen in Ruhestellung zugute kommen.

6. Bei Abhalten des vaterländischen Unterrichts ist eine Diskussion nicht zuzulassen. Dagegen empfiehlt sich die Einrichtung von Fragekästen und Auskunftsstellen für alle Fragen, die den einzelnen Mann in bezug auf seine heimatlichen Verhältnisse betreffen.

Digitized by Google

7. Zuverlässige Urlauber werden mit Vorteil verwendet werden, vom Heer in die Heimat zu leiten, was dort zur Hebung der Stimmung beitragen kann. Das Kriegspresseamt wird dafür sorgen, daß über die Fragen, die sich als Gegenstand des vaterländischen Unterrichts bei den Truppen ergeben, auch in der Heimat Unterricht stattfindet.

8. Auf dieser Grundlage hat sich der vaterländische Unterricht dem örtlichen Bedürfnis anzupassen und sich von jeder Verallgemeinerung fernzuhalten. Es wäre falsch, wenn durch den Unterricht Gedanken verbreitet würden, die der Truppe an sich zur Zeit fernliegen.

IV. Gegenstand des vaterländischen Unterrichts.

1. Es empfiehlt sich, den vaterländischen Unterricht auf das Wesentliche zu beschränken, dieses aber dauernd mit Nachdruck zu verfolgen und die verschiedenen Mittel der Aufklärung hierauf zu vereinigen.

2. Die wesentlichen Gebiete des vaterländischen Unterrichts sind:

a) Ursachen des Krieges. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, ihre Bedeutung und die Folgen eines verlorenen Krieges, besonders auch für den deutschen Arbeiter. Die Notwendigkeit, weiterzukämpfen, bis der Vernichtungswille unserer Feinde gebrochen und Sicherheit für die wirtschaftliche Weiterentwicklung geschaffen ist.

b) Die Gesamtgröße unserer bisherigen Erfolge rechtfertigt Vertrauen auf endgültigen Sieg. Siegesbewußtsein, Pflichttreue und Mannesstolz sind zu fördern. Entscheidung ist schon zu unseren Gunsten gefallen. Es gilt, sie endgültig zu sichern. Voraussetzungen hierfür sind gegeben. Rohstoffe und Munitionsersatz gesichert. Wirkung des U-Bootkrieges steigert sich.

c) Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten (militärisch, Regierung, Verwaltung, Industrie und Handel). Daraus Notwendigkeit der Autorität einerseits, der Unterordnung anderseits herleiten. Dabei ist besonders das Vertrauen zum Kaiser und zu den Bundesfürsten sowie zur militärischen Führung zu vertiefen.

d) Gegner, von unserer militärischen Unbesiegbarkeit überzeugt, setzt seine Hoffnung auf unseren wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch und auf den Auseinanderfall unserer Bündnisse.

Schwierigkeiten der Wirtschaftslage durch Lebensmittel und Kohlen sind vorhanden und anzuerkennen, besonders in der Heimat; sie werden aber mit Sicherheit überwunden. Notwendigkeit der Lebensmittelbeschränkung und Kohleneinteilung durch Maßnahmen der Behörden zu erläutern. Fehler sind früher und selbstverständlich aus anfänglicher Unkenntnis der zu bewältigenden Aufgaben, oft auch gerade aus dem Bestreben größter Gerechtigkeit gemacht worden. Wege und Mittel zur gerechten und vorsorglichen Verteilung werden aber angestrebt und gefunden werden. Kleinere Härten bleiben unvermeidlich, schon wegen der sehr verschiedenen Interessen von Produzent und Konsument. Ausgleich der Verstimmung zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Gegenseitiges Verständnis und Unterstützung tut not. Verwerflichkeit des Kriegswuchers. Kriegsende bedeutet nicht Ende der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Schimpfen nutzt nichts, jeder muß selbst helfen und schaffen. Das eigene Ich muß zurücktreten vor dem gemeinsamen großen Ziel. Streiks gefährden den Sieg und kosten das Blut der Truppe, Friedensduselei verlängert ebenso wie Mißmut den Krieg. Einigkeit im Innern macht stark, alles andere schwächt. Verständnis für das Wesen und die Leistungen unserer Verbündeten.

e) Aufklärung darüber, daß unsere Gegner, wenn sie den Krieg als aussichtslos aufgeben müssen, versuchen werden, durch „Friedensverhandlungen" uns die Früchte unseres militärischen Sieges zu entreißen und insonderheit unsere wirtschaftlichen

Digitized by Google

Entwicklungsmöglichkeiten zu erdrosseln. Es muß jedem Soldaten klargemacht werden, daß wir auch dann bereit sein müssen, den Kampf jederzeit wieder aufzunehmen, um unser Kriegsziel, d. h. die Sicherstellung unserer Zukunft, zu erreichen. Volk und Heer muß bis zum endgültigen Friedensschluß in voller Stärke und Einigkeit hinter den Führern des Reiches stehen.

J. A.: Ludendorff.

Anlage 1

Generalquartiermeister Gr. H. Qu., den 25. 7. 1917.
Va Nr. 1739 geh.

Von den verschiedensten Seiten wird versucht, bei den Truppenteilen des Feldheeres politische Propaganda zu machen.

So hat eine Zeitung sich unmittelbar an Heeresangehörige gewandt, um eine Abstimmung über Friedensziele zu veranstalten. Ferner besteht die Gewißheit, daß die unabhängige Sozialdemokratie eine die Manneszucht im höchsten Maße schädigende Wühlarbeit im Heere betreibt. Allen derartigen Versuchen ist mit höchstem Nachdruck entgegenzutreten. Insbesondere gilt es zu verhindern, daß Mitteilungen und Flugschriften in die Truppe gelangen, welche geeignet sind, die unbedingte Siegeszuversicht zu mindern und das Vertrauen zu den Führern zu untergraben, und die damit für die Schlagfertigkeit des Heeres verhängnisvoll werden können.

Eingehende Belehrung der Mannschaften durch Offiziere und Hinweis auf die Ablieferung aller derartiger Druckschriften werden in erster Linie geeignet sein, der erwähnten Propaganda entgegenzuwirken.

Wenn im übrigen die Offiziere es weiterhin als ihre vornehmste Pflicht betrachten, durch das Beispiel ihrer Persönlichkeit, ihre Fürsorge und ihr Verständnis für ihre Untergebenen das Vertrauen ihrer Untergebenen zu gewinnen und zu erhalten, so sehe ich darin die beste Gewähr, daß die erwähnten gefährlichen Strömungen bei der Truppe nicht Eingang finden.

Ich halte es für erwünscht, wenn sich gelegentlich der gemäß Verfügung des Chefs des Generalstabes vom 29. 4. 1916 — M. J. 30 061 — vorzunehmenden Briefkontrolle die höheren Kommandobehörden einen Einblick in die Stimmung der Truppe zu verschaffen suchen. Die mit der Prüfung zu beauftragenden Personen werden bei der Verantwortlichkeit und Bedeutung ihrer Aufgabe mit besonderer Sorgfalt auszuwählen sein.

Von den gemachten Wahrnehmungen ersuche ich, mir Mitteilung zu machen.

gez. Hahndorff.

Anlage 2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 15. 9. 1917.
Nr. III b 12 503 II geh.

Mehrere Berichte, die mir auf Grund der durch Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres Nr. III b 11 567/II eingeleiteten Aufklärungstätigkeit unter den Truppen erstattet worden sind, ergeben, daß diese Arbeit überall im Gange ist, großes Interesse erweckt und sich somit frisch in der Entwicklung befindet.

Um diese in den richtigen Bahnen zu halten, verweise ich erneut auf die im vorgenannten Schreiben mitgeteilten Leitsätze.

Folgende bisher hervorgetretene Gesichtspunkte halte ich ferner für allgemein beachtenswert:

Es ist zur Sprache gebracht worden, daß die Bezeichnung „Aufklärungstätigkeit" zu Mißdeutungen Anlaß geben und leicht mit politischen Fragen in Verbindung gebracht werden oder den Anschein politischer Tätigkeit erwecken könnte. Um das Wesen dieses

Digitized by Google

Dienstzweiges richtig zu erfassen, ist vorgeschlagen worden, anstatt „Aufklärungstätigkeit" „vaterländischer Unterricht" und an Stelle des Wortes „Aufklärungsoffizier" „Unterrichtsoffizier" zu setzen. Ich stimme diesem Vorschlage zu und bitte, die Bezeichnungen in Zukunft stattfinden zu lassen.

Es handelt sich um einen vaterländischen Unterricht, wie wir ihn auch im Frieden zur Vertiefung der Vaterlandsliebe und zur Anerziehung selbstloser Hingabe bei den Truppen pflegten. Die Unterlagen für die Aufgaben des Unterrichts, die der Krieg stellt, stehen den Unterrichtenden nicht ohne weiteres und umfassend zur Verfügung. Das Material ihnen zuzuleiten und sie für den Unterricht anzuleiten, ist der Zweck der Zusammenfassung in eine einheitliche Organisation.

Ferner ist nur bei einheitlichen Grundsätzen gewährleistet, daß die Aufklärung unter den Truppen in den richtigen Bahnen erhalten und von den richtigen Persönlichkeiten ausgeübt wird. Die Leitung des Dienstes in der Hand der zuständigen Kommandobehörden, die Teilnahme höherer Offiziere an der Erziehung des Lehrpersonals und durch Besichtigung des Lehrverfahrens bietet Gewähr dafür, daß die erteilten Leitsätze nicht überschritten werden.

Dem an einzelnen Stellen hervorgetretenen Wunsche, auch bei den Divisionen für die Leiter dieses Dienstzweiges eigene Etatsstellen zu schaffen, kann ich nicht zustimmen. Nur bei den Armeeoberkommandos bedarf es für die ihnen obliegenden Aufgaben der Leitung und Aufsicht besonderer Offiziere. Die Auswahl dieser Offiziere ist ausschlaggebend (Ziffer II, 3); ihr muß andauernd besonderer Wert beigelegt werden. Im übrigen soll der vaterländische Unterricht nicht auf einzelne Persönlichkeiten beschränkt, sondern auf eine breite Basis des Offizierkorps und sonst geeigneter Lehrkräfte gestellt werden.

Das Lehrmaterial unterliegt nach Ziffer III, 4 der Leitsätze der Begutachtung durch die Armeeoberkommandos. Broschüren pp. sollen im allgemeinen nur als Lehrmaterial an die Lehrkräfte, nicht aber in breitem Umfange bei den Truppen selbst verteilt werden. Doch wird es sich empfehlen, derartiges Lehrmaterial auch in den Feldbuchhandlungen verkäuflich zu halten.

Die Unterrichtsoffiziere sollen vor allem die Heranbildung von Lehrern für den vaterländischen Unterricht fördern, selbst persönlich in diesem Dienstzweig aber nicht allein und nicht allzu sehr hervortreten. Es genügt nicht, nur einzelne Offiziere auszubilden, vielmehr muß erstrebt werden, alle Offiziere und sonst geeignete Lehrer in diesem Dienstzweige auszubilden. Wie weit hierbei zu gehen ist, ergeben die örtlichen Bedürfnisse und persönlichen Verhältnisse. Wesentlich ist ferner, nicht aus dem Auge zu verlieren, daß der vaterländische Unterricht die Manneszucht festigen, nicht sie lockern soll. Dies setzt dem Hineinziehen von Unteroffizieren und Mannschaften in das Lehrpersonal Grenzen.

Die Ersatztruppenteile schaffen ständigen Austausch zwischen Front und Heimat. Sie sind erfahrungsgemäß Ablagerungs- und Ausgangsstellung für allerhand schädliche Stimmungen und unkontrollierbare Gerüchte. Deshalb ist der vaterländische Unterricht bei den Ersatztruppenteilen von ganz besonderer Bedeutung.

Auf die Wechselwirkung zwischen Heimat und Heer ist in den Richtlinien Ziffer II, 1 und III, 3 hingewiesen. Im Geist und für die Erfüllung der vaterländischen Aufgaben sind Volk und Heer untrennbar. Infolgedessen hat die in Verbindung mit den Zivilbehörden stattfindende Belebung des vaterländischen Geistes unter der Bevölkerung größte Bedeutung. In dieser Richtung zu wirken, müssen die Kommandobehörden in der Heimat sich ganz besonders angelegen sein lassen.

Nicht übersehen werden darf die etwa von Arbeiter-Kommandos aus der Heimat im Kriegsschauplatz ausgehende Wirkung.

Es ist gefragt worden, welche Stelle der vaterländische Unterricht zur Frage der Kriegsziele einzunehmen habe, für die durch Tageszeitung usw. das lebhafte Interesse bei der Truppe erweckt und die Stellungnahme des einzelnen beeinflußt werde. Erörterungen über Kriegsziele sind an sich nicht Gegenstand des vaterländischen Unterrichts. Dagegen wird es bereits so geschehen und ist nichts dagegen einzu-

Digitized by Google

wenden, daß Vorgesetzte, sofern sich Mannschaften mit Fragen über Kriegsziele vertrauensvoll an sie wenden, ihren Untergebenen in ruhiger und sachlicher Form die eigene Ansicht über diese Frage zum Ausdruck bringen.

Es bestanden ferner Zweifel, ob die Verquickung der Werbetätigkeit für Kriegsanleihen und des vaterländischen Unterrichts zweckmäßig oder ob sie nicht geeignet ist, den letzteren auf einen bestimmten Zweck eingestellt erscheinen zu lassen und damit seinen Erfolg abzuschwächen. Ich kann mich diesem Bedenken nicht anschließen. Das allgemeine Vertrauen in die Zukunft des Vaterlandes, welches der vaterländische Unterricht stärken soll, wird im Gegenteil auch auf das Ergebnis der Zeichnung für Kriegsanleihen im Heere und in der Heimat günstig wirken. In den Zielen stimmt der vaterländische Unterricht mit der Werbetätigkeit für Kriegsanleihen überein. Übereinstimmung und gegenseitige Ergänzung in der Ausübung ergeben sich daraus von selbst.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß siegreiche Kämpfe, die wir an verschiedenen Stellen unserer ausgedehnten Front führen, jederzeit durch eingehende Besprechung auch bei denjenigen Truppen ausgewertet werden müssen, die nicht an diesen Erfolgen unmittelbar beteiligt sind und ihre belebende Wirkung deshalb nicht unmittelbar spüren. Das gleiche gilt für die Auswertung der Erfolge unserer U-Boot-Waffe.

Der feindliche Vernichtungswille und die Notwendigkeit unseres Weiterkämpfens kommt den im Etappen-, Besatzungs- und Heimatsdienst verwendeten Truppen weniger zum Bewußtsein als den Kampftruppen selbst. Deswegen ist dem Geist unter den Etappentruppen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und der vaterländische Unterricht bei ihnen in besonderem Maße zu pflegen. Die Verhältnisse ergeben, daß die in weitestem Umfange stattfindende Fürsorge für Mannschaften den Etappentruppen in weit höherem Maße zugute kommt, als den Truppen am Feind. Ohne Etappentruppen zu vernachlässigen, müssen aber doch gerade die für die Fürsorge der Mannschaften getroffenen Einrichtungen wie Theater, Unterhaltung usw. möglichst weit nach vorn verlegt werden.

Schließlich ist die Frage aufgeworfen worden, ob dieser Unterrichtsdienst geheimzuhalten sei. Hierfür liegt keine Veranlassung vor.

J. A.: gez. Ludendorff.

Anlage 3.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 14. 11. 1917.
III b Nr. 13 320/II geh.

Das Ergebnis der Besprechungen über den vaterländischen Unterricht am 4. 11. 1917 in Charleville und am 5. 11. 1917 im Großen Hauptquartier ist in einer besonderen „Aufzeichnung" (Chef des Generalstabes des Feldheeres III b Nr. 13140/II) niedergelegt. Diese „Aufzeichnung" enthält wichtige Anregungen für die Leiter des vaterländischen Unterrichts. Ich mache auf sie aufmerksam.

In Ergänzung der Leitsätze vom 29. 9. 1917 (Chef des Generalstabes des Feldheeres III b Nr. 11 567/II) sind die Armeeoberkommandos auch verantwortlich für die Durchführung des vaterländischen Unterrichts bei allen auf Übungsplätzen abgestellten O. H. L.-Reserven, sofern die Truppenübungsplätze sich in ihrem Armeebereich befinden.

Ebenso werden die Generalgouvernements Belgien und Warschau im Einverständnis mit dem Kgl. Preuß. Kriegsminister gebeten, alle Truppen, die sich innerhalb ihres Befehlsbereichs befinden, ohne ihnen unmittelbar unterstellt zu sein, in ihre Organisation des vaterländischen Unterrichts mit einbeziehen zu wollen.

Bei den Feldeisenbahnformationen trägt die Verantwortung für die Durchführung des vaterländischen Unterrichts allein der Chef des Feldeisenbahnwesens. Die ihm unterstellten Formationen werden der Organisation des vaterländischen Unterrichts der betreffenden Generalgouvernements oder Armeeoberkommandos in deren Befehlsbereich sie sich jeweils aufhalten, eingegliedert.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 31. 7. 1917.
II Nr. 4123 geh. op.

Persönlich!

Den höheren Kommandostellen bis einschließlich Divisionen wird in diesen Tagen unter III b Nr. 11 567/II vom 29. 7. ein Schreiben über Aufklärungstätigkeit im Heere zugehen, um die Kampfkraft des Heeres zu erhalten.

Ich möchte dazu folgendes bemerken:

Die Stimmung in der Heimat ist tief gesunken. Bei den engen Beziehungen von Heimat und Heer kann das Heer auf die Dauer nicht unberührt bleiben.

Im Innern machen sich neben krassem Egoismus und rücksichtsloser Gewinn- und Genußsucht Flaumacherei, Pessimismus und Pflichtvergessenheit breit, die den Ausgang des Krieges gefährden können. Diese Erscheinungen sind zu einem Teil auf wirkliche Notstände, wie schwierige Ernährungs- und Kohlenlage, pekuniäre Sorgen, Länge des Krieges, Verlust von Angehörigen usw. zurückzuführen. Zum größten Teil aber sind sie durch die zielbewußte Agitation gewisser staatszerstörender Elemente hervorgerufen, die skrupellos diese Notstände zur Förderung ihrer politischen Ziele ausnutzen und Unfrieden, Verhetzung usw. auf alle Art zu stiften suchen. Unser Volk ist in Alltagssorgen befangen und hat für die Größe und den Ernst der Zeit, wie für die Leistungen von Heer und Flotte kaum noch Verständnis. Es zerfleischt sich in fruchtlosen Erörterungen, statt zunächst freudig, geschlossen und seiner kämpfenden Söhne würdig, den Krieg und seine unvermeidlichen Lasten zu tragen.

Die Stimmung aus der Heimat hat tatsächlich schon vereinzelt auf das Heer übergegriffen, wie zahllose Zuschriften bezeugen. Daneben wird versucht, durch eine unmittelbare Beeinflussung die Kampffreudigkeit des Heeres zu beeinträchtigen. Dem allen kann nicht tatenlos zugesehen werden. Es gilt, im Heer die Kampfkraft und damit die Siegeszuversicht, wie sie bei unserer Lage durchaus berechtigt ist, die Liebe zum Kaiser und den Landesherren und ein starkes deutsch-vaterländisches Gefühl immer von neuem zu beleben, stark zu erhalten und ferner dafür zu sorgen, daß aus dem Heer heraus den Hetzern, Flaumachern und Schwächlingen daheim und im Heere entgegengetreten, ohne daß die Notlage, die in der Heimat ist, übersehen wird.

Ich bitte dringend, sich dieser äußerst wichtigen Frage mit größtem Nachdruck anzunehmen. Die Richtlinien dazu gibt das obengenannte III b Schreiben. Außerdem bitte ich, mit den neugeschaffenen Aufklärungs-Offizieren in enge Fühlung zu treten und ihren Anregungen und Wünschen möglichst nachzukommen.

Digitized by Google

Ich behalte mir vor, auch von hier aus Beiträge zur Aufklärung im genannten Sinne zur weiteren Verwertung zu senden.

Ich empfehle auch, mit den Truppenführern, insbesondere mit den Regimentskommandeuren sich persönlich ins Benehmen zu setzen. Innerhalb der Truppen selbst wird es meines Erachtens zweckmäßig sein, einzelne Punkte, z. B. Pflichten des einzelnen in der Front und daheim, als Instruktionsgegenstände zu behandeln.

Sobald ein gewisser Erfolg erzielt ist, wird es angezeigt sein, Mannschaften, die nach ihren Anschauungen und Fähigkeiten geeignet erscheinen, bei ihrem Urlaub in die Heimat zu veranlassen, dort zur Hebung und Festigung der Stimmung zu wirken.

Verständnisvolles Einwirken der Vorgesetzten auf die Mannschaften bei Antritt des Urlaubs und bei Rückkehr wird immer nutzbringend sein.

Im ganzen handelt es sich, wie ich ausdrücklich nochmals betone, um eine Aufgabe von großer Tragweite, deren Durchführung, neben Beharrlichkeit Takt und Umsicht erfordert.

Ich bitte den Herren Oberbefehlshabern Vortrag zu halten.

Die Korps- und Etappenchefs und die ältesten Generalstabsoffiziere der Divisionen haben Abschrift erhalten.

I. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

XIII. Aus Presse- und Aufklärungsakten.

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	IIIb. Nr. 8769/II geh. 17.12.16	Reichskanzler	Schreiben über Bedeutung der Presse.
2.	Nr. 28826 P. 20. 3. 18	Reichskanzler	Einheitliche Presseleitung, Aufklärung der öffentlichen Meinung nebst Anlagen.
3.	P. Nr. 136/18 26. 3. 18	Chef d. Gen.St. d. Feldh.	Einheitliche Zusammenfassung des Aufklärungswesens.
4.	P. Nr. 682/18 29. 8. 18	An sämtliche Reichsämter	Werbe- und Aufklärungsdienst.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu. 17. 12. 1916.
IIIb. Nr. 8769/II geh.

An den Reichskanzler.

Durch Schreiben III. B. 7909/II vom 7. 11. 1916 hatte Euer Exzellenz Aufmerksamkeit ich darauf gelenkt, daß der Unterweisung der deutschen Zensurbehörden für die Behandlung der durch das Polen-Manifest geschaffenen Lage meines Erachtens nicht genügend Bedeutung beigemessen war.

Nachdem nun gelegentlich des Friedensangebotes vom 22. 12. diejenigen militärischen Stellen, welche mit der Presse zu verkehren haben, wiederum nicht rechtzeitig und ausreichend unterrichtet worden sind, darf ich nicht unterlassen, Euer Exzellenz folgendes zur Erwägung zu unterbreiten:

Die Bedeutung, welche die Presse im Kriege und in zunehmendem Maße im jetzigen und kommenden Stadium des Krieges hat, wird von allen Seiten anerkannt. Reichs- und Staatsbehörden unterhalten Beziehungen zur deutschen Presse und versehen sie von ihrem Standpunkt aus mit Weisungen. Auch die deutsche Presse zeigt für ihre Pflichten volles Verständnis. Der Bedeutung der Auslandspresse trägt die von Euer Exzellenz beim Auswärtigen Amt geschaffene Propagandastelle in erhöhtem Maße und erfolgreich Rechnung.

Diese zunehmende Tätigkeit der einzelnen Behörden auf dem Gebiet

Digitized by Google

der Presseleitung brachte aber die Gefahren der Zersplitterung und des Nebeneinanderarbeitens mit sich, besonders da die einzelnen Pressestellen nur mit geringem Personal besetzt sind und dieses infolge der zunehmenden Arbeitslast nur Zeit findet, die Interessen des eigenen Ressorts zu berücksichtigen.

Es fehlt an einer einheitlichen Leitung dieses im Kriege an Umfang und Bedeutung ständig wachsenden Instruments der politischen und militärischen Leitung. Die gemeinsamen Besprechungen im Reichstag, bei denen Vertreter der einzelnen Behörden der Presse Mitteilungen machen, können als eine einheitliche Leitung nicht angesehen werden. Auch hier arbeiten die einzelnen Vertreter der Behörden unabhängig voneinander ohne vorheriges, gegenseitiges Einvernehmen nebeneinander her.

Die Zahl der Stellen, die mit der Presse arbeiten, ist durch die im Kriege entstandenen Behörden vermehrt worden.

So kommt es, daß an allen Seiten zwar gewissenhaft, aber nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gearbeitet wird. Ein solches Arbeiten auf dem Gebiet der deutschen und der ausländischen Presse herzustellen, scheint mir aber von allergrößter Bedeutung. Die Leitung unserer Politik würde durch eine straffe Führung in Presseangelegenheiten auch den Verbündeten gegenüber wesentlich an Kraft gewinnen.

Euerer Exzellenz schlage ich vor, die Einrichtung einer Zentralstelle zu diesem Zweck baldmöglichst veranlassen zu wollen. Es muß hierbei vermieden werden, daß zu den schon bestehenden Pressestellen etwa nur eine weitere hinzutreten und die bestehende Vielheit vergrößern würde. Es kommt vielmehr darauf an, etwas Neues zu schaffen, eine Zentralstelle, die über den einzelnen Pressestellen steht, von diesen Anregungen erhält, sie miteinander in Einklang bringt und die für ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Stellen und besonders auch dafür verantwortlich ist, daß bei größeren Ereignissen rechtzeitig weitblickende Weisungen erteilt und Maßnahmen verabredet werden.

Diese neue Zentralstelle gehört in Anbetracht ihrer Aufgaben unter den unmittelbaren Einfluß Euerer Exzellenz. Ich würde ihre Einrichtung bei der Reichskanzlei für zweckmäßig halten, da auch die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts in erster Linie nur die Sonderinteressen dieses Amtes zu vertreten hat.

Falls Euere Exzellenz eine kommissarische Beratung der beteiligten Behörden, wozu ich auch die der Bundesstaaten rechne, in Aussicht nehmen sollten, bitte ich, einen Vertreter der Obersten Heeresleitung hinzuziehen zu wollen. Euere Exzellenz können jeder Förderung dieses auf die Verstärkung einheitlicher Reichsleitung gerichteten Vorschlags durch mich sicher sein.

J. A.: gez. Ludendorff.

Digitized by Google

2.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 20. 3. 1918.
Nr. 28 826 P.

An den Reichskanzler.

Von dem mir von Euerer Exzellenz in Abschrift übersandten Erlaß, betr. die Geschäftsordnung für den Pressechef beim Reichskanzler, Nr. 58/18 vom 28. 2. 1918, habe ich das Kriegspresseamt verständigt und es angewiesen, die ihm obliegenden Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Pressechef zu erledigen.

Die von mir bei Euerer Exzellenz Herren Amtsvorgängern durch meine Schreiben Nr. III b 7909/II vom 7. 11. 1916, III b 8769/II vom 17. 12. 1916 und III b 11804/II vom 9. 1. 1917 angeregte und betonte Notwendigkeit einer einheitlichen Presseleitung und Aufklärung der öffentlichen Meinung in Deutschland, bei den Verbündeten und gegen die Feinde kann ich aber durch die bisher erfolgten Maßnahmen nicht als erfüllt betrachten.

Die Verhältnisse haben sich seither in einer Art entwickelt, der gegenüber sich die ergriffenen Maßnahmen nicht als ausreichend erwiesen haben.

Die Friedensverhandlungen mit unseren östlichen Gegnern haben die öffentliche Meinung in Deutschland in gewissem Sinn überrascht. Sie verlangen, um im Volke verstanden zu werden und die Geschlossenheit der öffentlichen Meinung soweit möglich herbeizuführen, eine erheblich gesteigerte Aufklärung und Führung der öffentlichen Meinung.

Die Verhandlungen im Westen, die uns bevorstehen, werden uns einer viel verwickelteren Lage gegenüberstellen, zumal versucht werden wird, die im Osten einstweilen geregelten Fragen alsdann erneut zur Erörterung zu stellen. In dieser Lage müssen wir vorausschauend für eine geschlossene Auffassung bei einer möglichst breiten Masse des eigenen Volkes sorgen.

Nur eins der hierfür anzuwendenden Mittel ist die Presse. Aber schon auf diesem einen Gebiet sehe ich die notwendige Führung der öffentlichen Meinung nicht in ausreichendem Maße gesichert. Der Pressechef Euerer Exzellenz ist in der Doppelstellung als solcher und als Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts verblieben. Während ihm als Chef der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts die Lage zunehmend eigene Aufgaben dieses Amtes zuweisen wird, wachsen gleichzeitig die Aufgaben der allgemeinen Aufklärung.

Unsere Gegner haben den Wert rechtzeitiger und großzügiger Vorbereitungen für die Periode des militärischen und politischen Auskampfes wohl erkannt. In England ist in der Person des Lord

Digitized by Google

Northcliffe ein Mann an die Spitze des Propagandadienstes für das feindliche Ausland getreten, der frei von bureaukratischen Aufgaben durch Erfahrung und Ansehen für die Lösung dieser Aufgabe besonders geeignet ist und sich ihr mit rastloser, durch keine anderen Rücksichten gehemmter Energie widmen wird. Neben ihm sind Mister Robert Donald zum Propagandaminister für das neutrale Ausland und Mister Rudyard Kipling für das Inland ernannt worden. Ihnen zur Seite sollen weitere bedeutende Männer von Erfahrung und öffentlichem Ansehen stehen. In ähnlicher Weise sollen Frankreich und Amerika den Posten eines Ministers für die Aufklärung geschaffen haben.

Auch in Österreich-Ungarn ist durch eine Anfrage der Abgeordneten Miklas und Genossen an den Ministerpräsidenten am 22. 2. 1918 die Errichtung einer Propagandastelle beim Ministerratspräsidium beantragt worden. Abschrift dieser Anfrage erlaube ich mir beizufügen.

Einer solchen, durch den Krieg gezeitigten Organisation gegenüber befinden wir uns stark im Rückstand. Ich darf nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß ich seit dem Jahre 1916 in dieser Beziehung meine Forderungen gestellt habe und daß es wohl möglich gewesen wäre, daß wir auf diesem Gebiete jetzt unseren Gegnern voraus wären, anstatt von ihnen überholt zu sein.

Dieser meiner Auffassung entspricht der in der Anlage beigefügte Antrag des Oberstleutnants v. Haeften, des Leiters der militärischen Stelle des Auswärtigen Amts. Ich stimme auch den Vorschlägen des Oberstleutnants v. Haeften zu. Im besonderen erscheint mir auch die darin gegebene Anregung, eine Art Reichs-Aufklärungsamt zu schaffen, durchaus beachtenswert. Die Aufgabe erfordert jedenfalls eine volle Arbeitskraft. Im Nebenamt, angegliedert an ein anderes Reichsamt oder etwa an die ohnehin schon stark beanspruchte Reichskanzlei läßt sie sich nicht lösen. Der Leitende muß in ständiger Fühlung mit Vertretern aller Kreise und Berufe stehen, wird häufig von heute auf morgen in der Öffentlichkeit zu sprechen, plötzlich Reisen zu unternehmen haben, darf also nicht durch anderweitige Tätigkeit behindert sein. Er darf auch keine Persönlichkeit sein, die der einen oder der anderen politischen Partei besonders nahe steht. Ich kann daher den Vorschlag, den Staatssekretär Dr. Solf mit der Aufgabe zu betrauen, nach seiner Arbeitskraft, Redegewandtheit, Weltkenntnis und allgemeinem Ansehen im In- und Auslande nur warm befürworten. Ich wäre gern bereit, ihm den Oberstleutnant v. Haeften als Chef des Stabes zur Verfügung zu stellen, dessen hervorragende Eigenschaften, mehrjährige Erfahrungen und wertvolle Beziehungen ihn hierzu besonders befähigen.

S. 285. III. Entwurf.

Die militärische Stelle könnte unter Loslösung vom Auswärtigen Amt zu dem neuen Staatssekretär des Aufklärungsamtes in das gleiche Ver-

Digitized by Google

hältnis treten, in dem sie bisher zum Auswärtigen Amt stand. In ihrer gut durchgeführten Organisation würde sie sofort ein treffliches Werkzeug in der Hand des neuen Staatssekretärs sein. Sie ist übrigens zur Zeit die einzige, lediglich der Propaganda dienende Stelle, die über alle Propagandamittel (Presse, Bild, Film, Mundpropaganda, graphische Darstellungen, Kunstpropaganda) zugleich verfügt.

Ich bitte Euere Exzellenz, meine Anregung zu prüfen und bald in die Tat umzusetzen. Um schnell zum Ziele zu kommen, empfehle ich, möglichst umgehend in einer Besprechung unter Heranziehung aller beteiligten Ressorts die Grundlagen und Richtlinien für das Reichs-Aufklärungsamt festzulegen.

J. A.: gez. Ludendorff.

Anfrage der Abgeordneten Miklas und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Errichtung einer Propagandastelle beim Ministerratspräsidium.

Laut Zeitungsberichten hat die englische Regierung das Mitglied des englischen Kabinetts Lord Northcliffe zum Direktor der Propaganda in Feindesländern ernannt. Gemeint sind darunter die Staaten der Mittelmächte, ferner Bulgarien und die Türkei. Offensichtlich handelt es sich darum, die von England seit Kriegsbeginn mit unübertroffener Virtuosität und mit den skrupellosesten Mitteln betriebene Beeinflussung der Weltmeinung nunmehr auch bei uns noch mehr als schon bisher zur Geltung zu bringen, in großzügiger Weise zu organisieren und gewissermaßen die gegen England und seine Trabanten im Felde stehenden Heere im Rücken zu bedrohen und zu gefährden. Ganz besonders scheint es das falsche und gewalttätige Albion auf unseren Kaiserstaat Österreich abgesehen zu haben, wo schon seit Kriegsbeginn, in erhöhtem Maße aber in den letzten Monaten im öffentlichen Leben betrübliche Dinge in Erscheinung getreten sind, welche ohne Hinweis auf die geheime und offene feindliche Propaganda, deren silberne Kugeln rollen und deren Sendlinge leider auch bei uns Eingang gefunden haben, keineswegs genügend erklärt werden könnten. Die Kriegslage, in der sich die Monarchie befindet, und die heikle innerpolitische Situation machen es unmöglich, sich des näheren darüber zu äußern. Begreiflich aber erscheint es jedenfalls, daß die staatstreue Bevölkerung des Kaiserstaates und die an den Fronten kämpfenden Heere eine Beruhigung darüber haben wollen und erhalten müssen, ob von seiten der Regierung alle Gegenmaßnahmen gegen die feindliche Werbetätigkeit getroffen sind und ob die Abwehr dieser feindlichen Propaganda ebenso energisch und zielbewußt organisiert ist, wie die Reichsverteidigung mit den Waffen. Der großzügigen feindlichen Propaganda gegenüber kann selbstverständlich auch

Digitized by Google

die Abwehr derselben nur mit großzügigen, zweckmäßigen und modernen Mitteln geschehen. Die hierfür nötigen finanziellen Mittel, welche keineswegs unbedeutend sein könnten, wären vielleicht am zweckmäßigsten, da es sich in diesem Belange auch um ein wesentliches Stück der Reichsverteidigung handelt, aus den für die Kriegführung zur Verfügung stehenden gemeinsamen Krediten zu entnehmen.

In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache richten daher die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten die Anfragen:

„1. Sind Euer Exzellenz geneigt, alle unterstehenden staatlichen Organe zu beauftragen, daß sie mit erhöhtem Eifer auf die geheime und offene Propaganda in Österreich ein scharfes Auge haben und nötigenfalls unverzüglich geeignete Gegenmaßnahmen treffen?

2. Sind Eure Exzellenz geneigt, im Einvernehmen mit der k. u. k. gemeinsamen Regierung beim k. k. Ministerpräsidium eine »Propagandastelle« zu schaffen, deren besondere und ausschließliche Pflicht die nachdrücklichste Abwehr und Bekämpfung der feindlichen, gegen den Kaiserstaat Österreich gerichteten Propaganda zu sein hätte?"

Wien, 22. Februar 1918. gez. Wilhelm Miklas.

Siegele, Dr. Fuchs, Ferd. Berger, Parrer, Alois Brandl, Meixner, Zaunegger, Kienzl, Guggenberg, Schoiswohl, Prisching, Eisenhut, L. Diwald, Jukel, Nidrist, List, R. Gruber, Wollek, Höher, Schraffl, Loser.

III. Entwurf.

Die Zentralisierung und Vereinheitlichung des gesamten deutschen Nachrichten-, Aufklärungs- und Propagandadienstes im In- und Ausland ist seit langer Zeit eine dringende Forderung, die seitens Sr. Exzellenz des Herrn Ersten Generalquartiermeisters zu wiederholten Malen bei dem Herrn Reichskanzler erhoben worden ist. Sie wird nunmehr zur unabweisbaren Notwendigkeit, nachdem sowohl England, als auch Amerika, Frankreich und Italien besondere Propagandaministerien errichtet haben.

Welche Bedeutung man in England der Propaganda beimißt, geht aus der Tatsache hervor, daß es dort zur Zeit sogar drei Propagandaminister gibt: Lord Northcliffe für das feindliche Ausland, Mr. Robert Donald für das neutrale Ausland und Mr. Rudyard Kipling für das Inland!

In Berlin gibt es zur Zeit bei den verschiedenen Reichsämtern und Kriegsorganisationen über 22 Pressestellen, die — ohne einheitliche Leitung — völlig zusammenhanglos nebeneinander, ja manchmal sogar, ohne es zu wissen und zu wollen, gegeneinander arbeiten. Der Versuch, diesen Mißstand durch Schaffung der Stelle eines Pressechefs

Digitized by Google

beim Reichskanzler zu beseitigen, ist mißlungen. Hierzu bedarf es einer Persönlichkeit von autoritativer Stellung im öffentlichen und staatlichen Leben, die in dauerndem und unmittelbarem Verkehr mit dem Reichskanzler steht und von diesem über alles unterrichtet wird und regelmäßig Weisungen erhält. Die vornehmste Aufgabe dieses neuen Aufklärungsministers würde es sein, die vielen bestehenden Presse-Organisationen zusammenzufassen und einheitlich zu leiten, sowie sie rechtzeitig und vorausschauend zu orientieren.

Zudem würde es ihm obliegen, endlich einmal eine großzügige und einheitliche Propaganda durch Reden und Interviews von Staatsmännern zu organisieren. Eine solche Propaganda ist ein unabweisbares Bedürfnis nicht nur zur Aufrechterhaltung der Stimmung in der Heimat, sondern auch zur Schwächung der feindlichen Heimatfront. In England wurden z. B. in den letzten acht Tagen fünf Propagandareden gehalten, deren Wirkung in erster Linie auf die Zermürbung der Stimmung hinter der Front der Mittelmächte berechnet war.

Ein Aufklärungsminister allein würde auf Grund seiner genauen Kenntnis der allgemeinen politischen und militärischen Lage befähigt sein zu entscheiden, ob, wann und von welchem Ressort öffentliche staatsmännische Kundgebungen zu erfolgen haben. Im Auftrage des Reichskanzlers würde er jedem der einzelnen Ressortminister die ihm zukommenden Propagandaaufgaben zuweisen.

Zur Erreichung dieses Zieles würde es keineswegs einer umfangreichen Neu organisation bedürfen. — Es gilt lediglich, alle bestehenden Organisationen unter einer starken staatsmännischen Persönlichkeit, die sich überall durchzusetzen vermag, einheitlich zusammenzufassen. Falls es nicht erwünscht sein sollte, den Posten für einen Aufklärungsminister neu in den Etat einzustellen, wird angeregt, den Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Exzellenz Dr. Solf, der zur Zeit ohne eine seine Arbeitskraft ausfüllende Tätigkeit sein dürfte, mit dieser besonderen Aufgabe zu betrauen. Seine im Interesse der Kolonialpropaganda gehaltenen Reden haben im Inlande lebhaften Anklang und Beachtung gefunden; zudem besitzt Exzellenz Dr. Solf im Auslande ein hohes staatsmännisches Ansehen, seinen Reden wird in der ausländischen Presse, auch in der feindlichen, stets besondere Beachtung geschenkt.

Die Vereinheitlichung unseres ganzen Aufklärungs-, Propaganda- und Pressedienstes ist eine so dringende und unabweisbare Notwendigkeit, daß schnelles Handeln durchaus erforderlich erscheint. Es dürfte sich daher empfehlen, den Staatssekretär des Reichskolonialamtes mit dieser Aufgabe sofort versuchsweise zu beauftragen. In der Presseabteilung des Reichskolonialamtes würde Exzellenz Dr. Solf zunächst eine ausreichende Organisation zur Erfüllung seiner Aufgaben besitzen, zumal wenn diese

Digitized by Google

durch Verbindungsleute der verschiedenen Presseorganisationen verstärkt würde. Auf diese Weise könnte der neue Aufklärungsminister unverzüglich in wirksame Tätigkeit treten, ohne daß es hierzu neuer Kosten oder neuer, zeitraubender Organisationen bedürfte. Die bereits bestehenden Pressestellen bei den verschiedenen Ämtern sollen durch die Schaffung einer Zentralstelle in keiner Weise in ihrer sonstigen Ressort-Unterstellung beschränkt werden. Sie bleiben Organe der betreffenden Ressorts, deren Spezialaufträge sie nach wie vor auszuführen haben — nunmehr jedoch nach einheitlicher Weisung des im Auftrage des Herrn Reichskanzlers tätigen Aufklärungsministers.

Da es sich um Ausgaben im Interesse der Kriegführung handelt, erscheint es zweckmäßig, die gesamten Kosten des neuen Propagandaministeriums auf Kriegsfonds zu übernehmen.

3.

Der Reichskanzler. Berlin, den 26. 3. 1918.
P. Nr. 136/18.
Auf das Schreiben v. 20. 3. d. J.
M. J. Nr. 28 826 P.

An den Chef des Generalstabs des Feldheeres.

Die von Euer Exzellenz vorgeschlagene einheitliche Zusammenfassung des Aufklärungswesens unter der Oberleitung einer hochstehenden, in der politischen Welt bekannten Persönlichkeit ist, soweit das Heimatgebiet in Betracht kommt, bereits von mir in die Wege geleitet*). Die dazu nötige Organisation geht ihrer Vollendung entgegen. Das Kriegsministerium wirkt dabei mit und hat die Aufgabe übernommen, die Zusammenarbeit der Militär- und Marinebehörden mit der neuen Zentralstelle zu vermitteln. Ich darf daher annehmen, daß Euer Exzellenz inzwischen durch den Herrn Kriegsminister näher unterrichtet worden sind.

Für die Aufklärungstätigkeit im Auslande, die ein untrennbarer Bestandteil der äußeren Politik überhaupt ist, muß meines Erachtens das Auswärtige Amt nach wie vor die allein verantwortliche und maßgebende Zentralstelle bleiben. Seine Nachrichtenabteilung ist zu diesem Zweck im Lauf des vergangenen Jahres derart ausgebaut worden, daß sie die ihr obliegenden Aufgaben durchaus befriedigend zu erfüllen vermag. An der weiteren Vervollkommnung des Aufklärungsdienstes wird dauernd tatkräftig gearbeitet, insbesondere zur Zeit auch bei den deutschen Vertretungen im Auslande. Die Weiterentwicklung und der Erfolg dieser Arbeiten würden durch die Errichtung eines auch auf den Außendienst mit übergreifenden Aufklärungsamtes nicht gefördert, sondern zum Schaden der Sache gestört und gefährdet werden. gez. Hertling.

*) Bei dem In-die-Wege-leiten blieb es bis Ende August 1918.

Digitized by Google

4.

Der Reichskanzler. Gr. H. Qu., 29. 8. 1918.
P. Nr. 682/18.

An sämtliche Reichsämter.

Um die Kriegführung noch wirksamer als bisher durch öffentliche Kundgebungen in Wort und Schrift zu unterstützen, habe ich folgende Bestimmung getroffen:

1. Dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wird die Gesamtleitung eines Werbe- und Aufklärungsdienstes übertragen, der die Aufgabe hat, im Zusammenwirken mit dem laufenden Presse- und Nachrichtendienste im In- und Auslande planmäßig richtunggebende Reden, Veröffentlichungen und sonstige Veranstaltungen ins Werk zu setzen, durch die der feindlichen Propaganda entgegengewirkt und ein geistiger Angriffsfeldzug aller dazu befähigten Kräfte zugunsten Deutschlands und seiner Verbündeten durchgeführt werden kann.

2. Nach den Weisungen des Herrn Staatssekretärs wird der oben erwähnte Werbe- und Aufklärungsdienst

a) soweit er politische Gegenstände behandelt, von meinem Pressechef, dem Direktor Deutelmoser,

b) soweit er militärischer Art ist, von dem Oberst und Abteilungschef im Generalstabe des Feldheeres v. Haeften einheitlich geleitet.

Dem Oberst v. Haeften fällt dabei die besondere Aufgabe zu, der Obersten Heeresleitung den ihr gebührenden Einfluß auf den Werbe- und Aufklärungsdienst zu sichern. Er vermittelt zu diesem Zweck den gesamten mit diesem Dienste zusammenhängenden Verkehr zwischen der politischen Reichsleitung und dem Herrn Chef des Generalstabes des Feldheeres.

3. Mein Pressechef hat von mir die Vollmacht erhalten, in dem Rahmen seiner oben bezeichneten Tätigkeit die Presse- und Nachrichtenstellen sämtlicher Reichsämter zu seiner Unterstützung heranzuziehen. Er ist ferner befugt, mit allen Zentralbehörden des Reichs und der deutschen Bundesstaaten für die Zwecke des Werbe- und Aufklärungsdienstes unmittelbar zu verkehren.

4. Die gleichen Befugnisse stehen dem Oberst v. Haeften in seinem Verhältnis zu den Presse- und Nachrichtenstellen der Armee und Marine und für den Verkehr mit sämtlichen Militärbehörden des Reiches zu.

5. Um ihr einheitliches Zusammenwirken sicherzustellen, haben sich der Pressechef und Oberst v. Haeften fortlaufend über die von ihnen geplanten oder ins Werk gesetzten Maßnahmen zu verständigen und wegen der Arbeitsverteilung von Fall zu Fall das Nötige zu vereinbaren.

Digitized by Google

6. An den regelmäßigen Pressevorträgen, die bei mir, meinem Stellvertreter oder bei dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes stattfinden, nimmt Oberst v. Haeften grundsätzlich teil. Er ist ferner zu allen Sitzungen einzuladen, bei denen die Vertreter der Presse politische Informationen erhalten.

7. Die bürgerlichen Zentralbehörden und Nachrichtenstellen werden in dem für ihre Mitwirkung oder Information erforderlichen Umfange von sämtlichen Richtlinien, die der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes für den Werbe- und Aufklärungsdienst festgelegt hat, durch die Vermittlung des Pressechefs in Kenntnis gesetzt.

Die dem gleichen Zweck dienende Verständigung der Militärbehörden fällt dem Oberst v. Haeften zu.

8. So lange mein Pressechef durch die oben bezeichnete Sonderaufgabe in Anspruch genommen ist, werden die Dienstgeschäfte der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes durch deren Dirigenten versehen.

gez. von Hertling.

Digitized by Google

XIV. Zurückhaltung in der Wahlrechtsvorlage.

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	26. 11. 17	Minister des Innern	Richtigstellung zur Wahlrechtsfrage.
2.	8. 12. 17	Minister des Innern	Schwierige Lage der inneren Politik.
3.	29. 4. 18	Generalquartiermeister	Schriftwechsel mit dem Abgeordneten Stresemann.

1.

Der Erste Generalquartiermeister. Gr. H. Qu., den 26. 11. 1917.

An den Minister des Innern.

Hochverehrte Exzellenz!

Nach Mitteilung eines Abgeordneten in Berlin hat der Minister Dr. Friedberg anderen Abgeordneten gegenüber geäußert, die O. H. L. habe erklärt, „das gleiche Wahlrecht müsse im Abgeordnetenhause sofort angenommen werden und der Widerstand des Herrenhauses durch Einmischung des Reichstags gebrochen werden, um Munitionsstreiks zu verhindern".

Ich kann an der Tatsache, daß ein solcher oder ähnlicher Ausspruch von mir verbreitet wird, leider deshalb nicht zweifeln, weil mein Gewährsmann bereit ist, mit seinem Namen für die Richtigkeit einzutreten.

Da es Euer Exzellenz selbst am besten bekannt ist, daß ich mich niemals zu Ihnen in solchem oder ähnlichem Sinne ausgesprochen habe, und da ich außerdem die Begründung (Furcht vor Munitionsstreiks) als völlig haltlos ansehe, so bitte ich Euer Exzellenz, diesem Gerücht in seinem ganzen Umfange entgegenzutreten. Ich möchte aber weiter bemerken, daß ich stets, auch seinerzeit dem Herrn Reichskanzler gegenüber, betont habe, daß die O. H. L. den dringenden Wunsch habe, aus der Diskussion in innerpolitischen Fragen grundsätzlich herausgelassen zu werden und daß niemand ein Recht habe, sie für sich in dieser oder jener Richtung in Anspruch zu nehmen.

Digitized by Google

Ich wäre Euer Exzellenz aufrichtig dankbar, wenn Sie auch dies bei Richtigstellung des oben erwähnten Gerüchts aussprächen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung bin ich Euer Exzellenz sehr ergebener gez. Ludendorff.

Unter dem 29. 11. 1917 erhielt ich bereits eine Antwort des Ministers des Innern, die die Angelegenheit vollständig aufklärte.

Ich antwortete unter dem 8. 12. 1917.

2.

Gr. H. Qu., den 8. 12. 1917.

An den Minister des Innern.

Euer Exzellenz danke ich sehr ergebenst für Ihren Brief vom 29. 11. — Ich begrüße es, daß Sie und Herr Friedberg den in Frage stehenden Gerüchten entgegentreten wollen. Die erwähnte Mitteilung war mir vom Geheimrat R. in der wohlmeinenden Absicht gemacht worden, ein Hereinziehen der O. H. L. in den Streit der Meinungen über die innere Politik zu verhindern. Ich setze voraus, daß ihm aus der Mitteilung seines Namens bei der Weiterverfolgung der Angelegenheit keinerlei Unannehmlichkeiten entstehen.

Wenn nun auch der vorliegende Schriftwechsel zwischen Euer Exzellenz und mir sich gerade um die Fernhaltung der O. H. L. aus der inneren Politik dreht, so möchte ich Ihnen persönlich gegenüber doch mit einigen Bemerkungen auf einen allgemeinen Punkt Ihres Schreibens, der meines Erachtens von entscheidender Tragweite ist, eingehen. Euer Exzellenz mögen mir dabei ein offenes Wort nicht verübeln.

Euer Exzellenz lassen durchblicken, daß eine Ablehnung des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts Streikbewegungen in großem Umfange und damit den Verlust des Krieges hervorrufen könne. Um solche Streiks zu verhindern, würden die verbündeten Regierungen sogar einem Antrag des Reichstages, in allen Bundesstaaten das Reichstagswahlrecht ohne alle Kautelen zwangsweise einzuführen, unter Umständen zustimmen müssen.

Dies würde nichts anderes bedeuten, als eine Bankrotterklärung der Regierung. Angesichts der Lage glauben Euer Exzellenz sich aber zu einer solchen Haltung gezwungen, um einer Katastrophe vorzubeugen.

Das Vorhandensein eines solchen Zwanges kann ich nicht anerkennen.

Die Gefahr von Generalstreiks oder größeren Unruhen besteht meines Erachtens gar nicht. Erstens würde die Propaganda für derart gewaltsame Unternehmungen nicht den gefürchteten Erfolg haben; dazu ist der weitaus größte Teil des Volkes viel zu verständig und patriotisch gesinnt. Vor-

Digitized by Google

bedingung ist nur, daß die Regierung fest bleibt. Dann aber hieße es auch den Führern der Arbeiterschaft Unrecht tun, wenn man ihnen solche vaterlandsverräterischen Umtriebe zutraute, die im übrigen gegen ihr ureigenes Interesse wären, denn ein verlorener Krieg träfe gerade die Arbeiter am schwersten. Ohne Sieg muß der deutsche Arbeiter verarmen. Dies haben alle Gewerkschafts- usw. Führer, mit denen ich gesprochen habe, offen zugegeben. Äußerstenfalls aber müssen wir gegen ungerechtfertigte Bewegungen mit allen Mitteln vorgehen.

Wir haben also meines Erachtens gar keinen Grund, uns durch die Besorgnis vor Generalstreiks in unserer Politik irgendwie bestimmen zu lassen. Wir können sie vielmehr so führen, wie das Gesamtwohl es erfordert. Hierzu aber gestatten Euer Exzellenz mir noch einige Bemerkungen allgemeiner Art.

Ich bin der Ansicht, daß der Krieg uns wahrlich keinen Grund zur Demokratisierung und Parlamentarisierung gegeben hat; die Zustände in den demokratisch regierten feindlichen Ländern können uns in keiner Weise zur Nachahmung reizen.

Vielmehr halte ich eine Politik des Nachgebens gegenüber dem „Zeitgeist" für außerordentlich gefährlich. Sie muß in ihren Konsequenzen zum Niedergang führen. Das zeigt die Geschichte und in gewisser Weise auch der bisherige Verlauf unserer Politik. Das Wiederaufnehmen der Führung durch die Regierung bis auf die Zeit nach dem Kriege zu verschieben, hieße, sich selbst etwas Unmögliches vortäuschen. Ich möchte es Euer Exzellenz persönlich gegenüber nicht unerwähnt lassen, daß ich gerade in dem nachgebenden Verhalten des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gegenüber der Linken den Grund sah, daß ich sein Scheiden aus dem Amt als eine Befreiung begrüßte.

Unsere Politik muß über den Parteien stehen und diese führen. Das gilt angesichts der schwierigen Lage, in der wir uns nach dem Kriege finanziell, wirtschaftlich und sozial befinden, doppelt. Wie die Regierung diese Aufgaben lösen soll, wenn sie immer weiter nachgibt und sich nach links orientiert, ist mir nicht klar.

Ich weiß, daß mir nachgesagt wird, ich sei überhaupt ein Gegner politischer und sozialer Reformen. Das ist unwahr. Ich habe z. B. auf den Gebieten der Bevölkerungspolitik, der Wohnungsreform, des Siedlungswesens, in der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Notwendigkeit von durchgreifenden Änderungen den in Betracht kommenden Stellen gegenüber betont. Wohl aber halte ich solche „Reformen" in der Politik für falsch, die uns schädigen.

Das ist es, was ich glaubte, Euer Exzellenz nicht vorenthalten zu dürfen. Meine Bemerkungen sind jedoch nur für Sie persönlich bestimmt.

Digitized by Google

Anderen gegenüber habe ich stets an dem Grundsatz, zu Fragen der inneren Politik keine Stellung zu nehmen, festgehalten. Das gilt im besonderen für das Wahlrecht. Wohl aber habe ich jedem, der fragte, ob die O. H. L. eine Streikgefahr befürchte, geantwortet, daß meines Erachtens eine solche Gefahr nicht vorliege. Hier konnte ich nicht schweigen, denn es handelt sich im Gegensatz zum Wahlrecht um eine Frage von größter militärischer Bedeutung.

In Verehrung bleibe ich Euer Exzellenz ergebenster

gez. Ludendorff.

3.

Schriftwechsel mit dem Reichstagsabgeordneten Herrn Stresemann.

Berlin, den 29. April 1918.

An Herrn Generalquartiermeister Ludendorff, Großes Hauptquartier.

Euer Exzellenz wollen mir gestatten, Ihnen in nachfolgender Frage meine Ansichten und Sorgen über eine für die Entwicklung unserer innerpolitischen und außenpolitischen Zukunft bedeutungsvolle Frage vorzutragen.

In den Kreisen des Reichstages und Landtages wird verbreitet, daß eine Auflösung des Preußischen Abgeordnetenhauses im Falle der Ablehnung der Regierungsvorlage über das gleiche Wahlrecht nicht stattfinden würde, weil die Oberste Heeresleitung sich dem widersetze. Es wird darauf hingewiesen, daß die Oberste Heeresleitung erkläre, ein Wahlkampf sei während des Krieges vom militärischen Standpunkt aus nicht zu dulden, da die Stimmung an der Front darunter leiden würde. Infolgedessen müßten die Wahlen bis nach Eintritt des Friedens verschoben werden.

Es wird Euer Exzellenz nicht überraschen, daß diese Beweggründe, wenn sie in dieser Form richtig wiedergegeben sind, nicht von allen Seiten objektiv gewürdigt werden; infolgedessen macht sich jetzt schon das von ganz links stehender Seite geprägte Schlagwort breit: „Hindenburg und Ludendorff sind gegen das gleiche Wahlrecht", und dieses Schlagwort ist geeignet, schwere Erschütterungen für den Siegeswillen der Nation herbeizuführen.

Gestatten mir Euer Exzellenz, auf die objektive Würdigung der Bedenken einzugehen, die nach Ansicht der Obersten Heeresleitung gegen einen Wahlkampf während des Krieges sprechen sollen. Ich verkenne nicht die äußerst unliebsamen Erschütterungen eines solchen Wahlkampfes und habe meinerseits erst vor kurzem die Hoffnung geäußert, daß es zu einer Einigung zwischen der Regierung und den Parteien kommen möge, da an einem

Digitized by Google

Wahlkampf nur die Herren Lloyd George und Clemenceau ihre Freude haben würden. Sollte eine solche Einigung aber, wie es scheint, nicht erfolgen, so bitte ich, nicht zu vergessen, daß die unausgetragene Spannung der abgelehnten Wahlrechtsvorlage die Stimmung im Innern bis zum letzten Kriegstage beherrschen würde. Während gegenwärtig aller Augen auf das außenpolitische Kriegsziel gerichtet sind und die Mehrheit des 19. Juli unter dem energischen Sichaufbäumen der Siegesstimmung im deutschen Volke zusammengebrochen ist, würde die Ablehnung des gleichen Wahlrechts mit einem Schlage die innerpolitische Plattform der Wahlrechtsfrage in den Vordergrund stellen und damit gerade die Gruppe des 19. Juli erneut stärken. Dem „Berliner Tageblatt", dem „Vorwärts" und der „Germania" des Herrn Erzberger könnte gar kein größerer Triumph beschieden werden, als wenn jetzt die Wahlrechtsfrage das innere Leben Deutschlands bis zum Kriegsschluß beherrschen würde und damit alle Parteien, welche geschlossen oder in ihrer Mehrheit für das gleiche Wahlrecht eintreten, darunter auch die nationalliberale Partei, an die Seite dieser Mehrheit gedrängt werden, während es die Forderung des Tages ist, die Wahlrechtsvorlage aus der Debatte des Tages verschwinden zu lassen, um die Zusammenfassung der seelischen Kräfte der Nation für die Auswirkung der deutschen Siege zum Aufbau eines größeren Deutschlands vorzubereiten und durchzuführen und Herrn Scheidemann mit seiner Politik des Status quo wieder so zu isolieren, wie dies in den ersten Jahren des Krieges der Fall war. Nichts aber würde, ich kann das nicht oft genug wiederholen, diese Entwicklung stärker unterbrechen, als die dauernd wachgehaltene Erregung über die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage durch ein Hinausschieben der notwendigen Entscheidung.

So unerwünscht ein Wahlkampf wegen der Rückwirkung auf das Ausland wäre, so besteht doch gar kein Zweifel darüber, daß er sich verhältnismäßig sehr schnell und ruhig vollziehen würde. Bei der Form des Dreiklassenwahlrechts haben die preußischen Wahlen überhaupt niemals eine große Erregung hervorgerufen. In all den Fällen, in denen Wahlrechtsfreunde bisher gegeneinander kandidierten, würde der Burgfrieden gewahrt werden, so daß ein Wahlkampf gar nicht in Frage käme. Gekämpft würde schließlich nur in etwa 75 Wahlkreisen, da die Entscheidung ja von wenigen Stimmen abhängig ist. Nach vier Wochen aufgeregter Pressekommentare wäre die Ruhe wieder eingekehrt, und wir könnten uns daraufhin konzentrieren, den Siegeswillen des Volkes wachzuhalten und hätten die Bahn frei für die außenpolitischen Fragen.

Vor allem aber möchte ich als einer von denen, die in Hunderten von Versammlungen sich für die unbedingte Autorität der Obersten Heeresleitung eingesetzt haben, auf das dringendste davor warnen, daß sich die

Digitized by Google

Oberste Heeresleitung in den innerpolitischen Kampf hineinziehen läßt. Über alle Grenzen der politischen Parteien hinweg hat sich bisher das 70 Millionenvolk der Deutschen in dem Vertrauen zu der Obersten Heeresleitung zusammengefunden. Alle Versuche einzelner, dieses Vertrauen zu erschüttern, waren von vornherein zur Einflußlosigkeit verdammt. Erfährt man aber in weiteren Kreisen der Öffentlichkeit, daß die Oberste Heeresleitung sich der Auflösung des Landtages widersetzt, dann würde es den sozialistischen und anderen Demagogen leicht sein, die Formel zu prägen, daß sich die Oberste Heeresleitung schützend vor die konservative Partei gestellt und den Kampf gegen die Durchführung des gleichen Wahlrechts ihrerseits unterstützt habe. Welche Wirkung dieses Schlagwort haben kann, bitte ich, nur an der einen Tatsache zu ermessen, daß es in den süddeutschen Staaten Gegner des gleichen Wahlrechts überhaupt nicht gibt und von den preußischen Wählern etwa 85 v. H. auf dem Boden des gleichen Wahlrechts stehen. Für alle die großen außenpolitischen Fragen, bei denen das Votum der Obersten Heeresleitung von entscheidender Bedeutung sein muß, würde das unvergeßliche Vertrauen, das die Oberste Heeresleitung bis zur Stunde besitzt, gemindert werden, und den Erfolg davon würden die Freunde des Verzichtsfriedens tragen.

Ich bitte Euer Exzellenz es mir nicht zu verübeln, wenn ich in voller Offenheit meine Besorgnisse vortrage. In den Zeiten dieses Weltkrieges glaube ich in der Heimat mich mit voller Kraft für die Ideen der Obersten Heeresleitung eingesetzt zu haben, so daß eine Mißdeutung meiner Stellung nicht möglich ist. Um so mehr fühle ich mich dazu verpflichtet, meine warnende Stimme zu erheben, um wenigstens nicht durch mein Schweigen daran mitschuldig zu werden, daß Kräfte gegen die Oberste Heeresleitung entfesselt werden, die bisher erfreulicherweise unter dem Einfluß des unbegrenzten Vertrauens des ganzen Volkes in die Oberste Heeresleitung zum Schweigen verurteilt waren.

In aufrichtiger Hochschätzung Euer Exzellenz sehr ergebener

gez. Stresemann.

Antwort.

Sehr verehrter Herr Stresemann.

Für Ihren ausführlichen Brief und die klare Aussprache danke ich, wie für jedes offene Wort.

Sie wissen, daß ich nur an den Enderfolg des Krieges denke und daß ich mich über innerpolitische Fragen, so sehr sie mich auch bewegen, der Reichsregierung gegenüber nur dann ausspreche, wenn sie meines Erachtens den Enderfolg berühren. Mein Tun und Lassen wird dadurch bestimmt.

Mit verbindlichem Gruß

gez. Ludendorff.

Digitized by Google

XV. Zur Schaffung des Königreichs Polen.

Reichstagsrede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 19. 8. 1915.

„Unsere und die österreichisch-ungarischen Truppen haben die Grenze von Kongreßpolen gegen Osten erreicht, und beiden fällt die Aufgabe zu, das Land zu verwalten. Geographische und politische Schicksale haben seit Jahrhunderten Deutsche und Polen gegeneinander zu kämpfen gezwungen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze mindert nicht die Achtung vor der Leidenschaft, Vaterlandsliebe und Zähigkeit, mit der das Volk seine alte westliche Kultur, seine Freiheitsliebe gegen das Russentum verteidigt und auch durch das Unglück dieses Krieges bewahrt hat. Die gleißnerischen Versprechungen unserer Feinde ahme ich nicht nach. Aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann."

Reichstagsrede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 5. 4. 1916.

„Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die polnische Frage aufzurollen; das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht. Das Polen, das der russische Tschinownik, noch hastig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher, ein Pole ehrlich für das Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinem Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein? Nein, meine Herren, Rußland darf nicht

Digitized by Google

zum zweiten Male seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Gelde das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten."

Aus: „Die Schuld an der Wiederherstellung Polens" von Professor Dr. Dietrich Schäfer. Flugblatt aus „Deutschlands Erneuerung", Monatsschrift für das deutsche Volk. J. F. Lehmanns Verlag, München.

In fast unmittelbarem Anschluß an die gemeinsame Eroberung Polens (Iwangorod ist am 4. 8. 1915 von den Österreichern, Warschau am 5. von den Deutschen besetzt worden) ist Österreich-Ungarn an die deutsche Regierung mit dem Verlangen herangetreten, daß das sogenannte Kongreßpolen an die habsburgische Monarchie angeschlossen werden möchte. Burian hat schon im August solchen Anspruch angemeldet, Graf Andrassy ihn dann publizistisch vertreten.

Unmittelbar nach den kriegerischen Erfolgen im August und September 1915 hat der Geheime Regierungsrat Professor Dr. Sering von der Berliner Universität die eben besetzten Gebiete im Auftrage der Regierung bereist. Er hatte eine Studienreise von jungen Volkswirten geleitet, die unlängst vor dem Kriege nach Rußland unternommen worden war, und wird daher wohl als Kenner der östlichen Verhältnisse angesehen worden sein. Der Bericht über seine Erkundungsfahrt ist Ende September 1915 niedergeschrieben. Professor Sering ist dann mit dem Reichskanzler und dem Generalgouverneur in Warschau, Exzellenz v. Beseler, in Verbindung geblieben. Aus dem Juli 1916 stammt eine von ihm verfaßte Denkschrift, welche die Zukunft Polens im Anschluß an Deutschland zu zeichnen versucht. Sie beschäftigt sich so gut wie ausschließlich mit der wirtschaftlichen Lage des Landes, sucht darzulegen, daß die wirtschaftliche Lösung von Rußland nicht so schwierig sei, wie man in der Regel annehme, daß eine Zolleinigung mit Deutschland Vorteile biete, die geeignet seien, den Verlust zu ersetzen. Jedenfalls sei für Polens Wirtschaftsleben ein Anschluß an Deutschland sehr viel vorteilhafter als ein solcher an Österreich-Ungarn. Unerläßliche Vorbedingung des Gedeihens aber sei, daß Polen ostwärts über die ihm von Rußland gesteckten Grenzen hinaus einen starken Zuwachs durch die weniger bewohnten und entwickelten weißrussischen und ukrainischen Gebiete erfahre. Die Denkschrift verlangt zwar militärische Sicherung Ost- und Westpreußens durch Verlegung der Grenze an die Narew-Linie, vertritt aber die Ansicht, daß Polen möglichst stark sein müsse, um eine wirksame Deckung gegen Rußland darstellen zu können: „Deutschland braucht zum Schutz gegen Rußland einen östlichen Nachbar, dessen bedeutende Wehrkraft sich mit der

Digitized by Google

deutschen aufs engste verbindet. Deutschland muß ein starkes Polen wünschen, das seine reichen geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zur vollen Entfaltung bringt und sich in der Vereinigung aus diesem Grunde wohl fühlt. Unter dem Schutze des mächtigen und im eigenen Interesse die polnische Entwicklung fördernden Deutschlands vermag Polen seine historische Mission der Verteidigung von Mitteleuropa und seiner Kultur am vollkommensten zu erfüllen. Macht man den Polen Luft, gibt man ihnen ein weites Arbeitsfeld in den wenig bevölkerten Bezirken des Ostens, so wird auch der letzte Grund für die bisherigen Kämpfe entfallen.

Aufzeichnung über die in Wien am 11. und 12. August 1916 zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann und Baron Burian geführten Verhandlungen.

Die Aufzeichnung ist in beiderseitigem Einverständnis erfolgt.

Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß ein selbständiges Königreich Polen mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung errichtet werden soll. Über die Absicht der Gründung dieses Nationalstaates soll baldmöglichst eine Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen erfolgen, während die Konstituierung des Staates selbst einem späteren Zeitpunkt — nach Beendigung des Krieges — vorbehalten bleiben muß. So lange der Krieg dauert, muß Polen Okkupations- bzw. Etappengebiet bleiben. Hierbei wurde der Wunsch geäußert, daß die Zoll- und Verkehrsschranken, die das deutsche und österreichisch-ungarische Gebiet jetzt trennen, möglichst herabgesetzt werden. Die beiderseitigen Regierungen werden hierüber in Verhandlungen treten.

Über die genaue Abgrenzung des neuen Staates, welcher in der Hauptsache aus Kongreßpolen zu bilden wäre, wird später Entscheidung getroffen werden. Der deutsche Reichskanzler erklärte, daß zur militärischen Sicherung der deutschen Grenze gewisse Abtrennungen des jetzigen russisch-polnischen Gebiets erforderlich sein würden, doch sollten dieselben auf das unbedingt militärisch Notwendige beschränkt werden. Das Gouvernement Suwalki wird dem neuen Königreich nicht angehören. Baron Burian erklärte sich prinzipiell hiermit einverstanden und behielt sich auch seinerseits die vom österreichisch-ungarischen Standpunkt erforderlichen militärischen Grenzberichtigungen vor. Er äußerte ferner den Wunsch, daß von Litauen möglichst die Gebietsteile mit vorwiegend polnischer Bevölkerung — vor allem die Stadt Wilna — dem polnischen Staate zugeteilt werden.

Digitized by Google

Der deutsche Reichskanzler stimmte dieser Auffassung grundsätzlich zu. Der polnische Staat soll schließlich, so weit dies im Frieden mit Rußland durchzusetzen sein wird, möglichst weit nach Osten ausgedehnt werden.

Die innere Verwaltung des polnischen Staates bleibt diesem überlassen, vorbehaltlich einer erforderlichen Übergangsperiode. In außerpolitischer Hinsicht wird Polen dem Bündnis der beiden Kaiserreiche angeschlossen, eine eigene auswärtige Politik kann Polen nicht führen. Die Beschränkungen eines Gesandtschaftsrechts Polens bleiben weiterer Erwägung vorbehalten. Verträge mit anderen Staaten zu schließen, ist Polen nur insoweit berechtigt, als der Inhalt dieser Verträge nicht im Widerspruch steht mit den in den Abmachungen der beiden Zentralmächte enthaltenen Beschränkungen. Deshalb müssen die Verträge den beiden Mächten vorher vorgelegt werden.

Polen erhält seine eigene Armee. Über deren Errichtung sowie über die gesamte Organisation der gesamten militärischen Verhältnisse soll die erforderliche Vereinbarung durch eine gemischte militärische Kommission vorbereitet werden. Baron Burian wird dafür eintreten, daß die Aufsicht und oberste Führung der Armee einheitlich sei und Deutschland zufalle. Der Abschluß der erforderlichen Militärkonvention mit Polen wird nach Maßstab der vorstehenden Gesichtspunkte seitens beider Zentralmächte erfolgen.

In wirtschaftlicher Hinsicht vertrat der deutsche Reichskanzler die Notwendigkeit der Einbeziehung des polnischen Staates in das deutsche Zollgebiet, und zwar unter dem Gesichtspunkt der eigenen ökonomischen Lebensinteressen des polnischen Staates.

Baron Burian dagegen vertrat den Standpunkt, daß beide Kaiserreiche gleiche ökonomische Rechte in Polen haben müßten, ein Zollanschluß an Deutschland aber eine Benachteiligung der österreichisch-ungarischen Interessen darstelle sowie politisch bedenklich sei und daher ein eigenes polnisches Zollgebiet gebildet werden solle. Es wurde vereinbart, daß die Frage der praktischen Wirkungen der verschiedenen Zollsysteme zunächst durch Sachverständige geprüft werden solle. Baron Burian stellte die baldigste Entsendung solcher Sachverständigen nach Berlin in Aussicht. Es wurde angeregt, daß aus den polnischen Eisenbahnen, die fast durchgängig russischer Staatsbesitz waren, eine Aktiengesellschaft gegründet werden solle. Der bezügliche Aktienbesitz verteilt sich unter die beiden Zentralmächte nach der Quote der Kriegsentschädigung.

Die beiden Zentralmächte garantieren sich gegenseitig durch besonderen Vertrag, daß kein Teil ihrer bisherigen polnischen

Digitized by Google

Landesteile dem neuen polnischen Staate zufallen darf.

Gleich nach des Generalfeldmarschalls und meinem Eintritt in die Oberste Heeresleitung Ende August 1916 erklärten der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr v. Jagow, daß auf einen Frieden mit Rußland nicht zu rechnen sei. — S. auch Helfferich: Weltkrieg I.

Von der Besprechung des Hamburger Bankiers Warburg mit Protopopow, der im Oktober 1916 Minister des Innern wurde, erhielten wir keine Mitteilung.

Aus: „Die Schuld an der Wiederherstellung Polens" von Professor Dr. Dietrich Schäfer. Flugblatt aus „Deutschlands Erneuerung", Monatsschrift für das deutsche Volk. J. F. Lehmanns Verlag, München.

Fünfzehn Tage vor der Proklamation, am 21. 10. 1916, hat der Reichskanzler die Minister des Innern, der Finanzen, der öffentlichen Arbeiten und der Landwirtschaft, den Staatssekretär v. Jagow, den Unterstaatssekretär Wahnschaffe, den Generalgouverneur von Warschau, General v. Beseler, dazu von Herrenhausmitgliedern den Fürsten v. Hatzfeld, Graf Arnim-Boitzenburg, Graf York v. Wartenburg, Herrn v. Buch, Graf Behr-Behrenhoff und außerdem noch die Herren v. Batocki, Krupp v. Bohlen und Halbach und den Posener Oberbürgermeister Wilms um sich versammelt. In anderthalbstündiger Rede hat dort General v. Beseler den polnischen Staatsgedanken vertreten: „die künftige Existenz eines solchen Staates dürfe aber nicht von späteren Friedensverhandlungen abhängig gemacht werden; vielmehr sei alsbald ein Definitivum zu schaffen; der gegenwärtige Augenblick scheine besonders geeignet, in dieser Richtung vorzugehen. Die militärischen Gründe hierfür seien zwingender Natur. Man rechne auf vier Divisionen durch freiwillige Werbungen und im Anschluß daran auf Aufstellung bedeutender Truppenmengen auch schon für diesen Krieg; die Oberste Heeresleitung sehe deren Beschaffung als schlechterdings notwendig an und fordere sie unbedingt. Die Stimmung eines erheblichen Teiles der Polen im Generalgouvernement Warschau komme solchem Vorgehen entgegen, ein großer Teil des Restes wird mitgerissen.

Digitized by Google

XVI. Über den U-Bootkrieg, das Friedensangebot und die Stellung Wilsons.

Verzeichnis der abgedruckten Schreiben.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	Nr. 2597 10. 9. 16	Admiralstab	Gespräch mit Vertretern des Admiralstabes: Auffassung über Beginn des U-Bootkrieges.
2.	Telegramm 23. 9. 16	Se. Majestät	Instruktion für den Botschafter Graf Bernstorff. Friedensangebot*) oder U-Bootkrieg.
3.	Nr. 14925 P. 5. 10. 16	Reichskanzler	Verantwortlichkeit für U-Bootkrieg.
	6. 10. 16	Generalfeldmarschall	Antwort hierauf.
4.	A. D. 4311 Nr. 24 578 27. 11. 16	Generalstabschef	Über unser Friedensangebot.
5.	8. 12. 16	Reichskanzler	Über Friedensangebot und U-Bootkrieg.
	—	Chef des Generalstabes	Mahnung des Reichskanzlers an seinen Vertreter im Gr. Hauptquartier.
6.	12. 12. 16	Heer u. Marine	Armeebefehl Seiner Majestät.
7.	12. 12. 16	—	Das Friedensangebot.
8.	P. Nr. 16287 20. 12. 16	Staatssekretär Zimmermann	Antrag zur Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges.
9.	Nr. 1612 21. 12. 16	Frhr. v. Lersner	Antwort hierauf.
10.	21. 12. 16	Staatssekretär d. Ausw. Amtes	Wilsonnote vom 18. 12. 16. Friedensvermittelung.
11.	Telegramm Nr. 16340 P. 23. 12. 16	Reichskanzler	Antrag zur Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges.
12.	Telegramm Nr. 1628 24. 12. 16	Generalfeldmarschall	Antwort hierauf.
13.	Telegramm Nr. 1630 24. 12. 16	Frhr. v. Lersner	Stellungnahme zum Wilsonschen Antrage.
14.	Fernschreiben P. Nr. 16377 26. 12. 16	Reichskanzler	Über die Notwendigkeit des U-Bootkrieges.
15.	5. 1. 17	—	Antwort der Verbandsmächte auf unser Friedensangebot vom 12. 12. 16.

*) Sämtliche Vorgänge waren dem Generalfeldmarschall und mir unbekannt. Der Verfasser.

Digitized by Google

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
16.	5. 1. 17	Heer und Marine	Armeebefehl Seiner Majestät.
17.	9. 1. 17	—	Aufzeichnungen des Generals v. Bartenwerffer über die Beratung zum Beginn des U-Bootkrieges.
18.	12. 1. 17	—	Antwort der Verbandsmächte auf Wilsons Friedensvermittelung.
	16. 1. 17	—	Erklärung Englands.
19.	Telegramm Nr. 86 14. 1. 17	Frhr. v. Lersner	Äußerung des Botschafters Graf Bernstorff über die Stellung der Vereinigten Staaten.
20.	—	—	Denkschrift über Behandlung bewaffneter Handelsschiffe.
21.	Telegramm Nr. 139 22. 1. 17	Frhr. v. Grünau	Weisung an Botschafter Graf Bernstorff vom 16. 1. 17.
22.	Nr. 293 22. 1. 17	O. H. L.	Antwort des Botschafters Graf Bernstorff und Stellungnahme des Auswärtigen Amts hierzu.
23.	22. 1. 17	—	Ansprache Wilsons an den Senat.
24.	Telegramm 27. 1. 17	Auswärtiges Amt	Botschafter Graf Bernstorff über Friedensvermittelungsvorschlag des Präsidenten Wilson.
25.	Telegramm Nr. 65 29. 1. 17	Botschafter Graf Bernstorff	Antwort auf Vorschlag Wilsons.
26.	11. 2. 17	Auswärtiges Amt	Amerika tritt noch nicht in den Krieg.
27.	Nr. 71 357 M. II. 16. 10. 18	Reichskanzler	Über die O. H. L. und den U-Bootkrieg.
28.	—	—	Zur Beurteilung der Politik Wilsons.
29.	—	—	Über die Wirkung des U-Bootkrieges.
30.	—	—	Angaben über die amerikanische Hilfe für die Entente.

1.

Vertreter des Admiralstabes der Marine im Großen Hauptquartier.
Nr. 2597.

Gr. H. Qu., Osten, 10. 9. 1916.

Ich habe heute General Ludendorff entsprechend den Anweisungen E. E. die Kalkmannsche Denkschrift unter Betonung ihrer Diskretion bedingenden Herkunft und ihres Wertes zu lesen gegeben. Dabei habe ich unter Bezugnahme auf das Schreiben an den Feldmarschall auf dessen wichtigsten Punkt, — größere Gefahr für Eingreifen der Neutralen bei Verzicht auf den U-Bootkrieg — nachdrücklichst hingewiesen.

Digitized by Google

L. bedauert, daß die Frage auf das politische Geleise gekommen, er betrachte sie rein militärisch. Bezüglich der Kriegsgefahr der Neutralen könne man, wie das Schreiben des Admiralstabes zeige, ja anderer Ansicht sein. Für ihn müsse das Urteil des leitenden Staatsmannes aber maßgebend sein. Er lege seinen Entschlüssen immer reale Verhältnisse zugrunde.

Ich: Der Chef des Admiralstabes glaube doch aber fest, daß die realen Verhältnisse bei den Neutralen umgekehrt lägen, als der Kanzler sie einschätzt.

L.: Er meine die realen Verhältnisse bezüglich unserer militärischen Kraft. Wenn der Kanzler ihm sage, es bestehe die Gefahr, daß Dänemark dann feindlich werde, könne er dieses nicht auf Grund einer anderen Vermutung ignorieren. Dann käme er aber zu dem Ergebnis, daß wir vorläufig die erforderlichen Kräfte nicht hätten. Schuld seien die Österreicher; 2 Divisionen, die nach Siebenbürgen sollten, hätte er an deren Front einsetzen müssen, und nun könne er das, was er vorgehabt hätte, nicht ausführen. Die Westfront verlange Reserven. Erst wenn er die Sicherheit hätte, daß alle unsere Fronten hielten, könne er ja sagen und würde es dann mit Freuden tun. Er habe bei seinen Schlachten auch manches riskiert, aber immer doch so, daß er die Überzeugung des Erfolges gehabt hätte. Man müsse sich klar sein, daß unsere militärische Lage heute schlecht sei.

Ich: Mehr als eine gewisse Kühnheit, die er bei seinen Entschlüssen gewohnt sei, sei doch hier auch nicht erforderlich. Gerade wenn wir schlecht ständen, sei es doch erwünscht, den Eindruck der Stärke durch den Entschluß zum U-Bootkrieg zu erwecken.

L.: Ein solcher Bluff sei nicht Kühnheit, sondern Leichtsinn, und das täte er nicht.

Ich: Man dürfe nicht vergessen, daß wir den Anfang des U-Boot-Krieges etwa die ersten 6 Wochen in die gute Jahreszeit legen müßten.

L.: Ja, das sei bedauerlich. Ob wir uns nicht auf die Westküste beschränken könnten? Ob es uns so auf den holländischen Nordseehandel ankomme?

Ich: Wir ließen ja den Neutralen einen freien Zugang zum Ozean. Gerade an der Westküste, Cardiff, führen viele Neutrale. Die Holländer würden nicht weniger traurig sein, wenn sie dort ein Schiff verlören, als in der Nordsee.

L. gab dies zu.

Ich: Es werde ja auch einem Hinausschieben bis zur Präsidentenwahl das Wort geredet. Das habe wenig Zweck. Die Wiederwahl Wilsons sei wohl sicher, da die Wetten auf ihn jetzt 3 : 1 ständen.

Digitized by Google

L.: Auf diese politischen Gesichtspunkte gebe er wenig, die Frage sei für ihn, wie gesagt, eine rein militärische.

Plötzlicher Abbruch der Unterredung, da L. plötzlich zum König von Bulgarien mußte.

Heute vormittag ließ Gen. L. mich wieder rufen.

Er teilte mir zunächst das auf Nr. B. 23 606 Veranlaßte mit, wie ich mit Nr. 2385 von heute gemeldet habe.

Dann gab er mir die Kalkmannsche Denkschrift zurück. Sie habe auf ihn großen Eindruck gemacht, über die Wirkungen über den Frieden hinaus habe er bisher noch nicht so nachgedacht, das sei ein sehr wichtiger Punkt. Die Flotte suche doch immer noch die taktische Entscheidung. E. E. hätten ihm gesagt, daß dazu mehr als bisher die U-Boote herangezogen würden. Könnten wir sie denn da entbehren und sie beim U-Bootkrieg verwenden?

Ich antwortete durch Anführung des Schlußsatzes des Immediatberichtes des Flottenchefs über die Skagerrakschlacht. Gen. L. stimmte dieser Auffassung voll zu. Er faßte sich darauf wie folgt zusammen:

Er lege Wert darauf, festzustellen und anerkannt zu sehen in der Marine, daß die Oberste Heeresleitung den U-Bootkrieg wünsche, sobald wir militärisch feststehen. Das tun wir heute nicht. Vor 10 Tagen habe er gehofft, daß dies heute schon der Fall sein würde. Fünf Divisionen habe er für Siebenbürgen bereitgestellt, drei davon habe er inzwischen an der österreichischen Front einsetzen müssen; Neuformationen würden nicht vor Ende des Monats fertig und was könne nicht bis dahin alles geschehen. Er müsse Halicz halten, sonst verlören wir die letzten Ölquellen, und E. E. hätten ihn gerade auf die Gefahr der drohenden Schmierölknappheit hingewiesen. (Ich bitte geh., mich über diesen Punkt zu unterrichten.) In Schleswig hätten wir drei Bataillone; mit dem Ausbau einer Stellung dort werde heute mit 20 000 Mann begonnen, statt vor zwei Jahren. Es sei heute direkt eine Versuchung für die Dänen. Die Österreicher seien wie ein Sieb: was man oben hineinfülle, laufe unten wieder hinaus. Wenn er es nur mit Deutschen zu tun hätte, würde er sagen, daß er Anfang Oktober die erforderliche militärische Sicherheit besitzen zu können glaube, da er es aber auch mit Österreichern zu tun habe, könne er sich in keiner Weise binden, sondern nur sagen, daß er dann so weit zu sein h o f f e.

Ich sagte, das sei für uns der alleräußerste Termin; bei weiterem Verschieben komme man auf das Frühjahr, und das sei im Hinblick auf die Österreicher zu spät.

Gen. L. erwiderte, das wolle er doch so bestimmt nicht annehmen, wir würden sie wohl noch weiter durchschleppen. Aber er wolle auch

Digitized by Google

keineswegs mit dem U-Bootkrieg auf das Frühjahr hinaus. Wir könnten versichert sein, sobald wir militärisch feststehen, wird er gemacht. Nach den Kriegserfahrungen komme es darauf an, wie die Engländer an der Somme, soviel Kraft wie irgend möglich aufzuspeichern und dann loszulegen. Insofern scheine es ihm ganz gut, daß wir im Frühjahr den U-Bootkrieg noch nicht begonnen hätten. Wenn es auch nicht seine Sache sei, zu beurteilen, ob wir genug Boote hätten, so sei es ihm doch eine Beruhigung zu wissen, daß wir jetzt soviel Boote hätten, daß auch er als Nichtfachmann an den Erfolg glaube.

Er hätte sich rückhaltslos ausgesprochen, da er den Wunsch hätte, daß volles gegenseitiges Vertrauen und Verstehen zwischen Heeres- und Seekriegsleitung bestehe.

2.

Telegramm. Berlin, den 23. 9. 1916, 4 Uhr 35 Min. nachm.

Der Reichskanzler an Seine Majestät den Kaiser und König.

Euerer Majestät Befehlen gemäß habe ich die Frage der Euerer Majestät Botschafter in Washington zu erteilenden Instruktionen*) einer eingehenden Prüfung unterzogen und wage folgende alleruntertänigste Vorschläge zu unterbreiten:

Dem Grafen Bernstorff wird zu seiner persönlichen Orientierung mitgeteilt, daß in der militärischen Lage ein gewisser Stillstand eingetreten sei, wenn auch unsere Stellungen überall gehalten werden können. Der Kampf an so vielen Fronten erfordere jedoch ungeheure Kräfte, und eine Beendigung des Krieges sei aus vielen Gründen erwünscht.

Euerer Majestät Marine verspräche sich mit den jetzt sehr vermehrten U-Bootkräften und angesichts der wirtschaftlichen Lage Englands einen schnellen Erfolg, der durch einen rücksichtslosen U-Bootkrieg den Hauptfeind England in wenigen Monaten zum Frieden zwingen würde.

Ein anderer Weg zur Beendigung des Krieges ließe sich eventuell dadurch finden, daß der Präsident Wilson den Mächten einen Friedensantrag macht. Dieser müßte allerdings ohne bestimmte Vorschläge territorialer Art gehalten sein, da diese Fragen Gegenstand der eigentlichen Friedensverhandlungen seien. Eine diesbezügliche Aktion des Präsidenten müsse schnell erfolgen, da wir sonst andere Entschlüsse zu fassen hätten. Wolle Wilson bis nach seiner Wahl oder bis kurz vor derselben warten, so würde es zu spät werden. Auch dürften sich die Verhandlungen über die Annahme des Friedensvorschlages nicht

*) Diese erschienen dem Generalfeldmarschall und mir als ein erster Schritt. Der Verf.

Digitized by Google

endlos in die Länge ziehen, da uns dann die Aktion keinen Vorteil, sondern nur Zeitverlust für das Einsetzen des U-Bootkrieges bringen würde. Ein längeres Hinausziehen würde auch weitere Vorbereitungen der Mächte zur Fortsetzung des Krieges bis ins nächste Jahr zur Folge haben, so daß an einen Frieden in absehbarer Zeit dann nicht mehr zu denken wäre.

Graf Bernstorff soll die Angelegenheit mit Colonel House — dem Mittelsmann, durch welchen Euerer Majestät Botschafter mit dem Präsidenten verhandelt — besprechen und die Absichten des Mr. Wilson in Erfahrung bringen. Eine Friedensaktion des Präsidenten, die nach außen hin am besten spontan erscheinen würde, könne auf eine gute Aufnahme bei uns rechnen, und dies würde ja auch für die Wahlkampagne Wilsons schon einen Erfolg bedeuten.

Die vorstehenden Vorschläge erfolgen im Einvernehmen mit Admiral von Holtzendorff.

Alleruntertänigst

gez. v. Bethmann Hollweg.

3.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Nr. 14 925 P. Gr. H. Qu., den 5. 10. 1916.

Zum Telegramm 1204.

An den Reichskanzler.

In der Sitzung Ende August oder Anfang September in Pleß — das Datum kann ich nicht mehr genau feststellen — sprachen sich Euer Exzellenz meines Erachtens dahin aus, daß die Entscheidung, ob der verschärfte U-Bootkrieg geführt werden solle, zunächst der Obersten Heeresleitung zufalle. Euer Exzellenz behielten sich nur vor, die Bundesgenossen zu hören und etwaige vertragliche Festsetzungen mit anderen Nationen zu kündigen.

Reichstagsmitgliedern gegenüber wollten Euer Exzellenz gleichfalls die Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung in der U-Bootfrage betonen. Der Wortlaut, in dem dies geschehen, ist mir nicht bekannt gegeben. Aus zahlreichen Äußerungen, die mir zugegangen sind, entnehme ich, daß auch tatsächlich weite politische Kreise annehmen, daß die Verantwortlichkeit für den U-Bootkrieg allein bei der Obersten Heeresleitung läge.

Aus dem angezogenen Telegramm glaube ich nun entnehmen zu können, daß Euer Exzellenz über die Verantwortlichkeitsfrage tatsächlich

Digitized by Google

einen anderen Standpunkt haben, als ich glaubte. Ich verstehe diesen Standpunkt durchaus; um nun aber tatsächlich festzustellen, wie weit die Verantwortung für den verschärften U-Bootkrieg bei der Obersten Heeresleitung liegt, würde ich für eine Äußerung hierzu dankbar sein.

gez. v. Hindenburg.

Berlin, den 6. 10. 1916.

Der Reichskanzler an Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Euer Exzellenz beehre ich mich auf das geneigte Schreiben vom 5. d. M. — 14 925 P — zu erwidern, daß ich bei den am 30. und 31. 8. in Pleß abgehaltenen Besprechungen mit meinem endgültigen Urteil über die Führung des unbeschränkten U-Bootkrieges, wie ich damals ausdrücklich betonte, zurückgehalten habe, bis Euer Exzellenz dazu Stellung genommen hätten. Euer Exzellenz gaben Ihren Standpunkt damals dahin zu erkennen, daß, so sehr Ihnen an sich die Anwendung dieses schärfsten Kriegsmittels erwünscht sei, doch die ungeklärte militärische Lage namentlich im Hinblick auf eine unfreundliche oder gar feindliche Haltung Hollands und Dänemarks Ihnen die Abgabe eines Votums für oder wider noch nicht ermögliche. Auf die in vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern und in den gegenwärtigen Kommissionsverhandlungen des Reichstags an mich wiederholt und dringend gerichtete Frage über die Stellung der O. H. L., habe ich demgemäß erwidert, daß diese zur Zeit aus militärischen Gründen ein abschließendes Votum nicht abgegeben habe.

Im übrigen darf ich folgendes bemerken: Ein Befehl Seiner Majestät des Kaisers zur Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges ist an sich ein Ausfluß militärischer Kommandogewalt. Da sich indessen der rücksichtslose U-Bootkrieg nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richtet, greift er unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten ein und stellt insofern einen Akt auswärtiger Politik dar. Überdies kann der rücksichtslose U-Bootkrieg erst eröffnet werden, nachdem unsere den Vereinigten Staaten von Amerika gegebenen Zusagen über die Führung des Unterseekrieges zurückgezogen und unsere mit Dänemark und Schweden getroffenen Vereinbarungen entsprechend modifiziert sein werden. Auch das sind Akte der auswärtigen Politik, für die ich, falls sie von Seiner Majestät befohlen werden, die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen habe, auch wenn für meine dereinstige Stellungnahme das Urteil Euer Exzellenz, wie ich wohl nicht ausdrücklich hervorzuheben brauche, von ganz besonderer Bedeutung sein wird. Schließlich hoffe ich auf Euer Exzellenz Zustimmung zu der Auffassung, daß, selbst abgesehen von der hier vorliegenden unmittelbaren Beteiligung der auswärti-

Digitized by Google

gen Politik, eine so einschneidende Maßregel, wie sie der rücksichtslose U-Bootkrieg darstellt, nicht ohne Beteiligung des Reichskanzlers beschlossen werden könnte.

Ich bedauere lebhaft, daß der Verlauf der August-Verhandlungen eine jeden Zweifel ausschließende Klarheit in der Situation nicht geschaffen hatte.

gez. v. Bethmann Hollweg.

4.

Der Reichskanzler.
A. D. 4311.
J.-Nr. 24 578.

Berlin, den 27. 11. 1916.

An den Chef des Generalstabes.

Dem geplanten Friedensangebot haben nunmehr auch Bulgarien und die Türkei zugestimmt. Kleinere von Bulgarien angeregte Änderungen am Text der Note können im Laufe dieser Woche erledigt werden. Insofern ist die Aktion also vorbereitet.

Das Hilfsdienstgesetz wird, wie ich hoffe, diesen Donnerstag oder Freitag verabschiedet werden. Ein Zwischenraum von etwa acht Tagen zwischen seiner Verabschiedung und der Aktion selbst wird genügen, um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen.

Ob und wann das Friedensangebot gemacht wird, entscheidet sich ausschließlich nach der militärischen Lage. In dieser Beziehung erscheint mir als notwendige Voraussetzung die Erreichung eines gewissen Höhepunktes, der jedoch noch nicht in einen stationären Zustand überzugehen droht, und gleichzeitige menschenmögliche Sicherheit vor etwaigen für die Gesamtlage entscheidenden Rückschlägen. Ob deshalb die angekündigte große italienische Offensive gegen Triest und, falls auch sie zu erwarten ist, die russische Offensive an der siebenbürgischen Nordostfront ohne Rücksicht auf unser Vorgehen in der Walachei zuvor abgewartet werden muß, kann wohl nur militärisch beurteilt werden.

Die Aussichten des Angebots bleiben ungewiß. Nach den vorliegenden Nachrichten macht die Friedensstimmung in Frankreich Fortschritte. In Rußland scheinen die inneren, allerdings stets nur sehr unsicher zu beurteilenden Zustände eine fortschreitende Desorganisation der Regierungsgewalt anzukündigen. England war in letzter Zeit unruhig wegen der Lebensmittelfrage, des U-Bootkrieges, der Niederlage Rumäniens und wegen mangelnden Vertrauens in die Zuverlässigkeit Rußlands. Inwieweit der ersichtlich auf englisches Betreiben erfolgte Sturz Stürmers die Lage zu unseren Ungunsten verschoben hat, läßt sich noch nicht übersehen. Im ganzen möchte ich nach wie vor annehmen, daß ein von uns gemachtes

Digitized by Google

Friedensangebot, dessen Voraussetzung, wie bemerkt, für uns eine gute, für unsere Feinde eine in absehbarer Zeit nicht erfolgversprechende militärische Lage ist, jedenfalls von Frankreich nur sehr schwer abgelehnt werden könnte.

Präsident Wilson hat vertraulich den Grafen Bernstorff wissen lassen, daß er in der Zeit zwischen jetzt und Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenke. Ob er seine Absicht wirklich ausführt, bleibt völlig ungewiß. Er ist unentschlossen und scheut ängstlich eine Zurückweisung. Wir müssen damit rechnen, daß er den Appell nur erläßt, wenn er dessen strikte Ablehnung durch die Entente nicht zu erwarten braucht, das heißt, wenn sich die Entente in einer Verfassung befindet, die die strikte Ablehnung auch eines von uns ausgehenden Friedensangebots nicht wahrscheinlich macht.

Ich lasse dahingestellt, ob unsere Lage bei Friedensverhandlungen, die auf einen Appell von Wilson eröffnet werden, günstiger ist, als wenn die Verhandlungen die Folge eines von uns gemachten Angebots sind. Zweifellos aber ist unsere Situation eine bessere, wenn die Ablehnung aller Verhandlungen durch die Entente einen Appell Wilsons, als wenn sie ein Angebot von uns trifft.

Deshalb wird die Unpopularität, der ein Wilsonscher Appell in weiten Kreisen bei uns begegnen wird, für unsere Entschlüsse nicht maßgebend sein dürfen. Auf der anderen Seite werden wir bei der Unsicherheit, die über den Entschlüssen Wilsons bis zum letzten Augenblick schweben wird, und bei der mit dem Fortschreiten des Winters abnehmenden etwaigen Geneigtheit unserer Feinde, auf Friedensverhandlungen einzugehen, den psychologischen Moment für ein eigenes Friedensangebot über der Hoffnung auf einen Appell Wilsons nicht ungenützt vorübergehen lassen dürfen.

E. E. beehre ich mich, um geneigte Stellungnahme, insonderheit um eine Äußerung darüber zu bitten, wie sich nach menschlicher Voraussicht die militärische Lage weiter entwickeln wird. Der Entschluß, unsere Friedensaktion vorzunehmen, müßte wegen der notwendigen Verständigung mit unseren Verbündeten und der vertraulichen Information des Bundesrats, der politischen Parteiführer und der Presse immerhin 4 oder 5 Tage vor ihrer Ausführung gefaßt werden.

gez. Bethmann Hollweg.

Vermerk: „S. E. hat 6. 12. abds., nach Einnahme von Bukarest, Beantwortung noch abgelehnt, will 8. 12. mit Kanzler persönlich in Pleß sprechen."

B.

Digitized by Google

5.

a. Notizen zum Vortrag am 8. 12. 1916 bei Sr. M. dem Kaiser.

Die militärische Lage ist derartig, daß von seiten der politischen Reichsleitung das Friedensangebot gemacht werden kann, wenn

1. die Operationen zu Lande und der U-Bootkrieg zur See unbeeinträchtigt weitergeführt werden,
2. ein Armeebefehl erlassen wird, der dies ausspricht,
3. und die politische Reichsleitung darauf rechnet, daß sie den Frieden herbeiführen wird, den Deutschland braucht.

Zu 1. a) Fortführung der Operationen jedenfalls bis an den Sereth,
b) darauf Bereithalten der Truppen gegen Dänemark und Holland und Beginn des rücksichtslosen U-Bootkrieges Ende Januar.

Seine Majestät, als oberster Kriegsherr, wird gebeten, daß O. H. L. auf dieser Grundlage mit der politischen Reichsleitung in Verbindung tritt.

gez. v. Hindenburg.

b. Weisung des Reichskanzlers an seinen Vertreter im Gr. H. Qu. auf Grund von a.

Die O. H. L. hat vor etwa 6 Wochen dem Friedensangebot unter der Voraussetzung zugestimmt, daß das Angebot nicht als Zeichen der Schwäche erscheine. Zu diesem Zweck wurden gefordert:

1. gute militärische Lage,
2. Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes.

Beide Voraussetzungen sind erfüllt.

Die O. H. L. hat sich weiterhin bereits vor 6 Wochen damit einverstanden erklärt, daß zu dem Friedensangebot die Zustimmung unserer Verbündeten eingeholt werde.

Dies ist geschehen, und unsere Verbündeten haben nicht nur zugestimmt, sondern drängen auf Ausführung der Aktion.

Unter diesen Umständen wäre ein Rücktritt von der Aktion nur möglich bei einer grundlegenden Veränderung der Gesamtlage. Eine solche ist nicht eingetreten.

Die O. H. L. macht nachträglich ihre Zustimmung von drei neuen Voraussetzungen abhängig. Abgesehen davon, daß ein solches nachträgliches Verlangen mit den Vorgängen nicht wohl vereinbar erscheint, ist zu diesen Voraussetzungen folgendes zu bemerken:

1. Die Fortsetzung der militärischen Operationen zu Lande und zu Wasser ist selbstverständlich. Sollten unsere Feinde unter Annahme unseres Friedensangebots demnächst Waffenstillstand anbieten, so wird zu einer solchen neuen Lage erst eintretenden Falles Stellung zu nehmen sein.

Digitized by Google

2. Gegen den Armeebefehl in der vorgelegten Form ist nichts zu bemerken.

3. Die Bedingung, daß die politische Leitung mit Herbeiführung eines Friedens rechnet, den Deutschland braucht, läßt infolge ihrer Unbestimmtheit und wegen der Verschiedenheit der Beurteilung der an einen brauchbaren Frieden zu stellenden Anforderungen keine präzise Stellungnahme zu.

4. Der rücksichtslose U-Bootkrieg kann nur nach Zurückziehung unserer Amerika, Holland, Dänemark und Schweden gegebenen Zusagen begonnen werden. Ob diese Zurücknahme im Januar 1917 möglich sein wird, kann nur unter Berücksichtigung der alsdann bestehenden Gesamtlage, heute also noch nicht endgültig beurteilt werden. Dagegen wird bei Ablehnung unseres Friedensangebotes Amerika gegenüber unser Standpunkt in der Frage der bewaffneten Handelsschiffe mit allem Nachdruck vertreten werden.

Es würde mit Dank erkannt worden sein, wenn die O. H. L. den jetzigen Vortrag an Allerhöchster Stelle erst nach Fühlungnahme mit der politischen Leitung erstattet hätte.

6.

Armeebefehl.*)

Soldaten! In dem Gefühl des Sieges, den Ihr durch Eure Tapferkeit errungen habt, habe ich und die Herrscher der treuverbündeten Staaten dem Feinde ein Friedensangebot gemacht.

Ob das damit verbundene Ziel erreicht wird, bleibt dahingestellt. —

Ihr habt weiterhin mit Gottes Hilfe dem Feinde standzuhalten und ihn zu schlagen.

gez. Wilhelm I. R.

Gr. H. Qu., den 12. 12. 1916.

An das deutsche Heer.

Diese Order richtet sich auch an meine Marine, die alle ihre Kraft treu und wirkungsvoll eingesetzt hat in dem gemeinsamen Kampfe.

gez. Wilhelm I. R.

7.

Das Friedensangebot vom 12. 12. 1916.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald 2½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. Sie droht den geistigen und materiellen

*) Von der Obersten Heeresleitung entworfen und vom Reichskanzler bis auf geringe Abänderungen gebilligt. Der Verfasser.

Digitized by Google

Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Deutschland und seine Verbündeten, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden, die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zur Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.

Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten und dem Kampfe ein Ende zu machen. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen, und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zum Frieden und zur Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.

8.

Nr. 16 287 P. 20. 12. 1916.

An Exzellenz Zimmermann.

Nachdem Lloyd George unser Friedensangebot durch seine Erklärung im Unterhause abgelehnt hat, bin ich auf Grund der Eindrücke, die ich an der Westfront gewonnen habe, der Überzeugung, daß nunmehr der U-Bootkrieg mit aller Schärfe einsetzen muß.

gez. Ludendorff.

9.

Nr. 1612. Berlin, den 21. 12. 1916.

Antwort auf Telegramm Nr. 16 287.
Für General Ludendorff.

Staatssekretär an Frhrn. v. Lersner.

Zunächst müssen wir die formelle Antwort unserer Gegner auf unser Friedensangebot abwarten. Dann wird gemäß Verabredung die Frage der bewaffneten Handelsschiffe, wofür Note vorbereitet, betrieben werden. Gegen rücksichtslosen U-Bootkrieg bestehen zur Zeit ernste Bedenken, nicht nur wegen Amerikas, sondern auch wegen europäischer Neutralen. Dies ist auch die Ansicht Seiner Majestät des Kaisers.

gez. Zimmermann.

Digitized by Google

10.

Die Wilsonnote vom 18. 12. 1916, überreicht am 21. 12. 1916 in Berlin*).

Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin an den Staatskanzler des Auswärtigen Amtes. Berlin, den 20. 12. 1916.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat mich beauftragt, bei der Kaiserlich Deutschen Regierung mit Bezug auf den gegenwärtigen Krieg ein Verfahren in Anregung zu bringen, von dem er hofft, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung es in Erwägung ziehen werde als einen Vorschlag, der in freundschaftlichster Gesinnung gemacht wird, und zwar nicht nur von einem Freunde, sondern zugleich von dem Vertreter einer neutralen Nation, deren Interessen durch den Krieg ernstlichst in Mitleidenschaft gezogen sind und deren Anteil an einer baldigen Beendigung des Krieges sich daraus ergibt, daß sie offenkundig genötigt wäre, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte.

Der Präsident hat sich schon lange mit dem Gedanken getragen, den Vorschlag zu machen, den ich die Weisung habe zu übermitteln. Er macht ihn im gegenwärtigen Augenblick nicht ohne eine gewisse Verlegenheit, weil es jetzt den Anschein erwecken könnte, als sei er von dem Wunsche angeregt, im Zusammenhang mit dem jüngsten Vorschlag der Zentralmächte eine Rolle zu spielen. Tatsächlich ist der ursprüngliche Gedanke des Präsidenten in keiner Weise auf diesen Schritt zurückzuführen, und der Präsident hätte damit gewartet, bis jener Vorschlag unabhängig davon beantwortet worden wäre, wenn nicht auch seine Anregung die Frage des Friedens beträfe, die am besten im Zusammenhang mit anderen dahinzielenden Vorschlägen erörtert wird. Der Präsident bittet nur, daß seine Anregung allein nach ihrem eigenen Wert und so beurteilt werde, als wäre sie unter anderen Verhältnissen gemacht worden.

Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die als Gewähr gegen seine Erneuerung oder die Wiederholung eines ähnlichen Konfliktes in Zukunft für hinreichend gelten könnten, so daß sich die Möglichkeit böte, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er würde sich glücklich schätzen, in jeder annehmbaren Weise selbst dazu beizutragen oder sogar die Initiative zu ergreifen. Er wünscht jedoch nicht die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm recht sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Der Präsident erlaubt sich, darauf hinzuweisen, daß die Ziele, die die Staatsmänner beider kriegführenden Parteien in diesem Kriege im Auge haben, dem Wesen nach die gleichen sind, wie sie sie in allgemeinen Ausdrücken ihren eigenen Völkern und der Welt kundgegeben haben. Beide Parteien wünschen für die Zukunft das Recht und die Freiheiten schwacher Völker und kleiner Staaten ebenso gegen die Unterdrückung oder Vernichtung gesichert zu sehen wie die Rechte und Freiheiten der großen und mächtigen Staaten, die jetzt Krieg führen. Jeder wünscht sich neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft gegen eine Wiederholung von Kriegen wie der gegenwärtige, sowie gegen Angriffe und eigennützige Störungen jeder Art gesichert

*) Charakteristisch für Wilson ist folgendes Telegramm des italienischen Botschafters in Washington vom 31. Dezember 1916:

„Wilson, der inzwischen durch die ›World‹ seine Kampagne fortsetzen läßt, mahnt daran, daß man die Kriege mit Geld ausführt, und wenn die Vereinigten Staaten Amerikas auch kein Heer besitzen und ihre Flotte den Bestand der vereinigten alliierten Flotte wenig erhöhen würde, so würde der Vereinigten Staaten Anschluß an die Alliierten augenblicklich deren finanzielle Schwierigkeiten erleichtern."

Besser kann die Haltung Wilsons nicht gezeigt werden. Damals stand Rußland noch fest, und Wilson hielt eine militärische Hilfe noch für unnötig. Der Verfasser.

Digitized by Google

zu sehen. Jeder glaubt der Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter wachsendem Argwohn ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würde, mit Mißtrauen entgegensehen zu sollen. Aber jeder ist bereit, die Bildung einer Liga von Nationen in Erwägung zu ziehen, die Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet. Ehe jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem gegenwärtigen Krieg verknüpften Fragen unter Bedingungen zu lösen, die die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit des Gebiets sowie die politische und wirtschaftliche Freiheit der am Kriege beteiligten Nationen sicher verbürgen.

Volk und Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Maßnahmen, die in Zukunft den Frieden der Welt sicherstellen sollen, ein ebenso dringendes und unmittelbares Interesse wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen. Auch ihr Interesse an den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die kleineren und schwächeren Völker der Welt vor der Gefahr des Rechtsbruchs und der Vergewaltigung zu schützen, ist ebenso lebhaft und brennend wie das irgendeines anderen Volkes oder einer anderen Regierung. Das amerikanische Volk und seine Regierung sind bereit, ja sie sehnen sich danach, nach der Beendigung des Krieges mit jedem ihnen zu Gebot stehenden Einfluß und Machtmittel zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Aber der Krieg muß erst beendet sein. Sie müssen es sich versagen, Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendigt werden soll; aber der Präsident empfindet es als sein Recht und seine Pflicht, auf das Interesse der Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges hinzuweisen, damit es nicht einst zu spät ist, die großen Ziele, die sich nach der Beendigung des Krieges auftun, zu erreichen, damit die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äußerst schwer zu ertragen ist, nicht ganz unerträglich wird, und damit vor allem nicht die Zivilisation einen niemals zu büßenden oder gutzumachenden Schaden erleidet.

Der Präsident fühlt sich daher durchaus berechtigt, eine alsbaldige Gelegenheit zum Meinungsaustausch über die Bedingungen anzuregen, die den allgemein ersehnten schließlichen Vereinbarungen für den Weltfrieden vorausgehen müssen, bei denen in voll verantwortlicher Weise mitzuwirken die neutralen Staaten ebenso wie die Kriegführenden bereit sind. Wenn der Kampf bis zum unabsehbaren Ende durch langsame Aufreibung fortdauern soll, bis die eine oder andere Gruppe der Kriegführenden erschöpft ist*), wenn Millionen und aber Millionen Menschen weiter geopfert werden sollen, bis auf der einen oder anderen Seite nichts mehr zu opfern ist, wenn eine Erbitterung angefacht werden soll, die niemals abkühlen, und eine Verzweiflung erzeugt wird, von der sich niemand erholen kann, dann werden die Hoffnungen auf den Frieden und ein freiwilliges Zusammenarbeiten freier Völker eitel und müßig.

Das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Teil der großen Familie der Menschheit hat die Last und die Schrecken dieses noch nie dagewesenen Waffenganges gespürt. Keine Nation in der zivilisierten Welt kann tatsächlich als außerhalb seines Einflusses stehend oder gegen seine störenden Wirkungen gesichert betrachtet werden. Und doch sind die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, niemals bestimmt aufgestellt worden.

Die Führer der verschiedenen kriegführenden Mächte haben, wie gesagt, diese Ziele in allgemeinen Wendungen aufgestellt. Aber in allgemeinen Ausdrücken gehalten, scheinen sie die gleichen auf beiden Seiten. Bisher haben die verantwortlichen Wortführer auf beiden Seiten niemals die genauen Ziele angegeben, deren Erreichung sie und ihre Völker so zufriedenstellen würden, daß der Krieg dann auch wirklich zu Ende gefochten wäre. Der Welt steht es frei, zu mutmaßen, welche endgültigen Ergebnisse, welcher tatsächliche Austausch von Bürgschaften, welche politischen und territorialen Veränderungen oder Wiederanpassungen, ja selbst welches Stadium des militärischen Erfolges den Krieg zu Ende bringen würden.

*) Die Vereinigten Staaten schnitten am besten ab, wenn es keinen Sieger und Besiegten gab und sie nicht zum Eintritt in den Krieg veranlaßt wurden. Der Verfasser.

Digitized by Google

Vielleicht ist der Friede näher, als wir glauben, vielleicht sind die Bedingungen, auf denen die beiden kriegführenden Parteien bestehen zu müssen glauben, nicht so unvereinbar, als manche fürchten; vielleicht könnte ein Meinungsaustausch wenigstens den Weg zu einer Konferenz ebnen, vielleicht könnte so schon die nächste Zukunft auf ein dauerndes Einvernehmen der Nationen hoffen lassen und eine Verständigung der Nationen sich alsbald verwirklichen.

Der Präsident schlägt keinen Frieden vor, er bietet nicht einmal seine Vermittlung an. Er regt nur an, vertrauliche Erkundigungen einzuziehen, damit wir, die Neutralen, zusammen mit den kriegführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag, wonach sich die ganze Menschheit mit heißem und immer wachsendem Begehren sehnt. Der Präsident glaubt, daß der Geist, in dem er spricht, und die Ziele, die er erstrebt, von allen Beteiligten verstanden werden. Er hofft zuversichtlich auf eine Antwort, die neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen wird.

11.

Nr. 16 340 P. Telegramm. 23. 12. 1916.

An den Reichskanzler.

Im Anschluß an den Telegrammwechsel des Generals Ludendorff mit Staatssekretär Zimmermann über den U-Bootkrieg teile ich Euer Exzellenz meine Ansicht dahingehend mit, daß wir nach der militärischen Lage keine Zeit verlieren dürfen, um zunächst zur verabredeten Torpedierung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe zu kommen.

Die Entente führt mit allen Mitteln den Krieg weiter; daran besteht kein Zweifel, nachdem wir in allen Parlamenten eine so scharfe Absage bekommen haben. Auch Wilsons Bestrebungen können daran nichts ändern, wenn unsere Gegner sich nicht selbst Lügen strafen wollen. Ich halte das Wilsonsche Angebot für von England hervorgerufen, um uns hinzuhalten. Wir können meines Erachtens aus nationalen Gründen in Rücksicht auf unsere starke militärische Position*) darauf jetzt nicht mehr eingehen. Es würde daher ein schweres und militärisch nicht zu rechtfertigendes Unterlassen sein, wollten wir uns irgendwie hinhalten lassen.

Dies würde auch die Armee, die am Feinde steht, in gleicher Weise empfinden. Offiziere und Soldaten erwarten den rücksichtslosen Einsatz aller Kraft. Die Stimmung der Armee darf nicht übersehen werden, wenn ihr nicht die Kampffreudigkeit genommen werden soll.

Ich bitte daher Euer Exzellenz, bei der Durchführung der bezüglichen diplomatischen Schritte sich auch von diesen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Mit der Torpedierung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe wird England allein noch nicht niedergeworfen werden. Schärfere Maßnahmen müssen Platz greifen, um den Willen Englands zu brechen.

Gelegentlich der Besprechungen Ende August in Pleß haben Euer Exzellenz den Entschluß zum verschärften U-Bootkrieg abhängig gemacht von meiner Erklärung, daß ich nach der militärischen Lage den Augenblick

*) Den Neutralen gegenüber. Der Verfasser.

Digitized by Google

für gekommen ansähe. Dieser Augenblick wird Ende Januar da sein. Unser Sieg in Rumänien ist alsdann ausgereift. Anderseits dürfen wir den Gegnern nicht lange Zeit lassen, ihre Rüstungen für den Entscheidungskampf zu Lande in Ruhe zu vervollkommnen.

Dabei ist Holland, Dänemark und den nordischen Staaten nördlich England vorbei freier Seeweg zu bieten. Ob Amerika bestimmte Rücksichten eingeräumt werden können, muß die Prüfung ergeben. An seiner Wirksamkeit darf der U-Bootkrieg dadurch nicht irgendwie entscheidend einbüßen. Ich behalte mir nach dieser Richtung meine Stellungnahme ausdrücklich vor. Die diplomatischen und militärischen Vorbereitungen für den verschärften U-Bootkrieg müßten auch jetzt schon in Angriff genommen werden, damit er Ende Januar sicher einsetzen kann. Euer Exzellenz bitte ich, in bezügliche Besprechungen mit der O. H. L. und dem Chef des Admiralstabes unverzüglich einzutreten.

gez. v. Hindenburg.

12.

Nr. 1628. Telegramm. Berlin, den 24. 12. 1916.

Antwort auf Telegramm Nr. 1121a. (Nr. 16340 P.)
Für Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Reichskanzler an Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Euer Exzellenz darf ich zunächst bezüglich der Bemerkung, ich hätte gelegentlich der Besprechung Ende August in Pleß den Entschluß zum verschärften Unterseebootskrieg abhängig gemacht von Euer Exzellenz Erklärung, daß Sie nach der militärischen Lage den Augenblick für gekommen ansähen, auf mein Schreiben vom 6. Oktober d. Js. verweisen.

In diesem habe ich meine Stellungnahme dahin präzisiert, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg, da er sich nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richtet, unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten eingreift, daher einen Akt der auswärtigen Politik darstellt, für den ich die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen habe, auch wenn für meine Stellungnahme im gegebenen Augenblick das Urteil Euer Exzellenz selbstredend von besonderer Bedeutung sein wird.

Dies vorausgeschickt, möchte ich betonen, daß ich mit Euer Exzellenz der Auffassung bin, daß zunächst die Frage der Torpedierung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe Amerika gegenüber klargestellt werden muß. Als frühester Zeitpunkt, an dem die hier bereits vorbereitete Note dem amerikanischen Botschafter überreicht werden kann, kommt der Eingang der formellen Antwort unserer Gegner auf unser Friedensangebot in Betracht. Wie sie ausfallen wird, vermag heute noch niemand vorauszusehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie zwar in der Hauptsache

Digitized by Google

ablehnend lauten, immerhin aber noch eine Hintertür offen lassen wird. Wir dürfen diese Hintertür nicht zuschlagen. Dies würde eintreten, wollten wir schon vor Eingang der Antwortnote die Aktion bezüglich der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe einleiten. Dadurch würde auch der politische Erfolg, den wir mit unserem Friedensangebot erzielt haben, sowie seine Nachwirkung auf die Friedensstimmung in den Ländern unserer Feinde schwer beeinträchtigt werden. Schon jetzt begegnen wir im feindlichen wie im neutralen Auslande der Annahme, daß wir die ganze Friedensaktion mala fide und lediglich als Auftakt für den uneingeschränkten U-Bootskrieg in Szene gesetzt hätten. Es bedarf wohl keiner Begründung, daß wir es vermeiden müssen, diesen Eindruck noch zu vertiefen. Bedauerlicherweise hat eine Reihe von deutschen Blättern unseren Gegnern diese Mißdeutung unserer Aktion dadurch leicht gemacht, daß sie die Lloyd Georgesche Rede und die Wilsonsche Note sofort mit dem Ruf nach den Unterseebooten beantworteten. Diese Artikel sind aber auch für den Fall schädlich, daß wir im weiteren Verlauf zum verschärften Unterseebootkrieg schreiten sollten. Wir haben das stärkste Interesse daran, daß das Ausland nicht vorzeitig auf den möglichen Eintritt dieser Entwicklung hingewiesen wird, und ich habe daher die Presse entsprechend instruieren lassen. Ich halte es aber für geboten, daß auch die O. H. L. mit schärfsten Mitteln darauf drückt, daß solche Erörterungen aus der Presse verschwinden, und darf daher die Bitte an Euer Exzellenz richten, entsprechende Anweisungen baldigst zu erteilen.

Was die Frage des uneingeschränkten Unterseebootkrieges betrifft, so habe ich bisher den Standpunkt vertreten, daß ein solcher nur in Frage kommen kann, wenn unsere militärische Lage mit Sicherheit darauf rechnen läßt, die europäischen Neutralen von einem Angriff gegen uns abzuhalten. Euer Exzellenz glauben, daß dieser Zeitpunkt Ende Januar 1917 gekommen sein wird. Ich darf daher annehmen, daß Euer Exzellenz bis zu diesem Zeitpunkt in der Lage sein werden, sowohl an der holländischen wie an der dänischen Grenze die nötigen Truppen zu versammeln. Unter dieser Voraussetzung und wofern ich mich mit Euer Exzellenz davon überzeugen kann, daß die Vorteile des ganzen rücksichtslosen Unterseebootkrieges größer sind als die Nachteile des Zutritts Amerikas zu unseren Feinden, werde ich bereit sein, auch die Frage des uneingeschränkten Unterseebootkrieges in Erwägung zu ziehen. Gegen Einleitung von Besprechungen mit der O. H. L. und dem Chef des Admiralstabes bestehen keine Bedenken, sobald unsere Friedensaktion durch die eventuelle Antwort der Entente zu einem gewissen Abschluß gelangt ist.

Bei der diplomatischen Behandlung der ganzen Frage werde ich der von Euer Exzellenz betonten Stimmung in der Armee selbstverständlich volle Rechnung tragen. v. Bethmann Hollweg.

Digitized by Google

13.

Nr. 1630. Telegramm. Berlin, 24. 12. 1916.

Der Staatssekretär an Frhrn. v. Lersner.

Um einer Einmischung des Präsidenten Wilson in die Friedensverhandlungen vorzubeugen, haben wir uns zu einer Beantwortung seiner Note entschlossen, die im Sinne unserer Friedensaktion gehalten ist, aber klar zum Ausdruck bringt, daß wir mit unseren Gegnern direkt zu verhandeln wünschen. Die Antwort wird bereits am Dienstag übergeben werden, um, wenn möglich, der Antwort der Entente auf unser Friedensangebot zuvorzukommen und uns von deren Inhalt unabhängig zu machen.

Die Fassung, die nach Genehmigung durch S. M. den Kaiser mit der österreichisch-ungarischen Regierung vereinbart worden ist und zweifellos die Zustimmung der Kabinette in Sofia und Konstantinopel finden wird, ist folgende:

Die kaiserliche Regierung hat die hochherzige Anregung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Grundlagen für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen, in dem freundschaftlichen Geiste aufgenommen und erwogen, der in der Mitteilung des Herrn Präsidenten zum Ausdruck kommt. Der Herr Präsident zeigt das Ziel, das ihm am Herzen liegt, und läßt die Wahl des Weges offen. Der kaiserlichen Regierung erscheint ein unmittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Sie beehrt sich daher, im Sinne ihrer Erklärung vom 12. Dezember, die zu Friedensverhandlungen die Hand bot, den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Orte vorzuschlagen.

Auch die kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß das große Werk der Verhütung künftiger Kriege erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden kann. Sie wird, wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, mit Freuden bereit sein, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten*).

gez. Zimmermann.

14.

P. Nr. 16877 P. Fernschreiben. 26. 12. 1916.

An den Reichskanzler.

Euer Exzellenz Telegramm vom 24. 12. Nr. 1628 habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Ich muß dies offen aussprechen, und Euer Exzellenz werden dies billigen, da zwischen dem Reichskanzler und der O. H. L. volle Klarheit herrschen muß.

Ich hatte in meinem Telegramm die Notwendigkeit baldigen energischen Handelns zur See betont, da ich darin das einzige Mittel erblicke, den Krieg zu einem schnelleren Ende zu führen. Euer Exzellenz glauben, diesen Weg noch nicht betreten zu können. Unsere militärische Lage erlaubt

*) Antwort wurde am 26. 12. überreicht.

Digitized by Google

es aber nicht, daß irgendwelche Verhandlungen eine einmal als richtig erkannte militärische Maßnahme hinausschieben und so die Energie der Kriegführung lähmen. Ich muß diesen Standpunkt mit aller Bestimmtheit aufrechterhalten und daher meine Bitte wiederholen, ohne Verhandlungen den Unterseebootkrieg gegen bewaffnete Handelsschiffe beginnen zu lassen und unverzüglich in Besprechungen über den verschärften Unterseebootkrieg einzutreten.

Euer Exzellenz wünschen meine Einwirkung auf die Presse. Aus ähnlichen Erwägungen heraus wie Euer Exzellenz hatte General Ludendorff eine Besprechung über das gleiche Gebiet in Berlin angeregt. Die Untergebenen Euer Exzellenz haben dabei, soweit ich es übersehen kann, nicht Euer Exzellenz Bestrebungen Rechnung getragen. Auch hat General Ludendorff die Errichtung einer Pressestelle bei der Reichskanzlei zur einheitlichen Leitung der Presse beantragt, da diese Leitung verschiedentlich gefehlt hat. Euer Exzellenz mögen daraus ersehen, wie sehr die O. H. L. bereits bestrebt war, die Einheitlichkeit im Sinne Euer Exzellenz Forderung zu sichern.

In mißverständlicher Auffassung Euer Exzellenz Worte vor der Reichstagskommission Mitte September macht der größte Teil des deutschen Volkes die O. H. L. allein für die Entscheidung über die Frage verantwortlich, ob der verschärfte Unterseebootkrieg geführt werden soll oder nicht. Dies trifft nicht zu. So lange Euer Exzellenz und die O. H. L. einer Auffassung waren, konnte ich darüber hinweggehen. Da jetzt aber die Ansichten scharf auseinander zu gehen scheinen, muß ich es zur Wahrung der Stellung der O. H. L. aussprechen, daß Euer Exzellenz als Reichskanzler zwar die ausschließliche Verantwortung beanspruchen, daß ich aber selbstverständlich auch weiter mit aller Kraft und in vollem Verantwortlichkeitsgefühl für den siegreichen Ausgang des Krieges dafür eintreten werde, daß militärisch das geschieht, was ich dazu für richtig halte.

(gez.) v. Hindenburg.

15.

Antwort der Verbandsmächte, überreicht am 5. 1. 1917.

„Die verbündeten Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Montenegros, Portugals, Rumäniens, Rußlands und Serbiens, vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völker und treu der eingegangenen Verpflichtung, nicht vereinzelt die Waffen niederzulegen, haben beschlossen, gemeinsam auf die angeblichen Friedensvorschläge zu antworten, die ihnen seitens der feindlichen Regierungen durch Vermittlung der Vereinigten Staaten, Spaniens, der Schweiz und der Niederlande übergeben worden sind.

Vor jeder Antwort legen die alliierten Mächte Gewicht darauf, gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten lauten Einspruch zu

Digitized by Google

erheben, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abwälzen will und die den Sieg der Zentralmächte verkündete.

Die Alliierten können diese doppelt unrichtige Behauptung nicht zulassen, die genügt, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen.

Die alliierten Nationen ertragen seit 30 Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben, sie haben durch Taten ihre Anhänglichkeit an den Frieden nachgewiesen. Diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914; nachdem Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden.

Eine Anregung ohne Bedingungen für Eröffnung von Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Der angebliche Vorschlag, der jeden greifbaren Inhaltes und jeder Genauigkeit entbehrend durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot, denn als ein Kriegsmanöver.

Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.

Für die Vergangenheit übersieht die deutsche Note die Tatsachen, die Daten und die Zahlen, die feststellen, daß der Krieg gewollt, hervorgerufen und erklärt worden ist durch Deutschland und Österreich-Ungarn. Im Haag war es der deutsche Vertreter, der jeden Vorschlag der Abrüstung ablehnte; im Juli 1914 war es Österreich-Ungarn, das, nachdem es an Serbien ein beispielloses Ultimatum gerichtet hatte, diesem den Krieg erklärte, trotz der sofort erlangten Genugtuung. Die Mittelmächte haben darauf alle Versuche zurückgewiesen, die von der Entente gemacht wurden, um einem örtlichen Streit eine friedliche Lösung zu verschaffen.

Das Konferenzangebot Englands, der französische Vorschlag eines internationalen Ausschusses, die Bitte des Kaisers von Rußland an den Deutschen Kaiser um ein Schiedsgericht, das zwischen Rußland und Österreich-Ungarn am Vorabend des Konfliktes zustande gekommene Einvernehmen (entente) — alle Anstrengungen sind von Deutschland ohne Antwort oder ohne Folge gelassen worden. Belgien wurde durch ein Reich überfallen, das seine Neutralität gewährleistet hatte und das sich nicht scheute, selbst zu erklären, daß Verträge „Fetzen Papier" wären und daß „Not kein Gebot" kennt.

Für die Gegenwart stützt sich das angebliche Angebot Deutschlands auf eine ausschließlich europäische „Kriegskarte", die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern zum Vorteil gereichen, die geglaubt hatten, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können und nun nach zwei Jahren merken, daß sie es niemals erreichen werden.

Für die Zukunft verlangen die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwüstungen, die unzähligen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Wiedergutmachungen und Bürgschaften (sanctions, réparations, garanties). Deutschland weicht listig dem einen wie dem anderen aus.

In Wirklichkeit ist die durch die Zentralmächte gemachte Eröffnung weiter nichts als ein wohlberechneter Versuch, auf die Entwicklung des Krieges einzuwirken und zum Schlusse einen deutschen Frieden aufzunötigen.

Sie beabsichtigt, die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern zu verwirren. Diese Meinung hat aber trotz aller Opfer, denen sie zugestimmt, schon mit bewundernswerter Festigkeit geantwortet und die Hohlheit der feindlichen Erklärung ins Licht gestellt.

Sie will die öffentliche Meinung Deutschlands und seiner Verbündeten stärken, die schon schwer geprüft sind durch ihre Verluste, zermürbt durch die wirtschaftliche Not und zusammengebrochen unter der äußersten Anstrengung, die von ihren Völkern verlangt wird.

Sie sucht die öffentliche Meinung der neutralen Länder zu täuschen und einzuschüchtern, die sich schon seit langem über die ursprüngliche Verantwortlichkeit ein Urteil

Digitized by Google

gebildet hat, die sich über die gegenwärtige Verantwortung klar ist und die zu hell sieht, um die Pläne Deutschlands zu begünstigen, indem sie die Verteidigung der menschlichen Freiheiten preisgibt.

Sie versucht endlich, vor den Augen der Welt im voraus neue Verbrechen zu rechtfertigen: Unterseebootkrieg, Deportationen, Zwangsarbeit und gewaltsame Aushebung von Staatsangehörigen gegen ihr eigenes Land, Neutralitätsverletzung.

In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeiten der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen, die unter sich eng verbunden und in voller Übereinstimmung mit ihren Völkern sind, ab, sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen.

Sie versichern noch einmal, daß ein Friede nicht möglich ist, solange nicht Gewähr besteht für die Wiederherstellung (réparation) der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten, solange nicht eine Regelung sicher ist, die geeignet ist, endgültig die Ursachen zu beseitigen, die so lange die Völker bedroht haben, und die einzig wirksamen Bürgschaften für die Sicherung der Welt zu geben.

Die alliierten Mächte halten darauf, zum Schluß die folgenden Betrachtungen anzustellen, die die eigentümliche Lage hervorheben sollen, in der sich Belgien nach zweieinhalbjährigem Kriege befindet. Kraft der durch fünf Großmächte Europas, unter denen sich auch Deutschland befand, unterzeichneten Verträge erfreute sich Belgien vor dem Kriege einer besonderen Satzung, die sein Gebiet unverletzlich machte und es selbst unter die Garantie dieser Mächte stellte, in Sicherheit vor den europäischen Konflikten. Gleichwohl hat Belgien in Mißachtung dieser Verträge den ersten Angriff Deutschlands über sich ergehen lassen müssen. Deshalb hält es die belgische Regierung für notwendig, genau den Zweck auseinanderzusetzen, weshalb Belgien niemals aufgehört hat, in den Kampf an der Seite der Ententemächte für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit einzutreten.

Belgien hat immer peinlich die Pflichten beobachtet, die ihm seine Neutralität auferlegt. Es hat zu den Waffen gegriffen, um seine Unabhängigkeit und seine Neutralität zu verteidigen, die durch Deutschland verletzt worden sind, und um seinen internationalen Verpflichtungen treu zu bleiben. Am 4. August hat der Reichskanzler im Reichstag anerkannt, daß dieser Angriff ein Unrecht gegen das Völkerrecht sei, und hat sich im Namen Deutschlands verpflichtet, es wieder gutzumachen.

Seit zweieinhalb Jahren hat sich diese Ungerechtigkeit grausam verschärft durch die Kriegsmaßnahmen und eine Besetzung, welche die Hilfsmittel des Landes erschöpft, seine Industrien zugrunde gerichtet, seine Städte und Dörfer zerstört und die Niedermetzelungen, die Hinrichtungen und Einkerkerungen gehäuft haben. Und in dem Augenblick, in dem Deutschland zur Welt von Frieden und von Menschlichkeit spricht, führt es belgische Bürger zu Tausenden weg und bringt sie in Sklaverei.

Belgien hat vor dem Krieg nur danach gestrebt, in gutem Einvernehmen mit allen seinen Nachbarn zu leben. Sein König und seine Regierung haben nur ein Ziel: die Wiederherstellung des Friedens und des Rechtes. Aber sie wollen nur einen Frieden haben, der ihrem Lande berechtigte Wiedergutmachungen (réparations), Garantien und Sicherheiten für die Zukunft verbürgen würde."

16.

An mein Heer und meine Marine*).

Im Verein mit den mir verbündeten Herrschern hatte ich unseren Feinden vorgeschlagen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten.

*) Der Erlaß war von der Obersten Heeresleitung entworfen und mit kleinen Änderungen vom Reichskanzler gebilligt. Der Verfasser.

Digitized by Google

Die Feinde haben meinen Vorschlag abgelehnt. Ihr Machthunger will Deutschlands Vernichtung.

Der Krieg nimmt seinen Fortgang.

Vor Gott und der Menschheit fällt den feindlichen Regierungen allein die schwere Verantwortung für alle weiteren furchtbaren Opfer zu, die mein Wille Euch hat ersparen wollen.

In der gerechten Erregung über der Feinde anmaßenden Frevel, in dem Willen, unsere heiligsten Güter zu verteidigen und dem Vaterlande eine glückliche Zukunft zu sichern, werdet Ihr zu Stahl werden.

Unsere Feinde haben die von mir angebotene Verständigung nicht gewollt. Mit Gottes Hilfe werden unsere Waffen sie dazu zwingen.

Gr. H. Qu., den 5. 1. 1917. Wilhelm I. R.

17.

Aufzeichnung über die Besprechung zwischen Reichskanzler, Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff in Pleß am 9. 1. 1917, 11,[15] vorm.

Kanzler: Wenn S. M. den verschärften U-Bootkrieg befiehlt, wird Kanzler zu erreichen suchen, daß Amerika „draußen" bleibt. Gewisse Zugeständnisse — schon früher mit Admiralstab erwogen — müßten dazu gemacht werden. Man muß aber mit Amerikas Eintritt in den Krieg gegen uns rechnen.

Über Verhalten der europäischen Neutralen denkt Kanzler zuversichtlicher. Unsere Friedensnote hat gut gewirkt. Holland und Dänemark werden nicht in den Krieg eintreten, wenigstens solange nicht, als sie nicht sehen, daß der U-Bootkrieg keinen Erfolg für uns bedeutet.

Betreffs der Schweiz ist zu bedenken, daß die Entente, wenn die Lebensmittel der Schweiz knapp werden, auf die Schweiz drücken wird, um den Durchmarsch französischer pp. Armeen, evtl. sogar Anschluß der Schweiz an Entente zu erreichen.

Dänemark wird möglicherweise seine Schiffahrt auflegen.

Kanzler ersucht, daß die militärischen Maßnahmen an den neutralen Grenzen, namentlich der dänischen, keine zu große Drohung bedeuten möchten.

General Ludendorff: Absicht, nur Kavallerie an die Grenzen zu bringen, einige Regimenter.

Kanzler: Der Entschluß zum Eintritt in den rücksichtslosen U-Bootkrieg ist also abhängig von der Wirkung, die wir erwarten können. Admiral von Holtzen-

Digitized by Google

dorff stelle in Aussicht, bis zur nächsten Ernte England klein zu haben. Die Erfahrungen der U-Boote in den letzten Monaten, die größere Zahl von Booten, Englands schlechte wirtschaftliche Lage bilden allerdings einen Zuwachs an Chance. Im großen sind die Aussichten für den rücksichtslosen U-Bootkrieg recht günstig. Beweiskräftig lassen sich die Aussichten freilich nicht hinstellen. Man müsse sich klar sein, daß große militärische Schläge, nach der militärischen Lage, kaum möglich seien, um den Sieg zu erringen.

Der U-Bootkrieg ist „die letzte Karte". Ein sehr ernster Entschluß! „Wenn aber die militärischen Stellen den U-Bootkrieg für notwendig halten, so bin ich nicht in der Lage, zu widersprechen."

Feldmarschall: Wir sind gerüstet, um allen Eventualitäten zu begegnen, gegen Amerika, Dänemark, Holland und auch die Schweiz.

Der Unterwasser-Kreuzerkrieg bringt nur eine geringe Steigerung der bisherigen Erfolge. Wir brauchen das energischste, rücksichtslosesteste Handeln, das sich erreichen läßt; deshalb den rücksichtslosen U-Bootkrieg, vom 1. 2. 1917 ab. Der Krieg muß beschleunigt zu Ende gebracht werden, obwohl wir ihn noch länger durchhielten, aber der Bundesgenossen wegen.

Kanzler: Es läßt sich denken, daß der U-Bootkrieg das Kriegsende hinausschiebt.

General Ludendorff: Der U-Bootkrieg bringt auch unsere Armeen in eine andere, bessere Lage. Durch den Mangel an Grubenholz, an Kohlenförderung leidet die Munitionserzeugung. Das bedeutet eine Erleichterung für die Westfront. Wir müssen der Truppe eine zweite Sommeschlacht ersparen. Daß diese Erleichterung eintreten wird, wird durch unsere eigenen Verhältnisse, die Wirkung unserer Transportkrisis, bewiesen. Auch Rußlands Offensivkraft wird durch den Munitionsmangel, hervorgerufen durch Schiffsraumnot, geschädigt. Die sibirische Bahn allein genügt für Rußland nicht.

Kanzler: Amerikas Hilfe bei eventuellem Eintritt in den Krieg wird bestehen in Lieferung von Lebensmitteln an England, finanzieller Beihilfe, Entsendung von Flugmaschinen und von Freiwilligenkorps.

Feldmarschall: Damit werden wir schon fertig. Die Gelegenheit für den U-Bootkrieg ist so günstig, wie kaum jemals wieder. Wir können ihn führen und müssen ihn führen.

Kanzler: Ja, wenn der Erfolg winkt, müssen wir auch handeln.

Feldmarschall: Wir würden uns später Vorwürfe machen, wenn wir die Gelegenheit verpaßten.

Kanzler: Sicher ist die Lage besser als im September.

Digitized by Google

General Ludendorff: Die Sicherungsmaßnahmen gegen die Neutralen werden nichts Herausforderndes haben, reine Defensivmaßnahmen.

Kanzler: Und wenn die Schweiz in den Krieg eintritt oder die Franzosen durch die Schweiz kommen?

Feldmarschall: Das wäre militärisch nicht ungünstig.

F. d. R.: gez. von Bartenwerffer.
9. 1. mittags.

18.

Antwort der Verbandsmächte vom 12. 1. 1917 auf Wilsons Angebot.

„Die verbündeten Regierungen haben die Note, welche ihnen am 19. Dezember 1916 im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde, erhalten. Sie haben sie mit der Sorgfalt geprüft, die gleichzeitig ihre richtige Empfindung von dem Ernst der Stunde und ihre aufrichtige Freundschaft für das amerikanische Volk gebot. Im allgemeinen legen sie Gewicht darauf, zu erklären, daß sie den hohen Gesinnungen, von denen die amerikanische Note beseelt ist, den Zoll ihrer Anerkennung darbringen, daß sie sich mit allen ihren Wünschen dem Plane der Schaffung einer Liga der Nationen anschließen, die Frieden und Gerechtigkeit in der Welt sichern soll, und alle Vorteile anerkennen, die die Einrichtung internationaler Bestimmungen zur Hintanhaltung gewaltsamer Streitfälle zwischen den Nationen für die Sache der Menschheit und der Zivilisation bringen wird, Bestimmungen, die die erforderlichen Maßregeln (sanctions) in sich schließen müssen, um die Ausführung zu gewährleisten und so zu verhindern, daß die anscheinende Sicherheit dazu diene, neue Angriffe zu erleichtern.

Die Erörterung künftiger Abmachungen, die einen dauerhaften Frieden sichern sollen, hat jedoch zunächst eine befriedigende Regelung des gegenwärtigen Streites zur Voraussetzung. Die Verbündeten empfinden ebenso tief wie die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch, möglichst bald diesen Krieg beendigt zu sehen, für den die Mittelmächte verantwortlich sind und der der Menschheit grausame Leiden auferlegt. Aber sie sind der Ansicht, daß es unmöglich ist, bereits heute einen Frieden zu erzielen, der ihnen die Wiedergutmachungen, Rückerstattungen und Bürgschaften sichert, auf die sie ein Recht haben infolge des Angriffes, für den die Mittelmächte die Verantwortung tragen und der im Ursprung gerade darauf abzielte, die Sicherheit Europas zugrunde zu richten. Die verbündeten Völker hegen die Überzeugung, daß sie nicht für selbstsüchtiges Interesse, sondern zum Schutze der Unabhängigkeit der Völker, des Rechts der Menschheit kämpfen. Die Verbündeten sind sich vollkommen klar über die Verluste und Leiden, welche der Krieg den Neutralen wie den Kriegführenden zufügt, und sie beklagen sie, aber sie lehnen die Verantwortung dafür ab, da sie den Krieg in keiner Weise gewollt oder hervorgerufen haben und sich bemühen, die Schäden zu mildern, soweit dies mit den unerbittlichen Forderungen der Verteidigung gegen die Gewalttätigkeit und die Fallstricke des Feindes vereinbar ist. Mit Genugtuung nehmen sie zur Kenntnis, daß die amerikanische Mitteilung in keiner Weise ihrem Ursprunge nach mit derjenigen der Mittelmächte zusammenhängt, welche am 18. Dezember der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde. Sie zweifeln nicht an dem Entschluß der amerikanischen Regierung, selbst den blassen Anschein einer auch nur moralischen Unterstützung des verantwortlichen Urhebers des Krieges zu vermeiden.

Die verbündeten Regierungen halten es für ihre Pflicht, sich in der freundschaftlichsten, aber klarsten Weise gegen eine Gleichstellung auszusprechen, die auf öffentlichen Erklärungen der Mittelmächte beruht und in völligem Widerspruch zur offen-

Digitized by Google

kundigen Sachlage steht sowohl bezüglich der Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit wie betreffs der Bürgschaften für die Zukunft. Präsident Wilson hat durch ihre Erwähnung gewiß nicht beabsichtigt, sich ihr anzuschließen. Eine geschichtliche Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Österreich-Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern. Deutschland hat durch die Kriegserklärung und die sofortige Verletzung der belgischen und luxemburgischen Unabhängigkeit, durch die Art, wie es den Kampf geführt hat, eine systematische Verachtung aller Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechte der kleinen Staaten gezeigt. Je mehr der Kampf sich entwickelte, wurde die Haltung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten ein ständiger Hohn auf die Menschlichkeit und Zivilisation. Ist es nötig, an die Greuel zu erinnern, die den Einfall in Belgien und Serbien begleiteten, die schonungslose Verwaltung der besetzten Länder, die Niedermetzelung von Hunderttausenden von harmlosen Armeniern, die Barbarei gegen die Bevölkerung von Syrien, die Zeppelinangriffe auf die offenen Städte, die Zerstörung von Postdampfern und Handelsschiffen unter neutraler Flagge durch Unterseeboote, die grausame Behandlung der Kriegsgefangenen, die Justizmorde an Miß Cavell und Kapitän Fryatt, die Verschleppung der Zivilbevölkerung in die Sklaverei usw.? Die Hinrichtung von Parville und die Reihe von Verbrechen, die ohne Rücksicht auf die allgemeine Mißbilligung begangen wurden, erklären dem Präsidenten Wilson vollständig die Verwahrung der Verbündeten. Diese sind der Meinung, daß die Note, die den Vereinigten Staaten als Antwort auf die deutsche Note überreicht wurde, die von der amerikanischen Regierung gestellte Frage beantwortet, und nach dem eigenen Ausdruck der letzteren eine öffentliche Erklärung bezüglich der Bedingungen, unter denen der Krieg beendet werden könnte, darstellt. Aber Präsident Wilson wünscht noch mehr; er wünscht, daß die kriegführenden Mächte offen die Ziele bekanntgeben, die sie sich bei der Fortführung des Krieges setzen.

Die Verbündeten können auf diese Forderung ohne Schwierigkeit antworten. Ihre Kriegsziele sind wohlbekannt. Sie haben sie mehrfach in den Erklärungen der Oberhäupter der verschiedenen Regierungen dargelegt. Diese Ziele werden in den Einzelheiten mit allen Sühneleistungen und gerechtfertigten Entschädigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen auseinandergesetzt werden. Aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließen, in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen des Wiederaufbaues Europas, Bürgschaft für einen dauerhaften Zustand, der sowohl auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker gegründet ist, sowie räumliche Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Verbündeten durch Gewalt ohne den Willen ihrer Bevölkerung entrissen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers von Rußland bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, die er an seine Armeen gerichtet hat.

Wenn die Verbündeten Europa der brutalen Begierde des preußischen Militarismus entreißen wollen, so war es selbstverständlich niemals ihre Absicht, wie man vorgegeben hat, die Vernichtung der deutschen Völker und ihr politisches Verschwinden anzustreben. Was sie vor allem wollen, ist die Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit, der unverletzlichen Treue, die die Regierung

Digitized by Google

der Vereinigten Staaten stets beseelt hat. Die Verbündeten, einig in der Verfolgung dieses hohen Zieles, sind jeder einzeln und gemeinsam entschlossen, mit ihrer ganzen Kraft zu handeln und alle Opfer zu bringen, um den Streit zu einem siegreichen Ende zu führen, von welchem ihrer Überzeugung nach nicht nur ihr eigenes Heil und ihre Wohlfahrt, sondern die Zukunft der Zivilisation selbst abhängen."

Die Erklärung Englands vom 16. 1. 1917.

„Indem ich Ihnen die Übersetzung der Note der Alliierten übersende, möchte ich folgende Bemerkungen machen, die Sie zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten zu bringen haben:

Ich entnehme aus dem allgemeinen Gedankengang der Note des Präsidenten, daß er, während er von dem lebhaften Wunsch erfüllt ist, daß der Friede bald kommt, und daß er, wenn er kommt, dauerhaft ist, sich für den Augenblick wenigstens nicht selbst mit den Bedingungen befaßt, unter welchen er zustande gebracht werden soll. Seiner Majestät Regierung teilt völlig das Ideal des Präsidenten, hat aber das starke Gefühl, daß die Dauerhaftigkeit dieses Friedens in weitem Maße von seinem Charakter abhängen muß und daß kein dauerhaftes System internationaler Beziehungen auf Grundlagen errichtet werden kann, die tatsächlich hoffnungslos mangelhaft sind. Dies tritt klar zutage, wenn wir die Hauptumstände betrachten, die das Unglück ermöglichten, unter dem die Welt jetzt leidet. Diese bestanden in dem Vorhandensein einer Großmacht, die von Herrschbegierde verzehrt wurde, inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, die für die Verteidigung schlecht vorbereitet waren, zwar in reichem Maße unterstützt durch internationale Gesetze, aber durch keine Maschinerie, um sie durchzusetzen, und geschwächt durch die Tatsache, daß weder die Grenzen der verschiedenen Staaten noch ihre innere Verfassung mit den Bestrebungen ihrer einzelnen Rassen übereinstimmten oder ihnen gerechte und billige Behandlung sicherten.

Daß dieses letztere Übel stark gemildert werden würde, wenn die Alliierten die in ihrer gemeinschaftlichen Note entworfenen Veränderungen in der Karte Europas durchsetzen könnten, ist offenbar, und ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen. Es ist tatsächlich eingewendet worden, daß die Austreibung der Türken aus Europa keinen eigentlichen oder logischen Teil an diesem allgemeinen Plane bilde. Die Erhaltung des türkischen Reiches wurde viele Menschenalter hindurch von einem Staatsmann von Weltruf als wesentlich für die Erhaltung des europäischen Friedens betrachtet. Weshalb, so wird gefragt, wird jetzt die Friedenssache mit dem vollkommenen Umsturz dieser überlieferungsgemäßen Politik in Verbindung gebracht? Die Antwort darauf lautet: weil die Umstände sich völlig geändert haben. Es ist unnötig, jetzt in Erwägung zu ziehen, ob die Schaffung einer reformierten Türkei, die zwischen den feindlichen Rassen des nahen Ostens vermittle, ein Plan war, welcher niemals ausgeführt werden konnte, als der Sultan aufrichtig war und die Mächte geeint waren. Sicher ist es, daß er jetzt nicht ausgeführt werden kann. Die Türkei der Einheit und des Fortschritts ist mindestens ebenso barbarisch und viel aggressiver als die Türkei des Sultans Abdul Hamid. In den Händen Deutschlands hat sie sogar offenbar aufgehört, ein Bollwerk des Friedens zu sein, und sie wird offen als ein Werkzeug der Eroberung benutzt. Unter deutschen Offizieren kämpfen jetzt türkische Soldaten in Ländern, aus denen sie lange vertrieben waren, und eine türkische Regierung, die von Deutschland beaufsichtigt, durch Hilfsgelder und andere Mittel unterstützt wird, hat sich Metzeleien in Armenien und Syrien zuschulden kommen lassen, wie sie so schrecklich selbst die Geschichte dieser unglücklichen Länder nicht aufzuweisen hat. Augenscheinlich erfordern die Friedensinteressen und die Ansprüche der Nationalitäten in gleicher Weise, daß die türkische Herrschaft über fremde Rassen wenn möglich beendet wird, und wir dürfen hoffen, daß die Austreibung der Türkei aus Europa ebensoviel zur Friedenssache beitragen wird wie die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich, der

Digitized by Google

italienischen Irredenta an Italien oder jede andere der Gebietsveränderungen, die in der Note der Alliierten angegeben werden.

Es ist augenscheinlich, daß solche territorialen Wiederherstellungen, wenn sie auch die Gelegenheiten zum Kriege vermindern können, keine hinreichende Sicherheit gegen dessen Wiederkehr bieten, wenn Deutschland oder vielmehr diejenigen Kreise in Deutschland, die seine öffentliche Meinung bilden und seine Geschicke leiten, sich wiederum vornehmen, die Welt zu beherrschen. Sie mögen dann zwar finden, daß das Abenteuer durch die neue Ordnung der Dinge schwieriger, aber kaum, daß es unmöglich geworden ist. Sie werden immer noch ein politisches System zur Hand haben, das durch und durch auf militärischer Grundlage aufgebaut ist. Sie werden weiter große Vorräte militärischer Ausrüstungsgegenstände anhäufen und weiter ihre Angriffsmethoden vervollkommnen, so daß ihre friedlicheren Nachbarn niedergeschlagen werden können, bevor sie sich selbst zur Verteidigung vorzubereiten vermögen. Wenn in dieser Weise Europa, sobald der Krieg vorbei ist, weit ärmer an Leuten, Geld und gegenseitigem guten Willen ist, als es zur Zeit des Kriegsbeginns war, trotzdem aber nicht in größerer Sicherheit sich befinden wird, dann werden die Zukunftshoffnungen für die Welt, die der Präsident hegt, ihrer Erfüllung ferner als jemals sein. Es gibt Leute, welche glauben, daß internationale Verträge und Gesetze für diese traurigen Zustände eine hinreichende Vorsorge zu treffen vermögen. Aber solche Leute haben die Lehren schlecht begriffen, die von der neuesten Geschichte so klar aufgestellt worden sind. Während die anderen Nationen, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, danach strebten, durch Schiedsgerichtsverträge die Sicherheit zu gewinnen, daß keine Aussicht auf einen Streit den Frieden stören könne, den sie dauernd zu gestalten wünschten, stand Deutschland abseits. Seine Geschichtschreiber und Philosophen predigten den Glanz des Krieges. Die Macht wurde als das wahre Ziel des Staates proklamiert. Der Generalstab schmiedete mit der unermüdlichen Industrie zusammen die Waffen, mit denen im geeigneten Augenblick der Machtgedanke vollendet werden sollte. Diese Tatsachen bewiesen klar genug, daß Vertragsabschlüsse zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht dazu angetan waren, viel Geneigtheit in Berlin zu finden, und ließen darauf schließen, daß derartige einstmals abgeschlossene Verträge schließlich unwirksam werden könnten. Das sprang erst in die Augen, als der Krieg ausgebrochen war, aber dann war die Beweisführung dafür allerdings überwältigend. Solange Deutschland das Deutschland bleibt, das ohne einen Schatten von Berechtigung in barbarischer Weise ein Land überrannte und mißhandelte, zu dessen Verteidigung es verpflichtet war, kann kein Staat seine Rechte als geschützt ansehen, wenn er keinen besseren Schutz für sie besitzt als einen feierlichen Vertrag.

Der Fall wird noch schwieriger gestaltet durch die Überlegung, daß diese Methoden berechneter Grausamkeit von den Mittelmächten nicht nur dazu bestimmt sind, diejenigen zu zerschmettern und aufzureiben, mit denen sie sich im Krieg befinden, sondern auch dazu, diejenigen einzuschüchtern, mit denen sie noch im Frieden leben. Belgien war nicht bloß ein Opfer, es war ein Beispiel. Die Neutralen wurden darauf hingewiesen, sich die Schandtaten zu merken, von denen seine Eroberung begleitet war: die Schreckensherrschaft, die seiner Besetzung folgte, die Wegschaffung eines Teils seiner Bevölkerung und die grausame Unterdrückung des zurückbleibenden Teils. Und damit die entweder durch die britische Flotte oder durch ihre eigene vor den deutschen Armeen glücklicherweise geschützten Völker sich trotzdem vor den deutschen Methoden nicht sicher glauben sollten, wetteiferte das Unterseeboot innerhalb seines Wirkungsbereichs beharrlich mit den barbarischen Praktiken der Schwesterwaffe. Die Kriegsstäbe der Zentralmächte sind es sicher zufrieden, die Welt in Schrecken zu versetzen, wenn sie sie nur auf diese Weise ihrer Schreckensherrschaft unterwerfen können.

Wenn dann die Mittelmächte erfolgreich sind, so werden sie solchen Methoden ihren Erfolg verdanken. Wie kann irgendeine Reform der internationalen Beziehungen auf einen solchen Frieden gegründet werden? Ein solcher Friede würde den Triumph alles dessen bedeuten, was den Krieg gewiß und was ihn brutal macht. Es würde die

Digitized by Google

Unzulänglichkeit aller der Mittel bedeuten, auf die die Zivilisation baut, um Gelegenheiten für internationale Streitigkeiten sowie deren Grausamkeit zu beseitigen. Deutschland und Österreich-Ungarn machten den gegenwärtigen Krieg unvermeidlich, indem sie die Rechte eines kleinen Staates antasteten, und sie erzielten ihre anfänglichen Triumphe, indem sie die das Gebiet eines anderen schützenden Verträge verletzten. Werden kleine Staaten in ihnen ihre Beschützer für Verträge erblicken können, die von ihnen als Schutz gegen Angriffe abgeschlossen worden sind? Terrorismus zu Lande und zur See wird sich als Mittel zum Siege erwiesen haben. Werden ihn die Sieger aufgeben auf einen Appell der Neutralen hin? Wenn bestehende Verträge nicht mehr sind als Fetzen Papier, können uns dann neue Verträge helfen? Wenn die Verletzung der grundlegenden Regeln des Völkerrechts von Erfolg gekrönt ist, werden die versammelten Nationen nicht umsonst daran arbeiten, diese Verträge zu verbessern? Niemand wird von ihren Bestimmungen Nutzen haben als die Verbrecher, die sie verletzen. Die, die sie halten, werden unter den Paragraphen leiden

Daher kann das englische Volk, obwohl es den Wunsch des Präsidenten nach Frieden vollauf teilt, nicht glauben, daß der Friede dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf den Erfolg der Sache der Alliierten gegründet ist. Denn ein dauerhafter Friede kann kaum erwartet werden, wenn nicht drei Bedingungen erfüllt sind: Erstens, daß die bestehenden Ursachen internationaler Beunruhigung soweit wie möglich entfernt und geschwächt werden sollten. Zweitens, daß die Angriffslust und die bedenkenlosen Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten. Drittens, daß hinter alle vertragsmäßigen Abkommen zur Verhütung oder zur Begrenzung von Feindseligkeiten irgendeine Form internationaler Sühne gesetzt werde, welche dem kühnsten Angreifer Einhalt gebietet.

Diese Bedingungen mögen schwer zu erfüllen sein, aber wir glauben, daß sie im allgemeinen im Einklang mit den Idealen des Präsidenten stehen, und wir sind überzeugt, daß keine von ihnen selbst unvollkommen erfüllt werden kann, wenn der Friede nicht, wenigstens soweit Europa betroffen wird, innerhalb der großen Grundlinien gesichert wird, die in der beigefügten Note gezogen sind. Deshalb hat England gebracht, bringt noch und ist bereit, noch weiterhin Opfer an Gut und Blut zu bringen, die ohnegleichen in seiner Geschichte dastehen. Es trägt diese schweren Lasten nicht nur, um so seine vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, auch nicht um einen unfruchtbaren Triumph einer Gruppe von Nationen über die andere zu sichern, es bringt sie, weil es fest glaubt, daß von dem Erfolge der Alliierten die Aussicht auf eine friedliche Zivilisation und auf diejenigen internationalen Reformen abhängt, welche, wie die besten Denker der neuen und der alten Welt zu hoffen wagen, der Beendigung des gegenwärtigen Unheils folgen werden."

Belgien übermittelte am 10. 1. dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eine besondere Note.

19.

Telegramm Nr. 86. Berlin, den 14. 1. 1917.

Der Staatssekretär an Frhrn. v. Lersner.

Botschafter Washington telegraphiert unterm 10. ds. Mts.: „Habe Denkschrift über bewaffnete Handelsschiffe Lansing überreicht. M. E. wird Vorgehen im Sinne dieser Denkschrift Friedensvermittlung Wilsons (Bleistiftvermerk: „Randbemerkung S. M.: von der ist nichts bekannt und auch nicht angeboten oder akzeptiert worden.") zum Scheitern bringen und statt dessen Bruch mit den Vereinigten Staaten herbeiführen, wenn wir

Digitized by Google

nicht mindestens solange mit Vorgehen gegen bewaffnete Schiffe warten, bis eine Einigung mit hiesiger Regierung herbeigeführt ist. Vielleicht wird es sich erreichen lassen, daß Amerikaner davor gewarnt werden, auf Schiffen Dienst zu nehmen, welche zu Angriffszwecken bewaffnet sind; hierzu muß aber jedenfalls der hiesigen Regierung Zeit gelassen werden. Da alles von Wilson entschieden wird, ist Besprechung mit Lansing als rein akademisch zu betrachten. (Fortsetzung folgt.) gez. Bernstorff."

gez. Zimmermann.

Telegramm Nr. 93. Berlin, den 15. 1. 1917.

Fortsetzung von Telegramm Nr. 86 vom 14. Januar.

Der Staatssekretär an Frhrn. v. Lersner.

Der Kaiserl. Botschafter in Washington telegraphiert weiter:

„Lansing antwortet niemals, bis er Instruktionen von Wilson hat. Im vorliegenden Falle muß letzterer erst Denkschrift lesen.

Wieviel Wert Ew. Exzellenz auf Wilsons Friedensaktion legen, kann ich von hier aus nicht ermessen. Davon abgesehen, muß ich pflichtgemäß bestimmt erklären, daß ich Bruch mit Vereinigten Staaten für unvermeidlich halte, wenn ohne weiteres im Sinne der Denkschrift vorgegangen wird.

gez. Bernstorff."

gez. Zimmermann.

20.

Entwurf*) einer Denkschrift der deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter feindlicher Kauffahrteischiffe.

Die deutsche Regierung hatte in ihrer Denkschrift vom 8. Februar 1916 über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe eine Reihe von Beweisen dafür beigebracht, daß die von den feindlichen Mächten bewaffneten Kauffahrteischiffe nicht mehr als friedliche Handelsschiffe betrachtet werden können, sondern als kriegführende anzusehen sind. Seit diesem Zeitpunkt hat sich das für ihre Auffassung sprechende Beweismaterial noch wesentlich vermehrt.

Wie aus zahlreichen Zeitungsnachrichten und aus Verhandlungen der Parlamente in den feindlichen Ländern hervorgeht, hat die Zahl der mit Geschützen versehenen Kauffahrteischiffe im Laufe des Jahres 1916 erheblich zugenommen. Als Ziel der Entwicklung ist von verantwortlichen

*) Mir liegen verschiedene Denkschriften vor. Ich habe Grund zur Annahme, daß die nachfolgende in Washington überreicht ist.

Digitized by Google

Staatsmännern dieser Länder, z. B. von Lord Crewe und dem Admiral Lacaze, die Bewaffnung sämtlicher Kauffahrteischiffe hingestellt worden. Das Nähere ergibt sich aus den anliegenden Beschlüssen einer am 10. Dezember in London unter Zuziehung von Regierungsvertretern abgehaltenen Reederkonferenz. Die öffentliche Meinung in den feindlichen Ländern verlangt seit geraumer Zeit, daß auch am Bug der Kauffahrteischiffe Geschütze aufgestellt werden; in der Tat ist das Buggeschütz auch bereits von den deutschen Seestreitkräften im Mittelmeer festgestellt worden.

Daß die Bestückung der Handelsschiffe nicht mehr der Verteidigung, sondern dem Angriff auf die mit dem Kreuzerkrieg beauftragten deutschen Unterseeboote gilt, geht aus einer Reihe unzweifelhafter Tatsachen hervor. Es darf hier zunächst an die geheimen britischen Regierungsbefehle erinnert werden, die in der deutschen Denkschrift vom 8. Februar 1916 veröffentlicht worden sind. Inzwischen sind den deutschen Streitkräften aber auch auf den von ihnen aufgebrachten französischen und italienischen Kauffahrteischiffen geheime Admiralitätsbefehle in die Hände gefallen, die den Angriffscharakter der Bewaffnung vollauf bestätigen. So sind am 29. Oktober d. Js. auf dem französischen Kauffahrteischiff „Maria Thérèse" vertrauliche Instruktionen des französischen Admiralstabes vorgefunden, worin unter anderem der Befehl gegeben wird:

„de commencer le feu dès que le sous-marin sera à bonne portée".

Ähnlich bestimmt eine am 31. Juli d. J. auf dem Dampfer „Citta di Messina" gefundene geheime Instruktion:

„Se una nave avvista un Sommergibile di prora e molte vicino, sia immerso, che al momento che emerge, la miglior manovra che possa fare è di accostargli risolutamente addosse. In tale caso o lo investirà, cosa che affondera il Sommergibile ed almeno, come si è visto in casi già avvenuti, uccidera parte e tutte l'equipaggie lanciandolo per l'urte contro le pareti, o obligherà il Sommergibile a sommergerso ed a venire a galla di poppa, pesiziene assai svantaggiosa per esso. Da quellistante bisognerà far molta attenzione di poppa e fuggire alla messima velocità, cercando di manteners il Sommergibile dritto di poppa se il mare a calmo o se questo non è abbastanza agitato perchè, se preso di prora di prora, impedisca il tire efficace al Sommergibile."

Überdies hat die britische Regierung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise die von ihr gegebenen Befehle durch Lord Crewe am 15. November 1916 im Oberhaus dahin auslegen lassen, daß:

„the German submarine is an enemy which it is permissible and proper to destroy, of you can, at sight".

Diese Angriffsabsichten der feindlichen Kauffahrteischiffe sind für die

Digitized by Google

deutsche Seekriegführung deutlich in Erscheinung getreten. Fortgesetzt mehren sich die Fälle, in denen feindliche Kauffahrteischiffe, ohne irgendwie angegriffen zu sein, ihrerseits angriffsweise gegen deutsche Unterseeboote vorgehen. Für die Ausführung der Geheimbefehle sind noch in allerletzter Zeit Beweise erbracht: so hat der französische Dampfer „Mississippi" am 8. November d. J. ein in weitem Abstand passirendes deutsches Unterseeboot, das keinerlei Angriffshandlung begangen, ja nicht einmal die Absicht hatte, ihn anzuhalten, seinerseits mit Artillerie angegriffen; ebenso hat der bewaffnete englische Dampfer „Caledonia" am 4. Dezember d. J. einen Rammangriff auf ein deutsches Unterseeboot gemacht, obwohl auch hier keinerlei Angriffsabsicht, geschweige denn Angriffshandlung auf deutscher Seite vorlag; ferner sind im Monat November allein im englischen Kanal drei Artillerieangriffe unbekannter feindlicher Dampfer gegen deutsche Unterseeboote, die nicht das geringste gegen die Dampfer unternommen hatten, festgestellt worden, während sich im Mittelmeer in den letzten Monaten sechs solcher Vorfälle zugetragen haben.

Bei dieser Sachlage können bewaffnete feindliche Handelsschiffe nicht beanspruchen, nach den Regeln des gewöhnlichen Kreuzerkrieges behandelt zu werden, vielmehr haben sie auch nach den Grundsätzen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Denkschrift über die Rechtsstellung bewaffneter Kauffahrteischiffe vom 25. März 1916 kundgegeben hat, den Charakter von kriegführenden angenommen.

Die amerikanische Denkschrift geht davon aus, daß ein Schiff in neutralen Gewässern wie auf hoher See unter anderem dann als Kriegsschiff angesehen und behandelt werden muß, wenn es von der Regierung eines kriegführenden Staates den Auftrag oder Befehl hat, Angriffe zu unternehmen. Dabei setzt die amerikanische Regierung allerdings voraus, daß auf hoher See die Feststellung des kriegerischen Charakters nicht auf Vermutung, sondern nur auf überzeugenden Beweisen beruhen muß; diese überzeugenden Beweise liegen aber jetzt in solcher Fülle vor, daß kein Raum für einen Zweifel mehr gegeben ist. Wenn die amerikanische Denkschrift hervorhebt, daß das Vorhandensein einer Bewaffnung auf einem Kauffahrteischiff an sich noch keinen hinreichenden Grund bietet, in ihm ein Kriegsschiff zu vermuten, so darf die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß für den kriegerischen Charakter der gegenwärtig bewaffneten feindlichen Kauffahrteischiffe außer der Bewaffnung selbst schwerwiegende weitere Umstände sprechen, unter denen die oben erwähnten Anweisungen der feindlichen Regierungen und die tatsächlich erfolgten überraschenden Angriffe auf deutsche Unterseeboote an erster Stelle stehen.

Die amerikanische Denkschrift will ferner den staatlichen Auftrag zu Angriffsunternehmungen nur dann als vorhanden ansehen, wenn er mit

Digitized by Google

der Androhung einer Strafe für den Fall der Unterlassung des Angriffs und mit der Zusage eines Prisengeldes für den Fall seiner Durchführung verbunden ist. Auch hierfür liegen die Voraussetzungen nachweislich vor. Denn Kapitäne, die den Befehl zur Versenkung deutscher Unterseeboote nicht ausgeführt haben, obwohl sich ihnen Gelegenheit dazu bot, sind in England bestraft worden; so berichtet „Daily Chronicle" schon am 8. September 1915, daß Ernest Alfred Sheldon, Angehöriger der Royal Naval Reserve und Kapitän eines bewaffneten Handelsschiffes, durch Urteil des Kriegsgerichts in Devonport aus der Marine ausgestoßen worden ist, weil er ein deutsches Unterseeboot nicht angegriffen hat. Ferner ist aus den englischen Parlamentsverhandlungen bekannt, daß für die Versenkung oder die versuchte Versenkung von deutschen Unterseebooten nicht nur vom Staat Belohnungen ausgesetzt sind, sondern daß angemeldete Ansprüche auf eine solche Belohnung auch von staatlichen Organen nachgeprüft werden, und daß nur, wenn diese Nachprüfung zur Zufriedenheit der Regierung ausgefallen ist, die Belohnung erfolgt. Die Belohnung ist in verschiedener Art erteilt worden; sie besteht meist in Geld, kommt also einem Prisengelde gleich, wenn sie auch nicht diesen Namen trägt; bisweilen besteht sie in einer goldenen Uhr oder in einer Auszeichnung durch Verleihung eines militärischen Offiziersranges. — Zu alledem kommt, daß die der britischen Kriegsmarine und Marinereserve entnommenen Bedienungsmannnschaften für die Geschütze englischer Kauffahrteischiffe, die sich dort regelmäßig vorfinden, ihren militärischen Charakter und ihre Unterstellung unter die Disziplinar- und Strafgewalt der Marinebehörden durch ihre Kommandierung auf Kauffahrteischiffe nicht verlieren, also nach wie vor einen Bestandteil der britischen Seestreitkräfte bilden. — Derart bewaffnete, bemannte und instruierte Schiffe sind nicht mehr, wie die amerikanische Denkschrift für die Annahme ihres friedlichen Charakters voraussetzt, lediglich zu ihrem Selbstschutz bewaffnet, sie versehen vielmehr auf dem ihnen angewiesenen Wege gegenüber den deutschen Unterseebooten dieselben Dienste, wie die zur Unterseebootsabwehr ausschließlich bestimmten Kriegsfahrzuge, und der Umstand, daß sie gleichzeitig Handelszwecken dienen, begründet keinen Unterschied für ihre Behandlung als Kriegführende durch die deutschen Unterseeboote.

Die amerikanische Denkschrift führt endlich aus, daß ein Kriegsschiff in geeigneter Weise Gewalt anwenden darf, um die Übergabe eines Kauffahrteischiffes zu erzwingen, wenn dieses Schiff entweder nach der Aufforderung zur Übergabe Widerstand leistet oder flieht oder vor Aufforderung zur Übergabe seine Bewaffnung gebraucht, um den Feind in der Entfernung zu halten. Sie gibt dabei dem Kauffahrteischiff das Recht, den Selbstschutz schon dann auszuüben, wenn es des Angriffes eines feindlichen

Digitized by Google

Kriegsschiffes sicher ist, da sonst die Ausübung des Rechtes derart beschränkt sein würde, daß es seine Wirksamkeit verlöre; genau dieselben Gründe sprechen dafür, daß ein Kriegsschiff, das zur Ausübung des Prisenrechtes befugt ist, Gewalt anwenden darf, wenn es des Angriffs eines bewaffneten, feindlichen Kauffahrteischiffes sicher ist.

Die deutsche Regierung hat aus dem vorstehend mitgeteilten Beweismaterial in Übereinstimmung mit der amerikanischen Denkschrift den Schluß gezogen, daß bewaffnete Kauffahrteischiffe ihrer Gegner in diesem Kriege als kriegführende zu behandeln sind. Sie ist dabei von der Überzeugung durchdrungen, sich auf der gleichen Grundlage zu bewegen, wie die amerikanische Regierung in der Note des Staatssekretärs Lansing an den britischen Botschafter vom 18. Januar 1916. Denn in dieser Note bekennt sich die amerikanische Regierung selbst zu der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Zeit des Unterseebootskrieges jede Bewaffnung eines Kauffahrteischiffes den Charakter einer offensiven Bewaffnung zu haben scheine, da das Aufstellen von Geschützen auf Handelsschiffen nur aus der Absicht erklärt werden könne, die Kauffahrteischiffe den Unterseebooten überlegen zu machen und dadurch Warnung und Untersuchung durch sie zu verhindern.

21.

Telegramm Nr. 139. Berlin, den 22. 1. 1917.
Zum Vortrag. 10^{20} nachm.

Der Staatssekretär an Frhrn. v. Grünau.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Chef des Admiralstabes der Marine ist am 16. d. M. unter Nr.157*) folgende Instruktion an den Kaiserl. Botschafter in Washington gerichtet worden:

„Nach schroffer Ablehnung unseres Friedensangebotes hat Entente in Antwort an Wilson zum Ausdruck gebracht, daß sie zur Fortsetzung des Krieges entschlossen ist, um Deutschlands Provinzen im Osten und Westen zu rauben, Österreich-Ungarn zu zertrümmern, Türkei zu vernichten. In ihrer auf diese Ziele gerichteten Kriegführung verletzt Entente alle Regeln des Völkerrechts, indem sie lediglich Handel Deutschlands mit Neutralen und Neutraler untereinander widerrechtlich verhindert. Aus Rücksicht auf Neutrale hat Deutschland von U-Bootwaffe bisher nicht vollen Gebrauch gemacht. Nachdem Entente Verständigung auf der von Zentralmächten vorgeschlagenen Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen unmöglich gemacht und nur einen, teils auf Vernichtung, teils auf Entehrung

*) Diese Instruktion hat der Obersten Heeresleitung demnach nicht vor Abgang vorgelegen. Der Verfasser.

Digitized by Google

der Zentralmächte hinauslaufenden, von Entente zu diktierenden Frieden als möglich erklärt hat, kann Deutschland diesen Verzicht nicht weiter aufrecht erhalten. Wir zweifeln nicht, daß Präsident für die durch brutalen Kriegs- und Vernichtungswillen der Entente geschaffene Zwangslage Verständnis haben und einsehen wird, daß jetzt enthüllte Absichten der Entente Deutschland die in der Note vom 4. Mai 1916 vorbehaltene Freiheit der Entschließung wiedergeben.

Demgemäß wird Deutschland völkerrechtswidrigen Maßnahmen der Gegner dadurch begegnen, daß es vom 1. Februar ab, in einem Gebiet um Großbritannien und Frankreich jeden — auch neutralen — Schiffsverkehr von und nach England und Frankreich gewaltsam verhindert.

Auch neutrale Schiffe, die in diesem Gebiet angetroffen, werden versenkt. Das Gebiet ist umgrenzt durch eine Linie in 20 Seemeilen Abstand längs der holländischen Küste bis Terschelling-Feuerschiff, den Längengrad von Terschelling-Feuerschiff bis Udsire, eine Linie von dort über den Punkt 62°Nord 0°Länge nach 62°Nord 5°West, weiter zu einem Punkt 3 Seemeilen südlich der Südspitze der Färöer, von dort über Punkt 62°Nord 10°West nach 61°Nord 15°West, dann 57°Nord 20°West, bis 47°Nord 20°West, weiter nach 43°Nord 15°West, dann auf dem Breiten-Grad 43°Nord entlang bis 20 Seemeilen von Kap Finisterre und in 20 Seemeilen Abstand entlang der spanischen Nordküste bis zur französischen Grenze.

Von dieser Maßnahme verspricht sich die deutsche Regierung die baldige Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens, die auch dem Präsidenten am Herzen liegt. Deutschland und seine Verbündeten hatten in Übereinstimmung mit dem Präsidenten gehofft, dieses Ziel im Wege der Verhandlung erreichen zu können. Nachdem durch die Schuld der Gegner der Krieg seinen Fortgang nehmen muß, glaubt die Kaiserl. Regierung sich der bestimmten Erwartung hingeben zu dürfen, daß sich der Präsident der Notwendigkeit einer Maßnahme nicht verschließen wird, die geeignet ist, das Ende des furchtbaren Blutvergießens zu beschleunigen. Sie rechnet hierauf um so mehr, als unter den Druckmitteln der Entente die Neutralen auf das schwerste geschädigt werden, indem sie gezwungen sind, allen Verkehr und Handel aufzugeben oder auf dasjenige Maß zu beschränken, das unsere Gegner ohne Bindung an die Regeln des Völkerrechtes willkürlich festsetzen.

Wir nehmen daher bestimmt an, daß der Präsident nunmehr amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in das Sperrgebiet und amerikanische Staatsangehörige davor warnen wird, feindlichen, nach englischen und französischen Häfen des Sperrgebietes verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

Digitized by Google

Durch einen energischen Druck auf England in Form eines Ausfuhrverbotes auf Lebensmittel und Kriegsgerät hat es der Präsident überdies in der Hand, zu einer schleunigen Beendigung des Krieges in wirksamer Weise beizutragen.

Vorstehendes einstweilen für Ew. pp. persönliche Information. Aus militärischen Gründen unbedingte Geheimhaltung nötig. Dortiger Regierung keine Andeutungen, sondern erst am 1. Februar entsprechende amtliche Mitteilung machen. Bei Mitteilung wollen Sie bemerken, daß in dem Befehl für U-Boote genügend lange Schonung neutraler Schiffe und genügend lange Sicherheit der Passagiere auf unbewaffneten feindlichen Passagierdampfern vorgesehen ist, außerdem können neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach oder von Häfen des Sperrgebietes, dieses, ohne Gefahr, versenkt zu werden, vermeiden oder auf dem kürzesten Wege verlassen, wenn sie sofort mit allen verfügbaren Mitteln benachrichtigt werden. Ebenso können neutrale Schiffe Häfen des Sperrgebietes vor 4. Februar abends verlassen und dieses auf kürzestem Wege durchqueren.

Etwaigen Einwand wegen Gefährdung von Amerikanern, die sich auf feindlichen Frachtdampfern befinden, die nach Sperrgebiet unterwegs, bitte mit Hinweis zu begegnen, daß feindliche Reedereien in der Lage, Einlaufen ins Sperrgebiet rechtzeitig zu verhindern.

Ew. pp. wollen ferner früheres Angebot freier Passage in begrenzter Zahl amerikanischer Passagierdampfer nach Falmouth wiederholen. Dabei Bedingungen: Fester bekannter Fahrplan, keinerlei Konterbande, besondere nur diesen Schiffen vorbehaltene Kennzeichen, zu vereinbarender Kurs.

Ich bin mir wohl bewußt, daß wir mit unserem Vorgehen Gefahr laufen, den Bruch und möglicherweise den Krieg mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf uns zu nehmen. Ich bitte aber Ew. pp., mir umgehend etwaige Gesichtspunkte für Behandlung der Angelegenheit mitzuteilen, durch die Gefahr des Bruchs vermindert werden könnte. Erbitte insbesondere Äußerung darüber, ob vorgesehene Zusicherung wegen Schonung neutraler Schiffe und Passagierdampfer ausreichend oder besser bestimmte Frist, eventuell welche, anzugeben. Ich erinnere schließlich an Vorbereitung der gründlichen Unfahrbarmachung deutscher Dampfer. Ew. pp. sind dafür verantwortlich, daß nötiges Stichwort so rechtzeitig auf so sicherem Wege gegeben wird, daß kein deutscher Dampfer in brauchbarem Zustande in fremde Hände fällt.

Sofortige Empfangsbestätigung."

pp. gez. Zimmermann.

Digitized by Google

22.

Nr. 293. Zu 17 004 P.

Graf Bernstorff drahtet Nr. 222 vom 19. 1. am 22. 1. 1917.

„Antwort auf Telegramm Nr. 157 vom 16. 1. Krieg unvermeidlich bei beabsichtigtem Vorgehen.

Gefahr Bruchs könnte vermindert werden durch Ansetzung bestimmter Frist, etwa eines Monats, behufs Schonung neutraler Schiffe und Passagiere, da eine vorherige rechtzeitige Warnung, wie Vorgehen jetzt geplant, unmöglich erscheint. Stichwort für Unfahrbarmachung deutscher Dampfer werde ich am 1. Februar geben müssen, da Ausführung meines Auftrages hier als Kriegserklärung wirken und deshalb sofort strenge Bewachung eintreten wird. So wie so dürfte ein der „Lusitania" ähnlicher Fall bald zu erwarten sein.

Wenn militärische Gründe nicht unbedingt durchschlagend sind, wäre Aufschub dringend erwünscht. Wilson glaubt Frieden erreichen zu können auf Grundlage der von uns vorgeschlagenen Gleichberechtigung aller Nationen. House sagte mir noch gestern, daß Wilson in allernächster Zeit vorgehen wolle, da er Aussichten auf eine baldige Friedenskonferenz für günstig halte."

Ich habe mich unverzüglich mit Admiral v. Holtzendorff ins Benehmen gesetzt und bei ihm warm befürwortet, durch Ansetzung der von Graf Bernstorff vorgeschlagenen bestimmten Fristen tunlichst dazu beizutragen, daß die Gefahr des Bruchs mit Amerika vermindert wird. Ich habe dabei betont, daß eine Hinauszögerung des Bruchs mit Amerika schon aus dem Grunde zu begrüßen sein würde, weil der durch Einsetzen der U-Bootwaffe auch in unseren Schützengräben voraussichtlich ausgelöste Enthusiasmus erheblich beeinträchtigt werden dürfte, falls gleichzeitig eine Kriegserklärung Amerikas erfolgen sollte. Der Admiral zeigte für meine Ausführung volles Verständnis und stellte mir für morgen eine entgegenkommende Antwort in Aussicht. Die Frist von einem Monat erschien ihm allerdings als zu lang.

gez. Zimmermann.

23.

Ansprache Wilsons an den Senat vom 22. Januar 1917*).

Meine Herren Senatoren:

Am 18. Dezember vergangenen Jahres richtete ich an die Regierungen aller kriegführenden Staaten eine gleichlautende Note, in der ich sie ersuchte, bestimmter, als es bisher von den beiden Gruppen der Kriegführenden geschehen war, die Bedingungen

*) Als der Friedensschritt vom 18. Dezember abgelehnt war, hatte Wilson zunächst nicht die Absicht, einen neuen zu unternehmen.

Digitized by Google

festzusetzen, die ihnen einen Friedensschluß zu ermöglichen schienen. Ich sprach im Namen der Menschheit und für die Rechte der neutralen Staaten, zu denen auch wir gehören. Denn viele unserer wichtigsten Lebensinteressen werden durch den Krieg beständig gefährdet. Die Mittelmächte erteilten eine Antwort, die lediglich ihre Bereitschaft erklärte, mit den Gegnern auf einer Konferenz über Friedensbedingungen zu unterhandeln. Die Ententemächte haben viel bestimmter erwidert und haben, allerdings auch in allgemeinen Ausdrücken, aber mit einer Bestimmtheit, die auch Einzelheiten andeutete, die Vorkehrungen, Bürgschaften und Wiedergutmachungen festgesetzt, die nach ihrer Ansicht die unerläßlichste Vorbedingung einer befriedigenden Schlichtung des Streites sind. Wir sind so einer bestimmten Erörterung des Friedens, der diesen Krieg beenden soll, viel näher gekommen. Wir sind so auch der Erörterung des internationalen Einvernehmens näher gekommen, das nachher den Weltfrieden sichern soll. In allen Friedenserörterungen wird zugestanden, daß der Friede zu irgendeiner klaren Vereinbarung der Mächte führen muß, die es praktisch unmöglich macht, daß wir jemals wieder von einer solchen Katastrophe überwältigt werden. Jeder Freund der Menschheit, jeder vernünftig denkende Mensch muß das für ausgemacht halten.

Ich habe diese Gelegenheit gesucht, zu Ihnen zu sprechen, weil ich es Ihnen als dem mir beigestellten Organ für die endgültigen Beschlüsse über unsere internationalen Verpflichtungen schuldig zu sein glaubte, mit voller Offenheit die Gedanken und Ziele zu enthüllen, die sich bei mir über die Pflichten unserer Regierung in den kommenden Tagen gebildet haben, wenn man daran gehen wird, nach neuem Plan einen neuen Frieden zwischen den Nationen zu begründen.

Es ist undenkbar, daß das Volk der Vereinigten Staaten an einem so großen Unternehmen keinen Anteil haben sollte, denn an solch einem Dienst teilzunehmen, ist die Gelegenheit, für die unser Volk sich stets durch die Grundsätze und Absichten seines Staatsgedankens und durch die anerkannte Praxis seiner Regierung seit den Tagen vorzubereiten suchte, da wir eine neue Nation gebildet haben, in der hohen und ehrenhaften Hoffnung, in allem, was wir waren und taten, der Menschheit den Weg zur Freiheit zu zeigen. Wir können uns jetzt nicht in Ehren von der Mitarbeit zurückhalten, zu der wir aufgefordert sind. Wir wünschen uns auch nicht zurückzuhalten, aber wir schulden es uns selbst und den anderen Nationen der Welt, die Bedingungen zu nennen, unter denen wir uns dazu bereit fühlen.

Der Dienst, den wir leisten, besteht in nichts Geringerem als dem folgenden: Wir müssen unser Ansehen und unsere Macht denen der anderen Nationen zugesellen, um Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt zu verbürgen. Diese endgültige Regelung kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Es ist nur recht, daß unsere Regierung vorher offen die Bedingungen formuliert, auf Grund deren sie sich berechtigt fühlt, die Zustimmung unseres Volkes zu ihrem feierlichen und förmlichen Anschluß an ein Friedensbündnis zu erbitten. Ich bin hier, um eine Zusammenstellung dieser Bedingungen zu versuchen:

Zuerst muß der gegenwärtige Krieg beendigt werden; aber die Aufrichtigkeit und die gerechte Rücksicht auf die Meinung der Welt verpflichtet uns auszusprechen, daß es

---

Der italienische Botschafter in Petersburg Carlotti telegraphiert an Sonnino am 13. 1. 1917:

„Der Botschafter der Vereinigten Staaten hat heute formell dem hiesigen Minister des Äußeren im Namen Wilsons erklärt, daß dieser entgegen den von mehreren Zeitungen vertretenen Gerüchten nicht die Absicht hat, eine zweite Friedensnote an die kriegführenden Mächte zu richten."

Was Wilson trotzdem zu dem Schritte veranlaßte, ist unklar; sicher ist, daß er über unsere Absicht, den U-Bootkrieg vom 1. Februar ab von allen Einschränkungen befreit zu führen, unterrichtet war. Gerard bezeugt dies. Außerdem ist die Vermutung berechtigt, daß sämtliche Telegramme, die über die englischen Kabel gehen mußten, entziffert wurden. Der Verfasser.

Digitized by Google

für uns, soweit unsere Teilnahme an den Bürgschaften eines zukünftigen Friedens in Frage kommt, einen großen Unterschied ausmacht, auf welchem Wege und auf Grund welcher Bedingungen der Krieg beendigt wird. Die Verträge und Vereinbarungen, die ihn beendigen, müssen Bestimmungen enthalten, durch die ein Friede geschaffen wird, der wert ist, verbürgt und gewahrt zu werden, ein Friede, der die Zustimmung der ganzen Menschheit findet und nicht bloß den verschiedenen Interessen und unmittelbaren Zielen der im Kriege befindlichen Völker dient. Wir haben keine Stimme bei der Entscheidung darüber, welches diese Bestimmungen sein sollen, aber sicherlich haben wir eine Stimme bei der Beschlußfassung darüber, ob sie durch die Bürgschaften eines Weltvertrages Dauer erhalten sollen oder nicht. Und unser Urteil darüber, was die grundlegenden und wesentlichen Vorbedingungen der Dauer sein sollen, muß jetzt ausgesprochen werden, nicht später, wenn es zu spät sein könnte.

Kein Gesamtfriedensvertrag, der die Völker der neuen Welt nicht mit einbezieht, kann genügen, um die Zukunft gegen den Krieg zu sichern. Und doch gibt es nur eine Art von Frieden, die die Völker Amerikas mitverbürgen können. Die Elemente eines solchen Friedens müssen das Vertrauen der amerikanischen Regierung finden, ihren Grundsätzen genugtun und sich mit dem politischen Glaubensbekenntnis und den praktischen Überzeugungen vertragen, für die sich die Völker Amerikas seit jeher eingesetzt haben.

Ich will nicht sagen, daß irgendeine amerikanische Regierung irgendwelchen Friedensbedingungen der kriegführenden Mächte Widerstand leisten oder versuchen wird, sie zu beseitigen, wie sie auch beschaffen sein mögen. Ich halte es nur für sicher, daß ein einfacher Friedensschluß zwischen den Kriegführenden nicht einmal diese selbst befriedigen würde. Es ist denkbar, daß solche Friedensvereinbarungen den Frieden nicht sichern, es wird durchaus nötig sein, daß als Bürge für die Dauerhaftigkeit der Vereinbarung eine Macht geschaffen wird, so viel stärker als die irgendeines jetzt Kriegführenden oder bis jetzt geschlossenen Bündnisses, daß keine Nation und keine wahrscheinliche Verbindung von Nationen ihr entgegentreten oder widerstehen könnte. Wenn der bevorstehende Friede dauerhaft sein soll, muß er durch die organisierte Machtmehrheit gesichert sein.

Die Bedingungen des unmittelbaren Friedensschlusses werden darüber entscheiden, ob ein Friede erzielt wird, für den so eine Bürgschaft geleistet werden kann. Die Frage, von der der ganze künftige Friede und die Politik der Welt abhängt, ist die folgende: Ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur ein Kampf um ein neues Mächtegleichgewicht? Ist er nur dies, wer will, wer kann die dauernde Gleichgewichtslage der neuen Vereinbarungen verbürgen? Nur ein in sich beruhigtes Europa kann Bestand haben. Es darf nicht ein Gleichgewicht der Mächte, es muß eine Gesellschaft der Mächte entstehen; keine organisierte Nebenbuhlerschaft, sondern ein organisierter Gemeinschaftsfriede.

Glücklicherweise haben wir sehr bündige Versicherungen über diesen Punkt erhalten. Die Staatsmänner beider jetzt kriegführenden Völkergruppen haben in völlig unmißverständlichen Ausdrücken erklärt, daß es nicht in ihren Absichten liege, den Gegner zu vernichten und zu unterdrücken. Aber die stillschweigenden Folgerungen aus diesen Versicherungen mögen nicht für alle gleich klar und diesseits und jenseits des großen Wassers nicht die gleichen sein. Ich halte es für dienlich, wenn ich auseinanderzusetzen versuche, wie wir sie verstehen:

Vor allem scheint mir darin enthalten, daß ein Friede ohne Sieg geschlossen werden muß. Das klingt nicht angenehm. Ich bitte um Erlaubnis, meine eigene Auslegung davon geben zu dürfen, und bitte festzuhalten, daß ich an keine andere gedacht habe. Ich suche den Wirklichkeiten ohne jede schwächliche Heimlichtuerei ins Gesicht zu sehen. Ein Sieg würde einen Frieden bedeuten, der dem Besiegten aufgezwungen ist, die Bedingungen des Siegers, die dem Unterlegenen auferlegt werden. Er würde nur mit dem Gefühl der Demütigung hingenommen werden, unter Härten, mit unerträglichen Opfern, und er würde einen Stachel zurücklassen, ein Rachegefühl, eine bittere

Digitized by Google

Erinnerung, auf denen der geschlossene Friede nicht dauernd, sondern nur wie auf Triebsand ruhen würde. Nur ein Friede zwischen gleichen Mächten kann dauern, nur einer, dessen innerstes Wesen Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamem Vorteil sind. Der rechte Geisteszustand, die richtige Stimmung zwischen Völkern ist für einen dauernden Frieden ebenso notwendig wie eine gerechte Regelung schwieriger Fragen des Gebiets oder der Stammes- und Nationalzugehörigkeit.

Die Gleichheit der Völker, auf der ein dauernder Friede begründet sein muß, muß eine Gleichheit ihrer Rechte sein. Die ausgetauschten Bürgschaften dürfen zwischen großen und kleinen, starken und schwachen Nationen einen Unterschied weder anerkennen noch voraussetzen. Das Recht aller, nicht einzelner, muß auf der Stärke der Völker ruhen, von deren Einvernehmen der Friede abhängen wird. Dabei kann es natürlich keine Gleichheit des Gebietes und der Machtmittel geben, wie überhaupt keine Gleichheit, die nicht aus der friedlichen und gesetzlichen Entwicklung der Völker selbst herrührt; aber niemand verlangt und erwartet mehr als eine Gleichheit der Rechte. Die Menschheit sehnt sich heute nach der Freiheit des Lebens, nicht nach einem Gleichgewicht der Mächte.

Aber noch eine tiefere Angelegenheit als selbst die Gleichheit des Rechts zwischen organisierten Nationen hängt hiermit zusammen. Kein Friede kann oder soll dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht nur von der Zustimmung der Regierten erhalten und daß es nirgends ein Recht gibt, Völker von einer Landesherrschaft an die andere zu übertragen, als ob sie Sachen wären. Ich halte zum Beispiel für sicher, wenn ich ein einzelnes Beispiel wagen darf, alle Staatsmänner stimmen darin überein, daß es ein geeintes, unabhängiges und selbständiges Polen geben und daß in Zukunft die unverletzliche Sicherheit des Lebens, des Glaubens und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung allen Teilen dieses Volkes verbürgt werden sollte, die bisher unter der Macht von Regierungen feindlichen Glaubens und Willens lebten.

Ich spreche davon, nicht weil ich einen abstrakten politischen Grundsatz nachdrücklich unterstreichen will, der von jeher den Erbauern amerikanischer Freiheit teuer war, sondern aus dem gleichen Grunde, aus dem ich über die übrigen mir unerläßlich scheinenden Vorbedingungen des Friedens gesprochen habe: weil ich ganz aufrichtig enthüllen möchte, was ist. Jeder Friede, der nicht diesen Grundsatz anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich scheitern. Er wird nicht auf den Neigungen und Überzeugungen der Menschheit ruhen. Der gärende Geist ganzer Bevölkerungen wird findig und beständig dagegen ankämpfen, und die ganze Welt wird ihm Beifall geben. Die Welt kann nur friedlich sein, wenn ihr Leben stetig verläuft, eine solche Stetigkeit kann es aber nicht geben, wo ein rebellischer Wille ohne Ruhe des Geistes, ohne Sinn für Gerechtigkeit, Freiheit und Recht ist.

Außerdem sollte, soweit möglich, jedem Volk, das jetzt um die volle Entwicklung seiner Mittel und seiner Macht kämpft, ein unmittelbarer Zugang zu den großen Verkehrsstraßen des Meeres zugebilligt werden. Wo dies nicht durch Gebietsabtretungen geschehen kann, kann es zweifellos durch die Neutralisierung unmittelbarer Wegerechte unter der allgemeinen Friedensbürgschaft geschehen. In einer echten Rechtsgemeinschaft braucht kein Volk vom freien Zutritt zu den offenen Pfaden des Welthandels ausgeschlossen zu bleiben.

Und die Wege der See müssen rechtlich und tatsächlich frei sein. Die Freiheit der See ist die notwendige Bedingung des Friedens, der Gleichheit und der gemeinsamen Arbeit. Zweifellos wird auch eine ziemlich tiefgehende Umgestaltung vieler Völkerrechtsregeln, die bisher als feststehend erachtet wurden, notwendig sein, um die Meere so gut wie in allen Fällen für den Gebrauch der Menschheit tatsächlich frei und gemeinsam zu machen, aber die Notwendigkeit einer solchen Umgestaltung ist überzeugend und zwingend; ohne sie kann kein Vertrauen und keine Freundschaft zwischen den Völkern der Welt bestehen. Der freie, beständige und unbedrohte Verkehr zwischen den Völkern ist ein wesentlicher Teil des Friedens und der Entwicklung. Es kann nicht

Digitized by Google

schwer sein, die Freiheit der Meere zu bestimmen und zu sichern, wenn alle Regierungen der Welt ehrlich darüber zu einer Verständigung kommen wollen.

Das ist ein Problem, das eng verknüpft ist mit der Begrenzung der Rüstungen zur See und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um das Meer frei und sicher zu halten. Die Frage nach der Begrenzung der Seerüstungen führt zu der größeren und vielleicht schwierigeren Frage der Begrenzung der Heere und der militärischen Rüstungsprogramme. Schwierig und heikel, wie diese Fragen sind, müssen sie mit der äußersten Aufrichtigkeit betrachtet und im Geiste wirklicher Verständigung gelöst werden, wenn der Friede auf seinen Fittichen das Heil bringen und sich dauernd niederlassen soll. Der Friede ist ohne Zugeständnisse und Opfer nicht zu haben. Das Gefühl der Sicherheit und Gleichheit zwischen den Nationen kann nicht währen, wenn große, übergewichtige Rüstungen hüben und drüben begründet und unterhalten werden. Die Staatsmänner der Welt müssen den Frieden planen und die Nationen ihre Politik danach einrichten, wie sie bisher den Krieg planten und sich zu erbarmungslosem Kampf und Wettstreit rüsteten. Die Frage der Rüstungen zu Lande und zu Wasser ist die am unmittelbarsten und dringendsten praktische Frage für das zukünftige Schicksal der Nationen und der Menschheit.

Ich habe über diese großen Dinge rückhaltslos und mit der größten Deutlichkeit gesprochen, weil mir das notwendig erschien, wenn anders die brennende Sehnsucht der Welt nach Frieden irgendwo frei zu Worte und zum Ausdruck gelangen soll. Ich bin vielleicht der einzige Mensch in hoher verantwortlicher Stellung in allen Völkern der Welt, der sich frei aussprechen kann und nichts zu verschweigen braucht. Ich spreche als einzelner und doch natürlich zugleich als das verantwortliche Haupt eines großen Staats. Und ich bin überzeugt, daß ich gesagt habe, was das Volk der Vereinigten Staaten von mir erwartet. Darf ich nicht auch sagen, daß ich hoffe und glaube, tatsächlich für die frei Gesinnten und die Freunde der Menschheit und jeder freiheitlichen Richtung in jedem Volke zu sprechen? Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch für die stumme Masse der Menschheit allerorten spreche, die noch keine Stelle und noch keine Gelegenheit gehabt hat, ihre wirklichen Gefühle über das Hinsterben der Menschen und die Vernichtung der Stätten zum Ausdruck zu bringen, die ihrem Herzen am teuersten sind.

Und wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß sich Volk und Regierung der Vereinigten Staaten den übrigen zivilisierten Völkern der Erde zur Sicherung eines dauernden Friedens auf Grund der von mir dargelegten Bedingungen anschließen werden, so spreche ich mit um so größerer Kühnheit und Zuversicht, als für jeden Denkenden klar ist, daß in einer solchen Zusage kein Abweichen, weder von unseren nationalen Überlieferungen noch von unserer nationalen Politik, sondern Erfüllung alles dessen liegt, was wir verkündet und wofür wir gekämpft haben.

Ich möchte, um mich so auszudrücken, vorschlagen, daß sich die Völker einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen: daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgendein anderes Volk oder eine andere Nation auszudehnen, daß es vielmehr jedem Volke, kleinem sowohl wie großem und mächtigem, freistehen sollte, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und ohne Furcht selbst zu bestimmen.

Ich schlage vor: Eine Regierung unter Zustimmung der Regierten, jene Freiheit der Meere, die die Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten in einer internationalen Konferenz nach der anderen mit der ganzen Beredsamkeit überzeugter Anhänger der Freiheit verfochten haben, und eine Beschränkung der Rüstungen, die aus den Heeren und Flotten lediglich ein Werkzeug der Ordnung, nicht aber ein Werkzeug für Angriff oder eigensüchtige Gewalttätigkeit macht.

Das sind amerikanische Grundsätze und Richtlinien. Für andere können wir nicht eintreten. Es sind auch die Grundsätze und Richtlinien in die Zukunft gewandter Männer und Frauen allerorten in jedem neuzeitlichen Volk, in jedem aufgeklärten Gemeinwesen. Es sind die Grundsätze der Menschheit, und sie müssen siegen.

Digitized by Google

24.

Washington, den 27. 1. 1917.

Graf Bernstorff an Auswärtiges Amt. — Telegramm.

House bat mich spontan im Auftrage Wilsons, ihn zu besuchen und sagte mir das Folgende als offiziellen Auftrag des Präsidenten:

Wilson anbietet zunächst vertraulich Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, d. h. also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachte Wilson sein gleichzeitig an uns gerichtetes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen.

House entwickelte mir folgenden Gedankengang des Präsidenten: Unsere Feinde hätten ihre unmöglichen Friedensbedingungen offen ausgesprochen. Darauf habe Präsident in direktem Gegensatz hierzu sein Programm entwickelt. Nunmehr seien auch wir moralisch verpflichtet, unsere Bedingungen bekanntzugeben, weil unsere Friedensabsichten sonst als nicht ehrliche angesehen werden würden. Nachdem Eure Exzellenz Herrn Wilson mitgeteilt hätten, daß unsere Friedensbedingungen gemäßigte seien und daß wir auf die zweite Friedenskonferenz eingehen wollten, glaube Präsident, daß er mit seiner Senatsbotschaft unseren Absichten entsprochen hätte.

Wilson hoffe, daß wir ihm Friedensbedingungen mitteilen würden, welche hier und in Deutschland veröffentlicht werden dürften, damit sie unbedingt in der ganzen Welt bekannt würden, wenn wir nur in ihn Vertrauen hätten, sei Präsident überzeugt, daß er dann die beiden Friedenskonferenzen erreichen könne. Er wäre besonders erfreut, wenn Eure Exzellenz gleichzeitig erklären wollten, daß wir bereit seien, auf der Basis seiner Senatsbotschaft in die Konferenzen einzutreten. Motivieren ließe sich unsere Erklärung dadurch, daß Wilson uns jetzt direkt um unsere Friedensbedingungen gebeten hat. Präsident meint, die an ihn gerichtete Ententenote braucht als Bluff nicht in Betracht gezogen werden. Er hoffe bestimmt, Friedenskonferenzen zustande zu bringen, und zwar so schnell, daß unnötiges Blutvergießen der Frühjahrsoffensiven verhindert werde.

Wie weit Eure Exzellenz Wilson entgegenkommen wollen und können, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Indes bitte ich dringend, folgendes vortragen zu dürfen. Wenn jetzt ohne weiteres U-Bootkrieg begonnen wird, wird Präsident dies als Schlag ins Gesicht betrachten, und Krieg mit den Vereinigten Staaten ist unvermeidlich. Hiesige Kriegspartei wird Oberhand gewinnen und Beendigung des Krieges meines Erachtens unabsehbar sein, da Machtmittel der Vereinigten Staaten trotz allem, was man dagegen sagen kann, sehr groß sind. Andernfalls, wenn wir auf Wilsons Vorschlag eingehen, allein Pläne trotzdem an der Hartnäckigkeit

Digitized by Google

unserer Gegner scheitern, wird es dem Präsidenten sehr schwer werden, gegen uns in den Krieg zu gehen, selbst wenn wir dann uneingeschränkten U-Bootkrieg anfangen. Es handelt sich also vorläufig nur um einen Aufschub von kurzer Dauer, um unsere diplomatische Stellung zu verbessern. Ich selbst bekenne mich allerdings zur Ansicht, daß wir jetzt durch Konferenzen einen besseren Frieden erreichen werden, als wenn sich die Vereinigten Staaten unseren Feinden anschließen.

Da Kabeltelegramme stets mehrere Tage brauchen, bitte um umgehende drahtlose Weisung, falls telegraphischer Erlaß 157 am 1. 2. nicht auszuführen ist.

gez. Bernstorff.

Telegramm an A. A.*)

Wilson anbot offiziell aber zunächst vertraulich Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, d. h. also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachtet Wilson sein gleichzeitig ausgesprochenes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen.

Ich drahte eingehend durch Staats-Departement. Beginn U-Bootskrieges ohne vorherige Verhandlung über obige Vorschläge würde meines Erachtens uns hier stark ins Unrecht setzen**) und wegen persönlicher Verletztheit Wilsons Vermeidung des Bruchs ganz unmöglich machen.

gez. Bernstorff.

25.

Telegramm Nr. 65. Berlin, den 29. 1. 1917.
Antwort auf Telegramm Nr. 239.

Bethmann Hollweg an Graf Bernstorff. — Telegramm.

Bitte dem Präsidenten Dank Kaiserlicher Regierung für seine Mitteilung aussprechen. Wir bringen ihm volles Vertrauen entgegen und bitten ihn, dasselbe auch uns zu schenken. Deutschland ist bereit, die von ihm vertraulich angebotene Vermittlung zur Herbeiführung einer direkten Konferenz der Kriegführenden anzunehmen und wird seinen Verbündeten das gleiche empfehlen. Wir bitten, unsere Annahme ebenso wie das Angebot ganz vertraulich zu behandeln.

Öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen ist jetzt unmöglich, nachdem Entente Friedensbedingungen publiziert hat, die auf Entehrung und Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen hinauslaufen und vom Präsidenten selbst als unmöglich bezeichnet werden.

*) Anscheinend später eingegangen als das vorstehende Telegramm. Der Verf.
**) Also Verschleppung des Beginns des verschärften U-Bootkrieges. Der Verf.

Digitized by Google

Als Bluff können wir sie nicht auffassen, da sie vollkommen mit den Reden übereinstimmen, die feindliche Machthaber nicht nur vorher, sondern auch nachher gehalten haben und sich genau mit Zielen decken, um derentwillen Italien und Rumänien überhaupt in Krieg eingetreten sind, auch, was die Türkei anlangt, den von England und Frankreich vertraglich an Rußland gemachten Zusicherungen entsprechen. Solange diese Kriegsziele unserer Gegner öffentlich aufrechterhalten werden, würde öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen als Zeichen nicht vorhandener Schwäche unvertretbar sein und nur zur Verlängerung des Krieges beitragen. Um Präsidenten Wilson einen Beweis unseres Vertrauens zu geben, teilen wir ihm, jedoch ganz ausschließlich für seine Person, hiermit die Bedingungen mit, unter denen wir bereit gewesen — wären —, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember v. J. angenommen hätte:

„Rückerstattung des von Frankreich besetzten Teils von Oberelsaß.

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegen sich, in Übereinstimmung mit unseren Anschauungen, in gleichmäßigen Grenzen.

Wir sind ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte Internationale Konferenz einzutreten."

Digitized by Google

Eure Exzellenz wollen dem Präsidenten diese Mitteilungen bei Übergabe der Note über den verschärften U-Bootkrieg machen und gleichzeitig folgendes bemerken:

Wenn sein Angebot nur wenige Tage vorher erfolgt wäre, hätten wir den Beginn des neuen U-Bootkrieges vertagen können. Jetzt sei es hierzu trotz bester Dispositionen aus technischen Gründen leider zu spät, da umfassende militärische Vorbereitungen getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen, und U-Boote mit neuen Instruktionen bereits ausgelaufen seien. Form und Inhalt der feindlichen Antwortnote auf unser Friedensangebot und die Note des Präsidenten seien derart schroff gewesen, daß wir angesichts des uns aufs neue angekündigten Kampfes auf Leben und Tod die Anwendung des besten, zu schneller Kriegsbeendigung geeigneten Mittels nicht mehr hinausschieben und Verzicht darauf vor unserem eigenen Volke nicht hätten verantworten können.

Wie die Instruktion wegen verschärften U-Bootskrieges ergibt, sind wir jederzeit bereit, den Bedürfnissen Amerikas nach aller Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wir bäten den Präsidenten, seine Bemühungen trotzdem aufzunehmen, bzw. fortzusetzen, und erklären uns zur Einstellung des verschärften U-Bootkrieges bereit, sobald volle Sicherheit dafür geboten sei, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen würden. gez. Bethmann Hollweg.

Anmerkung. Der Generalfeldmarschall und ich haben diesem Schreiben zugestimmt. Der Verfasser.

26.

Telegramm. Washington, Nr. 245 vom 10. 2.

Graf Bernstorff an Auswärtiges Amt. — Telegramm.

Da seit dem 1. Februar sich kein Zwischenfall ereignet hat, welcher Amerikaner betraf, ist Kriegsstimmung sehr vermindert, das Land will keinen Krieg*). Falls ein Zwischenfall eintritt, wird Wilson zunächst nur Maßregeln zum Schutz amerikanischer Schiffe ergreifen und abwarten, was wir tun, wirklicher Krieg dürfte sich noch längere Zeit hinausschieben lassen, wenn wir nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika selbst vorgehen. Verhandlungen können erforderlichenfalls noch immer durch österreichische Botschaft oder schweizerischen Gesandten geführt werden, ein Bündnis mit unseren Feinden wird Wilson keinesfalls eingehen.

gez. Bernstorff.

*) Wenn der U-Bootkrieg die unmittelbare Veranlassung des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg gewesen wäre, so hätten sie ihn Anfang Februar erklären müssen. Bis April zu warten, wäre eines großen Volkes unwürdig gewesen. Tatsächlich traten sie in den Krieg, als die militärische Lage der Entente sich verschlechtert hatte. Der Verfasser.

Digitized by Google

27.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Nr. 71 357 M II. Gr. H. Qu., den 16. 10. 1918.

An den Reichskanzler.

Ein Artikel des Prof. v. Schulze-Gaevernitz „Wilsons Friedensvermittlung" — Voss. Zeitung, Abendausg. vom 8. 10. 1918 — rollt die Frage auf, wen die Schuld träfe, durch die Erklärung des rücksichtslosen U-Bootkrieges eine damalige Friedensaktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Scheitern gebracht zu haben.

Zur Klarstellung sehe ich mich veranlaßt, Euer Großh. Hoheit folgende Ausführungen zu übersenden, die auf Aktenmaterial beruhen.

Bei Übernahme meiner jetzigen Stellung hat der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gelegentlich einer Aussprache zu Schloß Pleß am 30. 8. 1916 den Entschluß zum verschärften U-Bootkrieg von meiner Erklärung abhängig gemacht, daß ich nach der militärischen Lage den Augenblick für gekommen ansähe. Die damalige militärische Lage — Rumänien hatte soeben den Krieg erklärt, äußerst schwere Kämpfe wogten an der Ost- und Westfront — ließ diese Erklärung mit Rücksicht auf die Neutralen nicht zu.

Ende Dezember 1916 war Rumänien besiegt, die Lage blieb aber eine außerordentlich ernste. Wir sahen uns für 1917 stark überlegenen Angriffen in Ost und West ausgesetzt, denen standzuhalten um so schwieriger erscheinen mußte, als das Hindenburgprogramm erst eingeleitet war. Wir mußten befürchten, daß wir überlegenem Menschen- und namentlich Materialeinsatz erliegen würden. Von der russischen Revolution lagen noch keine Anzeichen vor, im Gegenteil plante Rußland große Neuformationen. Im Westen war eine gewaltige Materialüberlegenheit, die den Kämpfern der Sommeschlacht nur zu gut bekannt war. So mußten wir trotz aller Bedenken zu dem Mittel greifen, das die feindliche Materialüberlegenheit eindämmen konnte, nämlich zum rücksichtslosen U-Bootkrieg. Deshalb wurde am 20. 12. 1916 dem Auswärtigen Amt gedrahtet, daß nunmehr der U-Bootkrieg mit aller Schärfe einsetzen müsse.

Am 23. 12. 1916 habe ich dem Herrn Reichskanzler diese Mitteilung dahin genauer präzisiert, daß der Augenblick für den Beginn des rücksichtslosen U-Bootkrieges Ende Januar 1917 da sein werde.

Der Herr Reichskanzler erklärte sich am 24. 12. 1916 zur Einleitung von Besprechungen über den rücksichtslosen U-Bootkrieg bereit, sobald unsere Friedensaktion durch die eventuelle Antwort der Entente zu einem gewissen Abschluß gelangt sei. In Wiederholung früherer Ausführungen vom 6. 10. 1916 legte der Herr Reichskanzler dabei seine Stellung in fol-

Digitized by Google

gendem Wortlaut fest: „.... daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg, da er sich nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richte, unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten eingreift, daher einen Akt der auswärtigen Politik darstellt, für den ich die alleinige und nicht übertragbare Verantwortung zu tragen habe."

Am 26. 12. 1916 habe ich dem Herrn Reichskanzler gedrahtet: „In mißverständlicher Auffassung Eurer Exzellenz Worte vor der Reichstagskommission Mitte September, macht der größte Teil des deutschen Volkes die O. H. L. allein für die Entscheidung über die Frage verantwortlich, ob der verschärfte U-Bootkrieg geführt werden soll oder nicht. Dies trifft nicht zu. So lange Euer Exzellenz und die O. H. L. einer Auffassung waren, konnte ich darüber hinweggehen. Da jetzt aber die Ansichten scharf auseinander zu gehen scheinen, muß ich es zur Wahrung der Stellung der O. H. L. aussprechen, daß Euer Exzellenz als Reichskanzler zwar die ausschließliche Verantwortung beanspruchen, daß ich aber selbstverständlich auch weiter mit aller Kraft und in vollem Verantwortlichkeitsgefühl für den siegreichen Ausgang des Krieges dafür eintreten werde, daß militärisch das geschieht, was ich dann für richtig halte."

Am 9. 1. 1917 fand im Schloß Pleß die entscheidende Besprechung statt, bei der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zunächst die Wirkung, die der rücksichtslose U-Bootkrieg auf die neutralen Staaten ausüben könnte, darlegte und erklärte: „Der Entschluß zu dem Eintritt in den rücksichtslosen U-Bootkrieg ist also abhängig von der Wirkung, die wir erwarten können" und „Wenn aber die militärischen Stellen den U-Bootkrieg für notwendig halten, so bin ich nicht in der Lage, zu widersprechen" und „Wenn der Erfolg winkt, so müssen wir auch handeln".

Daß mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson durchkreuzt würde, hat der Herr Reichskanzler mit keinem Wort berührt. Ebensowenig ist bei den Verhandlungen, die zwischen dem Auswärtigen Amt und der O. H. L. über den U-Bootkrieg gepflogen worden sind, jemals von einer diplomatischen Aktion in Amerika zugunsten des Friedens etwas erwähnt worden. Die Beratungen haben stets nur die Frage berührt, ob und wann der Zeitpunkt zu Beginn des U-Bootkrieges mit Rücksicht auf die militärische Lage gekommen sein würde.

Von einer Friedensaktion des Präsidenten Wilson habe ich durch folgende Schriftstücke Kenntnis erhalten:

1. Abschrift eines Fernschreibens des Herrn Reichskanzlers vom 23. 9. 1916, in dem Seiner Majestät dem Kaiser vorgeschlagen wurde, den Botschafter Graf Bernstorff anzuweisen, daß er den Präsidenten Wilson veranlassen möge, baldigst, jedenfalls noch vor seiner Wiederwahl, den

Digitized by Google

Mächten einen Friedensantrag zu machen. Ein solcher Friedensantrag erfolgte nicht.

2. Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 27. 11. 1916, in dem mitgeteilt wurde, daß die Vereinbarungen mit den verbündeten Mächten für das Friedensangebot der Mittelmächte getroffen seien. Der Herr Reichskanzler führte hierbei aus:

„Präsident Wilson hat vertraulich den Grafen Bernstorff wissen lassen, daß er in der Zeit zwischen jetzt und Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenke. Ob er seine Absicht wirklich ausführt, bleibt völlig ungewiß. Er ist unentschlossen und scheut ängstlich eine Zurückweisung. Wir müssen damit rechnen, daß er den Appell nur erläßt, wenn er dessen strikte Ablehnung durch die Entente nicht zu erwarten braucht."

Am 12. 12. 1916 erfolgte das Friedensangebot der Mittelmächte.

3. Fernschreiben des Auswärtigen Amtes vom 24. 12. 1917, enthaltend den Wortlaut einer Antwort auf eine Note Wilsons betreffend Grundlagen für die Herstellung eines dauernden Friedens. Das Fernschreiben war eingeleitet mit den Worten:

„Um einer Einmischung des Präsidenten Wilson in die Friedensverhandlungen vorzubeugen, haben wir uns zu einer Beantwortung seiner Note entschlossen, die im Sinne unserer Friedensaktion gehalten ist, aber klar zum Ausdruck bringt, daß wir mit unseren Gegnern direkt zu verhandeln wünschen."

Die kaiserliche Regierung lehnte damit Wilson als Vermittler ab.

4. Die an den Botschafter Grafen Bernstorff etwa am 7. 1. 1917 übersandte Weisung der Reichsleitung. Sie beginnt mit den Worten:

„Amerikanische Vermittlung für eigentliche Friedensverhandlungen ist wegen der öffentlichen Meinung unerwünscht.... Die Frage der Mitteilung unserer Friedensbedingungen wollen Euer pp. daher dilatorisch behandeln. Dagegen ermächtige ich Sie, schon jetzt unsere Bereitwilligkeit der Mitwirkung an demjenigen Teile des Programms zu dokumentieren, für das sich der Präsident besonders interessiert (schiedsrichterliche Einrichtungen, Friedensliga)."

Die Reichsleitung legte somit auch hier auf die Vermittlung keinen Wert.

5. Ein vom Auswärtigen Amt am 14. und 15. 1. 1917 *) mitgeteiltes Fernschreiben des Botschafters Graf Bernstorff vom 10. 1. 1917, in dem der Botschafter darauf hinweist, daß die Denkschrift über bewaffnete Handelsschiffe „die Friedensvermittlung Wilsons zum Scheitern bringen werde" und „den Bruch mit den Vereinigten Staaten für unvermeidlich hält, wenn ohne weiteres im Sinne der Denkschrift vorgegangen würde".

*) Nr. 19. Der Verfasser.

Digitized by Google

Inzwischen war am 9. 1. 1917 durch den Reichskanzler der Allerhöchste Befehl zum rücksichtslosen U-Bootkrieg eingeholt, am 16. 1. 1917 dem Botschafter Graf Bernstorff die Instruktion dafür übersandt worden. Die Reichsleitung erklärte:

„Wir sind entschlossen, das Risiko (des Bruches und möglicherweise des Krieges mit den Vereinigten Staaten) auf uns zu nehmen."

6. Ein vom Auswärtigen Amt am 22. 1. 1917 mitgeteiltes Fernschreiben des Botschafters Graf Bernstorff vom 19. 1. 1917*), in dem es heißt: „Wenn militärische Gründe nicht unbedingt ausschlaggebend sind, wäre Aufschub (des rücksichtslosen U-Bootkrieges) dringend erwünscht. Wilson glaubt Frieden erreichen zu können auf Grundlage der von uns vorgeschlagenen Gleichberechtigung aller Nationen."

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes fügte hinzu, daß er beim Chef des Admiralstabes befürwortet habe, durch Ansetzung bestimmter, vom Botschafter vorgeschlagener Schonfristen dazu beizutragen, daß die Gefahr des Bruchs mit Amerika vermindert werde.

Für Rückgängigmachung des Befehls zum rücksichtslosen U-Bootkrieg wäre der Augenblick auch zu spät gewesen, da die U-Boote zum Teil bereits ausgelaufen sein mußten.

Heute wie damals ergibt sich für mich aus den Akten und meinen Erinnerungen die Überzeugung, daß die Reichsleitung auf die Friedensvermittlung Wilsons, die sie ursprünglich angeregt, Wilson aber durch Monate hindurch verzögert hatte, keinen Wert mehr legte.

Ich fasse mich dahin zusammen:

1. Der Vorwurf, den Herrn Reichskanzler zu einer zwiespältigen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten gedrängt zu haben, trifft mich und den General Ludendorff unbedingt nicht.

2. Bedenken, daß durch den U-Bootkrieg die diplomatische Aktion des Präsidenten Wilson gestört werden könnte, sind in den Verhandlungen über den Entschluß zum U-Bootkrieg vom Herrn Reichskanzler oder dem Auswärtigen Amt niemals zur Sprache gebracht worden.

gez. v. Hindenburg.

Anmerkung. 1. Am 31. Januar 1917 hatte als Bestätigung vorstehender Ausführungen der Reichskanzler v. Bethmann im Hauptausschuß des Reichstages ausgeführt, er habe früher gesagt:

„Sobald ich in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zu der Überzeugung komme, daß uns der rücksichtslose U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden nähert, dann wird der U-Bootkrieg gemacht werden ....."

Er fuhr fort: „Dieser Augenblick ist jetzt gekommen."

Der Reichskanzler handelte hierbei in voller Übereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstages, wie aus dem Nachfolgenden hervorgeht.

*) Nr. 22. Der Verfasser.

Digitized by Google

Drucksache Nr. 353 des Hauptausschusses des Reichstages vom 7. Oktober 1916 lautet wie folgt:

„Namens sämtlicher Fraktionsmitglieder der Zentrumsfraktion im Ausschuß für den Reichshaushalt ist folgende Erklärung abgegeben worden:

›Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstag gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich. Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen haben. Fällt die Entscheidung *für* die Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein.‹"

2. Die in den Schlußsätzen des Schreibens vom 16. Oktober 1918 niedergelegten Behauptungen werden im deutschen Volke verbreitet. Die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß haben ihre Unwahrheit erwiesen.

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann hat das Schreiben ausführlich erwidert. Die Antwort kam erst während der Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß zu meiner Kenntnis. Sie enthält nichts, was zu verzeichnen von Bedeutung wäre.

Der Verfasser.

28.

Zur Beurteilung der Politik Wilsons aus den Akten des 2. Untersuchungsausschusses.

A.

a) **Aus der Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 31. Oktober:** „Über die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen mochte man völkerrechtlich denken, wie man wolle, tatsächlich bedeuten sie nach Lage der Sache eine einseitige Begünstigung unserer Feinde, ohne die der Krieg nach aller Wahrscheinlichkeit sehr viel früher zu Ende gegangen wäre. Uns ist stets gesagt worden, Präsident Wilson könne aus völkerrechtlichen Gründen nichts gegen diese Lieferungen unternehmen. Es muß aber doch sehr zweifelhaft sein, ob er auch ohne diesen Hindernisgrund eingeschritten wäre. *Graf Bernstorff hat hier die ungeheuer wichtige Mitteilung gemacht*, Präsident Wilson habe ihn unmittelbar nach unserer Sussex-Note durch Oberst House wissen lassen, er könne gegen die völkerrechtswidrigen Seemaßnahmen Englands nichts machen, weil die öffentliche Meinung seines Landes das *wegen der Verflechtung des amerikanischen Handels mit der Entente* nicht zulassen würde. Diese Mitteilung scheint mir doch in zwei Beziehungen von fundamentaler Bedeutung zu sein. Einmal — ich will das hier nur tatsächlich feststellen — hatte uns Wilson wiederholt erklärt, er werde, falls wir von dem unbeschränkten U-Bootkrieg ließen, England zur Londoner Deklaration zurückbringen. Nun, durch unsere Sussex-Note hatten wir die Wilsonsche Voraussetzung erfüllt. Sodann erweist die Mitteilung des Oberst House, daß Amerika fest an die Schranken gebunden war, die ihm durch enge Geschäftsgemeinschaften seines Landes mit England gezogen waren.

Es ist klar, daß Wilson bei solcher Situation auch rücksichtlich seiner geplanten Friedensaktion in seiner Handlungsfreiheit stark beschränkt war. . . ."

b) **Aus der Vernehmung des früheren Reichskanzlers vom 17. November:** „Der Graf Bernstorff hat *heute* eine Bekundung gemacht, die mir von durchschlagender Bedeutung zu sein scheint. Er hat seine Überzeugung ausgesprochen, daß Amerika von dem Eintritt in den Krieg gegen Deutschland nur hätte abgehalten werden können dadurch, daß wir Amerika als Friedensvermittler annahmen. Ich glaube, daß diese Überzeugung des Grafen Bernstorff durchaus richtig ist. Mit ihr steht ja auch das

Digitized by Google

bereits mehrfach besprochene Interview des Staatssekretärs Lansing im Einklang, ein Interview, in dem Lansing sagt: Amerika nähert sich immer mehr dem Kriege. Mit dieser Überzeugung steht vollkommen im Einklang das auch bereits besprochene Kreuzverhör, dem der Präsident Wilson im August dieses Jahres im Senat oder im Kongreß unterworfen worden ist, ein Kreuzverhör, in dem er seine Überzeugung ausgesprochen hat, daß er in den Krieg mit Deutschland hineingekommen wäre, auch wenn wir keinen U-Bootkrieg gemacht hätten.*) Er konnte eben und glaubte, nur den Krieg gegen Deutschland vermeiden zu können, wenn er den Frieden vermittelte. Nun kann man ja jetzt retrospektiv unzweifelhaft sagen: Ja, wenn wir uns damals in die Hände des Präsidenten Wilson gegeben hätten — und das bedeutete es ja —."

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Exzellenz, die Äußerungen vom Grafen Bernstorff lauteten etwas anders.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich glaube doch — der Herr Graf Bernstorff hat mir bestätigt, er ist mein Nachbar —, daß ich seine Äußerung richtig wiedergegeben habe; vielleicht kann diese Zwischenfrage später an mich gerichtet werden. Es ist sehr schwer, den Gedankenfaden richtig abzuwickeln, wenn man dabei unterbrochen wird. — Aber ich möchte hinzufügen, daß mir Graf Bernstorff eben bekundet hat, ich hätte den Sinn seiner Worte richtig wiedergegeben. Ob ich die Formulierung seiner Worte richtig wiedergegeben habe, scheint mir nebensächlich zu sein, wie es mir überhaupt in diesen großen Kriegsfragen nebensächlich zu sein scheint, auf die Wortfassung eines einzelnen Telegramms, einer einzelnen Niederschrift einen durchschlagenden Wert zu legen. Auf diese Formulierungen kommt es nicht an.

Ich fahre also jetzt in meiner früher angefangenen Ausführung fort. Unzweifelhaft, wenn man jetzt die Sache rückschauend betrachtet, wären wir besser gefahren, wenn wir uns damals in die Hand des Präsidenten Wilson begeben und seine Friedensvermittlung angenommen hätten, wiewohl — auch das möchte ich betonen — der Kriegseintritt Amerikas es nach meiner Überzeugung nicht notwendig gemacht hat, daß wir zum Frieden von Versailles gekommen sind. Aber wie lag die Sache damals? Wenn wir uns nun dem Präsidenten Wilson in die Hand begeben hätten, so standen wir einem Präsidenten gegenüber, der nach der eigenen Bekundung, auch nach der heutigen Bekundung des Grafen Bernstorff, uns nicht freundlich gesinnt war, einem Präsidenten, dem der Senator Stone — Herr Dr. Helfferich hat das gestern ausgeführt — im Senat zwanzig sehr schwerwiegende Vorwürfe wegen seines unneutralen und unfreundlichen Verhältnisses zu Deutschland gemacht hat; wir standen einem Präsidenten gegenüber, der unmittelbar nach unserer Sussex-Note den Grafen Bernstorff hat wissen lassen: gegen England kann ich nichts machen; da sind die Geschäftsinteressen meines Landes entgegen. Das sind die sachlichen Momente. In den Kampf um die Seele Wilsons, der sich hier entsponnen hat, will ich mich nicht einmischen. Ich würde in diesem Kampfe zu denjenigen nicht gehören, die sich als Sachwalter Wilsons aufwerfen.

Konnten wir nun aber gegenüber den sachlichen Momenten annehmen, daß Wilson, selbst wenn er es gewollt hätte, in der Lage gewesen wäre, die Entente zu Friedensbedingungen zu bewegen, die das deutsche Volk nach der militärischen Lage,

*) Wilson sagt auch in seiner Rede vom 27. September 1918: „Wir sind in den [illegible] hineingekommen, als sich sein Charakter schon vollständig geklärt hatte und es [illegible] sein Volk abseits stehen und gleichgültig gegen sein Ergebnis sein konnte."

auch bereits im Sommer 1916 ein Verteidigungsrat geschaffen, der [illegible] iegführung vorbereitete, wenn er auch nach außen andere Aufgaben zu

Digitized by Google

die damals bestand, annehmbar gefunden hätte? Wenn wir den Präsidenten Wilson als unseren Sachwalter akzeptierten, ja, dann waren wir doch gezwungen, alle Friedensbedingungen der Entente, die er uns vorlegte, anzunehmen. Wir waren ja in seiner Hand. Wir konnten ja nicht sagen: diese Bedingungen lehnen wir ab; das hätte die Erneuerung des Krieges mit der Entente und mit Amerika bedeutet, und dazu wäre das deutsche Volk nicht zu haben gewesen. Selbstverständlich nicht! Wir wären dann vollkommen in der Gewalt des Präsidenten Wilson gewesen; ich wiederhole: die Erfahrung des Versailler Friedens würde selbst einen solchen Frieden noch für besser erscheinen lassen. Aber konnten wir — und das war die Kernfrage, die uns damals Ende Januar gegenüberstand, — in der damaligen Lage uns so in die Hand von Wilson begeben? Ich habe es für unmöglich gehalten. Wenn Sie es für einen Fehler ansehen, verurteilen und verdammen Sie mich deshalb. Ich habe es für unmöglich gehalten.

c) **Beide urkundlich festgestellten Tatsachen zeigen klar, wie es mit der Wilsonschen*) Vermittlung bestellt war.**

Auffallend ist nur, daß der Botschafter Graf v. Bernstorff beide so ungemein wichtigen Bekundungen seinem vorgesetzten Reichskanzler nicht seinerzeit gemeldet, sondern ihn über Wilsons Politik in so wichtigen Punkten im unklaren gelassen hat.

B.

Brief eines in amerikanischer Gefangenschaft gewesenen deutschen Offiziers.

München, Fraunhoferstraße 14, 7. 11. 1919.

Eure Exzellenz!

Vor wenigen Wochen bin ich aus französisch-amerikanischer Gefangenschaft zurückgekehrt und habe manches in dem 15monatigen Gefangenenleben gesehen und gehört, was auch der Allgemeinheit von Interesse sein könnte.

Heute nehme ich nur das vorweg, was jetzt in dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß immer aufgegriffen wird, den U-Bootkrieg. Hierüber habe ich eine Anzahl von Gesprächen amerikanischer Offiziere und Mannschaften gehört, mit denen wir uns ja meist gut standen. Den Haß, der überall beim Franzosen wirkt, kennt der Amerikaner nicht. Frug man Amerikaner, ob sie wegen des verschärften U-Bootkrieges in den Kampf gegangen wären, so lächelten sie schlau und sagten: „Ja, so steht's in der Zeitung bei uns und, was wir gar nicht verstehen, auch bei euch! Wir mußten doch unser Geld schützen. Hättet ihr gewonnen, und das hättet ihr, wenn wir nicht gekommen wären, so wäre unser ganzes Geld verloren gewesen. Ihr wolltet ja nichts von uns.“ Eine ähnliche Auffassung eines anderen amerikanischen Offiziers ist kurz folgende: „Der verschärfte U-Bootkrieg ist für die Masse bei uns der Grund für den Eintritt Amerikas in den Krieg. Unsere Kinos hatten besonders scharf die Stimmung gegen Deutschland geschürt; wir mußten aber aus geschäftlichen Gründen kämpfen, denn ihr Deutschen seid schon obenauf gewesen.

*) Anmerkung von Seite 337.

Digitized by Google

Hättet ihr Essen und Kriegsmaterial gehabt, dann hättet ihr doch noch gewonnen." Ein amerikanischer Soldat sagte: „Was wir drüben (Amerika) alles von den Deutschen gelesen und in den Lichtspielen gesehen hatten, hat uns wütend auf die Boches gemacht; ein zweites Mal bringen sie uns nicht gegen Deutschland, wohl aber gegen Frankreich." Einen anderen Soldaten fragte ich im November vorigen Jahres bereits auf einem Transport: „Warum seid ihr gegen uns in den Krieg?" „Uns ist gesagt worden, weil ihr den U-Bootkrieg gemacht habt. Drüben in Amerika glaubten wir es, aber in Frankreich haben wir andere Meinung bekommen. Wir mußten den geschlagenen Franzosen und Engländern helfen; wir haben ja nichts davon, aber unsere Milliardäre." Besonders in Erinnerung ist mir folgende Unterredung im Frühjahr 1919. „Die Deutschen sind doch sonst sehr schlau," sagte ein amerikanischer Kapitän, „aber der U-Bootkrieg war dumm, dumm, weil ihr uns und unseren Freunden so gut Zeit ließt, uns zu verproviantieren und Gegenmaßregeln zu treffen. Zu spät kam der verschärfte U-Bootkrieg, der, wenn er gleich begonnen, euch den Sieg gebracht hätte. Wir waren froh, daß Tirpitz weg mußte und Ludendorff in Berlin immer wieder etwas angehängt war. Euch fehlte nur der Clemenceau zu Hause."

Ich fühle mich verpflichtet, diese Gespräche von verschiedensten Seiten Eurer Exzellenz mitzuteilen, besonders, nachdem ich die Aussagen des ehemaligen deutschen Gesandten in Amerika vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gelesen habe. Die wenigen angeführten Äußerungen sollen nur zeigen, daß man auch in Amerika sehr verschiedener Ansicht über den U-Bootkrieg ist.

Ergebenst

Wilhelm v. Thoma,
Oberlt. vom 3. bayer. Inf. Regt.

C.

Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die Vereinigten Staaten sich im April 1917 zum Eingreifen in den Krieg entschlossen, als dieser sich zugunsten Deutschlands neigte, nachdem durch den Ausbruch der russischen Revolution im März die Möglichkeit bestand, daß wir die Ostfront freibekämen und mit versammelter Macht im Westen angreifen würden, und der U-Bootkrieg zu wirken begann. — Siehe Nachtrag zu diesem Abschnitt.

29.

Über die Wirkung des U-Bootkrieges.

A. Im Frühsommer 1917.

1. Das Bekenntnis des amerikanischen Admirals Sims über seinen Aufenthalt in England Ende März 1917. Der Admiral gibt an, daß Eng-

Digitized by Google

land im November des Jahres infolge der Wirkung der U-Boote seinem Schicksal entgegenginge — veröffentlicht in den deutschen Tageszeitungen im Oktober/November 1919.

2. Winston Churchill im „Sunday Pictorial" vom 12. Januar 1919: „Nur ein wenig mehr, und der Unterseehandelskrieg hätte, anstatt Amerika an unsere Seite zu führen, uns alle durch Hunger zu unbedingter Übergabe gezwungen."

3. „Morning Post" vom 22. November 1918: „Lord Mevis sagte in einer Versammlung der nationalen politischen Liga, er glaube nicht, es sei schon veröffentlicht, wie nahe wir eine Zeitlang tatsächlich dem Verhungern waren, trotz der wenigen U-Boote, die gegen uns operierten."

4. Der italienische Botschafter in Paris telegraphiert unter dem 9. 4. 1917 an Sonnino:

„In einem Gespräch über die Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sagte mir Ribot, nichts weise darauf hin, daß die Vereinigten Staaten an dem Bündnis teilnehmen oder dem Londoner Vertrag, welcher einen Separatfrieden ausschließt, beitreten wollen. Ribot ist sich über die Bedeutung der nunmehr unvermeidlich gewordenen Teilnahme der Vereinigten Staaten am Frieden im klaren, doch ändere dies nicht viel an der Lage, weil die Vereinigten Staaten tatsächlich bereits Schiedsrichter über Krieg und Frieden waren. Diesbezüglich zitierte er den Ausspruch Euer Exzellenz gegenüber Barrère. Er versicherte mir, daß gegenwärtig kein Spezialabkommen mit den Vereinigten Staaten bestehe und ebensowenig Verhandlungen über die Bildung einer Kommission geführt werden. Im ganzen meinte er, das Eingreifen der Vereinigten Staaten sei von der Vorsehung gesendet, weil es vielleicht die Beendigung des Krieges beschleunigen oder zumindest uns **ein wenig aufrichten werde**, denn »**wir gehen der Erschöpfung entgegen**«."

Am 29. 5. 1917 meldet der italienische Botschafter von Paris nach Rom eine bedeutende Verschlechterung der innerpolitischen Lage — auch unter dem Eindruck der schweren Verluste in der Aisne—Champagne-Schlacht April/Mai 1917.

Am 31. 5. 1917 meldet derselbe: „daß sich in Frankreich recht beunruhigende Symptone einer durch die Fortsetzung des Krieges ernster werdenden Erregung des Volkes geltend zu machen beginnen".

Am 12. 5. 1917 meldet der italienische Botschafter in Paris nach Rom: „Thomas sagte mir, daß die von England und Frankreich im Monat

Digitized by Google

April verlorene Tonnage 860 000 Tonnen betrage, und verbarg mir nicht seine Befürchtungen wegen der Schwierigkeit, auch mit Hilfe Amerikas und der 600 000 Tonnen, welche von Deutschland beschlagnahmt wurden, in entsprechend kurzer Zeit eine genügende Zahl von Schiffen herzustellen, um den Bedarf zu decken."

5. Telegramm von Sonnino an den italienischen Botschafter in Petersburg unter dem 18. 5. 1917:

„Rodd bringt mir folgendes Memorandum zur Kenntnis:

Die durch den U-Bootkrieg hervorgerufene Lage und die Notwendigkeit, die Bedürfnisse der Bevölkerung der verbündeten Staaten sicherzustellen, haben die britische Regierung bewogen, einige Entschließungen zu fassen, welche der britische Botschafter ermächtigt ist dem Minister des Äußeren zu seiner ausschließlich persönlichen Information mitzuteilen:

1. Die Bedürfnisse der Bevölkerung der verbündeten Staaten können von der britischen Regierung ausschließlich in dem Falle sichergestellt werden, wenn die Streitkräfte der Saloniki-Armee auf eine Zahl reduziert werden, die genügen würde, ein befestigtes Lager zu halten, das den Hafen von Saloniki sichern könnte.

2. Die Modalitäten dieser Reduktion werden später festgesetzt werden; jedenfalls aber ist eine Vereinbarung im Zuge, wonach ab 1. Juni zwei Kavalleriebrigaden und eine Infanteriedivision abgezogen werden sollen."

Der italienische Botschafter in Petersburg telegraphiert unter dem 6. 7. 1917 an Sonnino:

„Der kommerzielle Delegierte bittet um Übermittlung folgenden Telegramms an den Handelsminister:

Ich bitte dringend, Professor Attilice dafür zu interessieren, daß er von der russischen Sektion der Internationalen Approvisionierungskommission ausnahmsweise die Verfügung über mindestens 200 Tonnen Fracht pro Woche auf den Dampfern der Linie Liverpool—Archangelsk*) für italienische Waren, welche England transitieren und für Rußland bestimmt sind, verlangen möge. Es erscheint dies als der einzig mögliche Weg, um den Handel zwischen Italien und Rußland zu bewerkstelligen, der fast vollständig unterbunden wäre, wenn es nicht gelingen sollte,

*) Rußland hat sich verschiedentlich beklagt, wegen der U-Bootgefahr nicht genügend schwere Artillerie und Munition nach Archangelsk zu erhalten. Der Verfasser.

Digitized by Google

Verfügung über die Tonnage zu erlangen. Ich wäre für eine gefällige schleunige Antwort verbunden, um zur Zeit die notwendigen Schritte bei den hiesigen zuständigen Behörden unternehmen zu können."

Sonnino telegraphiert am 5. Juni an den italienischen Botschafter in Petersburg:

. . . . . „Die militärische Lage der Entente in Mazedonien neigt nach den letzten Entscheidungen, durch welche dem Mangel an für den Nachschub für die Orientarmee nötigem Frachtraum Rechnung getragen werden mußte, einer Verschlechterung zu. Die Engländer haben bereits einige Verbände abgezogen oder sind im Begriffe, das zu tun, auch wurde die Eventualität in Aussicht genommen, sich auf ein befestigtes Lager in Saloniki zu beschränken. Unter diesen Umständen mußte sich unser Kommando mit der Frage beschäftigen, welche Lage sich daraus für unser albanisches Expeditionskorps ergeben würde, das in dem Falle eines sehr wahrscheinlichen feindlichen Vormarsches gezwungen gewesen wäre, auf seine eigenen Kräfte allein zu zählen." . . . . . .

6. In der durch den U-Bootkrieg geschaffenen Lage **vergewaltigt die Entente Griechenland:**

Sonnino telegraphiert bereits am 18. 5. an den italienischen Botschafter in Petersburg:

7. „Um die Sicherheit der Besetzung von Saloniki zu garantieren, müssen sich die Alliierten auch des guten Willens und der Freundschaft der griechischen Nation versichern."

B. Im Sommer 1918.

1. Sonnino telegraphiert unter dem 29. 3. 1918 an den italienischen Botschafter in Washington:

„Ich bitte Euer Exzellenz, der amerikanischen Regierung Vorstellungen über die Notwendigkeit zu machen, daß ein entsprechender Teil der holländischen Tonnage Italien für seine unerläßlichen Bedürfnisse, die stets unbefriedigt blieben, zugewiesen werde. Ich brauche Euer Exzellenz, der Sie den Ernst unserer Lage kennen, ein wirksames persönliches Interesse hierfür nicht besonders anzuempfehlen. Ich würde um telegraphische Mitteilung über die diesbezügliche Ansicht der amerikanischen Regierung sowie auch darüber bitten, wie groß die Tonnage ist, die für uns reserviert würde. Ich telegraphiere nach London und Washington."

2. Der italienische Botschafter in Washington telegraphiert unter dem 31. 3. 1918 an Sonnino:

Digitized by Google

„Ich danke für die Mitteilungen über die Reise des Sir Gustav Granet, dessen italienfreundliche Stimmung ich mir zunutze machen werde. Was seinen Druck auf die amerikanische Regierung betrifft, um dieselbe zu überreden, die Entsendung der Truppenkontingente nach Europa auf Oktober zu verschieben und in der Zwischenzeit die Tonnage für den Transport des hier lagernden Getreides und Artilleriematerials zu verwenden, so wird er mit Vorsicht vorgehen müssen. Diese in Hinblick auf die amerikanische Eigenliebe sehr heikle Aufgabe hätte früher mit einiger Möglichkeit eines Erfolges nur dann gelöst werden können, wenn die interalliierten Konferenzen von Paris und London die Notwendigkeit, in erster Linie für die Versorgung der Bevölkerung und der Truppen zu sorgen, scharf hervorgehoben hätten. . . . . Infolge des gegenteiligen Beschlusses dieser Konferenzen wurden aber auch unsere Forderungen nach weiterer Tonnage abgelehnt. Die heutigen Ereignisse in Frankreich schließen nunmehr jeden Versuch dieser Art unerbittlich aus. Der öffentliche Appell Lloyd Georges, der amerikanische Verstärkungen über den Ozean so schnell als möglich erwartet, wurde von Lord Reading*) bei Wilson unterstützt, wie mir Reading noch gestern bestätigte. Meine dringenden Ansuchen in den letzten Tagen, um Italien einen Teil der heute beschlagnahmten holländischen Tonnage zu sichern, stoßen daher auf ein neues Hindernis. Obwohl die unaufschiebbaren Bedürfnisse Italiens auch von Lansing anerkannt werden und die anderen zuständigen Stellen mir die Absicht . . . . . , steht es fest, daß infolge der inzwischen eingetretenen Umstände die holländische Tonnage nunmehr in ihrer Gänze für den Transport von Mannschaften und Ausrüstung nach Frankreich verwendet werden wird. Ich betonte gestern Lord Reading gegenüber die außerordentliche Gefahr, welche für uns und die Alliierten darin bestehe, wenn Italien unmittelbar vor einem möglichen starken feindlichen Angriff einer Nahrungsmittelkrise ausgesetzt würde. Er selbst sagte, es wäre Pflicht und Interesse der Alliierten, einer solchen Eventualität entgegenzutreten, und wenn die amerikanische Tonnage unzureichend wäre, müßte England aus Eigenem die notwendigen Lieferungen nach Italien besorgen. Anderseits werde ich weiter darauf dringen, daß unter den dringendsten momentanen Bedürfnissen diejenigen unseres Landes nicht vernachlässigt werden."

*) Englischer Botschafter in Washington. Der Verfasser.

Digitized by Google

3. Der italienische Botschafter in Washington telegraphiert unter dem 2. 4. 1918 an Sonnino:

„Als ich Polk heute um das Abkommen mit **Schweden** befragte, teilte er mir das Telegramm mit, welches die Gesandten der Alliierten in Stockholm am 27. März an ihre Regierungen gerichtet haben, und welches den Vorschlag enthielt, Schweden möge in einem Ultimatum zur Unterzeichnung des Abkommens aufgefordert werden **unter der Drohung, daß im Weigerungsfalle die schwedische Tonnage** — so wie seinerzeit die holländische — **beschlagnahmt werden würde.** Polk sagte mir, daß die amerikanische Regierung diesen Vorschlag nicht annehme. **Gerade die kürzlich an Holland verübte Gewaltkat***) sowie das feindselige Gefühl, welches durch dieselbe ausgelöst wurde, stehen einer Wiederholung von Zwangsmaßregeln unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Wege. Da unzweifelhaft festgestellt wurde, daß die Furcht vor Deutschland Schweden davon abhält, das Abkommen zu unterzeichnen, sucht die amerikanische Regierung auf Grund einer Abtretung eines Teiles der schwedischen Tonnage als Entgelt für ein für Schweden sicherzustellendes Quantum Lebensmittel ein Kompromiß herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sind Verhandlungen im Zuge. Polk sagte mir überdies, man sei hier entschlossen, den Text des nicht unterzeichneten Abkommens in Schweden publizieren zu lassen, um der Bevölkerung zu zeigen, daß darin weder Drohungen noch etwas enthalten war, was mit den berechtigten schwedischen Interessen in Widerspruch stehen würde."

4. Der italienische Botschafter in Washington telegraphiert unter dem 5. 4. 1918 an Sonnino:

„In Erwiderung des Appelles Englands um dringende Entsendung des größtmöglichen amerikanischen Truppenkontingentes nach Europa wurde von der amerikanischen Regierung beschlossen, die Entsendung in höherem Maße durchzuführen, als dies vor der jetzigen deutschen Aktion in Frankreich vorgesehen war, und zu diesem Zwecke die größtmöglichen Anstrengungen zu machen. Man spricht von einem Kontingent von etwa 1 Million (?) Mann, die bis . . . . . in Frankreich gelandet werden sollen.

Diese Wirkung der dringenden Appelle der Alliierten auf militärischem Gebiet bildet nun ein neues, großes, unerwartetes Hindernis gegenüber jeder weiteren Anforderung von Tonnage unsererseits. Ich halte es für meine Pflicht, dies zu melden, damit unserer Notlage, welche hier anerkannt wurde und der abzuhelfen man entschlossen war, wenn

*) Auch hier ist charakteristisch, wie im Sommer 1917 Griechenland vergewaltigt wird, so jetzt Holland und andere neutrale Staaten — immer der gleiche Wille zum Siegel Der Verfasser.

Digitized by Google

der Umschwung in Frankreich nicht alle Hilfsquellen in Anspruch nehmen würde, in den Endbeschlüssen der interalliierten Beratungen in Europa Rechnung getragen werden könne. Die jetzigen Ereignisse verschärfen somit noch den Mangel an Zusammenarbeit, der bereits bei dem letzten Abkommen über die holländische Tonnage klar zutage trat, das in London formuliert wurde und zu einer Aufteilung der Tonnage unter die Vereinigten Staaten und England zu 50 v. H. führte, während Italien und Frankreich von den Verhandlungen vollkommen ausgeschlossen wurden."

5. Sonnino telegraphiert unter dem 9. 4. 1918 an den italienischen Botschafter in Washington:

„Ich habe das betreffende Telegramm Euer Exzellenz (über die Unmöglichkeit von Schiffsankäufen in Amerika) dem Transportminister zur Kenntnis gebracht, der jedoch in Anbetracht der ernsten Lage darauf aufmerksam macht, daß es unbedingt nötig ist, bei der amerikanischen Regierung auf Überlassung von Schiffsneubauten zu bestehen. Auch die höchste Bautätigkeit unserer Werften würde heute nicht mehr imstande sein, die Verluste wettzumachen, da, auch wenn 20 oder maximal 30 Schiffe jährlich gebaut werden könnten, etwa 14, bzw. 9 Jahre nötig wären, um die 291 (zweihundertein-undneunzig) Schiffe neuzubauen, die wir von der Gesamtzahl von 612 vom 1. Januar 1915 bis März 1918 verloren haben. Es wird bestätigt, daß für den Fall, als die amerikanische Regierung bei der Überlassung von Neubauten an Privatpersonen Schwierigkeiten machen sollte, die Königliche Regierung an deren Stelle treten müßte, indem sie selbst die Schiffe ankaufen würde.

Ich lenke die volle Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf diesen Gegenstand und erwarte Ihre Nachrichten mit größter Beschleunigung."

6. Stockholm vom 19. 6. 1918:

Der in London ansässige Advokat X. machte folgende Mitteilungen:

„In England spricht man viel davon, daß Frankreich kriegsmüde ist und möglicherweise in nächster Zeit bereit sein wird, einen Frieden zu schließen. Die Stimmung im französischen Volke halte nur die Regierung Clemenceaus. — Den Grund der Niederlage schreiben die Engländer einer besseren deutschen Führung sowie dem Umstande zu, daß sie wenig und nur minder ausgebildete Offiziere besitzen. — In maßgebenden Kreisen rechnet man, daß der Krieg noch zwei Jahre dauern wird. — Stärkere Kräfte aus Amerika können nicht vor dem Herbste 1918 in Frankreich eintreffen, so daß an eine Entente-Offensive vor dem Frühjahr 1919 nicht zu denken ist. Bis dorthin muß die Entente unbedingt in der Defensive verbleiben. — Die Amerikaner zeigen für die

Digitized by Google

Weiterführung des Krieges das regste Interesse, und sieht man in allen ihren Handlungen eine stark zunehmende Initiative für die Übernahme der Führung in jeder Beziehung. Die ernsten Kreise, auch höhere Offiziere machen aber kein Hehl daraus, daß diese amerikanische Unternehmung nur ein Bluff ist, mit welcher Deutschland militärisch nicht vernichtet werden kann, und welche anscheinend eher bezweckt, England ganz in die Macht zu gewinnen und abhängig zu machen. — So ist in der letzten Zeit die Ausbildungszeit bei der ohnehin nicht glänzend ausgebildeten amerikanischen Armee herabgesetzt worden. Bisher wurde Mannschaft in 100 Tagen, Offiziere in 180 Tagen ausgebildet, jetzt ist die Norm bei der Mannschaft 80, bei Offizieren 120 Tage.

Der Mangel an Öl und Fett ist sehr groß. Mit Ausnahme von Brot sind auf fast alle Lebensmittel Karten eingeführt und alle Preise sind sehr gestiegen."

C. Im Herbst 1918.

„Daily Mail" am 26. November 1918.

Bei der Besichtigung der 87 übergebenen U-Boote äußerte Kommandeur G. H. Kelletl, daß er wünsche, ganz England könne dieses Schauspiel genießen. Die deutschen Schlachtschiffe seien nicht 20 Pf. wert, da sie nicht zum Kampf herauskommen wollten*), aber diese U-Boote hätten beinahe den Krieg gewonnen.

*

Der Kommandant eines Linienschiffes berichtet über die Zustände in England zur Zeit der Flottenübergabe:

„Die englischen Offiziere waren sehr zurückhaltend mit Äußerungen über die Zustände in England, sind auch nicht danach gefragt worden. Dagegen ging aus Gesprächen mit Mannschaften, die leider nicht ganz vermieden worden sind, hervor, daß in England eine außerordentliche Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen herrscht. Die Leute erzählten, daß die Grand Fleet Ende Oktober bzw. Anfang November 14 Tage in See gewesen sei. Während der letzten acht Tage hätten die Besatzungen von Brot und Marmelade leben müssen. Die Leute klagten über zu wenig

*) Das gleiche Urteil gilt zum mindesten für die englischen Schlachtschiffe. Der Verfasser.

Digitized by Google

Zeug; sie hätten ihr einziges Päckchen Blau an. Auch das Zeug der Offiziere war großenteils alt und abgetragen. Das Schuhzeug war durchweg schadhaft, das Oberleder zerrissen und die Sohlen mit Gummi- und Lederstücken benagelt.

Die Engländer wunderten sich, daß unsere Signalflaggen noch aus Tuch waren. Sie hätten schon seit langem Papierflaggen. Auch der an Bord gekommene englische Signalgast hatte Winkflaggen aus Papierstoff. Material, wie Öl, Petroleum, Baumwollpackungen, Twist und Leinwand scheinen sehr knapp zu sein. Sie wunderten sich über unsere Vorräte, die sie in unseren Lasten — Hellegatts — sahen. Der englische Bootsmann hat unseren Bootsmann um etwas Schmirgelpapier gebeten, da er selber keines mehr habe.

Ein junger englischer Offizier äußerte einem Torpedobootskommandanten gegenüber in Scapa, daß England den Krieg nicht 14 Tage mehr ausgehalten hätte."

*

29. März 1919.

„Ich*) wohnte in Weimar zusammen im Hotel X. mit einem italienischen Offizier. Wir kamen in ein Gespräch. Ich gab mich erst am Schluß der Unterhaltung zu erkennen. Er gab mir seiner besonderen Verwunderung darüber Ausdruck, wie gut die Bevölkerung von Weimar noch lebe. Es sei kein Vergleich mit den Verhältnissen in Italien. Das Heer habe alles gehabt, was es brauchte, und zwar zuletzt im Überfluß. Die Bevölkerung habe furchtbar gelitten. Die Rationierung umfaßte nur 200 g Brot am Tage mit Staffelung für die Schwer- und Schwerstarbeiter von 250 und 300 g. Dabei sei der Italiener starker Brotesser. Butter gab es überhaupt nicht mehr, nur Margarine 200 g im Monat. Die Fleischration betrug zwischen 900 und 1000 g im Monat. Feuerbrandkohle hat es in den letzten zwei Jahren überhaupt nicht gegeben. Er habe in Mailand zwei volle Winter in ungeheizten Räumen gewohnt. Gasverbrauch war nur für die Küche gestattet, und zwar drei Stunden am Tage. Die Bevölkerung habe alles geduldig ertragen."

30.

Abteilung Fremde Heere. Gr. H. Qu., den 19. 9. 1918.
Nr. 17 189.

Angaben über die amerikanische Hilfe für die Entente.

Die Beurteilung der amerikanischen Leistungen ist von Zeit zu Zeit durch die Abteilung an die militärischen Stellen als „Mitteilungen über das Heer der Vereinigten Staaten von Nordamerika" bekanntgegeben. Die amerikanische Hilfe ist hierin wie folgt beurteilt worden:

*) Ein mir befreundeter Offizier. Der Verfasser.

Digitized by Google

Bei Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde die Armee auf rund 250 000 Mann geschätzt (7000 Offiziere, 125 000 Mann der regulären Armee und 120 000 Mann der Nationalgarde).

Über die Weiterentwicklung des Heeres wurde am 5. 4. 1917 ausgeführt:

„Allem Anschein nach ist eine Neubildung und Verstärkung des Heeres der Vereinigten Staaten zu erwarten. Sie dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen. An Menschen wird es nicht fehlen. Die Materialbeschaffung wird sich bei der sehr entwickelten Kriegsindustrie verhältnismäßig einfach gestalten. Die Hauptschwierigkeit ist in dem Mangel an Ausbildungspersonal zu erblicken."

Am 26. Mai 1917 wurde geschrieben:

„An der Ausgestaltung der amerikanischen Wehrmacht ist nicht zu zweifeln. Nach den Erfahrungen der Engländer werden aber für Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung größerer Verbände etwa zehn Monate erforderlich sein. Die Beanspruchung des Schiffsraumes für die Versorgung der Entente schließt größere Mannschaftstransporte aus, und zwar um so mehr, so lange der U-Bootkrieg wirksam bleibt. Es kann daher dahingestellt bleiben, inwieweit die Entente in der Lage ist, starke amerikanische Kräfte nach Europa zu schaffen. Die in der Presse geforderte Überführung amerikanischer Rekruten nach Europa und die Aufstellung von Teilen des neuen amerikanischen Heeres in Frankreich ist daher unwahrscheinlich. Die reguläre Armee wird den Stamm und das Ausbildungspersonal für die Neuformationen abgeben müssen, steht daher mit ihrer Masse vorläufig nicht zur Verfügung.

Es ist somit bis zum Winter mit Auftreten erheblicher Kräfte der Vereinigten Staaten auf dem Kriegsschauplatz nicht zu rechnen. Doch ist aus politischen Gründen die Überführung eines schwachen Expeditionskorps (eine bis zwei Divisionen) der regulären Armee nach Frankreich im Laufe des Sommers möglich. Außerdem werden wahrscheinlich Spezialtruppen und Offiziere entsandt werden; ferner könnten Aushebung und Überführung der wehrpflichtigen, in den Vereinigten Staaten lebenden englischen, französischen und italienischen Staatsangehörigen in Frage kommen."

Im Juli 1917 war ein Überblick über die Neuorganisation des amerikanischen Heeres sowie über Mobilmachung und Durchführung der Wehrpflicht gewonnen. Die militärischen Leistungen der Vereinigten Staaten bis Ende 1917 ließen sich am 25. 7. daraufhin folgendermaßen einschätzen:

„Von der regulären Armee sind Teile bereits als besonders zusammen-

Digitized by Google

gestelltes Expeditionskorps nach Frankreich befördert worden. Anfang Juni ist General Pershing mit seinem Stabe als Oberbefehlshaber dort angekommen. Die ersten geschlossenen Truppenteile landeten Ende Juni. Angeblich sollen schon Truppen aller Waffen eingetroffen sein. Weitere Transporte werden erwartet.

An ausgebildeten Truppen wird die reguläre Armee zunächst nur eine beschränkte Zahl abgeben können, da sie in größerem Umfange den Stamm und das Ausbildungspersonal für die zahlreichen Neuformationen stellen muß. Die Nationalgarde und neue Armee bedürfen für ihre Organisation, Ausbildung und Ausrüstung längerer Zeit, so daß sie mit der Masse vor Anfang 1918 nicht transportbereit sein werden. Der Umfang der Transporte wird sodann von dem Schiffsraum abhängig sein.

Voraussichtlich werden die Vereinigten Staaten in diesem Jahre daher nur ein Expeditionskorps in Stärke von 1 bis 2 Divisionen nach dem Kriegsschauplatz befördern können. Außerdem ist eine größere Anzahl Spezial- und Arbeitsformationen zu erwarten.

Eine besonders starke Unterstützung durch Flieger ist der Entente zugesagt worden.

Es kann angenommen werden, daß sich bisher nicht mehr als eine Division in Frankreich befindet, und daß deren feldmäßige Ausrüstung noch nicht vollzählig ist. Die Landung scheint in mehreren Häfen Frankreichs und auch in England stattgefunden zu haben. Als Haupthafen kommt St. Nazaire in Betracht, wo sich auch größere Lager und Depots befinden sollen.

Das Expeditionskorps bedarf noch der Ausbildung. Sie wird zuerst in Lagern und später an ruhigen Fronten vor sich gehen. Die amerikanischen Truppen werden bei ihrem ersten Auftreten an der Front den jungen englischen Divisionen als gleichwertig anzusehen sein."

Das Urteil hat sich im wesentlichen als zutreffend erwiesen.

Am 11. Dezember 1917 wurde die Möglichkeit einer Verstärkung des amerikanischen Heeres in Frankreich bis Frühjahr 1918 beurteilt:

„In Frankreich ist mit Sicherheit nur die 1. reguläre Division festgestellt. Sie steht mit Teilen zum Anlernen an der Front. Ihr geschlossener Einsatz ist vorläufig noch nicht erfolgt. Ihre Teilnahme an einem Angriff während des Winters wäre möglich.

Nach neuen Nachrichten ist anzunehmen, daß die 26. und 42. (National-Garde) Division kürzlich mit der Landung in Frankreich begonnen haben. Auch in England sollen sich amerikanische Truppen zur Ausbildung befinden. Alles in allem kann sich die Gesamtstärke der

Digitized by Google

nach Europa beförderten Kräfte der Vereinigten Staaten auf etwa 75 000 Mann gesteigert haben.

Die 26. und 42. Div. sind vorläufig noch nicht an der Front zu erwarten. Sie bedürfen noch der Ausbildung. Bis Frühjahr 1918 scheiden sie für Offensivunternehmungen aus.

Die Vereinigten Staaten sollen sich verpflichtet haben, bis Frühjahr 1918 ein Heer von 450 000 Mann nach Frankreich zu schicken. Es ist möglich, daß die Entente auf der Pariser Konferenz die Bitte um die Hilfe Amerikas dringend wiederholt hat. Die durch Amerikaner in Frankreich getroffenen umfangreichen Vorbereitungen (Lager- und Bahnbauten, Ausbau von Häfen, Einrichtung von Fabriken) lassen darauf schließen, daß mit zahlreichen amerikanischen Verstärkungen gerechnet wird.

Die Überführung und Versorgung der Truppen der Vereinigten Staaten ist von der Schiffsraumfrage abhängig. Eine größere Zahl als 450 000 Mann ist wegen Schiffsraummangel kaum zu erwarten. Die Masse dieses Heeres kann im Frühjahr 1918 noch nicht angriffsfähig sein. Der Wert der Amerikaner wird daher zunächst im Freimachen englisch-französischer Divisionen an ruhigen Fronten bestehen."

Gleichzeitig wurde in einer Beurteilung der militärischen Lage der Entente im Winter 1917/18 über die Vereinigten Staaten gesagt:

„Die Vereinigten Staaten sind im Begriff, ein Heer von etwa 50 Divisionen aufzustellen. Hiervon sind bisher erst drei Divisionen in Frankreich gelandet, von denen eine zum Anlernen an der Front eingesetzt ist. Die beiden anderen bedürfen noch längerer Ausbildung hinter der Front.

Bis zum Frühjahr 1918 könnten die amerikanischen Kräfte in Frankreich eine Stärke von etwa 15 Divisionen erreichen. Die Masse der Divisionen wird nur zur Verwendung an ruhigen Fronten geeignet sein. An einer Frühjahrsoffensive ist nur die Beteiligung von drei jetzt schon in Frankreich befindlichen Divisionen zu erwarten.

Das Offizierkorps ist für die Verhältnisse des großen Krieges noch nicht ausgebildet. Eine selbständige Verwendung größerer amerikanischer Verbände in schwierigen Lagen wird schon aus diesen Gründen zunächst ausgeschlossen sein.

Ersatz, Bewaffnung und Ausrüstung der amerikanischen Truppen sind gut. Die Ausbildung ist noch mangelhaft. Der erste an der Front eingesetzte Truppenteil hat sich aber bei einem deutschen Angriff gut geschlagen. Es ist daher zu erwarten, daß der amerikanische Soldat bei weiterer Übung und Kriegserfahrung ein beachtenswerter Gegner wird."

Hiernach sind die Amerikaner bis zum Frühjahr 1918 mehr über- als unterschätzt worden. Beim Beginn der deutschen Offensive hatte das Expeditionskorps die vermutete Stärke von 15 Divisionen noch nicht erreicht.

Digitized by Google

Auch die Gesamtzahl der in Frankreich gelandeten Mannschaften betrug bis einschließlich März nur etwa 370 000 Mann (statt 450 000).

Auf dringende Anforderung der Entente hat Amerika vom April 1918 ab die monatlichen Transporte wesentlich gesteigert. In einer Veröffentlichung des amerikanischen Kriegsministers vom Juli 1918 werden vom Mai 1917 bis Juli 1918 folgende monatliche Transportzahlen angegeben:

1917:		
Mai	1 710	Mann
Juni	12 261	"
Juli	12 968	"
August	18 323	"
September	32 523	"
Oktober	38 259	"
November	23 016	"
Dezember	48 340	"
1918:		
Januar	46 776	Mann
Februar	48 227	"
März	83 811	"
April	117 212	"
Mai	244 345	"
Juni	276 372	"

Der Umfang der Transporte vom Mai 1918 ab ist nicht gleich erkannt oder geglaubt worden. Die Nachrichten hierüber schienen nach bisherigen Erfahrungen nicht einwandfrei. Ein Urteil wurde erst gefällt, nachdem sichere Feststellungen vorlagen. Da die meisten neu eingetroffenen Truppen zur Ausbildung weit hinter der Front verblieben, waren die Nachrichten über sie zunächst gering und konnten erst verspätet eintreffen.

Die Amerikaner haben ihre nach Europa beförderten Truppenstärken durch Funkspruch von Zeit zu Zeit offen bekannt gegeben. Diese Veröffentlichungen wurden indessen für propagandistisch und daher falsch gehalten, wozu frühere Erfahrungen berechtigten.

Auch die Ansichten über den für große Transporte erforderlichen Schiffsraum ließen die hohen Transportziffern unglaubhaft erscheinen. Tatsächlich kamen aber den Amerikanern die beschlagnahmte neutrale Tonnage und die wiederhergestellten deutschen Schiffe mehr als angenommen zustatten. Außerdem soll England — wie später bekannt wurde — unter Zurücksetzung eigener Bedürfnisse zwei Drittel der amerikanischen Transporte auf englischen Schiffen durchgeführt haben. Auch das war nicht für

Digitized by Google

möglich gehalten oder in Rechnung gestellt worden. Amerika hat keine völlig ausgerüsteten Truppenteile transportiert. Bewaffnung, Fahrzeuge, Geschütze und Pferde und zum Teil auch Material sind in Frankreich von der Entente geliefert worden. Hierdurch war es möglich, die Transportstärken auf den einzelnen Schiffen bedeutend zu erhöhen.

Am 2. Juli wurde die amerikanische Hilfe zusammenfassend beurteilt:

„Vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg befanden sich im Dienst der Entente schon etwa 1500 Amerikaner. Es handelte sich um Flieger, Kolonnen und Sanitätsformationen.

Ende Juni 1917 landeten die ersten Truppen des Expeditionskorps. Sie erreichten bis zum Herbst eine Stärke von etwa 40 000 Mann. Hieraus wurde die 1. Division gebildet, die Ende Oktober an der Front auftrat.

Nach glaubhafter Agentennachricht hatten sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, bis Anfang April 1918 im ganzen 450 000 bis 500 000 Mann nach Frankreich zu schicken. Hiervon trafen Ende 1917 zwei Divisionen der neuaufgestellten Nationalgarde (26. und 42.) ein. Ferner mehrere einzelne Regimenter, aus denen die 2. Division gebildet wurde.

Unter der Annahme, daß die Vereinigten Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen könnten, war die amerikanische Hilfe für die Entente bis Frühjahr 1918 auf etwa 15 Divisionen zu schätzen (siehe „Die militärische Lage der Entente im Winter 1917/18"; Abteilung Fremde Heere Nr. 6730a vom Dezember 1917). Außerdem war mit der Ankunft zahlreicher Etappen- und Arbeitsformationen zu rechnen.

Bei Beginn der deutschen Offensive ist die erwartete amerikanische Truppenstärke noch nicht erreicht gewesen. Frankreich und England zeigten sich hierüber enttäuscht. Auf dringende Anforderung der Entente haben die Amerikaner ihre Transporte seit April wesentlich beschleunigt.

Zur Zeit stehen 7 bis 8 amerikanische Divisionen in Front. Eine weitere Division ist auch schon eingesetzt gewesen. 9 bis 10 Divisionen werden außerdem in Europa vermutet. Sie befinden sich noch in der Ausbildung. Demnach sind in Europa im ganzen etwa 18 Divisionen anzunehmen.

Eine stetige Verstärkung der amerikanischen Kräfte ist zu erwarten. In den Vereinigten Staaten sind noch 26 Divisionen aufgestellt. Die Regierung beabsichtigt, sie alle noch im Laufe dieses Jahres abzubefördern.

An dem Willen Amerikas, seine ganze Kraft in den Dienst des Krieges zu stellen, ist nicht zu zweifeln.

Über Aufstellung weiterer neuer Divisionen in der Heimat ist noch nichts bekannt geworden. Hiermit ist indessen zu rechnen. Einziehungen von Rekruten haben im April und Mai stattgefunden und sollen in größe-

Digitized by Google

rem Umfange fortgesetzt werden. An Mannschaften für Ersatz und Neuaufstellungen ist somit kein Mangel.

Die Möglichkeit der Beförderung von 26 Divisionen in diesem Jahre und der Bewältigung des gesamten Nachschubs für das amerikanische Heer ist von der Schiffsraumlage abhängig. Aus den Transportleistungen der Amerikaner in den letzten Monaten läßt sich schließen, daß die Durchführung der Transporte nicht ausgeschlossen ist. Im Mai und Juni sind mindestens je vier Divisionen in Europa angekommen. Außerdem sind bedeutende Massen an Material und Verpflegung für die Armee befördert worden. Ein Teil der Tonnage diente ferner der Versorgung von England, Frankreich und Italien mit Lebensmitteln. Eine vorübergehende Steigerung der Truppentransporte wäre möglich, wenn die Zufuhr von Lebensmitteln nach der Ernte in Europa vorübergehend eingestellt werden kann.

Die Störung der Transporte durch den U-Bootkrieg hat bisher keinen entscheidenden Einfluß ausgeübt.

Der Gefechtswert der amerikanischen Divisionen ist unter Berücksichtigung ihrer noch geringen Kriegserfahrung und mangelhaften Ausbildung im allgemeinen als gut zu bezeichnen. In der Verteidigung stellten auch die jüngsten Truppen einen beachtenswerten Gegner dar. Der amerikanische Soldat zeigte sich tapfer, kräftig und gewandt. Verluste wurden nicht gescheut. Die Führung ist indessen noch nicht auf der Höhe. Bei Auftreten der Amerikaner in größeren selbständigen Verbänden wird französische Anleitung und Hilfe zunächst nicht zu entbehren sein.

Bei Beurteilung des Gefechtswertes der Amerikaner ist zu berücksichtigen, daß die bisher aufgetretenen Truppen als Elite anzusehen sind. Ob die noch kommenden Divisionen gleichwertig sein werden, bleibt abzuwarten. Die kürzlich festgestellte 77. Division zeigte ausgesprochen schlechte Moral und minderwertigen Geist. Ihre mangelhafte Ausbildung läßt auf zu frühen Einsatz schließen."

Seitdem sind noch folgende Zahlen bekannt geworden:

Bis Anfang September sind in das amerikanische Heer insgesamt etwa 3 000 000 Mann eingestellt. Nach amtlicher amerikanischer Quelle wurden bis 31. August 1 600 000 nach Europa verschifft.

In Frankreich sind 35 Divisionen festgestellt.

In Amerika sind seit 1. Juli 15 Divisionen neu formiert worden.

Demnach befinden sich hier noch 23 Divisionen.

Nachtrag. 20. 3. 19.

Am 2. November 1918 wurden in Europa 40 Divisionen angenommen. Es hat sich nunmehr als ziemlich zweifelsfrei folgende Schlußzahl erwiesen:

Digitized by Google

36 Kampfdivisionen
7 nur Ersatz gestellende Divisionen
43 Divisionen*).

Am 11. November 1918 wurden nach Zeitungsnachrichten insgesamt in Frankreich angenommen: 2 200 000 Mann. Tatsächlich betrug die Verpflegungsstärke 1 920 000 Mann.

Beurteilung.

Um die Verstärkung des Ententeheeres in Frankreich durch die Amerikaner richtig einzuschätzen, ist folgende Angabe der „Times" („Voss. Zeitung" vom 9. Januar 1920, Abendausgabe) von ausschlaggebender Bedeutung:

„Im Jahre 1918 sank vom 11. März bis 11. November die Gefechtsstärke der Engländer in Frankreich von 1 290 000 auf 1 160 000 Mann, die Zahl der fechtenden Infanterie von 616 000 auf 462 000. In der gleichen Zeit erhöhte sich die Zahl der Amerikaner an »kämpfenden Truppen« von 123 000 auf 1 160 000, die Zahl der Gewehre jedoch nur von 49 000 auf 322 000. Die Gesamtverpflegungsstärke der Engländer sank gleichzeitig von 1 830 000 auf 1 730 000, die amerikanische erhöhte sich inzwischen von 245 000 auf 1 920 000. Der Prozentsatz wirklicher Kämpfer war also bei den Amerikanern auffällig gering."

Ich kann im einzelnen die Zahlen nicht nachprüfen. Wird auch die Minderung der Stärken der französischen Infanterie durch unsere Siege in den Monaten März, April, Mai, Juni festgestellt, so erhellt hieraus, daß der Zuwachs an Kraft für den Feind durch das Vereinigte Staaten-Heer gegenüber dem Ausfall des russischen lange nicht so erheblich war, wie so oft fälschlich angenommen wird.

Trotzdem verhinderte das Heer der Vereinigten Staaten uns am Siege und ermöglichte den der Entente, nachdem bei uns die Kraft des Heeres durch die Revolutionierung gebrochen war.

Nachtrag zum Abschnitt XVI.

1. Nach Fertigstellung dieses Abschnittes ist mir noch der Bericht des Generals Pershing über die Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem Kriege, abgedruckt in einigen amerikanischen Zeitungen, bekanntgeworden. Der Bericht wird noch im Abschnitt XXI verwertet.

2. Die nachstehenden Äußerungen bieten weiteres Interesse.

A. Botschafter Graf Wedel in den „Hamburger Nachrichten" über die Anschauungen des Grafen Tarnowski:

„Die Frage, ob die Vereinigten Staaten sich auch ohne den unbeschränkten U-Bootkrieg am Kampfe gegen Deutschland beteiligt haben würden, wird in letzter

*) Anfang Oktober waren 90 000 Ersatz erforderlich, zur Verfügung standen vor dem 1. November 45 000 Mann. Der Verfasser.

Digitized by Google

Zeit wieder vielfach erörtert, ohne daß es möglich ist, ein sicheres Urteil zu gewinnen. Interessant dürfte die Auffassung des letzten österreichisch-ungarischen Botschafters in Washington, Graf Adam Tarnowski, sein, der nach der Abreise der deutschen Botschaft bis zur Kriegserklärung in Washington blieb. Daß die Kriegserklärung Amerikas nicht eine grundsätzliche Folge des verschärften U-Bootkrieges war, wird durch die Tatsache bewiesen, daß die Vereinigten Staaten den U-Bootkrieg zunächst nur mit dem Abbruch der Beziehungen beantworteten und erst nach geraumer Zeit die Kriegserklärung folgen ließen. Gleichzeitig mit dieser erfolgte der Bruch mit Österreich-Ungarn.

Nach Wien zurückgekehrt, erzählte mir Graf Tarnowski, anfangs hätten die Amerikaner über den unbeschränkten U-Bootkrieg gelacht und über die deutsche Marine gespottet, die glaube, mit solchen Methoden England besiegen zu können. Als aber die Meldungen über die große Zahl der Versenkungen eingetroffen seien, seien die Spötter verstummt. Die Amerikaner seien immer unruhiger geworden, und die Überzeugung habe sich immer mehr durchgerungen, daß Amerika aktiv in den Kampf eingreifen müsse, um England zu retten. Nicht der U-Bootkrieg als solcher, sondern die Befürchtung, daß England durch das U-Boot den Krieg verlieren würde, habe die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten veranlaßt.

Dem Grafen Tarnowski, der heute die auswärtige Politik in Warschau leitet und der sich schon damals, wie er selbst erklärte, in erster Linie als Pole fühlte, darf man wohl ein objektives Urteil zutrauen, und man muß sich fragen, ob eine amerikanische Friedensvermittlung nicht unter allen Umständen einen proenglischen und antideutschen Charakter gehabt haben würde und ob sie für uns zu einem annehmbaren Resultat hätte führen können. Ich habe seinerzeit meiner vorgesetzten Behörde über die Äußerungen Tarnowskis berichtet, die merkwürdig zu den Auslassungen des amerikanischen Admirals Sims stimmen. Auch der amerikanische Botschafter in Wien, Penfield, war schon seit Kriegsbeginn völlig antideutsch, was bei seiner Offenherzigkeit in ganz Wien bekannt war. Gegen Österreich-Ungarn, pflegte er zu sagen, habe man ja nichts, but Germany must be crushed (aber Deutschland muß zerschmettert werden)."

B. Austauschprofessor Eugen Kühnemann schreibt nach der „Täglichen Rundschau" — entnommen der „Schlesischen Zeitung" Nr. 542:

„Die gängige Behauptung lautet immer noch: Amerikas Eintritt in den Krieg sei durch Deutschlands unbeschränkten U-Bootkrieg veranlaßt. Natürlich hätte, wenn es so wäre, Amerika zu einem solchen Vorgehen nur dann das Recht gehabt, wenn dieser U-Bootkrieg die Vereinigten Staaten mit einem Unrecht bedroht hätte, das es von keinem der Feinde Deutschlands zu dulden gehabt hätte. Deutschland sperrte mit seinem U-Bootkrieg das Meer um England. Längst vorher aber hatte England genau so das Meer um Deutschland gesperrt. Wilson erklärte die englische Blockade für ungesetzlich und nach dem internationalen Recht unentschuldbar. Der Unterschied in den Augen des amerikanischen Volkes sollte darin liegen, daß die englische Blockade nur amerikanische Güter bedrohe, die deutsche aber amerikanische Menschenleben. Der Unterschied bestand nicht. Im Beginn der englischen Blockade sind zwei amerikanische Schiffe in der englischen Sperrzone auf Minen gelaufen und unter Verlust von Menschenleben gesunken. Die Tatsache wurde von der Regierung wissentlich vor dem Kongreß verheimlicht. Der Unterschied zwischen der englischen und deutschen Blockade bestand also nur darin, daß Amerika in freiwilliger Unterwerfung die englische Sperrzone anerkannte, dagegen willkürlich die Anerkennung der deutschen verweigerte. Der „New York American" bemerkte vor dem Kriege: Daß durch die englische Sperre keine amerikanischen Menschenleben verlorengehen, hat seinen Grund nur darin, daß wir in die englische Sperrzone nicht hineinfahren. Wir würden auch durch Deutschland keine Menschen verlieren, wenn wir aus seiner Sperrzone wegblieben. Das amerikanische Recht war durch England genau so eingeschränkt wie durch Deutschland. Nur der amerikanische Vorteil litt durch England weniger, da, wie vor dem Untersuchungsausschuß festgestellt, der Handel Amerikas sich völlig auf England und die Entente

Digitized by Google

eingestellt hatte. Ein Stockamerikaner aus Boston enthüllte unmittelbar vor Ausbruch des Krieges die Tatsache, daß die amerikanische Regierung den Kongreß wissentlich in Unkenntnis über die wichtigsten Zeugnisse gehalten hatte, die bewiesen, daß Amerika dasselbe Unrecht von England wie von Deutschland geduldet hatte. Edmund v. Mach kam in der Woche vor der Kriegserklärung nach Washington, um einen letzten verzweifelten Versuch zur Rettung des Friedens zu machen.

Er gibt jetzt Flugblätter über Amerikas Krieg heraus. Seine Anklagen gegen die amerikanischen Staatsleiter sind von einer solchen Wucht, daß er verloren wäre, wenn er nicht jedes Wort beweisen könnte. Das zweite Flugblatt: ›Alles, nur nicht die Wahrheit‹, berichtet von seinem heroischen und vergeblichen Versuch in der Woche vor dem verhängnisvollen Karfreitag, in Washington die Wahrheit bekanntzumachen und durch das amerikanische Rechtsgefühl in der letzten Minute den Krieg zu verhindern. Er besuchte einen Senator, dessen hervorragender Platz in einem der wichtigsten Senatsausschüsse ihm eine bedeutende Stellung im Senat gab. ›Ich legte ihm die Tatsachen in bezug auf die unterdrückten Dokumente vor. Ich zeigte ihm einen Brief vom Staatssekretär (dem Minister des Auswärtigen Lansing) an ein Kongreßmitglied, der beweisbare Unrichtigkeiten enthielt. Er war nicht im geringsten überrascht, aber als ich in ihn drang, im Senat eine Resolution einzubringen, daß die Wahrheit festgestellt werden sollte, lehnte er ab, nicht weil ich in meinen Angriffen gegen das Staatsdepartement (Auswärtiges Amt) im Unrecht wäre, sondern weil er wußte, daß ich im Recht war.‹ Denn er sagte: ›Wir können es uns am Vorabend des Eintritts in diesen schrecklichen Krieg nicht leisten, die ganze Welt wissen zu lassen, daß wir von einem Bündel von Lügnern regiert sind.‹ In diesem Geist geschah es, daß der Senat für Krieg stimmte.“

C. Minister Hanotaux nach der „Vossischen Zeitung“:

Der frühere Minister des Äußeren, Gabriel Hanotaux, Verfasser einer Anzahl von Geschichtswerken, veröffentlicht in Lieferungen eine Geschichte des Weltkrieges, zu der ihm, wie zu seinen früheren Schriften, die Akten des französischen Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt wurden. Für uns sind daraus die Dokumente von besonderem Interesse, die Frankreichs Friedensbereitschaft zur Zeit der Marneschlacht im Jahre 1914 beweisen.

Gerüchtweise war auch in Deutschland bekannt geworden, daß in der Zeit der ersten Marneschlacht im amtlichen Frankreich Friedenswünsche laut wurden, und daß England die Pläne des Ministeriums Viviani durch Drohungen zerschlug. Dokumentarische Beweise fehlten bisher. Die liefert nun Hanotaux, der sich in der 101. Lieferung seiner Kriegsgeschichte für die Wahrheit des folgenden Vorganges verbürgt:

Als zur Zeit der Marneschlacht zahlreiche französische Politiker von Einfluß den sofortigen Frieden mit Deutschland verlangten, schickte England ein Ultimatum nach Bordeaux, wohin bekanntlich die französische Regierung ihren Sitz verlegt hatte, in dem gesagt wurde: wenn Frankreich den Friedensschritt nicht rückgängig mache, werde seine Küste von der britischen Flotte blockiert. Frankreich hatte damals die Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika angerufen. Bei der französischen Regierung, so bekundet Hanotaux, erschienen drei amerikanische Gesandte — der damalige Botschafter in Paris mit seinem Vorgänger und seinem Nachfolger — und sagten dem amtlichen Frankreich, es müsse durchhalten, weil die Vereinigten Staaten auf alle Fälle in den Krieg eingreifen würden. Das war im Herbst des Jahres 1914. „Wir sind“, sagten die drei Gesandten, „in Amerika vorerst nur 50 000 einflußreiche Leute, die den Eintritt Amerikas in den Krieg verlangen, aber in einiger Zeit werden wir hundert Millionen sein.“

Und weiter bekundet Hanotaux, daß zu derselben Zeit eine bekannte amerikanische Persönlichkeit sagte, die Summe, die notwendig wäre, um ein Jahr lang unter dem amerikanischen Volk den Haß gegen Deutschland großzuziehen, werde zwar alle Begriffe übersteigen, aber sie werde sich lohnen.

Digitized by Google

XVII. Der Sonderfriedensversuch des Hauses Parma-Bourbon.

1. Die Verhandlungen vom 5. Dezember 1916 bis 24. März 1917 und das Wiener Dokument vom 27. März 1917.
2. Schriftwechsel zwischen Kaiser Karl und Seiner Majestät Kaiser Wilhelm.
3. Die Verhandlungen in Paris und Ablehnung infolge der Stellungnahme Italiens.
4. Fortsetzung der Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und ihr Scheitern.
5. Die Canossa-Fahrt Kaiser Karls nach Spaa.

1.

Mit der Thronbesteigung Kaiser Karls am 21. November 1916 beginnt die Tätigkeit des Hauses Parma-Bourbon zur Herbeiführung eines Sonderfriedens zwischen Österreich und der Entente.

Noch war das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 nicht bekanntgegeben, als die Schwiegermutter Kaiser Karls am 5. gleichen Monats an ihre Söhne, Sixtus und Xaver, Leutnants im belgischen Heere, im Herzen durch und durch Franzosen, den Wunsch des Kaisers nach Frieden übermittelte. Nach Ablehnung des Friedensangebots vom 12. Dezember durch die Entente und dem Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges kam die Frage des Sonderfriedens schneller in Fluß. Es folgen Reisen der Prinzen nach der Schweiz und hier Zusammenkünfte mit dem Abgesandten des Kaisers, Grafen Erdödy. Am 2. März 1917 erhielten die Prinzen in der Schweiz ein französisch abgefaßtes Dokument des Grafen Czernin und eine geheime Verbalnote, von Kaiser Karl herrührend, deren Wortlaut mir nicht bekannt ist.

Am 5. März wurden die Prinzen vom Präsidenten Poincaré empfangen, der das Dokument verwarf, die Note aber als Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnete.

In der Unterhaltung sagte Poincaré zum Prinzen Sixtus:

„Es liegt im Interesse Frankreichs, nicht nur Österreich zu halten, sondern ihm zum Nachteile Deutschlands zur Vergrößerung (durch Schlesien und Bayern) behilflich zu sein. Wir werden mit Deutschland nimmer Frieden schließen."

Digitized by Google

Auch der Prinz meinte: Österreich müsse von Deutschland abgesondert werden, nur damit Deutschland um so nachdrücklicher geschlagen werde.

Am 8. März folgte eine zweite Besprechung.

Am 16. März waren die Prinzen in der Schweiz. Prinz Sixtus schickte dem Kaiser einen überaus charakteristischen Brief. Er schrieb unter anderem:

„Ich erachte es als meine Pflicht, Dich besonders auf folgenden Punkt aufmerksam zu machen: Niemand ist willens, mit Deutschland zu unterhandeln, ehe es geschlagen ist. Augenblicklich sind die Chancen für Dich so gut, wie sie nur sein können; nie wieder wird sich Dir solche Gelegenheit bieten, Frieden anzubieten und abzuschließen, ohne Deinerseits Verluste zu erleiden.

Wenn es an Deutschland ist, sich den Friedensschluß mit der Entente vorzubehalten, so wird es vorziehen, — und ich habe Dich bereits das erstemal durch Graf Erdödy verständigt von dem, was uns in dieser Beziehung zur Kenntnis gekommen ist, — Rußland, Frankreich und Italien auf Kosten der Türkei und Österreichs schadlos zu halten ... Dein eigenstes Interesse gebietet, der erste am Start zu sein und für den Frieden einzutreten ... Überdies kannst Du um so besser Frieden schließen, weil die Menschen Dir wohlgeneigt sind, wogegen die Gefühle der Entente den Hohenzollern-Fürsten feindselig sind.... Bald wird die ganze Welt gegen Deutschland aufgestanden, und es wird eine Unmöglichkeit sein, einen annehmbaren Frieden zu schließen, wenn Du Dein Schicksal mit dem Deutschlands verbunden hältst. Moralisch sollte es Dir nicht schwer sein, einen Rückzug zu finden. Du könntest z. B. eine von jenen unlösbaren Fragen zwischen Dir und den Preußen aufs Tapet bringen, etwa die Polenfrage. . . Schon hintergeht Dich Deutschland, wo es kann."

Außerdem nennt er als Bedingungen eines Friedens:

1. Österreich erkennt das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen, wie Frankreich es früher besaß, an.

2. Belgien muß seine Souveränität unter der jetzigen Dynastie vollständig zurückerhalten. Es muß alle seine afrikanischen Besitzungen zurückerhalten.

3. Österreich-Ungarn erklärt sich bereit, die serbische Souveränität unter der jetzigen Dynastie wiederherzustellen. Als Zeichen seines guten Willens und um Serbien einen natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere zu verschaffen, ist Österreich-Ungarn bereit, Serbien das albanische Gebiet zu übergeben, das es jetzt besetzt hält. Es ist weiter bereit, freundschaftliche Beziehungen mit Serbien dadurch zu sichern, daß es Serbien große wirtschaftliche Konzessionen macht.

Digitized by Google

nehmen, die Räumung der von ihren Armeen in Rußland (einschließlich Polens), Montenegro, Serbien, Albanien und Rumänien besetzten Gebiete in erster Linie von der Wiederherstellung des territorialen status quo ante bellum der beiden Mächte im Osten und im Westen abhängig zu machen.

Diese Besprechungen hatten aber auch den Fall ins Auge gefaßt, daß der Krieg für unsere Gruppe einen günstigeren Abschluß findet, und daß die Mittelmächte über ihre territoriale Integrität hinaus an dauernde Einverleibungen feindlichen Gebiets denken können. Für diesen Fall gelangte man übereinstimmend zu der Auffassung, daß die Gebietserweiterungen der beiden Mächte mit den beiderseitigen Leistungen in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Für Deutschland käme hierbei hauptsächlich der Osten, für Österreich-Ungarn vor allem Rumänien in Betracht.

gez. Czernin. gez. Bethmann Hollweg.
27. 3. 1917.

Die Entstehungsgeschichte dieses Dokuments ist mir immer unklar gewesen*). Bezeichnend ist, daß, während Österreich an Frankreich Elsaß-Lothringen verspricht, es hier den Besitzstand des Deutschen Reiches garantiert und daß beide Staatsmänner im Falle eines günstigen Kriegsendes nicht abgeneigt sind, dauernde Einverleibungen feindlichen Gebiets, also „Annexionen", vorzunehmen. Im übrigen bewegt sich die Abmachung in den Gedankengängen, die stets von der O. H. L. vertreten sind.

2.

Am 3. April weilten Kaiser Karl und Graf Czernin in Homburg zum Besuch des Kaisers. Hier trat Graf Czernin mit dem Vorschlag hervor, Elsaß-Lothringen Frankreich zu überlassen, und zwar gegen eine uns unklare Anwartschaft auf Polen, das durch Galizien vergrößert werden solle.

Als diese Gedanken Ablehnung fanden, übten Kaiser Karl und Graf Czernin auf Deutschland einen schärferen Druck aus, der nur im Zusammenhang mit dem Sonderfriedensschritt in seinen Übertreibungen verständlich ist. Es kam zu folgendem Schriftwechsel zwischen Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm:

Brief Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm.

(An 14. 4. 1917.)

Hochverehrter Freund! Mein Minister des Äußern hat mir beiliegendes Exposé unterbreitet, mit dessen Inhalt ich mich vollständig identifiziere und welches die Situation genau so darstellt, wie auch ich sie sehe. — Ich beeile mich, Dir, verehrter Freund, das Schriftstück zu übersenden und bitte Dich inständigst, Dich auch Deinerseits diesen Reflexionen nicht zu verschließen. — Wir kämpfen gegen einen neuen Feind, welcher gefährlicher ist als die Entente: gegen die internationale Revolution, und die in der

*) Tatsächlich war es das Ergebnis umfangreicher Verhandlungen über Friedensziele am 16. und 26. März 1917 in Wien und Berlin, über die die O. H. L. in Unkenntnis gelassen war. Der Verfasser.

Digitized by Google

allgemeinen Hungersnot den stärksten Verbündeten findet. Ich beschwöre Dich, diese so schicksalsschwere Seite der Frage nicht zu übersehen und zu bedenken, daß uns eine rasche Beendigung des Krieges — eventl. unter schweren Opfern — die Möglichkeit bietet, den sich vorbereitenden Umsturzbewegungen mit Erfolg entgegenzutreten. — In treuer Freundschaft bin ich Dein stets ergebener

Karl.

Allergnädigster Herr! Wollen Euer Majestät mir gestatten, mit jener Offenheit, welche mir vom ersten Tage meiner Ernennung an gestattet war, meine verantwortl. Meinung über die Situation entwickeln zu dürfen. — Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht. Diesbezüglich erst lange Details zu entwickeln, hieße die Zeit Euer Majestät mißbrauchen. — Ich verweise bloß auf das zur Neige gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das vollständig erschöpfte Menschenmaterial und vor allem die dumpfe Verzweiflung, welche sich vor allem wegen der Unterernährung aller Volksschichten bemächtigt hat und welche ein weiteres Tragen der Kriegsleiden unmöglich macht. — Wenn ich auch hoffe, daß es uns gelingen wird, noch die allernächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, mit anderen Worten: daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß.

Die größte Wichtigkeit liegt zweifellos dabei auf dem Moment, die Friedensverhandlungen in einem Augenblicke zu beginnen, in welchem unsere ersterbende Kraft den Feinden noch nicht zu vollem Bewußtsein gekommen ist. Treten wir an die Entente heran in einem Augenblick, in welchem Vorgänge im Innern des Reiches den bevorstehenden Zusammenbruch ersichtlich machen, so wird jede Demarche vergeblich sein, und die Entente wird auf keine Bedingungen außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Zentralmächte bedeuten, eingehen. Rechtzeitig also zu beginnen, ist von kardinaler Wichtigkeit. — Ich kann hier, so peinlich es mir ist, das Thema nicht beiseite lassen, auf welchem der Nachdruck meiner ganzen Argumentation liegt. Es ist dies die revolutionäre Gefahr, welche auf dem Horizont ganz Europas aufsteigt, und welche, von England gestützt, seine neueste Kampfart darstellt. Fünf Monarchen sind in diesem Kriege entthront worden, und die verblüffende Leichtigkeit, mit welcher jetzt die stärkste Monarchie der Welt gestürzt worden ist, möge dazu beitragen, nachdenklich zu stimmen und sich des Satzes zu erinnern: Exempla trahunt. Man antworte mir nicht, in Deutschland oder Österreich-Ungarn seien die Verhältnisse anders, man erwidere nicht, daß die festen Wurzeln des monarchischen Gedankens in Berlin oder Wien ein solches Vorgehen

Digitized by Google

Ihrer schweren Bedenken dem deutschen Wunsche nachgegeben und die österreichisch-ungarische Marine an dem U-Bootkrieg haben beteiligen lassen, so geschah dies nicht, weil wir durch die deutschen Argumente bekehrt worden waren, sondern weil es Euer Majestät für absolut notwendig hielten, in treuer Waffengemeinschaft auf allen Gebieten mit Deutschland vorzugehen, und weil wir die Überzeugung gewonnen hatten, daß Deutschland von dem einmal gefaßten Entschlusse, den verschärften U-Bootkrieg zu beginnen, leider nicht mehr abzubringen sei.

Aber heute dürften auch in Deutschland die begeisterten Anhänger des U-Bootkrieges zu erkennen beginnen, daß dieses Mittel den Sieg nicht entscheiden wird, und ich hoffe, daß der leider unrichtige Gedanke, England werde binnen weniger Monate zum Frieden gezwungen sein, auch in Berlin an Boden verlieren wird. Nichts ist gefährlicher in der Politik, als jene Dinge zu glauben, die man wünscht, nichts ist verhängnisvoller, als das Prinzip, die Wahrheit nicht sehen zu wollen und sich utopischen Illusionen hinzugeben, aus denen früher oder später ein furchtbares Erwachen erfolgen muß.

Auch in einigen Monaten wird England, der treibende Faktor des Krieges, nicht gezwungen sein, die Waffen niederzulegen, aber vielleicht — und hierin gebe ich einen limitierten Erfolg des U-Bootkrieges zu —, vielleicht wird England in einigen Monaten sich die Rechnung stellen, ob es klug und vernünftig sei, diesen Krieg à outrance weiterzuführen, oder ob es nicht staatsmännischer sei, goldene Brücken zu betreten, wenn ihm dieselben von den Zentralmächten gebaut werden, und dann wäre der Augenblick gekommen für weitgehende schmerzliche Opfer seitens der Zentralmächte.

Euer Majestät haben die wiederholten Versuche unserer Feinde, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, unter meiner verantwortlichen Deckung abgelehnt, weil Euer Majestät keiner unehrlichen Handlung fähig sind. Aber Euer Majestät haben mich gleichzeitig beauftragt, den verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kräfte sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns wird rechnen können*). Ich habe diese Befehle ausgeführt, und die deutschen Staatsmänner haben mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei, und in diesem einzigen Satze liegt eigentlich alles, was ich zu sagen habe: wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich Möglichkeiten ergeben, mit Paris oder Petersburg zu sprechen. Gelingt dies nicht, dann

*) Hiervon war später nie wieder die Rede. Der Verfasser.

Digitized by Google

müssen wir — noch rechtzeitig — unsere letzte Karte ausspielen und jene äußersten Propositionen machen, die ich im früheren angedeutet habe.

Euer Majestät haben den Beweis erbracht, daß Sie nicht egoistisch denken und dem deutschen Bundesgenossen kein Opfer zumuten, welches Euer Majestät nicht Selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen.

Gott und Ihren Völkern aber sind es Euer Majestät schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruches der Monarchie zu verhindern; vor Gott und Ihren Völkern haben Euer Majestät die heilige Pflicht, das dynastische Prinzip und Ihren Thron zu verteidigen mit allen Mitteln und bis zu Ihrem letzten Atemzug.

In tiefster Ehrfurcht

gez. Czernin.

Wien, am 12. April 1917.

Berlin, Mai 1917.

Antwort Kaiser Wilhelms.

Mein lieber Freund! Das Mir gütigst übersandte Exposé des Grafen Czernin hat Mich veranlaßt, von Meinem Reichskanzler eine Äußerung zu den verschiedenen darin berührten Fragen einzufordern. Ich darf Dir den Bericht Herrn v. Bethmann Hollwegs anbei zur Verfügung stellen.

Ich halte dafür, daß der Bericht die Gesamtlage richtig darstellt. Unsere Erfolge an der Westfront und zur See bestärken noch Meine Zuversicht auf ein glückliches Endergebnis.

Die wachsenden Schwierigkeiten der langen Kriegsdauer verkenne Ich nicht und verschließe auch nicht die Augen vor möglichen Rückwirkungen der russischen Revolution. Ich glaube aber, daß auch in dieser Beziehung die Verhältnisse bei den seinerzeit von ihren Feinden überfallenen und auf den Schlachtfeldern siegreichen Zentralmächten anders liegen wie bei Rußland, dessen jetzt beseitigte Regierung im August 1914 den Krieg vom Zaune brach und dem Unsere Heere schwere und empfindliche Niederlagen beigebracht haben.

Uns könnte gerade ein Friede, der Unseren Ländern große Opfer auferlegt — wegen der damit verbundenen Depression in unserem ganzen Wirtschafts- und Erwerbsleben im Zusammenhang mit der ja nicht gleich bei Friedensschluß behobenen allgemeinen Lebensmittelknappheit —, Gefahren für Unsere Monarchien in sich bergen.

Ich gebe Mich der Hoffnung hin, daß Du den Anschauungen beipflichten wirst, die Mich in bezug auf Krieg und Frieden erfüllen.

In treuer Freundschaft bin Ich Dein stets ergebener

gez. Wilhelm.

Digitized by Google

Monat U-Bootkrieg vernichtet mehr, als die Werften Englands im ganzen letzten Jahre erzeugt haben. Selbst die tausend laut angekündigten amerikanischen Holzschiffe würden nicht die Verluste von vier Monaten decken können, wenn sie schon da wären. Sie werden aber zu spät kommen. In England haben Sachkenner schon öffentlich ausgesprochen, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe, der vernichtenden Wirkung des U-Bootkrieges zu entgehen: entweder schneller Schiffe bauen, als die Deutschen sie vernichten, oder schneller U-Boote vernichten, als die Deutschen solche bauen. Ersteres hat sich bereits als unmöglich erwiesen. Die U-Bootverluste aber bleiben weit hinter dem Neubau zurück.

England muß demnach auf progressiv steigende Verluste an Schiffsraum rechnen.

In zunehmendem Maße werden sich in England die Wirkungen des U-Bootkrieges auch auf die Volksernährung, auf alle individuellen und staatlichen Energien bemerkbar machen.

Ich sehe daher dem Endergebnis des U-Bootkrieges mit voller Zuversicht entgegen.

Geheimen, aber sicheren Nachrichten zufolge hat Ministerpräsident Ribot kürzlich zum italienischen Botschafter in Paris geäußert, Frankreich ginge der Erschöpfung entgegen*). Diese Worte sind vor Beginn der jüngsten französisch-englischen Offensive gefallen. Seit jener Zeit hat Frankreich Blutopfer gebracht, die sich bei Beibehaltung der jetzigen Kampfintensität bis zur Einstellung der Offensive ins Ungeheuerliche steigern werden.

Die französische Nation weist gewiß in diesem Kriege außerordentliche Leistungen auf, der Staatskörper vermag indes die enorme Belastung nicht ins Ungemessene zu tragen. Ein Rückschlag auf die mit allen anreizenden Mitteln künstlich hochgehaltene Stimmung in Frankreich scheint unausbleiblich.

Was unsere eigene innere Lage anlangt, so verkenne ich nicht die Schwierigkeiten, welche die unausbleibliche Folge des schweren Kampfes und der Abgeschlossenheit vom Weltmeer bilden. Ich habe aber das feste Vertrauen, daß es uns gelingen wird, diese Schwierigkeiten ohne dauernde Gefährdung der Volkskraft und des allgemeinen Wohls, ohne größere Krise und ohne Bedrohung des staatlichen Gefüges zu überwinden.

Obwohl wir hiernach das Recht haben, die Gesamtlage als günstig zu beurteilen, befinde ich mich doch in voller Übereinstimmung mit dem Grafen Czernin bei Verfolgung des Zieles, einen ehrenvollen, den Interessen des Reiches und unserer Bundesgenossen gerecht werdenden Frieden sobald wie möglich herbeizuführen. Ich teile auch die Ansicht des Herrn Ministers, daß das wichtige Moment der Schwächung Rußlands ausgenutzt und daß eine erneute Friedensaktion zu einem Zeitpunkt eingeleitet werden muß,

*) S. Seite 353. Der Verfasser.

Digitized by Google

an dem die militärische und politische Initiative noch in unseren Händen ruht. Graf Czernin hat den Zeitpunkt hierfür in zwei bis drei Monaten ins Auge gefaßt, an dem die feindlichen Offensiven ihr Ende gefunden haben. In der Tat würde gegenwärtig bei den weitgespannten Erwartungen der Franzosen und der Engländer auf einen entscheidenden Erfolg ihrer Offensive und den noch nicht geschwundenen Hoffnungen der Entente auf ein Wiedererwachen der russischen Aktivität eine zu stark unterstrichene Friedensbereitschaft nicht nur zur Erfolglosigkeit verdammt sein, sondern auch durch den in ihr ruhenden Schein der hoffnungslosen Erschöpfung der Mittelmächte die Kräfte der Gegner neu beleben. Augenblicklich wäre ein allgemeiner Friede nur durch Unterwerfung unter den Willen unserer Feinde zu erkaufen. Ein solcher Friede aber würde vom Volke nicht ertragen werden und verhängnisvolle Gefahren für die Monarchie heraufbeschwören. Ruhe, Entschlossenheit und eine auch nach außen dokumentierte Zuversicht scheinen mir deshalb mehr denn je geboten. Die Entwicklung der Ereignisse in Rußland hat sich bisher zu unseren Gunsten vollzogen. Der Kampf der Parteien wird vom Gebiete politischer, wirtschaftlicher und sozialer Forderungen in zunehmendem Maße auf das engumschriebene Feld der Kriegs- und Friedensfragen gedrängt, und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob nur diejenige Partei sich wird dauernd an der Macht halten können, die den Weg zum Frieden mit den Mittelmächten beschreitet. Unsere ernste Aufgabe ist es, den Entwicklungs- und Zersetzungsprozeß in Rußland aufmerksam zu verfolgen und zu begünstigen und kommende russische Sondierungsversuche zwar ohne zur Schau getragenes empressement, aber doch sachlich so zu behandeln, daß sie zu tatsächlichen Friedensverhandlungen führen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Rußland den Schein des Verrats an seinen Verbündeten wird vermeiden und einen Modus suchen wollen, der faktisch einen Friedenszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten herbeiführt, äußerlich aber die etwaige Vereinbarung zwischen beiden Parteien als das Präludium zum allgemeinen Frieden darstellt.

Wie wir uns im Juli 1914 in rückhaltloser Bündnistreue an die Seite Österreich-Ungarns gestellt haben, so werden sich auch am Ende des Weltkrieges die Grundlagen für einen Frieden finden, der beiden engverbündeten Monarchien die Gewähr für eine verheißungsvolle Zukunft bringt.

gez. v. Bethmann Hollweg.

3.

Prinz Sixtus war inzwischen am 31. März in Paris sogleich nach seiner Rückkehr vom Präsidenten Poincaré, diesmal in Gegenwart des Ministerpräsidenten Ribot, empfangen worden.

Digitized by Google

a. Der Brief des Kaisers an seinen Schwager.

Laxenburg, den 9. Mai 1917.

Mein lieber Sixtus!

Ich ersehe mit Genugtuung, daß Frankreich und England mit meinen Ansichten über das, was ich für die wesentlichste Grundlage eines europäischen Friedens halte, übereinstimmen. Nicht meiner Ansicht sind sie jedoch in ihrer Absicht, den Frieden nicht ohne Teilnahme Italiens zustandekommen zu lassen, jenes Italiens, welches soeben nach einem Friedensschluß mit der Monarchie gebeten, nachdem es seine unangebrachten Forderungen auf Eroberungen der slawischen Länder am Adriatischen Meer fallengelassen hat. Italien beschränkt seine Ansprüche auf denjenigen Teil Tirols, in dem italienisch gesprochen wird. Ich habe die Untersuchung dieser Forderung verschoben, bis ich von Dir die Antwort Englands und Frankreichs auf meine Friedensschritte erfahren habe. Graf Erdödy wird Dir meine und meiner Minister Ansichten über diese verschiedenen Punkte mitteilen.

Das gute zwischen der Monarchie, Frankreich und England in einer so großen Zahl wesentlicher Punkte bestehende Einverständnis wird unserer Überzeugung nach eine Gewähr sein, daß die letzten Schwierigkeiten, die einem ehrenhaften Frieden entgegenstehen, überwunden werden.

Ich bin Dir für die Unterstützung dankbar, welche Du der von mir im beiderseitigen Interesse unserer Länder gefaßten Friedensarbeit entgegenbringst. Dieser Krieg hat Dir, wie Du mir beim Weggang sagtest, die Pflicht auferlegt, Deinem Namen und der großen Geschichte Deines Hauses treuzubleiben, indem Du zunächst den verwundeten Helden auf dem Schlachtfelde hilfst und nachher für Frankreich kämpfst. Ich habe Deinen Standpunkt verstanden, und obgleich die Geschehnisse, für welche ich nicht die geringste Verantwortung habe, uns getrennt haben, ist meine Zuneigung zu Dir dieselbe geblieben.

Ich möchte mir die Möglichkeit reservieren, falls es Deinen Wünschen entspricht, meine direkten und persönlichen Gedanken zur Kenntnis von Frankreich und England durch keine andere Vermittlung als die Deinige zu bringen.

Ich bitte Dich, meiner tiefen und brüderlichen Zuneigung versichert zu sein. Karl.

b. Graf Czernins Note.

1. Eine einseitige Gebietsabtretung Österreich-Ungarns (an Italien. Der Verfasser.) ist ausgeschlossen, bei einer Kompensation durch anderes Gebiet wäre der Gedanke ventilierbar, falls in Betracht gezogen wird, daß

Digitized by Google

der heldenhaft verteidigte, mit dem Blut unserer Soldaten getränkte Boden einen für uns unvergleichlich höheren Wert hat als irgendein neues Gebiet.

2. Welches sind die Garantien, die uns geboten werden, daß bei einer Friedenskonferenz die Integrität der Monarchie (mit den evtl. jetzt beschlossenen Grenzrektifikationen) bestehen bleibt?

3. Eine definitive Antwort kann erst nach Beantwortung der vorstehenden zwei Punkte gegeben werden, da Österreich-Ungarn erst dann mit seinen Verbündeten in Besprechungen eintreten kann.

4. Immerhin ist Österreich bereit, die Besprechungen fortzusetzen, und nach wie vor geneigt, für ehrenvollen Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Weltfrieden anzubahnen.

Der Prinz hielt den Frieden für gesichert. Die Diplomaten sollten bestimmt werden, die in der Schweiz die näheren Vereinbarungen zu treffen hätten.

Wie nach der ersten Anwesenheit des Prinzen Sixtus in Wien Ende März, kam auch diesmal der Reichskanzler v. Bethmann am 13. Mai nach Wien. Bei der Entente mußte hierdurch die Anschauung Platz greifen, daß Österreich von Deutschland vorgeschoben sei. Der Kriegswille der Entente mußte hierdurch steigen.

Der Reichskanzler v. Bethmann wurde über die Verhandlungen unterrichtet, in welchem Umfange, vermag ich nicht anzugeben.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, teilt hierüber in den „Hamburger Nachrichten" folgendes mit, wobei er allerdings die Vorgänge erheblich anders schildert, als Prinz Sixtus es tut:

„Im Mai erschienen die Brüder Sixtus und Xaver von Parma plötzlich in Wien. Nur der Hof scheint ihren Besuch vorher gewußt und arrangiert zu haben. Sie wurden von einem Offizier an der Schweizer Grenze in Empfang genommen und im Auto nach der Hauptstadt geleitet. Sie hielten sich dort einige Tage möglichst diskret auf, doch wurde ihre Anwesenheit bemerkt und viel besprochen. Prinz Sixtus teilte mit, er sei von Poincaré ermächtigt, zu sagen, die Entente sei geneigt, mit Wien wegen einer Verständigung zu sprechen. Auf die Frage des Grafen Czernin, ob an einen allgemeinen Frieden gedacht werde, in den Deutschland eingeschlossen werden könne, konnte Prinz Sixtus zwar nicht mit einem klaren „Ja" antworten, erklärte aber, er habe keinen Grund, die Frage zu verneinen, man wende in Paris nichts dagegen ein, daß Wien die Angelegenheit mit Berlin bespreche. Hiervon machte Czernin dem Reichskanzler sofort Mitteilung. Herr von Bethmann kam unverzüglich selbst am 13. Mai nach Wien — es war sein letzter Besuch in der österreichischen Hauptstadt. Der Auffassung Czernins, daß man nichts versäumen dürfe, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen, und eine entgegenkommende Antwort zu geben sei, stimmte Herr von Bethmann rückhaltlos zu. Da Prinz Sixtus Bedingungen nicht mitgebracht hatte, waren beide Staatsmänner der Meinung, daß man Bedingungen besser nicht erwähnen, sondern antworten solle, die Mittelmächte seien zu einer Besprechung jederzeit gern bereit, die Entente möge den Modus wählen, der ihr geeignet scheine, den durch Prinz Sixtus angeknüpften Faden weiter zu spinnen. Gedacht war eventuell an eine Zusammenkunft Beauftragter der kriegführenden Mächte

Digitized by Google

in der Schweiz, um die Basis für weitere Verhandlungen zu finden, und dieser Gedanke wurde wohl auch in der Unterredung zwischen dem Prinzen Sixtus und dem Grafen Czernin zum Ausdruck gebracht. Mit dieser Antwort fuhr Prinz Sixtus befriedigt nach Paris zurück, auch Herr v. Bethmann und Graf Czernin waren hoffnungsvoll gestimmt, allein die Enttäuschung blieb nicht aus. Die Entente spann den Faden nicht weiter. Es ist anzunehmen, daß nur an einen Sonderfrieden mit Österreich, aber nicht an einen allgemeinen Frieden gedacht worden war; dafür spricht, daß Graf Czernin, der weitere Fühler ausstreckte, später die Mitteilung erhielt, nur zu einem Sonderfrieden mit Österreich sei die Entente bereit, wenn Österreich sich dem Londoner Abkommen unterwerfen wolle. Das bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als reinliche Kapitulation. Durch das Londoner Abkommen vom 26. April 1916 verlor Österreich Tirol bis zum Brenner und das ganze Adriagebiet, es wurde von der See abgeschnitten, es hörte auf, eine selbständige Großmacht zu sein. So sah also der ehrenvolle Verständigungsfriede aus, den die Entente mit Wien zu schließen bereit war. Prinz Sixtus von Parma hat, soweit es sich übersehen läßt, seine Mission korrekt und im Sinne seiner Auftraggeber geführt, er hat sich redliche Mühe gegeben, eine Verständigung anzubahnen. Seine Schuld war es nicht, wenn sein Name ein Jahr später mit unliebsamen Betrachtungen verknüpft wurde."

Wie die Widersprüche zwischen den Darstellungen des Prinzen Sixtus und des Grafen Wedel zu klären sind, muß weiterer Geschichtschreibung überlassen bleiben.

Graf Czernin erwiderte den Besuch des Reichskanzlers bereits am 17./18. Mai im Großen Hauptquartier in Kreuznach. Hier wurden, ohne daß die O. H. L. auch jetzt irgendwelche Mitteilungen über den Friedensschritt Österreichs erhielt, folgende Abmachungen zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Czernin im Beisein der O. H L. getroffen:

c. Die Kreuznacher Abmachungen am 17./18. Mai 1917*).

1. Österreichisch-ungarischerseits wird die volle Integrität der Monarchie gefordert. Dazu der Lovcen, militärische Grenzberichtigungen in Serbien (insbesondere die Macva), Gründung eines kleinen Neuserbiens ohne Hafen, Wiederherstellung Montenegros und Nordalbaniens, womöglich mit Pristina und Prizren, alle drei Staaten militärisch, politisch und wirtschaftlich abhängig von Österreich-Ungarn.

Eine eventl. Gründung eines von Österreich-Ungarn abhängigen Neuserbiens mit einem Ausgang zur Adria wird als großes Opfer Österreich-Ungarns bezeichnet. Den bulgarischen Wünschen in Serbien, besonders an der unteren Morava, wird Österreich-Ungarn tunlichst entgegenkommen.

Deutscherseits wird hervorgehoben, daß der nachfolgende deutsche Vorschlag eine wesentliche Förderung österreichisch-ungarischer Balkanpolitik bedeutet, daß aber auch die österreichisch-ungarische Minimallösung sehr erhebliche Vorteile politischer und wirtschaftlicher Art für Österreich-Ungarn bringt.

*) Die Verhandlungen bezweckten, wie ich jetzt sehe, die Zustimmung der O. H. L. zu dem Schlußsatz des Resumés S. 373/74 herbeizuführen. Der Verfasser.

Digitized by Google

Deutscherseits wird Wert darauf gelegt, daß auf dem Balkan ein Zustand geschaffen wird, der Dauer verspricht, und deshalb die kleinen Staaten verschwinden, und daß Österreich-Ungarn und Bulgarien zufriedengestellt werden.

Deutschland befürwortet ein großes Neuserbien (Westserbien, Montenegro) und ein Nordalbanien, beide eng an Österreich-Ungarn angegliedert und von ihm militärisch, politisch und wirtschaftlich abhängig. Die Form der Angliederung ist Sache Österreich-Ungarns.

Deutschland empfiehlt, daß Österreich-Ungarn den bulgarischen Wünschen des linken Morava-Ufers (Eisenbahn) und eventuell auch Pristinas entgegenkommt.

Italien muß aus Valona entfernt werden.

Die Angliederung von Südalbanien an Griechenland ist zu erstreben.

Deutschland wünscht, daß Österreich-Ungarn ihm in der mit Bulgarien zu vereinbarenden Ausbeutung der Bodenschätze Neubulgariens freie Hand läßt. Deutschland erblickt hierin einen wesentlichen Bestandteil der gegenseitigen Einigung über die allgemeinen Friedensbedingungen.

Die Erklärung Salonikis zum Freihafen soll angestrebt werden.

2. Falls Deutschland die territoriale Angliederung Kurlands und Litauens sowie die deutscherseits in Aussicht genommene Anlehnung Polens durchsetzt, so ist es einverstanden, daß das besetzte Rumänien, mit Ausnahme der bulgarischen Dobrudscha (Grenze bis 1913) und eines Grenzstreifens südlich der Bahn Cernavoda—Constanza, als besonderer Staat in die Interessensphäre Österreich-Ungarns fällt, unter Sicherung wirtschaftlicher Beteiligung Deutschlands in Rumänien: Stark überwiegender Anteil an Besitz und Ausbeutung der Bodenschätze (Mineralöle), Donauschiffahrt, Eisenbahn. Hierüber werden Sonderberatungen stattfinden, bei denen Sicherheit für Deutschland geschaffen wird, daß nicht Zoll- und Tarifmaßnahmen den Nutzen der von Deutschland geforderten wirtschaftlichen Beteiligung gefährden. Die Grundlage für eine solche Sicherheit kann dadurch gewonnen werden, daß die Verhandlungen über ein einheitliches deutsch—österreichisch-ungarisches Wirtschaftsgebiet zum Abschluß kommen.

Es wird deutscherseits der große Machtzuwachs betont, den Österreich-Ungarn durch Rumänien erhält, namentlich durch die Vorteile, die ihm der Zutritt zum Schwarzen Meer bringen wird.

Deutschland erklärt sich auf Österreich-Ungarns Wunsch bereit, die Militär-Verwaltung in Rumänien anzuweisen, für den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Anschluß Rumäniens an die Mittelmächte durch Kundgebung des Volkes Stimmung zu machen.

Digitized by Google

3. Österreich-Ungarn verzichtet unter den in Ziffer 2 gegebenen Voraussetzungen auf ein Condominium in Polen und wird sich politisch und militärisch (einschließlich der Eisenbahnfrage) am Königreich Polen desinteressieren.

Deutschland ist sich der schweren Aufgabe, die es in Polen übernimmt, bewußt.

4. Österreich-Ungarn und Deutschland verpflichten sich, auf dieser Grundlage in Verhandlungen über Regelung der Verhältnisse im Osten und auf dem Balkan einzutreten und, je nach dem Ergebnis der Verhandlungen, die beiderseitigen Erwerbungen und wirtschaftlichen Vorteile in einem entsprechenden Verhältnis zueinander zu halten.

Kreuznach, den 18. Mai 1917.

Prinz Sixtus hatte nach seiner Rückkehr nach Paris am 20. Mai Besprechungen mit Poincaré und Ribot. Die Stimmung in Frankreich war im Niedergang (s. S. 353). Es heißt in dem dort angeführten Telegramm vom 29. 5.: „Die Sozialisten trachten sich zu einigen, um die Möglichkeit baldigen Friedens in Erwägung zu ziehen. Die Unruhe steigert sich.“. . . Nach einem Ausspruch Clemenceaus wurde im tiefsten Geheimnis im Schoße der französischen Regierung der Entschluß gefaßt, mit einer Abstimmung in Elsaß-Lothringen sich abzufinden. Poincaré äußerte, nach seiner Meinung wären die Alliierten mit Versprechungen in den Krieg gegangen, die er persönlich als viel zu groß ansähe, und daß die Lage zu einer Beschränkung der Forderungen zwinge. Ribot verhielt sich indes in Rücksicht auf Italien und nun auch Rumänien ablehnend.

Am 23. war Prinz Sixtus in London. Er sah hier Lloyd George und den König von England. Es wurde über die Entschädigung Österreichs für seine Abtretungen an Italien gesprochen. Der Prinz lehnt deutsche Gebiete und deutsche Kolonien als solche Entschädigung ab.

Lloyd George erörterte eine Zusammenkunft der Könige von England und Italien und Poincarés, begleitet von ihren Premierministern; über den von Österreich behaupteten Schritt Italiens sah man nicht klar. Lloyd George zog ferner eine Begegnung zwischen ihm, Ribot und Czernin in Erwägung.

Er betrieb den Gedanken der Staatsoberhäupter-Zusammenkunft auch weiterhin. Nach dem Bericht des Prinzen Sixtus machte Sonnino Schwierigkeiten. Die Zusammenkunft kam jedenfalls nicht zustande.

Botschafter Graf Wedel führt dies indes darauf zurück, daß der Immediatbericht des Grafen Czernin der Entente bekannt wurde. Er schreibt hierüber in den „Hamburger Nachrichten“:

„Es war für Berlin und Wien eine sehr unerfreuliche Überraschung, als eine rheinische Zeitung den Geheimbericht des Grafen Czernin ungenau besprach. Es

Digitized by Google

wurde festgestellt, daß Herr Erzberger*) ihn in einer Versammlung — wenn ich nicht irre, in Frankfurt a. M. — vertraulich verwertet hatte. Wenn man ein Geheimnis einem größeren Kreise mitteilt, so pflegt es den Kreis zu durchbrechen. Das Geheimnis machte in diesem Falle auch an der deutschen Grenze nicht halt, sondern fand seinen Weg nach Paris. Der geheime Immediatbericht Czernins wurde von einer französischen Zeitung — ich glaube, es war der „Temps" — mit besonderer Genugtuung besprochen. Wenn man den Inhalt des Berichts ins Auge faßt, so kann man sich den Eindruck vorstellen, den er bei der Entente machte. Ein französischer Diplomat hat in Wien verraten, es habe 1917 einen Augenblick**) gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschied, in seiner Siegeszuversicht infolge der Wirkung des U-Bootkrieges wankend geworden und Verständigungsgedanken nicht ganz unzugänglich gewesen sei. Lloyd George und Ribot hätten im Begriff gestanden, nach Rom zu reisen, um mit dem italienischen Kollegen die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten. Die geplante Reise sei aufgegeben worden, weil durch das Eintreffen österreichischer Nachrichten die Lage sich geändert habe. Der Diplomat hat auch verraten, daß der Immediatbericht Czernins in Paris bekannt wurde und in den amtlichen Kreisen frohes Aufsehen erregte. Man habe danach geglaubt, daß Österreich, vielleicht auch Deutschland nahe vor dem inneren Zusammenbruch ständen, man habe geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben, und habe dementsprechend den Verständigungsgedanken definitiv fallen gelassen. Sogar der Gedanke eines Sonderfriedens mit Wien, auf den man zeitweise gehofft habe, habe an Interesse verloren. Man habe jeden Monat, fast jede Woche den Zusammenbruch der Mittelmächte fest erwartet und habe sich deren kraftvolle Offensiven im Herbst 1917 und im Frühjahr 1918 gar nicht erklären können. Man habe vor einem Rätsel gestanden. — Das ist begreiflich; denn die Entente konnte die Übertreibungen des Czerninschen Berichts und den Zweck desselben nicht übersehen. Auch Herr Erzberger konnte das nicht und hat es wohl versäumt, festzustellen, welche Bewandtnis es mit dem Bericht hatte und inwieweit er begründet war. Beeinflußt durch die pessimistische Schilderung, scheint er geglaubt zu haben, die drei bis vier Monate, die Kaiser Karl angegeben hatte, beachten und den Krieg abblasen zu müssen. Er hat die Deutschen entmutigt, die Gegner aber sehr gegen seinen Willen ermutigt, mehr als das: durch die unglückliche Verwertung des Berichts in jener Versammlung die letzte Chance einer Verständigung vereitelt. Nachdem die Engländer das Convoi-System eingeführt hatten, verlor der U-Bootkrieg seine volle Wirkung, die Gefahr war für England vorüber, Lloyd Georges Siegeszuversicht war vollkommen wiederhergestellt, der Entschluß, den Kampf bis zum völligen Siege durchzuführen, fester denn je."

Wien, 27. Juli 1919. Der Korrespondenz Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm zugegangen:

Grundlsee, 27. Juli 1919, nachm. um 4 Uhr 10 Min.

Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzukommen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen: Soweit ich aus den Auszügen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungemein wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt, und dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in welchem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nichtverantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher

*) War am 22., 23. April in Wien. Der Verfasser.

**) Graf Wedel sagt an einer anderen Stelle, daß dies der einzige Augenblick war, an dem England und Frankreich ernstlich an einen Friedensschluß dachten! Der Verfasser.

Digitized by Google

denselben nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Erzberger bona fide vorging und der begründeten Überzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich meine Darstellung, wie vieles andere gar nicht Erwähnte, durch Dokumente beweisen, welche in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Übergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Gänge ich erst ein Jahr später entdeckte, und welche meine Demission veranlaßte. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Botschafter Graf Wedel sendet der Hauptschriftleitung der „Hamburger Nachrichten" folgende Mitteilungen:

„Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichtes zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Briefe des Grafen Czernin heißt es wörtlich:

›Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von meinem Bericht erhalten und die schwersten Indiskretionen begangen. Er kam nach Wien, von mir zitiert, um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er war damals ganz vernichtet und sah seinen kolossalen Fehler ein.‹

Es existieren über diese Vorgänge nicht nur die Briefe Hohenlohes, sondern noch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Erzberger bedenken. Staatssekretär v. Kühlmann weiß auch die Wahrheit."

Der Brief Kaiser Karls vom 9. Mai und die Note des Grafen Czernin wurden tatsächlich nicht mehr beantwortet. Um Kaiser Karl nicht zu verletzen, wurde von der Entente Graf Armand im August nach der Schweiz geschickt, wo er sich mit dem österreichischen Diplomaten Herrn Rivertera traf. Über die Besprechung selbst fehlen Nachrichten.

Inzwischen war in Berlin Reichskanzler v. Bethmann durch Dr. Michaelis ersetzt und auf Veranlassung, jedenfalls unter Mitwirkung des Grafen Czernin die Friedensresolution gefaßt. Ein Friedensschritt des Papstes, dessen Träger der neu ernannte Münchener Nuntius Pacelli war, war in Vorbereitung und Ausführung. Auch hierüber wurde die O. H. L. nicht unterrichtet.

Der Sonderfriedensschritt des Hauses Parma und der des Papstes — s. Abschnitt XIX — gehen ineinander über.

Prinz Sixtus schließt seinen Bericht:

„Am 2. Oktober 1917 bot Kaiser Karl durch den Grafen Czernin wieder den Frieden an, indem er sagte: »Wir haben jetzt unsere Hände frei« (in diesen Tagen vollzog sich der deutsche Aufmarsch zum Angriff in Richtung Udine! Der Verfasser.); eine Woche später, am 9. Oktober, sprach dann

Digitized by Google

Kühlmann in Berlin auch vom Frieden, aber er sagte: »Was Elsaß-Lothringen anbelangt, nie!«

Wien konnte noch von Berlin getrennt werden, daher genügte es, mit Wien in Verhandlungen zu treten und Berlin zu verwerfen. Statt dessen hielt Herr Ribot es am 12. Oktober für besser, Wien und Berlin in demselben Boot zu behalten. Er behauptete, daß das österreichische Angebot Italien nichts zugebilligt hätte und, wie wir heute sehen, nicht exakt war.

Caporitto kam am 24. Oktober dazwischen (Angriff des deutsch-österreichischen Heeres gegen das italienische Heer. Der Verfasser.), und am 6. Dezember erklärte Graf Czernin, daß zukünftig die österreichisch-ungarische Monarchie für Straßburg in demselben Maße kämpfen würde wie das Deutsche Reich für Triest."

Graf Wedel schreibt in den „Hamburger Nachrichten":

„Im Spätherbst und Winter — eine Winterkampagne sollte nach dem Bericht vom 12. April vollständig ausgeschlossen sein — eroberten unsere Bundesgenossen mit deutscher Hilfe in glänzendem Vorstoß Venetien. In Wien machte die deprimierte Stimmung einer zuversichtlichen Platz. Man sprach nicht mehr von Abtretungen und hatte trotz aller Friedenssehnsucht andere Ambitionen.

Als Herr Michaelis im Sommer 1917 seinen Antrittsbesuch in Wien machte, hat Czernin den Vorschlag: Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich gegen Kompensation durch Überlassung Polen-Galiziens meines Wissens zum letzten Male wiederholt. Allein das polnische Geschenk war von zweifelhaftem Wert, Elsaß-Lothringen hätten wir verloren, es wäre ein Frieden der Niederlage gewesen. Herr Michaelis sprach diesen Gedanken offen aus, erklärte aber, den Vorschlag im Auge behalten zu wollen, noch seien wir aber nicht gezwungen, um solchen Preis den Frieden erkaufen zu müssen. Heute wird man vielleicht sagen, wir hätten besser getan, darauf einzugehen. Ebensogut könnte man sagen, wir hätten am besten getan, in den kritischen Julitagen 1914 Elsaß-Lothringen abzutreten, um damit den ganzen Krieg zu vermeiden. Es gibt gewisse Dinge, die ein Staat nicht wagen kann. Er kann nicht seine Niederlage bekennen, wenn seine Heere an allen Fronten siegreich in Feindesland stehen und die innere Situation trotz mancher Entbehrungen intakt ist. Das wäre ein unbegreifliches Sich-selbst-Aufgeben, und die Folgen eines solchen Schrittes wären nicht abzusehen. Ein Staat kann die Niederlage erst dann bekennen und daraus die Schlüsse ziehen, wenn das Volk die Niederlage sieht oder wenigstens die kommende Niederlage fühlt."

5.

Im April 1918 wurden die Briefe Kaiser Karls an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Parma, in Paris veröffentlicht. Die Vorgänge, die hierzu Veranlassung gaben, und die nachfolgenden Ereignisse werden vom General v. Cramon in seinen Erinnerungen „Unser Österreich-Ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege", Verlag Ernst Siegfried Mittler und Sohn, eingehend geschildert. Die Briefe erregten in der deutschen Öffentlichkeit großes Aufsehen, auch in Wien und namentlich in der k. u. k. Armee machte sich eine starke Verstimmung gegen Kaiser Karl

Digitized by Google

bemerkbar. Graf Czernin reichte seinen Abschied ein. Ich nannte ihn in „Meinen Kriegserinnerungen" bundestreu. Die Veröffentlichungen des Generals v. Cramon, des Prinzen Sixtus und die Stellungnahme Kaiser Karls lassen dies indes stark in Zweifel ziehen. Kaiser Karl gibt an, daß Graf Czernin voll unterrichtet war. Nach der „Voss. Zeitung" vom 26. 2. 1920 steht in einem Briefe des Grafen Czernin an die Kaiserin Zita vom 17. Februar 1917: „Bei genauer Überlegung der Argumente Ew. Majestät in meiner heutigen Audienz würde ich den größten Wert darauf legen, wenn Prinz Sixtus selbst zu Ew. Majestät käme. Wenn Ew. Majestät selbst mit ihm sprechen könnte, würde unsere Sache bedeutend weiter kommen." Ich überlasse der Geschichte die Urteilsprechung über Graf Czernin, der so unermeßbares Unglück über die Doppelmonarchie und Deutschland gebracht hat.

Kaiser Karl kam im Mai 1918 nach Spaa, um sich für die Briefe zu entschuldigen, so meinten wir wenigstens in der O. H. L. Die Fahrt erhielt den Namen „Canossa-Fahrt". Tatsächlich wurde die Fahrt zu einem Erfolge der Doppelmonarchie. Der Generalfeldmarschall und ich waren über die Unklarheit der dort mit Österreich-Ungarn über Polen getroffenen Vereinbarungen wenig erbaut. Wir meinten, unter dem Eindruck der Veröffentlichung der Kaiserbriefe wären klare Festsetzungen zu erreichen gewesen.

Jetzt sehe ich die Sache anders an. Ich spreche die Vermutung aus, daß die deutsche Regierung über den Friedensversuch Österreichs in den Grundzügen unterrichtet war, sie hatte also keine Möglichkeit, von der Doppelmonarchie „Buße" zu verlangen.

Nachtrag: Während des Drucks erschien beim „Drei-Masken"-Verlag, München, die Schrift „Czernin und die Sixtus-Affäre" von August Demblin. Nach ihr hat Graf Czernin tatsächlich nichts von dem Brief Kaiser Karls vom 24. März gewußt. Das Verschulden des Grafen Czernin Deutschland gegenüber liegt daher nicht in seinem Verhalten in dieser Sonderfrage, sondern in seiner Gesamtpolitik. Er wußte, daß Deutschland nie auf einen „Verständigungsfrieden" rechnen konnte; trotzdem propagiert er ihn in verhängnisvoller Weise. Er sagt: „Ich habe die feste Überzeugung gewonnen, daß die Entente und vor allem England — wenigstens vom Sommer 1917 ab — den unbeugsamen Entschluß gehabt hat, Deutschland zu zerschmettern."

Die Schuld Kaiser Karls wächst durch die obengenannte Schrift ins Unermeßliche. Kein Wort wäre zu hart, diese Schuld zu brandmarken.

Digitized by Google

XVIII. Zur Kanzlerkrise und Friedensresolution Juli 1917.

Nr.	Brief-Nr.	Empfänger	Inhalt
1.	II Nr. 58049 op. 19. 6. 17	Reichskanzler	Schreiben der Obersten Heeresleitung.
2.	Kt. Nr. 13370 K.J. 25.6.17	Generalfeldmarschall v. Hindenburg	Antwort des Reichskanzlers.
3.	5. 7. 17	desgl.	Der Reichskanzler an Seine Majestät.
4.	II Nr. 58049 op. 7. 7. 17	Reichskanzler	Entgegnung der Obersten Heeresleitung auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 25. Juni.
5.	—	—	Aktenauszug über die Kanzlerkrisis und mein Abschiedsgesuch vom 12. Juli.
6.	—	—	Protokoll des Oberst Bauer vom 12. Juli 1917 über die Äußerungen der Parlamentarier vor Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen.
7.	—	—	Protokoll des Majors v. Harbou über die Besprechung der O. H. L. mit Abgeordneten am 13. Juli.
8.	—	—	Die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917.
9.	—	—	Graf Czernin über den Ursprung der Friedensresolution.

1.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 58 049 op.

Gr. H. Q., den 19. 6. 1917

An den Reichskanzler.

Aus Zeitungsnachrichten und Mitteilungen anderer Art entnehme ich, daß in der Heimat in weitem Maße die Ansicht verbreitet ist, der Krieg würde spätestens im Herbst sein Ende finden.

Ich erblicke in solchen Hoffnungen, die sich an bestimmte, dicht bevorstehende Zeitpunkte knüpfen, eine erhebliche Gefahr. Schlagen sie fehl, so führen sie zur Verminderung des Willens zum Durchhalten und zur Verringerung des Vertrauens in die leitenden Stellen.

Ich halte es daher für notwendig, diese Hoffnungen einzuschränken und die Öffentlichkeit über die wahre Lage aufzuklären. Sie stellt sich mir in ihrer Gesamtheit folgendermaßen dar:

Der Unterseebootkrieg wird mit Sicherheit unsere Feinde — oder wenigstens einen Teil unserer Feinde — zum Frieden zwingen, wenn er

Digitized by Google

werden. Ist der Ausfall der Ernte, dem die größte Bedeutung zukommt, im allgemeinen von menschlichem Zutun unabhängig, so darf ich mich bezüglich der Kohlenversorgung auf die inzwischen erfolgten mündlichen Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs des Innern beziehen.

Bei der Darlegung der von der Weiterführung des Unterseebootkrieges zu erwartenden Wirkungen erscheint mir bei aller Zuversicht Vorsicht geboten. Die auf statistische Berechnungen gegründeten Voraussagen haben sich als zu unzuverlässig erwiesen, als daß sie mit Überzeugungskraft wiederholt werden könnten. Dagegen muß die Eindämmung der inneren Streitigkeiten mit allen Mitteln angestrebt werden. Die Kriegszielfrage sollte ganz ruhen, keinesfalls zu einem Gegenstande gemacht werden, bei dem die verschiedenen Volksteile, womöglich nach ihrer politischen Parteirichtung und unter Anrufung militärischer und politischer Autoritäten, gegeneinander ausgespielt werden. Die Aussichten eines Friedens, den wir diktieren könnten, sind in so unbestimmte und jedenfalls in so weite Fernen gerückt, daß die Vorspiegelung eines fetten Friedens bei dem langen und schweren Weg, den wir noch zu durchlaufen haben, zu neuen und verderblichen Enttäuschungen führen müßte. Im Gegensatz hierzu scheint mir allein die Tatsache schärfster Betonung zu bedürfen, daß wir einem Heloten-dasein entgegengehen, wenn wir nachgeben wollten, so lange bei unseren Feinden noch keine Friedensneigung durchbricht. Jede scharfe Verurteilung des Gedankens an einen Verständigungsfrieden muß dagegen unterbleiben. Sollte sich die Vorstellung festsetzen, daß wir bei der jetzigen Kriegslage Friedensmöglichkeiten wegen der Unerreichbarkeit bestimmter Kriegsziele ausschlügen, so wären unabsehbare Folgen für die innere Widerstandsfähigkeit gewiß. Auch die Rücksicht auf Österreich-Ungarn, wo die antideutsche Stimmung stetig wächst, führt zwingend zu demselben Schluß.

Für die Neuordnung unserer inneren politischen Zustände hat der Ostererlaß Seiner Majestät die Wege gewiesen. Ich will dahingestellt sein lassen, inwieweit diese Fragen die Gedanken in den Schützengräben und in der Etappe bewegen, wobei ich allerdings die Ansicht, daß dort nur sehr wenig Interesse dafür bestehe, für irrig halte. In der Heimat jedenfalls beanspruchen diese Fragen die größte Bedeutung. Die verbreitete und schwer zu bekämpfende Vorstellung, daß sich die Gegner der Neuordnung eines starken, vielleicht im Endergebnis entscheidenden Rückhaltes erfreuen, trägt in die gesamte innere Lage ein Moment täglich wachsender Unruhe, die radikale Forderungen belebt, die Gesamtsituation aber schwächt.

Bei den vorstehenden Erwägungen gehe ich von folgender Beurteilung der Kriegslage aus.

Über den Herbst hinaus wird sich Österreich-Ungarn schwerlich an der

Digitized by Google

Stange halten lassen. Daß bis dahin England durch den Unterseebootskrieg zur Kapitulation gezwungen werden könnte, erscheint ausgeschlossen. Selbst wenn wir imstande sein sollten, allein den Krieg über den Winter fortzuführen, können wir nicht damit rechnen, im nächsten Frühjahr oder überhaupt zu irgendeinem im voraus bestimmbaren Zeitpunkt durch den Unterseebootskrieg völlige Meister unserer Feinde zu werden. Allerdings vernichtet ein energisch geführter Unterseebootskrieg mehr an Tonnage, als neu gebaut werden kann. Niemand aber kann bestimmen, bei welcher Untergrenze den Feinden die Fortführung des Krieges tatsächlich unmöglich wird. Nach aller menschlichen Voraussicht wird diese Grenze jedenfalls erst zu einer Zeit erreicht, die wir vernünftiger Weise nicht mehr in unsere Rechnung stellen können. Hingegen ist die Aussicht nicht ausgeschlossen, daß wir England, wenn auch nicht niederringen, so doch noch zur rechten Zeit zum Einlenken bringen können. Voraussetzung dafür aber ist, daß sich England, als die Seele des Krieges, zu Friedensverhandlungen entschließt. Die Entwicklung der russischen Zustände kann darauf einwirken, wird aber vor der Hand schwerlich entscheidend sein. Aus Frankreich mehren sich zwar die Stimmen, welche von wachsender Kriegsmüdigkeit und beginnender Erschütterung des régime Poincaré berichten. Ein den Frieden erzwingender Zusammenbruch Frankreichs darf aber nach dem Beitritt Amerikas zum Kriege kaum mehr erhofft werden. So bleibt England. Aufgabe unserer Politik und Kriegführung ist es deshalb, durch energische Fortführung des U-Bootkrieges England so sehr als möglich zu schwächen, gleichzeitig aber alles zu unterlassen, was den Entschluß Englands zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen erschweren könnte. So lange Lloyd George am Ruder bleibt, halte ich jede Hoffnung für illusorisch. Seine Stellung scheint nicht mehr vollkommen fest zu sein. Wirklich gefährdet kann sie aber nur werden, wenn die Kriegsmüdigkeit der breiten Massen des englischen Volkes zunimmt und bei den intelligenten und führenden Schichten die Erkenntnis durchbricht, daß bei ruhiger Überlegung die Beendigung des Krieges seiner Fortsetzung vorzuziehen ist. Entscheidend für eine solche Entwicklung ist selbstverständlich die Überzeugung von unserer Unbezwingbarkeit im Äußern und im Innern. Hierauf also haben wir das Hauptgewicht zu legen. Helfen aber können wir außerdem, wenn wir die chauvinistischen und kriegstreibenden Instinkte des englischen Volkes nicht ohne Not aufpeitschen. In dieser Beziehung hat unzweifelhaft der letzte Luftangriff auf London eine verheerende Wirkung ausgeübt. Er hat nach zuverlässigsten Nachrichten die Wut des englischen Volkes derart gesteigert, daß englische Staatsmänner, die an sich einem Friedensschluß geneigt wären, erklärt haben, keine englische Regierung, die nach solchen Vorgängen mit Deutschland verhandeln wolle, würde sich auch nur einen

Digitized by Google

Tag vor der Volkswut hatten können. Da ich nicht zu erkennen vermag, daß so geartete Luftangriffe militärisch absolut notwendig sind, darf ich die Bitte aussprechen, von ihnen wegen ihrer verderblichen politischen Folgen abzusehen.

Fasse ich alles Vorstehende zusammen, so befinden wir uns in einer inneren Lage, die schwer ist, die aber durch einmütiges Zusammenhandeln aller maßgebenden Faktoren überwunden werden kann und wird.

gez. v. Bethmann Hollweg.

3.

Berlin, den 5. 7. 1917.

An Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Seine Majestät haben die Übermittlung nachstehenden Telegramms an Euer Exzellenz befohlen: gez. Ilsemann.

Euer Majestät gnädiges Telegramm habe ich mit ehrfurchtsvollem Dank erhalten. — Die Juniorfolge unserer Unterseeboote sind die beste Antwort auf die Prahlerei von Lloyd George und werden der hiesigen gedrückten Stimmung etwas auf die Beine helfen. Ich habe am 2. 7. in meiner Besprechung mit den Führern schon auf den guten Fortgang unseres Unterseebootkrieges stark hingewiesen und der vollen Zuversicht auf seinen siegreichen Enderfolg Ausdruck gegeben. Die Staatssekretäre v. Capelle und Helfferich haben mir dabei im Verein mit dem Kriegsminister geschickt sekundiert. Helfferich hat am 3. 7. im Hauptausschuß des Reichstages darauf hingewiesen, daß der Unterseebootkrieg für England ein unabwendbares Schicksal bedeutet, wenn wir fest bleiben. Auch sonst suche ich im gleichen Sinne überall energisch zu wirken.

Diese von Euer Majestät befohlene Einhämmerung ist doppelt notwendig, um die Enttäuschung zu bekämpfen, der die leider überall verbreitete Hoffnung auf einen schon jetzt erfolgenden Zusammenbruch Englands gewichen ist.

Meine Rede im Reichstag wird auf einen stark zuversichtlichen Ton gestimmt sein, ohne daß sie deshalb den Eindruck zu erwecken braucht, als hätten wir außer den Torpedos nicht auch noch andere Waffen in unserem Köcher.

Die Ernteaussichten scheinen in den letzten Tagen im Osten durch Gewitterregen etwas gebessert.

Auf der anstrengenden Reise nach Wien begleiten Eure Majestät meine ehrerbietigsten Wünsche.

Allerunterthänigst

gez. v. Bethmann Hollweg.

Digitized by Google

4.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II Nr. 58 049 op.

Gr. H. Qu., den 7. 7. 1917.

Zum Schreiben R. K. Nr. 13 370.

An den Reichskanzler.

Auf Euer Exzellenz Schreiben vom 25. 6. beehre ich mich zu erwidern:

Ich stimme Euer Exzellenz darin zu, daß die Stimmung in der Heimat zweifellos herabgedrückt ist. Den Grund hierfür sehe ich jedoch nicht, wie Euer Exzellenz, in erster Linie in getäuschten Hoffnungen auf ein frühes Kriegsende, sondern in bedeutend höherem Maße in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und in innerpolitischen Unstimmigkeiten. Das geht meines Erachtens unter anderem aus den mir regelmäßig im Auszug zugehenden Berichten der stellvertretenden Generalkommandos und auch aus dem Gesamtbild der Presse zweifelsfrei hervor.

Das Volk ist mit Recht empört darüber, daß Versprechungen auf dem Gebiet der Ernährung nicht gehalten werden konnten. Es ist bereit, jeder Möglichkeit offen in das Gesicht zu blicken, wenn sie ihm ungeschminkt dargestellt und es selbst davon überzeugt wird, daß die Regierung ihr möglichstes tut, um vermeidbare Schäden abzuwenden; auch muß es sehen können, daß überall gerecht verfahren wird. Das Nichtinnehalten der Versprechungen hat aber das Vertrauen des Volkes in die berufenen Führer — die Beamtenschaft — schwer untergraben; auch sieht die Bevölkerung, daß dem Wucher, dem Ketten- und Schleichhandel nicht mit Erfolg entgegengetreten wird. Es ist ferner kaum zu bestreiten, daß auf dem Gebiet des Ersatzfuttermittelwesens und der Trocknung der Nahrungsmittel schneller und ergiebiger hätte gearbeitet werden müssen.

Euer Exzellenz erwähnen im einzelnen die Kohlenversorgung. Ich habe bereits Ende des Jahres 1916 während meiner Anwesenheit in Berlin mündlich die in Betracht kommenden Stellen der Regierung auf die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen in der Kohlenversorgung hingewiesen; ich habe am 20. 2. 1917 schriftlich unter II 47 915 op. meine Ansicht wiederholt, daß ein Kohlenkommissar nunmehr beschleunigt eingesetzt werden müsse, und dabei betont, daß nur eine ganze Persönlichkeit mit weitestgehender Vollmacht die Aufgabe bewältigen könne. Die Ereignisse haben gezeigt, daß jedenfalls die Persönlichkeit des bisherigen Kohlenkommissars nicht ausreichte; ob seine Vollmachten genügende waren, ist mir sehr zweifelhaft. Jetzt kann ich nur hoffen, daß der neue Kohlenkommissar der geeignete Mann ist, und daß seine Tüchtigkeit nicht durch Ressortschwierigkeiten beeinträchtigt wird. Wenn nunmehr das alleinige Heil in der sofortigen Freigabe von 50 000 Facharbeitern aus dem Feldheer gefunden wird, so muß ich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß eine solche Abgabe in

Digitized by Google

Zeiten entscheidender Kampftätigkeit, in denen das Heer die Aufgabe des unbedingten Standhaltens erfüllen muß, von heute auf morgen gar nicht möglich ist. Das Feldheer hat vom November 1916 ab bereits 160 000 Facharbeiter — einen sehr wertvollen Bestandteil seiner Kraft — zur Verfügung gestellt; trotzdem hoffe ich, die Kohlenarbeiter so rechtzeitig zurückschicken zu können, daß durch ihre Arbeit ernste Schwierigkeiten im Winter vermieden werden. Sollte das aber wider Erwarten nicht möglich sein, so betone ich schon jetzt — um das Hochkommen anderer Urteile soweit als möglich zu verhindern — daß ich die Schuld an solchen Zuständen lediglich in den Versäumnissen und Fehlgriffen früherer Zeit und der anfänglichen Scheu vor durchgreifenden Maßnahmen erblicken kann. Ein Abladen der Schuld auf meine Schultern, wie es seinerzeit mit völligem Unrecht in der polnischen Frage und in der Frage der belgischen Arbeiter geschah, lehne ich im voraus ab.

Den zweiten Grund der inneren Unzufriedenheit erblicke ich, wie eingangs erwähnt, in den innerpolitischen Unstimmigkeiten. In immer verstärktem Maße wird aus der bei Beginn des Krieges vorhandenen Geschlossenheit eine Zerrissenheit, wie sie selbst in den schlimmsten Zeiten vor dem Kriege nicht bestand. Der Grund ist mir klar. Der Einfluß unverantwortlicher Organe auf die Volksstimmung ist stärker als der der Regierung und der zur Führung des Volkes berufenen Beamtenschaft. Dieser Zustand wäre nicht eingetreten, wenn im Volke die Überzeugung herrschen würde, daß die Regierung mit festem Willen, ohne nach rechts und links und nach außen zu sehen, ihren Weg geht. So aber wirkt auf die Volksstimmung — insonderheit in der Kriegszielfrage und auf dem Gebiet der Neuorientierung — nicht die Rücksicht auf das allgemeine Staatswohl, sondern ungehemmt diejenige auf Privat-, Partei- und Sonderinteressen. Das hat notgedrungen zu den inneren Gegensätzen und Zwistigkeiten geführt.

Ich bin daher der Ansicht, daß innere Schwierigkeiten viel mehr als die getäuschten Hoffnungen auf ein nahes Kriegsende die Schuld am Sinken der Stimmung tragen.

Was Euer Exzellenz Ausführungen über diese getäuschten Hoffnungen im Zusammenhang mit dem Unterseebootkrieg und mit der allgemeinen Lage anbetrifft, so kann ich auch sie nicht unwidersprochen lassen.

Das Feldheer hat sich ohne weiteres mit der Möglichkeit eines weiteren Kriegswinters abgefunden. Es ist jedem einzelnen Soldaten am Feinde selbstverständlich, daß alle Gefahren, Entbehrungen und Nöte ertragen werden müssen, bis wir zu einem brauchbaren Frieden gelangt sind. Ich denke, es müßte nicht schwer sein, in der Heimat die gleichen Empfindungen und Ansichten zu wecken und zu erhalten, wenn dem Volke von

Digitized by Google

den berufenen Organen immer wieder klar gemacht wird, um was es geht. Euer Exzellenz betonen sehr richtig, daß wir einem Helotendasein entgegengehen, wenn wir nachgeben, solange bei unseren Feinden noch keine Friedensneigung durchbricht. Anderseits halten Euer Exzellenz es aber für ausgeschlossen, daß unsere Feinde zum Frieden gezwungen werden könnten, und Euer Exzellenz erblicken die Lösung daher in einem Verständigungsfrieden, der bis zum Herbst erfolgen muß, wenn Österreich-Ungarn bei der Stange gehalten werden soll. Zu diesem Zweck soll der Unterseebootkrieg zwar energisch fortgeführt, im übrigen aber alles vermieden werden, was den Entschluß Englands zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen erschweren könnte.

Ich glaube nicht, daß England zu einem Verständigungsfrieden bereit ist, solange es noch hoffen kann, daß Deutschland vor England zusammenbricht. Am allerwenigsten wird es zu einem solchen Frieden bereit sein, wenn Österreich-Ungarn im Begriff ist abzufallen. Der Gewinn, den England aus einer Fortsetzung des Krieges bis zu Deutschlands Zusammenbruch gegenüber einem Verständigungsfrieden ziehen kann, ist so ungeheuer, daß es die längere Kriegsdauer in gewohnter Energie und Entschlossenheit auf sich nehmen wird. Daran habe ich keinen Zweifel, und das beweist jedes Blatt der englischen Geschichte. Wohl aber wird England sofort zu einem „Verständigungsfrieden" bereit sein, wenn es einsieht, daß der eigene Zusammenbruch früher als der deutsche erfolgt. Wir können sicher sein, daß jeder englische Friedensversuch der Beweis seiner nahenden Agonie ist. Es würde meines Erachtens ein Unheil für unsere staatliche und wirtschaftliche Zukunft bedeuten, wenn wir einen solchen englischen „Verständigungsfrieden" annähmen, ohne daß wir durch einen Abfall Österreich-Ungarns und eine gleichzeitige eigene Agonie zum sofortigen Frieden gezwungen wären. Ein solches ungünstiges Zusammentreffen halte ich aber für äußerst unwahrscheinlich. Ich teile nicht Euer Exzellenz Ansicht, daß die Vorstellungen des Unterseebootkrieges als übertrieben erkannt sind, daß alle auf statistischen Berechnungen gegründeten Voraussetzungen sich als völlig unzuverlässig erwiesen haben und daß die Notwendigkeit für England, Frieden zu schließen, in ganz weite Fernen gerückt ist*). Ich bleibe vielmehr auf dem in meinem Schreiben vom 19. 6. 1917 II Nr. 58 049 op. klargelegten Standpunkt stehen.

Wann der Augenblick gekommen sein wird, an welchem das Gewebe der gesamten Kriegswirtschaft unserer Feinde zerreißt, kann man nicht mit Bestimmtheit voraussagen, daß er aber in absehbarer Zeit kommt, ist mir sicher.

*) Wie die Stimmung in England damals tatsächlich war, ist uns erst nach Abschluß des Waffenstillstandes bekannt geworden. Der Verfasser.

Digitized by Google

worden. Man brauche die Aufklärung, um seine Entschlüsse fassen zu können.

Der Reichskanzler habe ausweichend geantwortet. Ein Konflikt scheine sich anzubahnen.

Am 10. 7. um 11 Uhr vormittags teilt Oberstleutnant v. Haeften mit:

Der gestrige Kronrat hatte kein Ergebnis, die Mehrheit der anwesenden Minister und Staatssekretäre war dafür. Seine Majestät hat noch nicht Stellung genommen.

Der Kanzler reichte seinen Abschied ein. Am gleichen Tage ging folgendes Telegramm an Generaloberst v. Plessen:

„Sollte wirklich Kanzlerwechsel eintreten, möchte ich bemerken, daß ich zwar selbst den Fürsten Bülow kaum kenne und daher auch kein Interesse an seiner etwaigen Ernennung habe, daß er mir aber von vielen Seiten als derjenige bezeichnet worden ist, der allein imstande ist, die schwierige Erbschaft jetzt zu übernehmen. Ich würde daher gewiß gut mit ihm zusammen arbeiten können, sofern ihm erneut das Vertrauen Seiner Majestät beschieden sein sollte."

Um 5 Uhr nachmittags teilt Oberstleutnant v. Haeften mit: Die Zusammensetzung des gestrigen Kronrats — Staatssekretäre und preußische Minister — war ein Manöver des Kanzlers. Die Mehrheit der preußischen Minister und ein Staatssekretär haben gegen Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen gestimmt.

Am 11. 7. 1 Uhr nachmittags teilt Oberstleutnant v. Haeften mit: Der Kronprinz ist auf Befehl Seiner Majestät in Berlin eingetroffen. Botschafter Prinz Hohenlohe hat heute ein Telegramm aus Wien übergeben, in dem Österreich bittet, den Kanzler nicht zu entlassen, keinesfalls den Fürsten Bülow zu nehmen.

Das Abschiedsgesuch des Kanzlers wurde daraufhin am 11. 7. vormittags abgelehnt.

Am 12. 7. vormittags empfing der Kronprinz sechs Parteiführer einzeln. Hierbei sprachen sich vier von ihnen, Graf Westarp, Erzberger, Stresemann, Mertin, für sofortigen Kanzlerwechsel, v. Payer und David zurückhaltend aus.

Der Kronprinz wird 5 Uhr nachmittags mit einer auf Grund seiner Aussprache mit den Parteiführern verfaßten Niederschrift vom Kaiser empfangen.

2,50 nachmittags überreichte Hauptmann v. Hülsen die ihm chiffriert zugegangenen Telegramme des Herrn Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff über die Absendung der Abschiedsgesuche dem General Frhrn. v. Lyncker.

Die Abschiedsgesuche gingen 7,31 abends mit Feldjäger ab.

Digitized by Google

Abschiedsgesuch des Generals Ludendorff.

Gr. H. Qu., den 12. 7. 1917.

An des Kaisers und Königs Majestät.

Euer Majestät haben sich in der schwersten Krise, die über Deutschland und Preußen hereingebrochen ist, für den Verbleib des Leiters dieser Politik, des Herrn Reichskanzlers, in seinem Amt entschieden.

Euer Majestät wissen, daß es für mich als verantwortliches Mitglied der Obersten Heeresleitung unmöglich ist, zu dem Herrn Reichskanzler das Vertrauen zu haben, das als Grundlage für eine nützliche Zusammenarbeit zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung zur glücklichen Beendigung des Krieges unerläßlich ist, nachdem der Krieg nicht mehr allein auf rein kriegerischem Gebiet ausgefochten werden kann. Das Vaterland muß an diesem Mangel an vertrauensvoller Zusammenarbeit leiden. Euer Majestät ausgleichender Befehl kann dies nicht verhindern.

Euer Majestät kann ich in meiner Stellung nicht mehr dienen, und Euer Majestät bitte ich alleruntertänigst, mir den Abschied zu bewilligen.

gez. Ludendorff,
General der Infanterie und Erster Generalquartiermeister.

12. 7. um 4,25 nachmittags trifft folgendes Fernschreiben in Kreuznach ein:

„Parteien noch nicht einig über Fassung einer Erklärung Friedensangebot. Umgehende Vorstellung der Heeresleitung an Majestät nötig, daß Zustimmung des Kanzlers zu einer solchen Erklärung, die als Verzichtfrieden aufgefaßt werden könnte, das größte Unheil anrichten und den übelsten Einfluß auf das Heer haben müßte.

Ich versuche in demselben Sinne zu wirken, halte aber Mitwirkung der Heeresleitung für nötig. Eile tut not, da vielleicht schon morgen eine Erklärung des Kanzlers in der Kommission gefordert werden kann. Für Mitteilung des von dort Veranlaßten würde ich dankbar sein. v. Stein."

Hierauf erging um 6,25 Uhr nachmittags folgendes Fernschreiben:

An des Kaisers und Königs Majestät!

Der Kriegsminister teilt mir mit, daß der Reichstag eine Erklärung über ein Friedensangebot beabsichtige, das als Verzichtfrieden aufgefaßt werden könnte. Ich hege gegen eine solche Erklärung die allerschwersten Bedenken, da sie die bereits vorhandene Beunruhigung im Heere vermehren und im jetzigen Augenblick als Zeichen innerer Schwäche aufgefaßt werden würde. Sie würde nach den Äußerungen des feindlichen Auslandes keinerlei Entgegenkommen finden, vielmehr bei unseren Feinden den Willen zum Durchkämpfen stärken. Euer Majestät darf ich in Rücksicht auf das Heer alleruntertänigst bitten, der Reichsleitung aufzugeben, daß sie eine solche Erklärung verhindere. v. Hindenburg, Gen. Feldmarschall.

Digitized by Google

hindert hat, daß Abgeordnete zu Hindenburg und Ludendorff kommen konnten. (Gibt seine Ansicht an, wie er dazu kommt, zu glauben, daß der Reichskanzler es verhindert hat.) Auch alles Entgegenkommen der Krone kann jetzt nichts helfen, wenn er bleibt. Es muß ein neuer Mann kommen, der dann die nötigen Reformen durchführen muß. Daß es schlechter wird unter einem neuen Kanzler, ist ausgeschlossen.

Für die Osterbotschaft wird der Krone nicht gedankt, weil sie unentschieden war. Damals konnte man Pluralwahlrecht geben und damit alles befriedigen, jetzt sind die Forderungen gewachsen.

Der Reichskanzler verpaßt jede Konjunktur und verhindert dadurch den Friedensschluß. Er kann auch mit Amerika keinen Frieden schließen, höchstens 1921, nach Wilsons Fortgang.

Der Reichskanzler muß weg, er ist ein Hindernis des Friedens, er verpaßt alles, und es wird nicht besser, sondern schlimmer.

Erzberger äußert sich dann über die Gründe seines Vorstoßes betr. der U-Boote. Die Regierung hätte versprochen, in 5 Monaten hätten die U-Boote gewirkt. Das hat sich als falsch erwiesen. Der Krieg dauert an, und so muß das Volk sich umlernen. Das ist schwer. Und um das einzuleiten, schnitt Erzberger die Sache an. Wieder wich die Regierung aus. Sie hätte sagen sollen, daß sie sich geirrt habe. Statt dessen gab sie neue Zahlen und wich wieder aus. So geht im Volk alles Vertrauen zu Regierungsangaben verloren.

Hinsichtlich Österreichs Widerspruch gegen Bethmanns Weggang hält Erzberger alles für bestellte Arbeit. Er kennt die kaiserliche Familie und die Minister. Seiner Ansicht nach ist jeder Friedenskanzler willkommen. Aber außerdem hat Österreich kein Recht, sich da einzumischen. Deutschland ist ja dann im politischen Sklavenverhältnis. Er hätte bis dahin geglaubt, wir wären die Führer. Also der Einwand betr. Österreichs ist nicht haltbar. Unser Kurs darf nicht vom Ausland abhängig werden.

6. Dr. David. Die Fraktion ist nicht auf den Kanzlerwechsel ausgegangen. Sie wollte die preußische Wahlrechtsfrage im Reichstag anschneiden und wollte die Einheitlichkeit des Volkes über die Kriegsziele herbeiführen, damit die Entente sieht, was wir eigentlich wollen, und unser Volk ruhig wird. Dazu wollte die Fraktion klare Friedenskundgebungen im Reichstag erzielen.

So steht's auch noch jetzt; wenn der Kanzler auf den Boden dieses Programms tritt, so haben wir keinen Grund, den Kanzlerwechsel zu fordern. Aber in der Person des Kanzlers liegen Schwierigkeiten zur Anbahnung zum Frieden, einmal weil an Erklärungen von ihm zu viel gedeutet werden konnte. David propagiert dann den Verständigungsfrieden. Die jetzige

Digitized by Google

Reichstagsresolution könne als Interpretation des Friedensangebots vom 12. 12. 1916 gelten. Ferner kommt betr. Bethmann Hollwegs Amerika in Betracht. Wilson hatte für Dezember 1916 Friedensaktionen vorgesehen. Da kam unser Friedensangebot dazwischen. Trotzdem fuhr Wilson in seinem Vorhaben fort und ließ uns das wissen, er beabsichtige im Februar Friedensaktionen. Da kam der rücksichtslose U-Bootkrieg. Das sah er als Beleidigung an, daher seine Geneigtheit und sein Hineintreiben in die Arme von Lloyd George. So nach amerikanischer Darstellung.

Möglicherweise liegen also in der Person des Kanzlers Schwierigkeiten für den Frieden, man müßte aber noch etwas warten. Außerdem hält er die Parlamentarisierung der Regierung für nötig, damit die Regierung sozusagen die Resolution decke. Dann wird der Entente erschwert, die Resolution zu diskreditieren. Dadurch wird eine Verständigung angebahnt, denn wir müssen bald Frieden schließen. Die Partei steht auf dem Boden, daß ein Friede ohne Annexionen und Vergewaltigungen für uns ein Sieg ist. Die Neutralen fassen das alles auch so auf, denn die Entente muß auf viel mehr verzichten wie wir. Nur äußerlich ist der status quo ante tatsächlich nicht derselbe Standpunkt wie 1914, sondern es würde eine germanische Völkergruppe, als mitteleuropäischer Zentralverband, entstehen. Außerdem ist die Verständigung mit Rußland möglich. Also ist ein sogenannter „Scheidemann-Frieden" für uns geradezu glänzend.

Dr. David hält ein „Friedensangebot" nicht für nötig. Die Resolution des Reichstags ist seiner Ansicht nach kein neues Friedensangebot. Das alte besteht ja. Was jetzt geschieht, ist das, daß die Grundlagen geklärt werden.

Dr. David glaubt, daß eine Friedensaussicht ein Aufatmen bringt. Es ist der Wunsch nach Frieden zu lebhaft.

Er hält ferner eine große fortschrittliche Umgestaltung für wichtig, um die Stimmung zu heben. Wenn also Bethmann Hollweg die Resolution akzeptiert, ist kein Grund zum Wechsel da. Wie stark das Moment des Kanzlerwechsels ins Gewicht beim Ausland fällt, ist schwer zu sagen. Das müßte der diplomatische Dienst aufklären. Ist die Friedensaktion durch Bethmann Hollweg bedroht, so muß der Kanzler gehen.

Es gibt zwei politische Zentren, die O. H. L. und den Reichstag. Dazwischen pendelt der Reichskanzler! Die Reichsregierung hat gar keine Richtung. Das System ist veraltet. Auch die Krone steht der Volksregierung fern. Die Krone soll keine Rechte aufgeben, sondern die Bureaukratie soll getroffen werden. Verändert wird also der Personenkreis, aus dem sich die Regierung ergänzt.

Digitized by Google

dauernden Versorgung 1,5 Millionen Tonnen erforderlich. Diese Tonnage kann nur durch weitere Schwächung der Kriegswirtschaft unserer Feinde gewonnen werden. Auch ist zu bedenken, daß das Kriegsgerät, das die Vereinigten Staaten jetzt selbst brauchen, auch ohne aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten am Krieg uns gegenüber in Wirksamkeit treten würde. Die amerikanische Gefahr ist also zunächst nicht groß. Wir werden siegen, wenn hinter dem Heer das Volk in geschlossener Einigkeit steht. Dazu muß uns die Volksvertretung helfen, wie auch wir der Heimat durch Abgaben an Menschen und Material an den heimischen Bergbau, die Industrie und die Landwirtschaft helfen. Wir verfolgen nicht einseitig Heeresinteressen.

Im einzelnen:

Freisinnige Abgeordnete (Payer, Fischbeck):

Ist ein entscheidender Schlag zu Lande möglich?

Wann wird der U-Bootkrieg sein Ziel erreichen?

Wer hält länger aus, der Feind oder wir?

Wir können den Krieg nicht mehr lange fortsetzen. Die Schwierigkeiten im Innern sind sehr groß und wachsen dauernd. Große Nahrungssorgen. Dem Volke muß ein Hoffnungsstrahl geschenkt werden; wir müssen im Innern Ruhe schaffen; es herrschen starke Friedenssehnsucht und starke Zweifel, ob wir Kraft zum Durchhalten haben. Wir müssen dem Volke bekunden, daß wir den Frieden erstreben und die erste leidliche Friedensmöglichkeit ergreifen werden. Das soll durch die Resolution des Reichstages erreicht werden. Gleichzeitig wird es durch eine solche Resolution gelingen, die Feinde zu überzeugen, daß wir sie nicht vergewaltigen wollen.

Exzellenz Ludendorff: Kriegsentscheidende Angriffe nicht möglich. Jedoch hat die militärische Niederlage Rußland zur Revolution gebracht und die französische Armee in ihrem Wert sinken lassen. Daneben wird der U-Bootkrieg sein Werk tun.

Die geplante Resolution wird den Kriegswillen unserer Gegner stärken, sie warten ja auf die Zeichen unserer Schwäche und hoffen, daß wir im Innern zusammenbrechen. Auch wird die Resolution auf die Verbündeten, die Armee und weite Kreise im Innern niederdrückend wirken. Das muß abgewogen werden gegen die genannten Vorteile. Wir legen uns auch fest auf ein Nichts, während die anderen alles fordern.

Zentrum und Sozialdemokraten. (Erzberger, Mayer, Scheidemann, Ebert.)

Exzellenz Ludendorff: Krieg nicht allein durch die Waffen zu entscheiden. Volk und Heer müssen zusammenstehen. Der Friede wird um so eher kommen, je stärker wir uns halten.

Abgeordneter Scheidemann (Die anderen Abgeordneten vertreten annähernd die gleiche Stellungnahme):

Der Krieg ist durch die Waffen in diesem Jahr nicht zu entscheiden.

Digitized by Google

Wie wird es im Frühjahr stehen, wenn wir nicht zum Frieden kommen? Der Gedanke an einen Winterfeldzug ist ungeheuer schwer zu tragen.

Es hungern viele. Stimmung ist verzweifelt. Kommt der Friede nicht bald, so kann es zum Zusammenbruch kommen. Wir müssen bekunden: Wir führen Verteidigungskrieg, alldeutsche Ziele sind nicht die unsern, wir kämpfen für Haus und Hof, aber dafür bis zum letzten Blutstropfen. Was nützen uns auch sogenannte strategische Grenzen; der Begriff der Festungen ist doch überholt. Wir dürfen den Krieg nicht durch Verlangen nach Eroberungen und Entschädigungen verlängern. Sprechen wir das aus, so kann der feindliche Zusammenbruch kommen.

Abgeordneter Ebert: Den feindlichen Führern wird die Fortsetzung des Krieges erschwert, wenn wir die Resolution herausgeben. Die russischen Sozialisten wollen die übrigen Ententestaaten zur Verzichterklärung zwingen. Bezeichnend ist auch die Rede Thomas'. Wir müssen den Moment ausnutzen*).

*) Der Abgeordnete Ebert gab sich hier einer schweren Täuschung hin. Er verdarb, was er erstrebte. Noch kurz vorher hatte der sozialdemokratische Parteivorstand annähernd richtig gesehen. In dem Heft „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen. Ein Appell an Denkende!" schildert er richtig die Gefahr einer Niederlage für den deutschen Arbeiter, an der dieser mit seinem persönlichen Schicksal, das Kapital nur sachlich interessiert sei. Er schließt:

„Aber man komme uns nicht mit dem Einwand, es sei ganz und gar ausgeschlossen, daß die Feinde ein solches Ziel — Vernichtung der deutschen Wirtschaftsmacht — erreichten. Deutschland steht mit seinen Verbündeten einsam in der Welt, es steht einer Koalition gegenüber, deren Volkszahl und Kapitalmacht der seinigen mehrfach überlegen ist, und die über die Hilfe aller anderen Länder verfügt. Trotzdem glauben auch wir, daß es den Feinden nicht gelingen wird, uns ihre Kriegsziele aufzuzwingen — aber diese Zuversicht steht und fällt mit der Einmütigkeit des deutschen Volkes. Nur dieser Einmütigkeit hat es Deutschland zu danken, daß es sich der Feinde bisher erwehren konnte. Handelten wir so, wie es die Opposition verlangt, schlössen wir, die stärkste Massenpartei Deutschlands, uns von dieser Einmütigkeit aus, gäben wir, wie es die Opposition fordert, das Signal zur Störung des einmütigen Verteidigungswillens, dann wäre Deutschlands Schicksal besiegelt. Solange unser Volk in allen seinen Schichten nach außen einig bleibt, halten wir die Gefahren der wirtschaftlichen Erdrosselung in der Tat für ziemlich fern; sobald diese Einigkeit aber verlorengeht, steht sie in furchtbarstem Ernst vor uns und hinge nur noch von dem Willen der feindlichen Koalition ab.

Man kann unsere Haltung nur durch eins ins Unrecht setzen, nämlich durch den Nachweis, daß die feindlichen Regierungen nicht das Kriegsziel haben, Deutschlands Wirtschaftsmacht vernichtend zu treffen, daß sie im Gegenteil bereit seien, einen Frieden zu schließen, der unserem Lande auch nur die gleiche wirtschaftliche Bewegungsfreiheit ließe, die es vor dem Kriege hatte. Wäre es dies nachgewiesen — dann, ja dann müßten wir all unseren Einfluß aufbieten, um dem Kriege auch gegen den Willen der Regierung ein Ende zu machen! Wer aber nicht die ganze Kriegszeit verschlafen hat, der kann über die Absicht der feindlichen Regierungen nicht mehr im Zweifel sein. Nach dem Hohn, mit dem man von drüben das deutsche Friedens-

Digitized by Google

ergriff Deutschland die Waffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsabtretungen, politische und wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf die wirtschaftliche Absperrung und die Verfeindung der Völker nach dem Frieden ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur ein Wirtschaftsfrieden wird dem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

So lange jedoch die feindlichen Regierungen das nicht einsehen, so lange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen und unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

9.

Graf Czernin über den Ursprung der Friedensresolution in seiner Rede vom 11. Dezember 1918.

„Einen schweren Kampf hatte bekanntlich im Frühherbst 1917 die Mehrheit des deutschen Reichstages gegenüber der an Anzahl schwächeren, dafür durch ihre Beziehungen zur deutschen Heeresleitung so mächtigen Minorität, im Gegenstande der Antwort auf die Papstnote, zu bestehen. Einer meiner Freunde hatte auf mein Ersuchen mehrere Unterredungen mit den Herren Südekum und Erzberger und bestärkte sie durch meine Schilderung unserer Lage in ihren Bestrebungen zur Erreichung der bekannten Friedensresolution. Es war auf Grund dieser Schilderungen, daß die beiden genannten Herren die Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden durchsetzten, jene Resolution, welche soviel Hohn und Spott von seiten der Alldeutschen und anderer Elemente geerntet hat."

Zusatz: Hiernach scheint Graf Czernin unter „Papstnote" den Brief zu verstehen, den Nuntius Pacelli am 29. Juni 1917 Seiner Majestät dem Kaiser überreichte (s. Abschnitt XIX Z. 1). Die Annahme erscheint berechtigt, daß Graf Czernin, als er vom Prinzen Sixtus keine Nachricht auf die Anerbietungen vom 9. Mai erhielt, Rom zu diesem Schritt veranlaßt hat. Mir sind diese Angaben im Sommer 1917 nicht bekannt gewesen. Der Verfasser.

Digitized by Google

XIX. Der Friedensvorschlag des Papstes und der „englische Friedensfühler“ im August und September 1917.

1. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg über Friedensmöglichkeiten im Frühsommer 1917.
2. Der Friedensvorschlag des Papstes.
3. Die englische Antwort.
4. Brief des Nuntius Pacelli an den Reichskanzler Dr. Michaelis.
5. Reichskanzler Michaelis über den „englischen Friedensfühler“.
6. Mein Vortrag im Kronrat am 11. September 1917.
7. Schriftwechsel zwischen Reichskanzler und Generalfeldmarschall.
8. Die deutsche Antwort auf den Friedensvorschlag des Papstes vom 19. 9. 1917.
9. Antwort der deutschen Regierung an den Nuntius Pacelli.
10. Gemeinsame Erklärung von Reichskanzler Dr. Michaelis, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Staatssekretär Dr. Helfferich und mir vom 7. August 1919.
11. Feindliche Stimmen.
12. Behandlung unserer spanischen Vermittlung in London.
13. Äußerungen über Gespräche mit mir.
14. Aus der Rede des Grafen Czernin über Friedensmöglichkeiten vom 11. Dezember 1918.

1.

Friedensmöglichkeiten im Frühsommer 1917.

Von Th. v. Bethmann Hollweg.

(Aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 29. Februar 1920.)

Im April/Mai 1917 kamen uns von französischer und belgischer Seite Andeutungen (s. Abschnitt XVII. Der Verfasser.) zu, welche die Geneigtheit zu vertraulicher Erörterung von Friedensmöglichkeiten erkennen ließen. Wenn auch die von uns bereitwillig aufgenommenen Anregungen zunächst zu keinen greifbaren Ergebnissen führten, so sind doch die Fäden beiderseitig bis in den Herbst 1917 hinein fortgesponnen worden. Ob die Entente ernstlich verhandlungswillig war, wird sich erst ergeben, wenn sie sich selbst authentisch geäußert haben wird. Im Frühjahr und Frühsommer 1917 selbst rechtfertigten die tatsächlichen Verhältnisse eine relativ günstige Auffassung.

Durch die russische Revolution und den Zusammenbruch der französisch-englischen Frühjahrsoffensive war die Kriegslage zu dieser Zeit offensichtlich zu unsern Gunsten verschoben. Auf einen baldigen militärischen

Digitized by Google

Ausgleich konte die Entente nicht rechnen, da die amerikanische Waffenhilfe noch in weitem Felde stand. Die Wirkungen des U-Bootkriegs waren größer, als die Feinde vermutet hatten. Nicht als ob England vor der Aushungerung oder Kapitulation gestanden hätte. Aber die wachsenden Schiffsverluste rührten doch an den englischen Lebensnerv.

Diese Gesamtsituation drückte merkbar auf die Kriegsstimmung der feindlichen Völker.

Von Petersburg aus wurde energisch die Revision der ausschweifenden Kriegszielprogramme gefordert. Mißstimmungen innerhalb der französischen Truppen zwangen den General Pétain, die poilus durch öffentlichen Aufruf zum Durchhalten zu ermahnen. Nachdem Lloyd George schon im April seinen bekannten Hilferuf nach „Schiffen" ausgestoßen hatte, richtete der König Georg einen feierlichen Appell an sein Land, den Lebensmittelverbrauch einzuschränken, und das Unterhaus hielt es für erforderlich, die ernste Lage in geheimer Sitzung zu erörtern. Auch Ribot betonte im Juni nach einem kurzen Aufenthalt in England nachdrücklich die Gefahren des U-Bootkrieges.

Übertriebene Folgerungen aus dieser Konstellation zu ziehen, verboten unsere eigenen Zustände. Jedenfalls für das Jahr 1917 durften wir einen die letzte Entscheidung bringenden Erfolg weder zu Lande noch zu Wasser erhoffen. Dabei schritt die allmähliche Aushöhlung unserer gesamten Kriegsreserven an Menschen und Material unaufhaltsam fort. Die Einsicht, daß der U-Bootkrieg England nicht auf die Knie zwingen werde, drang auch in diejenigen Volkskreise, welche sich solchem Glauben hingegeben hatten. Der steigende Druck der Blockade vereinigte sich mit diesen Momenten, um auf die Stimmung zu drücken. Noch stärker ließen die materiellen und moralischen Kräfte in Österreich-Ungarn nach. Zeugnis dafür war der bekannte Bericht des Grafen Czernin an den Kaiser Karl. Die Zeit lief gegen uns: damit mußten wir bei Einschätzung nicht nur der eigenen Lage, sondern auch der feindlichen Dispositionen rechnen. Die Entente hat diesen Posten wohl noch höher bewertet, als wir damals annehmen konnten. Denn noch unbekannt war mir im Frühsommer 1917, wie weit die durch den Prinzen Sixtus von Parma geführte österreichische Friedensaktion in Wirklichkeit gegangen war.

Die Situation befand sich in einem Zustand der Schwebe. In Übereinstimmung mit dem Wiener Kabinett beurteilte ich sie dahin, daß die Entente, weit entfernt, zum Friedensschluß genötigt zu sein, immerhin erwog, ob nicht einem in der Ferne stehenden und nicht mehr absolut sicheren Endsieg ein baldiger Verständigungsfriede vorzuziehen sei, vorausgesetzt, daß sich eine annehmbare Verhandlungsbasis finden lasse. Diese Voraussetzung festzustellen, bemühte sich, wie mir schien, die Entente im Früh-

Digitized by Google

sommer 1917. Als Bestätigung meiner Auffassung ist mir neben allem anderen auch die Rede erschienen, die Lloyd George am 29. Juni in Glasgow gehalten hat. Trotz ihrer kriegerischen Allüren erblickte ich in ihr die Aufforderung, durch genauere Angabe unserer Kriegsziele den Boden für Verhandlungen vorzubereiten.

In der skizzierten Gesamtsituation sah ich nicht nur die Möglichkeit, zu Verhandlungen zu kommen, sondern auch den Zwang, diese Möglichkeit entschlossen auszunutzen. Unsere Friedensbedingungen mußten sich in Grenzen halten, deren Annahme vernünftigerweise von der Entente erwartet werden durfte. Klarer Verzicht in der belgischen Frage war selbstverständlich unerläßliche Vorbedingung. Ebenso zweifellos war mir, daß absolute Intransigenz bezüglich der französischen Teile Elsaß-Lothringens jede Verhandlungsmöglichkeit von vornherein ausschließen würde. Wie ich mich schon ein Jahr früher vergewissert hatte, war der Kaiser grundsätzlich bereit, diesen Weg zu betreten, wenn er zum Frieden zu führen versprach.

Die Konsequenzen aus meiner Einschätzung der Lage habe ich bei einer Unterredung gezogen, die ich am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius Monsignore Pacelli hatte*). Zugleich glaubte ich in der Tatsache, daß der Vatikan diese Mission des Nuntius für zweckmäßig hielt, ein weiteres Anzeichen dafür sehen zu dürfen, daß sich Verhandlungsmöglichkeiten auftaten. Im einzelnen die Zusammenhänge aufzudecken, ist bei unserer jetzigen Kenntnis der Dinge noch unmöglich. Der äußere Hergang war folgender:

Mit dem Auftrage, S. M. dem Kaiser im Großen Hauptquartier einen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Monsignore Pacelli am 26. Juni in Berlin auf. Unter persönlichen Wünschen für den Kaiser und sein Haus erinnerte der Papst in dem Briefe daran, wie er unablässig die kriegführenden Völker beschworen habe, die brudermörderischen Waffen niederzulegen, und versicherte den Kaiser, daß alle seine Anstrengungen darauf gerichtet blieben, die Tage dieses ungeheuren Unheils zu schließen.

Anknüpfend an den Inhalt dieses Briefes, den mich der Nuntius in Abschrift lesen ließ, unterstrich ich die durch unser Friedensangebot vom 12. Dezember vor aller Welt bekundete Friedensbereitschaft Deutschlands, die sich jedoch an dem starren Kriegswillen der Entente gebrochen habe.

*) Die O. H. L. kannte diesen Schritt des Reichskanzlers ebensowenig, wie seine Stellungnahme zu den Friedensversuchen des Hauses Parma-Bourbon (Abschnitt XVII). Näheres über den Friedensschritt des Papstes s. auch Nr. 9 der Flugschriften des „Tag": Die päpstliche Friedensvermittlung. Von Martin Spahn. Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin.

Der O. H. L. erschien der Friedensvorschlag des Papstes vom 1. August als eine Folge der Friedensresolution vom 19. Juli 1917.

Digitized by Google

Der Nuntius hob nichtsdestoweniger hervor, daß es immerhin von größtem Nutzen sein würde, wenn der Papst, dessen Sorge um den Weltfrieden mir wohl bekannt sei, über die deutsche Auffassung der Kriegs- und Friedensprobleme unter der Zusicherung vollster Diskretion so genau orientiert werde, daß er im psychologischen Moment eine sichere Basis für friedenförderndes Wirken habe. Auf meine Zustimmung zu diesem Gedanken legte mir der Nuntius eine Reihe bestimmt gefaßter Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragenstellung gewann ich den später bestätigten Eindruck, daß es sich um etwas anderes als um eine unverbindliche Konversation über Friedensmöglichkeiten handele, der Nuntius vielmehr sich eines genau formulierten Auftrages entledigte. In Verbindung mit meiner eingangs geschilderten Auffassung der Gesamtlage, welche mir Verhandlungsmöglichkeiten nicht ausgeschlossen erscheinen ließ, überzeugte ich mich, daß ich durch möglichst bestimmte Antworten auf die gestellten Fragen die Grundlage für Verhandlungen über einen Frieden schaffen könne, auf den das durch den U-Bootkrieg zwar nicht auf die Knie gezwungene, aber doch bedrohte England mit seinen Bundesgenossen eingehen würde.

Unter diesem Gesichtspunkte habe ich die einzelnen Fragen des Nuntius dahin beantwortet, daß wir zu Rüstungsbeschränkungen im Falle der Allseitigkeit durchaus bereit seien und daß wir in gleicher Weise grundsätzlich Schiedsgerichten zustimmten, die bestimmt seien, internationalen Konflikten vorzubeugen. Auf die Frage über unsere Ziele bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß wir seine volle Unabhängigkeit wiederherstellen würden. Mit dieser vollen Unabhängigkeit würde es freilich unverträglich sein, wenn Belgien politisch, militärisch und finanziell unter die Herrschaft Englands und Frankreichs gerate, welche Mächte diese Herrschaft dann zu Deutschlands Schaden ausnützen würden. Auf die Frage endlich, welches die Pläne Deutschlands mit Bezug auf Elsaß-Lothringen seien, und ob die deutsche Regierung zu Gebietsabtretungen an Frankreich bereit sei, erwiderte ich, daß, falls Frankreich verständigungsbereit sei, hieran der Frieden nicht scheitern werde. Unter der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen werde sich ein Weg der Einigung finden lassen.

Über die östlichen Fragen habe ich lediglich bemerkt, daß mir die chaotischen Zustände Rußlands Friedensmöglichkeiten zur Zeit ausgeschlossen erscheinen ließen, da es an einer verhandlungsfähigen Regierung fehle.

Ich hatte damals den bestimmten Eindruck — und dieser Eindruck ist durch spätere Mitteilungen bestätigt worden —, daß der Nuntius meine Erklärungen als geeignet ansah, den Frieden wesentlich zu fördern.

Am 29. Juni wurde der Nuntius im Großen Hauptquartier von S. M. dem Kaiser empfangen. Auf eingehende Vorstellungen, die der

Digitized by Google

Nuntius im Auftrage des Papstes wegen der belgischen Arbeiterdeportationen erhob — ein Thema, das er auch schon in Berlin behandelt hatte —, sagte der Kaiser zu, sein möglichstes zu tun, und begrüßte darauf, ohne Details zu berühren, in längerem und eingehendem Gespräch sehr nachdrucksvoll und warm jede Tätigkeit des Papstes, die uns dem Frieden näher bringen könne. Seine Majestät führte dabei aus, wie nach seiner Überzeugung für die katholische Kirche und den Papst ganz besonders jetzt die Zeit zum Handeln gekommen sei. Vermöge ihrer internationalen Organisation sei die Kirche die berufenste Instanz, in einem Kriege, in den so viele Nationen verwickelt seien, den Friedensgedanken zu propagieren, denn sie verfüge technisch über die besten Mittel hierfür. Die andere große internationale Organisation, die Sozialdemokratie, habe die Bedeutung einer solchen Propaganda richtig erkannt und habe als erste den Mut gehabt, sich mit ihrer Organisation in den Dienst des Friedens zu stellen. Das werde ein dauerndes Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, und wenn man nicht wolle und es für verhängnisvoll ansähe, daß ihr allein dieses Verdienst zukomme, so müsse die katholische Kirche die Gelegenheit ergreifen, die ihr durch die Verhältnisse geboten werde. Im Interesse der katholischen Kirche läge es — das müsse er auch als protestantischer Fürst anerkennen — daß der Friede oder vielmehr die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu reden, nicht durch die Sozialdemokratie, sondern durch den Papst herbeigeführt werde.

Dies war der Verlauf, den die Sendung des Nuntius genommen hat. Wenige Tage darauf wurde ich zum Rücktritt genötigt. Auf die weitere Entwicklung der Dinge habe ich deshalb keinen Einfluß mehr gehabt.

2.

Der Friedensvorschlag des Papstes vom 1. August, überreicht in Berlin im August 1917.

„An die Häupter der kriegführenden Völker! Seit dem Beginn unseres Pontifikats haben wir inmitten der Schrecknisse, welche der fürchterliche Krieg in Europa entfaltet hat, vorab an diesen drei Zielen festgehalten: in vollkommener Unparteilichkeit allen Kriegführenden gegenüber zu verharren, wie es dem gemeinsamen Vater geziemt, der alle seine Kinder in gleicher Liebe umfängt, uns ferner beständig darum zu bemühen, allen soviel Gutes wie möglich zu erweisen, allen ohne Ansehen der Person, ohne Unterschied der Nationen und der Bekenntnisse, dem allgemeinen Gebot der Liebe gemäß, wie auch mit Rücksicht auf das erhabene geistliche Amt, das uns von Christus übertragen worden ist; endlich, wie es gleichfalls unsere Friedenssendung erfordert, nichts, soviel an uns liegt, zu versäumen, was beitragen könnte, das Ende dieses Unheils zu beschleunigen, indem wir versuchten, den Völkern und deren Häuptern maßvollere Entschlüsse zu empfehlen und abgeklärte Erwägungen, die einen gerechten und dauernden Frieden anzubahnen vermöchten. Nicht alles, was wir zur Erreichung dieses hohen Zieles taten, wurde der Öffentlich-

Digitized by Google

keit kund. Wer immer indes unserem Walten während dieser drei jüngstverflossenen, schmerzensreichen Jahre mit Aufmerksamkeit folgte, konnte leicht inne werden, daß wir unserem Entschluß, vollkommen Unparteilichkeit zu wahren, ebenso treu blieben wie unserem Bemühen, hilfreich zu sein; daß wir unentwegt die Völker und deren Häupter ermahnten, wieder Freunde und Brüder zu werden. Gegen das Ende des ersten Kriegsjahres richteten wir an die kämpfenden Völker die eindringlichsten Mahnungen und wiesen ihnen auch den Weg zu einem dauernden und für alle ehrenvollen Frieden. Doch leider verhallte unser Ruf, ohne Gehör zu finden, und der Krieg tobte erbarmungslos zwei weitere Jahre fort, mit allen seinen Greueln, ja sogar mit gesteigerter Grausamkeit, und dehnte sich weiter aus vom Festland aufs Meer und bis in die Lüfte. Vernichtung und Tod warf er auf unbefestigte Städte, auf friedliche Dörfer und deren unschuldige Einwohnerschaft. Niemand vermag sich auch nur vorzustellen, wie die Leiden aller sich vermehren und erschweren würden, wenn diesen blutüberströmten drei Kriegsjahren sich noch weitere Monate anschlössen oder gar, was das Schlimmste wäre, weitere Jahre. Soll denn die zivilisierte Welt nichts mehr sein als ein Leichenfeld? Europa, so glorreich und blühend, soll es denn, wie von allgemeinem Wahnsinn erfaßt, dem Abgrund zustürzen, Selbstmord begehen?

In dieser so qualvollen Lage, angesichts so schwerer Gefahren erheben wir von neuem den Ruf nach Frieden und erneuern unsere dringenden Aufforderungen an die, denen die Geschicke der Völker anvertraut sind. Wir haben überhaupt kein politisches Sonderziel, noch beeinflussen uns Einflüsterungen oder Bestrebungen der im Kriege befindlichen Staaten. Es leiten uns vielmehr einzig und allein das Bewußtsein höchster Pflicht des gemeinsamen Vaters aller Gläubigen, die eindringlichen Bitten unserer Kinder, die uns um Friedensvermittlung anflehen, endlich die Stimme der Menschlichkeit und der Vernunft. Wir wollen uns nun aber nicht mehr auf allgemeine Mahnungen beschränken, wie es die Umstände bisher uns nahelegten, wir wollen zu genaueren und durchführbaren Vorschlägen fortschreiten. Wir laden die Regierungen der kriegführenden Völker ein, sich über die folgenden Leitsätze zu einigen, welche die Grundlage eines gerechten und dauerhaften Friedens zu bilden geeignet scheinen. Den Regierungen überlassen wir die Sorge, sie zu umgrenzen und zu ergänzen.

Vor allem wäre als Ausgangspunkt und Grundlage anzusehen, daß an die Stelle der materiellen Gewalt der Waffen trete die sittliche Macht des Rechtes. Daraus ließe sich ein gerechtes und gemeinsames Abkommen ableiten betreffs der gleichzeitigen und gleichmäßigen Verminderung des Rüstungswesens. Die Regeln und die Bürgschaften, die dabei festzusetzen wären, hätten ihr Maß und ihre Norm darin, daß alles geschehen muß, was erforderlich ist und ausreicht, um die öffentliche Ordnung in jedem Staat sicherzustellen. Dann, an die Stelle der Heere trete die Einrichtung des Schiedsgerichts. Seine erhabene Aufgabe, den Frieden zu erhalten, führt es nach vereinbarten Vorschriften aus und wendet die gegen jenen Staat bestimmten Maßregeln an, der sich entweder weigert, internationale Fragen dem Schiedsgericht anheimzugeben oder dessen Spruch anzunehmen. Ist einmal die Vorherrschaft des Rechtes festgestellt, mögen alle Schranken der Völkerverkehrswege fallen, indem man die wahre Freiheit der Meere, die allen gehören (communité des mers), durch bestimmte Verfügungen sicherstellt, womit einerseits viele Anlässe zu Streitigkeiten ausgeschaltet, anderseits allen neue Quellen des Wohlstandes und des Fortschrittes geöffnet würden.

Betreffs des Schadenersatzes und der Kriegskosten sehen wir kein anderes Mittel, die Frage zu lösen, als die grundsätzliche Annahme vollständigen gegenseitigen Verzichtes. Die Rechtfertigung liegt in den ungeheuren Wohltaten, die mit der Abrüstung gegeben sind, und zumal darin, daß die Fortführung eines solchen Gemetzels einzig und allein wegen Geldfragen unbegreiflich erscheinen müßte. Gibt es in einzelnen Fällen Gegengründe und Sonderansprüche, mögen diese nach Recht und Billigkeit erwogen werden.

Digitized by Google

Allein ein friedliches Abkommen mit den unendlichen Vorteilen, die daraus folgen, ist unmöglich ohne gegenseitige Rückerstattung der augenblicklich besetzten Gebiete. Daher müßte von deutscher Seite Belgien vollständig geräumt, es müßte eine Bürgschaft festgestellt werden für dessen volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von welcher Macht immer. Desgleichen hätte die Räumung des französischen Gebietes, von seiten der anderen kriegführenden Mächte eine ähnliche Rückerstattung der deutschen Kolonien zu erfolgen.

Was strittige Gebietsfragen angeht, wie beispielsweise die zwischen Italien und Österreich, zwischen Deutschland und Frankreich erörterten, so darf man hoffen, daß in Anbetracht der unermeßlichen Segnungen eines Friedens, dessen Dauerbestand durch die Abrüstung verbürgt würde, die streitenden Parteien ihre Ansprüche in versöhnlichem Geist prüfen werden, indem, wie wir an anderer Stelle sagten, die Wünsche der Völker (les aspirations des peuples) nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen Berücksichtigung finden und indem man gelegentlich Sonderinteressen mit dem Allgemeinwohl der großen menschlichen Gesellschaft in Einklang bringt.

Der nämliche Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit muß leitend sein bei der Erwägung anderer territorialer und politischer Fragen, zumal jener, die sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf jene Länder beziehen, die einst das Königreich Polen bildeten, dem sowohl seine edlen geschichtlichen Überlieferungen, wie seine Leiden, zumal die im gegenwärtigen Kriege erlittenen, die Zuneigung aller Völker gewannen.

Das sind die wichtigsten Grundlagen, auf denen, wie wir meinen, eine künftige Erneuerung des Völkerverbandes sich aufbauen soll. Sie sind geeignet, die Wiederkehr ähnlicher Völkerkriege unmöglich zu machen und eine entsprechende Lösung der wirtschaftlichen Frage herbeizuführen, welche für den zukünftigen Wohlstand aller am Kriege beteiligten Völker von so hohem Belang ist. Indem wir sie Euch vorlegen, Euch, die Ihr in dieser Schicksalsstunde die Geschicke der kämpfenden Völker leitet, beseelt uns die süße Hoffnung, daß sie Eure Billigung finden und so das furchtbare Ringen baldigst beendet werde, das sich immer mehr als zweckloses Morden darstellt. Im übrigen anerkennt alle Welt, daß auf beiden Seiten die Ehre der Waffen gewahrt ist. Hört unsere Bitten, gebt der väterlichen Ermahnung Folge, welche wir im Namen des göttlichen Erlösers, des Friedensfürsten, an Euch richten. Gedenkt Eurer überaus schweren Verantwortung vor Gott und den Menschen. Von Euren Entschließungen hängt ab der Friede und die Freude zahlloser Familien, das Leben von Tausenden junger Männer, mit einem Wort das Glück der Völker, dessen Förderung Eure strenge und höchste Pflicht ist. Möge der Herr Euch Entschließungen eingeben, welche seinem heiligen Willen entsprechen. Gebe es Gott, daß Euch, mit dem begeisterten Beifall der Zeitgenossen, von seiten der kommenden Geschlechter dereinst das herrliche Lob zuteil werde, daß Ihr der Welt den Frieden wiedergegeben habt!

In Gebet und Buße mit allen den frommen Seelen innig vereint, deren Sehnsucht der Friede ist, erflehe ich für Euch vom heiligen Geist Erleuchtung und Weisheit.

Im Vatikan, den 1. August 1917."

3.

Antwort der englischen Regierung vom 21. August 1917.

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten wegen der Note Seiner Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Seiner Heiligkeit, betreffend die Bedingungen eines dauernden Friedens, zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen

Digitized by Google

Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, und durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor Wiederholungen der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben diese Mächte selbst anerkannt, im Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, seine völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie das Land ertragen lassen.

Eurer Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note Präsident Wilsons abgegeben worden sind. Weder von Österreich noch von Deutschland ist jemals eine dahinlautende Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Übereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen."

4.

Brief des Nuntius Pacelli an den Reichskanzler Dr. Michaelis.

München, den 30. August 1917.

Euere Exzellenz!

Ich habe die hohe Ehre, anliegend Euerer Exzellenz die Abschrift eines Telegramms (s. vorstehend Nr. 3. Der Verfasser.) zu übermitteln, das von Seiner Exzellenz dem Herrn Gesandten Seiner Majestät des Königs von England bei dem Heiligen Stuhle Seiner Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde, die französische Regierung schließt sich den im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an.

Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welchen anzunehmen die kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht, und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine königliche Regierung bereits verständigt, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Meinerseits möge es mir gestattet sein, der festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Euere Exzellenz, bei deren Eintritt in die allerhöchste Stelle unter wohlerwünschtem Zusammentreffen der hochgeschätzte päpstliche Vorschlag erschienen ist, und welche so günstige Gesinnungen in bezug auf dieses Friedenswerk gezeigt hat, sich unsterbliche Verdienste erwerben wird um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer versöhnlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.

In solcher Erwartung ist es mir sehr angenehm, der Gesinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben, und habe ich die Ehre, zu verharren als

Euerer Exzellenz
ergebenster

gez. Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi,
Apostolischer Nuntius.

Digitized by Google

Dieses Schreiben ist der sogenannte englische Friedensfühler. Der O. H. L. wurde auch vom Reichskanzler Dr. Michaelis näheres nicht mitgeteilt. Am 11. September wurde ein Kronrat nach Berlin berufen. Der Generalfeldmarschall und ich wurden zur Teilnahme befohlen.

5.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis erklärt am 26. Juli 1919:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogen. „englischen Friedensfühlers“ folgendes zu sagen:

Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich mich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten.

Ich bat den Kaiser um Abhaltung eines Kronrates in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 11. September in Schloß Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde von dem Kaiser in eigenhändig unterschriebenem Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse.“

Über die weitere Behandlung des Friedensfühlers wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unzweifelhaft zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extravaganten Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden.

Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten*), der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise umschrieben:

„Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkenntnis:

a) daß unsere Grenzen intakt blieben,
b) daß unsere Kolonien zurückgewährt würden,
c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen,
d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.“

Ich habe in Übereinstimmung mit Exzellenz v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedensfäden möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte

*) Es handelte sich um den spanischen Gesandten in Brüssel, Herrn Villalobar. Der Verfasser.

Digitized by Google

Sicherheit hervorrufen. Diese Zustände werden auf Rumänien zurückwirken. Die Verhältnisse im Osten haben für uns eine sehr günstige Gestalt angenommen. Die übrigen Ententemächte werden mit Rußland und Rumänien nicht mehr in vollem Umfange rechnen können. Ähnliche Erscheinungen weist unser Bündnis nicht auf.

Italien rechnet anscheinend auf einen Erfolg in der 12. Isonzo-Schlacht. Der wird ihm versagt bleiben. Die inneren Verhältnisse treiben damit zur Krise. Die Kohlennot muß sehr groß werden.

Daß das neue Ministerium in Frankreich für die Dauer kriegerischer sein wird als das bisherige, ist nicht anzunehmen. Das Gegenteil ist zu erwarten. Auch Frankreich steht vor einer Kohlennot.

Alle neuen Nachrichten aus England stimmen darin überein, daß der U-Bootkrieg wirkt, daß die Ernährungslage schwierig ist, und daß die englische Regierung mit starken sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Drang nach Frieden in England wird stärker. Ich brauche mich hierüber nicht näher auszulassen. Sollte England ernsthafte Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den Sieg zu gewinnen. Von hier bis zur Überzeugung, daß es nur noch verlieren kann, ist kein weiter Schritt.

Die Hoffnung der Entente seit Rußlands Niedergang ist Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden. Zur Zeit scheint England zu befürchten, daß die Führung der Entente an Amerika übergeht.

Wie das Verhältnis zu Italien und seinen Bundesgenossen ist, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls sind starke Reibungen unter den Gliedern der Entente entstanden.

Große kriegerische Erfolge hat das Jahr 1917 der Entente bisher nicht gebracht. Nur Mesopotamien ist von England gewonnen. Die großen Waffenerfolge zu Lande und zu Wasser (U-Boote) stehen auf unserer Seite.

Ich ziehe den Schluß.

Unsere militärische Lage ist günstiger als die der Entente. Unser Bündnis ist fester. Die Schwierigkeiten im Innern sind bei uns geringer als bei der Entente.

Trotzdem bin auch ich der Ansicht, daß ein Frieden für uns vor Beginn des Winters erstrebenswert ist, wenn er uns das Nötigste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer späteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen, und uns in eine wirtschaftliche und militärische Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt.

Die Kraftquellen unseres wirtschaftlichen und unseres militärischen Widerstandes liegen — außer in der Armee und Flotte — in der Landwirtschaft, den Bodenschätzen und unserer stark entwickelten Industrie.

Digitized by Google

Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir in eine hochbedenkliche Verpflegungslage gekommen. Auch mit Rumänien ist sie ernst genug geblieben. Sie würde sich noch verschärfen, wenn wir, wie wir später hoffen müssen, Belgien zu verpflegen haben. Dies könnten wir zur Zeit nicht. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Dieses finden wir nur in Kurland und Litauen, die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Haltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenze Litauens über Grodno nach Süden schieben und Ost- und Westpreußen etwas verbreitern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an einigen Stellen der Provinz Posen läuft die Grenze militärisch zu ungünstig.

Ob wir mit Kurland auf die anderen Ostsee-Provinzen anziehend wirken, muß der weiteren politischen Entwicklung überlassen bleiben.

Wie günstig ein besserer Lebensmittelbestand unser Verhältnis zu den neutralen Staaten beeinflussen würde, soll hier nur gestreift werden. Korn und Kartoffeln sind Macht, wie Kohle und Eisen.

Unsere Bodenschätze und unsere Industrie liegen an den Grenzen des Reiches so ungünstig wie möglich. Regierung und Reichstag hatten die schwierige Lage des oberschlesischen Kohlenbeckens schon vor dem Kriege erkannt und Standorte dort vermehrt und verstärkt. Dies allein genügt nicht, wir müssen Oberschlesien auch durch Landgewinn schützen. Eine Liquidation der dort liegenden, in feindlichem Besitz befindlichen Werke mit Übergang in deutsche Hand würde dies erleichtern.

Im Westen haben wir die beiden großen Zentren der lothringisch-luxemburgischen Erzbecken mit dem Saarrevier und das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet, das sich nach der belgischen und holländischen Grenze zu immer mehr ausbauen wird. Die Gefährdung dieser Gebiete ist in diesem Kriege nicht in Erscheinung getreten, weil wir im Aufmarsch der Entente zuvorgekommen sind. Außerdem war die Bedeutung der Industriegebiete anfangs überhaupt nicht voll erkannt. Hieran besteht jetzt kein Zweifel, und es muß damit gerechnet werden, daß unsere Feinde alles versuchen werden, uns in diesen Gebieten zu treffen. Würde nur dies gelingen, so wären wir nicht in der Lage, einen Verteidigungskrieg zu führen. Wir wären auch wirtschaftlich erledigt. Die inneren politischen Folgen brauche ich nicht zu erörtern.

Der sichere Schutz dieser beiden Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wir müssen hier das erreichen, was wir irgend erreichen können und wozu unsere Lage berechtigt. Erreichen wir nichts, so kann an unsere Lage nur mit schwerer Sorge gedacht werden, und es wäre vorzuziehen, weiterzukämpfen und noch nicht an Frieden zu denken. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das, was wir nicht erreichen, im Frieden durch hohen mili-

Digitized by Google

tärischen Aufwand (Luftabwehr, Unterhaltung von Flieger-Streitkräften, starke Grenzbesetzung) ausgeglichen werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist.

Das lothringische Erzbecken verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Beibehalt der Grenze, wie vor dem Kriege, würde es mit sich bringen, daß jede politische Beunruhigung auf die Werke mit ihrer starken Arbeiterschaft zurückwirken würde. Bei Beginn von Feindseligkeiten wäre der Betrieb lahmgelegt und Zerstörungen ausgesetzt. Auch in den zu erwerbenden Gebietsstreifen liegen Gruben. Zunächst würde dieser Zuwachs gestatten, im Frieden sparsamer mit unseren Erzen umzugehen. Da die deutschen Erzvorkommen leider ziemlich beschränkt sind, ist dieser Punkt nicht unwesentlich. Vor allem aber wird der zu erwerbende Gebietsstreifen eine Gewähr geben, daß die jetzt in deutschem Besitz befindlichen Gruben auch im Kriege arbeiten, wenn sie dann unmittelbaren militärischen Schutz haben*). Selbstverständlich bleibt das Gebiet durch Artillerie und Flieger immer sehr gefährdet und wird starke Sicherungsmaßnahmen nötig machen, da wir unsere Grenze dort nicht bis zur Maas vorschieben können.

Um so dringender ist die Unversehrterhaltung des niederrheinisch-westfälischen Gebiets. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England für dieses Land ist, das ist die Maas-Linie bei Lüttich in noch erhöhtem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden**).

Der Besitz der Maas-Linie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückschieben. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird,

*) Hauptmann im Generalstabe v. Goßler erhielt folgenden Erkundungsauftrag:

„Das deutsch-lothringische Erzgebiet liegt unmittelbar an der bisherigen Grenze und ist bei Ausbruch eines Krieges sofortigen Zerstörungen ausgesetzt. Suchen Sie eine Grenze aus, die sich taktisch nach den Grundsätzen des derzeitigen Stellungsbaues zur Verteidigung eignet. Die Grenze soll möglichst wenig vorgeschoben werden, aber doch so verlaufen, daß die deutschen Gruben nicht feindlicher Feldartilleriebeschießung von jenseits der Grenze ausgesetzt sind."

Hauptmann v. Goßler bemerkt dazu:

Dementsprechend habe ich die Stellung nach dem Gelände ausgesucht. Die Grenze verlief im allgemeinen 6 bis 8 km jenseits der alten Grenze; nur an einer Stelle war sie bis auf 10 bis 12 km vorgeschoben.

**) Es kam auch Pachtung oder eine Form in Betracht, wie sie Frankreich in Saarbrücken ausübt. Der Verfasser.

Digitized by Google

daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf.

Ganz sicher wären wir erst, namentlich da der Tunnelbau Dover—Calais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzten und an der flandrischen Küste stünden. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir dies zur Zeit nicht erreichen.

Es fragt sich, ob wir um dieses Ziel den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Calais) behalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus.

Wir müssen dann die von der flandrischen Küste aus erstrebte Einwirkung auf England auf Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien, wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden und in Wallonien und Vlamland geteilt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich ein Heer und eine Marine hält.

Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer klar ihr Ziel verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert wird. Damit kommen wir wieder an die England gegenüberliegende Festlandsküste und verwirklichen das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung anstrebt. Wir erhalten eine Stellung England gegenüber, die es uns ermöglicht, unseren Handel im nächsten Kriege aufrechtzuerhalten. Dies ist das dritte große Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Hierzu gehören außer Rußland überseeische Absatzgebiete in Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika und Flottenstützpunkte in oder außerhalb des Kolonialreiches. Namentlich wenn wir jetzt auf die flandrische Küste verzichten, hat die Marine ein Recht, Stützpunkte als Kompensation, wie das auch der Herr Reichskanzler ausgesprochen hat, zu fordern, die es ihr ermöglichen, im nächsten Kriege Deutschland den Weg auf dem Weltmeer und damit seine Zufuhr von auswärts zu erhalten. Je mehr wir von diesem Ziele zurückbleiben, desto größer werden die Mittel, die wir zinslos in Deutschland an Rohstoffen niederlegen müssen.

Daß ein durch günstige Handelsverträge eng mit uns verbundenes Dänemark unsere maritime Geltung und unsere Handelsfreiheit stark erhöhen würde, sei nur gestreift. gez. Ludendorff.

Digitized by Google

7.

Schriftwechsel zwischen Reichskanzler und Generalfeldmarschall.

Der Reichskanzler an den Generalfeldmarschall (mir nicht zugänglich; bekanntgegeben durch den Ministerpräsidenten Bauer).

Nach Abschluß der gestrigen Verhandlungen unter Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers drängt es mich, Ihnen und dem General Ludendorff den Dank dafür auszusprechen, daß Sie beide in so weitsichtiger Weise und weitab vom einseitigen Standpunkt militärischer Gesichtspunkte mich darin unterstützt haben, maßvolle Kriegsziele für den Fall zu umgrenzen, daß wir bald, etwa im Herbst oder Frühjahr, zu Friedensverhandlungen kommen. Ich nehme als Forderungen der Obersten Heeresleitung, an denen unbedingt nach Ihrer Meinung festgehalten werden muß, in unsere Verhandlungspläne auf, daß Sie beide zum Schutz unserer westlichen Industrie in erster Linie Lüttich und ein Sicherungsgelände fordern, daß Sie beide von dem wirklichen engen wirtschaftlichen Anschluß Belgiens einen Zustand erhoffen, der den Belgiern in Zukunft aus rein egoistischen wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen erscheinen lassen wird, mit uns in kriegerische Differenzen zu geraten, so daß daher, wenn für Belgien alles getan werde, was zur Sicherung des wirtschaftlichen Anschlusses von uns gefordert wird — was natürlich mehrere Jahre von den ersten Friedensverhandlungen ab dauern würde —, die militärische Sicherung fortfallen kann: Lüttich usw. würde daher nur als Sicherheitsfaktor oder auf Zeit gefordert werden.

An Eure Exzellenz habe ich nun die dringende Bitte, daß, wenn die zu erwartenden Besucher ins Hauptquartier kommen, die einer einseitig annexionistischen Richtung angehören (ich selbst habe z. B. dem Grafen Westarp zureden lassen, einmal nach Österreich zu fahren!), und die von den großen Zusammenhängen bei den Bundesgenossen wenig wissen und deshalb noch immer geneigt sind, einen Frieden bezüglich Belgiens auf der angedeuteten Grundlage als einen faulen anzusehen, ihnen von Ihrer Auffassung Kenntnis zu geben, damit die extremen Wünsche eingedämmt werden. Man muß den Leuten vorhalten, was die Feinde mit uns vorhatten, und was wir erreichten: statt Vernichtung und Länderraub: im Westen intakte Grenzen und die gesicherte Aussicht der Nutzung der Rohstoffe in den besetzten Gebieten, günstige Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung auf Eisenbahnen und Wasserstraßen, Vorzugsplätze im Hafen von Antwerpen, Einfluß auf die deutsch-orientierte flämische Bevölkerung, Auferlegung zum Selbsttragen der von uns den Nachbarn zugefügten schweren Schäden, Ausschaltung des englischen Einflusses an der Küste Flanderns und Nordfrankreichs und die Forderung des Rückerwerbes unserer Kolonien als Ausgleichsobjekt.

(Von hier bis zum Schluß vom Ministerpräsidenten Bauer in seiner Rede am 28. Juli 1919 nicht verlesen. Damit wurde der Sinn der Antwort vollständig entstellt.)

Dazu kommt, was wir im Osten an Macht und Einfluß in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehung hinzuerwerben.

Sieht so ein „Hunger"-, ein Verzichtfrieden aus? Wer wird wagen, Deutschland, das sich drei und vier Jahre weit im feindlichen Land siegreich gegen eine vielfache Übermacht behauptet, das noch letzthin eine unvergleichliche Probe seiner Schlagkraft im entfernten Osten gab, je wieder anzugreifen?

Nein, unsere Stürmer und Dränger sollen sich beruhigen! Wenn wir auf obiger Grundlage unserem armen, gequälten Volke und der Welt den Frieden verschaffen können, dann sollen wir es tun und nicht einen Monat länger eines noch so wertvollen Stützpunktes wegen Krieg führen.

Helfen Sie also, bitte, für Aufklärung zu sorgen!

Ich behaupte, daß es den Vertretern der Regierung auch nicht vorübergehend gelungen wäre, mir mit einem gewissen Erfolg auf einen Teil ihrer Wähler vorzuwerfen, daß ich ein „Friedensangebot" in unverantwortlicher Weise von der Hand gewiesen hätte, wenn mein Brief vollständig verlesen worden wäre. gez. Michaelis.

Digitized by Google

Die Antwort des Generalfeldmarschalls vom 15. 9. 1917:

So verlesen am 28. 7. 1919. Original liegt mir nicht vor. Ich weiß nicht, ob auch hier eine willkürliche Änderung vorgenommen ist.

Ich werde Euer Exzellenz Wunsch entsprechend helfen, um führende Männer über unsere Absichten mit Belgien aufzuklären, über die zwischen den maßgebenden Faktoren nunmehr für den Fall Klarheit besteht, daß wir in diesem Jahre einen Frieden erhalten. Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden wird, der nur dann gemildert wird, wenn die auch von Euer Exzellenz der Marine zugestandenen Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten in- und außerhalb unseres Kolonialreiches. Zu zwei Punkten darf ich noch einfügen: die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch nach Friedensschluß nicht gehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch nötig werden wird, wenn England und Amerika Frankreich räumen. Über die mehrjährige Okkupation hinaus muß die deutsche Stellung in Lüttich wirken. Sie hat als Hauptzweck den unmittelbaren militärischen Schutz des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes. Nur wenn wir in Lüttich als Besitzer unbeschränkte Herren der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgendeiner absehbaren und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten.

gez. v. Hindenburg.

8.

Die deutsche Antwort auf die Papstnote vom 19. 9. 1917*).

„Herr Kardinal! Eure Eminenz haben die Geneigtheit gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem allergnädigsten Herrn, mit Schreiben vom 2. v. M. eine Kundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes zu übermitteln, worin Seine Heiligkeit voll Kummer über die Verheerungen des Weltkrieges einen eindringlichen Friedensappell an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker richtet.

Seine Majestät der Kaiser und König hat geruht, mir von dem Schreiben Eurer Eminenz Kenntnis zu geben und mir die Beantwortung aufzutragen.

Seit geraumer Zeit verfolgt Seine Majestät mit hoher Achtung und aufrichtiger Dankbarkeit die Bemühungen Seiner Heiligkeit, im Geiste wahrer Unparteilichkeit die Leiden des Krieges nach Kräften zu lindern und das Ende der Feindseligkeiten zu beschleunigen. Der Kaiser erblickt in dem jüngsten Schritte Seiner Heiligkeit einen neuen Beweis edler und menschenfreundlicher Gesinnung und hegt den lebhaften Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Ruf Erfolg beschieden sein möge.

Das Bestreben des Papstes Benedikt XV., eine Verständigung unter den Völkern anzubahnen, konnte um so sicherer auf sympathische Aufnahme und überzeugungsvolle Unterstützung durch Seine Majestät rechnen, als der Kaiser von der Übernahme der Regierung an seine vornehmste und heiligste Aufgabe darin gesehen hat, dem deutschen Volke und der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten. In der ersten Thronrede bei Eröffnung des Deutschen Reichstags am 25. Juni 1888 gelobte der Kaiser, daß die Liebe zum deutschen Heere und seine Stellung zu demselben ihn niemals in Versuchung führen würden, dem Lande die Wohltaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit würde. Das deutsche Heer solle uns den Frieden sichern und, wenn er dennoch gebrochen würde, imstande sein, ihn mit

*) Vom Reichskanzler Dr. Michaelis der O. H. L. vor Abgang zur Kenntnis gegeben. Der Verfasser.

Digitized by Google

Ehren zu erkämpfen. Der Kaiser hat das Gelöbnis, das er damals ablegte, in 26 Jahren segensreicher Regierung, aller Anfeindungen und Versuchungen ungeachtet, durch Taten erhärtet. Auch in der Krisis, die zu dem gegenwärtigen Weltbrand führte, ist das Bestreben Seiner Majestät bis zum letzten Augenblick dahin gegangen, den Streit durch friedliche Mittel zu schlichten; nachdem der Krieg gegen seinen Wunsch und Willen ausgebrochen war, hat der Kaiser im Verein mit seinen hohen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen feierlich kundgegeben.

Hinter Seiner Majestät stand in werktätigem Willen zum Frieden das deutsche Volk. Deutschland suchte innerhalb der nationalen Grenzen freie Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichsgebiets ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten und gleichgeachteten Nationen. Ein ungehemmtes Spiel der friedlich in der Welt miteinander ringenden Kräfte hätte zur höchsten Vervollkommnung der edelsten Menschheitsgüter geführt. Eine unheilvolle Verkettung von Ereignissen hat im Jahre 1914 einen hoffnungsreichen Entwicklungsgang jäh unterbrochen und Europa in einen blutigen Kampfplatz umgewandelt.

In Würdigung der Bedeutung, die der Kundgebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die kaiserliche Regierung nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernster und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstags vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Überzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesunden kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der neuen Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens, entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß, zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geist geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wieder-

Digitized by Google

annäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Diese ernste und aufrichtige Überzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in den von Seiner Heiligkeit zur Erwägung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Unterlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näherzutreten.

Genehmigen Eure Eminenz usw.

(Name des Reichskanzlers.)

Seiner Heiligkeit
dem Staatssekretär Seiner Heiligkeit
des Papstes Benedikt XV.
Herrn Kardinal Gasparri,
Rom."

9.

Antwort der deutschen Regierung an den Nuntius Pacelli*).

Berlin, den 24. September 1917.

Euerer Exzellenz

geneigtes Schreiben vom 30. v. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes für die gütige Übersendung der interessanten Mitteilungen entgegenzunehmen.

Wie ich aus dem Schreiben Euerer Exzellenz entnehme, will der Herr Kardinalstaatssekretär seine Bemühungen für baldige Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen; ich nehme hiervon mit lebhafter Genugtuung Kenntnis, da die Wünsche der kaiserlichen Regierung mit diesen Bestrebungen Seiner Eminenz vollkommen übereinstimmen.

Euere Exzellenz wollen mir gestatten, zu der mir gütigst übermittelten Abschrift eines Telegramms der königlich großbritannischen Regierung an ihren Gesandten bei dem Heiligen Stuhle nachstehendes zu bemerken:

Die kaiserliche Regierung schließt sich der Auffassung an, daß eine genaue Präzisierung der Kriegsziele denjenigen Weg bildet, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien wird erzielen lassen. Denn gerade eine scharfe Präzisierung der gegenseitigen Bedingungen wird es ermöglichen, zu übersehen, ob durch eine Prüfung im Geiste eines verständigen Entgegenkommens vorhandene Gegensätze beseitigt werden können. Für die Behandlung der zu untersuchenden Punkte wird ohne Zweifel eine gewisse Ordnung und Reihenfolge festzulegen sein; hierbei werden auch nach unserer Ansicht die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden haben.

Alle Einigungsversuche müssen aber — und hierauf möchte ich vor Eintritt in Einzelheiten besonders hinweisen — von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, wenn nicht bei dem Austausch der Meinungen derjenige Geist von Objektivität und Achtung vor dem Standpunkt des Gegners vorwaltet, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Völkern ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat.

Bei unseren Gegnern ist im allgemeinen die Tendenz hervorgetreten, den Mittelmächten die alleinige Schuld an dem Kriege aufzubürden und von ihnen in einem Tone zu reden, als habe ein Angeklagter vor dem Tribunal strenger Richter zu erscheinen. Wir haben mit aufrichtigem Bedauern wahrgenommen, daß auch in dem von Euerer Exzellenz mir überreichten Telegramme der königlich großbritannischen

*) Mir erst jetzt bekannt geworden. Der Verfasser.

Digitized by Google

wurde deshalb sowohl den Ministern und Staatssekretären, wie auch den Herren von der Obersten Heeresleitung und der Marine nur die Tatsache mitgeteilt, daß von neutraler Seite beim Reichskanzler ein Schritt unternommen worden sei, der auf einen englischen Friedensfühler schließen lasse, und daß die Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens als Voraussetzung für das Betreten dieses Weges bezeichnet werde. Dagegen wurde weder im Kronrat, noch in den vorher und nachher stattgehabten Besprechungen eine Mitteilung über den Weg gemacht, auf dem die Angelegenheit an die politische Leitung gelangt war, noch auch über den Weg, auf dem die Angelegenheit weiter verfolgt werden sollte.

Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Nachdem der Kaiser die Vertreter der Armee und der Marine aufgefordert hatte, ihre Ansichten über die für die Beurteilung der Frage in Betracht kommenden militärischen und maritimen Gesichtspunkte vorzutragen, sprach sich der Chef des Admiralstabes dafür aus, daß die flandrische Küste in deutscher Hand bleiben müsse. Die Vertreter der Obersten Heeresleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Rücksicht auf die exponierte Lage des für die Kriegführung durch seine kriegswirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinisch-westfälischen Industriegebiets und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht scheinen ließen. Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages, mit dem Vorbehalt einer erneuten Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte.

Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrage weiter eröffnet, unsererseits sei Voraussetzung für Verhandlungen mit England die Erhaltung unseres Besitzstandes vor dem Kriege einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigungen und die Abstandnahme von dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

Der von dem Reichsministerpräsidenten Bauer veröffentlichte Briefwechsel zwischen mir und dem Feldmarschall v. Hindenburg vom 12. und 15. September 1917, der übrigens in der amtlichen Wiedergabe um die für das Verständnis wichtigen Schlußsätze meines Schreibens gekürzt ist, ändert an diesem Sachverhalt nichts. Es handelte sich bei den militärischen ebenso wie bei den wirtschaftlichen Wünschen hinsichtlich Belgiens nicht um Vorbehalte, die gegenüber England gemacht, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die dem Briefe des Feldmarschalls beigefügte Denkschrift des Generals Ludendorff vom 14. September 1917 hatte ohnedies nur den Zweck einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kronrat gemachten Ausführungen, wie das auch aus ihren Eingangsworten deutlich hervorgeht.

Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes*) ist durch diese Dinge in keiner Weise eingeengt oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis; es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entsprach, bei der britischen Regierung keinerlei Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Kardinal-Staatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.

Ich weise somit die gegen mich erhobenen Vorwürfe zurück, in meiner Eigenschaft als Reichskanzler irgend etwas versäumt zu haben, was bei dem Vorliegen einer ernst-

*) Siehe Ziffer 11 und Nachtrag zu Abschnitt XIX S. 447. Äußerung des Staatssekretärs v. Kühlmann vor dem Schöffengericht in Berlin am 13. Dezember 1920. Der Versuch, Herrn v. Kühlmann schon im August 1919 zum Sprechen zu bewegen, war erfolglos geblieben. Der Verfasser.

Digitized by Google

lichen Verhandlungsbereitschaft Englands hätte zum Frieden führen können. Desgleichen weise ich die gegen den Feldmarschall v. Hindenburg, den General Ludendorff und den damaligen Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich erhobenen Anschuldigungen zurück. Diese Herren waren sämtlich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt. Sie haben nichts getan, wodurch die auf den Frieden gerichtete Aktion der politischen Leitung in irgendeiner Weise durchkreuzt oder erschwert worden wäre.

Mit den genannten Herren spreche ich die Überzeugung aus, daß die Herbeiführung einer Äußerung des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen v. Kühlmann, in dessen Händen die diplomatische Durchführung der Aktion lag, die obige Darstellung bestätigen würde. Ich halte mit den genannten Herren diese Äußerung für nötig, um zur Beruhigung großer Teile des deutschen Volkes beizutragen, die durch die wahrheitswidrige Darstellung des Reichsfinanzministers in Erregung versetzt worden sind.

gez. Michaelis.

Die Unterzeichneten bestätigen, daß die obige Darstellung, soweit sich die Dinge unter ihrer Mitwirkung und mit ihrer Kenntnis abgespielt haben, in allen Punkten den tatsächlichen Vorgängen entspricht*).

gez v. Hindenburg. gez. Ludendorff. gez. Helfferich.

11.

Feindliche Stimmen.

a. England.

Erklärungen des englischen Unterstaatssekretärs Harmsworth im Unterhaus. „Lokal-Anzeiger", 7. 8. 1919: Die Regierung hat die Absicht, sobald wie möglich dem Parlament die hierauf bezüglichen Dokumente zu unterbreiten. Am 21. August 1917 erhielt der britische Gesandte beim Vatikan Instruktionen dahingehend, den Kardinal-Staatssekretär zu unterrichten, daß die britische Regierung nicht sagen könne, welche Antwort im gegebenen Falle auf die Friedensvorschläge des Papstes erteilt würden, denn sie hätte ihre Alliierten noch nicht befragen können, und daß es für alle Fälle unnütz erscheine, die Herbeiführung eines Abkommens zwischen den kriegführenden Mächten zu suchen, bevor die Zentralmächte einige Angaben über die Ziele, zu deren Erreichung sie den Krieg fortsetzten, gegeben hätten. In seiner Antwort schränkte Gasparri das Aktionsfeld ein und teilte mit, daß die deutsche Regierung ihre Absicht kundgeben ließ, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen, indem sie sich auf die Resolution des Reichstags zugunsten eines annexionslosen Friedens stützte. Der Vertreter Englands meinte, daß die britische Regierung keinen authentischen Text dieses Dokuments besitze, welches übrigens nicht genüge. Denn der Reichstag habe keine Vollmacht, über diesen Punkt zu entscheiden. Am 24. August teilte der Kardinal mit, daß folgendes Telegramm als Antwort auf das britische Telegramm abgesandt würde: „Der Kardinal-Staatssekretär behält sich vor, auf das Telegramm zu ant-

*) ... Einige Tage nach dem Kronrat regte der Reichskanzler in einer Besprechung mit seinem Stellvertreter, Dr. Helfferich, und dem Staatssekretär v. Kühlmann, der auch Oberst v. Haeften, Direktor Deutelmoser und ein Vertreter des Kriegspresseamts beiwohnten, an, die öffentliche Meinung in Heimat und an der Front auf eine starke Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens hinsichtlich Belgiens erstrebten Ziele vorzubereiten. Staatssekretär v. Kühlmann sprach sich aus unbekannten Gründen dagegen aus. Am 20. September hat Oberst v. Haeften, der ebenfalls von dem Schritt des Nuntius Pacelli keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär v. Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Veranlassung des Abgeordneten Konrad Haußmann bat, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte ab. Oberst v. Haeften erstattete hiervon der Obersten Heeresleitung Meldung. Der Verfasser.

Digitized by Google

worten, nachdem er von Deutschland eine formelle Erklärung über Belgien erhalten hat." Kardinal Gasparri fragte den englischen Vertreter um seine Meinung über diese Antwort. Dieser letztere antwortete, daß eine Erklärung über Belgien ihm wünschenswert erscheine, denn die Frage sei wichtig, insbesondere für Großbritannien. Als die britische Regierung den Bericht über diese Unterhandlungen erhalten hatte, fügte sie bei, daß es unzweckmäßig sei, sich in fragmentarische Diskussionen dieser Frage hineinziehen zu lassen, und daß die Zentralmächte, wenn sie zu Verhandlungen bereit seien, ihre Friedensbedingungen im einzelnen bekanntgeben sollten. Der englische Vertreter erhielt infolgedessen Instruktionen, in welchen er aufgefordert wurde, in keiner Weise in die Verhandlungen des Vatikans und Deutschlands einzugreifen und sich, wenn man ihn von neuem um die Bekanntgabe seiner Ansicht fragen würde, zu weigern, sie bekanntzugeben. Dabei blieb es. Denn die deutsche Regierung gab keine Erklärung über Belgien ab. Es ist deshalb klar, daß die britische Regierung zu dieser Zeit Deutschland kein Friedensangebot machte, doch war sie natürlich bereit, im Einvernehmen mit den Alliierten jeden aufrichtigen Vorschlag zur Herbeiführung des Friedens zu prüfen, den sie von der deutschen Regierung hätte empfangen können.

Nach der Haltung der Regierungen liegt kein Friedensfühler vor, wohl aber kann der Glaube daran in Rom durch den englischen Vertreter hervorgerufen sein. Die Erklärung des Unterstaatssekretärs Harmsworth macht einen Unterschied zwischen der Haltung des englischen Vertreters und der Regierung.

„The Times weekly Edition." (8. August 1919.)

No British Peace Offer in 1917.

Count de Salis's Action.

Mr. Cecil Harmsworth, Under-Secretary for Foreign Affairs, in a written answer concerning the statements by Herr Erzberger as to the alleged peace offer made to Germany in August 1917, says: —

It is the intention of his Majesty's Government to lay papers on this question before Parliament as soon as possible. Meanwhile I may inform the hon. and gallant member (Lieutenant-Commander Kenworthy) that the statements made by Herr Erzberger at Weimar are not an accurate presentment of the facts.

On August 21, 1917, his Majesty's Minister to the Vatican was instructed to inform the Cardinal Secretary of State that his Majesty's Government could not say what reply, if any, would be made to the Pope's peace proposals, as his Majesty's Government had not had time to consult their Allies; and in any case it appeared to be hopeless to try to bring the belligerents into agreement until the Central Powers had given some indication of the objects for which they were prosecuting the war. Cardinal Gasparri, in his answer, narrowed the issue by sating that the German Government had declared their intention to restore independence to Belgium, pointing to the Reichstag resolution in favour of peace without annexations.

Count de Salis (British Minister to the Vatican) observed that his Majesty's Government had no authoritative text of this document and that it was not satisfactory, as the decision did not rest with the Reichstag. On August 24 the Cardinal asked that the following reply should be sent to the message from his Majesty's Government: —

'The Cardinal Secretary of State reserves to himself to answer the telegram after having received from the German Government an official declaration relative to Belgium, for which he has asked.'

The Cardinal asked Count de Salis for his opinion on this reply, and the latter, thinking that there would be no objection to his expressing a personal

Digitized by Google

opinion, stated that a declaration regarding Belgium seemed desirable, as the point was important, especially for Great Britain, but that the Cardinal would remember that is was only one of many issues between the belligerents.

On receiving Count de Salis's report of his conversation, his Majesty's Government thougt that it was undesirable to be drawn into a piecemeal discussion of his question, and that, if the Central Powers wished to negotiate, they should state their terms in full. Count de Salis was, therefore, instructed not to intervene in any way in the negotiations between the Vatican and Germany, and that if be were again asked for his opinion he should decline to give it. The matter then dropped, as the German Government made no declaration regarding Belgium.

It is thus clear that his Majesty's Government made no advance towards Germany at this time, but they were of course ready to examine, in conjunction with the Allies, any genuine proposals tending to peace which they might receive from the German Government.

b. Frankreich.

Versailles, 28. Juli.

Ribot erklärte einem Vertreter des „Temps", daß er gewisse Vorbehalte machen müsse hinsichtlich der richtigen Wiedergabe der Marcel Sutin gegenüber abgegebenen und im „Echo de Paris" veröffentlichten Erklärungen über die Enthüllungen des Reichsministers Erzberger. Ribot ermächtigt den „Temps", folgendes zu erklären:

Es ist richtig, daß die französische und die englische Regierung sich dahin geeinigt haben, auf die päpstliche Note nicht zu antworten, bevor Deutschland habe wissen lassen, welche Entschädigungen und Garantien es zu bewilligen bereit wäre. Der englische Gesandte beim Heiligen Stuhl wurde ersucht, die Gelegenheit zu ergreifen, um Kardinal Gasparri auseinanderzusetzen, daß kein ernstlicher Schritt unternommen werden könne, solange die Mittelmächte nicht ihre Absichten, namentlich was Belgien anbetreffe, zu erkennen gegeben hätten. Als die französische Regierung die dem englischen Gesandten erteilten Instruktionen erfuhr, drückte sie den Wunsch aus, daß dieser Diplomat ebenfalls beauftragt werde, Frankreich durch eine Verbalnote in die Antwort der großbritannischen Regierung einzuschließen. Der englische Gesandte hat den Auftrag übernommen, Kardinal Gasparri im Verlauf dieser Unterredung, die nur als rein offiziös angesehen werden konnte, eine Note zu hinterlassen. Kardinal Gasparri fühlte sich berechtigt, dem Nuntius in München die Depesche zu übermitteln, die soeben veröffentlicht wurde. Nach den von der französischen Regierung der englischen Regierung ausgesprochenen Ansichten konnte es gefährlich sein, uns in eine verfrühte Diskussion einzulassen. Deshalb gab die englische Regierung ihrem Gesandten beim Heiligen Stuhl entsprechende Instruktionen. Darauf allein ist die Angelegenheit zurückzuführen. Was man besonders hervorheben muß, ist, daß Deutschland, vom Vatikan ersucht, sich ohne Hinterhalt über seine Absichten hinsichtlich Belgiens auszusprechen, sich geweigert hat. Es ist klar, daß im August und September 1917 Deutschland keineswegs bereit war, uns Elsaß-Lothringen zurückzugeben, noch Belgien in seiner vollständigen Unabhängigkeit wiederherzustellen.

(Siehe „Deutsche Tageszeitung" vom 29. Juli 1919.)

Pariser „Petit Journal" gibt folgende Einzelheiten über die Unterredung, die zwischen Kardinal-Staatssekretär Gasparri und dem englischen Gesandten beim Vatikan, Graf Salis, stattgefunden hat: Der Kardinal habe herausgefühlt, daß eine mündliche Erklärung des englischen Gesandten der päpstlichen Friedensnote nur einen geringen Erfolg sichere; er habe deshalb den englischen Diplomaten, der sein Aide-Memoire in der Hand gehabt hätte, ersucht, ihm dieses Dokument zu überlassen, damit er seinen Inhalt genau wiedergeben könne. Graf Salis habe darauf vom Schreibtisch

Digitized by Google

des Kardinals die Schere genommen und den Briefkopf des Briefes von Balfour an den Gesandten weggeschnitten, damit das Dokument jeden diplomatischen Charakter verliere. Gasparri habe alsdann das Aide-Memoire dem Nuntius Pacelli mitgeteilt.

„Le Temps" vom 29. Juli 1919.

Les alliés et la Saint-Siège en 1917.

Une Déclaration de M. Ribot.

Nous avons eu l'honneur d'être reçus par M. Ribot, qui était président du conseil et ministre des affaires étrangères à l'époque où se place l'incident raconté par M. Erzberger. M. Ribot, tout en nous laissant entendre qu'il aurait certaines réserves à faire sur des déclarations qui ont été publiées ce matin, et dont le texte ne lui avait pas été communiqué au préalable, nous à autorisé à rapporter sa conversation dans les termes suivants:

Il est exact que le gouvernement français et le gouvernement britannique ont été d'accord pour ne pas répondre à la note du Saint-Siège avant que l'Allemagne n'eût elle-même fait savoir à quelles réparations et à quelles garanties elle était disposée à consentir. Le ministre britannique auprès du Saint-Siège fut invité à saisir l'occasion d'expliquer au cardinal Gasparri qu'aucun pas sérieux ne pourrait être fait tant que les puissances centrales n'auraient pas fait savoir leurs desseins, notamment en ce qui concerne la Belgique. Lorsque le gouvernement français connut les instructions données au ministre britannique auprès du Saint-Siège, il exprima le désir que ce diplomate fût également chargé d'associer verbalement la France à la réponse du gouvernement britannique. Le ministre britannique prit sur lui de laisser une note au cardinal Gasparri, au cours de cette conversation qui ne pouvait être que purement officieuse.

Le cardinal Gasparri s'en autorisa pour adresser au nonce à Munich la dépêche qui vient d'être publiée. Conformément aux vues exprimées par le gouvernement français, le gouvernement britannique sentit qu'il pouvait être dangereux de nous laisser engager dans une discussion tout au moins prématurée, et il donna, en conséquence, des nstructions à son ministre auprès du Saint-Siège.

Voilà à quoi se réduit l'incident. Ce qu'il faut en retenir, c'est que l'Allemagne, pressée par le Saint-Siège de s'expliquer nettement sur ses intentions à l'égard de la Belgique, a refusé de le faire. Il est trop clair qu'en août et septembre 1917 l'Allemagne n'était aucunement décidée à nous rendre l'Alsace et la Lorraine, ni même à restituer à la Belgique son entière indépendance.

12.

Behandlung unserer spanischen Vermittlung in London.

Bei Erledigung der von Staatssekretär v. Kühlmann an den spanischen Gesandten in Brüssel Villalobar gerichteten Anfrage kam es zu gewissen Eifersüchteleien zwischen dem spanischen Gesandten und dem spanischen Minister des Äußeren oder Ministerpräsidenten. Soweit ich nachträglich, d. h. im Jahre 1919, unterrichtet wurde, hat die deutsche Regierung nie eine Antwort erhalten. Im übrigen ist noch vieles unklar. In London war es nach der „Iswestia" noch zu einer Botschafterbesprechung gekommen:

Digitized by Google

„Balfour berief heute die Vertreter der verbündeten Großmächte Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Rußland und machte folgende streng vertrauliche Mitteilungen: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine sehr hochstehende Persönlichkeit in Berlin den Wunsch ausgesprochen habe, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten. Die großbritannische Regierung ist nach Empfang dieser Meldung ihres Vertreters vor die Alternative gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeantwortet zu lassen oder mit möglichster Vorsicht zu antworten. Der erstere Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Festigung ihrer eigenen Stellung in Deutschland auszunützen und, was noch wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich verwerfliche Agitation in Rußland zu stärken in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünsche und Rußland und die anderen Verbündeten mitziehe. Die großbritannische Regierung wird daher durch ihren Botschafter in Madrid folgende Antwort geben:

»Die Regierung Seiner Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr über den Frieden abzugeben wünsche, und diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten. . .

Bei der Beratung dieser Frage sind wir zu dem einheitlichen Schluß gekommen, daß es das Bestreben Deutschlands ist, die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen Deutschlands hineinzuziehen. Der jetzige Versuch Deutschlands bestätigt die in meinem Telegramm Nr. 761 ausgesprochenen Befürchtungen.«"

13.

Äußerungen über Gespräche mit mir:

a. Aus dem Hamburger Fremdenblatt

Noch ein Wort über Ludendorff und die Annexionen. In dem an dieser Stelle schon Sonnabend erwähnten Gespräch mit unserem Chefredakteur am 21. September 1917, also in der Zeit der gestern mitgeteilten Denkschrift, sagte Ludendorff:

Als Militär müsse er sich klar darüber sein, wie künftig Deutschland zu schützen ist. Er könne Deutschlands wichtigstes Industriegebiet nicht der Gefahr aussetzen, daß seine wertvollen Anlagen wenige Stunden nach Kriegsausbruch durch feindliche Luftgeschwader zerstört werden; diese Gefahr bestehe, wenn die feindliche Basis so nahe wie in Belgien sein könne. Daraus ergebe sich das Kriegsziel. Aber, so fuhr Ludendorff mit sehr starker Betonung jedes einzelnen Wortes fort, entscheiden müsse die Kriegslage darüber, ob das Ziel zu erreichen sei. Wenn, was bisher nicht der

Digitized by Google

Fall, von der feindlichen Seite irgend etwas komme, was Geneigtheit, über den Frieden loyal zu verhandeln, vermuten lasse, dann, aber erst dann, sei es an der Zeit, sich darüber zu entschließen, ob man um jener Ziele willen weiterkämpfen solle und müsse."

Und:

„Aus der ganzen Art Ludendorffs war nicht der Schluß zu ziehen, daß er der Meinung sei, es dürften die Waffen unter keinen Umständen vor der Erlangung von Annexionen niedergelegt werden."

b. Brief des Rechtsanwalts Dr. Brockmann aus Düsseldorf.

Düsseldorf 87, den 17. 3. 1919.
Schäferstraße 3

An Seine Exzellenz General der Infanterie Ludendorff, Berlin.

Eure Exzellenz geben jetzt Ihre Denkwürdigkeiten heraus. Der Hauptvorwurf, der Ihnen gemacht wird, ist der, Sie hätten unter allen Umständen den Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Feinde, d. h. bis zur Erreichung der weitestgehenden deutschen Kriegsziele führen wollen. Vor mir liegt die Niederschrift der eingehenden Unterhaltung, die ich im September 1917 mit Euer Exzellenz in Kreuznach zu führen die Ehre hatte. Bei dieser Unterhaltung haben Eure Exzellenz mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, als ich sagte, daß es mir doch sehr erwünscht erscheine, die flandrische Küste in die Hand zu bekommen:

„Ja, aber Herr Brockmann, wenn wir nun ohne die flandrische Küste jetzt oder bald den Frieden bekommen könnten, könnte man es dann verantworten, den furchtbaren Krieg deswegen noch fortzusetzen?"

Auch bezüglich des Erzbeckens von Briey und der Campine machten Eure Exzellenz hier Bemerkungen, wonach Sie darauf keinen so entscheidenden Wert legten und auch deswegen den Krieg nicht eine Stunde mehr fortsetzen wollten, wenn ein guter Friede ohne dem zu haben sei. Sie sagten damals noch, die Berliner Regierung — ich meine, daß Sie den Grafen Roedern als Gewährsmann anzogen — hätte Ihnen Zahlen angegeben, wonach dieser Erwerb gar nicht so bedeutungsvoll für unsere deutsche Volkswirtschaft wäre.

Ich gestehe ruhig ein, daß ich damals über diese Ihre Auffassung sogar im Innern recht enttäuscht war, da ich selber mit der festen Überzeugung nach Kreuznach gekommen war, daß wir die flandrische Küste und das Erzbecken von Briey unbedingt in unsere Hände bekommen müßten. Erst durch diese Unterhaltung mit Euer Exzellenz bin ich darin schwankend geworden, ebenso wie ich anderseits in meiner Überzeugung durch den Besuch im Großen Hauptquartier bestärkt worden bin, daß der Krieg nur gewonnen werden

Digitized by Google

könnte, wenn der unseligen Miesmacherstimmung in der Heimat Einhalt geboten würde.

Da Eure Exzellenz in dem Briefwechsel mit Herrn Scheidemann selber verlangen, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden, so halte ich mich für verpflichtet, meine Zeugenschaft zu diesen Punkten Euer Exzellenz hierdurch als ehrlicher deutscher Mann anzubieten. Auch sonst können Eure Exzellenz von diesen Mitteilungen jeden beliebigen Gebrauch machen. Mit dem Ausdrucke meiner unwandelbaren Verehrung und Treue verbleibe ich

gez. Brockmann, Rechtsanwalt.

14.

Aus der Rede des Grafen Czernin vom 11. Dezember 1918:

. . . . und zweitens möchte ich vorgreifend bemerken, daß wir niemals ein Friedensangebot von der Entente erhalten haben. Es haben verschiedene Male Fühlungnahmen zwischen unseren und Vertretern der Entente stattgefunden, aber diese Fühlungnahmen haben sich niemals zu konkreten Bedingungen verdichtet. Wir hatten öfters den Eindruck, daß wir imstande seien, einen Separatfrieden ohne Deutschland schließen zu können. Niemals wurde uns vor allem erklärt, daß Deutschland seinen vorkriegerischen Besitzstand werde behalten können . . . . . Dadurch, daß die Entente immer erklärte, sie wolle Deutschland vernichten, zwang sie uns gewaltsam den Verteidigungskrieg für Deutschland auf. . . . . Ein Separatfrieden war eine physische Unmöglichkeit. . . . . Und trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg, zum Frieden zu gelangen, der, Deutschland in unser politisches Geleise zu bringen, d. h. Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen. Immer war die Situation nur die, daß wir in einem denkbar günstigen militärischen Momente einen Frieden hätten vorschlagen können, der, mit bedeutenden Opfern verbunden, vielleicht die Hoffnung gehabt hätte, von den Feinden angenommen zu werden. . . Ich glaube übrigens, daß es einen einzigen Moment in der Geschichte dieses Krieges gegeben hat, in dem eine solche Demarche wirklich sehr hoffnungsvoll war, das war nach der berühmten Schlacht von Gorlice (2. Mai 1915) . . .

Nachtrag zu Abschnitt XIX (s. Anmerkung S. 440):

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte am 13. Dezember 1920 auf die Frage, ob wir bereit gewesen seien, auf Belgien zu verzichten: „Der Neutrale war berechtigt zu erklären, daß im Falle der Anerkennung der Souveränität und Integrität Deutschlands und seiner Verbündeten wir auch die Souveränität und Integrität Belgiens als Verhandlungsgrundlage akzeptieren."

Er erklärte ferner, daß sich der Kaiser den Reserven der O. H. L. in seinem Schlußwort nicht angeschlossen habe und daß der Brief des Reichskanzlers an den Feldmarschall nur ein Stück Privatkorrespondenz gewesen sei.

Hiernach hat die pflichtmäßige Stellungnahme der O. H. L. keinerlei Einfluß auf den Gang der Verhandlungen ausgeübt. Der Verfasser.

Digitized by Google

XX. Der Waffenstillstandsvertrag mit Rußland vom 15. Dezember 1917*).

Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits, Rußlands andererseits wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstand abgeschlossen:

I. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags (4. Dezember 1917, 14 Uhr russ. Zeit) und dauert bis 14. Januar 1918, 12 Uhr mittags (1. Januar 1918, 14 Uhr russ. Zeit). Die vertragschließenden Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit 7tägiger Frist zu kündigen; erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit 7tägiger Frist kündigt.

II. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Mächte auf der Landfront zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein.

Die Vertragschließenden verpflichten sich, während des Waffenstillstandes die Anzahl der an den genannten Fronten und auf den Inseln des Moonsundes befindlichen Truppenverbände — auch hinsichtlich ihrer Gliederung und ihres Etats — nicht zu verstärken und an diesen Fronten keine Umgruppierungen zur Vorbereitung einer Offensive vorzunehmen.

Ferner verpflichten sich die Vertragschließenden, bis zum 14. Januar 1918 (1. Januar 1918 russ. Zeit) von der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee keine operativen Truppenverschiebungen durchzuführen, es sei denn, daß die Verschiebungen im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandes schon eingeleitet sind.

Endlich verpflichten sich die Vertragschließenden, in den Häfen der Ostsee östlich des 15. Längengrades Ost von Greenwich und in den Häfen des Schwarzen Meeres während der Dauer des Waffenstillstandes keine Truppen zusammenzuziehen.

III. Als Demarkationslinien an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen. Diese Linien dürfen nur unter den Bedingungen der Ziffer IV überschritten werden.

Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseits als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral. Ebenso sind schiffbare Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbefahrbar, es sei denn, daß es sich um vereinbarte Handelsschiffahrt handelt. In den Abschnitten, wo die Stellungen weit auseinander liegen, sind alsbald durch die Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) Demarkationslinien festzulegen und kenntlich zu machen.

Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien sind die Demarkationslinien sowie der Verkehr über dieselben (Ziffer IV) nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden zu bestimmen.

---

*) Die Grundlinien wurden im Mai 1917 von mir entworfen und vom Reichskanzler und den verbündeten Heeresleitungen angenommen. Der Verfasser.

Digitized by Google

IV. Zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragschließenden Parteien wird ein organisierter Verkehr der Truppen unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Der Verkehr ist erlaubt für Parlamentäre, für die Mitglieder der Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) und deren Vertreter. Sie alle müssen dazu Ausweise von mindestens einem Korpskommando bzw. Korpskomitee besitzen.

2. In jedem Abschnitt einer russischen Division kann an etwa 2 bis 3 Stellen organisierter Verkehr stattfinden.

Hierzu sind im Einvernehmen der sich gegenüber stehenden Divisionen Verkehrsstellen in der neutralen Zone zwischen den Demarkationslinien einzurichten und durch weiße Flaggen zu bezeichnen. Der Verkehr ist nur bei Tage von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zulässig.

An den Verkehrsstellen dürfen sich gleichzeitig höchstens 25 Angehörige jeder Partei ohne Waffen aufhalten. Der Austausch von Nachrichten und Zeitungen ist gestattet. Offene Briefe können zur Beförderung übergeben werden. Der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauchs an den Verkehrsstellen ist erlaubt.

3. Die Beerdigung Gefallener in der neutralen Zone ist erlaubt. Die näheren Bestimmungen sind jedesmal durch die beiderseitigen Divisionen oder höheren Dienststellen zu vereinbaren.

4. Über die Rückkehr entlassener Heeresangehöriger des einen Landes, die jenseits der Demarkationslinie des anderen Landes beheimatet sind, kann erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werden. Hierzu rechnen auch die Angehörigen polnischer Truppenteile.

5. Alle Personen, die — entgegen den vorstehenden Vereinbarungen 1 bis 4 — die Demarkationslinie der Gegenpartei überschreiten, werden festgehalten und erst bei Friedensschluß oder Kündigung des Waffenstillstandes zurückgegeben.

Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihre Truppen durch strengen Befehl und eingehende Belehrung auf Einhalten der Verkehrsbedingungen und die Folgen von Überschreitungen hinzuweisen.

V. Für den Seekrieg wird folgendes festgelegt:

1. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf das ganze Schwarze Meer und auf die Ostsee östlich des 15. Längengrades Ost von Greenwich, und zwar auf alle dort befindlichen See- und Luftstreitkräfte der vertragschließenden Parteien.

Für die Frage des Waffenstillstandes im Weißen Meer und in den russischen Küstengewässern des Nördlichen Eismeeres wird von der deutschen und russischen Seekriegsleitung in gegenseitigem Einvernehmen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Gegenseitige Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe in den genannten Gewässern sollen nach Möglichkeit schon jetzt unterbleiben.

In jene besondere Vereinbarung sollen auch Bestimmungen aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Seestreitkräfte der vertragschließenden Parteien sich auf anderen Meeren bekämpfen.

2. Angriffe von See aus und aus der Luft auf Häfen und Küsten der anderen vertragschließenden Partei werden auf allen Meeren beiderseits unterbleiben. Auch ist das Anlaufen der von der einen Partei besetzten Häfen und Küsten durch die Seestreitkräfte der anderen Partei verboten.

3. Das Überfliegen der Häfen und Küsten der anderen vertragschließenden Partei sowie der Demarkationslinie ist auf allen Meeren untersagt.

4. Die Demarkationslinien verlaufen:

a) im Schwarzen Meer: von Olinka-Leuchtturm (St. Georgsmündung) — Kap Jeros (Trapezunt),

b) in der Ostsee: von Rogekuel-Westküste — Worms — Bogskaer — Svenska-Hoegarne.

Die nähere Festsetzung der Linie zwischen Worms und Bogskaer wird der Waffenstillstandskommission der Ostsee (Ziffer VII, 1) übertragen mit der Maßgabe,

Digitized by Google

daß den russischen Seestreitkräften bei allen Wetter- und Eisverhältnissen eine freie Fahrt nach der Aalandssee gewährleistet ist. Die russischen Seestreitkräfte werden die Demarkationslinien nicht nach Süden, die Seestreitkräfte der vier verbündeten Mächte nicht nach Norden überschreiten.

Die russische Regierung übernimmt die Gewähr dafür, daß Seestreitkräfte der Entente, die sich bei Beginn des Waffenstillstandes nördlich der Demarkationslinien befinden oder später dorthin gelangen, sich ebenso verhalten wie die russischen Seestreitkräfte.

5. Der Handel und die Handelsschiffahrt in den in Ziffer 1 Absatz 1 bezeichneten Seegebieten sind frei. Die Festlegung aller Bestimmungen für den Handel sowie die Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe wird den Waffenstillstandskommissionen des Schwarzen Meeres und der Ostsee (Ziffer VII, 1 und 7) übertragen.

6. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, während des Waffenstillstandes im Schwarzen Meer und in der Ostsee keine Vorbereitungen zu Angriffsoperationen zur See gegeneinander vorzunehmen.

VI. Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Übungen mit Infanteriewirkung nicht näher als fünf Kilometer, mit Artilleriewirkung nicht näher als 15 Kilometer hinter den Fronten vorgenommen werden.

Der Landminenkrieg wird vollständig eingestellt.

Luftstreitkräfte und Fesselballone müssen sich außerhalb einer 10 Kilometer breiten Luftzone hinter der eigenen Demarkationslinie halten.

Arbeiten an den Stellungen hinter den vordersten Drahthindernissen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung von Angriffen dienen können.

VII. Mit Beginn des Waffenstillstandes treten die nachstehenden „Waffenstillstandskommissionen" (Vertreter jedes an dem betreffenden Frontstück beteiligten Staates) zusammen, denen alle militärischen Fragen für die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen in den betreffenden Bereichen zuzuführen sind:

1. Riga für die Ostsee,
2. Dünaburg für die Front von der Ostsee bis zur Disna,
3. Brest-Litowsk für die Front von der Disna bis zum Pripet,
4. Berditschew für die Front vom Pripet bis zum Dnjestr,
5. Koloszvar, } für die Front vom Dnjestr bis zum Schwarzen Meer, Grenzbestimmung zwischen beiden Kommissionen 5 und 6 im gegenseitigen Einvernehmen.
6. Focsani }
7. Odessa für das Schwarze Meer.

Diesen Kommissionen werden unmittelbare und unkontrollierte Fernschreibeleitungen in die Heimatländer ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt. Die Leitungen werden im eigenen Lande bis zur Mitte zwischen den Demarkationslinien von den betreffenden Heeresleitungen gebaut. Auch auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien werden derartige Kommissionen eingerichtet nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden.

VIII. Der Vertrag über Waffenruhe vom 5. Dezember (22. November) 1917 und alle bisher für einzelne Frontstücke abgeschlossenen Vereinbarungen über Waffenruhe oder Waffenstillstand werden durch diesen Waffenstillstandsvertrag außer Kraft gesetzt.

IX. Die vertragschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten.

X. Ausgehend von dem Grundsatze der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen persischen Reiches sind die türkische und die russische Oberste Heeresleitung bereit, ihre Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden alsbald mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten der Räumung und die zur Sicherstellung jenes Grundsatzes sonst noch erforderlichen Maßnahmen zu regeln.

Digitized by Google

XI. Jede vertragschließende Partei erhält eine Ausfertigung dieser Vereinbarung in deutscher und russischer Sprache, die von den bevollmächtigten Vertretern unterzeichnet ist.

Brest-Litowsk, den 15. Dezember 1917.
(2. Dezember 1917 russ. Stils)
gez. Unterschriften.

Zusatz zum Waffenstillstandsvertrag.

Zur Ergänzung und zum weiteren Ausbau des Abkommens über den Waffenstillstand sind die vertragschließenden Parteien übereingekommen, schnellstens die Regelung des Austauschs von Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen unmittelbar durch die Front in Angriff zu nehmen. Hierbei soll die Frage der Heimschaffung der im Laufe des Krieges zurückgehaltenen Frauen und Kinder unter 14 Jahren in erster Linie berücksichtigt werden.

Die vertragschließenden Parteien werden sofort für tunlichste Verbesserung der Lage der beiderseitigen Kriegsgefangenen Sorge tragen. Dies soll eine der vornehmsten Aufgaben der beteiligten Regierungen sein.

Um die Friedensverhandlungen zu fördern und die der Zivilisation durch den Krieg geschlagenen Wunden so schnell wie möglich zu heilen, sollen Maßnahmen zur Wiederherstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Parteien getroffen werden. Diesem Zweck soll unter anderem dienen:

Die Wiederaufnahme des Post- und Handelsverkehrs, der Versand von Büchern und Zeitungen und dgl. innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen.

Zur Regelung der Einzelheiten wird eine gemischte Kommission von Vertretern sämtlicher Beteiligten demnächst in Petersburg zusammentreffen.

Brest-Litowsk, den 15. Dezember 1917.

Grundsätzlich genehmigt und unter Vorbehalt der endgültigen Formulierung unterzeichnet:
gez. Unterschriften.

Der Waffenstillstand mit Rumänien enthält entsprechende Festsetzungen.

Digitized by Google

XXI. Verschiedenes aus der ersten Jahreshälfte 1918.

1. Verantwortlichkeitsfragen.
2. Berliner Besprechungen mit dem Grafen Czernin am 5. Februar 1918.
3. Aufzeichnung für die Besprechung in Homburg am 13. Februar 1918.
4. Zwei Vorschläge zu einer deutschen politischen Offensive im Jahre 1918.
5. Englisch—österreichisch-ungarische Verhandlungen.
6. Schreiben an den Reichskanzler über unsere Ostpolitik.
7. Vertrauliche Besprechung zwischen dem Reichskanzler, dem Generalfeldmarschall und General Ludendorff am 1. Juli 1918 in Spaa.
8. Beurteilung unserer Lage durch General Pershing.
9. Ein historisches Gespräch.

1.

Verantwortlichkeitsfragen.

A.

Schreiben des Generalfeldmarschalls an Seine Majestät.

Gr. H. Qu., 7. 1. 1918.

Euer Majestät haben zu befehlen geruht, daß General Ludendorff und ich an den Friedensverhandlungen verantwortlich mitwirken sollen. Euer Majestät haben General Ludendorff und mir damit das Recht und die Pflicht übertragen, mit darüber zu wachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Frieden uns materiell so kräftigt und so starke Grenzen besorgt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden. In allen Besprechungen unter Euer Majestät Vorsitz und mit dem Herrn Reichskanzler ist von uns auf die Bedeutung gesicherter Grenzen als eine Lebensfrage Deutschlands hingewiesen. Ob solche Grenzen erreicht werden, ist zweifelhaft und beunruhigt mich im höchsten Maße.

Da, wo wir unabhängig vom Feinde etwas erreichen konnten, in Elsaß-Lothringen, ist nichts geschehen; die Reichsregierung hat den Gedanken der Autonomie noch nicht endgültig von sich gewiesen. In den Besprechungen über Belgien habe ich bei der Reichsregierung nur die größte Zurückhaltung für militärische Forderungen gefunden.

Digitized by Google

Im Osten haben Euer Majestät die austropolnische Lösung befohlen. Trotz der schweren Bedenken, die General Ludendorff und ich gegen diese Lösung hatten, haben wir pflichtmäßig mitgearbeitet, da nach Euer Majestät Befehl die Oberste Heeresleitung die Forderungen stellen sollte, die ihr die Lösung annehmbar machten. Beim Vortrag am 18. 12. schränkten wir unsere Forderungen ein; wir hatten nun die Hoffnung, daß Euer Majestät mit den Forderungen der Obersten Heeresleitung einverstanden wären und die Reichsregierung entsprechend handeln sollte. Ich glaubte daher, auch einen Vorschlag des k. u. k. Armeeoberkommandos, der uns nur unwesentliche Grenzberichtigungen zumutete, dem General v. Arz gegenüber als mit der Würde Deutschlands nicht vereinbar bezeichnen zu können.

Am 2. 1. erbat Herr v. Kühlmann Euer Majestät Entscheidung. Euer Majestät legten eine Linie fest, die unsere Forderungen stark beschränkte und die austropolnische Lösung für die Oberste Heeresleitung nicht mehr annehmbar macht. Euer Majestät gestatteten zwar, daß die Linie nochmals einer näheren Bearbeitung unterworfen wird; ich weiß aber nicht, ob noch eine Lösung gefunden werden kann, die unsere schwerwiegenden Bedenken gegen die austropolnische Lösung zu beschwichtigen*) imstande wäre.

Die Schaffung eines ukrainischen Staates kann die Polengefahr für Deutschland gewiß mildern; die Verhältnisse sind aber in Rußland so unklar, daß darauf m. E. nicht die Sicherheit des Deutschen Reiches aufgebaut werden kann.

Auch die Verhältnisse in Kurland und Litauen sind durch die Erklärungen vom 25. 12. sehr unklar geworden. Meldungen, die ich am 4. 1. über die Haltung der Letten für den Fall einer zweiten Abstimmung erhielt, haben die Besorgnis, die ich am 2. 1. zurückstellte, erneut geweckt. Den Wühlereien der Polen bleibt in den nördlichen Gebieten Tür und Tor geöffnet. Meine Bedenken gegen die austropolnische Lösung werden dadurch noch sehr erheblich bestärkt. Unsere militärischen Grenzverhältnisse werden dadurch ganz ungemein schwierig.

Ich glaube nicht, daß die Kriegslage es irgendwie gerechtfertigt hat, daß Deutschland dies auf sich zu nehmen hat. Wir sind durch die Abmachungen vom 25. 12. vollständig überrascht worden. Die späteren Abmachungen haben unsere Lage etwas verbessert, aber doch den Zustand geschaffen, den ich vorstehend festgelegt habe.

Die wirtschaftlichen Abmachungen haben beim Staatsminister Dr. Helfferich und dem Staatssekretär Frhrn. v. Stein sowie der gesamten Industrie die größte Bestürzung hervorgerufen.

*) Am 5. November 1917 hielten alle Minister und Staatssekretäre gegen die Stellungnahme der O. H. L. eine solche Lösung für gangbar.

Digitized by Google

Dieses bisher ungenügende politische und wirtschaftliche Ergebnis muß ich im wesentlichen auf die ungenügende Vorbereitung der Friedensverhandlungen seitens des Auswärtigen Amtes und auf die Nachgiebigkeit unserer Diplomatie gegenüber dem verbündeten und feindlichen Auslande zurückführen.

Ich habe schon viele Besprechungen mit dem Auswärtigen Amte gehabt und den Eindruck gewonnen, daß es die Oberste Heeresleitung wohl reden läßt, aber in der Absicht, doch seine ganz eigenen Wege zu gehen. So ist es in der litauischen Frage gewesen, so ist es jetzt in der polnischen, wo der Staatssekretär einseitig die Entscheidung Euer Majestät erbat, auch ohne daß der Reichskanzler davon wußte.

Nach den Eindrücken in Brest scheinen die deutschen Unterhändler mehr diplomatisch als kraftvoll aufgetreten zu sein. Dafür spricht der Eindruck, den die russischen Vertreter selbst gewonnen haben — ihr Verhalten am 3. und 4. 1. — ein unflätiges Geschimpfe — ein Nachgeben! Dieser gleiche Eindruck herrscht bei vielen Stellen des Heeres und er ist wohl geeignet, eine ungünstige Beurteilung auch der Obersten Heeresleitung hervorzurufen, die auch im Heer hierfür verantwortlich gemacht wird. Ich suche dies nicht; daß es aber geschieht, kann ich nicht verhindern. Der lange Schützengrabenkrieg, die zerfahrenen Verhältnisse im Innern haben auch hier die Lust an der Kritik gesteigert. Ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Art der Verhandlungen und das Ergebnis in Brest die Stimmung der Armee ungünstig beeinflussen.

In der polnischen Frage haben Euer Majestät geruht, das Urteil des Generals Hoffmann höherzustellen als das meinige und das des Generals Ludendorff. General Hoffmann ist mir unterstellt und ohne eigene Verantwortung in der polnischen Frage. Der Vorgang am 2. 1. hat mich und General Ludendorff auf das schmerzlichste berührt. Er ist für uns ein Zeichen, daß Euer Majestät in einer das Leben des deutschen Vaterlandes berührenden Frage unser Urteil hintansetzen.

Die schwere Lage, in die General Ludendorff und ich Euer Majestät gegenüber gekommen sind, entspricht den verschiedenen Anschauungen unserer jetzigen und späteren militärpolitischen Lage. Ich bin der festen Überzeugung, daß die von uns vertretene zur Stärkung der Monarchie und erweiterten Machtstellung Deutschlands führt, während die gegenteilige nur den Berg wieder herabführen kann, auf den Euer Majestät und Ihre erhabenen Vorfahren Preußen und Deutschland geleitet haben.

Solange nur beraten und nicht gehandelt wird, treten die Gegensätze scheinbar zurück. Wird aber, wie jetzt in der austropolnischen Lösung gegen Österreich oder in Brest gegen die Russen, zur Tat geschritten, so zeigen sich die gegensätzlichen Auffassungen in ihrer ganzen Schärfe. Bei jeder Gelegenheit wird sich dies und damit die jetzige Lage wiederholen.

Digitized by Google

Euer Majestät hohes Recht ist, zu entscheiden. Aber Euer Majestät werden nicht verlangen, daß aufrichtige Männer, die Euer Majestät und dem Vaterlande treu gedient haben, sich mit ihrer Autorität und mit ihrem Namen an Handlungen beteiligen, an denen sie sich aus innerster Überzeugung als schädlich für Krone und Reich nicht beteiligen können.

Euer Majestät werden nicht verlangen, daß ich Euer Majestät Vorschläge zu Operationen unterbreite, die zu den schwersten der Weltgeschichte gehören, wenn sie zur Erreichung bestimmter militärpolitischer Ziele nicht nötig sind.

Euer Majestät bitte ich alleruntertänigst, Sich grundlegend zu entscheiden. Meine und des General Ludendorffs Person dürfen bei Staatsnotwendigkeiten keine Rolle spielen.

B.

Der Reichskanzler. Berlin, 12. 1. 1918.
Rk. Nr. 255.

An Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Euer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage Abschrift der in der heutigen Unterredung formulierten und von Euer Exzellenz und dem Herrn Ersten Generalquartiermeister gebilligten Erklärung über das Wesen der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit zu übersenden.

gez. Hertling.

1. Die Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine geteilte Verantwortung ist unmöglich. Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.

2. Die obersten militärischen Stellen haben das Recht und die Pflicht, an den Verhandlungen in beratender Weise mitzuwirken, soweit dieselben die militärischen Interessen berühren. Der Umkreis dieser Interessen ist während des Krieges nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch Fragen der Industrie, des Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, soweit diese mit der Kriegführung im Zusammenhange stehen, und die moralische Wirkung der getroffenen Maßnahmen auf das Heer. Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen und Ratschlägen oder von Bedenken, nicht in der Form von Anweisungen, denen der Reichskanzler nachzukommen hätte.

3. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseiti-

Digitized by Google

gen. Gelingt dies nicht, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen. Die erfolgte Entscheidung überhebt die militärischen Stellen in allen Fällen jeder eigenen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die kaiserliche Entscheidung gegen ihn ausfällt, die ihm staatsrechtlich obliegende Konsequenz zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., 14. 1. 1918.
26475 P.

Auf Rt. Nr. 255 vom 12. 1. 18.

An Reichskanzler.

In der Annahme, daß die Erklärung nur ein Bruchstück der von Euer Exzellenz beabsichtigten Beantwortung meiner Denkschrift vom 7. 1. 1918 sein soll und ich der Gesamtbeantwortung gleichzeitig mit der Vollziehung der Erklärung entgegensehen darf, möchte ich dazu bemerken:

An sich erscheint mir, wie ich schon ausführte, die Erklärung entbehrlich. Sie enthält hinsichtlich Euer Exzellenz staatsrechtlicher Verantwortlichkeit nichts, was ich oder General Ludendorff jemals bestritten hätten. Hinsichtlich meiner Person und des Generals Ludendorff ist eine staatsrechtliche Entlastung nicht nötig, da eine staatsrechtliche Verantwortung für uns nicht besteht. Wir fühlen uns aber nach unserer Stellung, wie sie sich — ohne unser gewolltes Zutun — herausgebildet hat, vor dem deutschen Volke, vor der Geschichte und vor unserem eigenen Gewissen für die Gestaltung des Friedens mitverantwortlich. Dieses Verantwortlichkeitsbewußtsein kann uns keine Erklärung abnehmen.

Sollten Euer Exzellenz trotzdem eine solche Erklärung beibehalten, so bitte ich um folgende Fassung:

1. Die staatsrechtliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine Teilung der staatsrechtlichen Verantwortung ist unmöglich. Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.

2. Die obersten militärischen Stellen, d. h. der Chef des Generalstabes des Feldheeres, der Erste Generalquartiermeister, der Kriegsminister und der Chef des Admiralstabes der Marine haben, soweit die Friedensverhandlungen die militärischen Interessen berühren, das Recht und die Pflicht, in beratender Weise an den Verhandlungen einschließlich der zur Anwendung zu bringenden Taktik mitzuwirken.

Der Umkreis der militärischen Interessen ist nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch die Fragen der Änderung der Reichsgrenzen, Fragen unserer künftigen Be-

Digitized by Google

ziehungen zu anderen Staaten und — soweit diese mit der Führung dieses oder eines künftigen Krieges in Zusammenhang stehen — Fragen unserer inneren Politik, wirtschaftliche Fragen, Ernährungsfragen, Fragen des Handels- und Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, endlich die moralische Wirkung der zu treffenden Maßnahmen auf Heer und Marine.

Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen, Ratschlägen, Bedenken oder Warnungen. Forderungen, die die militärische Durchführung des gegenwärtigen Krieges berühren, haben vor allen anderen Forderungen den Vorrang.

3. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen.

gez. von Hindenburg.

Nach weiterem Schriftwechsel:

Ziffer 1 bleibt unverändert.

In Ziffer 2 wird der Schlußsatz des dritten Absatzes „Forderungen usw." anders gefaßt:

„Der Reichskanzler wird alsdann bei seiner Entscheidung darauf Bedacht nehmen, daß Forderungen, die die militärische Durchführung des gegenwärtigen Krieges berühren, vor allen anderen Forderungen den Vorrang erhalten."

Ziffer 3 wird anders gefaßt:

„3. Sollten die militärischen Stellen glauben, auf einer von dem Reichskanzler abgelehnten Forderung bestehen zu müssen und wird auf dem Wege der gegenseitigen Aussprache eine Einigung nicht erzielt, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen."

Endergebnis s. Seite 467.

C.

Mein lieber Generalfeldmarschall v. Hindenburg!

Sie haben Mir in einer Denkschrift vom 7. d. Mts. Ihre Ansichten und Bedenken über die derzeitige allgemeine militärpolitische Lage und über die Lösung der darin enthaltenen Probleme und Fragen zum Ausdruck gebracht. Ich danke Ihnen herzlich für den soldatischen Freimut und die rückhaltlose Klarheit, mit denen Sie für Ihre Überzeugung eingetreten sind. Sie sowohl als der General Ludendorff, den Sie als gleichgesinnt nennen, haben sich auch hierin als Männer gezeigt, deren völlige Hingabe und Tatkraft Mir zur weiteren Führung des Krieges unentbehr-

Digitized by Google

lich sind. Mein Vertrauen zu Ihnen beiden kann auch nicht erschüttert werden dadurch, daß Ich und Mein politischer Ratgeber, der Reichskanzler, in manchen Punkten von Ihren Darlegungen abweichen. Daß Soldat und Staatsmann inmitten des gewaltigsten Koalitionskrieges, den je die Welt sah, in den einzelnen Fragen der Kriegsziele und der Art, wie sie zu erreichen sind, verschiedenen Standpunkt vertreten, liegt in der Natur der Sache und ist eine alte, durch die Geschichte oft erwiesene Erscheinung, die Mich auch jetzt nicht überrascht hat. Es ist Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht, Ihre Ansichten energisch zur Geltung zu bringen, ebenso wie es Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes ist, seine anders geartete Anschauung Mir vorzutragen. Ich habe daher Ihre Denkschrift dem Reichskanzler zugestellt und lasse Ihnen in der Anlage die von ihm zusammengestellten Bemerkungen abschriftlich zugehen. Ich stimme den darin enthaltenen Ausführungen zu und spreche vertrauensvoll die Erwartung aus, daß es auch Ihnen und dem General Ludendorff gelingen wird, auf Grund dieser Anschauungen weitere Bedenken fallen zu lassen, um sich unbeeinflußt den Aufgaben der eigentlichen Kriegführung widmen zu können. Sie können, Mein lieber Generalfeldmarschall, versichert sein, daß Sie jederzeit ein offenes Ohr bei Mir finden, und daß Mir nichts ferner liegt, als Ihren wertvollen Rat ungehört beiseite zu schieben. Ich bitte Sie vielmehr ausdrücklich, Mir denselben auch fernerhin nicht vorzuenthalten, und bleibe

Ihr
wohlgeneigter und dankbarer König
gez. Wilhelm R.

Anlage zum Schreiben Seiner Majestät.

Der erste Absatz der Denkschrift behandelt die Verantwortlichkeit*) des Feldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff und die daraus hergeleitete Berechtigung und Verpflichtung, darüber zu wachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und Heeres entspricht und der Friede uns materiell so kräftigt und uns so starke Grenzen bringt, daß unsere Gegner nicht so bald einen neuen Krieg zu entfesseln wagen werden. Es ist daher notwendig, auf das Wesen und den Begriff der Verantwortlichkeit hier einzugehen. Das politische Gebäude des Deutschen Reiches kennt nur einen verantwortlichen Minister: den Reichskanzler. In politischen Dingen muß — soll nicht unsägliche Verwirrung angerichtet werden — Seiner Majestät nur von einer verantwortlichen Stelle, dem Kanzler, maßgebend vorgetragen werden

*) Wir hatten nicht an die staatsrechtliche, sondern an die moralische Verantwortlichkeit gedacht. Der Verfasser.

Digitized by Google

können. Wenn Wert darauf gelegt worden ist, daß die Heerführer bei den Friedensverhandlungen mitwirken, so ist hierfür der Gedanke maßgebend gewesen, ihnen bei den großen und entscheidenden militärischen Interessen, die bei dem Friedensschluß im weitesten Umfang berührt werden, die Möglichkeit zu geben, die militärischen Erwägungen und Anschauungen *vor* und *bei* Fassung der entscheidenden Entschlüsse zur Geltung zu bringen. Diese Darlegungen werden bei Fassung der politischen Entschlüsse gemäß ihrer großen Bedeutung berücksichtigt werden. Das Maß der Berücksichtigung kann lediglich die Krone auf Vortrag des formal und materiell verantwortlichen Kanzlers entscheiden.

Eine der glücklichsten Wirkungen des bei uns bestehenden monarchischen Systems ist die Vereinigung der höchsten Zivil- und Militärgewalt in der Person des Monarchen, der dadurch in die Lage gesetzt ist, die letzten für das Staatswohl ausschlaggebenden Fragen, bei denen, wie es häufig geschieht, politische und militärische Angelegenheiten eng verbunden sind, endgültig und abschließend zu entscheiden. Wird von diesen ganz grundlegenden Prinzipien in erheblichem Maße abgewichen, so gerät das gesamte Staatswesen in ernste Gefahr.

Die besondere Stellung, die der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff einnehmen, bringt es mit sich, daß ihre persönlichen Anschauungen und Gedanken größeres Gewicht beanspruchen dürfen, als dies der militärischen Leitung sonst von der Reichsleitung zugestanden werden kann. Bei dem berechtigten Vertrauen, welches das Volk auf diese Männer setzt, ist es selbstverständlich, daß sie in sich die Verantwortung fühlen, diesem Vertrauen gerecht zu werden. Dieses persönliche Verantwortlichkeitsgefühl kann aber nie so weit führen, daß in *politischen* Fragen, die für die Zukunft des deutschen Volkes entscheidend sind, den militärischen Gesichtspunkten infolge des moralischen Gewichts der sie vertretenden Persönlichkeiten eine so ausschlaggebende Bedeutung zugesprochen wird, daß die politischen Erwägungen dagegen ohne weiteres zurücktreten müßten. Es erscheint deshalb auch nicht vertretbar, daß der Generalfeldmarschall und General Ludendorff die Fortsetzung ihrer unentbehrlichen militärischen Arbeit unter Umständen von der Erfüllung politischer Forderungen abhängig machen, über deren Notwendigkeit zu entscheiden verfassungsmäßig ausschließlich Sache der Krone und ihres staatsrechtlich verantwortlichen Ratgebers ist. Sollte man aber das Kapital an Vertrauen des deutschen Volkes, das die beiden Heerführer sich erworben haben, auch in politischer Beziehung restlos so weit ausnutzen wollen, daß auch ihre politischen Anschauungen uneingeschränkt maßgebend sein sollen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß die gesamte militärische und politische Leitung *verantwortlich* in die Hände der Herren gelegt würde. Ich kann zu dieser

Digitized by Google

Mindestmaß sei, habe ich, da es sich um eine vorwiegend militärische Frage handelt, selbständig zu entscheiden nie die Absicht gehabt. Es war dies eine derjenigen Fragen, bei denen infolge der innigen Verschmelzung politischer und militärischer Gesichtspunkte nur die Krone in letzter Instanz und endgültig entscheiden konnte. Da anderseits die Verhandlungen mit Österreich, an deren Fortgang Euer Majestät ein Allerhöchstpersönliches Interesse nahmen, wegen mangelnder Übereinstimmung in der Grenzfrage schon seit mehreren Monaten in der Schwebe blieben, haben Euer Majestät, ohne daß ich oder Herr v. Kühlmann auf die geographischen Einzelheiten dieser Entschließung irgendwelchen Einfluß gehabt hätten, die künftige Grenzführung Allerhöchstselbst festgesetzt, Sich aber bereit erklärt, diese Festlegung einer nochmaligen näheren Bearbeitung unterworfen zu sehen.

Ich muß nur hervorheben, daß auch mit Rücksicht auf die schon oben erwähnte Beteiligung des Reichstags und des preußischen Landtags bei etwaigen Annexionen es mir empfehlenswert erscheint, sich mit einem wirklichen Minimalprogramm zu begnügen. Selbst dieses Minimalprogramm den Polen gegenüber durchzusetzen, wird große Kämpfe kosten und Schwierigkeiten machen. Ich kann übrigens, so hoch ich den militärischen Wert der Erwerbung gewisser Grenzschutzstreifen auch einschätze, keinesfalls zugeben, daß wegen eines geringen Plus oder Minus dieser Streifen die gesamte deutsche Politik aus ihrer Bahn geworfen werden sollte. Das Verhältnis zu Österreich-Ungarn*) ist das Pivot der gesamten deutschen Politik. Dieses Verhältnis politisch, militärisch und ökonomisch zu festigen und auszubauen, ist der wichtigste Kardinalpunkt der gesamten auswärtigen Politik Euer Majestät. Zur Durchführung dieses völlig grundlegenden Programmpunktes bedarf es aber einer Lösung der polnischen Frage, die mit den österreichischen Lebensinteressen vereinbar ist. Je mehr durch die Haltung unserer Gegner im Westen die Notwendigkeit für uns hervortritt, den Krieg durch entscheidende Waffenerfolge im Westen und volle Auswirkung des U-Bootkrieges zu beendigen, desto größer wird die Bedeutung des Festhaltens an unserer bisherigen Bündnispolitik. Eine Verständigung mit den Westmächten nach dem Kriege, die es uns möglich machen würde, auf starke militärische Sicherungen gegen sie zu verzichten, wird immer unwahrscheinlicher. Wir müssen daher zunächst unsere Politik nach einem guten Verhältnis zu Rußland orientieren und an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn festhalten, um so mehr, als daran der geographischen Lage nach auch die Auswertung unseres Bündnisverhältnisses zu Bulgarien und der Türkei hängt. Eine Lösung der polnischen Frage, die den Keim zukünftiger Konflikte mit Polen und im weiteren Verlauf mit Österreich-

*) Damals wurde noch die austropolnische Lösung von der Reichsregierung verfolgt. Anfang Februar bereits sprachen sich verschiedene Staatssekretäre gegen diese Lösung aus. Der Verfasser.

Digitized by Google

Ungarn in sich birgt, muß daher vermieden werden. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Grenzsicherungen betrachtet werden. Die aus der polnischen Lage, wie sie heute ist, entspringenden Gefahren verkenne ich keineswegs. Sie entspringen aber dem Zustand, wie er durch Errichtung des selbständigen polnischen Staates geschaffen worden ist, einem Zustand, den ich als vollendete Tatsache vorgefunden habe, und mit dem politisch wir uns jetzt abfinden müssen.

Rußland gegenüber ist die außerordentlich schwierige Aufgabe zu lösen, ein gutes wirtschaftliches und politisches Verhältnis mit dem neuen Rußland herzustellen, uns den Rücken militärisch vollständig freizumachen, gleichzeitig aber von dem bisherigen Rußland gewaltige Gebietsteile loszulösen und diese Gebietsteile zu wirkungsvollen Bollwerken an unserer Grenze auszugestalten. Diesen Zweck hätte man, da wir zweifellos die Sieger sind und Rußland kraft unserer militärischen Machtstellung unseren Willen aufzwingen können, durch glatte Annexion der in Frage kommenden Gebiete erreichen können. Damit hätten wir aber, für die nächste Zeit wenigstens, ein erträgliches Verhältnis zu Rußland unmöglich gemacht, wir hätten unsere Bevölkerungsverhältnisse ungünstig verschoben und wir hätten im eigenen Lande eine so starke Opposition gefunden, daß eine Durchführung der Annexion ausgeschlossen gewesen wäre, da sie ohne die verfassungsmäßige Mitwirkung der Parlamente nicht möglich ist. Es blieb also die Aufgabe, das erstrebte Ziel ohne die Annexion der Gebietsteile zu erreichen. Hierzu war es zunächst nötig, die Russen dazu zu bringen, daß sie, ohne Rücksicht auf ihre Verbündeten, mit uns und unseren Bundesgenossen verhandelten, wir mußten also die Entente offiziell sprengen, um einen Separatfrieden mit Rußland zu schließen. Diesem ersten Ziel galt die Erklärung vom 25. Dezember, die einen Schachzug in dem im Osten begonnenen politischen Kampf darstellte. Materiell ist diese Erklärung durch die am 27. Dezember ihr gegebene Auslegung zu unseren Gunsten soweit eingeschränkt worden, wie es nach Lage der Dinge möglich war, formell bildete sie eine Grundlage für die weitere Entwicklung der politischen Lage, wie wir sie erstrebten. Die obersten militärischen Stellen haben unmittelbar nach Bekanntwerden der Erklärung vom 25. Dezember schriftlich und mündlich ihre Bedenken gegen die eingeschlagene Taktik geäußert: Die Verhandlungsleiter in Brest-Litowsk waren durch diese Stellungnahme überrascht, da die Erklärung in vollem Einvernehmen mit dem Vertreter des Generals Ludendorff, Herrn General Hoffmann, in ausführlichen Erörterungen festgestellt worden war*). Da übrigens die Stellung-

*) General Hoffmann war der Ansicht, daß diese Erklärung in Kreuznach festgestellt sei; das war nicht der Fall gewesen. In Kreuznach war anders besprochen, das entsprach der anscheinend vorliegenden Ansicht des Reichskanzlers, viele Fragen, an deren Lösung wir beteiligt waren, dilatorisch zu behandeln. Der Verfasser.

Digitized by Google

nahme der russischen Delegierten im einzelnen vor Eintritt in die Verhandlungen nicht zu übersehen war, so war es auch nicht möglich, jeden einzelnen diplomatischen Schachzug vorher festzulegen. Das muß vielmehr dem bevollmächtigten Unterhändler überlassen bleiben, in dessen freie Betätigung von außen her in jeder Phase der Verhandlungen einzugreifen äußerst mißlich ist und die folgerichtige Durchführung der Verhandlungen überhaupt in Frage stellt.

Die Richtigkeit der Berechnung des Staatssekretärs v. Kühlmann über die Wirkung der Erklärung vom 25. Dezember hat sich inzwischen erwiesen. Die Entente hat sich zur Teilnahme an den Verhandlungen nicht eingefunden, die Russen haben sich definitiv zu Verhandlungen über einen Separatfrieden entschlossen und, was das Wichtigste ist, wir sind den Bevollmächtigten gegenüber vollständig frei von allen Fesseln, die uns durch unsere früheren Erklärungen auferlegt waren. Unserm Volk gegenüber wird dadurch die Stellung der Regierung gestärkt und dem Ausland gegenüber tritt unser fester Wille, den Krieg nunmehr nach Ablehnung alles Entgegenkommens durch unsere Feinde bis zum Sieg der Waffen durchzuführen, klar und deutlich hervor.

Die erste Phase der Verhandlungen hat also zu einem diplomatischen Erfolg geführt. Wie diese Verhandlungen jetzt weiter verlaufen, bleibt abzuwarten.

Von wirtschaftlichen Abmachungen in dem ersten Abschnitt der Verhandlungen zu sprechen, ist verfrüht. Die wirtschaftlichen Besprechungen in den letzten Dezembertagen dienten lediglich dazu, das Terrain zu sondieren und festzustellen, wie weit überhaupt mit den anwesenden russischen Delegierten derartige Fragen erörtert werden könnten. Die Verhandlungen gingen über das Maß unverbindlicher Besprechungen nicht hinaus, und es lag gar nicht die Absicht vor, bereits feste Abmachungen zu treffen. Den Interessentenkreisen und den beteiligten Reichsämtern aber war nunmehr eine Grundlage gegeben, um ihre Wünsche und Forderungen zu präzisieren und für die zukünftigen verbindlichen Verhandlungen festzulegen. Bei dem Abschluß jeder wirtschaftlichen Abmachung wird die Regierung mit dem Widerstand der einen oder der anderen Interessentengruppe zu rechnen haben, da es unmöglich ist, allen den oft widerstreitenden Interessen gerecht zu werden. Den Interessenten aller Kreise aber ist reichlich Gelegenheit geboten, ihre Wünsche zu äußern. Im Einverständnis mit Euer Majestät ist der Staatsminister Dr. Helfferich mit den Vorarbeiten in dieser Richtung beauftragt. Diese Vorarbeiten sind aber keineswegs erst jetzt angefangen worden, sie sind vielmehr in den verschiedenen Ressorts seit langer Zeit im Gange, und die Tätigkeit des Herrn Staatsministers Dr. Helfferich dient in erster Linie der Zusammenfassung des bisher in den

Digitized by Google

einzelnen Ämtern Geleisteten. Der Vorwurf der mangelhaften Vorbereitung trifft daher auf wirtschaftlichem Gebiet ebensowenig wie auf dem Gebiet der Rechtsfragen und der politischen Erfordernisse zu. Daß alle zwischen zwei seit annähernd vier Jahren im Krieg stehenden Völkern zu lösenden Fragen nicht in einer fünftägigen Verhandlung restlos geordnet werden können, liegt auf der Hand. Es ist daher ungerechtfertigt, von einem ungenügenden politischen und wirtschaftlichen Ergebnis der ersten Phase der Verhandlungen zu sprechen. Ebenso ungerechtfertigt aber ist der Vorwurf einer zu weitgehenden Nachgiebigkeit unserer Diplomatie gegenüber dem verbündeten und dem feindlichen Ausland, ein Vorwurf, für den in der Denkschrift der Versuch einer sachlichen Begründung nicht gemacht ist. Endlich muß ich das Auswärtige Amt nachdrücklich gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß es bei Besprechungen mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung eine zweideutige Haltung eingenommen hätte Es ist vielmehr bei allen derartigen Besprechungen immer durchaus loyal verfahren und hat seinen Standpunkt, wo er abweichend war, vollkommen klar dargelegt.

Was die Haltung der Unterhändler in Brest betrifft, so darf ich bemerken, daß sie gemäß den erhaltenen Weisungen und den ihnen bekannten Intentionen Euer Majestät erfolgte*). Nur diese können für unsere Auslandsvertretung maßgebend sein.

Ich verkenne keinen Augenblick die große Bedeutung der Stimmung im Heere und im Volke. Ich muß es aber ablehnen, die Gestaltung unserer zukünftigen Politik von diesem Moment ausschlaggebend beeinflussen zu lassen. Eine Politik, die sich von der Rücksicht auf solche Stimmungen zu Augenblickserfolgen drängen läßt, ohne auf die spätere Wirkung dieser Erfolge Rücksicht zu nehmen, würde eine für das Volk selbst unheilvolle Bahn einschlagen. Sache des leitenden Staatsmannes ist es, unbeirrt durch Augenblicksstimmungen für Generationen einen Zustand zu schaffen, der eine friedliche Entwicklung aller Volkskräfte gewährleistet. Die von weiten Schichten des Volkes gebilligte Resolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 ist ebenfalls ein Produkt einer zeitweiligen Stimmung. Die Regierung hat ihr zugestimmt, weil sie in dem Augenblick, wo sie gefaßt wurde, den tatsächlichen Machtverhältnissen und der politischen Lage zu entsprechen schien. Inzwischen haben die Voraussetzungen sich geändert, und die Regierung wird jetzt unbekümmert um die Stimmung in weiten Kreisen die politisch notwendigen Konsequenzen der neuen Situation ziehen. Sie muß aber für sich in Anspruch nehmen, ohne Rücksicht auf Stimmungen in Volk und Heer, gelegentlich auch Maßnahmen zu treffen,

*) Am 18. Dezember war anders vereinbart. Der Verfasser.

Digitized by Google

die nach außen als Schwäche oder Nachgiebigkeit erscheinen, ihrem inneren Wert nach aber das Ergebnis staatsmännisch weitblickender Überlegung sind. Die Verantwortung hierfür zu übernehmen, muß sie stark genug sein, selbst wenn erst spätere Generationen den Sinn und die Richtigkeit des von ihr eingeschlagenen Weges zu erkennen in der Lage sein werden.

Zum Schluß ihrer Ausführungen weist die Denkschrift auf die Verschiedenheit der Anschauungen des Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff einerseits und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes anderseits hin. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes treibt aber keine eigene Politik, er führt die von mir auf Befehl Euer Majestät geleitete Politik aus. Ich darf aber für mich in Anspruch nehmen, daß ich Euer Majestät zu keiner Politik zu raten imstande wäre, die dahin führen würde, Deutschland von der Höhe herabzuführen, auf die Euer Majestät und Allerhöchstderen Vorgänger es geleitet haben. Im Gegensatz zu den exakten Wissenschaften kennt die Politik nicht eine einzige unumstößlich richtige Lösung gestellter Probleme, sie wird immer von der subjektiven Überzeugung geleitet werden, daß jeder die für das Heil des Vaterlandes richtige Politik vertritt. Die Entscheidung, welcher Kurs eingehalten werden soll, liegt bei Euer Majestät. Ich stehe nicht an zu glauben, daß, wie bisher, auch künftig es der Weisheit Euer Majestät gelingen wird, die für das Vaterland nützlichste Politik durch Abwägen der von Allerhöchstderen Ratgebern vorgetragenen Gründe zu bestimmen und den Männern, die auf militärischem Gebiet Euer Majestät und dem Vaterland so unermeßliche Dienste geleistet haben, das Gefühl zu erhalten, daß sie das Vertrauen ihres Allerhöchsten Kriegsherrn in vollem Umfang genießen. Anderseits dürfen aber auch die durch das ehrenvolle Vertrauen Euer Majestät ausgezeichneten politischen Ratgeber beanspruchen, daß ihnen auch seitens der militärischen Stellen dasselbe Vertrauen auf ihre Leistungsfähigkeit und ihr durch langjährige Erfahrung erworbenes und gebildetes politisches Urteil entgegengebracht wird.

Aktenvermerke zu den obigen Ausführungen.

1. Wie weit das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl die beiden Generale führt, ist ihre Sache. Auch in politischen Dingen, die für die Zukunft des deutschen Volkes entscheidend sind, kann sehr wohl den militärischen Gesichtspunkten eine so ausschlaggebende Bedeutung innewohnen — wenn davon der Ausgang des Krieges abhängt —, daß die politischen Erwägungen dagegen zurücktreten müssen. Auch die Entscheidung Seiner Majestät kann die Generale vor ihrem Gewissen nicht entlasten.

Digitized by Google

2. Die Gebietserwerbungen zur Sicherung unserer Grenzen sind nicht einseitig von der Obersten Heeresleitung gefordert, sondern in früheren Besprechungen nach Zustimmung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Seiner Majestät gebilligt worden.

Eine andere Grenzsicherung wie eine militärische bleibt ungenügend. Der feste Wille der Nachbarn, mit uns in gutem Einvernehmen zu leben, ist eine Grenzsicherung nur solange, wie es dem Nachbarn in seine Politik hineinpaßt. Bei Österreich wird die Festigkeit im Willen verlorengehen, sobald Polen soweit gestärkt ist, daß es seine Ausdehnungsgelüste nicht mehr zügeln zu müssen glaubt. — Den unerwünschten Zuwachs an fremdstämmiger Bevölkerung müssen wir durch deutsche Kolonisation verhindern. — Die Reichsleitung scheut den Kampf mit widerstrebenden Anschauungen, sie versucht nicht, ihren Willen durchzusetzen, sondern gibt überall nach und damit eine Forderung nach der anderen preis.

3. Nach seinem Schreiben vom 12. 12. 1917 drängte der Reichskanzler bis zur Jahreswende 1917 zu einer Entscheidung in der elsaß-lothringischen Frage. Bis heute (Ende Januar 1918) ist sie nicht erfolgt. Daß sie nach rein militärischen Gesichtspunkten gelöst werden müsse, hat die Oberste Heeresleitung nie beansprucht. Sie hat immer nur das Ziel im Auge gehabt, Elsaß-Lothringen für die Zukunft französischem Einfluß zu entreißen.

Wenn der Herr Reichskanzler ausspricht, die Notwendigkeit der militärischen Sicherungen werde vermindert, wenn die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Belgien dieses Land bei einem künftigen Krieg an unsere Seite drängt, so ist dies richtig. Bis Belgien für ein Schutz- und Trutzbündnis politisch und wirtschaftlich reif ist, muß es in deutscher militärischer Kontrolle stehen.

4. Der polnische Grenzstreifen ist notwendig.

Anlage zur Denkschrift des Reichskanzlers über Verantwortlichkeit.

1. Die staatsrechtliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine Teilung der staatsrechtlichen Verantwortung ist unmöglich. Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.

2. Die obersten militärischen Stellen, d. h. der Chef des Generalstabes des Feldheeres, der Erste Generalquartiermeister, der Kriegsminister und der Chef des Admiralstabes der Marine, haben, soweit die Friedensverhandlungen die militärischen Interessen berühren, das Recht und die

Digitized by Google

Pflicht, in beratender Weise an den Verhandlungen einschließlich der zur Anwendung zu bringenden Taktik mitzuwirken.

Der Umkreis der militärischen Interessen ist nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch die Fragen der Änderung der Reichsgrenzen, Fragen unserer künftigen Beziehungen zu anderen Staaten und — soweit diese mit der Führung dieses oder eines künftigen Krieges im Zusammenhang stehen — Fragen unserer inneren Politik, wirtschaftliche Fragen, Ernährungsfragen, Fragen des Handels- und Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, endlich die moralische Wirkung der zu treffenden Maßnahmen auf Heer und Marine.

Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen, Ratschlägen, Bedenken oder Warnungen. Der Reichskanzler wird alsdann bei seiner Entscheidung darauf Bedacht nehmen, daß Forderungen, die die militärische Durchführung des gegenwärtigen Krieges berühren, vor allen anderen Forderungen den Vorrang erhalten.

3. Sollten die militärischen Stellen glauben, auf einer von dem Reichskanzler abgelehnten Forderung bestehen zu müssen, und wird auf dem Wege der gegenseitigen Aussprache eine Einigung nicht erzielt, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen.

2.

Berliner Besprechungen mit dem Grafen Czernin am 5. Februar 1918. (Aktenauszug.)

5. 2. Besprechung mit Czernin im Reichskanzlerpalais. Es wird verabredet, wie folgt, vorzugehen:

1. Frieden mit Ukraine,
2. Frieden mit Rumänien,
3. möglichst auch Frieden mit Großrußland.

Zu 1. erklärt Czernin, daß Österreich, dem Verlangen der Ukraine entsprechend, bereit sei, in Galizien eine ukrainisches Kronland zu schaffen. Ein großes Opfer! Der Anfang des föderalistischen Staates! Österreich müsse dieses Opfer bringen, es brauche die Ukraine, da es bis zur Ernte nicht durchhalten könne.

Kühlmann ist bereit, 24 Stunden nach Abschluß mit den Ukrainern den Bruch mit Trotzki zu vollziehen.

Das Verlangen, unter allen Umständen aus Brest etwas nach Hause mitzubringen, selbst unter Preisgabe des Bündnisses mit Deutschland,

Digitized by Google

veranlaßt den Grafen Czernin, ohne daß er Kühlmann „trotz Besprechung vieler politischer Fragen in Brest" irgendetwas von seiner Absicht gesagt hatte, am 5. 2. die Frage anzuschneiden, wie weit Österreich durch das Bündnis mit Deutschland verpflichtet sei. Daß außer den Kreuznacher Abmachungen vom 17./18. 5. 1917 noch ein „Wiener Dokument", am 27. 3. 1917 zwischen Czernin und Bethmann vereinbart, die Grundlagen des Bündnisses bildete, war allen deutschen Vertretern überraschend. Es war am 17./18. 5. 1917 in Kreuznach von Bethmann nicht erwähnt worden. Herr v. Kühlmann kannte es bezeichnender Weise auch nicht, ebensowenig Dr. Helfferich. Es umfaßt ein Minimalprogramm der Friedensbedingungen und ein Programm für einen besonders günstigen Kriegsausgang (Wortlaut siehe Seite 373). Czernin führte aus: „Österreich muß jetzt wissen, wie weit es in diesem Kriege mit Deutschland zusammengehen soll. Das verlange die innere Lage Österreichs. In dem Dokument vom 27. 3. 1917 sei die Integrität der beiden Staaten vereinbart; Österreich müsse also kämpfen, bis der Besitzstand quo ante bellum gesichert sei und umgekehrt; es sei nicht verpflichtet mitzumachen, wenn Deutschland, beim Vorhandensein einer militärisch günstigen Lage, um bessere Bedingungen zu erreichen, weiterkämpfen will. Pflicht und Recht beider Staaten müsse also in Fall 1 klarer gefaßt werden, und zwar durch ein neues, genaueres Programm der beiden Monarchen mit Gegenzeichnung der Reichsleitungen und Mitzeichnung der beiden O. H. L."

Deutscherseits wurde betont, daß auch der wirtschaftliche status quo ante bellum wiederhergestellt werden müßte. General Ludendorff sprach sich gegen einen „Vertrag mit nur negativen Kriegszielen" aus, wir brauchten Sicherungsgelände für die wirtschaftlichen Kraftzentralen in Deutschland, daher „positive Kriegsziele". — Czernin legte den Entwurf eines Dokuments zur Festlegung der Frage „Wie lange muß Österreich Stange halten?" vor (siehe nachstehend). Der Kanzler legte fest, daß deutscherseits gegen die österreichische Aufzeichnung keine Bedenken bestehen, wenn auf die positiven Kriegsziele nicht eingegangen würde. Weiteres solle zwischen Czernin und Kühlmann geregelt werden.

Entwurf für ein neues Bündnis-Dokument.

Vorgelegt von Graf Czernin am 5. Februar 1918.

In authentischer Interpretation zum Bündnisvertrage wird festgestellt, daß das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn — seinem defensiven Charakter entsprechend — keinem Teile Verpflichtungen auferlegt, die über die Wahrung des territorialen status quo ante bellum hinausgehen.

Digitized by Google

vor, in denen sich die Rote Garde einträgt. Unruhe geht durch das Land. Starke Truppen müssen zurückbleiben.

3. Finnland geben wir den Bolschewiki preis. Wir haben seine Unabhängigkeitsbestrebungen begünstigt, jetzt lassen wir es im Stich. Wir verlieren dadurch an Achtung und Vertrauen und an moralischer Kraft.

4. Estland und Livland, zu Tode gehetzt, geben wir englischem Einfluß preis, treiben es sogar in Englands Arme. Ein neuer Ententefreund kann entstehen.

5. Die Entente wird neuen Mut schöpfen. Der Krieg wird erneut verlängert werden. Schließen wir mit ihr Frieden, dann wird sich auch Rußland melden. Wir erreichen also das nicht, was dringend erwünscht ist, mit den einzelnen geschlagenen Feinden zu verhandeln, und erschweren das Erreichen der notwendigen militärischen Sicherung. Die Verhandlungen mit Rumänien müssen ungünstig beeinflußt werden, und wir brauchen die Divisionen von dort und die Öffnung der Donau-Mündung.

6. Handeln wir jetzt nicht, bleiben wir stehen, so treten diese Nachteile ein, wir sehen mit Gewehr bei Fuß zu, wie alle Verhältnisse sich zu unseren Ungunsten verschieben, wir treiben die guten Elemente Rußlands, d. h. das Rußland der Zukunft, in die Arme der Entente.

Handeln wir, so stärken wir unsere Machtstellung der Entente gegenüber, festigen den Frieden mit der Ukraine, erreichen den Frieden mit Rumänien, festigen unsere Stellung in Litauen und Kurland, verbessern unsere militärische Lage durch Inbesitznahme von Dünaburg und von Teilen des Baltikums, vielleicht versetzen wir den Bolschewiki den Todesstoß, bessern damit unsere Verhältnisse im Innern und zu den besseren Schichten Rußlands und können starke Kräfte im Osten freimachen, unsere ganze militärische und sittliche Kraft zu dem großen Schlage einsetzen, den Seine Majestät jetzt im Westen befohlen hat. Ich hatte mit Herrn v. Kühlmann vor einigen Tagen gesprochen; er war der Ansicht, wir müssen sofort mit der Offensive im Osten beginnen; ich weiß nicht, was seinen Sinneswechsel herbeigeführt hat.

Ich erkläre nochmals pflichtmäßig, daß ein Nichthandeln im Westen eine für mich militärisch nicht erträgliche Lage schafft, und ich bitte Euer Majestät alleruntertänigst, nachdem der Reichskanzler den Waffenstillstand als nicht mehr bestehend anerkannt hat und damit die Kriegführung wieder frei geworden ist, die Kriegführung nicht durch politische Fesseln beengen zu lassen, sondern sie wieder freizugeben, wie es zu Kriegsbeginn und vor Abschluß des Waffenstillstandes war. Das allein entspricht dem Wesen des Krieges und auch dem Heile Euer Majestät, des Vaterlandes und des Heeres, das vor der größten Aufgabe seiner Geschichte steht. - -

Digitized by Google

4.

Zwei Vorschläge zu einer deutschen politischen Offensive im Jahre 1918*).

A.

Berlin, den 14. Januar 1918.

I. Der militärische Entscheidungskampf zwischen Deutschland und England steht bevor; für dessen Ausgang ist der Grad der Widerstandsfähigkeit der englischen Heimatfront von ausschlaggebender Bedeutung. Wird diese unter den militärischen Schlägen zusammenbrechen oder nicht? Das ist die entscheidende Frage.

Lloyd George ist sich vollständig darüber klar, daß von der Festigkeit der englischen Heimatfront alles abhängt. Er nimmt noch einmal seine ganze suggestive Kraft zusammen, um für den kommenden Waffengang Englands Hilfsquellen und Englands Kriegswillen aufs neue zu mobilisieren.

Es ist heute die große Aufgabe der deutschen Politik, diese Mobilisierung zu stören. Die englische Heimatfront muß bei Beginn unserer militärischen Operationen in einem so zermürbten Zustande sein, daß unsere militärischen Erfolge ihre größtmögliche Wirkung ausüben können. Die Wochen vor Beginn der Offensive sind die entscheidende Zeitspanne für diese politische Vorarbeit.

II. Durch die Lansdownesche Aktion hat sich ein breiter Riß im englischen Volke aufgetan, der nicht der Linie der alten Parteigruppierungen folgt: Konservative, Liberale, Arbeiter stehen heute gegen Konservative, Liberale, Arbeiter.

Die innerpolitische Situation in England ist durch den Lansdowneschen Brief grundlegend verändert worden. Heute ist die Friedensbewegung nicht mehr unpatriotisch. Gewiß, Lansdowne hat genau mit denselben Argumenten gearbeitet, wie Ramsay Mac Donald, aber Mac Donald ist von Anfang an Kriegsstörer gewesen. Lansdowne jedoch hat nicht nur diesen Krieg unterstützt, als er einmal ausgebrochen war, sondern hat durch seinen Brief an Asquith vom 2. August 1914 die englische Kriegserklärung erleichtert.

Auch Henderson hat sich zu Lansdowne bekannt. Er ist durchaus Patriot und als solcher wiederholt von Lloyd George gefeiert worden. Sein Kredit steht höher denn je, seitdem Rußland absprang, denn er ist es gewesen, der immer wieder vergeblich die englische Regierung aufgefordert hat, das Regime Kerenski durch eine demokratische Revision der Entente-Kriegsziele zu halten.

*) Die Denkschriften A. und B. wurden mir von Oberst v. Haeften vorgelegt und sind von mir an den Reichskanzler dringend befürwortet weitergegeben worden. Der Verfasser.

Digitized by Google

III. Lloyd George setzt alles daran, um die neue, durch den Lansdowneschen Brief entstandene Bewegung niederzuschlagen. Die kommende deutsche Offensive wird in ihrer ganzen Furchtbarkeit dem Volke vorgestellt. Der Lloyd-George-Presse ist das Leitwort gegeben: Schließt die Reihen, das Vaterland ist in Gefahr! Durch den Appell an seinen Patriotismus hat man bereits im Jahre 1916 Lord Lansdowne bewogen, seine schon damals beabsichtigte Aktion ein Jahr lang aufzuschieben.

Wir müssen uns darüber klar sein: Die drohende deutsche Offensive einigt und sammelt die Kräfte in England. In schweren Tagen und in der Erwartung schwerer Tage steht das englische Volk zu seiner Regierung. Ganz England steht heute in der Erwartung schwarzer Monate.

Es wäre völlig verkehrt, wollte man aus dieser Tatbestandsaufnahme die Konsequenz ziehen: Man muß auf militärische Erfolge verzichten, um die englische Heimatfront durchbrechen zu können.

Vielmehr drängt sich die Frage auf: Wie ist es möglich, England im Felde zu schlagen und gleichzeitig diesen Schlag zu einem Zusammenbruch des englischen Kriegsbetriebes, auch in der Heimat, auswirken zu lassen?

IV. Die Antwort lautet: Dadurch, daß durch eine geschickte, unablässige, deutsche, politische Propaganda dem englischen Volke die Suggestion vermittelt wird: „Die Lloyd Georgesche »knock out-Politik« ist allein Schuld an der Fortsetzung des Krieges, sie verfolgt imperialistische Eroberungsziele, während ein mit der Ehre und Sicherheit Englands vereinbarer Friede früher ohne weiteres Blutvergießen durch Unterhandlungen zu haben gewesen wäre."

Anderseits: Gelingt es der deutschen Politik nicht, dem englischen Volke diese Suggestion zu vermitteln, so bekommt Lloyd George für den Entscheidungskampf seine geschlossene Heimatfront zustande, und sie wird auch unter den schwersten Niederlagen halten, bis die amerikanische Hilfe eintrifft. Von einer erfolgreichen politischen Propaganda dürfen jedoch große Wirkungen erhofft werden, die unsere Kriegführung wesentlich erleichtern werden.

V. Man darf die Schwierigkeiten der bevorstehenden vierten Mobilisierung in England nicht unterschätzen. Die erste fand im August 1914 statt; die zweite begann im Februar 1915 und endete, nach der „Lusitania"-Affaire im Mai 1915, mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; die dritte erfolgte im Dezember 1916 nach unserem Friedensangebot. Wir hätten sie jedesmal stören können; unsere politische Propaganda hat dies bisher stets versäumt; sie hat noch niemals die militärische Kriegführung unterstützt.

1. Eine gewaltige Heranziehung des Menschenmaterials durch:

a) außerordentliche Steigerung des Mannschaftsersatzes für das Heer;

Digitized by Google

b) außerordentliche Steigerung des Landbaues;

c) außerordentliche Steigerung des Schiffsbaues;

d) außerordentliche Steigerung der Kriegsmaterial-Produktion, insbesondere Luftschiffe und Tanks und Schiffsbau.

2. Rationierung.

Die verschärfte Auskämmung des Menschenmaterials, die für dieses Programm notwendig wird, läßt sich nur durchführen, wenn die feierlichen Versprechungen von Asquith und Henderson an die Gewerkschaften gebrochen werden.

Im Hintergrunde steht der industrielle Dienstzwang.

Die Rationierung bringt geradezu unerträgliche „preußische" Zumutungen mit sich.

Durch die Auskämmung werden gerade die Arbeitermassen betroffen, bei denen schon bisher die Herde der Unzufriedenheit zu suchen waren.

Es darf erinnert werden:

a) an den jüngsten Streik der Luftschifferarbeiter in Coventry, der sich nach zuverlässigen Nachrichten (siehe Stockholmer Geheimbericht vom 16. 12. 1917) auf 50 000 Mann erstreckte;

b) an den Streik der Maschinenarbeiter (100 000) im Mai 1917, der, nach dem Eingeständnis von Henderson, die rechtzeitige Lieferung von Tanks und Aeroplanen und damit die englische Offensive behinderte;

c) die Unzufriedenheit der Dockarbeiter hat mehrfach zu Verzögerung der Löschung von wichtigen Ladungen geführt;

d) die Eisenbahner sind ein dauerndes Schmerzenskind der Regierung. Ohne Thomas' Geschick hätten sie schon zu großen Kriegsstörungen geführt;

e) Smillie ist der einflußreichste Mann im Kohlenarbeitergewerbe. Er ist der Hauptgründer des englischen Arbeiter- und Soldatenrates.

So wird die vierte Mobilisierung auf Schritt und Tritt mit der industriellen Unruhe zusammenstoßen. Aber wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen: Solange es nur im wesentlichen Klassenforderungen sind, die im Wege stehen, kann Lloyd George durch immer erneute Versprechungen und Konzessionen von Fall zu Fall Ruhe schaffen. Gewiß, es kommt nur ein Flickwerk zustande, das sich nach dem Kriege bitter rächen wird, aber die Hauptsache ist für Lloyd George, daß das Flickwerk während des Krieges hält, denn er kennt keine Bedenken, die Grundlagen der englischen Kultur und Volkswirtschaft durch seine Kriegsmaßnahmen zu untergraben. Lloyd George vergißt keinen Augenblick, daß er ein verlorener Mann ist, wenn der Krieg ohne Deutschlands Niederlage endet.

Wir aber brauchen den Zusammenbruch des Lloyd Georgeschen Systems *während* des Krieges. Die industrielle Unruhe führt erst in

Digitized by Google

Digitized by Google

vom 9. Oktober 1917 und an die Ausführungen des Reichskanzlers Grafen Hertling vom 29. November 1917.

Auf alle diese ehrlichen Verständigungsversuche antwortete Lloyd George nur mit Hohn und Spott und proklamierte die Vernichtung Deutschlands. Hierdurch machte er es dem deutschen Ehrgefühl unmöglich, weiter mit England zu verhandeln, und hintertrieb so wissentlich jede Verständigung. An diesem bewußten Hintertreiben jeder Verständigungsmöglichkeit ändert auch Lloyd Georges neueste Rede nichts. Denn in ihr treten die englischen Eroberungsgelüste nur um so unverblümter hervor, als sie auf Kosten von Englands Verbündeten erreicht werden sollen. Sie ist lediglich eine Propagandarede zur Beruhigung der Gewerkschaften und der englischen Kriegsindustriearbeiter. Diese kaum oberflächlich verhüllte Absicht kann uns nur in der Überzeugung bestärken: „Ein Verhandeln mit Lloyd George ist und bleibt ausgeschlossen."

Eine Verständigung mit der jetzigen englischen Regierung ist schon aus dem Grunde ausgeschlossen, weil sie sich als Verfechter der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen und der italienischen auf das Trentino-Gebiet bekannt hat. Der Satz der Kühlmannschen Rede, daß die elsaß-lothringische Frage die einzige sei, die dem Frieden entgegenstände, ist immer und immer wieder einzuhämmern unter besonderer Betonung, daß das englische Volk für ein französisches imperialistisches Kriegsziel blute.

Um Lord Lansdowne zu stärken, müssen wir die große Masse der Zweifler beeinflussen. Diese bilden die Mittelpartei zwischen Kriegspartei und Friedenspartei und schwenken je nach ihrer Auffassung der militärischen Lage zum Kriege oder Frieden. Jeder deutsche Friedensfühler verbessert ihre Auffassung der Kriegslage.

Worte sind heute Schlachten: Richtige Worte gewonnene Schlachten, falsche Worte verlorene Schlachten. Wollen wir den Sieg hinter der englischen Front zur Vorbereitung des Sieges auf dem Schlachtfelde, so müssen wir solche Worte wählen, die es der patriotischen Friedenspartei in England möglich macht, vor das Volk hinzutreten und zu sagen: Wenn ihr uns folgt, ist der Weg zu Verhandlungen frei, Ehre und Sicherheit Englands sind gewährleistet.

VIII. Die Wirkungen einer solchen politischen Propaganda Deutschlands würden voraussichtlich sein:

1. wachsender Widerstand der Liberalen und Arbeiterpartei gegen die vierte Mobilisierung;

2. das Scheitern der neuen Wehrvorlage;

3. Eintritt von Streiks in der englischen Kriegsindustrie (Munition, Luftfahrzeuge, Tanks, Schiffsbau usw.);

Digitized by Google

4. Stärkung der revolutionären Strömungen bei den englischen Arbeitermassen, und damit

5. eine wesentliche Erleichterung der kommenden deutschen Offensive.

IX. Es muß daher eine ernste Forderung der Heeresleitung an die politische Reichsleitung sein, unverzüglich eine solche politische Propaganda einzuleiten, um hierdurch die Kriegführung zu unterstützen. Die Wochen bis zum Beginn der militärischen Offensive dürfen nicht politisch ungenutzt verstreichen; es gilt alle Kräfte anzuspannen. Kein Mittel, den Sieg zu erringen und dessen Wirkung zu verstärken, darf ungenutzt bleiben.

X. Ähnlich müssen auch die führenden Blätter der Reichstagsmajorität sich England gegenüber verhalten. Sie haben besondere politische Richtlinien zu erhalten und mit besonderem Nachdruck zu betonen, daß die jüngste Lloyd Georgesche Rede keineswegs ein Friedensangebot, sondern lediglich eine innerpolitische Propagandamaßnahme darstellt, daß Lloyd George von seinen imperialistischen Eroberungsplänen auch nicht um Haaresbreite abgewichen ist.

Dagegen sollte der deutschen Presse das Brüsten und Drohen mit einer gewaltigen deutschen Offensive allgemein verboten werden. Das stärkt nur die feindlichen Regierungen und einigt die feindlichen Heimatfronten.

B.

Streng geheim. Berlin, den 3. Juni 1918.

Der bekannte Schweizer Militärschriftsteller Hermann Stegemann hat vor kurzem die Äußerung getan: „Der Erfolg der großen deutschen Offensive in Frankreich hätte verhundertfacht werden können, wenn diese militärische Operation politisch richtig vorbereitet und unterstützt worden wäre.“ Die Richtigkeit dieser Ansicht wird bestätigt durch die Verhandlungen im englischen Unterhause vom 16. Mai ds. Js. über die angebliche deutsche politische Offensive. Lord Robert Cecil hat in seiner Rede den Unterschied zwischen einer politischen Offensive (Friedensoffensive) und einem Friedensfühler sehr treffend in den Worten gekennzeichnet:

> „Eine politische Offensive ist kein Friedensangebot, vielmehr eine diplomatische oder halbdiplomatische Aktion, nicht mit der Absicht, den Frieden herbeizuführen, sondern den Krieg zu unterstützen. Es ist ein Unternehmen, das den deutschen Waffen im Felde indirekt Unterstützung geben soll.“

Während ein Friedensvorschlag oder Friedensfühler meist ein Unternehmen ist, welches ein Nachlassen der eigenen Kriegsenergie mit sich bringt, will eine politische Offensive den feindlichen Kriegswillen schwächen und die feindlichen Operationen schädigen.

Digitized by Google

Bisher sind von deutscher Seite nur Friedensfühler oder Friedensvorschläge gemacht worden — heimliche und öffentliche. Eine kräftige politische Offensive mit dem Ziel, die feindliche Heimatfront zu zertrümmern und die eigene Heimatfront zu stärken, ist bisher von der deutschen Regierung noch nicht unternommen worden.

Der Zeitpunkt n a ch Beendigung aller militärischen Operationen ist hierfür ungeeignet; selbst eine politische Offensive wirkt dann nur ebenso wie ein Friedensfühler: als ein Zeichen der Erschöpfung und Enttäuschung und damit als Ermutigung des Gegners, durchzuhalten bis zur Kampagne des nächsten Jahres.

Die politische Offensive muß gleichzeitig mit den militärischen Operationen spielen. Bei geschickter Durchführung muß ihre Wirkung so sein, daß die Feinde ihrerseits n a ch Beendigung der militärischen Operationen einen Friedensfühler bei uns unternehmen und damit die deutsche Regierung jeglicher Schritte, die wie Friedensfühler gedeutet werden könnten, entheben.

Zweifellos wird nach Beendigung der militärischen Operationen des Jahres 1918 eine große Friedenskrisis durch die ganze Welt gehen. Dasjenige Land wird ihr am ehesten erliegen, dessen Heimatfront vom Feinde in den Monaten vor der Friedenskrisis am geschicktesten politisch bearbeitet worden ist und daher die geringste Widerstandsfähigkeit hat. Die Regierung würde in diesem Lande von innen heraus gezwungen werden, eine Annäherung an den Feind zu versuchen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Gegner während der letzten Wochen in dauernder Angst vor einer deutschen politischen Offensive gelebt haben; denn sie waren sich der Schwäche ihrer Heimatfront bewußt, wie dies deutlich aus den Worten des englischen Ministers Geddes hervorgeht:

„Allein durch eine psychologische Katastrophe kann unser Land besiegt werden".

Diese psychologische Katastrophe kann nur unter der einen Bedingung eintreten, daß eine starke Friedenspartei in England sich öffentlich für die Beendigung des Krieges einsetzt, während die Regierung g e g e n die Volksstimmung die Fortsetzung des Krieges erzwingen will. In allen feindlichen Ländern gibt es mehr oder weniger latente Friedensströmungen, zwischen denen eine gewisse Zusammenarbeit besteht; in England eine starke nationale Friedenspartei, die gewichtige Persönlichkeiten aus allen Parteigruppen in sich schließt. Heute, während der Kampf an der Front tobt, hält sie noch Ruhe. Sie würde aber in dem Augenblick aus ihrer abwartenden Haltung herausgelockt werden, wo einerseits die militärischen Operationen zum Abschluß gekommen zu sein scheinen, anderseits sie an die Existenz einer entsprechenden nationalen Friedenspartei in Deutsch-

Digitized by Google

land glaubt. Hierin liegt die Verwundbarkeit namentlich der englischen Heimatfront. Diese Erkenntnis gilt es auszunützen. Wir müssen endlich das große Machtmittel, über das wir im Kampf gegen unsere Feinde verfügen, mit aller Rücksichtslosigkeit anwenden.

Eine derartige politische Offensive bedarf, ebenso wie militärische Operationen, weit vorausschauender, in allen Einzelheiten durchdachter Vorbereitungen und sorgfältiger Durchführung.

Sie hat einzusetzen, sobald im Verlauf der großen Schlacht in Frankreich wiederum eine kürzere oder längere Pause in den Operationen eintreten sollte, am besten vor dem Schlußakt unserer großen Offensive des Jahres 1918.

Es ist daher notwendig, heute bereits einen Operationsplan für eine solche politische Offensive vorzubereiten und auszuarbeiten.

Folgender Plan wird hierfür in Vorschlag gebracht:

I. Vorbereitung öffentlicher Kundgebungen nicht amtlicher Stellen.

Mit Beginn einer Operationspause muß eine Reihe von öffentlichen Kundgebungen in Deutschland erfolgen, die in England, Frankreich, Italien und Amerika den Eindruck erwecken, daß in Deutschland eine starke Gruppe für einen Frieden der allgemeinen Verständigung wirkt; ihr Programm müßte allgemeine Menschheitsziele einschließen, ähnlich denen, welche die Lansdowne-Gruppe auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Sehr wichtig ist die Auswahl der richtigen Persönlichkeiten. Sie dürfen nicht Pazifisten in Reinkultur sein, sondern Männer von absoluter nationaler Zuverlässigkeit. Ihre Aufrichtigkeit muß so unantastbar dastehen, daß selbst die feindlichen Kriegshetzer nicht wagen dürfen, sie anzuzweifeln. Wir verfügen über eine Reihe von solchen Männern, die ein derartiges Ansehen und Vertrauen im Ausland genießen. Solche Persönlichkeiten sind aus den Reihen deutscher Fürsten, des hohen Adels, früherer Staatsmänner und Diplomaten, Parlamentarier aller nationalen Parteien, führender Persönlichkeiten aus den Kreisen des Handels, der Finanz und der Industrie, sowie der Hochschulintelligenz zu wählen. Allen diesen Wortführern wären einheitliche Richtlinien für ihre Kundgebungen von amtlicher Seite zu übergeben. Je nach seiner Individualität und beruflichen Eignung wäre einem jeden ein bestimmtes Angriffsziel in der feindlichen Heimatfront zuzuweisen. Der Feind müßte immer wieder dieselben Grundgedanken aus allen Kundgebungen heraushören, wenn auch das Gepräge der einzelnen Persönlichkeit bei keiner Kundgebung verloren gehen darf. Auf keinen Fall darf der Eindruck einer amtlich organisierten Aktion hervorgerufen werden. Gewiß soll das feindliche Ausland einen einheit-

Digitized by Google

lichen Willen spüren, aber es soll glauben, daß eine entschlossene Gruppe unabhängiger Männer sich zusammengefunden hat, um einen Druck auf die Regierung auszuüben; es darf den wahren Zusammenhang nicht ahnen.

II. Richtlinien.

Als solche werden vorgeschlagen:

A. Allgemein:

Deutschlands moralische Aufgaben im Weltkriege und seine berechtigten politischen Forderungen.

B. im besonderen:

1. Unsere Ziele im Osten:

a) Das Ziel unserer Ostpolitik ist nicht Vergewaltigung der Randstaaten, sondern Sicherstellung ihrer staatlichen Freiheit und Ordnung.

b) Schutz der unterdrückten osteuropäischen Völker gegen die zerstörenden Kräfte des Bolschewismus, Sicherstellung der großen moralischen und wirtschaftlichen Werte, die im Osten Europas zum Teil zerstört worden sind, zum Teil völlig brach liegen. Deutschlands Recht und Pflicht als Nachbar, hier im Namen Europas Ordnung und Freiheit zu schaffen.

c) Im Anschluß hieran müßten die wahren Vorgänge, die zum Frieden von Brest-Litowsk geführt haben, der Welt immer wieder eingehämmert werden.

Nur so können wir die Ententepropaganda besiegen, welche den Frieden von Brest-Litowsk als einen annexionistischen Machtfrieden diskreditieren will.

Wir haben hier das öffentliche Urteil nicht zu scheuen.

d) Deutschlands Recht und Pflicht, seinen Volksgenossen in Rußland die verlorene Existenz im alten deutschen Kolonialland, dem Baltikum, zu ersetzen.

Das deutsche Prestige verlangt, daß wir unsere starke, schützende Hand nicht nur über Bürger deutscher Staatsangehörigkeit, sondern über alle Deutschen halten.

e) Rechtfertigung unseres Einmarsches in Livland aus nationalen und internationalen Gründen.

2. Sicherstellung der Ernährung und Volkswirtschaft Europas durch Erschließung der ungeheuren im Osten ruhenden Werte und dadurch Ausschaltung der Gefahr der von der Entente angedrohten Rohstoffsperre.

3. Sicherstellung des Privateigentums zu Lande und zur See in allen kommenden Kriegen; Freiheit der Meere. Der Zustand muß auf-

Digitized by Google

hören, daß die seefahrenden Völker nur von Englands Gnaden leben können. Abschaffung des Seebeuterechts. Der U-Bootkrieg eine Waffe im Dienste dieses Menschheitszieles. Hiermit Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft auch der militärisch Schwachen.

4. Allgemein durchgeführter Arbeiterschutz in allen Ländern ist ein deutsches Kriegsziel.

In unseren vorbildlichen Einrichtungen der Arbeiterfürsorge liegt eine werbende Idee, die wir als Waffe im politischen Kampf bisher nicht verwendet haben. Unsere Überlegenheit auf diesem Gebiete muß auch in der äußeren Politik ausgenutzt werden. Durch die Aufnahme des allgemeinen Arbeiterschutzes in die deutschen Kriegsziele würden wir uns Sympathien unter den arbeitenden Klassen der ganzen Welt erwerben.

5. Größte Mäßigung in politischen Forderungen trotz glänzender militärischer Erfolge, eine bewährte Tradition altpreußischer Politik. Auch heute sollte Deutschland, falls auf der Seite unserer Gegner ehrlicher Verständigungswille vorhanden wäre, zu einem Frieden bereit sein, der auch mit ihrer Ehre und ihren Interessen vereinbar ist.

So falsch es wäre, in der jetzigen Zeit von amtlicher Stelle Erklärungen über die belgische Frage abzugeben, so wirksam würde es sein, wenn von diesen mehr oder minder privaten Persönlichkeiten auch die belgische Frage bei dieser Gelegenheit angeschnitten würde, und zwar in dem Sinne aller bisher von dem jetzigen und früheren Reichskanzler über Belgien gemachten öffentlichen Erklärungen. Derartige Äußerungen über Belgien würden der Friedenspartei bei unseren Feinden, namentlich in England und Amerika, die denkbar stärksten Waffen in ihrer Propaganda gegen den Krieg geben.

6. Ganz allgemein gilt es, das Rechtsgefühl der Welt für die deutschen Kriegsziele zu gewinnen, ja sie zu überzeugen, daß eine einflußreiche und führende Gruppe in Deutschland die allgemeinen Welt- und Menschheitsziele in ihren nationalen Willen ehrlicher aufgenommen hat als die Wortführer der Entente.

7. Im Anschluß ist der Kampf in der Frage der Schuld am Kriege erneut aufzunehmen: Zum erstenmal nicht bloß amtliche Auslassungen zur Verteidigung Deutschlands, sondern freie patriotische Kritik, die offensiv arbeitet und deren Ergebnis die Verurteilung der Entente und die moralische Rechtfertigung Deutschlands ist. Nach der ungeheuren Propaganda — Wirkung der Lichnowsky-Denkschrift für die feindliche Sache — müssen die bestangesehenen und bestinformierten Deutschen für die Reinheit unserer Sache sich einsetzen.

8. Alle Kundgebungen haben sich offensiv gegen die kriegshetzerischen Ententeregierungen zu wenden. Ihre unmoralischen Kriegsziele, ihre

Digitized by Google

Verlogenheit gegenüber den eigenen Völkern, ihre frivole Unterschätzung und herausfordernde Verhöhnung des Gegners müssen an den Pranger gestellt werden.

Dadurch soll deutlich werden, daß die deutschen Wortführer die gegenwärtigen feindlichen Machthaber nicht für verhandlungsfähig halten. Gerade hiermit würden die oppositionellen Friedensgruppen angelockt und in ihrem Kampf gegen die jetzigen Ententeregierungen unterstützt werden.

III. Regie der Kundgebungen.

Die auf Grund vorstehender Richtlinien veranstalteten Kundgebungen, bei deren Abfassung den einzelnen Persönlichkeiten, wie schon erwähnt, Freiheit in der Individualisierung des Stoffes zu lassen wäre, die jedoch vor ihrer Veröffentlichung den amtlichen Stellen zur Prüfung vorzulegen wären, müssen planmäßig über die gesamte Operationspause verteilt werden und zum Teil aneinander anknüpfen. Sie müssen erfolgen in Form von Reden, Interviews, Zeitungsartikeln, Flugschriften usw. Eine geschickte amtliche Regie hat dafür zu sorgen, daß sie sowohl einmal im Auslande die stärkste Verbreitung finden, anderseits im Inlande keinerlei Mißdeutungen ausgesetzt, vor allem nicht als amtliche Friedensfühler ausgelegt werden können.

Hierzu bedarf es einer geschickten Einzelbearbeitung der großen führenden Blätter aller Richtungen. Gewisse vertrauenswürdige Journalisten müssen eingeweiht werden, daß es sich lediglich um eine Unterstützung der militärischen Operationen handelt, nämlich um einen Versuch, die Friedensparteien der Entente zur Erschwerung des feindlichen Krieges zu mobilisieren. Selbstverständlich muß der Presse das Recht bleiben, je nach ihrem Parteistandpunkt hierzu Stellung zu nehmen. Es ist nur unter allen Umständen zu verhindern, daß die amtliche Teilnahme an der politischen Operation auch nur durch Andeutungen verraten wird. Dagegen muß dem feindlichen Ausland in jeder Weise die Täuschung vermittelt werden, als ob die deutschen Kundgebungen die Einleitung zu einem deutschen Friedensangebot darstellten — das schließt in keiner Weise aus, daß in der Heimat dieser Eindruck durch geschickte Beeinflussung der Presse verhindert wird.

IV. Die voraussichtliche Wirkung.

Zweifellos würde zunächst ein Gefühl allgemeiner Entlastung und Befreiung durch die Reihen der Entente gehen: „Gott sei Dank, die Riesengefahr der deutschen Offensive ist bestanden!“ Aus diesem Gefühl heraus werden die Kriegshetzer ihrerseits sofort eine große Aktion für die Fortsetzung des Krieges unternehmen. Sie werden frohlockend die Er-

Digitized by Google

gebnislosigkeit der deutschen militärischen Operationen propagieren und den bevorstehenden Zusammenbruch Deutschlands voraussagen. Der deutsche Militarismus, dessen letzte Zuflucht die große Offensive gewesen sei, habe eine entscheidende Niederlage erlitten. Deutschland werde bald in die Knie sinken und um Frieden bitten. Nun heiße es nur noch, den Krieg verlängern bis zum Eintritt Amerikas, um den völligen inneren und äußeren Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen. Gleichzeitig würde selbstverständlich die schärfste Hetze gegen alle Friedensgruppen bei unseren Feinden einsetzen. Mit brutaler Gewalt wird man sie zum Schweigen zu bringen versuchen. Diese werden jedoch jetzt, wo die unmittelbare militärische Gefahr nach ihrer Ansicht beseitigt ist, gewitzigt durch die Erfahrungen der Ablehnung der wiederholten Friedensangebote Deutschlands und Österreichs, die laute Forderung erheben, daß nicht noch einmal eine so günstige Gelegenheit vorübergelassen, sondern daß der Weg zur Verständigung gründlich und ehrlich erforscht werde. Dieser unüberbrückbare Gegensatz wird zu heftigsten Kämpfen bei unseren Feinden führen.

Als drittes zersetzendes Element wird die englische Militärpartei auftreten, um den ihr verhaßten Lloyd George nun endlich zu beseitigen und an den Pfahl zu bringen. Der Ruf nach dem Schuldigen an dem militärischen Unglück wird neu aufleben.

Der Arbeiterschaft in der Kriegsindustrie würde sich eine außerordentliche Unruhe bemächtigen. Die patriotische Zurückhaltung würde, angesichts der nicht mehr bestehenden unmittelbaren Gefahr, fallen gelassen werden. Die Regierung wäre gezwungen, in den großen Industriezentren, deren pazifistische Verseuchung heute offen zugegeben wird, mit schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen vorzugehen. Streiks, ja Störungen in revolutionärer Form stünden zu erwarten. In dieses Aufwallen aller innerpolitischen Leidenschaften unserer Gegner, in diesen Kampf aller gegen alle in der Heimat platzt nun wie eine Bombe, völlig unerwartet, ein neuer großer militärischer Schlag hinein. Die Wirkung dieses Schlages wird dann entscheidend werden. Es muß die von dem Minister Geddes gefürchtete psychologische Katastrophe eintreten. Auf die Kriegshetzer würde der ganze Haß des betrogenen und enttäuschten Volkes fallen; ihnen würde wegen ihrer Ablehnung jeder Friedensaussprache die alleinige Schuld an dem neuen militärischen Unglück zugeschoben werden; die Friedensfreunde stünden glänzend gerechtfertigt da; eine große Volksbewegung würde sich hinter sie stellen, die voraussichtlich zum Sturz der Regierungen führen und verständigungsbereite Männer bei unseren Feinden ans Ruder bringen würde. Es mag wohl sein, daß die Bewegung von England ihren Ausgang nehmen würde, weil dort heute schon eine nationale, in der Öffentlichkeit organisierte Friedenspartei existiert. Aber sowie

Digitized by Google

die englische Heimatfront einstürzt, hätten wir auch in Frankreich und Italien den moralischen Zusammenbruch zu gewärtigen. Dann würde eine Situation in der Entente eintreten, die einmal „New Statesman" folgendermaßen gekennzeichnet hat:

> „Wenn eine Friedenspartei in irgendeinem der kriegführenden Ententeländer die Macht an sich zu bringen im Begriffe stände, dann würde über die übrigen alliierten Völker Torschlußpanik kommen und sie würden sich beeilen, mit Deutschland handelseinig zu werden."

Ein solches Ergebnis wird unsere siegreiche Offensive allein, ohne politische Unterstützung, nicht herbeiführen.

Zweifellos haben unsere Waffenerfolge, namentlich die jüngsten, eine große Wirkung bei unseren Feinden bereits ausgelöst. Das Vertrauen zur politischen und militärischen Führung der Entente hat einen schweren Stoß erlitten. Diese Erfolge allein werden uns aber den Frieden nicht bringen; dazu bedürfen wir eines politischen Sieges hinter den feindlichen Fronten. Wie bereits erwähnt, wird nach Beendigung der Operationen des Jahres 1918 eine gewaltige Friedensbewegung durch die ganze Welt gehen. Hierin liegt nicht nur für unsere Feinde, sondern auch für uns selbst eine große Gefahr, vor der wir die Augen nicht schließen dürfen. Schon jetzt sind bei der Entente die Kriegshetzer an der Arbeit, jede Friedensströmung in ihren Ländern zu unterdrücken, um den Krieg über den fünften Kriegswinter in das Jahr 1919 hinüberzuretten, „bis die Amerikaner da sind". Das wird ihr gelingen, wenn wir weiter politisch untätig bleiben. Heute haben die Völker der Entente zum großen Teil den festen Glauben an ein entscheidendes Eingreifen Amerikas im Jahre 1919. Hieraus ergibt sich für uns die selbstverständliche Aufgabe, nichts unversucht zu lassen, um die Friedensbewegung bei unseren Feinden so zu stärken, daß sie bei ihnen zuerst in panikartige Formen ausartet und den Zusammenbruch der inneren Front herbeiführt.

Dieses Ziel soll und kann die vorgeschlagene politische Offensive erreichen. Eine solche gibt uns zugleich die Möglichkeit, die Friedensbewegung bei uns in der Heimat fest in der Hand zu behalten und sie selber zu leiten. Übernehmen wir hier nicht eine starke, zielbewußte Führung, so werden uns die radikalen und national unsicheren Elemente die Führung aus der Hand nehmen und die ganze Bewegung wird in Scheidemann-Erzbergerische Bahnen gleiten, wie im Juli 1917. Dann kann die Friedensbewegung bei uns in der Heimat zu einer Friedenskatastrophe führen. Das ist keine Schwarzseherei, sondern pflichtmäßiges Bestreben, die Dinge anzusehen, wie sie wirklich sind, und den Gefahren, ihrer möglichen Entwicklung vorausschauend, zu begegnen.

Digitized by Google

Wir dürfen uns nicht wie bisher von den Ereignissen treiben lassen und warten, ob uns eines schönen Tages die politischen Früchte unserer Siege in den Schoß fallen. Ohne das Einsetzen einer planmäßig handelnden Staatskunst vor Abschluß der militärischen Operationen kann der staatsmännische Friede nicht sichergestellt werden, der allein unseren Interessen entspricht.

5.

Englisch—österreichisch-ungarische Verhandlungen.

Botschafter Graf Wedel in „Hamburger Nachrichten".

Graf Czernins Versuche gingen weiter. Im Frühjahr 1918 leuchtete noch einmal ein Hoffnungsschimmer. Es fand in Genf eine Unterredung zwischen dem Burengeneral Smuts und dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff statt. Die Anregung war — und das erschien hoffnungsvoll — von England ausgegangen. Lloyd George sandte den ihm persönlich nahestehenden General Smuts. Wien fand in dem langjährigen Botschafter Grafen Mensdorff den richtigen Mann. Er war in London sehr beliebt gewesen, man hatte dort zu ihm Vertrauen, man kannte ihn als englandfreundlich und wußte, daß er 1914 sein Bestes getan hatte, den Krieg zu verhindern, und den Ausbruch des Konfliktes tief bedauerte. Graf Czernin konnte sich darauf verlassen, daß dieser bewährte Diplomat seine Worte glücklich wählen würde, er konnte sich aber auch darauf verlassen, daß der gewissenhafte und seiner Verantwortung bewußte Beamte sich genau an die Direktive halten würde, die ihm Graf Czernin mitgab. Diese Direktive bedeutete: sofort fragen, ob ein allgemeiner Friede in Frage komme, ob auch für Deutschland eine Friedensmöglichkeit bestehe, bejahendenfalls Vorschlag, einen Vertreter der deutschen Regierung zuzuziehen, verneinendenfalls Erklärung, daß weitere Besprechung zwecklos sei. Wie mir Graf Mensdorff nach seiner Rückkehr erzählte, hat ihm Smuts auf die Frage geantwortet, mit Deutschland könne nicht gesprochen werden. Auf den Einwand des Grafen Mensdorff, ob man denn nicht endlich wünsche, dem Wahnsinn gegenseitiger Vernichtung ein Ende zu machen, ob man denn immer noch glaube, die deutsche Armee besiegen zu können, erfolgte die Antwort: nein, das glaube man nicht, man mache sich keine Illusionen, man glaube nicht, Deutschland militärisch besiegen zu können, aber der Augenblick, mit Deutschland zu sprechen, sei noch nicht gekommen. Das war in den ersten Monaten 1918. Also damals noch nicht!

Botschafter Graf Wedel erzählt weiter, wie er mit einem hochgestellten englischen Offizier der Ententekommission in Wien im Herbst vorigen Jahres (1918) in ein Gespräch kam. In dessen Verlauf kam der Engländer auf die Verständigungsmöglichkeit zu sprechen. Eine Verständigung sei möglich gewesen, solange Asquith am Ruder war. Asquith und ebenso Grey seien Friedensmänner, sie seien widerwillig in den Krieg hineingerutscht und würden demselben gern ein Ende bereitet haben, wenn sich dazu eine für England annehmbare Gelegenheit geboten haben würde, nicht weil sie eine Niederlage befürchtet hätten, sondern weil sie in einer langen Fortsetzung des Weltkrieges eine große Gefahr für ganz Europa, also auch für England, erblickt hätten. Ob man denn in Deutschland nicht bemerkt habe, daß Grey einige Monate nach Kriegsausbruch öffentlich erklärt habe, wenn man sich über die Wiederherstellung Belgiens einige, so könne man jetzt Frieden schließen. — Wohl hat man es bemerkt; aber damals erwartete das ganze deutsche Volk nach großen Siegen in West und Ost und Besetzung feindlicher Gebiete eine Entschädigung für die dargebrachten Opfer! — Die Situation habe sich völlig verändert, fuhr der Engländer fort, seit Lloyd George die Zügel der Regierung ergriffen habe. Dieser habe eine ganz andere Auffassung von der Bedeutung des Krieges gehabt als sein Vorgänger. Lloyd George sei der Überzeugung gewesen, daß der Kampf um die Hegemonie in Europa zwischen

Digitized by Google

England und Deutschland einmal ausgefochten werden müsse bis zur endgültigen Entscheidung. Einem verfrühten Frieden werde ein zweiter Krieg folgen, in welchem Deutschland über eine ganz andere U-Bootflotte verfügen, England aber kaum so viele Bundesgenossen auf den Plan rufen könne. Die Chancen im zweiten Kriege würden daher für England viel ungünstiger, für Deutschland viel günstiger sein. Dieses sei Lloyd Georges Überzeugung. Er habe daher wiederholt auf die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes bis zur endgültigen Entscheidung hingewiesen, er habe erklärt, „einer bleibe oben, der andere unten", so müsse der Krieg enden. Ob man diese Erklärung des leitenden englischen Staatsmannes in Deutschland für Bluff gehalten habe? Seit Lloyd George das Staatsruder führe, sei ein Verständigungsfrieden ausgeschlossen gewesen, denn man habe ja berechnen können, daß die Siege auf dem Schlachtfelde nicht entscheidend seien, daß vielmehr die Dauer des Krieges entscheiden müsse, daß den Mittelmächten der Atem schließlich ausgehen müsse, da sie mit Menschen und Material früher zu Ende sein mußten als die aus fast unversiegbarer Quelle schöpfende Entente. England habe den Krieg gar nicht verlieren können, nicht einmal durch den eventuellen Verlust von Paris oder Calais. Es würde den Krieg an anderer Stelle fortgesetzt und mit Hilfe der Blockade Deutschland schließlich doch zum Nachgeben gezwungen haben. England sei nie auf dem Lande, sondern nur auf der See zu schlagen. Dazu aber sei die deutsche Flotte nicht stark genug gewesen und das U-Boot habe trotz fataler Wirkung England doch nicht ernstlich gefährden können. Die Abwehrmittel, namentlich das Konvoisystem, hätten den U-Bootkrieg schließlich abgeschwächt und eine vortreffliche Organisation in der ganzen Welt für genügenden Tonnageersatz gesorgt. — Der Offizier war an der Front gewesen, vielleicht wußte er nicht, daß Lloyd George wegen der Versenkungen doch besorgt war, oder er wollte als Soldat eine Gefahr für England nicht zugeben, die im Sommer 1917 auch in der Nervosität der englischen Presse erkennbar war.

Kommt man auf die Frage zurück, war ein Verständigungsfriede möglich?, so muß ich dieselbe nach Wiener Beobachtungen dahin beantworten: er lag in einem günstigen Augenblick 1917 im österreichischen Sinne, also „mit bedeutenden Opfern" im Bereich des Möglichen, doch hätte es auch dazu einer geschickten Politik mit guter Unterstützung von Presse und Öffentlichkeit in Deutschland und den ihm verbündeten Staaten bedurft. Im deutschen Sinne etwa auf der Grundlage des status quo ante bellum war ein Verständigungsfriede in den letzten zwei Kriegsjahren unmöglich. Die Alliierten hatten ihr festes Programm auf Grund ihrer der eigenen Überzeugung entsprechenden Interessen aufgestellt und ihre Kriegsziele durch bindende Verträge festgelegt. Sie waren nicht gesonnen, dieselben von dem Verhalten Deutschlands abhängig zu machen. Das hätte vorausgesetzt, daß sie sich als höchst bedroht und gefährdet und zu einem Verteidigungskrieg gezwungen fühlten. Sie selbst bestreiten es mit aller Entschiedenheit. Sie geben zu, daß sie den jungen deutschen Riesen, der ihnen zu mächtig wurde, dem sie, um sich einen Schein des Rechts zu geben, ehrgeizige Welteroberungspläne nachsagen und zugleich nach Art der Schulknaben behaupten, er habe „angefangen", überwinden wollten, bevor es zu spät war, zu ihrer eigenen Sicherheit und zum angeblichen Schutze der kleinen Völker und der Freiheit der Welt. Man hat uns Selbstüberschätzung vorgeworfen. Diejenigen, welche sich die Dinge so vorstellen, als habe die Entente sich an der Gurgel gefaßt gefühlt, als sei sie gern bereit gewesen, die versöhnende Hand zu bieten, wenn wir ihr Straf- und Schadlosigkeit zusicherten, scheinen mir von solcher Überschätzung auch heute noch nicht ganz frei zu sein. Der Kampf zwischen Annexionisten und Nichtannexionisten hat in Deutschland einen Nebel aufsteigen lassen, der auch dem Auge gewissenhafter und nach Wahrheit strebender Männer schwer durchdringlich erscheint. Vorgefaßte Meinungen und bittere Gefühle über das große Unglück tun das ihrige und hinzukommt, daß die Fühlungnahmen nicht in ihrem ganzen Verlauf bekannt wurden, sondern nur einzelne Momente, Episoden gezeigt wurden, die ein unrichtiges Bild geben. In Österreich, wo ein solcher Kampf nicht tobte, ist die Atmosphäre klar geblieben, spielen Uneinigkeit und Zweifel über Verständigungsmöglichkeiten gar keine Rolle.

Digitized by Google

6.

Schreiben an den Reichskanzler über unsere Ostpolitik.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 9. 6. 1918.
Nr. R. 439 P.

An den Reichskanzler.

Euer Exzellenz darf ich um Erlaubnis bitten, im nachfolgenden meine Ansichten über unsere militärisch-politische Lage im Osten mitzuteilen. Wir haben in Rücksicht auf unseren Menschenmangel die daselbst stehenden Divisionen weiter schwächen müssen. Sie haben die Kraft, ihre Okkupationsaufgaben zu erfüllen. Ihre Kraft reicht aber nicht aus, wenn die Verhältnisse sich im Osten verschlechtern. Wir müssen uns für alle Fälle bei der unklaren Haltung der schwachen Sowjet-Regierung nach weiteren Bundesgenossen im Osten umsehen.

Im Norden ist es Finnland, das sich dank des mit Euer Exzellenz Zustimmung vollzogenen Einmarsches militärisch festigt. Wir können hoffen, daß wir in Finnland für alle Fälle eine gute militärische Unterstützung finden werden.

Die Ukraine hat es zur Bildung eines Heeres noch nicht gebracht. Wir brauchen sie, um zu leben und uns mit Rohstoffen zu versorgen. Daß wir Truppen dort verwenden, ist damit militärisch gerechtfertigt; sonst wäre es ein Fehler.

In Georgien bietet sich Gelegenheit, ähnlich wie in Finnland, mit schwachen Streitkräften unsere Macht zu vervielfältigen; wir müssen dort die georgische Armee organisieren. Dazu ist die Anerkennung des georgischen Staates und seine Inschutznahme unumgänglich nötig. Hinzu tritt als ethisches Moment der Umstand, daß Georgien ein christlicher Staat ist, dem wir seit langem große Hoffnungen gemacht haben. Die Anerkennung und Inschutznahme Georgiens durch Deutschland wird zugleich das einzige Mittel sein, die begehrliche Türkei von Georgien fernzuhalten. Sonst werden die Schwierigkeiten dort nicht aufhören. Ich bitte, die Anwesenheit des Herrn Tschenkeli zu benutzen, dessen weitgehende Vollmachten zu prüfen und darauf mit bezug auf Georgien, wie angedeutet, vorzugehen, um unsere Kriegführung hier wie seinerzeit in Finnland zu unterstützen. Mit Entschlüssen dürfen wir nicht solange warten, bis die ersten Berichte des Generals v. Kreß vorliegen werden. Haben wir in Georgien einen Stützpunkt, so ist zu hoffen, daß sich der Kaukasus nach und nach beruhigt und wir von dort die uns so dringend notwendigen Rohstoffe beziehen können.

Ich darf besonders hervorheben, daß wir mit der Türkei daselbst werden rechnen und ihren Wünschen ein gewisses Entgegenkommen zeigen

Digitized by Google

müssen. Die Bahn von Batum über Tiflis nach Djulfa ist für ihre Operationen von ausschlaggebender Bedeutung. Die Truppentransporte über diese Bahn müssen der Türkei sichergestellt sein. Auf Betrieb der Bahn Tiflis—Baku unter deutschem Einfluß können wir nicht verzichten. Dort müssen uns die Türken den Vorrang lassen. Ebenso darf Baku den Türken nicht ausgeliefert werden. Wie im übrigen die Verhältnisse im armenischen und tatarischen Teil Transkaukasiens liegen, muß General v. Kreß erst feststellen. Als Leitsatz müßte feststehen, daß die Türkei uns in der Entfaltung der Wehrmacht Georgiens und in der Rohstoffversorgung aus dem Kaukasus nicht beengen darf. Ein Festsetzen der Türken an der Bahn Tiflis—Baku und die Besetzung von Baku, die zu einer Vernichtung der dortigen Ölindustrie führen würde, wäre daher eine uns feindliche Handlung.

Nach vorstehendem haben wir militärische Unterstützung im Osten von Finnland und Georgien zu erwarten. Das genügt noch nicht. Wir müssen in vorsichtiger Weise und nicht offiziell auch noch mit den Kosakenstämmen Ciskaukasiens in Verbindung treten, die von der Sowjet-Regierung losstreben. Die Wiedererstattung von uns genommener russischer Waffen kann ein Schritt hierzu sein, falls wir die Garantie haben, daß sie nicht gegen uns verwendet werden.

Ich glaube, daß damit auf mehr militärischem Gebiet alles geschehen ist, was unsere Lage im Osten zunächst erfordert, nicht so auf politischem Gebiet.

Hier kann ich das unehrliche Treiben der Sowjet-Regierung nur mit schwerstem Mißtrauen ansehen. Ich habe dem Euer Exzellenz gegenüber schon verschiedentlich Ausdruck gegeben. Das anliegende Telegramm wirft ein besonders grelles Schlaglicht auf die Haltung dieser Regierung. Ich darf zudem hier noch an unsere Gefangenenfrage, die Unterstützung der Roten Garden in Finnland durch die Sowjet-Regierung, die Behandlung der Entente an der Murman-Bahn, die Frage der Schiffe von Noworossisk und die Frage der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit uns erinnern. Besonders schwerwiegend ist das Verhalten der Sowjet-Regierung gegenüber den tschechisch-slowakischen, serbischen und rumänischen Truppen, wenn dies auch Herr Joffe bestreitet.

Statt vertragsmäßig demobil zu machen, bewaffnete die russische Sowjet-Regierung die tschechisch-slowakischen usw. Truppen oder ließ sie bestehen und zunächst in der Ukraine gegen uns kämpfen, um sie dann nach der Murman-Bahn und dem fernen Osten abfahren zu lassen. Von hier aus sollten sie — so glaubte die Sowjet-Regierung — nach Frankreich geschafft werden, um gegen uns zu kämpfen. Den Wünschen der Entente scheint es indessen mehr entsprochen zu haben, sich mit diesen Truppen an

Digitized by Google

der Murman-Bahn und der ostsibirischen Bahn festzusetzen, um damit Herr in Rußland zu werden. Jetzt änderte die Sowjet-Regierung ihr Gesicht und erklärte plötzlich, die tschechisch-slowakischen usw. Truppen entwaffnen zu wollen. Ihre ganze Verlogenheit kommt darin zum Ausdruck.

Ich will hier noch erwähnen, daß die Forderungen der Sowjet-Regierung in Kiew immer weitgehender wurden, sobald sie erkannte, daß wir tatsächlich die Demarkationslinie nicht überschreiten würden, obschon sie anderseits immer wieder gegen unser vermeintliches Vorrücken protestierte.

Die Sowjet-Regierung beginnt, soweit ich es übersehen kann, uns gegenüber die gleiche Haltung anzunehmen, wie bei den ersten Brester Verhandlungen. Sie verschleppt alle für uns wichtigen Fragen und arbeitet, wo sie immer kann, gegen uns. Wir haben von dieser Sowjet-Regierung nichts zu erwarten, obschon sie nur von unserer Gnade lebt. Sie ist für uns eine dauernde Gefahr, die sich nur dann mindern wird, wenn sie uns weiter als unbedingten Herrn anerkennt und, aus Furcht vor Deutschland und Sorge für ihren eigenen Bestand, sich uns willfährig erweist. Es scheint mir daher ein starkes und rücksichtsloses Auftreten der Sowjet-Regierung gegenüber noch immer am Platz; wir müssen ihr gegenüber die Forderungen, die unsere militärische Lage verlangt, unbedingt und schnell durchsetzen, um wirklich im Osten keine Überraschungen unangenehmer Art zu erleben.

Die Sowjet-Regierung hat bisher den Beweis nicht erbracht, daß sie ein Land zu regieren imstande ist. Bisher hat sie zerstört, jetzt will sie in scharfer Rechtsorientierung aufbauen. Hierzu fehlt ihr der Beamte. Jedenfalls sind starke Strömungen vorhanden, die gegen die Sowjet-Regierung arbeiten; dies müssen wir berücksichtigen.

Wenn wir auch offiziell nur mit der Sowjet-Regierung verhandeln, so haben wir doch auch Beziehungen zu anderen Strömungen in Großrußland zu unterhalten, damit wir nicht plötzlich ohne Anhang dastehen. Auf die Anhänger Kerenskis ist kein Verlaß, sie sind ganz im Fahrwasser der Entente. Dagegen müssen wir mit den rechtsstehenden, mehr monarchischen Gruppen in einer Weise Fühlung aufnehmen und sie so beeinflussen, daß die monarchistische Bewegung ganz nach unseren Wünschen marschiert, wenn sie sich Geltung verschafft. Ihre Bedeutung hat auch die Entente erkannt. Wie ich zuverlässig erfahre, hat sie bereits durch den französischen Gesandten Noulens den Monarchisten ihre Unterstützung bei der Sammlung der konservativen Elemente und Einführung einer konstitutionellen Monarchie angeboten. Das Angebot ist in höflicher Form entgegengenommen, aber vorläufig nicht beantwortet worden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet müssen wir noch vor dem allgemeinen Frieden mit den russischen Völkerschaften zu klaren Abmachungen kommen,

Digitized by Google

sonst laufen wir, jedenfalls bei der Sowjet-Regierung, Gefahr, daß sie alles versuchen werden, um den Brester Vertrag für sich zu verbessern. Auch würden schon wirtschaftliche Abmachungen im Osten die Drohungen der Entente bezüglich der wirtschaftlichen Boykottierung Deutschlands zu nichte machen und damit unsere Stellung bei den Friedensverhandlungen und in der Welt ganz ungemein stärken.

J. A.: gez. Ludendorff.

7.

Vertrauliche Besprechung zwischen dem Reichskanzler, dem Generalfeldmarschall und General Ludendorff am 1. Juli 1918 in Spaa.

1. Fall Kühlmann.

Reichskanzler: Bei Rede des Staatssekretärs haben unglückliche Umstände mitgewirkt. Ermüdung und fehlende Zeit zur Vorbereitung wegen vorausgegangener Sitzung des Hauptausschusses. Keine Zeit zum Frühstücken, daher matter Tonfall und Eindruck, als verlöre K. im zweiten Teil der Rede den Faden, während gegen ersten Teil der Rede nichts einzuwenden gewesen war. Verwirrend hat auch der am selben Tage erschienene Bernhardt-Artikel gewirkt, der ähnliche Gedanken zu vertreten schien. Da man Bernhardt Beziehungen zur O. H. L. nachsagt, konnte Eindruck entstehen, als sei Rede des Staatssekretärs nach Verabredung mit O. H. L. entstanden.

Ich war nur in großen Zügen durch K. unterrichtet, was er sagen wollte, und hatte beim Anhören der Rede zunächst nicht so schlimmen Eindruck, hörte aber gleich darauf von ungünstiger Wirkung. Leider hat zweite Kühlmann-Rede Lage nicht gebessert.

Feldmarschall: Die O. H. L. hat aus ihrem Argwohn gegen den Staatssekretär nie ein Hehl gemacht. Der Eindruck der Rede auf das Heer ist niederschmetternd. Die Rede steht in schroffstem Gegensatz zur letzten Rede Seiner Majestät. Der Staatssekretär muß Zeit finden, sich auf so wichtige Rede vorzubereiten. Hinter ihm stehen Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt. Man hat den Eindruck eines Konflikts Kühlmann-Reichstagsmehrheit gegen Reichskanzler.

Reichskanzler bespricht die Mitteilung der O. H. L. an die Pressekonferenz (Telegramm Nikolai-Würz) und spricht dringende Bitte aus, derartige Mitteilungen, die eine Kritik von Regierungsstellen enthalten oder eine Meinungsverschiedenheit zwischen O. H. L. und Reichsleitung erkennen lassen, an ihn zu richten und nicht unmittelbar an großen Journalistenkreis.

Gen. Ludendorff erläutert die Entstehung der Mitteilung. Bei schwerer Gefährdung der Stimmung durch Kühlmann-Rede war größte Eile geboten, um Presse sofort zu beruhigen und von falschen Schlüssen

Digitized by Google

über unsere militärische Lage abzuhalten. Das Telegramm sollte nur vom Chef des Kr.-Presseamts verwertet werden, wenn er gefragt wurde.

2. Verhalten zu England.

Reichskanzler: Wie soll der Krieg weitergehen? Bei vollstem Vertrauen in unsere Kraft und unseren Siegeswillen muß ich doch die Frage stellen: Können wir England vernichten?

O. H. L.: Vernichten nicht, aber erheblich schwächen.

Reichskanzler: Sollte England, um nicht ganz unter den übermächtigen amerikanischen Einfluß zu kommen, einmal bereit sein zu sprechen, sollen wir es dann anhören?

O. H. L.: Selbstverständlich; O. H. L. hat derartiges nie abgelehnt.

Reichskanzler: Wir sind also darin einig, daß wir zunächst unsere volle Kraft weiter einsetzen, aber zu vernünftigem Gespräch bereit sein würden.

O. H. L.: Die Entente hat in den letzten Monaten von uns solche Schläge erhalten, daß die Stimmung gedrückt sein muß. England muß sich sagen, daß es noch viel zu verlieren hat. Sollte es aus solcher Erkenntnis an uns herantreten, so würde die O. H. L. stets bereit sein, zu hören. Aber alle Schritte müssen mit der Würde und Kraft geschehen, die Deutschlands Leistungen entsprechen.

3. p. p.

4. Preußische Wahlrechtsfrage.

Reichskanzler: Es besteht noch Hoffnung, daß Konflikt vermieden werden kann. Das Vertrauen, daß die Regierung die gegebene Zusage einlösen wird, muß erhalten bleiben, daher muß als ultima ratio im Hintergrunde die Auflösung stehen. Vorlage wird an Herrenhaus gehen, durch dessen Ausbau wertvolle Sicherungen gewonnen werden könnten. Vor September dürfte Vorlage nicht an das Abgeordnetenhaus zurückgelangen. Dann muß Entscheidung fallen. Gegen Beunruhigung in Arbeiterkreisen wegen angeblicher Verschleppung wird durch Vizekanzler von Payer eingewirkt, der in allen Fragen sehr reell und praktisch mitarbeitet.

8.

Beurteilung unserer Lage durch General Pershing*).

Der Bericht bringt folgende wichtige Einzelheiten:

Stand des Weltkrieges bei Eintritt der Vereinigten Staaten.

Die Gründe für manche wichtige Entscheidung reichen in die erste Geschichte des amerikanischen Expeditionskorps zurück. Um den wahren Wert

*) Zeitungen „World" und „Globe". Der Verfasser.

Digitized by Google

der amerikanischen Anstrengungen besser zu verstehen und zu würdigen, ist es daher wünschenswert, die wichtigsten Ereignisse beim Kriegsbeginn zu berücksichtigen.

Obgleich der deutsche Einfall von 1914 in seiner ursprünglichen Absicht fehlgeschlagen war, hatten die deutschen Armeen doch wichtige Eroberungen gemacht. Deutsche Streitkräfte waren im Besitz von Belgien und der reichen Industriegebiete Nordfrankreichs. Die deutschen Armeen hielten eine stark befestigte Linie von 468 Meilen Länge, die sich von Newport am Kanal bis zur Schweizer Grenze ausdehnte. Die Truppen standen 48 Meilen von Paris. Die Initiative war bei den Deutschen. Im Osten zwang die Schnelligkeit der russischen Mobilisation, gerade vor der Marneschlacht Truppen nach diesem Frontabschnitt zu senden, aber Ende 1914 waren die russischen Armeen aus Ostpreußen vertrieben und auf Warschau zurückgeworfen. Wegen der moralischen Wirkung auf den Islam und der anhaltenden Bedrohung der Verbindung der Alliierten nach dem fernen Osten führte der Eintritt der Türkei in den Krieg zu einem Angriff der Alliierten auf die Dardanellen.

Lage im Sommer 1915.

Italien verband sich mit den Alliierten und gab ihnen neue Kraft; dagegen trat Bulgarien zu den Mittelmächten. Die drohende Lage an der russischen Front und auf dem Balkan zwang Deutschland zu einer sofortigen Offensive im Osten und zur Defensive an der Westfront. Deutsche Armeen siegten an den masurischen Seen, in Galizien und vor Warschau, Brest-Litowsk und Wilna. Die Mittelmächte überrannten Serbien und Montenegro, während die italienischen Armeen Österreich zwangen, annähernd die Hälfte seiner Streitkräfte gegen sie aufzustellen. Im Westen brachten die Angriffe der französischen und britischen Armeen den Deutschen bedeutende Verluste. Aber die Ziele waren begrenzt, und der Erfolg blieb örtlich. Die Dardanellen-Expedition, fehlgeschlagen in ihrer Ausführung, wurde im Januar 1916 eingestellt. In Mesopotamien waren die Operationen der Alliierten auch nicht erfolgreich. Obgleich die britische Flotte zur See in der Übermacht war, hatte sich doch die deutsche U-Bootblockade als eine ernste Bedrohung der alliierten Schiffahrt entwickelt.

Lage 1916.

Deutschland, gestützt auf seine Erfolge im Osten, griff im Frühjahr 1916 Verdun an. Aber Rußland, noch nicht geschlagen, begann Anfang Juni, unterstützt durch die Offensive der Italiener im Westen, den großen, für Österreich unglücklichen Vormarsch in Galizien.

Rumänien trat auf die Seite der Alliierten und unternahm den vielversprechenden Angriff gegen Österreich. Die englischen und französischen

Digitized by Google

Armeen griffen längs der Somme an. Deutschland blieb im Westen wieder defensiv, begann aber im September 1916 den für Rußland und Rumänien so unglücklichen Feldzug im Osten.

Frühjahr 1917.

Hinreichende Kräfte an der Ostfront für die endgültige Eroberung Rußlands behaltend, bereitete Deutschland zur Unterstützung Österreichs eine Offensive gegen Italien vor. Unterdessen brachte die russische Revolution Mitte Sommer 1917 den endgültigen Zusammenbruch dieses Reiches.

Die relativ geringe Stärke der Deutschen an der Westfront veranlaßte die Alliierten, mit mehr Vertrauen eine Entscheidung auf dieser Front herbeizuführen. Aber die Verluste waren sehr schwer, und die Anstrengungen schlugen gänzlich fehl. Das Mißlingen verursachte ernste Rückschläge, besonders auf die französische Moral, in der Armee wie im Lande. Versuche, sie durch ausgedehnte und gemeinsame Operationen durchzusetzen (die Entscheidung), wurden endgültig aufgeschoben.

Millionen von Tonnen gesunken. In fünf Monaten hatten Ende Juni 30 deutsche U-Boote die Zerstörung von mehr als 3 250 000 t der Alliierten-Schiffahrt erreicht. Während dreier Jahre hatte Deutschland tatsächlich bei allen seinen Offensiven, mit Ausnahme Verduns, seine Unternehmungen von Erfolg gekrönt gesehen. Seine Stellungen auf fremdem Boden waren gehalten, alle Angriffe seit der Marneschlacht abgeschlagen.

Der deutsche Generalstab konnte nun vorhersehen:

1. Das vollkommene Ausscheiden Rußlands.

2. Die Möglichkeit einer Vernichtung Italiens vor Ende des Jahres, und endlich den Feldzug von 1918 gegen die französischen und britischen Westfronten, der den Krieg beendigen würde.

Die deutschen Hoffnungen auf endgültigen Sieg waren nicht außergewöhnlich, weder zu jener Zeit, noch im Lichte der Geschichte. Finanzielle Aufgaben der Alliierten waren schwierig, Ergänzungen (Nachschub) standen vor der Erschöpfung, und die Armeen hatten entsetzliche Verluste erlitten. Entmutigung war nicht allein unter der Zivilbevölkerung vorhanden, sondern ebenso in der Armee.

So stand die **Moral der Alliierten**, obgleich ihre Übermacht an der Westfront während der letzten Hälfte des Jahres 1916 und während 1917 sich um 20 v. H. erhöhte, einzig lokale Angriffe unternommen werden konnten, und die Erfolge bewiesen vollkommen die Unzulänglichkeit gegenüber der deutschen Defensive. Alliierte Hilfsquellen an einheimischem Ersatz waren niedrig, und es bestand dabei wenig Aussicht auf wesentliche Zunahme der bewaffneten Macht, angesichts der Wahrscheinlichkeit, die ganze

Digitized by Google

militärische Kraft der Mittelmächte im Frühling 1918 gegenüber zu haben. Dieses war der Stand der Dinge, als wir in den Krieg eintraten (April 1917). Während unser Eintritt den Mut der Alliierten in mäßigen Grenzen hob, zwang die Prüfung der Lage Amerika, so schnell wie möglich große materielle Anstrengungen zu machen. Nach reiflicher Überlegung der Tonnagemöglichkeiten kabelte ich am 6. 7. 1917 nach Washington:

„Pläne zur Übersendung von wenigstens einer Million Mann bis nächsten Mai ausarbeiten."

Die Ankunft der ersten Division und die Parade von einigen Teilen derselben in Paris am 4. Juli 1917 löste große Begeisterung aus, so daß für die nächste Zeit die französische Moral gehoben wurde. Dennoch waren die alliierten Befürchtungen noch sehr tief eingewurzelt und materielle Unterstützung sehr dringend.

Frühjahr 1918.

Ein Überblick der Lage zeigte, daß, nachdem Rußland aus dem Kriege ausgeschieden war, die Zentralmächte imstande sein würden, eine große Anzahl von Divisionen für anderweitigen Dienst freizumachen, und daß sie während des Frühjahrs und Sommers 1918, ohne sich um den status quo in Saloniki zu kümmern, auf der Westfront eine viel größere Truppenmacht vereinigen konnten als die Alliierten. Im Hinblick auf diese Lage wurde dem Kriegsdepartement im Dezember vorgestellt, daß es von der größten Wichtigkeit sei, die Vorbereitungen für die Alliierten zu beschleunigen. Am 17. 12. 1917 waren 176 665 Mann amerikanischer Truppen in Frankreich, davon aber nur eine Division an der Front erschienen. Enttäuschung über die Verzögerung der amerikanischen Hilfe machte sich bald geltend. Die französischen und britischen Behörden legten uns nahe, unsere Truppen schneller an die Front zu schieben. Sie drängten zur Vereinigung unserer Truppen mit den eigenen, sogar darauf bestehend, unsere Ausbildung zu verkürzen, um nur das Mindestmaß der Schützengrabenausbildung zu erreichen, welche sie selbst bisher für nötig gehalten hatten.

Die Alliierten sind sehr geschwächt und wir müssen ihnen noch 1918 zu Hilfe kommen. Im darauf folgenden Jahre könnte es zu spät sein. Es ist sehr zweifelhaft, ob sie bis 1919 durchhalten können, wenn wir ihnen nicht 1918 ausgiebig zu Hilfe kommen.

Als am 21. 3. 1918 das deutsche Heer an der Westfront eine Reihe von Angriffen begann, war es bei weitem die mächtigste Truppe, welche die Welt je gesehen hat. An Kampftruppen und Geschützen besaß es eine große Überlegenheit; aber das war von geringerer Wichtigkeit, als der Vorteil, den Moral, Erfahrung, Ausbildung und die Einheitlichkeit des Kommandos für den Bewegungskrieg brachten. Schon seit dem Zu-

Digitized by Google

sammenbruch der russischen Heere währte die Dauerkrisis an der italienischen Front. Selbst 1917 noch wurden deutsche Heere aufgestellt und für den großen Feldzug vorbereitet, der den Krieg beendigen sollte. Die besten Truppen Deutschlands, seine erfolgreichsten Generale und die gesamten Erfahrungen von drei Kriegsjahren waren zur höchsten Leistung zusammengefaßt. . . . . Die erste deutsche Offensive am 21. 3. 1918 überrannte beim ersten Anlauf jeden Widerstand. Die bei den französischen und britischen Reserven angerichteten Verluste waren derartig, daß ihnen die Niederlage ins Gesicht starrte, wenn die frischen amerikanischen Truppen sich nicht sofort verfügbar zeigten, viel mehr, als alle Optimisten zu hoffen wagten.

Kaum hatte sich die Schlachtlinie bei Amiens gefestigt, als am 9. 4. 1918 die Deutschen erneut erfolgreich losbrachen. Die Verluste waren sehr schwer und die Briten nicht imstande, sie vollkommen zu ersetzen. Sie machten daher außerordentliche Anstrengungen, um den Schiffsraum für unsere Truppentransporte zu vermehren.

Der nächste Angriff der Deutschen erfolgte am 27. 5. 1918 zwischen Oise und Berry au Bac . . . und hatte bemerkenswerten Erfolg, da die deutschen Heere in vier Tagen nicht weniger als 50 km vorrückten. In den ersten Tagen entstand eine panikartige Flucht aus Paris. Nach Schätzung sollen im Frühjahr 1918 etwa eine Million Menschen die Stadt verlassen haben.

Schreiben der Ententeminister vom 2. Juni 1918, genehmigt von General Foch.

„Die Premierminister von Frankreich, Italien und Großbritannien, welche jetzt in Versailles zusammenkommen, möchten folgende Botschaft an den Präsidenten der Vereinigten Staaten richten:

Wir wünschen, dem Präsidenten Wilson unseren wärmsten Dank auszusprechen für die außerordentliche Schnelligkeit, mit welcher amerikanische Hilfe — und noch dazu das Maß, welches erforderlich erschien, übersteigend — den Alliierten während der vergangenen Monate geleistet worden ist, um einer großen Übermacht standzuhalten.

General Foch hat uns einen Bericht von außerordentlichem Ernst überreicht, welcher zeigt, daß die zahlenmäßige Überlegenheit des Feindes in Frankreich, wo 162 alliierte Divisionen jetzt 200 deutschen Divisionen gegenüberstehen, sehr schwerwiegend ist, und daß, da keine Möglichkeit besteht, die Anzahl der britischen und französischen Divisionen zu erhöhen (im Gegenteil, sie sind ganz außerordentlich beschränkt), die große Gefahr besteht, daß der Krieg verloren wird, wenn nicht die zahlenmäßige Unterlegenheit der Alliierten so schnell wie möglich durch die Ankunft amerikanischer Truppen behoben werden kann.

Digitized by Google

Er besteht daher mit äußerster Beharrlichkeit darauf, daß die größtmögliche Anzahl von Infanterie und Maschinengewehren, in welcher Hinsicht die Knappheit an Mannschaften auf seiten der Alliierten ganz besonders besteht, von Amerika herübergeschafft werden sollte in den Monaten Juni und Juli, um die sofortige Gefahr einer Niederlage der Alliierten im gegenwärtigen Feldzuge abzuwenden, welche verursacht werden würde durch den Umstand, daß die Reserven der Alliierten vor denjenigen der Deutschen erschöpft sein würden.

Hinzufügend bemerkt er noch, daß, wenn man in die Zukunft sieht, es unmöglich ist, einen endgültigen Sieg vorauszusehen, wenn nicht Amerika imstande ist, eine solche Armee zu stellen, welche die Alliierten in die Lage versetzen wird, endgültig eine zahlenmäßige Überlegenheit herzustellen. Er taxiert die gesamte amerikanische Stärke, welche hierzu erforderlich ist, auf nicht weniger als 100 Divisionen und dringt auf beständiges Transportieren von frischen amerikanischen Reserven, welche seiner Meinung nach nicht weniger als 300 000 per Monat sein sollten mit der Aussicht, eine gesamte amerikanische Stärke von 100 Divisionen so bald wie nur irgend möglich herzustellen.

Wir sind befriedigt, daß General Foch, welcher den gegenwärtigen Feldzug mit vollendeter Geschicklichkeit führt und zu dessen militärischem Urteil wir nach wie vor das größte Vertrauen haben, die Notwendigkeit des Falles nicht überschätzt, und bauen darauf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten alles tun wird, was getan werden kann, den Notwendigkeiten der augenblicklichen Lage entgegenzukommen und mit beständigem Einsetzen von frischen Reserven, welche hierfür berechnet worden sind, so schnell wie möglich die zahlenmäßige Überlegenheit herzustellen, welche der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen für wesentlich erachtet, um zum endgültigen Siege zu gelangen.

Clemenceau. D. Lloyd George. Orlando."

Aus der Revue des Deux Mondes. Besprechung der Kriegserinnerungen des Generals Ludendorff von General Buat.

„Wir haben Stunden gekannt, in denen Ludendorff uns in eine Lage versetzte, ähnlich der, die wir soeben beschrieben haben (Herbst 1918). Das war Ende Juni 1918 . . . . wo wir fürchten konnten, nicht mehr genügend Divisionen in Reserve zu haben. Hätten die Deutschen in diesem Zeitpunkt einen dritten starken Angriff an irgendeinem anderen Punkt unserer Front gemacht, so kann niemand sagen, wie es gekommen wäre."

(Leider war dieser Angriff nicht möglich, aber die viel angegriffene Berechnung der feindlichen Reserven seitens der Obersten Heeresleitung findet dadurch ihre Bestätigung. Der Verfasser.)

Digitized by Google

9.

Ein historisches Gespräch.

Lersner zu Loucheur: Er sei am 15. Juli 1918 im deutschen Hauptquartier gewesen. Dort habe Ludendorff gegen ihn ausgesprochen: „Wenn mir jetzt der Vorstoß bei Reims gelingt, haben wir den Krieg gewonnen."

Loucheur darauf: Es sei ein eigenartiger Zufall, daß er am 15. Juli 1918 im Hauptquartier bei Foch war. Foch habe ihm damals gesagt: „Wenn den Deutschen der Vorstoß bei Reims gelingt, haben wir den Krieg verloren."

(Mir ist dies bemerkenswerte Gespräch von einem Bekannten mitgeteilt, der es als historisch zuverlässig bezeichnet. Der Verfasser.)

Nachtrag: Nach August Demblin „Czernin und die Sixtus-Affäre" hat Graf Czernin am 2. April 1918 gesagt: „Gott ist mein Zeuge, daß wir alles versucht haben, was möglich war, um die neue Offensive zu vermeiden. Die Entente hat es nicht gewollt. Herr Clemenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hierzu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könnte, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Möglichkeit mehr."

Ich habe von dieser Anfrage Clemenceaus nichts erfahren, ebensowenig von unverbindlichen Besprechungen über den Frieden im Haag im Juni und Anfang Juli 1918 (Karl Graf Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei, 1919).

---

*) Zu S. 499. Der französische Kommandant R. gab Bekannten von mir an, daß in Frankreich meine Stellungnahme unmittelbar darauf bekannt geworden wäre, und zwar durch Kaiser Karl, der Mitte August in Spaa war, und den Prinzen von Parma — vgl. Abschnitt XVII.

Daraufhin habe Foch den Befehl zum Angriff in der zweiten Augusthälfte gegeben. Den französischen Soldaten, deren Kampfkraft erheblich nachgelassen hatte, sei gesagt worden: „Der letzte Schlag gegen Deutschland müsse jetzt geführt werden. Ludendorff selbst habe gesagt, daß Deutschland Frieden machen müsse und den Krieg verloren habe."

Die Rolle des Kaisers Karl und des Prinzen Sixtus von Parma stellt sich als immer verhängnisvoller heraus.

Digitized by Google

XXII. Friedensverhandlungen.

A. Besprechungen am 13. und 14. August 1918 über eine neutrale Friedensvermittlung*) und der Burianſche Friedensſchritt.
B. Das Friedens- und Waffenſtillſtandsangebot und die Revolution von oben.
C. Die Revolution von unten.
D. Feindliche Stimmen über den Ausgang des Krieges.

A. Besprechungen am 13. und 14. August 1918 über eine neutrale Friedensvermittlung und der Burianſche Friedensſchritt.

Über die Beſprechungen haben ſich verſchiedene Lesarten gebildet. Ich ſtelle hier wiederum feſt, was am 14. feſtgeſetzt wurde, iſt am 13. beſprochen und feſtgeſtellt. Es handelte ſich am 13. für uns um eine Aufklärung des Reichskanzlers und des Staatsſekretärs v. Hintze über die Kriegslage. Seine Majeſtät der Kaiſer war dauernd voll unterrichtet. Am 14. ſollte die Entſcheidung Seiner Majeſtät erbeten werden. Ich beziehe mich im einzelnen auf meine Entgegnung auf das amtliche Weißbuch: Vorgeſchichte des Waffenſtillſtandes. Heft 1. Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung. Berlin 1919, E. S. Mittler & Sohn.

1.

Unterzeichnetes Protokoll der Beſprechung im Großen Hauptquartier am 14. Auguſt 1918.

Anweſend:

S. M. der Kaiſer und König,
S. Kgl. (Kaiſerl. Der Verfaſſer.) Hoheit der Kronprinz,
der Reichskanzler,
der Generalfeldmarſchall von Hindenburg,
der 1. Generalquartiermeiſter General Ludendorff,
der Staatsſekretär des Äußern,
Generaladjutant von Pleſſen,
Chef des Zivilkabinetts von Berg,
Chef des Militärkabinetts Freiherr von Marſchall.

*) S. Anmerkung auf S. 498.

Digitized by Google

Der **Reichskanzler** ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde — Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel. Wahlrechtsreform.

General **Ludendorff**: Strengere innere Zucht erforderlich. Zusammenfassung der inneren Kräfte mit größter Energie*). Bestrafung Lichnowskys.

Der **Staatssekretär** äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je. Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt sei aber die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. Je länger der Krieg dauert, desto mehr vermindert sich in den Zentralmächten der Bestand an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten, während die Alliierten in allen drei Punkten auf Vermehrung rechnen. In jüngster Zeit ist bei den Alliierten hierzu die Hoffnung getreten, dem Faktor Zeit durch militärische Erfolge nachhelfen zu können. Soviel für den Feind.

Die Neutralen sind überaus kriegsüberdrüssig; auch bei ihnen befestigt sich die Meinung, daß allein durch die Zeit die Zentralmächte zur Niederlage verurteilt seien; allerdings würden die Neutralen am liebsten sehen einen Frieden ohne einen Sieg für irgendwelche Partei. Aus Gefühlsrücksichten ist den meisten Neutralen der Sieg unserer Feinde sympathischer. Vor allem aber wollen sie das Kriegsende sehen, gleichgültig welches. Daher sind sie auch bereit, auf unsere Niederlage hin mitzuarbeiten. Ein Beweis sei das Vorgehen Spaniens gegen unsere Torpedierungen, welches uns vor das Problem stellt, entweder den U-Bootkrieg einzuschränken, oder Krieg. Dieser Vorgang sei um so bedenklicher, als bei Bekanntwerden andere Neutrale ihm folgen würden.

Verbündete: Österreich erklärt — und unsere eigenen Nachrichten geben eine Bekräftigung dieser Meinung —, daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei, daß es nicht länger als durch den Winter aushalten könne, daß selbst ein Winterfeldzug mehr als zweifelhaft sei.

Bulgarien stellt größte Anforderungen an Subsidien und Lieferung von Waren und ist wegen Erschöpfung seiner Armee angeblich wenig leistungsfähig.

Die Türkei hat sich in einen Mord- und Beutekrieg im Kaukasus

*) Ich habe mich über die Notwendigkeit, den Geist des Volkes zu heben, am 13. und 14. August sehr eingehend ausgesprochen, weil hiervon die Widerstandsfähigkeit der Front abhing. Ich weise auch auf die Verfügung des Reichskanzlers vom 29. 8. 1918 Seite 288 hin.

Digitized by Google

geſtürzt, kommt uns dort in die Quere und ſetzt unſeren Einwendungen und Mahnungen die bekannte Reſiſtenz des Orientalen und des Schwächeren entgegen. Wir haben die Wahl, unſere Bundesgenoſſen gewähren zu laſſen oder uns mit ihren anſpruchsvollen Forderungen einverſtanden zu erklären. In unſerer Lage iſt die Wahl von vornherein entſchieden.

Der Chef des Generalſtabes des Feldheeres hat die kriegeriſche Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unſerer Feinde durch kriegeriſche Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unſere Kriegführung ſich als Ziel ſetzen muß, durch eine ſtrategiſche Defenſive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen*). Die politiſche Leitung beuge ſich vor dieſem Ausſpruch der größten Feldherren, die dieſer Krieg hervorgebracht habe, und ziehe daraus die politiſche Konſequenz, daß politiſch wir außerſtande ſein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher gezwungen ſeien, dieſer Kriegslage in der Führung unſerer Politik hinfort Rechnung zu tragen.

S. Kgl. Hoheit der Kronprinz erklärt, alles, was der General Ludendorff und der Staatsſekretär geſagt hätten, zu unterſchreiben, und betont, es müßte in ſtrengerer Zucht die innere Front zuſammengefaßt werden.

Seine Majeſtät: Die Stellvertretenden Kommandierenden Generale und der Kriegsminiſter müſſen im Innern beſſere Ordnung halten. An die Generale wolle er diesbezüglich neue Order erlaſſen. Die Zivilbehörden hätten mitzuwirken an ſtrikterer Durchführung der Staatsgewalt.

In bezug auf Erſatz müſſe beſſer ausgekämmt werden. In Berlin liefen noch eine Menge junger Leute frei herum.

Seine Majeſtät billigen die Ausführungen über die außenpolitiſche Lage, doch leidet auch der Feind, es würden ihm viele Menſchen totgeſchlagen, ſeine Induſtrie finge ſchon an, brach zu liegen infolge Mangels an Rohſtoffen; auch Lebensmittel mangelten. Die diesjährige Ernte in England ſei ſchlecht; die Tonnage vermindert ſich ſtändig, vielleicht kommt durch dieſen Mangel England allmählich dazu, ſich zum Frieden zu bekehren.

Seine Majeſtät erklären die Charakteriſtik der politiſchen Situation für richtig, es müſſe auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feind zu verſtändigen hätten. Neutrale Staaten (der Kaiſer bezeichnet ſolche)

*) Die Sperrungen ſind bei der Herausgabe vorgenommen. Dies gilt im weſentlichen für alle hier veröffentlichten Urkunden. Der Verfaſſer.

Digitized by Google

seien geeignete Media. Zur Schwächung der Siegeszuversicht des Feindes, zur Hebung der Zuversicht des deutschen Volkes sei die Bildung einer Propagandakommission erforderlich. Flammende Reden müßten gehalten werden von angesehenen Privatpersonen (Ballin, Heckscher) oder von Staatsmännern. In die Kommission seien Männer von entsprechenden Fähigkeiten zu berufen, nicht sowohl Beamte. Die politischen Direktiven müsse das Auswärtige Amt geben.

Die einzelnen Ressorts müßten nicht wie bislang gegeneinander arbeiten und voreinander Geheimniskrämerei treiben. Die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten, der Kriegsminister müsse die Kommandierenden Generale unterstützen und sie nicht im Stiche lassen.

Der **Reichskanzler** spricht sich für eine energische Aufrechterhaltung der Autorität im Innern aus. Bezüglich der Propaganda bestehe ein reichhaltiges Programm, das schon verwirklicht würde.

Diplomatisch müßten Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen.

Generalfeldmarschall **von Hindenburg** führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unsern Willen aufzuzwingen*).

Folgen die Unterschriften:

H. 14. 8.
L. 14. 8.
Hertling 17. 8.
v. H. 14. 8.
Wilhelm I. R.
v. B. 19. 8.
Wilhelm, Kronprinz.

Als Anlage ist hinzugefügt ein Brief Hertlings vom 17. August:

„Zur Ergänzung der Aufzeichnung des Staatssekretärs erlaube ich mir, zu den von mir gemachten Ausführungen folgendes hinzuzufügen:

1. Ich habe zugesagt, mich sofort an die obersten Justizbehörden im Reiche und in Preußen zu wenden und ihnen in amtlicher Weise von den äußerst schädlichen Wirkungen Kenntnis zu geben, welche die von den

*) Dieser Satz des Generalfeldmarschalls lautete in dem Protokoll ursprünglich: G. v. H. „hofft", daß es „dennoch" gelingen werde usw. Die Änderung in die bestimmtere Form: „führt aus, daß es gelingen werde" stammt nach Schrift und benutztem Stift von General Ludendorffs Hand.

Digitized by Google

Feinden betriebene Verbreitung der Lichnowskyschen Denkschrift an unserer Front hervorruft, da dies unzweifelhaft für die Beurteilung des Falles von Einfluß sein müsse.

2. Bezüglich der Wahlrechtsreform in Preußen habe ich ausgeführt, daß das von S. M. dem Kaiser und König gegebene Wort eingelöst werden müsse, und ich bei der Übernahme des Reichskanzlerpostens ausdrücklich die Verpflichtung hierzu übernommen hätte. Es müsse somit von seiten der Regierung alles geschehen, um die Wahlreform in Preußen durchzuführen. Der Schein, daß sie hierzu nicht den Mut und nicht die Macht habe, würde sie um alles Vertrauen und alle Autorität bringen, und dabei handele es sich nicht etwa um die Person der Minister, sondern direkt um Monarchie und Dynastie."

2.

Äußerungen des Wirklichen Geheimrats v. Berg und des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg über die Besprechung am 13. und 14. August 1918.

Exzellenz v. Berg — der einzige neutrale Teilnehmer an beiden Sitzungen — schreibt unter dem 17. September 1919:

„Ich habe an der Besprechung am 13. August, wie an dem sogenannten Kronrat am 14. August teilgenommen. Die Zusammenkunft des ersten Tages galt der Vorbereitung und einer Einigung der zu ergreifenden Maßnahmen auf Grund der militärischen und politischen Lage — der äußeren und der inneren — zwischen Chef des Generalstabes und Kanzler, bzw. dem Staatssekretär des Auswärtigen. Demzufolge sind am ersten Tage dieselben Dinge behandelt worden, wie am 14. Ich habe damals den mir besonders erfreulichen Eindruck gewonnen, daß die Zusammenarbeit, die in vergangenen Zeiten viel zu wünschen übrig gelassen hatte, sehr gut einsetzte, daß man sich gegenseitig verstand, offen miteinander sprach, kein Mißtrauen vorhanden war. Das Resultat war nach Auseinandersetzungen des Feldmarschalls und des Generals Ludendorff: Die militärische Lage ist durchaus nicht hoffnungslos, hat sich aber verschlechtert, da die Offensive nicht zum Ziel geführt hat und eine Defensive in Feindesland nur zu einem allmählichen Mürbemachen des Feindes führen kann. Es war klar, daß infolgedessen nicht an Kriegszielen würde festgehalten werden können, an die man früher gedacht hatte, und daß man darauf Bedacht nehmen müsse, Friedensfühler durch eine neutrale Macht auszustrecken. An ein Friedensangebot direkt an die Feinde wurde von keiner Seite gedacht. Es ist mir als Teilnehmer dieser Konferenz nicht erfindlich, daß an diesem Tage für den Staatssekretär v. Hintze*) ein Grund vorgelegen haben sollte,

*) Herr v. Hintze stellt es so dar, als ob ihm die Oberste Heeresleitung Schwierigkeiten bereitet hätte. Der Verfasser.

Digitized by Google

dem Reichskanzler seinen Rücktritt anzudrohen; in der Sitzung war nicht eine Schärfe zutage getreten, hätte Staatssekretär v. Hintze weitere Forderungen gestellt, so hätte er unter allen Umständen beim Feldmarschall und beim General Ludendorff ein offenes Ohr gefunden. Ich habe im Laufe des Tages Seiner Majestät die Einigkeit in den Auffassungen melden können. Wenn Staatssekretär v. Hintze am 14. den Hauptvortrag gehalten hat, so war dieses wieder in voller Übereinstimmung mit den militärischen Herren. Der Vortrag war der Niederschlag des am Tage vorher Besprochenen, daher lag auch weder für den Feldmarschall noch den General Ludendorff ein Grund vor, noch einmal dasselbe zu sagen, da ja die Zustimmung am Tage vorher erfolgt und Seine Majestät orientiert war.

Ich fasse es also so zusammen: Es herrschte Übereinstimmung, daß auf Grund der vom Feldmarschall und General Ludendorff festgestellten militärischen Lage und auf Grund der inneren und äußeren politischen Lage, wie sie sich in den Augen des Kanzlers und des Staatssekretärs des Äußeren darstellte, durch die neutrale Macht Holland eine Friedensbesprechung mit dem Feinde angebahnt werden sollte. Die Kriegsziele, an denen noch festgehalten werden sollte, wurden nicht im einzelnen besprochen, es war aber aus dem Ton der Besprechungen klar, daß man auf Erfüllung bisher gehegter Hoffnungen nicht mehr rechnete, sondern daß der Staatssekretär in der Hauptsache freie Hand haben sollte."

Der Generalfeldmarschall schreibt unter dem 20. September 1919:

Hannover, den 20. 9. 1919.

Zum Aufsatz der „D. T.-Z." vom 14. 9. 19 Nr. 455 „Irrtümer des Staatssekretärs v. Hintze" habe ich zu bemerken:

Ich habe die Worte des Herrn v. Hintze beim Kronrat am 14. 8. 18: „Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß usw." so aufgefaßt, wie sie meiner Ansicht nach einzig und allein aufgefaßt werden können, daß nämlich unter „Chef des Generalstabes" entweder die Behörde, d. h. ich und General Ludendorff, oder die Person, d. h. nur ich und nicht der Erste Generalquartiermeister, gemeint war.

Jedenfalls haben wir uns beide am 13. 8. über die Lage übereinstimmend geäußert. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß Herr v. Hintze am 14. 8. erst vom „Chef des Generalstabes" und dann vom Ausspruch „der", nicht „des Feldherrn" gesprochen hat.

Ich hatte damals gegen die Ausführungen des Herrn v. Hintze nichts einzuwenden. Daraus folgt für mich, daß bei beiden Sitzungen volle Einigkeit unter den politischen und militärischen Stellen herrschte, und daß sich

Digitized by Google

die Erörterungen beim Kronrat genau in denſelben Gedankengängen bewegt haben wie bei der Beſprechung vom 13. 8.

Ich hebe noch hervor: Wir waren uns voll bewußt, daß jetzt der Krieg mit diplomatiſchen Mitteln zu Ende zu bringen wäre.

gez. v. Hindenburg.

3.

Äußerungen des Majors Frhrn. v. dem Busſche und des Generals v. Eiſenhart-Rothe über meine Auffaſſung über das Ergebnis der Sitzungen vom 13. und 14. Auguſt 1918.

1. Major Frhr. v. dem Busſche ſchreibt:

Gr. H. Qu. Wilhelmshöhe, 28. 12. 1918.

Anfang September (2. 9. 1918. Der Verfaſſer.) hatte ich in Avesnes mit General Ludendorff unter vier Augen eine längere Unterredung über die Lage.

Als ich am Ende meines Vortrages den Schluß zog, daß es an der Zeit ſei, Schritte für die Eröffnung von Friedensverhandlungen zu tun, ſagte mir General Ludendorff wörtlich: „Das iſt ganz meine Meinung. Ich habe dem Staatsſekretär des Auswärtigen Amts bei ſeiner kürzlichen Anweſenheit im Gr. H. Qu. keinen Zweifel über die Kriegslage gelaſſen und ihn gebeten, alsbald die Friedensverhandlungen einzuleiten."

2. General v. Eiſenhart-Rothe, im Kriege Generalintendant des Feldheeres und als ſolcher ſeinerzeit zum Großen Hauptquartier gehörend, ſchreibt unter dem 12. 8. 1919:

Euer Exzellenz wollen mir gütigſt geſtatten, im nachfolgenden auch ein Scherflein zur Steuer der Wahrheit beizutragen in einer der vielen Fragen, die das Weißbuch über die Einleitung der Friedensverhandlungen anſchneidet.

Nach dem Weißbuch muß jeder Nichteingeweihte den Eindruck gewinnen, als habe der damalige Staatsſekretär des Äußeren in der unter Vorſitz des Kaiſers abgehaltenen Sitzung den Auftrag erhalten, Friedensverhandlungen erſt dann einzuleiten, wenn ein neuer deutſcher Waffenerfolg im Weſten zu verzeichnen wäre.

Ganz abgeſehen davon, daß damit jedem nur einigermaßen Denkfähigen das geſamte Verhalten der O. H. L. und auch des Reichskanzlers in jenen Tagen als unbegreiflich, unklar, widerſpruchsvoll und unlogiſch erſcheinen mußte, daß ferner das Einverſtändnis des über die Lage ja genügend unterrichteten Staatsſekretärs v. Hintze mit dem Verhalten der O. H. L. und des Reichskanzlers mehr als unverzeihlich genannt zu werden verdiente, alſo abgeſehen hiervon, ſehe ich perſönlich einen abſoluten Gegen-

Digitized by Google

beweis zu den Ausführungen des Weißbuchs in dem Gespräch, das Euer Exzellenz Ende September 1918 mit mir führten.

Damals sagten mir Euer Exzellenz: Ich habe am 13./14. August im Einverständnis mit dem Generalfeldmarschall dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Hintze erklärt, daß wir den Krieg militärisch nicht mehr, wie bisher gehofft, zum siegreichen Abschluß bringen können, daß es daher geboten wäre, durch das neutrale Ausland Friedensverhandlungen einzuleiten. Se. Majestät habe die Königin von Holland vorgeschlagen, die auch dazu bereit sein solle.

Auf meine mehr als erstaunte Frage, warum denn in dieser Richtung nichts weiter geschehen oder erreicht sei, meinten Euer Exzellenz: Das liegt wohl an dem schwerfällig arbeitenden Apparat des Auswärtigen Amtes. Ich will dem Staatssekretär daraus keinen Vorwurf machen.

Ich bewunderte dieses schonende Urteil.

Jetzt, wo Euer Exzellenz Verhalten anders geschildert wird, darf ich an jenes Gespräch erinnern und mich als Zeugen zur Wahrheit stellen. Natürlich kann ich mich auf den genauen Wortlaut in jenem Gespräch nicht mehr festlegen, inhaltlich war es ganz so verlaufen wie angeführt.

Es bestätigte mir, wenn auch in seinen Motiven anders, als ich im August 1918 angenommen, eine Äußerung, die Euer Exzellenz im letztgenannten Monat taten, als ich auf die Verpflegungssorgen des kommenden Winters hinwies: „Sorgen Sie sich da nicht zu sehr, der Krieg wird dieses Jahr nicht überdauern."

Ähnlich hatte sich mir gegenüber zur selben Zeit der damalige Kabinettschef Sr. Majestät, Exzellenz v. Berg, ausgesprochen.

Ich mußte damals annehmen, daß es gelungen sei, mit England Verhandlungen anzubahnen, die, wie mir schon seit Januar 1918 bekannt, von Euer Exzellenz stets gewünscht waren. Ich erinnere mich dabei an den Versuch, der ungefähr zu dieser Zeit auf Anregung von Exzellenz v. Braun*) mit Euer Exzellenz Genehmigung durch in England bekannte Vertreter von Handel und Industrie mit der Londoner City unter Vermittlung eines Neutralen gemacht werden sollte und der infolge mangelnden Entgegenkommens des Auswärtigen Amtes bzw. der in Frage kommenden Gesandtschaften im Keime erstickte.

Nach dem Septembergespräch aber wurde es mir klar, daß Euer Exzellenz und ebenso Herr v. Berg bei den Auguständerungen den dem Staatssekretär v. Hintze erteilten Auftrag im Auge gehabt haben.

gez. v. Eisenhart.

*) Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt.

Digitized by Google

4.

Mitteilungen des Staatsſekretärs v. Hintze über die Beſprechung in Spaa.

Abgeordneter Graf v. Weſtarp ſchreibt:

Berlin, den 18. März 1919.

Eurer Exzellenz

beehre ich mich mit Bezug auf unſere Beſprechung ſehr ergebenſt mitzuteilen, daß ſich die Vorgänge im Auguſt und September 1918, auf die es Eurer Exzellenz ankommt, nach meinen Notizen wie folgt abgeſpielt haben:

In der Parteiführerbeſprechung vom 21. Auguſt 1918*) hob Exzellenz v. Hintze in einem Bericht, den er über die letzten Beſchlüſſe des Großen Hauptquartiers erſtattete, hervor, die neueſten militäriſchen Erfolge der Feinde hätten ihren Siegeswillen und ihre Zuverſicht in ungeheuer großem Maße geſteigert, ſo daß ſie an dem Ziel vollſtändiger Niederwerfung Deutſchlands feſthielten. Bei uns hätten unſere Mißerfolge gleichfalls eine ungemein ſtarke Wirkung erzielt, beides in einem Maße, das ſachlich nicht voll berechtigt ſei. Was der Feind errungen habe, habe ihn tatſächlich ſeinem Ziele nicht näher gebracht. Nach Urteil des Feldmarſchalls könnten unſere vorübergehenden Mißerfolge dem Feinde nicht das Recht zu der Annahme geben, daß es ihm gelingen werde, unſern Willen zu brechen. Auch wir könnten wieder mit der Möglichkeit von Erfolgen rechnen; zu dem hohen Maße von Depreſſion, wie es ſich bei uns zeige, liege ein militäriſcher Anlaß nicht vor; wir hätten keinen Grund, zu ſagen, daß wir an einem für uns ehrenvollen, unſere Zukunft ſichernden Frieden zweifeln. Dann ging Exzellenz v. Hintze ausführlich auf die Schwierigkeiten der politiſchen Lage und auf die große Schwäche der Verbündeten ein. Nach dieſen politiſchen und militäriſchen Erwägungen ſeien alle maßgebenden Stellen zu folgendem Ergebnis gekommen: Wir ſind entſchloſſen, alle Fäden anzuſpinnen, um mit den Feinden Fühlung zu bekommen und zu ergründen, was ſie letzten Endes zugeſtehen und fordern wollen, und wir würden anderſeits Fühler, die von anderer Seite kommen, nicht zurückweiſen. Wir erſtreben alſo Verhandlungen; das geſchieht in der Zuverſicht, daß wir unſere militäriſche Stellung in Feindesland halten und auch wieder neue Erfolge erzielen werden, ſo daß wir unſere Stimme mit vollem Erfolge für einen „uns genehmen, ehrenvollen und uns ſichernden Frieden“ ins Gewicht legen werden. Kein Friedensangebot, aber alle Mittel verſuchen, um zum Meinungsaustauſch zu kommen. Beſchlüſſe über ſolche Verſuche ſind gefaßt. Näheres darüber könne er nicht mitteilen.

Am 23. Auguſt wurde ich allein von Exzellenz v. Hintze empfangen. Er ſchilderte unter vier Augen die Lage noch ernſter als in der Partei-

*) Unter Vorſitz des Vizekanzlers v. Payer. Der Verfaſſer.

Digitized by Google

führerbesprechung und begründete das damit, daß er der Depression und ihren Wirkungen nach außen, wie sie sich hier in Berlin nur allzu leicht und auch jetzt wieder zeigen, möglichst habe vorbeugen wollen. Der größere Ernst seiner Schilderungen betraf mehr die politische als die militärische Lage. Bezüglich letzterer glaubte ich, wie ich ihm mitteilte, von anderer Seite die Ansichten der O. H. L. zu kennen, die nicht mehr damit rechne, daß wir im Laufe des Jahres 1918 in der Lage sein würden, durch entscheidende Schläge zu Lande den Kriegswillen der Feinde zu brechen, wohl aber, daß wir unsere Stellung in Feindesland, wenn auch nicht in derselben Linie, während des Jahres 1918 würden halten können; ich sprach die Hoffnung aus, daß der U-Bootkrieg in Verbindung mit der erfolgreichen Verteidigung zu Lande zum Ziel führen könne. Ohne diese Grundlage meiner Auffassungen näher zu erörtern, machte Exzellenz v. Hintze mir Mitteilungen über die Verbündeten, namentlich über das bevorstehende und von ihm bekämpfte Friedensangebot Österreichs. Er bestätigte aus der Parteiführerbesprechung die Mitteilung, daß wir durch neutrale Vermittlung versuchen wollten, zu Verhandlungen zu kommen; ich könne ihm glauben, daß er wünsche, aus der belgischen Frage so viel herauszuholen, wie denkbar sei, ließ aber keinen Zweifel darüber — und zwar wie ich mich zu erinnern glaube — unter Berufung auf Eure Exzellenz, daß er die Aussichten auf dauernde Sicherungen in Belgien nur noch für gering ansah. Im vollen Einvernehmen mit mir betonte er, daß gerade bei dieser Lage alles darauf ankomme, nach außen kein Schwanken, sondern absolute Festigkeit zu zeigen und im Volke zu erhalten. So hatte er nicht nur nichts dagegen, sondern sprach ausdrücklich den Wunsch aus, daß wir Konservativen und die Alldeutschen ihren Standpunkt bezüglich Belgiens aufrechterhalten und betonen möchten, daß uns die Lage keinen Anlaß gäbe, unsere Überzeugung von der Notwendigkeit der Sicherungen in Belgien aufzugeben. Er brauche solche Strömungen in der Öffentlichkeit.

Am 16. September teilte mir Graf Hertling persönlich und unter vier Augen mit, das Friedensangebot vom Grafen Burian vom 14. September, das er scharf mißbilligte, hätte seine Absichten durchkreuzt, die nach den Verabredungen in Spaa dahin gegangen seien, durch Holland Annäherung zu suchen. Dieser Weg sei uns jetzt durch das öffentliche österreichische Friedensangebot auf Wochen hinaus versperrt worden. Nachdem es einmal ergangen sei, hätten auch Eure Exzellenz sich damit einverstanden erklärt, daß wir uns nicht direkt ablehnend verhielten.

Eurer Exzellenz stelle ich ganz anheim, welchen Gebrauch Sie von diesen meinen Mitteilungen machen wollen. An die Notwendigkeit der Diskretion über diese Vorgänge halte ich mich nicht mehr für gebunden. . . .

gez. Graf v. Westarp.

Digitized by Google

Abgeordneter Streſemann ſchreibt am 23. März 1919 in „Deutſche Stimmen“ vom 23. März 1919:

„Am 21. Auguſt fand dann jene Sitzung im Reichsamt des Innern ſtatt, in der nach meiner Auffaſſung auch die politiſche Leitung des Reiches ſich zu der Auffaſſung bekannte, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen wäre und ſobald als möglich liquidiert werden müſſe. In dieſer Beſprechung, an der außer dem Vizekanzler v. Payer, dem Staatsſekretär v. Hintze, Exzellenz Kriege und Lewald ſowie dem Miniſterialdirektor Deutelmoſer von den Parteiführern Ebert, Gröber, Weſtarp, Wiemer und Streſemann teilnahmen, hielt Herr v. Hintze eine Rede über die politiſche Lage, die man nur als todernſt bezeichnen konnte. Unter direkter Bezugnahme auf Beſprechungen im Hauptquartier ſprach Herr v. Hintze davon, daß die Entente ſich im Siegestaumel befinde, daß im Hauptquartier unſere Mißerfolge offen zugegeben würden. Dazu ſei Öſterreich ſtark erſchöpft, Bulgarien ſtark kriegsmüde. Angeſichts dieſer Lage ſei es notwendig, alle Fäden für den Frieden anzuſpinnen und alle feindlichen Fäden zu ergreifen. In dieſer Beziehung ſeien bereits Beſchlüſſe gefaßt und die Abſichten feſtgeſtellt.

Im Laufe der Debatte kam Herr v. Hintze noch einmal auf dieſe Ausführungen zurück, als ſeitens eines Parteiführers die Zweckmäßigkeit eines etwaigen Friedensangebotes, das bereits aus den Worten des Staatsſekretärs herausgeleſen worden war, bezweifelt wurde. Er betonte, daß man kühl abwägend und vorſichtig vorgehen müſſe, zumal die Agenturberichte Kenntnis von dem Vernichtungswillen der Feinde ablegten. Aber noch einmal wiederholte der Staatsſekretär ſeine Worte von dem Annehmen der Fühler und dem Anſpinnen der Fäden, und alle Teilnehmer ſtanden wohl unter dem Eindruck, daß angeſichts der Schwere der militäriſchen und politiſch-diplomatiſchen Situation eine Friedensaktion Deutſchlands, vielleicht durch Vermittlung einer neutralen Macht, in Vorbereitung ſei, hatte doch der in ſeinen Äußerungen ſo vorſichtig abwägende Staatsſekretär ausdrücklich davon geſprochen: Die Beſchlüſſe ſind gefaßt, die Abſichten ſind feſtgeſtellt.“

5.

Meine Stellung zur belgiſchen Frage.

Graf Limburg-Stirum*) gibt folgende Schilderung unter dem 30. Juli 1919:

„Ende Auguſt 1918 reiſten Exzellenz v. Payer und ich nachts von Berlin nach Spaa, wo der Reichskanzler Graf Hertling ſich noch aufhielt. Im Laufe des Nachmittags des Ankunftstages wurde vom Reichskanzler

*) Vertreter des Reichskanzlers bei der O. H. L.

Digitized by Google

und von Herrn v. Payer der Entwurf einer von einem deutschen Staatsmann in nächster Zeit über Belgien abzugebenden Erklärung verfaßt. In der darauffolgenden Nacht fuhren Exzellenz v. Payer und ich nach Avesnes. Am nächsten Vormittage, bald nach der Ankunft, hatte v. Payer in meiner Gegenwart eine längere Unterredung mit Exzellenz Ludendorff über diesen Entwurf.

Exzellenz Ludendorff machte Einwände gegen den Wortlaut dieses Entwurfs und erklärte, dem Generalfeldmarschall vor endgültiger Entscheidung Vortrag halten zu müssen. Nach Beendigung der etwa einstündigen Unterredung fuhren v. Payer, Oberstleutnant Nicolai und ich in die Gegend von St. Quentin und kamen gegen 7 Uhr zurück.

Im Laufe des Abends bat Exzellenz Ludendorff mich zu sich und übergab mir folgendes eigenhändig geschriebene, nicht unterschriebene Schriftstück.

»Gegenentwurf: England behauptet nur wegen Belgien Krieg zu führen; es verfolgt andere Ziele: Deutschlands politische und wirtschaftliche Vernichtung. Daß es sich dabei selbst mitvernichtet, will es nicht merken.

Der Reichskanzler hat sich über Belgien klar ausgesprochen, ohne Belastung und Vorbehalt wollen wir Belgien mit Abschluß des Friedens seine völlige Selbständigkeit zurückgeben in der Voraussetzung, daß ihm gegenüber kein anderer Staat politisch, militärisch und wirtschaftlich besser gestellt werden wird. Wir zweifeln nicht, daß die zwischen uns und Belgien erforderliche Verständigung über die Einzelheiten, auch über die Vlamen, den beiderseitigen Interessen gerecht werden und zur Förderung des Friedens beitragen wird. Wir verlangen daher Rückgabe unserer Kolonien und den Verzicht Englands auf Calais. Darüber besteht Einverständnis zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung*).«

Dieses Schriftstück übergab mir Exzellenz Ludendorff mit dem Hinzufügen, daß keiner seiner Mitarbeiter Kenntnis von dem Gegenentwurf habe.

Nach Kenntnisnahme war Herr v. Payer sehr befriedigt und äußerte auf der Rückfahrt nach Spaa zu mir: »Meine Fahrt ist nicht vergeblich gewesen. Vielleicht werden wir noch einmal an diese Fahrt zurückdenken als von welthistorischer Bedeutung. Sie wird den Frieden bringen.«

In Spaa wurde vom Herrn Reichskanzler und Herrn v. Payer eine neue Fassung ausgearbeitet, welche die Billigung der Obersten Heeresleitung fand und in nächster Zeit in einer Rede eines deutschen Staats-

*) Dies wurde von der Reichsleitung besonders gewünscht. Sie legte Wert darauf, nicht etwa die O. H. L. Auf der einen Seite wurde gegen die „Politik" der O. H. L. scharf Stellung genommen, auf der anderen suchte die Reichsleitung Rückhalt bei der O. H. L., die so gegen ihren Willen ein politischer Faktor wurde. Der Verfasser.

Digitized by Google

mannes bekanntgegeben werden ſollte. Herr v. Payer ſelbſt gab die Erklärung in einer Verſammlung in Württemberg ab; davon, daß Graf Hertling die Erklärung abgeben ſollte, iſt nie die Rede geweſen."

Oberſt v. Haeften gegenüber habe ich mich Mitte Auguſt 1918 in gleichem Sinne geäußert.

Von der Miſſion des Grafen Törring iſt mir in jenen Tagen nichts bekannt geworden. Ich hörte erſt im Sommer 1919 davon.

6.

Meine Stellung zur polniſchen Frage.

Staatsſekretär v. Hintze trat am 28. Auguſt mit der Oberſten Heeresleitung über die polniſche Frage in Verbindung. Er drahtete:

„Graf . . . . ſagt mir ſtreng vertraulich im Auftrage des . . . ., bei den Unterhandlungen in Wien habe Graf Burian den polniſchen Herren ſeine Mißſtimmung zum Ausdruck gebracht, daß bei den Beſprechungen im Großen Hauptquartier die auſtro-polniſche Löſung gar nicht mehr zur Sprache gekommen ſei, ſondern nur die Frage der Thronkandidatur des Erzherzogs Karl Stephan. Hierauf habe er geantwortet, er müſſe hierüber erſt die polniſchen Wünſche hören. Den Polen gegenüber hat Graf Burian auf der auſtro-polniſchen Löſung beſtanden und jedem einzelnen die Vorzüge derſelben auseinandergeſetzt. Er habe eine Beſprechung à trois zwiſchen Deutſchland, Öſterreich und Polen vorgeſchlagen.

Graf . . . . wünſcht eine klarere Auskunft über das, was wir den Polen im Falle der Kandidatenlöſung*) bieten wollen. Er behauptet, wohl mit Recht, Warſchau müſſe dieſes wiſſen, um der Agitation für die auſtro-polniſche Löſung erfolgreich entgegentreten zu können. Bezüglich des Cholmer Landes formulierte er ſeinen Wunſch folgendermaßen:

Polen wünſcht die Linie Pripjet—Bug, die durch eine gemiſchte Kommiſſion feſtzulegen ſei. Hierbei ſoll Deutſchland für die polniſchen Wünſche eintreten.

Das weiß-ruſſiſche Gebiet nördlich von Kongreßpolen wünſcht Polen zu erhalten, um eine gemeinſame Grenze auch mit Rußland zu haben. Bezüglich der Stadt Wilna ſchlägt . . . . in Übereinſtimmung mit . . . . folgende Formel vor:

Die Stadt Wilna und die vier angrenzenden Kreiſe ſollen das Recht erhalten, durch Selbſtbeſtimmung zu entſcheiden, wohin ſie gehören wollen. Eine gemiſchte Kommiſſion aus je einem Deutſchen, Polen und Litauer ſoll hierbei die Kontrolle führen.

*) Hierunter wurde die Löſung verſtanden, die Seine Majeſtät Mitte Auguſt angeordnet hatte und die Polen einen Herrſcher nach eigener Wahl geben ſollte.

Digitized by Google

Ich habe Graf .... nicht im Zweifel gelassen, daß wir im Falle der austro-polnischen Lösung auf weitgehende Grenzberichtigungen einschließlich des ganzen polnischen Kohlenreviers bestehen müßten. Wegen der anderen Frage habe ich meine Antwort vorbehalten. Auf meine Frage nach einem anderen Thronkandidaten nannte mir ...., wenn auch mehr tastend, einen Prinzen von Sachsen. Er will aber erst nach Rückkehr von Warschau endgültige Auskunft geben. Zusammenfassend sagte ....:

Seine Freunde wünschten sich zu entscheiden über die Frage: Warschau, Wilna oder Wien, Warschau, Krakau. Wegen des Cholmer Gebiets glaube ich, daß wir auf Grund dieser und der Vorschläge des ukrainischen Ministerpräsidenten Lisogub, die Euer Exzellenz gesondert zugehen, zu einer Einigung kommen können, die weder die Ukrainer noch die Polen vollkommen unbefriedigt läßt. Die ganze Buglinie, die die Österreicher vorschlagen, wird den Polen allerdings nicht zugesprochen werden können.

Was Wilna betrifft, so wird dieses ein Fremdkörper in Litauen bleiben, es den Russen zurückzugeben, würde den Nachteil haben, daß die russische Grenze wieder in unsere bedrohliche Nähe käme. Rußland würde später immer das natürliche Bestreben haben, auch ein größeres Vorgelände zum Schutze der hart an der Grenze liegenden Stadt zurückzuverlangen. Zudem besteht die Gefahr, daß die Zuteilung Wilnas an Rußland die Litauer und Polen in dem gemeinschaftlichen Schmerze um den Verlust dieser Stadt gegen Deutschland vereinen könnte. Wenn es auch nicht zweckmäßig ist, den Polen Wilna jetzt schon zu versprechen, so könnte ihnen vielleicht doch die Aussicht der Annahme der von ihnen vorgeschlagenen Formel eröffnet werden für den Fall, daß vorher gewisse Bedingungen, insbesondere die Militärkonvention, zu unserer vollen Zufriedenheit gelöst sind."

Darauf antwortete die Oberste Heeresleitung am 31. August:

„Für die polnische Frage stelle ich den Gesichtspunkt voran, daß ihre Lösung vor dem Beginn von Verhandlungen im Westen im Einvernehmen mit den Polen dringend erwünscht ist. Ich kann mich deshalb mit der Lösung Warschau—Wilna einverstanden erklären unter der Voraussetzung, daß sie uns sichere Garantien für einen dann unbedingt notwendigen engen Anschluß Polens an Deutschland bringt, und daß die Durchfuhr nach der Ukraine und Rußland nicht erschwert wird. (Bündnis mit Militär-, Eisenbahn-, Nachrichtenmittel- und wirtschaftlichem Übereinkommen. Wald von Bialowies mit notwendigem schmalem Vorland als preußische Staatsdomäne; Zollfreiheit für Durchfuhrgüter; Übernahme eines Teils unserer Kriegsschuld.)

Für die Entwicklung in Litauen würde der Verlust der überwiegend polnischen Gebiete kein Nachteil sein. Allerdings hat die Antwort des

Digitized by Google

Reichskanzlers auf die Erklärung des Landesrats vom 11. Dezember 1917 Wilna den Litauern zugeſagt. (Litauen wurde als freier und unabhängiger Staat auf der Grundlage der genannten Erklärungen, d. h. mit der Hauptſtadt Wilna, anerkannt.) Angeſichts der Haltung des Landesrats in letzter Zeit könnte man aber auf dem Konfliktswege wohl von dieſer Zuſage wieder loskommen. Als ſelbſtändiger Staat würde das verkleinerte Litauen allerdings wohl nur in der Perſonalunion mit dem Reiche oder beſſer mit Preußen möglich ſein. Unruhen in Litauen wären zu erwarten, ihnen müßte rechtzeitig, d. h. vor Bekanntwerden der neuen Wendung, militäriſch vorgebeugt werden.

Die von .... angeregte Volksabſtimmung halte ich für unannehmbar, ſie würde zu einer wilden Agitation führen und einen Vorgang von unüberſehbaren Folgen ſchaffen. Sie könnte den Polen die Tür öffnen, um Anſprüche auf andere angeblich polniſche Gebiete auf dem gleichen Wege zu verfolgen. Einen Schutz vor derartigen Anſprüchen halte ich ohnehin für notwendig, denn ich ſehe eine große Gefahr in dieſem Zugriff Polens auf einen Teil Litauens, dem leicht Anſprüche auf die übrigen Teile folgen könnten. Es wäre deshalb in dem Bündnisvertrage die ausdrückliche Verpflichtung zu fordern, daß Polen jegliche Anſprüche auf Litauen aufgibt und jede polniſche Agitation im Deutſchen Reiche und in Litauen weder veranlaſſen noch fördern wird.

Eine Karte mit einer Grenzlinie, wie ſie der Löſung Warſchau—Wilna entſprechen würde, laſſe ich Eurer Exzellenz zugehen.

Wenn ein größeres Litauen nicht mehr als geſichertes Aufmarſchgelände beſteht, ſo ſind die Brückenköpfe bei Oſtrolenka, Lomza und Oſſowiec ein unbedingtes militäriſches Erfordernis, von deſſen Durchſetzung ich keine beſonderen Schwierigkeiten erwarte.

Die von Euer Exzellenz erhoffte Einigung über die polniſch-ukrainiſche Grenze würde ich mit Freuden begrüßen. Einen Vorſchlag für die Grenzführung nach militäriſchen Geſichtspunkten laſſe ich Euer Exzellenz zugehen, ſobald die beteiligten Dienſtſtellen ſich geäußert haben werden.

Um den Polen den Weg zur auſtro-polniſchen Löſung möglichſt zu ſperren, darf ich Euer Exzellenz anheimſtellen, den aus militäriſchen Gründen dann zu fordernden Grenzſtreifen ſo breit als möglich zu bemeſſen; wenn Euer Exzellenz ſich nicht bereits Polen oder Öſterreich-Ungarn gegenüber auf den Grenzſtreifen der Denkſchrift vom 5. Juli 1918 feſtgelegt haben ſollten, der das Mindeſtmaß der militäriſchen Forderungen bildet. Auch kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß bei einer auſtro-polniſchen Löſung Polen keine gemeinſame Grenze mit Rußland erhalten, ſondern durch Litauen von Rußland getrennt ſein würde.

J. A.: gez. Ludendorff."

Digitized by Google

7.

Herr v. Hintze über die Möglichkeit einer neutralen Vermittlung.

Nach der Frankfurter Zeitung vom 31. Juli 1919 erzählt Herr v. Hintze:

„Am 14. August war mir die Ermächtigung erteilt worden, die Vermittlung von Holland anzugehen, wenn ein Erfolg an der Westfront unsere militärische Lage wiederhergestellt habe. Emphatisch und ausdrücklich wurde vom Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung darauf hingewiesen, daß kein Friedensschritt unternommen werden dürfte während der Epoche militärischer Echecs (siehe auch Kriegsprotokoll). Tags darauf erfolgte der Besuch des Kaisers Karl im Großen Hauptquartier. Er kam mit dem Plan der Burian-Note „an alle" (am 14. September). Dieser Notschrei „an alle" wurde von der Obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler einstimmig als ungeeignetes Mittel verworfen und die herkömmlichen Mittel — Vermittlung durch eine neutrale Macht — vorgeschlagen. . . . . Neben der holländischen Anregung verhandelte ich mit Hohenlohe — auf dessen Anregung — über eine Mediation durch den König von Spanien. Die diplomatische Arbeit richtete sich darauf, Österreich-Ungarn von seinem Notschrei abzubringen und zum Anschluß an unsere geplante holländische Demarche zu bewegen. Ende August 1918 besprach ich mit dem niederländischen Gesandten Baron Gevers eine holländische Vermittlung und fand ihn sehr bereit und geneigt. Ich machte Hohenlohe an demselben Tage (nach meiner Erinnerung am 29. oder 28. August) darüber Mitteilung und verwertete diese Bereitwilligkeit gegenüber Burian."

8.

Reichskanzler Graf v. Hertling in der Sitzung des Königlichen Staatsministeriums am 3. September 1918.

Der Herr Ministerpräsident sprach zunächst den Herren Staatsministern seinen Dank aus für die ihm zu seinem 75. Geburtstage freundlichst dargebrachten Glückwünsche und für die Blumenspende.

Sodann erörterte er die gegenwärtige politische Lage, welche eng mit der derzeitigen militärischen Lage verknüpft sei. Er hoffe, daß über die letztere der Herr Kriegsminister noch einige nähere Mitteilungen machen könne.

Digitized by Google

An leitender Stelle ſtehe der Wunſch, daß jeder gangbare Weg betreten werden müſſe, der zu einer Verſtändigung mit dem Feinde führen könne. Ein Friedensangebot könne und dürfe nicht gemacht werden, das würde von unſeren Feinden doch nur ſchnöde abgewieſen werden. Dagegen müßten Fäden angeſponnen werden, und es müſſe jede Gelegenheit wahrgenommen werden, die zum Ziele führen könne, möglichſt durch neutrale oder ſonſt geeignete Perſönlichkeiten. Man müſſe etwa zum Feinde ſagen: „Ihr ſeht, ihr könnt uns nicht beſiegen, Deutſchland wird ſeine Exiſtenzberechtigung und ſeinen Platz an der Sonne in dem ihm aufgezwungenen Verteidigungskriege zweifellos ſiegreich behaupten, aber wir ſind ſtets bereit, wie das ſchon wiederholt und unzweideutig von der deutſchen Regierung betont worden iſt, einen ehrenhaften Frieden abzuſchließen.“ Über die einzelnen dabei aufgeſtellten Friedensbedingungen werde jetzt auf Befehl Seiner Majeſtät des Kaiſers ein genaues Programm aufgeſtellt werden. Dieſe ſoeben dargelegte Stellungnahme ſei in Beſprechungen feſtgelegt, die in Spaa unter dem Vorſitz des Kaiſers ſtattgefunden hätten, an denen außer den Generalen von Hindenburg und Ludendorff auch der Kronprinz teilgenommen, und in denen eine völlige Einigung unter allen Beteiligten ſtattgefunden habe. Erſchwert werde die Lage noch durch das unbedingte Friedensbedürfnis, welches ſich in Öſterreich-Ungarn immer mehr geltend mache. Die öſterreichiſch-ungariſche Regierung habe ihn wiſſen laſſen, daß ſie an alle Feinde ihre Bereitſchaft, Frieden zu ſchließen, mitteilen wolle. Es ſei ihm zwar gelungen, einen ſolchen verhängnisvollen Schritt zurückzuhalten, aber dahingehende Wünſche würden jetzt wieder immer energiſcher in Öſterreich-Ungarn vertreten. Der Staatsſekretär v. Hintze ſei gerade aus dieſem Grunde jetzt nach Wien gereiſt und könne daher an der heutigen Verhandlung zu ſeinem eigenen Leidweſen nicht teilnehmen.

Auch bei uns im Lande ſei die Stimmung gegenwärtig zweifellos ſchlecht, und deshalb müßten auch wir ernſtlich den Verſuch machen, mit Ehren aus dem Kriege herauszukommen. Über die Frage, wie der gegenwärtigen ſchlechten Stimmung die durch die militäriſche Lage an ſich nicht begründet ſei, mit Erfolg entgegengetreten werden könne, ſei in Spaa bei den erwähnten Beſprechungen verhandelt. Es komme darauf an, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu heben und die üble Wechſelwirkung zwiſchen Front und Heimat, die überall zu beobachten ſei, zu paralyſieren. Eine entſprechende Organiſation, die eine dahingehende Propaganda im Inlande und im Auslande betreiben ſolle, ſei dem Auswärtigen Amt angegliedert und dem Staatsſekretär v. Hintze unterſtellt. Sie ſei bereits in Tätigkeit getreten und habe auch ſchon einige günſtige Wirkungen erzielt.

Digitized by Google

9.

Besprechung mit dem Staatssekretär v. Hintze in Spaa am 10. September.

General v. Cramon hatte aus dem k. u. k. Hauptquartier gleich nach dem 8. August die zunehmende Kriegsmüdigkeit Österreich-Ungarns gemeldet.

Am 14. und 15. August war Graf Burian bei seiner Anwesenheit in Spaa mit seinem Wunsch hervorgetreten, an alle kriegführenden Länder einen Friedensappell zu erlassen, während der Reichskanzler auf dem Boden der neutralen Friedensvermittlung stand. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung zogen sich in die Länge, ohne zu einem Ergebnis zu führen.

Die Oberste Heeresleitung erhielt Anfang September — nicht erst am 9., wie ich eine Zeitlang annahm — von dieser Absicht Kenntnis.

Am 7. September stellte General v. Cramon durch Fernschreiben unter anderem als letztes die Frage:

„3. Wann ungefähr erscheint der O. H. L. die beabsichtigte Anregung zu Besprechungen über Friedensverhandlungen nach der Kriegslage möglich und angezeigt?"

Darauf war sogleich die Antwort ergangen:

„Zur letzten Frage kann ich mich erst nach bevorstehender Rücksprache mit Hintze äußern."

gez. v. Hindenburg.

Am 10. September fand diese Rücksprache statt. General v. Cramon erhielt folgendes Telegramm:

In Anschluß an 5 P geh. pers. v. 7. 9. Nach Rücksprache mit Exzellenz v. Hintze spreche ich mich zu Punkt 3 wie folgt aus:

Einer Absendung der beabsichtigten Note Österreich-Ungarns kann ich nicht zustimmen. Ich halte diesen Schritt für unsere Heere im Westen für verderblich, dagegen könnte ich mich mit einer Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschub einverstanden erklären.

gez. v. Hindenburg.

Am 11. September 1918 telegraphierte der Staatssekretär v. Hintze an das Auswärtige Amt in Berlin:

„Seine Majestät und Oberste Heeresleitung sind mit sofortiger Einleitung Demarche bei neutraler Macht einverstanden. Bitte Botschafter Wien dies drahten mit Auftrag, es der österreichisch-ungarischen Regierung zu notifizieren und zum Beitritt bzw. Einverständnis aufzufordern, desgl. Gesandten Sofia und Graf Bernstorff, Talaat Pascha. Bitte Reichskanzler verständigen.

gez. Hintze."

Digitized by Google

10.

Am 14. September geht Graf Burian einſeitig vor und erläßt ſeine Note an alle kriegführenden Länder.

Die Note Öſterreich-Ungarns an alle kriegführenden Mächte.

Wien, 14. September 1918. Amtlich wird verlautbart: Eine objektive gewiſſenhafte Prüfung der Verhältniſſe aller kriegführenden Staaten läßt keinen Zweifel mehr darüber beſtehen, daß alle Völker, auf welcher Seite ſie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeiſehnen. Trotz dieſes natürlichen und begreiflichen Wunſches nach Frieden iſt es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu ſchaffen, die geeignet wären, die Friedensbeſtrebungen ihrer Verwirklichung näherzubringen und die Kluft, die die Kriegführenden gegenwärtig noch voneinander trennt, zu überbrücken. Es müſſen daher wirkſamere Mittel und Wege in Erwägung gezogen werden, durch die den verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit geboten werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten einer Verſtändigung zu überprüfen. Der erſte Schritt, den Öſterreich-Ungarn einvernehmlich mit ſeinen Bundesgenoſſen zur Herbeiführung des Friedens am 12. Dezember 1916 unternommen hat, führte nicht zu dem gehofften Ende. Die Gründe hierfür lagen wohl in den damaligen Verhältniſſen. Um die in ſtetem Abnehmen begriffene Kriegsluſt ihrer Völker aufrechtzuerhalten, hatten die verbündeten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Erörterung des Friedensgedankens mit den ſtrengſten Mitteln unterdrückt, und ſo kam es, daß der Boden für eine friedliche Verſtändigung nicht entſprechend vorbereitet war. Es fehlte der natürliche Übergang von der wildeſten Kriegshetze zur Verſöhnlichkeit. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß unſer damaliger Friedensſchritt dennoch ganz ergebnislos blieb. Seine Früchte beſtehen eben in jener nicht zu überſehenden Erſcheinung, daß die Friedensfrage ſeither nicht mehr von der Tagesordnung verſchwunden iſt. Und wenn auch die vor dem Tribunal der Öffentlichkeit geführten einſchlägigen Diskuſſionen gleichzeitig Beweiſe von den nicht geringen Gegenſätzen ſind, welche die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffaſſung über die Friedensbedingungen heute noch trennen, ſo hat ſich doch eine Atmoſphäre gebildet, welche die Erörterung des Friedensproblems nicht mehr ausſchließt. Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Äußerungen verantwortlicher Staatsmänner mindeſtens ſoviel konſtatiert werden, daß der Wille, zu einer Verſtändigung zu gelangen und den Krieg nicht ausſchließlich durch die Macht der Waffen zur Entſcheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten — bis auf einige gewiß nicht gering einzuſchätzende Ausnahmen von verblendeten Kriegshetzern — allmählich doch durchzudringen beginnt. Die k. u. k. Regierung iſt ſich deſſen bewußt, daß nach den tiefgehenden Erſchütterungen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges verurſacht wurden, die ins Wanken gebrachte Weltordnung nicht mit einem Schlage wird aufgerichtet werden können. Mühſam und langwierig iſt der Weg, der zur Herſtellung friedlicher Beziehungen zwiſchen den durch Haß und Erbitterung getrennten Völkern führt. Doch iſt es unſere Pflicht, den Weg der Verhandlungen zu betreten.

Und wenn es auch heute noch ſolche verantwortlichen Faktoren gibt, die den Gegner militäriſch niederringen und ihm den Willen des Siegers aufzwingen wollen, ſo kann doch kein Zweifel mehr darüber beſtehen, daß dieſes Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar iſt, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Vorausſetzung hätte. Die für ſämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer ſolchen Politik würde aber auch ein ſpäterer Siegfriede nicht mehr gutmachen können. Nur ein Friede, der die heute noch auseinandergehenden Auffaſſungen der Gegner in einer gerechten Weiſe ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern erſehnte Friede ſein.

In dieſem Bewußtſein und unentwegt bemüht, im Intereſſe des Friedens tätig

Digitized by Google

zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor, um eine direkte Aussprache zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen. Der ernste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Staaten, die unleugbare Annäherung in einzelnen kontroversen Fragen, sowie die allgemein versöhnlichere Atmosphäre scheinen der k. u. k. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener neuerlicher Schritt, der auch den auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblicke die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte. Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die k. u. k. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet. Mit einer Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hierbei an das dem Frieden zugewendete Interesse des Papstes appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche verständigt. Das stets enge Einvernehmen, welches zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, bietet die Gewähr dafür, daß die Verbündeten Österreich-Ungarns, an welche der Vorschlag gleicherweise ergeht, die in der Note entwickelte Auffassung teilen.

Das Friedensangebot, das die Mächte des Vierbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen versöhnliche Grundgedanken sie niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfahren, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte dieses Krieges.

Zum Unterschied von den ersten 2½ Kriegsjahren ist von diesem Augenblick an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Weltdiskussion gestanden und hat sie seither in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht.

Der Reihe nach haben fast alle kriegführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einheitliche und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage, und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis hat sie (sc. die Linie) wenigstens bisher nicht geführt.

Immerhin kann unabhängig von allen diesen Schwankungen festgestellt werden, daß der Abstand der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringerte, daß sich trotz des unleugbaren Fortbestehens entschiedener, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchem der extremsten konkreten Kriegsziele zeigt und eine gewisse Übereinstimmung betreffs der allgemeinen Grundprinzipien des Weltfriedens manifestiert.

In beiden Lagern ist in breiten Bevölkerungsschichten ein Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens unzweifelhaft wahrzunehmen. Auch ein Vergleich der seinerzeitigen Aufnahme des Friedensvorschlages der Vierbundmächte bei ihren Gegnern mit späteren Äußerungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren, wie auch von nichtverantwortlichen, aber politisch keineswegs einflußlosen Persönlichkeiten bestätigt diesen Eindruck. Während beispielsweise noch in der Antwort der Alliierten an Präsident Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Zerstückelung Österreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und tiefgehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Vernichtung des europäischen Besitzstandes der Türkei hinausliefen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hätte, in manchen Erklärungen amtlicher Stellen der Entente modifiziert oder zum Teil fallen gelassen.

So erkannte in einer etwa vor einem Jahre im englischen Unterhause abgegebenen Erklärung Mr. Balfour ausdrücklich an, daß Österreich-Ungarn seine

Digitized by Google

inneren Probleme ſelbſt löſen müſſe, und daß niemand von außen her Deutſchland eine Verfaſſung auferlegen könne. Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieſes Jahres, daß es nicht zu den Kampfzielen der Alliierten gehöre, Öſterreich-Ungarn zu zerteilen, das Ottomaniſche Reich ſeiner türkiſchen Provinzen zu berauben und Deutſchland im Innern zu reformieren. Als ſymptomatiſch kann auch gelten, daß Mr. Balfour im Dezember 1917 kategoriſch die Annahme zurückwies, die engliſche Politik hätte ſich jemals für die Schaffung eines ſelbſtändigen Staates aus den linksrheiniſchen Gebieten Deutſchlands engagiert.

Die Enunziationen der Mittelmächte laſſen keinen Zweifel darüber, daß ſie nur einen Verteidigungskampf um die Unverſehrtheit und Sicherheit ihrer Gebiete führen.

Weit ausgeſprochener als auf dem Gebiet der konkreten Kriegsziele iſt die Annäherung der Auffaſſungen hinſichtlich jener Richtlinien gediehen, auf deren Grundlage der Friede geſchloſſen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden ſoll.

Präſident Wilſon hat in dieſer Richtung in ſeinen Reden vom 12. Februar und vom 14. Juli d. J. Grundſätze formuliert, die bei ſeinen Alliierten nicht auf Widerſpruch geſtoßen ſind und deren weitgehende Anwendung auch auf ſeiten der Vierbundmächte keinem Einwande begegnen dürfte, vorausgeſetzt, daß dieſe Anwendung allgemein und mit den Lebensintereſſen der betreffenden Staaten vereinbar ſei. Allerdings iſt zu bedenken, daß eine Übereinſtimmung in den allgemeinen Grundſätzen nicht genügt, ſondern es ſich weiter darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden. Für einen unbefangenen Beobachter kann kein Zweifel darüber beſtehen, daß in allen kriegführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunſch nach einem Frieden der Verſtändigung gewaltig verſtärkt iſt, daß ſich immer mehr die Auffaſſung Bahn bricht, eine weitere Fortſetzung des blutigen Ringens müſſe Europa in eine Trümmerſtätte verwandeln und in einen Zuſtand der Erſchöpfung verſetzen, der ſeine Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür beſtände, durch ſie jene Entſcheidung durch die Waffen herbeizuführen, die von beiden Seiten in vier Jahren voll ungeheurer Opfer, Leiden und Anſtrengungen vergeblich angeſtrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weiſe kann aber eine Verſtändigung angebahnt und ſchließlich erzielt werden? Beſteht irgendeine ernſte Ausſicht, durch die Fortführung der Diskuſſion über das Friedensproblem in der bisherigen Art zu dieſem Ziele zu gelangen? Letztere Frage haben wir nicht den Mut zu bejahen. Die Diskuſſion von einer öffentlichen Tribüne zur anderen, wie ſie bisher zwiſchen den Staatsmännern der verſchiedenen Länder ſtattgefunden hat, war eigentlich nur eine Serie von Monologen.

Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit. Rede und Gegenrede griffen nicht ineinander ein, Sprecher ſprachen aneinander vorbei. Anderſeits war es die Öffentlichkeit und der Boden dieſer Auseinanderſetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbaren Fortſchreitens raubten. Bei allen öffentlichen Kundgebungen dieſer Art wird eine Form der Beredſamkeit angewendet, die mit der Wirkung auf große Diſtanz und auf die Maſſen rechnet. Damit vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abſtand von der gegneriſchen Auffaſſung, erzeugt Mißverſtändniſſe, die Wurzel faſſen und nicht beſeitigt werden, und erſchwert den freimütigen, einfachen Gedankenaustauſch. Jede Kundgebung der führenden Staatsmänner wird, ſowie ſie ſtattgefunden hat und auch ehe die zuſtändigen Stellen der Gegenſeite darauf erwidern können, zum Gegenſtande einer leidenſchaftlichen oder übertreibenden Beſprechung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner ſelbſt veranlaßt die Beſorgnis, die Intereſſen der Kriegführung durch ungünſtige Beeinfluſſung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Abſichten vorzeitig zu verraten, zum Anſchlagen hoher Töne und zum ſtarren Feſthalten an extremen Standpunkten.

Soll alſo der Verſuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verſtändigung, die die Kataſtrophe einer ſelbſtmörderiſchen Fortſetzung des Kampfes von

Digitized by Google

Europa abzuwenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andere Methode zu wählen, die eine unmittelbare mündliche Erörterung zwischen den Vertretern der Regierungen, und nur zwischen ihnen, ermöglicht.

Den Gegenstand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen kriegführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnis der Staaten zueinander als Basis dienen sollen, und über die zunächst eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlauf der Besprechungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden und damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf seiten keines der Kriegführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gedankenaustausch vorliegen werde. Die Kriegshandlungen erführen keine Unterbrechung, die Besprechungen gingen auch nur so weit, als sie von den Teilnehmern für aussichtbietend gehalten würden. Für die vertretenen Staaten könnten daraus keine Nachteile erwachsen; weit entfernt, zu schaden, müßte ein solcher Gedankenaustausch für die Sache des Friedens nur von Nutzen sein. Was das erste Mal nicht gelingt, kann wiederholt werden und hat vielleicht mindestens schon zur Klärung der Auffassungen beigetragen.

Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbruche bringen, Ströme von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit würden sich lösen, in deren Wärme alles Wesentliche bestehen bliebe, dagegen manches Gegensätzliche verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigemessen wird.

Nach unserer Überzeugung sind alle Kriegführenden es der Menschheit schuldig, gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt, nach so vielen Jahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weist, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen.

Die k. u. k. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegführenden Staaten vorschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einen Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkte, worüber man noch Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekannt zu geben, analoge Mitteilungen entgegen zu nehmen, sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erbitten und zu erteilen.

Die k. u. k. Regierung beehrt sich, die Regierung von . . . durch die geneigte Vermittlung Euer Exzellenz zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung von . . . bringen zu wollen.

Stellungnahme Deutschlands zur österreichisch-ungarischen Note.

Berlin, 15. September 1918. (Eine halbamtliche Kundgebung.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Der Widerhall, den die gestern bekanntgemachte Note Österreich-Ungarns an die Regierungen aller Mächte in der deutschen Presse gefunden hat, ist ein neuer Beweis für die schon so oft bekundete ernste Friedensbereitschaft unseres Volkes. Allenthalben tritt die Tatsache in die Erscheinung, daß der von unserem Bundesgenossen unternommene

Digitized by Google

Schritt in Deutſchland nicht nur vollem Verſtändnis begegnet, ſondern auch dem Geiſte entſpricht, in dem wir von Anfang an den gemeinſamen Kampf um die künftige Wohlfahrt der verbündeten Reiche und Völker geführt haben. Wenn ſich daneben in mancherlei Abtönung Zweifel an dem Erfolge des Vorgehens unſerer Bundesgenoſſen regen, ſo gründen ſich dieſe auf die Erfahrungen, die wir oder unſere Bundesgenoſſen bisher in allen Fällen gemacht haben, wo wir beſtrebt waren, eine Verſtändigung anzubahnen und den Europa zerfleiſchenden Krieg auf dem Wege der Übereinkunft beſchleunigt zu Ende zu führen. Die Berechtigung jener Zweifel liegt offen zutage. Sie ändert aber, wie ſich von ſelbſt verſteht, nichts an der Bereitwilligkeit der deutſchen Regierung, ſich gern und ohne Verzug an den Beſprechungen zu beteiligen, die etwa nunmehr infolge der neuen Anregung Öſterreich-Ungarns zuſtande kommen ſollten."

Von einer neutralen Vermittlung iſt der O. H. L. gegenüber nicht mehr die Rede. Sie iſt von mir gegenüber dem Vernichtungswillen der Feinde immer als ungemein ſchwer erreichbar angeſehen worden. Herr v. Hintze hat ſich mir gegenüber im April 1919 dahin ausgeſprochen, daß dies vielleicht nicht ſo ſchwer geweſen wäre (ſ. auch Nr. 7 dieſes Abſchnitts). Ebenſo ſagt die amtliche „Vorgeſchichte des Waffenſtillſtandes", daß am 29. Auguſt eine günſtige Aufnahme eines Wunſches nach Vermittlung einer neutralen Macht zu erwarten geweſen wäre*). Das amtliche Weißbuch macht Öſterreich-Ungarn für die Verhinderung der Vermittlung verantwortlich.

Die Note des Grafen Burian hat keinerlei Erfolg.

Am 27. September verkündete Wilſon die Grundſätze ſeines Völkerbundes, ohne die Note des Grafen Burian überhaupt nur zu erwähnen; er wandte ſich nur gegen Deutſchland und ſchloß:

„Friedensmanöver können nur dadurch wirkſam gelähmt und zum Schweigen gebracht werden, daß man dartut: Jeder neue Sieg der gegen Deutſchland vereinten Staaten bringt die Nationen dem Frieden näher, der allen Völkern Ruhe und Sicherheit gewährt und die Wiederholung eines ſolchen Kampfes mitleidloſer und blutiger Gewalt für immer verhüten wird, und nichts anderes vermag das zu tun. Deutſchland gibt uns fortwährend »Bedingungen« zu verſtehen, die es anzunehmen bereit iſt, und entdeckt jedesmal, daß die Welt keine Friedensbedingungen will. Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und Billigkeit."

*) In der Volksausgabe des amtlichen Weißbuchs fehlt dieſe Angabe! Der Verfaſſer.

Digitized by Google

B. Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot und die Revolution von oben.

1.

Schon am 2. 9. meldet der bulgarische General Gantschew nach Sofia: „Bezüglich des Burianschen Friedensvorschlages erfuhr ich heute im deutschen Auswärtigen Amt von Rosenberg folgendes: »Die deutsche Regierung sei der Ansicht, der Vorschlag solle nicht an alle kriegführenden Länder gerichtet werden und solle nicht öffentlich geschehen, sondern solle auf dem diplomatischen Wege . . . . geheim, und zwar nur an Wilson. Die Deutschen seien bereit, der Ambition Wilsons, die erste Rolle bei der Führung der Verhandlungen zu spielen, Genüge zu leisten, und seien sogar bereit, auf eine Konferenz nach Washington zu gehen«."

Mit der O. H. L. hat das Auswärtige Amt nicht in diesem Sinne gesprochen.

2.

Aufzeichnung aus der „Vorgeschichte des Waffenstillstandes".

„Berlin, 28. September 1918.

Wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens*) ist die sofortige Bildung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis auf freie Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Hierzu wäre erwünscht, daß möglichst schon morgen abend ein Telegramm in Berlin eintrifft, das die Annahme der von Graf Hertling erbetenen Demission mitteilt und den Vizekanzler v. Payer beauftragt, dem Kaiser sofort wegen der Person des neuen Kanzlers und der Zusammensetzung der neuen Regierung Vorschläge zu machen. Das neue Kabinett soll alle Kräfte des Volkes auf breitester nationaler Grundlage zusammenfassen und der Verteidigung des Vaterlandes nutzbar machen. Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, soll der Vizekanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers das Präsidium des Reichstags und die Parteiführer hören und im engsten Einvernehmen mit der Volksvertretung seine Vorschläge ausarbeiten.

Die auf diese Weise neu gebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen,

> die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen.

*) In Wien und Konstantinopel herrschten ähnliche Gedankengänge. Das Ausscheiden Bulgariens aus dem Vierbund stand fest. Der Verfasser.

Digitized by Google

Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahezulegen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes einzuladen. Unsere Aufforderung an Herrn Wilson wäre von der Erklärung zu begleiten, daß Deutschland, eventuell der Vierbund, bereit ist, den Friedensverhandlungen als Programm die bekannten 14 Punkte des Präsidenten zugrunde zu legen.

Es dürfte sich empfehlen, unsere Mitteilung auf direktestem Wege an Herrn Wilson gelangen zu lassen und ihm dabei die Frage der öffentlichen oder geheimen Behandlung anheimzustellen. Am zweckmäßigsten wäre wohl, daß einer der kaiserlichen Gesandten in den neutralen Hauptstädten beauftragt würde, die Mitteilung schriftlich seinem amerikanischen Kollegen zu übergeben. Die Wahl des neutralen Landes müßte von der Eignung der in Frage kommenden amerikanischen Vertretung abhängig gemacht werden. Eine geheime telegraphische Anfrage ergeht dieserhalb heute an die verschiedenen kaiserlichen Gesandten."

Anmerkung: In Berlin war unsere Absicht, ein Waffenstillstands- und Friedensangebot zu beantragen, noch nicht bekannt.

Es handelt sich im vorstehenden anscheinend um das Ergebnis der am 28. September abgehaltenen interfraktionellen Sitzung. Danach wurde die militärische Lage in Berlin ähnlich beurteilt wie in Spaa.

3.

Der Generalfeldmarschall und ich kannten diese Gedankengänge in Berlin nicht, als wir am 28. September abends den Entschluß zum Waffenstillstands- und Friedensangebot faßten. Ich beziehe mich im einzelnen auf meine Entgegnung auf das amtliche Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" Heft 2, Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot. Berlin, 1919. Ernst Siegfried Mittler & Sohn, und wiederhole hier: Wir bedurften eines Zuschusses an Kraft aus der Heimat, um die Lage zu halten. Dies war nur möglich, wenn dem deutschen Volke klar wurde, daß es vor einem Gewalt- und nicht vor einem Versöhnungsfrieden stünde. Das Waffenstillstands- und Friedensangebot mußte hierüber bald Klarheit bringen. Ein Zeitverlust war in Rücksicht auf das schwer ringende Heer nicht zu verantworten. Erhielten wir einen Frieden, der trotz schwerer Opfer uns ein Leben ließ, dann mußten wir ihn annehmen, einen solchen Frieden, wie wir ihn von Mitte Oktober an erwarten mußten — niemals! Erkannte der Feind, daß er seine eigenen, großen Opfer nur durch ein gewisses Verzichten gegenüber dem verzweifelt ringenden und den Kampf hinziehenden Gegner verwinden könne, dann war Hoffnung auf einen Frieden vorhanden, der uns Leben und Ehre ließ.

Digitized by Google

Am 29. früh fand die Besprechung mit dem Staatssekretär v. Hintze statt. Dieser vertrat die unter Ziffer 1 und 2 aufgeführten Ansichten als seine eigenen, ohne uns die Gedankengänge in Berlin (Ziffer 2) mitzuteilen. Der Generalfeldmarschall und ich legten unsere Ansichten dar und betonten die Notwendigkeit des Weiterkampfes im Falle eines entehrenden oder Vernichtungsfriedens.

Der Staatssekretär gab mir auf die Frage, wann die von ihm gewünschte neue Regierung gebildet und beschlußfähig wäre und die Note mit den Verbündeten vereinbart sein und abgehen könne, Dienstag, den 1. Oktober, an.

4.

Aufzeichnungen des Königl. Sächsischen Militär-Bevollmächtigten Generalmajors v. Eulitz.

Er schreibt unter dem 1. August 1919 an General v. Mertz:

„Die Veröffentlichung des neuen deutschen Weißbuches über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes veranlaßt mich, Ihnen meine Aufzeichnungen vom 30. September 1918 über eine Besprechung des Generals Ludendorff mit den drei deutschen Militärbevollmächtigten im Gr. H. Qu. mitzuteilen. Die Aufzeichnungen sind unmittelbar nach der Besprechung niedergeschrieben, nach Notizen, die ich mir während der Besprechung gemacht hatte.

»General Ludendorff eröffnete heute 11,15 Uhr vormittags den deutschen Militärbevollmächtigten im Gr. H. Qu. etwa folgendes:

Die Ereignisse in Bulgarien haben die Oberste Heeresleitung überrascht*), die bulgarische Armee ist zusammengebrochen. Waffenstillstand ist heute geschlossen. Die Stellung des Zaren zu den Ereignissen ist nicht vollkommen geklärt.

Vier deutsche und zwei österreichische Divisionen sind zur Wiederherstellung der militärischen Lage im Antransport auf Nisch. Außerdem ist eine deutsche Division für Konstantinopel bestimmt, sieben Divisionen fallen damit für den Westen oder gegen Rumänien aus. Die Lage ist in Rumänien ungeklärt, erfordert besondere Aufmerksamkeit.

Die Türkei ist bedroht. Es steht zu befürchten, daß die Entente Kräfte von Mazedonien nach Konstantinopel in den Rücken der Türkei schickt und dadurch die Türken in schwierigste Lage bringt.

Die Grenze Österreichs und damit die Südostfront ist bedroht. Die Ereignisse im Osten entziehen dem Westen Kräfte. Sie wirken höchst ungünstig auf die Westfront ein.

*) Mit einem Geländeverlust wurde stets gerechnet; die Hoffnung war vorhanden, daß die bereiten Reserven den Angriff zum Stehen bringen würden. Der Verfasser.

Digitized by Google

Die Lage auf der Westfront ist bekannt: 22 deutsche Divisionen mußten aufgelöst werden. Die Überlegenheit der Entente steigt dadurch auf 30 bis 40 Divisionen. Die 38 amerikanischen Divisionen haben einen besonders hohen Mannschaftsstand. Dagegen ist die Kopfstärke unserer Divisionen mehr und mehr gesunken. Einige Divisionen sind nur noch Attrappen.

Es ist aber nicht die geringe Stärke der Divisionen, die unsere Lage bedenklich macht, sondern mehr die Tanks, die in immer größerer Zahl überraschend auftreten.

Wenn man die Meldungen der Armee liest, dann muß man tief bewegt sein von den Beispielen unübertrefflicher Tapferkeit und Aufopferung von Führern und Truppen aller deutschen Stämme. Allerdings haben auch manche Divisionen, durch die Kämpfe übermüdet, versagt und durch ihr Zurückgehen die Nachbarn in Mitleidenschaft gezogen.

Es erübrigt sich, auf die Gründe für das Versagen näher einzugehen. Die Kriegführung auf der Westfront hat jetzt in erster Linie wegen der Wirkung der Tanks den Charakter des Glücksspiels angenommen. Die Oberste Heeresleitung kann nicht mehr mit sicheren Faktoren rechnen.

Die Ereignisse in Bulgarien und ihre Folgen, die Spannung auf der Westfront ohne Aussicht auf eine Besserung, die Unmöglichkeit, die Lage durch eine Offensive wieder herzustellen, haben im Interesse des Heeres den Generalfeldmarschall und mich zu der Überzeugung gebracht, daß die Beendigung der Feindseligkeiten geboten ist.

Diese Auffassung der militärischen Lage ist gestern nach Rücksprache mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Seiner Majestät dem Kaiser gemeldet worden.

Seine Majestät haben befohlen, daß der Reichskanzler und die auswärtige deutsche Politik der Auffassung der Obersten Heeresleitung Rechnung zu tragen haben.

Die erforderlichen Schritte werden vermutlich von der neu zu bildenden Regierung in Berlin eingeleitet werden. Die Wahl des Zeitpunktes und der zu ergreifenden Maßnahmen sind lediglich Sache der Regierung, nicht der Obersten Heeresleitung.«

General Ludendorff schloß seine Ausführungen: »Die Lage ist ernst. Sie erfordert einen ganzen Entschluß. Der Generalfeldmarschall und ich haben unseren Entschluß mit voller Überlegung, nicht im Affekt, pflichtgemäß gefaßt.«

General Ludendorff war bestimmt und klar. Seine Ruhe fiel mir besonders auf."

v. Eulitz,
Generalmajor z. D.

Digitized by Google

5.

Aus der Gedankenwelt meiner Mitarbeiter.

a) Schreiben meiner früheren Mitarbeiter vom 16. August 1919.

Das Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" wirft Eurer Exzellenz Unsicherheit in der Beurteilung der Ereignisse und unlogische Darstellung der Lage während der Zeit des Waffenstillstandsangebots und der Waffenstillstandsverhandlungen vor auf Grund eines Nervenzusammenbruchs.

Wir unterzeichneten alten Mitarbeiter Eurer Exzellenz, die wir in jener Zeit täglich in dauerndem dienstlichen und außerdienstlichen Verkehr mit Eurer Exzellenz zusammengekommen sind, sehen uns gezwungen, dies aufs entschiedenste zurückzuweisen.

Daß Eure Exzellenz, wie wohl jeden Offizier der O. H. L., damals die Ereignisse an der Front und die Zustände in der Heimat seelisch mitgenommen haben, wissen wir. Aber keiner von uns hat eine Wahrnehmung gemacht, die auch nur im geringsten auf einen Zusammenbruch der Nerven schließen ließe oder ein Nachlassen klaren Urteils und zielbewußter, kraftvoller Führung verraten hätte.

v. Bartenwerffer, Generalmajor z. D., damals Oberquartiermeister beim Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. v. Mertz, Oberst, damals Abteilungschef im Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. Frhr. v. Oldershausen, Generalmajor z. D., damals Chef des Feldeisenbahnwesens. v. Thaer, Oberst, damals Chef des Generalstabes des Generalquartiermeisters. Thomsen, Oberst, damals Chef des Generalstabes der Luftstreitkräfte.

b) Schreiben des Generalmajors v. Bartenwerffer vom 20. Februar 1919.

Berlin, 20. Februar 1919.

Herrn Oberst Heye.

Zu der Antwort des Ministerpräsidenten Scheidemann auf das Schreiben des Herrn Generalfeldmarschalls betr. die Äußerung „General Ludendorff, der geniale Hasardeur dieses Weltkrieges" möchte ich folgendes anführen:

General Ludendorff hat am 29. September 10 Uhr abends im Kreise der Abteilungschefs dargelegt: „Durch die Ereignisse an der mazedonischen Front sei er gezwungen, Reserven, die für den Westen bestimmt waren, auf dem Balkan zu verwenden. Für die Westfront seien keine Reserven mehr verfügbar. Angesichts der ernsten Kämpfe würde er sich wie ein

Digitized by Google

Hasardspieler vorkommen, wenn er nicht auf die baldigste Beendigung des Krieges durch einen Waffenstillstand drängte. Dies sei geschehen."

Ich weiß, daß General Ludendorff diese Ausführungen andern Herren gegenüber wiederholt hat. In einem Fall — ich glaube, es waren die deutschen Militärbevollmächtigten — war ich dabei.

Da Exzellenz Scheidemann sagt, daß aktenmäßig festliege, daß General Ludendorff sich selbst als Hasardspieler bezeichnet habe, General Ludendorff aber an dem fraglichen 1. Oktober nicht in Berlin gewesen ist, so muß ich annehmen, daß Exzellenz Scheidemann sich auf einen Bericht aus Spaa, vermutlich vom Vertreter des Auswärtigen Amtes oder des Reichskanzlers, stützt, dem gegenüber General Ludendorff gleichfalls die oben angeführten Ausführungen gemacht haben kann. Die Ausführungen des Generals Ludendorff beweisen das Gegenteil von dem, was Exzellenz Scheidemann behauptet: General Ludendorff hat kein Hasardspieler sein wollen, daher sein Drängen auf den Waffenstillstand.

gez. v. Bartenwerffer,
Generalmajor.

c)

Oberst v. Haeften schreibt über den 30. September in einem dienstlichen Bericht, den er der damaligen Obersten Heeresleitung über die Vorgänge im Herbst 1918 erstattet hat, und den mir mit Genehmigung des Generalfeldmarschalls Oberst Heye ebenfalls im März 1919 übersandte:

„Am 30. September zwischen 10 und 11 Uhr vormittags rief mich der General Ludendorff aus Spaa telephonisch an und teilte mir in Kürze das Ergebnis der Besprechung mit, mit dem Ersuchen, ich solle, nachdem nun einmal der schwerwiegende, große Entschluß gefaßt sei, in Berlin alles daran setzen, um die Regierung zum schnellen und energischen Handeln zu veranlassen. Er betonte jedoch ausdrücklich hierbei, daß er hiermit nicht drängeln wolle, daß aber jeder Tag des Zögerns und der Untätigkeit verhängnisvoll werden könne. Er forderte mich auf, auf den Staatssekretär v. Hintze einzuwirken, zunächst auf seinem Posten auszuharren und die Einleitung des Friedensschrittes durchzuführen. Ich sprach in diesem Sinne mit dem Staatssekretär am Nachmittage, der jedoch auf seinem Entschluß, von seiner Stellung zurückzutreten, beharrte. Der Friedensschritt müsse, wenn er Erfolg haben sollte, von der neuen Regierung unternommen werden. Ich bemerkte, daß noch geraume Zeit hingehen könne, bis die neue Regierung gebildet sei, inzwischen aber gehandelt werden müsse. Er schnitt indes meine Worte mit der Erwiderung ab: »Ach was, die neue Regierung ist spätestens morgen nachmittag gebildet, und dann kann das

Digitized by Google

Friedensangebot morgen abend abgehen.« Ich erlaubte mir, dies in Zweifel zu ziehen.

Am späten Abend des 30. September rief ich General Ludendorff an. Ich machte ihm zunächst Meldung von dem Stand der Regierungskrisis, wobei ich meinem Erstaunen über die Ausschaltung der Krone bei der Lösung der Krise lebhaften Ausdruck gab. Die Krone müsse sich nun endlich schlüssig werden, wen sie mit der Bildung der neuen Regierung und den Verhandlungen mit den politischen Parteien beauftragen wolle; bisher sei noch nicht einmal ein Kanzlerkandidat namhaft gemacht. Inzwischen hätten die politischen Parteien aus eigener Machtvollkommenheit gehandelt und von sich aus dem Vizekanzler v. Payer das Amt des Reichskanzlers angeboten, das dieser indes abgelehnt habe, so daß die Lage zur Zeit verworren und der Zeitpunkt der Bildung der neuen Regierung völlig ungewiß sei. Das bisher eingeschlagene, nicht einmal in parlamentarisch regierten Ländern übliche Verfahren bei der Regierungsbildung bedeute nicht mehr Evolution, sondern Revolution, da es an Stelle der Souveränität der Krone die Souveränität der Mehrheitsparteien setze.

Auf meine Frage, wer denn die Verantwortung hierfür und für den Kaisererlaß trage, erwiderte General Ludendorff, das habe der Staatssekretär v. Hintze Seiner Majestät so vorgeschlagen."

6.

Das „Drängen" am 1. Oktober.

a) Nach Nr. 19 der amtlichen Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Legationssekretär Jordan im Gespräch mit der deutschen Gesandtschaft*) in Wien: Jordan: Hier Jordan. Exzellenz Stumm beauftragt mich mitzuteilen, daß es unbedingt erforderlich sei, nicht nur prinzipielle Annahme unseres Vorschlages, sondern auch formelle Antwort bereits heute mittag in Berlin zu haben, da Schritt noch heute unternommen werden soll. Verhandlungsort sei von sekundärer Bedeutung. Washington solle zunächst nur aus Höflichkeitsgründen vorgeschlagen werden, ohne dadurch Möglichkeit anderen Ortes auszuschließen. Wir müssen unter allen Umständen Antwort bis heute mittag haben . . .

b) Major Frhr. v. dem Busche schreibt über den 1. Oktober in seinen erwähnten Aufzeichnungen:

„Am 1. Oktober rief mich General Ludendorff, der aus Berlin Nachrichten über den schleppenden Gang der Kabinettsbildung erhalten hatte,

*) Deutsche Botschaft! Der Verfasser.

Digitized by Google

an und befahl mir, in seinem Auftrage auf den die Geschäfte führenden Vizekanzler v. Payer einen Druck dahin auszuüben, daß das Friedensangebot schleunigst erfolge. Er sagte dazu: Nachdem die Oberste Heeresleitung einmal diesen schweren Entschluß gefaßt hat, muß sie darauf bestehen, daß keine Zeit verloren wird. Auf meine Einwendung, daß die Bildung der Regierung gewisse Zeit erfordere, sagte er: Dann müssen wir darauf drücken, daß die Herren in Berlin sich beeilen und sich einigen.

Ich richtete dem Vizekanzler v. Payer meinen Auftrag aus, der mir versicherte, alles tun zu wollen, was in seinen Kräften stehe. Er machte nochmals auf die vielen Schwierigkeiten aufmerksam, daß noch niemand da sei, um das Friedensangebot zu unterschreiben. Seine eigene Unterschrift halte er für unzweckmäßig. Der kommende Reichskanzler sei noch nicht ernannt. Er sei auch nicht sicher, ob es ihm gelingen werde, ein Kabinett zu bilden*). Ich möchte bei der Obersten Heeresleitung anfragen, ob die Herausgabe des Friedensangebots nicht doch hinausgezögert werden kann. Auf meine Anfrage wurde mir anliegendes Telegramm diktiert:

Ab 1. Oktober 1918, 1,30 Uhr nachmittags. An Major Freiherrn v. dem Bussche für den Vizekanzler v. Payer.

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen vormittag einverstanden.

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe des Friedensangebots an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

gez. v. Hindenburg.

Notiz: übergeben 1. Oktober, 2 Uhr nachmittags, gez. v. dem Bussche."

„Nur dieses Telegramm könnte", so fährt Major Frhr. v. dem Bussche fort, „als Grund für die Behauptung angesehen werden, die Oberste Heeresleitung habe die Herausgabe des Friedensangebots innerhalb 24 Stunden gefordert. Dieses Telegramm hat aber nicht, wie gleich daraufhin in Berlin kolportiert wurde, die Begründung, daß ein Zusammenbruch der Westfront innerhalb der nächsten Tage bevorstände — daß dieses von keiner militärischen Stelle gedacht oder gesagt worden ist, geht aus den folgenden Ausführungen hervor —, sondern es verfolgte lediglich den Zweck, auf die Minister und Parteien immer wieder zu drücken, ihre eigenen und die Parteiinteressen zurückzustellen und den großen Interessen des Heeres und des Vaterlandes unterzuordnen. Am 1. Oktober sollte ich auf Wunsch des Grafen Roedern vor Mitgliedern des Herrenhauses sprechen.

*) In diesem Satz drückt sich die ganze von Oberst v. Haeften geschilderte Verfahrenheit bei der Bildung der neuen Regierung aus. Der Vizekanzler hatte das Kabinett nur zu bilden, wenn er selbst Reichskanzler werden sollte und von dem Kaiser hierzu berufen war. Der Verfasser.

Digitized by Google

Dies in Verbindung mit dem Vorhergegangenen machte mich stutzig, ließ darauf schließen, daß ich als Vertreter der Obersten Heeresleitung zu innerpolitischen Zwecken (Druck auf die Rechte) ausgenutzt werden sollte. Da ich den bestimmten Standpunkt des Generals Ludendorff, sich innerpolitischen Vorgängen fernzuhalten, kannte, lehnte ich den Vortrag im Herrenhause ab. General Ludendorff erklärte sich später mit diesem Entschluß einverstanden.

Bei diesem Vorfall ist folgendes bemerkenswert: Der Obersten Heeresleitung wird von vielen Seiten vorgeworfen, ihr eigenes Verhalten und das ihrer Mitglieder hätten in Berlin Panikstimmung erzeugt. Ich weiß mich von diesem Vorwurf frei, was ich gesagt habe, hatte ich Schwarz auf Weiß bei mir (vgl. Vortrag am 2. Oktober)*). Wohl aber habe ich schon damals den Eindruck gehabt, daß die aus Spaa zurückkehrenden Staatssekretäre, besonders Graf Roedern, zur Durchführung des von ihm empfohlenen und gewünschten Drucks nach links, besonders aber, um die Wahlreform im Herrenhause im Galopptempo durchzupeitschen, die militärische Lage den rechts stehenden Parteien so schwarz wie möglich geschildert haben. Bei diesem Bemühen, dem ich dem Anschein nach sekundieren sollte, sind dann wahrscheinlich die Ausdrücke Durchbruch, Katastrophe usw. gefallen.

Am Nachmittag kam Prinz Max von Baden in Berlin an.

Am Abend wurde ich noch zu einer Besprechung gerufen, die zwischen Prinz Max von Baden, Vizekanzler v. Payer, dem Staatssekretär v. Hintze und Graf Roedern stattfand. Ich sprach nur wenige Worte. Der Prinz sagte, er wisse schon alles. Er fragte mich nur, ob das Waffenstillstandsangebot so bald erfolgen müsse. Ich bejahte auf Grund meiner mir gegebenen Weisung und der mir auf meine erneute Anfrage aus dem Hauptquartier von Oberst Heye oder Major v. Stülpnagel gemachten Mitteilung, daß naturgemäß die Anschauung über die Notwendigkeit eines schnellen Handelns sich in keiner Weise geändert habe. Der Prinz wollte nur ein Friedensangebot machen. Seine Vorschläge wurden von den anwesenden Ministern kurz abgetan.

Immerhin schien die Möglichkeit vorhanden, die Friedensnote am 2. Oktober herauszugeben, falls man sich über ihren Inhalt einigte. Da stellte sich ein neues Hindernis heraus. Der Großherzog von Baden hatte die Genehmigung zur Annahme der Reichskanzlerschaft durch den Prinzen Max noch nicht erteilt. Alle Herren hielten es für ausgeschlossen, die Erlaubnis bis zum nächsten Morgen zu erwirken. Die Anfrage mußte durch Seine Majestät den Kaiser erfolgen. Seine Majestät befand sich auf der Fahrt von Spaa nach Berlin. Ich schlug vor, die Anfrage auf telephonischem

*) Seite 535.

Digitized by Google

Wege zu erledigen. Die Sache wurde von Spaa aus in die Hand genommen, der Sonderzug Seiner Majestät des Kaisers in Köln angehalten, das Schloß in Karlsruhe verständigt, alle Leitungen vorbereitet und die Anfrage ohne Schwierigkeiten in 1½ Stunden erledigt. Um 12 Uhr mitternachts war die Genehmigung des Großherzogs von Baden da. Die schnelle Durchführung dieses Telephonverkehrs durch die Oberste Heeresleitung hat bei den Herren in Berlin wohl den Eindruck erweckt, daß die Oberste Heeresleitung außerordentliche Gründe für ihr Drängen habe. Tatsächlich war diese Art des Fernverkehrs etwas Alltägliches, die Herren waren nur anscheinend noch nicht mit dem Gebrauch moderner Fernsprecheinrichtungen bekannt."

c) Oberst v. Haeften schreibt über den Verkehr zwischen ihm und mir am 1. Oktober und 2. vormittags in seinem Bericht:

„In der 12. Abendstunde erstattete ich Exzellenz Ludendorff Bericht von den Verhandlungen (zwischen dem Vizekanzler v. Payer und dem Prinzen Max von Baden) über Annahme des Kanzlerpostens und der Unmöglichkeit, das Friedensangebot noch am heutigen Tage hinausgehen zu lassen, zumal der Prinz es ablehnte, es zu unterzeichnen. Exzellenz Ludendorff nahm das keineswegs tragisch, vielmehr ging er ruhig auf meine sachlichen Gegenvorschläge ein, so daß ich nicht den Eindruck gewann, daß Exzellenz auf der wörtlichen Ausführung der telephonischen Weisung an Major Frhr. v. dem Bussche bestünde. Er sagte mir, daß die Zustimmung des Kaisers und des Großherzogs von Baden zu der Ernennung des Prinzen Max herbeigeführt würde. Diese erwarte er jeden Augenblick. Während der Unterredung erhielt Exzellenz die Meldung von der telephonischen Zustimmung Sr. Majestät und des Großherzogs von Baden und wiederholte die Aufforderung an mich, den Prinzen zum Unterzeichnen zu veranlassen. Ich versprach, es morgen versuchen zu wollen, bezweifelte aber, daß der Prinz es tun würde, da er noch gar nicht mit den politischen Parteien verhandelt habe. Dies würde wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Es war mittlerweile ½1 Uhr nachts geworden.

Am 2. Oktober früh acht Uhr suchte ich den Prinzen auf, um ihm die Bitte des Generals Ludendorff vorzutragen. Der Prinz war sehr eilig, da er gerade eine Besprechung mit dem Führer der sozialdemokratischen Partei, Herrn Ebert, hatte. Bevor er sich nicht mit den Führern der politischen Parteien geeinigt hätte, könne er nicht unterzeichnen. Im Laufe des 2. Oktober habe ich dem General Ludendorff mehrfach telephonisch über die Lage Bericht erstattet und ihm gemeldet, daß das Friedensangebot an diesem Tage nicht abgehen würde und voraussichtlich auch nicht am 3. Oktober abgehen würde. Es bestände die Absicht, den Reichstag zum 5. Ok-

Digitized by Google

tober zu berufen und erst in der Eröffnungsrede des neuen Reichstages das Friedens- und Waffenstillstandsangebot, das am 4. Oktober abgehen solle, öffentlich bekannt zu geben. Hiermit erklärte sich dann Exzellenz einverstanden, falls die Berufung des Reichstages bestimmt zu diesem Zeitpunkt erfolge."

Der Chef des Zivilkabinetts, Wirkl. Geheimrat v. Berg, schreibt:

„Graf Roedern und Herr v. Hintze sind am anderen Morgen oder in der Nacht von Spaa nach Berlin abgefahren, sind am Mittag des 30. schon in Berlin angekommen und haben — ohne Auftrag durch Seine Majestät — mit Herrn v. Payer und mit noch anderen Herren verhandelt, als Vorverhandlung, wie mir Graf Roedern am 1. Oktober, als ich früh in Berlin eintraf, sagte, weil er wohl wußte, daß ich die eigentlichen Verhandlungen zur Bildung des neuen Kabinetts zu führen hatte."

Zu den Darstellungen des Majors Frhrn. v. dem Busche und des Oberst v. Haeften bemerke ich, daß sie mein Denken und Handeln richtig wiedergeben. In dem Glauben befangen, daß die Regierung, wie mir Staatssekretär v. Hintze angegeben hatte, bei gutem Willen aller Beteiligten bis zum 1. Oktober gebildet sein könne, gab der Generalfeldmarschall auf meinen Antrag das Telegramm an Major Frhr. v. dem Busche, als wir bezweifeln mußten, daß dieser gute Wille in Berlin vorherrschte. Es enthält sich jeder Schilderung der Kriegslage und jeder Begründung. Die tiefinnere, militärische Berechtigung ist aus meiner Darstellung in meinem Buche ersichtlich.

Kurz vor Abgang des von Major v. dem Busche angegebenen Telegramms hatte ich eine Besprechung mit den Legationsräten v. Grünau und v. Lersner, die ebenfalls nach Berlin drahteten, so daß statt eines drei Telegramme daselbst eintrafen. Da das Telegramm des Herrn v. Grünau nicht rein sachlich abgefaßt war, so wurde die Wirkung dieses Umstandes nur erhöht.

Auf Staatssekretär v. Hintze haben die Telegramme keinen Eindruck gemacht; er antwortete am 1. Oktober 7 Uhr 20 Min.

1. Grünau.
2. Lersner.

Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute 1. Oktober nachts. Dann kann Angebot sofort in derselben Nacht hinausgehen. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien.

gez. v. Hintze."

Digitized by Google

Dagegen ist anzunehmen, daß der in Berlin 4 Uhr nachmittags eintreffende Prinz Max von Baden, der in keiner Weise die Lage übersah, sich schwer gedrängt fühlte. Tatsächlich hat das Telegramm aber keinerlei Wirkung ausgeübt, denn das Angebot ging erst am 3. abends nach Bern und wurde dort etwa 24 Stunden angehalten.

7.

Meine Stellung zu einzelnen Punkten des Friedens- und Waffenstillstandsangebots.

a) Major v. dem Busche hatte in seiner Sitzung am 2. Oktober 9 Uhr vormittags in Berlin, in der er den Parteiführern die Lage vortrug und auf die ich in anderem Zusammenhang noch zurückkommen werde, einen gewissen Argwohn gegen den Wortlaut der Note geschöpft. Er schreibt:

„Exzellenz v. Payer hatte anscheinend kurz vor meinem Eintritt den beabsichtigten Inhalt der Friedensnote bekanntgegeben. Als Erster knüpfte Graf Westarp, nachdem ich geschlossen, an meine Worte, daß der Gegner erkennen müsse, daß wir entschlossen seien, den Krieg fortzusetzen, wenn er uns einen demütigenden Frieden gäbe, und sprach sich gegen die glatte Annahme der 14 Wilsonschen Punkte aus. Entrüstet wies der Vizekanzler diese Auslegung der Friedensnote ab. Immerhin war mir der Inhalt der Friedensnote nun verdächtig, und ich machte telephonisch darauf aufmerksam, daß der Text offenbar den Schluß zuließe, daß Deutschland bedingungslos die Wilsonsche Forderung annehmen werde."

Hierauf entschloß ich mich, dem Major Frhrn. v. dem Busche am 2. Oktober 1918, 12 Uhr 20 Min. nachmittags, folgende Weisung zur Übermittlung an den Vizekanzler v. Payer zu geben:

Nr. 29 des Weißbuchs.

„Aus dem Inhalt der beabsichtigten Friedensnote ist mir nur bekannt: »Daß die 14 Punkte der Wilsonschen Note als Grundlage für die Friedensbesprechungen dienen sollen, nicht aber als vom Feinde auferlegte Bedingung gelten sollen.«"

b) Beim Mittagessen erhielt ich, wohl durch Legationsrat v. Lersner oder auf eine andere Weise, ich kann mich dessen nicht mehr genau entsinnen, den Entwurf einer Note, der etwa Nr. 20 des Weißbuchs vom 1. Oktober entsprach:

„Der unterzeichnete Kaiserliche Gesandte ist beauftragt und hat die Ehre, die eidgenössische Regierung zu ersuchen, den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika telegraphisch wissen zu lassen, daß die Kaiserliche Regierung den Präsidenten Wilson bittet, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zweck Bevollmächtigte

Digitized by Google

aller kriegführenden Staaten nach Washington einzuladen (von Washington war aber wohl jetzt nicht mehr die Rede, mit Rücksicht auf den Widerstand Österreich-Ungarns. Der Verfasser). Die Kaiserliche Regierung verbindet damit die Anregung, den Kriegführenden den Abschluß eines sofortigen*) allgemeinen Waffenstillstandes auf allen Fronten vorzuschlagen. Sie erklärt, daß sie die in der Botschaft des Präsidenten vom 8. Januar niedergelegten 14 Punkte und die in der Botschaft vom 11. Februar aufgestellten 4 Leitsätze als Grundlage für die Friedensverhandlungen annimmt*)."

Mein Gegenvorschlag:

Nr. 30 des Weißbuchs.

Telephongespräch zwischen dem Legationsrat v. Lersner, Großes Hauptquartier, und dem Legationssekretär Dr. Jordan, Auswärtiges Amt, 2. Oktober 1918, 2 Uhr 40 Min. nachmittags. „Hier Legationsrat v. Lersner. Bitte sofort dringend Herrn Legationssekretär Dr. Jordan zum Apparat. General Ludendorff schlägt folgenden Wortlaut vor: (Es muß also doch ein Gespräch vorher stattgefunden haben, sonst würde der Satz „General Ludendorff schlägt folgenden Wortlaut vor" ohne Bezeichnung, worauf sich der Wortlaut bezieht, unverständlich erscheinen.)

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zweck Bevollmächtigte aller kriegführenden Staaten einzuladen.

Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen aufgestellten Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen.

Im Anschluß hieran schlägt die deutsche Regierung den Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande und zu Wasser und in der Luft vor und ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, den Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, schon jetzt herbeizuführen. . . . . .

gez. v. Lersner."

Mein Gegenvorschlag wich in zwei sehr wesentlichen Punkten von dem mir vorliegenden Entwurf ab. Ich forderte keinen sofortigen Waffenstillstand und sagte, daß wir damit einverstanden wären, daß für die Verhandlungen die Kundgebungen des Präsidenten als Grundlage dienen sollten. Mir schien der Ausdruck des Vorschlags des Auswärtigen Amts bedenklich. Das war das „Drängen" der Obersten Heeresleitung.

*) Von mir im Druck hervorgehoben. Der Verfasser.

Digitized by Google

Tatsächlich lautete die erste deutsche Note wie folgt:

Nr. 34 des Weißbuchs. „Die Deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

gez. Max, Prinz von Baden
Reichskanzler."

8.

Vorgänge in Berlin am 2. Oktober.

Major v. dem Bussche schreibt über den Tagesverlauf in Berlin:

„Am 2. Oktober, 9 Uhr vormittags, sprach ich vor den Parteiführern des Reichstages (Graf Westarp, v. Gamp, Stresemann, Groeber, Seyda, Fischbeck, Ebert, Haase) unter Vorsitz des Vizekanzlers v. Payer:

»Die militärische Lage vor den letzten großen Ereignissen ist durch General v. Wrisberg bekanntgegeben. In wenigen Tagen hat sie sich grundlegend geändert.

Der Zusammenbruch der bulgarischen Front warf unsere Dispositionen über den Haufen. Die Verbindung nach Konstantinopel war bedroht, ebenso wie der für unsere Versorgung unentbehrliche Schiffahrtsweg auf der Donau. Wir waren gezwungen, wollten wir der Entente nicht völlig freie Hand auf dem Balkan lassen, das Schwarze Meer und Rumänien preisgeben, deutsche und für die Westfront bestimmte österreichisch-ungarische Divisionen einzusetzen. Schnellster Entschluß war nötig. Die Anfänge unserer Truppen sind ausgeladen. Es besteht begründete Hoffnung, die Lage auf dem Balkan, soweit es für unsere Interessen nötig ist, wiederherzustellen, leider, wie ich ausführen werde, nicht ohne schwerwiegenden Schaden für die Gesamtlage.

Fast gleichzeitig mit der Offensive in Mazedonien setzten gewaltige Angriffe im Westen ein. Sie fanden uns nicht unvorbereitet. Alle Maßnahmen, sie abzuwehren, waren getroffen. Ostdivisionen zum Freimachen

Digitized by Google

von erprobten Westdivisionen waren im Anrollen. Leider mußte ein Teil von ihnen nach dem Balkan abgedreht werden. Der letzte wehrfähige Mann aus dem Osten war herangezogen. Wir sahen mit Ruhe dem Entscheidungskampf entgegen. An welchen Stellen der Front die Angriffe einsetzen würden, verstand die Entente geschickt zu verschleiern. Vom Meere bis zur Schweiz zeigten sich Angriffsvorbereitungen. Am stärksten gegen Lothringen und den Sundgau. Wir waren gezwungen, unsere Reserven zu verteilen und die ganze Front mehr oder weniger abwehrbereit zu halten. Namhafte Kräfte mußten besonders in Lothringen und dem Sundgau zum Schutz deutschen Bodens bereitgestellt werden.

Nach Durchführung der erforderlichen Bewegungen bestand die sichere Zuversicht, die bevorstehenden Schlachten siegreich zu bestehen und den Vernichtungswillen unserer Gegner durch ihre zu erwartenden großen Verluste zu brechen.

In der Folge gelang es überall, den Feind da, wo er durch Tanks, Überraschung oder Übermacht in unsere Linie eingedrungen war, aufzuhalten, seinen Stoß durch rechtzeitig herangeführte Reserven aufzufangen. Die Kämpfe der letzten sechs Tage sind trotz Einbuße an Gefangenen und Gerät siegreich bestanden. Der Gegner hat im Vergleich mit unseren Erfolgen in den Frühjahrsoffensiven geringe Fortschritte erzielt. An den meisten Stellen sind seine mit ungewöhnlicher Zähigkeit fortgesetzten Stürme abgewiesen. Nach Meldung unserer Truppen hat er schwerste Verluste erlitten.

Unsere Truppen haben sich in überwiegender Zahl vortrefflich geschlagen und Übermenschliches geleistet. Der alte Heldensinn ist nicht verlorengegangen. Die feindliche Übermacht hat die Truppe nicht erschreckt. Offizier und Mann wetteiferten miteinander.

Trotzdem mußte die Oberste Heeresleitung den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen*).

Entscheidend für den Ausgang sind vor allem zwei Tatsachen: Die Tanks. Der Gegner setzte sie in unerwartet großen Mengen ein. Wo sie, noch dazu nach sehr ausgiebiger Vernebelung unserer Stellungen, überraschend auftraten, waren ihnen häufig die Nerven unserer Leute nicht mehr gewachsen. Dort brachen sie durch unsere vordersten Linien durch, bahnten ihrer Infanterie den Weg, erschienen im Rücken, erzeugten örtliche Paniken und brachten die Gefechtsführung durcheinander. Waren sie erst erkannt, wurden unsere Tankabwehrwaffen und unsere Artillerie schnell mit ihnen fertig. Dann aber war das Unglück schon geschehen, und lediglich aus den

*) Im Weißbuch hervorgehoben. Der Verfasser.

Digitized by Google

Erfolgen der Tanks sind die hohen Gefangenenzahlen, die unsere Stärken so empfindlich herabsetzten und einen schnelleren Verbrauch der Reserven, als bisher gewohnt, herbeiführten, zu erklären.

Dem Feind gleiche Massen deutscher Tanks entgegenzustellen, waren wir nicht in der Lage. Sie herzustellen, ging über die Kräfte unserer aufs äußerste angespannten Industrie, oder andere wichtige Dinge hätten liegen bleiben müssen.

Restlos entscheidend ist die Ersatzlage*) geworden. Das Heer ist in die große Schlacht mit schwachen Beständen gegangen. Trotz aller Maßnahmen sanken die Stärken unserer Bataillone von rund 800 im April auf rund 540 Ende September. Auch diese Zahl ließ sich nur durch Auflösen von 22 Infanterie-Divisionen (= 66 Infanterie-Regimentern) halten.

Die bulgarische Niederlage fraß weitere 7 Divisionen. Es besteht keine Aussicht, die Stärken auf größere Höhen zu bringen. Der laufende Ersatz, Wiedergenesene, Ausgekämmte, wird nicht einmal die Verluste eines ruhigen Winterfeldzuges decken. Nur die Einstellung des Jahrgangs 1900 wird die Bataillonsstärken einmalig um etwa 100 Köpfe erhöhen. Dann ist unsere letzte Menschenreserve verbraucht.

Die Verluste der im Gange befindlichen Schlacht sind, wie gesagt, über Erwarten groß, besonders an Offizieren. Das ist ausschlaggebend. Die Truppe verlangt mehr denn je, soll sie halten oder angreifen, das Beispiel ihrer Offiziere. Die Offiziere mußten und haben sich rücksichtslos eingesetzt und geopfert. Die Regiments-Kommandeure und höheren Führer kämpften mit in den vordersten Linien. Nur ein Beispiel: Eine Division verlor in zwei Kampftagen ihre sämtlichen Offiziere, tot oder verwundet, drei Regiments-Kommandeure tot. Der geringe noch vorhandene Stamm an aktiven Offizieren ist zusammengeschmolzen. Der Aufbau der aus dem Großkampf kommenden Divisionen ist kaum noch durchführbar. Das gleiche wie vom Offizier- gilt vom Unteroffizierkorps. Der Feind ist durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen**). Die amerikanischen Truppen als solche sind nicht von besonderem Wert oder gar den unsrigen überlegen***). Wo sie durch Masseneinsatz anfängliche Erfolge erzielten, wurden sie trotz ihrer Übermacht abgewehrt. Entscheidend wurde aber, daß sie weite Frontstrecken übernehmen konnten und dadurch dem Engländer und Franzosen die Möglichkeit gaben, eigene kampfgewohnte Divisionen freizumachen und sich fast unerschöpfliche Reserven zu schaffen.

*) Major Frhr. v. dem Busche hat den sinkenden Geist der Heimat nicht erwähnt. Ich stelle dies ausdrücklich fest. Der Verfasser.

**) Im Weißbuch hervorgehoben. Der Verfasser.

***) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

Digitized by Google

Bis jetzt reichten unsere Reserven aus, um die Lücken zu füllen. Die Eisenbahn brachte sie rechtzeitig heran. Unerhört schwere Anstürme wurden abgewiesen. Die Kämpfe werden als von bisher nicht dagewesener Schwere geschildert. Nun gehen unsere Reserven zu Ende. Greift der Gegner weiter an, so kann es die Lage fordern, daß wir auf großen Frontstrecken kämpfend ausweichen. Wir können auf diese Art den Krieg noch auf absehbare Zeit weiterführen, dem Gegner schwere Verluste beibringen, verwüstetes Land hinterlassen, gewinnen können wir damit nicht mehr.

Diese Erkenntnis und die Ereignisse ließen in dem Herrn Generalfeldmarschall und General Ludendorff den Entschluß reifen, Seiner Majestät dem Kaiser vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten weitere Opfer zu ersparen.

Ebenso wie unsere große Offensive vom 15. Juli sofort eingestellt wurde, als ihre Fortführung nicht mehr im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern stand, ebenso mußte jetzt der Entschluß gefaßt werden, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Noch ist hierzu Zeit. Noch ist das deutsche Heer stark genug, um den Gegner monatelang aufzuhalten, örtliche Erfolge zu erringen und die Entente vor neue Opfer zu stellen. Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner seinem Ziel näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen.

Deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen.

Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten, wie für die militärische Lage haben.

Weder Heer noch Heimat dürfen irgend etwas tun, was Schwäche erkennen ließe. Im Gegenteil, Heimat und Heer müssen fester noch als bisher zusammenhalten. Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will.

Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt abhängen«" (vgl. Ziffer 2 1. Absatz über das Kabinett zur nationalen Verteidigung).

Anmerkung des Majors Freiherr v. dem Busche zu seinem Vortrage:

„1. Der Vortrag ist von mir wörtlich verlesen worden. Nur an der Stelle, die die Leistungen unserer kämpfenden Truppen betraf, suchte und fand ich wärmere Worte.

Digitized by Google

2. Vor Beginn richtete ich an alle Anwesenden im Auftrage der Obersten Heeresleitung die dringende Bitte, über den Inhalt meiner Ausführungen strenges Stillschweigen zu bewahren. In ernstester Weise wies ich auf den vortrefflich arbeitenden feindlichen Nachrichtendienst und die Vorteile hin, die dem Gegner aus der klaren Erkenntnis unserer Lage erwachsen mußten. Aus der Versammlung erhob sich kein Widerspruch gegen meine Bitte. Der Erfolg ist bekannt. Schon nach wenigen Stunden liefen unter meinem Namen die ungeheuerlichsten Gerüchte um."

Oberst v. Haeften schreibt in dem Bericht an die Oberste Heeresleitung: „. . . . . begab ich mich zu einer auf 9 Uhr vormittags von Exzellenz v. Payer angesetzten Zusammenkunft der Parteiführer, bei der Major v. dem Busche diese über den Ernst der militärischen Lage aufklären sollte. Dem Vortrage selbst konnte ich leider nicht beiwohnen, da auf Wunsch von Exzellenz v. Payer außer Major v. dem Busche keine Nicht-Politiker teilnehmen sollten. Das sollte verhängnisvolle Folgen haben. Major v. dem Busche, der natürlich nicht wissen konnte, welche Parteiführer er vor sich hatte, trug diesen genau dasselbe vor, was er am 30. September den Führern der rechtsstehenden Parteien gesagt hatte und als vertrauenswürdigen Persönlichkeiten mit Recht auch sagen konnte. Es mußte natürlich eine Gewähr bestehen, daß kein Wort dieser streng vertraulichen und geheimen Mitteilung gemißbraucht wurde. Wäre ich anwesend gewesen, so hätte ich, da ich die parlamentarischen Persönlichkeiten kannte, darauf aufmerksam machen können, daß bei seinem Vortrage der Pole Seyda zugegen war. Diesem durfte man selbstverständlich nur Dinge mitteilen, die auch die breite Öffentlichkeit wissen konnte. Die Deutsch-Polen hatten über Stockholm eine direkte Verbindung nach Paris, von wo sie auch dauernd während des Krieges mit Geldmitteln der Entente unterstützt wurden. Es kann als sicher angesehen werden, daß die Mitteilungen des Majors v. dem Busche, die den Ernst und die Schwäche unserer militärischen Lage in rückhaltlosester Weise enthüllten, innerhalb weniger Tage in den Hauptstädten der Entente bekanntgewesen sind. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird es klar, daß unser Friedens-, namentlich aber das Waffenstillstandsangebot von katastrophalem Schaden für Deutschland werden mußte. Tatsächlich sind die Mitteilungen des Majors v. dem Busche im In- und Auslande bereits nach wenigen Tagen — zum Teil noch erheblich übertrieben — in aller Munde gewesen, und insofern ist es nicht unrichtig, was von einer maßgebenden politischen Persönlichkeit geäußert wurde, daß die Mission des Majors v. dem Busche eine geradezu verheerende Wirkung gehabt hat. Selbstverständlich ist diesem aufrecht und gewissenhaft nach seiner Instruktion handelnden Offizier nicht der geringste Vorwurf zu machen. Es war vielmehr die Pflicht der Regierung, die Parteiführer

Digitized by Google

einzeln aufklären zu lassen und den Major v. dem Busssche jedesmal vorher davon zu unterrichten, wen er vor sich hatte, damit er hiernach das Maß seiner Aufklärungen abstimmen konnte."

9.

Vorgänge in Berlin am 3. Oktober.

Der Generalfeldmarschall erhielt einen Fragebogen, den er sofort beantwortete. Die Antworten habe ich gleich unter die Fragen gestellt.

Nr. 32 des Weißbuchs.

Telegramm des Reichskanzlers Prinz Max an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

„Berlin, den 3. Oktober.

Bevor ich mich über die Einleitung der von der Obersten Heeresleitung gewünschten Friedensaktion schlüssig mache, beehre ich mich, Euer Exzellenz um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu bitten:

1. (Frage. Der Verfasser.) Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenze halten?

Antwort: Die Frage kann nicht in derselben präzisen Form, in der sie gestellt ist, beantwortet werden. Das Halten hängt von vielen Faktoren ab, und auch davon, mit welcher Kraft und welchen Mitteln der Gegner seinen Angriff fortsetzt und wie sich demgegenüber unsere Widerstandskraft auf die Dauer beweist.

Gegenwärtig steht das deutsche Heer fest, gezwungen wird es, von Abschnitt zu Abschnitt, sich zäh an den feindlichen Boden klammernd, auszuweichen. Die Dauer solcher Rückbewegung ist nicht genau vorher zu bestimmen. Man kann aber hoffen, daß sie bis zum nächsten Frühjahr deutsches Gebiet schützen werde.

2. (Frage. Der Verfasser.) Muß die Oberste Heeresleitung einen militärischen Zusammenbruch erwarten und bejahendenfalls in welcher Zeit? Würde der Zusammenbruch das Ende unserer militärischen Widerstandskraft bedeuten?

Antwort: Die Frage ist durch die Antwort zu 1 mit beantwortet. An einen allgemeinen Zusammenbruch glaube ich nicht. Das auf feindliche Einbrüche folgende ausweichende Zusammenziehen der Front braucht einen solchen nicht zur Folge haben, solange noch irgendwelche Reserven vorhanden sind.

3. (Frage. Der Verfasser.): Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?

Digitized by Google

Antwort: Ist durch Schreiben vom 3. Oktober 1918 beantwortet:

Nr. 33 des Weißbuches.

»Berlin, 3. Oktober.

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag den 29. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab*). Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen**).

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gez. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.«

4. (Frage. Der Verfasser.) Für den Fall, daß die Frage 3 bejaht wird, ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen, führen kann?

Antwort: Die Oberste Heeresleitung zieht, falls es nicht anders geht, die Aufgabe geringer, französisch sprechender Teile Elsaß-Lothringens in Betracht. Abtretung deutschen Gebiets im Osten kommt für sie nicht in Frage***).

5. (Frage. Der Verfasser.): Ist die Oberste Heeresleitung mit Absendung des anliegenden Notenentwurfs einverstanden?

Anmerkung: Der Notenentwurf lag nicht bei. Er wurde in der Sitzung besprochen, ohne daß eine endgültige Erledigung gefunden wurde."

*) Von mir in Sperrdruck wiedergegeben. Der Verfasser.
**) Von mir in gewöhnlichem Druck wiedergegeben. Der Verfasser.
***) Von mir in Sperrdruck wiedergegeben. Der Verfasser.

Digitized by Google

Ich glaube, diese Darstellung erweckt einen anderen Eindruck wie die des Weißbuchs und zeigt den ganzen Ernst der militärischen Lage, den aufrichtigen Wunsch zu Beendigung der Feindseligkeiten, aber doch auch die Grenzen des Nachgebens.

Major v. dem Busche schreibt in seinen Aufzeichnungen über die Sitzung:

„Der Feldmarschall stellte sich ausgesprochen auf den Standpunkt, daß die vierzehn Punkte Wilsons nur als Grundlage für die Verhandlungen dienen dürften; ehe deutsches Gebiet in nennenswertem Umfange abgegeben würde, müsse Deutschland weiterkämpfen, lieber untergehen als die Ehre verlieren*). Dem widersprach Graf Roedern unter dem Beifall der übrigen. Das sei der Standpunkt des Feldherrn; die Reichsregierung müsse zu retten suchen, was zu retten sei. Von den anwesenden Staatssekretären Payer, Hintze, Roedern, Solf, Friedberg war es nur Payer, der sich gegen bedingungslose Annahme der Wilsonschen Punkte sträubte. Graf Roedern brachte nebenher das einstimmige Einverständnis des Preußischen Staatsministeriums zu der Friedensnote mit.

Bemerkenswert aus den Verhandlungen war, daß der Prinz Max von Baden überhaupt keine Friedensnote herausgeben wollte, sondern wünschte, zunächst in dem Reichstage in seiner Antrittsrede die Entente durch ein Friedensprogramm vorzubereiten. Je nach der Aufnahme sollte dann die Friedensnote folgen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig verworfen.

Der Staatssekretär Solf schlug vor, die Friedensnote nicht an Wilson allein, sondern gleichzeitig an England, Frankreich und Amerika zu richten. Hiergegen sprach Hintze. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Zufällig hatte ich kurz vorher im Auftrage von General Ludendorff an Payer und Hintze, was Solf vorschlug, bestellen müssen."

Oberst v. Haeften schreibt in seinem Bericht über den 3. Oktober:

„Am 3. Oktober fanden wiederholt Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden und zahlreichen politischen und parlamentarischen Persönlichkeiten statt. Besonders wichtig war eine Beratung zwischen ihm, dem Feldmarschall, dem Staatssekretär v. Hintze, dem Vizekanzler und dem Reichsschatzsekretär Graf Roedern über den Wortlaut des Friedens- und Waffenstillstandsangebots am Nachmittage des 3. Oktober. Hierbei waren die Unterstaatssekretäre v. Stumm, v. dem Busche, v. Radowitz, General v. Winterfeldt, verschiedene vortragende Räte des A. A. und ich noch zugegen. Ob über die Sitzung seitens des A. A.

*) Von mir in Sperrdruck wiedergegeben. Der Verfasser.

Digitized by Google

ein Protokoll geführt ist, weiß ich nicht. Der Reichskanzler wandte sich hierbei nochmals mit allem Nachdruck gegen eine übereilte Absendung des Angebots an sich, vor allen Dingen aber suchte er, das Waffenstillstandsangebot rückgängig zu machen. Es war auffallend, daß der Feldmarschall eine Verzögerung der Absendung des Friedensangebotes als nicht bedenklich ansah, da er die militärische Lage keineswegs so ernst ansah, wie sie nach den Ausführungen des Majors v. dem Busche erscheinen mußte. Staatssekretär v. Hintze bestand jedoch auf baldigster Absendung des Angebots, auch hielt er das Waffenstillstandsangebot aufrecht und fand hierin schließlich auch die Zustimmung des Feldmarschalls. Der Wortlaut der ursprünglichen Fassung wurde noch in einigen Punkten geändert, namentlich wurde ein Vorbehalt bezüglich Elsaß-Lothringens bei der Zustimmung zu den 14 Wilsonschen Punkten gestrichen. Der Entwurf, den der General Ludendorff zu dem Friedensangebot gemacht und dem Staatssekretär v. Hintze übergeben hatte, ist überhaupt nicht Gegenstand der Beratung gewesen. Ein solcher Entwurf befindet sich auch nicht bei den Akten des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei, auch mir ist er nicht zugegangen. Ich weiß nur aus den Mitteilungen, die mir der General Ludendorff später machte, daß er am 29. September (Datum ist nicht richtig. Der Verfasser.) einen solchen Entwurf dem Staatssekretär v. Hintze übergeben hat, der ihn indessen anscheinend von Anfang an verworfen hat. Es wurde am Schlusse der Sitzung beschlossen, daß der Reichstag zu Sonnabend, dem 5., zu berufen sei und das Angebot in der Nacht zum 4. abgehen solle, damit es am 5., dem Tage der Veröffentlichung des Angebots im Reichstage, in der Hand der amerikanischen Regierung sei. Das Waffenstillstandsangebot blieb bestehen.

Im Anschluß an diese Sitzung habe ich General Ludendorff telephonisch Meldung erstattet. Ich wiederholte nochmals die Bedenken des Prinzen Max bezüglich des Waffenstillstandsangebotes und bat in dessen Auftrage um die Zustimmung Sr. Exzellenz, nur das Friedensangebot zu stellen, ohne ausdrückliches Ersuchen um Waffenstillstand. Ich erwähnte auch, daß der Feldmarschall die militärische Lage nicht so ernst dargestellt habe wie der Major v. dem Busche. Exzellenz erwiderte, der Feldmarschall hat mit seiner Beurteilung der Lage gewiß recht, trotzdem müsse er auf dem Waffenstillstandsangebot und dessen b a l d i g s t e r Absendung bestehen. Wenn auch die Lage im jetzigen Augenblick nicht bedrohlich sei, so sei doch bestimmt in kurzer Zeit mit einer Wiederholung der Großangriffe der Entente auf der ganzen Front*) zu rechnen. Dann aber — in zwei oder drei Wochen — könne es von entscheidender Bedeutung werden, ob das

*) Westen, Italien und Balkan. Der Verfasser.

Digitized by Google

deutsche Heer 24 Stunden früher oder später die so dringend nötige Waffenruhe erhielte*).

Am späten Nachmittage fand dann eine nochmalige Schlußberatung ebenfalls in der Wohnung des Vizekanzlers über denselben Gegenstand statt, bei der der Staatssekretär Solf den Reichskanzler unterstützte und gegen den Staatssekretär v. Hintze Stellung nahm, sowohl hinsichtlich des Waffenstillstandsangebotes als auch der Absendung, bevor die Regierungsbildung völlig beendet sei. In der Sitzung wurde der endgültige Wortlaut der Note festgestellt."

10.

Vorgänge in Berlin am 5. Oktober.

a. Aus der Rede des Reichskanzlers Prinz Max.

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns: Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlichster Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuviele sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper.

Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Übermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal bei ihnen auch ferner in guten zuverlässigen Händen liegt. Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Überzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft heute oder morgen in Washington ein.

Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 27. September, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur

*) Nach drei Wochen brach Österreich-Ungarn zusammen. Der Verfasser.

Digitized by Google

Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen in Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.

Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern der neuen Regierung gilt.

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reichs unternommen habe.

Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, **als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod***), zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte.

Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.

b. Aus der Ansprache des Präsidenten Fehrenbach.

Das deutsche Volk blickt mit Stolz auf sein kampferprobtes Heer, auf seine tapfere Marine, die fast nunmehr über vier Jahren unser Vaterland gegen feindliche Übermacht verteidigen. Das deutsche Volk beklagt tief und empfindet aufs schmerzlichste die schweren Opfer, die um Deutschlands willen nicht nur im Felde, sondern auch in der Heimat haben gebracht werden müssen. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche daheim bereit, für das Vaterland, **wenn es gefordert werden sollte, jedes Opfer zu bringen***). Möchten indessen solche Opfer uns erspart bleiben!

*) Aus den Reden des Reichskanzlers und des Reichstagspräsidenten ist klar ersichtlich, daß beide Redner das Wesen dieses gegen uns gerichteten Vernichtungskrieges noch immer nicht erkannt hatten. Die Reichstagsmehrheit hatte den Boden, auf dem sie noch 1917 stand, verlassen. Am 6. Juni 1917 hatte Dr. David in Stockholm erklärt:

„Es hat keine Stunde in diesem Kriege gegeben, wo unsere Auffassung, daß Deutschland um die Aufrechterhaltung seiner Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit kämpfe, erschüttert war. Im Gegenteil, diese Überzeugung ist verstärkt worden mit jedem neuen Gegner, der sich dem Ring unserer Feinde anschloß."

Ich meine, aus solcher Erkenntnis hätte sich schon lange die Forderung ergeben, daß jeder Deutsche daheim jedes Opfer zu bringen hatte und daß wir in einem Kampf um Leben und Tod standen. Der Verfasser.

Digitized by Google

Denn das deutsche Volk wünscht nicht den Krieg, sondern den Frieden. Ebenso wie alle anderen Völker sehnt es den Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns heute mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch noch unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet. Und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritte der Regierung einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen.

11.

Der 8. Oktober. — Wilsons erste Note*).

Staatsdepartement, 8. Oktober 1918.

Mein Herr! Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen:

Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so richtig und gradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Herr Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube jeder Diskussion würde anderseits von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

gez. Robert Lansing.

12.

Sitzung in Berlin am 9. Oktober. Vorher Besprechung mit dem Reichskanzler unter vier Augen.

A.

Fragen des Reichskanzlers und meine Antworten in der Sitzung am 9. Oktober.

Als Begründung der Fragen wurde angegeben: wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Bedingungen (die der Präsident Wilson stellen würde) schwer sind. Wir werden also vor die Frage gestellt, ob unsere militärische Lage es uns gestattet, durch Verhandlung eine Milderung der Bedingungen anzustreben, auf die Gefahr hin, daß darüber eine Reihe von Wochen vergeht, Österreich-Ungarn und die Türkei sich

*) „Das Verschieben der Verantwortlichkeit", Berlin 1919, Ernst Siegfried Mittler und Sohn. Der Verfasser.

Digitized by Google

von uns trennen und wir die Bedingungen des Präsidenten schließlich doch in ihrer ursprünglichen Form annehmen müssen.

Im nachfolgenden sind unter:
arabischen Ziffern die Fragen (Nr. 36 des Weißbuchs), unter
I. die schriftliche Antwort (Nr. 43 des Weißbuchs) und unter
II. die protokollarische Antwort (Nr. 38 des Weißbuchs) wiedergegeben.

In der Sitzung hatte ich den Entwurf der schriftlichen Antwort zur Stelle. Die Fragen waren mir kurz vor der Sitzung zugestellt, die Antworten von mir sogleich in Blei entworfen worden.

1. Wie lange kann die Armee den Feind jenseits der deutschen Grenzen halten, sei es in den jetzigen Stellungen, sei es in allmählicher Rückwärtsbewegung?

I. Die Rheinprovinz kann noch längere Zeit gehalten werden, da sie von unseren jetzigen Stellungen weit entfernt liegt. Auf Elsaß-Lothringen ist jedoch jederzeit ein Angriff möglich, wenn auch augenblicklich nicht wahrscheinlich.

II. Grenze der Westfront weit ab, können wir lange schützen. Angriffe in Lothringen möglich, Gefahr für lothringische Grenze sehe ich nicht. Wegen Holland sehe ich keine Gefahr, da Truppen, die etwa übertreten, interniert werden würden.

2. Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden und, bejahendenfalls, besteht diese Gefahr schon für die nächsten 3 bis 4 Wochen?

I. Die Gefahr des Zusammenbruchs hat immer bestanden. Ich befürchte ihn nicht. Er ist aber möglich.

II. Gefahr des Durchbruchs besteht immer. Engländer hätten beim ersten Tankangriff durchbrechen können.

3. Wie lange wird der augenblickliche kritische Zustand voraussichtlich noch dauern? Ist der Gefahrpunkt überschritten, wenn der Feind sich zur Einstellung seiner Großangriffe genötigt sieht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?

I. Es kann noch mehrere Wochen mit Großangriffen gerechnet werden. Werden sie vom Feinde eingestellt, so ist der Gefahrpunkt überschritten.

II. Ja. Nur Großangriffe gefährlich.

4. Kann nach Überwindung des Gefahrpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden und durch welche Mittel kann sie erreicht werden?

I. Ja, durch Ausscheiden von Reserven. Möglichkeit der Ruhe für großen Teil des Westheeres, Heranziehung allen verfügbaren Ersatzes (Einstellung des Jahrgangs 1900).

5. Wie liegen die Verhältnisse des Mannschafts- und Materialersatzes?

I. Der monatliche, gegen Ausfall nicht gedeckte Fehlbetrag an Mannschaften beträgt mindestens 70 000 Mann. Der Materialersatz ist hinreichend.

II. Uns fehlen im Monat 70 000. Material ist genügend da (im Protokoll fälschlich zu Frage 4 gesetzt).

6. Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg von uns allein bis zum Frühjahr fortgeführt werden?

I. Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja.

II. Wir brauchen eine Kampfpause dazu, dann können wir uns wieder konsolidieren (im Protokoll fälschlich zu Frage 5).

7. Verspricht sich Oberste Heeresleitung einen ausreichenden Kräftezuwachs von der levée en masse, wie von Walter Rathenau in der Vossischen Zeitung empfohlen ist?

I. Eine levée en masse bringt keinen ausreichenden Kräftezuwachs, wohl aber (sind) energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials (nötig).

II. Nein. Ich verspreche mir trotz Menschenmangels von levée en masse nichts. Wir wollten immer Erhöhung der Arbeitsleistung. Ich kann nicht beurteilen, ob Drückeberger gefaßt werden könnten. Nach Ansicht der Obersten Heeresleitung sollte

Digitized by Google

Große Frage, ob noch Menschennachschub zu haben. April und Juni bat Oberste Heeresleitung um mehr Ergänzung. Besprechung im August ging ebendahin. Entscheidendes kam aber nicht zustande. Ob noch möglich, muß Kriegsminister wissen. Materialersatz ist gesichert, aber Leute fehlen. Tankangriffe sehr gefährlich. Seit 8. August hat Oberste Heeresleitung dem Reichskanzler erklärt, sie sei nicht mehr in der Lage, den Krieg positiv zu beenden durch Waffenschlag, der Feind friedenswillig macht. Anfang September neutrale Friedensvermittlung von Oberster Heeresleitung angeregt (Wiedergabe des Protokolls ist hier nicht richtig. Der Verfasser.). Dann Zusammenbruch Bulgariens.

Noch im Juni glänzender Eindruck der Bulgaren. (Wiedergabe des Protokolls ist hier durchaus unrichtig. Der Verfasser.) Sprachunkenntnis erschwert Eindringen in bulgarische Psyche. Scholtz hat viel für bulgarisches Heer getan. Aber bulgarische Generale haben Radoslawow gestürzt und Heer verhetzt. Regierung dann an Entente gewandt. Bulgarische Oberste Heeresleitung versagte Ablösung schlechter Divisionskommandeure. Wir brachten 5 Divisionen zur Deckung Süd-Ostfront Österreich-Ungarns ab. Entente kann sich durch Bulgarien gegen Kospoli wenden, Türken sammeln sich bei Tschatschaldtscha. Wir ließen Zuzug aus Rumänien kommen. (Unrichtig. Der Verfasser.) Türkei wird aushalten. Wir werden Südost-Front der Monarchie halten können. Sind aber nicht imstande, Donau und Rumänien zu sichern. Rumänien militärisch mit Kräften, die wir vertragsgemäß dort haben, nicht zu halten. Wie hoch ist bolschewistische Gefahr zu schätzen? Davon hängt es ab, ob wir die Ukraine aufgeben können. (Waren noch andere Gründe maßgebend. Der Verfasser.) Um Front zu kürzen und einige Divisionen für Donau freizumachen. Militärisch ist Rumänien mit unseren jetzigen Kräften nicht gegen Anmarsch von Süden zu halten. Dort nur Sereth-Linie zu halten. Dort nur alte Leute. Wollen wir Rumänien halten, so müssen wir wissen, wie groß bolschewistische Gefahr eingeschätzt wird. Wir könnten aus Ukraine einige Divisionen nach Rumänien bringen, aber dann können wir militärisch uns gegen Bolschewismus nicht mehr schützen. Nicht wahrscheinlich, daß mehr wie 4 bis 5 Divisionen aus dem Osten nach Westen gebracht werden können. (Die Wiedergabe ist hier nicht genau. Die Verstärkungen aus dem Osten nach dem Westen und Rumänien gehen durcheinander. Der Verfasser.)

Im Westen entscheidet Mannschaftsmangel. Lage ernst. Gestern schwerer Tag. Einbruch der Engländer bei St. Quentin. Alle Pläne der Entente nicht gelungen; vorbereitetes Kavalleriekorps nicht zur Entwicklung gekommen. Wir haben aber zurückgehen müssen. Die Divisionen sind nicht mehr kampfkräftig. Wir wollen lieber zurückgehen, als uns schlagen lassen. Wir ziehen uns immer mehr zusammen."

So etwa mein Vortrag.

C.

Weiteres aus der Sitzung vom 9. Oktober.

Scheidemann: Stimmung im Heere? Divisionsbefehle der 41. Division.

Ludendorff: 8. August war schwarzer Tag in der Geschichte. Schlag für die Führung. Truppe hatte Grippe, keine Kartoffeln, Ernährung war schlecht. Damals Stimmung schlecht, jetzt gebessert. Damals Mannschaften aus der Etappe geholt. G.-v.-Leute haben Geist verdorben, daher auch viel Gefangene. Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes. (Das Protokoll wirft hier verschiedenes durcheinander — ich wollte den Begriff garnisonverwendungsfähig abschaffen. Das gelang aber nicht. Ich habe nicht die G.-v.-Mannschaften für die Verschlechterung des Geistes verantwortlich gemacht, wohl aber einen großen Teil des aus der Heimat eintreffenden Ersatzes. Der Verfasser.)

Ludendorff: „Der Ersatz ist zum Teil schlechten Geistes", und auf Anfrage Erzbergers:

„Die (fehlenden) 70 000 Mann pro Monat sind ohne Berücksichtigung des feindlichen Zuwachses berechnet. Wir brauchen etwas zur Hebung des nationalen Schwunges."

Digitized by Google

D.

Roedern: Zweifelhaft ob wir Donaufront halten können, dann Gefahr des Aufhörens der Ölversorgung. Wie sind die Bestände?

Ludendorff: Marine 10 Monate, Heer für Luftzeuge 2 Monate.

Anmerkung: Diese Frage wurde am 17. Oktober wiederum besprochen. Eine gemeinsame Verwaltung der Bestände von Heer und Marine wurde in Angriff genommen. Dadurch wurde das Heer besser gestellt, wie es am 9. Oktober der Fall war. Bei dem Fortfall des U-Bootkrieges trat eine neue Besserung ein.

E.

Bei der Besprechung mit dem Reichskanzler unter vier Augen stellte ich die Frage, was das deutsche Volk dem Heere geben wollte. Ich hielt eine kraftvolle Aufklärung nach innen für das erste Erfordernis, um das Volk auf das Kommende und äußerstenfalls auf den Endkampf um Leben und Tod vorzubereiten.

13.

Unsere zweite Note am 12. Oktober, mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

„Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Ansprachen als Grundlagen eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes dem Räumungsvorschlage des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

gez. Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

14.

Telegramm der Obersten Heeresleitung an Reichskanzler am 14. Oktober.

„Euerer Großherzoglichen Hoheit meine ernste Sorge auszusprechen, daß die gegenwärtige Stimmung im Innern des Reiches unsere militärische

Digitized by Google

Lage und unsere Aussichten bei Verhandlungen immer ungünstiger gestaltet, halte ich mich für verpflichtet. Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Forderungen. Feindliches und neutrales Ausland beginnen in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudigst alles setzt an seine Ehre.

Demgegenüber gilt es mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig wird und deutlich erkennbar in die Erscheinung tritt. An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Übermacht zu trotzen; nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch.

Ich halte es deshalb für dringend geboten, daß mehr als bisher in der gesamten Presse, in den Versammlungen aller Parteien, aller Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften, in den Kirchen, Schulen, Theatern und Lichtspielen jedem Deutschen die furchtbaren Folgen eines Friedens um jeden Preis klar und deutlich vor Augen geführt werden. In öffentlichen Kundgebungen aller Art muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: ehrenvollen Frieden oder Kampf bis zum Äußersten!

Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte, das Bewußtsein allezeit bewährter Bundestreue und die unerschütterliche Zuversicht an des deutschen Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinüber geleiten und uns die Achtung vor uns selbst und die Achtung des Auslandes bewahren. Das allein kann der Ton sein, der unserer Presse und unseren Rednern geziemt.

Für das Feldheer und die Besatzungstruppen werde ich von hier aus das Weitere veranlassen. Das Kriegsministerium erhält Abschrift mit der Bitte, innerhalb des Heimatheeres in gleichem Sinne zu wirken.

Dieses Telegramm war bereits verfaßt, als die Ausführungen des Staatssekretärs Erzberger für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zu meiner Kenntnis kamen. Ich begrüße diese Ausführungen, in denen der Staatssekretär das Volk auffordert, in einmütiger Geschlossenheit zu-

Digitized by Google

sammenzustehen. Eine eingehende Beeinflussung des Volkes in der von mir erwähnten Weise muß aber hinzukommen, um eine Stimmung zu erzielen, wie die Stunde sie verlangt. (Nr. 71 233 IV.)

gez. Generalfeldmarschall v. Hindenburg."

15.

Wilsons zweite Antwort am 14. Oktober.

Staatsdepartement, 14. Oktober.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen.

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. Oktober und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierungen der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher sind, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken durchzuführen, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Bewohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörten Herzen hinblicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: „Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat,

Digitized by Google

allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht." Und die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge hat. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die K. und K. Regierung von Österreich-Ungarn absenden. Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

Robert Lansing.

16.

Auszug aus der Sitzung des Kriegskabinetts vom 16. Oktober.

„**von Payer** wies darauf hin, daß die Oberste Heeresleitung anrege, eine Propaganda für die letzte Verteidigung zu schaffen. Das Kabinett sei der Meinung, daß dazu jetzt noch nicht*) die Zeit sei. Erst müsse das Kabinett sich entschließen, was auf die Wilsonsche Note geschehen solle. Einstweilen seien öffentliche Versammlungen und Reden über die Lage unerwünscht. Man müsse klar sehen, ob die Truppen aus dem Osten weggezogen werden könnten.

Oberst von Haeften bemerkt, daß Exzellenz Ludendorff morgen in Berlin eintreffen werde. Die Fragen, die ihm zu stellen seien, würden noch mit dem Kriegsminister präzisiert. Schon jetzt aber bitte die Oberste Heeresleitung, folgende Gegenfragen zu beantworten:

1. Läßt die innere Lage zu, daß sämtliche Truppen vom Osten nach dem Westen gebracht werden, oder besteht die Gefahr, daß der Bolschewismus ins Land kommt?

2. Wird das deutsche Volk, nicht nur die Kreise der Gebildeten, sondern in seinen breiten Massen, in den Kampf bis zum äußersten mitgehen, wenn es das Bewußtsein hat, daß sich dann unsere militärische Lage genügend verstärkt, um das Eindringen der Feinde über die Landesgrenze zu verhindern, oder ist die moralische Widerstandskraft so erschöpft, daß diese Frage nicht unbedingt bejaht werden kann? Dabei handele es sich nicht um Zwang, sondern um freien Willen.

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

Digitized by Google

(Ich habe über diese beiden Fragen mit Oberst v. Haeften seit dem 9. Oktober dauernd gesprochen. Sie haben mit dem Telegramm der Obersten Heeresleitung vom 14. Oktober unmittelbar nichts zu tun. Oberst v. Haeften stellte auch die Fragen ganz unabhängig davon, allein aus dem Grunde, um das Staatsministerium zu einer klaren Auskunftserteilung anzuregen, als Ergänzung der Fragen, die an mich gerichtet werden sollten. Staatssekretär Solf warf indes in dem Nachfolgenden das Telegramm und die beiden Fragen zusammen und stellt sie als einen Akt hin. Der Verfasser.)

Staatssekretär Solf bezeichnet das Telegramm der Obersten Heeresleitung, das diese Fragen stelle, als ein außerordentlich gefährliches Dokument. Zwischen den Zeilen liege mehr als ein Appell an das deutsche Volk, sich zusammenzuraffen, nämlich der Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie paßt schlecht zu den eigenen Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine levée en masse nicht möglich ist. (Ich entnehme nur dieser Äußerung, daß der Staatssekretär Solf am 9. Oktober meinen Ausführungen nicht gefolgt sein kann. Der Verfasser.) Sehr prekär ist auch die zweite Frage, ob man die Truppen auf Gefahr des Bolschewismus vom Osten wegziehen könne. Laute die Antwort nein, so werde die Oberste Heeresleitung behaupten, sie hätte die militärische Lage mit den Verstärkungen halten können. Glaube sie wirklich, daß die geringen Truppen im Osten das Kräfteverhältnis ändern könnten? Man müsse den Generalfeldmarschall bitten, solche Telegramme nicht mehr hierher zu schicken.

Scheidemann: Die Frage muß mit General Ludendorff auf das eingehendste besprochen werden. Auch ich meine, daß hier der Tatbestand verschoben werden soll. Das Telegramm der Obersten Heeresleitung sei allerdings vor Bekanntwerden der Antwort Wilsons abgegangen. Jetzt biete die Empörung der öffentlichen Meinung ihm scheinbar einen Rückhalt. Dies sei auch erklärlich, das dürfe uns aber nicht irre machen, wir müßten versuchen, uns an die Stelle der Gegner zu versetzen und den Tatbestand objektiv zu würdigen . . . . und . . . .

Glaube man wirklich, daß die Neigung im Volke noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten? . . . . und

Der U-Bootkrieg sollte sogleich aufhören; die paar Schiffe, die man noch versenke, kämen nicht mehr in Betracht.

(Der Staatssekretär Scheidemann ist also nach dem Weißbuch der Erste, der recht deutlich die Abdankung des Kaisers bespricht, wie er im Reichstag

Digitized by Google

als Erster vor ganz Europa das Wort „Revolution" aussprach. Gleichzeitig trat er als Erster des Kabinetts „der nationalen Verteidigung" für das Aufhören des U-Bootkrieges ein. Der Verfasser.)

Groeber teilt die Auffassung des Herrn Solf über das Telegramm der Obersten Heeresleitung. — Auch er glaubt nicht, daß im Osten viele Truppen verfügbar seien. (Sehr richtig! 191 Divisionen im Westen, 24 aus alten Jahrgängen im Osten. Der Verfasser.)

Anmerkung: Es ist mir der Hergang der Sitzung vom 16. Oktober, um die persönlichen Beziehungen zum Nachteil des Ganzen nicht zu stören, seinerzeit nicht gemeldet worden. Oberst v. Haeften ging so weit, daß er meine Kenntnis des Telegramms vom 14. Oktober bezweifelte, wohl um vermittelnd zu wirken und die Zusammenarbeit weiter zu ermöglichen. Oberst v. Haeften hat damit seine Stellung richtig aufgefaßt.

Hätte ich die Vorgänge vom 16. Oktober gekannt, so würde ich meine Person gegenüber den Staatssekretären in die Wagschale gelegt haben, um ihre Auffassung zu zerstreuen. Der Generalfeldmarschall hätte ebenso gehandelt.

17.

Besprechungen in Berlin am 17. Oktober — gekürzt.

A. Die große Sitzung.

Anwesend:

Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Kriegsminister, die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts, des Reichsschatzamts, des Kriegsernährungsamts, des Reichsmarineamts, der Chef des Admiralstabs der Marine, der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann, Unterstaatssekretär Göppert, Unterstaatssekretär v. Stumm, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Ministerialdirektor Deutelmoser, General Ludendorff, General Hoffmann, Oberst Heye.

Der **Reichskanzler:** Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandsersuchen an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Es kam die Rückfrage, die wir beantwortet haben. Jetzt liegt eine neue Note vor, die eine Steigerung der Forderungen Wilsons enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die amerikanischen Chauvinisten und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und, wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden.

So stelle ich mir die Lage vor. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, klarzustellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. Zu diesem Zweck haben wir Euere Exzellenz gebeten, herzukommen und uns Auskunft zu geben. Wir haben Euerer Exzellenz eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt, über die wir erwarten, Auskunft zu erhalten. Euere Exzellenz haben andere Fragen an uns gestellt, die wir im Laufe der Erörterung beantworten werden.

Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf.

Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Truppenmaterial

Digitized by Google

aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General Ludendorff*): Es wurde schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten, ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert, und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg Soldatenglück; vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.

Ich kann Ihnen nur meine Überzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre.

Wenn man mich fragt, ob die Ostdivisionen einen Umschwung herbeiführen werden, so frage ich dagegen, was können wir aus dem Osten wegführen. Ich habe darüber mit Hoffmann gesprochen. Wir haben jetzt drei Divisionen locker gemacht durch Räumung Weißrußlands; aber das geht nur langsam. Wir haben in dem Gebiet noch große Haferbestände, Hafer wird uns im nächsten Jahr besonders fehlen; das ist zu bedenken.

Also drei Divisionen kommen. Einen Umschwung kann man mit drei Divisionen nicht herbeiführen; aber der Soldat muß alles zusammenziehen, was er kriegen kann. Früher konnten wir das nicht, weil wir die weitere Grenze gegen die Bolschewiken schützen mußten, bis wir das Geld bekamen. Wieviel haben wir denn jetzt im Osten?

Oberst Heye: Noch 24 Divisionen. Oberost hat davon noch sieben.

General Hoffmann: Sieben hat Oberost, zwölf stehen in der Ukraine, fünf in Rumänien.

General Ludendorff: Dazu kommt die Frage: Können wir die Ukraine aufgeben oder nicht? Die Oberste Heeresleitung ist im Einverständnis mit der Reichsleitung in die Ukraine einmarschiert, weil wir das Land für die Ergänzung unserer Wirtschaft brauchten, und weil wir die Ostfront der Feinde sprengen mußten. Können wir auf die Ukrainewirtschaft verzichten und können wir die Gefahr auf uns nehmen, daß die Ukraine bolschewistisch wird, so können wir auch die Divisionen herausholen.

Wirtschaftlich glaube ich, daß wir die Ukraine unbedingt brauchen, auch militärisch. Wir könnten den Krieg im Westen nicht ohne die Pferde in der Ukraine führen; ob unsere Landwirtschaft noch so viel liefern kann, weiß ich nicht. Ich müßte dann um eine andere Direktive für die Behandlung der Ostfragen bitten, als sie mir im März gegeben worden ist.

Der **Reichskanzler**: Würde die Wegziehung der Osttruppen die Westfront so stärken, daß sie halten kann?

General Ludendorff: Das ist jedenfalls in gewissem Maße der Fall. Es fragt sich nur, ob die wirtschaftlichen und politischen Nachteile und die Gefahr im Innern nicht schwerer wiegen.

Der **Reichskanzler**: Würden die neuen Truppen unserem Westheer eine solche Stoßkraft geben, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gebracht würden?

General Ludendorff: Nein, Stoßkraft haben diese Truppen nicht mehr. Wir haben alles Gute schon herausgenommen. Sie haben keine Stoßkraft mehr, aber eine gewisse Abwehrkraft. Es darf nicht unterschätzt werden, daß die Truppen im Osten nicht mehr den Geist haben, wie die im Westen; darüber spricht vielleicht General Hoffmann.

---

*) In der Vorbemerkung zum Weißbuch heißt es: „hatten vor kurzem Ludendorff und Heye es selbst als Hasardspiel bezeichnet, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigten, so heißt es jetzt: ›Der Krieg ist kein Rechenexempel‹ usw." Die ganze verwirrende Tendenz der Vorbemerkung des Weißbuchs ist für jeden aufmerksamen Leser gegeben. Der Verfasser.

Digitized by Google

Der Reichskanzler: Noch eine Frage vorher. Es würde also durch die Zuziehung der Truppen aus dem Osten nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, den wir Anfang Oktober gekommen glaubten, und dann die Lage wieder eintreten, die uns gezwungen hat, den Friedensschritt zu tun?

General Ludendorff: Es kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage*).

Der Reichskanzler: Ich bitte General Hoffmann, das Wort zu nehmen.

General Hoffmann: Die Divisionen im Osten bestehen aus Leuten zwischen 35 und 45 Jahren. Die weiten Gebiete, die sie besetzt halten, die Versuchungen, die an sie herantreten, und denen sie häufig unterliegen, sei es durch Bestechung der ostjüdischen Händler, sei es durch bolschewistische Propaganda, haben die Truppen recht leiden lassen. Vor Abgabe der letzten Formationen hatten wir in Litauen auf ungefähr 18 Quadratkilometer einen Soldaten. Die Truppe steht seit Monaten zerstreut in einzelnen Postierungen, wenig beaufsichtigt, und die bolschewistischen Ideen, verbunden mit der Bestechung, haben sehr überhandgenommen.

Abgeben können wir nur zehn**) Divisionen, denn wir brauchen zwei Divisionen und die Kavallerie, um die Grenze nach der Ukraine zu sperren.

Daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Defensiv haben sie noch Kraft. Ihre Ostaufgabe erfüllen sie glänzend. Ich würde mich sogar anheischig machen, im Osten noch einmal mit ihnen anzugreifen. Aber gegen die Machtmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.

Der Reichskanzler: Sie würden also die Wegnahme an sich für möglich halten?

General Hoffmann: Wenn wir wegziehen wollen, ist es sehr hohe Zeit. Ich brauche drei Monate, um die Truppen aus der Ukraine herauszubringen. Wir können dort nur zwei bis drei Züge täglich laufen lassen, von denen bei dem Mangel an Schmieröl noch manche ausfallen. Dabei ist mit Sabotage, ja mit Aufflammen einer Revolution zu rechnen, wenn die Bahnen von Ukrainern bedient werden. Schon jetzt würde das Bereitstellen der Truppen, wenn ich das ganze Material liegen lassen wollte, besonders auch die gesammelte Ernte, drei Tage bis zur Schmalspurbahn, sechs Tage bis zur Normalspurbahn in Anspruch nehmen. Diese Zeiten sind aber so errechnet, daß wir keine Vorräte mitnehmen können, die sind dann verloren. Der Truppenchef in Minsk sagt mir, daß er, um die Ernte fortzuschaffen, 500 Züge brauche; die haben wir natürlich nicht. Wir müßten dann die Truppen marschieren lassen.

General Ludendorff: Bis jetzt ist ungefähr eine Million Menschen aus dem Ostgebiet ernährt worden. Diese fallen nun der Heimat zur Last. Der Viehbezug aus der Ukraine hat die Viehbestände der Heimat sehr geschont. Wie gespannt die Lage der Viehversorgung in Deutschland ist, weiß man. Müssen wir auf das Ostvieh verzichten, so käme die Heimat nach Ansicht des Generalquartiermeisters in die größten Schwierigkeiten. Ich habe gebeten, das auch durch die Reichsleitung feststellen zu lassen. Wir haben bei der Obersten Heeresleitung gerade die Viehfrage für ausschlaggebend gehalten. Aus der Ukraine allein haben wir 140 000 Pferde geholt.

Der Reichskanzler: Wie steht es mit der bolschewistischen Armee, wird sie stärker, kann sie uns bedrohen?

General Hoffmann: Nein, rein militärisch betrachtet, wird sie uns in absehbarer Zeit nichts antun können, da haben wir nichts zu fürchten; aber die geistige Bedrohung!

General Ludendorff: Und diese Gefahr ist groß. Der Kordon ist so schwach daß wir nicht imstande sind, sie von der Heimat fernzuhalten.

Der Reichskanzler: Also der Westen wird durch die Osttruppen keine neue Stoßkraft erhalten; aber die verfügbaren zwölf Divisionen würden für die Verteidigung wertvoll sein. Um sie herbeizuführen, würde man drei Monate brauchen. Dabei

*) Und eine Frage der geistigen Spannkraft. Der Verfasser.

**) Drei waren schon abtransportiert. Der Verfasser.

Digitized by Google

würden wir die Hafervorräte verlieren, außerdem würde eine große Anzahl von Menschen, die bis jetzt von drüben ernährt worden sind, hier ernährt werden müssen. Euere Exzellenz stellen jetzt die Gegenfrage, welchen Wert hat die Ukraine in den Augen der Reichsleitung für die Ernährung Deutschlands.

General Ludendorff: Ja. Wir haben anderthalb Millionen Tonnen aufgekauftes Getreide, das schon zu rollen beginnt.

Der **Reichskanzler:** Ich eröffne hierüber die Debatte.

Graf **Roedern:** Die beiden Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts und des Kriegsernährungsamts sind nicht anwesend. Es besteht Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen. Das Kriegsernährungsamt wünscht die Ukraine weiter zu benutzen, das Reichswirtschaftsamt ist sehr skeptisch. Soweit ich die Lage aus dem mir mitgeteilten Schriftwechsel übersehen kann, scheint mir die Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts die begründetere. Jedenfalls ist, was wir für die Zivilbevölkerung aus der Ukraine bekommen haben, außerordentlich geringfügig, sehr viel höher der Wert dessen, was für das Heer geleistet worden ist und jetzt aus der Heimat beschafft werden muß. Hat das Heer noch Viehbestände aus der Ukraine bekommen?

General Ludendorff: Einen Unterschied zwischen Heer und Zivil kann man nicht machen. Es ist ein großer Wirtschaftstopf, und ob das Vieh aus der Ukraine für das Heer oder für das Zivil gebraucht wird, ist gleichgültig. Wir müssen das Vieh haben; woher wir es bekommen, darüber kann ich mir nicht den Kopf zerbrechen. Übrigens kommt noch die Kriegsrohstofffrage dazu. Wir verlieren jetzt auch das Kupferbergwerk Bor, weil die Serben es wieder nehmen; wenn wir auch Belgien räumen, so wird die Wirtschaftslage so gespannt, daß wir gar nicht wissen, wie wir den Krieg weiter führen wollen. Gehen wir also gleichzeitig im Osten und im Westen zurück, so brechen wir zusammen.

Staatssekretär Solf: Der Vertreter des Auswärtigen Amts in der Ukraine hat mir gestern Vortrag gehalten über die dortigen Verhältnisse. Dem wirtschaftlichen Teil seines Berichts möchte ich entnehmen, daß der Wert der Ukraine für die Verpflegung des Heeres ein ganz immenser ist, und da können wir keinen Unterschied machen, wer diese Vorräte zuerst verbraucht. Der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Fall sehr beträchtlich.

Ich habe dann Herrn von Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnehmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten, fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.

General Ludendorff: Auch das müßten wir in Kauf nehmen, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des deutschen Vaterlandes nötig wäre. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauderhaften Folgen.

Graf **Roedern:** Die Frage kann nur nach den jetzt vorliegenden Ernteschätzungen beantwortet werden. Dazu brauchen wir den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

Scheidemann: Wenn wir alle diese Fragen der Ernährung und des Bolschewismus beiseite lassen, so bleibt immer noch die Frage, ob die Westfront nach drei Monaten noch stehen wird oder bis dahin ein Durchbruch erfolgt?

General Ludendorff: Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten, ich fürchte ihn nicht.

Der **Reichskanzler:** Ich gehe auf die zweite Frage über:

Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen?

Wir müssen aber auch vorher wissen, ob es technisch möglich ist, das nötige Material auszuheben.

Digitized by Google

General Ludendorff: Das übersehe ich nicht. Damit habe ich mich seit 1916 redlich bemüht; es ist kaum ein Monat vergangen, daß ich nicht gedrängt habe. Ob die Verstärkungen rechtzeitig kommen? Verstärkungen*) kommen immer rechtzeitig. Man kann nie wissen im Kriege, wie lange eine Aktion dauert. Wie oft habe ich Reserven geschickt, wenn man meinte, sie kämen zu spät, und sie kamen doch nur zur Zeit. Man muß sie schicken und das übrige dem Schicksal überlassen.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte den Herrn Kriegsminister, sich dazu zu äußern.

Kriegsminister Scheüch: Es kommen zwei Maßnahmen in Betracht. Die normale allgemeine Ergänzung oder eine starke, einmalige, unter Beeinträchtigung der normalen. Für die erste Maßnahme gilt folgendes: der normale Nachschub an Ersatz für das Feldheer ergibt nach den neuesten Berechnungen für Preußen und die anderen Staaten zusammen monatlich 190 000 Mann. Sie können gestellt werden ohne sehr fühlbare Eingriffe in die Heimatwirtschaft. Die einzelnen Zahlen brauche ich hier wohl nicht anzugeben.

Soll das Heer einen einmaligen starken Nachschub erhalten, so berechne ich den auf rund 600 000 Mann. Dabei rechne ich nicht hoch. Die Einzelberechnungen ergeben sogar 637 000 Mann. In diesem Falle würde der Eingriff schon fühlbar werden. Ich glaube nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört. Die Nachweisung im einzelnen würde man in engeren Kreisen durchgehen können und dann auch in Betracht ziehen, was man an ungenügend ausgebildeten Leuten erhält. So zum Beispiel den Rest des Jahrgangs 1900, von dem noch 50 000 Köpfe in den Betrieben stecken. Das andere ist schon ausgebildet, zum größten Teil in den Depots, zu einem Drittel in der Heimat. Das ist allerdings dann auch das letzte. Eine Ausbildung ist ja doch nötig für die anderen.

Nun ist aber zu bedenken: wenn wir die 600 000 in die Front hereinbekommen, ist weiterer Ersatz nötig. Dann können wir im Monat nicht mehr rund 190 000, sondern nur rund 100 000 Mann für das nächste halbe Jahr sicherstellen. Den weiteren Ersatz bis zum Herbst 1919 könnte man dann wieder auf 150 000 Mann monatlich anschlagen, wenn der Jahrgang 1901 früher eingestellt würde. Das Reservoir des nächsten Jahres wäre also gegen Ende September erschöpft.

General Ludendorff: Ich bin unbedingt für den zweiten Fall. Hätten wir diese günstigen Zahlen schon jetzt gehabt, so hätten wir die Krise an der Westfront nicht bekommen. Und wenn ich die Leute bekomme, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft. Ich muß aber die Leute bekommen und zwar bald bekommen, dann können wir wieder hoffnungsfreudig sein.

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte die Versicherung geben, daß ich meine ganze Kraft einsetze, daß diese Zahl eingehalten wird. Dann wollen wir aber nach dieser Richtung auch keinen Tag versäumen.

General Ludendorff: Ich möchte den Herren ein Bild der Lage geben. Vorgestern war die Schlacht bei Ypern. Engländer und Franzosen griffen mit sehr starken Kräften an. Wir wußten das. Wir wollten standhalten. Wir sahen die Gefahr kommen. Es war eine schwere Lage, sich zu sagen, wir werden zurückgedrängt und müssen doch standhalten. Wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen. Zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen, und wir haben die Front gehalten. Was hätten da die Ergänzungen aus der Heimat für eine Bedeutung für uns gehabt!

Die Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf. Mann und Offizier haben das Gefühl der Vereinsamung. Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: „Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?“ und dann laufen sie weg. Können wir die Löcher zustopfen, so behaupten wir den Einbruch. Können wir der Front sagen, ihr bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

*) Das trifft natürlich im strategisch-taktischen Sinne nicht immer zu. Der Verfasser.

Digitized by Google

Kriegsminister Scheüch: Wenn ich Exzellenz Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern.

General Ludendorff: Ja.

Kriegsminister Scheüch: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?

General Ludendorff: Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlimm. Aber wir haben sie bisher abgeschlagen; auch wenn wir sehr in der Minderheit waren*). Allerdings verschieben sich die Verhältniszahlen; aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Truppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen.

Oberst Heye: In welchem Zeitraum kann der zweite Plan mit den 600 000 Mann durchgeführt werden?

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte nicht eine zu kurze Zeit angeben. Wir müssen ja aus der Industrie und Landwirtschaft schneller Menschen herausholen, als wir anfangs glaubten. Schneller geht die Verwendung des Heimatheeres. Aus der preußischen Heimat werden zum Beispiel 75 000 Mann kommen. Dahin habe ich den Druck gerichtet; darin dürfen wir nicht zu ängstlich sein. Dazu kommen dann noch etwa 25 000 von den anderen Staaten. Zunächst haben wir etwa 50 000 Unausgebildete und 250 000 Ausgebildete; aber auch deren Verwendung zieht sich noch durch Wochen hin. Das wird auch der Obersten Heeresleitung recht sein.

General Ludendorff: Lieber wäre es uns schon, sie kämen alle gleich. Denn was das Niederziehende für die Armee ist, die Stärken werden immer geringer und geringer.

Kriegsminister Scheüch: Schwierigkeiten machen auch die heimatlichen Transportverhältnisse. Kürzlich standen bei einem Generalkommando 6000 Mann bereit zum Abtransport an die Westfront. Sie konnten aber nicht geschickt werden, weil das rollende Material fehlte. Das kann sich wiederholen.

General Ludendorff: Auch bei uns war durch die Räumung eine große Transportkrise ausgebrochen, die sich auf die Heimat fortpflanzte. Die ist aber jetzt behoben. Ich bin nur dankbar, wenn nach der Richtung in der Heimat das Menschenmögliche geschieht.

Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf dem Fragebogen steht: die Stimmung**) im Heer. Er ist sehr wichtig***). Exzellenz Scheidemann hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt. Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas. Das ist Stimmungssache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hatte Grippe gehabt, es fehlten ihr Kartoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbrachten, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus in einer Form, die der Zucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen grobe Widersetzlichkeiten vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr: ein solcher Transport, wie er ihn aus dem Bezirk des VII. Armeekorps der 13. Division geholt hätte, wäre ihm noch nicht vorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Bolschewisten unter sich zu haben.

Diese Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist. Ich habe mich sehr bemüht, sie zu heben, ich muß aber dringend bitten, nicht nur für Menschen, sondern auch für die Stimmung zu sorgen.

---

*) Diesen Satz gibt das amtliche Weißbuch eigenartigerweise nicht wieder. Der Verfasser.

**) Für „Stimmung" müßte es „Geist" heißen. Es ist für die Fragen der Reichsregierung bezeichnend, daß sie dieses wichtigste Moment nicht erörtern. Der Verfasser.

***) Von entscheidender Bedeutung. Der Verfasser.

Digitized by Google

Was halten sich zum Beispiel für Drückeberger in Maubeuge auf. Wir haben ja in unserer großen Armee mit Helden zu tun und mit recht, recht schwachen Menschen. Auch auf die müssen wir uns einstellen. Auffrischung der Heimat! Ich richte die dringende Bitte an alle Stellen, dafür zu sorgen, daß die Stimmung in der Heimat gehoben wird, und daß der Soldat in Belgien weiß, er verteidigt deutsche Erde. Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß die Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute: was sollen wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen? und vor Verdun heißt es: was nützen unsere Opfer, wenn die Franzosen doch Elsaß-Lothringen kriegen? Menschen mit schlechter Stimmung können wir nicht brauchen. Ein Divisionsstab sagte mir neulich, sie hätten ihre Leute aus dem Osten wieder weggeschickt, sie seien im Westen nicht mehr zu gebrauchen. Man muß mit dem Geiste der Heimat arbeiten.

Der **Reichskanzler**: Da Seine Exzellenz der General Ludendorff die Frage der Stimmung angeschnitten hat, so halte ich es für notwendig, an die drei parlamentarischen Staatssekretäre die Bitte zu richten, ihre Auffassung über die Stimmung in der Heimat mitzuteilen und sich über die Vorschläge zu äußern, die man gemacht hat.

Staatssekretär Groeber: Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Ich habe mich davon auf einer Reise nach Süddeutschland persönlich überzeugt. Das haben gerade Urlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schauergeschichten erzählt haben. Viel falsche, aber auch manche richtige. Solche Sachen werden, je länger der Krieg dauert, um so schwerer empfunden. In einer großen Armee kommt natürlich manches Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden.

Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere. Besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen; wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich. In gewöhnlichen Zeiten läßt sich das ertragen; aber in solchen Zeiten, wie diese, stellt sich der Gedanke ein: was müssen wir aushalten, und wie leben die Offiziere. Läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?

General Ludendorff: Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß der Offizier mit der Truppe die gleiche Lebensweise zu führen hat. Ich bin dem Vorwurf nachgegangen und habe durch den Generalintendanten festgestellt: es gibt nur eine Kantine, sie verkauft gleichmäßig an Offiziere und Mannschaften. Auch im Preis wird kein Unterschied gemacht. Ein Unterschied bestand: die kleinen Kantinen ergänzen ihre Bestände aus den großen Kantinen. Die großen liefern an die kleinen zu geringerem Preis, damit die kleinen verdienen. Nun hatten einige höchste Stäbe keine Truppenkantine, sondern bezogen ihre Bedürfnisse sogleich aus der großen Kantine, und zwar zu dem billigeren Preis. Sobald ich das festgestellt hatte, habe ich es untersagt und die Stabsbetriebe veranlaßt, aus den großen Kantinen zum gleichen Preise wie aus den kleinen zu beziehen.

Im Schützengraben essen ja Mann und Offizier aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu verstehen, man wird uns nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber was recht und billig ist, drücken wir durch.

Das Schlimme ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können, und man kann nichts dagegen machen. Geben Sie mir Einzelheiten, dann werde ich dahintergreifen, aber seien Sie überzeugt, die Verhältnisse liegen nicht so kraß, wie man behauptet. Im ganzen ist alles in Ordnung.

Der **Reichskanzler**: Ich bitte, nicht in Details zu gehen, dazu fehlt uns die Zeit. Wie beurteilen die Herren Staatssekretäre die Stimmung in Deutschland in Verbindung mit den Maßregeln, die der Herr Kriegsminister vorschlägt?

Staatssekretär Scheidemann: Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine

Digitized by Google

feste Überzeugung. Schon die Dauer des Krieges zermürbt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Bootkrieg hat enttäuscht, die technische Überlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Bankerott, dazu die sich steigernde Not im Innern. Nun tritt die Wechselwirkung ein. Aus dem Heer kommen die Urlauber mit schlechten Geschichten, aus der Heimat bringen sie schlechte Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns täuschen, wenn wir das beschönigen wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

General Ludendorff: Wird es Euerer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?

Staatssekretär Scheidemann: Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin Nord und wovon lebt Berlin Ost. Solange man diese Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern. Es wäre eine Unehrlichkeit ersten Ranges, wenn wir darüber irgendeinem Menschen einen Zweifel ließen.

Staatssekretär Haußmann: Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wie lange, wieviel Wochen, wieviel Tage, hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den scharfen Ton der Wilsonnote vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden*). Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung. Man könnte sie heben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen, davon hängt der Ton der Verhandlungen ab.

General Ludendorff: Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir „fein heraus". Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu bessern. Ich werde das gleich mit dem Eisenbahnchef besprechen. Wie weit es möglich ist, übersehe ich nicht.

Staatssekretär Scheidemann: Der Mangel an Wagen wurde uns neulich sehr eindringlich durch Herrn von Waldow zu Gemüte geführt. Er sagte dabei, sehr bald würden wir nicht einmal mehr das kleine Quantum Kartoffeln haben, das jetzt noch verteilt wird.

General Ludendorff: Ich werde das Nötige veranlassen**).

Vizekanzler v. Payer: Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten.

Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die zweite Wilsonnote kam, da ist die Stimmung zusammengeklappt, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht, aber auch diese Stimmung schlug wieder um: bei der Erkenntnis, daß wir als Nation, vor allem

*) Weil ihr der Versöhnungsfrieden vorgeheuchelt war. Der Verfasser.
**) Nur soweit ich helfen konnte. Der Verfasser.

Digitized by Google

Bolschewismus mit allen seinen Folgen nach sich ziehen würde. Der Kristallisationspunkt für eine Beruhigung der russischen Gärung würde verschwinden, ganz Rußland wäre dem Bolschewismus ausgeliefert, unsere Anknüpfungen in Südrußland zerrissen. Das muß doch auch erwogen werden.

. . . . . .

Der **Reichskanzler**: Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie steht es mit den Reserven der Entente?

Oberst Heye: Vorige Woche hatten die Franzosen 40, die Engländer 25, die Amerikaner 18, die Italiener 1, dazu kommen noch Portugiesen, Polen und andere Hilfstruppen, im ganzen 87 Divisionen Reserven von der Gesamtstärke von 220 Divisionen.

General Ludendorff: Wir haben 191 Divisionen an der Westfront, die Zahlen der Divisionen sind also nicht einmal so sehr verschieden, wohl aber die Stärken. Die französische Division ist auch nur schwach, nicht wesentlich höher wie unsere, die englische ist stärker und die 40 amerikanischen sind recht stark. Die Überlegenheit an Menschen, über die die Entente gegen uns verfügt, drückt sich also in den Zahlen der Divisionen nicht hinreichend aus.

Der **Reichskanzler**: Die erste Frage lautet: Wie lange ist noch mit Großangriffen an der Westfront zu rechnen?

General Ludendorff: Das kann weiter gehen, kann aber auch aufhören, ich weiß es nicht.

Der **Reichskanzler**: Besteht die Wahrscheinlichkeit einer Überführung weiterer Italiener an die Westfront?

General Ludendorff: Die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit. Die Kriegsmüdigkeit in Italien ist sehr groß.

Graf Roedern: Ist ein Angriff der Italiener über Österreich gegen Deutschland ausgeschlossen?

General Ludendorff: Physisch unmöglich ist er nicht; sie können durch Tirol, aber wir brauchen jetzt nicht damit zu rechnen. Sonst machen wir uns noch mehr Angst, als wir schon haben. Wenn Italiener gegen Deutsche fechten, so wird das wohl nur an der Westfront geschehen.

Der **Reichskanzler**: Müssen wir eine neue Ostfront bilden?

General Ludendorff: In Serbien stehen drei Divisionen und zwei österreichische, dazu sind die Truppen aus der Ukraine an die Donau gekommen. Augenblicklich ist keine Gefahr. Nach acht Tagen kann es anders sein.

Der **Reichskanzler**: Ich denke an die Ostfront gegen Rußland.

General Ludendorff: General Hoffmann meint, eine kampffähige Truppe wird uns da nicht mehr gegenübertreten; aber wir müssen die Grenzen sperren und uns gegen Banden wehren. Vielleicht schwillt nun, wenn wir die Ukraine räumen, den Bolschewiken der Kamm, so daß sie uns den Krieg erklären. Aber an eine kampffähige rote Armee glaube ich nicht.

Der **Reichskanzler**: Die Sperre ist aber nicht dicht, es kommen doch Hunderte durch.

General Hoffmann: Ja, mit und ohne Paß, mit richtigem und falschem.

Der **Reichskanzler**: Aber ein militärischer Durchbruch ist nicht zu befürchten?

General Ludendorff: Nein, militärisch glaube ich nicht daran.

Der **Reichskanzler**: Eine weitere Frage: Wieviel Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?

Oberst Heye: Nach dem Durchschnitt der letzten Monate 250 000.

General Ludendorff: Im April, Mai und Juni waren es 350 000.

Der **Reichskanzler**: Hat ihre Zahl seitdem nicht mehr zugenommen?

Oberst Heye: Im Anfang des Jahres war die Zahl viel geringer, etwa 85 000 monatlich, dann kam der starke Aufstieg bis zum Hochsommer, seitdem sind es jedenfalls nicht mehr geworden.

Der **Reichskanzler**: Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?

Digitized by Google

Oberst Heye: Die amerikanische Heeresleitung berechnet die Truppenzahl jetzt auf 1 200 000, für das nächste Frühjahr rechnet sie mit 2 300 000 Köpfen.

Der **Reichskanzler:** Und ist das entsprechende Material da?

Oberst Heye: Ja, wenn es so weitergeht wie bisher, kann man damit rechnen. Die Amerikaner sind in ihren Angaben immer wahr gewesen.

Der **Reichskanzler:** Auf wie hoch darf man die Frontstärke der Feinde im Westen jetzt schätzen?

Oberst Heye: Bei den Franzosen ist sie stark verringert, bei den Engländern wird sie sich auf derselben Höhe halten, weil sie vorläufig noch Ersatztruppen einstellen können, bei den Amerikanern wird sie sich vermehren.

General Ludendorff: Die Ersatzfrage ist sehr schwer zu beurteilen.

Voriges Jahr hatten die englischen Divisionen noch 12 Bataillone, heute nur noch 9. Es hängt sehr davon ab, wie die wirtschaftlichen Interessen liegen. Nach der Niederlage im März mußte zum Beispiel England die Kohlenarbeiter einziehen; zieht es jetzt wegen der Kohlennot die Leute wieder heraus, so schwächt das natürlich die Front. Auch politische Momente spielen mit; bis jetzt können sie die Irländer nicht einstellen, das Wehrgesetz geht da zunächst nicht durch.

Der **Reichskanzler:** Also wir können bis nächstes Frühjahr 600 000 bis 700 000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1 100 000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?

General Ludendorff: Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie im höchsten Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.

Der **Reichskanzler:** Euere Exzellenz haben bis jetzt nur die Zahlen der Menschen erwähnt, aber es ist auch das Material zu bedenken: Flugzeuge, Tanks und anderes.

General Ludendorff: Die Flieger der beiden Heere verhalten sich schon jetzt wie 1:3. Trotzdem ist die Überlegenheit bei uns. Die Angaben über Feindverluste, die wir machen, bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück, wie wir später oft an den feindlichen Nachrichten feststellen können. Alles das schreckt mich nicht.

Der **Reichskanzler:** Und die Tanks nächstes Frühjahr?

General Ludendorff: Ich hoffe, daß wenn unsere Infanterie wieder zu Kräften kommt, auch der Tankschrecken, der schon einmal überwunden war und wiedergekommen ist, nochmals überwunden wird. Er kam mit aller Kraft am 8. August durch den Nebel und wer weiß was sonst. Ist aber die Stimmung der Truppen wiederhergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und die Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen. Es lockt auch aus materiellen Gründen, denn in den Tanks gibt es immer gute Verpflegung. Wir konnten nur nicht Schritt halten in dem Bau von Tanks, weil wir zuerst Lastautos bauen mußten; aber bis nächstes Frühjahr werden wir darin weiter sein.

Graf Roedern: Ich nehme an, daß, wenn wir eine gewisse Ruhepause haben, die Lage sich bessert, oder ist das Urteil des General Ludendorff auch dann gültig, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Monaten kämpfend von unserer Linie auf der Westfront zurückgehen müssen?

General Ludendorff: Das kommt auf das Tempo an; jeder Rückzug kostet um so mehr Gefangene und Material, je rascher er vor sich geht. Bei dem langsamen Zurückgehen der 3., 1., 7. und 18. Armee sind so gut wie keine Einbußen an Menschen und Material gewesen; wenn wir aber ausweichen müssen, wie bei der 17. und 2. Armee, dann ist es eine erhebliche Schwächung. Wir verkürzen uns außerordentlich, aber die Lebensbedingungen der Armee, das, was sie zum Handeln braucht, Munition und so weiter, das wird erheblich verschlechtert, weil wir unser Industriegebiet den feindlichen Fliegern aussetzen,

Digitized by Google

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen kommen, so bedeutet schon die Zusage der Räumung an sich eine wesentliche Verschlimmerung der militärischen Lage.

Kriegsminister Scheüch: Daß die Zurückführung des Heeres auf den heimatlichen Boden eine außerordentliche Schwächung des Heeres bedeutet, ist zuzugeben, nicht nur wegen der geringeren Möglichkeit der Herstellung alles dessen, was das Heer zum Kampf nötig hat, sondern auch im Hinblick auf die Stimmung und den Gehalt der Truppe. Eine enge Verbindung mit der Heimatbevölkerung, die niedergedrückt ist durch die starke Belegung, drückt auch das Heer nieder. Es würden an der ganzen Grenze dieselben Bedingungen eintreten, wie jetzt im Elsaß und noch schlechtere*). Auch die Lebenshaltung der Bevölkerung selbst würde sehr herabgedrückt.

Admiral Scheer: Ich habe schon gestern gemeldet, wie der Stand bei der Marine ist, muß aber wohl auch hier ein Bild von den Verhältnissen der Flotte geben, weil es darauf ankommt, ob man den Waffenstillstand unter den Bedingungen bekommen soll, die Wilson stellt.

In den beiden letzten Jahren hat sich die Flotte nur in den Dienst des U-Bootkrieges gestellt und sich dabei völlig gefechtsbereit gehalten. Wenn uns die Arbeiterverhältnisse verbessert werden, können wir den Bau der Unterseeboote auf das Doppelte, ja Dreifache erhöhen. Nun geht die Forderung Wilsons dahin, daß wir den U-Bootkrieg einstellen sollen. Wenn wir dem nachgeben, würde ein ganz erhebliches Druckmittel preisgegeben und eine Gegenleistung für die Annahme des Waffenstillstands bei der jetzigen Stellung. Denn da ist doch die Lage so, daß das Heer standhalten kann. Deshalb brauchen wir auf die zweite Wilsonsche Bedingung nicht einzugehen.

Der Reichskanzler: Damals sprachen Euere Exzellenz von 40 000 Arbeitern, die nötig wären. Können Sie die bekommen, wenn der Kriegsminister 600 000 Mann aufbietet?

Admiral Scheer: Bis zum 1. Dezember brauchen wir nur 15 000 bis 16 000 Mann.

Der Reichskanzler: Und bis wann brauchen Sie die 40 000?

Admiral Scheer: Erst bis in den Sommer. Wir können schon mit den ersten 16 000 Mann die monatliche Ablaufziffer von 10 auf 16 steigern.

Der Reichskanzler: Als letztes Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben:

Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die Euere Exzellenz vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann Euere Exzellenz der Anschauung, daß wir dann im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist, als die, in der wir uns augenblicklich befinden?

Wir müssen uns klar darüber sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen, und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen, und der wir fest ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt?

General Ludendorff: Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage.

Admiral Scheer: Man steht wohl allgemein unter dem Eindruck, daß der Feind den U-Bootkrieg sehr erheblich spürt, namentlich Italien. Das wird sich in nächster Zeit noch steigern, besonders auch gegenüber Amerika. Wenn wir aber die Bedingungen annehmen, die uns gestellt worden sind, geben wir alles aus der Hand.

Der Reichskanzler: Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Heeresleitung nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Beantwortung der Note Wilsons.

Admiral Scheer: Unsere Lage wird sich bessern, weil die der Gegner sich verschlechtern wird. Deshalb wollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

Graf Roedern: Es ist schon so oft gesagt worden, daß sich die Lebenshaltung

*) Diese Bedingungen hat Frankreich vier Jahre ertragen, für Rumänien und Serbien lagen die Verhältnisse noch ungünstiger. Der Verfasser.

Digitized by Google

unserer Feinde verschlechtert hat, aber wir haben wenig davon gemerkt, daß das den Krieg beeinflußt hat. Wird das jetzt so viel anders sein? Wird dabei berücksichtigt, daß für uns die flandrische Küste wegfällt, daß Österreich jetzt zum Frieden kommt, und wir damit die U-Bootsbasis im Mittelmeer verlieren? Kann die Steigerung der U-Bootserzeugung das ausgleichen?

Admiral Scheer: Der Ausfall der beiden U-Bootsbasen in Flandern und im Mittelmeer hat auf unseren U-Bootkrieg nach meiner Auffassung und der meiner Mitarbeiter keinen Einfluß. Im Gegenteil, je mehr wir uns auf die Umgebung der Britischen Inseln konzentrieren, desto wirksamer ist der Krieg. Bisher haben wir, wenn auch nur unter großen Anstrengungen, die Fahrt nach England offen gehalten.

Ich kann freilich nicht sagen, in der und der Zeit ist der Gegner zusammengebrochen. Es kommt darauf an, die Wirkungen, die schon vorliegen, zu verstärken und den Gegner dauernd unter Druck zu halten, dann wird sich die politische Wirkung schon bemerkbar machen.

Graf Roedern: Man hat der Marineleitung, gewiß mißverständlich, nachgesagt, daß sie bestimmte Zusagen wegen der Wirkung des U-Bootkrieges gemacht habe, aber eine Zusage ist sicher gemacht worden, nämlich darüber, daß man die Zufuhr amerikanischer Truppen verhindern könne. Gerade diese Zusage ist nicht gehalten worden. Der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamts beantwortete die Frage danach ungefähr dahin: die amerikanischen Truppen sollen nur kommen, sie bilden willkommene Angriffspunkte für uns. Das hat sich doch als durchaus irrtümlich erwiesen.

Sind dann die Einwirkungen auf die englische Wirtschaft noch so hoch zu bewerten? Sobald die Amerikaner sich entschließen statt 250 000 Mann nur noch 150 000 monatlich zu schicken, wird die Versorgung Englands erheblich erleichtert. Es muß da eine Fehlerquelle liegen. Liegt sie vielleicht darin, daß das Tempo des amerikanischen Schiffsbaus unterschätzt worden ist?

Admiral Scheer: Ich kenne die Erklärung des Staatssekretärs nur aus den Zeitungen. Ich weiß nur, daß er die amerikanischen Truppen nicht hoch eingeschätzt hat, wahrscheinlich, weil er ihre Unterhaltung auf französischem Boden für schwierig ansah. Man kann die U-Boote nicht nur auf Transportschiffe ansetzen, sie müssen ihre Torpedos da brauchen, wo sie den meisten Schiffsraum vernichten.

(Der Reichskanzler übergibt den Vorsitz an den Vizekanzler.)

Vizekanzler von Payer: Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Liegen die Gründe dafür auf militärischem Gebiet?

General Ludendorff: An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angebissen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. An dieser Stelle hat sich die Kampfkraft der Entente nicht auf der Höhe gezeigt wie bisher.

Dazu kommt, daß die Amerikaner starke Grippe haben. Allerdings fängt sie auch bei uns an zu grassieren, und zwar in einer sehr bösen Form. Unsere Truppe ist müde, und der müde Mensch erliegt der Seuche leichter als der frische.

(Der Reichskanzler übernimmt den Vorsitz wieder.)

Der **Reichskanzler:** Die Lage ist also nicht mehr dieselbe, wie sie am 5. Oktober war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun*).

General Ludendorff: Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: erkämpft euch solche Bedingungen.

Der **Reichskanzler:** Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?

---

*) Hier drückt sich das vollständige Verkennen der Lage seitens des Reichskanzlers aus. Es handelte sich doch jetzt darum, ob das deutsche Volk den Endkampf um Leben und Tod führen wollte. Ich ging deshalb auf seine Behauptung nicht ein, sondern gleich auf den Kern der Frage. Der Verfasser.

Digitized by Google

General Ludendorff: Schlechtere gibt es nicht!

Der **Reichskanzler:** O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.

General Ludendorff: So weit sind wir noch nicht*).

Graf Roedern: Es ist bisher nur von Sieg oder Niederlage gesprochen worden. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: wir gehen langsam zurück. Das ist das Wahrscheinlichste, wenn wir einen Durchbruch der Feinde nicht zu befürchten haben. Ich halte auch nicht für wahrscheinlich, daß wir die Feinde zurückwerfen. Also angenommen wir gehen zurück, wir füllen auf, unsere Widerstandskraft wird gestärkt: wird dann Amerika veranlaßt, uns bessere Bedingungen zu stellen? Amerika weiß, daß wir unsere letzten Reserven verbrauchen; es wird seine Zeit abwarten.

General Ludendorff: Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich habe eine Agentenmeldung, daß in England und Frankreich ernste Befürchtungen auftreten, der Krieg könnte den Monat überdauern, Deutschland wird die Entente noch auf feindlichem Boden zum Stehen bringen. Die Furcht vor einem Umschlag der Lage ist dort sehr groß.

Staatssekretär Solf: Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten, wie die Note, die wir an Wilson zu richten haben, nach Ton und Inhalt zu fassen ist. Für diese Aufgabe bin ich durch die Ausführungen von Exzellenz Ludendorff nicht wesentlich besser vorbereitet als vorher.

Zu Anfang dieses Monats ist die politische Leitung des Reichs von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten und Frieden vorzuschlagen. Gegen den Willen und gegen die Auffassung des Herrn Reichskanzlers hat er sich entschließen müssen, diesen Schritt mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Dann kam die Gegenfrage, und auch damals ist an der Auffassung festgehalten worden, daß in unserer Antwort an den von uns vorgeschlagenen Bedingungen einfach festzuhalten sei. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen, die uns vor schwere Entschlüsse stellt, und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß, wenn wir die nächsten vier Wochen überdauern, wir sogar viel besser dastehen als bisher.

Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb jetzt geht, was vorher für unmöglich erklärt worden war**)?

General Ludendorff: Ich habe immer den Menschenmangel als das Wichtigste dargestellt***). Heute höre ich, daß der Mangel nicht so groß ist, wie ich angenommen hatte. Heute höre ich, daß ich in absehbarer Zeit 600 000 Mann bekommen kann. Weshalb ich sie nicht früher bekommen konnte, darüber will ich nicht sprechen. Kann ich sie jetzt bekommen, so hört die Vereinsamung der Armee auf. Trotz der unglücklichen Ereignisse an der Front ändert sich die Lage, weil zugleich die Kampfkraft des Feindes nachläßt.

Nach wie vor glaube ich, daß wir die Waffenstillstandsverhandlungen, wenn es irgend geht, erreichen müssen. Aber nur solche Waffenstillstandsverhandlungen dürfen wir annehmen, die eine geregelte Räumung des Landes gestatten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Und dann dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich erscheinen lassen. Daß dies die Absicht ist, muß man aber nach der Note annehmen. Die Bedingungen

*) Hier meint das Weißbuch, ich weiche aus, nachdem ich am 9. klar geäußert hatte, wir werden die Grenze halten. Kann man denn nicht ersehen, daß ich bei der Sitzung mit meinem Herzen war und wirklich nicht jedes Wort nur rein trocken beantworten konnte. Es ging um das Höchste, was wir hatten. Der Verfasser.

**) Ich hatte den Gedanken des Staatssekretärs, daß die Oberste Heeresleitung die Verantwortung verschieben wollte, nicht verstanden, weil mir von seinen Aussprachen am 16. keine Meldung gemacht war. Heute erst sehe ich klar. Der Verfasser.

***) In Verbindung mit dem geistigen Antrieb, über den in der Sitzung bereits gesprochen war. Der Verfasser.

Digitized by Google

sollen uns außer Gefecht setzen. Bevor wir uns auf weiteres einlassen, muß der Feind einmal sagen, was denn eigentlich seine Bedingungen sind.

Nicht kurzerhand mit Wilson abbrechen! Im Gegenteil: „Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings: nein!"

Damit verlasse ich den bisherigen Boden nicht. Ich bitte nur, die Maßnahme, die der Kriegsminister vorgeschlagen hat, rasch durchzuführen.

Staatssekretär Solf: Diese Maßnahme war doch auch damals schon in Aussicht genommen.

General Ludendorff: Seit dem April und viel länger noch kämpfe ich um Menschen. Sie sind mir nicht gegeben worden. Es ist doch eine Tatsache, daß wir 70 000 Mann monatlich zu wenig bekommen. Hört dieses Defizit auf, und die Kampfkraft des Feindes läßt nach, so braucht man nicht alle Bedingungen annehmen.

Der **Reichskanzler:** Könnte sich die deutsche Oberste Heeresleitung mit der amerikanischen direkt in Verbindung setzen?

General Ludendorff: Die amerikanische hat nicht die Führung, sondern Foch. Ist es nicht besser, zunächst noch einmal die Regierung zu fragen?

Kriegsminister Scheüch: Foch zu fragen ist es noch nicht Zeit. Das wäre ein Eingeständnis der Niederlage.

General Ludendorff: Ich möchte noch einige für die Kriegführung wichtige Punkte vorbringen:

1. . . . . .

2. Die Frage der Zerstörungen. Ich habe von Euerer Großherzoglichen Hoheit und auch vom Auswärtigen Amt Telegramme darüber bekommen. Wir haben pflichtgemäß alles getan, das Heer in den Schranken zu halten, die militärisch noch zu vertreten sind. Das ist eigentlich schon nicht mehr zu verantworten, daß man Häuser unzerstört läßt; denn Unterkunft ist eine große Hilfe für den Feind. Und später haben die Franzosen die Häuser doch zerstört. In Lille sind das elektrische Licht, die Wasserleitung, die Trambahn unzerstört gelassen, aber Telegraph, Telephon und Bahn zerstört worden. Das Schlimmste sind die englischen Flieger und die englischen großen Kanonen. Das Material haben wir dem Auswärtigen Amt mitgeteilt.

Die Armee ist nicht dasselbe wie die einzelnen rohen Menschen, die darin sind. Die Leitung kämpft gegen solche Roheit an. Ich bitte das in der Note an Wilson zu betonen, denn die Armee hat ein Recht darauf.

Staatssekretär Scheidemann: Nachdem im feindlichen Ausland und besonders auch im neutralen Gebiet die Verleumdungen unseres Heeres verbreitet worden sind, muß ihnen entgegengetreten werden. Ich glaube es daher Euerer Großherzoglichen Hoheit nahelegen zu sollen, daß es gut wirken würde, wenn man im Anschluß an frühere Befehle noch einmal einen Befehl ergehen läßt, Zerstörungen zu unterlassen. Wenn dann die Kuh weggenommen wird, so ist das selbstverständlich, denn die Truppen müssen leben, aber was nicht nötig ist, und was wir mit Bedauern von den Urlaubern hören, daß Möbel zerstört, Bilder zerschnitten, Betten verwüstet werden, das muß man abstellen.

General Ludendorff: Wir haben vier Jahre Grabenkrieg geführt und haben zu Unterständen und Holzbaracken greifen müssen, darin sollte sich die Truppe ruhen, das kann sie aber nicht, wenn die Unterstände und Baracken leer bleiben, sie müssen möbliert werden, dazu sind die Möbel requiriert. Ich halte das für militärisch erlaubt. Wie kann sich die Truppe sonst erholen? Leider sind viele Mißgriffe geschehen. Wir eifern dagegen an.

Aber sobald die Truppe weg ist, plündert auch die Bevölkerung. Waffen können wir nicht zurücklassen. Da ist viel Schlimmes vorgekommen. Das ist leider richtig Offiziell ist aber der Gebrauch der Möbel nur für die Unterkunft erlaubt.

Wir haben Wertpapiere zurückgebracht oder in Obhut genommen, sie werden zurückgegeben werden. Die Gemäldesammlungen haben wir nach Valenciennes zurück-

Digitized by Google

geschafft. Wir wollten sie noch weiter zurückbringen, um sie besser zu schützen, aber auf die Bitten des Auswärtigen Amts haben wir sie in französischem Gebiet gelassen.

Der Reichskanzler: Konnte man die Bilder nicht nach Holland bringen?

General Ludendorff: Wir haben darüber mit dem Auswärtigen Amt immer in Verbindung gestanden und die Sache völkerrechtlich geprüft. Das Amt hat gesagt: Nicht aus dem Lande heraus, das würde wie Raub sein. Die einzige Ausnahme bilden die Kirchengüter und Weihgefäße, die haben wir dem Erzbischof von Köln in Aufbewahrung gegeben.

Der **Reichskanzler:** Ist zu den Fragen, die wir an Exzellenz Ludendorff zu stellen hatten, noch etwas zu bemerken?

Dann schließe ich die Sitzung.

4.

Das Protokoll der 2. Sitzung vom 17. Oktober (Weißbuch Nr. 58) kann ich im einzelnen nicht anerkennen, solche Sprache führe ich nicht. Der Grundgedanke ist richtig wiedergegeben.

Im einzelnen gebe ich folgendes wieder, was auch in der Form meinen Äußerungen entspricht:

Solf: Die Frage sei, ob wir eine etwas heftigere Form (für die Beantwortung der Wilson-Note. Der Verfasser.) wählen dürften, die unserer Würde entspräche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe. Können wir dies verantworten?

Ludendorff: Ja, wir können es verantworten . . . . . un belasten wir die neue Note mit einer schärferen Tonart und schnappt darauf Wilson ab, so sehen wir daran, daß er es nie ehrlich gemeint hat.

Der **Reichskanzler** bestreitet das letztere. Nach eingegangenen Nachrichten will Wilson den Frieden, wird aber von England und Frankreich bedrängt.

Ludendorff spricht sich dafür aus, daß Wilson aufgefordert werde, sich über die Bedingungen zu äußern. Die Note müsse der Prüfstein sein, ob er es ehrlich meint und ob er auch die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen.

Oberst Heye erläutert seine früheren Worte. Sein Urteil geht dahin, an der Lage im großen habe sich nichts geändert. Die Armee bedürfe der Ruhe, je eher diese eintrete, um so besser. Als die Oberste Heeresleitung sich zu dem Friedensvorschlag entschloß, ging man von der Ansicht aus, daß ein ehrenvoller Frieden geschlossen werden könnte. Jetzt (erst) (In Klammer gesetzt. Der Verfasser.) sehe man (D. h. alle Welt. Der Verfasser.), daß es um Sein oder Nichtsein ginge. Es müßte daher geprüft werden, ob der Entscheidungskampf nochmals aufgenommen werden könne. Die Unsicherheit der Lage bleibe für die Oberste Heeresleitung heute noch bestehen. Man könne nicht eine Garantie dafür übernehmen, daß die 18. Armee (Am 17. wurde bei ihr schwer und verlustreich gekämpft. Der Verfasser.) nicht eine schwere Niederlage erleidet, aber in den letzten acht Tagen sei es gut gegangen. Allerdings werde der Gegner noch weiter stark angreifen, aber seine Kräfte seien doch geringer geworden. Das zeigten jetzt die Kämpfe. Er würde den Versuch, uns zu schlagen, fortsetzen, mit Hilfe seiner Artillerie und zahlreicher Tanks. Dadurch entständen große Menschenverluste. Zögen wir uns kämpfend zurück, so müsse das Land zerstört werden, denn es müsse eine Sicherheitsgrenze zwischen dem Gegner und uns geschaffen werden.

Es sei möglich, daß der Feind in Lothringen angreife, demgegenüber seien Gegenmaßnahmen in Vorbereitung.

Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Stimmung der Armee würde gehoben werden, wenn unser Angebot durch die Entente zurückgewiesen werden würde. Es würde dies einen Antrieb an moralischer Kraft geben. Den Entscheidungskampf müßten wir annehmen, wenn die Bedingungen, die uns gestellt würden, entehrend seien.

Die Aussichten für Haltung der Front im Elsaß seien gut. Die erste Linie hielten ältere Truppen, die zweite allerdings nur abgekämpfte. Es komme also nur darauf an, wie lange der Kampf fortdauere.

Digitized by Google

Ludendorff: Es zeige sich hier bei den älteren Truppen der Gehalt einer guten Friedensschule. Alte Leute zeigten den Wert einer guten Friedensausbildung, daher habe er das Vertrauen, daß die Lothringer und Elsässer Front sich halten werde. Es sei auch zu berücksichtigen, daß auch die Ententetruppen sehr stark abgekämpft seien.

18.

Am 19. Oktober beschreitet die Reichsregierung entgegen der Ansicht einiger Staatssekretäre und der Auffassung des Reichskanzlers und des Reichstages vom 5. Oktober, trotz meiner Stellungnahme am 17. den Weg zur Kapitulation. Die Vorgänge in dieser Sitzung müssen noch bekanntgegeben werden.

Telegramm der Obersten Heeresleitung vom 20. 10. 1918, 1 Uhr nachm.

„Die Lage hat sich nicht geändert. Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Österreich-Ungarn wird bald folgen. Wir werden sehr bald in Europa allein dastehen. Die Westfront ist in größter Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. Durch Absetzen vom Feinde in Belgien und Zuführung des zugesagten Ersatzes könnte ein nachhaltiger Widerstand organisiert werden, der den Kampf an der Westfront in die Länge zieht und uns zwar nicht den ausgesprochenen Sieg beschert, wohl aber uns vor dem Äußersten bewahrt. Aber selbst wenn wir geschlagen würden, stünden wir nicht wesentlich schlechter da, als wenn wir jetzt schon alles annähmen.

Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen?

Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Bootkrieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.

Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen.

Digitized by Google

Ich kann mir trotz der ungemein schweren Lage der Armee keinen anderen Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß das ganze Vaterland hinter sich haben wird. . . . .

gez. v. Hindenburg."

19.

Die dritte deutsche Note vom 20. Oktober.

Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sei und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderungen gut heißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würden.

Die Deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer nötig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die Deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet habe.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der Deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes auf See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Empfinden den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die Deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen

Digitized by Google

Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

gez. Solf.

20.

Aus der Reichstagssitzung vom 22. Oktober.

a) aus der Rede des Reichskanzlers Prinz Max.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen.

Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten rüsten:

Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen, und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Äußersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff. Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt.

Aber, meine Herren, auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Friede auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. . . . . .

Aber um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können. An unseren Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapferen, die sie gegen die Übermacht verteidigen, und die wir gegen ungerechte Anklagen verteidigen müssen. Meine Herren, man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unser Volk an der Ehre zu treffen. Schlimme Einzeltaten und Maßnahmen hat es in jeder Armee gegeben, aber der Grundwille des Volksheeres lehnt sie ab. Als die Worte gesprochen wurden, daß der Geist des Roten Kreuzes gerade so gut zu einem rechten Heer gehört, wie der Offensivgeist, kam überwältigende Zustimmung gerade aus Kreisen der Armee, und es kam die Bestätigung von christlichen Soldaten aus Feindesland, die gegen Deutsche gekämpft haben.

Meine Herren, unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer. Sie kämpfen mit Sorgen um die Heimat, sie kämp-

Digitized by Google

fen mit dem Gedanken an den Frieden und halten stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: „Die Heimat läßt euch nicht im Stich! Was ihr braucht, und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln und an Mut, das soll euch werden."

b) aus der Rede des Abgeordneten Herold.

Mehr als vier Jahre haben unsere unübertrefflichen Truppen mit Heldenmut gekämpft. Die gesamte Bevölkerung hat mit großer Aufopferung alle Anstrengungen und Entbehrungen ertragen. Zu allen Zeiten ist der heißeste Dank des Vaterlandes für die unvergleichlichen Leistungen gesichert. Friedenssehnsucht erfüllt alle Länder. Wir haben unsere Bereitschaft zu einem annehmbaren Rechtsfrieden erklärt und das größte Entgegenkommen gezeigt. Aber die Zukunft Deutschlands muß gesichert werden. Wird die Friedenshand wieder zurückgewiesen, dann wird ein Sturm der Entrüstung über das deutsche Vaterland dahinbrausen, dann wird das gesamte deutsche Volk mit erneuter Begeisterung seine Kräfte zusammenfassen zur Verstärkung der Heeresmacht, zur Verteidigung des teuren Vaterlandes. Ein Volk, das während der langen Kriegszeit solche bewunderungswürdigen Leistungen aufzuweisen hat, läßt sich nicht vernichten. Nur ein Friede des Rechts und der Verständigung ist möglich. Wird er jetzt nicht gewährt, muß er durch Fortsetzung des Krieges erkämpft werden. Die nationale Verteidigung wird aufgerufen. Alt und jung, der letzte Mann und jede Frau in Deutschland wird mit Begeisterung jedes Opfer zur Rettung des Vaterlandes bringen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

c) Vergleiche damit Nr. 22.

21.

Die dritte Wilson-Note vom 23. Oktober.

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltslos die Vorbedingungen für den Frieden, welchen er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat, sowie die Grundsätze einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden, annimmt, und daß sie wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendungen Besprechungen zu eröffnen, und daß dieser Wunsch und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstages und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht, und nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande durch die deutschen Streitkräfte werden beachtet werden, empfindet der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näher zu treten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten

Digitized by Google

als kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen für einen Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens gewährleisten würde, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bringen, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion erspießt.

Der Präsident fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußern in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind. Aber der gegenwärtige Krieg war es nicht. Und um den gegenwärtigen Krieg handelt es sich. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten könnten, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung.

gez. Lansing.

22.

Telegramm des Generalfeldmarschalls vom 24. Oktober abends 10 Uhr.

Zur Bekanntgabe an alle Truppen.

Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die

Digitized by Google

Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Über einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten inbezug auf seine innere Gestaltung völlig füge; andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung.

Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort »Rechtsfrieden« nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert.

gez. v. Hindenburg.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 1. 11. 1918.
Nr. O IV 19 851/IV b.

Zu meinem Bedauern habe ich erfahren, daß der Armeebefehl, den ich am 24. Oktober zur Erläuterung der Antwort des Präsidenten Wilson erlassen habe, die Auslegung erfahren hat, daß er sich im bewußten Gegensatz zu den Absichten der Reichsleitung befinde oder diesen vorgreifen wolle.

Ich lege daher Wert darauf, Euerer Großherzoglichen Hoheit darzulegen, wie dieser Armeebefehl zustande kam und in der Pressebesprechung am 25. Oktober bekanntgegeben wurde.

Nachdem am 24. Oktober vormittags im Großen Hauptquartier die Antwort des Präsidenten Wilson bekannt geworden war, mußte erwogen werden, wie sie den Truppen erläutert werden sollte. Es mußte vermieden werden, daß sie ohne Erläuterung durch die Zeitungen oder durch Funksprüche den Truppen bekannt wurde. Die zuständigen Bearbeiter entwarfen daher ein für die Armeeoberkommandos bestimmtes Telegramm, das sich auf Ausführungen stützte, die nach telephonischer Mitteilung am 24. Oktober in einer beim Auswärtigen Amt stattgehabten Besprechung mit Vertretern der Presse abgegeben waren. Bei dieser Besprechung hatte Oberst v. Haeften vom militärischen Standpunkt und Geheimrat v. Stumm vom politischen Standpunkt Ausführungen gemacht, die in dem für die Armeeoberkommandos bestimmten Telegramm verwertet wurden.

Digitized by Google

Der Telegrammentwurf wurde dem Ersten Generalquartiermeister und mir mit der Meldung vorgelegt, daß er der Auffassung der Reichsleitung entspreche. General Ludendorff wie ich trugen daher keine Bedenken, dieses Telegramm an die Armeeoberkommandos zu erlassen.

Am 25. Oktober vormittags erbat sich der Chef des Kriegspresseamts Instruktionen für die an diesem Tage stattfindende Pressebesprechung. Ihm wurde mitgeteilt, daß das vorerwähnte Telegramm zur Wilsonnote an die Armee ergangen sei. Er schlug vor, dieses Telegramm vertraulich, als nicht zur Veröffentlichung bestimmt, den Pressevertretern mitzuteilen, weil zu erwarten sei, daß sie den Inhalt des Telegramms auf anderem Wege erfahren würden, und damit die Gefahr bestand, daß es veröffentlicht wurde. Da General Ludendorff und ich uns auf der Fahrt nach Berlin befanden, hat der zuständige Bearbeiter, ohne von uns dazu ermächtigt zu sein, sein Einverständnis erteilt, daß das für die Armee bestimmte Telegramm auch bei der Pressebesprechung als vertraulich bekanntgegeben wurde. Er trug dazu keine Bedenken, weil er der Ansicht war, daß das Telegramm die Ansicht der Reichsleitung wiedergebe. Aus dem gleichen Grunde unterließ es der Chef des Kriegspresseamts, sich vor Bekanntgabe der ausdrücklichen Zustimmung der Reichsleitung zu versichern.

Als am 25. Oktober mittags festgestellt wurde, daß die Voraussetzung, der Inhalt des Telegramms entspreche der Auffassung der Reichsleitung, nicht zutreffe, ist angeordnet worden, das an die Armeeoberkommandos gerichtete Telegramm anzuhalten.

Euer Großherzogliche Hoheit wollen hieraus ersehen, daß der Erlaß des Telegramms und seine Bekanntgabe in der Pressebesprechung in der Annahme erfolgte, in Übereinstimmung mit der Reichsleitung zu handeln, und daß, als festgestellt wurde, daß dies nicht der Fall war, sofort alles geschehen ist, um die Folgen des Irrtums einzuschränken.

gez. v. Hindenburg
Generalfeldmarschall.

23.

Vizekanzler v. Payer über die Besprechung vom 25. Oktober 1918 9 Uhr abends.

„v. Payer kommt auf seine gestrige Besprechung mit den Herren der Obersten Heeresleitung zurück. Sie hätten ihn zu überzeugen versucht, daß man Verhandlungen abbrechen und mit einer Proklamation an das Volk dieses zu den Waffen zu rufen suchen müßte. Er habe sich auf anderen Standpunkt gestellt . . . Die Herren seien der Ansicht gewesen, man dürfe

Digitized by Google

nicht weiter verhandeln, unser Heer stände unbesiegt auf feindlichem Boden und dürfe nicht kapitulieren . . . ."

Gleichzeitig wird in Wien die Auflösung der Doppelmonarchie verkündet und damit der Zusammenbruch der k. k. Armee besiegelt*).

Meine Verabschiedung erfolgte am 26. Oktober 1918.

24.

Unsere vierte Note vom 27. Oktober.

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen. Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit**) einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

gez. Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

25.

Die vierte Wilson-Note vom 5. November.

„In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermittelt hat mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

> »Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den

*) Der frühere Botschafter in Wien, Graf Wedel, schreibt in den „Hamburger Nachrichten" Ende Juli 1919: Österreich hat bis zum Herbst 1918 durchgehalten, und es war auch dann noch, trotz der großen Entbehrungen, kein Grund zum Niederbruch vorhanden. Die italienischen Angriffe wurden abgeschlagen, die Italiener befanden sich in einer bedenklichen Situation, ihre Hilferufe wurden aufgefangen, man war mit einem Wort diesseits im schönsten Siegen, als das berühmte Manifest gewissermaßen die Auflösung der Monarchie verkündete. Die Ungarn zogen sofort ab, und damit war das Schicksal der Monarchie besiegelt.

**) Würdeloser konnte nicht gesprochen werden.

Digitized by Google

Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen dadurch, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.«

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

gez. Robert Lansing.

C. Die Revolution von unten.

Anfang November brach die Revolution von unten in Deutschland aus, am 9. wurde Seine Majestät der Kaiser von der Regierung des Prinzen Max verraten. Am 11. November erfolgte die Kapitulation im Waffenstillstande.

Die Revolution von oben und unten hat dem deutschen Heer den Todesstoß gegeben, während es am Feinde rang. Die Wühlarbeit hat erheblich früher eingesetzt. Hierbei sind verschiedene Richtungen zu unterscheiden — die feindliche Propaganda und den Bolschewismus lasse ich außer Betracht —. Sie liegen zwischen der Sabotage des Sieges und dem Umsturz selbst. Wenn die Geschichte über Deutschlands Unglück geschrieben wird, wird sie sich eingehend hiermit zu befassen haben. Ich kann hier nur Schlaglichter geben: Walther Rathenau sagt 1914: „Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.“ Landtagsabgeordneter Ströbel im Jahre 1915: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reichs den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.“

Ausspruch eines Ententepolitikers: „Es ist uns vollständig klar, daß in Deutschland einflußreiche Kreise sind, für die es nichts Schlimmeres gibt, als einen militärischen Sieg Ludendorffs.“

Aus dem Rundschreiben Nr. 9 des Spartakusbundes: „Die Partei hatte schon während des Krieges als Spartakusbund die Bedeutung der Militärpropaganda erkannt. Sie sah ihre Hauptaufgabe darin, den Zersetzungsprozeß innerhalb des mili-

Digitized by Google

tärischen Machtapparates der Bourgeoisie in revolutionärem Sinne zu beeinflussen. Soweit es in den Kräften das Spartakusbundes stand, ist er dieser Aufgabe während des Krieges allen Schwierigkeiten zum Trotz gerecht geworden. Mit dem Zerfall und der Auflösung des alten regulären Heeres und mit dem gleichzeitig einsetzenden Kampfe des Proletariats um die politische Macht wurde der Aufgabenkreis erweitert. Neben die propagandistische Zersetzungsarbeit des bürgerlichen Militarismus trat die Aufgabe der Propaganda des Gedankens der roten Armee. Die allgemeine politische Lage zu Anfang der Revolution führte darüber hinaus zur Zusammenfassung der innerrevolutionären Kräfte im militärischen Sinn. Das führte zur Gründung des roten Soldatenbundes."

Aus Fikentscher: „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine", Monatshefte für Politik und Wehrmacht, Oktober 1919. „Am 30. 8. 19 äußerte der frühere Marineangehörige Haase in einer Versammlung des radikalen Seemannsbundes zu Geestemünde: Wir haben schon von Beginn des Krieges, von Anfang des Jahres 1915, systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet. Wir haben von unserer Löhnung alle zehn Tage 50 Pfennige gesammelt, uns mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung gesetzt und revolutionäre Flugblätter verfaßt, drucken lassen und verteilt, um für die Novemberereignisse die Bedingungen zu schaffen." — General v. Kuhl schreibt: „Deutlich erkannten wir, daß der Ursprung dieser Zersetzungen von der Heimat ausging."

Der unabhängige Sozialdemokrat Vater in einer Rede im Winter 1918/19 in Magdeburg:

„Uns ist die Revolution nicht überraschend gekommen; seit dem 25. Januar 1918 haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet . . . ! Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front, geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen."

Erklärung des Unterstaatssekretärs im Reichsjustizamt Dr. Oscar Cohn am 27. Dezember 1918:

„Bedarf es umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe?" ...

Und weiter erklärte er:

„Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben; mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann."

Nach der „Deutschen Tageszeitung" bringt in der Zeitschrift „London Magazine" Kapitän Tuchy, der während des Krieges im britischen Nachrichtendienst beschäftigt war, eine Darlegung über die Meuterei der deutschen Flotte, der wir folgendes entnehmen:

Digitized by Google

„Als die ersten Gerüchte von einem in der deutschen Marine aufkommenden Bolschewismus auftauchten, erkannte die „British Naval Intelligence Division" es als ein aussichtsreiches Unternehmen, zu veranlassen, daß Gerüchte über einen angeblich in der britischen Flotte vorhandenen Bolschewismus in verschiedenen wichtigen deutschen Häfen, namentlich unter den Deckmannschaften, in Umlauf gebracht würden. Britische Agenten in Kiel, Emden und Kuxhaven erhielten den Auftrag, in geschickter Weise die Nachricht zu verbreiten, daß in Scapa und Rosyth große Unzufriedenheit herrsche, daß rote Fahnen auf dem „Lion" und anderen britischen Hauptschiffen gehißt worden seien, und daß in Bälde die britische Flotte den ganzen Krieg satt sein würde und nur auf das führende Beispiel der deutschen Flotte warte, um aus vollem Herzen zum eigentlichen Bolschewismus überzutreten. Der glänzende Erfolg dieser Propaganda wurde später durch die Ankunft der deutschen Flotte im Firth of Forth — „am Bindfaden", wie Beatty sich drastisch ausdrückte — bestätigt.

Auf die Frage, warum die deutsche Flotte nicht, wie ihr 14 Tage vorher befohlen worden wäre, zum Kampf herausgekommen sei, antworteten deutsche Matrosen: „Weil wir dachten, ihr wäret hier draußen jetzt Brüder; wir hörten, ihr hättet rote Fahnen gehißt und wartetet auf unsere Ankunft in offener Meuterei, um dann selbst Bolschewisten zu werden und ein gleiches zu tun."

Wie die Revolution gemacht wurde, siehe Emil Barth, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution (Berlin, A. Hoffmann) und Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges von Ernst Drahn und Susanne Leonhard (Berlin-Fichtenau, Verlag Gesellschaft und Erziehung).

D. Feindliche Stimmen über den Ausgang des Krieges.

1.

Aus den Denkwürdigkeiten des Großadmirals Lord Fisher of Kilverstone (Memoirs by Lord Fisher, Hodder and Stoughton, London) S. 32:

„General Plumer erzählte mir selbst, daß er Gelegenheit gehabt habe, sich persönlich von der völligen Leistungsfähigkeit der deutschen Armee im Augenblick des Waffenstillstandes zu überzeugen.

S. 97:

„Beim Festmahl in der Guild Hall am 9. November 1918 wußte der Premierminister nicht, daß binnen 36 Stunden von den Deutschen der demütigendste Waffenstillstand angenommen werden würde, den es je gegeben hat, und einer unserer hauptsächlichsten Kabinettsminister hatte am Sonntag zuvor gesagt, daß die Verbandsmächte auf dem letzten Loche pfiffen."

2.

Der frühere deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, schreibt in den „Hamburger Nachrichten" Juli/August 1919:

„Im vergangenen Herbst trafen Ententevertretungen, Missionen und Kommissionen in Wien ein. Da man nur Italien als eigentlichen Feind empfunden hatte, wurden Engländer, Franzosen und Amerikaner freundlich aufgenommen. Ein ungezwungener gesellschaftlicher Verkehr wurde angebahnt. Ich begegnete in einem Wiener Salon einem hohen englischen

Digitized by Google

Offizier, der sich mir vorstellen ließ und mich in ein Gespräch zog, was er mir dadurch erleichterte, daß er mit großer Achtung von Deutschland und mit Bewunderung vom deutschen Heere und seinen Führern sprach. Am meisten habe ihm der Rückzug im Spätsommer und Herbst 1918 imponiert, er sei großartig geleitet und großartig durchgeführt worden. Wohl habe die Übermacht der Alliierten die deutsche Front zurückgedrängt, als aber der Kampf abgebrochen wurde, sei die Front nicht durchstoßen, die Kraft des deutschen Heeres nicht gebrochen gewesen, die Alliierten hätten sich militärisch noch nicht als Sieger fühlen können. Man dürfe nicht übersehen, daß auch die Heere der Alliierten in den schweren Kämpfen hart mitgenommen gewesen seien. Fest gerechnet auf den Endsieg habe man erst für dieses Jahr nach Einsatz frischer Amerikaner und Anwendung neuer Tanks usw. Daran liege es, daß man in England und Frankreich an die Wehrlosigkeit Deutschlands nicht glauben könne, sondern mit der Möglichkeit einer Wiederaufnahme bewaffneten Widerstandes rechnen müsse. Wohl habe Deutschland einen großen Teil seines Kriegsmaterials verloren, aber wehrlos könne es mit solchen Führern und Soldaten nicht sein, und ein Wiederaufleben des Kampfes nach längerer Pause würde auch für die Alliierten eine ernste Probe bedeuten. Er verfolge aufmerksam die deutsche Presse, er habe bemerkt, daß man diese Besorgnis der Alliierten für Heuchelei halte, er könne aber versichern, daß es nicht Heuchelei sei, sondern tatsächlich mit solchen Möglichkeiten gerechnet werde. Er sähe aus den deutschen Zeitungen, daß man die Wehrlosigkeit mit der Revolution begründe. Das könne er nicht verstehen. Österreich sei infolge des Auseinanderfalls des Staates wehrlos geworden, aber die Geschichte lehre, daß eine Revolution an sich noch niemals ein Volk wehrlos gemacht habe. Cromwell habe den Ausbau des Heeres als seine wichtigste Aufgabe angesehen, und die Puritaner hätten über eine Armee verfügt, wie sie das königliche England niemals gekannt habe. Ebenso hätten die Niederländischen Generalstaaten, die ja auch durch Revolution entstanden seien, eine Musterarmee geschaffen. Die französischen Revolutionäre von 1789 seien sofort ans Werk gegangen, das Heer zu erhalten und zu verstärken, nur dadurch seien sie imstande gewesen, alle Angriffe äußerer Gegner siegreich abzuschlagen, und Napoleon habe mit diesem Heere die halbe Welt erobert. Auch Kerenski und Lenin hätten für die Erhaltung des Heeres gesorgt. Revolutionäre Staaten seien wegen der Ansteckungsgefahr in der Nachbarschaft nicht beliebt und müßten doch aus Selbsterhaltungstrieb an die Verteidigung gegenüber dem Auslande denken. Man könne es den Alliierten nicht verargen, wenn sie hinter der angeblichen Wehrlosigkeit eine Falle witterten. Er selbst könne an die Wehrlosigkeit Deutschlands nicht recht glauben."

Digitized by Google

3.

Ein amerikanisches Urteil aus der „Deutschen Tageszeitung".

„Die »Illinois-Staatszeitung« vom 29. Juli 1919 ist in der Lage, Äußerungen des amerikanischen Obersten F. L. Huidekoper aus einem Bericht im Hauptquartier des Generals Pershing anzuführen, in welchem festgestellt wurde, daß im November 1918 die amerikanische Kriegführung sehr dicht vor dem toten Punkt stand. »Sie hatte die Zahl des verfügbaren ausgebildeten Ersatzes weit schneller aufgebraucht, als durch den Nachschub aus der Heimat herangeschafft werden konnte.« Das Versagen des Transport- und Etappendienstes, die jämmerliche Handhabung des Nachschubes, die Mängel in der Verpflegung und Unterbringung der kampfmüden Truppen in der Feuerlinie »beeinflußten deren Kampfkraft so unheilvoll, daß sie, wie gesagt, höchstens auf vier Wochen hinaus als Offensivinstrument brauchbar waren«. Pershings Generalstäbler gestehen zu, daß die deutsche Defensive erfolgreicher war als die amerikanische Offensive, die sich verbluten mußte, ehe sie den Gegner entwurzelt hatte."

4.

Generalmajor Sir Frederik Maurice in seinem Buch „Die letzten vier Monate" gibt als Grund für die Annahme des Waffenstillstandes von Foch an: „Weil der dazu (Vernichtung des deutschen Heeres) nötige Vormarsch unmöglich war, da der bisherige Vormarsch den Transport- und Versorgungsdienst der Alliierten auf die äußerste Probe gestellt habe." Foch sei also in der Lage gewesen, Waffenstillstand zu schließen oder dem deutschen Heere eine Erholungspause zu lassen.

5.

In einem Brief vom 6. Juli 1920 an Oberst House gibt Herr Mantoux, der als Vertreter der Vereinigten Staaten an den Verhandlungen in Paris im November 1918 teilnahm, folgendes an: „Einer der Minister — ich glaube, es war Lloyd George — fragte Foch, was geschehen würde, wenn die Deutschen die Unterschrift verweigerten, und wieviel Zeit denn nötig sein würde, sie über den Rhein zu werfen. Foch antwortete: »Vielleicht drei, vielleicht vier oder fünf Monate, wer weiß es!« Er hat nie von einem endgültigen Stoß in den nächsten Tagen gesprochen . . . Es herrschte vollständige Einigkeit darüber, daß es erwünscht sei, daß Deutschland die vorgeschlagenen Bedingungen, die einer Kapitulation gleich waren, annahm. Weder Soldaten noch Staatsmänner wußten damals, wie es in Deutschland und bei der deutschen Armee wirklich aussah. Unsere Verluste waren besonders schwere während der letzten hartnäckigen und anhaltenden Kämpfe des letzten Stadiums des Krieges. Außer rein militärischen Gesichtspunkten war die Stimmung der Völker maßgebend, daß sie ihren Leitern nie vergeben würden, wenn das Kämpfen über die Grenzen des Notwendigen verlängert würde."

6.

Siehe auch Abschnitt XVI.

Digitized by Google

XXIII. Kriegsziele der feindlichen Staaten.

Viele Deutsche glauben noch immer, daß ein Verständigungsfrieden möglich gewesen sei. Um ihr Urteil zu schärfen, nehme ich in dieses Buch die Kriegsziele der Entente auf, soweit die vertraglichen Abmachungen bekanntgeworden sind. Insonderheit ruhen die Abmachungen zwischen England und Frankreich noch in den Archiven.

1. Paris vom 31. Dezember 1919.
2. Ribot in der französischen Kammer.
3. Vertrag Englands, Frankreichs und Rußlands mit Italien vom 26. April 1915.
4. Vertrag Rumäniens mit der Entente zum Eintritt in den Krieg vom 4. August 1916.
5. Russische Veröffentlichungen betr. Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen vom 23. November 1917.
6. Russische Denkschrift über die kleinasiatische Frage, veröffentlicht in „Iswestija" vom 24. November 1917.
7. Geheimverträge über Syrien.
8. „Manchester Guardian": Geheimakten über Schantung.
9. Über die wirtschaftlichen Kriegsziele der Entente.

1.

Paris vom 31. Dezember 1919.

„Humanité" veröffentlicht heute vormittag nach den „Chicago Daily News" vom 3. November einen Bericht von Isaac v. Lewin, den er von Berlin aus seinem Blatt übermittelt hat. Es handelt sich um den dritten Teil einer Depesche vom 23. November 1914, die der französische Botschafter Paléologue abgesandt hat, und in der die Friedensbedingungen wiedergegeben sind, die Zar Nikolaus auf Anraten seines Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ssasonow ausgearbeitet hat. „Humanité" erklärt, durch diese Enthüllungen sei bewiesen, daß die Friedenskonferenz in Paris nach dem Diktat dieses Diplomaten gehandelt habe. In der Depesche sei gesagt: Österreich-Ungarn könne kaum bestehen bleiben. Böhmen werde seine Unabhängigkeit verlangen, so daß Österreich nur noch das deutsche Tirol und das Land Salzburg behalten werde. Was Deutschland betreffe, so wollte Rußland das ehemalige Polen und einen Teil von Ostpreußen annektieren. Frankreich sollte Elsaß-Lothringen zurückerhalten und sich vielleicht auch nach der Rheinprovinz ausdehnen. Belgien müsse in der Richtung nach Aachen zu einen bedeutenden Länderzuwachs erhalten. Frankreich und England müßten sich in die deutschen Kolonien teilen, und schließlich müsse Schleswig-Holstein und die Zone des Kieler Kanals Dänemark zugesprochen werden.

Paléologue hätte in der Unterredung, in der der Zar dieses Programm entwickelt habe, erklärt, er glaube, daß Delcassé in allen Punkten mit dem Zaren einverstanden sei; er habe dann den Zaren gefragt, was mit Hannover geschehen solle, der darauf erwidert hätte, wenn man einen kleinen freien Staat zwischen Preußen und Westeuropa schiebe, dann verstärke man den Frieden. Der Zar habe wörtlich hinzugesetzt: Unsere Handlungen werden von der Geschichte nur unter der Bedingung gebilligt werden, wenn sie von einem höheren Ideal inspiriert werden, nämlich dem Gedanken, für sehr lange den Frieden der Welt sicherzustellen. Der französische Botschafter habe

Digitized by Google

darauf gefragt: Das würde also das Ende des Deutschen Reiches bedeuten? Hier breche das Telegramm zunächst ab. Nun habe Paris das Wort. „Humanité" setzt hinzu, die Geheimakten am Quai d'Orsay könnten volle Aufklärung geben, auch Aufklärung darüber, daß Rußland den Besitz von Konstantinopel verlangt hätte.

2.

Ribot in der französischen Kammer.

Am 30. Juli 1917 fordert Ribot in der Französischen Kammer die Angliederung des Saargebiets und die Einrichtung eines linksrheinischen Pufferstaates.

Dies deckt sich mit der Haltung des Präsidenten Poincaré gelegentlich seiner Unterredung mit dem Prinzen Sixtus von Parma-Bourbon. S. Abschnitt XVII.

3.

Vertrag Englands, Frankreichs und Rußlands mit Italien vom 26. April 1915.

(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 3. Dezember 1917 Nr. 364.)

Nach einer Stockholmer Meldung setzt „Prawda" vom 28. die Veröffentlichung der geheimen Dokumente fort und teilt den Vertrag mit, den England, Frankreich und Rußland mit Italien eingingen, um der Entente die Hilfe Italiens zu sichern. Hier sei folgender Auszug mitgeteilt:

Der italienische Botschafter in London, Marquis Imperiali, beehrt sich im Auftrage seiner Regierung, dem Staatssekretär Sir E. Grey, dem französischen Botschafter (London) Cambon und dem russischen Botschafter (London) Grafen Benkendorff nachstehendes Schriftstück mitzuteilen:

Art. 4. Bei dem künftigen Friedensschluß soll Italien erhalten: die Gebiete des Trentino, das ganze südliche Tirol bis zu dessen natürlicher Grenze, als welche der Brenner zu betrachten ist, die Stadt Triest mit Umgebung, die Grafschaft Görz und Gradiska, ganz Istrien bis Quarnero mit den istrischen Inseln und Lussin, ebenso die kleineren Inseln Plavuiod, Unie, Cacki, Doli, Palazzuola, San Pietro di Nembi, Asinello und Gruica und der umliegenden Länder. (Ein Zusatz bezeichnet die Grenzen näher.)

Art. 5. Ferner erhält Italien die Provinz Dalmatien in ihrem gegenwärtigen Umfang unter Hinzufügung von Lissarica und Trebinia im Norden und im Süden das ganze Gebiet bis zu einer Linie, gezogen vom Strande der Plankalasspitze nach Osten bis zur Wasserscheide, wodurch in Italiens Besitz alle Täler der Flüsse kämen, welche in den Sebenico münden, also: Cicolo, Chera und Butisluza, nebst allen ihren Flüssen. Ebenso fallen Italien alle Inseln zu, welche nach Norden und Westen von Dalmatiens Küste liegen, usw.

Art. 6. Italien erhält mit vollem Besitzrecht Valona, die Insel Sasseno und ein Gebiet, das hinreichend groß ist, um diese Besitzung in militärischer Hinsicht zu sichern — vorschlagsweise zwischen dem Fluß Vopiza im Norden und im Osten und der Grenze des Distriktes Chimara im Süden.

Art. 8. Italien erhält mit vollem Besitzrecht alle von ihm jetzt besetzten Inseln des Dodekanes.

Art. 11. Italien erhält den Anteil der Kriegskontribution, der dem Maße seiner Opfer und Anstrengungen entspricht.

Digitized by Google

Art. 13. Für den Fall einer Ausdehnung der französischen und englischen Kolonialbesitzungen in Afrika auf Kosten Deutschlands erkennen Frankreich und Großbritannien grundsätzlich das Recht Italiens an, Kompensationen zu fordern in Form einer Ausdehnung seiner Besitzungen in Eritrea, Somaliland, Libyen und den an Frankreichs und Englands Kolonien angrenzenden Gebieten.

Art. 15. Frankreich, England und Rußland übernehmen die Verpflichtung, Italien darin zu unterstützen, den Heiligen Stuhl daran zu hindern, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erreichung eines Friedensschlusses oder die Regelung von mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen.

Art. 16. Vorliegender Vertrag soll geheimgehalten werden. Was Italiens Anschluß an die Deklaration vom 5. September 1915 betrifft, so wird diese Deklaration erst veröffentlicht werden, sobald Italien den Krieg erklärt oder eine Kriegserklärung erhalten hat.

4.

Vertrag Rumäniens mit der Entente zum Eintritt in den Krieg vom 4. August 1916.

(„Le Temps" Nr. 21 031 vom 4. Februar 1919.)

Art. 3. Frankreich, Groß-Britannien, Italien und Rußland erkennen Rumänien das Recht zu, von der österreichisch-ungarischen Monarchie das Gebiet zu annektieren, das in Artikel 4 festgestellt ist. (Die Grenze Rumäniens wird über Siebenbürgen hinaus bis an die Theiß vorgeschoben. Der Verfasser.)

Art. 4. Die neue Grenze beginnt am Pruth an einem Punkt der jetzigen Grenze Rumäniens und Rußlands bei Novoselitza, sie folgt diesem Fluß stromauf bis zum Zusammenfluß mit dem Seremos, dann der Grenze Galiziens mit der Bukowina und der Galiziens mit Ungarn bis zum Stoy (Höhe 1655). Von da folgt sie der Wasserscheide der Theiß und des Vizo, um die Theiß bei dem Dorfe Trebusa zu erreichen, und verläuft weiterhin bis zum Zusammenfluß der Theiß und des Vizo. Von hier geht sie im Talweg der Theiß stromab bis 4 km nördlich des Zusammenflusses mit dem Szamos. Das Dorf Vasaros-Nameny fällt an Rumänien. Von dort läuft die Grenze in der Richtung südsüdwestlich bis zu einem Punkt 6 km östlich der Stadt Debreszin. Von diesem Punkt erreicht sie den Krisch 3 km vorwärts des Zusammenflusses des weißen und schnellen Krisch. Sie erreicht die Theiß in Höhe des Dorfes Algye nördlich von Szegedin, vorbeigehend westlich der Dörfer Oroshaza und Bekesfamson. 3 km von diesem entfernt macht sie eine kleine Biegung. Ausgehend von Algye. Die Grenzlinie folgt wiederum dem Talweg der Theiß bis zum Zusammenfluß mit der Donau und von hier dem Talweg der Donau bis zur jetzigen Grenze Rumäniens. Rumänien verpflichtet sich, keine Befestigungen gegenüber Belgrad in einer noch zu bestimmenden Zone anzulegen und in ihr nur Polizeikräfte zu unterhalten. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, die Serben vollständig schadlos zu halten, die zwei Jahre nach Friedensschluß auswandern wollen.

Art. 5. Rumänien einerseits, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland anderseits verpflichten sich, keinen Sonderfrieden einzugehen.

Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland verpflichten sich, daß im Friedensvertrage die im Artikel 4 dieses Vertrags aufgeführten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie von der Krone Rumäniens annektiert werden.

Art. 7. Die vertragschließenden Mächte verpflichten sich, den vorliegenden Vertrag bis zum allgemeinen Friedensschluß geheimzuhalten.

Dieser politische Vertrag ist durch eine Militärkonvention ergänzt. M. J. L. hat am 4. Februar 1919 Auszüge gebracht.

Digitized by Google

5.

Russische Veröffentlichungen betr. Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen.

(„Iswestija" vom 23. November 1917.)

Memorandum.

Am 4. März 1915 hat der Minister des Auswärtigen den französischen und englischen Botschaftern eine Denkschrift überreicht, in der Rußlands Wünsche bezüglich der Einverleibung folgender Gebiete als Ergebnis des jetzigen Krieges dargelegt sind: Die Stadt Konstantinopel, die Westküste des Bosporus, des Marmarameers und der Dardanellen, Süd-Thrazien bis zur Linie Enos—Midia, die Küste Kleinasiens zwischen dem Bosporus, dem Flusse Sakaria und einem später zu bestimmenden Punkte des Golfes von Ismid, die Inseln des Marmarameeres und die Inseln Imbros und Tenedos. Die Sonderrechte Frankreichs und Englands in den Grenzen der erwähnten Gebiete würden unangetastet bleiben.

Sowohl die französische wie englische Regierung haben ihr Einverständnis mit der Befriedigung unserer Wünsche ausgesprochen unter der Bedingung der erfolgreichen Beendigung des Krieges und der Erfüllung einer ganzen Reihe von Wünschen Frankreichs und Englands, sowohl bezüglich des ottomanischen Reiches als auch an anderen Stellen.

Diese Wünsche, soweit sie die Türkei betreffen, bestehen in folgendem:

Anerkennung Konstantinopels als Freihafen für den Transit von Waren, die nicht aus Rußland kommen und nicht nach Rußland gehen, und der Freiheit der Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Meerengen.

Anerkennung der Rechte Englands und Frankreichs in der asiatischen Türkei, die noch auf dem Wege eines Sonderabkommens zwischen Frankreich, England und Rußland genau zu bestimmen sind.

Beibehaltung der heiligen Stätten des Islams und Arabiens unter unabhängiger mohammedanischer Herrschaft.

Einrechnung der in dem Abkommen zwischen England und Rußland im Jahre 1907 festgesetzten neutralen Zone Persiens in die englische Einflußsphäre.

6.

Russische Denkschrift über die kleinasiatische Frage.

(„Iswestija" vom 14. November 1917.)

6. März 1917.

In Verfolg der Verhandlungen, die im Frühjahr 1916 in London und Petersburg stattfanden, sind die verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands zu einem Abkommen bezüglich der zukünftigen Verteilung ihrer Einflußsphären und territorialen Erwerbungen in der asiatischen Türkei gelangt, ferner auch bezüglich der Bildung eines unabhängigen arabischen Reichs oder einer Konföderation arabischer Staaten in den Grenzen des jetzigen Arabiens.

Dieses Abkommen besteht in den allgemeinen Grundzügen aus folgendem:

Rußland erhält die Bezirke von Erzerum, Trapezunt, Wan und Bitlis, ferner das Gebiet des südlichen Kurdistan bis zur Linie Muscha, Sert, Ibn Omar, Amadia, persische Grenze. Der Endpunkt der russischen Erwerbungen an der Küste des Schwarzen Meeres wird ein Punkt westlich von Trapezunt sein, der noch in Zukunft näher bestimmt werden soll.

Frankreich erhält den Küstenstrich Syriens, das Wilajet Adana und ein Gebiet, das im Süden durch die Linie Aintab—Mardin bis zur zukünftigen russischen Grenze

Digitized by Google

und im Norden durch die Linie Ala-Dag, Cäsarea, Ak-Dag, Idys-Dag, Sara, Ogin, Charput begrenzt wird.

England erhält den südlichen Teil Mesopotamiens mit Bagdad und behält sich in Syrien die Häfen Haifa und Akka vor.

Nach einem Abkommen zwischen Frankreich und England bildet die Zone zwischen dem französischen und dem englischen Bezirk eine Konföderation arabischer Staaten oder ein unabhängiges arabisches Reich, für welches gleichzeitig auch die Einflußsphären näher bestimmt werden.

Alexandrette wird zum Freihafen erklärt.

Um die religiösen Interessen der verbündeten Länder sicherzustellen, wird Palästina mit den Heiligen Stätten aus dem Bestand des Türkischen Reiches ausgeschieden und wird einem besonderen Regime gemäß einem Abkommen zwischen Rußland, Frankreich und England unterworfen.

Als allgemeine Regel verpflichten sich die Mächte gegenseitig, die schon vor dem Kriege vorhandenen Konzessionen und Vorrechte in den von ihnen erworbenen Gebieten anzuerkennen.

Sie sind damit einverstanden, den ihren Erwerbungen entsprechenden Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen.

7.

Geheimverträge über Syrien.

I. Ein britisches Versprechen an den nachmaligen König Hussein von Mekka, datiert 24. Oktober 1915 — zur Zeit des ersten Vorstoßes der Engländer auf Bagdad. Darin verpflichten sich die Engländer, die Unabhängigkeit der Araber südlich des 37. Breitengrades, mit Ausschluß der Provinzen Bagdad und Basra anzuerkennen. Für die beiden letzteren Provinzen werden „besondere Maßnahmen der Verwaltungskontrolle durch die britischen Interessen erforderlich gemacht". Weiter ist in dem Abkommen die arabische Unabhängigkeitszone begrenzt durch „Gebiete, wo Großbritannien nicht frei ist, zu handeln, ohne die Interessen Frankreichs zu benachteiligen". Dieser Vertrag ist von Sir Henry McMahon.

II. Abkommen zwischen England und Frankreich vom Mai 1916 — nach dem Fall von Kut-el-Amara —. Dieses teilt die arabischen Provinzen der Türkei in fünf Zonen:

A. Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer, soll „international" werden.

B. Haifa und Mesopotamien ungefähr von Tekrit ab bis zum Persischen Golf wird britisch.

C. Die syrische Küste von Tyrus bis Alexandrette, ferner Cilicien und das südliche Armenien von Siwas bis Diarbekir wird französisch.

D. Das Innere des Landes, insbesondere die Vilajets Aleppo, Damaskus, Urfa, Deir-el-Zor und Mosul werden „unabhängig-arabisch".

Für die unabhängig-arabische Zone gilt weiter:

1. Zwischen der Linie Akaba—Koweit und Haifa—Tekrit dürfen die Franzosen keinen politischen Einfluß erstreben, während England die ökonomische „Priorität" und das Recht verlangt, den Arabern die von ihnen geforderten Ratgeber zu stellen.

2. Zwischen der Linie Haifa—Tekrit und der Südecke Französisch-Armiens (besser: Kurdistans) verzichtet Großbritannien auf das Streben nach politischem Einfluß und gewährt Frankreich die unter 1. näher bezeichneten Rechte.

Als besonderes Kuriosum enthält dieser Vertrag, dessen Urheber mit der Geographie und den wirtschaftlichen Zusammenhängen umgehen, wie der Esel mit dem Porzellanladen, die Bestimmung, daß die Bagdadbahn nicht fertiggestellt werden darf, bevor eine neue Euphratbahn (im französischen Interesse) erbaut worden ist.

Digitized by Google

III. Vertrag Englands mit den sieben Syrern von Kairo (dem Syrischen Unabhängigkeitskomitee) vom 11. Juni 1917. Hierdurch wird festgelegt, daß die vor dem Krieg bestehenden arabischen Staaten und Gebiete, welche durch kriegerische Maßnahmen ihrer Bewohner während des Krieges von türkischer Herrschaft befreit werden, vollkommen unabhängig bleiben sollen.

IV. Das britisch-französische Abkommen vom 9. November 1918. In diesem kommen Großbritannien und Frankreich dahin überein, Regierungen der Eingeborenen in Syrien und Mesopotamien zu „ermutigen" und, ohne sich aufzudrängen, einen geregelten Geschäftsgang solcher Regierungen, welche die fraglichen Völker selbst erwählt haben werden, sicherzustellen.

8.

Manchester Guardian: Geheimnoten über Schantung.

(Nach „Vossischer Zeitung".)

1. England an Japan, 16. 2. 1917. Der englische Botschafter in Tokio teilte mit, daß die englische Regierung auf der Friedenskonferenz die japanischen Ansprüche auf die deutschen Rechte in Schantung und den Inseln nördlich des Äquators unterstützen werde, in der Annahme, daß Japan Englands Ansprüche auf die deutschen Inseln südlich des Äquators in demselben Sinne behandeln werde.

2. Japan an England, 21. 2. 1917. Die japanische Regierung antwortet unter Würdigung der englischen Freundschaft, daß sie ganz bereit sei, ihrerseits die Ansprüche zu unterstützen, die auf die deutschen Inseln südlich des Äquators erhoben werden mögen.

3. Japan an Frankreich. Die japanische Regierung zeigt an, daß sie von Deutschland den Verzicht auf seine Rechte in Schantung und den Inseln nördlich des Äquators fordern werde, und hofft, die französische Regierung werde die Berechtigung dieser Forderungen anerkennen und die Versicherung geben, daß Japan dabei auf französische Unterstützung rechnen könne. Ersatz für Schaden an Gut und Blut, den das japanische Volk durch die unverantwortlichen Angriffe des Feindes erlitten habe, werde wie andere Friedensbedingungen, die allen Verbandsmächten gemeinsam seien, nicht berührt.

4. Frankreich an Japan. Die französische Regierung ist geneigt, einzuwilligen, daß die für Japan wichtigen Fragen betreffs Schantung und die deutschen Inseln nördlich des Äquators bei den Friedensverhandlungen geregelt werden, und verspricht, die japanischen Forderungen zu unterstützen. Dagegen verlangt Briand Japans Unterstützung, um China zu veranlassen, daß es die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbricht und daraus die nötigen Folgerungen zieht, nämlich: 1. die deutschen diplomatischen Vertreter und Konsuln erhalten ihre Pässe. 2. Alle unter deutscher Gerichtsbarkeit stehenden Personen verlassen das chinesische Gebiet. 3. Die deutschen Schiffe in chinesischen Häfen werden interniert und endlich beschlagnahmt, um sie nach dem Vorgange Italiens und Portugals zur Verfügung der Verbündeten zu stellen. Nach der Kenntnis der französischen Regierung liegen 15 deutsche Schiffe von zusammen 40 000 Tonnen in chinesischen Häfen. 4. Beschlagnahme deutscher Handelshäuser in China. Verfall des Rechtes Deutschlands auf die Niederlassungen in gewissen Teilen Chinas.

9.

Über die wirtschaftlichen Kriegsziele der Entente

siehe die Reden der feindlichen Staatsmänner in Paris und London, im einzelnen Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen. Ein [illegible] Denkende!", herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen lands.

Digitized by Google

XXIV. Militärische Schriften.

Übersicht der größeren militärischen Vorschriften, die bei der Obersten Heeresleitung verfaßt sind.

1. Sammelheft der Vorschriften für den Stellungskrieg.
   Teil 1a: Allgemeines über Stellungsbau. Vom 10. August 1918.
   Teil 1b: Einzelheiten über Stellungsbau. Vom 26. August 1918.
   Teil 2: Minenkrieg. Vom 19. April 1916. Deckblatt Nr. 1 und 2 vom Mai 1918.
   Teil 3: Nahkampfmittel. Vom 1. Januar 1917.
   Teil 4: Leuchtmittel. Vom 31. Mai 1916.
   Teil 5: Der Artillerieflieger und der Artillerieballon. Vom 10. Januar 1918. Anlage 2 (Meldeabwurf) vom 14. 5. 18 II Nr. 85 202 op.
   Teil 6: Der Infanterieflieger und der Infanterieballon. Vom 1. September 1917. Berichtigungen gem. O. H. L. Ic 67 178/17. op.
   Teil 7: Die Minenwerfer. Vom 5. Mai 1918. Deckblätter Nr. 1 bis 8.
   Teil 8: Die Abwehr im Stellungskriege. Vom 20. September 1918.
   Teil 9: Nachrichtenmittel und deren Verwendung. Vom 15. Dezember 1917. Deckblatt vom März 1918. Änderung gem. A. V. Bl. 18 S. 140.
   Teil 10: Verkehrsordnung für Nachrichtenmittel. Vom 22. Januar 1918. Schlüsselheft 2. Ausgabe (im Druck). Auszug aus dem Schlüsselheft. Deckblatt vom 27. 2. 18 Ic Nr. 79 153 op.
   Teil 11: Schwerstes Flachfeuer. Vom November 1917. Deckblatt laufende Nr. 37 der Art. Mitt.
   Teil 12: Verwendung von Schlachtstaffeln. Vom 20. Februar 1918.
   Teil 13: Weisungen über den Einsatz von Jagdstaffeln. Vom 25. Oktober 1917.
   Teil 14: Der Angriff im Stellungskriege. Vom 1. Januar 1918. Mit Ergänzungen vom 26. 1. 18 II Nr. 76 623 op. und Deckblatt.
   Teil 15: Einsatz und Verwendung der Flaktruppe. Vom 16. Mai 1918.
2. Gefechtsvorschrift für die Artillerie. 1917. (Tritt an Stelle der bisherigen Teile IV der Exerzier-Reglements für die Feldartillerie und für die Fußartillerie.)
3. Gasschießen der Artillerie. Vom 1. Dezember 1917. Mit Deckblättern 1 bis 5.
4. Ausbildungsvorschrift für die Fußtruppen im Kriege. Januar 1918. Mit Deckblatt vom 2. 5. 18 Ch. d. G. d. F. Ia 85 030 op.
   Anhang: Anhalt für Verwendung des M. G. im Angriff. (Ein Merkblatt für den Stellungskrieg.) Deckblätter: K. M. Nr. 1602/7. 18, A 2 IV vom 15. 7. 18.
5. Ausbildungsvorschrift für die Feldartillerie. 1917. (Teil 3 fällt infolge Ausgabe der Schießvorschrift für die Artillerie vom 1. 12. 17 weg.)
   Anhang zu Teil II — Einzelausbildung an F. K. 16, l. F. H. 16 und l. F. H. Kp. Deckblatt zu Heft 2 (s. A. V. Bl. 1918 Nr. 26 S. 308. Deckblatt zu Heft 2 (laufende Nr. 142 der Art. Mitt. Nr. 3).
6. Ausbildungsvorschrift für die schwere Artillerie im Kriege. Februar 1917
   Deckblätter: a) Nr. 1 bis 61 vom Februar 1918. b) laufende Nr. 37 der Art. Mitt. Nr. 1.
7. Schießvorschrift für die Artillerie. Vom 1. Dezember 1917.
8. Die Tageseinflüsse beim Schießen der Artillerie.
   Teil 1: Vorbemerkung und Begriffserklärung. 24. Mai 1918. Teil 2: Anhaltspunkte für das Erschießen der Grundstufe der besonderen Einflüsse. 24. Mai 1918. Teil 3: Organisation des Wetterdienstes für die Artillerie. 7. Juni 1918. Teil 4: Berücksichtigung beim Schießen mit Windweiser. Vom 20. Juni 1918. Anhang zu Teil 4: Hilfstafeln. Vom 1. September 1918.

Digitized by Google

9. Vorschrift für Artillerie-Meßtrupps. Vom 1. Dezember 1917. (Enthält auch die Vorschrift über Ballonmeßverfahren.)
10. Dienstvorschrift für den Gaskampf und Gasschutz.
    Teil II: Gasschutz. Februar 1918. Deckblätter 1 und 2. Teil III: Dienst der Stabsoffiziere vom Gasdienst, der Gasoffiziere usw. September 1917. Teil IV: Frontwetterdienst. Februar 1918.
11. Richtlinien für Lüftung und Gasschutz von Stollenanlagen.
12. Kompagnieführeranleitung. Berlin 1918. 4. Entwurf.
13. Kompagnie-Ausbildungsplan während einer Ruhezeit bis zu 14 Tagen.
14. Vorschrift für das indirekte Schießen mit M. G. 08. (D. V. E. 453.) 22. März 1918.
14a. Anleitung zur Verwendung der Kreiskorn-Visiereinrichtung für M. G.
15. Der Sturmangriff. — Kriegserfahrungen eines Frontoffiziers. Vom 15. September 1917.
16. Anlage kleiner Angriffsunternehmungen bei Gruppe Bailly im Mai/Juni 1917.
17. Anleitung für Batterieführer. 1917. (Neuausgabe in Bearbeitung.)
18. Anleitung für Kolonnenführer. (Neuausgabe in Bearbeitung.)
19. Vorschrift für die Ausbildung der Infanterie am leichten Minenwerfer. Dezember 1917.
    Deckblatt Nr. 1 vom Juni 1918.
20. Dienstanweisung für Minenwerfer-Meßtrupps. 1. Januar 1918.
    Deckblatt Nr. 1 vom 7. Juli 1918.
21. Bedienungs-Anleitung für den leichten Minenwerfer u. A. im Flachbahnschuß.
    Deckblätter Nr. 1 und 2 vom Juni 1918. (Als Anlage 1 des Teils 7 der Vorschrift für den Stellungskrieg aufgenommen. II Nr. 83 521 op.)
22. Anweisungen für die Tätigkeit des Beobachters im Fesselballon. Vom 2. August 1917. (Neuausgabe in Bearbeitung.)
23. Kriegs-Vermessungs-Vorschrift. Vom 6. April 1918.
24. Taktische Zeichen. Vom 1. Dezember 1917.
25. Vorschrift für den F. T.-Dienst im Heere.
    Teil I: Die Funkennachrichtenmittel im Felde. (Auch für Kommandobehörden.) (In Neubearbeitung.) Teil II: Betriebsvorschrift. (In Neubearbeitung.) Teil III: Gerätebeschreibung. (In Neubearbeitung.)
26. Betonierungs-Anleitung für das Feld. Vom 21. Juli 1917.
27. Anleitung für den Bau minierter Unterstände.
28. Der Punktplan. Vom 1. August 1918.
29. Richtlinien für die Ausbildung der Infanterie-Geschützbatterien. 23. Juli 1918.
30. Das Planschießen der Artillerie, insbesondere beim Angriff, mit den Anlagen: 1. Erhöhungstafel; 2. Fallwinkeltafel, teilweise auf dem gleichen Blatt; 3. Geländewinkeltafel, teilweise auf dem gleichen Blatt; 4. Schießliste mit angehefteter Schießtafel; 5. Festlegestreifen.
31. Nachschub und rückwärtige Verbindungen im Großkampf auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Vom 1. September 1918.
32. Merkblätter für Tankbekämpfung.
    Großer englischer Tank. 8. März 1918.
    Kleiner englischer Tank. 10. August 1918.
    Kleiner französischer Tank. 20. August 1918.

Digitized by Google

33. Gesichtspunkte für Verschleierung des Nachrichtenverkehrs. August 1918.
34. Kurze Zusammenstellung über die französische Armee. Vom Februar 1918.
35. Kurze Zusammenstellung über die britische Armee. Vom Januar 1918.
36. Kurze Zusammenstellung über die Armeen Belgiens, Portugals und der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Vom Februar 1918.
37. Das englische Angriffsverfahren in den Schlachten 1916/17. Vom Februar 1918.
38. Das französische Angriffsverfahren im Stellungskrieg. Vom Mai 1918.
39. Das englische Verteidigungsverfahren im Stellungskrieg im Frühjahr 1918. Vom Juli 1918.
40. Das französische Verteidigungsverfahren im Stellungskrieg. Vom Mai 1918.

Der Umfang des Werkes verbietet, die unmittelbar aus den Erfahrungen des Krieges schöpfenden Vorschriften einzeln abzudrucken.

Ich gebe im nachstehenden wörtlich wieder:

A. Allgemeines über Stellungsbau	Übersicht	Nr. 1	Teil	1a
B. Die Abwehr im Stellungskriege	"	" 1	"	8
C. Der Angriff im Stellungskriege	"	" 1	"	14
ergänzt durch einige Verfügungen im Auszuge.				
D. Gefechtsvorschrift für die Artillerie	"	" 2		
E. Schießvorschrift für die Artillerie	"	" 7		

A. Allgemeines über Stellungsbau.

I. Allgemeine Grundsätze. 1. Der Stellungsbau dient vorwiegend der Verteidigung. Die leitenden Gesichtspunkte für die Verteidigung im Stellungskampf sind:

Kräfteersparnis,
Verringerung der eigenen, Erhöhung der feindlichen Verluste,
Ausnutzung des Geländes derart, daß der eigenen Truppe günstige, dem Feind ungünstige Kampfverhältnisse zufallen.

2. Dies bedingt: Tiefengliederung der Befestigungsanlagen und Führung des Kampfes im großen nicht um Linien, sondern in Kampfzonen.

Eine solche Kampfzone umfaßt Anlagen für die infanteristische und artilleristische Abwehr, für Befehls- und Nachrichtenverbindungen sowie für Versorgung und günstige Lebensbedingungen. Sie besteht aus einem System von Verteidigungsanlagen, Hindernissen und namentlich Unterständen für Menschen und Munition und wird für die infanteristische Verteidigung — die Infanteriestellung — zu einem Grabennetz von vielen durchlaufenden, in Abständen von 150 bis 400 m unregelmäßig verlaufenden Linien mit zahlreichen Verbindungslinien untereinander und Annäherungswegen nach rückwärts sowie mit Stützpunkten, Anklammerungspunkten und Unterstandsgruppen (vgl. Ziff. 11).

In dieser Weise ist das gesamte vom Verteidiger zu haltende Gelände unter Ausnutzung aller sich darin bietenden natürlichen Vorteile (Dörfer, Wälder, Steinbrüche, Hohlwege usw.) zu zäher, abschnittsweiser Verteidigung so auszubauen, daß eine oder mehrere tiefe, befestigte Kampfzonen entstehen, in denen sich dem Gegner um so mehr und um so überraschendere Schwierigkeiten bieten, je weiter er darin vor-

Digitized by Google

wärts kommt. Verlust oder Preisgabe einzelner Teile darf die Gesamtlage nicht gefährden.

„Die Einteilung in Vorfeldzone, Großkampfzone und rückwärtige Zone (vgl. II) ist ein Begriff der Führung und des Ausbaues. Die Truppe baut die ihr zugewiesene Zone nach den ihr erteilten Befehlen aus.

In allen Kampfzonen wird der nachhaltigste Widerstand in der allgemeinen Höhe der Hauptwiderstandslinie geleistet. Vor dieser befindet sich ein mehrere 100 m breites, ganz dünn mit Postierungen und Maschinengewehren besetztes Vorfeld. In die Karten ist die ungefähre Linie der Hauptwiderstandslinie einzudrucken. Die Tiefe der gesamten Kampfzone einschließlich Vorfeld ist durch Farbe oder Schraffierung kenntlich zu machen."

3. Sorgfältiger Stellungsbau ist notwendig. Nur durchlaufende Kampf- und Verkehrsgräben, gute Hindernisse und Unterstände ermöglichen das dauernde Halten einer Stellung im gewöhnlichen Stellungskrieg mit geringen Kräften; sie sind auch im Großkampf für geordnete Führung, Unterkunft und Versorgung einer Truppe in den hinteren Linien namentlich dann unentbehrlich, wenn die vorderen zu Trichterstellungen geworden sind. Nur eine gut vorbereitete Stellung zwingt ferner den Gegner zu zeitraubenden Vorbereitungen und zum Einsatz ungewöhnlicher Kräfte und Mittel.

4. Die Widerstandskraft einer Kampfzone kann sich jedoch nicht lediglich auf die Stärke des Ausbaues gründen, da auch starker Ausbau an sich mit der Zeit stets dem massierten schwersten feindlichen Feuer erliegen würde.

Es kommt daher darauf an, das feindliche Feuer zeitlich und räumlich zu zersplittern.

Je mehr Anlagen aller Art in und zwischen den Kampfzonen vorhanden sind, je mehr sie im Gelände verteilt sind und je weniger sie vom Feinde von der Erde und aus der Luft erkannt werden, um so schwerer wird es für den Feind, die wichtigsten Stellen zu erkennen und sein Feuer auf diese zusammenzufassen, um so mehr Munition und Zeit muß er zur Zerstörung der Befestigungsanlagen verwenden. Durch die Art des Ausbaues soll der Feind über die Bedeutung der einzelnen Anlagen getäuscht, sein Feuer irregeleitet und die Besatzung während des Vorbereitungsfeuers der Wirkung entzogen werden. Von Masken und Scheinanlagen ist reichlicher Gebrauch zu machen. Geringe Erkennbarkeit aller Anlagen von der Erde und aus der Luft gewinnt entscheidende Bedeutung. Auf Fliegerdeckung ist größter Wert zu legen.

Übertreibung in den Stärken der einzelnen Anlagen ist schädlich. Wo zuviel verlangt wird (z. B. zu starke Betonbauten, zu breite Hindernisse), werden entsprechend weniger Anlagen gebaut werden können.

Arbeiten, die nicht dem Kampfzweck, sondern der Schönheit oder übertriebener Sauberkeit dienen, sind zu verbieten.

5. Der Stellungsbau muß ferner zweckmäßige Kräfteverteilung nach der Tiefe ermöglichen.

Die vorderen Linien der Infanteriestellung sind so auszubauen und mit Infanterie und Maschinengewehren zu besetzen, daß die Besatzung jedem überraschenden Angriff gewachsen ist. Der vorderste Graben ist oft nur Postengraben. Unter Umständen werden davor noch Postierungen in Postenlöcher, Sappen, Trichter vorgeschoben. Die Masse der Besatzung (einschl. der Maschinengewehre) ist in den rückwärtigen Linien, in deren Zwischengelände, in den Verbindungsgräben und im Gelände unterzubringen.

Auch Artillerie und Minenwerfer sind tief gegliedert im Gelände zu verteilen.

6. Da die Kampfführung auch in der Verteidigung aktiv und beweglich ist, so ist die Truppe nicht an die Kampfanlagen gebunden.

Digitized by Google

Dem muß der Stellungsbau Rechnung tragen.

Die Anlagen müssen das Zusammenhalten, Führen und Versorgen der Truppen erleichtern, dürfen aber nicht massiert werden. Befehls- und Nachrichtenverbindungen sowie rückwärtige Verbindungen sind besonders sorgfältig auszubauen. Zwischen den einzelnen Anlagen hindurch müssen Gegenstöße möglich sein. Wechselstellungen sind für alle Waffen, auch für Befehls- und Nachrichtenanlagen, vorzusehen.

II. Die Kampfzonen. 7. Im gewöhnlichen Stellungskrieg müssen die vordersten Verteidigungsanlagen der Infanteriestellung den Anforderungen des laufenden Kampfes Rechnung tragen, d. h. sie müssen gegen Überraschungen bei schwächstem Kräfteeinsatz sichern und der Besatzung Deckung gegen Sicht und Feuer sowie erträgliche Lebensbedingungen (Möglichkeit der Bewegung, Versorgung und Unterkunft) gewähren.

8. Die Lage der vordersten Kampfzone entspricht nicht immer den Anforderungen des Großkampfes. Unabhängig von dem Verlauf der im gewöhnlichen Stellungskrieg zu haltenden Kampfzone ist daher frühzeitig die Lage derjenigen Kampfzone, in der die Abwehr stärkster Angriffe durchzuführen ist (Großkampfzone), festzulegen. Dies erfolgt ohne Rücksicht auf Aufgabe von Gelände lediglich nach den in Ziff. 1 gegebenen Gesichtspunkten.

Großkampfzone und Kampfzone des gewöhnlichen Stellungskrieges können zusammenfallen. Es ist jedoch erwünscht, letztere als Vorfeldzone zu benutzen und entsprechend auszubauen und die Großkampfzone weiter rückwärts zu wählen. Unter Umständen kann es sich empfehlen, eine Vorfeldzone durch Angriff zu gewinnen.

Vorfeldzonen verwehren dem Gegner den Einblick in das eigentliche Kampfgelände, erleichtern dessen Ausbau und die Organisation der Verteidigung in ihm. Eine Vorfeldzone liegt günstig, wenn sie den Gegner zwingt, zu ihrer Wegnahme starke Kräfte und Kampfmittel einzusetzen, die dann beim Hauptangriff fehlen werden. Dieser wird außerdem dadurch verzögert und erschwert, daß die eigentlichen Angriffsvorbereitungen erst nach Besitznahme des Vorgeländes durchgeführt werden können. Lage und Ausbau der Vorfeldzone müssen auch diesen Aufgaben Rechnung tragen.

Vorfeldzone und Großkampfzone liegen — je nach dem Gelände — unmittelbar hintereinander und gehen ineinander über, oder es kann ein mehr oder weniger großer Abstand zwischen ihnen sein.

Ersteres ist günstiger, weil dadurch Kampfführung und rechtzeitige Räumung des Vorfeldes erleichtert werden.

Ein grundsätzlicher Unterschied im Ausbau der Vorfeldzone und der Großkampfzone besteht nur insofern, als die Anlagen der Großkampfzone noch sorgfältiger ausgebaut und zahlreicher sein müssen.

9. Hinter der Großkampfzone ist wenigstens eine rückwärtige Kampfzone, für die gleiche Grundsätze gelten, erwünscht. Der Abstand ist so zu bemessen, daß ein gleichzeitiger Artillerieangriff auf beide Kampfzonen ausgeschlossen ist; er wird also von der vordersten Grenze der Großkampfzone wenigstens 3 km betragen.

Die rückwärtigen Kampfzonen haben die Aufgabe, einem Gegner, der durch die vorderen Kampfzonen und das Zwischengelände in breiter Front durchgebrochen sein sollte, Halt zu gebieten. Man wird sich hier zunächst mit einfachen Anlagen begnügen können.

Übungsplätze bzw. Übungswerke hinter der Front sind nach taktischen Gesichtspunkten so anzulegen, daß sie in das Stellungssystem einbezogen werden können.

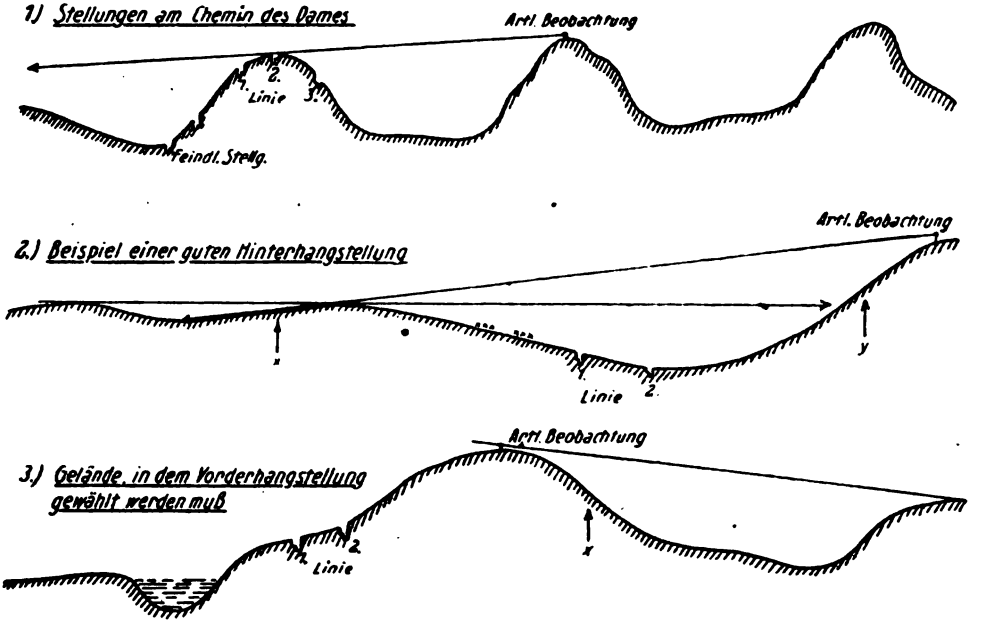
III. Die Auswahl der Kampfzonen. 10. Maßgebend für die Wahl des allgemeinen Verlaufs der Stellungen und Linien ist die Rücksicht auf die rückwärtigen Verbindungen sowie auf die eigene und die feindliche Artillerie. Das Schußfeld ist von geringer Bedeutung.

Digitized by Google

Je mehr die Zufuhrwege in die Stellungen der feindlichen Einwirkung entzogen sind, um so leichter ist Erhaltung der Kampfkraft und Versorgung der Truppe. Sind keine natürlichen gedeckten Verbindungen vorhanden, so sind zahlreiche Annäherungswege herzustellen.

Die Beobachtungsstellen der Artillerie und das Gelände, das auf günstige Schußentfernung gelegene, gegen Erd- und Luftbeobachtung geschützte Artilleriestellungen bietet, müssen durch die Lage der vorderen Infanteriekampfstellungen gesichert sein. Anderseits sollen durch die Lage der Stellungen dem Feinde ungünstige Beobachtungsstellen und schlechte Feuerstellungen für seine Artillerie zugeschoben werden.

Verteidigungsanlagen liegen am günstigsten auf den dem Feind abgekehrten Abhängen nahe hinter der Kammlinie (Hinterhangstellung). Dadurch werden sie am besten der feindlichen Artilleriebeobachtung von der Erde aus entzogen.



Muß jedoch mit Rücksicht auf die Beobachtung der Artillerie und auf die rückwärtigen Verbindungen die vorderste Infanterielinie auf den Kamm oder auf den zum Gegner abfallenden Hang verlegt werden (Vorderhangstellung), so sind die übrigen Anlagen weiter zurückzuhalten, um wenigstens diese der unmittelbaren feindlichen Sicht zu entziehen.

Eine grundsätzliche Entscheidung für oder gegen Vorderhang- und Hinterhangstellung läßt sich nicht treffen. Einen Anhalt für die Beurteilung bietet obenstehende Skizze.

Verbietet die Steilheit der Hänge das Zurückziehen der Verteidigungslinie hinter den Höhenkamm, so ist durch den Einbau von Geländestreichen an den rückwärtigen Hängen sowie durch allseitige Flankierung durch Artillerie, Minenwerfer, Maschinengewehre und Gewehre die Behauptung oder Wiedereroberung solcher Stellungen zu erleichtern.

IV. Verteidigungsanlagen der Infanterie. 11. Die Verteidigungsanlagen der Infanterie bestehen aus Grabensystemen, Stützpunkten, Anklam-

Digitized by Google

merungspunkten, einzelnen Unterständen aller Art und Unterstandsgruppen und werden je nach Lage und Gelände durch Hindernisse geschützt.

Die Infanteriestellung wird als ein Grabensystem von mehreren durchlaufenden, unregelmäßig in Abständen von etwa 150 bis 400 m geführten Gräben ausgebaut. Die Linien sind durch reichliche Verbindungsgräben untereinander zu verbinden. Annäherungsgräben, die nicht zahlreich genug sein können, stellen die Verbindung von rückwärts her. Sämtliche Gräben sind dem Gelände so anzupassen, daß der Feind möglichst von keiner Seite in sie hineinsehen und sie auch aus der Luft schwer erkunden kann. Geringes Schußfeld genügt. Flankierung ist besonders wirksam.

Zwischen den einzelnen Linien, zwischen und hinter den Grabensystemen ist jede Verteidigung auszunutzen und vorzubereiten. Hierzu dienen Stützpunkte — größere, oft geschlossene Anlagen unter Ausnutzung von Dörfern, Waldstücken usw. — und Anklammerungspunkte — kleine Gräben, Trichter, Häuserruinen, Waldstücke, Hecken und ähnliches —. Stützpunkte und Anklammerungspunkte sind allmählich untereinander durch Gräben, Hindernisse, Annäherungswege zu verbinden, so daß neue Grabensysteme entstehen.

Ortschaften verbrauchen auch bei gutem Ausbau sehr viele Kräfte und sind besonders gute Ziele für die Artillerie. Dem Bestreben, die Verteidigung und den Ausbau der Ortschaften für den Großkampf im Stellungskriege zu sehr zu betonen, ist daher entgegenzuwirken. Ortschaften werden zwar in den ruhigen Zeiten für die Unterbringung der Truppen ihre Bedeutung erhalten, ihr Ausbau zum Kampf und zur Unterbringung ist auch häufig leichter zu bewerkstelligen als die Schaffung von Neuanlagen im offenen Gelände, man tut aber gut, bei der Einbeziehung von Ortschaften für den Kampf in die Verteidigungslinie vorsichtig zu verfahren, so daß keinesfalls zu starke Kräfte im Ortskampf festgelegt werden.

Alle Anlagen hinter der ersten Linie müssen so liegen, daß eine Wiedereroberung der vordersten Stellungsteile erleichtert wird. Quer zur Front verlaufende Riegelgräben, Stützpunkte und Anklammerungspunkte sollen ein Ausbreiten des Gegners, Aufrollen und Umfassung von rückwärts her nach teilweisem Fall der vorderen Linie verhindern. Dies ist an den Abschnittsgrenzen von besonderer Wichtigkeit. Der eingedrungene Gegner muß sich schließlich in Front und Flanke von Schützengräben und Hindernissen umgeben sehen und von gut versteckten Maschinengewehren und Minenwerfern sowie von der in das eigene Kampfgelände wirkenden Artillerie zusammengeschossen werden können.

Die Tiefe einer in dieser Weise vorbereiteten Zone soll bis zu mehreren Kilometern betragen; ihre Begrenzung muß schwer erkennbar sein.

Zweckmäßig werden einzelne Kampflinien zur besonderen Sicherung der Artillerie bestimmt (Artillerieschutzstellung).

In Wäldern kann, solange der Baumbestand noch nicht abgeschossen ist, an Stelle des Grabensystems ein System von tiefgegliederten, sich gegenseitig flankierenden Blockhäusern zweckmäßig sein.

12. Das Gerippe aller Infanteriekampfanlagen bilden die Aufstellungspunkte der Maschinengewehre sowie die Unterstände.

13. Die Maschinengewehre sind tief gegliedert und meist flankierend so einzusetzen, daß alle Gräben und jeder Punkt im Zwischengelände vorwärts und rückwärts der eigenen vorderen Linie unter flankierendem und sich kreuzendem Maschinengewehrfeuer liegt, ohne daß der Feind erkennt, woher das Feuer kommt. Aufstellung an tief liegenden versteckten Punkten ist daher oft zweckmäßig.

Die Maschinengewehre müssen unauffällig eingebaut werden. Maschinengewehr-Stände der früher üblichen Art sind zu verwerfen. Der Einbau soll lediglich Gerät, Munition und Bedienung während des feindlichen Artillerie- und Minenfeuers schützen und muß schnelle Feuerbereitschaft ermöglichen. In der Regel wird über Bank gefeuert.

Digitized by Google

Die Maschinengewehre werden in der Regel annähernd gleichmäßig auf Postierungen, Kampftruppen und Reserven verteilt. Die rückwärtigen, schachbrettförmig im Gelände verteilten Maschinengewehre müssen durch direktes oder indirektes Fernfeuer in das Gefecht der vorderen Kampfzone eingreifen können. Zugweise Verwendung ist die Regel. Wechselstellungen sind vorzusehen.

Einzelne Maschinengewehrzüge oder -gruppen sind so einzubauen, daß sie in erster Linie zur Bekämpfung niedrig fliegender Flieger verwendet werden können.

14. Die Unterstände sind versteckt anzulegen und im Gelände so zu verteilen, daß die Verbände zusammengehalten und versorgt werden können. Hierzu sind oft Unterstandsgruppen am Platz. Es ist anzustreben, daß die gesamte Kampftruppe außer den vordersten Postierungen (vgl. Ziff. 15) sowie die Bereitschaften und die Reserven, soweit sie im Bereich der Masse des feindlichen Artilleriefeuers liegen, in Unterständen unterkommen.

Mit allen Mitteln ist Schußsicherheit der Einbauten, d. h. Widerstandsvermögen gegen Dauerfeuer aus 15 cm-Kaliber zu schaffen; darüber hinaus ist, namentlich in rückwärtigen Teilen der Kampfzone, Bombensicherheit, d. h. Schutz gegen Dauerfeuer aus 22 cm-Kalibern, schweren Minenwerfern und Einzeltreffer noch schwererer Geschütze anzustreben.

Schuß- und Bombensicherheit für Unterstände werden am besten erreicht durch tief liegende minierte oder durch betonierte Bauten. Bei ersteren erschwert die tiefe Lage das schnelle Herauskommen der Besatzung, während Unterstände in Beton oder besser noch in Eisenbeton eine schnelle Gefechtsbereitschaft der Besatzung gewährleisten.

In den vorderen Linien der Stellungen ist beim Bau der Unterstände der Hauptwert auf schnelle Gefechtsbereitschaft zu legen; Postenstände mit geringem Fassungsvermögen und in geringer Tiefe (Beton, Eisen, Balken) sind hier am Platz. Große und tief minierte Unterstände in vorderster Linie sind Menschenfallen. Sie sind spätestens dann zu zerstören, wenn die Hindernisse vom Feinde zerschossen sind.

Im Zwischengelände und weiter rückwärts können die Unterstände ein größeres Fassungsvermögen (für 1 bis 2 Gruppen) haben; ihre tief minierte Anlage ist hier ohne Gefahr. Da jedoch im Laufe des Kampfes die hinteren Linien zu vorderen Kampflinien werden können, so ist von vornherein in allen Linien für Anlage von Postenständen zu sorgen (vgl. auch Ziff. 15). Je größer die Unterstände sind, desto mehr bequeme, verdeckte und gut gesicherte Ausgänge sind nötig. Unterirdische Verbindung zwischen den Unterständen und Anschluß an Verbindungswege ist vorteilhaft.

Großer Wert ist auf Herrichtung der Unterstände zur unmittelbaren Verteidigung durch Einbau von Beobachtungs- und Maschinengewehrständen und Grabenstreichen sowie durch Anlage von Hindernissen, die jedoch die Lage des Unterstandes nicht verraten dürfen, zu legen. Wo schuß- oder bombensichere Unterstände nicht vorhanden sind und nicht hergestellt werden können (z. B. im Trichtergelände), ist wenigstens ein unauffälliger Wetterschutz anzustreben (vgl. Ziff. 26).

15. Zum rechtzeitigen Erkennen feindlicher Infanterieangriffe ist für die Möglichkeit der Beobachtung des Vorgeländes vor und innerhalb der Kampfzone, auch im stärksten feindlichen Feuer, Sorge zu tragen. Sie ist für den Kampf von entscheidender Bedeutung.

Nahe am Feinde ist mit der Erhaltung selbst betonierter Beobachtungsstände nicht mit Sicherheit zu rechnen, sie bieten keine sichere Gewähr für das rechtzeitige Erkennen des feindlichen Sturmes; die Anlage solcher Stände ist daher auch im rückwärtigen Gelände erforderlich, so daß die Beobachtung von rückwärts her eingerichtet werden kann. Das Vorhandensein einer solchen Beobachtung entbindet jedoch keine Truppe von der Pflicht, für ihre eigene Sicherung durch Beobachtung zu sorgen, die unter Umständen durch offen in Trichtern stehende Beobachter auszuführen ist.

Digitized by Google

16. Zahlreiche Hindernisse in der ganzen Tiefe der Kampfzonen in maschenartiger Anordnung sind unentbehrlich. Sie sind unregelmäßig und mit Rücksicht auf Artillerie und Minenwerfer in mehreren, in Zwischenräumen getrennten Streifen so zu führen, daß sie schwer erkennbar sind und den Feind, wenn er in die Zone der Verteidigung eindringt, irreführen. Ihre Lage darf keine Rückschlüsse auf andere Kampfanlagen zulassen und die Bewegungsfreiheit der Kampftruppe nicht behindern. Hindernisse müssen unter eigener Beobachtung liegen und durch Nahfeuer gesichert sein.

Breite Hindernisfelder lohnen die darauf verwendete Arbeit in der Regel nicht.

17. Auch die Gräben sind in erster Linie so zu führen, daß sie durch Anpassen an Gelände und Bodenbedeckung soviel wie möglich der Sicht entzogen sind. Nach gleichen Gesichtspunkten müssen beim Ausbau von Trichtern zu Grabenstellungen die Gräben sich den Trichtern möglichst unauffällig anpassen.

Tiefe und schmale Gräben geben zwar gute Deckung, erschweren aber den Verkehr und werden leicht verschüttet. Sie sind nur dort zweckmäßig, wo eine längere Besetzung nicht beabsichtigt und die Beschießung durch zahlreiche schwere Artillerie nicht wahrscheinlich ist.

Im allgemeinen sind Kampf- und Verbindungsgräben tief und breit mit nicht zu steilen Böschungen anzuordnen, alle Schüttungen sind niedrig zu halten und durch breite Bermen vom Graben zu trennen. Verkleidung der Grabenwände ist einzuschränken, weil die Arbeitsleistung nicht im richtigen Verhältnis zum Nutzen steht. Übertriebener Ausputz der Gräben ist verboten. Die hierfür erforderliche Arbeit ist besser für Vermehrung der Anlagen aufzuwenden.

Hoher Grundwasserstand kann zu besonderen Maßnahmen zwingen. Auf die Entwässerung der Gräben ist großer Wert zu legen.

Zur Sturmabwehr muß die Infanterie aus Gewehren und Maschinengewehren über Bank feuern. Alle Gräben, auch Verbindungs- und Annäherungsgräben, sind hierzu an geeigneten Stellen zur Feuerabgabe nach der Seite sowie zu schnellem Herantreten (Anstelleitern) einzurichten.

Alle Kampf-, Verbindungs- und Annäherungsgräben sind ferner mit farbigen Tafeln, Wegweisern usw. genau zu bezeichnen, damit auch fremde Truppen (Reserven, Arbeitstruppen, Sanitätsmannschaften usw.) sich jederzeit zurechtfinden können.

18. An Stelle der Annäherungsgräben können in besonderen Fällen unterirdische Verbindungen (Tunnels) den Verkehr innerhalb der Kampfzonen erleichtern und ihn auch bei andauernder schwerer Beschießung ermöglichen. Wenn sie gleichzeitig als Aufstellungsplätze für rückwärtige Reserven dienen, so muß durch zahlreiche Ausgänge und Luftschächte der Erstickungsgefahr vorgebeugt werden. Nahe der vordersten Kampflinie sind Tunnels wie tief minierte Unterstände in den vorderen Linien zu bewerten (vgl. Ziff. 14).

V. Anlagen für Artillerie und Minenwerfer. 19. Die Artillerie braucht gute, dem Gelände angepaßte Deckungen für Mannschaften, Munition und Geschütze, sowie für die Befehls- und Beobachtungsstellen und die Verbindungen. Die gesamte Aufstellung ist stark nach der Tiefe zu gliedern.

Ebenso wichtig wie der Ausbau der Mannschaftsunterstände ist die schußsichere Unterbringung der Munition. Zuviel Munition an einer Stelle zu lagern, ist verboten. Die Unterstände sind daher im Gelände zu verteilen. Auch in der Nähe von Verstärkungsbatterien und Wechselstellungen sowie von solchen Stellungen, die bei beweglicher Verwendung ohne besondere Vorbereitung in Frage kommen, sind schußsichere Munitionsniederlagen erwünscht.

Die Geschützstände selbst müssen unauffällig und mit ungleichmäßigen Geschützzwischenräumen angelegt sein. Sorgfältige Maskierung gegen Sicht von vorn und oben ist nötig.

Im Großkampf und für besondere Kampfaufgaben ist wechselnde Aufstellung in nicht vorbereiteten Stellungen oft zweckmäßig. Hierfür genügt in vielen

Digitized by Google

Fällen als Vorbereitung das Vermessen der Feuerstellungen und die unauffällige Anlage von Munitions- und Mannschaftsunterständen. Ausgebaute Geschützstände werden leicht vorzeitig erkannt.

Die Erdbeobachtungsstellen, die in ausreichender Zahl vorzubereiten sind, sind besonders sorgfältig zu verbergen und, soweit möglich, bombensicher auszubauen. Massierung ist zu vermeiden. Beobachtungsstellen in der Linie der Infanterie oder dicht dabei werden meist vorzeitig zerstört. Die wichtigsten Beobachtungsstellen müssen daher so weit zurückliegen, daß sie dem gegen die vordere Stellung gerichteten Artilleriefeuer entzogen sind.

Für den Einsatz von Verstärkungen an Artillerie sind Vorkehrungen zu treffen, in erster Linie für Befehls- und Beobachtungsstellen. Die Wechselstellungen können hierfür verwertet werden.

Befehlsstellen siehe Ziff. 21, Verbindungen Ziff. 23.

Jede Batterie sowie die Befehls- und Beobachtungsstellen sind unauffällig zur Nahverteidigung einzurichten.

20. Für die Minenwerfer sind ähnliche Anlagen erforderlich wie für die Artillerie. Die Art der Aufstellung entspricht der der Maschinengewehre, also schachbrettförmig gegliedert und verteilt. Zusammenfassung in Gruppen muß erleichtert sein. Stellen, die voraussichtlich viel Feuer erhalten, sind zu vermeiden, unauffällige Wechselstellungen besonders wichtig.

Die zur Sturmabwehr eingesetzten leichten Minenwerfer sind so weit rückwärts einzubauen, daß sie dem auf dem vorderen Teil der Kampfzone liegenden feindlichen Artilleriefeuer entzogen sind.

Dagegen müssen die zum Wirkungsschießen gegen die feindlichen Anlagen bestimmten Minenwerfer (vorwiegend mittlere oder schwere) so weit vorn in Stellung gebracht werden, daß die Ziele auf günstiger Schußentfernung liegen.

Ein schuß- und bombensicherer Einbau der Minenwerfer ist sehr zeitraubend. Zudem werden die Stellungen, wenn die Werfer feuern, vom Feinde meist bald erkannt und zerstört. Die Anlage vieler, wenn auch schwächerer Stände — vielfach offen — ist daher einer geringeren Anzahl starker Stände vorzuziehen. In der Beweglichkeit ist der Hauptschutz gegen das feindliche Artilleriefeuer zu suchen.

VI. Sonstige Anlagen. 21. Die Befehlsstellen sind in schuß- oder besser bombensicherer Bauart herzustellen. Sie sollen so liegen, daß die Führer dauernd nach vorwärts-rückwärts und seitwärts zu den nächsten Befehlsstellen und über das Umgelände Übersicht haben oder wenigstens durch Meldegänger Verbindung halten können.

Auf Unterbringung von Späh- und Stoßtrupps in der Nähe der Befehlsstellen ist Rücksicht zu nehmen.

22. Für Beobachtungsoffiziere der höheren Stäbe sind Beobachtungsfernwarten an geeignete Punkte vorzuschieben.

23. Der Ausbau der Befehls- und Nachrichtenverbindungen sowie der Alarmierungseinrichtungen bedarf sorgfältig erwogener Maßnahmen.

Zahlreiche Fernsprechnetze werden gebraucht. Für die Leitungen haben sich offene, nicht zu tiefe Kabelgräben am besten bewährt. Die Vermittlungsstellen erfordern möglichst bombensicheren Einbau.

Außerdem sind für F. T.-Verkehr der Land- und für die Fliegerstationen, für Signalverbindungen und für Erdtelegraphie besondere Unterstände notwendig (meist in der Nähe der Stäbe).

Vergleiche im übrigen Sammelheft der Vorschriften für den Stellungskrieg, Heft 9.

24. Der Ausbau des Straßen- und Bahnnetzes ist beim Stellungsbau für das Heranschaffen von Munition, Verpflegung, Baustoffen usw. von ausschlaggebender Bedeutung.

Digitized by Google

Das Verkehrsnetz ist rechtzeitig für Zeiten größten Verkehrs vorzubereiten. Voll- und Kleinbahnen, Feld- und Förderbahnen mit genügenden Ausladeeinrichtungen müssen so nah wie irgend möglich an die vordersten Stellungen aller Waffen heranreichen. Die Wege müssen zahlreich sein. Getrennte An- und Abfuhr ist erwünscht.

Ausweichstraßen für unter Feuer liegende Wege sind vorzusehen. Gute Wegebezeichnung ist eine wesentliche Erleichterung des Verkehrs und beugt Verkehrsstörungen vor.

Dauernde Überwachung des Zustandes von Straßen und Bahnen und vorsorgende Bereitlegung von Ausbesserungsmaterial sind unerläßlich. Wird sofortiges Eingreifen bei kleinen Beschädigungen versäumt, so entstehen oft nicht wieder gutzumachende Schäden.

25. Scheinanlagen und Masken (vgl. Ziff. 4) sind zur Irreführung des Feindes sehr wertvoll. Die Truppe muß dazu erzogen werden, jede Gelegenheit zu ihrer Anlage wahrzunehmen. Die Täuschungsabsicht darf nicht ohne weiteres zu entdecken sein.

26. Ganz allgemein gehört zum Stellungsbau auch die Verbesserung der Lebensbedingungen der Truppen. Dies ist mit Rücksicht auf die Erhaltung der Gesundheit und der inneren Festigkeit der Truppe von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Hierzu gehören: Barackenbau, Schutz gegen Kälte und Wasser, Lebensmitteldepots, Verbesserung der Nachschubwege usw.

VII. Die Ausführung des Stellungsbaues. 27. Beim Stellungsbau ist für die zu erzielende Leistung die Planmäßigkeit der Arbeit und die richtige Einteilung der Kräfte und Mittel entscheidend. Wird hierin gefehlt, so werden trotz Aufwendung von großen Mitteln und viel Zeit nur langsame Fortschritte erzielt, während umgekehrt in überraschend kurzer Zeit zahlreiche und gute Anlagen entstehen werden.

Für alle Stellungsbauten sind daher weit vorausschauende Arbeitspläne auf Grund sorgfältiger Erkundungen und Berechnungen aufzustellen. Hierbei ist jedoch übermäßige Schreibarbeit unbedingt zu vermeiden. Plötzliche Abänderungen einmal festgesetzter Baupläne sowie plötzliches Verschieben der Arbeitskräfte hat stets erhebliche Verzögerung und Herabsetzung der Leistungen zur Folge.

Bei Wechsel der Bauleitung ist es deshalb nicht angängig, daß jeder Bearbeiter seine taktischen Anschauungen, die von denen seiner Vorgänger abweichen, zur Durchführung bringen will.

28. Vor Beginn von Stellungsbauten sind rechtzeitig die den Vermessungsabteilungen angegliederten Geologen heranzuziehen. Sie können in vielen Fällen wesentliche Arbeitsersparnis herbeiführen. Ihr wichtigstes Tätigkeitsgebiet für die Truppe ist die Auswahl geeigneter Bodenschichten für Arbeiten (z. B. für Stollenbau), die Auffindung von Baustoffen (z. B. Kies) und die Mithilfe bei Entwässerung und Wasserversorgung.

Auch rechtzeitige Vermessung sowie Herstellung bzw. Vorbereitung zahlreicher Karten und Skizzen für alle Waffen ist notwendig.

29. Die Leitung des Stellungsbaues ist grundsätzlich Sache der taktischen Kommandobehörde (A. O. K., Genkdo., Div.). Für Stellungsbauten, die nicht von der Truppe ausgeführt werden (rückwärtige Kampfzonen), sind ferner besondere Baustäbe erforderlich, die so reichlich mit Personal auszustatten sind, daß sachgemäßes Anstellen und Überwachen der überwiesenen Arbeitskräfte möglich ist. Auch an Stellen, an denen die Truppen häufig abgelöst werden, sind zur Erhaltung der Stetigkeit der Arbeiten bodenständige Bauleiter erwünscht (z. B. beim Ausbau der Unterstandsgruppen für Reserven an Kampffronten).

30. Die vorderste und häufig auch die zweite Kampfzone, soweit sie im Bereich der Masse des feindlichen Feuers liegt, sind im wesentlichen durch die Kampftruppe mit Unterstützung durch Reserven (Pioniere, Landsturm) und

Digitized by Google

besondere Arbeitstruppen (Armierungstruppen) auszubauen. Leitung ist meist Sache der in der vordersten Zone eingesetzten Division (vgl. jedoch Ziff. 29).

Weiter rückwärts übernimmt das A. O. K. oder Genkdo. die Leitung. Zum Ausbau werden meist nur *Arbeitsformationen* zur Verfügung stehen, die an wichtigen Fronten durch Reserven und Pioniere, Landwehr und Landsturm anzuleiten und zu unterstützen sind. Die vorn stehenden Truppen sind über den Fortgang der Arbeiten auf dem laufenden zu halten.

31. Die *vorderste Zone* wird, wenn sie im Kampf gewonnen und ausgebaut wird, oft *Fehler in Anlage und Ausführung* aufweisen. Aufgabe des Stellungsbaues in ruhiger Zeit ist es, solche Mängel auszubessern.

Im schweren Kampf wird die vorderste Zone bald zur *Trichterstellung*. Wiederherstellungsarbeiten während des Kampfes sind im allgemeinen aussichtslos. Es bleibt nur übrig, während des heftigsten Kampfes ausschließlich an rückwärtigen Stellungen zu arbeiten. Nach dem Abflauen können dann entweder allmählich Unterstände und Hindernisse im Trichterfeld geschaffen und die Trichter unauffällig durch Verkehrs- und Kampfgräben verbunden werden, oder es werden, da diese Arbeit sehr mühsam ist und stets nur langsam fortschreitet, Arbeitskräfte und Baustoffe auch nach Abschluß des Kampfes nur weiter rückwärts eingesetzt. Im letzteren Fall muß Aufgabe des Trichterfeldes bei Erneuerung großer Kämpfe in Aussicht genommen werden. Maßgebend für den Entschluß sind lediglich die allgemeinen Gesichtspunkte, besonders Ziff. 1 sowie Ziff. 7 ff. *Der Entschluß ist frühzeitig zu fassen, damit nicht Kampfkraft, Arbeitsleistung und Baustoffe nutzlos verbraucht werden.*

32. Jeder Stellungsbau beginnt — nach der Feststellung der Baupläne (siehe Ziff. 27) — mit *Sicherstellung der Baustoffzufuhr und der sonstigen Versorgung*. Hierzu ist Ausbau des Straßen- und Bahnnetzes Vorbedingung. Außerdem sind Depots für plötzlichen großen Bedarf anzulegen und die Unterkunftsmöglichkeit rechtzeitig zu verbessern.

Von den eigentlichen Stellungsbauten sind Unterstände, Flankierungsanlagen, Beobachtungs- und Befehlsstellen sowie der Ausbau der Verbindungen am wichtigsten. Demnächst kommen die Hindernisse. Die reinen Erdarbeiten stehen an letzter Stelle. Wenn sie nicht dauernd instand gehalten werden, wozu starke Arbeitskräfte gehören, zerfallen sie schnell. Die Herstellung der reinen Erdarbeiten muß daher in rückwärtigen Kampfzonen und oft auch in den rückwärtigen Teilen der Großkampfzonen oft ganz oder teilweise unterlassen werden.

Beim Ausbau ist auf die *Veränderungen der Jahreszeiten* Rücksicht zu nehmen. Annäherungsgräben in Mulden sind z. B. wegen des Wassers nicht in der Tiefe, sondern am Hang zuzuführen, Entwässerungsanlagen sind bereits in der trockenen Jahreszeit anzulegen, Einbau von Öfen frühzeitig vorzusehen usw.

VIII. Stellungsbau beim Angriff. 33. Auch der Angriff muß durch planmäßigen Stellungsbau vorbereitet werden.

Hierzu gehört:

a) Vortreiben des vordersten Grabens auf Sturmentfernung, Entfernung der Hindernisse und Bezeichnung der Sturmwege,

b) Einbau von Unterständen und Deckungsgräben zur Aufnahme der Angriffstruppen und ihrer Reserven,

c) Anlage zahlreicher Verbindungsgräben bis in die vorderste Linie, Vermehrung der Verkehrs- und Nachrichtenmittel,

d) Bau der Artillerie- und Minenwerferstellungen für den Artillerie- und Minenwerferaufmarsch, Vorbereitung des Stellungswechsels bis zur vorderen Linie,

e) Anlage von Munitions-, Geräte- und Verpflegungsdepots, Erweiterung der Pionierparks,

f) umfangreiche Arbeiten für Unterbringung und Versorgung, Straßenbau, Ausbau des Voll-, Feld- und Förderbahnnetzes.

Digitized by Google

Die Einzelheiten sind von Fall zu Fall (Gelände, vorhandene Stellungen, Stärke und Tätigkeit des Feindes und der eigenen Truppen) verschieden. Um die Überraschung zu wahren, die meist ausschlaggebend für den Erfolg ist, wird der Umfang der Arbeiten aufs äußerste eingeschränkt und mit allen Mitteln ihre Verschleierung erstrebt.

B. Die Abwehr im Stellungskriege.

Grundsätze für die Abwehrschlacht im Stellungskriege.

A. Gefechtsführung im allgemeinen.

1. Während des gewöhnlichen Stellungskrieges ist die Sicherung der Stellungen gegen überraschenden Angriff sowie die Instandhaltung und der Ausbau der Stellungen maßgebend für ihre Besetzung und die Tätigkeit der Truppen. Volle Ausnutzung der ruhigen Zeit für die Vorbereitung zur Schlacht ist eine Hauptaufgabe der vorausschauenden Führung.

2. Für die Vorbereitungen zur Abwehrschlacht geben die Generalkommandos nach Anweisung der O. H. L., Heeresgruppenkommandos und der A. O. K. die leitenden Gesichtspunkte.

Die Arbeiten erstrecken sich auf folgende Gebiete:

a) Vorbereitung der Gliederung für die Schlacht, insbesondere Bestimmung der neuen Divisions- und Regimentsabschnitte, sowie der zugehörigen Befehlsstellen für alle Waffen;

b) Berechnung des Bedarfs an Truppen aller Waffen, Munition, Verpflegung, Ausrüstung und Gerät aller Art;

c) Ausbau der rückwärtigen Verbindungen und Ergänzung der Verkehrseinrichtungen einschließlich Bahnen, Förderbahnen und Ausladestellen; Vorbereitung erhöhten Bahnschutzes gegen Fliegerangriffe und gegen Anschläge;

d) Ergänzung der Anlagen für Infanterie, Maschinengewehre und Minenwerfer, Ausbau der Beobachtungsstellen;

e) Bestimmung der Lage und Ausbau der Verstärkungsbatterien und Wechselstellungen sowie der Artilleriebefehls- und -beobachtungsstellen; Grundlagen für die Anordnung der vorzubereitenden Feuerformen der Artillerie;

f) Errichtung von Flughäfen, Verstärken der Luftstreitkräfte;

g) Vervollständigung des Flugabwehrdienstes;

h) Ergänzung der Nachrichten- und Verbindungsmittel;

i) Vorbereitung der Unterkunft: Lagerbauten, Wasserversorgung für Mann und Pferd;

k) Regelung des Nachschubs, insbesondere Bestimmungen für Lage und Füllung der Munitionslager und Pionierparks, Bereitstellung von Gerätereserven und Baustoffen aller Art;

l) Verpflegungsmagazine;

m) Sanitätseinrichtungen;

n) Verteilung der Karten;

o) Abschub der Landeseinwohner und Vorräte.

Die Vorarbeiten müssen, soweit sie schriftlich niedergelegt werden, in gedrängter Kürze und unter Beschränkung der Zahl der Karten und Skizzen abgefaßt werden. Zum Gebrauch umfangreicher Werke wird an Kampffronten die Zeit fehlen. Auch ist es ohne übermäßige Bureauarbeit nicht möglich, eine große Zahl von Karten und Skizzen dauernd auf dem laufenden zu halten.

An ruhigen Fronten sind die Vorbereitungen auf Festlegung der ersten Grundlagen zu beschränken, während an wahrscheinlichen Angriffsfronten die praktische Ausführung zahlreicher Arbeiten notwendig ist. Der Ausbau der rückwärtigen Verbindungen sowie der Befehls- und Nachrichten-

Digitized by Google

mittel für neu einzuschiebende Verbände, die Sorge für Unterkunft, für Bereitlegung und Nachschub von Munition, Baustoffen und Gerät aller Art sind oft wichtiger als die eigentlichen Kampfanlagen. Von letzteren stehen die im Zwischengelände zu verteilenden Unterstände für Bereitschaften und Reserven, für Befehlsstellen und Munition in erster Linie.

3. Das feindliche Angriffsverfahren.

Bisher griff der Feind nach wochen-, oft nach monatelangen Vorbereitungen an einer Stelle an, deren Ausdehnung der Verteidiger vorher leicht erkennen konnte.

In Zukunft werden aber bei der Länge des Stellungskrieges an vielen Stellen der Front die Angriffsvorbereitungen derart gefördert sein, daß der Feind versuchen kann, sich durch erhöhte Beweglichkeit und durch Verschleierung seiner letzten Vorbereitungen den Vorteil der Überraschung zu sichern. Hierzu wird er auf breitester Front an vielen Stellen Angriffsvorbereitungen treffen und sich die Möglichkeit schneller Verschiebungen schaffen. (Straßen, Bahnen, Stellungen usw. vorbereiten, Munition, Verpflegung, Gerät aller Art niederlegen, viele Kraftwagen und bespannte Formationen bereitstellen.) Die Angriffsstelle wird er dann so wählen, daß er an einer nicht für den hartnäckigsten Widerstand vorbereiteten Front mit stärkster Überlegenheit überraschend nach ganz kurzer Feuervorbereitung durchbricht.

Aber auch für einen solchen Überraschungsangriff sind umfangreiche Vorbereitungen des Angreifers unerläßlich, die gegen die planmäßige Lufterkundung schwer zu verbergen sind.

4. Bei sorgfältiger Aufklärung, die während des gewöhnlichen Stellungskrieges nie aussetzen darf, werden feindliche Angriffsabsichten stets rechtzeitig erkannt werden.

Anzeichen für einen bevorstehenden Angriff sind:

a) Neubau von Straßen, Voll- und Förderbahnen, Lagern u. dgl.;

b) allgemeine Steigerung des Verkehrs hinter der feindlichen Front;

c) Verstärkung des feindlichen Flieger- und Flugabwehrdienstes, um unsere Aufklärung lahmzulegen; Vermehrung der Ballone;

d) Auftreten neuer als besonders gut bekannter Truppen vor der Front (oft nur vorübergehender Einsatz zum Kennenlernen des Geländes); Verengung der Gefechtsstreifen;

e) Entstehen neuer Artilleriefeuerstellungen, auch wenn aus ihnen zunächst noch nicht geschossen wird;

f) Entstehen neuer Infanterieanlagen: Unterstände, Versammlungsgräben, Minenwerferstände, Verbindungsgräben ins Hintergelände, Nahkampfmitteldepots;

g) Verstärkung der feindlichen Artillerietätigkeit auf der ganzen Front, planmäßiges, unauffälliges Einschießen gegen unsere Stellungen, Verbindungen und wichtige Punkte des Hintergeländes;

h) Heranarbeiten der feindlichen Infanterie.

Ein Teil dieser Anzeichen wird auf denjenigen Fronten fehlen oder schwer zu erkennen sein, auf denen feindliche Angriffe bereits stattgefunden haben, oder die Anzeichen werden zur Täuschung und Ablenkung an einzelnen Stellen auffällig hervortreten, während an anderer Stelle sorgfältige Verschleierung das Erkennen erschwert.

5. Ist die feindliche Angriffsabsicht erkannt, so muß der Verteidiger mit den Abwehrmaßnahmen dem Feind rechtzeitig begegnen und in der Kampferöffnung zuvorkommen. Der Angriff soll dadurch in seiner Entwicklung gehemmt und in seiner Kraft frühzeitig getroffen werden. Hierzu ist nötig:

a) Die Vorbereitungen (Ziff. 2) zu einem schnellen und ausreichenden Abschluß zu bringen;

b) durch Einschiebung und Bereitstellung neuer Verbände und Truppen aller Waffen die Kampfkraft zu verstärken. Hierfür werden in Zeiten

Digitized by Google

der Ruhe Heeres-, Heeresgruppen- und Armeereserven ausgeschieden. Das Einschieben muß so frühzeitig erfolgen, daß das Zusammenwirken aller Teile geschult werden kann. Besonders dringend ist der rechtzeitige Einsatz starker Luftstreitkräfte und Artillerie mit ausreichender Munition;

c) durch rege Tätigkeit aller Waffen den Feind in seiner Kampfkraft zu schädigen, ehe er seine Vorbereitungen zu Ende geführt hat. Dies geschieht in erster Linie artilleristisch durch planmäßige Artilleriebekämpfung, durch schärfste Bekämpfung lebender Ziele und durch Erschwerung des Nachschubs. Rechtzeitige starke Vergasung kann ausschlaggebende Störung bewirken.

Auch infanteristische Unternehmungen des Verteidigers sind oft zweckmäßig, ehe der Angriff seine volle Stärke erreicht hat. Hierdurch sollen entweder Gefangene zur Feststellung des Gegners gemacht oder der mit Vorbereitungen beschäftigte Feind überraschend gestört und seine Angriffsmittel zerstört werden. Rückkehr in die Ausgangsstellung wird nach der Unternehmung die Regel sein.

6. Der Zweck der Schlachtverteidigung besteht darin, den Angreifer sich abringen und verbluten zu lassen, die eigenen Kräfte aber zu schonen. Je mehr das gelingt, um so größer ist der Erfolg.

Demnach gelten für die Führung in der Abwehrschlacht nachstehende Gesichtspunkte:

a) Die Verteidigung ist nicht durch Einsatz einer möglichst großen Zahl lebender Kräfte, sondern vorwiegend durch Maschinen (Artillerie, Minenwerfer, Maschinengewehre usw.) zu führen. Auch hierbei gibt neben der Zahl die Organisation, die Verwendung und das Zusammenwirken den Ausschlag. Gute praktische Einschulung im Gelände spart Kräfte, verringert die Verluste und erhöht die Aussicht auf Erfolg. Die Einschulung darf nicht zum starren Schema führen, soll vielmehr richtiges und selbsttätiges Handeln aller Dienstgrade im Rahmen des Ganzen anregen und fördern.

b) Für den vorbereitenden Stellungsbau und für die Verteilung der Kräfte sind die Gliederung nach der Tiefe und das Bestreben, alle Ziele dem Auge des Feindes zu entziehen, die leitenden Gedanken. Abgesehen von operativen Gesichtspunkten sind für die Auswahl einer Stellung die Beobachtung und die Aufstellung der eigenen Artillerie sowie die rückwärtigen Verbindungen maßgebend.

c) Die Führung soll den Verteidigungskampf so führen, daß der eigenen Truppe das günstige, dem Angreifer das ungünstige Gelände zufällt. Am Geländebesitz ist also nicht starr festzuhalten.

Dies gilt besonders von Vorfeldzonen. Sie sollen während des gewöhnlichen Stellungskrieges dem Feinde den Einblick in die Hauptkampfzone verwehren und die Vorbereitung für den Kampf in dieser erleichtern. Vorfeldstellungen erfüllen also ihren Zweck, wenn sie in der Zeit der Vorbereitungskämpfe der eigenen Truppe günstige Kampf- und Lebensbedingungen gewähren und den Gegner zu großen Vorbereitungen für ihre Wegnahme zwingen. Ob sie mehr oder weniger zäh zu verteidigen sind, ist im Einzelfall zu entscheiden. Wird in der Vorfeldzone gekämpft, so muß das Maß des Kräfteeinsatzes und das Verhältnis der Verluste für den Verteidiger dauernd günstig bleiben. Sonst erfolgt besser freiwillige Räumung. Richtige Kampfführung im Vorfeld, vor allem richtige Wahl des Zeitpunktes der etwaigen Räumung ist eine schwierige Aufgabe der Führung, deren richtige Lösung einen großen Erfolg der Verteidigung und eine entscheidende Störung des Angriffs bedeuten kann. Die Truppe selbst hat sich in jedem Falle darauf einzurichten, die Vorfeldzone ebenso zu halten wie die Hauptkampfzone. Sie darf erst auf ausdrückliche Weisung daran denken, die Vorfeldzone aufzugeben. Wird von der Führung Aufgabe eines Stellungsteils beabsichtigt, so ist die Truppe rechtzeitig mit klaren Weisungen zu versehen. Die Truppe muß frühzeitig wissen, ob sie bis zum letzten Mann halten oder den Gegner nur schädigen und aufhalten soll.

Digitized by Google

Auch im Verlauf des Kampfes um die Hauptkampfzone kann die Räumung einzelner Stellungsteile dieser Zone vorteilhafter werden, als ihr dauerndes Festhalten um jeden Preis. Heeresgruppenkdos., A. O. Ks. und Genkdos. — in dringenden Fällen die Divisionen — haben dann die Pflicht, die dauernde Räumung rechtzeitig zu befehlen. Die Moral der Truppe wird in solchen Fällen bei rechtzeitigem Zurückgehen auf Befehl nie geschädigt werden, wenn sie die Gründe versteht, während starres Festhalten von Punkten, die offensichtlich für uns ungünstig geworden sind, ihr Vertrauen erschüttern muß.

Gleiche Gesichtspunkte sind für den Entschluß der Führung bei Verlust von Stellungsteilen maßgebend. Gelingen die sofort einsetzenden Gegenstöße nicht, so hat die obere Führung zu entscheiden, ob ein planmäßiger Gegenangriff gemacht werden soll. Hierfür ist in der Regel viel Zeit und starker Kräfteeinsatz erforderlich. Übereilte Gegenangriffe mit zu schwachen Kräften mißlingen stets; sie belasten die Führung. Bei allen Gegenangriffen muß der wahrscheinliche Erfolg im richtigen Verhältnis zu dem zu erwartenden Verlust an Menschen und zu dem Einsatz an Arbeit, Munition und Gerät stehen. Hiermit schonend umzugehen, ist stets ernste Pflicht aller Führer.

Die Entscheidung über dauernde Räumung oder über Verzicht auf Wiedereroberung eines Stellungsteils darf nicht nur von örtlichen Erwägungen abhängig gemacht werden; es ist auch zu prüfen, welcher Einfluß dadurch auf benachbarte Teile ausgeübt wird und ob für den geräumten oder verlorenen Teil eine haltbare Stellung vorhanden ist. Für die beteiligten Führer erwächst hierdurch eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe.

d) Für die Truppe gilt bei der Führung des Kampfes folgendes:

Die Stärke der Verteidigung liegt in der Unsichtbarkeit der Kampfanlagen und ihrer Besatzung, in der Beweglichkeit der Truppen sowie in der Vorbereitung und überlegenen Kenntnis des Kampfgeländes. Der Kampf wird nicht um oder in einer starren Linie geführt, sondern in einem tiefen Kampffeld, das von den vordersten feindlichen Linien bis weit in die eigene Stellung hineinreicht und dem Angreifer um so mehr und um so überraschendere Schwierigkeiten bietet, je weiter er darin vorwärts kommt. Der Verteidiger ist also nicht starr an seinen Platz gebunden; er ist vielmehr berechtigt, in diesem Kampffeld beweglich zu kämpfen, also je nach Bedarf vorzustoßen oder auszuweichen. Der Grundsatz aber, daß bei Abschluß des Kampfes das gesamte Kampfgelände im Besitz des Verteidigers sein soll, soweit nicht besondere Befehle hierüber ergangen sind (z. B. bei Vorfeldkämpfen), muß jeder Truppe in Fleisch und Blut übergegangen sein. Für das taktische Verhalten, um dem Gefechtszweck am besten zu entsprechen, muß dem Führer — auch dem mittleren Führer — ein gewisser Spielraum bleiben. Dies gilt für alle Waffen.

Die Führung des Kampfes in diesem Sinne erfordert viel Initiative. Der Verteidiger wird dadurch die eigenen Kräfte schonen, dem Angreifer wirksame planmäßige Beschießung erschweren, ihn zu steter Bereitschaft zwingen, seine Vorbereitungen, Bereitstellungen und Verschiebungen stören und ihm große Verluste beibringen.

B. Höhere Einheiten und Stäbe.

Armee-Oberkommandos und Generalkommandos. 7. Zur Wahrung der Einheitlichkeit ist anzustreben, daß diejenigen Kommandobehörden, denen die Vorbereitungen für die Abwehrschlacht und deren Durchführung im großen obliegt, d. h. die Heeresgruppenkommandos, die A. O. Ks. und die Generalkommandos, den Befehl über ihre bisherigen Abschnitte behalten und lange in ihnen bleiben. Die Zuteilung besonderer Offiziere des Generalstabes, der Artillerie,

Digitized by Google

der Pioniere und der Verkehrstruppen zu den einzelnen Abschnitten für die Dauer der Schlacht ist ein weiteres Mittel für die Erhaltung der Stetigkeit in der Führung.

Da aber anderseits nur eine begrenzte Zahl von Einheiten von einer höheren Stelle aus geführt werden kann, wird sich ein Einschieben weiterer A. O. Ks. und Generalkommandos nicht immer vermeiden lassen. Einem A. O. K. werden vier bis sechs Generalkommandos, diesen je drei bis vier Divisionen vorderer Linie zu unterstellen sein.

8. Den Generalkommandos fällt die straffe Organisation und Führung der Verteidigung nach den Anweisungen des A. O. K. zu, das wiederum seine Weisungen von der Heeresgruppe erhält. Sie bestimmen die Kampfführung im allgemeinen. Sie sorgen im besonderen für die gegenseitige artilleristische und infanteristische Unterstützung der Divisionen, für die Sicherung an den Divisionsgrenzen, für Einweisung, Bereitstellung und richtigen Einsatz der Eingreifdivisionen und sonstiger Reserven. Ferner stellen sie die Versorgung der kämpfenden Truppen mit Kampfmitteln, Baustoffen, Verpflegung usw. sicher. Genkdo. und A. O. K. bedürfen hierzu eines bodenständigen Rahmens, der mit Personal und Gerät aufgefüllt wird, wenn die Schlacht bevorsteht.

Divisionen. 9. Die Infanteriedivisionen vorderer Linie (Stellungsdivisionen) führen den Kampf; in ihrem Abschnitt ist ihnen im Rahmen der Gruppe die erforderliche Selbständigkeit zu belassen. Ihre Aufgabe ist die unmittelbare Gefechtsführung und die Sicherstellung des Zusammenwirkens der Waffen für Nah- und Fernaufgaben nach den ihnen zugegangenen Weisungen.

Die Divisionsabschnitte müssen wesentlich schmaler als im gewöhnlichen Stellungskrieg gemacht werden. Das bedingt die Einschiebung neuer Divisionen.

Ein bestimmtes Maß für die Breite des Gefechtsabschnittes einer Infanteriedivision läßt sich nicht angeben, sie richtet sich nach der Gefechtslage und dem Gelände. Eine zu weit gehende Verschmälerung zersplittert und erschwert die Gefechtsführung und die Ausnutzung der Flankierungsmöglichkeiten, namentlich hinsichtlich der Artillerie. Es ist auch zu erwägen, daß an den Abschnittsgrenzen ebensoviele schwache Stellen entstehen, und daß in den langen schlauchartigen Divisionsstreifen die Aufstellung der Artillerie und der Infanteriereserven, der Verkehr, die Unterkunft und alle Einrichtungen in erschwerender Weise eingeengt werden. Alle diese Nachteile treten verschärft in die Erscheinung, wenn die Gefechtsstreifen nicht senkrecht zur Stellung laufen. Zu schmale Divisionsabschnitte führen zudem erfahrungsgemäß leicht zu übermäßig starker Besetzung der vorderen Linien.

Zudem erschwert ein Festlegen vieler Divisionen in einer Angriffsfront Truppenverschiebungen im großen und ist bedenklich, wenn der Feind die Angriffsstellen wechselt (vgl. Ziff. 3). Der Verteidiger wird mit seinen Reserven zu spät kommen, wenn diese erst durch Herauslösen aus der Front gewonnen werden müssen. Es ist daher ernste Pflicht der Heeresgruppenkdos., A. O. Ks. und Genkdos., nur soviel Divisionen in die Kampffront einzusetzen, als unbedingt nötig sind, und hinter der Front möglichst viele geschlossene Divisionen bereitzustellen; sie dienen gleichzeitig als Eingreifdivisionen und zur Ablösung ermüdeter Divisionen aus der Front.

Anderseits verlangt die Abwehrschlacht eine so tiefe Gliederung der Divisionen in sich, daß nicht jeder schwere Kampf den Einsatz neuer Divisionen nötig macht. Ohne ein Verbleiben der Divisionen in ihren Abschnitten für eine gewisse Zeit ist die Stetigkeit der Gefechtsführung nicht gewährleistet und kann auch den zurückgezogenen Divisionen nicht die nötige Zeit zur Ruhe gegeben werden. Dadurch ist der Breite der Divisionsabschnitte eine Grenze gezogen.

Die Divisionsabschnitte auf den Kampffronten einer Abwehrschlacht werden daher im allgemeinen eine Breite von etwa 2500 m bis über 3000 m haben; sie kann um so größer sein, je weiter die Ausstattung der Divisionen mit M. G. vorgeschritten ist.

Digitized by Google

10. Hinter den Stellungsdivisionen sind die Eingreifdivisionen bereitzustellen. Sie sind bestimmt, den Stoß des Feindes aufzufangen, falls er die Stellungsdivision durchbrechen sollte, und ihn durch sofortigen Gegenstoß aus der eigenen Stellung wieder hinauszuwerfen.

Eine Eingreifdivision wird meist gleichzeitig für mehrere Divisionsabschnitte bestimmt werden müssen; sie ist ganz oder mit Teilen so nahe, d. h. bis in den Bereich des feindlichen Fernfeuers, heranzuziehen, daß sie im Bedarfsfalle sofort in den Kampf eingreifen kann.

Anderseits darf das scharfe Heranhalten nicht zu vorzeitigem Verbrauch der Eingreifdivisionen führen. Es ist die Kunst der Führung, hier ein richtiges Maß zu halten.

Die Eingreifdivisionen unterstehen vor dem Kampf dem Generalkommando oder dem A. O. K. Werden sie geschlossen oder, wie es meistens der Fall sein wird, in kleinen Verbänden eingesetzt, so sind sie dem Kommandeur des Kampfabschnittes zu unterstellen (vgl. Ziff. 41). Die Tätigkeit des Kommandeurs der Eingreifdivision liegt hauptsächlich in der Ausbildung und rechtzeitigen Bereitstellung. Nur in den Fällen, in denen die Division einheitlich zum Gegenstoß vorgeführt wird, oder wenn andere persönliche Gründe vorliegen, wird ihm seine Division auch im Kampf unterstellt bleiben. Auch in diesem Fall wird aber der Kommandeur der Stellungsdivision meist ohne Rücksicht auf Altersverhältnisse die Leitung des Gefechts in seinem Abschnitt behalten, also den einheitlichen Befehl über Stellungsdivision und Eingreifdivision zu führen haben.

Einschieben und Ablösen. 11. Das Einschieben neuer A. O. Ks., Genkdos. und Divisionen muß von langer Hand vorbereitet sein, sonst führt es leicht zu vorübergehender Schwächung und schnellem Verbrauch der Kräfte.

Jedes Einschieben und Verschieben der Grenzen höherer Verbände hat außerdem umfangreiche Schreibarbeit zur Folge.

Das taktische Einleben geht verhältnismäßig schnell vor sich, wenn ausreichende Vorbereitungen gemäß Ziffer 2 und 7 getroffen sind. Dagegen bedarf das Einspielen der Versorgung mit Kampfgerät, Baustoffen, Verpflegung usw. längerer Zeit, bei Genkdos. und A. O. Ks. meist Wochen. In kritischen Kampfzeiten ist Umänderung der Befehlsgliederung nicht zweckmäßig. Diese ist, wenn notwendig, in der Vorbereitungszeit oder in Kampfpausen vorzunehmen, falls nicht Belassung der eingelebten Verbände auf breiterem Raum vorzuziehen ist.

12. Ablösung während der Schlacht ist stets unerwünscht, da die Geländekenntnis ein wesentlicher Vorteil des Verteidigers gegenüber dem Angreifer ist; sie ist aber bei nervenerschütternden Eindrücken einer großen Schlacht selbst dann nicht zu vermeiden, wenn die Verluste verhältnismäßig niedrig sind. Zu langes Hinausschieben der Ablösung namentlich nach langem feindlichem Artilleriefeuer hat leicht den Verlust von Truppe und Stellung zur Folge.

13. Der Einsatz neuer Führer und Truppen soll erst erfolgen, wenn sie über die Aufgaben und die Verhältnisse ausreichend und in Ruhe unterrichtet sind. Die Kommandeure, Generalstabsoffiziere, Adjutanten und die Gasoffiziere müssen möglichst schon vor ihren Truppen in den Abschnitten eintreffen. Die Truppen, die in die vordere Kampflinie einrücken, müssen ausgeruht und kampfkräftig sein. Dies ist bei vorausschauendem Handeln fast stets durchführbar. Überhasteter Einsatz führt unnötige Verluste herbei und belastet daher die Führung.

14. Neu eingesetzte höhere Stäbe müssen sich zunächst einlernen. Sie dürfen den Befehl erst übernehmen, wenn sie die Lage beherrschen. Bei den unterstellten Truppen darf kein Zweifel über die Befehlsübernahme sein, sonst entsteht beim Wechsel in den ersten Tagen leicht Unsicherheit der Führung und Störung der Versorgung der kämpfenden Truppe.

A. O. Ks. werden in einer Schlacht nur ausnahmsweise abgelöst, während Ablösung der Genkdos. bei langer Dauer der Schlacht nötig werden kann.

Digitized by Google

15. Die Kraft der Stellungsdivisionen wird nach kürzerer Zeit verbraucht sein. Ihre Ablösung muß nach einem auf lange Zeit hinaus berechneten Ablösungsplan erfolgen. Die Lage kann indessen dazu zwingen, daß ein Verband früher als angenommen durch einen anderen ersetzt werden muß. Gleichzeitige Ablösung mehrerer benachbarter Divisionen ist nicht zweckmäßig.

Dies gilt vor allem für die Infanterie. Die übrigen Teile der Divisionen werden einer gleich schnellen Ablösung nicht bedürfen; auch führt gleichzeitige Ablösung der Infanterie und Artillerie zu erheblichen Störungen in der Kampftätigkeit. Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die die Wahrung der Verbände für die Kampfführung hat, ist es aber notwendig, alle Teile einer Division zu vereinigen, sobald diese eine Verwendung an anderer Stelle finden soll. Dieser Forderung müssen die höheren Führer dauernde Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Ablösung und Wahrung der Kriegsgliederung einer Division wird wesentlich erleichtert, wenn mehrere Infanterie-Divisionen in ein gegenseitiges Ablösungsverhältnis zueinander gebracht werden. Ein solcher Einsatz kommt auch der Kampfführung aller Waffen zugute und gibt die Möglichkeit, breitere Abschnitte zu wählen.

16. Eingreifdivisionen sind besonders lange in ihrer Tätigkeit zu erhalten, sie sind besonders sorgfältig für den Angriff auszubilden. Die Einschulung in ihre vielseitige Tätigkeit erfordert mehr Zeit als die Ablösung einer Kampffront. Es ist nicht zweckmäßig und meist auch nicht nötig, sie eben so schnell wie die Stellungsdivisionen zu wechseln.

17. Die außerhalb der eigentlichen Kriegsgliederung der Divisionen stehenden Truppen und Formationen — vor allem Verstärkungen an Artillerie, an Pionier-, Fernsprech-, Funker- und Fliegerformationen, Brieftaubeneinrichtungen sowie Armierungstruppen und das Personal der Wirtschaftseinrichtungen — sind, solange es der Kräfteverbrauch zuläßt, bodenständig zu halten. Ihre rechtzeitige Ablösung darf aber keinesfalls versäumt werden. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Heeresgruppenkdos. und A. O. Ks. hierfür zu sorgen.

Stabsquartiere, Gefechtsstände. 18. Die Stabsquartiere der Generalkommandos und der Divisionen mit all ihren umfangreichen Einrichtungen für die Gefechtsleitung und den Verbindungsdienst müssen so weit zurückliegen, daß sie nicht durch das bei Beginn des Angriffs mit Sicherheit einsetzende feindliche Fernfeuer oder durch kleine feindliche Fortschritte zum Wechsel des Aufenthalts gezwungen werden. Dadurch würden alle mühsam hergestellten Verbindungen unterbrochen werden. Die Entfernung des Stabsquartiers von der vorderen Kampflinie wird 10 bis 15 km oder mehr betragen müssen. Noch größere Entfernungen sind für Divisionen unerwünscht, da die Verbindung von Führung und Truppe dadurch sehr erschwert wird.

19. Jeder Truppenführer ist verpflichtet, durch eigene Erkundung sich dauernd eingehende Kenntnis über die Eigenart des Geländes und der Stellungen in seinem Gefechtsstreifen zu verschaffen. Nur dann ist er in der Lage, den Kampf richtig zu leiten und die notwendige persönliche Fühlung mit der Truppe zu behalten. Die Einrichtung sogenannter Gefechtsstände für höhere Stäbe ist jedoch nur zweckmäßig, wenn sie dem Führer einen guten Überblick über das Gefechtsfeld seines Verbandes und ausreichende Gewähr für die Aufrechterhaltung der Fernsprechverbindungen nach vorwärts und rückwärts bieten. Sonst genügt es, wenn A. O. K., Generalkommando und Division über Fernwarten verfügen, von denen aus sie selbst oder Offiziere ihres Stabes das Gefecht beobachten, während die eigentliche Leitung der Kampfhandlung von den Stabsquartieren aus erfolgt.

Aufklärungs- und Nachrichtendienst. 20. Schnelle Aufklärung der Lage beim Feind und bei den eigenen Truppen und schnelle Ausnutzung der Aufklärungsergebnisse sind für den Ausgang der Schlacht von hoher Bedeutung.

Es kommt zunächst darauf an, die feindlichen Vorbereitungen (s. Ziff. 4), die Ausdehnung des feindlichen Angriffs und seinen Beginn, später Verschiebungen

Digitized by Google

des Feindes und die Einstellung seines Angriffs rechtzeitig zu erkennen und für den Kampf zu verwerten.

Für den zweckmäßigen Einsatz, die einheitliche Verwendung und das reibungslose Zusammenarbeiten aller Nachrichtentruppen eines Verbandes ist die betreffende Kommandobehörde verantwortlich.

Bei jedem höheren Stabe befindet sich ein Nachrichten-Kommandeur, der nach den Weisungen des Generalstabes das gesamte Nachrichtenwesen in technischer Beziehung verantwortlich leitet. (Näheres vgl. Teil 9 des Sammelheftes der Vorschriften für den Stellungskrieg für alle Waffen „Nachrichtenmittel".)

Die gleiche Aufgabe hat bei jedem Regiment oder selbständigen Bataillon der Führer der Truppen-Nachrichten-Abteilung.

Die taktische Auswertung aller eingehenden Nachrichten und Meldungen ist Sache des Generalstabes, bei niedrigen Stäben des betreffenden Kommandeurs. Einem bestimmten Offizier ist die volle Verantwortung hierfür zu übertragen.

Das Hauptmittel der Fernaufklärung sind die Flieger; zur Nahaufklärung sind außer den Luftstreitkräften die Truppen (Artillerie und Infanterie) in weitestem Maße heranzuziehen. Wichtige Nachrichten werden oft auch durch Aussagen von Agenten und Gefangenen und bei Durchsuchung von gefundenen feindlichen Papieren erlangt.

21. Die A. O. Ks.*) setzen die Fernaufklärung gegen den Feind an (Bahnverkehr, Verkehr von Kraftfahrkolonnen, größere Truppenbewegungen, Bau von Bahnen, Straßen, Unterkunft, Depots) und bringen sie mit den Maßnahmen der Nachbararmee in Einklang. Ferner werden allein die A. O. Ks. auf Grund der von den unterstellten Führern einlaufenden Nachrichten und der Mitteilungen von höherer Stelle in der Lage sein, ein Urteil über die Gesamtlage beim Feinde zu gewinnen. Die Nachbararmeen und die unterstellten Generalkommandos müssen frühzeitig über die Auffassung der A. O. K. unterrichtet werden, sonst ist ein Handeln im Sinne des Ganzen nicht möglich.

22. Die Generalkommandos sorgen für Sichtung der einlaufenden Nachrichten und Weitergabe nach oben, zu den unterstellten Divisionen und zu den den Generalkommandos unmittelbar unterstehenden Truppen.

23. Der beim Divisionsstab mit der Leitung des Nachrichtendienstes beauftragte Offizier ist dafür verantwortlich, daß jede Stelle (eigene Truppen, Generalkommando, Nachbartruppen) ungesäumt das erfährt, was für sie wichtig ist. Er veranlaßt, daß Gefangene eingehend verhört werden. Wichtig ist die Feststellung des Verlaufs der beiderseitigen Stellungen, der gegenüberstehenden feindlichen Verbände, Bewegungen, Verschiebungen, Ansammlungen, feindliche Absichten, Ablösungswege und -zeiten, Sammelplätze, Empfangsstellen für Munition, Gerät und Verpflegung. Allgemein ist bei den Gefangenenvernehmungen in Verbindung mit den „Nachrichtenoffizieren der Obersten Heeresleitung" zu handeln.

Die eigene Linie wird häufig am schnellsten und genauesten durch Flieger festgestellt werden.

24. Innerhalb der Division ist beim Artillerie-Kommandeur ein Offizier mit der Leitung aller zur Artillerie gehörigen Erkundungsmittel (Flieger, Fesselballone, Beobachtungsstellen, Artillerie-Meßtrupps) zu beauftragen.

25. Bei den Infanterie-Brigaden und bei den niederen Verbänden aller Waffen ist die Einrichtung solcher Nachrichtenstellen nicht erforderlich; ihre Meldungen gehen ohne weiteres an die vorgesetzte Kommandostelle. Die Erkundungen und Beobachtungen der Infanterie werden sich vorwiegend auf feindliche Ablösungen, Veränderungen in der feindlichen Stellung (Vorarbeiten, Hindernisse), Aufstellung feindlicher Minenwerfer und Maschinengewehre, Einbau von Gasflaschen erstrecken. Unmittelbarer Nachrichtenaustausch zwischen den Infanterie- und Artillerie-Unterstäben ist

*) Gilt auch für Heeresgruppenkommandos.

Digitized by Google

notwendig, damit die Verwertung der Nachrichten (z. B. Beschießung durch Artillerie) sofort eintreten kann.

26. Die Zusammenstellung der Aufklärungsergebnisse in Karten der verschiedensten Arten und Maßstäbe und ihre Verteilung wird im großen in Verbindung mit den Kartenstellen und den Vermessungsabteilungen bei den Generalkommandos und Armee-Oberkommandos bearbeitet. Ebenso geben untere Stellen — Divisionen, Artillerie-Kommandeure, unter Umständen selbst Regimenter und Bataillone — für ihre Zwecke besondere Karten und Umdruckskizzen auf Grund der Aufklärungsergebnisse heraus. Ein Übermaß an verschiedenerlei oder dauernd instandzuhaltenden Karten ist zu verbieten.

C. Die Einzelwaffen.

I. Infanterie. 27. Die infanteristische Verteidigung muß dem Umstand Rechnung tragen, daß selbst guter Ausbau und starke Besetzung starrer Linien keine sichere Gewähr für ein Abweisen feindlicher Angriffe bieten. Hat der Gegner eine Stellung und ihre Besetzung erkannt, so kann er sie, wenn er genügend Munition aufwendet, stets zusammentrommeln. Dagegen ist er nicht in der Lage, größere Flächen gleichmäßig und dauernd mit Munition so zuzudecken, daß jeder Widerstand erstickt wird.

Anderseits genügen wenige Gewehre und Maschinengewehre, wenn sie bis zum Sturm gefechtsfähig erhalten werden und rechtzeitig zum Feuern kommen, um selbst stärkere feindliche Angriffe abzuweisen.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß der Angreifer um so mehr in nicht vorherzusehende Lagen kommt, je tiefer er in die Stellung des Verteidigers eindringt. Unerwarteter Widerstand, vor allem Flankierung, Hindernisse, plötzliche Angriffe, Verluste, Versagen der Befehlsverbindungen und der Artillerieunterstützung werden ihn um so mehr in Verwirrung bringen, je mehr der Verteidiger das Kampffeld in dieser Erkenntnis ausbaut, besetzt und benutzt.

Auf vorstehende 3 Punkte gründen sich Stellungsbau, Kräfteverteilung und Kampfführung.

Stellungsbau. 28. Die Stellungen der Infanterie sollen

a) die Besatzung und die Reserven möglichst gefechtsfähig erhalten. Hierzu dienen vor allem die **Unterstände.** Sie bilden das Rückgrat der Stellung;

b) sichere Sturmabwehr gestatten. Hierfür sind am wichtigsten: Hindernisse, Beobachtungsstände und Maschinengewehrstände;

c) zähe, schrittweise Verteidigung und Wiedereroberung verloren gegangener Teile ermöglichen. Dies bedingt Tiefengliederung und Ausnutzung aller Flankierungsmöglichkeiten im Innern der Stellung und im Hintergelände sowie Beobachtungseinrichtungen daselbst.

Am wichtigsten ist der Bau der Unterstände. Stets ist schußsichere Unterbringung aller Reserven auch im vorderen Kampfgelände anzustreben, während dies für die vordersten Postierungen meist nicht möglich ist, da tiefminierte Unterstände in vorderer Linie nach Beseitigung der Hindernisse Menschenfallen sind. Damit sie nicht im Drange der Schlacht benutzt werden, müssen sie rechtzeitig unbrauchbar gemacht werden. Wird eine frühere Unterstandslinie im Laufe des Kampfes zur vorderen Linie, so sind auch in diesem Fall die vordersten tiefminierten Unterstände zu zerstören, falls nicht ein starkes Hindernis die Gewähr gibt, daß die Besatzung rechtzeitig aus den Unterständen herauskommt.

Je mehr Anlagen aller Art im übrigen vorhanden sind, je mehr sie im Gelände verteilt sind, und je weniger sie vom Feinde von der Erde und aus der Luft erkannt werden, um so

Digitized by Google

schwerer wird es für den Feind, die wichtigsten Stellen zu erkennen und sein Feuer auf diese zusammenzufassen, um so mehr Munition und Zeit muß er zur Zerstörung der Befestigungsanlagen verwenden.

Ein Angriff gegen unzerstörte Stellungen hat wenig Aussicht auf Erfolg. Der Verteidiger zwingt also den Angreifer zu um so größeren Vorbereitungen, je besser er seine Stellung ausgebaut hat. Große Angriffsvorbereitungen aber wird der Verteidiger erkennen (vgl. Ziff. 4). Dadurch gewinnt er Zeit und die Möglichkeit zu rechtzeitigen Gegenmaßnahmen.

29. Im Kampfe verwandeln sich die Stellungen allmählich in Trichterfelder, deren Ausbau zu durchlaufenden Linien mit Hindernissen und Unterständen während des heftigsten Kampfes vergebliche Arbeit ist. Man schont besser die Kräfte für die unmittelbaren Kampfaufgaben. Sobald jedoch einigermaßen Ruhe eintritt, sind unauffällig Verbindungen, Hindernisse und vor allem Unterstände im Trichtergelände herzustellen, falls dieses nach Abflauen der Kämpfe Dauerstellung werden soll. Dieser Ausbau ist nötig, um Führung und Versorgung zu ermöglichen; die Truppe verbraucht sich sonst zu schnell. Der Ausbau wird auch den Feind wiederum zu großen Vorbereitungen bei Erneuerung des Angriffs zwingen.

30. Sogleich nach Erkennen der feindlichen Angriffsvorbereitungen muß verstärkter Ausbau des rückwärtigen Geländes einsetzen, der auch während des Kampfes mit allen Mitteln fortzusetzen ist. Je mehr schußsichere Unterstände, Flankierungsanlagen, maschenförmige Hindernislinien, Kampf- und Verbindungsgräben usw. entstehen, um so schwieriger und zeitraubender wird der Angriff, um so planmäßiger und mit um so mehr Kräfteschonung kann die Verteidigung geführt werden.

Die in Bereitschaft und in Reserve befindlichen Truppen sind zu diesen Arbeiten heranzuziehen. Bei zweckmäßiger Zeiteinteilung und richtiger Anleitung durch die höhere Führung werden schnell zahlreiche Anlagen entstehen, ohne daß die notwendige Ruhe über Gebühr geschmälert wird. Über Lage und Belegungsfähigkeit der Unterstandsgruppen sind Skizzen zu führen. Sie geben der Führung bessere Anhaltspunkte über die Verteidigungsfähigkeit einer Stellung als die üblichen durchlaufend gezeichneten Grabenlinien.

Kräfteverteilung. 31. Die Besetzung hat dem Gedanken Rechnung zu tragen, daß dem feindlichen Feuer nirgends dichte Ziele geboten werden dürfen und daß der Kampf nicht in einer starren Linie, sondern in einer mehr oder weniger tiefen Kampfzone geführt wird. Die Besetzung aller Kampfstellungen muß also dünn sein und sich stark nach der Tiefe gliedern.

Anderseits muß Einwirkung der Führung und Möglichkeit der Versorgung bestehen. Die Besetzung muß daher einen gewissen Zusammenhang haben. Bei vereinzelt liegenden Leuten stellt sich leicht ein starkes Einsamkeitsgefühl ein, das die Widerstandskraft lähmt. Im schweren Kampf entstehen dann leicht Lücken, in denen sich unbemerkt feindliche Nester bilden. Die Kampfbesatzung ist daher truppweise in Anlehnung an unauffällige, schachbrettförmig liegende Anklammerungspunkte zusammenzuhalten. Mit allen Mitteln ist für Beobachtung und Verbindung innerhalb der Stellung zu sorgen. Dies ist auch Vorbedingung für die angestrebte bewegliche und offensive Kampfführung (vgl. Ziff. 38 ff.).

32. Bei der Aufstellung aller Truppen ist sorgfältig auf Deckung gegen Sicht und Feuer und auf geschickte Verteilung im Gelände zur Täuschung des Feindes und zur Vermeidung unnötiger Verluste zu achten.

Je weniger der Angreifer weiß, wo er die Hauptkraft der Verteidigung zu suchen hat, wo die Hauptkampfzone, die wichtigsten Flankierungsanlagen, die stärksten Reserven usw. stehen, desto unsicherer werden die Voraussetzungen seines Angriffs. Der Verteidiger muß daher Besetzung und Verteidigungsplan den jeweiligen Kampfverhältnissen anpassen und sie nach Bedarf

Digitized by Google

wechseln. Die Unterstände oder Unterstandsgruppen sollen hierbei Unterbringung in kleinen Verbänden ermöglichen, dabei aber doch Führung und Versorgung erleichtern. Einzelne Gehöfte, Waldstücke, Mulden und Talwege, die erfahrungsgemäß viel Feuer erhalten, sind zu vermeiden.

33. Die Art der Besetzung hat ferner der Gefechtsaufgabe, dem Gefechtszweck und den Verschiedenheiten in der Heftigkeit des Kampfes und der Witterung zu entsprechen. Beobachtung und Abweisung feindlicher Angriffe müssen aus allen Linien ohne zeitraubende Entwicklung möglich sein. Kann der Feind stärkere Kräfte nahe an die Stellungen des Verteidigers gedeckt heranführen, so ist besondere Vorsicht geboten.

Postierungen, die lediglich der Beobachtung dienen, sind anders aufzustellen und zu unterweisen als solche, die den feindlichen Angriff abweisen sollen. Bereitschaften für Gegenstöße müssen aus ihrer Aufstellung heraus sogleich zu ihrer voraussichtlichen Kampfaufgabe antreten können. Die Aufstellung wird eine wesentlich verschiedene sein, wenn Kampf bis auf den letzten Mann oder nur Täuschung, Zeitgewinn und spätere Aufgabe des Kampfgeländes (z. B. bei einer Vorfeldzone oder Vorpostenstellung) beabsichtigt ist.

Bei Nacht und namentlich bei Nebel wird häufig eine Verstärkung bestimmter Stellen oder näheres Heranziehen der Reserven notwendig. Oft ist eine besondere Nebelbereitschaft vorzusehen.

Regelung des Gasalarms bedarf je nach Umständen besonderer Maßnahmen.

34. Wichtige rückwärtige Verteidigungsanlagen, besonders die Flankierungsanlagen und rückwärts liegende Stütz- und Anklammerungspunkte an den Abschnittsgrenzen müssen von einer besonderen Sicherheitsbesatzung besetzt sein, da sonst ihre Verteidigung und damit die Begrenzung eines feindlichen Anfangserfolges nicht sichergestellt ist. Für besonders wichtige Stützpunkte werden verantwortliche Kommandanten ernannt.

Notwendig ist ferner meist ein unmittelbarer Schutz der Artillerie durch ständige Besetzung der vor ihr befindlichen Infanterieverteidigungsanlagen (Artillerieschutzstellung) in Verbindung mit den Scharfschützenabteilungen (vgl. Ziff. 36).

Zur Sicherung der Flanken genügen Sicherheitsbesatzungen allein nicht. Hierfür sind auch Abteilungen mit offensiver Betätigung zu bestimmen, namentlich an den Abschnittsgrenzen der Gruppen und Divisionen.

Auch in den rückwärtigen Linien ist für einen Zusammenhang in der Besetzung und eine genau eingerichtete Beobachtung zu sorgen. Eine Überraschung einzelner Teile der Besatzung durch etwa durchbrechenden Feind muß vollständig ausgeschlossen sein.

35. Die Befehlsstellen der Infanteriekommandeure (Brig., Regt., Batl.) müssen so liegen, daß eine Einwirkung auf die Truppe möglich ist. Die dauernde Beobachtung des Umgeländes von diesen Befehlsstellen aus und die Verbindung mit der vorderen Linie, den Reserven und den Nachbartruppen muß auch bei stärkstem feindlichen Feuer sichergestellt sein. Alle Führer müssen die Möglichkeit haben, selbst zu sehen, um richtig und schnell handeln zu können. Zweckmäßig hält sich jeder Infanterieführer in seiner unmittelbaren Nähe einige Maschinengewehre und Infanterietrupps (Stoßtrupps und Spähtrupps) zu sofortigem Einsatz zum Kampf oder zur Aufklärung zur Verfügung.

Die Führung des Kampfes in der vordersten Zone ist Sache des Kampftruppenkommandeurs (Führer des Kampfbataillons). In den Regimentsabschnitten führen die Regimentsstäbe; sie sorgen insbesondere für Sicherung an den Abschnittsgrenzen, für richtige Verwendung der Reserven, für Verbindung und für den Nachschub, während dem Infanterie-Brigadekommandeur die gleichen Aufgaben für die gesamte Infanteriekampfzone der Division sowie der Ausgleich und die gegenseitige Unterstützung der Regimentsabschnitte zufallen.

Digitized by Google

36. Das Gerippe der Besetzung bilden die Maschinengewehre.

Die schweren Maschinengewehre werden unter Zuweisung von kleinen Infanterietrupps tiefgegliedert und meist flankierend in den Anklammerungspunkten möglichst versteckt derart eingesetzt, daß alle Gräben und jeder Punkt im Zwischengelände vorwärts und rückwärts der eigenen vorderen Linie unter flankierendem und sich kreuzendem Maschinengewehrfeuer liegt. Rückwärtige Maschinengewehre greifen in das Gefecht in der vorderen Kampfzone durch direktes oder indirektes Fernfeuer ein.

Am weitesten rückwärts (1 bis 3 km hinter der vordersten Linie) ist die Tiefenzone der schweren Maschinengewehre der Scharfschützenabteilungen einzurichten. Sie ist bestimmt, einen feindlichen Durchbruch aufzufangen und bildet in der Regel die unmittelbare Sicherung vorwärts der vordersten Artilleriestellungen.

Ein Teil der in der Tiefenzone eingesetzten Maschinengewehre ist von vornherein zur Bekämpfung niedrig fliegender feindlicher Flieger zu bestimmen, im Gelände gut gedeckt für diese Aufgabe geeignet aufzustellen und stets schußbereit zu halten. Zusammenwirken mehrerer Maschinengewehr-Gruppen ist von ausschlaggebender Bedeutung. Mit Einsetzen des Infanteriekampfes und dem damit verbundenen Auftreten zahlreicher Infanterieflieger muß jede Maschinengewehr-Gruppe, die nicht durch die Abwehr des feindlichen Infanterieangriffs in Anspruch genommen ist, zur Fliegerbekämpfung in der Lage sein.

Zugweise Verwendung der schweren Maschinengewehre ist die Regel, weil sonst die Dienstaufsicht fehlt, die allein gute Beobachtung und rechtzeitige Gefechtsbereitschaft verbürgt. Die Maschinengewehrmannschaften werden durch die Zuteilung von Infanteristen nicht von der Pflicht entbunden, selbst für Beobachtung, Verbindung und rechtzeitige Gefechtsbereitschaft zu sorgen.

Die leichten Maschinengewehre bleiben bei der Truppe. Sie werden zum kleineren Teil auf die Besatzung der vorderen Linien, zum größeren Teil auf die zum Gegenstoß bereitgestellten Bereitschaften und Reserven, auf die Befehlsstellen und auf die Sicherheitsbesatzungen verteilt.

37. Die Masse der Infanterie ist im Kampffeld in großer Tiefe zu verteilen.

Für die Gliederung der Infanterie einer Division ist es als Regel anzusehen, daß die drei Infanterie-Regimenter flügelweise eingesetzt werden. Innerhalb des Regiments hat sich die Dreiteilung in Kampfbataillon, Bereitschaftsbataillon, Reservebataillon am besten bewährt.

Das Kampfbataillon kann bei breiten Abschnitten alle vier Kompagnien nebeneinander eingesetzt haben, die Kompagnien in sich in mehreren Linien tief gegliedert (500 bis 1000 m tief je nach Gelände und Breite des Abschnitts).

Das Bereitschaftsbataillon steht dahinter im Gelände nach Tiefe und Breite verteilt gleichfalls in Gefechtsgliederung.

Am weitesten rückwärts wird das Reservebataillon so lange wie möglich für Ruhe und Ausbildung zurückgehalten. Steht Großkampf bevor, so ist es für erhöhte Gefechtsbereitschaft an vorher erkundete Stellen vorzuziehen.

Sicherheitsbesatzungen werden meist dem Kampf- oder dem Bereitschaftsbataillon entnommen.

Vorstehende Gliederung ist keinesfalls als starre Form anzusehen. Es kann auch notwendig sein, nur zwei Regimenter einer Division oder von einzelnen Regimentern mehr als ein Bataillon in vorderer Linie oder vom Kampfbataillon nur zwei oder drei Kompagnien nebeneinander einzusetzen. Jede Gliederung ist berechtigt, die dem Gefechtszweck, dem Gelände und der Lage des feindlichen Artilleriefeuers angepaßt und für langes Aushalten einer Truppe in der Stellung günstig ist.

Kampfführung. 38. Der Angreifer wird zunächst durch kürzeres oder längeres Vorbereitungsfeuer die Verteidigungsstellungen zu zerstören und ihre Besatzung zu zermürben suchen.

Digitized by Google

Demnächst wird er den Umfang der Zerstörung der Stellungen und die Widerstandskraft der Besatzungen durch Patrouillen feststellen wollen. Ihr Vorgehen ist jederzeit zu erwarten; sie sollen gleichzeitig den Verteidiger zu ständiger Bereitschaft zwingen.

Zu großem Infanterieangriff mit weit gesteckten Zielen sind größere Bereitstellungen nötig, die oft nur bei Nacht stattfinden können. Bleiben die bereitgestellten Kräfte während des Tages in der Stellung und werden sie erkannt, so werden sie leicht zerschlagen, ehe sie zum Angriff kommen. Große Infanterieangriffe finden daher oft frühmorgens nach ganz kurzer, aber um so stärkerer Steigerung des Artillerie- und Minenfeuers statt.

Häufig legt sich der Gegner zum Großangriff dicht vor den vordersten Postierungen des Verteidigers in dicht aufgeschlossenen Linien nieder und beginnt von hier aus das wellenweise Vorgehen im Schritt mit enger Fühlung.

Es würde jedoch einen schweren Fehler bedeuten, die Verteidigung allein hierauf festzulegen. Der Verteidiger muß vielmehr stets auf wechselnde Methoden und Zeiten des Infanterieangriffs gefaßt sein.

39. Gegenüber der gewaltigen Feuerkraft des Angriffs kann der Verteidiger von seiner Infanterie nicht verlangen, daß sie das feindliche Feuer nur duldend über sich ergehen läßt. Sie muß vielmehr den Erfordernissen des Kampfes entsprechend eine gewisse Bewegungsfreiheit haben, um nicht schon vor Beginn des Infanterieangriffs zermürbt zu werden.

Die Feuergewohnheiten des Feindes sind daher planmäßig zu beobachten. In die dadurch erkannten feuerarmen Räume ist die Aufstellung — auch von Bereitschaften, Reserven, Sicherheitsbesatzungen — von Fall zu Fall zu verlegen.

Meist werden die ausgebauten Stellungen durch das Vorbereitungsfeuer des Feindes am stärksten zu leiden haben. Die Verluste sind dann bei Aufstellung im offenen Gelände oder in Trichtern, solange die Besetzung noch nicht erkannt ist, meist erheblich geringer, als wenn die Truppe in den erkannten Stellungen bleibt. Unter Umständen sind selbst Befehls- und Beobachtungsstellen zu verlegen. Die Gräben und die ausgebauten Stellen saugen dann das feindliche Feuer auf und leiten es irre; sie werden in der Hauptsache nur in ruhigeren Zeiten zum Wohnen, zum Verkehr und zum Schutz gegen die Witterung benutzt.

Wenn so ein Ausweichen im beschränkten Umfange gestattet ist, so muß doch das Bewußtsein in der Truppe lebendig bleiben, daß als Ergebnis des Kampfes jede Truppe das ihr anvertraute Gelände restlos in der Hand behalten muß, und daß dauernde Räumung irgendeines Geländestückes nur auf höheren Befehl erfolgen darf. Sie muß wissen, daß sie zunächst so lange wie möglich ein Eindringen des Gegners überhaupt zu verhindern und daß sie den etwa vorübergehend eingedrungenen Gegner zu vernichten oder hinauszuwerfen hat.

40. Namentlich in der vordersten Zone werden bei einsetzendem Artillerieangriff bald nur noch Trichterstellungen vorhanden sein. In ihnen entstehen Schützennester von einzelnen Gruppen und Trupps. Der Einfluß der Führer reicht hier nur so weit, als sie Leute unmittelbar um sich haben. Beherzte Mannschaften werden dann gleich ihnen die Träger des Kampfes. Durch Ruhe und vorbildliches persönliches Verhalten werden sie ihre Leute widerstandsfähig und zu schnellem Gegenstoß bereit erhalten. Patrouillen und Infanteriebeobachter innerhalb der eigenen Stellungen gewinnen außerordentliche Bedeutung.

In solcher Gefechtslage ist ein Verdichten der Besatzung der Kampflinie und ein wiederholtes Auffüllen nicht zweckmäßig. Die Besatzung erleidet vermehrte und immer neue Verluste, die nicht zu rechtfertigen und daher für die Moral der Truppen schädlich sind.

Digitized by Google

Auch die Besatzung der vordersten Linien ist daher nicht starr an ihren Platz gebunden, sondern darf stärkstem feindlichen Feuer in räumlich beschränkten Grenzen in die feuerarmen Räume nach vorn, seitlich oder rückwärts auf die nächsten Unterstützungen zu ausweichen. Am besten ist Ausweichen nach vorn; es führt am ehesten aus dem feindlichen Feuer. Bei Ausweichen nach der Seite oder nach rückwärts auf die nächsten Unterstützungen ist die Gefahr vorhanden, daß die Verbindung in der Kampflinie verloren geht und der Feind sich in ihr unbemerkt einnistet.

Bricht die feindliche Infanterie gegen unsere Linien zum Angriff vor, so muß sich der Infanterist bewußt sein, daß die sichersten Mittel zur Abwehr sein eigenes Feuer, die Handgranate und die blanke Waffe sind und daß schon wenige Maschinengewehre den feindlichen Ansturm brechen. Die artilleristische Sturmabwehr ist eine wesentliche Hilfe; sie genügt aber für sich allein nicht zur Abwehr starker feindlicher Angriffe.

Das Feuer aller Gewehre und Maschinengewehre, die aus der Kampflinie und den rückwärtigen Verteidigungsanlagen gegen den heranstürmenden Feind wirken können, hat sich gegen ihn zu richten. Gegen ihn wendet sich auch das Feuer der Artillerie, der Minen- und Granatwerfer. Das Feuer der hinteren Anklammerungspunkte muß durch die Lücken zwischen den weiter vorn befindlichen hindurchschlagen. Auch indirektes Maschinengewehrfeuer kann nutzbringend sein.

Gelingt es trotzdem der feindlichen Infanterie, in die Kampfzone einzudringen, so hat das Sperrfeuer der Artillerie die feindliche Infanterie von ihren nachrückenden Angriffswellen und Reserven sofort abzuriegeln, während gegen die eingedrungene feindliche Infanterie flankierendes und frontales Gewehr- und Maschinengewehrfeuer gerichtet wird. Im besonderen haben Minen- und Granatwerfer den sich festsetzenden Feind unter Feuer zu nehmen. Auch die Artillerie muß sich wirksam beteiligen (vgl. Ziff. 54 und 56).

Die dadurch hervorgerufene schwierige Lage des eingedrungenen Gegners haben ohne weiteren Befehl die seitwärts oder rückwärts ausgewichenen Teile der Grabenbesatzungen und die an der Einbruchstelle bereitliegenden Unterstützungen, denen ihre Aufgabe in Fleisch und Blut übergegangen sein muß, auszunutzen und zum sofortigen Gegenstoß und zur Wiedereroberung des Verlorenen bis zur vordersten Linie, unter Umständen unter dem feindlichen Artilleriefeuer hinweg, hervorzubrechen. Im Kampfe Mann gegen Mann ist der Feind mit Handgranaten und blanker Waffe zu vernichten.

Der offensiven Verteidigung, dem sofortigen Gegenstoß, kommt damit entscheidende Bedeutung zu. Er trifft den erfolgreichen Angreifer in oder unmittelbar nach seinem Erfolge, also oft in einem Zustande der Schwäche möglichst überraschend und flankierend. Er ist das wirksamste und mit dem geringsten Aufwand an Menschenleben und Munition durchführbare Mittel, die Lage schnell und entscheidend herzustellen. Jeder Mann, der in der vorderen Kampfzone kämpft, muß sich bewußt sein, daß er durch Ausharren, auch wenn er von allen Seiten umfaßt ist, den sicher kommenden Gegenstoß erleichtert und an seiner eigenen Befreiung mitwirkt. Im vollen Vertrauen hierauf wird er, so lange er noch die Waffen führen kann, weiterkämpfen. Wesentlich für den Erfolg dieser Kampfweise ist es, daß der Einfluß der Führung auch bei den auflösendsten Einzelkämpfen sich immer wieder durchsetzt.

Nach gelungenem Gegenstoß ist sofort wieder der alte Besetzungszustand, also dünne Besetzung und tiefe Gliederung, wiederherzustellen, damit dem zu erwartenden verstärkten feindlichen Feuer keine günstigen Ziele geboten werden.

Sicherheitsbesatzungen beteiligen sich am Gegenstoß nicht. Hierüber muß unbedingt Klarheit bestehen.

Digitized by Google

41. Kann die Besatzung der vordersten Kampfzone den Gegner hinauswerfen oder aufhalten, so ist der sofortige Gegenstoß zurückgehaltener Reserven auf Befehl anzusetzen, so lange der Gegner in dem fremden Grabensystem die Verteidigung noch nicht organisiert hat und so lange er noch im Kampfe mit den Grabenbesatzungen und örtlichen Reserven um Anklammerungspunkte usw. steht.

Der Vorstoß erfolgt durch Aufrollen von der Seite her oder in lichten Wellen oder durch beides gemeinsam.

Flankierung erhöht stets die Aussichten auf Erfolg. Feuerschutz durch rückwärtige und staffelweise vorgehende Maschinengewehre, durch Granat- und Minenwerfer, durch offen auffahrende und direkt feuernde Geschütze sowie durch rückwärts stehende Artillerie ist notwendig.

Sicherheitsbesatzungen beteiligen sich auch an diesen Vorstößen nicht.

Verfügt die Kampfdivision über ausreichende Kräfte, so stellt sie für diese Gegenstöße taktische Reserven mit bespannter Artillerie unter einheitlichem Befehl bereit. Fehlt es an solchen Reserven, so müssen in kritischen Gefechtsmomenten die Divisionen zweiter Linie nahe herangehalten werden.

Solche Gegenstöße sind so vorzubereiten (Erkundung und praktische Übung im Gelände!), daß sie sofort einsetzen können, wenn der Gegner eingebrochen ist. Die rechtzeitige Freigabe und genügend nahes Heranhalten der Reserven ist ausschlaggebend für ihren Erfolg. Auf den Befehl höherer Stellen darf daher nicht immer gewartet werden. Verspätet angesetzte Gegenstöße unterscheiden sich in nichts von übereilten Gegenangriffen. Sie sind zwecklos und zu verbieten.

Anderseits ist zu bedenken, daß viele Hilferufe aus vorderster Linie erfahrungsgemäß unberechtigt oder verfrüht sind. Verfrühtes Alarmieren und Heranziehen von Reserven erschöpfen deren Kampfkraft nutzlos, verursachen vermeidbare Verluste und verführen die unteren Führer zu übermäßiger Verdichtung des vorderen Kampffeldes.

Um die Verluste der Reserven bei Bewegungen im schweren feindlichen Feuer zu verringern, sind Wege festzulegen, die weniger unter feindlichem Feuer liegen; Feuerpausen sind auszunutzen. Reserven, die im Kampf zu nahe herangekommen sind und vorn nicht mehr gebraucht werden, sind rechtzeitig wieder zurückzuziehen, damit keine fehlerhafte Verdichtung der Kampfzone an einzelnen Stellen eintritt. Ordnung der Verbände ist sehr wichtig.

42. Gelingt es nicht, den eingedrungenen Feind sofort hinauszuwerfen oder zu vernichten, so führt nur ein planmäßig angelegter Gegenangriff zur Wiedereroberung. Bedingungen hierfür sind: genaue Aufklärung der Stellungen der feindlichen Infanterie, Artillerie, Maschinengewehre und Minenwerfer, Zeitlassen für die Vorbereitungen (mehrere Tage), Vorüben an besonderen Übungswerken, Zusammenwirken der eigenen Infanterie mit Artillerie, Minenwerfern und Fliegern, Verwendung der besonders ausgebildeten Stoßtrupps mit Hilfswaffen (Flammenwerfer, Infanteriegeschütze).

Nicht immer ist indes die Wiedereroberung verloren gegangener Stellungsteile geboten (s. Ziff. 6).

Verzichtet die Führung auf Zurückeroberung, so muß durch Befehl die neue Stellung in ihrem Verlauf festgestellt und eingerichtet werden. Zerschossene, ungünstig geformte oder vom Feinde flankierte Grabenstücke oder Trichterfelder, die ohne Bedeutung für die Gesamtlage sind, zu halten, ist falsch. Halbe Maßnahmen sind hier besonders schädlich. Ein ganzer Entschluß muß gefaßt werden. Klare Anordnungen sind in keinem Fall nötiger als hier.

43. Bei Gegenstoß und Gegenangriff muß den für sie bestimmten Verbänden stets Zeit und Gelegenheit zur eingehenden Unterrichtung über Gelände und Kampfverhältnisse und zur Vorbereitung des Angriffs gegeben werden. Beim Gegen-

Digitized by Google

angriff brauchen alle diese Vorbereitungen erst nach dem Entschluß zum Angriff getroffen zu werden. Zur Ausführung ist Zeit reichlich vorhanden, da es nicht darauf ankommt, ob der Angriff früher oder später geführt wird. Beim Gegenstoß hingegen muß den Führern und Unterführern der zum Gegenstoß bereitgestellten Truppen und nach Möglichkeit auch diesen selbst vor dem Beginn des feindlichen Angriffs die Möglichkeit zu diesen Vorbereitungen gegeben werden und eine dauernde enge Verbindung über die Einzelheiten der taktischen Lage zwischen den Führern der zum Gegenstoß bestimmten Truppen und den vorn befindlichen Führern bestehen. Sonst sind Verluste und Fehlschläge die unvermeidlichen Folgen. Es ist die ernste Pflicht der oberen Führung, dafür zu sorgen, daß ein Verband niemals in ihm völlig unbekannte Kampfverhältnisse geworfen wird. Die untere Führung hat die ihr hierfür gegebene Zeit auf das sorgsamste auszunutzen. Dies gilt sowohl für den Einsatz der kleinen örtlichen Reserven, wie für die weiter rückwärts befindlichen größeren Truppenkörper.

Zu vermeiden ist, daß zur Erfüllung einer Angriffsaufgabe, ob Gegenangriff oder Gegenstoß, zu starke Infanteriekräfte angesetzt werden. Die Eingreifdivisionen werden nur sehr selten zum geschlossenen Einsatz kommen. Je beschränkter die Angriffsziele des Feindes werden, desto mehr muß die Stellungsdivision mit eigenen Kräften auskommen. Der Führer muß sich stets fragen, mit wie wenig Infanterie er auskommen kann. Die Stärke, auch der angriffsweisen Verteidigung, liegt keineswegs in der Masse der Truppen, sondern in der geschickten Art der Verwendung, insbesondere im guten Zusammenwirken der Waffen und in der Schnelligkeit und Energie des Handelns. Die Führung — bis herab zum Gruppenführer — spielt daher eine ausschlaggebende Rolle. Immer wieder muß erstrebt werden, größere Verbände (Kompagnien, Bataillone) zu einheitlichem Handeln zusammenzufassen, ohne sie jedoch durch örtliche Massierung unnötigen Verlusten auszusetzen. Bei feindlichem Großangriff erreichen einzelne Leute oder sehr kleine Abteilungen oft mehr durch Schießen als durch Vorlaufen.

Ablösung. 44. Häufige Ablösung der Infanterie ist vom Standpunkt der Truppe und von dem der Truppenführung unerwünscht, da der Wechsel die Eingewöhnung verhindert und den Eifer für den Stellungsbau verringert. Während einer schweren Schlachthandlung leidet jedoch eine in die vorderen Linien eingesetzte Truppe in wenigen Tagen, selbst bei geringen blutigen Verlusten, durch die seelischen Eindrücke derart, daß ihre Gefechtskraft erheblich beeinträchtigt wird. Sie muß abgelöst werden, bevor sie ausgebrannt ist. Die Führung wird sonst gezwungen, neue Truppen übereilt und unvorbereitet in den Kampf zu werfen und dadurch deren Gefechtskraft von vornherein zu schädigen.

Die abgelöste Truppe muß, soweit sie nicht abbefördert und an einer ruhigen Front eingesetzt werden kann, außerhalb des feindlichen Artilleriefeuerbereichs zurückgezogen werden; nur dann ist die Wiederherstellung ihrer Kampfkraft und erneuter Einsatz nach kurzer Zeit möglich.

45. Erfahrungsgemäß kommen bei Ablösungen leicht Unordnung und Verlust von Geländestücken vor. Eingehende Vorbereitung und schärfste Aufsicht sind notwendig, um Abbröckeln während des Vormarsches der ablösenden Truppe oder vorzeitiges Verlassen der Stellung seitens der abgelösten Truppe zu vermeiden.

Verlusten bei der Ablösung muß durch Ausbau der Verbindungs- und Annäherungsgräben vorgebeugt werden. Stark beschossene Geländeteile sind zu vermeiden, Kolonnenwege mit Wegweisern (Leuchtfarbe) festzulegen; die Mitgabe von Führern und Wegeskizzen ist erforderlich. Die beste Marschform bei Nacht außerhalb der Gräben ist Reihenkolonne; bei Tage können sich oft nur einzelne Leute sprungweise bewegen.

Der abzulösende Truppenteil hat wenigstens so lange Kommandos in der Stellung zurückzulassen, bis durch Offiziere, die nach jeder Ablösung die Stellung ab-

Digitized by Google

gehen, geprüft ist, ob die Besetzung keine Lücken aufweist und ob der Anschluß überall gewahrt ist.

Gleiche Gesichtspunkte gelten sinngemäß bei Verschiebung der Gefechtsstreifen.

Verbindungen und Nachschub. 46. Die Nachrichtenverbindung von den vorderen Kampflinien nach rückwärts, sowohl zu den eigenen Führern wie zu den anderen Waffen, stößt bei andauerndem, starkem feindlichen Feuer auf die größten Schwierigkeiten; ihre Aufrechterhaltung ist aber unbedingt notwendig. Dauernde Kontrolle der Beobachtungsstellen und Befehlsübermittlungsübungen sind daher geboten, so oft Kampfpausen eintreten.

Drahtverbindungen werden leicht zerstört; trotzdem muß dauernd an ihrer Wiederherstellung gearbeitet werden, da für die Gefechtsführung und Versorgung der Fernsprecher auf die Dauer nicht durch andere Mittel ersetzt werden kann.

Wesentlich weniger empfindlich gegen feindliches Feuer sind Lichtsignalverbindungen, Funkenstationen und Erdtelegraphie. Der Einsatz dieser Mittel ist aber zahlenmäßig beschränkt; sie sind deshalb ebenso wie die Brieftauben, die sich auch im stärksten Feuer als zuverlässig erwiesen haben, nur zu den wichtigsten Verbindungen zu verwenden.

47. Alle diese Mittel bedürfen der Ergänzung durch sorgsame Einrichtung des Meldedienstes, durch Läufer, Meldehunde, Signalwerfer und ähnliches. Es muß von der Infanterie erreicht werden, daß sie ihre Führer und Nachbarn sowie die vor ihren Abschnitt schießende Artillerie über die Lage in vorderer Linie dauernd unterrichtet. Die Infanterie muß hierbei von den Führern und der Artillerie durch Vorsenden von Aufklärern unterstützt werden.

Auf diese Weise werden allerdings oft nur Einzelheiten festgestellt werden. Einen Gesamtüberblick verschaffen sich die höheren Führer am schnellsten durch Infanterieflieger (siehe hierüber Vorschrift für Infanterieflieger).

Für den Meldedienst halten sich außerdem die Infanterieführer Spähtrupps zur Verfügung. Sie bestehen aus ausgesuchten Leuten (Melder), die im Gelände gut orientiert sind, und werden nach Bedarf an solche Stellen entsandt, von denen auf andere Weise keine klare Meldung zu erzielen ist, also meist an die schwierigsten Kampfstellen. Als Führer sind in wichtigen Fällen Offiziere zu bestimmen.

Auch Meldereiter haben sich, besonders beim Kampf von Eingreiftruppen, vielfach bewährt.

48. Der Nachschub von rückwärts bis zu den vorderen Linien, um deren Besatzung mit allen ihren Bedürfnissen, namentlich Munition, Nahkampfmitteln, Verpflegung (Getränken) zu versorgen, ist ebenso schwierig als wichtig. Von vornherein ist Vorsorge zu treffen, daß vom Feinde erkannte und durch Feuer gesperrte Wege durch andere erkundete und festgelegte Verbindungen ersetzt werden können. Der Kennzeichnung aller Verbindungen durch Tafeln und Zeichen mit Leuchtfarben ist besonderer Wert beizumessen. Jede Truppe muß wissen, welche Verbindung ihr zugewiesen ist.

49. Der Nachschub wird oft dadurch sichergestellt werden können, daß jedes eingesetzte Regiment einen eigenen Nachschubdienst mit Trägerkolonnen unter Leitung eines besonderen tatkräftigen Offiziers einrichtet. Diese Kolonnen sind tagsüber in der Nähe der vordersten Pionier- und Verpflegungsdepots unterzubringen; hier ist alles bereitzustellen, was nach vorn gebracht werden muß. Der Transport von hinten nach den Depots durch Pferdekolonnen und Förderbahnen kann meist nur bei Dunkelheit durchgeführt werden. Um Menschenkraft zu sparen, sind die Endpunkte des Kolonnen- oder Förderbahnbetriebes so weit wie möglich nach vorwärts zu legen.

Auf dem Rückweg von vorn wird alles mitgenommen, was zu bergen ist, z. B. zerschossenes Gerät und Waffen, Beute, Post. Jede Ablösung ist grundsätzlich als Trägerkolonne — nach beiden Richtungen — auszunutzen. Jede in die Stellung rückende Truppe hat ihren mehrtägigen Bedarf an Verpflegung, Infanteriemunition, Nahkampfmitteln, Gasabwehrwaffen mit sich zu führen.

Digitized by Google

Artillerie. Kampfaufgaben. 50. Der Artillerie fallen in der Abwehrschlacht folgende Kampfaufgaben zu:

a) Bekämpfung der feindlichen Artillerie und Minenwerfer (Ziff. 51).

b) Bekämpfung der feindlichen Infanterie und ihrer Anlagen (Ziff. 52).

c) Beschießung der rückwärtigen Reserven und Verbindungen einschl. Unterkünfte, Parks, Ballone usw., sowie Störung der Kampfführung, des Verkehrs und der Arbeit innerhalb und rückwärts der feindlichen Stellungen (Ziff. 53).

d) Sturmabwehr (Ziff. 54).

e) Bekämpfung von Panzerkraftwagen (Ziff. 55).

f) Unterstützung von Gegenstößen und Gegenangriffen (Ziff. 56 bis 57).

51. Die Artilleriebekämpfung erfolgt so lange wie irgend möglich in sorgfältig geleitetem, bis zur Erledigung des betreffenden Einzelziels durchgeführtem Zerstörungsfeuer und bezweckt Vernichtung des Geräts, der Munition und der Bedienung in den Feuerstellungen und Munitionslagern. Auch die Beschießung der Beobachtungsstellen ist aussichtsreich.

Eine völlige Niederkämpfung der gesamten Artillerie ist dadurch nicht erreichbar. Durch fortgesetzte Verluste an Gerät, Munition, Transportmitteln und Menschen kann aber vorübergehend und schließlich auch dauernd eine solche Verringerung der Kampfkraft der feindlichen Artillerie erreicht werden, daß sie ihre Hauptaufgabe, die Vorbereitung des feindlichen Infanterieangriffs, nicht ausreichend zu lösen vermag. Es werden dann die eigenen Verteidigungsanlagen mit ihrer Besatzung vom Feinde weniger stark beschossen werden; die Verluste der Infanterie werden also niedrig, ihre Kampfkraft bis zum Beginn des Infanteriekampfes erhalten bleiben. Die systematische Bekämpfung der feindlichen Artillerie ist daher eine ungemein wichtige artilleristische Aufgabe.

Wenn der Kampf seinem Höhepunkt sich nähert, ist dieses planmäßige Verfahren wegen der Schwierigkeit der Beobachtung nicht mehr immer durchzuführen. Ein roheres Verfahren, durch das eine größere Anzahl Ziele schnell gefaßt werden kann, das jedoch nur zur vorübergehenden Lähmung und Dämpfung der feindlichen Artillerie führen wird, muß Platz greifen. Hierbei wird auf Beobachtung jedes Einzelschusses verzichtet. Für die allgemeine Lage der Schüsse müssen aber ausreichende Unterlagen vorher und während des Schießens mit Hilfe von Einschießpunkten, allgemeiner Luftbeobachtung, Anmessen, Tafeln für Berücksichtigung der Tageseinflüsse und im Notfalle durch Planauswertungen gesucht werden. Streuschießen auf ausgedehnte Räume und Massenfeuer auf Artillerienester ohne genauen Anhalt für die Lage der Schüsse sind auch in dieser Lage zwecklos und daher zu verbieten.

Eine besondere Bedeutung kommt der rechtzeitigen Artilleriebekämpfung durch Gas zu. Sie kann u. U. in kurzer Zeit ausschlaggebende Störung und erheblichen Aufschub des Angriffs bewirken. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß alle Gaskampfstoffe nur gegen lebende Ziele wirken, während das Material nicht beschädigt wird und daß die Wirkung nur bei ausreichender Dichte des Gases am Ziel erreicht wird, außerdem von Witterung und Gelände stark abhängig ist. Im übrigen vergleiche die besonderen Bestimmungen über Gasschießen.

Die Bekämpfung der feindlichen Ballone ist zur Störung der feindlichen Artillerietätigkeit wichtig. Gelingt es, die feindlichen Ballone herunterzuschießen oder wenigstens weit zurückzudrücken, so wird dadurch eines der wichtigsten Beobachtungs- und Nachrichtenmittel des Feindes lahmgelegt oder doch empfindlich behindert. Die gesamte Kampfführung des Feindes kann dadurch einschneidend gestört werden. Zur Bekämpfung ist in erster Linie das schwere Flachfeuer geeignet. Für

Digitized by Google

15 cm K. 16 ist, so lange der Munitionsnachschub wegen des sehr starken Pulververbrauchs dieser Geschütze beschränkt ist, Ballonbekämpfung die wichtigste Aufgabe. Die Beschießung erfolgt zweckmäßig überfallartig nach sorgfältigem Anmessen und Ausschalten der Tages- und sonstigen Einflüsse.

Für Minenwerferbekämpfung gelten gleiche Gesichtspunkte wie für Bekämpfung der Artillerie.

Zum Kampf gegen die feindliche Artillerie sind alle Geschützarten heranzuziehen; auch die leichte Artillerie (besonders l. F. H. und K. 16) hat gegen Artillerieziele gute Wirkung.

52. Bei der Bekämpfung der feindlichen Infanterie und ihrer Befestigungsanlagen ist Zerstörung aller Gräben usw. bei der großen Zahl der Ziele nicht zu erreichen; es gibt lohnendere Aufgaben. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Zerstörung der Gräben usw. des Angreifers diesen nicht mit Sicherheit am Angriff verhindert, während die Zerstörung der wichtigsten Verteidigungsanlagen eine unerläßliche Vorbedingung des Angriffs ist. Der Verteidiger wird sich daher darauf beschränken, nur die wichtigsten Kampf-, Bereitstellungs- und Verkehrsgräben (Kreuzungspunkte), Nachrichtenverbindungen, Maschinengewehre, Unterstände und ähnliche Ziele zu zerstören.

Da nun der Gegner sich erst an unsere Stellungen heranzuarbeiten hat, wird der Beginn des Angriffs durch Zerstören seiner Annäherungsarbeiten und durch Feuerüberfälle gegen die arbeitenden Truppen hinauszuschieben sein.

Für Zerstörungsaufgaben kommen s. F. H., Mrs. und in besonderen Fällen auch schwerstes Steilfeuer, gegen schwächere Anlagen l. F. H. und bei genügendem Auftreffwinkel auch F. K. (mit langen Granaten) in Betracht. Flachfeuer wird vorteilhaft gegen aufgesetzte Brustwehren und Unterstände und zur Längsbestreichung verwendet. Feuerform: Zerstörungsfeuer, in Ausnahmefällen Vernichtungsfeuer.

Im übrigen wird der Verteidiger beim Kampf gegen die feindliche Infanterie in erster Linie erstreben, dem Feinde große blutige Verluste beizubringen. Jede Gelegenheit, lebende Ziele unmittelbar zu bekämpfen, ist daher auszunutzen, sofern der Munitionsaufwand einigermaßen im Verhältnis zum möglichen Erfolg steht (vgl. auch Ziff. 53).

Die Ausführung solcher Schießen erfolgt durch Batterien aller Art (außer schwersten), in der Regel im Vernichtungsfeuer oder im Störungsfeuer. Daneben ist beim Zerstörungsfeuer gegen feindliche Anlagen stets Nebenwirkung gegen lebende Ziele anzustreben (nicht gegen leere Gräben schießen).

Gasfeuer ist auch in der Abwehr, jedoch nicht bei der Sturmabwehr (Ziff. 54) gegen die feindliche Infanterie sehr wertvoll. Vergleiche die besonderen Bestimmungen.

53. Die Beschießung der rückwärtigen Reserven usw. erfolgt durch Störungsfeuer, Vernichtungsfeuer oder Zerstörungsfeuer.

Der Menschen-, Lasten- und Nachrichtenverkehr hinter der Schlachtfront und innerhalb der Stellungen ist bei Tag und Nacht so gewaltig, die Räume, die mit ruhenden Truppen bedeckt sind, derart ausgedehnt, daß ein überlegtes, planmäßiges Störungsfeuer sehr ernstliche Verluste und Störungen der feindlichen Kampfhandlungen hervorrufen kann. Genaue Erkundung und schnelle Ausnutzung günstiger Augenblicke sind nötig. Fliegermeldungen, Agentennachrichten, Gefangenenvernehmungen können wertvolle Aufschlüsse geben.

Der Gegner wird Wege usw., die regelmäßig beschossen werden, mindestens zeitweise vermeiden. Ziele und Zeiten des Schießens sind daher häufig zu ändern.

Derartiges Störungsfeuer ist nachts von besonderem Wert, da die Bewegung beim Feinde nachts besonders groß ist. Das Feuer muß jedoch sehr sorgfältig geregelt werden, sonst kann der Schaden der Munitionsvergeudung größer sein als der Nutzen des Schießens.

Für Lösung aller dieser Aufgaben kommen sämtliche Kaliber in Betracht, insbesondere das schwere Flachfeuer, dessen einheitliche Zusammenfassung auf großen

Digitized by Google

Kampffronten zur Steigerung der Wirkung sehr oft geboten sein wird. Das vorübergehende Vorziehen der Feldkanonen dicht an die vorderste Infanterie heran zur besseren Verwertung der Schußweiten ist von hohem Wert.

Gasschießen kann auch hier sehr gute Wirkung haben. (Vgl. hierüber die besonderen Bestimmungen.)

54. Durch die in den Ziffern 51 bis 53 erwähnte Kampftätigkeit der Artillerie soll der Feind in erster Linie während der Angriffsvorbereitungen und nach abgeschlagenem Angriff geschwächt werden. Aber auch während des eigentlichen Infanterieangriffs bieten sich im ganzen Kampffeld besonders lohnende Ziele. Es kann ausschlaggebend sein, wenn es gelingt, durch Artilleriebekämpfung, durch Beschießen des Stellungswechsels der Artillerie und des Vorziehens der Reserven sowie von Beobachtungsstellen, Ballonen, Befehlsstellen, Nachrichtenverbindungen usw. die gesamte Kampfführung des Feindes unmittelbar vor und während seines Infanterieangriffs zu stören. Die feindliche Infanterie wird dadurch unter Umständen im schwierigsten Augenblick des Angriffs, also nach gelungenem ersten Einbruch in unsere vorbereitete Kampfzone, des Feuerschutzes ihrer Artillerie beraubt, während der feindlichen Führung örtlich und zeitlich das richtige Nachziehen der Artillerie und der Reserven usw. außerordentlich erschwert werden kann. Genügend starke Artillerie muß daher gerade während des feindlichen Infanterieangriffs für diese Zwecke verfügbar bleiben.

a) Vernichtungsfeuer ist auf jedes lohnende feindliche Infanterieziel, das während der Angriffsvorbereitungen, sowie vor, während und nach dem Beginn des Sturmes erkannt oder mit Sicherheit an bestimmter Stelle anzunehmen ist, zu legen. Es kann seinen Zweck — die Vernichtung im besonderen der feindlichen Infanterie, namentlich vor und auch während des Angriffs — nur dann erfüllen, wenn es räumlich und zeitlich richtig liegt und mit großer Stärke überraschend auf den Feind hereinbricht. Es muß sich im richtigen Augenblick gegen diejenigen Punkte und Räume richten, wo der Feind sich gerade befindet. Das Vernichtungsfeuer wird oft weit in das feindliche Hintergelände reichen.

Vorbedingungen für die Wirkung des Vernichtungsfeuers sind eingehende Vorbereitungen und dauernde Beobachtung des Kampfgeländes.

Vorbereitungen: Die für die feindliche Versammlung und Bereitstellung zum Sturm in Betracht kommenden Räume sind im voraus nach der Karte, Fliegerbildern, Gefangenenaussagen usw. auszusuchen und auf die Artillerieverbände zu verteilen. Die Verteilung der Vernichtungsfeuerräume darf nicht starr sein, muß vielmehr je nach den Auswertungen der Erkundungen immer wieder verändert werden. Dadurch wird dem Feinde auch das Erkennen und Ausnutzen feuerarmer Räume erschwert. Gegenseitige Unterstützung der Verbände und Zusammenfassen stärksten Feuers ist vorzusehen. Nach diesen Weisungen sind die Schießgrundlagen von allen Batterien festzulegen. Zum Vernichtungsfeuer sind alle Kaliber — mit Ausnahme der schwersten — heranzuziehen. Je besser die Vorbereitungen getroffen sind, um so schneller und wirksamer wird das Vernichtungsfeuer im Bedarfsfall einsetzen.

Die Beobachtung und Überwachung des Kampfgeländes nach Art und Ort etwaiger Bereitstellung zum Angriff erfolgt vorwiegend vom Flugzeug und aus Ballonen. Aber auch Erdbeobachtung und Feststellungen aus den vorderen Infanterielinien müssen dabei mitwirken. Sobald ein Angriff erwartet wird, ist erhöhte Aufmerksamkeit aller Erkundungsorgane nötig.

Feindliche Ansammlungen sind von der Stelle, die die Beobachtung gemacht hat — Flieger, Ballone, die Führer der vordersten Infanterieteile usw. — auf schnellstem Wege unter Angabe des Ortes (Punkte auf Karten) dem zuständigen Artillerieführer zu melden. Dies kann, falls andere Verbindungen fehlen oder zu langsam arbeiten, auch durch Zeichen erfolgen. Die Abgabe dieses Zeichens ist in der Regel Sache des Kampftruppenkommandeurs.

Die Artillerieführer lösen sodann das Feuer der nach den Vorbereitungen dazu

Digitized by Google

in Betracht kommenden Batterien durch kurzen Befehl oder Stichwort unter Bestimmung der Verbände, des Zielraumes, der Zeitdauer und des ersten Munitionsaufwandes aus. In gleicher Weise kann z. B. bei Nacht oder Nebel, auf selbständigen Entschluß der zuständigen Führer, also ohne daß eine bestimmte Meldung eines Erkundungsorgans vorliegt, das Vernichtungsfeuer nur gelöst werden, wenn feindliche Bereitstellungen mit Bestimmtheit vermutet werden.

Die Lage des Feuers muß möglichst durch Beobachtung geprüft werden. In der Regel kann das ohne Zeitversäumnis von derjenigen Stelle erfolgen, die das Ziel gemeldet hat.

Der Befehl des Artillerieführers soll bei der Auslösung des Vernichtungsfeuers die Regel bilden. Hierzu sind das Zusammenwirken der Beobachtung, insbesondere der Luftstreitkräfte, mit der Artillerie, schnelles reibungsloses Arbeiten der Artilleriebefehlsstellen und vorausschauende Befehle der Artillerieführer notwendig.

Wenn jedoch die Verbindung innerhalb der Artilleriebefehlsstellen gestört ist, wird das Feuer auf das Zeichen der Infanterie hin, ohne besonderen Befehl abgegeben werden müssen. Dies ist so vorzubereiten, daß in solchen Fällen der Batterieoffizier die Berechtigung erhält, Vernichtungsfeuer auf die vorher bestimmten Räume abgeben zu lassen. Mörser und schweres Flachfeuer beteiligen sich an diesem unbeobachteten Vernichtungsfeuer in der Regel nicht. Sie geben unbeobachtetes Vernichtungsfeuer nur auf Befehl der Gruppe oder Untergruppe ab.

Gelingt es nicht, den Gegner an der Ausführung des Sturms zu hindern (siehe auch unter Sperrfeuer), so wendet sich auch während des Angriffs das Vernichtungsfeuer der Artillerie gegen alle lohnenden Infanterieziele, d. h. überwiegend gegen die nunmehr offen vorgehende oder in genommenen Linien usw. sich festsetzende Infanterie. Es dient damit ganz besonders der Unterstützung der von unserer Infanterie anzusetzenden Gegenstöße. Die Bekämpfung dieser Ziele wird um so einfacher und wirksamer sein, je mehr die Artillerie in das ihr bekannte Gelände hineingesehen und auf diese Schießen vorbereitet hat. Das Feuer wird in diesem Zeitabschnitt meist unmittelbar von den Batterieführern auf Grund eigener direkter Beobachtung aufgenommen und durchgeführt. Die Einrichtung der Beobachtung (siehe Ziff. 69) muß dem Rechnung tragen. Besonders wirksam werden hier die beweglich zurückgehaltenen Feldbatterien (siehe Ziff. 56) sein.

Gasfeuer, namentlich Blaukreuzbrisanzschießen, kann beim Vernichtungsfeuer, sofern die sonstigen Vorbedingungen für Gasschießen vorliegen, von guter Wirkung sein.

b) Das Sperrfeuer soll den zum Angriff ansetzenden Feind in dem Augenblick, in dem er aus der Bereitstellung zum Sturm vorbricht, zusammenschießen. Trotzdem wird es häufig den vordersten Sturmwellen glücken, dieses Feuer zu unterlaufen. Alsdann muß das Sperrfeuer versuchen, die nachfolgenden Wellen abzuriegeln.

Das Sperrfeuer bildet also eine begrenzte Abart des Vernichtungsfeuers, mit dem es das schlagartige Einsetzen und große Feuerstärke gemeinsam hat. Im übrigen unterscheidet es sich vom Vernichtungsfeuer zunächst dadurch, daß es auf Anforderung sofort, d. h. in Sekunden losbrechen muß, da andernfalls der Feind die Sperrfeuerzone vor Einsetzen des Feuers durchschritten haben würde. Daher wird Sperrfeuer nicht durch Meldung und Befehl, sondern von der vordersten Infanterie durch Zeichen (Leuchtzeichen, Sperrfeuerposten und ähnliches) **automatisch ausgelöst, ohne Einwirkung oder Mitwirkung der Artillerieführer.** Die Festsetzung und Organisation der Sperrfeuerzeichen bedarf besonderer Sorgfalt. Die Vorbereitungen bei den Batterien müssen so getroffen sein, daß auf das Kommando „Sperrfeuer!" jedes Geschütz zunächst ganz selbständig das Feuer gegen seinen Zielraum aufnimmt.

Da irgendeine Leitung oder Lenkung des Sperrfeuers bei dieser Art der Anforderung und Ausführung unmöglich ist, so haftet ihm hinsichtlich seiner Lage not-

Digitized by Google

wendigerweise eine erhebliche Starrheit an. Seinen Aufgaben entsprechend muß es so dicht wie artilleristisch möglich an die eigene Infanterie herangezogen werden, außerdem muß es möglichst lückenlos die ganze voraussichtliche Angriffsfront decken.

Die Abgabe des Sperrfeuers ist in erster Linie die Aufgabe der leichten Artillerie. Nur wo diese nicht ausreicht, sind Teile der schweren Artillerie zum Sperrfeuer heranzuziehen. Ob das Feuer im Az., Bz. oder gemischten Feuer abzugeben ist, entscheiden die Beobachtungs-, Witterungs- und Geländeverhältnisse. Gasfeuer ist wegen der Eigenart der Gaswirkung und ihrer besonderen Voraussetzungen zum Sperrfeuer nicht geeignet.

Stellt sich der Feind so dicht vor der eigenen Linie zum Sturm bereit, daß das Sperrfeuer die eigene Infanterie gefährdet, so muß das Beschießen der Bereitstellung den Minen- und Granatenwerfern und der Infanterie überlassen werden. Das Sperrfeuer der Artillerie kann dann nur die Aufgabe erfüllen, die vordersten Sturmwellen von ihren Unterstützungen abzuschneiden.

Jede Untergruppe erhält einen besonderen Sperrfeuerstreifen, den sie auf ihre Batterien verteilt. Werden Batterien herausgezogen oder fallen sie aus, so ist Neuregelung der Sperrfeuerstreifen zunächst innerhalb der Untergruppen, gegebenenfalls aber auch in den höheren Verbänden nötig. Dasselbe gilt bei Veränderung der Kampffront.

Frontales Feuer bildet die Regel. Überlagerung ist hierbei erwünscht, damit bei Ausfall nicht zu große Lücken entstehen. Kreuzendes und flankierendes Feuer ist meist schwierig einzurichten, auch wächst die Gefahr des Beschießens der eigenen Infanterie hierbei erheblich, so daß es trotz seiner günstigen Wirkung selten anzuwenden sein wird.

Für den Fall, daß die eigene Front nicht angegriffen wird, ist Unterstützung des Nachbarabschnittes vorzusehen. Hierbei müssen Vorbereitungen in ähnlicher Weise, wie für Vernichtungsfeuer getroffen sein, auch sind exerziermäßige Übungen dazu erforderlich.

Das Sperrfeuer ist stets räumlich und zeitlich einzuschränken, da der Munitionsaufwand selten im richtigen Verhältnis zur positiven Wirkung steht. Die Infanterie muß so erzogen werden, daß sie Sperrfeuer nur bei wirklichen Angriffen anfordert. Je wirksamer die sonstigen artilleristischen Aufgaben gelöst werden, je planmäßiger vor allem das Vernichtungsfeuer einsetzt, desto seltener wird das Sperrfeuer nötig werden.

Erkannte Sperrfeuerbatterien werden leicht vorzeitig vernichtet. Den Versuchen des Angreifers gegenüber, das Sperrfeuer des Verteidigers herauszulocken, um die Aufstellung der Batterien zu erkennen und sie zu zerstören, ist Vorsicht geboten.

Stets ist zu bedenken, daß das Sperrfeuer allein selten durchschlagend wirkt. Ein tatkräftiger Angreifer wird stets das Sperrfeuer durchlaufen können. Die Infanterie muß deshalb bei Losbrechen des feindlichen Angriffs sich auf sich selbst und ihre eigenen Waffen (Maschinengewehre, Gewehre, Nahkampfwaffen) verlassen und darf von der Artillerie nur eine allerdings sehr wertvolle Unterstützung erwarten.

55. Eine besondere Bedeutung kommt bei der Sturmabwehr der Bekämpfung der feindlichen Panzerkraftwagen zu.

Das auf Mulden, Wegen und auf den feindlichen Stellungen liegende Vernichtungs- und Sperrfeuer wird wahrscheinlich durch die Masse des Feuers vielfach die Panzerkraftwagen zum Halten bringen, so daß nur einzelne an und in unsere Linien gelangen werden.

Gegen diese wird die Bekämpfung durch Infanterie- und Nahkampfgeschütze (Infanteriegeschütze oder vorgezogene leichte Geschütze), die mit direktem Schuß auf nahe Entfernungen feuern, durchgeführt. Sie sind dazu mit einem Sondergeschoß ausgerüstet. Wichtig ist, daß diese Geschütze nicht zu nahe der vordersten Kampfzone

Digitized by Google

aufgestellt werden und nicht vorzeitig ins Feuer treten, damit sie nicht zu früh erkannt und vernichtet werden.

Außerdem sind schwere Steilfeuerbatterien zur Bekämpfung zu bestimmen. Sie erhalten bestimmte Geländeteile, d. h. in der Regel Zielstreifen dicht vor unseren Linien, zugewiesen, gegen die sie beobachten können und auf die sie sich in Zeiten der Ruhe einzuschießen haben. Tritt ein Panzerkraftwagen in einem solchen Zielbereich einer Batterie auf, so schwenkt sie mit allen Geschützen auf den Tank ab und setzt ihn mit Salvenfeuer außer Gefecht.

Nur ein derart straff organisiertes Beschießen von Panzerkraftwagen wird Erfolg haben. Eine allgemeine Bestimmung, daß alle Batterien mit allen oder mit einzelnen Geschützen, die Panzerkraftwagen erkennen, das Feuer dagegen aufzunehmen haben, führt zu Verwirrung und Mißerfolg.

In Ausnahmefällen werden auch schwere Flachfeuergeschütze in direktem Schuß und mit direkter Beobachtung wirken können, z. B. wenn Tanks unsere Linien durchbrochen haben sollten.

In solchen Fällen können bespannte Züge oder Geschütze, die den Tanks entgegenfahren und sie mit direktem Granatschuß (Sondergeschoß) bekämpfen, gute Erfolge haben.

Auch M. G. mit s. M. K.-Munition wirken ausgezeichnet gegen die Benzintanks und bringen diese unter Umständen zur Explosion.

56. Die Unterstützung von Gegenstößen ist eine besonders wichtige Aufgabe der Artillerie in der Abwehrschlacht.

Gelingt dem Angreifer der Einbruch in die vorbereitete Kampfzone, so wird er zunächst in heftige infanteristische Kämpfe verwickelt werden. In diesen Kampf kann die Artillerie des Angreifers nur sehr schwer unmittelbar eingreifen, da das Vorwärtskommen seiner Infanterie ungleichmäßig und für die Artilleriebeobachter kaum übersehbar sein wird. Die feindliche Infanterie wird also — wenigstens vorübergehend — in unbekanntem Gelände ohne Feuerschutz der Artillerie kämpfen.

Diesen Schwächemoment muß der Verteidiger ausnutzen (vgl. Ziff. 40 u. 54). Seine Artillerie muß das Gelände und die von der Infanterie beabsichtigte Art der Verteidigung genau kennen und sich die verschiedenen Möglichkeiten auf der Karte und im Gelände klarmachen und vorbereiten. **In dieser Vorbereitung besteht einer der wichtigsten Vorteile des Verteidigers gegenüber dem Angreifer.**

Das Feuer der Artillerie muß den eingebrochenen Feind im Verein mit den anderen Waffen zunächst aufhalten, dann niederhalten und mürbe machen. Der Gegenstoß wird dadurch wirksam vorbereitet. Enges taktisches Zusammenwirken mit der Infanterie ist hierbei unbedingt notwendig, damit deren Tätigkeit nicht durch eigenes Artilleriefeuer gestört wird. Bewegliche Artillerie, die im Angriffsgelände möglichst nahe an die Infanterie heranfährt, direkt schießt und beobachtet, ist oft besser in der Lage, gegen den eingedrungenen Feind zu wirken, als planmäßig aufgestellte Artillerie aus Stellungen, die dem Gegner bekannt sind.

Vor allem die leichte Artillerie ist für solche Aufgaben geeignet. Einige Batterien sind hierfür bespannt oder in Lauerstellung zurückzuhalten. Sie dürfen ihre Stellung nicht vorzeitig durch Beteiligung an den täglichen Schießaufgaben verraten.

Gasfeuer ist bei dem hin und her wogenden Infanteriekampf im allgemeinen nicht zu verwenden.

Neben der Bekämpfung der vordersten feindlichen Infanterie bleibt zur Unterstützung der Gegenstöße die Abriegelung des eingedrungenen Feindes und die Bekämpfung aller gegen die Einbruchstelle wirkenden Kampfkräfte des Feindes sowie die Aufrechterhaltung des artilleristischen Schutzes der Nachbarabschnitte und der gesamten übrigen Kampftätigkeit der Artillerie wichtig.

57. Das Ansetzen der Artillerie zur Unterstützung von planmäßig auf höheren Befehl auszuführenden Gegenangriffen (Ziff. 42) erfolgt nach den für die Angriffsschlacht geltenden Grundsätzen. Es ist dabei zu beachten:

Digitized by Google

1. Vor dem Angriff muß das Angriffsziel, die feindliche Artillerie und die Besatzung, durch stärkstes Feuer zermürbt werden. Besonders wichtig ist die Ausschaltung der das Angriffsfeld beherrschenden M. G. Ferner sind Anschlußfronten, die den eigenen Angriff flankieren, niederzuhalten.

2. Während des Angriffs muß das Angriffsziel und die feindliche Sperrartillerie — diese häufig durch Gas — niedergehalten, das Hintergelände für feindliche Reserven abgeriegelt werden.

3. Nach gelungenem Angriff ist noch für längere Zeit starker Munitionseinsatz zum Schutz der genommenen Stellung nötig.

4. Der Einsatz von zu schwacher Artillerie und von zu wenig Munition ist ein unverzeihlicher grober Fehler, der entweder viel Blut kostet oder das Unternehmen zum Scheitern bringt. Sind ausreichende Artillerie und Munition nicht mit Sicherheit und für genügend lange Zeit vorhanden, so wird man meist gut tun, auf Gegenangriffe zu verzichten.

Kampfführung im allgemeinen und Kräftebedarf. Vgl. Gefechtsvorschrift für die Artillerie, besonders Ziff. 59 ff. 58. Für die gesamte Kampfführung der Artillerie sind Beweglichkeit und rascher Entschluß bei Aufstellung, Beobachtung, Verbindung und Zielbekämpfung erforderlich. Die Artillerie darf sich nicht auf reine Abwehr und Erfüllung der Wünsche anderer Waffen beschränken, sie soll vielmehr in offensivem Geiste diejenigen Ziele selbsttätig und vorausschauend bekämpfen, die der Infanterie am lästigsten und gefährlichsten sind oder im Laufe des Kampfes werden. Enges Zusammenwirken mit den anderen Waffen, besonders mit der Infanterie und den Luftstreitkräften, ist hierzu unerläßlich.

Die Stärke der artilleristischen Abwehr darf nicht vorzugsweise in möglichster Verdichtung des Sperr- und Vernichtungsfeuers gesucht werden. Der Kampf ist so zu führen, daß bestimmte Ziele erstrebt werden und dem Gegner die Vorhand genommen wird (vgl. Ziff. 5 und 6). Die Artillerie soll dem Gegner hohe blutige Verluste beibringen und ihm viel Gerät zerstören, beides im taktisch richtigen Zusammenhang. Das Schießen lediglich als „Antwort" oder „Vergeltung", weil der Gegner schießt, ist fehlerhaft. Überraschung, Zusammenfassung des Feuers nach Raum und Zeit und zeitgerechte Regelung des Feuers sind oft für die Wirkung ausschlaggebend.

Je mehr auch der Angreifer — wie der Verteidiger — versuchen wird, alle Ziele der Sicht zu entziehen und durch bewegliche Verwendung aller Kräfte sich der Wirkung des Artilleriefeuers zu entziehen, desto mehr muß das Schießen gegen lohnende Gelegenheitsziele in den Vordergrund treten, desto mehr müssen auch Zielerkundung, Einschießen und Wirkungsschießen zeitlich in engem Zusammenhang bleiben. Die Artillerie muß anstreben, auch verdeckte und bewegliche Ziele rasch zu finden, unmittelbar nach der Feststellung zu beschießen und während des Beschusses unter Beobachtung zu halten.

Im Laufe des Kampfes werden sich in den einzelnen Kampfabschnitten Verschiedenheiten in den Erfolgen ergeben. Kräfte- und Zielverteilung sind dann entsprechend zu ändern. Die Wirkung wird — mit oder ohne Stellungswechsel — bald da, bald dort zu massieren sein. Darauf beruht wesentlich der Erfolg, da nur so die Kampfkraft der Artillerie voll ausgenutzt wird.

59. Gründliche Vorbereitung der Artillerie auf die wichtigsten voraussichtlichen Kampfaufgaben ist die Voraussetzung des Erfolgs. Die Artillerie braucht Zeit, um sich einzurichten und auf die verschiedenen Möglichkeiten vorzubereiten. Diese Zeit muß ihr gegeben werden. Überhasteter Einsatz ist zwecklos.

Digitized by Google

Die Vorbereitung auf mehrere Fälle darf nie zur Starrheit und zur Unbehilflichkeit beim Eintreten einer nicht vorgesehenen Lage führen. Dies würde aber die Folge zu vieler schriftlicher und statistischer Vorarbeiten sein. Die Vorbereitung auf die wichtigsten Fälle wird vielmehr, wenn sie richtig durchgeführt wird, die Artillerie befähigen, sich allen möglichen Fällen anzupassen. Hierzu ist auch dem unteren Führer eine gewisse Freiheit und selbständige Verantwortung zu belassen.

60. Frühzeitige Kampferöffnung (vgl. Ziff. 5) soll den Angreifer verhindern, hochzukommen, indem er während der Zeit der Vorbereitungen (Vorbringen und Einbau der Truppen, Geschütze, Minenwerfer, Munition, Nahkampfmittel), also in einer Zeit, in der der Angriff schwach ist und gute Ziele bietet, so viel wie möglich geschädigt wird. Scharfe Aufmerksamkeit, um lohnende Gelegenheitsziele schnell und wirksam zu fassen, ist nötig. Manchmal wird aber auch Zurückhaltung am Platz sein, um eigene Stärke und Stellungen nicht zu verraten oder um den Gegner sicher zu machen und ihn im taktisch günstigsten Augenblick mit einem zusammengefaßten Schlage zu treffen.

61. Von besonderer Bedeutung ist die richtige Verwertung von Geschützen und Munition. Jede Geschützart ist für diejenige Aufgabe anzusetzen, für die sie ihrer Eigenart nach am besten geeignet ist. Bei jedem Einsatz von Munition ist sorgfältige Überlegung über den wirklichen Bedarf erforderlich. Was an einer Stelle zu viel eingesetzt wurde, wird an anderer fehlen. Die Verwendung unzureichender artilleristischer Mittel für die Lösung bestimmter Kampfaufgaben ist ebenso fehlerhaft wie das Arbeiten mit zu großem Kraftüberschuß.

62. Gute Ausnutzung der Artilleriewirkung erfordert gute Beobachtung gegen das Ziel selbst oder vorheriges Erschießen der Grundlagen. Es genügt aber nicht, das Einschießen zu beobachten; auch während des Wirkungsschießens müssen durch Erd- oder Luftbeobachtung, Anmessen, Hilfsziele, Benutzung der Tafeln über Tageseinflüsse usw. Unterlagen für die Lage der Schüsse und für die Wirkung gegen das Ziel gesucht werden. Jedes Mittel, das zur Erreichung dieses Zieles möglich erscheint, ist mit aller Energie anzuwenden. Dem Wetterdienst ist große Sorgfalt zuzuwenden. Streuschießen, auch in engen Grenzen, muß stets Notbehelf bleiben, auch in den Zeiten der stärksten Artillerietätigkeit.

63. Eine schematische Berechnung des Kräftebedarfs der Artillerie für die Abwehrschlacht ist nicht möglich. Ebenso wenig lassen sich bindende Regeln geben, in welchem Verhältnis die einzelnen Geschützarten für die verschiedenen Kampfaufgaben einzusetzen sind. Der Bedarf ist vom Krafteeinsatz des Gegners, von den voraussichtlichen Kampfaufgaben sowie von der Möglichkeit einer zweckmäßigen Organisation der artilleristischen Verteidigung abhängig. Die rein zahlenmäßige Vermehrung der Batterien ist nicht ausschlaggebend für die tatsächliche Erhöhung der Kampfkraft (vgl. Ziff. 6 a).

Gliederung und Befehlsverhältnisse. 64. Die den Armeen als Verstärkung für die Abwehrschlacht überwiesene Artillerie ist grundsätzlich auf die Divisionen entsprechend der Bedeutung der einzelnen Divisionsabschnitte zu verteilen, soweit sie nicht zur Ermöglichung zweckmäßiger Reserve der höheren Führung und zur Verfügung des A. O. K. oder der Gruppe verbleibt.

Geschlossene Verbände (z. B. Eingreifdivisionen) behalten grundsätzlich ihre gesamte leichte Artillerie. Es kann zweckmäßig sein, sie durch Zuteilung schwerer Artillerie zu verstärken (vgl. Ziff. 67). Eine Unterstellung der zum Kampf eingesetzten Artillerie unmittelbar unter die Armeen und die Gruppen kann nur für weittragende schwerste Batterien in Frage kommen, bei denen einheitliche Zusammenfassung unter gemeinsamen Befehl mit besonderem Nachrichtennetz zweckmäßig ist.

Innerhalb der Division ist die gesamte Artillerie unter den Befehl des Artilleriekommandeurs zu stellen. Für die Führung des Fernkampfes und für die gegenseitige Unterstützung der Divisionsabschnitte haben die oberen Stellen die

Digitized by Google

Divisionen mit Weisungen zu versehen. Die Divisionen ihrerseits haben in weitgehendem Maße selbständig gegenseitige artilleristische Unterstützung zu vereinbaren und auch ohne Befehl durchzuführen.

65. Für die innere Gliederung der Artillerie und die Tätigkeit der höheren Artillerieführer sind die Grundsätze der Gefechtsvorschrift für die Artillerie (besonders Ziff. 8, 12, 201 ff.) maßgebend. Die Einteilung in Nah- und Fernkampfgruppen wird die Regel sein.

Die für die Abwehrschlacht unerläßliche Verstärkung der Artilleriestäbe bei den höheren Kommandobehörden darf nicht zu einer übermäßigen Ausdehnung des Sonderdienstweges für die Artillerie und des Schreibwesens (Statistik!) führen. Insbesondere sind die Befehle für die Artillerie nicht auf dem Artilleriedienstwege auszugeben, sondern stets über die Kommandobehörden, weil nur so Zusammenarbeiten der Waffen gewährleistet werden kann.

Aufstellung und Einrichtung der Batterien, Beobachtung, Verbindungen, Feuerleitung. 66. Alle artilleristischen Einbauten — Munitions- und Mannschaftsunterstände, Geschützstände, Befehls- und Beobachtungsstände, Verbindungen — sollen wie die infanteristischen Anlagen in erster Linie der feindlichen Sicht von der Erde und aus der Luft entzogen sein. Sie müssen daher einfach sein und sich dem Gelände anpassen. Erkannte und unter schwerem Feuer liegende Anlagen werden zerschossen und sind daher, wenn möglich, rechtzeitig zu räumen. Die Berechtigung, auszuweichen, darf nicht zu vorzeitigem Zurückgehen führen.

Um die feindliche Erkundung zu erschweren und das feindliche Feuer zu zersplittern, müssen zahlreiche Scheinbatterien und Masken sowie Wechselstellungen für Batterie-, Befehls- und Beobachtungsstellen vorhanden sein. Letztere sind so festzulegen und einzurichten, daß sie nötigenfalls schnell und ohne Reibung bezogen werden können.

Obwohl die großen Schußweiten die Lösung mehrerer Aufgaben von einer Stellung aus an sich möglich machen, darf häufiger Stellungswechsel nicht gescheut werden. Wechselnde Aufstellung von Batterien im freien Felde ist u. U. dem Beziehen einer vorbereiteten, aber vom Feinde erkannten Stellung vorzuziehen.

Massierung der artilleristischen Anlagen ist zu vermeiden. Tiefengliederung und Verteilung im Gelände sind für die Artillerie ebenso wichtig wie für die Infanterie. Das feindliche Feuer wird dadurch zersplittert und die Bekämpfung, insbesondere mit Gas, erschwert, so daß eine gewisse Sicherheit gegen gleichzeitigen Ausfall größerer Artillerieteile erreicht wird.

67. Die Aufstellung der Artillerie muß den Kampfaufgaben entsprechen; sie muß besonders auch die Bekämpfung des in die Stellungen des Verteidigers eingedrungenen Angreifers gewährleisten. Wo es auf Ausnutzung der Schußweiten ankommt, gehören die Feuerstellungen weit nach vorwärts. Gerade die am weitesten schießenden Geschütze müssen weit vorn stehen.

Die Batterien der Nahkampfgruppen dagegen dürfen, wenn sie nicht besonders günstige Aufstellung finden, nicht zu weit vorn eingesetzt werden, weil sie sonst zu leicht von der feindlichen Artillerie gefaßt werden, ehe sie zur Wirkung kommen. Auch der Munitionsersatz wird bei größerer Entfernung vom Feinde erleichtert. Anderseits sind zu große Schußweiten mit Rücksicht auf die ballistischen Leistungen unerwünscht.

Längsbestreichung erhöht die Wirkung moralisch und materiell; sie ist stets anzustreben. Aufstellung einzelner Batterien in benachbarten Divisionsabschnitten ist daher oft zweckmäßig. Eine Änderung in der Unterstellung unter die eigene Division tritt dadurch nicht ein. Wenn erforderlich, regeln die Generalkommandos eine solche Aufstellung.

Gut eingedeckte Geschütze oder leichte Infanteriegeschütze können zur Nahflankierung gegen durchgebrochene Abteilungen (Panzerkraftwagen) von Wert sein. Sie dürfen sich jedoch nicht vorzeitig verraten, sonst werden sie leicht erkannt und niedergekämpft.

Digitized by Google

Einige Batterien sind bespannt oder in Lauerstellung als Überwachungsbatterien für überraschendes Feuer gegen Gelegenheitsziele oder als Sicherung gegen durchgebrochenen Feind bereitzuhalten.

Im letzteren Falle empfiehlt es sich, derartige Batterien so weit rückwärts aufzustellen, daß sie lediglich das Gelände innerhalb der eigenen Kampfzone beherrschen. Sie dürfen sich nicht durch vorzeitiges Feuer verraten. Auch die Artillerie der Eingreifdivision kann zu diesem Zweck herangezogen werden.

68. Der Artilleriekommandeur der Division hat seine Befehlsstelle so nahe bei der des Divisionsstabes, daß mündlicher Verkehr möglich ist. Persönliche ständige Übersicht über das Gelände ist für ihn selten erforderlich.

Die Gruppen- und Untergruppenführer — besonders der Nahkampfartillerie — wählen ihre Plätze möglichst dicht bei demjenigen Infanterieführer, mit dem sie voraussichtlich am meisten zusammenzuwirken haben. Ist dies nicht möglich, weil sonst die Übersicht oder die Einwirkung auf die unterstellten Batterien nicht genügt, so müssen Artillerieverbindungsoffiziere zu den Infanterieführern kommandiert werden.

69. Die Beobachtung ist nach den Grundsätzen der Gefechtsvorschrift für die Artillerie einzurichten.

Die Luftbeobachtung gewinnt immer mehr überragende Bedeutung, da die Erdbeobachtung im schweren Kampfe oft versagt; sie ist zum Festlegen und Prüfen der Schießgrundlagen, zum genauen Wirkungsschießen (meist Zerstörungsfeuer gegen Artillerie und Infanterie) sowie ganz besonders zum schlagartig einsetzenden Vernichtungsfeuer gegen Gelegenheitsziele, z. B. gegen bereitgestellte Angriffstruppen, gegen marschierende Kolonnen usw., in weitestem Umfange heranzuziehen. Die Einrichtung im einzelnen erfolgt nach Teil 5 des Sammelheftes der Vorschriften für den Stellungskrieg.

Die Erdbeobachtung darf daneben nicht vernachlässigt werden. Entsprechend den verschiedenen Aufgaben werden für die Batterien meist verschiedene Beobachtungsstellen nötig sein, und zwar:

a) Beobachtung, von der aus die wichtigsten Zielräume der betreffenden Batterie in der gesamten Kampfzone (sowohl im eigenen Kampfgebiet wie möglichst weit in den Feind hinein) überblickt werden können; diese Beobachtung soll jedenfalls außerhalb der vordersten Kampfzone liegen, da die Verbindungen im schweren Feuer nicht aufrechtzuerhalten sind;

b) Beobachtung dicht bei der Batterie, um das Eingreifen in den Nahkampf zu ermöglichen;

c) Beobachtung in der vorderen Kampfzone (auch seitlich) zur Beschießung sonst nicht einzusehender Ziele oder zum Erschießen der Grundlagen des Sperr- und Vernichtungsfeuers. Mit Aufrechterhaltung dieser Beobachtung nach Einsetzen des artilleristischen Angriffs ist nicht zu rechnen; sie ist lediglich für die angegebenen und sonstige besondere Fälle von Nutzen.

Es ist anzustreben, daß alle Batterien über die genannten Beobachtungen verfügen. Wo dies nicht möglich ist, ohne die Beobachtungsstellen zu sehr zusammenzudrängen, kann gegenseitige Aushilfe nötig werden. Am vorteilhaftesten ist, wenn die Beobachtungen zu a und b zusammenfallen. Die Beobachtung zu b ist für alle Batterien unerläßlich.

Auch für nichtbesetzte Batteriestellungen ist Beobachtung vorzubereiten.

Über Artilleriemeßtrupps vgl. Ziff. 209 der Gefechtsvorschrift für die Artillerie. Die Tätigkeit der Artilleriemeßtrupps wird für die Schießtätigkeit sowohl der schweren als auch der leichten Artillerie gegen Ziele jeder Art immer wichtiger. Durch das Anmessen hoher Sprengpunkte ist es, wenn die Karten und die Einmessungen der Batteriestellungen richtig sind, möglich, bestimmte Geländestellen bei Tag und Nacht zuverlässig zu treffen. Es kommt also nur darauf an, durch andere Erkundungsmittel, z. B. Luftbeobachtung, festzustellen, daß während des Beschusses das Ziel tatsächlich an dem Geländepunkt steht, der beschossen wird. Meßtätigkeit für das

Digitized by Google

eigene Schießen ist auch bei starker Gefechtstätigkeit wenigstens durch die Lichtmeßtrupps durchzuführen. Wenn die Schallmeßtrupps bei zu lebhaftem Feuer vorübergehend lahmgelegt werden, so sind sie doch für Hilfsdienste vorteilhaft verwendbar. Außerdem ist es sehr wertvoll, daß Schallmessungen auch bei Nebel möglich sind.

Neben der Tätigkeit für das eigene Schießen ist die Erkundungstätigkeit der Artilleriemeßtrupps unentbehrlich. Sie darf nicht zu übertriebener Statistik ausarten.

70. Sichere Verbindung zwischen Befehlsstellen, Beobachtungsstellen und Batterien sowie zu den vorgesetzten Dienststellen, den anderen Waffen und den Nachbartruppen ist maßgebend für die Wirkungsmöglichkeit.

Drahtverbindung ist für die gewöhnliche Gefechtstätigkeit und für die Versorgung nicht zu entbehren. Wenn die Leitungen zerschossen werden, müssen sie daher immer wieder ausgebessert werden. Für das Schießen im schwersten Kampf ist aber auf den Fernsprecher nicht zu rechnen. Damit die Truppe sich darauf einspielt, ist deshalb schon in ruhigen Zeiten der Fernsprecher für das Schießen zeitweise zu verbieten. Funker- und Signalverkehr treten dann an seine Stelle.

Auch die anderen Nachrichtenmittel (z. B. Brieftauben und Meldeketten) kommen für artilleristische Zwecke in Betracht. Vergleiche Vorschrift „Die Nachrichtenmittel".

71. Die höhere Feuerleitung umfaßt die Tätigkeit des Artilleriekommandeurs, der Regimentsgruppen- und Bataillons- bzw. Abteilungsuntergruppenkommandeure im Kampf und regelt bei allen diesen Befehlsstellen das Feuer im allgemeinen nach gleichen Grundsätzen, nur daß die Befehle bei den unteren Stellen mehr in das einzelne gehen als bei den oberen. Die Grundsätze betreffen:

a) Zielverteilung. Die Zuweisung der Kampfaufgaben, die räumliche Regelung, die Bestimmung des Beginns und der Energie des Kampfes der Artillerie ist Sache der Truppenführung und darf nicht den Artilleriekommandeuren überlassen bleiben. Über die Frage, welche Ziele am wichtigsten und vorzugsweise zu bekämpfen sind, entscheidet im allgemeinen der Truppenführer, im einzelnen der obere oder untere Artillerieführer.

Die feindlichen Batteriestellungen werden in Zielgruppen gegliedert, die einzelnen Gruppen bezeichnet und zur Bekämpfung den Divisionen, von diesen den Gruppen und Untergruppen zugeteilt. Schematische Zuweisung nach Planquadraten oder durch Linienverlängerung der Infanteriegefechtsstreifen ist unzweckmäßig.

In gleicher Weise sind die Nahziele zu verteilen, insbesondere die Räume für das Vernichtungsfeuer sowie die Sperrfeuerräume festzulegen. Die nur in bestimmten Fällen (z. B. zur Unterstützung von Nachbarabschnitten oder bei feindlichem Einbruch) zu bekämpfenden Ziele sind schon im voraus zu bestimmen, damit der unterstellte Führer auch bei Veränderungen der Lage selbständige Entschlüsse fassen kann. Dies ist auch zur Ausnutzung von Gelegenheitszielen nötig.

Fast jeder höhere Verband (Bataillon, Abteilung) wird also mehrere Aufgaben haben, er wird z. B. gegen die feindliche Artillerie oder gegen die feindliche Infanterie je nach der Gefechtslage kämpfen; ebenso wird fast jede Batterie innerhalb dieser Kampfaufgaben mehrere einzelne Ziele zugewiesen bekommen. Darüber hinaus sollen aber Zielwechsel möglichst vermieden werden, weil sie zur Zersplitterung des Feuers und zum Schießen mit ungenügenden Grundlagen verführen.

b) Zuweisung der besonderen Beobachtungsmittel. Der Beobachtungsdienst kann gar nicht gründlich genug geregelt werden. Die Beobachtungsstellen sind möglichst mit urteilsfähigen Offizieren zu besetzen.

Gute und schnelle Übermittlung der Angaben des Wetterdienstes ist wichtig.

Volle Ausnutzung jeder Möglichkeit der Beobachtung steigert die Wirkung. So sind z. B. Flieger oder Ballone auch gegen einfache Nahziele anzusetzen, wenn deren Bekämpfung nach der Lage gerade im Vordergrund steht.

c) Bestimmung des Munitionsvorrates und des Munitionseinsatzes nach Menge, Tempo und Ziel. Eiserne Munitions-

Digitized by Google

bestände, deren Höhe je nach Lage und Geschützart verschieden ist, sind für den Fall feindlichen Angriffs unentbehrlich.

Die Regelung des Munitionsverbrauchs, die im großen dem Truppenführer obliegt, ist im einzelnen eine der wichtigsten Aufgaben aller Artillerieführer (vgl. Ziff. 61). Niemals dürfen schematisch bestimmte Tagesraten verschossen werden. Der Verbrauch richtet sich nach Gefechtslage, Witterung und Munitionsvorräten. Bei guter Beobachtung muß rasch gefeuert werden, damit viele Ziele bekämpft werden können, während bei schlechter Witterung und bei Nacht, wenn keine Beobachtung möglich ist, der Munitionseinsatz niedrig zu halten ist.

Auch Rücksichten auf Gerät und Bedienung beeinflussen das Tempo des Kampfes.

d) Überwachung der Ausführung der getroffenen Maßnahmen (auch durch Beobachter vom Flugzeug aus; Sperrfeuerprüfung). Beschränkung der Selbsttätigkeit und Vermehrung der Schreibarbeit der unteren Stellen ist dabei zu vermeiden.

Munitions- und Geräteersatz, Ablösung. 72. Der Munitions- und Geräteersatz der Artillerie ist Sache der Truppenführer und ist unter Verantwortung der Chefs der Generalstäbe bzw. der ersten Generalstabsoffiziere bei den Divisionen zu bearbeiten; er muß bei dem ungeheuren Bedarf rechtzeitig vorausgesehen, bereitgestellt und vorgeführt werden.

Außer der Vermehrung der Kraftwagen- und Pferde-Munitionskolonnen sind Förderbahnen — möglichst bis in die Batteriestellungen — unentbehrlich. Der An- und Abtransport der Munition ist so vorzubereiten, daß eine dauernde Unterbindung des Verkehrs durch feindliches Feuer ausgeschlossen ist.

Die Gruppen- und Divisions-Munitionsdepots müssen für den Einsatz von Verstärkungsartillerie für hinreichende Vergrößerung rechtzeitig eingerichtet sein. Schutz gegen Fliegersicht und beobachtetes Artilleriefeuer ist notwendig.

Die Verwaltung der Munition in den Depots durch geeignete Offiziere mit technischem Personal — möglichst bodenständig — nach den gegebenen Vorschriften ist durch Offiziere nachzuprüfen. Die Offiziere der Depots müssen genau unterrichtet sein über die von ihnen zu versorgenden Batterien und ihren Verbrauch.

Für die Ausstattung der Feuerstellungen mit Munition dienen als Anhalt die erfahrungsmäßig festgestellten Rechnungssätze (sogenannte Tagesraten). Für vorschriftsmäßige Unterbringung und Verwaltung in und bei den Batterien und den vorgesehenen Verstärkungsbatterien sowie bei den Wechselstellungen muß in ausreichendem Maße vorgesorgt werden.

Eine ähnliche Dezentralisation des Nachschubs an Gerät wie für Munition ist bei der Vielseitigkeit des Artilleriegeräts, besonders der schweren Artillerie und der Schwierigkeit des Ersatzes nicht möglich.

Besonders für Zubehör und Vorratssachen ist im Gegenteil Zentralisation unbedingt notwendig.

Das Nachschubgeschäft wird erleichtert, wenn Bel. A. W. und Gerätedepot der Etappe sowie Instandsetzungswerkstatt der Gruppe und Gruppen-Gerätedepots örtlich möglichst nahe beieinander liegen. Die Einrichtung weiterer kleiner Instandsetzungswerkstätten und kleinerer vorgeschobener Depots führt nicht zur Beschleunigung des Ersatzes, sondern zur Zersplitterung von Personal und Gerät und zum Verlust des Überblicks.

Der Ersatz an Geschützen kann nur zum geringen Teil durch Neulieferungen aus der Heimat geleistet werden, er ist in der Hauptsache auf die Instandsetzungen in den Werkstätten hinter der Front und der Heimat angewiesen.

Die Zurückführung von unbrauchbar gewordenem Gerät, auch von anscheinend unwichtigen Einzelteilen, besonders auch von Kartuschhülsen, ist für die Neufertigung unentbehrlich und daher sorgfältig zu regeln und zu überwachen.

73. Der planmäßigen Ablösung (vgl. Ziff. 12 ff.) sowie der Schonung der Mannschaften, der Pferde und des Geräts —, Sorge für persönliche und wirtschaftliche Bedürfnisse, Nachsehen, Reinigung und rechtzeitige Ausbesse-

Digitized by Google

rung des Geräts bei jeder Gelegenheit, keine übermäßige Beanspruchung — ist der größte Wert beizumessen. Nur wenn hier nichts versäumt wird, kann die höhere Führung in Zusammenarbeit mit der Heimat die Kampfkraft des gesamten Heeres dauernd auf der erforderlichen Höhe halten.

III. Minenwerfer. 74. Minenwerfer können die Wirkung der leichten und schweren Artillerie gegen Grabenziele, feindliche Infanterie, Tanks und feindliche Minenwerfer ergänzen, stellenweise ersetzen. Ihre Eigenart, die im Vergleich zur Artillerie in den geringen Schußweiten und den großen Sprengladungen liegt, birgt in sich die Vorteile kleiner Streuungen und leichter, räumlich naher Zusammenarbeit mit der Infanterie, dagegen die Nachteile des schwierigen Munitionsersatzes und der Aufstellung im Bereich der Masse des feindlichen Artillerie- und Minenfeuers. Im übrigen regelt sich die Verwendung der Munition vielfach nach ähnlichen Gesichtspunkten wie die der Artillerie.

75. Als Vorbereitung auf die Abwehrschlacht sind zahlreiche Stellungen für Minenwerfer, möglichst mit schußsicheren Mannschafts- und Munitionsstollen oder Betonräumen, zu schaffen. Die Werfer selbst sind in der Regel in offenen, nur gegen Flieger gesicherten Ständen einzubauen; sie finden den besten Schutz gegen feindliches Feuer in beweglicher Verwendung und häufig wechselnder Aufstellung. Die Bestände an Werfern und an Munition sind frühzeitig zu vermehren.

In der Aufstellung ist den Minenwerfern nach Breite und Tiefe eine gruppenweise Gliederung — ähnlich wie die schachbrettförmige Verteilung der Maschinengewehre — zu geben. Für die Entfernung vom Feind ist möglichst die günstigste Schußweite zu wählen, der vorderste Graben aber ganz zu vermeiden und auch statt der rückwärtigen Gräben besser ein eigener Stichgraben, ein großer Trichter, ein Steilabfall oder ein ähnlicher unauffälliger Punkt als Aufstellungsplatz zu wählen. Infanterieschutz ist meist notwendig.

76. Die leichten Minenwerfer sind ausgiebig zur Verdichtung des Sperrfeuers und des Vernichtungsfeuers heranzuziehen. Bei besonders günstigen Geländeoder Einbauverhältnissen können auch einzelne mittlere und selbst schwere Werfer das Sperrfeuer oder das Vernichtungsfeuer wirkungsvoll verstärken.

77. Die mittleren und schweren Minenwerfer, besonders der neuen Art, sind zum Kampf gegen die feindlichen Minenwerfer besonders geeignet. Sie müssen diesen Kampf, der der Batteriebekämpfung der Artillerie ähnlich ist, stets aufnehmen, wenn vor Beginn und während des Kampfes die genügende Zahl von Minen herangebracht werden kann. Andernfalls ist der Kampf zu vermeiden und die Feuerkraft bis zur Infanterieschlacht aufzusparen.

Wenn sowohl Geländedeckungen (Hinterhänge, Steilabfälle) wie starke, in ruhiger Zeit geschaffene Einbauten fehlen, werden die mittleren und schweren Minenwerfer vor oder bei Beginn des Artilleriekampfes aus der dem feindlichen Zerstörungsfeuer am meisten ausgesetzten ersten Kampfzone besser in Zwischen- und rückwärtige Stellungen zurückgezogen, um von hier aus im Falle eines feindlichen Einbruchs die unter Ziff. 74 genannten Aufgaben zu übernehmen.

Bei feindlichem Einbruch muß jede Minenwerferbedienung bereit und durch ihre Ausrüstung und Ausbildung in der Lage sein, ihre Werfer im Nahkampf selbst zu verteidigen, so daß die Werfergruppen zu Anklammerungspunkten werden.

78. Die beste Verwendung finden die Minenwerfer, die in erster Linie Angriffswaffe sind, auch in der Abwehrschlacht bei Gegenangriffen oder bei vorbeugenden Teilangriffen und Patrouillenvorstößen. Schneller als der weiter abstehende Artillerist kann der Minenwerfer Hand in Hand mit den Infanterie-Unterführern die Lage der Nahziele klären, sich einschießen, das Feuer zusammenfassen, in enger Übereinstimmung mit dem Granatwerferfeuer der Infanterie einen Sturm mit beschränktem Ziel vorbereiten und das gewonnene Sturmziel abriegeln.

Digitized by Google

Hierbei ist Zusammenfassung der Minenwerfer der Infanterie und der besonderen Minenwerferformationen geboten. In kleinen Verhältnissen wird der Minenwerfer-Kompagnieführer, in größeren ein Minenwerfer-Bataillonskommandeur den Einsatz aller Minenwerfer zu leiten haben.

79. Die Schwierigkeit des Vorschaffens der Minenwerfermunition zwingt dazu, auf langes Massenfeuer in der Regel zu verzichten.

Wuchtige kurze Feuerwellen von einer Anzahl Minuten Dauer sind für Sturmvorbereitung und Vernichtungsfeuer das Wirksamste, daneben ist im Kampf gegen bestimmte Grabeneinbauten scharf beobachtetes langsames Einzel-Zerstörungsfeuer am Platz. Dabei müssen namentlich die leichten Werfer fleißig Wechselstellungen aufsuchen.

80. Im übrigen vergleiche Sammelheft der Vorschriften für den Stellungskrieg Teil 7 vom 1. 7. 1917.

IV. Luftstreitkräfte (einschl. Luftabwehr). Kräftebedarf und Gliederung der Flieger und Ballone. 81. Eine sehr erhebliche Vermehrung der Luftstreitkräfte schon vor Beginn der eigentlichen Abwehrschlacht ist notwendig, damit die feindlichen Angriffsvorbereitungen sorgfältig überwacht und einem etwaigen Versuch des Feindes, durch überraschenden Einsatz von Luftstreitkräften die Herrschaft in der Luft zu erringen und die Erkundung und Artilleriebeobachtung des Verteidigers zu unterbinden, sogleich kräftig entgegengetreten werden kann.

Sobald auf Grund der Erkenntnis der Lage und auf Grund des Entschlusses, die feindlichen Angriffsabsichten zu durchkreuzen, die Verstärkung der bedrohten Front angeordnet wird, muß eine weitere erhebliche Vermehrung der Luftstreitkräfte und der Flugabwehrmittel erfolgen. Weniger wichtige Fronten müssen rücksichtslos von Fliegern, Ballonen und Flugabwehrmitteln entblößt werden.

Die neu überwiesenen Luftstreitkräfte müssen sich mit den Kommandobehörden und mit der Truppe einspielen. Hierzu ist Zeit erforderlich. Insbesondere ist frühzeitige Zuteilung der Artillerie- und Infanterieflieger zu den Stellungsdivisionen die erste Voraussetzung für gute Zusammenarbeit in der Schlacht.

82. Die Tätigkeit der Luftstreitkräfte muß durch klare und bestimmte Aufträge mit mehr oder weniger Spielraum von der vorgesetzten Kommandobehörde geregelt werden. Es ist Sache der A. O. K. und Gruppen, den Einsatz mehrerer Flieger zu gleichen Aufträgen seitens benachbarter Divisionen oder Gruppen zu vermeiden.

So wenig rücksichtsloser Einsatz im Bedarfsfall gescheut werden darf, so sehr ist Haushalten mit den Kräften der Flieger und Luftschiffer eine nicht ernst genug zu nehmende Pflicht aller Kommandobehörden. Übertriebener Einsatz führt zu Überanstrengung und damit zum frühzeitigen Verbrauch von Mann und Gerät.

83. Das A. O. K. regelt die Verteilung der überwiesenen Fliegerverbände.

Zunächst muß an Hauptkampffronten jede Division wenigstens eine Fliegerabteilung mit Schutzstaffel erhalten, um die Tätigkeit der Artillerie- und Infanterieflieger sowie die Nahaufklärung, soweit Infanterieflieger und Nahaufklärung nicht der Gruppe zufallen, selbständig ansetzen zu können. Ob die Division ihre Flieger dauernd oder vorübergehend dem Artilleriekommandeur unterstellt, hängt von der Gefechtslage, der Gesamtausstattung mit Flugstreitkräften und den Persönlichkeiten ab.

Das Generalkommando soll, wenn die Zahl der vorhandenen Fliegerabteilungen nach Ausstattung der Stellungsdivisionen ausreicht, über eine besondere Fliegerabteilung verfügen. Dieser ist die einheitliche Lichtbilderkundung zu übertragen. Außerdem fallen ihr besondere Infanterieflieger- und Aufklärungsaufgaben, die sich über breitere Streifen und tiefer in den Feind hinein erstrecken, zu, und schließlich wird sie zweckmäßig für vorübergehende Verstärkung der Fliegerkräfte der Stellungsdivisionen und für Einschulung der Eingreifdivisionen verwendet.

Den Generalkommandos sind ferner 1 bis 2 Jagdstaffeln für die Aufgaben des Luftkampfes zuzuweisen.

Digitized by Google

Für das A. O. K. genügt im allgemeinen eine Fliegerabteilung für ähnliche Zwecke wie die Fliegerabteilung der Gruppe. Dem A. O. K. verbleiben außerdem der Rest der Jagdstaffeln und etwa vorhandene Jagdgeschwader.

84. Die einer Armee zur Verfügung stehenden Ballonzüge sind derart auf die Generalkommandos (Kampfgruppen) zu verteilen, daß diese — soweit sie nicht für Sonderzwecke sich die Tätigkeit einzelner Ballone vorbehalten — jeder Division an der Hauptkampffront mindestens einen, möglichst mehrere Ballonzüge taktisch unterstellen können. Eine etwa erforderliche weitere Zuteilung, z. B. an den Artilleriekommandeur, regelt die Division. Dieser muß jedenfalls die Berechtigung haben, Ballone der Division und womöglich auch Nachbarballone unmittelbar anzurufen.

Aufgaben der Flieger. 85. Die Fernaufklärung durch Flieger wird vom A. O. K. oder Generalkommando angesetzt und hat den feindlichen Bahnverkehr und die Anlagen großer Truppenlager, neuer Flughäfen, Magazine und Ausladepunkte sowie den Bau neuer Eisenbahnlinien festzustellen und zu überwachen. Es wird von der Art der feindlichen Luftgegenwehr abhängen, ob die Erkundungsaufträge durch einzelne schnelle Flugzeuge in großer Höhe oder durch geschlossene Geschwader, begleitet durch Kampfeinsitzer, ausgeführt werden.

86. Die Nahaufklärung durch Flieger, die in der Regel von der Division zu leiten ist, wird hauptsächlich durch dauernde Bildmeldung die sicherste Grundlage über Ausbau der feindlichen Stellungen und Unterkünfte, Bereitstellungen von Angriffstruppen, Batteriestellungen, Erweiterung des Feldbahnnetzes und damit über die Absichten der feindlichen Führung geben. Sie dient auch zur Feststellung der eigenen Linien (vgl. Ziff. 87).

87. Besonders wichtig ist die sofortige und ausgiebige Ausnutzung der Erkundungsergebnisse für die Artillerie durch Schußbeobachtung vom Flugzeug aus sowie die Tätigkeit der Infanterieflieger (vgl. Teil 5 und 6 des Sammelheftes der Vorschriften für den Stellungskrieg) nach folgenden allgemeinen Grundsätzen:

In der Zeit der feindlichen Angriffsvorbereitungen sind die den Divisionen unterstellten Abteilungen in erster Linie zur artilleristischen Zielerkundung und zur genauen Schußbeobachtung gegen die feindliche Artillerie und sonstige günstige Ziele im Bereiche der Infanteriestellungen und im Hintergelände sowie zum Festlegen der Schießgrundlagen heranzuziehen. Sie überwachen ferner die feindlichen Infanteriestellungen, achten insbesondere auf Anlage neuer Gräben, Unterstände, Aufräumen der Hindernisse usw. und übernehmen die Beobachtung des gegen wichtige Punkte anzusetzenden Feuers der Minenwerfer. In der Zeit des artilleristischen Großkampfes ist die Leitung des Feuers gegen einzelne Ziele in der Art, daß zuerst das Einschießen und anschließend das Wirkungsschießen im einzelnen beobachtet wird, nur ausnahmsweise möglich. Mehr und mehr wird dann allgemeine Überwachung des Kampffeldes Aufgabe der Artillerieflieger. Erkennen sie lohnende Ziele, so melden sie diese der Artillerie, die je nach der Gefechtslage auf Grund der früher erschossenen Grundlagen und unter Ausschaltung der Tageseinflüsse sofortiges Wirkungsschießen dagegen eröffnet. Die Artillerieflieger haben gegen solche Ziele und gegen andere, die die Artillerie auf Grund von Meldungen anderer Erkundungsorgane beschießt, die Lage des Wirkungsschießens nach den Weisungen der Artillerieführer zu beobachten und zu melden, so daß dauernd eine Nachprüfung der Wirkung während des Schießens durch die Luftbeobachtung stattfindet.

Die Infanterieflieger müssen nach Beginn des Großkampfes besonders auf alle Anzeichen der Bereitstellung der feindlichen Infanterie zum Angriff achten. Da der Feind häufig die Nacht zur Bereitstellung der Angriffstruppen benutzen wird, müssen die Erkundungsflüge, um das Füllen der Gräben und das Heranziehen der Reserven rechtzeitig zu erkennen, bei Tagesanbruch einsetzen. Wie oft sie im Laufe des Tages zu wiederholen sind, hängt von der Gefechtslage ab. Unter dem Schutze der Kampfflieger in niedrigen Höhen fliegend, bilden die Infanterieflieger neben den Ballonen

Digitized by Google

(s. Ziff. 90 ff.) häufig das einzige Mittel, Meldungen über die Gefechtslage der vorderen Linie nach hinten zu geben.

88. Der Luftkampf erstrebt die Erringung der Luftherrschaft, d. h. die dauernde oder wenigstens die vorübergehende Vertreibung der feindlichen Luftstreitkräfte aus dem Luftraum über dem Kampffeld. Das Eingreifen in den Kampf auf der Erde und die Luftbeobachtung soll dadurch für die feindlichen Flieger verhindert, für die eigenen Flieger und Ballone erleichtert werden. Das beste Mittel zur Erringung und Behauptung der Luftherrschaft sind die Jagdgeschwader und Jagdstaffeln, denen bestimmte Kampfräume zuzuweisen sind; sie haben die Fesselballone und Flugzeuge des Gegners aufzusuchen und anzugreifen.

Das A. O. K. hat durch Zusammenfassung der dem A. O. K. unmittelbar unterstehenden Jagdstaffeln oder -geschwader in den zur Zeit wichtigsten Abschnitten, in den entscheidenden Stunden, die feindlichen Luftstreitkräfte auszuschalten und den eigenen freie Bahn zu schaffen. Zu diesem Zweck sind außerdem die den Generalkommandos unterstehenden Jagdstaffeln nach Bedarf vorübergehend durch das A. O. K. zusammenzuziehen. Besonders wenn der Angriff unmittelbar bevorsteht, sind zur Niederkämpfung der zu erwartenden Massen feindlicher Flieger möglichst viele Jagdstaffeln, auch unter Entblößung nicht angegriffener Abschnitte, zum offensiven Luftkampf einzusetzen. Geschwaderangriffe gegen die feindlichen Fesselballone sind in diesem Zeitpunkt des Kampfes wertvoll.

Eine völlige Unterbindung der feindlichen Luftertkundung für längere Zeit und große Räume läßt sich nicht erreichen. Eine dauernde Luftsperre verzehrt und zersplittert Kräfte und kann durch einen willensstarken Gegner jederzeit durchbrochen werden. Eine solche rein defensive Abwehr der feindlichen Fliegertätigkeit führt nicht zum Ziel.

89. Das unmittelbare Eingreifen der Flieger in den Kampf auf der Erde erfolgt durch Maschinengewehrfeuer und Bombenangriffe und ist von hoher Bedeutung. Den Fliegern eröffnet sich hier ein weites Feld schönster Betätigung.

Der Einsatz von geschlossenen Fliegerverbänden (Schutzstaffeln, Kampfgeschwader, Jagdstaffeln) hierzu ist zweckmäßig. Auch einzelne Infanterieflieger können gute Dienste leisten, sie dürfen sich dadurch jedoch nicht von anderen Aufgaben abhalten lassen.

In der Verteidigung werden sich die Angriffe mit Maschinengewehren gegen bereitgestellte Sturmtruppen, anmarschierende Verstärkungen, gegen die vorbrechende feindliche Infanterie und gegen die feuernde Artillerie zu richten haben.

Beim eigenen Angriff werden die Flieger in niedriger Höhe der stürmenden Infanterie voranfliegen, um durch Maschinengewehrfeuer die feindliche Infanterie zu bekämpfen und niederzuhalten. Weiter haben sie sich gegen die zum Gegenstoß vorbrechenden Reserven sowie gegen ungedeckt stehende und auffahrende Batterien zu wenden. Auch der Nachschubverkehr wird ein dankbares Ziel sein.

Die Bombenangriffe sind sowohl in der Verteidigung als auch während der eigentlichen Schlacht gegen die festgestellten feindlichen Ausladepunkte, Munitionslager, Flughäfen, Verpflegungsmagazine und Artilleriegruppen auszuführen; sie können bei planmäßiger starker Durchführung zu einer erheblichen Verzögerung und Störung des feindlichen Angriffs führen. Lohnende Ziele werden infolge des starken Verkehrs und Bedarfs an Truppen und Mitteln aller Art stets vorhanden sein.

Aufgaben der Ballone. 90. Die Ballonbeobachtung und die Flieger ergänzen und ersetzen sich in der Nahaufklärung (Ziff. 86) und in bezug auf die Tätigkeit der Artillerie- und Infanterieflieger (Ziff. 87) gegenseitig. Wichtigste Aufgabe der Ballonbeobachtung ist die unmittelbare Schußbeobachtung, demnächst die allgemeine Überwachung des Schlachtfeldes in bezug auf Verteilung und Stärke des feindlichen Feuers (örtliche Begrenzung, Vorverlegen, feuerarme Räume usw.), ferner auf Sperrfeuerzeichen und andere Signale bei Freund und Feind, auf Lage des eigenen Feuers, auf Bewegungen beim Feind, z. B. Heranziehen der Reserven, Gas-

Digitized by Google

angriff usw. Außerdem sind die Ballone, besonders bei Nacht, auch als hohe Meßstelle zu verwerten.

91. Ballonhallen und Ballonaufstiegstellen sollen der Sicht des Feindes von der Erde und vom Ballon aus und damit dem beobachteten feindlichen Artilleriefeuer entzogen sein. Zur Erreichung der besten Sichtverhältnisse für den zugewiesenen Beobachtungsraum kann ein zeitweiliges Vormarschieren von der Aufstiegstelle mit „Ballon hoch" oder die Aufstellung des Ballons im Nachbarabschnitt geboten sein; an der taktischen Unterstellung braucht im letzteren Falle nichts geändert zu werden. Für das Marschieren mit „Ballon hoch" ist Schaffung geeigneter Ballondurchlasse durch die Stellungen und Drahtleitungen erforderlich.

92. Schutz gegen feindliche Flieger finden die Ballone durch Flak (hauptsächlich M-Flak), Revolverkanonen, Maschinengewehre und durch rechtzeitiges Einholen bei erkanntem Angriff. Da die M-Flak an Feuergeschwindigkeit und ballistischer Leistung den Revolverkanonen überlegen sind, sind erstere insbesondere zum Ballonschutz an Hauptkampffronten einzusetzen.

Fliegerbekämpfung von der Erde aus. 93. Niedrig fliegende feindliche Flieger sind hauptsächlich durch M. G. zu bekämpfen (vgl. Ziff. 36 und Merkblatt der O. H. L.. vom 1. 8. 1917 I c Nr. 61 294 op.) Dieser Aufgabe ist erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

94. Der Einsatz der Flak, denen neben den Kampffliegern die Abwehr höher fliegender feindlicher Flieger zufällt, wird vom Armee-Oberkommando nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt. Aufstellung im einzelnen ist Sache der Gruppen, denen die Flaks zu unterstellen sind. Nur an den Fronten, an denen kein Flak-Gruppenkommandeur vorhanden ist, unterstehen die Flaks unmittelbar dem Armee-Oberkommando. Eine Zuteilung von Flak an die Divisionen hat zu unterbleiben.

Die Flak werden zweckmäßig so verteilt, daß eine oder mehrere lückenlose Abwehrlinien entstehen, die von feindlichen Flugzeugen nur in großen Höhen zu durchbrechen sind. Zusammenfassung der Flak zu 2 oder 4 Geschützen erhöht die Treffaussichten. Um gegenseitige Störungen durch gleichzeitiges Schießen mehrerer Flakeinheiten auf dasselbe Luftziel zu vermeiden, kann das zeitweilige Zusammenfassen mehrerer Flakeinheiten zu Untergruppen unter einheitlicher Feuerleitung geboten sein.

Um die jenseits der Front tätigen feindlichen Flieger bekämpfen zu können, ist die vordere Abwehrlinie so weit wie möglich vorzuschieben.

95. Wichtige rückwärtige Punkte, wie Bahnhöfe, Munitionslager, Pionierparks, Flughäfen, Brücken sind durch Flak (in erster Linie ortsfeste) oder M. G. zu schützen.

96. Um durch feindliches Feuer oder Abnutzung entstehende Ausfälle an der Front sofort decken zu können, empfiehlt sich für die A. O. Ks. bei Masseneinsatz das Ausscheiden einer Reserve an leichten K-Flak und pferdebespannten Flakeinheiten. Diese Reserven sind jedoch nicht brachzulegen, sondern im rückwärtigen Operationsgebiet zur Verstärkung des Schutzes von Bahnhöfen, Munitionslagern u. dgl. zu verteilen, um sie im Bedarfsfall gegen abgekämpfte oder zeitweilig unbeweglich gewordene Flak vorderer Linie auszutauschen.

97. Die Verwendung von starken Scheinwerfern kann die Wirkung von Flak bei Nacht erhöhen. Flieger, die plötzlich in den Bereich des Lichtkegels kommen, verlieren außerdem leicht die Orientierung und das Gleichgewichtsgefühl.

V. Pioniere. 98. Die Arbeiten, die in der Verteidigungsschlacht teils durch Zerstörungen und Verschüttungen, teils durch Umgestaltung und Ergänzung des Verteidigungssystems nötig werden, kann die Infanterie allein nicht bewältigen. Die dauernd zur Division gehörigen Pionierkompagnien reichen zur Unterstützung nicht aus. Ihre Vermehrung zur Schlacht ist nötig.

Die Pioniere bilden für die höhere Führung das Mittel, Planmäßigkeit und Stetigkeit in den Ausbau zu bringen. Sie

Digitized by Google

gehören an solche Stellen, wo der Ausbau schnell gefördert werden soll. Ob die Pioniere demnach in vorderer Linie oder weiter rückwärts eingesetzt werden, hängt von den Verhältnissen ab. Einheitliche, kompagnieweise Verwendung erhöht die Leistung. Haushälterische Verwendung ist unerläßlich. Keinesfalls dürfen Pioniere für Aufgaben eingesetzt werden, die die Infanterie selbst leisten kann.

99. Ein sehr wichtiger Teil des Pionierdienstes bei jeder Division ist ferner die ständige Ergänzung und Verwaltung der Pionierhauptparks und die von ihnen aus vorzunehmende Füllung der Pionier-Regimentsparks. Die Pionier-Regimentsparks werden außerdem zugleich zum Niederlegen von Getränken und Verpflegungsmitteln (Verpflegungsdepots) sowie von Postsachen benutzt.

100. Dem Pionierkommandeur der Division sind die Pionierkompagnien, die Minenwerferkompagnie und der Scheinwerferzug der Division zu unterstellen; in der Regel auch die Armierungskompagnien. Die Unterstellung der der Division vorübergehend zugeteilten Pionier-, Minenwerfer- und Scheinwerferverbände regelt der Divisionskommandeur.

Die Aufgaben des Pionierkommandeurs der Division sind:

a) Vorschläge über Verwendung und Einsatz der ihm unterstellten Verbände.

b) Einheitliche Leitung des Nachschubs an Pioniergerät, -nahkampfmitteln, Baustoffen usw. für den Divisionsabschnitt vor und während der Abwehrschlacht bis zu den Regimentern. Hierzu ist ständige Fühlung mit den Truppenführern erforderlich.

c) Technische Beratung des Divisionskommandeurs im Stellungsbau. Hierzu kann er auch den Unterführern zugeteilt werden.

Die Pionieroffiziere und Pionierstäbe bei Generalkommandos und Armee-Oberkommandos sind nur Berater, nicht Truppenführer, ähnlich wie die Artillerieoffiziere bei Generalkommandos und Armee-Oberkommandos; sie haben sinngemäß gleiche Befugnisse wie diese.

VI. Armierungstruppen. 101. Armierungstruppen sind für schwerkämpfende Fronten unentbehrlich. Jede Division muß über mehrere Kompagnien verfügen, die hinter der Front, wenn auch noch in der Feuerzone, zu den verschiedensten Arbeitszwecken eingesetzt werden.

102. Weitere Armierungstruppen müssen den Generalkommandos und Armee-Oberkommandos zur Verfügung stehen, da die Anlagen aller vorhandenen und angefangenen Stellungssysteme, sobald die feindliche Angriffsabsicht erkannt ist, sofort instand gesetzt und weiter ausgebaut werden müssen. Hierzu sind geschlossene Verbände von Armierungstruppen unter einheitlichem Befehl und mit besonderen Baustäben anzusetzen. Für die am weitesten rückwärts gelegenen Anlagen können auch Arbeitskommandos aus den Ablösungsreserven herangezogen werden, falls nicht Rücksichten auf Erholung und Ausbildung voranstehen müssen.

Die Leitung dieser Arbeiten soll nicht der Aufsicht der kämpfenden Divisionen übertragen werden, da diese von ihren Kampfaufgaben zu sehr in Anspruch genommen sind; es ist aber sehr wichtig und notwendig, die Divisionen wenigstens über diejenigen Arbeiten auf dem laufenden zu erhalten, die für ihren Kampf oder für die Unterbringung ihrer Kampfreserven in Betracht kommen können.

103. Im Laufe des Kampfes kommen auch Neuanlagen größerer Art in Betracht, z. B. Querriegel, die verhindern sollen, daß ein Erfolg des Feindes in einem Divisionsabschnitt sich auf die benachbarte Division ausdehnt oder weiter rückwärts gelegene Stellungen, in die in breiter Front (mehrere Divisionsbreiten) zurückgegangen werden soll, um den Kampf in ungünstigem Gelände abzubrechen und dem Feind ungünstiges Kampfgelände zuzuschieben oder um den Feind zu neuem Artillerieaufmarsch zu zwingen und dadurch Zeit zu gewinnen (vgl. Ziff. 6).

Solche Stellungen müssen frühzeitig genug vorgesehen werden, damit ihr Ausbau ohne Störung durch feindliches Feuer durchgeführt werden kann. Übereilte und nicht durchdachte Anordnungen in dieser Beziehung führen leicht zu unnützem Aufwand an Arbeit und Zeit. Auch hierfür sind besondere Baustäbe notwendig.

Digitized by Google

Die Leitung dieser Arbeiten ist Sache des Generalkommandos, Armee-Oberkommandos oder Heeresgruppenkommandos. Ausführung erfolgt durch Armierungstruppen oder andere Arbeitskräfte.

104. Die Stetigkeit der Arbeit muß durch genaue Baupläne, auch beim Wechsel der Bauleitung, gesichert sein, andernfalls muß die Bautätigkeit erheblich leiden. Es ist deshalb nicht angängig, daß jeder Bauleiter seine taktischen Anschauungen, die von denen seiner Vorgänger abweichen, zur Durchführung bringen will.

105. Armierungstruppen werden außerdem gebraucht zur Arbeit in den Nachschubparks und Werkstätten an den rückwärtigen Verbindungen und in den verschiedensten wirtschaftlichen Betrieben.

VII. Bahnen und Wege. 106. Maßnahmen für Vermehrung, Instandhaltung und Wiederherstellung von Bahnen und Straßen sind von ausschlaggebender Bedeutung.

107. Die Vollbahnen sollen schnelle und sichere Verschiebungen an der Front entlang gestatten. Sie müssen daher möglichst außerhalb des feindlichen Feuers liegen und mit Abzweigungen an die Front führen.

Kleinbahnen werden im allgemeinen nur dort weiter ausgebaut, wo bereits solche Verbindungen bestehen; sie vermitteln hier die Verbindung zwischen Vollbahn einerseits und Feld- und Förderbahnnetz anderseits.

Das Feld- und Förderbahnnetz ist im Anschluß an die Vollbahn bzw. Kleinbahn weit nach vorn durchzuführen, d. h. bis in die Nähe der Feuerstellungen der Artillerie und bis an die hinteren Linien der vordersten Infanteriestellungen. Ringbahnanlagen dicht hinter der Front sind zu verwerfen. Möglichst zahlreiche Stränge sind von der Vollbahn zur Front zu führen. Gut angelegt, erhalten und planmäßig ausgenutzt, vermag das Bahnnetz am leichtesten den erheblichen Verkehr hinter der Front zu bewältigen. Es entlastet vor allem die Pferdekolonnen, spart und schont also Pferde.

108. Die Wegeverbindungen sind, soweit möglich, für Kraftwagenverkehr herzurichten. Das Wegenetz muß — mit Kraftwagen und Pferdekolonnen betrieben — imstande sein, vorübergehend den gesamten Verkehr aufzunehmen, wenn größere Störungen des Bahnbetriebs eintreten.

Insbesondere müssen alle Straßen mit starkem Verkehr von vornherein unter scharfe Aufsicht genommen und auch kleinere Schäden sofort ausgebessert werden. Das Unbrauchbarwerden von Straßen läßt sich leichter verhüten als wieder gutmachen. Wechsel der Hauptverkehrswege bei Beschießung ist vorzusehen.

VIII. Kraftfahrwesen, Pferdekolonnen, Ordnungs- und Polizeidienst. 109. Lastkraftwagen sind für den gewaltigen Lastenverkehr, insbesondere von Munition, Nahkampfmitteln, Baustoffen usw., sehr brauchbar. Sie gestatten auch, Truppen aus dem Feuerbereich in den Ruhebereich und umgekehrt zu befördern. Sie fallen allerdings dann für den Lastenverkehr aus. Die den höheren Kommandobehörden (bis einschl. Divisionen) zugeteilten Kraftwagenformationen müssen daher zur Schlacht vermehrt werden. Einheitliche Leitung und gute Einteilung erhält die Leistungsfähigkeit für längere Dauer.

Lastkraftkolonnen entlasten die Pferdekolonnen in gleicher Weise wie das Feld- und Förderbahnnetz.

110. Anzustreben bleibt, den Verkehr mit Pferdekolonnen einzuschränken, so daß sie nur den Verkehr zwischen der Endstelle der Förderbahn und des Kraftwagenverkehrs einerseits und der Truppe anderseits vermitteln. Grundsätzlich sind nicht mehr Gespanne einzusetzen, als für diesen Zweck nötig sind; die anderen sind zum Auswechseln zurückzuhalten und sorgfältig zu pflegen. An den Stellen, wo Umladen von Förderbahnen usw. auf Pferdekolonnen erfolgt, ist für Schutz der Pferde gegen Witterung zu sorgen (Stallzelte), Futter bereitzuhalten usw.

111. Der gewaltige Verkehr, die große Anhäufung von Truppen und Gerät, die Zerstörungen durch das weit in die Tiefe reichende feindliche Feuer macht die strengsten

Digitized by Google

in die Ausgangsstellung zurückgegangen wird. Begrenzte Angriffe sind in der Regel in einem Schlage bis zur Erreichung des Angriffsziels durchzuführen.

Die Angriffsschlacht erstrebt den taktischen Einbruch und schließlich den hieraus sich entwickelnden operativen Durchbruch. Sie wächst sich in diesem Fall zur Durchbruchsschlacht aus, die den Übergang zum Bewegungskrieg zu erzwingen sucht. Kann die Führung sich dieses große Ziel stecken, so haben sich alle Maßnahmen von Anfang an in dieser Richtung hin zu bewegen.

Vom ersten Einbruch ab wird der Angreifer mit immer neu eintreffenden feindlichen Kräften und feindlichen Gegenangriffen zu rechnen haben. Hierdurch erhält die Durchbruchsschlacht ihren besonderen Charakter:

Eindringen in die feindliche Stellung mit weitestem Ziel,

Wegnahme wenigstens der feindlichen Artillerie am ersten Tage,

Festes in die Hand-Nehmen des Gewonnenen, feindliche Gegenstöße und Gegenangriffe,

Vorführen der Masse der Artillerie und frischer Infanterie,

Neue eigene Angriffe und feindliche Gegenmaßnahmen usw.

Der Durchbruchskampf ist ein Durchfressen durch die feindlichen Stellungssysteme meist unter starker offensiver Gegenwirkung des Feindes. Er muß schnell und tief vorgetragen werden.

Der erste Einbruch ist verhältnismäßig leicht. Die Schwierigkeit liegt im richtigen Nähren des Angriffs. Der überraschte Gegner darf nicht zur Besinnung kommen. Seine Gegenmaßnahmen müssen durch den schnellen Fortgang des Angriffs durchkreuzt werden. Es gilt schnell zuzufassen, in dem Bewußtsein, daß von rückwärts her für Flanke und Rücken sowie für Feuerunterstützung gesorgt wird.

Die Gefahr, daß die Angriffskraft erlahmt, ist groß. Durch die Energie der weit vorn befindlichen Führer und frische Kräfte muß der tote Punkt überwunden werden.

Hierbei kommt es weniger auf die Masse an als auf die artilleristische und infanteristische Feuerkraft. Zu starke Kräfte hindern sich gegenseitig und erschweren Führung und Versorgung. Alles hängt von schnellem und selbsttätigem Handeln aller Stellen im Rahmen des Ganzen sowie vom Nachziehen der Artillerie und vom Munitionsnachschub ab.

7. Im Kriege versprechen diejenigen Maßnahmen den größten Erfolg, auf die der Feind am wenigsten gefaßt ist. Bei allen Angriffshandlungen ist daher die Überraschung des Feindes von entscheidender Bedeutung.

Dazu sind notwendig: strengste Geheimhaltung der Absicht, unauffällige Durchführung aller Vorbereitungen, Beschränkung der Neuanlagen auf das unentbehrliche Maß, Vortäuschen von Angriffsabsichten oder wirklich ausgeführte Angriffe an anderen Stellen der Front und Abwechslung in den Einzelheiten des Angriffsverfahrens. Hierin läßt die Vorschrift genügenden Spielraum. Es ist Sache aller Führer, davon den richtigen Gebrauch zu machen.

8. Die hohe Bedeutung der flankierenden Einwirkung, selbst mit schwachen Kräften, vor allem auch durch Artillerie und Maschinengewehre, ist bei allen Angriffshandlungen immer wieder in Erscheinung getreten. Flankierung ist daher immer wieder planmäßig herbeizuführen. Starke Anlagen sind nicht frontal, sondern in der Flanke und aus dem Rücken anzugreifen.

In der Durchbruchsschlacht ist die taktische Umfassung ganzer Stellungsteile schon bei der Anlage der Schlacht anzustreben.

9. In der taktischen Bewertung von Stellungen und Geländeformen müssen alle Führer wieder eingehend geschult werden. Das Studium des Kampffeldes und seiner taktischen Bedeutung kann nicht sorgfältig genug sein; es ist die Voraussetzung für die taktische Kleinarbeit, die für Anlage und erfolgreiche

Digitized by Google

Durchführung aller Angriffe — auch eines Angriffs in größerem Rahmen — unerläßlich ist.

Der Kampf um die Höhenstellungen, der im Stellungskriege an Bedeutung verloren hat, tritt um so mehr in den Vordergrund, je mehr die Kämpfe den Charakter des Bewegungskrieges annehmen..

10. Werden diese kurz niedergelegten Grundsätze beachtet, so werden wir an der Westfront auch im Angriff siegreich sein.

C. Kräftebedarf; Vorbereitungen im allgemeinen.

11. Schon bei den ersten Erwägungen über den Angriff muß eine vorläufige Bedarfsberechnung über die erforderlichen Mittel für den Angriff, namentlich an Artillerie, Minenwerfern und Munition, erfolgen (Ziff. 18). Können sie nicht verfügbar gemacht werden, so ist das Angriffsziel zu beschränken oder auf den Angriff zu verzichten. Ein Angriff mit unzureichenden Mitteln mißlingt stets, kostet unnützes Blut und ist ein grober Führungsfehler.

12. Bei Angriffen von großer Tiefe ist ein Stoß mit ein und demselben Verbande (Div.) bis zum Verbrauch seiner Kraft mehreren aufeinanderfolgenden Angriffen mit frischen Verbänden vorzuziehen. Dementsprechend sind die Angriffsstreifen so zu wählen, daß ein Verband in sich befähigt ist, den Angriff lange zu nähren und ohne Aufenthalt durch die ganze Tiefe der feindlichen Stellungen hindurchzustoßen.

Die Breite der Angriffsstreifen ist indes zugunsten einheitlicher Führung nicht zu schmal zu bemessen. Wo es sich lediglich darum handelt, dem Feind ein Grabensystem seiner vorderen Stellung zu entreißen, kann eine Division sich bis zu 3 km und mehr ausdehnen. Ist Eindringen in die Tiefe der feindlichen Stellungen beabsichtigt, so müssen die Divisions-Gefechtsstreifen schmäler gewählt werden; unter 2 km werden sie kaum heruntergehen.

Dicht herangehaltene frische Verbände, die mit fortschreitendem Angriff sofort nachzuziehen sind, haben bei großen Angriffen den erreichten Erfolg durch Fortsetzen des Angriffs zu erweitern (vgl. Ziff. 6 letzten Absatz). Beim Durchbruchsangriff empfiehlt es sich, um ein Anhäufen zu vieler nebeneinander befehlender Kommandostellen vermeiden und genügend breite Gefechtsstreifen machen zu können, die Divisionen zweiter Linie frühzeitig den in erster Linie angreifenden Divisionen zu unterstellen.

Der Schutz der Flanken ist besonders hierfür bestimmten Kräften zu übertragen.

13. Die Ausgestaltung eines Anfangserfolges zum operativen Durchbruch hat zur Voraussetzung, daß starke Infanterie und zahlreiche leichte und schwere Artillerie glatt vorwärts kommen und daß die Munitionsversorgung und der sonstige Nachschub nicht versagen. Zahlreiche bewegliche Kolonnen, Arbeitstruppen usw. sind daher erforderlich. Der Bedarf hieran muß von Anfang ebenso in Rechnung gestellt werden wie der Bedarf an Kampftruppen.

14. Jeder Angriff bedarf mehr oder weniger umfangreicher Vorbereitungen. Je größer der Angriff, um so früher muß damit begonnen werden.

Den Vorbereitungen voraus geht eine genaue Berechnung des Bedarfs an Truppen aller Waffen, Munition, Ausrüstung und Gerät aller Art; sie ergibt sich aus der Festsetzung des Umfanges des Angriffs und der Zielräume für Artillerie und Minenwerfer.

Nachstehend aufgeführte Reihenfolge in den Vorbereitungen dient als Anhalt:

a) Verstärkung aller vorhandenen Stäbe und Verwaltungsbehörden bis einschließlich Etappe,

b) Heranführen von Stäben und Vorkommandos der Angriffsverbände (Gruppen- und Div.-Kdos., Verwaltungsbehörden, Sonderformationen usw.),

Heranführen von Nachrichtentruppen und der für den Nachschub notwendigen Arbeitskräfte und Transportmittel,

Digitized by Google

c) Ausarbeiten des gesamten Operations- und Versorgungsplanes, Beginn des Nachschubs,

d) allmähliches Verdichten dieses „Aufmarschgerippes" durch Heranziehen der niederen Kommandobehörden und weiterer Einweisungstruppen,

Antransport der Masse der Kolonnen und Trains und des Nachschubs,

e) Aufmarsch der fechtenden Truppen (voraus die Artillerie und Minenwerfer).

Bei einem Durchbruch sind die zur Ausnützung erforderlichen Sonderformationen besonders zahlreich (Kolonnen, Straßenbau-Kompagnien, Eisenbahntruppen, Arbeitskräfte).

15. An Einzelheiten sind zu beachten:

a) Regelung der Befehlsgliederung,

b) Gliederung der Artillerie und Minenwerfer, Wahl und Ausbau der Befehls- und Beobachtungsstellen, der Batterie- und Minenwerferstellungen, Munitionsausstattung,

c) Ergänzung der Nachrichten- und Verbindungsmittel,

d) Gliederung der Infanterie, Festsetzung der Gefechtsstreifen, Befehlsstellen, Vormarschwege, Bereitstellungsplätze, Angriffsziele im einzelnen,

e) Bereitstellung von Pionier- und sonstigem Material in vielen kleinen, weit vorgeschobenen Depots sowie auf Fahrzeugen; Zuteilung von Pionieren zur Unterstützung der anderen Waffen bei Überwindung von Hindernissen und beim Ausbau der genommenen Stellung,

f) Verstärken der Luftstreitkräfte (Flieger, Ballone, Flak),

g) Herstellung und Ausgabe der Karten,

h) Ausbau der rückwärtigen Verbindungen, Straßen, Bahnen, Depots usw.; Fürsorge für den Bahnschutz,

i) Unterbringung, Verpflegung, Wasserversorgung; letztere namentlich unmittelbar nach dem Angriff,

k) Bereitstellen ausreichender Artilleriegerät-Reserven (Geschütze aller Kaliber, Lafetten, Ersatzteile), vermehrte Einrichtung von Instandsetzungswerkstätten mit vorgeschobenen Zweigstellen für Einstellung von Ersatzteilen und Ausführung kleiner Reparaturen,

l) Sanitätsmaßnahmen.

Die Wichtigkeit aller mit dem Nachschub in Zusammenhang stehenden Vorbereitungen darf nicht unterschätzt werden.

16. Geheimhaltung der Angriffsabsichten und Verbergen der Vorarbeiten vor der feindlichen Luftaufklärung und Erdbeobachtung sind wesentliche Vorbedingungen für den Erfolg.

Zur Geheimhaltung, auch gegenüber der eigenen Truppe, kann es zweckmäßig sein, die Vorbereitungen als Maßnahmen gegen einen bevorstehenden feindlichen Angriff zu bezeichnen und für alle Vorarbeiten einen unauffälligen Decknamen zu benutzen. Die Geheimhaltung gegenüber der eigenen Truppe darf nicht dazu führen, daß diese ungenügend oder verspätet über ihre Aufgabe unterrichtet wird.

Bei Angriffsvorbereitungen, die sich über mehrere Wochen hinziehen, wird es notwendig sein, alle mit den diesbezüglichen Arbeiten betrauten Offiziere zur Geheimhaltung besonders zu verpflichten, jeglichen Schriftverkehr nur in die Hände von Offizieren zu legen, Ferngespräche und Fernschreiben in offener Schrift zu verbieten, die zur Mitarbeit herangezogenen Verwaltungsbehörden zu überwachen und den Briefverkehr durch Stichproben zu prüfen. Auch der Kraftwagenverkehr der zahlreichen erkundenden Stäbe bedarf der Regelung.

Neuanlagen dürfen erst nach ausreichender Deckung gegen Sicht von der Erde und aus der Luft begonnen werden; das gilt besonders vom Baracken- und Zeltebau, sowie von der Vergrößerung oder Neuanlage von Depots, Parkplätzen, Flughäfen. Neu eingetroffene Fahrzeugkolonnen sind unter Deckung und nicht etwa regelmäßig und offen aufmarschiert aufzustellen.

Digitized by Google

Alle Truppenbewegungen werden zu unsichtigen Tageszeiten oder bei Dunkelheit ohne Benutzung von Lichtern ausgeführt; bei Nacht aufsteigende Fesselballone haben diese Maßnahme zu überwachen.

Dem Aufmarsch der Artillerie und der Minenwerfer geht die Munitionsbereitstellung in den Stellungen voraus; hinter den letzten Fahrzeugen wird es sich empfehlen, durch Eggen usw. die Wegespuren zu verwischen.

Die Bereitstellung der Infanterie hat meist erst in der letzten Nacht vor dem Angriff zu erfolgen.

Mit Bekanntwerden der Angriffsabsicht bei der eigenen Truppe sind Patrouillenvorstöße zu unterlassen.

In größeren Verhältnissen wird es sich empfehlen, bestimmte Persönlichkeiten der höheren Stäbe mit dem Überwachen der Geheimhaltung zu beauftragen.

17. Gute Vorbereitungen kosten Zeit. Überhastung gefährdet den Erfolg und führt zu erhöhten Verlusten. Anderseits ist der *Umfang der Vorbereitungen auf das unbedingt Notwendige zu beschränken*, um Überraschung zu erzielen und um nicht Kräfte und Mittel zwecklos zu beanspruchen. Auf manches wird zugunsten der Überraschung verzichtet werden können. Dagegen muß alles, was der feindlichen Aufklärung entzogen ist, um so gründlicher vorbereitet werden.

18. An den Angriffsstellen pflegt *nach erfolgtem Angriff* eine Zeitlang *erhöhte Kampftätigkeit* einzusetzen. Dies muß bei der Berechnung des Bedarfs an Truppen, Munition und sonstigem Gerät berücksichtigt werden.

D. Führung; Befehlsgliederung.

19. Die *Führung des Angriffs* übernimmt, je nach der Zahl der beteiligten Truppen, eine Heeresgruppe, ein A. O. K., ein Generalkommando oder eine Division.

Selbst bei beschränkten Angriffszielen und geringer Stärke der beteiligten Infanterie empfiehlt sich Führung durch die *Division*, da sie allein über die erforderlichen Kräfte und Mittel zur einheitlichen Gesamtleitung der Kampfhandlung, insbesondere zum Zusammenfassen und Leiten des Artilleriefeuers und zur Regelung des Zusammenwirkens der Waffen verfügt.

Auch bei großen Angriffen ist die Division die Kampfeinheit. Ein gesonderter taktischer Waffendienstweg unter Umgehung der Division schädigt das Zusammenwirken.

20. Beim Angriff hat der Angreifer die Vorhand. Er kann *den Gang der Kampfhandlung wenigstens in ihren Anfängen bis in die Einzelheiten vorausbestimmen*. Er muß von diesem Vorteil Gebrauch machen. Die dadurch bedingte Einschränkung der Selbständigkeit unterer Befehlsstellen läßt sich nicht vermeiden.

Anderseits muß *der selbständigen Mitarbeit weiter Spielraum* gelassen werden.

21. Zunächst ist ein *Angriffsentwurf* aufzustellen, der in großen Zügen den geplanten Verlauf des Angriffs festlegt. Insbesondere bedürfen Tätigkeit der Artillerie und Minenwerfer sowie Regelung des Nachschubs von Anfang an einheitlicher Bearbeitung.

Auf Grund eines Angriffsentwurfs höherer Kommandobehörden reichen bei großen Angriffen die unteren Führer bis einschließlich Division *Befehlsentwürfe* für den Infanterie-Angriff sowie für die Aufstellung und Tätigkeit der Artillerie usw. nach örtlichen Erkundungen ein.

Hierauf wird der *Angriffsbefehl* ausgegeben, der für die ganze Front das Verhalten aller Waffen, insbesondere die Zeiten, einheitlich regelt und dadurch dem gesamten Angriff einen zeitlich und räumlich fest begrenzten Rahmen gibt. Dies ist notwendig, da auf der ganzen Front alle Waffen *auf die Minute genau* zusammenarbeiten müssen.

Digitized by Google

22. Vor größeren Angriffen wird meist das Einschieben neuer Verbände nötig. Dies muß dem Gegner möglichst lange verborgen bleiben. Reihenfolge und Zeiten des Heranführens sowie die Schulung der Truppen im Gelände, an Übungswerken, durch Vorträge, Besprechungen, Skizzen usw. sind sorgfältig zu regeln. Eine Nachbildung des Angriffsgeländes in stark verkleinertem Maßstabe (z. B. 1 : 500) im rückwärtigen Gelände mit Darstellung der Geländeformen und Bodenbedeckungen kann vorteilhaft sein.

23. Für Ablösung und zur Nährung des Angriffs sind Kräfte zweiter und dritter Linie rechtzeitig bereitzustellen. Die Angriffsabsicht darf dem Gegner nicht durch ihre vorzeitige Massierung an der Angriffsfront verraten werden.

24. Auch bei einem Angriff, der planmäßig in allen Einzelheiten vorbereitet werden kann, hat die Führung den Entschluß über die Verwendung der Reserven frühzeitig und meist auf Grund unvollkommener Nachrichten zu fassen. Schwächen des Feindes und errungene Vorteile müssen vorausschauend erkannt und rasch ausgenutzt werden.

Durch den Einsatz der Reserven muß die Führung danach streben, den Kampf nach ihrem Willen zu gestalten. Der Einsatz ist dort am wirksamsten, wo der Angriff am schnellsten Boden gewinnt; auch diejenigen Teile, die nur langsam vorwärts kommen oder stecken bleiben, werden dadurch am besten entlastet. Bereiten sich Gegenangriffe des Feindes mit starken Kräften vor, so ist es wichtig, zu erkennen, ob ihre Wirkung durch Vorwärtstragen des Angriffes an anderer Stelle ausgeschaltet werden kann oder ob Teile der eigenen Front unmittelbar gestützt werden müssen.

Vom Beginn des Angriffs muß die Führung darauf bedacht sein, ihre Reserven dicht heranzuhalten. Jedoch ist eine Überlastung der Verbindungen, die zur Verstopfung führt, zu vermeiden. In erster Linie muß die Feuerkraft der kämpfenden Truppe durch glatten und schnellen Nachschub erhalten werden.

Die Sorge hierfür ist eine wichtige Aufgabe jeder Kommandostelle in ihrem Bereich. Darüber hinaus haben die höheren Kommandostellen die niederen weitgehend von der Sorge für den Nachschub zu entlasten. Dies gilt vor allem für die Generalkommandos.

25. Bei Angriffen mit weitgestecktem Ziel sind für die Unterführer neue Befehlsstellen von Anfang an zu bestimmen und, soweit sie noch innerhalb der eigenen Linie liegen, auszubauen.

Für die Stabsquartiere der Generalkommandos und Divisionen gelten die gleichen Grundsätze wie in der Abwehrschlacht; ihre Befehlsstellen werden dagegen beim Angriff weit vorn eingerichtet, um einen Wechsel während der Schlacht möglichst lange zu vermeiden; aber auch dieser muß vorbereitet werden. Besonders muß die Nachrichtenverbindung zwischen der Division und ihrer Artillerie dauernd gesichert bleiben.

Gute Verbindung zwischen den Befehlsstellen benachbarter Divisionen und den Divisionen erster und zweiter Linie ist von großer Bedeutung.

Erwünscht ist es, daß die höheren Stäbe von der Division aufwärts über Fernwarten verfügen.

Die Artilleriekommandeure haben meist besondere Beobachtungsstellen mit möglichst weiter Übersicht, von denen sie dauernd unmittelbare Meldungen erhalten.

26. Jeder Wechsel der Befehlsstellen bedarf eingehender Vorbereitung. Reitpferde oder Kraftwagen sind rechtzeitig bereitzuhalten. Nach Verlegen der Befehlsstellen nach vorwärts bleiben die rückwärtigen zur Regelung des Nachschubes zunächst weiter besetzt. Je mehr der Durchbruch zum Bewegungskrieg führt, desto mehr gehören auch die oberen Führer weit vor, oft zu Pferde.

E. Aufklärung; Karten; Meldedienst.

27. Der Führer des Angriffs prüft die an der Angriffsfront bereits vorhandenen Ergebnisse der Aufklärung und gibt Weisungen für ihre Ergänzung

Digitized by Google

durch Lichtbild- und sonstige Fliegererkundungen, Beobachtung des feindlichen Funken- und Fernsprechverkehrs, eigene Erkundungsunternehmungen, Überläuferaussagen usw. Er sorgt dafür, daß die Aufklärung durch die Änderung in der Befehlsgliederung infolge des Einsatzes neuer Kommandobehörden vor und während dem Angriff keine Unterbrechung oder Störung erleidet.

28. In der Vorbereitungszeit kommt es darauf an, Ablösungen und Verstärkungen beim Feinde, seine täglichen Gewohnheiten, die Stärke, Art und Verteilung der Infanterie, der Maschinengewehre, der Artillerie, Minenwerfer und der Reserven, die Stellungen des Feindes bis in alle Einzelheiten, besetzte und unbesetzte Stellungen, Scheinstellungen, Vormarschwege, Sammelplätze, Empfangsstellen für Munition, Gerät und Verpflegung, Nachschubwege, Förderbahnen usw. und die Geländeverhältnisse vor, in und hinter der feindlichen Front festzulegen. Im einzelnen unscheinbare Beobachtungen geben in ihrem Zusammenhang oft wertvolle Aufschlüsse. Diese Feststellungen sind die Grundlage der Angriffsvorbereitungen.

Durch dauernde Nachprüfung auf etwaige Veränderungen wird sich schließlich ein ziemlich lückenloses Bild der feindlichen Anlagen, Truppenverteilung und Tätigkeit ergeben. Die richtige Bewertung der einzelnen Anlagen nach ihrer Bedeutung für den Feind und für den Erfolg des Angriffs ist besonders wichtig. Daraus ergibt sich die Zuweisung der Angriffsziele und Angriffswege im einzelnen und die Zielverteilung für Artillerie und Minenwerfer.

29. Während des Angriffs ist mit allen Mitteln danach zu streben, daß die Aufklärung nicht abreißt und daß die Fühlung mit dem Feinde nicht verloren geht. Von besonderer Bedeutung ist die Feststellung der vordersten feindlichen Abteilungen, etwaiger Rückzugsbewegungen, Bereitstellungen zu Gegenangriffen, sowie Aufstellung, Bewegung, Verschiebung oder Ansammlung feindlicher Reserven und feindlicher Artillerie.

30. Für den Angriff sind gute und übersichtliche, in bezug auf die feindlichen Stellungen möglichst vervollständigte Karten und Skizzen auszugeben. Artillerie und Flieger müssen außer etwaigen Sonderkarten auch die von der Infanterie benutzte Karte in der Hand haben.

Es ist damit zu rechnen, daß einzelne Karten in die Hand des Gegners fallen. Deshalb sind von der eigenen Stellung nur die vordersten Teile aufzunehmen, Angriffsziele, Gefechtsstreifen, Feuerzonen und sonstige Linien, die auf die eigenen Absichten schließen lassen, sind nicht einzudrucken. Handschriftliche Eintragung der für sie wichtigsten Linien durch die Unterführer ist unbedenklich.

Die Zahl der Karten und Skizzen muß bei allen Waffen zur Ausstattung bis mindestens einschließlich Zugführer ausreichen.

Vorführungen der feindlichen Stellungen und des Angriffsgeländes im Lichtbild auf Grund von Fliegeraufnahmen erhöhen das Verständnis der Mannschaften für ihre Kampfaufgaben.

31. Die endgültige Festsetzung der Angriffszeit ist wesentlich abhängig von der Witterung (z. B. bezüglich Verwendung von Gas, Sichtverhältnisse, Beeinflussung der Artilleriewirkung, Wegsamkeit bei nassem und trockenem Wetter). Der Wetterdienst ist daher frühzeitig zu Rate zu ziehen.

32. Gleiche Bedeutung wie der Aufklärung kommt dem Meldedienst zu.

Jede Truppe muß dauernd bestrebt sein, die Führung schnell über die eigene Lage zu unterrichten, um ihr die Grundlagen für notwendige Maßnahmen zu schaffen.

Bei größeren Angriffen ist von oben her eine besondere zeitliche und örtliche Regelung notwendig.

Zeitlich wird geregelt, wann jede Stelle unbedingt melden muß; abgesehen von besonderen Ereignissen, geschieht dies nach Erreichen bestimmter Ziele, Überschreiten von Linien, wesentlichen Verlegungen des Artilleriefeuers u. dgl.

Digitized by Google

Die örtliche Regelung erstreckt sich auf Angabe der Nachrichtensammelstellen, namentlich, wenn diese und die Befehlsstellen im Verlauf des Gefechts zu bestimmten Zeiten vorverlegt werden. Die Verbindung der Nachrichtensammelstellen nach rückwärts durch mehrere sichere Nachrichtenwege ist Sache der sie einrichtenden Dienststelle.

Abwurfsstellen für Flieger müssen frühzeitig festgesetzt werden.

Die Stäbe dürfen sich jedoch nicht darauf verlassen, durch Meldungen von der Truppe dauernd rechtzeitig unterrichtet zu werden. Sie müssen danach streben, mit eigenen Mitteln (Augenschein, besonders bestimmte Flieger, entsandte Offiziere, Kavallerie- und Infanteriepatrouillen, Beobachtungsoffiziere, Meldegänger) sich Klarheit über die Lage in den eigenen und Nachbarabschnitten zu verschaffen. Bei den immerhin schmalen Gefechtsstreifen ist enges taktisches Zusammenwirken von benachbarten Abschnitten ganz besonders wichtig (Ziffer 4).

33. Ebenso wichtig ist der Meldedienst zwischen Artillerie, Minenwerfern und Infanterie und zwischen Nachbarabteilungen. So ist z. B. die Infanterie verpflichtet, die Artillerie dauernd über die von ihr erreichte Linie und den Stand des Gefechtes zu benachrichtigen, ebenso wie die Artillerie alle ihr auf dem Gefechtsfelde gemachten Feststellungen der Infanterie sofort mitzuteilen hat. Nebeneinander eingesetzte Stäbe und Truppen müssen enge Verbindung miteinander halten und sich gegenseitig ununterbrochen auf dem laufenden halten.

Diesem Zweck, z. B. der Verbindung zwischen Artillerie und Infanterie, dient der Austausch von Nachrichten- oder Verbindungsoffizieren; zwischen kleineren Abteilungen genügen im allgemeinen von Unteroffizieren geführte Verbindungspatrouillen.

34. Sorgfältige Aufrechterhaltung des Aufklärungs- und Meldedienstes ist von wesentlichem Einfluß auf den Erfolg des Angriffs, namentlich werden davon die ersten Maßnahmen nach dem Sturm entscheidend beeinflußt.

F. Die Einzelwaffen.

I. Artillerie und Minenwerfer. 35. Die Feuervorbereitung für den Angriff wird verschieden sein; sie ist abhängig von der Gestaltung des Angriffsgeländes, vom Umfang des beabsichtigten Angriffs, von der Stärke der feindlichen Abwehrmittel und vom Grad der erstrebten Überraschung.

Ein völliger Verzicht auf Feuervorbereitung ist nur in Ausnahmefällen zulässig. Gegenüber einem aufmerksamen Feinde sind hierbei die Aussichten auf Erfolg gering.

Für kleine und mittlere Unternehmungen hat sich eine Feuervorbereitung von wenigen Minuten als zweckmäßiges Verfahren erwiesen. Ein Anhalt hierfür ist im Heft „Anlage kleiner Angriffsunternehmungen bei Gruppe Bailly im Mai/Juni 1917" gegeben.

Die Forderung, daß im Augenblick des Sturmes die feindliche Artillerie lahmgelegt und die feindlichen Verteidigungsanlagen im wesentlichen zerstört sind, kann nur durch mehrstündige Feuervorbereitung erreicht werden.

36. Im einzelnen fallen der Artillerie im Zusammenwirken mit den Minenwerfern bei Angriffen im Stellungskriege folgende Kampfaufgaben zu:

a) Bekämpfung und Niederhalten der feindlichen Artillerie und Minenwerfer,

b) Niederhalten der feindlichen Grabenbesatzung oder Sturmreifschießen der feindlichen Stellungen,

c) Beschießung der Reserven und rückwärtigen Verbindungen, der Beobachtungs- und Befehlsstellen, der Parks, der Ballone, des Verkehrs und Munitions-Nachschubs rückwärts des Angriffsziels.

d) Unterstützen des Infanterieangriffs durch eine vor ihm hergehende Feuerwalze,

e) Begleiten des Infanterieangriffs durch Infanterie-Geschütze und Feldkanonen zum Brechen örtlichen Widerstandes im direkten Granatschuß auf nahe Entfernung,

Digitized by Google

f) Schutz der Infanterie durch einen Feuerriegel nach Erreichen des Angriffsziels,
g) Abwehr feindlicher Gegenangriffe, Fernhalten herankommender Reserven.

37. Die Gliederung der Artillerie erfolgt nach gleichen Grundsätzen wie in der Abwehr (vgl. Teil 8 und Gefechtsvorschrift für die Artillerie). Straffe Gefechtsführung auch in artilleristischer Beziehung durch die Divisionen, Generalkommandos und A. O. Ks. ist unerläßlich. Dabei ist ein Eingreifen in Einzelheiten oft nicht zu vermeiden (vgl. Ziff. 19 und 20).

Als Anhalt für die Zahl der für einen Angriff erforderlichen Batterien und für den Munitionsverbrauch vgl. Gefechtsvorschrift für die Artillerie. Der Bedarf muß mit besonderer Sorgfalt berechnet werden und ist je nach der Art der beabsichtigten Kampfführung verschieden (Ziff. 35).

38. Die Minenwerfer, die in erster Linie Angriffswaffe sind, eignen sich in hervorragender Weise zum Sturmreifschießen der feindlichen Stellung und zur Bekämpfung feindlicher Minenwerfer.

Sämtliche Minenwerfer der Minenwerfer-Bataillone und -Kompagnien sind beim Angriff ein Bestandteil der Angriffsartillerie. Sie werden im ganzen oder in Abschnitten unter Minenwerferführern zusammengefaßt, die den Artillerieführern unterstellt und als Gruppen in die Gliederung der Angriffsartillerie eingefügt werden. Auch die leichten Minenwerfer der Infanterie können zu einheitlicher Feuervorbereitung vorübergehend der Angriffsartillerie angegliedert werden. Vgl. auch Teil 7 des Sammelheftes.

Beim Vorgehen bleiben die leichten, beweglich zu machenden Minenwerfer der Infanterie zu deren Verfügung und sind von ihr mitzuführen. Die mittleren und schweren Minenwerfer sind nach Beendigung des Sturmreifschießens für neue Aufgaben soweit möglich bespannt bereit zu stellen.

39. Ausschaltung der feindlichen Artillerie (Ziffer 36a), wenigstens während des ganzen Sturmes selbst, ist eine der wichtigsten artilleristischen Angriffsvorbereitungen. Je tiefer der Angriff in die feindlichen Stellungen eindringen soll, um so vollkommener und nachhaltiger muß diese Aufgabe gelöst werden. Eine auffällige Steigerung des gewöhnlichen Artilleriekampfes vor dem Angriffstag ist im allgemeinen nicht ratsam. Der Feind wird dadurch vorzeitig aufmerksam gemacht.

Sind die feindlichen Batterien nicht sehr stark und ist ihre Aufstellung bekannt, so kann die Bekämpfung jeder einzelnen feindlichen Batterie am Angriffstag mit Brisanzfeuer bestimmten eigenen Batterien übertragen werden unter Zurückhaltung von Lauer-Batterien für den Kampf gegen neu auftretende feindliche Batterien.

Dieses Verfahren erfordert sehr zahlreiche Artillerie und gute Beobachtung. Eine völlige Niederkämpfung der feindlichen Artillerie ist damit nicht erreichbar.

Als Angriffsvorbereitung ist der Einzelbekämpfung der feindlichen Artillerie daher das Massenverfahren durch Vergasung entschieden vorzuziehen. Hierbei ist auf die Betretbarkeit des vergasten Geländes Rücksicht zu nehmen. Der Eigenart des verwendeten Gaskampfstoffes ist Rechnung zu tragen (vgl. „Gasschießen der Artillerie" vom 1. 12. 1917). Unter Umständen wird ein Teil der innerhalb des Angriffszieles stehenden feindlichen Batterien mit Brisanz-Munition beschossen werden.

Außer den zum Gasschießen erforderlichen Batterien werden Lauer-Batterien (mit Gas- oder mit Brisanz-Munition) bereitgehalten zur Bekämpfung besonders störender und neu auftretender Batterien, deren Vergasung nicht gelungen ist. Ist die Vergasung nachts oder am frühen Morgen erfolgt und setzt der Angriff erst längere Zeit darauf ein, so ist es zweckmäßig, die gefährlichsten Batterien des Gegners kurz vor dem Angriff erneut zu vergasen.

Es wird nicht selten sein, daß Vergasung und Sturmreifschießen zeitlich nicht zusammenfallen. In diesem Falle den Gas-Batterien auch noch Ziele zum Sturmreifschießen zuzuteilen, ist wegen der großen Anstrengung der Mannschaften und Geschütze nicht wünschenswert, wird sich aber nur selten ganz vermeiden lassen.

Digitized by Google

40. Für das Niederhalten der Grabenbesatzung bzw. Sturmreifschießen (Ziff. 36 b) gelten folgende Grundsätze:

a) Das ganze Angriffsziel wird in Zielfelder für jede einzelne Batterie eingeteilt. Die Zielfelder enthalten alle zu zerstörenden Stellungsanlagen, insbesondere Kampf- und Annäherungsgräben, Unterstände, Hindernisse, Befehlsstellen, Maschinengewehrstände usw.

Erfahrungssatz für die Größe der Zielfelder ist, daß im Durchschnitt für je etwa 100 m feindlichen Kampfgrabens eine Steilfeuer-Batterie angesetzt werden muß. Bei allen Gräben ist Beschießung der Länge besonders wirksam. Ist flankierendes Feuer möglich, so genügen oft Feldkanonen. Schweres und schwerstes Feuer ist gegen die bestausgebauten Stellungen (Befehlsstellen, Unterstände, Flankierungsanlagen und Maschinengewehrstände) und gegen die wichtigsten Einbruchpunkte zusammenzufassen. Hier sind die Zielstreifen unter Umständen schmäler zu machen. Vgl. im übrigen Gefechtsvorschrift für die Artillerie.

Den Minenwerfern sind im allgemeinen die nächstgelegenen Zielfelder zuzuweisen. Ihre Zerstörungswirkung ist an sich völlig ausreichend. Das Schießen kann wegen der geringeren Streuungen meist in kürzerer Zeit durchgeführt werden als durch die Artillerie. Wo jedoch infolge schwieriger Munitionsversorgung und ungünstiger Deckungsverhältnisse Gefahr besteht, daß die Minenwerfer vorzeitig ausfallen, kann ausnahmsweise Überlagerung der Minenwerferziele durch Artillerie notwendig werden. Vgl. auch Teil 7.

b) Die Zertrümmerung der Gräben und sonstigen Verteidigungsanlagen allein genügt zum Sturmreifmachen nicht, da der Gegner, namentlich im Trichterfeld, die feuerarmen Räume aufsuchen wird. Auch das Zwischengelände muß unter Wirkungsfeuer liegen.

Das nahe um die Gräben liegende Gelände erhält infolge der Streuung der die Gräben beschießenden Batterien genügend Feuer. Für das hiervon nicht erfaßte Gelände sind besondere Batterien anzusetzen. Dazu genügen im allgemeinen Feldkanonen; die Feldkanone 16 wird hierbei besonders nutzbringende Verwendung finden.

Auch das Ausweichen nach vorn muß dem Gegner unterbunden werden. Das hierzu erforderliche Feuer muß bis dicht an die eigenen Gräben heranreichen und wird deshalb zweckmäßig Minenwerfern und flankierenden Kanonen-Batterien übertragen.

c) Fast stets müssen auch noch Teile der feindlichen Stellung beschossen werden, die nicht genommen werden sollen, aber dem Angriffsziel so nahe liegen, daß aus ihnen feuernde Infanterie und Maschinengewehre den Angriff erschweren können. Zu scharfes Begrenzen des Feuers würde dem Gegner zudem die genaue Breitenausdehnung des beabsichtigten Angriffs vorher anzeigen und dadurch die Gegenwirkung und das Bereitstellen zum Gegenangriff erleichtern. Die Feuervorbereitung muß daher breiter sein als das wirkliche Angriffsziel (betr. Täuschung durch Tätigkeit an weiter entfernt liegenden Stellen vgl. Ziffer 7).

d) Die Vergasung des Angriffszieles kann den Beschuß mit Brisanz-Munition in wirkungsvoller Weise ergänzen, soweit die Vergasung die eigenen Truppen nicht beim Vorgehen gefährdet. Ob es möglich ist, das Sturmreifmachen des ganzen Angriffszieles oder einzelner Teile ausschließlich auf Vergasung zu gründen, bleibt von der Witterung und von örtlichen Verhältnissen abhängig und ist im Einzelfall zu entscheiden.

Auf die Verwendung der Gasminen und der Gaswerfer an der Angriffsstelle selbst oder zur Ablenkung an anderer Stelle wird ausdrücklich aufmerksam gemacht.

e) Auch das Vernebeln der Anschlußfronten, der Artilleriebeobachtungen oder der Einbruchsstellen selbst kann in Frage kommen.

f) Die Zielverteilung für das Sturmreifschießen erfolgt zunächst nach der beabsichtigten materiellen Wirkung unter Berücksichtigung der notwendigen Verschleierung.

Digitized by Google

Gleich hoch sind jedoch die Rücksichten auf die moralische Wirkung zu bewerten. Sie können dazu führen, gegen bestimmte Punkte — meist gegen die Einbruchspunkte — das Feuer dichter zusammenzulegen und vor allem schwere Kaliber einzusetzen, auch wenn die Stärke des Ausbaus und der Besatzung hierzu keine Veranlassung gibt.

Besonders stark ist die moralische Wirkung der Minenwerfer.

Die Rücksichten auf moralische Wirkung werden auch stets zu einer Bevorzugung flankierenden Feuers veranlassen.

41. Die Beschießung der Befehls- und Beobachtungsstellen, rückwärtigen Bahnanlagen und Verbindungen, Bereitstellungsräume, Munitionsdepots und Fesselballone (Ziffer 36c) muß sorgfältig durchdacht sein. Eine wesentliche Störung der gesamten Kampfführung des Feindes (Befehlsübermittelung, Vorschieben von Reserven usw.) kann dadurch verursacht werden. Dieses Feuer darf nicht starr sein, sonst findet der Gegner noch während des Kampfes die feuerarmen Räume und Zeiten heraus. Überwachungsbatterien zur Bekämpfung von Augenblickszielen sind bereitzuhalten. Gasmunition ist besonders wirksam.

42. Vorbedingung für das Gelingen des ganzen Schießens und damit des Angriffs ist ein genaues Einschießen aller, insbesondere der am Sturmreifschießen beteiligten Batterien. Es ist zu erreichen und muß erreicht werden, daß das Artilleriefeuer mit der Sicherheit eines Uhrwerks abläuft.

Jede Batterie schießt sich auf jedes ihrer Ziele ein, auch auf die beim Vorverlegen des Feuers ihr zufallenden. Am besten wird dies durch einen Sonderbefehl geregelt, der das Einschießen zeitlich und räumlich auf die Batterien verteilt, so daß gegenseitige Störungen ausgeschlossen sind.

Das Einschießen der Minenwerfer erfolgt zweckmäßig erst am Angriffstage, da sie sich durch ihren Abschuß sonst vorzeitig verraten und der Vernichtung aussetzen, auch ihr massenhaftes Auftreten dem Gegner die Angriffsabsichten enthüllt. Das Einschießen ist nach Zeit und Zielteil genau mit der Artillerie zu regeln.

Zum Einschießen sind alle Mittel der Beobachtung aufs sorgfältigste auszunutzen. Nachprüfung der Lage der Schüsse unter Berücksichtigung der Tageseinflüsse unmittelbar vor dem Wirkungsschießen ist erwünscht.

Das Einschießen ist an Kampffronten leicht unauffällig zu bewerkstelligen. An sonst ruhigen Fronten kann versucht werden, es auf längere Zeit zu verteilen und als scheinbares Störungsfeuer auszuführen. Stehen die eigenen Batterien dazu zu offen und ist ihre Zahl zu groß, so muß das Einschießen auf möglichst kurze Zeit zusammengedrängt werden, um zu vermeiden, daß der Gegner den bevorstehenden Angriff vorzeitig erkennt. Das vorherige Einschießen der Minenwerfer kann oft fast völlig wegfallen. Sollte der Gegner auch bei diesem beschleunigten Verfahren den beabsichtigten Angriff erkennen, so ist dies im Vergleich zu einem mangelhaften Einschießen das kleinere Übel. Eine Irreführung des Gegners durch Einschießen mit Fliegern und Funkern an anderer Stelle muß immer versucht werden (vgl. Ziff. 7).

43. Die Ausführung des Sturmreifschießens erfolgt im allgemeinen bei Tage. Auf volle Wirkung nächtlichen Zerstörungsschießens ist keinesfalls zu rechnen.

Richtiges Schießen ist wertvoller als zu schnelles Schießen (vgl. jedoch Ziff. 44).

Die beste Wirkung ergibt im allgemeinen ein ruhiges, nach Möglichkeit beobachtetes Feuer. Das Einlegen höchster Feuersteigerung (Trommelfeuer) von Zeit zu Zeit ist aber notwendig, um den Gegner zu täuschen, den moralischen Eindruck zu steigern und die Wirkung zu beschleunigen. Unter allen Umständen muß aber Überanstrengung von Gerät und Mannschaften vermieden werden. Berücksichtigung der sich während des Schießens ändernden Tageseinflüsse ist erforderlich.

Digitized by Google

Jeder Zeitgewinn stärkt den Gegner, um so mehr, je mehr er anfänglich überrascht war. Ordnung, Verbindung, Rücksicht auf das Ganze, verbunden mit scharfem Vorwärtsdringen, sind auch für die Artillerie in keinem Moment wichtiger als in solchen Lagen. Es kommt dabei auf richtige Orientierung der Artillerieführer über Gefechtslage und Gelände, auf Beobachtung, auf rasches Zusammenwirken mit der Infanterie und den Luftstreitkräften, auf Vorhandensein und zeitlich und örtlich richtigen Einsatz der Munition an. Es wird eine Hauptaufgabe der höheren Führung sein, die Artillerie hierin richtig zu leiten und zu unterstützen. Voller Erfolg wird aber nur bei verständnisvollem und selbsttätigem Handeln der Artillerieführer aller Grade erreicht werden können.

51. Soll das Angriffsziel dauernd gehalten werden (Ziff. 6, 2. Abs.), so ist schnell die artilleristische Abwehr einzurichten.

Dasselbe gilt für die in den einzelnen Phasen der Durchbruchsschlacht erreichten Ziele. Mit feindlichen Gegenangriffen muß immer wieder gerechnet werden.

52. Munition darf nicht gespart werden. Da aber die Vorbereitungen um so umfangreicher werden und daher die Überraschung um so mehr gefährdet wird, je mehr Munition bereitgelegt wird, so ist jedes Übermaß zu vermeiden.

Jede Batterie muß vor Beginn des Angriffs über die für den ganzen Angriff erforderliche Munition verfügen. Deckung etwaiger Ausfälle ist zu berücksichtigen.

Die ausschlaggebende Bedeutung genügender Munitionszufuhr bei Stellungswechsel, besonders beim Durchbruch, ist in Ziff. 6 und 50 besonders hervorgehoben. Zahlreiche Kolonnen (auch mit Gasmunition) sind unentbehrlich. Trotzdem bleibt die Munitionsversorgung eine um so schwierigere Aufgabe, je weiter der Angriff vordringt. Haushalten am richtigen Fleck ist daher Notwendigkeit. Fehler in dieser Beziehung müssen den Angriff zum Stehen bringen.

II. Infanterie. 53. Für den Erfolg des infanteristischen Angriffs ist nicht die Zahl der eingesetzten Infanteristen ausschlaggebend, sondern ihre durch Ruhe, Ausbildung und Ausrüstung erworbene Kampfkraft, die Sorgfalt der Vorbereitungen, die Geschicklichkeit von Führung und Truppe, sowie Schnelligkeit und Entschlossenheit des Handelns.

54. Die erforderlichen Angriffsstärken sind abhängig:

a) von der Entfernung des Angriffsziels,

b) von der artilleristischen Vorbereitung und Feuerunterstützung während des Sturms sowie von der Stärke der feindlichen Stellung und ihrer Besetzung,

c) von der Möglichkeit und Art der Bereitstellung der Angriffsinfanterie,

d) von der Ausrüstung (z. B. mit Maschinengewehren, Flammenwerfern, Minenwerfern) der eigenen Infanterie.

Zu a) Je näher das Angriffsziel liegt, desto schwächer kann im allgemeinen die angreifende Infanterie sein. Bei tiefen Angriffen ist tiefe Gliederung notwendig, um an einzelnen Stellen nachzuhelfen, Rückschläge aufzufangen, entstehende Lücken zu schließen, bedrohte Flanken zu schützen.

Zu b) Die stürmende Infanterie muß, besonders bei tiefen Angriffen, von Anfang an genügende Kampfkraft besitzen, um unvorhergesehenen feindlichen Widerstand und im Vorschreiten des Angriffs sich mehr und mehr verstärkende Gegenwirkung brechen zu können. Die Kampfkraft drückt sich jedoch nicht nur in der Zahl der Gewehrträger und Handgranatenwerfer, sondern ebenso sehr in der Feuerkraft aus (Zahl der Maschinengewehre, Feuerunterstützung).

Zu c) Die Möglichkeit und Art der Bereitstellung der Angriffsinfanterie und die Auswahl der Angriffswege sind entscheidend für Anlage und Verlauf des Angriffs. Die Bereitstellungsplätze sind so zu wählen, daß die bereitgestellten Truppen nach Möglichkeit dem Artilleriefeuer entzogen sind und daß sich günstige Anmarschwege und Angriffsrichtungen ergeben.

Digitized by Google

Erfolgt der Angriff aus sorgsam gebauten Dauerstellungen heraus, so wird die Bereitstellung in Gräben, teilweise sogar in Unterständen, möglich sein. In der Regel genügen Gräben ohne Unterstände, Trichter oder natürliche Geländedeckungen. Auch im Trichterfelde ist wenigstens durch Verbindung der Trichter anzustreben, daß die Unterführer die Bereitstellung nachprüfen, die Truppe überwachen und mit ihren Befehlen durchdringen können. Erdarbeiten, die der Gegner als Angriffsgräben erkennt, müssen vermieden werden. Deckung der Bereitstellung gegen Fliegersicht ist von höchster Wichtigkeit.

Mit der Zahl der bereitzustellenden Truppen wachsen die Schwierigkeiten, die Bereitstellung unauffällig durchzuführen und überraschend anzugreifen. Man wird daher mit möglichst wenig Infanterie auszukommen suchen. Je kürzer die Angriffswege sind, desto weniger Kräfte wird man brauchen.

Die Bereitstellung wird je nach den örtlichen Verhältnissen dicht aufgeschlossen oder mehr nach der Tiefe gegliedert vorgenommen. Im ersteren Fall erfolgt das Auseinanderziehen erst nach dem Antreten. Unter besonders günstigen Umständen kann die gesamte Bereitstellung vorwärts der feindlichen Sperrfeuerzone dicht zusammengelegt werden.

55. Sehr wichtig ist die richtige Bestimmung des Zeitpunktes des Angriffs; er hängt im wesentlichen von artilleristischen Gesichtspunkten ab.

Wenn der Gegner über nennenswerte Kampfartillerie verfügt, macht während des eigenen Wirkungsschießens die feindliche Gegenwirkung ein Einrücken und ein ordnungsmäßiges Bereitstellen meist unmöglich. Ebenso ist das Einrücken in die Sturmstellung bei Tage nur in ausnahmsweise günstigem Gelände und bei völliger Ausschaltung der feindlichen Erd- und Luftbeobachtung möglich; ob das Wetter die feindliche Luftbeobachtung verhindern wird, ist aber meist nicht vorherzusehen.

Daraus ergibt sich, daß das Einrücken in die Sturmstellung in der Regel in der Nacht vor dem Angriff erfolgen wird. Es wird um so glatter und sicherer vor sich gehen, je weniger der Gegner mit einem Angriff rechnet und je schwächer die Sturmtruppen gehalten werden können.

Braucht die eigene Artillerie also nicht zu lange Zeit für ihr Wirkungsschießen, so ist es zweckmäßig, mit dem Wirkungsschießen erst am Morgen nach dem Einrücken der Infanterie zu beginnen und im Laufe des Tages zu stürmen.

Erfordert das Wirkungsschießen der Artillerie ausnahmsweise mehr als einen Tag Zeit, so bleiben die eigenen Gräben zunächst ganz schwach besetzt. Es muß dann in der Nacht vor dem Sturm in die Sturmstellung eingerückt werden. Mehr oder minder starkes feindliches Feuer muß in Kauf genommen werden.

Es könnte danach zweckmäßig erscheinen, an einem Tage das Wirkungsschießen auszuführen, in der Nacht mit der Infanterie einzurücken und am frühen Morgen zu stürmen. Die Erfahrung ergibt aber, daß der während des Tages beschossene Gegner trotz nächtlichen Störungs- und Gasschießens während der Nacht Reserven und namentlich frische Maschinengewehre in die Stellung vorzieht, die Stellung notdürftig wiederherstellt und am frühen Morgen besonders aufmerksam ist. Deshalb muß in der Regel am Sturmtage selbst dem Sturm ein nach den Tageseinflüssen neu geregeltes und so kräftiges Wirkungsfeuer vorhergehen, daß auch frisch eingesetzte Kräfte erschüttert werden.

Bei kleinen Angriffen ist neben der Möglichkeit der Bereitstellung die Art der Einrichtung in der genommenen Stellung für die Angriffszeit maßgebend. Für die kräftige Ausnutzung eines Anfangserfolges ist es am günstigsten, wenn der erste Sturm in den frühen Vormittagsstunden erfolgt.

Ganz allgemein gilt jedoch, daß jede zum Schema gewordene Angriffszeit falsch ist. Mit den Zeiten muß daher gewechselt werden, um den Gegner dauernd in Erwartung eines Angriffs zu halten. Dies ist bei nicht zu ungünstigen Verhältnissen durchführbar, da gute Infanterie, für deren reichliche Versorgung mit Konserven und Getränken gesorgt ist, in der Sturmstellung selbst bei

Digitized by Google

langem Ausharren während des eigenen Wirkungsschießens und der feindlichen Gegenwirkung angriffskräftig und -freudig bleibt.

56. Die Infanterie greift in den Formen an, wie sie in ihrer Ausbildungsvorschrift — A. V. F. 1918 — niedergelegt sind. Die Eigenart der Angriffsziele bedingt, daß der Angriff in der Regel in Stoßtrupps geführt wird. Es wird anzustreben sein, daß diese Stoßtrupps aus Schützengruppen gebildet werden, die nach Bedarf verstärkt bzw. zusammengestellt werden.

Die Entscheidung, ob Schützenlinienwellen oder Stoßtruppwellen oder eine Verbindung beider am Platze ist, muß von Fall zu Fall getroffen werden.

57. Den einzelnen Wellen der Schützenlinien bzw. den Stoßtrupps müssen bei der Bereitstellung ganz bestimmte Aufgaben zugewiesen werden, so die Wegnahme bestimmter feindlicher Stellungsteile, Maschinengewehrnester, Unterstände usw. oder Einschwenken zur Umfassung, Flankenschutz, Grabenreinigung usw.

Besonders sorgfältig ist die Verteilung der Maschinengewehre auf die Kampftruppe vorzunehmen (A. V. F. 1918 Ziff. 70). Je mehr die Ausstattung mit Maschinengewehren fortschreitet, desto mehr muß angestrebt werden, daß auch im Angriff jede Kampfgruppe der Infanterie mit dem ihr zugehörigen Maschinengewehr in engstem Zusammenhang kämpft (A. V. F. 1918 Ziff. 177). Zahlreiche Maschinengewehre gehören von Anfang an zu den vordersten Trupps der Stürmenden, um sogleich, wo Aufenthalt entsteht, durch Niederhaltung der Widerstandsnester mit Maschinengewehrfeuer das Vorgehen der Gewehrträger und Handgranatenwerfer zu decken, oder um feindliche Gegenstöße abzuweisen. Andere Maschinengewehre werden zunächst in der Nähe der Sturmausgangsstellung aufgestellt, bereit zur Erfüllung der gleichen Aufgaben. Beim Sturm geht ein Teil der Maschinengewehre mit der vordersten Infanterie vor, andere folgen ihr so, daß sogleich nach Erreichen des Angriffsziels eine genügende Anzahl Maschinengewehre sowohl in vorderster Linie als auch nach der Tiefe gegliedert zur Abwehr von Gegenstößen zur Verfügung steht (A. V. F. 1918 Ziff. 255). Auch Flugabwehr kommt in Betracht.

In ähnlicher Weise sind Minenwerfer möglichst beweglich bereitzustellen und nachzuziehen. Ihr Schuß auf nahe Entfernung ist eine äußerst wirksame Unterstützung sowohl, wenn der Angriff stecken zu bleiben droht, als auch zur Abwehr von Gegenstößen.

Bezüglich Begleiten der Infanterie durch einzelne Geschütze und Batterien vgl. Ziff. 47.

Flammenwerfer können zum Brechen örtlichen Widerstandes, Räumung von Unterständen und Höhlen und ähnlichen Aufgaben von hohem Wert sein. Es empfiehlt sich aber nicht, sie im Augenblick des Antretens zum Angriff an der Angriffsstelle selbst in Tätigkeit treten zu lassen, weil dadurch dem Gegner das Antreten erkennbar gemacht und sein Sperrfeuer ausgelöst wird.

58. Trupps für Nachrichtenverbindung sowie Trägertrupps für Munition, Verpflegung, Stellungsbau usw. sind planmäßig einzuteilen.

Der Munitionsnachschub der Infanterie, namentlich an gegurteter Maschinengewehr-Munition, ist besonders wichtig; auch der Munitionsnachschub für die Minenwerfer bedarf besonderer Regelung.

59. Das erste Antreten muß überraschend und in der Regel in breiter Front einheitlich nach ganz genau geregelter Zeit erfolgen. Die voraussichtliche feindliche Sperrfeuerzone wird in schnellstem Laufe überwunden. Mit Sicherheit kann erreicht werden, daß wenigstens die ersten Wellen etwaiges feindliches Sperrfeuer unterlaufen. Man wird deshalb oft die erste Welle verhältnismäßig dicht machen und die auch beim Angriff unerläßliche Gliederung nach der Tiefe erst beim Vorgehen gewinnen (vgl. Ziff. 54, zu c).

Später aus größerer Tiefe antretende Wellen und Reserven kommen oft schwerer durch das inzwischen auflebende feindliche Sperrfeuer. Sie werden sich bestreben, Lücken, feuerarme Räume und Augenblicke schwächeren Feuers auszunutzen. Eine

Digitized by Google

angriffsfreudige Truppe läßt sich durch Sperrfeuer nicht längere Zeit aufhalten. Oft glückt das Durchkommen bei schnellem und entschlossenem Handeln mit überraschend geringen Verlusten.

60. Beim Sturm kommt es darauf an, die Wirkung der artilleristischen Vorbereitung und Feuerunterstützung voll auszunutzen. Die stürmende Infanterie muß gleichzeitig mit den letzten Artilleriegeschossen und Minen in der feindlichen Stellung stehen und im weiteren Verlauf der eigenen Feuerwalze unmittelbar folgen, so daß der Feind keine Zeit findet, aus den noch erhaltenen Unterständen herauszukommen oder sich sonst gefechtsbereit zu machen.

Neben der richtigen Ausnutzung der eigenen Kampfmittel und erkannter feindlicher Schwächen ist für den Erfolg des Sturmes der Schwung der Truppe wesentlich. Entschlossenes, rücksichtsloses Draufgehen und Selbsttätigkeit jedes einzelnen Mannes bringen den Erfolg. Stocken des Angriffs an einer Stelle darf sich nicht auf die ganze Linie übertragen; weit durchstoßende Infanterie umfaßt stehengebliebene Teile des Feindes, räumt sie hinweg und bahnt den zurückbleibenden eigenen Abteilungen den Weg. Zaudern führt zu Mißerfolgen.

Die Gefechtsstreifen sind am günstigsten, wenn die vordersten Wellen bis zum Ziel geradeaus angreifen. Die Grenzen werden durch im Gelände hervortretende Punkte und Linien gebildet, z. B. Straßen, Eisenbahnen, Waldränder.

Innerhalb des Gefechtsstreifens darf nicht gleichmäßig angegriffen werden. Stützpunkte, Ortschaften, Wälder sind niederzuhalten, unter Umständen durch Einnebeln. An ihnen vorbei greift die Truppe tiefgegliedert an den Stellen des voraussichtlich geringsten Widerstandes an. Rückwärtige Wellen nehmen die Stützpunkte usw. durch Umfassung.

Um feindliche Widerstandsnester und Stützpunkte, die von den vorderen Wellen überrannt sind, schnell zu Fall zu bringen, kann es sich empfehlen, von vornherein besondere gemischte Abteilungen — im Bedarfsfall aller Waffen — unter energischen Führern auszuscheiden.

Die vordersten Teile der Infanterie aber vermeiden jeden nicht unbedingt notwendigen Aufenthalt. Häufig schwächt das Durchstöbern feindlicher Unterstände, Depots und Gepäckstücke nach Lebensmitteln usw. die Front rascher als feindliches Feuer und Erschöpfung. Strenge Überwachung ist daher notwendig. Drückeberger und Beutemacher müssen durch Kommandos des eigenen Regiments aufgegriffen und sogleich nachgeführt werden (vgl. auch Ziff. 109).

Angriffe durch Aufrollen der Gräben in den Gräben entlang zu führen, empfiehlt sich nur in ganz kleinen Verhältnissen und bei Kleinangriffen, die mehr in das Gebiet der Gegenstöße und Patrouillen-Unternehmungen fallen, und denen ein wirksames Sturmreifschießen nicht vorangegangen ist.

Je kleiner der Angriff ist und je näher das Angriffsziel liegt, um so genauer kann der angreifenden Infanterie der Weg und jede einzelne Tätigkeit vorgeschrieben werden. Je größer und tiefer der Angriff ist, desto häufiger treten Lagen ein, in denen das selbständige und sich richtig in den Rahmen des Ganzen einfügende Handeln einzelner Stoßtrupps oder Gruppen den Ausschlag gibt. Auf diese Weise gewonnene kleine Vorteile sind sogleich zu größeren Erfolgen auszubauen. Alle Anweisungen und Maßnahmen müssen daher darauf zielen, die Einwirkung der Führer sicherzustellen. Jeder einzelne Mann muß erzogen sein, den Zusammenhang mit seinem Stoßtrupp-Gruppenführer dauernd zu wahren. Kein Führer darf auch nur einen Augenblick die Zusammenarbeit mit dem nächst höheren und benachbarten Verband, sowie mit den anderen Waffen aus dem Auge lassen. Die Verwendung von Leuchtzeichen zur Verständigung (auch Flammenwerfer) ist sorgfältig zu regeln.

Bei den in dem feindlichen Stellungssystem sich zusammenballenden gesonderten Kampfgruppen oder Stoßtrupps muß das Streben sein, sobald es die Lage gestattet, lockere zusammenhängende Schützenlinien im Sinne der A. V. F. 1918 zu bilden,

Digitized by Google

Reserven und Flankensicherungen auszuscheiden, Patrouillen nach vorwärts und seitwärts vorzutreiben, um durch unvorhergesehene Ereignisse nicht in einer für den Kampf ungeeigneten Form überrascht zu werden.

61. Der Angriffsschwung einer guten Truppe führt diese oft über das Angriffsziel hinaus. Schnelles Zufassen sichert oft Erfolge, die sonst erst nach erneuter Vorbereitung gewonnen werden. Der Drang der Truppe nach vorwärts darf daher nicht zu stark gezügelt werden. Besonders bei weitreichendem Durchbruch ist der kühnste Entschluß allemal der beste.

Anderseits entstehen durch unüberlegtes Vorstürmen leicht Rückschläge. Es ist daher von entscheidender Wichtigkeit, daß die Truppe der Führung auch während des Angriffs nicht aus der Hand gerät und das Zusammenwirken der Waffen gesichert bleibt.

62. Nach dem Erreichen des Angriffsziels ist schleunigst Abwehrbereitschaft einzunehmen (Tiefengliederung, Zusammenwirken mit den anderen Waffen, Befehlsverbindungen, Anschlüsse, Sorge für Munition, Verpflegung, Sanitätsdienst, Ausbau der Stellung).

Eine Bereitschaft, die gegen sofortige, von der feindlichen Artillerie meist nur mangelhaft unterstützte Gegenstöße ausreicht, kann schon nach wenigen Minuten erzielt werden. Die Maßnahmen hierzu sind schon vor dem Angriff vorzubereiten. Auch wenn ein Angriff weitergeführt werden soll, müssen die ersten Angriffsziele gesichert werden, um Rückschläge infolge von Gegenstößen oder -angriffen auszuschalten.

63. Erfahrungsgemäß pflegt die Infanterie weniger durch den Angriff, als durch die darauffolgende Beschießung und die Gegenangriffe zu leiden. Die Führung muß daher die Ablösung der Infanterie oder die Weiterführung des Angriffs durch neue Verbände rechtzeitig vorsehen.

64. Ein mißlungener Sturm ist in der Regel nur nach erneuter Feuervorbereitung zu wiederholen. Das Liegenbleiben kleinerer Teile darf dagegen das Vorwärtsdrängen des Ganzen nicht hemmen. Kommen nur einzelne Teile nicht vorwärts, so genügt oft die flankierende Unterstützung durch Nachbartruppen sowie kurze Feuervorbereitung mit Maschinengewehren, leichten Minenwerfern und Infanterie-Begleitgeschützen.

65. Besondere Umsicht, taktisches Verständnis und Entschlußfähigkeit sind von den Führern der Reserven zu fordern.

Die obere Führung wird in vielen Fällen außerstande sein, ihren Einfluß rechtzeitig zur Geltung zu bringen. Diese Schwierigkeit wächst mit der Tiefe des Angriffs. In solchen Fällen ist selbsttätiges und verantwortungsfreudiges Handeln der unteren Führer wichtig.

Der leitende Gesichtspunkt für das Eingreifen der Reserven muß sein, daß der Angriff unter keinen Umständen ins Stocken geraten darf.

III. Kavallerie. 66. Während des Angriffs sind alle Stäbe bis einschließlich Bataillon bzw. Abteilung mit Meldereitern und berittenen Erkundern auszustatten. — Je mehr der Angriff zum Bewegungskrieg übergeht, desto mehr Kavallerie muß den Verbänden für den Aufklärungs- und Meldedienst zugewiesen werden.

IV. Pioniere. 67. Zur Einleitung eines Angriffs werden in manchen Fällen Minensprengungen ausgeführt. Erfolgt die Sprengung im Augenblick des Antretens zum Angriff, so kann sie dem Gegner erheblichen Schaden zufügen. Sprengungen haben ferner starke moralische Wirkung und erleichtern das erste Vorbrechen. Sie erfordern aber langwierige Vorarbeiten und bedeutende Arbeitskräfte; ihre Wirkung reicht nicht weit in die Tiefe. Wenn der Gegner die Arbeiten erkennt, wird er versuchen, durch Einleitung des Minenkriegs den Erfolg in Frage zu stellen.

68. Weitere Aufgaben der Pioniere beim Angriff sind das Sprengen der eigenen und Aufräumen der feindlichen Hindernisse, das Sprengen von verteidigten Unterständen, Betonbauten, Höhlen und Kellern, soweit nicht der Widerstand durch Flammenwerfer gebrochen werden und dadurch die Anlagen der eigenen Truppe er-

Digitized by Google

halten bleiben können, ferner die Herstellung von Schnellbrücken und sonstigen Übergängen. Für diese und ähnliche Aufgaben sind Pioniertrupps einzuteilen und, mit den nötigen Werkstoffen versehen, teils den Sturmtruppen mitzugeben, teils weiter rückwärts einzusetzen.

69. Wo bei tiefen Angriffen ein Vorziehen von Artillerie stattfindet (vgl. Ziff. 47 und 50), ist es von entscheidender Wichtigkeit für den Verlauf des Kampfes, ihr den Weg in die neuen Stellungen gangbar zu machen. Hierzu sind innerhalb des eigenen Stellungsgebiets über die Gräben hinweg und durch die Hindernisse unauffällig Vorbereitungen zu treffen und Trupps bereitzustellen. Für das zu nehmende Gebiet sind besondere Piониereinheiten zu bestimmen, die gleich mit den Sturmtruppen vorgehen.

70. Den Hauptkräften der Pioniere fällt bei Angriffen mit beschränktem Ziel die Unterstützung der anderen Waffen beim Ausbau der genommenen Stellung, insbesondere die Sorge für Materialzuführung und rückwärtige Verbindungen zu. Erforderlichenfalls sind den Pionieren hierzu weitere Arbeitskräfte zuzuteilen.

V. **Nachrichtentruppen.** (Einzelheiten vgl. Teil 9 des Sammelheftes). 71. Die Nachrichtenkommandeure müssen frühzeitig über die Absichten der Truppenführung, namentlich über Zeitpunkt und Ziel des Angriffs, unterrichtet werden. Sorgfältige Berechnung von Zeit und Kräften und planmäßige Vorbereitung sind nötig für

a) Ausbau des Netzes im Versammlungsraum,

b) Durchführung des Angriffs,

c) die bei Ausnutzung des Anfangserfolges zu überbrückenden Räume.

Diese Berechnung und Vorbereitung bildet einen wesentlichen Teil der Angriffsvorbereitungen.

72. Die Nachrichtenmittel sind so einzusetzen, daß der Führer über die Vorgänge in der Kampflinie unterrichtet wird und dahin befehlen kann. Außerdem dienen sie zur Verbindung der Waffen.

Ein leistungsfähiges Fernsprechnetz ist Vorbedingung für die Leitung der Vorbereitung. Es ist auch während eines Angriffs, bei dem infolge Überraschung des Gegners die artilleristische Gegenwirkung gering ist, zuverlässig.

Bei weiterem Fortschreiten des Angriffs erfordert die Aufrechterhaltung des Fernsprechverkehrs sehr große Kabelmengen. Störungen infolge unsachgemäßer Anlage und Zerstörung durch eigene Truppen sind häufig. Oft gewährleisten daher die leicht beweglichen drahtlosen Nachrichtenmittel (Funker, Blinker, auch Erdtelegraph) sowie Brieftauben und Meldereiter schnellere Herstellung der Verbindung als der Fernsprecher.

73. Schußsicherer Einbau der Nachrichtenmittel im Bereitstellungsraum des Angreifers kann nicht gefordert werden. Die Stationen werden die vorhandenen Einbauten ausnutzen und im übrigen sich der feindlichen Feuerwirkung durch Anpassung an das Gelände und Aufsuchen feuerleerer Räume entziehen.

74. Der Ausbau des Nachrichtennetzes für den Angriff muß — auch in seinem weiter rückwärtigen Verlauf — schon beendet sein, wenn die zum Angriff bestimmten Divisionen eintreffen. Hierzu werden nach Möglichkeit O. H. L.-Formationen der Nachrichtentruppe zur Verfügung gestellt. Es ist nachteilig, für diese Arbeiten die Nachrichtenformationen der zum Angriff bestimmten Verbände heranzuziehen, da sie alsdann nicht ausgeruht und meist auch nicht rechtzeitig in den Kampf treten.

Die Nachrichtenformationen der am Angriff teilnehmenden Truppenverbände müssen den Betrieb der Nachrichtenmittel im Angriffsraum so früh übernehmen, daß sie sich mit dem vorhandenen Netz vor Beginn des Angriffs gründlich vertraut machen können. Bei Fortschreiten des Angriffs müssen rückwärtige Teile der Nachrichten-

Digitized by Google

netze möglichst bald von neuen Nachrichtentruppen übernommen werden, um die Nachrichtenformationen der Angriffstruppen zu befähigen, ihren Kommandobehörden und Truppen zu folgen.

75. Innerhalb der Angriffsstreifen ist klare Regelung der Befehlsverhältnisse auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens nötig.

Die Verantwortung für die Vorbereitungen tragen die Stellungs-Divisionen. Sie müssen in ihrem vorderen Bereiche Nachrichtenköpfe schaffen, an die neue Verbindungen, die im Verlaufe des Angriffs nach vorne verlängert werden, sich anschließen.

Während des Angriffs trägt die den Kampf führende Division die Verantwortung für das gesamte Nachrichtennetz innerhalb ihres Streifens von der Truppe bis zum nächsthöheren Verband und zu den benachbarten Truppen.

Wird eine Division abgelöst, so kann die Ablösung ihres Nachrichtenpersonals und -geräts in der Regel nur allmählich erfolgen; es tritt daher zunächst unter den Befehl der ablösenden Division.

Die Gruppe sorgt für Ausgleich. Sobald ihr dies möglich ist, nimmt sie den Divisionen die Verantwortung für die Verbindungen vom Divisionsstab zur Gruppe ab.

76. Durch schärfste Handhabung der Betriebsdisziplin bei Fernsprecher und drahtlosen Nachrichtenmitteln muß Geheimhaltung des Angriffs gegenüber dem Feinde erreicht werden. Es kann zweckmäßig sein, den gesamten Fernsprechverkehr auf bestimmte Zeit in der vorderen Zone des Angriffsraums ganz zu verbieten. Jeder im Nachrichtendienst tätige Mann muß wissen, daß die geringste Fahrlässigkeit auf diesem Gebiet schwere Versündigung am Erfolge bedeutet.

77. Beim Angriff mit beschränktem Ziel beginnen die Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung meist erst einige Zeit nach Erreichen der befohlenen Linie. Das dann meist auf dem eingedrungenen Angreifer liegende schwere Feuer unterbricht häufig die Nachrichtenverbindungen. Es ist daher von besonderer Bedeutung, daß der Angreifer sofort nach Erreichung seines Zieles vielseitige Nachrichtenverbindungen nach rückwärts und seitwärts aufnimmt, um die Zeiten schwächeren feindlichen Artilleriefeuers zur Übermittlung von Nachrichten auszunutzen.

Soll die Angriffsschlacht zum Durchbruch führen, so treten an die Nachrichtenverbände neue umfassende Aufgaben heran. Von der schnellen Aufnahme der Verbindungen hängt der Einfluß der oberen Führung auf den Gang der Schlacht (rechtzeitiger Einsatz der Reserven an der richtigen Stelle, Versorgung der Kampftruppen) ebenso ab wie das taktische Zusammenwirken. Die Verbindung zwischen Infanterie, Artillerie und Luftstreitkräften ist besonders wichtig.

Die Nachrichtentruppen können den schnell wechselnden Aufgaben nur gerecht werden, wenn sie vorausschauend und selbsttätig im Rahmen des Ganzen arbeiten und über die Gefechtslage und die Bedürfnisse von Truppe und Führung sich unterrichtet halten. Zahlreiche und bewegliche Nachrichtenverbände sind rechtzeitig freizumachen und einzusetzen. Gute Ausbildung und vorheriges Einleben mit der Truppe sind notwendig.

78. Um den Einbau der Nachrichtenmittel während des Vormarsches ohne Verzögerung durchführen zu können, müssen die Nachrichtenformationen Bewegungsfreiheit auf den Vormarschstraßen haben. Es ist ihnen daher die Berechtigung zu erteilen, haltende oder marschierende Kolonnen zu überholen und jederzeit zu halten, wenn Bau oder Prüfung des Nachrichtennetzes es erfordern. Verstopfungen der Straßen dürfen dadurch nicht entstehen.

79. Die Armee-Oberkommandos werden für unvorhergesehene Fälle eine Reserve an Nachrichtentruppen auszuscheiden haben.

80. Bereitlegung von Gerätereserven möglichst nahe den voraussichtlichen Orten der Verwendung ist angezeigt. Für Nachschub von Nachrichtengerät, in erster Linie von Leitungsstangen und Draht, sind besondere Kolonnen bereitzuhalten.

Digitized by Google

VI. Luftstreitkräfte. 81. Die nachstehenden Bestimmungen gelten für größere Angriffe, bei denen zahlreiche Luftstreitkräfte aller Art unentbehrlich sind; sinngemäß finden sie auch bei kleineren Angriffen Verwendung.

82. Das Auftreten starker Luftstreitkräfte (Flieger, Ballone und Flaks) ist für den Gegner eines der sichersten Zeichen bevorstehender Angriffe. Während der Vorbereitungen muß die Tätigkeit der Luftstreitkräfte daher zurückhaltend sein.

Den Fliegereinsatz trotz der Forderung der Geheimhaltung auf dem Angriffsfeld sicherzustellen, ist sehr schwierig, da die Heranziehung der Verstärkungen erst spät erfolgen darf. Durch wechselnden Austausch von Fliegerverbänden, Kommandierung zu den auf dem Angriffsfeld bereits vorhandenen Fliegerabteilungen und Schutzstaffeln, Einrichtung von Lehrparks hinter der Front muß erstrebt werden, auch ohne frühzeitige Verlegung die für den Angriff nötige Geländekenntnis zu gewinnen. Die Flüge selbst sind so einzuteilen, daß einerseits der Feind nur schwer auf Vermehrung schließen kann und anderseits den Fliegern doch genügend Gelegenheit zur Orientierung gegeben wird.

Unter allen Umständen muß die lückenlose Lichtbilderkundung sichergestellt werden. Sie ist von ausschlaggebender Bedeutung. Demnächst ist das Einleben der Artillerie-, Infanterie- und Schlachtenflieger auf dem Angriffsfeld wichtig. Die Masse der Jagd- und Schutzstaffeln kann am spätesten herangezogen werden.

Die Verteilung der Fliegerabteilungen und der als Schlachtenflieger bestimmten Abteilungen und Staffeln auf die Angriffsdivisionen hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß sie hinter der Front — möglichst weit zurück — an den Angriffsübungen ihrer Divisionen teilnehmen können. Ein gegenseitiges Einspielen ist unerläßlich.

Ähnlich liegen die Verhältnisse für Heranziehung, Unterbringung und Aufsteigen der Ballone und für die Flaks.

83. Von Wichtigkeit sind in ruhigen Zeiten vorbereitete Flughäfen mit ständigen Hallen und Baracken, weil das Aufschlagen neuer Zelte usw. kurz vor dem Angriff den Fliegeraufmarsch verrät. In neu belegten Häfen dürfen Flugzeuge und Kraftwagen nicht außerhalb der Hallen stehen bleiben. Genügt der Raum in den Hallen nicht für alle Flugzeuge, so kann ein Abrüsten eines Teils der Flugzeuge in Frage kommen. Abteilungen, die in Zelten untergebracht werden, dürfen zunächst nur einen Teil der Zelte aufschlagen und müssen diese nach Möglichkeit der Sicht entziehen.

84. Die Verschleierung der Vorbereitungen darf auf keinen Fall durch eine starke Sperre angestrebt werden, da selbst die stärkste Sperre vom Gegner durchbrochen werden kann. Schwache, aber aufmerksame und rücksichtslos angreifende Ketten von Jagdflugzeugen müssen in großen Höhen, nötigenfalls auch in zwei Höhenlagen, eingesetzt werden. Sie haben sich im Hintergrund und auf den Flügeln des zu schützenden Abschnitts zu halten. Durch Richtungsschüsse der Flak und große Richtungsweiser am Boden wird ihnen die Anwesenheit feindlicher Flugzeuge gemeldet.

85. Für die neuen Fliegerverbände und für die Angriffstruppen sind Lagenbilder nach neuesten Aufnahmen in großer Zahl vorzubereiten.

Ferner sind Karten herzustellen mit Einzeichnung der Abwurfstellen, Verteilung der Feuerräume, Einzeichnung der Räume, gegen die ungünstige oder gar keine Erdbeobachtung vorhanden ist, sowie Abwurfskizzen für die Meldungen der Infanterieflieger.

86. Die Verteilung der Wellen und Anrufe für Flieger und Funker bedarf einer sehr vorsichtigen Handhabung, da der Gegner durch neue Anrufe sofort auf die Vermehrung der Kräfte aufmerksam werden muß. Wenn neu einzusetzende Anrufe nicht vermieden werden können, sind sie auf solche Stationen zu verteilen, die seltener gebraucht oder vom Gegner schlechter gehört werden können.

87. Auch während des Einschießens der Artillerie und nach Beginn des Wirkungsschießens empfiehlt sich noch Zurückhaltung der Luftstreitkräfte, damit der Gegner über die Bedeutung des Angriffs im unklaren bleibt.

Digitized by Google

88. Erst wenn der Gegner offenbar den bevorstehenden Angriff erkannt hat, starke Fliegerkräfte zeigt und starke Artillerie-Gegenwirkung beginnt, muß alles darangesetzt werden, die feindlichen Luftstreitkräfte und besonders die Ballone schon vor dem Angriff niederzukämpfen und unsere Luftbeobachtung zur Erhöhung der Artilleriewirkung in vollkommener Weise auszunutzen.

Je überraschender und einheitlicher und je kürzer vor Beginn des Angriffs der Einsatz der Luftstreitkräfte erfolgt, desto größer wird die Wirkung auf den Verlauf des Angriffs sein. Die verstärkte Fliegertätigkeit darf sich alsdann nicht nur auf den Angriffsraum beschränken, sondern muß sich mindestens so weit nach der Seite ausdehnen, als die Artillerietätigkeit am Boden reicht.

89. Nach Beginn des verstärkten eigenen Feuers pflegt eine erhebliche Verstärkung der feindlichen Infanterie-Fliegertätigkeit einzusetzen. Ihre Abwehr ist Sache der Maschinengewehre und Flak, da eine Sperre durch Jagdflugzeuge sich in diesen geringen Höhen nicht durchführen läßt. Es ist zweckmäßig, Flak vorzuschieben, die erst bei Beginn des Angriffs das Feuer eröffnen.

90. Während des Vorbereitungsschießens von Artillerie und Minenwerfern müssen dauernd schwächere Ketten von Jagdflugzeugen über der Front sein und jeden Versuch einzelner Flugzeuge oder kleiner Patrouillen, unsere Front zu überfliegen, verhindern. Je nach dem Wetter sind diese in zwei bis drei Höhenlagen einzusetzen. Stärkere Ketten, ganze Staffeln oder Geschwader müssen von Zeit zu Zeit die feindlichen Luftstreitkräfte jenseits der Linien aufsuchen und niederkämpfen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Luftstreitkräfte nicht schon verbraucht werden, ehe der Angriff beginnt.

91. Bombengeschwader sind während der Artillerie-Vorbereitung im Wechsel gegen Bahnhöfe und Lager, große Stapelplätze und Flughäfen anzusetzen. In der Nacht und am Morgen vor dem Angriff sind die feindlichen Flughäfen das wichtigste Ziel. Angriffe auf Eisenbahnzüge auf offener Strecke — von wagemutigen Besatzungen aus niedrigster Höhe ausgeführt — können zur Entgleisung des Zuges führen und dadurch große Wirkung haben. Angriffe gegen feindliche Stabsquartiere können durch Zerstören der Fernsprechleitungen Störungen in der Gefechtsführung verursachen.

92. Der Artillerie-Flieger ist neben der Zielerkundung nicht nur zum Einschießen einzelner Batterien zu verwenden. Er ist durch seine Beweglichkeit und seine gute Übersicht ganz besonders geeignet, von Zeit zu Zeit die Nachprüfung einer ganzen Reihe von Wirkungsschießen und der Lückenlosigkeit des Feuers während eines kurzen Fluges zu übernehmen. Kurze Steigerung der Feuergeschwindigkeit erleichtert ihm diese Aufgabe außerordentlich. Das ist besonders dann von Wichtigkeit, wenn starker Rauch den anderen Beobachtungsmitteln die Sicht erschwert.

Die Prüfung der Wirkung erfolgt während der Feuerpausen (vgl. Ziff. 43).

93. Kurz vor dem Sturm darf sich die eigene Fliegertätigkeit unter keinen Umständen auffällig verdichten. Besser ist es sogar, wenn wenige Minuten vorher die meisten der niedrig fliegenden Flugzeuge nach der Seite oder nach rückwärts ausbiegen.

Nur hoch fliegende Jagdflugzeuge müssen auch kurz vor dem Sturm über den feindlichen Linien sein, um die feindliche Aufklärung niederzuhalten. Durch Befehl muß geregelt sein, daß in der Luft nichts auf den bevorstehenden Sturm schließen läßt.

94. Der Augenblick des Sturmes ist der schwierigste Zeitpunkt für den Einsatz der Fliegerverbände. Die Flugzeuge sollen den Beginn des Sturmes nicht durch ihre Anwesenheit verraten und erst nach dem Einsetzen des feindlichen Sperrfeuers erscheinen, anderseits aber mit Maschinengewehrfeuer, Handgranaten und Bomben in den Infanteriekampf eingreifen und die feindliche Artillerie und die feindlichen Luftstreitkräfte bekämpfen.

Dies ist nur zu erreichen durch genaueste Regelung ihrer Tätigkeit im Angriffsbefehl und durch äußerste Pünktlichkeit beim Einsatz.

Digitized by Google

95. Als erste müssen Schlachtflieger eingreifen; sie werden auf günstig liegendem Flugplatz oder Zwischenlandeplatz bereitgestellt. Sie müssen rechtzeitig starten und so weit ab von der Front kreuzen, daß sie nicht gesehen werden, aber dennoch auf die Minute pünktlich eingreifen können. Vorheriges Erproben der Flugzeit durch ein einzelnes Flugzeug am Tag des Angriffs selbst ist unter Umständen zweckmäßig, da die Windstärke jede Berechnung umwerfen kann.

Alle Schutzstaffeln, die während des Infanteriekampfes verfügbar sind, und auch Fliegerabteilungen, die nicht bei der Schlachtfeldüberwachung Verwendung finden, sind als Schlachtstaffeln zur Bekämpfung von Erdzielen einzusetzen. Je mehr Kräfte hierfür freigemacht werden, desto größer wird der moralische Eindruck auf den Gegner sein. Die Luftbeobachtung für die Artillerie und für die Führung darf hierunter jedoch keinesfalls leiden.

Die Schlachtstaffeln richten ihre Angriffe nicht nur gegen die vordere feindliche Linie, sondern suchen sich auch weiter rückwärts lohnende Ziele, z. B. noch feuernde feindliche Batterien, bereitgestellte oder im Vorgehen befindliche Reserven, Verkehr auf den für den feindlichen Nachschub hauptsächlich in Frage kommenden Straßen.

Einheitliche Regelung des Einsatzes der Schlachtstaffeln muß einer Zersplitterung vorbeugen und die große Kampfkraft mehrerer im Kampf zusammenwirkender Flugzeuge zur vollen Enfaltung an entscheidender Stelle des Schlachtfeldes bringen. Vgl. auch Teil 12 der Vorschriften für den Stellungskrieg.

96. Gleichzeitig mit den Schlachtfliegern erscheinen die Jagdstaffeln, um, über die Linien hinaus vorstoßend, den Gegner über seinem Gebiet niederzukämpfen und jede Erkundung unserer Hauptstoßrichtung zu verhindern.

Starke Kräfte auf den Flügeln sichern gegen eine Umgehung. Besonders gefährdet ist der Flügel, der nach der Sonne zeigt, weil der Gegner stets seine Angriffe und Erkundungen mit der Sonne im Rücken versuchen wird. Dorthin gehören die stärksten und am meisten nach der Höhe gestaffelten Kräfte.

Zweckmäßigerweise wird die Luft über dem Kampffeld in mehrere Räume geteilt, die etwas ineinander übergreifen. Jede Staffel oder Kette erhält im Befehl einen nicht zu schmalen Raum und Höhenstreifen zugeteilt, die sie nur auf Grund besonderer Ereignisse oder Erwägungen verlassen darf, abgesehen von kurzen Vorstößen gegen feindliche Geschwader, die auch außerhalb dieser Räume angegriffen werden müssen.

Die übergreifenden Teile müssen über den Brennpunkten des Kampfes fliegen, um dort eine Verstärkung an Fliegerkräften zu erzielen. Über 4000 m ist eine derartige Einteilung nur bei einer sehr breiten Angriffsfront erforderlich, da die Kräfte in großen Höhen nicht zersplittert werden dürfen; denn sie haben in der Regel den Kampf gegen stärkere Geschwader aufzunehmen, die tiefer ins Land dringen wollen.

Durch die Einteilung solcher Räume wird ein schädliches Zusammenballen der Fliegerverbände an einzelnen Stellen und ein Entblößen anderer Frontteile vermieden.

Vgl. auch Teil 13 des Sammelheftes.

97. Einige Minuten nach dem Beginn des Sturmes erscheint der Infanterie-Flieger; er verfolgt die Vorwärtsbewegung der Infanterie, meldet Störungen im planmäßigen Verlauf, besonders noch nicht erschütterte Stützpunkte des Gegners, die einer erneuten Vorbereitung durch Artilleriefeuer bedürfen, und fordert, nachdem das Ziel erreicht ist, die Kennzeichnung der vorderen Linie. Zu frühes Anfordern ist stets ohne Erfolg und macht die Infanterie unruhig; es muß dieser etwas Zeit gelassen werden, um sich einzurichten und Widerstände kleiner feindlicher Abteilungen noch zu brechen. Hat der Infanterie-Flieger das Erreichen des befohlenen Zieles erkannt, so meldet er zunächst durch Funkspruch die erreichten Punkte. Unklare Stellen sind als solche zu melden und dann durch weitere Erkundung zu klären. Ergänzung durch abgeworfene Skizze ist erforderlich.

Soll beim Angriff ein tieferer Geländeraum genommen werden, so müssen auch während des Angriffsverlaufs die vorderen Linien festgelegt werden, und zwar wäh-

Digitized by Google

rend der Pausen nach Ziff. 45. Auf keinen Fall darf aber dadurch der Angriff aufgehalten werden.

Neben der Verfolgung des eigenen Fortschreitens muß der Infanterie-Flieger auch die Tätigkeit des Gegners überwachen, um Gegenstöße und bereitgestellte bzw. heraneilende Reserven zu melden und rechtzeitig Artilleriefeuer anzufordern.

98. Bombenangriffe gegen die feindlichen Flughäfen sind während und kurz nach dem Angriff besonders erfolgreich, weil sie den Einsatz der feindlichen Luftstreitkräfte erheblich stören und zum Teil verhindern, während Angriffe gegen Lager und Munitions- oder Material-Stapelplätze in diesem Augenblick weniger Bedeutung für die Kampfhandlung haben. Dagegen können Bomben- und Maschinengewehr-Angriffe gegen feuernde Batterien oder gegen Reserven die Tätigkeit des Gegners empfindlich stören.

99. Nur der Artillerie-Flieger befindet sich ununterbrochen vor, während und nach dem Sturm über dem Kampffelde.

Bei seinem Einsatz kommt es weniger auf eine Häufung von Beobachtungen zur Zeit des Sturmes an, als auf eine ununterbrochene Überwachung der feindlichen und eigenen Gefechtstätigkeit während der ganzen Schlacht und auf rechtzeitige und schnelle Übermittlung an die in Betracht kommenden eigenen Batterien. Von der größten Wichtigkeit sind Meldungen über die am lebhaftesten feuernden feindlichen Batterien, über erfolgreich bekämpfte Batterien, über gut und schlecht liegendes Feuer, nicht beschossene, lohnende Ziele usw. Für derartige Beobachtungen muß der Artillerie-Flieger ganz bestimmte Aufträge bekommen, die er neben der allgemeinen Überwachung zu lösen hat. Die Befehle für die eigene Artillerie muß er genau kennen, um sein Verhalten dem Gefechtsverlauf anpassen zu können. Nur bei gründlicher Unterweisung wird seine Tätigkeit erfolgreich sein.

100. Die Tätigkeit der Artillerie-Flieger wird ergänzt durch die Ballone, die, frühzeitig vorgezogen, der Führung und der Artillerie außerordentlich wertvolle Meldungen bringen werden. Das Vorziehen unmittelbar vor oder nach dem ersten Einbruch ist verhältnismäßig gefahrlos, da die feindliche Artillerie durch andere Aufgaben gefesselt ist.

101. Nach dem Sturm sind die Schlachtflieger sobald als möglich wieder startbereit zu machen, damit sie gegen einsetzende Gegenstöße angesetzt werden können. Erneuter Ballonangriff kann von Vorteil sein.

Bei weiterem Einsatz der Jagdstaffeln muß bedacht werden, daß der Gegner den Augenblick des Sturmes nicht kennt und infolgedessen zunächst nicht immer stärkere Fliegerkräfte über dem Kampffeld haben wird. Dagegen wird er, sobald der Sturm eingesetzt hat, alle verfügbaren Kräfte nach vorn werfen, um die Überlegenheit in der Luft zu erringen. Dementsprechend ist mit einer großen Verstärkung des Gegners in der Zeit ½ bis 1½ Stunden nach dem Sturm zu rechnen. Es müssen deshalb etwa ¾ Stunden nach dem Angriff frische Jagdstaffeln eingesetzt werden, damit zu diesem Zeitpunkt auch beim Angreifer der stärkste Einsatz der Fliegerverbände vorhanden ist.

102. Erweitert sich der Angriff zur Durchbruchsschlacht und wird die Artillerie vorgezogen, so treten im Vormarsch und auf den neuen Kampffeldern die gleichen Aufgaben an die einzelnen Verbände der Luftstreitkräfte heran, wie vorstehend niedergelegt. Das Vorziehen muß rechtzeitig befohlen werden.

G. Rückwärtige Verbindungen.

103. Je umfangreicher die Angriffshandlung ist, um so mehr sind sorgfältiges Instandhalten und Verteilen der Straßen- und Bahnverbindungen und gleichmäßiges Ansetzen starker Kräfte und Mittel für die Heeresversorgung und für Arbeit aller Art die Voraussetzung entscheidender Ergebnisse. Bei Versagen der rückwärtigen Verbindungen, namentlich der

Digitized by Google

Munitionsversorgung, sind Rückschläge, die den Erfolg der ganzen Operation in Frage stellen, unvermeidlich.

104. Die rückwärtigen Eisenbahnen und Straßen müssen den Anforderungen eines aufs höchste gesteigerten Verkehrs entsprechen und frühzeitig auf die Generalkommandos und Divisionen verteilt werden. An den Eisenbahnpunkten muß für umfassende Auslade- und Umlade-Möglichkeiten vorgesorgt sein. Hierzu und zur Ausgabe an die Depots sind Arbeitskräfte in genügender Zahl bereitzustellen. Die Zu- und Abfahrt bei allen Depots bedarf sorgfältiger Regelung.

In dem näher an der Front gelegenen Gebiet ist das Festlegen und Bezeichnen von Ausweichstellen an schmalen Straßen, von Umgehungswegen um Ortschaften, das Anbringen deutlicher Wegweiser Vorbedingung für glatte Abwicklung des Verkehrs. Oft wird die Festsetzung nötig werden, daß bestimmte Straßenstrecken nur in einer Richtung benutzt werden dürfen.

In den letzten Wochen vor dem Angriff muß jede gesteigerte, der feindlichen Lufterkundung sichtbare Bautätigkeit an Bahnen und Straßen unterbleiben.

105. Der Bedarf einer zum Angriff eingesetzten Division an Kolonnen und Trains ist wesentlich abhängig von den Wegeverhältnissen, dem Zustand der Pferde und dem Ziel des Angriffs. Bei tiefen Durchbrüchen kann im allgemeinen die Ausstattung einer Division mit 3 bis 4 Munitionskolonnen (außer den leichten Munitionskolonnen und den Batteriekolonnen), 3 bis 4 Verpflegungskolonnen, 3 bis 4 Kraftwagenkolonnen, 1 Feldbäckereikolonne als Anhalt gelten. Außerdem sind bewegliche Pionierparks und nach Bedarf Brückentrains zuzuweisen. Nur ein Teil dieser Kolonnen wird den Divisionen unmittelbar zu unterstellen sein (vgl. Ziff. 24).

106. Die Ausstattung mit Arbeitskräften (Landsturm- oder Armierungs-Kompagnien) muß reichlich bemessen werden, da die kämpfende Truppe von allen Sonderkommandierungen befreit werden muß.

107. Bei tiefen Angriffen ist möglichst jeder Division vorderer Linie eine durchgehende Straßenstrecke bis tief in den Feind zuzuweisen, auf der sie die Verantwortung geordneten Verkehrs trägt. Das reibungslose Nachziehen ihrer Artillerie und ihrer Kolonnen kann nicht eingehend genug vorbereitet sein.

Wird in dem gleichen Gefechtsstreifen eine zweite Division nachgeführt, so haben die Generalkommandos besondere Weisungen hierfür zu geben, die eine Störung des Gefechtsverkehrs der vorderen Division ausschließen. Oft ist das Erkunden und Abstecken von Kolonnenwegen notwendig. Eine Überlastung der Straßen besonders an Engen, Brücken usw. führt zur Stockung und damit leicht zum Versagen des Nachschubs. Es ist daher scharf darauf zu achten, daß nichts Entbehrliches vorgeführt wird.

108. Zum Anschluß des eigenen Straßen- und Bahnnetzes an das feindliche ist außer Straßenbau-Kompagnien und Eisenbahntruppen eine reichlich bemessene Zahl von Armierungs-Kompagnien bereitzustellen. Material für Straßen- und Bahnbau ist frühzeitig, gegen Fliegersicht geschützt, weit vorn niederzulegen.

109. Vor, während und nach einem großen Angriff sind durchgreifende polizeiliche Anordnungen der Generalkommandos und Divisionen zur Regelung des Verkehrs hinter der Front und zur Überwachung Versprengter notwendig. Für beide Zwecke ist erhebliche Verstärkung der Gendarmerie, die mit besonderen, allgemein bekanntgegebenen Abzeichen zu versehen ist, notwendig.

Die Straßen sind der Aufsicht energischer Kommandanten zu unterstellen, die für das Aufrechterhalten des Verkehrs und scharfer Straßendisziplin (namentlich an Engen, Brücken, Straßenkreuzungen, in Ortschaften) ausreichenden Unterpersonals bedürfen. Berittene Offiziere, Unteroffiziere oder Leute, sowie Radfahrer-Formationen sind hierfür besonders geeignet. Gelegentlich sind auch stärkere Kommandos (Landsturm) zum Räumen verstopfter Wege erforderlich. Nach Einbruch

Digitized by Google

der Dunkelheit muß die Aufsicht am schärfsten sein. Auch die Kolonnenführer, die mit einer genügenden Anzahl von Reitern zur Verbindung nach vorn auszustatten sind, haben dafür zu sorgen, daß nirgends, auch nur vorübergehend, Stockungen eintreten. Haltende Kolonnen müssen die Straßen freimachen und aus Engen herausgezogen werden. Die festen Straßen sind in erster Linie den Fahrzeugen zuzuweisen.

Zur Überwachung einzelner, von vorn zurückkommender Mannschaften empfiehlt sich die Einrichtung bewachter Sperrlinien (zunächst am besten entlang vorhandener Hindernislinien), die mit fortschreitendem Angriff vorverlegt werden. Die in den genommenen feindlichen Stellungen befindlichen Unterstände, Keller, Gehöfte usw. sind wiederholt nach Versprengten zu durchsuchen. Einrichten von Versprengten-Sammelstellen und Auskunftsstellen ist erforderlich.

110. Munitionsversorgung siehe Ziff. 52 und 58. Munitionsstäbe bei den einzelnen Kommandobehörden sind meist unentbehrlich.

111. Die Ausstattung mit eisernen Portionen und Rationen ist von Fall zu Fall zu regeln.

Verpflegungsschwierigkeiten werden in den ersten Tagen nach einem gelungenen Durchbruch kaum eintreten. Die Truppe lebt aus den Vorräten des Feindes. Für den späteren Nachschub sind Verpflegungskolonnen hinter den Munitions- und Pionierkolonnen rechtzeitig vorzuschieben.

Das Nachführen von Trinkwasser ist nötigenfalls zu regeln.

Frühzeitige Gewährung einer Futterzulage an die Pferde der bei einem Durchbruch beteiligten Formationen ist notwendig.

Große erbeutete Verpflegungsbestände sind sofort unter Bewachung zu stellen und der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

112. Entleerung der eingesetzten Feldlazarette, Erweiterung der Belegungsfähigkeit der Krankensammelstellen, Heranziehen von Armee-Sanitäts-Kompagnien, Armee-Feldlazaretten, Sanitäts-Kraftwagen-Abteilungen und Lazarettzügen ist je nach dem Umfang des Angriffs rechtzeitig einzuleiten. Alle Dienststellen sind anzuweisen, daß leer zurückfahrende Kolonnen und Züge in erster Linie Verwundete zurückzubefördern haben. Die Zahl der Sanitäts-Unterstände im eigenen vorderen Stellungsgebiet ist zu vermehren, ihre Lage der Truppe bekanntzugeben.

113. Vom Gefangenenabschub und vom Aufräumen des Schlachtfeldes ist die fechtende Truppe zu entlasten. Für ersteren sind verfügbare Eskadrons, Landwehr- oder Landsturm-Formationen, für letzteres rechtzeitig Sammel-Kompagnien den Kampfdivisionen zuzuweisen.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. 26. 1. 1918.
II Nr. 76 623 op.

Ergänzungen vom 1. 2. 1918 zum Teil 14 des Sammelheftes der Vorschriften für den Stellungskrieg.

1. Zu Ziff. 2: Die Grundsätze der Ausbildung sind in den neuen Vorschriften (Zusammenstellung vgl. Chef d. Genst. d. Feldh. vom 11. 1. 1918 II Nr. 75 424 op.) und in Sonderverfügungen niedergelegt.

2. Zu Ziff. 3: Für den militärischen Erfolg ist der Einfluß der Führer aller Grade und aller Waffen ausschlaggebend. Er wird richtig ausgeübt, wenn er für selbsttätiges, entschlußfreudiges Handeln bis zum gemeinen Mann herab Spielraum läßt und dieses fördert. Dies ist einer der grundlegenden Gedanken der Vorschrift.

Die Möglichkeit der Führung und Versorgung großer Massen auf engem Raum ist indessen begrenzt. Zu enge Anhäufung führt zu Verstopfungen. Genaue Überlegung, praktische Phantasie und eigenes Sehen

Digitized by Google

werden der Führung ein Bild der tatsächlich eintretenden Verhältnisse vor Augen führen (vgl. Ziff. 6 letzter Abs.).

3. Zu Ziff. 6, letzter Absatz: Der Kernpunkt des Angriffsverfahrens besteht in dem ständigen Zusammenarbeiten der Sturminfanterie mit der Artillerie.

Die Artillerie und die Minenwerfer sind für das Brechen der feindlichen Widerstandskraft auch beim Fortschreiten des Angriffs unentbehrlich. Ihre Wirkung muß die Infanterie durch geschicktes und rasches Zufassen zum Erfolg ausbauen. Stockt der Angriff, so ist in erster Linie nicht frische Infanterie, sondern erneute Feuervorbereitung notwendig.

Bei einem über die Reichweite der Masse der eigenen Artillerie hinaus vordringenden Angriff ist daher das schnelle Vorwerfen der Artillerie und die Munitionsversorgung der vorgezogenen Artillerie für den Erfolg des Angriffs ausschlaggebend. Dieser Gedanke kehrt in der Vorschrift immer wieder.

Zur erneuten Feuervorbereitung nach dem ersten Einbruch genügen oft wenige Schuß der Begleitartillerie (Minenwerfer) oder selbst Maschinengewehrfeuer, das den Feind niederhält. Je stärker der Widerstand wird, desto mehr braucht man zusammengefaßte Artilleriewirkung stärkerer, besonders auch schwerer Artillerie. Je mehr feuerkräftige, mit Munition versorgte Artillerie heranbleibt, desto besser wird daher der Angriff im Fluß erhalten werden können.

Die Infanterie dagegen ist sparsam einzusetzen. Tiefengliederung muß stets vorhanden sein oder, wenn sie im Verlauf eines Angriffs vorübergehend verloren geht, immer wiederhergestellt werden, und zwar möglichst durch Vordrücken der vordersten Teile.

4. Zu Ziff. 7: Völlige Überraschung ist selten erreichbar, aber auch nicht nötig. Bei einigermaßen geschickter Verschleierung und Täuschung an anderer Stelle wird es sich bei großen Angriffen meist erreichen lassen, daß der Gegner mit seinen Abwehrmaßnahmen nachhinkt, auch wenn er vom Bevorstehen eines Angriffs etwas gemerkt hat. In der Regel wird er wenigstens durch den Zeitpunkt des Infanteriesturmes überrascht werden. Schon dadurch gewinnt der Angreifer einen wesentlichen Vorteil.

5. Zu Ziff. 11: Bei der Bedarfsberechnung ist der voraussichtliche feindliche Widerstand in Rechnung zu stellen. Die Höchstzahlen sind nur in den Fällen angebracht, in denen eine mit Sicherheit stark ausgebaute und besetzte Front angegriffen wird. Wo Überraschung erstrebt und — wenn auch nur teilweise — mit einiger Wahrscheinlichkeit erreicht wird, genügen schwächere Kräfte.

Der Grundsatz, daß keinesfalls mit unzureichenden Mitteln angegriffen werden soll, darf nicht zur Einstellung übertriebener Sicherheitskoeffizienten veranlassen. Um zu große, schwer lenkbare Anhäufungen zu vermeiden, ist in der Regel die untere Grenze des Bedarfs nicht zu überschreiten (vgl. auch 2 und 3).

6. Zu Ziff. 12: a) Zu Abs. 1: Beim Durchbruch ist der Gedanke, daß die zuerst angreifende Division regelmäßig am ersten oder zweiten Tage abzulösen ist, zu verwerfen.

War der Angriff gut vorbereitet und wird die Artillerie rechtzeitig nachgezogen, so wird der Angriff ohne allzu große Verluste glücken. Die Angriffsdivision wird also auch nach dem ersten Angriff zunächst genügend Kampfkraft behalten. Für ihr weiteres Vorwärtskommen ist dann weniger der Einsatz frischer Infanterie als starker feuerkräftiger Artillerie maßgebend (s. 3).

Ein Wechsel der Stäbe würde die Geschlossenheit und den Zusammenhang der Führung lähmen und ist daher äußerst unerwünscht.

b) Zu Abs. 2: Bei Berücksichtigung der Ausführungen unter 3 ist selbst bei den jetzigen Stärken eine Breite der Div.-Gefechtsstreifen von nicht

Digitized by Google

unter 2 km für Divisionen zu 3 Infanterie-Regimentern angemessen. Größere Breite erleichtert die Führung (insbesondere der Artillerie) und den Nachschub. Schematisch gleichmäßige Breiten sind zu vermeiden

c) Zu Abs. 3: Der zweite Satz von „Beim" bis „unterstellen" ist zu streichen. Die Divisionen zweiter Linie dürfen nicht vorzeitig in den Kampf geworfen werden. Diese Gefahr liegt vor, wenn der vordere Divisionskommandeur über beide Divisionen von Anfang an verfügt.

Die hinteren Divisionen müssen lange in der Hand der Generalkommandos bleiben, die ihrerseits, um führen zu können, weit vor gehören. Das Nachführen erfolgt in der Art, wie früher Reserven nachgeführt wurden, zum Einsatz an den Stellen, wo der Angriff gut vorwärts geht. Hierbei wird entsprechend der fächerförmigen Ausdehnung des Angriffs meist ein Einschieben, nur in Ausnahmefällen ein Ablösen in Frage kommen.

Wie jede taktische Reserve müssen die hinteren Divisionen von den Generalkommandos dicht herangehalten werden, um rechtzeitig eingesetzt werden zu können.

Die Aufgabe der höheren Führung ist mit Einleitung des Angriffs nicht beendet. Sie muß das Gefecht, ohne jedoch in Einzelheiten des Gefechtsverlaufs zu viel einzugreifen, in die von ihr gewollten Bahnen lenken. Hierzu braucht sie Reserven, die nach ihrem Willen eingesetzt werden. Nur so können Anfangserfolge zu großen Erfolgen ausgebaut werden.

7. Zu Ziff. 28: Die Erkundung des rückwärtigen feindlichen Geländes ist für die Zielverteilung im einzelnen ausschlaggebend. In erster Linie durch ständige Lichtbildüberwachung wird die Organisation der feindlichen Verteidigung (Beobachtungs- und Befehlsstellen, Verbindungen, Aufstellungsplätze und Vormarschwege der Reserven) erkannt werden. Sie ist im Moment des eigenen Angriffs so zu stören und zu zerschlagen (auch durch Vernebelung oder Vergasung), daß dem Feinde eine wirkliche Führung der Verteidigung unmöglich wird (vgl. Ziff. 41).

8. Zu Ziff. 31: Die Forderung völliger Unabhängigkeit des Angriffs von der Witterung ist undurchführbar. Stets werden die Vorbereitungen, die Wirkung der Artillerie (auch beim Brisanzschießen), das Vorwärtskommen aller Waffen im Angriff und der Nachschub durch die Witterung wesentlich beeinflußt. Die Witterung hat uns bei vielen großen Angriffen zu einer Verschiebung des Angriffs gezwungen (z. B. bei Verdun Februar 1916, in Rumänien November 1916, bei Riga August 1917, in Italien Oktober 1917). Diese Erfahrung wird dazu veranlassen, stets einen Wetterpuffer in Rechnung zu stellen. Auf das richtige Gelingen eines künstlichen Systems zeitlich in bestimmter Reihenfolge anzusetzender Angriffe kann daher niemals mit Sicherheit gerechnet werden.

9. Zu Ziff. 37, 2. Absatz: Bezüglich der Berechnung des Bedarfs vgl. auch 5.

10. Zu Ziff. 38, 2. Absatz: Beim tiefen Durchbruchsangriff nimmt jedes Infanterie-Bataillon in der Regel zwei bespannte leichte Minenwerfer mit. Aus der Divisions-Minenwerfer-Kompagnie wird außerdem eine bespannte Minenwerfer-Kompagnie zu 4 bis 6 mittleren Minenwerfern mit 2 bis 3 Munitionswagen für jeden Werfer gebildet. Diese Kompagnie ist Divisionstruppe. Alle übrigen Minenwerfer bleiben zunächst in der Ausgangsstellung und werden später allmählich gesammelt.

11. Zu Ziff. 40: Über Sturmreifschießen herrschen vielfach falsche Ansichten:

Die Vorschrift verlangt im Durchschnitt eine Steilfeuerbatterie zur Zerstörung eines Grabens von etwa 100 m Breite. Selbstverständlich sprechen außerdem Treffgenauigkeit (also Geschütz- und Munitionsart, Beobachtung, Entfernung, Witterung usw.) und Munitionsmenge (also in erster Linie Feuergeschwindigkeit und Zeit des Schießens) wesentlich mit. Die völlige Zerstörung eines Grabens von 100 m Breite durch eine Batterie

Digitized by Google

in einer Stunde wird im allgemeinen eine sehr gute Leistung sein. Daraus folgt, daß bei kurzem Vorbereitungsschießen (1 bis 2 Stunden und weniger) die Zerstörung aller feindlichen Kampfgräben usw. die Verwendung uferloser Batteriemassen bedingen würde.

Eine solche völlige Zerstörung ist aber auch nicht nötig. Sind die Gräben zerstört, so hält sich der Feind im Trichtergelände. Man kann sich damit begnügen, die wichtigsten Anlagen (Flankierungsgräben, Schnittpunkte von Verkehrsgräben, Hindernisse an den Stellen, wo der Angreifer durch will usw.) zu zerstören. Je schwächer die Besetzung ist, je mehr auf Überraschung gerechnet werden kann, desto geringer werden die reinen Zerstörungsaufgaben sein.

Auch die Beschießung des Zwischengeländes (Ziff. 40 b) wird nicht jeden lebenden Widerstand vernichten können. Sie soll dem Feind nur Verluste beibringen, ihn niederhalten und moralisch erschüttern. Sie soll ihm ferner Beobachtung und Verbindung rauben, so daß er schließlich durch den Augenblick des Infanterieangriffs überrascht, verwirrt und außer Zusammenhang mit seinem Führer den Entschluß zum spannkräftigen Widerstand nicht findet.

Es wird also, besonders wenn das Vorbereitungsfeuer nur kurz ist, im wesentlichen moralische Wirkung angestrebt (vgl. Ziff. 40 f und Ziff. 44). Der Erfolg hängt davon ab, daß die Angriffsinfanterie die erreichte moralische Wirkung nicht abflauen läßt, sondern sie sogleich ausnutzt. Nur selten wird der Infanterie der Nahkampf dadurch völlig erspart werden; dieser wird aber leicht sein, wenn die Infanterie rücksichtslos scharf zufaßt und so schnell nachdrängt, daß sie gleichzeitig mit den letzten eigenen Schüssen vor dem Verteidiger steht (vgl. Ziff. 60).

12. Zu Ziff. 42: Das genaue Einschießen kann durch Vorbereitungen hinter der Front (Erschießen der besonderen Einflüsse, kartenmäßige Festlegung der Batteriestellungen und der Ziele, rechnerische Ausschaltung der Tageseinflüsse, Festlegung der Seitenrichtung durch Geschütze der Stellungsartillerie) wesentlich verkürzt, teilweise ganz ersetzt werden. Dies bedeutet eine erhebliche Vereinfachung der für den Feind auffälligen artilleristischen Vorbereitungen und erleichtert so die Überraschung. Versuche hierüber sind noch im Gang. Das Ergebnis wird mitgeteilt werden.

13. Zu Ziff. 45: Über die Feuerwalze bestehen Unklarheiten.

a) Teilnehmende Batterien: Von der gesamten Angriffsartillerie kommen die bespannt bereitgehaltenen Begleitbatterien (Ziff. 47) für die Feuerwalze nicht in Betracht. Außerdem müssen Überwachungsbatterien (Ziff. 49) ausgeschieden werden, und schließlich muß die Bekämpfung der Artillerie (Ziff. 39) und der Ziele nach Ziff. 41 sowie von Stützpunkten und von Geländeteilen, die nicht frontal angegriffen werden (Ziff. 45, 6. Absatz), auch während des Vortragens des Infanterieangriffs aufrechterhalten bleiben. Lediglich diejenigen Batterien, die für die genannten, in erster Linie zu berücksichtigenden Zwecke nicht in Frage kommen, sind also für die Feuerwalze verfügbar.

Von diesen Batterien sind Mörser und schwere Feldhaubitzen weniger geeignet, weil ihre Sprengstücke auch nach rückwärts zu weit fliegen. Mörser- und schweres Feldhaubitzenfeuer kann nahe vor der eigenen Infanterie liegen, während diese sich in Deckung befindet, es muß aber größeren Abstand haben, wenn die Infanterie sich vorbewegt. Einer Feuerwalze von Mörsern und schweren Feldhaubitzen kann die Infanterie nicht ganz dicht folgen. An Feldkanonen- und leichtes Feldhaubitzenfeuer kann und muß die Infanterie näher heranbleiben.

b) Beschaffenheit der Feuerwalze. Auch wenn man auf 50 m Breite oder weniger je eine Batterie rechnet und die schießenden Batterien weit vorschiebt, wird die Feuerwalze infolge der natürlichen Streuungen, die durch schlechtes Schießen vergrößert werden, und infolge der Notwendigkeit, das schwere Feuer weiter vorzulegen, keine dichte Wand darstellen, sondern in einer Tiefe von einigen 100 m das Angriffsfeld bedecken.

Digitized by Google

Die Walze wird auch nicht schematisch gleich dicht sein dürfen. Auf wichtigere Punkte wird das Feuer seitlich enger zusammengezogen, besonders schwere Artillerie. Die Walze wird nach der Tiefe um so ausgedehnter sein, je größer die Schußweiten sind. Allmählich fällt beim Vorschreiten eine immer größere Anzahl von Batterien aus, bis schließlich der Angriff nur noch durch die Begleitbatterien (Minenwerfer) und durch die zu schnellem Stellungswechsel vorgezogenen schweren und leichten Batterien artilleristisch unterstützt wird. Die Bildung einer geschlossenen Feuerwalze ist dann ohne große Zeitversäumnis nicht mehr möglich. Die direkte Feuervorbereitung durch Artillerie- und Minenfeuer, das auf die Einbruchspunkte zusammengefaßt und nach Möglichkeit beobachtet wird, tritt wie im Bewegungskrieg in den Vordergrund und wird in der Regel ausreichen.

c) Ausführung der Feuerwalze: Die Feuerwalze wird nur sicher arbeiten, wenn sie durch genaue Befehle vorbereitet ist. Sie setzt im Augenblick des Infanteriesturmes ein, indem sie in mehr oder weniger großen Sprüngen (200 bis 400 m oder mehr) von den der eigenen Infanterie nächstgelegenen Zielen je nach dem Vorwärtskommen der Infanterie vorverlegt wird. Die Vorverlegung der schweren Batterien erfolgt unter Umständen nach besonderem Plan (größere Sprünge, weiterer Abstand von der eigenen Infanterie, Zusammenfassung auf wichtige Punkte).

Die Walze läuft entweder schematisch ab, oder man versucht, ihr Vorschreiten durch Sichtzeichen in der Hand zu behalten. Letzteres ist vorzuziehen und daher stets anzustreben. Die Infanterie soll nicht an die Feuerwalze gebunden werden, sondern umgekehrt, sonst erstickt der Angriffsschwung der Infanterie hinter dem starren Feuervorhang. Die Möglichkeit hierzu hängt von der Beobachtung und dem schnellen Durchbringen von Zeichen oder Befehlen ab. Es wird selten angängig sein, sich hierauf allein zu verlassen. Der Befehl für die Feuerwalze wird daher in der Regel so gegeben werden müssen, daß die Walze programmäßig abläuft, falls keine Änderungen während des Schießens an die schießenden Batterien gelangen.

Bei schematischem Ablaufen wird man der Walze eine Geschwindigkeit anfänglich und in freiem Gelände von etwa einer Minute, später und in schwierigem Gelände bis zu vier Minuten für je 100 m geben. Maßgebend ist der Gesichtspunkt, daß das Vorgehen der Infanterie durch zu langsames Fortschreiten der Walze nicht aufgehalten werden darf, daß aber anderseits die Infanterie unmittelbar an der Walze heranbleiben muß (vgl. 11 letzter Absatz und 17).

Das eigentliche Sturmreifschießen erfolgt durch die vorhergehende Feuervorbereitung (Ziff. 40), die Feuerwalze soll lediglich einen letzten kurzen Schlag geben. Sie schreitet bis zur Erreichung des Angriffsziels vor (unter Umständen mit längerem Aufenthalt an bestimmten Linien, z. B. an rückwärtigen Stellungen, die durch erneute Feuervorbereitung sturmreif zu machen sind — vgl. Ziff. 45, 4. Absatz), und bleibt dann als Feuerriegel vor der Infanterie liegen (vgl. Ziff. 48).

Erreicht die Infanterie das Angriffsziel nicht, so kann es kommen, daß völlig nutzlos Munition verschossen wird. Ebenso kann für die Infanterie schnelleres Vorschreiten der Walze erwünscht werden.

Für solche Fälle sind einige wenige vorher zu bestimmende Zeichen (z. B. „Feuerwalze halt!" und „Feuerwalze Marsch!") notwendig. Während des Haltens der Walze ist durch Beobachtung von der Erde und aus der Luft (auch Ausschaltung der Tageseinflüsse) das Feuer soweit wie möglich zu regeln.

d) Versuche: Weitere Versuche über die Wirksamkeit und Art der Anordnung der Feuerwalze (z. B. Länge der Sprünge) sind noch im Gang. Auch die Möglichkeit der Verwendung von Gas (Blaukreuz) wird erprobt.

e) Allgemeine Beurteilung. Vor einer Überschätzung der Feuerwalze muß gewarnt werden. Das mit Beobachtung gegen bestimmte Ziele abgegebene Feuer wird der Feuerwalze, die auch bei geschicktester Handhabung stets bis zu einem ge-

Digitized by Google

wissen Grade starr und schematisch bleiben wird, immer überlegen sein. Die Wirksamkeit ist davon abhängig, daß es gelingt, im Gegensatz zum englischen Verfahren, die Walze von der Infanterie abhängig zu machen, statt umgekehrt, und die eigene Infanterie so zu erziehen, daß sie *selbst auf die Gefahr vereinzelter Kurzschüsse und Verletzungen durch eigene Sprengstücke unmittelbar hinter der Walze bleibt* (vgl. 17).

14. Zu Ziff. 46: Immer wieder ist daher daran zu erinnern, daß für die Artillerie das Sehen die Hauptsache ist. Die Tätigkeit der Artillerie-Verbindungsoffiziere und anderer beweglich mit der vordersten Infanterie vorgehender Artillerie-Beobachter mit Nachrichtenmitteln, sowie der Luftbeobachter ist daher außerordentlich wichtig.

Artillerieballone und Artillerieflugzeuge sind bei fortschreitendem Angriff *schnell* nachzuziehen.

Auf bewegliche Verwendung der *Artilleriemeßtrupps* wird besonders hingewiesen.

15. Zu Ziff. 50: Für das Gelingen des Nachziehens der Artillerie ist das Verhalten der *Stäbe* (*weit vor!*) von ausschlaggebendem Einfluß.

Das *Vorziehen der gesamten beweglichen Artillerie und Minenwerfer* ist selten möglich. Die Schwierigkeit liegt

a) in dem zerschossenen, von Gräben, Hindernissen, Trichtern durchsetzten Gelände,

b) in der Gefahr der Verstopfung, wenn zuviel von hinten nach vorn und umgekehrt durchgebracht werden soll,

c) in der geringen Zahl und der mangelhaften Zugleistung unserer Pferde.

Man muß daher der Artillerie Überbrückungsmaterial und Pionierkommandos beigeben, für schnellen Wegebau und scharfe Verkehrsdisziplin sorgen und sich in der Gesamtzahl der vorzubringenden Geschütze und Minenwerfer beschränken. Dabei ist nicht zu übersehen, daß Geschütze und Minenwerfer ohne Munition im Kampf wertlos sind. Die Pferde des stehenbleibenden Geräts (besonders der Kolonnen) sind als Vorspann für andere Geschütze oder Munitionswagen auszunutzen oder als Reserve mitzuführen. Sämtliche überhaupt für Nachziehen in Betracht kommende Geschütze müssen vor Beginn des Angriffs gefüllte und bespannte Protzen und Munitionswagen haben, die während der Feuervorbereitung nicht angegriffen werden.

Bei *tiefen Angriffen* werden so schnell wie möglich nachzuführen sein:

a) Die *Begleitartillerie* (Ziff. 47 und Ziff. 50, 3. Absatz), die auf nächste Entfernung mit direktem Schuß feuern und immer wieder auf gleiche Höhe mit der vordersten Infanterie zu kommen sich bestreben soll: Pro Infanterie-Regiment in der Regel 1 Feldbatterie des Divisions-Feldartillerie-Regiments und die 6 leichten Minenwerfer der Infanterie.

b) *Weitere leichte und schwere Artillerie* mit Aufgaben gemäß Ziff. 50, 4. Absatz: Pro Division in der Regel zunächst der Rest des Divisions-Feldartillerie-Regiments und ein ständig zugeteiltes schweres Bataillon, demnächst die Divisions-Minenwerfer-Kompagnie, ferner weitere schwere und leichte Artillerie im Verhältnis etwa 1 : 1. Hierbei sind *Mörser und 10-cm-Kanonen* besonders wertvoll. Ihre Beweglichkeit ist bei genügendem Vorspann und Hilfeleistung durch Pioniere und Infanterie auch in schwierigem Gelände ausreichend. Wenige Mörserschuß brechen oft feindlichen Widerstand, gegen den mit Feldkanonen vergeblich geschossen wird.

16. Zu Ziff. 54 d: Die *Maschinengewehre* sind nicht Hilfswaffe, sondern ebensosehr *Hauptwaffe der Infanterie* wie das Gewehr. Trotzdem werden zur Zeit bei Durchbruchsangriffen mit Rücksicht auf die geringen Gefechtsstärken die Infanterie-Kompagnien nicht mehr als 4 leichte Maschinengewehre (dazu 1 in Reserve), die Maschinengewehr-Kompagnien nur 6 schwere Maschinengewehre (dazu 3 in Reserve) mitnehmen können.

Mitführung der *leichten Minenwerfer* s. 10.

Digitized by Google

Granatwerfer bleiben bei Durchbruchsangriffen in der Ausgangsstellung. Ihre Bedienungen machen — ebenso wie diejenigen der leichten Minenwerfer der Infanterie, die stehen bleiben — den weiteren Angriff als Schützen mit.

17. Zu Ziff. 54, zu c: Die Bereitstellung der Angriffsinfanterie ist die Krisis des Angriffs. Beschränkung auf das Notwendige, Vermeidung zu weitgehender Massierung, die die Deckung bei Heranführen und Bereitstellen erschwert, die Überraschung gefährdet und bei Zwischenfällen leicht zu unnötigen Verlusten, Verwirrung und Panik führt, ist ganz besonders wichtig.

Wird die gesamte Bereitstellung vorwärts der feindlichen Sperrfeuerzone eingenommen, so muß während des Vorgehens Tiefengliederung nach vorne gewonnen werden. Die Infanterie verbraucht sich sonst nutzlos zu schnell (vgl. 3, letzter Absatz).

Ebenso ist im Verlauf des Angriffs auf Ausscheiden von Reserven immer wieder Wert zu legen (vgl. Ziff. 60, letzter Absatz und Ziff. 62).

18. Zu Ziff. 60: Der Grundsatz, daß die Infanterie beim Angriff in das eigene Artillerie- und Minenfeuer hineinlaufen muß, der bei den Sturmbataillonen mit so großem Erfolg ausgebildet wurde, muß Gemeingut der ganzen Infanterie werden. Er fordert rücksichtslosen Schneid und überlegene Moral, weil vereinzelte Verluste durch eigenes Artilleriefeuer in Kauf genommen werden müssen. Durch dieses Hineinlaufen wird aber anderseits der Nahkampf mit der feindlichen Infanterie und deren Maschinengewehren erleichtert. Die Gesamtverluste werden daher wesentlich geringer werden. Mit allen Mitteln muß der Infanterie das Verständnis hierfür beigebracht werden. Dies muß möglich sein. Die Energie des Infanterieangriffs und sein Erfolg hängen wesentlich davon ab (vgl. auch 11., letzter Absatz und 17 e).

19. Zu Ziff. 63: Über Ablösung bei tiefem Durchbruch vgl. 6 a.

20. **Schlußbemerkung:** Der große Durchbruchsangriff verlangt Freimachung von Führer und Truppe von Gewohnheiten und Gedankengängen des Stellungskrieges. Kriegsmittel und Taktik im einzelnen haben sich geändert. Die großen militärischen Grundsätze aber, die das Rückgrat unserer militärischen Erziehung im Frieden bildeten und denen wir alle großen Erfolge des Krieges verdanken, sind die alten. Sie sind, wo sie in Vergessenheit geraten sollten, wieder zu erwecken.

J. A. Ludendorff.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 17. 4. 1918.
Ia/II Nr. 7745 geh. op.

Angriffserfahrungen.

Die Ausbildung muß nach den Erfahrungen aus den jetzigen Kämpfen mit aller Kraft ergänzt werden. Schleunige Ausgabe der nachstehenden Zusammenstellung bis zum Regiment ist geboten:

Allgemeines.

Angriffsverfahren. 1. Die Grundlagen unseres Angriffsverfahrens aus dem Stellungskrieg heraus waren Überraschung, Zusammenfassung der Waffenwirkung (einschl. Gas) auf eine verhältnismäßig kurze Zeit, Schnelligkeit der Durchführung des Angriffs.

Es wurde artilleristisch weniger völlige Vernichtung und Zerstörung, als moralische Erschütterung des Gegners gleichzeitig und überraschend in möglichst großer Tiefe angestrebt. Die Wirkung sollte durch die Infanterie sofort ausgenutzt werden.

Diese Grundsätze haben sich bewährt, sie müssen in Zukunft in Geltung bleiben, die artilleristische Wirkung muß jedoch erhöht werden.

Es ist zu unterscheiden:

a) der geplante Angriff aus dem Stellungskrieg heraus und gegen einen Gegner, dem es gelungen ist, sich wieder zu geschlossener Verteidigung fest einzunisten.

Digitized by Google

Diese Angriffe erfordern sorgsamste Vorbereitung, ähnlich wie vor dem 21. 3. und werden von oben einheitlich angesetzt.

b) die Fortführung des Angriffs gegen einen noch nicht in geschlossener Linie eingerichteten Gegner.

Das Wesentlichste ist hierbei, daß auf die peinliche Vorbereitung von langer Hand verzichtet werden muß, damit der Feind nicht Zeit zu Gegenmaßnahmen gewinnt. Der Erfolg hängt vielmehr außer vom Ansatz seitens der oberen Stellen vor allem von der Geschicklichkeit und Entschlossenheit der Unterführer ab, die durch schnelles Handeln dem Gegner zuvorkommen müssen. Frisches Zufassen der Infanterie unter dem Feuerschutz ihrer eigenen Kampfmittel und mit wenigen Begleitgeschützen kann große Erfolge zeitigen. Auf Befehle von oben kann meist nicht gewartet werden. Die Führer bis zum Divisions-Kommandeur einschl. gehören weit nach vorn.

Besonders wichtig bleibt auch hier, schnell Artillerie und Minenwerfer (auch schwere) mit ausreichender Munition zur Stelle zu haben (s. Ziff. 11).

c) dazwischen liegt natürlich eine große Reihe anderer taktischer Möglichkeiten, die anzuwenden und auszunutzen Kunst der Führung ist.

Führung.

Befehlserteilung. 2. Die richtige Befehlserteilung macht Schwierigkeiten. Dies liegt an ungenügenden Verbindungen und an mangelnder Gewandtheit mancher Stäbe. Wir müssen sowohl für die Befehlserteilung, wie für die Truppenführung und Truppenbewegung mehr wie bisher mit Zeit und Raum rechnen.

Der höhere Führer soll durch persönliche Fühlungnahme und Befehle seinen Einfluß wahren, die Einzelanordnungen dann der niederen Führung überlassen.

Die Befehle müssen, auch zur Entlastung des Fernsprechers, kurz sein.

Vorbereitungen. 3. Je umfassender die Angriffsvorbereitungen sind, um so mehr Zeit erfordern sie, insbesondere für die Artillerie. Diese Zeit muß der Truppe von oben gelassen werden. Pflicht der unteren Führung ist es, rechtzeitig und ohne Rücksicht auf Personen zu melden, wenn nach ihrer Ansicht ein befohlener Angriff Gefahr läuft, infolge ungenügender Vorbereitungen oder Überhastung zu scheitern. Die Entscheidung liegt dann bei der oberen Führung.

Gefechtsstreifen. 4. Die Gefechtsstreifen dürfen nicht zu schmal sein und nicht unter 2½ km für die Division herabsinken. Bei weiter fortschreitenden Angriffen werden sie sich verbreitern. Zu schmale Streifen behindern Führung und Versorgung und führen zu nutzloser Massierung. Auch findet hierin das Nachführen der rückwärtigen Divisionen seine Grenze. Häufige Änderung der Gefechtsstreifen führt zur Unordnung.

Führung des Angriffs, Umfassung von Widerstandspunkten, Reserven, Ablösung. 5. Es ist immer wieder zu betonen, daß der Erfolg nicht im Masseneinsatz von Infanterie, sondern in der Waffenwirkung, in zeitlich richtigem Zusammenwirken, in der geschickten Unterführung und in der Schnelligkeit des Handelns zu suchen ist. Das viel geforderte Vorbeigehen an Widerstandspunkten (z. B. Dörfern) ist gegen Flankenfeuer durch vereinigtes Artillerie- und Minenwerferfeuer gegen diese Punkte (ev. Vernebeln) zu sichern.

Kommt ein breiter Angriff nach anfänglichen Erfolgen ins Stocken, so erwächst der Führung die Aufgabe, durch räumliches und zeitliches Zusammenfassen der Munition auf schmalere Einbruchsstellen den weiteren Angriff einzusetzen. Munitionszersplitterung bringt in solchen Lagen Zeitverlust. Feuer gegen Ziele, deren Bekämpfung nicht zeitlich in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Infanterie-Angriff steht, ist daher meist nur zulässig, wenn es zur Abwehr von Gegenangriffen notwendig ist.

Reserven sind da einzusetzen wo der Feind nachgibt, nicht wo er hält. Auch hier werden sie mehr zum Flankenschutz, als zum Vortragen des Angriffs gebraucht. F

Digitized by Google

Truppe, die Erfolg gehabt hat, ist leicht im weiteren Vorgehen zu erhalten und braucht keine wesentliche Verstärkung.

Beim Nachführen und Einsetzen von Reserven wird auf Grund angeblicher Übungserfahrungen das dichte Heranhalten übertrieben. Zu starke rückwärtige Wellen werden oft zu früh nachgeschoben. Dadurch entsteht in und hinter der Front Überfüllung, so daß der feindliche Flieger, das M.-G.- und Artillerie-Streufeuer zu viele Ziele finden. Außerdem werden das Nachziehen und die Munitionierung der Artillerie infolge Verstopfung der Straßen behindert.

Durch Ablösung von Truppen, die nicht unbedingt notwendig sind, gehen kostbare Zeit und günstige Gelegenheiten verloren, zumal wenn die Truppe zu früh erfährt, daß sie abgelöst werden soll. Ablösung unmittelbar nach einem Erfolg ist zu vermeiden. Eine ganze Reihe von Divisionen hat bei der letzten Offensive trotz schwerer Verluste 10 Tage und länger erfolgreich ohne Ablösung in vorderster Linie gekämpft.

Wird abgelöst, so hat sich der abzulösende Truppenteil erst allmählich einzuschieben, die Führer der abzulösenden Verbände behalten zunächst die Führung und weisen die neue Truppe an. Namentlich Divisions-Kommandeur und Artillerie-Kommandeur dürfen sich erst nach rückwärts begeben, wenn die Befehlsverhältnisse völlig geklärt sind.

Örtliche Unternehmungen. 6. Wo der Feind sich gesetzt hat und die Fortsetzung des Angriffs nicht beabsichtigt ist, sind örtliche Unternehmungen, z. B. zur Verbesserung von Stellungen, nur da statthaft, wo sie unbedingt nötig sind, beispielsweise um dauernde größere Verluste zu vermeiden. Im übrigen ist sogleich die Abwehr nach unseren bewährten Grundsätzen (Tiefengliederung, Verteilung der M.-G. im Gelände, in Schützenlöchern und natürlichen Stützpunkten, gegen Fliegersicht gedeckt usw.) einzurichten.

Taktik der Artillerie und Infanterie.

Artillerie-Vorbereitungen. 7. Bei allen von langer Hand vorbereiteten Angriffen ist es gelungen, das Artilleriefeuer im wesentlichen richtig zu legen, obwohl meist kein Einschießen und infolge des Nebels in der Regel nicht einmal ein Überprüfen durch Rollsalven und Luftbeobachtung möglich war.

Wo an irgendeiner Front der Angriff vorläufig eingestellt wird, sind daher sogleich die artilleristischen Vorbereitungen (Batteriepläne, Übermittlung der Wetternachrichten, Vermessen usw.) zu betreiben, um möglichst bald zu neuem Angriff nach gleichem Verfahren bereit zu sein.

Anderseits muß die Artillerie da, wo ihr diese Hilfsmittel nicht geboten werden können, in schneller Geländeorientierung und schneller Zielauffassung ihren Aufgaben entsprechen. Hierin sind Übungen notwendig.

Artillerie-Bekämpfung. 8. Die Ausschaltung der feindlichen Artillerie wurde, wo sie genügend dicht mit Gas belegt wurde, für die entscheidende Zeit stets so gut wie völlig erreicht. Wo dagegen nur Brisanz geschossen wurde, lebte die Artillerie immer wieder auf. Die Vergasung (Nachgasen) muß möglichst nahe an die Zeit des Infanterieangriffs herangelegt werden, damit die Gaswirkung nicht vor der entscheidenden Zeit abflaut. Da bei Bekämpfung der feindlichen Artillerie in großem Rahmen Beobachtung meist nicht oder nur in geringem Umfange möglich ist, ist Berücksichtigung der Tageseinflüsse besonders wichtig.

Bekämpfung der Infanterie-Stellungen. 9. Auch bei ausgiebiger artilleristischer Feuervorbereitung gegen die feindliche Infanterie ist damit zu rechnen, daß noch M.-G.-Nester usw. vorhanden sein werden, deren die Infanterie mit eigenen Mitteln schnell Herr werden muß (vgl. Ziff. 1 und 12). Artilleristisch kann man ihnen durch Gas (Blaukreuzbrisanz auf nahe Entfernung) beizukommen versuchen. Die Kleintechnik des Gasschießens muß hierzu noch mehr Gemeingut werden.

Feuerwalze. 10. Die Feuerwalze muß mehr zu einem nachhaltigen, zusammengefaßten, längeren Wirkungsschießen gegen die einzelnen, nacheinander zu bekämpfenden

Digitized by Google

feindlichen Widerstandslinien werden. Das Zwischengelände kann mit dem Artilleriefeuer schneller durchschritten werden.

Für den ersten Einbruch ist ein Abrollen des Artilleriefeuers nach der Uhr, das von höherer Stelle geregelt wird, durchführbar, doch ist ein langsameres Fortschreiten z. B. je 100 m in 4 bis 5 Minuten einschließlich Festhalten auf den Hauptwiderstandslinien erforderlich.

Im weiteren Fortschreiten entspricht schematisches Abflauen des Feuers nach der Uhr nicht mehr den Wechselfällen des Kampfes, es muß nach der Gefechtslage durch Befehl oder Zeichen schneller bewegt oder angehalten oder zurückgeholt werden. Es ist weniger schädlich, wenn die Geschlossenheit der Feuerwalze zerrissen wird, als wenn die Artillerie stundenlang nutzlos schießt. Die niederen Verbände der Infanterie bis Regiment und Bataillon müssen mit den Walze schießenden Batterien in unmittelbare Verbindung gebracht werden.

Nachziehen der Artillerie. 11. Daß weitreichende Erfolge rechtzeitiges Nachziehen starker Artillerie, dabei recht viel schwere (auch Mörser), zur Voraussetzung haben, ist allgemein anerkannt. Trotzdem fehlte häufig Artillerieunterstützung, weil durch Vorziehen von zu viel Infanterie mit ihren Fahrzeugen die Straßen verstopft wurden. Aus diesem Grunde ist auch ein Zuviel von Artillerie vom Übel, namentlich wenn die Munitionszufuhr nicht mehr den Geschützzahlen entspricht.

Die Verbindung zwischen Infanterie und Artillerie muß verbessert werden. Die Artilleriestäbe gehören zu den Infanteriestäben oder jedenfalls so weit vor, daß sie persönlich die Verbindung mit der Infanterie aufnehmen können.

Den angreifenden Infanterie-Regimentern vorderer Linie ist mindestens 1 Batterie, u. U. 1 Abteilung Feldartillerie als Begleitartillerie zuzuteilen. Weitere Artillerie, vor allem schwere, ist von Fall zu Fall nach Bedarf den Infanterie-Regiments-Kommandeuren unmittelbar zu unterstellen. Die übrige Artillerie ist durch die Division (Artillerie-Kommandeur) nachzuziehen und einheitlich zusammengefaßt gegen die feindliche Artillerie, neue Einbruchsstellen usw. anzusetzen.

Der Infanterieangriff. 12. Beim Infanterieangriff war dem Engländer gegenüber stets das Maschinengewehr der Hauptgegner. Das Sperrfeuer der Artillerie spielte nirgends eine Rolle. Wo die Wirkung der Artillerie von der Infanterie in kräftigem Schwung ausgenutzt wurde, solange der Feind noch unter dem moralischen Eindruck der Beschießung stand, kam die Infanterie glatt vorwärts. Gelang es den feindlichen Maschinengewehren, zum Schuß zu kommen, so blieb die eigene Infanterie häufig stecken.

Daraus ergibt sich erneut:

a) die Infanterie muß ihren Angriff in schärfstem Angriffsgeiste mit größter Schnelligkeit in unmittelbarstem Anschluß an die Artillerievorbereitung oder an die Feuerwalze durchführen, um die feindlichen Maschinengewehre möglichst nicht hochkommen zu lassen.

b) Da trotzdem stets eine Anzahl feindlicher Maschinengewehre am Leben bleiben werden, muß die Infanterie weit mehr als bisher lernen, mit eigener Feuerunterstützung (Gewehr, l. und s. M.-G., l. M.-W., Begleitgeschütze) zu arbeiten. Auch Gewehrgranaten und Granatenwerfer sind im Kampf gegen Maschinengewehre wertvoll. Darauf, daß die Infanterie ihre Schußwaffen gebrauchen und schätzen lernt und auch ihre eigene Feuerwirkung durch entschlossenes Draufgehen und hohe Beweglichkeit ausnützt, ist bei der Ausbildung mit allem Nachdruck hinzuwirken.

c) Bei den planmäßig vorbereiteten Angriffen kann die Infanterie in größerer Dichte vorstürzen und die Tiefengliederung später annehmen. Im allgemeinen gilt der

Digitized by Google

Grundsatz, daß Masseneinsatz von Infanterie nicht zum Ziel führt. Wir kämpfen auch noch immer vorn viel zu dicht. Einer ganz dünnen, ersten Schützenwelle, die feststellt, wo der Feind ist, folgen die l. M.-G.-Gruppen. Der Kampf wird dann zum sprungweisen Vorarbeiten von durch Schützen verstärkten M.-G.-Gruppen in ganz lichten Formationen. Ihr Vorgehen wird überwacht von schw. M.-G., l. M.-W. und Begleitgeschützen, die gleichfalls sprungweise folgen. M.-G.-Kompagnien und Scharfschützen gehören hierzu frühzeitig nach vorn. Es kommt darauf an, durch Feuer von allen Seiten und durch schnelles Zufassen den Gegner so zuzudecken, daß er zu überlegtem Gebrauch seiner Waffen nicht die Zeit findet.

Die Übung des Angriffskampfes gegen Maschinengewehre ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der Ausbildung. Daß wir hierin noch lernen müssen, ist die Hauptlehre der ersten Angriffskämpfe. Der Grundsatz, daß die bewährte Angriffsfreudigkeit der Infanterie auch in schweren Kampflagen die Grundlage des Erfolges ist, bleibt maßgebend.

d) Auch das Zusammenwirken zwischen Infanterie und rückwärtiger Artillerie bedarf der Durchbildung (vgl. Ziff. 9 bis 11).

Tanks. 13. Die jetzigen Tanks werden durch Angriff von hinten oder von oben, durch Begleitgeschütze, Minenwerfer, Maschinengewehre, günstigenfalls auch durch einzelne unter die gespannte Triebkette geworfene Handgranaten, möglichst in Bündeln, leicht erledigt.

Feindliche Flieger. 14. Die Truppe empfindet die niedrig fliegenden feindlichen Flieger äußerst unangenehm. Die eigenen Flieger können gegen diese plötzlich auftretenden Gegner nur in beschränktem Maße helfen. Die Truppe muß sich daher einerseits selbst dieser Flieger mit M.-G. erwehren, anderseits vermeiden, gute Fliegerziele zu bieten.

Sonstiges.

Führerreserve. 15. Die hohen Offizierverluste zwingen unbedingt zur Ausschaltung starker Führerreserven. In der Art, wie dies befohlen wird, ist aber Vorsicht geboten, da die Autorität des Offiziers und damit die Grundlage unserer Erfolge darauf beruht, daß er sich mehr aussetzt, als der gemeine Mann.

Verbindungen. 16. Trotz aller Aufopferung der Nachrichtentruppen haben die Drahtverbindungen, ebenso wie die drahtlosen Verbindungen, oft versagt. Sie müssen trotzdem immer wieder hergestellt werden. Meldereiter, Meldegänger und Brieftauben haben meist zuverlässig gearbeitet.

A. V. Os. ohne Meldeorgane sind zwecklos. Stäbe müssen Offizier-Patrouillen zur Verfügung haben und zur Klärung der Lage nach vorne schicken. Weißes Leuchtzeichen „Hier sind wir" muß öfters geändert werden, da es feindliches Artilleriefeuer herauslockt.

Ein überraschender Prozentsatz der von vorne kommenden Meldungen ist trotz besten Willens falsch. Besondere Vorsicht ist bei Meldungen von Ifls. oder weit rückwärts stehender Beobachter geboten, da für sie die Unterscheidung zwischen Feind und Freund sehr schwer ist.

17. Da im Nebel und unübersichtlichen Gelände die Orientierung leicht verloren geht, ist Ausgabe von Kompassen in weitem Umfange wichtig.

Munition. 18. Kenntnis der Munitionslage bei der Truppe muß bei allen Kommandobehörden vorhanden sein, damit vorsorgend für Nachschub gesorgt werden kann. Die Munitions-Verbrauchsmeldungen müssen unbedingt pünktlich und für alle Batterien vollständig eingehen, selbst wenn sie nicht bis zum letzten Schuß genau sind. Die Anforderung an Munition seitens der Armeen muß dem Verbrauch bei der Truppe sowie der Nachschubmöglichkeit Rechnung tragen. Übertriebene Anforderungen führen zur Verstopfung der Bahnen und zum Verderben der notgedrungen an den Entladestellen ausgeladenen, aber nicht nachführbaren Munition.

Digitized by Google

Kenntnis der Artillerie-Munition und ihrer Wirkungsweise ist von ausschlaggebender taktischer Bedeutung und nicht nur für die Artillerie, sondern auch für die Infanterie-Führer und die Generalstabsoffiziere unbedingt nötig. Rechtzeitige Versorgung mit zweckentsprechender Munition gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Generalstabs. Die Artillerie-Kommandeure und artilleristischen Berater sind darüber zu hören und haben auch von selbst Ratschläge zu erteilen. Scheinbar kleine, vielfach vorgekommene Fehler, z. B. Vergessen der Steckhülse (Schlagstifte) oder der „m. V.", setzen Wirkung gegen die betr. Ziele auf ein Mindestmaß herab. Die wichtigsten Punkte in dieser Beziehung werden demnächst in einer besonderen Zusammenstellung zugehen.

Nachschub. 19. Beim sonstigen Nachschub ist alles Entbehrliche auszuschließen. Werden zu viel Truppen, Bagagen, Kolonnen auf eine Straße gesetzt, so entstehen mit Sicherheit Verstopfungen, die entscheidende Verzögerungen zur Folge haben können.

Überwindung des Trichtergeländes macht Nachziehen der Bagagen und Kolonnen durch die Gruppen, wenn nicht genügend Straßen vorhanden sind, notwendig. Dann aber ist der Gefechtstroß möglichst bald den Divisionen zurückzugeben, da sonst die Truppe leidet.

Ruhe und Verpflegung. 20. Für Ruhe und reichliche Verpflegung für Mann und Pferd muß unbedingt gesorgt werden. Insbesondere muß durch zweckmäßige Marschanordnungen für Reserven und Kolonnen zu langes Herumstehen in voller Marschbereitschaft vermieden werden.

Verwundete. 21. Gute Regelung der Verwundetenabschübe ist wichtig. Leichtverwundete marschieren möglichst geschlossen. Zuteilung besonderen Aufsichtspersonals ist zu empfehlen.

Polizeidienst. 22. Umfangreiche Bereitstellung von Gendarmen oder Kavallerie gegen Nachzügler und Drückeberger ist nötig. Gegen Leute, die Gefallene berauben, ist mit der Waffe vorzugehen.

J. A. Ludendorff.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 9. 6. 1918.
Ia/II Nr. 8615 geh. op.

Bei der „Blücher-Offensive" haben sich die von der Obersten Heeresleitung gegebenen Richtlinien und Grundsätze für die Ausbildung der Truppe und das Angriffsverfahren in allen Einzelheiten voll bewährt. Einzelne neue Gesichtspunkte, deren Verwertung für die Ausbildung wichtig erscheint, werden nachfolgend hervorgehoben.

Allgemeines und Führung.

1. Straffe Führung von oben, ohne den selbständigen Vorwärtsdrang der Truppe zu hemmen, ist notwendig. Hierzu ist der Vorbereitung der Nachrichtenverbindungen, dem Meldewesen und der gegenseitigen Orientierung mehr Wert beizumessen. Die Zeit, die die Befehle und Meldungen zum Durchdringen brauchen, ist zu berücksichtigen. Schnelle Auffassung der Gesamtlage auch bei der niederen Führung ist von entscheidendem Einfluß.

2. In den ersten Tagen konnte die Rücksicht auf die Flanken vernachlässigt werden. Stieß man rücksichtslos an irgendeiner Stelle der Front weit durch, so kam der Nachbar bald nach (s. a. Ziff. 5). Als der Widerstand sich verstärkte, mußte vorsichtiger verfahren werden. Im allgemeinen ist aber zu große Kühnheit weniger schädlich als zu große Zaghaftigkeit. Nur rücksichtsloses Zufassen bringt große Erfolge. Man soll deshalb die Ziele nicht zu eng begrenzen und nicht zu ängstlich nach dem Nachbar sehen. Es ist Aufgabe der Führung, von rückwärts für Flankenschutz zu sorgen.

3. Schnelles Vorkommen erfordert sehr schnelles Folgen der Stäbe auf nahe Entfernung, damit keine Gelegenheit verpaßt und von der Führung rechtzeitig erkannt

Digitized by Google

wird, ob einheitlicher Angriff oder Verfolgungskampf der selbständigen Regimenter geführt werden muß (Div.-Stab vorübergehend 2 bis 3 km hinter vorderster Infanterie). Erst wenn der Widerstand sich verstärkt, müssen die Stäbe wieder mehr abbleiben.

Im Begegnungskampf ist die enge Verbindung der höheren Stäbe mit der Truppe wichtiger als nach rückwärts.

4. Die Divisionen brauchen Gefechtsstreifen von 2½ bis 3 km Breite und mehr, um führen zu können. In diesen Streifen sind in der Regel nur zwei Regimenter in vorderer Linie einzusetzen. Wird der Infanterieangriff richtig dünn als M.-G.-Angriff mit Begleitartillerie usw. geführt, so ergibt sich genügende Kampfkraft. Größere Verdichtung führt nur zu erhöhten Verlusten. Stärkerer Widerstand muß durch mehr Artillerie, nicht durch mehr Infanterie gebrochen werden.

Ist der erste Einbruch gelungen, so kämpfen sich die Infanterie-Regimenter selbständig vorwärts. Hierzu müssen sie außer der Begleitartillerie über weitere leichte und oft auch schwere Artillerie unmittelbar verfügen.

Die übrige Artillerie und Minenwerfer führen Divisionen und Korps nach, um sogleich, wo der Widerstand sich verstärkt, den einheitlichen, von Artillerie in größerem Rahmen vorbereiteten Angriff ansetzen zu können.

Sowohl Infanterie wie Artillerie schreiben ihre Erfolge mit Befriedigung der endlich erreichten innigen Zusammenarbeit mit der Schwesterwaffe zu. Diese Erkenntnis ist zu pflegen und auszubauen.

5. Die Gefechtsstreifen dürfen nicht zu Scheuklappen werden. Gegenseitige Unterstützung oft mit ganz geringen Kräften (artilleristisch und infanteristisch), Ausnutzung einer offenen Vormarschstraße beim Nachbar, Umgehungen von Widerstandspunkten, Aufstellung eigener Artillerie usw. in Nachbarstreifen zur Flankierung machen oft schwere Angriffe überflüssig oder erleichtern sie wesentlich.

Der Grundsatz, Reserven da anzusetzen, wo es vorwärts geht, bedarf noch mehr der Beachtung.

Eine Ablösung ermüdeter Infanterie in vorderster Linie bei Tage ist ohne Verlust wertvoller Zeit nicht erreichbar und zu vermeiden.

6. Der Angriff erfüllt seinen Zweck, solange er dem Gegner erheblich größere Einbuße bringt, als uns selbst. Dies ist stets der Fall in den ersten Stadien eines gelungenen Überraschungsangriffs. Hier gilt es, ohne ängstliche Scheu vor Verlusten zuzupacken, ohne jedoch die Feuerunterstützung und Feuervorbereitung außer acht zu lassen. Wird die Einwirkung der feindlichen Reserven kräftiger, so muß das die Führung herausfühlen. Die Angriffe müssen dann allmählich planmäßiger werden; starke Artillerievorbereitung mit sehr viel Munition tritt immer mehr in den Vordergrund (s. 7), bis der Übergang zur Abwehr für uns zweckmäßiger wird. Der Gegner wird bei seinen ungenügend vorbereiteten Gegenstößen und Gegenangriffen gegenüber einer geschickten Abwehr erhebliche Verluste erleiden, während wir unsere Kräfte schonen. Geländegewinn um jeden Preis kommt für uns fast nie in Frage. Wir müssen den Feind zerschlagen, uns erhalten. Unser militärisches Gefühl muß in diesem Punkt noch sicherer werden; wir neigen noch immer dazu, an den späteren Tagen eines Angriffs mit zu geringen Mitteln anzugreifen und um Geländegewinn zu kämpfen, der für die gesamte Lage bedeutungslos ist.

Für die Abwehr gelten die bewährten Grundsätze: artilleristisch und infanteristisch offensiv, beweglich, tief gegliedert, kein Kleben an jedem Fußbreit Boden.

Artillerie und Minenwerfer.

7. Die Sorgfalt der Vorbereitung, das Schießen unter Berücksichtigung der Tageseinflüsse, die Verwendung von Gas, die kurze, aber gewaltige Feuervorbereitung, und die Ausnutzung einer langsamen Feuerwalze haben sich erneut bewährt.

Kommt es nach anfänglichen Erfolgen zum Stehen, so ist nicht zu vergessen, daß wirklich gründliche Artillerievorbereitung Munition und Zeit kostet. Bei den im

Digitized by Google

späteren Verlauf einer mehrtägigen Offensive angesetzten Angriffen besteht Neigung, die für die Vorbereitung und Durchführung erfolgreichen Schießens erforderliche Munition und Zeit zu unterschätzen (vgl. Ziff. 4, letzter Absatz).

Anderseits darf natürlich der frische Vorwärtsdrang durch Warten auf die Artillerie und ihre Munition nicht gehemmt werden. Ist der Feind im Rollen, so genügen oft wenige Schuß (besonders, wenn es gelingt, m. Minenwerfer, Mörser und weittragende Kanonen (s. Ziff. 12.) heranzubringen), um den Feind zu weiterem Zurückgehen zu veranlassen.

8. Gas hat im Schwadenschießen vorzüglich gewirkt und wurde auch gegen die feindliche Infanterie auf möglichst nahe Entfernung — bei günstigem Wind selbst in der Feuerwalze — mit großem Erfolg verwandt. Es wird jetzt auch im Bewegungskrieg gegen M.-G. auch für Begleitbatterien gerne genommen (Blaukreuz). Hierbei werden aber noch oft Fehler gemacht. Die Eigenart der verschiedenen Gasarten und die Voraussetzungen der Wirkung müssen überlegt werden.

9. Das langsame Tempo der Feuerwalze von durchschnittlich 40 bis 50 Minuten pro km einschließlich längerer Halte auf stärkeren Widerstandslinien war zweckmäßig. Zusammenfassung auf die Widerstandslinien war wirksam. Die Gefahr, die in der zu großen Starrheit der Walze liegt, ist jedoch noch nicht überwunden. Durch Verbesserung der Verbindungsmittel muß wenigstens ein gewisser Einfluß auf den Gang der Walze erreicht werden für den Fall, daß nicht alles planmäßig abläuft. Wo es gut geht, darf die Infanterie nicht zu sehr aufgehalten werden. Einheitlichkeit der Walze auf der ganzen Armeefront ist weniger wichtig.

10. Begleitartillerie und Begleit-Minenwerfer (auch mittlere) haben wieder vorzüglich gewirkt. Da die Überraschung vollständig gelungen war, wurden sie zum ersten Einbruch nicht überall gebraucht. Trotzdem empfiehlt es sich, sie von Anfang weit vorzunehmen, damit sie sogleich mit Überwindung des Trichtergeländes beginnen können.

11. Auch die Masse der übrigen Artillerie war stets bestrebt, schnell zu folgen, um der Infanterie vorwärts zu helfen. Der Stellungswechsel muß, wenigstens mit Teilen, sehr früh eingeleitet werden, er darf nicht dadurch verzögert werden, daß alle Geschütze in der Walze die weitesten Entfernungen ausschießen. Hier ist auch deshalb Beschränkung geboten, weil auf den weitesten Entfernungen die Angaben der Schußtafeln bezüglich der Schußweiten und Streuung trotz sorgfältiger Ausschaltung der Tageseinflüsse, nicht immer zutreffen.

12. Die Artillerie findet bei Ausnutzung der Luftbeobachtung auf dem Vormarsch vorzügliche Ziele (Kolonnen, Lager, Batterien), die weniger vorsichtig sich benehmen als im Stellungskrieg.

Mit sehr gutem Erfolg wurden die Ballone weit vorgezogen. Einzelne Batterien (s. F. H., 10 cm, auch 13 cm) blieben dauernd unmittelbar mit bestimmten Ballonen in Verbindung (Ballonbatterien), so daß bei Erkennen eines lohnenden Ziels sogleich geschossen werden konnte. Den Divisionen sind für solche Aufgaben möglichst viele Ballone zuzuteilen, dazu möglichst frühzeitig auch weittragendes schweres Flachfeuer.

Ähnlich muß die Luftbeobachtung durch Flieger ausgenutzt werden. Hierin befinden wir uns noch nicht auf voller Höhe.

Ebenso gehören die beweglichen Meßtrupps mit Artl.-Trigonometern frühzeitig weit vor zu den Divisionen, nicht zur Korpsreserve. Sie können gar nicht früh genug mit Erkundung und Einrichtung ihrer Meßstellen beginnen. Das Nichtfertigwerden, weil es weitergeht, ist nicht zu scheuen. Es ist besser als zu spätes Anfangen.

Auch der artl. Wetterdienst ist frühzeitig neu zu regeln.

Den in dieser Ziffer berührten Fragen ist ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von ihrer schnellen und richtigen Lösung hängt die Wirkung der Artillerie wesentlich ab. Die Artillerie ist sonst zu wenig wirksamem Streuschießen ohne genügenden Anhalt über Ziele gezwungen.

13. Rückwärtige Divisionen müssen rechtzeitig vor dem Einsatz genügend leichte und schwere Artillerie erhalten.

Digitized by Google

Infanterie.

14. Der Vorwärtsdrang der Infanterie, ihre Marschfähigkeit, Ausdauer und Opferwilligkeit, insbesondere der Offiziere, haben sich wieder als Voraussetzung weitreichender Erfolge erwiesen. Frisches Zufassen eines einzelnen Bataillons- oder Kompagnieführers kann den Feind auf langen Fronten ins Rollen bringen oder im Rollen erhalten (vgl. Ziff. 1 und 2).

15. Die neue Ausbildung der Infanterie — weniger Schützenlinien und Massenangriffe, mehr M.-G.-Angriff in dünnen Gruppen mit Feuerunterstützung durch Gewehr, leichtes und schweres M.-G., Gewehrgranaten, Minenwerfer und Begleitartillerie — gibt unserer Infanterie sichere Überlegenheit über den Feind. Sie hat uns Erfolge gebracht und Verluste gespart. Ausbildung in dieser Taktik ist daher nach wie vor unsere wichtigste Ausbildungsaufgabe.

16. Der erste Einbruch in den Feind erfolgte mit Stoßtrupps; hier und da gingen zwischen diesen lichte Schützenlinien vor, um den Zusammenhang zu wahren. Im weiteren Verlauf hat sich für die Vorwärtsbewegung im Gelände bis zum feindlichen Infanterie-Widerstand die Taktik in Gruppen aufgelöster Kompagnien bewährt. Der Führer nahm an vorwärts bestimmten Sammelpunkten die Führung wieder fest in die Hand.

Sonstiges.

17. Über Pioniere, Luftstreitkräfte, Nachrichtentruppen, Vermessungstruppen usw. liegen weitere neue Einzelerfahrungen noch nicht vor. Bei diesen Truppen kommt es in erster Linie auf Förderung der Sonderausbildung an (vgl. Ziff. 20).

18. Im Freihalten der rückwärtigen Straßen, Vermeiden unnötiger Ansammlungen, Aufsuchen von Fliegerdeckung sind gegenüber den früheren Offensiven große Fortschritte gemacht. Führung und Versorgung der Truppen waren dadurch wesentlich erleichtert.

19. Der Verwundetenabschub stellte diesmal geringere Anforderungen. Die dafür getroffenen Maßnahmen haben genügt. Die Sankas müssen jedoch in der Regel den Divisionen verbleiben und dürfen nur ausnahmsweise von den Generalkommandos beansprucht werden.

Zusammenfassung.

20. Was bekannt geworden ist, beweist, daß überall mit großem Eifer und Verständnis an der Verbesserung der Ausbildung gearbeitet worden ist. Wo es noch fehlte, trug wohl meist die Kürze der Ausbildungszeit die Schuld.

Aber auch in kurzer Zeit kann Gutes geschaffen werden, wenn die Zeit ausgenutzt wird. Hierzu sind vor allem Übungen in kleinerem Rahmen und Übungen der Spezialisten in ihrem Sonderdienst erforderlich.

Große Übungen und Besichtigungen werden selten sein müssen, da ihre Vorbereitung der Truppe zu viel Zeit, die für Innendienst und kleinen Dienst notwendig gebraucht wird, wegnehmen.

Wird in diesem Sinne nach den Verfügungen der O. H. L. (bes. 17. 4. 1918 I a/II Nr. 7745 geh. op. und vom 29. 4. 1918 I a/I c/II Nr. 7925 geh. op.) bei jeder Gelegenheit gearbeitet, so werden wir die errungene operative und taktische Überlegenheit erhalten und weiteren großen Erfolgen entgegengehen.

J. A. Ludendorff.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 9. 7. 1918.
II Nr. 88 960 op.

An Stelle der Verfügung vom 25. 4. 1918 II Nr. 84 419 op. betr. Kenntnis der Munition treten nachfolgende Ausführungen:

Kenntnisse über die wichtigsten Eigenschaften der Geschütze, Munition und Zünder sind Voraussetzung für die richtige Verwendung und richtige Anforderungen an die Wirkung der Artillerie. Scheinbar kleine Versehen, z. B. Vergessen der Schlagstift-

Digitized by Google

oberteile bzw. Steckhülsen, Verwendung der Verzögerung bei Sumpfboden, können die Wirkung fast völlig aufheben.

Alle höheren Führer und die Generalstabsoffiziere, aber auch die Infanterie-Regimentskommandeure, denen oft Artillerie unterstellt wird, müssen sich die nötigen Kenntnisse verschaffen, um beurteilen zu können, wie weit ihnen die Artillerie helfen kann, und um nichts Unmögliches von der Artillerie zu verlangen.

Die nachstehenden Ausführungen sollen kein erschöpfendes Bild geben, sondern lediglich auf einige Hauptpunkte hinweisen. Sie sind geeignet, als Grundlage für artilleristische Besprechungen zu dienen, an denen auch möglichst viel Infanterie-Offiziere teilzunehmen haben. Vgl. auch Schießvorschrift für die Artillerie Ziff. 10 ff.

I. **Die moralische Wirkung.** Ein wesentlicher Faktor jeder artilleristischen Wirkung ist die moralische Wirkung; sie kann taktisch ausschlaggebend sein.

Schwerer zu ertragen als die blutigen Verluste sind oft die seelischen Eindrücke einer schweren Beschießung. Sie lähmen die Widerstandskraft, sind aber oft nur vorübergehend.

Die moralische Wirkung muß daher durch schnelles Zugreifen ausgenutzt werden, sonst erholt sich der Gegner wieder.

Je überraschender das Feuer einsetzt, je mehr es zeitlich und räumlich zusammengedrängt wird, um so größer ist die moralische Wirkung. Anderseits wächst sie natürlich mit der Dauer der Beschießung und der Größe des beschossenen Raumes.

Beim Einzelschuß ist die moralische Wirkung in erster Linie durch die Schärfe des Knalls bedingt, die in der Hauptsache von der Größe der Sprengladung, dem Zünder und dem Aufschlaggelände abhängt.

Die Größe der Sprengladung weist beim gleichen Kaliber wesentliche Unterschiede auf. So hat z. B. die K. Gr. 15 = 0,38 kg, die l. K. Gr. = 0,9 kg, Sprengstoff. Im übrigen enthält ein Geschoß um so mehr Sprengstoff, je größer das Kaliber ist. Granaten haben stets größere moralische Wirkung als Schrapnells mit gleicher Zündung.

Brennzünder (Bz.) oder Abpraller (Einzelheiten über die verschiedenen Zünder s. II, 1) geben den schärfsten Knall, demnächst empfindliche Zünder (E. Z.). Geschosse mit gewöhnlichen Aufschlagzündern (Az.) und mit Verzögerung (m. V.) knallen meist sehr viel schwächer, weil der Boden um so mehr vom Knall aufschluckt, je tiefer das Geschoß eindringt.

Hartes Auftreffgelände begünstigt daher die moralische Wirkung, im sumpfigen ist sie sehr gering, besonders bei langsamer Zündung.

Auch die Endgeschwindigkeit ist auf die moralische Wirkung von Einfluß. Flachfeuergeschosse, die schneller fliegen als die Schallgeschwindigkeit ist, wirken moralisch erheblich stärker als Steilfeuergeschosse, die man lange vorher ankommen hört.

Die moralische Wirkung ist im übrigen um so größer und nachhaltiger, je stärker gleichzeitig die materielle Wirkung ist. An materiell unwirksames Feuer gewöhnt sich die Truppe rasch.

II. **Die materielle Wirkung.** Die materielle Wirkung betrifft: 1. Splitterwirkung, 2. Sprengwirkung (Minenwirkung), 3. Gaswirkung, 4. Nebelwirkung, 5. Brandwirkung.

Zu II, 1. **Splitterwirkung.** Wo es auf Splitterwirkung ankommt, muß das Geschoß sofort beim Aufschlagen, bei Abprallern bald nach dem Aufschlag, bei Bz. in richtiger Höhe in der Luft detonieren. Im übrigen ist bei Granaten die Splitterwirkung im allgemeinen — abgesehen von der Güte des Geschoßmaterials — durch die Größe der Sprengladung bedingt, wächst also in der Hauptsache mit dem Kaliber.

Bei Schrapnells wird die Splitterwirkung im wesentlichen durch die Füllkugeln angestrebt. Sie kommt jedoch nur mit Bz. zur Geltung, wo die Wirkung eng zusammengehalten in der Schußrichtung liegt.

Schrapnells Az. sind fast wirkungslos.

Die Bedeutung des Schrapnells ist in seiner Tiefengliederung begründet; kleine Fallwinkel und große Endgeschwindigkeit sind die Bedingungen, unter denen der

Digitized by Google

Schrapnellschuß größte Wirkung verspricht. Mit zunehmendem Fallwinkel und Abnahme der Endgeschwindigkeit nimmt die Wirkung schnell und in steigendem Maße ab.

Über die Zünder gilt folgendes:

a) Am wirksamsten sind gegen lebende Ziele Geschosse mit Bz. Sie haben außerdem den Vorteil, daß ihre Wirkung vom Aufschlaggelände unabhängig ist. Bz.-Schießen sind aber schwierig und von der Beobachtungsmöglichkeit der Höhe und Weite der Sprengpunkte abhängig.

b) An Stelle der Gr. Bz. können Abprallerschießen treten.

Die Wirkungsweise des Abprallers besteht darin, daß der Zünder nicht beim Aufschlag, sondern erst später scharf wird. Treten Abpraller in genügender Zahl ein, so ist das Abprallerschießen dem Bz.-Schießen vorzuziehen, da die Zünderstreuungen wegfallen.

Auf Abpraller kann bei nicht zu weichem Boden, großen und mittleren Endgeschwindigkeiten und Auftreffwinkeln unter 15 Grad, äußerstenfalls bis zu 25 Grad gerechnet werden (vgl. Schießvorschrift Ziff. 21).

Für die Wahl der Zünder zum Abprallerschießen gilt folgendes:

E. Z. ergibt niemals Abpraller, gewöhnlich Az. nur bei großen Endgeschwindigkeiten und sehr flachen Auftreffwinkeln.

Der normale Zünder für Abprallerschießen ist daher Az. m. V. Die Sprengpunkte der Zünder m. V. liegen in größerer Höhe und Entfernung vom Auftreffpunkt (je nach Auftreffwinkel, Endgeschwindigkeit und Auftreffgelände) bis zu 5 bis 15 m hoch und bis zu 50 m und mehr vom Aufschlagpunkt entfernt. Aufschläge vor dem Ziel können also Sprengpunkte dahinter ergeben. Dies muß beim Schießen richtig berücksichtigt werden. Die Beobachtung ist oft schwierig.

Bei einem Schießversuch gegen ebene feuchte, moorige Wiese mit durch mehrere Tage vom Sonnenschein getrockneter Grasnarbe ergab sich z. B. folgendes:

a) F. K. 96 n/A mit l. F. Gr. Patr. m. l. K. Z. 16 m. V.

Entfernung m	Fallwinkel Grad	Abpraller	Aufschläge	Blind usw.
3800	12^{10}	17	2	1
4000	13^{11}	14	9	·
4200	14^{13}	12	6	2
4300	15^{6}	6	2	2
4400	15^{15}	5	4	·

b) F. K. 16 mit l. F. Gr. m. l. K. Z. 16 m. V.

Entfernung m	Fallwinkel Grad	Abpraller	Aufschläge	Blind usw.
3700	13^{1}	5	·	·
3800	13^{10}	5	5	·
4000	14^{13}	14	6	·
4200	16^{0}	10	9	1
4400	17^{5}	5	4	1

c) E. Z. sind, wenn Bz.-Schießen nicht möglich sind und auf Abpraller nicht gerechnet werden kann, ein wirksamer Ersatz für diese beiden Schießarten. Das Schießverfahren hat den Vorteil größerer Einfachheit als bei Bz. oder Abprallern.

Die Splitterwirkung geht bei E. Z. in der Hauptsache nach beiden Seiten flach und scharf über den Boden weg. Die Wirkung nach vorn ist geringer, nach rückwärts nur bei sehr steilen Auftreffwinkeln und geringer Endgeschwindigkeit in nennenswertem Maße vorhanden. Immerhin bleibt, wenn das Auftreffgelände nicht sehr fest ist, fast die Hälfte der Splitter im Boden an der Auftreffstelle stecken.

d) Az. o. V. und m. V. sind, wenn keine Abpraller erstrebt werden, in erster Linie zweckmäßig, wenn die Splitterwirkung erst nach Durchschlagen eines Zieles,

Digitized by Google

z. B. einer Hausmauer, eines Unterstandes usw. eintreten soll. Im übrigen werden die Splitter in noch größerem Umfang als bei E. Z. an der Auftreffstelle vom Boden aufgeschluckt.

Zu II, 2. Sprengwirkung (Minenwirkung). Gute Sprengwirkung erfordert in erster Linie große Sprengladung (vgl. I.).

Wo es auf Zerstörung durch Ausnutzung der Durchschlagskraft und der sich anschließenden Detonation ankommt, ist, abgesehen von der großen Sprengladung, ein möglichst senkrechtes Auftreffen, günstige Geschoßform, große Auftreffgeschwindigkeit und eine solche Verzögerung der Detonation am Platz, daß das Geschoß etwa in dem Augenblick detoniert, wo es sich totgelaufen hat. Hieraus folgt, daß man gegen senkrechte Ziele (aufgesetzte Brustwehren, stärkere Mauern) möglichst mit Flachbahnschuß (bei Haubitzen größte Ladung) und Zündern m. V. arbeiten muß.

Gegen horizontale, widerstandsfähige Ziele, z. B. Decken von Unterständen, betonierte Keller, gelten dieselben Grundsätze; man wird aber in diesen Fällen zugunsten großer Fallwinkel auf die größere Endgeschwindigkeit des Flachbahnschusses verzichten und Steilfeuer anwenden. Im übrigen braucht man natürlich Verzögerung. Wenn gegen Häuser mit betoniertem Keller o. V. geschossen wird, so detonieren die Geschosse schon beim Auftreffen auf die Dachziegel. Die Wirkung verpufft also in der Luft.

Gegen widerstandsfähige Ziele mit harter Oberfläche, wie sie Tanks, Mauern bzw. bei horizontalen Zielen Betondecken bilden, sind Panzerkopfgeschosse bzw. Halbpanzergeschosse, soweit sie bei den verschiedenen Kalibern vorhanden sind, zu wählen. Eine starke Umfassungswand eines französischen Hauses wird z. B. von der gewöhnlichen Feldgranate selten durchschlagen, das Geschoß zerschellt meist. Panzerkopfgranaten geben erheblich bessere Wirkung. Fehlen Panzerkopfgeschosse, so kann man Geschosse mit neuen E. Z. verwenden, wenn man die Steckhülse (Schlagstiftoberteil) nicht einsetzt oder vorher entfernt. Der Zünder wirkt dann wie gewöhnliche o. V.-Zündung. Der massive Zünderkopf wirkt ähnlich wie ein Panzerkopf dadurch, daß er ein vorzeitiges Zubruchgehen des Geschosses verhindert.

Erd- und Trichterwirkung verlangt stets große Fallwinkel und Verzögerung. Die Eindringungstiefe des Geschosses bei Verzögerung hängt wesentlich vom Kaliber, der Endgeschwindigkeit und dem Aufschlaggelände ab. Namentlich bei größeren Kalibern kann man die Eindringungstiefe ausnutzen, um widerstandsfähige Ziele z. B. Untertreträume zu unterschießen und die Umfassungswände einzudrücken.

Zu II, 3. Gasschießen. Bei Gasschießen ist empfindliche Zündung vorteilhaft, da der Erdboden sonst einen großen Teil der Wirkung verschluckt. Nur wo die Wirkung im Innern von Häusern usw. erzielt werden soll, ist gewöhnliche Az.-Zündung oder m. V. besser als E. Z. Es wäre an sich wirksam, ist aber in der Praxis schwer anzuwenden, weil die Regelung der Sprenghöhen, die beim Gasschießen besondere Bedeutung hat, sehr schwierig ist. Gasgeschosse mit m. V. oder mit Bz. sind nur ausnahmsweise vorhanden.

Die meisten Gasgeschosse werden in Zukunft mit einer verhältnismäßig großen Sprengladung versehen. Dadurch wird

a) eine günstigere Gaswirkung erzielt, so daß trotz geringerem Gasinhalt wenigstens gleiche Gaswirkung erzielt wird, wie mit der gleichen Anzahl reiner Gasgeschosse desselben Kalibers,

b) neben der Gaswirkung eine nicht unerhebliche moralische, Splitter- und Sprengwirkung erzielt, wenn diese auch entsprechend der verringerten Sprengladung kleiner ist als bei reinem Brisanzschießen,

c) die Gasbeschießung bis zu einem gewissen Grade verschleiert.

Die Eigenart der Gaswirkung macht es erklärlich, daß Gastote und Gaskranke verhältnismäßig selten in unsere Hand fallen. Trotzdem kann nach den Erfahrungen am eigenen Leibe, nach den erbeuteten Befehlen und nach unseren Erfolgen an der Wirkung nicht gezweifelt werden.

Digitized by Google

Richtige Verwendung der Gasmunition setzt Kenntnis der Eigenart der Gasstoffe voraus (vgl. Vorschrift Gasschießen der Artillerie). Hier wird noch viel gefehlt. Insbesondere wird nicht immer an die Notwendigkeit genügender Gasdichte gedacht.

Diese ist abhängig von der Streuung der Geschütze, der Zahl der Geschosse, der Zeitdauer der Beschießung, den Witterungsverhältnissen, dem Auftreffgelände.

Für die einzelnen Gasarten gilt folgendes:

a) Grünkreuz wirkt schnell und schon bei wenigen Atemzügen ohne Maske tödlich. Anderseits schützen die Masken gegen diesen Kampfstoff am sichersten.

Wo man einen nicht durch Maske geschützten Gegner überraschen kann, werden daher Gasüberfälle in jeder Kampflage nützlich sein.

Außerdem kommen Schießen mit großen Gasmengen (Schwadenschießen) gegen bestimmte Geländeteile (Batterie- und Infanterie-Stellungen) in Frage. Sie haben im allgemeinen nur unmittelbar vor großen Kampfhandlungen (Angriff oder Verteidigung) Zweck. Da der Gegner auch mit Maske sich nicht stundenlang in dem Gas aufhalten kann, räumt er erfahrungsgemäß meist die betroffene Stelle vorübergehend. So hat sich Grünkreuz bisher bewährt, um feindliche Artillerie bei Angriffen vorübergehend lahmzulegen. Dauernde Ausschaltung oder Erzwingung der endgültigen Räumung des beschossenen Geländes ist nicht zu erwarten. Da die Wirkung von Grünkreuz nur kurze Zeit anhält, kann das Gelände etwa zwei Stunden nach dem Schießen von unseren Truppen durchschritten werden.

Grünkreuz wird in Zukunft in reinen Grünkreuzgeschossen und wahrscheinlich auch in Grünkreuzbrisanzgeschossen vorhanden sein.

b) Ähnlich wie Grünkreuz ist Gelbkreuz 1, jedoch diesem in mancher Beziehung überlegen. Gelb 1 wird in Zukunft, um Verwechslung mit Gelbkreuz zu vermeiden, Grünkreuz III genannt werden.

c) Blaukreuz. Der Blaukreuzkampfstoff wirkt außerordentlich schnell, fast augenblicklich, setzt aber meist nur für kurze Zeit außer Gefecht. Er durchdringt bei genügender Dichte die französische Maske gut, die englische weniger, und zwingt dann die Gegner, die Maske herunterzureißen. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, Blaukreuz unter Grünkreuz zu mischen.

Bei nicht ausreichender Dichte zwingt Blaukreuz den Gegner wenigstens unter die Maske und lähmt dadurch seine Kampftätigkeit.

Die Gaswirkung zieht mit der Gas- bzw. Detonationswolke ab und verflüchtigt sich schnell. Infolgedessen kann es auch da verwendet werden, wo unsere Infanterie sich verhältnismäßig dichtauf befindet. Einzelne Schüsse wird man bei einiger Vorsicht unbedenklich auch beim Kampf der Begleitgeschütze gegen Maschinengewehr-Nester anwenden können, selbst wenn unsere Infanterie schon sehr nahe heran ist.

Blaukreuz wird nur in Gasbrisanzgeschossen verwendet. Das Geschoß hat erhebliche Brisanzwirkung.

d) Gelbkreuz (nicht zu verwechseln mit Gelb 1, siehe unter b) belästigt zunächst den Gegner fast gar nicht. Die materielle Wirkung tritt erst nach Stunden oder Tagen und allmählich ein. Die Maske gewährt Schutz. Spritzer durchdringen jedoch die Kleidung. Die Nachwirkung des Kampfstoffes hält bei trockenem Wetter erhebliche Zeit an, namentlich in Ortschaften und Wäldern.

Erfahrungsgemäß räumt der Gegner meist mit Gelbkreuz beschossene Stellen. Die erbeuteten feindlichen Befehle beweisen, daß der Gegner gerade diesen Stoff besonders fürchtet.

Gelände, das wir selbst in Besitz nehmen wollen, darf, je nach der Witterung, in den letzten 2 bis 4 Tagen nicht mit Gelbkreuz verseucht werden. Unter Umständen können dann noch ganz leichte Vergiftungen bei längerem Verweilen in dem beschossenen Raume auftreten. Nach 8 Tagen ist jede Nachwirkung vorbei, außer an ganz besonders gegen den Zutritt frischer Luft geschützten Stellen, z. B. in verschütteten Kellern oder Höhlen usw.

Digitized by Google

Gelbkreuz ist zur Zeit in reinen Gasgeschossen und in Gelbkreuzbrisanzgeschossen vorhanden. Letztere werden in Zukunft voraussichtlich ausschließlich gefertigt. Bei der Verbindung mit Brisanz tritt die Gelbkreuzwirkung infolge der feinen, aber sehr dichten Verteilung des Kampfstoffes in der Sprengwolke schneller ein, als bei reinen Gelbkreuzgeschossen, während die Dauerwirkung nur kürzere Zeit vorhält (etwa den 3. Teil). Die eigene Infanterie kann daher beschossenes, offenes Gelände nach kürzerer Zeit (wenigen Stunden) überschreiten. Die Berührung von Gegenständen (Baumstämme, Äste, Leichen, Geschütze) und längerer Aufenthalt in dem beschossenen Raum ist indessen mindestens 24 Stunden lang zu vermeiden.

Zu II, 4. **Nebelwirkung.** Nebelgeschosse sind zunächst nur für Haubitzen vorhanden, werden jetzt versuchsweise auch für leichte und mittlere Minenwerfer und Feldkanonen beschafft. Vernebelung empfiehlt sich zum Abschluß von Flanken, gegen Beobachtungsstellen usw., wobei meist ein länger anhaltendes ruhiges Feuer nötig ist. Es ist angeregt worden, auch im Nahkampf die Maschinengewehrnester zu vernebeln, um während dieses Zustandes der eigenen Infanterie das Herankommen zu ermöglichen. Hierzu würden später namentlich die erwähnten Nebelgeschosse des leichten Minenwerfers und der Feldkanonen zu dienen haben. Der Ausfall der Versuche ist abzuwarten.

Zu II, 5. **Brandwirkung.** Brandgeschosse sind nur bei günstiger Witterung imstande, wirklich ausgiebige Brände zu erzeugen. Trockenes, möglichst warmes, nicht zu ruhiges Wetter begünstigen die Entstehung von Brandherden.

J. A. Ludendorff.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 15. 5. 1918.
Ia/II Nr. 8182 geh. op.
Zu Ia/II Nr. 7745 geh. op.
Angriffserfahrungen Ziff. 11.

In dem Schlußsatz der angeführten Ziffer ist ausgeführt, daß zur Fortsetzung des Angriffs nach erfolgtem Einbruch außer den Begleitgeschützen den Infanterie-Regimentern weitere Artillerie nach Bedarf zuzuteilen und den Infanterie-Regiments-Kommandeuren zu unterstellen ist.

Ich nehme nochmals hierzu wie folgt Stellung:

Eine solche vorübergehende Zuteilung hat sich als notwendig herausgestellt, da der einheitliche Angriff nach Einbruch in eine planmäßig verteidigte Stellung sich in Teilkämpfe auflöst, die von den Infanterie-Regimentern geführt werden.

Diesen Teilkampf wird der Infanterie-Regiments-Kommandeur im Rahmen der Division nach den Weisungen des Divisions-Kommandeurs leiten, er bedarf dazu der Artillerie-Unterstützung und der unmittelbaren Einwirkung auf die hierzu bestimmten Artillerie-Verbände, die ihm demnach zu unterstellen sind. (Möglichst immer die gleichen Verbände.)

Der Divisions-Kommandeur, unterstützt vom Artillerie-Kommandeur, hat dauernd die Kampflage zu beobachten und ist jederzeit imstande, durch Befehl an die Infanterie-Regiments-Kommandeure auch auf den Kampf der der Infanterie beigegebenen Artillerie einzuwirken, auch kann er durch Einsatz der zu seiner Verfügung gebliebenen Artillerie den Kampf der Division sehr wesentlich beeinflussen.

Wird aus den Teilkämpfen der Infanterie-Regimenter wieder eine einheitliche Kampfhandlung der Division, z. B. ein planmäßiger Angriff oder eine planmäßige Verteidigung, so muß die Division die Artillerie wieder einfangen und einheitlich verwenden. Die Unterstellung der Artillerie unter die Infanterie-Regimenter dauert demnach nur so lange, wie der Gefechtszweck es erfordert — erfolgt nicht etwa kriegsgliederungsmäßig, sondern nur durch Befehl.

J. A.: Ludendorff.

Digitized by Google

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H. Qu., den 25. 6. 1918.
Ia/II Nr. 8950 geh. op.

Es muß Gemeingut aller Führer, auch der niedersten, und ebenso der Truppe werden, daß der Krieg nicht durch starre Verteidigung, sondern nur durch weitere wuchtige Angriffsschläge zu gewinnen ist. Diese werden aber in Zukunft nur dann zum Erfolge führen, wenn wir die in den letzten Offensiven angewandte Kampfweise beibehalten und weiter ausgestalten.

Überall wo die bewährten Grundsätze der A. V. F. (Teil II) und die auf Erfahrungen der Truppe aufgebauten einschlägigen Erfahrungen der O. H. L. richtige Anwendung fanden, wurde der Erfolg mit geringen Opfern erreicht. So hat die 11. Inf.-Div. bei ihrem Angriff südwestlich Noyon (vom 9. 6. ab) in sehr schwierigem, verdrahtetem Wald- und Berggelände zähen Widerstand gebrochen, hat mit gutem Erfolge mehrere Tage lang in ihm gekämpft und dabei im Verhältnis zu dem schweren Kampfe nur geringe Verluste erlitten, eben weil sie bei geschickter oberer und unterer Führung das neue Kampfverfahren richtig anwendete.

Dieses immer weiter zu vervollkommnen, dazu zwingt uns nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dadurch weitere Erfolge zu erringen, sondern auch unsere Ersatzlage.

Unbedingt müssen wir den alten Fehler, in zu dichten Kampfformen anzugreifen, vermeiden und unsere Verluste mit allen Mitteln einschränken.

Der gleiche Zwang liegt aber auch an den Abwehrfronten vor, — selbst an denen, die über kurz oder lang wieder zur Angriffsfront werden können. Die in Stellung befindlichen Divisionen müssen sich auf das äußerste bemühen, durch Tiefengliederung und Schaffung eines ausgedehnten Vorfeldes ihre Verluste auf das geringstmögliche Maß herabzudrücken.

Trotz aller Hinweise wird immer noch dem Geländebesitz, dem Halten oder Wiedernehmen von Grabenteilen, Ortschaften, Waldstücken usw., dem Kampf um „Prestigepunkte", ein viel zu großer Wert beigelegt.

Viel mehr als bisher müssen die Stellungsdivisionen bei feindlichen Angriffen im kleinen wie im großen, wo es irgend möglich ist, von dem Mittel des elastischen Ausweichens Gebrauch machen, gerade auch an sogen. schwierigen Fronten. Dieses Verfahren hat sich bei der Hgr. Herzog Albrecht mehrfach vorzüglich bewährt.

Bei den geringen Frontstärken wird die vorderste Stellung häufig nicht zu durchlaufenden Gräben ausgebaut werden können, fast stets aber werden inselartige, gegen jederlei Sicht möglichst gedeckte Widerstandsnester zu schaffen sein. Bewegliche Patrouillen im Vorfelde müssen das Zwischengelände sichern, um feindliche Unternehmungen zu erschweren.

Bei feindlichem Einbruch in unsere Linien muß sowohl die höhere wie die untere Führung sorgfältig prüfen, ob ein Gegenstoß oder ein Gegenangriff wirklich nötig ist. Oft kommt die Truppe schließlich doch ohne den Besitz eines Gelände- oder Stellungsteils aus, zu dessen Wiedernahme eine nicht ganz überlegte Führung zahlreiche Menschenleben einsetzen zu müssen glaubte.

Das Wesentliche bleibt deshalb überall für unsere fernere Kriegführung die Erhaltung der Kampfkraft und des Angriffsgedankens, die uns allein den Enderfolg sichern.

J. A.: Ludendorff.

D. Auszug aus der Gefechtsvorschrift für die Artillerie 1917.

Es war die erste Vorschrift, in der die leichte und schwere Artillerie (Feld- und Fußartillerie) zusammengefaßt war.

I. Verwendung im allgemeinen.

Allgemeines. Die Artillerie bildet das Rückgrat des Kampfes. Hauptsache für sie ist gutes Schießen rechtzeitig am richtigen Fleck gegen das richtige Ziel.

Digitized by Google

Voraussetzung für die erfolgreiche Leitung des Artilleriegefechts ist die richtige Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Geschütze.

Die moralische Wirkung der Artillerie ist groß; sie wird gesteigert durch räumliches und zeitliches Zusammenfassen des Feuers. Sie kann so nervenzerrüttend sein und Entschlußkraft und Widerstandsfähigkeit lähmen, daß sie für sich allein den Ausschlag gibt. Die moralische Wirkung ist daher bei jedem Einsatz von Artillerie in Rechnung zu stellen.

Die materielle Wirkung ist vom Ort und Aufstellung des Zieles, von der Geschütz- und Geschoßart, sowie von der Treffgenauigkeit und der Masse der eingesetzten Munition abhängig.

Jedes Geschütz und Geschoßart hat naturgemäß eine andere materielle Splitter- und Gaswirkung, deren Kenntnis von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Gliederung und Führung der Artillerie. Der Schwerpunkt liegt im Rahmen der Division. Die höheren Kommandobehörden regeln das gefechtsmäßige und einheitliche Zusammenwirken der Korps und Divisionen im Artilleriekampf, die Kräftebemessung durch besondere Ausstattung mit Heeresartillerie und Munition und endlich in besonderen Fällen auch das Zusammenwirken der Massen auf breiten Fronten. Sie verfügen über besondere artilleristische Ämter, die aber keine Kommandogewalt besitzen. Diese ruht allein in der Kommandobehörde.

Der Divisionskommandeur gibt der ihm unterstellten Artillerie den Gefechtsbefehl und in ihm Weisungen für ihre Aufstellung und ihre Aufgaben, sowie für die Feuereröffnung. Er überwacht ihre Tätigkeit während des Kampfes, weist ihr von Fall zu Fall die Gefechtsaufgaben zu. Er bestimmt die Kraft des Artilleriefeuers und den Munitionsverbrauch.

Der Divisionskommandeur regelt im einzelnen das gegenseitige Zusammenwirken der Waffen, besonders der Artillerie mit Infanterie, Minenwerfern und Luftstreitkräften.

Der Artilleriekommandeur regelt und überwacht entsprechend diesen Befehlen die einheitliche Erkundung und Fernaufklärung, das Instellunggehen und die Feuertätigkeit der Artillerie, sowie das Zusammenwirken der Artillerie mit den anderen Waffen.

Er sorgt ferner für Munitionszuführung und Geräteersatz sowie für die allgemeinen Bedürfnisse der ihm unterstellten Verbände.

Der Artilleriekommandeur gibt seinerseits Weisungen an die Artillerieführer.

Auch für die Artillerieführer ist vornehmste Führereigenschaft Verantwortungsfreudigkeit, Handeln im Rahmen des Ganzen. Ein Unterlassen und ein Versäumnis belasten aber auch hier schwerer als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.

Zielaufklärung und Beobachtung, Nachrichtenmittel, Verbindung, Karten.

Zusammenarbeit aller Waffen und Führer, gegenseitiges sich Kennen und Verstehen sind die Grundlage.

Rechtzeitige und gründliche Zielaufklärung, rasche Ausnützung ihrer Ergebnisse, gute Schußbeobachtung sind Vorbedingungen des Erfolges.

Beobachtungsstellen, Flieger, Fesselballone, Artilleriepatrouillen, sowie im Stellungskriege Artillerie- und Schallmeßtrupps, auch Richtungshörer sind die Mittel. Einrichtung eines guten Beobachtungsnetzes für Erdbeobachtung bleibt immer die Voraussetzung der Kampftätigkeit der Artillerie. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung aus der vordersten Kampflinie nach rückwärts darf kein Mittel unausgenutzt bleiben. Es stehen an technischen Verbindungsmitteln zur Verfügung: Drahtverbindungen, Signalverbindungen, Funkerstationen, Brieftauben, Meldeketten, Reiter, Radfahrer, Läufer, Leuchtsignale, Schallsignale, Nachrichtengeschosse.

Gefechtsentwicklung. Die Masse der Artillerie muß frühzeitig, im Stellungskrieg ständig auf dem Gefechtsfeld feuerbereit sein.

Ihrer Bereithaltung geht die Erkundung der Beobachtungsstellen voraus. Sie sollen einen möglichst vollständigen Einblick in das Gelände vor den eigenen Batteriestellun-

Digitized by Google

gen bis weit hinter die feindliche Front, vor allem in das Kampfgelände der Infanterie, auch rückwärts von den eigenen anderen Linien sicherstellen. Räumliche Trennung der Beobachtungsstellen ist erforderlich und zur Abwehr von Nahangriffen (Tanks) erwünscht, daß jede Batterie die Möglichkeit der Beobachtung aus unmittelbarer Nähe ihrer Feuerstellung hat.

Die Aufstellung der Batterie ist so zu wählen, daß die wirksamsten Schußweiten auszunutzen sind. Durch ungleichmäßige Verteilung der Batterien im Gelände und Gliederung nach der Tiefe muß das feindliche Feuer zersplittert werden. Auch die Geschütze einer Batterie sind unregelmäßig aufzustellen. Die Stellungen müssen gegen Sicht von der Erde und möglichst auch aus der Luft gedeckt sein. Masken, Scheinanlagen, Erdarbeiten zum Schutz gegen feindliches Feuer sind anzulegen bzw. auszuführen. Stellungswechsel ist oft nützlich.

Feuerformen. Was hier gesagt ist, deckt sich mit den Weisungen der Abwehrschlacht. Dieselben Feuerformen dienen auch dem Angriff. Das Vernichtungsfeuer ist auch die wichtigste Feuerform des Angriffs.

Ziele und ihre Bekämpfung. In erster Linie steht die Schädigung lebender Ziele (moralisch und materiell), dann die Zerstörung wichtigen Geräts (Geschütze, Munition, Minenwerfer) und wichtiger Anlagen (z. B. Unterstände, Beobachtungs- und Befehlsstellen).

Im einzelnen hat die Artillerie folgende Kampfaufgaben:

a) Artillerie-, Minenwerferbekämpfung,

b) Infanteriebekämpfung,

c) Fliegerbekämpfung,

d) Beschießen rückwärtiger Verbindungen, Parks usw., Störung des Verkehrs und der Kampfbahn,

e) Beschießung besonderer Erdziele.

Völlige und dauernde Niederkämpfung der feindlichen Artillerie gelingt selten. Es ist zu unterscheiden, ob sie für kurze Zeit lahmzulegen oder wenigstens zu dämpfen, oder ob Zerstörung ihres Geräts, ihrer Munition und ihrer Unterstände beabsichtigt ist. Im ersteren Fall ist höchster Munitionseinsatz mit Gaswirkung geboten, im letzteren sorgfältig geleitetes Einzelfeuer. Feindliche Beobachtungsstellen können durch Vorlegen einer Rauchwand unschädlich gemacht werden.

Bei einem Angriff wird die Infanterie durch Vernichtungsfeuer, dem Zerstörungsfeuer gegen bestimmte Ziele vorangegangen ist, bis unmittelbar zum Einbrechen in die feindliche Linie begleitet. Alsdann verlegt die Artillerie das Feuer in Sprüngen nach vorn. Minenwerfer lösen im Rahmen ihrer geringen Schußweite die gleichen Kampfaufgaben wie die Artillerie.

Feuerleitung. Entscheidend für den Erfolg ist, daß die gewaltige Feuerkraft der Artillerie dem Gefechtszweck und der Lage entsprechend ausgenutzt wird. Hierzu gehört einheitliche und vorausschauende Beurteilung. Die Wünsche der Infanterie, die die Hauptlast des Kampfes trägt, sind weitestgehend zu berücksichtigen, anderseits darf diese nur solche Forderungen stellen, die dem Wesen und Wirkungsmöglichkeiten der Artillerie entsprechen. Der Kampfaufgabe muß die Munitionsmenge und Munitionsart Rechnung tragen. Falscher Einsatz von Munition belastet jeden Führer ebenso wie falscher Einsatz von Menschen.

Jede Geschützart ist möglichst für diejenige Aufgabe anzusetzen, für die sie ihrer Eigenart nach am besten geeignet ist. Es kommt darauf an, Feuerverteilung, Feuereröffnung, Zusammenfassung, Steigerung und Dämpfung des Feuers nach Melder, Feuergeschwindigkeit, Zahl der schießenden Batterien und Munitionsverbrauch nach schießtechnischen und taktischen Gesichtspunkten richtig zu regeln.

Zusammenfassung des Feuers nach Zeit und Raum kann ausschlaggebend sein.

Munitions-, Geräteersatz, Sorge für Mannschaften und Pferde. Der Munitionsersatz ist von höchster Wichtigkeit. Nur bei strengster Mannszucht und Ordnung mit gegebenenfalls rücksichtslosem Einsatz von Mann und Pferd, ohne Scheu vor Verlusten,

Digitized by Google

wird sich der rechtzeitige Munitionsersatz in der Schlacht durchführen lassen. Sorgsamste Behandlung und Schonung des Geräts ist dringend notwendig. Die Sorge hierfür ist eine der wichtigsten Aufgaben der artilleristischen Gefechtsdisziplin.

Gleiche Sorgfalt ist der Erhaltung der Gefechtskraft der Mannschaften und den Pferden zuzuwenden. Rechtzeitige Ablösung, gute Unterbringung und gute Versorgung mit Verpflegung und allen sonstigen wirtschaftlichen und persönlichen Bedürfnissen erhalten die Truppe frisch und willig.

Die Sorge für die Pferde darf auch während des Kampfes nicht nachlassen. Ihr Zustand ist oft maßgebend für die Verwendungsfähigkeit einer Truppe.

II. Verwendung im Bewegungskrieg.

Allgemeines. Der Bewegungskrieg mit großen Angriffsschlachten ist die Entscheidung bringende Kampfform.

Begegnungskämpfe, bei denen der Übergang zum Gefecht beiderseits unmittelbar aus der Marschkolonne erfolgt, wechseln mit Angriffen gegen einen entwickelten Feind, der sich meist eingegraben haben wird, oder mit Verteidigung aus vorangegangenem Aufmarsch.

Der Angriff im Bewegungskrieg ist die stärkste Kampfform, die dem Gegner das Gesetz gibt und allein große Erfolge zeitigen kann. Zur reinen Verteidigung wird sich der höhere Führer nur ungern entschließen, und zwar im allgemeinen nur da, wo ihn eine starke Unterlegenheit dazu zwingt und das Gelände ihm die Möglichkeit bietet, diesen Nachteil auszugleichen.

Außerdem kommen im Bewegungskrieg Verfolgungs- und Rückzugskämpfe in Betracht.

Gliederung der Artillerie muß sich den voraussichtlichen Kampfaufgaben anpassen. Jedem Verband, der eine selbständige Kampfaufgabe zu lösen hat (Vorhut usw.) ist Artillerie zuzuteilen.

Marschleistungen. Die Verwendung der verschiedenen Geschütze ist von ihrer Beweglichkeit abhängig.

Leichte Artillerie kann abseits der Wege auf gutem Boden lange Strecken traben, zum längeren Galoppieren ist im allgemeinen nur die reitende Artillerie befähigt. Für schwere Feldhaubitzen und 10 cm-Kanonen kommt abseits der Wege im allgemeinen nur Schritt in Betracht. Die schweren Gangarten dürfen grundsätzlich nur da angewandt werden, wo die taktische Lage es fordert.

Mit Kraftzug ausgestattete Geschütze (schwere und Feld-) sind auf festen Straßen zu größeren Geschwindigkeiten befähigt.

Versammlung und Marsch. Auf den Sammelplätzen Deckung gegen Lufterkundung und Luftangriffe. Schutz durch Fliegerabwehrkanonen.

Eingliederung in die Marschkolonne nicht zu weit vorn, Beobachtungs- und Fernsprechwagen können weiter vorgezogen werden. Die leichten Munitionskolonnen und die Batteriekolonnen der Fußartillerie marschieren in der Regel am Ende der fechtenden Truppen.

Erkundung, Zielaufklärung, Beobachtung. Artilleristische Erkundung und allgemeine Gefechtsaufklärung fallen zunächst zusammen. Erst mit der Einnahme der Beobachtungsstellen kann die eigentliche Zielaufklärung beginnen. Erkundung und Zielaufklärung müssen frühzeitig und planmäßig eingeleitet werden. Zusammenarbeiten mit anderen Waffen unbedingt erforderlich.

Nachrichtenmittel und Verbindung. Auf den rechtzeitigen Aufbau der Fliegerantennen ist besonderer Wert zu legen. Das wichtigste Verbindungsmittel bleibt der Fernsprecher. Ist die Batterie in Stellung, so sind zwischen Führer, Beobachtung und der Batterie stets mehrere Verbindungswege anzustreben. Auf kurze Zeit können Ruferketten, Reiter, Radfahrer Verwendung finden.

Für Verbindung zwischen Feuerstellung und Protzen ist zu sorgen.

Karten. Möglichst reichhaltige Ausstattung der Truppen.

Digitized by Google

Gefechtsentwicklung. Bedeutung der Beobachtungsstellen. Feuerstellungen gehören dicht heran. Beide so weit vorn, wie es Gelände und feindliche Gegenwirkung gestatten.

Die Artillerie schießt aus verdeckten Stellungen. Offene Stellungen bleiben eine Ausnahme.

Zusammendrängen der Beobachtungs- und Feuerstellungen ist auch im Bewegungskrieg zu vermeiden.

Bei guter Aufklärung und vorsorgender Führung kann es nicht vorkommen, daß die eigene Infanterie ohne sofortigen Feuerschutz durch Artillerie in feindliches Feuer gerät.

Der Truppenführer gibt den Befehl für die Gefechtsentwicklung. Der Artilleriekommandeur befiehlt an die Artillerie. Die Weisungen beider werden sich fortlaufend ergänzen.

Der Artilleriekommandeur hat sich möglichst auszusprechen über allgemeine Lage und Aufgabe — Unterstellung, Entwicklungsräume, Ziele (Zuteilung zu einem Infanterietruppenteil, Beobachtung, Feuerstellung, Anmarschwege, Gefechtsstreifen, Zielräume oder Kampfaufgaben) — Zuweisung von Fliegern oder Ballonen an die einzelnen Artilleriegruppen — Feuereröffnung, Feuerregelung — Munitionsverbrauch und -ersatz — Befehlsstelle des Artilleriekommandeurs — Verbindungen.

Diese Weisungen laufen nach unten in einem Befehl des Abteilungskommandeurs, der folgende Einzelanordnungen umfaßt: Art des Einrückens — Stellungsbau (Fliegerdeckung) — Anordnungen über das Vorziehen der Batterien — Hauptrichtungen — Sicherung — Aufstellung der Protzen und Staffeln — Bekanntgabe des den leichten Munitionskolonnen (Batteriekolonnen) gegebenen Befehls.

Auf gedeckten Anmarsch und gedecktes Instellunggehen ist besonderer Wert zu legen — frühe eingehende Geländeerkundung, auch auf Gangbarkeit hin.

Stellungswechsel. Der Infanterie darf nicht gerade im entscheidenden Augenblick die Unterstützung der Artillerie fehlen.

Der Stellungswechsel wird in der Regel staffelweise ausgeführt. Die einzelne Batterie geht meist ungeteilt in die neue Stellung.

Feuerleitung und Ziele. Bestreben aller Führer muß darauf gerichtet sein, in dem wechselvollen Verlauf des Bewegungsgefechts das Zusammenwirken mit anderen Waffen, insbesondere mit der Infanterie, sicherzustellen. An die Selbständigkeit aller Artillerieführer werden hierfür hohe Anforderungen gestellt.

Nahe persönliche Verbindung aller Artillerieführer mit den Infanterieführern, in deren Abschnitt sie hauptsächlich wirken, ist unbedingt erforderlich, soweit die persönliche Beobachtung und die Einwirkung auf die unterstellte Artillerie dies ermöglichen.

Munitions- und Geräteersatz, Sorge für Mannschaften und Pferde. Munitionsersatz ist schwierig wegen der sich ständig ändernden Nachschubwege und Entfernungen. Dies erfordert klare Weisungen, die sich nach rückwärts bis auf das Eintreffen der Artilleriemunitionskolonnen erstrecken.

Einzelne Formen des Bewegungskrieges.

Angriff. Im Begegnungsgefecht befindet sich beim Eintritt in den Kampf derjenige im Vorteil, der dem Gegner einen Vorsprung in der Gefechtsbereitschaft und in der Gefechtshandlung abzugewinnen weiß.

Die Vorhut soll dem Gros Zeit und Raum zur Gefechtsentwicklung schaffen.

Einheitliches Einsetzen der Artillerie des Gros ist anzustreben, doch können Fälle eintreten, in denen der Truppenführer die nach und nach eintreffenden Teile der Artillerie ohne Zögern in den Kampf werfen wird, z. B. um einen von der Vorhut errungenen Vorteil festzuhalten oder auszubeuten.

Für die Durchführung des Gefechts ist es erforderlich, daß die Angriffe der Infanterie durch ausreichendes und auf die entscheidenden Stellen zusammengefaßtes Feuer der Artillerie vorbereitet werden.

Das schnelle Zufassen geht in Planmäßigkeit über, je mehr die feindliche Ver-

Digitized by Google

teidigung vorbereitet ist. Jede Überstürzung des Angriffs ist dann von immer größerem Übel.

Verfolgung. Der Sieg wird erst vollkommen durch die Verfolgung, deren Ziel die Vernichtung des Gegners ist.

Der Artillerie kommt ihre weitreichende Feuerkraft bei der Verfolgung besonders zustatten. Sie muß den Sieg in rücksichtsloser Weise dadurch ausnutzen, daß sie schnell folgt, um zu verhindern, daß der Feind sich wieder festigt. Seine Niederlage muß zur Auflösung gesteigert werden.

Verteidigung. Für die Einrichtung der Verteidigung im Bewegungskriege kommen die Grundsätze des Stellungskrieges um so mehr zur Anwendung, je längere Zeit für die Vorbereitung zur Verfügung steht. Mit dem fortschreitenden Erkennen der feindlichen Anmarschrichtung hat die Feuerbereitschaft zu erfolgen. Die Feuereröffnung muß meist vom Truppenführer befohlen werden.

Für die weitere Kampfführung gelten die Grundsätze der Abwehrschlacht.

Rückzug. Die Artillerie hat durch ihr Feuer das Nachdrängen des Feindes zu verzögern. Ausharren bis zum äußersten, selbst bis zum Verlust der Geschütze, kann erforderlich werden.

Überfallartige Feuereröffnung und flankierendes Feuer sind besonders wichtig.

III. Verwendung im Stellungskrieg.

Allgemeines. Hat keiner der beiden Gegner genügend Kraft, um den Widerstand des Feindes zu brechen, und können keinem von beiden die zur Entscheidung nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, so kommt der Bewegungskrieg zum Stillstand und es entsteht der Stellungskrieg. Dieser ist an sich keine selbständige Kampfform, sondern ein unter Umständen unvermeidliches Übel. Da der Stellungskrieg lange Zeit anhalten kann, so ist es besonders wichtig, die eigenen Kräfte zu schonen und zu sparen, anderseits muß Sicherheit bestehen, daß überraschende Angriffe des Gegners abgewiesen werden. Demgemäß gewinnen die technischen Kampfmittel, und damit auch die Artillerie, an Bedeutung. Bei Auswahl und Einrichtung einer Stellung stehen die Rücksichten auf Beobachtung und Entwicklung der eigenen Artillerie in erster Linie. Solange beide Gegner sich mit Absperrung des besetzten Geländes begnügen und keine Entscheidung suchen, kann es zu einem fast vollständigen Stillstand der Kampfhandlungen kommen. Die Entscheidung kann im Stellungskrieg meist nur im Durchbruch gesucht werden. Angriffe mit begrenztem Ziel erstreben örtliche Erfolge.

Für den Angriff sind außerordentliche Kräfte und Mittel je nach dem beabsichtigten Umfang einzusetzen. Ebenso bedarf der Verteidiger zur erfolgreichen Abwehr der Verstärkung. Dadurch entsteht eine starke Verdichtung einzelner Kampffronten mit gesteigerter Kampftätigkeit.

Der Erfolg hängt bei Angriff und Verteidigung weniger von der Zahl und Stärke der eingesetzten Truppen und Mittel, als von ihrer Beschaffenheit, Organisation und Verwendung sowie von der Sorgfalt der Vorbereitungen ab.

Gliederung und Befehlsverhältnisse. An ruhigen Fronten wird man in einem Divisionsstreifen mit der kriegsgliederungsmäßigen Artillerie der Division und einigen unbespannten Batterien mit Geschützen älterer Konstruktion auskommen.

An Kampffronten ist mehr oder weniger starke Verdichtung nötig.

Je nach Lage ihres Ziels können die Batterien in Nahkampf- und Fernkampfgruppen zusammengefaßt werden, ohne daß diese Zielverteilung dauernd aufrechterhalten bleibt. Eine Zusammenfassung mehrerer schwerer Flachfeuerbatterien zu einer Sondergruppe für Flankierungen empfiehlt sich.

Die schwersten Batterien werden meist zu Armee-Fernkampfgruppen zusammengefaßt.

Die geordnete Verwendung einer so zahlreichen Artillerie und so großer Munitionsmengen, wie sie für Abwehr und Angriff im Stellungskrieg notwendig sind, ist eine entscheidende Vorbedingung für das Gelingen des Kampfes.

Digitized by Google

Zielaufklärung und Beobachtung. Die Bedeutung der Luftaufklärung wächst. Die Überlegenheit in der Luftbeobachtung ist für den Angreifer wie für den Verteidiger von weittragendster Bedeutung.

Luftbildaufnahmen sind im Stellungskrieg das wertvollste Mittel für Zielaufklärung; sie schaffen bei sorgsamer und planmäßiger Überwachung die Grundlagen für die eigenen Angriffsvorbereitungen und ermöglichen das rechtzeitige Erkennen feindlicher Angriffsabsichten.

Die Artilleriemeßtrupps mit dem Anschneiden der feindlichen Ziele durch Licht- und Schallmeßverfahren werden ein wichtiges Hilfsmittel der Erkundung.

Die Erdbeobachtung behält ihre volle Bedeutung.

Die Ergebnisse der dauernden Zielaufklärung und Beobachtung kommen in einer besonderen Nachrichtenstelle zusammen, die beim Artilleriekommandeur eingerichtet ist. Sie hat für Verwertung des eingegangenen Materials und seine Weitergabe an die Kommandobehörden und Truppen zu sorgen.

Nachrichtenmittel. Sorgsamste Ausgestaltung der technischen Nachrichtenmittel auf der einen Seite, und doch ein Sichfreimachen von ihnen auf der anderen Seite, da sie im Artilleriefeuer des Großkampfes zerstört werden. Ist das letztere versäumt, so kämpft die Artillerie blind.

Karten. Verwendung zahlreicher und guter Karten ist ein wichtiges Hilfsmittel. Sie sind dauernd auf dem laufenden zu halten. Genaue Vermessungen auch der eigenen Feuerstellung und Beobachtungsstellen. Anfertigung von Batterieplänen.

Für die Beobachtungsstellen sind Rundbilder herzustellen.

Gefechtsentwicklung. Ausbau der Stellungen. Erstarrt der Bewegungskampf zum Stellungskrieg, so ist die Artillerieentwicklung gegeben, die Verstärkungsartillerie muß sich eingliedern. Kann die Stellung planmäßig eingerichtet werden, wenn der Feind sich noch weit ab befindet, so muß die eigene Stellung auch von der Feindseite her einer eingehenden Erkundung unterworfen werden. Immer ist die eigene Stellung von der Luft aus durch eigene Flieger zu beobachten. Der Ausbau ist mit allen Mitteln zu fördern. Wechselstellungen sind vorzusehen. Stellungen für Verstärkungsbatterien und für rückwärtige Verteidigungslinien sind vorzubereiten.

Bewegliche Verwendung der Artillerie bleibt vorteilhaft.

Feuerleitung. Alles was nur möglich ist, um sie sicherzustellen, muß vorgenommen werden.

Rückwärtige Verbindungen. Munitions- und Geräteersatz. Der zeitweise ungeheure Bedarf an Munition und Gerät muß rechtzeitig vorausgesehen, bereitgestellt und vorgeführt werden. Besondere Offiziere haben dies zu regeln.

Eiserne Munitionsbestände müssen vorhanden sein.

Zur Bewältigung der Munitionsmassen dienen Eisenbahnen (Voll-, Feld- und Förderbahnen). Der rechtzeitige Ausbau eines solchen Netzes ist von ausschlaggebender Bedeutung. Auch Wasserstraßen kommen in Betracht.

Wichtig ist Ausbau und Instandsetzung von Straßen, Regelung ihrer Benutzung.

An wichtigen Kampffronten werden der Artillerie Parkkommandos, Parktruppen und Artilleriewerkstätten zugeteilt.

Umfassende Sorge für Wiederherstellung und Rückführung unbrauchbar gewordenen Geräts.

Sorge für Mannschaften und Pferde. Ablösung. Eingehende Regelung des Dienstbetriebes. Bau und Einrichten von Zelten, Hütten und Barackenlagern.

Für Ablösungsmöglichkeit sorgen.

Kampfruhplan an ruhigen Fronten. Feuertätigkeit wird eine geringe, keine Zersplitterung der verfügbaren Munition.

Besondere Grundsätze für den Angriff.

258. Die nachstehenden Grundsätze betreffen im wesentlichen den **großen Durchbruch.** Sie gelten sinngemäß für **kleinere Angriffe.**

Digitized by Google

Kampfaufgaben. 259. **Der Kräftebedarf** für den Angriff ergibt sich in erster Linie aus den **Kampfaufgaben**, demnächst aus der Güte und Stärke der eigenen Truppen und der Stärke der anzugreifenden Stellung. Die wahrscheinliche zahlenmäßige Stärke des Gegners ist erst in letzter Linie zu berücksichtigen.

260. Die Artillerie soll:

a) zusammen mit den Minenwerfern die anzugreifende **Stellung mit den in ihrem Bereich befindlichen Anlagen und der Besatzung sturmreif** machen, mit ihrem Feuer **der angreifenden Infanterie unmittelbar vorangehend** den Gegner niederhalten und **bei der Abwehr von Gegenstößen** mitwirken,

b) die Infanterie vor, während und nach dem Sturm vor dem Feuer der feindlichen **Artillerie** schützen,

c) durch Beschießen der rückwärtigen Reserven und ihrer Stellungen oder Verbindungen, Parks, Unterkünfte, Befehlsstellen usw. **die gesamte Kampftätigkeit des Gegners rückwärts der Stellung stören.**

261. Zum Sturmreifmachen (Ziff. 260a, vgl. auch Ziff. 54 und 58) ist es notwendig, die anzugreifende Infanteriestellung in möglichster Tiefe und in allen wichtigen Teilen so zu **zerstören**, daß die Gräben, besonders die für Verkehr und Verbindung gebrauchten, und die besetzten Kampfgräben größtenteils eingeebnet, die leichteren Eindeckungen zerstört, bei stärkeren wenigstens die Eingänge verschüttet, die Flankierungsanlagen, Maschinengewehre, Minenwerfer außer Gefecht gesetzt und die Hindernisse an den entscheidenden Stellen gangbar sind.

Aber selbst eine zerstörte Stellung ohne Unterstände und Hindernisse gewährt einem hartnäckigen Verteidiger genügende Widerstandsmöglichkeit. Die Trichter dienen als Deckungen. **Völlige Vernichtung ihrer Besatzung ist für die Artillerie eine meist unlösbare Aufgabe.**

Von gleicher oder sogar größerer Bedeutung als die Zerstörungswirkung ist daher die **moralische Wirkung gegen die lebende Besatzung.** Sie wird als Nebenwirkung des Zerstörungsschießens erreicht und gesteigert durch die Größe der verwendeten Kaliber, durch räumliche und zeitliche Zusammenfassung des Feuers (Vernichtungsfeuer) und durch dauernde Störung der Verbindungen und damit der gesamten Versorgung des Feindes.

Das Sturmreifmachen durch Zerstörung erfolgt in der Hauptsache durch schwere und leichte Feldhaubitzen. Gegen besonders stark ausgebaute Teile der Stellung (Stützpunkte, zur Verteidigung eingerichtete Ortschaften, Wälder, Befestigungsgruppen usw.) sind Mörserbatterien und zum Teil auch schwerstes Steilfeuer anzusetzen. Aber auch Feldkanonen, namentlich mit Langgranaten, sind zum Sturmreifschießen brauchbar.

Die Batterien, die das Sturmreifschießen ausführen, gehen während des Infanterieangriffs mit ihrem Feuer der angreifenden Infanterie unmittelbar voran, wobei sie dem Tempo des Vorwärtskommens der Infanterie sich anpassen. Sie sollen die noch vorhandenen Verteidiger in ihren Unterständen, Gräben und Trichtern festhalten, bis die eigene Infanterie in die feindlichen Stellungen eingebrochen ist. Sie sollen ferner durch ihr ständig fortgesetztes Feuer den Gegner über den Augenblick und Umfang des Angriffs täuschen. Inwieweit weitere Batterien, besonders Feldkanonen, die vor dem Infanterieangriff für andere Aufgaben eingesetzt waren, hierfür mit herangezogen werden, ist von Fall zu Fall verschieden.

Eine **Anzahl von Batterien**, besonders leichte Artillerie, muß außerdem **bereitstehen**, um sich gegen ungedeckt herankommende feindliche Verstärkungen, Panzerkraftwagen usw. zu wenden und bei der Abwehr von Gegenstößen mitzuwirken.

Außerdem sollen **Infanteriegeschütze**, in Ermangelung solcher auch Feldkanonen, die bis zum Beginn des Sturmes verborgen gehalten werden, die Infanterie beim Sturm unmittelbar unterstützen, indem sie mit ihr zusammen von Mannschaften zug- oder geschützweise nachgeschleppt, vorgehen und etwa noch vorhandene Widerstandspunkte, wie besetzte Häuser, Maschinengewehrstände usw., aus nächster Nähe mit direktem Granatschuß zerstören.

Digitized by Google

Die Feuertätigkeit dieser Geschütze leiten die Infanterie-Bataillons- und Regimentskommandeure. Den Bedienungen werden, soweit notwendig, Pioniere und Infanterie beim Bau der Deckungen, beim Bewegen der Geschütze, zur Überbrückung von Gräben und zum Nachbringen von Munition zugeteilt.

Über die Verwendung von Minenwerfern für die gleichen Angriffsaufgaben wie die vorstehenden vgl. Heft 7 des Sammelheftes der Vorschriften für alle Waffen.

262. Über die **Bekämpfung der feindlichen Artillerie** (Ziff. 260b, vgl. auch Ziff. 53) gilt folgendes:

Bei richtiger Ausnutzung aller Erkundungsmittel und verständnisvollem Zusammenwirken aller Waffen muß es, falls der Stellungskampf an der Angriffsstelle schon längere Zeit andauerte, gelungen sein, die Stärke, Art und Verteilung der gegenüberstehenden Artillerie annähernd richtig zu ermitteln. Ein großer Teil der feindlichen Artilleriestellungen (auch der Beobachtungsstellen) wird mit Sicherheit festgestellt sein, wenn auch oft nicht klar sein wird, welche Stellungen jeweils besetzt sind. Die **fortlaufende Schädigung der feindlichen Artillerie** durch Vernichtung erkannter einzelner Batterien, die gerade in stillen Zeiten mit Eifer anzustreben ist, **ist Hauptaufgabe in der Zeit vor dem eigentlichen Angriff.**

Mit dem **Entschluß zum Angriff** wird jeder Divisionsabschnitt durch eine Anzahl schwerer Steil- und Flachfeuerbatterien, die für die Durchführung des Kampfes nötig sind, verstärkt. Eine **plötzlich** erheblich **gesteigerte Artillerietätigkeit** ist aber zu **vermeiden**, da sonst zu früh die Aufmerksamkeit des Gegners erregt werden würde. Der Artilleriekampf darf erst kurz vor dem Beginn des Feuers zum Sturmreifmachen der Infanteriestellung auffällig gesteigert werden. Die Artilleriebekämpfung wird dann ununterbrochen während der ganzen Kampfhandlung fortgesetzt.

Kampfziel ist **vor** Beginn des Infanterieangriffs in erster Linie die **Vernichtung** möglichst starker Teile der feindlichen Artillerie (Gerät, Bedienung, Beobachtung) und das Festlegen genügender Schießgrundlagen gegen möglichst viele artilleristische Ziele, demnächst, namentlich **während des Infanterieangriffs** selbst, das **Niederhalten** der noch kampffähigen Teile der feindlichen Artillerie. Hierbei ist der Wahrscheinlichkeit Rechnung zu tragen, daß eine Vermehrung der feindlichen Artillerie während des Artilleriekampfes eintreten wird. Die Zielverteilung ist entsprechend anzuordnen. Unter Umständen sind einzelne Batterien, die anfänglich nicht mitfeuern, gegen solche neu auftretende Ziele, die vielfach aus nicht bekannten Stellungen feuern werden, einzusetzen.

Durch die Feuersteigerung mit Beginn des verstärkten Artilleriekampfes wird dem Feinde die **Angriffsabsicht** klar werden. Wo es besonders darauf ankommt, dem Feinde keine Zeit zum Heranziehen von Verstärkungen zu geben, kann man daher auch auf die Steigerung des Kampfes gegen die feindliche Artillerie vor dem Infanterieangriff verzichten und sich auf ihre zeitweise Lähmung während desselben beschränken.

Für den Kampf gegen die feindliche Artillerie kommen alle Geschützarten, in erster Linie jedoch die schwere Artillerie, in Betracht.

Auf die Verwendung von Gasmunition ist besonderer Wert zu legen. Starke Vergasung unmittelbar vor dem Angriff kann ausschlaggebenden Erfolg haben (vgl. im übrigen die besonderen, für Gasschießen gegebenen Bestimmungen).

263. Die **Störung der Kampftätigkeit des Gegners** rückwärts seiner Stellung (vgl. auch Ziff. 55 bis 57) wird erstrebt durch Störungsfeuer gegen die Verkehrswege, Gleisverbindungen, Brücken, Bahnhofsanlagen, Munitions- und Geräteparks, Ortschaften, Lager und Aufstellungsorte der Reserven, durch Vergasen von Schluchten und Waldstücken, ferner durch Zerstörung wichtiger Punkte (z. B. Ortschaften, erkannte Befehlsstellen) sowie durch Beschießen von Gelegenheitszielen.

Wenn es auch nicht möglich ist, durch Artilleriefeuer den Betrieb hinter der feindlichen Front völlig lahmzulegen, so können dem Feinde dadurch doch erhebliche Verluste zugefügt werden, es kann ferner eine stark ins Gewicht fallende Störung in der Befehlsführung, in der Wiederherstellung zerstörter Anlagen, in der Heranführung und Bereitstellung von Verstärkungen, in den Ablösungen und im Nachschub des

Digitized by Google

Kriegsbedarfs und der Verpflegung erzielt werden. Auch hierbei kommt es auf zeitlich richtig geregeltes Feuer wesentlich an.

Außer der Masse der Feldkanonen ist für diese Zwecke in erster Linie schweres **Flachfeuer** (Flankierung!) einzusetzen. Für besondere Fälle kann auch Steilfeuer erwünscht sein.

264. Ob eine Anzahl Batterien als **Reserve** zurückzuhalten ist, um sie nach der Feuereröffnung da einzusetzen, wo eine Verstärkung erwünscht ist, hängt vom Gelände, der Kenntnis der feindlichen Kräfte und der eigenen Artillerie ab.

Jedenfalls ist aber **weitere starke und bewegliche Artillerie** erforderlich, um der durchbrechenden Infanterie sofort zu folgen und sie bei der Ausnutzung eines Anfangserfolges ständig artilleristisch zu unterstützen.

Diese Aufgabe ist die wichtigste und schwierigste artilleristische Aufgabe während des Durchbruchs; sie kann von der Artillerie, die den ersten Durchbruch vorbereitet, nur zum Teil mitübernommen werden.

265. Außer der Bekämpfung der anzugreifenden Stellung ist der Feind auch in den der **Angriffsfront benachbarten Abschnitten** an der Unterstützung der angegriffenen Front zu hindern. Es handelt sich hierbei in erster Linie darum, diejenigen Ziele niederzuhalten oder zu zerstören, die in den Angriffsabschnitt wirken können. Außerdem wird der Gegner dadurch oft über die wirkliche Angriffsstelle getäuscht und gezwungen werden können, die Abwehr auf übermäßig breiter Front vorzubereiten.

Kräfte- und Munitionsbedarf. 266. Die unter sorgfältiger Berücksichtigung vorstehender Gesichtspunkte erforderlichen **artilleristischen Mittel** müssen zur Verfügung gestellt werden. **Der Einsatz unzureichender Kräfte führt zu Mißerfolgen.**

Für die Berechnung des Bedarfs ist der **Augenblick des Höchstbedarfs** zugrunde zu legen.

267. Für die **Zerstörung einer Stellung** können unter Berücksichtigung der Feuergeschwindigkeit der Geschütze, der aus taktischen und technischen Gründen einzulegenden Feuerpausen und der Wahrung einer, wenn auch nur beschränkten, Beobachtungsmöglichkeit bei der Berechnung des Einsatzes an Artillerie und Munition **nachstehende Erfahrungsgrundsätze** als Anhalt dienen.

In etwa drei Stunden kann sturmreif machen:

eine Batterie	eine Grabenlinie Breite von m	mit Schuß
l. F. H.	100	800
s. F. H. 13	150	600
s. F. H. 02	100	400
s. F. H. 96	75	300
Mrs. (zu 3 G.)	100	225

Die für Zerstörung und Verschüttung der Unterstände erforderliche Munition ist hierbei eingerechnet; desgleichen die für Zerstörung von Hindernissen, die nicht weiter als 30 m von den Gräben usw. entfernt sind. Ihre Zerstörung wird als Nebenwirkung durch die Streuung zu kurz gehender Schüsse eintreten. Sonst müssen gegen die Hindernisse besondere Munition und Zeit angesetzt werden.

Bei **flankierendem Feuer,** das auch aus moralischen Gründen immer anzustreben ist, verringert sich der Munitionsbedarf um etwa ein Drittel.

Ob alle Linien einer Stellung gleichzeitig oder nacheinander bekämpft werden, hängt von der Zahl der verfügbaren Batterien ab.

Im übrigen lassen sich für die **Zahl der Batterien,** die für die Gesamtheit der Aufgaben nach Ziff. 260 (Sturmreifschießen usw.) genügen, sowie für das **Verhältnis der**

Digitized by Google

Kaliber hierfür bindende Regeln nicht geben. Je mehr Batterien zur Verfügung stehen, desto kürzere Zeit braucht man zum Sturmreifmachen der ganzen Stellung und desto besser werden sich moralische und Zerstörungswirkung zeitlich in Einklang bringen und ausnutzen lassen. Je mehr Minenwerfer verwendet werden können, desto mehr läßt sich an Artillerie sparen.

268. Zur **Bekämpfung der feindlichen Artillerie** genügen vor Beginn des eigentlichen Angriffs in jedem Divisionsabschnitt der Angriffsfront im ganzen etwa 1 bis 2 Mörserbatterien, 2 bis 3 s. F. H.-Batterien und 1 bis 2 schwere Flachfeuerbatterien. Sie feuern in beobachtetem Zerstörungsfeuer.

Für die Steigerung des Artilleriekampfes sind so viele l. F. H.-, Mörser- und schwere Flachfeuerbatterien bereitzustellen, daß die allgemeine Bekämpfung der feindlichen Artillerie in der für das Sturmreifmachen der Infanteriestellung angesetzten Zeit gesichert ist. Teile der anfänglich im Artilleriekampf tätigen Artillerie sind unter günstigen Umständen während der höchsten Steigerung der Sturmvorbereitung für andere Zwecke freizumachen.

Für die Berechnung des Bedarfs an **Gaskampfartillerie** sind besondere Bestimmungen gegeben.

269. Wieviel Batterien **für Störung der Kampftätigkeit des Gegners** rückwärts der Stellung anzusetzen sind, hängt vom Gelände, der voraussichtlichen Tätigkeit des Gegners und der Gesamtstärke der eigenen Angriffsmittel ab und wird in jedem Fall verschieden berechnet werden müssen.

270. **Als Reserve** und zur **Begleitung der durchgebrochenen Truppen** sind für jede Division etwa 3 F. K.-, 1 s. F. H.-, 1 10 cm K.-Batterie hinter der Front bereitzustellen.

271. **Als Gerätereserve** ist ferner für jede Batterie etwa 1 Vorratsgeschütz und eine reichliche Reserve an Vorratsteilen und Verbrauchsstoffen notwendig.

272. Schließlich ist die zur Niederhaltung der Nachbarabschnitte erforderliche Artillerie nicht zu schwach anzusetzen.

273. Der **ermittelte Bedarf an Artillerie wird gedeckt:**

a) durch die Artillerie der unmittelbar am Angriff beteiligten Divisionen erster Linie,

b) durch Überweisung weiterer Artillerie, namentlich schwerer und schwerster,

c) durch den größten Teil der Artillerie der zum Nachstoß bereitgestellten Divisionen, denen nur ein Teil ihrer Artillerie zur unmittelbaren Begleitung verbleiben muß.

Beim Einsatz der Batterien unter c ist zu beachten, daß diese zuerst wieder verfügbar werden müssen, um sich ihren Truppenverbänden beim weiteren Vorgehen sofort wieder anschließen zu können.

274. Der **Gesamtbedarf an Munition** ergibt sich aus dem Umfange des Angriffs, der Zahl der Batterien und der Ziele, der Art, wie der Angriff geführt werden soll, und aus den weiteren Absichten der Führung.

Der Munitionsbedarf für die **Infanteriebekämpfung** errechnet sich nach Ziff. 267.

Für die **Artilleriebekämpfung** werden etwa gebraucht:

Zur Zerstörung einer Batterie

etwa 300 s. F. H.-Schuß oder 200 Mrs.-Schuß, andere Kaliber entsprechend.

Über die für **Niederhalten der Artillerie** und **für die anderen Aufgaben** erforderliche Munition lassen sich allgemein gültige Zahlen auch nicht als Anhalt geben.

Für die Bedarfsberechnung der **Gasmunition** gelten besondere Bestimmungen.

275. Zur **Sicherung der genommenen feindlichen Stellung** gegen Gegenangriffe oder zur **Fortsetzung des Angriffs** nach dem ersten Durchbruch sowie für **etwaige besondere Ereignisse** ist für die nächste Zeit nach dem Angriff ein reichlicher Munitionsbedarf anzusetzen.

Die Einleitung des Angriffs. 276. Die **für die Angriffsvorbereitungen erforderliche Zeit** muß unbedingt zur Verfügung gestellt werden. So wün-

Digitized by Google

schenswert auch jede Beschleunigung ist, um dem Gegner zuvorzukommen, so wenig darf vergessen werden, daß **Überhastung und unsachgemäße Verkürzung der Vorbereitung Mißverständnisse hervorrufen, unnötige Verluste kosten und das ganze Unternehmen zum Scheitern bringen können.**

277. Durch jede mögliche Maßnahme muß angestrebt werden, **die Vorbereitungen der feindlichen Erkundung zu entziehen,** um den Gegner zu überraschen.

Um zu verhindern, daß der Gegner zu früh die Angriffsfront erkennt, sind besondere Maßnahmen an anderen Fronten zu treffen, z. B. Steigerung der Artillerietätigkeit, Vortäuschen von Bewegungen und Bauten und ähnliches.

278. Trotz aller Vorsicht wird **eine völlige Überraschung des Gegners** nur bei kleineren Unternehmungen gelingen. Je umfangreicher die Vorbereitungen sind, desto wahrscheinlicher wird der Gegner bedrohte Frontstellen erkennen und Abwehrmaßnahmen treffen. Sie werden um so unvollkommener sein, je schneller die Vorbereitungen und der Angriff durchgeführt werden.

Daraus folgt, daß **die Vorbereitungen sich auf das Notwendigste beschränken und daß der Angriff und die Ausnutzung kraftvoll geführt und schnell hintereinander folgen** müssen; der Gegner darf nicht Zeit finden, so starke Kräfte heranzuführen, daß seine Stellungen in ihrer ganzen Tiefe planmäßig verteidigt werden können.

279. **Sobald der Entschluß zum Angriff gefaßt ist,** sind die **Stäbe** der für den Angriff bestimmten Artillerie heranzuziehen.

Sie sollen sich in den Abschnitten, in denen sie verwendet werden sollen, unter Leitung der dort schon tätigen Artillerieführer und an der Hand des Plan-, Skizzen- und Lichtbildmaterials selbst in das Gelände hineinsehen, gründlichst über die Einzelheiten der feindlichen Infanterie- und Artilleriestellungen sowie deren Feuertätigkeit unterrichten und die bisherigen Erkundungen nachprüfen und ergänzen. Sorgfältiges Studium der Lichtbilder, persönliche Erkundung, auch aus der vordersten Infanterielinie und aus der Luft und persönliche Besprechung mit den Infanterie- und Pionierführern sowie mit den Luftbeobachtern sind für alle Artillerieführer unentbehrlich. Die Erkundung von der Erde und aus der Luft und die Festlegung auf Skizzen muß über die erste Stellung hinaus weit in den Feind hinein ausgedehnt werden.

Die Unterlassung dieser artilleristischen Erkundung, die längere Zeit in Anspruch nehmen wird, würde den Erfolg aufs ernsteste gefährden. Die Erkundungsergebnisse sind von den höheren Dienststellen nachzuprüfen.

280. Die **Zielaufklärung** muß **unauffällig** durchgeführt werden, damit die Aufmerksamkeit des Feindes nicht erregt wird. Eine besonders auffallende Fliegertätigkeit und Ballonerkundung ist zu vermeiden. Andererseits muß für Sicherung der eigenen und Störung der feindlichen Luftbeobachtung durch Flieger und Flaks in ausreichendem Maße gesorgt werden.

Auch nach dem Beginn des Angriffs ist die Erkundung und Zielaufklärung mit allen Mitteln fortzusetzen, da der Gegner nach Erkennen unserer Angriffsabsichten Veränderungen und Verstärkungen in seiner Stellung sowie Neuanlagen vornehmen wird, deren rechtzeitige Feststellung und Bekämpfung für das Gelingen des Sturmes von höchster Bedeutung sind.

Über Nachrichtenaustausch mit der Infanterie siehe Ziff. 211.

281. Ebenso wie über die feindliche Stellung, werden die eingetroffenen Artillerieführer über die **eigene Stellung** unterrichtet.

282. Sobald über den Einsatz der Artillerie Klarheit gewonnen ist, wird die Fertigstellung des **Ausbaues der Feuerstellung, Beobachtungs- und Befehlsstellen, Nachrichten- und Befehlsverbindungen, Munitionslager, Anmarschwege und Gleisverbindungen** durchgeführt. Die Ausnutzung bereits bestehender Anlagen wird Beschleunigung ermöglichen. Unter Umständen werden Mannschaften der zum Einsatz bestimmten Batterien zum Bau herangezogen. Die Geschütze bleiben dann zunächst in der Unterkunft.

283. Je größer die für den Kampf eingesetzte Artilleriemasse ist, desto wichtiger

Digitized by Google

ist die **sorgfältige Ausnutzung, Verteilung, Bezeichnung und Instandhaltung aller Anmarschwege.** Erwünscht ist Benutzung von Hauptwegen nur in einer Fahrtrichtung.

284. Parkkommandos und Parktruppen müssen frühzeitig eintreffen, da die Arbeiten für Lagerung und Vorbringen der Munition längere Zeit in Anspruch nehmen.

285. Die Verstärkungsbatterien sind im allgemeinen zeitlich in der Reihenfolge einzusetzen, in der die Lösung ihrer Aufgaben erfolgen soll, also zuerst die s. F. H.-, Mrs.- **und schweren Kanonenbatterien,** die im Verein mit den bereits in Stellung befindlichen Batterien den Artilleriekampf durchführen sollen, demnächst die zur Absperrung des Kampfraumes und Zerstörung starker Stützpunkte, darauf die Masse der zum Sturmreifmachen der Gräben bestimmten Batterien. In welcher Reihenfolge alle übrigen Batterien vorgezogen werden, ist je nach den Verhältnissen verschieden. **Leitende Gesichtspunkte bleiben:**

a) das Instellunggehen muß dem Feinde solange wie möglich verborgen bleiben, die Durchführung daher allmählich erfolgen;

b) die eintreffenden Batterien müssen Zeit zur Einschulung haben. Überhasteter Einsatz kurz vor dem Angriff würde die Gefechtstätigkeit schädigen.

286. Alle Vorbereitungen für das Instellunggehen sind mit peinlichster Vorsicht zu treffen, daß **Stockungen und Massenansammlungen im feindlichen Feuerbereich vermieden werden.** Die Nächte und unsichtige Tageszeiten sind auszunutzen.

287. Bei Tage ist, solange die Möglichkeit feindlicher Lufterkundung besteht, jede außergewöhnliche Bewegung und Ansammlung außerhalb von Ortschaften und Waldungen, jede stärkere Staub- und Rauchentwicklung zu vermeiden.

Parkierende Fahrzeugkolonnen sind gegen Luftsicht zu decken.

Wo das Ausfahren neuer Zufahrtsgleise nicht zu umgehen ist, sind sie mit größter Sorgfalt durch Übereggen oder -pflügen usw. unkenntlich zu machen.

288. Für das Einrücken bei Nacht sind folgende Gesichtspunkte maßgebend:

Vorherige Wegeerkundung und Bezeichnung ist notwendig.

Vorbeiziehen von Kolonnenteilen aneinander ist unzulässig. Sie sind so zu ordnen, wie sie gebraucht werden.

Größere Kolonnen sind zu zerlegen, vom Feuer bestrichene Wegestrecken einzeln oder in kleinen Gruppen zu überschreiten oder zu umgehen. Liegenbleiben einzelner Fahrzeuge darf die andern nicht aufhalten.

An schwierigen Wegestrecken empfiehlt es sich, Hilfsmannschaften oder Aushilfsgespanne bereitzustellen.

289. Die Vorbereitung der Stellungen erstreckt sich nicht nur auf die Ausgangsstellung. Es ist vielmehr der **Stellungswechsel, die schwierigste Handlung des ganzen Angriffs** (Ziff. 264), eingehend vorzubereiten, indem Wege und Bahnen, Beobachtungs- und Befehlsstellen, Feuerstellungen und Befehlsverbindungen soweit wie möglich nach vorn erkundet und vorbereitet werden.

Gerät, Personal und Bespannung für weiteren Vormarsch (z. B. zum Überbrücken der Gräben, Zerschneiden der Hindernisse, Ausbesserung der Wege, Munitionsversorgung) ist in ausreichendem Umfange bereitzustellen und sorgfältig einzuschulen.

Um jederzeit beim weiteren Vorgehen die erforderlichen Drahtverbindungen legen zu können, müssen außerdem die Stäbe und Batterien auf ihren Fahrzeugen die volle Ausrüstung an Kabeln haben. Auch für Lichtsignal- und besonders Funkenverbindungen ist in entsprechender Weise vorzusorgen.

Die Durchführung des Angriffs. **290. Die für die artilleristische Durchführung des Angriffs erforderliche Zeit** hängt von der Stärke und Ausdehnung der anzugreifenden Stellung und von der Güte und Stärke ihrer Besatzung ab. Je schwächer ferner die eigene Artillerie ist, desto mehr Zeit wird für die Lösung aller artilleristischen Kampfaufgaben gebraucht.

Damit der Gegner keine Zeit zu ausreichenden Gegenmaßnahmen hat, dürfen vom Beginn der Feuerverstärkung, die dem Gegner die Angriffsabsicht enthüllt, bis zur Erreichung des Angriffsziels nur wenige Tage vergehen. Die eigentliche Durch-

Digitized by Google

führung auch größerer Angriffe ist an einem Tage anzustreben. Dies wird bei kleineren Angriffen gegen schwach ausgebaute und besetzte Stellungen meist möglich sein.

291. Das **Einschießen** muß unauffällig erfolgen. Es ist daher bei großen Angriffen auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Damit die Batterien sich dabei gegenseitig nicht stören, ist einheitliche Regelung unerläßlich.

292. **Der eigentliche Angriff darf nicht eher beginnen, als alle Vorbereitungen genügend weit vorgeschritten sind.**

Vorherige Bindung an einen bestimmten Tag ist nicht zweckmäßig, weil der Erfolg zu einem erheblichen Teil davon abhängt, inwieweit das Wetter die Beobachtung begünstigt.

293. Die im allgemeinen Teil gegebenen **Grundsätze für Feuerleitung** und Feuerformen sind auch bei großem Angriff im Stellungskriege maßgebend. Zeitgerechte Regelung des Feuers ist besonders wichtig. **Weitgehendes Eingreifen in die Einzelheiten** seitens der oberen Stellen ist nicht zu vermeiden.

294. Zusammenfassend seien folgende Gesichtspunkte hervorgehoben:

Für das Verfahren bei der **Anordnung des Feuers** und für den **Zeitpunkt des Sturmes** läßt sich **kein Schema** geben. Die Wirkung des Feuers ist in wechselnden Feuerpausen oder während — meist räumlich begrenzter — Feuerverlegungen festzustellen (Erkundung aus der Luft, Erdbeobachtung, Patrouillen).

Wird hierbei geschickt verfahren, so wird der Gegner ständig in Unruhe gehalten und verwirrt.

Ausschaltung oder Dämpfung der feindlichen Artillerie ist Voraussetzung des Vorgehens der Infanterie.

Der Sturm erfolgt nach Zerstörung der wichtigsten Anlagen und Zermürbung der Besatzung zu einem Zeitpunkt, in dem der Gegner durch die Beschießung am meisten geschwächt ist, oder in dem er den Angriff am wenigsten erwartet, also entweder nach höchster Feuersteigerung oder ohne vorherige auffällige Steigerung, **jedenfalls aber in unmittelbarem Anschluß an die Wirkung des Feuers, so daß der erste Infanterist noch mit dem letzten Schuß der Artillerie (Minenwerfer) die feindliche Stellung erreicht.**

Die Artilleriebekämpfung und die Störung der Kampftätigkeit des Feindes dürfen auch nach gelungenem ersten Sturm keinen Augenblick nachlassen.

Zum unmittelbaren Feuerschutz der Infanterie muß das Feuer der Artillerie entsprechend dem Vorwärtskommen der Infanterie ständig vor ihr hergehen oder, wenn die Infanterie liegen bleibt, als Sperr- und Vernichtungsfeuer sich jederzeit vor sie legen können.

Der Stellungswechsel der Artillerie muß so rechtzeitig erfolgen, daß stets stärkste Feuerunterstützung für die Infanterie gesichert ist.

Zuverlässiges Arbeiten der Nachrichten- und Verbindungsmittel zwischen Artillerie und Führung sowie zwischen Artillerie und den anderen Waffen muß daher in jedem Zeitpunkt des Angriffs mit allen Mitteln erstrebt werden. Dies kann **ausschlaggebend für den Erfolg sein.**

Im ganzen kommt es darauf an, daß die Artillerie immer wieder **Verbindung und Beobachtung, einheitlich geleitetes Feuer und Zusammenfassung der Wirkung gegen die gefährlichsten Ziele** anstrebt. Soweit die planmäßigen Vorbereitungen reichen, ist dies verhältnismäßig einfach. Je mehr der Durchbruch zum Bewegungskrieg wird, desto mehr hängt der Erfolg von der **Selbsttätigkeit aller Führer und dem verständnisvollen Zusammenwirken aller Teile ab.** Für das weitere Vortragen des Angriffs gelten dann die Grundsätze des Bewegungskrieges.

Besondere Grundsätze für die Abwehr.

295. Die nachstehenden **Grundsätze** betreffen im wesentlichen die große Abwehrschlacht; sie gelten sinngemäß für Abwehr kleinerer Angriffe.

Kampfaufgaben und Kräftebedarf. 296. Eine **genaue Berechnung des Kräftebedarfs** ist für die Abwehr nicht möglich, da sie in höherem Maße vom Kräfteeinsatz des Gegners abhängig ist. Immerhin geben die voraussichtlichen

Digitized by Google

stellen. Gegenseitige Unterstützung der Nachbardivisionen durch übergreifende Batterien ist durch Befehl und Vereinbarung zu regeln und einzuschulen.

Das Einschießen ist dementsprechend zu ordnen und von Zeit zu Zeit nachzuprüfen.

305. Jede Gruppe und Untergruppe wird **eine Reihe verschiedenartiger Kampfaufgaben** zu lösen, z. B. je nach der Gefechtslage gegen die feindliche Artillerie oder gegen die feindliche Infanterie zu kämpfen haben; ebenso wird fast jede Batterie innerhalb ihrer Kampfaufgaben mehrere Ziele oder Zielräume zugewiesen bekommen. Darüber hinaus sollen aber nach Möglichkeit **Zielwechsel vermieden werden**, um Erschwerung der Feuerleitung und Zersplitterung der Wirkung zu vermeiden.

306. **Die Vorbereitungen des Feuerkampfes für verschiedene** Fälle können nicht sorgfältig genug getroffen werden. Die Verbesserung der artilleristischen Wirkung darf jedoch nicht hauptsächlich in der Verdichtung des automatischen Sperrfeuers und in der schematischen Vorbereitung des Feuers für möglichst **viele** bestimmte Fälle gesucht werden. Vielmehr muß **die Kampfführung der Artillerie beweglich bleiben** und **nach aktiver Betätigung** im Sinne der allgemeinen Grundsätze (vgl. Ziff. 58 ff.) streben. Lohnende Gelegenheitsziele, die sich häufig bieten, müssen schnell unter vernichtendes Feuer genommen werden können. **Sorgsam überlegte Ausnutzung jeder Beobachtungsmöglichkeit, tadelloses Arbeiten der Befehlsführung und Nachrichtenübermittlung und Vorhandensein ausreichender Schießgrundlagen sind daher die Voraussetzung für die erfolgreiche artilleristische Durchführung der Abwehr.**

E. Die Schießvorschrift für die Artillerie vom 1. Dezember 1917.

Im Frieden waren die Feldartillerie und die schwere Artillerie nur in sehr loser Fühlung miteinander gewesen. Natürlich bedingte die Verschiedenheit der Kaliber, die Rücksicht auf das Gewicht der Geschütze usw. gewisse Verschiedenheiten in der Konstruktion der Geschütze und ihrer Munition. Aber auch da, wo eine Einheitlichkeit möglich war, z. B. in den Richt- und Beobachtungsmitteln, war sie nicht herbeigeführt. Ähnlich stand es mit der Ausbildung und dem Schießverfahren. Der Krieg zeigte, daß die schwere Artillerie im ganzen den richtigen Weg gewandelt war, obwohl auch sie noch viel Neues annehmen mußte, wie z. B. das Schießen mit Berechnung der Tageseinflüsse. Viel mehr aber mußte die Feldartillerie um- und zulernen. Es galt nun jetzt wenigstens möglichste Einheitlichkeit herzustellen, um so mehr, als die Artilleriekommandeure der Divisionen und die Artilleriegenerale bei den höheren Stäben gleicherweise aus Feld- und schwerer Artillerie entnommen wurden, also auch über beide Artillerien Bescheid wissen mußten. Ganz besonders galt dies für die verschiedenen Schießverfahren.

So entstand die „Schießvorschrift für die Artillerie" vom 1. Dezember 1917.

Die in der „Einleitung" festgelegten Grundsätze lassen erkennen, wie nötig eine Vereinheitlichung war.

Einleitung.

Die neuerschienene Schießvorschrift für die Artillerie vom 1. 12. 17 tritt an die Stelle des Heftes 3 der Ausbildungsvorschrift für die Feldartillerie (Berlin 1917) und der Schießvorschrift für die Fußartillerie vom 19. 11. 08. — In folgendem sind die Grundsätze, die bei der Bearbeitung maßgebend gewesen sind, erörtert und Hinweise auf die gegenüber den bisherigen Vorschriften eingetretenen grundsätzlichen Änderungen gegeben.

A. Allgemein.

1. Die dringend erwünschte Vereinheitlichung der Vorschrift für leichte und schwere Artillerie ist angebahnt. Vereinfachung ist angestrebt.

Die Abschnitte „Schießlehre" und „Richtvorschrift" gelten mit ganz geringen Abweichungen für beide Waffen. Besonderer Wert ist auf die einheitliche Bezeichnung der bei beiden Artillerien gebräuchlichen Begriffe gelegt worden. Hierdurch wird jedem Artillerieführer gemischter Artillerieverbände Feuerleitung und Beaufsichtigung der

Digitized by Google

Truppe und der Truppe selbst der artilleristische Verkehr untereinander wesentlich erleichtert.

Der III. und IV. Abschnitt „Das Schießen" mußte für leichte und schwere Artillerie getrennt behandelt werden. Auch in diesem Abschnitt ist aber in den ersten Teilen Einheitlichkeit angestrebt worden.

Bei den Teilen „Schießverfahren" ist dies nur bezüglich Gliederung des Stoffes geschehen, da schwerwiegende Gründe dagegen sprachen, altbewährte Schießverfahren der leichten oder schweren Artillerie einer Vereinheitlichung zu Liebe während des Krieges aufzugeben.

2. Die Bezeichnung „Feld- und Fußartillerie" ist durch „leichte Artillerie" und „schwere Artillerie" ersetzt worden, wie dies auch in den in letzter Zeit neuerschienenen artilleristischen Vorschriften „Gefechtsvorschrift für die Artillerie" und „Ausbildungsvorschrift für die schwere Artillerie") bereits geschehen ist.

3. Für beide Artillerien gemeinsam sind die in den Ziffern 57—63 der Richtvorschrift enthaltenen Grundbegriffe für das Richten gewählt:

„Hauptrichtung, Richtpunkt, Festlegepunkt, Grundrichtung, Grundzahlen, Grundgeschütz, Hilfsziel."

Schüsse vor dem Ziel werden einheitlich als „kurz", Schüsse hinter dem Ziel als „weit" bezeichnet.

B. Im einzelnen.

1. Schießlehre. Im wesentlichen ist an der Stoffanordnung des bezüglichen Abschnitts in Heft 3 der Ausbildungsvorschrift für die Feldartillerie festgehalten worden. Notwendig waren einige Zusätze und Änderungen.

Der Teil „Treffähigkeit" ist erweitert worden. Über Tageseinflüsse handelt ein besonderer neu eingefügter Abschnitt.

Die bisherigen Anschauungen über die Wirkungsrichtung der Sprengstücke der Spreng- und Langgranate Az. und Bz. haben sich insofern als unzutreffend erwiesen, als die hauptsächliche Wirkung nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts seitwärts geht.

Dem ist in der neuen Fassung der die Wirkung der Geschosse behandelnden Ziffern — und dementsprechend auch in den bezüglichen Ziffern der Teile III und IV Rechnung getragen worden.

2. Richtvorschrift. Der Richtvorschrift des Heftes 3 der Ausbildungsvorschrift für die Feldartillerie ist das bisherige Richt- und Beobachtungsgerät der Feldartillerie zugrunde gelegt. Bei Festhalten an dieser Grundlage wäre infolge der großen Verschiedenheiten des im Gebrauch befindlichen Geräts beider Waffen eine Vereinheitlichung nicht durchzuführen gewesen. Der Gebrauch der Geräte beider Waffen hätte nebeneinander aufgeführt werden müssen.

Es ist daher zunächst die Vereinheitlichung des Richt- und Beobachtungsgeräts, wie sie ins Auge gefaßt ist, der Neubearbeitung zugrunde gelegt.

Da indessen eine Reihe von Begriffsbezeichnungen und die Benennungen von Geräten und Teilen derselben bei beiden Waffen erhebliche Verschiedenheiten aufweisen, so erschien es notwendig, weiterhin auch diese in Übereinstimmung zu bringen.

Bei den Begriffsbezeichnungen ist dies dadurch geschehen, daß in der Einleitung der Richtvorschrift (Ziff. 57—63) eine Erläuterung der Begriffe vorangestellt ist; bei den Geräten war dies nicht notwendig, da die Namenänderungen ohne weiteres im Text verständlich sind. (Der „Regler" der leichten Artillerie führt in Zukunft die Bezeichnung „Aufsatzschieber".)

Da jedoch bei beiden Waffen die neuen Geräte erst in geringem Umfange eingestellt sind, die Änderung der bisherigen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, müssen, soweit die Verschiedenheit der Geräte dies erfordert, neben der neuen Vorschrift die alten weiter benutzt werden.

3. Der Abschnitt III „Das Schießen der leichten Artillerie" enthält folgende grundsätzliche Änderungen gegenüber dem Heft 3 der Ausbildungsvorschrift für die Feldartillerie:

Digitized by Google

a) Die Stoffeinteilung ist in Übereinstimmung mit der schweren Artillerie anders geregelt. Einschießen und Wirkungsschießen mit der Gr. und dem Schr. sind nicht getrennt, sondern nach den einzelnen Geschoß- und Zünderarten zusammengefaßt unmittelbar nacheinander behandelt, wodurch eine bessere Übersicht erzielt wird.

b) Bisher wurde beim Übergang zum Wirkungsschießen im Bz.-Feuer bei Gr. um 50 m, bei Schr. um 100 m an Entfernung abgebrochen (Ziff. 138 des Heftes 3 der Ausbildungsvorschrift für Feldartillerie). Dies ist nicht mehr notwendig, da jetzt bei Beginn des Wirkungsschießens die Gabelstellung, also eine so tiefe Sprengpunktslage, zunächst beibehalten wird, daß von vornherein die Ermittlung der für die Wirkung in Frage kommenden Entfernungen ermöglicht wird und daher ein Abbrechen, abgesehen von Munitionsverschwendung, lediglich die Wirkung verzögern würde. (Vgl. Ziff. 258 der Schießvorschrift.)

c) Dagegen erscheint die Frage, ob beim Heben der Sprengpunkte gemäß Ziff. 260 für jede Korrektur um 1 höher um 50 m oder um ein mit zunehmender Entfernung vergrößerndes Maß an Entfernung abzubrechen ist, um mit Sicherheit ein Überschießen des Zieles zu vermeiden, noch nicht genügend geklärt. Infolgedessen ist vorläufig, um ein Überschießen des Zieles mit Sicherheit zu verhindern, in Ziff. 260 die Bestimmung enthalten, daß für jedes Heben am Aufsatzschieber (Regler) um 1 Teil 50 m an Entfernung abzubrechen ist. Weitere praktische Versuche finden statt. Es ist erwünscht, daß die an der Front in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen unmittelbar an die General-Inspektion der Artillerie-Schießschulen im Großen Hauptquartier mitgeteilt werden.

d) Die „Salve" ist neu hinzugekommen.

4. Im Abschnitt IV „Das Schießen der schweren Artillerie" sind die bewährten Grundsätze der bis jetzt gültig gewesenen Schießvorschrift für die Fußartillerie beibehalten.

Abweichend ist die Bestimmung, daß der Geländewinkel bei jedem Schießen festzustellen und — außer wenn in Ausnahmefällen direkt gerichtet wird, oder Schaubilder und graphische Schußtafeln Verwendung finden — stets zu berücksichtigen ist.

Das bisherige „Planschießen" ist weggefallen und in vereinfachter Form in dem Abschnitt „Streuschießen in engen Grenzen" enthalten.

5. Neu sind in die Schießvorschrift alle Verfahren aufgenommen, die durch die Vorgänge und Erfahrungen des Krieges und durch Neueinführungen bedingt sind. Es sind dies:

Schießen mit Fliegerbeobachtung, Schießen gegen Panzerkraftwagen, Schießen gegen Fesselballone aus verdeckter Stellung. Schießen mit Licht- und Schallmeßtrupps, Berücksichtigung der Tageseinflüsse, Streuschießen in engen Grenzen.

Das Streuen innerhalb einer 100 m-Gabel — Ziff. 272 u. ff. und 546 u. ff. — ist bereits in der jetzigen Schießvorschrift für die Fußartillerie enthalten; neu ist dabei lediglich die Bestätigung der Gabelgrenzen. Diese wurde, entgegen der Vorschrift, bei der schweren Artillerie schon von vielen Batterieführern angewendet.

6. Über „Schießen im Gebirge" sind die Verhältnisse noch nicht genügend geklärt. Die betreffenden Bestimmungen können erst später eingefügt werden, wenn bei den nächsten Lehrgängen der Gebirgsartillerie-Schießschule Sonthofen abschließende Erfahrungen gesammelt sein werden.

7. Für die Bezeichnung „Gelegenheitsziele" ist wieder die alte Bezeichnung „Augenblicksziele" eingesetzt, da diese Bezeichnung dem Batterieführer die Eigenart der Ziele, die sich aller Voraussicht nach sehr bald der Feuerwirkung zu entziehen versuchen werden, und das dementsprechend anzuwendende Schießverfahren klarer zum Ausdruck bringt.

Digitized by Google

Personen- und Sachverzeichnis.

Abbau der Löhne 142 f. 146 f. 153 f. 209.
Abschub Arbeitsloser aus Belgien 132 ff. 199.
Admiralitätsbefehle, geheime, der Entente 330 f.
Alkoholmißbrauch 234 f.
Amerika, Ausgestaltung der Wehrmacht 361.
— Kriegserklärung 413.
— Kriegsstimmung 344. 351 f. 358 ff.
— militärische Leistungen an die Entente 360—367.
— Stellung zum U-Bootkrieg 367 ff.
— Waffen- und Munitionslieferung an die Entente 349.
Andrassy, Graf 297.
Arbeiteranwerbung in besetzten Gebieten 124—128.
Arbeiterfrage 85. 87 f. 106 ff. 131. 154. 189.
Arbeiterfürsorge 482.
Arbeitervertreter im Großen Hauptquartier 94 ff.
Arbeiterzentrale, deutsche 127 f.
Arbeitsämter 68 f.
Arbeitseinschränkungen in der Rüstungsindustrie 98. 104 ff.
Arbeitskräfte 173.
Arbeitsleistungen, absichtliche Verminderung 107 f.
— Steigerung notwendig 85. 91. 92. 108. 115. 189.
Arbeitspflicht 82.
Arbeitszwang 68. 124—127.
Armand, Graf 392.
Armeebefehle Seiner Majestät des Kaisers 311. 321 ff.
Armeebefehl Hindenburgs (24. 10. 18) 577 f.
Armierungstruppen 638 f.
Artillerie, Feuerformen 688.
— Führung 687.
— Gasmunition 694.
— Gefechtsvorschrift 1917 686—702.
— Kampfaufgaben 621—633. 648 f. 693.
— Marschleistungen 689.
— Schießvorschrift (1. 12. 17) 702—704.
— Taktik 674 f. 678 f.
— Verwendung im Bewegungskrieg 689.
— Verwendung im Stellungskrieg 691.
— Wirkung 681 f. 693.
Artillerieflieger 86 f. 39. 662. 664.
v. Arz, Frhr., österr. Generaloberst 453.
Asquith, englischer Ministerpräsident 296. 473. 475. 486.
Attilice, Prof. 354.
Aufklärung der öffentlichen Meinung 282 ff.
Aufklärungs- und Nachrichtendienst 610 ff. 620. 646 ff.
Aufklärungsminister 286 f.
Aufklärungstätigkeit im Heer 278 f.
Ausbildungszwang für Kriegsbeschädigte in Kriegsindustrie und Landwirtschaft 67. 76.
„Auskämmen" zum Heeresersatz 103 ff.
— in England 475.
Ausländer, Beschäftigung feindlicher 124 bis 127.
Auftropolnische Frage 452 ff. 461. 462. 511.
Auswanderung 216.
Auswärtiges Amt 454. 465. 466. 506. 522.

Baden, Großherzog 530 f.
Badische Anilin- und Sodafabriken 204 bis 206. 208. 209.
Balfour, engl. Staatsmann 444. 445. 518. 519.
Balkanstaaten 51 ff. 388 ff. 535 f.
Ballin, Reeder 408.
Ballone, Aufgaben 636 f. 661. 679.
v. Bartenwerffer, General 322 ff. 526 f.
Bauer, Ministerpräsident 434. 439. 440.
Bauer, Oberst 112. 119 f. 209. 408.
Bautätigkeit, Einschränkung privater 73. 77.
Bautenprogramm, Einschränkung nötig, 161 f.
Belagerungs-Artillerie 7 ff. 11.
Belgien, Arbeitergestellung 124—127.
— Grenzsicherung gegen 452. 461. 467. 508.
— Neutralität 54 f. 321. 327. 433.
— Wiederherstellung 426. 439 f. 482.
Benedikt XV., Papst 392. 421.
Benkendorff, Graf, russ. Botschafter 587.
Benzinlage 162. 172 f.
v. Berg, Wirkl. Geh. Rat 503 f. 506. 532.
Bergleute, Abgabe 162. 180. 182 f. 184. 261. 264.
Berliner Besprechungen mit dem Grafen Czernin am 5. 2. 18 468 ff.

Digitized by Google

Berliner Besprechungen am 9. 10. 18 (Reichskanzler und O. H. L.) 546—551.
— Besprechungen am 17. 10. 18 (Reichskanzler, Gesamtministerium, O. H. L.) 556—573.
Bernstorff, Graf, Botschafter 305 f. 328 f. 333. 336. 341 f. 350 f.
Beschaffung, Oberaufsicht durch Kriegsamt 166 f.
v. Beseler, Generaloberst, Generalgouverneur in Warschau 297. 300.
v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler 70. 106. 292. 296 ff. 300. 305 f. 307—309. 316 f. 322 ff. 342 ff. 345. 350 f. 373. 380—383. 387 ff. 392. 397—400. 419 bis 423. 428. 429.
Betriebsstoffe, Bedarf und Bezugsquellen 172 f.
Bevölkerungspolitik 212—270.
Bevölkerungswachstum 215.
v. Bissing, Frhr., Generaloberst, Generalgouverneur in Belgien 131 f.
„Blücher-Offensive" 677—680.
v. Bockelberg, Major 117.
Bodenfrage in den östlichen Randstaaten 256—258.
Bodenreform 119 f. 262 f.
Bodenschätze und Industrie 431 ff.
Bodenspekulation 119 f. 262. 264 f.
Bolschewismus 481. 565 f. 581. 582 f.
v. Braun, Edler, Unterstaatssekretär 506.
Brest-Litowsk, Friede von 481.
— Verhandlungen mit Rußland 448 ff. 454. 463.
Briand, franz. Staatsmann 591.
Brockmann, Dr., Rechtsanwalt 446 f.
Brotgetreide, Mangel 195 f.
— und Mais für Österreich 199.
Bruhn, Abgeordneter 417.
Buat, franz. General 497.
Bulgarien und die Ernährungsfrage 199 f.
— Erschöpfung 500. 522.
— Zusammenbruch 524 f. 535.
v. Bülow, Fürst 406.
Bündnisdokument, neues deutsch-österreichisch-ungarisches 469 f.
Burian, Graf, österr. Minister 297 ff. 429. 511. 516. 517—520.
Burianscher Friedensschritt 508. 514. 517 bis 520. 521. 522.
v. dem Bussche, Frhr., Major 505. 528 f. 532 f. 535—540. 543.

Cambon, franz. Botschafter 384 f. 587.
„Canossafahrt" Kaiser Karls 394.
v. Capelle, Admiral 400.
Carlotti, italien. Botschafter 337. 354 f.
Cecil, Lord, engl. Staatsmann 478.
Churchill, engl. Staatsmann 353.
Clemenceau, franz. Ministerpräsident 390. 496 f.
v. Coels, Frhr., Unterstaatssekretär 263.
Cohn, Unterstaatssekretär 582.
Commission for relief in Belgien 125.
v. Cramon, General 393 f. 516.
Crewe, Lord, engl. Staatsmann 330.
Cromwell, Oliver 584.
Czernin, Graf, österr. Minister 370. 372. 374. 375—379. 382 ff. 385. 386 ff. 390 ff. 393. 420. 468 ff. 486 f.
— über Amerikas Eintritt in den Krieg 377.
— über den U-Bootkrieg 377 f.
— über Friedensmöglichkeiten 447.
— über Friedensresolution vom 19. 7. 17 418.

Damaschke, Bodenreformer 119. 244 ff.
David, Abgeordneter 406. 410 f. 545.
Delcassé, franz. Staatsmann 586.
Demoralisation, allgemeine 196.
Denkschrift, amerikanische über Rechtsstellung bewaffneter Kauffahrteischiffe 331 f.
— über Behandlung bewaffneter Handelsschiffe 329—333. 347.
— über Bevölkerungspolitik 213—244.
— über Erweiterung der Wehrpflicht 83 f.
— Kaltmannsche, über U-Bootkrieg 303. 304.
— über militärische Bedeutung der Photographie 44—51.
— über Milliardenvorlage 1912 51—60.
— russische, über Kleinasiatische Frage 589 f.
Deutelmoser, Direktor, Pressechef 288. 441. 509.
Deutschland, Antwort an Nuntius Pacelli 437 ff.
— Antwort auf Papstnote vom 19. 9. 17 435 ff.
— Aufgabe im Dreibund 54—56.
— Beurteilung durch General Pershing 495 f.
— Friedensnoten an Wilson
— Erste, Oktober 1918 533 f.
— Zweite (12. 10. 18) 551.
— Dritte (20. 10. 18) 574 f.
— Vierte (27. 10. 18) 580.
— Stellungnahme zur Burianschen Friedensnote 520 f.
— Wehrmacht 1912 55 f.
Devonport, Lord, engl. Lebensmitteldiktator 381.
Dienstpflicht für die Frau 67. 74 f. 112.
Dokument, Wiener, vom 27. 3. 1917 über Friedensbedingungen 373.
Donald, Robert, engl. Minister 283. 285.
„Drängen" auf Friedensschritte 528 bis 533.
Dreibund, Wehrmacht und Wesen 51—60.
Drückeberger 562.

Digitized by Google

Düngemittel- und Ersatzfutterfabriken, beschleunigt herzustellen 159. 169.
Düngerfrage 198. 202.

Ebert, Abgeordneter 121 f. 415 f. 509. 531. 535.
Ehen 224—227.
Eifelturmstation 40.
Einschränkung, industrieller Betriebe 170.
— privater Bauten 77.
Einstellung aller Dienstbrauchbaren 66.
— zur Zeit Untauglicher 66. 73.
v. Eisenhart-Rothe, General 505 f.
Elsaß-Lothringen 452. 460 f. 467. 477. 562. 572 f.
Endkampf auf Leben und Tod 545. 572. 573.
England, Antwort auf den Friedensvorschlag des Papstes 425 f.
— Entmutigung in Volk und Armee 494.
— Erklärung auf Wilsons Friedensvermittlung 326 ff.
— Friedensbereitschaft 403.
— Georg V., König 390. 420.
— Heimatfront 473—478. 484 f.
— Lebensmittel- und Rohstoffknappheit 359 f. 381 f. 430. 475.
— Militärpartei 484.
— Mobilisierungen 474 ff.
— Ultimatum an Frankreich 369.
— Streiks 475. 476.
— Vernichtungswille 477. 486 f. 509.
— Ziele in der Triple-Entente 54.
Englisch-österreichisch-ungarische Verhandlungen 486 f.
Englischer Friedensfühler 427 f. 439. 440. 441. 442.
Enteignungsrecht 263.
Ententeminister, Schreiben an Wilson 496 f.
Ententereserven beim Endkampf 566 f.
Entlade- und Abtransportschwierigkeiten 164 f. 189.
Erbbaurecht 262.
Erdödy, Graf 370 f. 385. 386.
Ernährungsfragen 173 f. 189. 193—196. 200.
Ernährungsschwierigkeiten 88. 89. 193 ff. 221.
Ersatzformationen, Ausrüstung 18 f.
— kriegerische Verwendung 17 ff.
— Kriegsbrauchbarkeit 20. 23.
— mobile Verwendung 19—24.
Ersatzfuttermittel 199—202.
Erzberger, Staatssekretär 294. 391 f. 406. 409 f. 416. 418. 428. 439. 442. 443. 444. 552.
Etappentruppen 105. 107. 110.
v. Eulitz, General, Aufzeichnungen 524 f.

Facharbeiterlisten 67.
Fehrenbach, Reichstagspräsident 545 f.
Feindliche Stimmen über Kriegsausgang 583 ff.
Feldfliegerabteilungen 30.
Festtage, Einschränkung 189 f.
Festungsfliegerabteilungen 30.
Finanzlage, ungünstige 138. 139 f. 143.
Finnland 472. 488 f.
Fischbeck, Abgeordneter 535.
Fisher, Lord, engl. Großadmiral 583.
Fleischportion, Herabsetzung 195.
Fliegerformationen, Aufstellung 28 f.
Fliegerorganisation 26 ff. 29—36. 37 ff.
Fliegerparks 30.
Fliegerstationen 31.
Flugwesen, französisches 26 f. 33. 48 f.
Flugzeuge, Kampfausrüstung 25 f.
Flugzeugführer 32. 34.
Flugzeugphotographie 35. 37. 44—51.
Flugzeugprogramm 162.
Flugzeugwesen 25.
Foch, franz. General 496 f. 581. 585.
„Forderungsprogramm" des Reichstages 405.
Frachtraum s. Schiffsraum.
Frankreich, Erschöpfung 353. 382. 384 f. 494.
— Kohlennot 430.
— Kriegsmüdigkeit 308. 353. 358. 382. 390. 399. 494.
— Revanchesucht 53.
— Truppenunruhen 420.
Frauenarbeit 67. 74 f. 79 f. 113. 115.
Freiheit der Meere 339 f. 343. 424. 481 f. 581.
Freizügigkeit, Aufhebung für Arbeiter der Kriegsindustrie 76. 77. 79. 111.
Friedberg, Staatssekretär 290 f. 542. 556. 564.
Friedensangebot der Mittelmächte 308 bis 312. 347. 518.
— Ablehnung durch die Entente 319 ff.
— Antwort der Verbandsmächte an Wilson 324 ff.
— Erklärung Englands an Wilson 326 ff.
Friedensbedingungen Deutschlands 343. 347. 421 f. 428 f. 515.
— Wiener Dokument 373.
Friedensbewegung, allgemeine 484 f.
Friedensindustrie, Einschränkungen 73. 78. 131.
Friedensmöglichkeiten im Frühsommer 1917 419—423. 447.
Friedensnote, deutsche vom Oktober 1918 533 f. 563. 564.
Friedensresolution vom 19. 7. 17 115. 392. 407. 408. 409. 411. 414. 415. 416 f. 440. 465.
— Wortlaut 417 f.
Friedensvermittlung, neutrale 499—521.
— Wilsons 305 f. 313 ff. 341 ff. 345 ff. 350 ff.

Digitized by Google

Friedensvorschlag des Papstes 392. 421. 423. 476.
Funkentelegraphie, Deutschland—Kolonien 39—43. Nauen—Newyork 43 f. Großstationen 42 f.

v. Gamp, Frhr., Abgeordneter 535.
Gantschew, bulgar. General 522.
Gasparri, Kardinal 437, 439, 440, 441, 442 f.
Gebrauchsgegenstände, Überteuerung 106. 143. 151.
Geburtenrückgang in Deutschland 213 f. 217 f.
Geddes, engl. Minister 479. 484.
Gefangene, Heranziehung zur Arbeit 68. 261. 264.
Geheimnoten über Schantung 591.
Geheimverträge über Syrien 591.
„Gemeinsame Erklärung", Michaelis—O. H. L.—Helfferich 439 ff.
Generalstreik 117 f. 291 f.
Georgien, Anerkennung als Staat 488 f.
Gerard, amer. Botschafter 337.
Geschlechtskrankheiten 219. 221. 223. 226. 235 f.
Getreidevorräte, Verwaltung 193 f.
Geoers, Baron, holländ. Gesandter 514.
Göppert, Unterstaatssekretär 556. 565.
v. Goßler, Hauptmann 432.
Granet, Sir Gustav 356.
Grenzfestungen, Kriegsbereitschaft 60.
Grenzsicherung 452 f. 460 ff. 467.
Grey, engl. Staatssekretär 486. 587.
Griechenland, Vergewaltigung durch die Entente 355.
Grippe 561. 569.
Groeber, Abgeordneter 509, 535, 556, 562.
Groener, General 112. 181 f.
v. Grünau, Frhr., Legationsrat 532.
Gummi, Ersatz 162.

Haase, Abgeordneter 121. 535. 582.
v. Haeften, Oberst 283. 288 f. 405 f. 441. 473. 511. 527 f. 531 f. 539 f. 542 ff. 554 f. 556. 578.
Hahndorff, General 275.
Halicz, Ölquellen 304.
Handelsschiffbau 211.
Handelsschiffe, bewaffnete 315 f. 319. 328 bis 333. 347.
Hanotaux, franz. Minister 369.
v. Harbou, Major 117. 412.
Harmsworth, engl. Unterstaatssekretär 441. 442.
Hartstahl, Mangel 163 ff.
Haußmann, Abgeordneter 441.
Heeresausgaben, Einschränkung 147.
— Prüfungskommission 147. 148 f.
Heeresersatz 63 f. 65 f. 69 ff. 90. 92. 93. 103 f. 105. 107. 112 f. 116 f. 537. 559 ff.
Heereslöhnung 144. 154.
— Heraufsetzung 155.
Heimstättenfrage 245. 262.
Heimstättengesetz 263. 265.
Helfferich, Staatssekretär 350. 381. 400. 439 ff. 453. 464. 469.
Henderson, engl. Arbeiterführer 473. 475.
Henrich, Direktor 266.
Herold, Abgeordneter 576.
v. Hertling, Graf, Reichskanzler 110. 116. 261. 287 f. 455. 491 f. 499. 500. 502 f. 509 f. 514 f. 522.
v. Heydebrand, Abgeordneter 417.
Heye, Oberst, 526 f. 530. 556. 557. 561. 565 ff. 572.
Hilfsdienstgesetz 82 ff. 85 ff. 91. 96. 108. 139. 189. 308.
— und Reichstag 82. 84. 85.
Hilfsdienstpflicht 91 f.
— für die Frau 67. 108. 139.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall 63. 65. 69. 78. 81. 82. 83. 85. 88. 89. 99. 107. 132. 136. 138. 151. 155. 161 ff. 167 f. 172. 178. 193. 195. 198. 200. 202. 204. 257. 268. 306. 310. 315. 318. 322 ff. 345—348. 395. 401. 404. 407. 439. 452. 456. 491 f. 499. 502. 504 f. 516. 529. 541. 542. 550 ff. 573 f. 577 ff.
Hindenburg-Programm 90. 157—176. 345.
v. Hintze, Staatssekretär 499. 500 f. 503 f. 507 f. 509. 511. 515. 516. 524. 527 f. 530. 532. 542. 543. 544. 556. 564.
Hochheimer, Oberstabsarzt 259. 268.
Hochschulen, Schließung 67. 73 f. 79.
Höchstpreise 139.
Hoffmann, General 454. 556 ff. 566.
v. Hohenlohe, Prinz, österr. Botschafter 406—514.
Holland, Friedensvermittlung 504. 506. 514.
— Vergewaltigung durch die Entente 357.
v. Holtzendorff, Admiral 306. 322 f. 336. 377. 380.
Homburger Besprechung am 13. 2. 18 470 ff.
House, amerik. Oberst 306. 336. 341. 349.
Huidekoper, amerik. Oberst 585.
v. Hülsen, Hauptmann 406.
Hussein, König von Mekka 590.

Imperiali, Marquis, ital. Botschafter 587.
Industriearbeiter, Stimmung 106 f. 153.
Industriebureau, belgisches 128.
Italien, Abfall vom Dreibund 498.
— Kohlennot 430.
— Lebensmittelnot 360.
— Stellung im Dreibund 52 ff.

Joffe, russ. Gesandter 489. 582.
Jordan, Legationssekretär 528. 534.

Digitized by Google

Jugendliche Ausbildung für den Militärdienst 66. 73. 76. 79.
Jugendpflege 230—233.

Kabelkriegsrecht 40.
Kabelweltverbindungen 40.
Kaempff, Reichstagspräsident 87.
Kampfmittel, Förderung 4. 6.
Kanzlerkrisen 404—411. 522—531.
Kapitalabfindungsgesetz 262. 265.
Kapitulation der Reichsregierung 573, 581.
Karl, Kaiser 370. 372 f. 374 f. 385. 386. 391. 392 ff. 420. 514.
Karl Stephan, Erzherzog 511.
Kartoffelfrage 561. 563.
Kauffahrteischiffe s. Handelsschiffe
Keim, Major 121 f.
Kelleti, engl. Kommandeur 359.
Kenworthy, engl. Lieutenant-Commander 442.
Kerenski, Präsident 490.
Kipling Rudyard, engl. Minister 283, 285.
Kleinasiatische Frage 589 f.
Kohlenarbeiter, Freimachen 162. 180. 182 f. 184. 185 f. 262. 264. 400 f.
Kohlenfrage 178—192.
Kohlenkommissar 179. 181. 186 ff. 192. 261. 264. 401.
Kohlenmangel 178 f. 192.
Kohlenverbrauch, Einschränkung und Rationierung 180.
Kohlenversorgung 166. 178 f. 401 f.
Konstantinopel und die Meerengen, Abkommen 589.
Kraft, Professor 117 ff. 120. 121.
Kraftwagen 166. 167.
v. Kreß, Frhr., General 488 f.
Kreuznacher Abmachungen vom 17./18. 5. 17 388 ff. 469.
— Besprechungen am 18. 12. 17 461. 463. 465.
Kriegerheimstätten 245 f. 262. 265 f.
Kriegsamt 81. 85. 95. 105. 163. 166. 202.
Kriegsbeschädigte, Ausbildung für Industrie und Landwirtschaft 67. 76.
Kriegsbeschädigtenfürsorge 258. 266 ff.
Kriegsgesellschaften 139.
Kriegsgewinne 140 f. 155.
Kriegsindustrie, Anspannung 64 f. 72 f. 87 f. 90.
— Einschränkungen 98. 104 ff.
— Militarisierung 109. 111.
Kriegsjobbertum 118.
Kriegskabinett, Sitzung vom 16. 10. 18 554 ff.
Kriegskosten, Verminderung 138 f. 140. 145 ff. 209.
Kriegslage s. Militärische Lage
Kriegsleistungsgesetz 66 f. 76. 79. 91. 198.
Kriegsmaterial, vermehrte Herstellung 64 f.
Kriegspressеamt 273.
Kriegsteilnehmer, Fürsorge 212—270.
— Unterstützung 259 f.
Kriegsverluste 220 f.
Kriegswirtschaft 168—172. 198.
Kriegsziele der Entente 325. 586—591.
— Deutschlands 343. 427 ff.
— Italiens 587 f.
— Rumäniens 588.
— Rußlands 586 f. 589 f.
— wirtschaftliche der Entente 591.
Kronrat 405. 406. 427 f. 439 f. 503. 504.
Kronvortrag 404 f.
Krupp v. Bohlen und Halbach, Großindustrieller 137. 300.
v. Kuhl, General 582.
v. Kühlmann, Staatssekretär 392. 393. 427. 439. 440. 441. 444. 453. 462. 464. 468 f. 472. 476. 491.
Kühnemann, Professor 368.
Kurland 389. 431.

Lacaze, franz. Admiral 330.
v. der Lancken, Frhr., Gesandter 131.
Landarbeiter 198. 200.
Landwirtschaft 197—202.
Lange, Abeordneter 117 f. 120. 121—124.
Lansdowne, Lord, engl. Staatsmann, 473. 477.
Lansing, amerik. Staatssekretär 329. 333. 350. 369. 546. 553 f. 576 f. 580 f.
Lebensmittelpreise 141. 143. 146. 147.
Lenin, russ. Revolutionär 584.
v. Lersner, Frhr., Legationsrat 532. 534.
Lersner—Lauscheur, historisches Gespräch 498.
Lewald, Unterstaatssekretär 127.
v. Lewin, Isaac, Literat 586.
Lichnowsky-Denkschrift 482. 503.
v. Limburg-Stirum, Graf 509 ff.
v. Lindequist, Staatssekretär 117.
Lisogub, ukrain. Ministerpräsident 512.
Litauen 298. 389. 431. 453. 512 f.
Lloyd George, engl. Ministerpräsident 312. 317. 356. 384. 390. 391. 399. 400. 420. 421. 473—478. 484. 486 f. 496 f. 519.
Lohnfragen 95 f. 98. 103. 106 f. 109. 111. 113. 114 f. 136 f. 141 f. 143. 151.
Löhnung des Heeres 144. 154. 155.
Lokomotivmangel 165. 169.
London, Luftangriff auf 399 f. 404.
Londoner Abkommen vom 26. 4. 16 388.
Ludendorff, General 37. 76. 77. 85. 93. 94. 98. 101. 103. 105. 106. 119. 123. 139. 142. 143. 145. 149. 153. 158. 159. 161. 179. 184. 186 ff. 189 f. 192. 196. 199. 200 ff. 205 ff. 209. 213. 244. 253 ff. 256. 258 f. 263. 266. 271. 275. 277 f. 280. 282. 290 f. 295. 312. 322 ff. 407. 428. 439. 488. 491 f. 499. 500. 509. 511 ff. 543. 556—573.

Digitized by Google

Ludendorff, Abschiedsgesuch 407.
— über Annexionen 445 ff.
— angebliche Äußerung zum Generalstreik 117 f. 119—124.
— als Hasardspieler 526 f.
— Vortrag im Kronrat vom 11. 9. 17 428—433. 440.
Ludendorff-Spende 246—253. 266 ff.
Luftangriff auf London 399 f. 404.
Luftkreuzer 35.
Luftpropagandadienst, englischer 265.
Luftschiffe, Beschaffung 24 f.
v. Lyncker, Frhr., Generaloberst 405. 406. 408.

Mac Donald, engl. Minister 473.
v. Mach, Schriftsteller 369.
Materialüberlegenheit der Entente 345. 567.
Maurice, engl. General 585.
Max, Prinz von Baden, Reichskanzler 529. 530. 531. 533. 535. 540 f. 542. 543. 556—560. 562. 564—572.
— Reichstagsrede am 5. 10. 18 544 ff.
— Reichstagsrede am 22. 10. 18 574 f.
— Verrat am Kaiser 581.
Mayer, Abgeordneter 416.
McMahon, engl. Diplomat 590.
Mensdorff, Graf, österr. Botschafter 486.
Mertin, Abgeordneter 406. 409. 417.
v. Mertz, General 524 f. 526.
Mewis, Lord 353.
Michaelis, Reichskanzler 392. 393. 408. 427 f. 434. 435 ff. 437 ff. 439 ff.
Miklas, Abgeordneter, u. Gen. 283 f.
Militärarbeitsdienst 71.
Militärfliegerwesen, Inspektion 33.
Militärflugwesen 25. 37 ff.
Militärische Lage 1916/17 412 f.
— Oktober 1918. Vortrag des Majors Frhrn. v. dem Busche 535—538.
— Überblick 549 f.
— zur Zeit der Berliner Besprechungen am 17. 10. 18 569 ff.
Militärische Schriften 592 ff.
Milliardenvorlage, deutsche 1912 51—60.
Minenwerfer 65.
v. Moltke, Generaloberst 2. 4. 5. 6. 7. 12. 13. 17. 19. 22. 24. 26. 28. 33. 36. 39. 43. 51. 54.
Monroedoktrin 340.
Müller, Unterstaatssekretär 120. 121. 122 f.
Munitionsausrüstung des Heeres 16. 175.
Munitionsbedarf 89. 106. 172. 174.
Munitionsbestände, Vermehrung 5. 10 f. 12. 175.
Munitionsfrage 163. 167. 170 f. 174—176.
Munitionsnachschub 2 ff.
Munitionsstreiks 290.
Munitionsversorgung im Kriege 174—176.
Munitionszüge, Bereitstellung 3. 171 f.
Nachmusterungen 71.
Nachrichtenübermittlung, drahtlose 39—43.
Nährmittel, Trocknung 210.
Napoleon I., Kaiser 584.
Nauen—Newyork, Funkentelegraphie 43 f.
Neuformationen 70. 304.
Neuserbien 388 f.
Neutrale 302. 307. 311. 316 f. 322. 560.
Nicolai, Oberstleutnant 510.
Nikolaus, russ. Zar 586.
Nikotinmißbrauch 233 ff.
Northcliffe, Lord, englischer Minister 283, 285.
Noulens, franz. Gesandter 490.

Offensive, deutsche politische 1918 473 bis 486.
Offizierflugzeugführer 32.
Offiziergehälter, Kürzung 144 f. 149 f.
— Heraufsetzung 151. 152.
Offizierkantinen 562.
Offizierkorps, aktives, Leistungen 144.
Offizierpensionen, Erhöhung 152. 156.
Offizierverluste 537.
Offizierwitwen- und Waisenpensionen, Erhöhung 152. 156.
v. Oldershausen, Frhr., General, 191. 526.
Oppau, Stickstoffabrik 205. 209.
Orlando, ital. Ministerpräsident 496 f.
Oser, Abgeordneter 259.
Österreich-Ungarn, Auflösung der Doppelmonarchie 580.
— Bündnisdokument 469 f.
— drohender Zusammenbruch 375 ff.
— Friedensnote „an Alle" 517—520.
— Interessen im Dreibund 52 ff.

Pacelli, Nuntius 392. 418. 421 ff. 426 f. 347 ff. 440. 441. 443. 444.
Paléologue, franz. Botschafter 586.
Papstnote vom 19. 9. 17 423 ff.
— deutsche Antwort darauf 435 ff.
— englische Antwort 425 f.
Parma-Bourbon, Haus, Sonderfriedensversuch 370—394.
Parteiführerbesprechung am 21. 8. 18 507.
v. Payer, Staatssekretär 111. 115. 406. 409. 492. 507. 509 ff. 522. 528. 529. 530. 532 f. 539. 542. 544. 554. 556. 563. 565. 569. 579 f.
Penfield, amerikanischer Botschafter 368.
Pershing, amerikanischer General 367. 492. bis 497.
Personenverkehr, Einschränkung 164. 189. 191.
Pétain, franz. General 420.
Photographenpersonal, militärisches 50.
Photographie, Wert und Verwendung 44 bis 51.
v. Plessen, Generaloberst 406.
Plumer, engl. General 583.

Digitized by Google

Poincaré, Präsident 370. 372. 383 f. 387. 390. 399. 587.
Polen, Königreich 296—300. 431.
— Verfassung und Grenzen 298 ff.
Polenfrage 371. 389. 462. 511 ff.
Politik, innere 292 ff.
Volk, amerikanischer Staatsmann 357.
Presse, Bedeutung im Kriege 280 f.
Pressechef beim Reichskanzler 282 ff.
Presseleitung, einheitliche 282.
Presse-Zentralstelle 281.
Privatbauten, Verbot 77. 131.
Propaganda, bolschewistische 558. 581.
— deutsche politische 474—483. 502. 515. 551 ff.
— feindliche 265. 282 f. 284 f. 471 f. 515. 581.
Propagandaorganisation 283—289.
Protokoll des Majors v. Harbou (Besprechung der O. H. L. mit Abgeordneten) 412—417.
Protokoll des Oberst Bauer (Kanzlerwechsel) 406—411.
Protopopow, russ. Minister 300.

v. Radowitz, Unterstaatssekretär 542.
Randstaaten, östliche 298. 389. 431. 472. 481.
— Siedlungsfrage 256 ff.
Rathenau, Ingenieur 581.
Reading, Lord, engl. Botschafter 356.
Reederkonferenz, Londoner am 10. 12. 16 330.
Reichstagsrede des Prinzen Max von Baden am 5. 10. 18 544 f.
— des Präsidenten Fehrenbach (5. 10. 18) 545.
Reichswirtschaftsamt 262.
Reichswochenbeihilfe 228 f.
Reklamationen, Einschränkung 65. 71. 93 ff. 115.
Reklamierte, Kontrolle 95.
— Stellung 92. 111 f.
Reklamierungen für die Landwirtschaft 200.
Rennenkampf, russ. General 557.
Revolution, internationale 374 ff. 379.
Revolution von oben 528 ff.
Revolution von unten 581 ff.
Ribot, franz. Ministerpräsident 353. 382. 383. 384. 390. 391. 393. 443. 444. 587.
Rivertera, Graf, österr. Diplomat 392.
Rodd, engl. Botschafter 354.
v. Roedern, Graf, Staatssekretär 110. 115. 146. 148. 529 f. 532. 542. 556. 559. 566 f. 568 f. 570.
Rohstoffpreiswirtschaft 140 f. 147.
v. Rosenberg, Gesandter 522.
Rumänien 389. 431. 451. 493. 524.
— Vertrag mit Entente 588.
Rüstungsausgaben 241.
Rüstungseinschränkungen 340. 422. 424. 436.
Rüstungsindustrie, siehe Kriegsindustrie.
Rußland, militärische Übermacht 56.
— Revolution 494.
— Waffenstillstandsvertrag vom 17. 12. 17 448 ff.

de Salis, Graf, engl. Gesandter 442 f.
Säuglingssterblichkeit in Deutschland 219.
Schäfer, Professor 297. 300.
Scheer, Admiral 556. 568 f.
Scheidemann, Staatssekretär 121. 294. 414 f. 416. 447. 526 f. 555. 556. 562 f. 571.
Scheüch, General 111. 114 f. 556. 560. 561. 568. 571.
Schiedsgerichte 422. 424.
Schiffsraumfrage 361. 363 f. 366.
Schiffsraumnot 323. 358. 381 f. 413.
v. Schjerning, Generalstabsarzt der Armee 213.
Schleichhandel 141. 143. 196. 401.
v. Schlieffen, Graf, Generalfeldmarschall 54.
v. Schulze-Gaevernitz, Prof. 345.
Schweden, Bedrohung durch die Entente 357.
Selbstladegewehrfrage 6 f.
Senatsbotschaft Wilsons 336—340. 343.
Sering, Professor 297.
Seyda, Abgeordneter 535. 539.
Sheldon, engl. Kapitän 332.
Siedlungsfrage in den östlichen Randstaaten 256—258.
Sims, amerik. Admiral 352 f. 368.
Sixtus, Prinz von Parma-Bourbon 370 ff. 383 f. 385. 387 f. 390. 392. 418. 420. 587.
Skagerrakschlacht 304.
Smillie, engl. Arbeiterführer 475.
Smuts, Burengeneral 486.
Solf, Staatssekretär 283. 286 f. 405. 542. 544. 551. 555. 556. 559. 570. 571. 572. 574 f. 580.
Sonderfriedensversuch des Hauses Parma-Bourbon 370—394.
Sonnino, italienischer Minister 354 f. 358. 384. 385. 390.
Sowjet-Regierung, unehrliches Verhalten 489 ff.
Spaa'er Besprechungen der O. H. L. 1. 7. 18 mit Reichskanzler 491 f.
— 13./14. 8. 18 mit Staatssekretär v. Hintze 497 ff.
— 10. 9. 18 mit Staatssekretär v. Hintze 516.
Spanien, Friedensmediation 514.
Sparmetalle, Zurückführung 161.
Spartakusbund 581 f.

Digitized by Google

Ssasonow, russ. Minister 586.
Stahlmangel, Belieferungsfragen 159 ff. 167.
Stegemann, Militärschriftsteller 478.
Steilfeuer-Batterien 9.
v. Stein, Frhr., Staatssekretär 114. 453.
v. Stein, General 5. 87. 110. 111. 115. 260. 400. 404 f. 407.
Stickstofflage 204—209.
Stickstoff- und Phosphatversorgung der Landwirtschaft 198. 202.
Stillegen kriegsunwichtiger Betriebe 92. 199.
Stimmen, feindliche, über Kriegsausgang 583 ff.
Stimmung im Heer 273. 454. 465. 551 ff. 561 ff.
— in der Heimat 401 f. 408. 414. 415. 465. 515. 538. 551 ff. 561—564.
Stone, amerikanischer Senator 350.
Streiks 88. 96. 97 f. 99—103. 117. 121. 122. 136 f. 186 f. 189. 290 ff.
— Terrorismus 100. 102.
Stresemann, Abgeordneter 293 ff. 405. 406. 408 f. 509. 535.
Ströbel Abgeordneter 581.
Studierende Jugend, Fürsorge 268 ff.
v. Stülpnagel, Major 530.
v. Stumm, Unterstaatssekretär 528. 542. 578.
Stürmer, russ. Minister 308.
Südekum, Abgeordneter 418.
Susser-Note 349. 350.
Sutin, Schriftsteller 443.

Tanks, 525. 536 f. 567.
v. Tarnowski, Graf, österr. Botschafter 367 f.
v. Thaer, Oberst 526.
v. Thoma, Oberleutnant, Brief über Amerika 351 f.
Thomas, engl. Minister 475.
Thomas, franz. Minister 415.
Thomsen, Oberst 526.
v. Tirpitz, Großadmiral 352.
v. Törring, Graf, österr. Diplomat 511.
Transportkrise 87 f. 98. 164 f. 168 f. 189. 190. 561.
Triple-Entente, Streitkräfte und Tendenzen 51—60.
Tschenkeli, Bevollmächtigter Georgiens 488.
Tuchy, engl. Kapitän 582 f.
Türkei 500 f.

U-Bootkrieg, uneingeschränkter, 307. 310 ff. 315 ff. 319. 345 ff.
— und Amerika 367 ff.
— Beginn 302 f. 342. 344.
— Beratung über — zwischen O. H. L. und Reichskanzler 322 ff.
U-Bootkrieg, Entlastung des Heeres 90. 323.
— Ersatzbedarf 113.
— und Neutrale 302. 307. 311. 316 f. 322.
— Notwendigkeit 413.
— und Passagierschiffe 574.
— Preisgabe ohne Gegenleistung 575.
— Stellung der Entente 330 ff.
— Verantwortlichkeit 306 ff.
— verstärkter Bootsbau 568.
— und Waffenstillstand 568 f.
— Wirksamkeit 167. 352—360. 381. 395 f. 399. 400. 413. 493 f.
Ukraine, Staat 453. 471. 488. 557. 558 f. 565 f.
Umtriebe, revolutionäre russische in Deutschland 471 f.
Unternehmergewinne, staatliche Regelung 109. 140 f. 143. 154. 209.
Unterrichtsoffiziere 276.
Unterwasser-Kreuzerkrieg 323.
Urlaubssperren 191.

Vater, Unabhängiger Sozialdemokrat 582.
Vaterländischer Unterricht für die Truppen 271—279.
Verantwortlichkeitsfragen 452—468.
Verantwortung, moralische 456. 458. 466.
— staatsrechtliche 455. 456.
Verhetzung der Arbeiter 88. 99. 102. 136 f. 141. 153. 186 f.
Verkehrsentlastung, Maßnahmen 191.
Verpflegungsfrage 562. 563.
„Verschieben der Verantwortung" 570.
Villalobar, span. Gesandter 427. 444.
Viviani, franz. Ministerpräsident 369.
Volksernährung 83. 236 f.
Volkskraft 224—240.
Volksseuchen 220. 221.
Volkswirtschaft 237—240.

Waffen- und Munitionsbeschaffung Steigerung 158 f.
Waffen- und Munitionslieferungen Amerikas an die Entente 349.
Waffenstillstand und U-Bootkrieg 568 f.
Waffenstillstandsbedingungen der Entente 581.
Waffenstillstandsverhandlungen 568.
Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien 451.
— mit Rußland 448 ff.
Waffenstillstandsvorschlag Deutschlands an Wilson 534 f.
Wagen- und Lokomotivmangel 165.
Wahlrechtsfrage, preußische 290—295. 408 bis 411. 492. 503. 530.
v. Waldow, Staatssekretär 556. 565.
Wallraf, Staatssekretär 114.
Warburg, Bankier 300.
v. Wedel, Graf, Botschafter 367. 387 f. 390 ff. 393. 486 f. 580. 583 f.

Digitized by Google

Digitized by Google